



## **Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg**

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

### **Kontakt:**

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg  
Beim Schlump 83  
20144 Hamburg  
Tel. 040/4313970  
E-mail: [fzh@zeitgeschichte-hamburg.de](mailto:fzh@zeitgeschichte-hamburg.de)  
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

**HANS-JOACHIM BIEBER**

# **BÜRGERTUM IN DER REVOLUTION**

**Bürgerräte und  
Bürgerstreiks  
in Deutschland  
1918–1920**



**CHRISTIANS**

HANS-JOACHIM BIEBER

# Bürgertum in der Revolution

Bürgerräte und Bürgerstreiks  
in Deutschland 1918–1920

CHRISTIANS

HAMBURGER BEITRÄGE  
ZUR SOZIAL- UND ZEITGESCHICHTE BAND XXVIII

*Im Auftrag der  
Forschungsstelle für die Geschichte  
des Nationalsozialismus in Hamburg  
und der Hamburger Bibliothek  
für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung  
herausgegeben von  
Werner Jochmann, Werner Jöhe  
und Ursula Büttner*

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Bieber, Hans-Joachim:**  
Bürgertum in der Revolution: Bürgerräte und Bürgerstreiks  
in Deutschland / Hans-Joachim Bieber. –  
Hamburg: Christians, 1992  
(Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; Bd. 28)  
ISBN 3-7672-1148-3  
NE: GT

© Hans Christians Verlag, Hamburg 1992  
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen  
Nachdrucks und der photomechanischen  
Wiedergabe, vorbehalten  
Ausstattung Alfred Janietz  
Printed in Germany  
ISBN 3-7672-1148-3



# Inhalt

Vorwort	9
Einleitung: Das deutsche Bürgertum im Kaiserreich	15
I. Die Veränderung bürgerlicher Organisations- und Aktionsformen während der Novemberrevolution	
1. Bürgerliche Einflüsse in Arbeiter- und Soldatenräten und die Bildung von Bürgerräten	49
<i>Das deutsche Bürgertum und die Novemberrevolution (49) Bürgerliche Beteiligung an Arbeiter- und Soldatenräten (54) Die Bildung von Bürgerräten (56) Die Wirksamkeit der Bürgerräte im November und Dezember 1918 (71) Die Gründung des Reichsbürgerrats Anfang Januar 1919 (78)</i>	
2. Rätebildungen in einzelnen Wirtschafts- und Berufsgruppen und die Weiterentwicklung der Interessenverbände	82
<i>Industrie (85) Handwerk und Gewerbe (96) Landwirtschaft (97) Freie Berufe (98) Künstler (111) Räte geistiger Arbeiter und Akademikerorganisationen (124) Angestellte und Beamte (139) Offiziere und Soldaten (166)</i>	

3.	Kollektive Aktionsformen im Bürgertum zwischen November 1918 und Januar 1919	175
	<i>Massenversammlungen und Massenwerbung (176) Demonstrationen (180) Bürgerliche und agrarische Streiks (182)</i>	
II. Räte und Streiks in der Bürgerkriegsphase		
4.	Die Bürgerräte von Januar bis März 1919	193
	<i>Politische Umorientierung (194) Militarisierung und Beteiligung an militärischen Auseinandersetzungen (196)</i>	
5.	Bürgerliche Streikabwehr und Gegenstreiks	205
	<i>Streikdrohungen und die Idee eines allgemeinen Bürgerstreiks (205) Streikaktionen einzelner Berufsgruppen (209) Lokale Abwehr- und Gegenstreiks (212) Die Diskussion um den allgemeinen Bürgerstreik auf Reichsebene (224)</i>	
III. Organisationsentwicklung und kollektive Aktionsformen im Bürgertum zwischen dem Ende der Bürgerkriegskämpfe und dem Kapp-Putsch		
6.	Die Bürgerräte zwischen Bürgerkriegsende und Kapp-Putsch	231
	<i>Die zweite Welle von Bürgerratsgründungen (233) Bürgerräte und antibolschewistische Propaganda (239) Kampf gegen das Weiterbestehen von Arbeiterräten (245) Unterstützung von Einwohnerwehren, Zeitfreiwilligeneinheiten und Technischer Nothilfe (246) Bürgerräte und Kommunalpolitik (252) Der Reichsbürgerrat 1919/20 (262)</i>	
7.	»Vergewerkschaftung« bürgerlicher Verbände und bürgerliche Massenaktionen 1919	269
	<i>Industrie, Landwirtschaft und Handwerk (270) Freie Berufe, Beamte und Angestellte (275) Soldaten und Offiziere (279) Massenversammlungen und Demonstrationen (282) Öffentlichkeitsarbeit (284) Politische Streiks (285) Schulboykotts (293)</i>	

8. Räte geistiger Arbeiter, Beamtenräte und bürgerliche Räteorganisationen auf beruflicher Grundlage 1919/20 295  
*Das Ende der Räte geistiger Arbeiter (295) Das Ende der freiberuflichen Räteorganisationen (298) Die weitere Entwicklung der Beamtenräte (300)*

#### IV. Höhe- und Wendepunkt in der Adaptation proletarischer Organisations- und Aktionsformen in Bürgertum und Landwirtschaft 1920

9. Die Bürgerräte und der Kapp-Putsch 313  
*Beteiligung der Bürgerräte am Putsch (314) Reaktionen auf das Scheitern des Putsches (317)*
10. Organisationen und Formen bürgerlichen Klassenkampfes 1920 320  
*Die dritte Welle von Bürgerratsgründungen (321) Bürgerräte und Selbstschutzorganisationen (323) Ausbau und Zusammenschluß bürgerlicher und agrarischer Interessenverbände (327) Streik- und Boykottaktionen 1920 (333)*
11. Das Abflauen der Bürgerrätebewegung 1920/21 343  
*Der Reichsbürgerrat (343) Lokale Bürgerräte (347) Regionale Sammlungspolitik (351) Das Ende der Bürgerräte (353)*

#### V. Bilanz und Ausblick

12. Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen der bürgerlichen Mobilisierung 357  
*Neue bürgerliche Organisations- und Aktionsformen im November 1918 (357) Die Ausgestaltung der neuen Organisations- und Aktionsformen (359) Politisierung und Mobilisierung des Bürgertums (361) Die Arbeiterschaft als Vor- und Feindbild (363) Politische Radikalisierung (366) Bürgertum und Demokratie 1920 (367)*

13. Bürgerliche und agrarische Massenorganisationen und Massenaktionen im weiteren Verlauf der Weimarer Republik	371
<i>Organisationsentwicklung (371) Massenaktionen (380)</i>	
<i>Nachwirkungen der bürgerlichen Rätebewegung (385)</i>	
<i>Sammlungspolitik und bürgerlich-agrarische Massenaktio- nen am Ende der Weimarer Republik (390)</i>	
Epilog	398
Abkürzungen	405
Anmerkungen	409
Quellen- und Literaturverzeichnis	545
Ortsregister	600
Personenregister	604

## Vorwort

»Über die Novemberrevolution ist inzwischen so viel ausgesagt worden, daß man beinah nichts mehr über sie zu sagen hat«, schrieb Helga Grebing 1986.<sup>1</sup> In der Tat hat dieses Ereignis, einer der Wendepunkte der neueren deutschen Geschichte, die Forschung so intensiv beschäftigt, daß sich die einschlägige Literatur kaum noch überblicken läßt.<sup>2</sup> Sie ist freilich – wenn gleich mit beiderlei Vorzeichen – über weite Strecken als Geschichte der Sieger geschrieben worden, mochten diese sich auch nur kurz ihres Sieges freuen, wenn überhaupt. In den letzten dreißig Jahren sind insbesondere die Arbeiter- und Soldatenräte, in der älteren Literatur meist als linksradikal, bolschewistisch oder kommunistisch, jedenfalls demokratiefeindlich abgestempelt, eingehend untersucht und als demokratisches Potential überhaupt erst entdeckt worden, wenn auch die Meinungen darüber, wie stark und belastbar es war und wieweit es für eine bessere Fundierung der politischen Demokratie hätte genutzt werden können, auseinander gehen. Weniger Aufmerksamkeit hat das Bürgertum gefunden; in mancher Darstellung der Revolutionsereignisse wird es noch nicht einmal erwähnt.<sup>3</sup> Implizit oder explizit scheint noch immer das zeitgenössische Urteil vorzuherrschen, es habe mit der Machtübernahme der Arbeiter- und Soldatenräte im November 1918 die politische Bühne verlassen, »nur Angst« gehabt und sich »vollkommen tot« gestellt,<sup>4</sup> sei »wie betäubt« gewesen und erst anlässlich der Wahl der Nationalversammlung im Januar 1919 wieder hervorgetreten.<sup>5</sup>

Die vorliegende Untersuchung will diese Sichtweise ein wenig korrigieren und ergänzen. Tatsächlich nämlich tauchte das Bürgertum in jenen Umsturztagen am Ende des Ersten Weltkrieges an vielen Orten keineswegs



politisch unter, sondern regte sich bemerkenswert schnell. Buchstäblich über Nacht übernahm es dabei Organisations- und Aktionsformen, die zuvor überwiegend oder ausschließlich zum Repertoire der Arbeiterschaft gezählt hatten, hingegen vom Bürgertum im deutschen Kaiserreich kaum oder gar nicht verwendet und selbst kaum je erwogen worden waren, nämlich die revolutionäre Organisationsform der Räte und kollektive Aktionsformen wie Massenversammlung, Demonstration, Streik und Boykott. Allenthalben entstanden in den Novembertagen 1918 bürgerliche Räteorganisationen, in nahezu allen Gruppen, unter Freiberuflern – von Ärzten über Industrielle bis zu Künstlern – wie unter Angestellten, Beamten und Lehrern, und unter Pfarrern. Gleichzeitig wurde zum Zusammenschluß des Bürgertums in Massenorganisationen aufgerufen, ebenfalls nach dem Vorbild der Arbeiterschaft, das unablässig beschworen wurde. Umfassende, schlagkräftige und disziplinierte Interessenverbände wie die Gewerkschaften – dies wurde plötzlich das Ziel nahezu aller bürgerlichen Gruppen, erst recht der Agrarier. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich zudem der Gedanke an bürgerliche Massenaktionen, insbesondere Demonstrationen und Streiks. Ebenso schnell wurden traditionelle Begriffe und Argumentationsfiguren der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung übernommen, umgedreht und gegen die revolutionären Machthaber gewendet. Daß diese Entwicklungen von der Forschung bisher nicht recht wahrgenommen wurden, mag damit zusammenhängen, daß sie sich mehr, teilweise sogar ausschließlich, auf lokaler Ebene als auf der zentralen Bühne der Reichshauptstadt abspielten.

In den turbulenten Wochen zwischen dem Zusammenbruch der Monarchie und der Wahl der Nationalversammlung im Januar 1919, in denen die politische Zukunft zumindest anfänglich durchaus offen und dem Bürgertum auch eine Entwicklung nicht ausgeschlossen schien, wie sie sich kurz zuvor in Rußland ereignet hatte, mochte diese plötzliche und für viele Bürgerliche selbst überraschende Adaptation vermeintlich rein proletarischer und gänzlich unbürgerlicher Organisations- und Aktionsformen in erster Linie defensiv motiviert gewesen sein, als ein Akt kollektiven Selbstschutzes gegen politische Ausschaltung, womöglich Entrechtung, und drohende ökonomische Enteignung. Freilich zeigten sich hier und da in dieser »Kernzeit« der Revolution auch andere Motive: Unterstützung der Revolution und einer demokratischen Neugestaltung von Staat und Gesellschaft auf der einen, gegenrevolutionäre Tendenzen auf der anderen Seite, insbesondere die Absicht, den neuen Machthabern entgegenzutreten und sie, wenn möglich mit Waffengewalt, zu vertreiben.

Mit der Wahl der Nationalversammlung war die politische Zukunftsentcheidung für die parlamentarische Demokratie gefallen. Trotzdem starben die neuen Organisations- und Aktionsformen im Bürgertum nicht wieder

ab. Nur die Rätebildung wurde rückläufig, denn diese Art der Anpassung an die Gegebenheiten der Revolution wurde jetzt unnötig. Sie verschwand jedoch keineswegs. Zahlreiche Bürgerräte entstanden sogar erst in der Bürgerkriegsphase zwischen Januar und März 1919, vornehmlich in den Gebieten, die besonders vom Bürgerkrieg betroffen waren, aber nicht nur dort. Ihre politische Orientierung verschob sich jetzt deutlich nach rechts. Die Neigung zu kollektiven Aktionen, Demonstrationen und Streiks vor allem, wurde erst recht nicht schwächer, sondern nahm im Gegenteil seit Januar 1919 noch zu und wurde in wachsendem Maße auch praktiziert, in erster Linie ebenfalls in den Bürgerkriegsgebieten gegen tatsächliche oder vermeintliche Übergriffe der Arbeiterschaft, aber nicht nur hier und nicht nur mit defensiven Motiven.

Der Organisationsimpuls im Bürgertum wie die Neigung zu Massenaktionen überdauerten auch das Ende des Bürgerkrieges im Frühsommer 1919, der die Sozialisierungsbewegung der Arbeiterschaft niederwarf und die politische Macht der Arbeiterräte bis auf unbedeutende Reste beseitigte. Nur die bürgerlichen Räteorganisationen auf beruflicher Grundlage gingen jetzt großenteils ein. Viele der gruppenübergreifenden lokalen Bürgerräte blieben dagegen bestehen, andere entstanden überhaupt erst jetzt. Die meisten vernetzten sich mit wirtschaftlichen Interessenverbänden, mit bewaffneten Selbsthilfeverbänden wie Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligeneinheiten und unbewaffneten wie der Technischen Nothilfe sowie mit Nachfolgeeinrichtungen der Freikorps und wandelten sich zu lokalen Zentren bürgerlichen Klassenkampfes gegen die Arbeiterbewegung, insonderheit gegen deren Parteien einschließlich der SPD. Gleichzeitig gingen in den meisten bürgerlichen Berufsgruppen wie in der Landwirtschaft die Bildung und Stärkung überregionaler Massenorganisationen zügig weiter. Der Gedanke an bürgerliche Massenaktionen blieb virulent.

In der zweiten Jahreshälfte 1919 schwächte sich diese Entwicklung ab; die Rätebildung wurde stark rückläufig. Einen neuen Impuls erhielt sie allerdings durch den Kapp-Putsch vom März 1920 oder genauer durch den Generalstreik, mit dem der Putsch abgewehrt wurde, durch das Wiederaufleben des Rätegedankens unter der Arbeiterschaft und den Bürgerkrieg an der Ruhr, der dem Putsch folgte. Erneut kam es zu einer Welle bürgerlicher Rätebildungen; der Ruf nach bürgerlichen Massenorganisationen – sogar nach einer »Gewerkschaft der Unternehmer« – wurde lauter als je zuvor, ebenfalls nach Vorkehrungen für Massenaktionen einschließlich eines bürgerlich-agrarischen Generalstreiks. In manchen Gruppen, namentlich in der Landwirtschaft, grassierten wahre Rachephantasien bis hin zur Vorstellung einer gleichsam eschatologischen Entscheidungsschlacht zwischen Arbeitermassen und Bürgertum. Argumentationsmuster, die in den Novembertagen 1918 der Sozialdemokratie entlehnt worden waren, wurden

wieder aufgegriffen und weiter entfaltet. Gleiches galt für Methoden der Öffentlichkeitsarbeit und Massenpropaganda, die vor 1918 vornehmlich die Arbeiterorganisationen benutzt hatten.

Erst nach der Reichstagswahl vom Sommer 1920, die der SPD eine schwere Niederlage eintrug und die Reichsregierung dem Bürgertum zurückgab, ohne daß die Arbeiterschaft mit außerparlamentarischen Massenaaktionen gegen diesen Machtverlust aufbegehrte, schwächten sich solche Stimmungen und Strömungen im Bürgertum allmählich ab. In dem Maße, in welchem die parlamentarische Demokratie zur politischen Normalität wurde, wenn auch nur zur wenig geliebten und deshalb oft eher schlecht als recht funktionierenden, wurden bürgerliche Räteorganisationen und Vorkehrungen für bürgerliche Massenaaktionen überflüssig. Die Inflation besiegelte durchweg ihr Ende.

Insgesamt lassen sich zwischen November 1918 und Sommer 1920 im deutschen Bürgertum drei Phasen politischer Mobilisierung und Organisation – in wechselnden Formen – erkennen, zugleich eine durchgehende Tendenz wachsender Radikalisierung und Aktionsbereitschaft. Diese Entwicklung korrespondiert im wesentlichen mit der gleichzeitigen politischen Bewegung der Arbeiterschaft, verläuft aber in umgekehrter Richtung: je mehr die Arbeiterschaft von der politischen Macht verlor, die ihr im November 1918 zugefallen war, und je schwächer ihr gemeinsamer politischer Veränderungs- und Gestaltungswille wurde, desto größer wurde die Abneigung des Bürgertums gegen deren Organisationen und Parteien einschließlich der SPD, desto schwächer wurden seine politische Kompromißbereitschaft und seine Neigung, die parlamentarische Demokratie als neue Staatsform zu akzeptieren, und desto stärker sein Wille, die Ergebnisse der Novemberrevolution wie auch immer zu revidieren.

Ist insofern das bisherige Bild zu ergänzen, so bestätigt diese Untersuchung zugleich die These, daß die Periode vom November 1918 bis Sommer 1920 politisch und sozialgeschichtlich eine Einheit darstellt und die Novemberrevolution zwar im November 1918 begann – wenn nicht schon in den letzten Kriegsjahren –, aber erst eineinhalb Jahre später zu Ende ging.

Die Mobilisierung im Bürgertum, die damals stattfand, wirkte während der Weimarer Republik weiter. Manche Räteorganisationen überdauerten, manche wandelten ihre Gestalt, indem sie mit anderen Organisationen verschmolzen. Beamten- und Angestelltenräte wurden im öffentlichen Dienst beziehungsweise in der Privatwirtschaft als Arbeitnehmervertretungen bis 1933 beibehalten. Auch der Rätegedanke blieb im Bürgertum lebendig, vorzugsweise in einer konservativen berufsständischen Umdeutung. Erst recht hielt sich der Trend zu Massenorganisationen; das demokratische System machte ihn unumkehrbar. Der Gedanke an kollektive Aktionen bür-

gerlicher und agrarischer Gruppen blieb virulent, wenn auch in den zwanziger Jahren nur selten praktiziert. Die Argumentationsmuster, die das Bürgertum im November 1918 von der Arbeiterschaft übernommen und seinen eigenen Interessen adaptiert hatte, wurden ebenfalls nicht vergessen, die Vorkehrungen zur Massenbeeinflussung weiter ausgebaut und perfektioniert. Mobilisiert, weiterentwickelt und neu kombiniert wurden alle diese Elemente in den Krisenjahren, in denen die Weimarer Republik schließlich unterging. Die vorliegende Untersuchung liefert also einen Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution zwischen 1918 und 1920, insbesondere zur politischen und Mentalitätsgeschichte des Bürgertums in dieser Zeit, und darüber hinaus skizzenhaft zur Geschichte der Weimarer Republik und – in einer weiteren Perspektive – zur Geschichte des deutschen Bürgertums auf seinem langen, schwierigen und widersprüchlichen Weg in die Demokratie.

Angeregt wurde ich zu dieser Arbeit durch zunächst eher beiläufige und unauffällige Spuren, auf die ich bei der Beschäftigung mit der Geschichte der Gewerkschaften in der Novemberrevolution stieß. Ihnen bin ich nachgegangen und bei der mühseligen Durchsicht von vielerlei zeitgenössischen Periodika und sonstiger Publizistik, von Memoiren sowie lokal- und regionalhistorischen Darstellungen höchst unterschiedlicher Qualität bin ich auf weiteres Material gestoßen, auch in Archivbeständen, freilich oft nur auf bruchstückhaftes. Ich habe versucht, hieraus ein einigermaßen vollständiges Bild zusammenzufügen. Das ist nur teilweise gelungen. Die Quellenlage, insbesondere die archivalische, ist hierfür zu lückenhaft, vornehmlich für die bürgerlichen Räteorganisationen der Revolutionswochen. Möglicherweise hätte die Durchsicht weiterer Lokalzeitungen und anderer Periodika, Dutzender Stadtarchive und weiterer Verbandsarchive noch weitere Mosaiksteinchen zutage gefördert und manche Lücke geschlossen. Aber Aufwand und Ertrag hätten vermutlich in einem wenig günstigen Verhältnis zueinander gestanden. Zudem fehlten mir die zeitlichen Möglichkeiten hierfür. Dieses Buch ist zwar an einer Universität entstanden, aber neben einer hauptamtlichen Tätigkeit in ihrer Verwaltung. Andererseits schien mir das Quellenfundament dicht und tragfähig genug, um die Hauptlinien, auf die es mir ankam, nachzuzeichnen und eine Veröffentlichung zu rechtfertigen. Vergleichende lokal- und regionalhistorische Studien könnten sie wahrscheinlich noch verfeinern, stellenweise wohl auch verändern und an manchen Punkten gewiß verlängern. Wenn diese Arbeit hierzu anregt, hat sich ihre Mühe ein wenig gelohnt.

Ich danke allen, die mir den Zugang zu den benutzten Materialien ermöglicht haben, vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesamthochschulbibliothek Kassel, die Hunderte von Publikationen über den auswärtigen Leihverkehr beschafft haben, und den Bediensteten der

besuchten Archive; in besonderem Maße Herrn Dr. Helmut Goetz, Rom, für die freundliche Erlaubnis, den Nachlaß seines Vaters Walter Goetz im Bundesarchiv Koblenz einzusehen, und Herrn Ernst-Christian von Werthern (†) für die Genehmigung, die Akten der Firma Blohm & Voß zu benutzen, die sich seit einiger Zeit im Staatsarchiv Hamburg befinden. Für eine Sachbeihilfe danke ich der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Schließlich bin ich all denen zu Dank verpflichtet, mit denen ich die Arbeit vor ihrer Veröffentlichung habe diskutieren können; zunächst den Mitgliedern des Habilitationsgremiums des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Gesamthochschule Kassel, denen ich Teile davon zuerst vorgetragen habe, sodann vor allem Herrn Dr. Uwe Lohalm von der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, der sich die Mühe gemacht hat, das Manuskript aufmerksam zu lesen und durch vielerlei Anregungen und Modifikationsvorschläge zu verbessern. Für weitere Hinweise danke ich dem früheren Leiter der Forschungsstelle, Herrn Prof. Dr. Werner Jochmann. Verbleibende Fehler und Mängel sind allein von mir zu verantworten.

Kassel/ Köln, im September 1991

H. J. B.



# Einleitung

## Das deutsche Bürgertum im Kaiserreich

Die Geschichte des deutschen Bürgertums, jedenfalls des 19. und 20. Jahrhunderts, hat in den letzten Jahrzehnten lange im Hintergrund des Forschungsinteresses gestanden und erst seit wenigen Jahren intensive Aufmerksamkeit gefunden. Eine zusammenfassende, heutigen wissenschaftlichen Anforderungen genügende Darstellung seiner politischen, erst recht seiner Sozialgeschichte, wie sie für die Unterschichten, vor allem die Arbeiterschaft, mittlerweile vorliegt, steht jedoch noch aus.<sup>1</sup> Insbesondere für das deutsche Kaiserreich, also für die Jahrzehnte zwischen 1871 und 1918, ist sein Bild einstweilen lückenhaft, diffus und widersprüchlich. Für die hier behandelte Thematik ist es daher notwendig, einige Entwicklungslinien, die für sein Verhalten in der Novemberrevolution und zu Beginn der Weimarer Republik von Belang sind, in groben Zügen zu skizzieren.

Mit Bürgertum ist dabei jener Teil der Gesellschaft gemeint, der sich zu Beginn dieses Jahrhunderts in Deutschland vom Adel auf der einen, den Bauern auf der zweiten und der Arbeiterschaft auf der dritten Seite unterschied, ohne daß jeweils eine scharfe Abgrenzung möglich wäre. Im wesentlichen gehören dazu das Großbürgertum – selbständige Großkaufleute, Industrielle, Bankiers, Generaldirektoren u. ä.; die freien Berufe mit akademischer Qualifikation – Anwälte, Ärzte, Ingenieure, Architekten, Künstler und ähnliche Gruppen; die abhängig Beschäftigten mit vergleichbaren Qualifikationen sowohl im öffentlichen beziehungsweise kirchlichen Dienst – höhere Beamte, Richter, Professoren, Lehrer und Pfarrer – als auch in der Privatwirtschaft, also insbesondere Angestellte in höheren Positionen; der gewerbliche Mittelstand – Handwerker, Einzelhändler und

kleine Gewerbetreibende, die vor der Industrialisierung den wichtigsten Teil der »Stadtbürger« gestellt hatten; schließlich die unteren und mittleren Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst wie in privaten Unternehmen. Die einzelnen Gruppen lassen sich nicht überall eindeutig voneinander abgrenzen. Auch kann man sie anders zusammenfassen, etwa den gewerblichen Mittelstand und die freien Berufe mit akademischer Qualifikation als selbständigen (oder »alten«) Mittelstand, die Beamten und Angestellten aller Kategorien als abhängigen (oder »neuen«) Mittelstand, die freien Berufe mit akademischer Qualifikation mit den akademisch gebildeten Beamten und Angestellten als Bildungsbürgertum, schließlich Teile des gewerblichen Mittelstandes mit den unteren und mittleren Beamten als Kleinbürgertum.

Die Geschichte einzelner dieser Berufsgruppen läßt sich weit zurückverfolgen, zum Teil bis in die Frühzeit arbeitsteilig organisierter Gesellschaften mit städtischen Zentren und Formen von Privateigentum. Andere entwickelten sich erst mit der Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der Industrie und dem ihr folgenden Aufschwung des Dienstleistungssektors, wie denn überhaupt von Kapitalismus und Industrie mächtige Impulse zur Transformation der traditionellen, agrarisch geprägten und ständisch verfaßten Gesellschaften des alten Europa in bürgerliche Gesellschaften ausgingen – nämlich in Gesellschaften rechtlich freier und gleicher Staatsbürger, deren Ökonomie sich vornehmlich über Marktbeziehungen und Konkurrenz regelt; Gesellschaften, in denen die Staatsfunktionen an generelle Normen gebunden, durch eine unabhängige Justiz überwacht und hierdurch beschränkt, wenn nicht sogar in wesentlichen Teilen oder gänzlich von Institutionen wahrgenommen werden, die selbst gesellschaftlich legitimiert sind; Gesellschaften schließlich, in denen jene bürgerlichen Gruppen zumindest ökonomisch und kulturell dominieren und Leitfunktionen für die Entwicklung sozialer Wertvorstellungen und Verhaltensweisen einnehmen.

Die Anfänge dieser Transformation liegen freilich viel früher; ökonomisch etwa in der Herausbildung von Fernhandelsfirmen, Banken und Manufakturen in städtischen Zentren des hohen Mittelalters, intellektuell in der Formulierung der grundlegenden Ideen bürgerlicher Freiheiten und Grundrechte im 18. Jahrhundert. Erst die rasante Bevölkerungsvermehrung und die mit Recht so genannte Industrielle Revolution aber beschleunigten zumindest in Westeuropa jenen Wandel derart, daß sich seit Ende des 18. Jahrhunderts bürgerliche Gesellschaften durchsetzten – mit freilich erheblichen Unterschieden zwischen einzelnen Ländern und Regionen. Auch waren die einzelnen Gruppen auf unterschiedliche Weise an diesem Transformationsprozeß beteiligt oder von ihm betroffen. Seine eigentlichen Repräsentanten stellten das Wirtschaftsbürgertum und das Bil-

dungsbürgertum. Zwar sind manche Erscheinungsformen des Wirtschaftsbürgertums ebenfalls weit älter, der Typus des Bankiers und der des Großkaufmanns etwa. Aber zum großen Teil entstand diese Gruppe erst mit der industriellen Entwicklung – in wiederum unterschiedlichen Ausprägungen. Auf der einen Seite findet sich der rücksichtslose Fabrikant oft kleinbürgerlicher Herkunft, der Ausbeuter ohne soziales Verantwortungsgefühl und ohne höhere Bildung, auf Gewinn versessen und gleichzeitig auf soziale Reputation, der Bourgeois und Emporkömmling, der die Umgangsformen der »guten Gesellschaft« nur unvollkommen beherrscht und sich deren Konventionen mit Statussymbolen bis zur Lächerlichkeit anzupassen versucht. Er hat den Karikaturisten viele Anregungen geliefert und auch in der Literatur und bildenden Kunst, wenngleich unfreiwillig, Karriere gemacht, von Daumier bis Heinrich Mann. Dies hat dazu beigetragen, daß das Bild des Unternehmers des 19. Jahrhunderts bis heute besonders schnell das des Parvenüs, des ungebildeten und protzenhaften, dümmlich-arroganten Ellbogenkapitalisten assoziiert. Neben ihm gab es aber auch den Typus des gebildeten, weltoffenen, politisch sensiblen und seiner sozialen Verantwortung bewußten Unternehmers, vergleichsweise häufig unter jüdischen Bankiers und Großkaufleuten und unter den wenigen jüdischen Großindustriellen. Man kann auch andere Maße als bürgerliche Bildungsstandards verwenden und entdeckt dann andere Unterschiede: zwischen den Repräsentanten der Grundstoff- und Fertigungsindustrie; zwischen denen, die hauptsächlich für den Binnenmarkt, und denen, die großenteils für den Export produzierten; zwischen den Inhabern kleiner und mittlerer Betriebe und denjenigen von Großunternehmen; Unterschiede nach Regionen und deren sozio-ökonomischer und politischer Struktur, vielleicht auch nach Generations- und Konfessionszugehörigkeit. Bei fast allen aber wird man das Bewußtsein feststellen können, Pioniere einer neuen Zeit zu sein.<sup>2</sup>

Im Unterschied zum Wirtschaftsbürgertum gelangte das Bildungsbürgertum nicht oder nicht primär aufgrund von Eigentum zu gesellschaftlichem Rang und Einfluß, sondern aufgrund seiner durchweg akademischen Ausbildung: Angehörige der freien Berufe einerseits – Ärzte, Anwälte, Architekten, Ingenieure –, höhere Beamte, Lehrer und Pfarrer andererseits. Die Geschichte der meisten freien Berufe reicht weit in vorindustrielle Zeiten zurück. Mit Bevölkerungswachstum, Industrialisierung, Ausbau des Bildungswesens, Entfaltung der Wissenschaft und der Dienstleistungsfunktionen erlebten auch sie einen rasanten Aufschwung, zugleich eine Differenzierung, Spezialisierung und Professionalisierung. Zwischen 1869 und 1912, während die Bevölkerung um rund 60% wuchs, stieg die Gesamtzahl angehender Akademiker nahezu um das Zehnfache von knapp 18 000 auf über 170 000; die der Lehrer und Ärzte jeweils um das

2,2 bis 2,4-fache, die der Zahnärzte sogar um das 22-fache.<sup>3</sup> Manche freien Berufe entwickelten sich überhaupt erst jetzt, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Ihre Binnendifferenzierung war erheblich. Ärzte und Anwälte galten weit mehr als Journalisten; Architekten und Ingenieure hatten bis zur Gleichstellung ihrer Hochschulausbildung mit derjenigen älterer, insbesondere geisteswissenschaftlicher Disziplinen lange zu kämpfen. Selbst innerhalb der einzelnen Berufsgruppen zeigten sich beträchtliche Abstufungen. Namentlich die Ärzteschaft stellte ein Spiegelbild der Gesellschaft in kleinerem Maßstab dar. Manche Spezialärzte in Großstädten und Badeorten behandelten vornehmlich oder ausschließlich Angehörige der reichen Oberschicht als Privatpatienten und wurden selbst reich dabei. Allgemeinärzte, die in den Arbeiter- und Elendsquartieren der Industriestädte praktizierten und über die gesetzlichen Krankenkassen liquidierten, erzielten nur einen Bruchteil solcher Einkünfte, obwohl sie oft zweieinhalb oder gar zehnmal so viele Patienten betreuten.<sup>4</sup> Die eigene ärmliche Lebenslage, erst recht der tägliche Kontakt mit der Arbeiterbevölkerung und der tiefe und kontinuierliche Einblick in deren Existenzbedingungen führte manche von ihnen schon früh zur Sozialdemokratie und zur Entwicklung bemerkenswerter Vorstellungen eines sozial verpflichteten Gesundheitssystems.<sup>5</sup>

Eine Sonderrolle unter den freien Berufen spielten die Künstler. Manche erfreuten sich hohem Ansehens und verdienten viel Geld, viele lebten am Rande der Gesellschaft und blieben immer oder meistens arm. Als unbürgerlich galten sie fast alle, schon wegen der materiellen Unsicherheit, in der die meisten – mit Ausnahme der Akademieprofessoren – dauernd existierten. Außerdem entsprach ihre Arbeitsweise nicht der in anderen bürgerlichen Berufen üblichen, deren Ergebnisse paßten nicht recht zu den gängigen ökonomischen Verwertungsmechanismen, und für ihre Qualität gab es kaum feste Maßstäbe. Überdies brachten ökonomische Unsicherheit und soziale Randständigkeit unter Künstlern Kommunikationsformen hervor, in denen die Normen und Konventionen der bürgerlichen Gesellschaft nicht oder nur eingeschränkt galten, oft sogar absichtlich verletzt wurden, etwa in der Bohème. Daß viele Künstler seit Ende des 19. Jahrhunderts die Werte der bürgerlichen Gesellschaft mehr und mehr auch inhaltlich attackierten, mit überkommenen ästhetischen Standards brachen und völlig neue Wahrnehmungs- und Ausdrucksweisen entwickelten, machte sie für viele Bürgerliche zusätzlich suspekt. Gleichwohl blieben die meisten von ihnen dem Bürgertum – und dem Adel – außer durch ihre Herkunft auch gesellschaftlich verbunden, und, in welcher Form auch immer,<sup>6</sup> ökonomisch von ihm abhängig.

Mit ihrer Professionalisierung einerseits, der Ausweitung der Staatsfunktionen und dem Wachstum der Industrie andererseits veränderte sich

die sozioökonomische Situation vieler freien Berufe. Nach beiden Seiten entwickelten sich symbiotische Beziehungen. Industrieunternehmen wie Behörden traten als Auftraggeber für Anwälte, Architekten und Ingenieurbüros auf. Gleichzeitig verschafften die zunehmende Verrechtlichung und Spezialisierung aller Lebensbereiche Juristen und anderen Experten neue Tätigkeitsfelder, von denen viele über kurz oder lang ebenfalls professionalisiert und durch Zulassungshürden und andere Vorkehrungen geschützt wurden. Zugleich aber zogen sowohl der Staat als auch private Großbetriebe größere Teile der Tätigkeitsgebiete an sich, die zuvor größtenteils von freiberuflich Tätigen oder karitativen Organisationen wie den Kirchen besetzt gewesen waren; der Staat zum Beispiel durch den Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens, private Unternehmen mit der Einrichtung eigener Rechts- oder Bauabteilungen, so daß sie auf die Hilfe freier Anwälte oder Architekten nur noch in Spezialfällen angewiesen waren. Hiermit veränderte sich der Arbeitsmarkt für Akademiker. Ein Wechsel aus freiberuflicher Tätigkeit in abhängige wurde möglich, auch umgekehrt aus dem Staatsdienst in die Privatwirtschaft. In bezug auf die Angehörigen akademisch qualifizierter Berufe sind daher die Grenzen zwischen selbständigem Mittelstand, Beamten und Angestellten fließend.

Die Geschichte der Beamtenschaft beginnt ebenfalls lange vor der industriellen Revolution. Selbst das moderne Beamtentum entstand vorher und stellte einen maßgeblichen Träger der Modernisierung zwischen der Mitte des 18. und der Mitte des 19. Jahrhunderts, die wichtige Rahmenbedingungen für die industrielle Entwicklung schuf. Erst mit ihr und der ihr folgenden Ausweitung der Staatsfunktionen aber erlebte es seinen größten Aufschwung. 1,2 Millionen Beamte zählte man 1907 in Deutschland, rund 420000 von ihnen in öffentlichen Unternehmen wie Bahn und Post, 390000 in Verwaltung und Justiz. Freilich zählte nur ein kleiner Teil von ihnen zu den akademisch ausgebildeten höheren Beamten; von den Beamten in Verwaltung und Justiz z. B. nur rund 55000, also nur etwa 14%. Die Mehrzahl stellten die mittleren Beamten; selbst die unteren waren mit einem Anteil von 20% den höheren zahlenmäßig überlegen.<sup>7</sup> Die untersten Stufen der Beamtenschaft unterschieden sich nach Einkommen, Lebensverhältnissen und Bildungsgrad kaum von bessergestellten Arbeitern; die obersten, etwa die Ministerialbürokratie und der diplomatische Dienst, ragten in die adlige Sphäre hinein.

Die Angestellten, vornehmlich diejenigen großer Privatfirmen, stellten die jüngste der Gruppen, die sich Ende des 19. Jahrhunderts zum Bürgertum zählten. Sie war zugleich diejenige, die mit dem Wachstum der Industrie und der Unternehmensgrößen, mit zunehmender Arbeitsteilung und der Entstehung neuer Arbeitsfunktionen aufgrund technischer und organi-



satorischer Neuerungen sowie mit der allmählichen Bürokratisierung der Betriebe am schnellsten anwuchs; allein zwischen 1882 und 1907 von rund 400000 auf nahezu 2 Millionen.<sup>8</sup> Arbeitsrechtlich unterschieden sich die Angestellten von den Arbeitern durch längerfristige, zudem individuelle Verträge, Entlohnung für längere Zeiteinheiten und nicht nach Kollektivsätzen; außerdem boten sich ihnen oft innerbetriebliche Aufstiegschancen. Anfänglich fanden sie sich vornehmlich in mittleren und höheren Funktionen. Mit dem Anwachsen des Dienstleistungssektors und administrativer Tätigkeiten in allen größeren Unternehmen drangen sie auch auf den unteren Funktionsebenen vor, in Gestalt etwa des Büroboten und Kanzleidieners, des Sachbearbeiters und der Sekretärin. Daher findet sich auch in dieser Gruppe eine vielfältige Differenzierung nach Art und Qualifikation der Tätigkeit und folglich auch nach Einkommen und Sozialprestige. Horizontal umfaßt das Spektrum kaufmännische und technische Berufe, vertikal reicht es von ungelernten, untergeordneten und schlecht bezahlten Schreibtisch Tätigkeiten über die mittlere Ebene der Werkmeister, Betriebsingenieure und Abteilungsleiter bis zu wissenschaftlicher Forschungs- und Entwicklungsarbeit in Konstruktionsbüros und Forschungslabors und sogar bis in oberste Leitungsfunktionen, etwa derjenigen hochbezahlter Manager und Generaldirektoren, die in der Industrie mit der Expansion der Kapitalgesellschaften allmählich den alten Typus des Eigentümers verdrängen.<sup>9</sup>

In eine prekäre sozioökonomische Situation geriet das Handwerk mit der Ausbreitung der Industrie. Zwar konnte es auf die längste Tradition zurückblicken. Aber jetzt verlor es seine dominierende Stellung im Produktionssektor – in einem solchen Maße, daß der Aufschwung der Industrie bald begleitet wurde von düsteren Prognosen über den Untergang des ganzen Handwerkerstandes. Tatsächlich starben manche ehemals blühenden Handwerkszweige fast völlig aus. Andere zogen sich in Marktnischen zurück, wieder andere wechselten in die Rolle von Zulieferern für Industriebetriebe. Allerdings ergaben sich auch neue Betätigungsfelder, vor allem in der Wartung und Reparatur industrieller Erzeugnisse; ganze Branchen entstanden auf diese Weise neu, zum Beispiel im Kraftfahrzeuggewerbe. Dank solcher Anpassungsleistungen, ferner Selbsthilfe wie der Gründung von Genossenschaften bewahrheiteten sich jene Untergangsprophetieungen nur teilweise. Doch auch dort, wo das Handwerk überlebte oder neu aufblühte, geriet es mehr und mehr in die Abhängigkeit von der Industrie. Daher erfaßte viele seiner Angehörigen ein Gefühl permanenter Bedrohung und sozialer Deklassierung. Ähnliches gilt für den Einzelhandel; er geriet unter den Druck der großen Warenhäuser und Handelsketten, die seit der Jahrhundertwende entstanden.<sup>10</sup>

Aufgrund dieser sozialen Differenzierungen bestanden innerhalb des Bürgertums vielfältige Interessengegensätze: zwischen Industrie und Handwerk, oder allgemeiner: zwischen Großunternehmen und gewerblichem Mittelstand; innerhalb der Industrie zwischen Grundstoff- und Exportindustrie, zwischen Groß-, Klein- und Mittelbetrieben; zwischen Arbeitgebern und Angestellten; innerhalb der Beamtschaft zwischen deren verschiedenen Kategorien; zwischen den freien Berufen und den Bediensteten der Industrie auf der einen und denen des Staates auf der anderen Seite. Es ist deshalb fraglich, ob das Bürgertum als Klasse bezeichnet werden kann. In rein ökonomischem Sinne gewiß nicht. Benutzt man den Klassenbegriff jedoch zur Bezeichnung von Großgruppen, die nicht nur durch gleiche oder ähnliche sozioökonomische Lagen konstituiert werden, sondern auch ähnliche Bewußtseinszüge und Lebensweise zeigen, läßt er sich durchaus auf das Bürgertum des deutschen Kaiserreichs anwenden.<sup>11</sup> Denn es gab einen Kanon grundsätzlich gleicher bürgerlicher Interessen, nämlich an Eigentum und Besitz, an materieller Sicherheit oberhalb des Existenzminimums sowie an der Erhaltung einer auf Privateigentum gegründeten Gesellschaftsordnung. Es gab außerdem einen gemeinsamen Kern bürgerlichen Selbstverständnisses: ein gewisses Maß an Bildung, das über elementare Kulturfertigkeiten wie Lesen und Schreiben hinausging, auch an Muße und Lebensgenuß; die Erwartung von Dauerhaftigkeit der ökonomischen Basis und daher das Bestreben, das Erworbene zu erhalten, wenn möglich zu mehren, das Leben zu ordnen und seine weitere Entwicklung zu planen; die Hochschätzung individueller Leistung, eigener wie fremder, gekoppelt meist mit der Erwartung ihrer materiellen Honorierung; eine auf Besitz und Leistung gegründete Selbstdarstellung, das Streben nach entsprechendem sozialem Ansehen und die Entwicklung von Geselligkeitsformen, die dies zu realisieren versprachen. Mochten die einzelnen Elemente in den verschiedenen Gruppen auch unterschiedlichen Stellenwert haben und allen gemeinsame politische Ziele im Alltag kaum auszumachen sein – das Bewußtsein, etwas anderes, vor allem etwas Besseres zu sein als die Unterschichten, namentlich die Arbeiterschaft, die sich mit der industriellen Entwicklung ebenfalls rasch ausbreitete, einte sie alle, vielleicht sogar das Empfinden von »Bürgerlichkeit als Lebensform«.<sup>12</sup> Dies gilt auch und gerade für die Gruppen, deren soziale Lage sich derjenigen der Arbeiterschaft annäherte und die von bessergestellten Kreisen daher gegen Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr ohne weiteres zum Bürgertum gezählt wurden. Der Bedeutungshorizont dieses Begriffs verengte sich auf Unternehmer, freie Berufe und Angehörige des Bildungsbürgertums. Für Handwerker und Einzelhändler bürgerten sich mehr und mehr die Bezeichnungen Kleinbürgertum und Alter Mittelstand ein, für Angestellte und kleine Beamte der Begriff Neuer Mittelstand. Doch auch deren Selbstverständnis blieb oder

wurde eindeutig antiproletarisch und war zumindest in diesem Sinne bürgerlich.<sup>13</sup>

Für die politische Geschichte und die Geschichte politischer Ideen bedeutete der Aufstieg des Bürgertums die Entwicklung und Propagierung von Prinzipien individueller Freiheit in persönlicher, politischer und ökonomischer Hinsicht, von Grundrechten sowie von Institutionen, die sie gewährleisteten. Praktisch bedeutete dies die Einschränkung oder Beseitigung der überkommenen Herrschaft von Monarchen, Adel und Kirche. Zwar war das frühere Bürgertum diesen Mächten auf weite Strecken gleichsam symbiotisch verbunden gewesen. Gleichwohl kam mit seinem Aufstieg die Frage der politischen Macht und der staatlichen Verfassung auf die Tagesordnung. Der Konflikt begann bereits mit den Kämpfen zwischen Stadtbürgern und weltlichen wie geistlichen Herren in manchen Städten des hohen Mittelalters und erstreckte sich bis zu den bürgerlichen Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts. Einen einheitlichen Verlauf gab es nicht. Nur in England und Frankreich errang das Bürgertum im 17. und 18. Jahrhundert die politische Macht auf revolutionärem Wege – einschließlich des sozialpsychologisch so wichtigen Rituals des Königsmords –, in den USA durch die Loslösung vom Mutterland. In diesen Ländern folgte der Beginn des industriellen Aufschwungs wenig später. Dennoch ist es fraglich, ob die Entfaltung von Kapitalismus und Industrie die Eroberung der politischen Macht durch das Bürgertum wenn schon nicht voraussetzt, so doch regelmäßig nach sich zieht und ob hiervon abweichende Entwicklungen Sonderfälle darstellen.<sup>14</sup> Deutschland jedenfalls hat im 19. Jahrhundert einen rasanten Aufstieg bürgerlicher Gruppen und einen ebensolchen der Industrie erlebt, aber bekanntlich keine erfolgreiche bürgerliche Revolution. Der Anlauf hierzu, 1848 unternommen, scheiterte. Die Monarchen behaupteten in Kernbereichen staatlicher Macht ihre Herrschaft, der Adel wichtige Vorrechte.

Das deutsche Bürgertum geriet hierdurch längerfristig in ein Dilemma. Einerseits blieben Monarchie und Adel seine sozusagen natürlichen politischen Gegner; die Forderung nach politischer Partizipation, vor allem durch allgemeines Wahlrecht und Parlamentarisierung, stand weiter auf der Tagesordnung. Andererseits aber wurde sein ökonomischer und sozialer Aufstieg von den Monarchen nicht nur nicht behindert, sondern auf vielerlei Weise begünstigt und gefördert. Dies dämpfte seine politischen Emanzipationswünsche. Noch wichtiger war, daß Bevölkerungsexplosion und Industrialisierung eine schnell wachsende Schicht von lohnabhängig Beschäftigten entstehen ließen, namentlich in den Fabriken, aber auch in Handwerk, Gewerbe, Transportunternehmen und in der Landwirtschaft. Längere Zeit wurde dies als vorübergehende Fehlentwicklung angesehen, sowohl von den Betroffenen selbst als auch von bürgerlichen Beobachtern.

Viele Lohnabhängige, zumal handwerklicher Herkunft, hingen noch lange dem Leitbild des selbständigen Handwerkers an, viele bürgerliche Intellektuelle der Vorstellung einer klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft, in welcher jeder Eigentum genug besäße oder dank individueller Leistung genügend verdiente, um ohne fremde Hilfe ein auskömmliches Leben nach bürgerlichen Vorstellungen zu führen. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde zunehmend deutlich, daß es sich bei der Entstehung der Lohnarbeiterschaft um einen mit der kapitalistisch-industriellen Entwicklung ursächlich verbundenen, also irreversiblen und weiter fortschreitenden Prozeß handelte. Die Analysen von Marx und Engels belegen dies ebenso wie im Bürgertum die Annahme der Resonanz von Vorschlägen zur Selbsthilfe, wie sie in den fünfziger und sechziger Jahren zur Lösung der sozialen Frage propagiert wurden. Seitdem begann die Arbeiter-schaft sich zunehmend als eine primär durch meist lebenslange Lohnarbeit geprägte Klasse zu empfinden, sagte sich politisch vom Bürgertum los, schuf sich eigene Organisationen und schrieb zur Verbesserung ihrer Lage grundlegende Veränderungen der Wirtschafts- wie der Staatsordnung auf ihre Fahnen.

Dem Bürgertum entstand hiermit neben dem Adel ein zweiter, langfristig womöglich sogar gefährlicherer politischer Gegner. Denn er bedrohte seine eigene ökonomische und gesellschaftliche Position und drohte auch seinen politischen Zielen unbeabsichtigte Nebenwirkungen zu verleihen. Je stärker die Arbeiterschaft anwuchs, desto mehr nämlich mußte die Verwirklichung bürgerlicher Freiheitspostulate nicht nur den politischen Einfluß des Bürgertums, sondern auch denjenigen des Proletariats stärken. So aber waren sie kaum gemeint gewesen. Daher nahm die Energie ab, mit der sie verfolgt wurden, und schon in den sechziger Jahren begann das Bürgertum, mit den anderen besitzenden Klassen zusammenzurücken.<sup>15</sup> Die Reichsgründung von 1871 verschob seine politischen Optionen noch weiter in diese Richtung. Sie wurde bekanntlich nicht von einer Volksbewegung erkämpft, sondern von den regierenden Häuptionern unter Führung des preußischen Königs und seines Kanzlers herbeigeführt. Trotzdem erfüllte sie einen langgehegten Traum des Bürgertums und schuf zugleich die politischen Voraussetzungen für seine weitere wirtschaftliche Expansion. Überdies führte die Bismarcksche Verfassung als Konzession an liberale bürgerliche Forderungen im Reich das allgemeine und gleiche Wahlrecht ein – im Unterschied zu Preußen, wo bis 1918 ein Dreiklassenwahlrecht galt. Die Parlamentarisierung freilich brachte sie nicht; der Kaiser, erst recht der preußische König, behielt weiterhin verfassungsrechtlich zentrale Prärogativen, und die wichtigsten Machtzentren – Regierung, Spitzen der Ministerialbürokratie und Verwaltung, diplomatischer Dienst und Offizierkorps – blieben überwiegend Reservate des Adels.

Trotzdem machte das deutsche Bürgertum nach 1871 mehr und mehr seinen Frieden mit dem neuen Staat. Große Teile des Wirtschaftsbürgertums kompensierten die Beschränkung seiner politischen Betätigungsmöglichkeiten und Verantwortung durch wirtschaftliche Aktivität, das Bildungsbürgertum durch Konzentration auf den kulturellen Bereich, oft verbunden mit einer Flucht in die Innerlichkeit und einem Rückzug ins Private. In Verhaltensweisen und Lebensformen orientierte sich das Bürgertum seither stärker am Adel und an der Armee. In Teilen des Großbürgertums entwickelte sich eine Neigung zur Feudalisierung, ablesbar am Hang zur Nobilitierung und zum Erwerb von Rittergütern, auch an der Gutsherrenart, mit der manche Industriellen ihre Arbeiter behandelten. Die bürgerlichen Mittelschichten frönten einer Art sozialer Militarisierung; der Leutnant avancierte zur sozialen Leitfigur. In Schulen und Behörden wurde ein militärischer Umgangston üblich. In Armee und Verwaltung erhielten und festigten sich obrigkeitsstaatliche Verhaltensnormen, durch moderne Bürokratisierungstendenzen zusätzlich gestärkt, bis hinunter auf die untersten Ränge. Einstellungen und Verhaltensweisen der Staatsbeamten färbten wiederum auf diejenigen der Angestellten ab, wie schon deren Selbstbezeichnung als »Privatbeamte« erkennen läßt.

Ausmaß und Wirkungsmächtigkeit dieser Faktoren waren individuell, gruppenspezifisch und geographisch unterschiedlich. In Preußen etwa traten sie durchweg stärker in Erscheinung als in den süddeutschen Staaten. Daneben hielten sich Traditionen bürgerlicher Liberalität und entwickelten sich weiter, zum Beispiel in der Kommunalverwaltung und im Rechtswesen. Im übrigen gab es auch gegenläufige Tendenzen, etwa eine zunehmende Orientierung des Adels an bürgerlichen Normen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich<sup>16</sup>, überdies Ansätze zum Ausbruch aus der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Konventionen, beispielsweise in der Jugendbewegung.

Gleichwohl ist eine Abschwächung der liberalen Ideen im Bürgertum, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts ihr wichtigster Träger gewesen war, nach 1871 unverkennbar. In zentralen politischen Fragen wurden Kompromisse geschlossen, die für die mächtigsten Gruppen von Bürgertum und Adel annehmbar waren, namentlich für Großgrundbesitz und Großindustrie. Seit Ende der siebziger Jahre bestand nach einem Wort nicht eines linken Kritikers, sondern des konservativen Ökonomen Gustav Schmoller praktisch ein »Bündnis des großen Kapitals und des großen Grundbesitzes.«<sup>17</sup> Es wurde flankiert durch die Organisierung der großen ökonomischen Interessengruppen – der Industrie unter Führung der Montanindustrie, des Großgrundbesitzes, des Handels, aber auch des Handwerks – in Verbänden, die sich rasch Einfluß auf Ministerialbürokratie und Regierung, aber auch auf die Parteien zu verschaffen wußten.



Unterdessen wuchs die Arbeiterschaft mit dem Fortgang der Industrialisierung weiter an, allein zwischen 1882 und 1907 von knapp elf auf 18 Millionen<sup>18</sup>. Überhaupt veränderte der stürmische Wandel Deutschlands in einen Industriestaat die Physiognomie des Landes und seiner Gesellschaft innerhalb weniger Jahrzehnte tiefgreifend. Es erlebte eine riesige Binnenwanderung, stürmische Verstädterung und die Entstehung industrieller Ballungsräume mit gänzlich neuartigen sozialen Problemen, von solchen der Infrastruktur und der Umwelt zu schweigen. Die Einwohnerzahl Berlins stieg zwischen 1880 und 1910 von rund 1,1 auf über 3,7 Millionen, diejenige Hamburgs von 290000 auf 930000, die Essens relativ noch höher von 57000 auf knapp 300000<sup>19</sup>. Eine Beteiligung der Arbeiterschaft an der politischen Macht aber war in der Bismarckschen Verfassung weder vorgesehen noch möglich, ohne diese zu sprengen. Großgrundbesitz wie Wirtschafts- und Bildungsbürgertum lehnten sie aus je eigenen Motiven mehrheitlich ab und versuchten statt dessen, die Selbstorganisation der Arbeiterschaft zu verhindern und ihr politische Artikulationsmöglichkeiten zu verlegen. Eine ihrer härtesten Ausdrucksformen fanden diese Bestrebungen im Sozialistengesetz von 1878. Es verbot die sozialdemokratische Organisation, bedrohte jede aktive Tätigkeit für die SPD mit Strafe, unterwarf ihre Anhänger einem Vereinigungs- und Versammlungsverbot und bot die Möglichkeit, ihnen sogar die Erlaubnis für bestimmte Gewerbe zu entziehen und sie aus bestimmten Gebieten auszuweisen. Dafür sollten sozialpolitische Maßnahmen, vor allem die gesetzliche Einführung der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung für Arbeitnehmer, deren Loyalität gegenüber den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen sichern und stärken helfen. Tatsächlich milderten sie in vielen Fällen krasseste soziale Not und Unsicherheit und bedeuteten insofern sozialpolitisch einen Schritt nach vorn. Ihrer politischen Intention nach aber waren sie konservativ. Bis 1914 wurde nicht einmal die Einteilung der Reichstagswahlkreise den enormen Bevölkerungsverschiebungen angepaßt, was je länger, desto mehr die – großenteils konservativen – Wähler der Agrargebiete gegenüber denjenigen der Industriegebiete bevorzugte.

Betrachtet man liberale politische Ideen und eine entsprechende Praxis als konstitutiv für das Bürgertum, läßt sich also für das deutsche Kaiserreich ein Rückschritt an Bürgerlichkeit feststellen, zumindest gegenüber der Arbeiterschaft. Umgekehrt kann die deutsche Entwicklung aber auch als Beleg dafür gelten, daß diese Prämisse nicht zwingend und daß ein ökonomisch und sozial erfolgreicher Weg des Bürgertums auch ohne Eroberung der politischen Macht möglich ist und sogar dazu führen kann, daß es liberale Ziele wie gesellschaftlich legitimierte Herrschaft und Gleichberechtigung aller Staatsbürger einengt oder gar so weit aufgibt, wie sie für

seine ökonomischen und sozialen Interessen unnötig werden oder ihnen sogar zuwiderlaufen.

Die gemeinsame Gegnerschaft von Adel und Bürgertum, die Behinderung der Entfaltungs- und Bewegungsmöglichkeiten ihrer Organisationen, Maßregelungen von deren Mitgliedern und soziale Ächtung ihrer Führer erzeugten im größeren Teil der Arbeiterschaft ein mehr oder weniger ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl und zugleich ein nicht minder deutliches Empfinden der Nichtzugehörigkeit zur bürgerlichen Gesellschaft. Als »negative Integration« ist deshalb die Situation der Arbeiterschaft im Kaiserreich treffend bezeichnet worden. Unter diesen Bedingungen war es kaum verwunderlich, daß sie zur Verbesserung ihrer Lage weiterhin radikale Veränderungen der Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung anstrebte, eine eigene Subkultur entwickelte – eine wichtige Voraussetzung für kollektives Selbstbewußtsein und kollektive Handlungsfähigkeit – und allen Widerständen zum Trotz am Aufbau eigener Organisationen zur Artikulation und Vertretung ihrer Interessen und Ziele festhielt. Wegen ihrer weitgehenden Ausschaltung aus dem politischen System und der bürgerlichen Öffentlichkeit bildete sie hierbei Formen heraus, die auf Massenbeteiligung und Gegenöffentlichkeit setzten: die Klassenpartei als politischen Zusammenschluß möglichst der gesamten Arbeiterschaft und ihre politische Vertretung; die Gewerkschaften als Zusammenschluß möglichst aller Beschäftigten eines Berufes oder einer Branche zur einheitlichen Vertretung ihrer ökonomischen und sozialen Interessen; ferner Konsum- und Baugenossenschaften als Formen wirtschaftlicher Selbsthilfe. Aus denselben Gründen brachte die Arbeiterbewegung Aktionsformen hervor, die auf der massenhaften und öffentlichen Zusammenfassung der einzigen Eigenschaften beruhten, die die Arbeiter in die Waagschale zu werfen hatten und die gleichermaßen für politische wie für ökonomische Ziele eingesetzt werden konnten, nämlich ihre physische Existenz, ihre Arbeitskraft und ihre Rolle als Konsumenten: Demonstration, Streik und Boykott. Hinzu kamen propagandistische Angriffe gegen die Mächtigen in der Öffentlichkeit sowie die Ausnutzung öffentlicher Foren wie Parlamente und Gerichtssäle für ihre Anliegen<sup>20</sup>.

Zwar blieben sowohl die SPD als auch die freien Gewerkschaften bis 1914 weit davon entfernt, die Arbeiterschaft geschlossen zu erfassen. Wichtige Teile der Industriearbeiterschaft, besonders der Großindustrie, wurden durch Maßnahmen der Arbeitgeber vom Gewerkschaftsbeitritt abgehalten. Landarbeiter und Angehörige rückständiger Gewerbe wie mancher Zweige der Heimarbeit blieben ebenfalls überwiegend unorganisiert und wählten, wenn überhaupt, nicht selten konservativ, wenn auch oft gezwungenermaßen. Ein nicht unerheblicher Teil namentlich der katholischen Arbeiter organisierte sich in christlichen Gewerkschaften und schloß sich der

Zentrumspartei an. Eine Minderheit, organisiert in den Hirsch-Duncker-schen Gewerkvereinen, blieb den liberalen Parteien treu. Trotzdem erzielte die Sozialdemokratie bemerkenswerte Erfolge. Bei den Reichstagswahlen von 1890 gewann die SPD 1,4 Millionen Stimmen und wurde zur stärksten Fraktion. Bis 1912 erhöhte sie die Zahl ihrer Wähler im Reich auf 4,2 Millionen, ihre Mitgliederzahl auf knapp eine Million; die freien Gewerkschaften brachten es sogar auf rund 2,5 Millionen Mitglieder. Mit Straßendemonstrationen und anderen Formen öffentlicher Massenaktionen, zum Beispiel den Maifeiern, machten die Arbeiter auf ihre Forderungen aufmerksam. Mit Arbeitsniederlegungen stritten sie für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, mitunter wochenlang mit Tausenden von Beteiligten – im Bergbau, im Textilgewerbe, auf den Werften und in den Häfen, mit wechselnder Häufigkeit und Intensität zwischen 1890 und 1914 und unterschiedlichem Erfolg, aber insgesamt wachsendem Eindruck auf Arbeitgeber und Staat. Nach der Jahrhundertwende diskutierten sie lebhaft über den Einsatz des Massenstreiks auch für politische Ziele.

Im Bürgertum galten diese Aktionsformen durchweg als proletarisch. Streiks waren im bürgerlichen Verständnis Kämpfe der Arbeiterschaft, Demonstrationen proletarische Massenaktionen, und zwar so ausschließlich, daß Masse und Proletariat, massenhaft und proletarisch weitgehend synonym wurden. Bis heute wirkt diese Gleichsetzung im unreflektierten Verständnis kollektiver Organisations- und Kampfformen nach, bis in die Wissenschaft.<sup>21</sup> Überhaupt stellte die Arbeiterschaft für bürgerliche Augen in fast allem den krassen Gegensatz zum Bürgertum dar. Sie war nach bürgerlichen Maßstäben besitzlos und ungebildet, kannte kaum ökonomische und soziale Sicherheit, daher oft keine langfristigen, auf Beständigkeit angelegten Perspektiven, hatte oft nicht einmal einen festen Aufenthaltsort und normale Familienverhältnisse, geschweige denn kulturelle Güter. Zwar war sie in Wirklichkeit in sich ähnlich heterogen und vielgestaltig wie das Bürgertum; auch war qualifizierten Arbeitergruppen das Bewußtsein individueller Leistung keineswegs fremd, ebensowenig das Gefühl für Standesehre.<sup>22</sup> Vom Bürgertum jedoch wurden diese Unterschiede weithin ignoriert; hier wirkte die Arbeiterschaft wegen ihrer Andersartigkeit befremdlich und wurde weithin verachtet. Im Ausdruck Pöbel, mit dem bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die lohnabhängigen gewerblichen Unterschichten bezeichnet wurden, kommt diese Wertung bis heute zum Ausdruck; sie schwingt aber auch im bürgerlichen Gebrauch der Bezeichnung Proletariat mit, die seither üblich wurde.

Indessen waren die Organisations- und Aktionsformen der Arbeiterschaft nicht oder nur teilweise klassenspezifisch. Der Zusammenschluß zu Berufsorganisationen ist historisch weit älter als die moderne Arbeiterschaft und findet sich allenthalben auch in bürgerlichen Gruppen. Politi-

sche Parteibildungen begegnen ebenfalls unter Bauern und Gewerbetreibenden. Besonderheiten der Arbeiterorganisationen, wenigstens der sozialistischen, lagen allenfalls darin, daß es sich bei ihnen um Massen- und Kampforganisationen handelte. Massenorganisationen stellten sie sowohl aufgrund ihrer absoluten Größe dar als auch aufgrund ihres Bestrebens, die gesamte Arbeiterschaft zu erfassen, wenn nicht als Mitglieder, so wenigstens als Wähler oder Sympathisanten. Kampforganisationen stellten sie insofern dar, als sie Massenaktionen mit politischen und wirtschaftlichen Zielen propagierten und oft genug auch durchführten. Die Gewerkschaften trafen hierfür mit der Ansammlung besonderer Mittel zur Unterstützung von Streikenden und Gemaßregelten auch dauerhafte organisatorische Vorkehrungen; diese wurden nachgerade konstitutiv und in Deutschland nach 1918 sogar eine rechtlich geschützte Voraussetzung für die Bezeichnung »Gewerkschaft« und deren Anerkennung als Tarifvertragspartei. Kampforganisationen stellten SPD und freie Gewerkschaften schließlich auch in dem Sinne dar, daß sie einem antagonistischen Gesellschaftsbild anhängen, zumindest programmatisch den Klassenkampf propagierten und der Staats- und Gesellschaftsordnung des Kaiserreichs grundsätzlich den Kampf angesagt hatten.

Bei den Aktionsformen Streik, Boykott und Demonstration handelte es sich ebenfalls weder um Erfindungen noch um Monopole der Arbeiterschaft. Bäuerliche Abgaben- und Lieferstreiks sind nicht nur aus dem Mittelalter bekannt, Gesellenstreiks aus allen Jahrhunderten belegt, in denen das Handwerk in Zünften organisiert war. Der Boykott verdankt seinen Namen einem englischen Gutsverwalter, den die irische Landliga wegen seiner Härte gegenüber Pächtern um 1880 zur Auswanderung zwang, indem sie dafür sorgte, daß ihn seine Arbeiter verließen, Geschäftsleute keine Verträge mehr mit ihm abschlossen und jeder gesellschaftliche Verkehr mit ihm abgebrochen wurde. Das Kampfmittel der Verrufserklärung selbst ist jedoch gleichfalls weit älter. Auch öffentliche Aufmärsche, Umzüge oder Versammlungen unter freiem Himmel zum Protest gegen Maßnahmen von Regierung und Verwaltung, zum Ausdruck wirtschaftlicher und sozialer Forderungen, politischer Meinungen und Wünsche, spontan oder organisiert von Handwerkerzünften und Kaufmannsgilden, Gesellenorganisationen oder nachbarschaftlichen Zusammenschlüssen, reichen weit in vorindustrielle Zeiten zurück. Besondere Bedeutung gewannen sie in den großen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts.

Im deutschen Bürgertum starben diese kollektiven Aktionsformen nach 1871 weitgehend ab. Sie waren unnötig. Das Bürgertum konnte sich im Kaiserreich trotz der Prärogative der Fürsten und der Privilegien des Adels als Teilhaber an der Macht empfinden. Aufgrund der Wahlgesetze

und der Wahlkreiseinteilung war ihm eine Mehrheit in den Parlamenten allemal sicher. Die Medien befanden sich überwiegend in seiner Hand, und es hatte auf vielen Wegen Zugang zu den Inhabern von Schlüsselpositionen in Regierung, Ministerialbürokratie, Verwaltung und Justiz, entstammten doch viele von ihnen selbst dem Bürgertum oder waren seinen Angehörigen privat und vielen seiner Organisationen als Mitglieder verbunden. Eine einheitliche politische Organisation hatte es deshalb nicht nötig; sie wäre wegen der Interessengegensätze zwischen seinen verschiedenen Gruppen auch kaum möglich und sinnvoll gewesen.<sup>23</sup>

Es verlegte sich daher auf andere Strategien zur Machtsicherung; außer auf die vielfältige Behinderung der Arbeiterbewegung vor allem auf den Ausbau der Interessenverbände. Bis zur Jahrhundertwende breiteten diese sich über alle Branchen der Industrie aus, ebenfalls über Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft, allerdings in unterschiedlicher Dichte, und expandierten seither weiter. Als direkte Antwort auf die Gewerkschaften wurden die meisten Arbeitgeberverbände ins Leben gerufen. Sie stellten auch in genauestem Sinne deren funktionales Äquivalent dar, sowohl insofern, als sie sich bemühten, alle Arbeitgeber einer Branche oder Region zusammenzufassen, als auch in ihrem Bestreben, den jeweiligen Arbeitsmarkt unter ihre Kontrolle zu bringen. Mit ihrer straffen Zentralisierung, professionellen Führung und äußeren Geschlossenheit, erst recht durch die Bildung von Fonds zur Unterstützung und Entschädigung von Arbeitgebern, die von Streiks betroffen waren, konnten sie ebenfalls als Kampforganisationen gelten. Mit der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (VDA) brachten sie 1913 auch die erste einheitliche Spitzenorganisation hervor.<sup>24</sup>

In den verschiedenen Wirtschaftssektoren, oft auch ihren einzelnen Branchen, herrschte dagegen vor 1914 noch größere organisatorische Zersplitterung, bis hinauf auf die oberste Ebene. In der Industrie bestanden als Spitzenorganisationen nebeneinander der Centralverband Deutscher Industrieller (CDI) als Vertretung vor allem der Grundstoffindustrie und der Bund Deutscher Industrieller hauptsächlich als Vertretung der Fertig- und Exportindustrie; in der Landwirtschaft der von überwiegend ostelbischen Großgrundbesitzern beherrschte Bund der Landwirte (BdL), die Bauernvereine als Organisationen der kleinen und mittleren Landwirte, vorzugsweise Mittel-, West- und Süddeutschlands, und christliche Bauernorganisationen mit Schwerpunkt in katholischen Gegenden. Im Einzelhandel gab es zahlreiche größere Schutzverbände, Einkaufsgenossenschaften und Fachverbände nebeneinander, von denen nur einige lose miteinander verbunden waren. Das Handwerk mit seinen rund 1,4 Millionen selbständigen Meistern dagegen verfügte seit 1900 mit dem Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag, der Dachorganisation der öffentlich-rechtlichen

Handwerkskammern, über eine Gesamtrepräsentation und über weitere Spitzenorganisationen.<sup>25</sup>

In den freien Berufen entwickelten sich in erster Linie Standesorganisationen, darunter mit Unterstützung des Staates solche öffentlich-rechtlichen Charakters wie die Ärzte- und Anwaltskammern – zur Regulierung des Zutritts zum Berufsfeld und zur Durchsetzung professioneller Standards, natürlich auch zu wirtschaftlichen Zwecken, aber kaum in gewerkschaftlichem Sinne.<sup>26</sup> Kollektive Regelungen von Gehältern und Arbeitsbedingungen kamen schon deshalb nicht in Betracht, weil es eine einheitliche oder gar organisierte Gruppe von Auftraggebern oder Klienten, die als Vertragspartner hätten auftreten könne, kaum gab. Eine Ausnahme machten die Ärzte. Mit der Einrichtung öffentlicher Krankenkassen aufgrund des Krankenversicherungsgesetzes von 1883 entstanden für den weniger bemittelten Teil ihrer Klientel monopolartige Institutionen, denen gegenüber sich viele niedergelassene Ärzte bald in einer Defensivposition fühlten. Hier bildeten sich daher zur gemeinsamen Interessenvertretung schon vor 1914 Organisationen »nach Art der Gewerkschaften« aus – so eine bezeichnende Selbstcharakterisierung von 1908.<sup>27</sup>

Auch unter Angestellten und Beamten erreichte der Zusammenschluß zu Interessenverbänden bis 1914 beträchtliche Dimensionen. Von den rund 2 Millionen Angestellten gehörten 1914 rund ein Drittel einer Berufsorganisation an, von den rund 1,2 Millionen Beamten sogar rund 70%.<sup>28</sup> Mit dem Organisationsgedanken der Arbeitergewerkschaften hatten sie indessen wenig im Sinn. Die meisten Angestelltenverbände standen auch Selbständigen offen. Außerdem waren sie zersplittert in Verbände für technische und kaufmännische Angestellte, oft auch nach engeren beruflichen Grenzen, nach dem Status in der Betriebshierarchie, nicht selten auch nach den Grenzen der Bundesstaaten. Eine ähnliche Zersplitterung zeigten die Beamtenorganisationen: nach Dienstherren (Reich, Bundesstaaten, Kommunen), nach Ressorts (Eisenbahn, Post, Justizdienst usw.), nach unteren, mittleren und höheren Beamten und innerhalb dieser Kategorien meist wiederum nach Berufsgruppen. Aktionsfähige Dachverbände fehlten. Angestellte wie Beamte betrachteten sich bis auf geringfügige Ausnahmen nicht als Arbeitnehmer im gewerkschaftlichen Sinne. Die Beamten fühlten sich bis auf die unterste Ebene als Träger staatlicher Autorität; Loyalität gegenüber dem Staat und seinem fürstlichen Oberhaupt, auf das sie vereidigt waren, galt den meisten als selbstverständlich. Die Angestellten orientierten sich zunächst am Ideal späterer Selbständigkeit; als es sich zunehmend als Fiktion erwies, am Leitbild des Staatsbeamten und an hierarchisch-bürokratischen Formen innerbetrieblicher Organisation. Arbeitsplatzsicherheit, Teilhabe an innerbetrieblicher Macht, Loyalität zur Firmenleitung sowie das Bewußtsein individueller Leistung wurden Charakteristika ihres Selbstver-

ständnisses. Kollektive Interessenvertretung und schematische Regelung von Gehalts- und Dienstangelegenheiten widersprachen ihm ebenso wie ein antagonistisches Gesellschaftsbild, wie es der Sozialismus propagierte. Die meisten Organisationen beider Gruppen beschränkten sich daher auf ökonomische Verbesserungen und Statusfragen im Rahmen des bestehenden Staats- und Wirtschaftssystems und verstanden sich als Standesverbände – freilich auch deshalb, weil der Staat seinen Beschäftigten den Beitritt zu gewerkschaftlichen Organisationen verbot und die Industrie die Organisation der Angestellten mit generellem Mißtrauen verfolgte. Unter den Beamten fehlten infolgedessen gewerkschaftlich orientierte Organisationen bis 1914 völlig; unter den Angestellten kamen sie über bescheidene Anfänge nicht hinaus.<sup>29</sup>

Die Interessenverbände von Industrie und Landwirtschaft sicherten sich politischen Einfluß durch die Entsendung von Vertrauensleuten in die Parteien und Parlamente, wenn möglich auch in hohe Regierungs- und Verwaltungsämter, mindestens ebenso aber dadurch, daß ihre Führungspersönlichkeiten als Mitglieder der »besseren Gesellschaft« vielfältige Möglichkeiten zur informellen Beeinflussung politischer Entscheidungsträger auf allen Ebenen besaßen – über private Bekanntschaften, die Mitgliedschaft in Altherrenverbänden studentischer Korporationen, die ehemalige Zugehörigkeit zum selben Regiment oder über halböffentliche Kontakte, wie sie Clubs, Vereine und kulturelle Vereinigungen stifteten. Außerdem standen ihnen mächtige publizistische Medien zur Verfügung. Insgesamt verfügten sie über so zahlreiche Möglichkeiten, ihre politischen Vorstellungen zur Geltung zu bringen, daß sie so ungeschlachte Instrumente wie Demonstrationen oder gar Streiks nicht nötig hatten. Für das Bildungsbürgertum gilt das nicht in gleichem Maße, auch nicht für Gewerbe und Handwerk, noch weniger für die unteren Ränge der Beamten und Angestellten. Deren Verbände beschränkten sich im wesentlichen auf Eingaben, Petitionen und Bitten, traditionelle Mittel gehorsamer Untertanen also, die an härtere Kampfmaßnahmen noch nicht zu denken wagten, und suchten im übrigen bei Konflikten Formen friedlicher Lösungen.<sup>30</sup> Gleichwohl konnten auch sie aufgrund der gegebenen Machtverhältnisse die Obrigkeit eher als Beschützer denn als Gegner betrachten. Tatsächlich waren die Regierungen im Reich wie in den Einzelstaaten grundsätzlich darauf bedacht, außer den Interessen der adligen Großgrundbesitzer auch diejenigen der Bauern, von Industrie, Handel und Gewerbe sowie von Beamten und Angestellten soweit zu berücksichtigen und miteinander auszugleichen, daß ihre prinzipielle Loyalität gegenüber dem politischen System gewahrt blieb.<sup>31</sup>

Infolgedessen kamen kollektive Aktionsformen für das Bürgertum zur Artikulierung politischer Interessen kaum in Betracht. »Auf die Straße«

ging man nicht, es sei denn, um einem Monarchen zu huldigen oder das Militär paradieren zu sehen – oder einen Kriegsausbruch zu feiern. Streik verbot sich für Industrielle und Selbständige schon aus prinzipiellen Gründen. Aber auch Beamte und die meisten Angestellten wollten von ihm wenig wissen; er widersprach ihrem Selbstverständnis und Gesellschaftsbild. Für alle Fälle bedrohten ihn öffentliche wie private Arbeitgeber gleichwohl mit empfindlichen Sanktionen. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften kannten alle Beamten- und die meisten Angestelltenorganisationen daher vor 1914 keine Streikvorkehrungen, jedenfalls keine finanziellen. Als politisches Kampfmittel kam der Streik noch weniger in Betracht. Konflikte mit der Regierung, die an ein derartiges Mittel hätten auch nur denken lassen, waren nicht einmal vorstellbar. Und daß eine Konstellation eintreten würde, in der es gegen die Arbeiterschaft hätte angewendet werden müssen, überstieg vor 1914 die politische Phantasie des Bürgertums.

Etwas anders sah es mit dem Boykott aus. Unternehmer benutzten ihn gelegentlich im Konkurrenzkampf untereinander, Industrie- und Arbeitgeberorganisationen auch gegenüber Gewerkschaftsmitgliedern, ebenfalls gegenüber Firmen, die den Arbeiterorganisationen unerwünschtes Entgegenkommen bewiesen.<sup>32</sup> Gleichmaßen war innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft der gesellschaftliche Boykott von Standesgenossen mit abweichenden politischen Orientierungen – sozialistischen etwa –, mit unüblichem persönlichem Umgang und unorthodoxen Umgangsformen nichts Ungewöhnliches, erst recht nicht von Nicht-Standesgenossen mit unliebsamen politischen Anschauungen, zum Beispiel Sozialdemokraten.<sup>33</sup> Als politisches Mittel gegenüber der Obrigkeit und staatlichen Einrichtungen war der Boykott während des Kulturkampfes in den siebziger Jahren von Katholiken eingesetzt worden, geriet seitdem aber in Vergessenheit. Harte öffentliche Anklagen gegen Repräsentanten der politisch-gesellschaftlichen Elite und gegen ungute Zustände galten im Bürgertum lange als unschicklich, sei es in Zeitungen, im Parlament oder im Gerichtssaal; Angriffe gegen das politisch-gesellschaftliche System als solches ohnehin.

Gleichwohl begannen auch bürgerliche Organisationen, sich langsam öffentlichkeits- und massenwirksamen Methoden zur Werbung um Wählerstimmen und zur Vertretung ihrer Anliegen zu nähern und Massenorganisationen aufzubauen. Dies war zunächst einer Eigendynamik des Reichstagswahlrechts und der Funktion des Reichstags zu verdanken. Trotz der Beschränkung seiner Kompetenzen gewann er an politischem Gewicht, auch für Entscheidungen zwischen konkurrierenden Interessen verschiedener Gruppen des Bürgertums. Nach 1890 drängten ebenfalls die Wahlerfolge der SPD und die Organisationserfolge der freien Gewerkschaften,



schließlich das Fehlen einer charismatischen Zentralfigur, wie Bismarck sie gewesen war, bürgerliche und agrarische Verbände schrittweise auf ähnliche Wege, wie sie die Arbeiterorganisationen eingeschlagen hatten. Besonders schnell lernten die Agrarier die Lektion. Der 1890 gegründete Bund der Landwirte (BdL) entwickelte sich innerhalb weniger Jahre zu einer professionell geführten Massenorganisation mit knapp 330000 Mitgliedern (1913) und nahm in sein Repertoire Aktionsformen auf, die vordem als »links« gegolten hatten, z. B. Boykottdrohungen gegenüber städtischen Geschäftsleuten, die sich in einer ihm nicht genehmen Weise politisch betätigten,<sup>34</sup> und ungezügelter Demagogie gegen Liberale und Sozialdemokraten, bis hin zu einer »fast anarchistisch anmutenden Aggressivität«.<sup>35</sup> Er lieferte hiermit ein frühes Beispiel für die Kombination moderner politischer Kampfformen und konservativ-reaktionärer Ziele.<sup>36</sup> Er zeigte auch, daß und wie ein Interessenverband eine politische Partei dominieren konnte. Die politische Vertretung der Agrarier nämlich, die Konservative Partei, geriet in weitgehende Abhängigkeit vom Bund der Landwirte; umgekehrt fungierte der BdL als Lautsprecher der Konservativen. Gleichzeitig bemühte sich diese Partei allerdings auch, in Industriezentren, in denen sie der Konkurrenz und dem Druck der Sozialdemokratie besonders stark ausgesetzt war, bis ins Kleinbürgertum und sogar in die Arbeiterschaft vorzudringen.<sup>37</sup>

Um die Jahrhundertwende begann ebenfalls der Mittelstand, stärkeres politisches Selbstbewußtsein zu entwickeln, sich von der Bevormundung durch die alten Machteliten zu emanzipieren, eine eigene Ideologie zu formulieren und sich eigenständig zu organisieren.<sup>38</sup> Unter Angestellten und Beamten machte der Zusammenschluß zu Interessenverbänden mit wirtschaftlichen Zielen Fortschritte. Auch der Gedanke an kollektive Regelungen der Gehälter sowie an Personalvertretungen mit Mitbestimmungsrechten innerhalb der Unternehmen und Verwaltungen verbreitete sich, außerdem Bestrebungen zur Zusammenfassung der zersplitterten Organisationen zu größeren Verbänden. Unter den Artikulationsformen wurden Massenversammlungen häufiger, allerdings nur solche in geschlossenen Räumen; Formen direkter Öffentlichkeit auf Straßen und Plätzen blieben einstweilen verpönt.

Um die politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse gegen den rapiden gesellschaftlichen Wandel, gegen die Reformforderungen der Sozialdemokratie, aber auch gegen auseinanderstrebende Kräfte innerhalb des Bürgertums zu versteifen und das Gesellschaftsgefüge zusammenzuhalten, zumindest seinen bürgerlich-adligen Teil, zogen ihm die Machteliten seit den neunziger Jahren Integrationsklammern ein: die Heranbildung einer gemeinsamen Nachwuchselite aus Adel und Bürgertum, für welche die Universitäten eine wichtige Rolle übernahmen, wobei das ur-

sprünglich aufklärerische Bildungsideal teilweise zum Berechtigungswesen verkam; die Propagierung von Demokratiefeindschaft und Feindstereotypen mit Hilfe oder durch Instrumentalisierung von Schule, Kirche und Armee; humanistische Bildungsinhalte wurden hierbei auf Versatzstücke einer Ideologie zur Legitimation des Status quo reduziert. Als besonders wirksam erwies sich die Umwandlung des Nationalismus, zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine überwiegend antifeudale, progressive bürgerliche Bewegung, in einen sozialkonservativen Imperialismus – expansiv nach außen, aber zu einem wesentlichen Teil mit dem Ziel, innergesellschaftliche Widersprüche zu dämpfen, Spannungen abzulenken, womöglich auch den Spielraum für sozialpolitische Reformen zu vergrößern, und so die gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse bewahren zu helfen. Hierin lagen zentrale Motive der Kolonialpolitik und des Schlachtflottenbaus. Sie wurden erstaunlich oft und freimütig geäußert. Admiral Tirpitz, einer der namhaftesten Initiatoren der Flottenpolitik seit Mitte der neunziger Jahre, pries diese als »Palliativ gegen gebildete und ungebildete Sozialdemokraten«; Reichskanzler von Bülow bezeichnete noch kurz vor dem Ersten Weltkrieg eine »lebendige nationale Politik« als das »wahre Mittel gegen die Sozialdemokratie«.<sup>39</sup>

Zur Propagierung derartiger sozialimperialistischer Strategien entstand um die Jahrhundertwende in enger Verbindung mit den großen wirtschaftlichen Interessenverbänden eine ganze Reihe von Agitationsvereinen: die Deutsche Kolonialgesellschaft, der Alldutsche Verband, der Deutsche Ostmarkenverein, der Deutsche Flottenverein und der Deutsche Wehrverein, um nur die wichtigsten zu nennen.<sup>40</sup> Sie waren auf Massenwirksamkeit angelegt und trieben daher hauptsächlich Öffentlichkeitsarbeit, vorzugsweise hemmungslose Agitation, für koloniale Expansion, für Flottenrüstung, für den Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Position Deutschlands auch auf dem Kontinent – und gegen »innere Feinde«, bisweilen so arg, daß es selbst manchen ihrer Initiatoren zu weit ging.

Die Wandlung des Nationalismus zum Sozialimperialismus und die Entstehung der Agitationsvereine sind jedoch nicht allein Ergebnis ausgeklügelter Herrschaftstechnik der adlig-bürgerlichen Machteliten. Gewiß entsprachen sie großenteils deren Interessen und wurden von ihnen zu instrumentalisieren versucht. Aber sie signalisieren darüber hinaus neue Elemente bürgerlicher Politik: neues Selbstbewußtsein, neue Aktionsbereitschaft, einen zuvor kaum erlebten Radikalismus – und neue Inhalte. Sicherung der äußeren Voraussetzungen für die Fortführung der industriellen Entwicklung, für weiteres Wirtschaftswachstum und nationale Machtentfaltung bildeten zwar die vorrangigen Programmpunkte, wurden aber ergänzt um Forderungen nach Steigerung der inneren Leistungsfähig-

keit der Nation: nach konsequenter Zentralisierung des Staates, Modernisierung des Bildungswesens und des Steuersystems, »Nationalisierung« der Arbeiterbewegung und politischer Ausschaltung nationaler und religiöser Minderheiten, verbunden mit Antiklerikalismus und Ansätzen rassebiologischer Konzepte einschließlich des Antisemitismus. Gegenüber Sozialdemokraten und Katholiken, Juden und Polen war dieser neue Nationalismus dezidiert illiberal, auch in seiner Ablehnung der Gleichberechtigung von Frauen, und insofern traditionellem konservativem Denken verwandt. Aber seine technisch-wissenschaftliche Orientierung und sein kühles Effizienzdenken zeigten ihn ausgesprochen modern und gleichzeitig seine Verachtung für politische Prinzipien eines Allgemeinwohls, das alle Bewohner eines Staatswesens ohne Ausgrenzungen einschloß, jedoch auch weit entfernt von bürgerlichen Idealen des frühen 19. Jahrhunderts. Nicht von Verlierern, sondern von Gewinnern des bisherigen Modernisierungsprozesses wurde dieser Nationalismus in wesentlichen Teilen getragen, von Leuten, die den wirtschaftlichen Aufschwung im Gefolge der Industrialisierung, die Machtentfaltung des Reiches und seine Aufrüstung begrüßten, womöglich hiervon profitiert hatten, und denen daran gelegen war, daß diese Entwicklung weiterging, freilich ohne einschneidende Reformen zu eigenen Lasten. Eine antikapitalistische, antimilitaristische und international orientierte Arbeiterbewegung bekämpften sie, weil sie ihre Ziele zu durchkreuzen drohte. Mit einer Arbeiterschaft hingegen, die zu ähnlichen wirtschafts- und außenpolitischen Zielen innerhalb eines privatwirtschaftlichen Rahmens fand, wäre eine Verständigung denkbar gewesen, womöglich sogar über ihre Beteiligung an der politischen Macht, mochte auch eine derartige Wandlung der Sozialdemokratie einstweilen wenig wahrscheinlich sein. Prinzipiell vertrug sich der neue Nationalismus auch mit einer Politik innerer Reformen. Seine liberale Spielart propagierte die außenwirtschaftliche und koloniale Expansion sogar ausdrücklich als Voraussetzung hierfür. Umgekehrt stellte die Bewahrung politischer Privilegien des grundbesitzenden Adels für den Nationalismus keinen Selbstzweck dar, nicht einmal die Erhaltung der Monarchie. Tatsächlich klangen in seiner Agitation schon vor 1914 bisweilen unüberhörbare antimonarchistische und fundamentaloppositionelle Töne an. Gemessen am Maßstab der Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft erscheint das Auftreten des neuen Nationalismus als Symptom einer »Pathogenese« des Bürgertums.<sup>41</sup> Er läßt sich jedoch auch als Erscheinungsform einer neuen Richtung bürgerlicher Politik begreifen, die sich potentiell aus der Verbindung mit den alten Eliten löste, aber auch von den Prinzipien des Liberalismus und der Demokratie, und in eine andere Moderne als die der Zivilgesellschaft hineinführte.<sup>42</sup>

In den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg schließlich mehrten sich

auch Versuche, Parteien und Verbände über die Grenzen von Interessengruppen hinweg in einer großen Sammlungsbewegung gegen die Sozialdemokratie und tendenziell auch gegen die zu Kompromissen genötigte Reichsregierung zusammenzufassen – Landwirtschaft und Industrie, Handel und Gewerbe, Bildungsbürgertum und alten wie neuen Mittelstand. Der wichtigste und bekannteste wurde 1913 mit dem »Kartell der schaffenden Stände« unternommen, von seinen Gegnern alsbald als »Kartell der raffenden Hände« verhöhnt.<sup>43</sup> Man kann es als Fortsetzung und Erweiterung jener »Allianz gegen den Fortschritt«<sup>44</sup> aus den siebziger Jahren betrachten, aber auch als neuartigen Versuch, Gewinner und Verlierer des Industrialisierungsprozesses mit Ausnahme der sozialistischen Arbeiterschaft neu zu integrieren. Seine Zielsetzung, alle Gruppen organisatorisch zusammenzufassen, die zu den Besitzenden zählten oder dank ihrer Bildung sicheres Einkommen und gesellschaftliches Ansehen genossen, um so die Grundstrukturen der Staats- und Gesellschaftsordnung abzusichern und notfalls aggressiv zu verteidigen, war daher zumindest gegenüber der Arbeiterschaft ebenfalls notwendig illiberal und antidemokratisch. Die Gründung läßt sich auch als Versuch ansehen, eine Art bürgerliche Klassenorganisation zustande zu bringen und Klassenbewußtsein zu erzeugen, und zwar in dem Verständnis des Klassenbegriffs, der oben umrissen wurde. Die Mehrheit des Bürgertums freilich wies die Bezeichnung Klasse weit von sich, ebenfalls den Begriff des Klassenkampfes, nicht nur, weil er in der politischen Auseinandersetzung von der Sozialdemokratie als Kampfbegriff benutzt und schon deshalb vom Bürgertum als völlig ungeeignet zur Selbstbezeichnung betrachtet wurde, sondern auch, weil er ihrem Selbstverständnis widersprach, das sich noch immer am Leitbild des freien, ökonomisch unabhängigen Individuums orientierte.

Das Kartell ist freilich auch als »Kartell der Angst« bezeichnet worden.<sup>45</sup> Tatsächlich stößt man auf dieses Motiv häufig im Bewußtsein des deutschen Bürgertums in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Dieses zeigte eine eigenartige Gebrochenheit und Ambivalenz: einerseits Stolz auf die wirtschaftliche und politische Stärke des Reiches, seine Rüstung und seine Stellung in der internationalen Politik; andererseits Besorgnisse oder gar Ressentiments gegenüber der industriellen Entwicklung und ihren Folgen wie vor den Konsequenzen der Machtzunahme des Reiches – Angst vor dem scheinbar unaufhaltsamen Anwachsen der Arbeiterschaft und vor der heraufziehenden Massengesellschaft, Besorgnisse wegen der Folgen außenwirtschaftlicher und militärischer Konkurrenz der Industriestaaten, schließlich wegen des Verlustes traditioneller kultureller und sozialer Werte. In der Kunst der Vorkriegsjahre nahmen diese Widersprüche und Ängste ihre vielleicht deutlichste Gestalt an. Auch in der Publizistik schlugen sie sich vielfältig nieder. Sie liegen ebenfalls der

Fin-de-siècle-Stimmung zugrunde, die das Lebensgefühl der bürgerlichen Welt vor 1914 durchzieht, möglicherweise zum Teil sogar dem neuen Nationalismus. Der Radikalismus, mit dem er auftrat, mag darauf hindeuten, daß seine Urheber und Anhänger von der Tauglichkeit ihrer Rezepte im Grunde nicht so fest überzeugt waren, wie sie behaupteten, und daß ihre Entwürfe auch Züge eines kollektiven psychischen Eskapismus trugen, wie er gleichzeitig etwa in Phantasien von der reinigenden Kraft des Krieges zutage trat.

Alle diese Erscheinungen sind symptomatisch für den Widerspruch zwischen enormer wirtschaftlicher und sozialer Dynamik und der Konservierung tradierter politischer Strukturen, zwischen wirtschaftlich-technischer Modernität und politischer Rückständigkeit, der für das wilhelminische Deutschland je länger, desto mehr charakteristisch wurde; für verbreitetes Unbehagen hierüber, für ein zunehmendes Krisengefühl und wachsende Unsicherheit im Bürgertum über den Ausweg. Der Weg zurück, in eine vorindustrielle Gesellschaft und vorparlamentarische Regierungsform, kam nicht in Frage. Grundlegende Reformen, die die Kluft zur Arbeiterschaft überbrückt und diese an der politischen Macht beteiligt hätten, wurden von Adel und Bürgertum nach wie vor mehrheitlich abgelehnt. Ob die Zusammenfassung bürgerlicher Interessen in Massenorganisationen, ob Sozialimperialismus und Sammlungspolitik gangbare Wege in die Zukunft boten, ohne grundlegende Veränderungen der politischen Machtverhältnisse nach der einen oder anderen Seite auszulösen, war einstweilen offen und blieb es bis zum Ersten Weltkrieg. Ob, wie und in welchem Ausmaß das Kaiserreich reformfähig war, wie die verschiedenen Spielarten bürgerlicher Politik zu beurteilen sind und wie es um seine »Bürgerlichkeit« stand, ist in der Forschung bis heute strittig.<sup>46</sup>

Bis 1914 blieben Ausmaß und Erfolge der Veränderungen von Organisations- und Aktionsformen bürgerlicher Politik freilich begrenzt. Noch schien das politisch-gesellschaftliche System des Kaiserreichs mit seiner hoch gerüsteten Armee denn doch viel zu stabil, um in absehbarer Zeit einem Ansturm von links zu erliegen. Eine neuerliche Unterdrückung der Sozialdemokratie mit gesetzlichen und polizeilichen Mitteln, wie sie mit dem Sozialistengesetz schon einmal praktiziert worden war, war einstweilen wahrscheinlicher als eine sozialdemokratische Reichstagsmehrheit oder gar eine proletarische Revolution.<sup>47</sup> Auf der anderen Seite weiteten sich die Widersprüche innerhalb des bürgerlich-agrarischen Lagers nicht derart aus, daß sie grundlegende Veränderungen der Interessenvertretung auf breiter Front beschleunigt hätten. Die Ansätze zur Bildung von Massenorganisationen kamen über einige, freilich wichtige Sektoren nicht hinaus. Sie waren bei aller Modernität im professionellen Management und Lobbyismus traditionellen Zügen bürgerlicher Interessenpolitik insofern noch ver-

haftet, als meistens bürgerliche oder adlige Honoratioren in ihrer Führung die entscheidende Rolle spielten; vor allem auch dadurch, daß sie im Namen ihrer Mitglieder handeln konnten, ohne daß diese sich selbst sonderlich engagieren mußten oder wollten. Die Mobilisierung der Mitgliederbasis erreichte vor 1914 in der Regel ein nur geringes Ausmaß. Auch der Einfluß einer Massenorganisation wie des Bundes der Landwirte beruhte nach wie vor zu einem wesentlichen Teil auf seinen vielfältigen Beziehungen zu Regierung, Ministerialbürokratie, Verwaltung, Justiz und Militär, erst recht darauf, daß viele Inhaber von Schlüsselfunktionen den Großgrundbesitzern persönlich eng verbunden waren. Hinweise auf die Massenbasis mögen im politischen Alltagsgeschäft hilfreich gewesen sein. Aber tatsächlich mobilisiert und öffentlich vorgeführt zu werden brauchte sie nicht. Gerade solchen Massenaktionen, die für die Arbeiterschaft die größte Bedeutung hatten, nämlich Demonstrationen und Streiks, wandte sich der Bund der Landwirte vor 1914 kaum zu; selbst hinsichtlich des Boykotts begnügte er sich in der Regel mit Drohungen.

Die nationalen Agitationsverbände selbst blieben weit davon entfernt, Massenorganisationen zu werden. Der Alldeutsche Verband zum Beispiel brachte es nur auf rund 20000 Mitglieder.<sup>48</sup> Auch seine Führer gehörten größtenteils selbst dem Establishment an und waren insofern gleichfalls noch Traditionen bürgerlicher Honoratiorenpolitik verhaftet. Dies unterscheidet sie von späteren bürgerlichen Oppositionsgruppen, die aus sozialen Außenseitern bestanden und das »System« von außen attackierten. Der Einfluß der Agitationsvereine auf das politische Denken weiter Kreise des Bürgertums und der Agrarier war indessen beträchtlich. Ansätze politischer Fundamentalopposition gediehen bis zum Weltkrieg jedoch nicht weit. Auch die Erfolge der Sammlungspolitik nahmen sich bis 1914 bescheiden aus. Eine tragfähige Basis für dauerhaftes politisches Handeln fand sich nicht. Die Interessengegensätze innerhalb des Bürgertums ließen sich kaum überbrücken; nicht zuletzt die Beziehungen zwischen den Machteliten und den Mittelstandsorganisationen zeigten instabile und widersprüchliche Züge.<sup>49</sup>

Veränderungen dieses eigenartigen Zustands von sozialer Dynamik und politischem Immobilismus brachte erst der Erste Weltkrieg. Er löste im Bürgertum Entwicklungen aus, die die Ansätze zu Massenorganisationen und Massenaktionen weiter vorantrieben, allerdings auf zwei unterschiedlichen, teils sogar gegensätzlichen Wegen. Sein Ausbruch wurde weithin als Befreiung aus den chronischen Widersprüchen des Kaiserreichs erlebt, als Ablenkung der innergesellschaftlichen Spannungen nach außen und als ihre Entladung. Hierin besteht der psychische Kern des sogenannten Augusterlebnisses, jener Welle von Haß gegen die Kriegsgegner und gleichzeitig eines völlig ungewohnten gesellschaftlichen Zusammengehörigkeitsge-

fühls. Im alsbald geflügelten Wort des Kaisers »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche« fand es seinen beredtesten Ausdruck. Ob und wie weit es die Arbeiterschaft ergriff, wie weit es im Bürgertum mehr war als Sentimentalität, also wirkliche Veränderungs- und Lernprozesse auslöste, ist allerdings fraglich. Im Kriegsalltag verflog es jedenfalls bald. Denn die sozialen Spannungen und politischen Widersprüche kehrten zurück und wuchsen rasch weiter an, je länger der Krieg dauerte, desto mehr.

Die ökonomischen Folgen des Krieges – Verarmung und Verelendung, schließlich Unterernährung und physische wie psychische Erschöpfung – trafen nicht nur die Arbeiterschaft, sondern ebenso und teilweise noch härter die bürgerlichen Mittelschichten, insbesondere Angestellte und Beamte. Soziale Unzufriedenheit und Verbitterung breiteten sich aus und brachen Schritt für Schritt überkommene und tief verwurzelte Verhaltensmuster auf. Ein Symptom hierfür auf individueller Ebene ist das Ausmaß, das Eigentumsdelikte jetzt annahm, ein anderes die zunehmende Korruption unter Beamten – in Deutschland vordem nahezu unbekannt. Gleichzeitig veränderten sich Organisationsverhalten und kollektive Aktionsformen. Angestellte und Beamte näherten sich allmählich dem Gewerkschaftsgedanken an. Die Mitgliederzahlen ihrer Berufsverbände stiegen, bei den Angestellten überdurchschnittlich diejenigen der gewerkschaftlich orientierten. 1917/18 begann die Bildung von Dachverbänden. In manchen Betrieben nutzten die Angestellten zur unangenehmen Überraschung der Firmenleitungen auch die Möglichkeit zur Interessenwahrnehmung, die ihnen das Hilfsdienstgesetz von 1916 bot, vor allem durch die Bildung der Angestelltenausschüsse. Seit 1917 lassen sich unter ihnen Sympathien für die Streiks der Arbeiter nachweisen; ein Jahr später schlossen sie sich ihnen hier und da sogar an. Gegen Kriegsende wurden zu großen Versammlungen der Angestelltenverbände wiederholt Funktionäre der Arbeitergewerkschaften als Redner eingeladen und wegen ihrer klassenkämpferischen Töne stürmisch gefeiert. Schwächer zeichnete sich eine ähnliche Entwicklung auch unter den Beamten ab. Allem Anschein nach verschoben sich gleichzeitig die politischen Orientierungen. Vieles deutet darauf hin, daß bei Kriegsende ein nicht unerheblicher Teil der Angestellten mit der SPD und selbst der USPD sympathisierte.<sup>50</sup> Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in Teilen der Besitzenden. Unter den kleinen und mittleren Bauern West- und Süddeutschlands etwa erzeugten Einberufungen, Requisitionen, staatliche Abgabenzwänge und Preisfestsetzungen wachsendes Protestpotential. Nach Berichten professioneller Beobachter reichte es politisch bis zu Sympathien für die SPD. In Bayern stand der linke Flügel des Bauernbundes bei Kriegsende sogar an der Seite der USPD.<sup>51</sup>

Über die Kluft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft wurden jetzt politisch Brücken geschlagen. Einerseits bewirkte der Krieg praktisch eine Art »Nationalisierung« der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie war überzeugt davon, daß eine militärische Niederlage vor allem die Arbeiterschaft wirtschaftlich treffen und die Voraussetzungen für materielle Verbesserungen nachhaltig verschlechtern würde. Deshalb unterstützte sie die Kriegführung über Jahre, bis zu einem gewissen Grad sogar expansive Kriegsziele. Im übrigen glaubte sie, als Gegenleistung am ehesten politische Reformen einfordern und im Bürgertum Verbündete gewinnen zu können.<sup>52</sup> Auf der anderen Seite stärkten die ökonomischen Auswirkungen des Krieges innerhalb des Bürgertums die Opposition gegen diejenigen Kräfte, die einseitig die Interessen von Großgrundbesitz und Großindustrie verfolgten. Auch verfehlte die sozialdemokratische Kriegspolitik ihre Wirkung nicht. Reformkräfte einschließlich der zur Kooperation mit der Sozialdemokratie bereiten erhielten Auftrieb. 1917 bildete sich im Reichstag eine Mehrheit aus SPD, Zentrum, Fortschrittspartei und Teilen der Nationalliberalen und blieb bis Kriegsende bestehen.

Zugleich fanden im Bürgertum auch gegenläufige Entwicklungen statt. Begrenzte Konzessionen der Reichsregierung an die Arbeiterschaft und deren sukzessive Beteiligung wenigstens an sozial- und innenpolitischen Entscheidungen, erst recht aber die Herausbildung der Reichstagsmehrheit signalisierten den Beginn einer grundlegenden Verschiebung der innenpolitischen Machtgewichte. Nicht zu Unrecht ist der Krieg von klarsichtigen Konservativen schon früh als demokratische Welle diagnostiziert worden und als »ungeheuerlichste aller Revolutionen, die jemals den Erdball erschütterten.«<sup>53</sup> Nicht wenige sahen klar, daß der Einsatz der Arbeiter an der Front und ihre enormen Opfer auf jeden Fall nach Kriegsende den Druck zur Beseitigung politischer und rechtlicher Ungleichheit – vor allem im Wahlrecht – außerordentlich verstärken, wenn nicht unwiderstehlich machen würden. Daß eine Niederlage sogar das ganze politische System zum Einsturz bringen konnte, unterlag noch weniger Zweifeln.<sup>54</sup> Jene Entwicklung und diese Perspektive provozierten deshalb den Widerstand vieler, die hiervon eine Beeinträchtigung ihrer ökonomischen oder politischen Interessen befürchteten. Auf dieser Seite veränderten sich daher ebenfalls Form und Richtung der Interessenwahrnehmung. Die Gesellschaft polarisierte sich; auch innerhalb des Bürgertums taten sich Risse auf, die vorher nur schmal oder gar nicht vorhanden gewesen waren.

Der Bund der Landwirte fand bald zu seiner alten Tonart zurück, nachdem er sie 1914 etwas gedämpft hatte. Die Bauernvereine rückten überregional enger zusammen, um sich gegen Staatseingriffe besser wehren und ihre Interessen geschlossener vertreten zu können.<sup>55</sup> In Handwerk und Einzelhandel erzeugten Betriebsschließungen, staatlich festgesetzte



Höchstpreise, Kontingentierung, Bezugsscheine und andere Eingriffe steigende Unzufriedenheit. Die ausgedehnte Diskussion über den sogenannten Kriegssozialismus und über die Beibehaltung staatlicher Bewirtschaftungsmaßnahmen ließ hier auch für die Nachkriegszeit Schlimmes befürchten, ebenfalls die maßgeblich von der Sozialdemokratie betriebene Organisierung der Konsumenten. Antigewerkschaftliche und antisozialdemokratische Tendenzen verstärkten sich. Gleichfalls breitete sich das Gefühl, mit Industrie und Großhandel im Kampf gegen Staatssozialismus und Zwangswirtschaft in einem Boot zu sitzen, weiter aus. Die konkrete Antwort hieß stärkere Selbsthilfe und verbesserte Organisation.<sup>56</sup> In der Industrie beschleunigte die Kriegswirtschaft den Konzentrationsprozeß und verstärkte mit dem Aufbau eines ganzen Netzes staatlicher und halbstaatlicher Lenkungsorganisationen die ohnehin schon starke Macht der Großindustrie, die in ihnen den Ton angab. Zugleich wurde auch hier das Verbandswesen ausgebaut – zum gemeinsamen Widerstand gegen Eingriffe des Staates und ebenfalls gegen den mit größtem Mißbehagen verfolgten wachsenden Einfluß der Gewerkschaften. In vielen Branchen verzeichneten Unternehmer- und Arbeitgeberverbände großen Zulauf. Auch zahlreiche neue Organisationen entstanden. In der chemischen Industrie stieg die Zahl der Verbände allein zwischen 1914 und 1915 um mehr als die Hälfte. Gleichzeitig gingen bisher miteinander konkurrierende Verbände zur Kooperation über. Schon im August 1914 entstand als erste gemeinsame Interessenorganisation fast der gesamten deutschen Industrie deren Kriegsausschuß, im Herbst 1916 der Deutsche Industrierrat als Zusammenschluß von Centralverband Deutscher Industrieller, Bund der Industriellen und dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie – praktisch einstweilen nicht sonderlich bedeutsame, gleichwohl bemerkenswerte Schritte zu einem einheitlichen industriellen Spitzenverband.<sup>57</sup>

Politisch bewirkte der wachsende Einfluß der Arbeiterschaft eine Radikalisierung nach rechts in allen Gruppen, die sich hiervon bedroht fühlten. Mit der Gründung der Vaterlandspartei Ende 1917 fand sie eine organisatorische Form. Mit gewisser Berechtigung ist diese Partei als proto- und präfaschistische Massenorganisation bezeichnet worden.<sup>58</sup> Als Massenorganisation deshalb, weil sie rund 1,2 Millionen Mitglieder zählte und – das Konzept außerparlamentarischer bürgerlicher Sammlungspolitik weiterführend – ihr soziales Spektrum von adligen Großgrundbesitzern über Industrielle, Offiziere, Angehörige des Bildungsbürgertums und Beamte bis zu Angestellten und sogar in Randbereiche der Arbeiterschaft reichte; als proto- oder präfaschistisch, weil sie nach außen extrem nationalistische und imperialistische, nach innen dezidiert antidemokratische und sozialreaktionäre Ziele verfolgte, ideologisch den Volksgemeinschaftsgedanken sowie einen antisemitisch aufgeladenen Antiliberalismus und Antisozialis-

mus propagierte, Gewaltanwendung als Mittel der Politik offen vertrat, sich hemmungslos demagogischer Mittel bediente und – weniger offen – sogar mit dem Gedanken an Staatsstreich und Militärdiktatur liebäugelte. Zwar blieb auch sie noch Mustern traditioneller Honoratiorenpolitik verhaftet. Sie lebte weniger von Impulsen und Bewegungen von unten als von der Aktivität einer relativ kleinen Gruppe von Männern von oben – überwiegend Repräsentanten der alten Machteliten –, die seit langem in der politischen Rechten mehr oder weniger große Prominenz genossen und ihren Einfluß im wesentlichen Beziehungen zu Parteien und Agitationsverbänden sowie zu den wichtigsten Interessenorganisationen von Industrie und Landwirtschaft verdankten. Die Mitgliedschaft wirkte mehr als Resonanzboden und Akklamationsforum denn als Träger eigenen politischen Willens. Gleichwohl ist das Auftreten der Vaterlandspartei ein Indiz dafür, wie die Verschiebung der politischen Verhältnisse zugunsten der Arbeiterschaft bürgerliche Gruppen radikalisierte, mobilisierte und aktivierte, und für eine Modernisierung ihrer Aktionsformen in antidemokratischer und sozialkonservativer Absicht.

Die Entwicklungen im Bürgertum nach links und rechts lassen sich freilich nicht überall scharf voneinander trennen; in manchen Gruppen kreuzten und überlagerten sie sich. Vor allem unter den Angestellten begegnet auch die Kombination von Stärkung des Arbeitnehmerbewußtseins und des Gewerkschaftsgedankens mit politischer Radikalisierung nach rechts. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) zum Beispiel war 1914 die größte Angestelltenorganisation, kehrte gegen Kriegsende die Arbeitnehmereigenschaft der Angestellten hervor, schlug klassenkämpferische Töne an und scheute selbst vor Streikdrohungen nicht mehr zurück, während seine ständisch-konservativen Ziele, etwa Fernhaltung von Frauen aus den traditionell männlichen Angestelltenberufen, prominente Verbandsfunktionäre politisch im Lager der Rechten hielten.<sup>59</sup>

Im Herbst 1918 brach die weitere Entfaltung dieser gegenläufigen Entwicklungstendenzen ab. Der militärische Zusammenbruch und das völlig überraschende Verlangen der Obersten Heeresleitung nach Demokratisierung veränderten die Rahmenbedingungen politischen Handelns ebenso plötzlich wie grundlegend. Mit der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen und der Parlamentarisierung der Reichsverfassung im Oktober 1918 – einem letzten Manöver der Heeresleitung, um angesichts der militärischen Niederlage die politischen Voraussetzungen für ein glimpfliches Kriegsende zu schaffen – wurden unvermittelt neue Formen der Organisation und Vertretung politischer Interessen für alle bürgerlichen Gruppen unabweislich. Denn diese Reformen brachten das Ende politischer Privilegien von Adel und Bürgertum und den Übergang zur Massendemokratie. Der Eintritt der SPD in die Reichsregierung machte die Verschiebung der

politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse unmißverständlich deutlich. Bürgerliche Gruppen und Agrarier waren seitdem ebenso auf Massenunterstützung angewiesen wie bisher die Arbeiterorganisationen, wenn nicht in noch höherem Maße. Besonders deutlich wurde dies auf konservativer Seite wahrgenommen. Otto Hoetzsch, Professor für ost-europäische Geschichte an der Berliner Universität und außenpolitischer Chefkomentator der konservativen Kreuz-Zeitung, konstatierte Ende Oktober, das politische Leben Deutschlands sei »endgültig auf demokratische, d.h. Masseneinflüsse gestellt«. Für die »nationale Intelligenz, die nationalen Kreise der Bildung«, denen er sich zugehörig fühlte, bedeute dies, »daß sie unter allen Umständen in der Minderheit sind, die auch keine Aussicht hat, Mehrheit zu werden«; eine Sammlung der »rechtsstehenden Elemente«, die bisher in der konservativen Partei beheimatet waren, könne daher »nur auf demokratischer Massengrundlage erfolgen«. <sup>60</sup> Im Alldeutschen Verband wurde zur gleichen Zeit geplant, den Antisemitismus zu benutzen und die Juden zu »Blitzableitern« für die nun erwartbaren Kriegsfolgen zu machen, um so »die Massen einzufangen«, und zwar, wenn irgend möglich, auch Teile der Arbeiterschaft. <sup>61</sup>

Tatsächlich gab es alsbald Versuche für praktische Schritte in dieser Richtung. Den wohl bizarrsten machte die Vaterlandspartei mit dem Ansinnen an die mitgliederstärkste Organisation der Linken, den vor allem von den Gewerkschaften getragenen Volksbund für Freiheit und Vaterland, sich zusammenzutun, um den Geist der Augusttage zu reaktivieren. Hieraus konnte nichts werden. Andere Ansätze vermochten sich nicht sogleich zu entfalten; wesentliche Voraussetzungen hierfür fehlten: Die jüngeren Männer waren größtenteils eingezogen, in der Heimat herrschten gravierende Schwierigkeiten in der Versorgung mit den nötigsten Lebensmitteln und Konsumgütern, außerdem Transport- und Kommunikationsprobleme. Vor allem aber lösten der militärische Zusammenbruch und das völlig überraschende Verlangen der Obersten Heeresleitung nach politischer Demokratisierung einen rapiden Stimmungsabfall aus, auch und gerade im Bürgertum, und hier zugleich einen politischen Motivationschwund. Schon die militärischen Rückschläge vom Sommer 1918 hatten in Verbindung mit der chronisch schlechten Versorgungslage außerordentlich deprimierend gewirkt und die Autorität von Regierung und Heeresleitung schwer angeschlagen. Das Waffenstillstandsgesuch vom 5. Oktober 1918, das die militärische Niederlage eingestand, wirkte vollends schockierend, insbesondere in den Kreisen, die bisher noch an einen Sieg geglaubt hatten, weil sie ihn für politisch unabdingbar hielten. Die Autorität des alten Regimes war unwiederbringlich dahin. Politisch wache Zeitgenossen sahen, viele der übrigen ahnten, daß jederzeit eine Revolution ausbrechen konnte. <sup>62</sup>

Nicht nur die bisherigen Parolen der Vaterlandspartei wirkten plötzlich derart deplaciert, daß selbst die Parteiführung sich von ihnen abwandte und die Partei als politische Kraft erledigt war. Der Stimmungsumschwung dürfte viele Bürger auch davon abgehalten haben, sich für andere Parteien und Verbände öffentlich zu engagieren, womöglich noch mit bisher gänzlich ungewohnten Formen wie Massenversammlungen und Straßendemonstrationen. Wie tief das politische Stimmungsbarometer gesunken und wie gering die Bereitschaft im Bürgertum war, sich gegen die endgültige Niederlage und für das Überleben des Ancien régime zu engagieren, bewies der völlige Fehlschlag des Aufrufs zu einem letzten Verzweigungskampf, der »Levée en masse«, die die Gesellschaft noch einmal gegen den äußeren Feind zusammenschweißen und von inneren Spannungen und politischen Verantwortlichkeiten ablenken sollte. Der Zusammenbruch war unaufhaltsam. Die Bedeutung der Verfassungsreformen wurde darüber in der Bevölkerung kaum wahrgenommen. Als Arbeiter und Soldaten Anfang November begannen, Räte zu bilden, und die Berliner Militärbehörden dies untersagten, wirkte ihr Verbot so lächerlich wie die Anordnung, »daß es morgen nicht regnen soll«. <sup>63</sup> Praktische Vorkehrungen zur Revolutionsverhütung und -bekämpfung wie der Verhängung des Standrechts und die Aufstellung von Bürgerwehren, die Unterbrechung der Telefon- und Telegrammverbindungen nach Berlin und die Einstellung des Vorortverkehrs in der Reichshauptstadt erwiesen sich ebenfalls als vollkommen wirkungslos. <sup>64</sup> Selbst die alten Machthaber und die Gruppen, auf die sie sich stützten, schien dies im Grunde nicht zu überraschen. Sie hatten meist schon mit dem Eingeständnis der militärischen Niederlage innerlich kapituliert. »Die Männer der Bismarck-Generation sitzen, aus Gram plötzlich zu Greisen geworden, in Verzweiflung da«, notierte Thomas Mann Mitte Oktober. <sup>65</sup> Für die psychologischen Voraussetzungen der Revolution war dies ebenso wichtig wie für deren Verlauf folgenreich.

Eine Ausnahme machte die Seekriegsleitung, die jahrelang militärisch nur eine Nebenrolle gespielt und den Kontakt mit der politischen und gesellschaftlichen Realität weitgehend verloren hatte. Ihr eigenmächtiger und militärisch sinnloser Versuch, mit einem Flottenvorstoß die Niederlage im letzten Augenblick doch noch abzuwenden, provozierte den Aufstand der Matrosen und löste die Revolution aus. <sup>66</sup> Alsbald freilich befahlen jene eigentümliche psychische Lähmung und das Gefühl der Ohnmacht auch die Seeoffiziere. Sie leisteten kaum Gegenwehr, als die Schiffsbesetzungen in Kiel den Befehl zum Auslaufen verweigerten und zusammen mit den Arbeitern die Herrschaft über die Marinestation und die Stadt übernahmen. <sup>67</sup> Nicht anders die eben noch so mächtigen Militärbefehlshaber, Regierungen und Verwaltungen an anderen Orten, an denen in den folgenden Tagen mit der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten der Umsturz ein-

setzte. »Die alten Machthaber«, vermerkte Thomas Mann am 9. November 1918, »sind im Grunde froh, ihre Macht, die keine mehr war, los zu sein.«<sup>68</sup> Selbst in den Augen mancher erklärten Gegner von Demokratie und Sozialdemokratie verloren sie sie deshalb zu Recht und verwirkten den Anspruch auf Wiederherstellung<sup>69</sup> – ein Grund dafür, daß sich später Republikfeindschaft und Monarchismus keineswegs immer deckten. In manchen Provinzorten, in denen sich die Arbeiter und Soldaten nicht rührten, weil es sie kaum gab, wurde die Revolution, nachdem sie in der Reichshauptstadt gesiegt hatte, schließlich vom Bürgermeister ausgerufen und die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten gleichsam administrativ verordnet.



I.

Die Veränderung bürgerlicher  
Organisations- und  
Aktionsformen während der  
Novemberrevolution





## Bürgerliche Einflüsse in Arbeiter- und Soldatenräten und die Bildung von Bürgerräten

### *Das deutsche Bürgertum und die Novemberrevolution*

Der Umsturz veränderte die politische Position des Bürgertums grundlegend, buchstäblich über Nacht. Bisher hatte es sich als Teilhaber an der Macht und als Stütze der Gesellschaft fühlen können und war des Schutzes durch die Monarchen und staatlichen Institutionen sicher gewesen. Mit dem Sturz der Monarchie sah es sich plötzlich alles dessen beraubt. Gleichzeitig schien die Möglichkeit, selbst die Macht zu übernehmen und das nachzuholen, was 1848 gescheitert war, versperrt. Allenthalben hatten Arbeiter- und Soldatenräte die Macht ergriffen, überwiegend Sozialdemokraten, also diejenigen, die jahrzehntelang die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung als ihr säkulares Ziel ausgegeben hatten, so daß das Bürgertum sie als Feinde aller seiner Werte zu betrachten, vielleicht gar zu fürchten gelernt hatte. Offensichtlich wirkte die Revolution deshalb nach der Waffenstillstandsbitte als zweiter Schock, waren doch die jahrhundertalten Dynastien vielen als »ewig und unzerstörbar«<sup>1</sup> und ein Zusammenbruch der Monarchie noch weniger vorstellbar erschienen als eine militärische Niederlage. Die breite Mehrheit des Bürgertums war hierauf nicht im geringsten vorbereitet, weder emotional und intellektuell noch politisch und praktisch.

Eine einheitliche Meinung über die Revolution gab es indessen offensichtlich nicht. Das Spektrum reichte von radikaler, wenngleich zunächst meist vorsichtig verhüllter Ablehnung bis zu enthusiastischer Zustimmung, emotional von tiefster Depression bis zu höchster Euphorie. Exemplarisch für den einen Pol kann die Reaktion eines adligen, durch und durch

konservativen ostelbischen Großgrundbesitzers wie Elard von Oldenburg-Januschau gelten. Er sah »eine Welt einstürzen und unter ihren Trümmern all das begraben, was der Inhalt meines Lebens gewesen war«, und fand noch Jahre später »keine Worte«, um seinen Schmerz auszudrücken.<sup>2</sup> Den anderen Pol kennzeichnete der Schriftsteller René Schickele; er nannte den 9. November 1918 den »schönsten Tag« seines Lebens; wie »im Himmel« habe er sich gefühlt, denn »die neue Welt stand weit geöffnet«.<sup>3</sup> Dazwischen finden sich alle nur denkbaren Abstufungen. Überwogen zu haben scheint jedoch zunächst eine Mischung aus mehr oder weniger großer Skepsis und Besorgnis über die weitere Entwicklung und begeisterungsloser Bereitschaft zur Mitarbeit am Neuaufbau oder wenigstens an der Bewältigung der drängendsten Probleme.

Doch wie auch immer die politische Bewertung der Revolution ausfiel – erlebt wurde sie in weiten Kreisen des Bürgertums als »Aufstand der Massen«,<sup>4</sup> und zwar von Arbeitermassen, die – wie es schien – allein durch ihre riesenhaften Dimensionen und schiere Präsenz auf Straßen und Plätzen eine politische Macht verkörperten, der sich niemand zu widersetzen wagte oder vermochte, nicht einmal Polizei und Armee. Tatsächlich lieferten Versammlungen und Demonstrationen von einer Größe, wie sie bis dahin in Deutschland kaum vorgekommen, jedenfalls nicht mehr erinnerlich waren, die augenfälligste Erscheinungsform der Revolution. Die Versammlung auf der Münchener Theresienwiese am 6. November 1918, von der nach einer Rede Eisners der Sturz der Wittelsbacher ausging, zählte 150000 oder 200000 Teilnehmer.<sup>5</sup> Als drei Tage später Scheidemann von einem Fenster des Reichstagsgebäudes in Berlin die Republik ausrief, wogte draußen eine unübersehbare Menschenmenge, die noch größer gewesen sein mag. Ähnlich ging es in den meisten Städten zu. Selbst im vergleichsweise kleinen Wilhelmshaven zogen am 5. November rund 35000 Menschen durch die Straßen.<sup>6</sup> Auch in den folgenden Tagen und Wochen bestimmten immer wieder nach Tausenden und Zehntausenden zählende Demonstrationen und Umzüge das Straßenbild vieler Städte.

Dieser sinnliche Eindruck hat das Bild des Bürgertums von der Revolution und seine Erinnerung an sie am stärksten geprägt. Wie weit es sich mit dem Negativbild der sozialistischen Arbeiterschaft verband, das im Kaiserreich vorgeherrscht hatte, dem Bild von vaterlandslosen Gesellen, Umstürzern, Feinden der bürgerlichen Gesellschaft, Expropriateuren und Klassenkämpfern, aber auch von Massenorganisationen, die allen Widerständen zum Trotz stetig und scheinbar unaufhaltsam anwuchsen, ist schwer zu sagen, ebensowenig, wie weit jenes Bild während des Krieges verblaßt war, als die Arbeiterschaft Millionen von Soldaten stellte, deren überwiegend loyale Haltung ihren bürgerlichen Kameraden kaum verborgen geblieben sein konnte, und SPD und Gewerkschaften in der Heimat

alles ihnen Mögliche daran setzten, die Kriegführung zu unterstützen. Doch auch wenn dies der Fall gewesen sein mochte – es hat den Anschein, als habe der Umsturz nicht selten alte Ängste neu belebt und mit neuen verbunden – zu Furcht vor Enteignung und Ausschluß von der politischen Macht, vor der Aufhebung bürgerlicher Freiheitsrechte, bei Beamten auch vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze und Pensionsansprüche, im Bildungsbürgertum darüber hinaus vor dem Ende des privilegierten Zugangs zu herausgehobenen Positionen im öffentlichen Dienst. Zugleich scheinen manchen bürgerlichen Augen die Massenversammlungen und Demonstrationen der Novembertage weniger als spontane Aktionen denn als Werk exzellent funktionierender Organisation vorgekommen zu sein, die Arbeiterschaft als beherrscht von einheitlicher Ideologie und einheitlichem politischem Willen, so daß der Eindruck demonstrierender Massen, die Vorstellung immenser Organisations- und Durchsetzungskraft der Arbeiterschaft und die Erfahrung eigener Überwältigung und Ohnmacht eine Empfindung völliger Schutzlosigkeit und permanenter Bedrohung hervorriefen.<sup>7</sup>

Emotional folgten hieraus einstweilen jene Lethargie und Gefühlsstarre, jene »entnervte Verzweiflung, völlige Mutlosigkeit und Gleichgültigkeit«, die in zeitgenössischen Berichten übereinstimmend als vorherrschende Züge bürgerlichen Bewußtseins und Verhaltens in den Umsturztagen genannt werden.<sup>8</sup> Sie hatten einen rationalen Grund darin, daß sich das Bürgertum von direkter politischer Einflußnahme auf der wichtigsten Ebene einstweilen ausgeschlossen fand. Weder im Reich noch in Preußen war es an der Revolutionsregierung beteiligt. Die alten bürgerlichen Parteien waren weitgehend aktionsunfähig und boten ein »Bild der Lächerlichkeit und Ohnmacht«.<sup>9</sup> Viele ihrer Führer machten sich schleunigst aus dem Staube. Der Vorsitzende der Konservativen, von Heydebrand, flüchtete grollend auf sein Schloß in Schlesien, der Fraktionsvorsitzende Graf Westarp auf das Gut eines Parteifreundes in Mecklenburg.<sup>10</sup> Der Parteivorsitzende des Zentrums, Trimborn, zog sich »aufatmend« an den Rhein zurück und hüllte sich in Schweigen.<sup>11</sup> Infolgedessen erschien das Bürgertum in den Revolutionstagen politisch »völlig führerlos und deshalb auch ratlos«.<sup>12</sup> Anders die Interessenverbände: Sie bestanden weiter und blieben in der Regel unbehelligt. Wie weit ihr Einfluß künftig reichen würde, war freilich unsicher und weitgehend davon abhängig, wie das künftige politische System aussehen würde und ob die Inhaber von Schlüsselpositionen in Ministerialbürokratie und Verwaltung sich auf ihren Posten würden halten können oder nicht. Der Gedanke an Widerstand lag vielen Bürgern einstweilen völlig fern. An bewaffneten Widerstand war in der Tat nicht zu denken, solange die Revolution zu einem erheblichen Teil von Soldaten getragen wurde; allenfalls mit der Rückkehr des Feldheeres mochte sich das ändern. Aber

auch andere Aktionen wurden als »aussichtslos« verworfen, etwa »auf die Straße zu gehen«. <sup>13</sup> »Das deutsche Bürgertum... gleicht... einem verschüchterten Hühnervolk, in das der Habicht hineingestoßen ist«, schrieb die Deutsche Zeitung am 13. November 1918. <sup>14</sup> Der Verzicht auf militärischen und politischen Widerstand hat ihm auch härtere Vorwürfe eingebracht, insbesondere den der »Feigheit«. <sup>15</sup>

Eine solche Sicht bestimmte über weite Strecken ebenfalls das wissenschaftliche Bild der Novemberrevolution – bis heute und bisweilen so sehr, daß das Bürgertum kaum erwähnt wird, so als sei es in den Revolutionswochen völlig in den Schatten der Arbeiterschaft und der Arbeiter- und Soldatenräte getreten. <sup>16</sup> Bei genauerem Hinsehen erweist es sich in mehrfacher Hinsicht als revisionsbedürftig. So scheint der Schock über den Zusammenbruch der Monarchie unter den Inhabern von Spitzenpositionen in Staat und Wirtschaft mitunter größer gewesen zu sein und länger angehalten zu haben als unter Angehörigen der bürgerlichen Mittel- und Unterschichten. <sup>17</sup> Doch auch sie verfielen keineswegs alle in Lethargie und Verzweiflung. Die Großindustriellen bewiesen erstaunlich klaren Kopf und überraschende Kaltblütigkeit, indem sie sich kurz vor dem Umsturz von ihren bisherigen Verbündeten, den adligen Großgrundbesitzern, lossagten und sich zur Rettung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit ihrem bisher ärgsten Gegner, den Gewerkschaften, verständigten. Auch manche der alten Parteiführer entfalteten schon nach wenigen Tagen fieberhafte Aktivität; es dauerte freilich eine Weile, bis sie tragfähige Ergebnisse erzielten. Vor allem aber auf unterer Ebene verbreitete sich bemerkenswert schnell die Überzeugung, daß die Formen bürgerlicher Interessenorganisation und -vertretung so schnell wie möglich den veränderten Verhältnissen angepaßt werden müßten. Vermutlich wurde dies dadurch erleichtert, daß schon während des Krieges die Neigung zugenommen hatte, sie zu verbessern und effizienter zu machen, in manchen Fällen auch bereits praktische Maßnahmen eingeleitet waren. In der Regel aber scheint erst der Umsturz den Impuls hierfür ausgelöst zu haben, wie auch er erst anscheinend vielen Bürgern die Augen für die politischen Veränderungen öffnete, die schon die Oktoberreformen gebracht hatten. In bürgerlichen Analysen der politischen Situation aus jenen Tagen vermischten sich jedenfalls Elemente, die bereits mit der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen und der Parlamentarisierung im Reich gekommen waren, mit solchen, die erst der Umsturz brachte: das Ende bisheriger politischer Privilegien, vor allem im Wahlrecht, die Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit, daß das Bürgertum an der politischen Herrschaft künftig nicht, jedenfalls nicht mehr als stärkster Faktor beteiligt sein würde; schließlich die Unsicherheit, in welchem Maße Schlüsselstellungen im Staats- und Verwaltungsapparat künftig noch mit Bürgerlichen besetzt und wie weit informelle Einflußnahmen auf

politische Entscheidungen weiterhin möglich sein würden. Bis zu einem gewissen Grade versetzte die Revolution das Bürgertum also in eine ähnliche Situation wie die, in der sich zuvor die Arbeiterschaft befunden hatte: es fand sich plötzlich »auf sich selbst angewiesen«. <sup>18</sup> Die praktischen Konsequenzen ähnelten daher grundsätzlich denjenigen, die die Arbeiterschaft vorher gezogen hatte, deren Vorbild denn auch oft ausdrücklich hervorgehoben wurde: möglichst geschlossene Zusammenfassung der eigenen Kräfte, Suche nach Verbündeten, Schaffung einer Massenbasis und Entwicklung kollektiver Kampfmittel.

Am schnellsten und häufigsten geschah das auf lokaler Ebene. Sie wird oft übergangen, wenn man das Geschehen auf den Hauptbühnen in Berlin und den Residenzstädten der Einzelstaaten oder das Verhalten der großen Interessenorganisationen betrachtet. Diese Perspektive ist gerade für die Revolutionszeit zu eng. Denn man kann und muß die Revolution auch als Zusammenbruch übergreifender politischer Machtstrukturen und als einen Rückfall politischer Macht auf die lokale Ebene sehen. Solange die Macht der zentralen Revolutionsinstanzen, zum Beispiel des Rates der Volksbeauftragten, militärisch nicht gesichert war, reichte sie zeitweilig kaum über die jeweilige Hauptstadt hinaus, bisweilen nicht einmal über einige Straßenzüge. Sie stabilisierte sich erst mit der Rückkehr der Fronttruppen und dem Aufbau neuer militärischer Verbände, also vier bis acht Wochen nach dem Umsturz. Während dieser Zeit lag die tatsächliche Macht größtenteils bei den Revolutionsinstanzen auf örtlicher Ebene. »Überall provinzielle oder Kirchturms-Eigenwilligkeit, ein isoliertes Regieren im kleinsten Kreis, ohne Zusammenhang mit dem Ganzen«. <sup>19</sup> Auf die lokale Ebene dürfte sich indessen auch der politische Aktions- und Interessenhorizont vieler Menschen in jenen Wochen konzentriert oder gar beschränkt haben. Denn hier spielte sich ihr tägliches Leben ab, hier war die Revolution für sie konkret, sinnlich wahrnehmbar, auch genauer einzuschätzen als im fernen Berlin, hier waren oder wurden die Akteure persönlich bekannt, und hier gab es Aktionsmöglichkeiten, die vom Zusammenbruch des politischen Systems, der Lähmung in den Führungszirkeln der Parteien, von Kommunikations- und Transportschwierigkeiten in den Revolutionstagen weitgehend unberührt blieben. Hier also wurden bisherige Organisationen eilends verstärkt, belebt, ausgebaut und miteinander verknüpft oder neue gegründet, zentrale Begriffe der sozialistischen Arbeiterbewegung übernommen und umgemünzt und bald auch Formen kollektiver Aktion praktiziert wie Massenversammlung, Demonstration, Boykott und Streik.

*Bürgerliche Beteiligung an Arbeiter- und Soldatenräten*

Allerdings bemühte sich das Bürgertum in den Umsturztagen an vielen Orten noch vor, oft auch neben der Verbesserung und Verstärkung der eigenen politischen und wirtschaftlichen Organisationen um eine Beteiligung an den Arbeiter- und Soldatenräten, die überall als Träger der revolutionären Macht entstanden, und zwar mit mehr Erfolg, als es die Bezeichnung der Revolutionsorgane erkennen läßt – vor allem außerhalb der Industriezentren. In Bonn entstand ein Arbeiter-, Bürger- und Soldatenrat, paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der SPD und der bürgerlichen Parteien.<sup>20</sup> Ähnlich sah der Arbeiter- und Soldatenrat Koblenz aus.<sup>21</sup> An der Spitze des Greifswalder Arbeiter- und Soldatenrates standen der ehemalige kaiserliche Polizeidirektor und der Bataillonskommandeur; in Dessau gehörten dem Arbeiter- und Soldatenrat der Generaldirektor eines Industriebetriebes an,<sup>22</sup> in Görlitz je ein Vertreter der Handelskammer und eines Arbeitgeberverbandes, ferner ein Oberingenieur und ein Rechtsanwalt als Vertreter der Stadtverordneten.<sup>23</sup> Auch andere sächsische Arbeiter- und Soldatenräte waren mit bürgerlichen Elementen durchsetzt, ebenfalls manche in Thüringen und Hessen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen.<sup>24</sup> In Westfalen gelangten in kleineren Städten gleichfalls Bürgerliche in die Arbeiter- und Soldatenräte, in manchen in so großer Zahl, daß die Revolutionsorgane sich von vornherein als Volksräte bezeichneten, unter anderem in Menden, Lippstadt und Höxter.<sup>25</sup> An der Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates Münster waren der Oberbürgermeister und das stellvertretende Generalkommando sogar in so maßgeblicher Weise beteiligt, daß dieses Gremium jedenfalls anfänglich weit eher einem Instrument der alten Machthaber zur Kanalisierung revolutionärer Energien als einem Herrschaftsinstrument der Revolution glich.<sup>26</sup> In Leverkusen, einem Zentrum der chemischen Industrie, fand man eine unauffälligere Lösung, indem zahlreiche Bürgerliche als »beratende Mitglieder« in den Arbeiter- und Soldatenrat aufgenommen wurden, unter ihnen kein geringerer als der Generaldirektor der Bayer-Werke, Carl Duisberg.<sup>27</sup>

Noch stärker war der bürgerliche Einschlag in Baden und Bayern<sup>28</sup> sowie in manchen rheinpfälzischen Orten,<sup>29</sup> erst recht in Schlesien, wo mehr oder weniger umfangreiche Gebietsabtretungen an Polen befürchtet wurden; hier gehörten durchweg Offiziere, Beamte, Kaufleute und Handwerker zu den Mitgliedern der Räte.<sup>30</sup> Im Breslauer Volksrat stellten Angehörige der bürgerlichen Parteien vom Zentrum bis zu den Konservativen ein Drittel der Mitglieder.<sup>31</sup> Der Kattowitzer Arbeiter- und Soldatenrat erhielt sogar erhebliche Geldbeträge von industrieller Seite.<sup>32</sup> In Liegnitz bewies der Vollzugausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates, dem unter anderem der Oberbürgermeister und ein Stadtrat angehörten, seine gänzlich unrevol-

lutionäre Einstellung, indem er sich in ungebrochener Tradition deutscher Kleinstädtereie alsbald dafür einsetzte, »die militärische Wache für den Hauptbahnhof stets am Mittwoch, Sonnabend und Sonntag mit Musik aufziehen zu lassen, um die militärische Form besser zu wahren« und zugleich – wie die Lokalpresse erfreut kommentierte – nach dem Vorbild der großen Garnisonsstädte »einen beliebten Anziehungspunkt, besonders auch für den Fremdenverkehr«, zu schaffen.<sup>33</sup> Selbst in Berlin fanden sich in Vororten mit überwiegend bürgerlicher Einwohnerschaft Bürgerliche unter den Mitgliedern der Arbeiter- und Soldatenräte; dem Arbeiter- und Soldatenrat Zehlendorf zum Beispiel gehörte der spätere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht an.<sup>34</sup> Mitunter wurden Bürgerliche von den Arbeitern und Soldaten sogar ausdrücklich zum Eintritt in die Räte aufgefordert, etwa Max Weber in Heidelberg.<sup>35</sup> Es ist daher kein Wunder, daß viele Räte von vornherein für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung wirkten.

In zahlreichen anderen Städten wurden Bürgerliche nach kurzer Zeit in die Räte aufgenommen, so in den von Carl Severing geleiteten Bielefelder Volks- und Soldatenrat, in den Arbeiter- und Soldatenrat Iserlohn wie den zunächst rein mehrheitssozialistischen Arbeiterrat Freiburg i. B. und den anfänglich rein proletarischen Arbeiter- und Soldatenrat im oberschlesischen Hindenburg.<sup>36</sup> Im Magdeburger Arbeiter- und Soldatenrat saßen bald neben den Sozialisten Nationalliberale und Fortschrittler sowie Vertreter der Angestellten- und Beamtenverbände. Am Offenbacher Arbeiter- und Soldatenrat wurden die Demokraten beteiligt, am Arbeiter- und Soldatenrat Recklinghausen je ein unterer, mittlerer und höherer Beamter sowie ein Lehrer, allerdings nur mit beratender Stimme.<sup>37</sup> In zahlreichen schlesischen Städten, vereinzelt auch in anderen Teilen des Reiches, wurden die Arbeiterräte durch die Fusion mit Bauernräten und die Aufnahme von Bürgerlichen zu sogenannten Volksräten oder Arbeiter- und Bürgerräten umgebildet, in denen meist die bürgerlichen Vertreter den Ton angaben, überwiegend kleine Geschäftsleute, Handwerksmeister, Magistratsbeamte und Vertreter akademischer Berufe.<sup>38</sup> Sogar in Berlin, einem Zentrum der Revolution, erhielten Bürgerliche nach kurzer Zeit Zutritt zu den Räteorganisationen; so zogen der Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus und der Charlottenburger Polizeipräsident in den Groß-Berliner Arbeiterrat ein.<sup>39</sup>

An manchen Orten, in denen das Bürgertum zunächst oder dauernd von den Arbeiter- und Soldatenräten ausgeschlossen blieb, entstanden separate Gremien mit mehr oder weniger starkem bürgerlichem Einschlag. In Koblenz taten sich die bürgerlichen Parteien zu einem gemeinsamen Ausschuß zusammen.<sup>40</sup> In Essen wurde auf Initiative des Oberbürgermeisters ein Ausschuß aus »Vertretern aller Richtungen« gebildet, der »alle wichtigen Fragen« besprechen und »aufklärend und beruhigend wirken« sollte.<sup>41</sup> In

Aachen entstand ein Wohlfahrtsausschuß, dem neben mehrheitssozialistischen Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates der Garnisonskommandeur, der Regierungs- und der Polizeipräsident, je ein Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sowie der Arbeitgeberverbände angehörten; den Vorsitz führte der Oberbürgermeister.<sup>42</sup> Ein ähnliches Gremium wurde in Köln auf Betreiben von Oberbürgermeister Adenauer ins Leben gerufen.<sup>43</sup> In Mannheim bildete sich ein Wohlfahrtsausschuß aus Angehörigen aller Parteien, in Karlsruhe auch der Gewerkschaften und Eisenbahnerverbände, ebenfalls in Lahr; hier erwies sich dieser Ausschuß bald als fähiger als die übrigen Revolutionsorgane.<sup>44</sup> In Neuwied entstand ein Wohlfahrtsausschuß aus zehn Sozialdemokraten, sieben Nationalliberalen und zwei Frauen,<sup>45</sup> in Münster – mit ausdrücklicher Billigung des Arbeiterrates – aus den Organisationen von Handwerk, Gewerbe, Industrie und Handel, den Verbänden der Angestellten und Beamten, freien und christlichen Gewerkschaften, Nationalliberalen und Zentrum, Universität und AStA und sogar der Vertretung der Juden; den Vorsitz führten der Oberbürgermeister und der Stadtkämmerer; praktisch scheint dieser Ausschuß die Funktionen des Arbeiterrates übernommen zu haben.<sup>46</sup> In Lennep riefen die bürgerlichen Parteien einen Allgemeinen Bürgerausschuß ins Leben.<sup>47</sup> Selbst in Berlin entstand ein Volksausschuß »zum Schutz der gemeinnützigen Einrichtungen« aus Vertretern von SPD, USPD, den Ortsorganisationen der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sowie dem Oberbürgermeister,<sup>48</sup> in Schöneberg ein Bürger- und Arbeiterausschuß aus bürgerlichen und beiden sozialistischen Parteien, unter Beteiligung ebenfalls des Oberbürgermeisters und des Polizeipräsidenten.<sup>49</sup>

### *Die Bildung von Bürgerräten*

An vielen Orten dagegen, in denen das Bürgertum von den Arbeiter- und Soldatenräten ausgeschlossen war, aber auch in anderen, schossen in der zweiten Novemberhälfte Organisationen, die sich Bürgerräte nannten, wie Pilze aus dem Boden. Bei dieser befremdlichen Bezeichnung handelte es sich ersichtlich um eine Adaptation der Bezeichnung der Revolutionsorgane. Genauere Vorstellungen davon, was der Begriff Räte meinte, können indessen im Bürgertum kaum bestanden haben, schon deshalb nicht, weil er selbst der Arbeiterschaft weithin neu war. Entlehnt war er von den russischen Arbeiter- und Soldatenräten, den Sowjets, die schon in der Revolution von 1905 aufgetreten waren und dann den beiden Revolutionen von 1917 ihren Stempel aufgedrückt hatten. Ansatzweise schon bei den Streiks



vom Frühjahr 1917, verstärkt bei den Januarstreiks 1918, hatten sich in manchen deutschen Industriezentren spontan gebildete Streikkommissionen Räte genannt, allerdings nicht immer mit Bezug auf das russische Original. Als Bezeichnung für spontan gebildete, von den Führungen der Arbeiterorganisationen unabhängige, aber an den Willen ihrer Klientel gebundene Gremien zur Leitung kollektiver Aktionen blieb der Begriff seitdem aktiven Zirkeln der deutschen Arbeiterbewegung geläufig. Hieran knüpften die Soldaten und Arbeiter an, die im November 1918 die militärischen und zivilen Machthaber davonjagten und eigene Gremien zur Machtausübung improvisierten. Nur eine Minderheit freilich liebäugelte mit ähnlichen politischen Zielen wie denen der russischen Sowjets; die Mehrheit erstrebte eine demokratisch-parlamentarische Staatsform nach westlichem Muster, ergänzt allerdings um basisdemokratische Elemente zur Kontrolle der Verwaltung und der Armee, erst recht der Wirtschaft, sowie um die Forderung nach Enteignung zumindest der Schwerindustrie. Die Beschlüsse des Rätekongresses vom Dezember 1918 belegen dies im einzelnen.<sup>50</sup> Rätetheorien bildeten sich erst im Verlauf der Revolution. Als wichtigste Kriterien der Räte kristallisierten sich dabei ihre basisdemokratische Entstehung und Rückbindung heraus – durch Urwahlen beziehungsweise imperatives Mandat –, ihr Ursprung in bisher benachteiligten Gesellschaftsschichten, in erster Linie der Arbeiterschaft, ihre antikapitalistische, teilweise auch antiparlamentarische Orientierung und ihr Anspruch auf Beteiligung an der ökonomischen, politischen und militärischen Macht, bei einer Minderheit auch deren Übernahme.<sup>51</sup> Doch blieb dies zwischen und sogar innerhalb der verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung umstritten, die praktische Nutzenanwendung erst recht.

Im Bürgertum war hiervon vermutlich kaum mehr als die Herkunft der Bezeichnung Räte aus der russischen Revolution bekannt. Damit lagen allerdings Assoziationen an Diktatur des Proletariats auf der Hand, an Entmachtung des Bürgertums, Abschaffung des Privateigentums und der bürgerlichen Freiheitsrechte, Aufstellung einer roten Armee, staatlichen Terror, Bürgerkrieg, Hunger und Elend und andere Begleiterscheinungen der Transformation einer kapitalistischen oder noch halbfeudalen in eine sozialistische Gesellschaft, wie man sie aus der jungen Sowjetunion gehört hatte. Selbst die SPD hatte den Begriff Räte-System unmittelbar vor dem Umsturz mit dem »Sozialismus asiaticus, der sich Bolschewismus nennt«, gleichgesetzt.<sup>52</sup> Daß das moderate Auftreten vieler Arbeiter- und Soldatenräte entsprechende Befürchtungen in Deutschland einstweilen kaum bestätigte und SPD und Gewerkschaften alles taten, sich vom Rätegedanken sowjetischer Ausprägung zu distanzieren, hat die Ängste wohl abschwächen, aber nicht beseitigen können, zumal sie sich bruchlos in das Bild der Sozialdemokratie einfügten, das im Bürgertum gängig und verwurzelt war. Die

Furcht vor dem »roten Terror« grassierte.<sup>53</sup> Möglicherweise verbreitete sich daneben im Bürgertum noch eine vage Vorstellung davon, daß die Arbeiter- und Soldatenräte irgend etwas mit Demokratie zu tun hatten, zumindest in dem Sinne, daß sie für sich in Anspruch nahmen, demokratisch gebildet und vom Vertrauen derer getragen zu sein, die sie vertraten. In erster Linie aber erschienen die Räte in bürgerlichen Augen wahrscheinlich schlicht als diejenigen Gremien, die in der Revolution die Macht übernommen hatten und das Bürgertum von ihr ausschlossen und offensichtlich auch längerfristig ausschließen wollten, wie ihre offizielle Bezeichnung als »Arbeiter- und Soldatenräte« signalisierte.

Daß der Begriff Rat seinem Ursprung nach eine Vertretung von Unterprivilegierten mit antikapitalistischen, sozialrevolutionären Zielen meinte und insofern einen eindeutig antibürgerlichen Sinn enthielt, daß auch der Basisbezug der so bezeichneten Organisation mit bürgerlichen Vorstellungen von politischer Organisation wenig zu tun hatte, war den Initiatoren der Bürgerräte vermutlich zumindest vage bewußt, aber gleichgültig. Die Wahl der Bezeichnung Bürgerräte war ein politischer Akt, nämlich ein der Situation angepaßter semantischer Widerspruch gegen – wirkliche oder vermeintliche – Monopolansprüche der Arbeiter- und Soldatenräte auf die politische Macht. Das Auftreten der Bürgerräte bedeutete den gleichermaßen adäquat organisierten Anspruch des Bürgertums auf politische Partizipation.

Während die Arbeiter- und Soldatenräte in der Regel spontan, unabhängig voneinander und dezentral entstanden, bildeten sich viele Bürgerräte zwar auch dezentral, aber aufgrund zentraler Impulse und als Reaktion auf die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte. Die wichtigste Initiative ging vom Hansabund aus, einer 1909 gegründeten, den liberalen Parteien nahestehenden Interessenvertretung von Banken, Handel und Exportindustrie, Handwerk und Kleingewerbe, Beamten und Angestellten; aufgrund ihrer Inhomogenität hatte sie freilich nur bescheidenen politischen Einfluß entfalten können.<sup>54</sup> Wie viele Zeitgenossen fand der Hansabund das Bürgertum nach dem Umsturz »völlig ratlos«, insbesondere gegenüber der Gefahr, daß sich die politische Revolution zu einer sozialen weiterentwickeln und die »Lebensinteressen« des Bürgertums bedrohen könnte, zumal »mit der Rückkehr der Soldaten in ihren Zivilberuf das gemäßigte Revolutionselement mehr und mehr in den Hintergrund« treten und sich »die ganze politische Macht auf die Arbeiterräte« vereinen würde.<sup>55</sup> Nachdem sich Arbeiter und Soldaten, großenteils auch die Bauern in Räten organisiert hatten,<sup>56</sup> hielt es der Hansabund deshalb für »die verdammte Pflicht und Schuldigkeit des Bürgertums«, in ähnlicher Form als »Machtfaktor« in Erscheinung zu treten.<sup>57</sup> Zu diesem Zweck propagierte er die Bildung von Bürgerräten. Sie sollten »in Fühlung mit der Reichsleitung und den ... Ar-

beiter- und Soldatenräten« die »besonderen Interessen« des Bürgertums vertreten und die »Wahrung der bürgerlichen Rechte und der vollen Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen staatlichen Maßnahmen« durchsetzen,<sup>58</sup> also lokale Pendanten zu den Arbeiter- und Soldatenräten darstellen. Bereits am 12. November 1918 erließ der Hansabund über die Tagespresse einen entsprechenden Aufruf und forderte seine Untergliederungen auf, die Sache in die Hand zu nehmen. Von vornherein war auch eine Zusammenfassung auf Reichsebene vorgesehen, also eine Art politischer Einheitsfront des Bürgertums. Vorläufig sollte der Bürgerrat Groß-Berlin als politische Zentrale fungieren.<sup>59</sup> Warum der Hansabund die Bezeichnung Räte wählte, erläuterte er nicht; vermutlich hielt er dies aufgrund der politischen Gegebenheiten für überflüssig. Allerdings war die Terminologie nicht einheitlich; neben dem Begriff Bürgerrat begegnet von vornherein die synonyme Bezeichnung Bürgerausschuß.

Seinen Untergliederungen schickte der Hansabund eine »Anleitung« für das weitere Vorgehen mit.<sup>60</sup> Als ersten Schritt empfahl er die Bildung eines provisorischen Bürgerrates aus einigen Vertretern »der in Frage kommenden Berufsschichten ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische Zugehörigkeit«. Sie sollten »als Vertreter der fraglichen Stände... genügend bekannt« sein und »Gewähr dafür bieten, daß sie sich durch Wort und Tat den neuen Erfordernissen anzupassen vermögen«. Im zweiten Schritt sollten Bildung und Programm des Bürgerrates in der Presse bekanntgegeben werden, im dritten dessen Legitimation durch eine Versammlung erfolgen, die »alle Schichten des Bürgertums in weitgehendem Maße umfassen« und sich ausschließlich aus Personen zusammensetzen sollte, »welche eine Berechtigung haben, im Namen der in Frage kommenden bürgerlichen Stände aufzutreten«, tunlichst also aus Delegierten der »am Ort ansässigen Organisationen aller bürgerlichen Stände«. Um eine politische Färbung der Bürgerräte zu vermeiden und diesen eine »vorurteilslose Arbeit zu ermöglichen«, sollte auf eine »ausdrückliche Vertretung« der politischen Parteien verzichtet werden. Die Bürgerräte sollten nicht weniger als 20 und nicht mehr als 100 Mitglieder umfassen und aus Vertretern »aller Erwerbsschichten« bestehen, »aller freien Berufe, aller Beamten- und Privatangestelltenkreise«. Arbeiterorganisationen sollten nicht hinzugezogen werden, »weil deren Interessen... bereits von den Arbeiterräten in energischer Weise vertreten werden«. Besonderer Wert wurde auf die Beteiligung von Frauen gelegt, um der »stark politischen Betätigung der Arbeiterfrauen« begegnen zu können.

Die Bürgerräte waren also nicht als völlig neue Organisationen konzipiert, sondern als Zusammenfassung bestehender lokaler Organisationen aller Art. Auch viele – freilich keineswegs alle – Arbeiterräte hatten zunächst auf vorhandene Organisationen – SPD, USPD und Gewerkschaft-

ten – aufgebaut. Allerdings bemühten sie sich binnen kurzem, sich durch Wahlen eine demokratische Legitimation zu verschaffen, wenn auch die Verfahren nicht immer diesen Anspruch voll erfüllten. Oft dem Gedanken der direkten Demokratie verpflichtet, hielten viele von ihnen engen Kontakt zu ihrer Basis und bemühten sich um Öffentlichkeit und Transparenz ihrer Tätigkeit. Ein derartiges Demokratieverständnis findet sich bei den Bürgerräten nicht. Alle Organisationen, die für eine Vertretung im Bürgerrat in Frage kamen, beruhten auf freiwilliger Mitgliedschaft. Selbst wenn diese sich in großer Zahl beteiligten, konnte ein nach diesem Muster zustande gekommener Bürgerrat keine im strengen Sinne repräsentative Vertretung des Bürgertums darstellen, auch keine demokratisch legitimierte. Spätere Neuwahlen nach einem einwandfrei demokratischen Verfahren waren nicht vorgesehen; hierfür akzeptable Vorschläge zu erarbeiten, wäre, falls überhaupt möglich, so kompliziert und konflikträchtig gewesen, daß sich der Hansabund gar nicht erst damit aufhielt. Ihm ging es darum, unverzüglich politische Vertretungskörperschaften des Bürgertums auf die Beine zu bringen, die in der veränderten politischen Landschaft agieren konnten; dies war ohne Rückgriff auf bestehende Organisationen ausgeschlossen. Immerhin ließ sich auf dem empfohlenen Weg eine Art Ersatzlegitimation am ehesten schaffen. Sie war nötig, damit die Bürgerräte vom Bürgertum selbst als Sprecher akzeptiert wurden, erst recht aber, damit sie überhaupt eine Chance bekamen, von den Revolutionsregierungen und den Arbeiter- und Soldatenräten anerkannt und zu politischen Entscheidungen hinzugezogen zu werden.

Der vorgesehene Wahlmodus begünstigte die Sprecher etablierter Organisationen, es sei denn, sie hatten sich früher politisch so exponiert, daß es ratsam schien, weniger einschlägig bekannte Personen an die Spitze zu stellen. »Häufig werden es jüngere und neuere Kräfte sein, die in den Dienst der Sache zu stellen sind«, mahnte der Hansabund. Ihrer Basis waren sie nicht durch ein imperatives Mandat, sondern durch eine Art Generalvollmacht verbunden. Wie im bürgerlichen Geschäftsleben und in anderen bürgerlichen Organisationen wurde offenbar als selbstverständlich unterstellt, daß die Sprecher der Bürgerräte auch ohne große Kontroll- und Rechenschaftsvorkehrungen im Interesse ihrer Klientel handeln würden. Umgekehrt konnten die Sprecher darauf bauen, daß sie auch bei schwierigen oder schnellen Entscheidungen, bei denen längere Rücksprachen nicht möglich waren, das Vertrauen ihrer Klientel behielten. Insgesamt handelte es sich bei der Adaptation des Rätegedankens durch den Hansabund um ein rein taktisches Manöver zur Anpassung an die veränderten politischen Gegebenheiten, ohne theoretischen Vorlauf, ohne weit in die Zukunft reichende Perspektive und ohne lange juristische Reflexionen, kurz: um eine rein pragmatische, schnell improvisierte Notmaßnahme.

Manche bürgerlichen Gruppen begrüßten sie, besonders die Konservativen.<sup>61</sup> Nach Auffassung der Schwerindustrie hingegen war sie »ganz verkehrt« und konnte der bürgerlichen Sache »ganz außerordentlich schaden«. <sup>62</sup> Zwar hielt sie ebenfalls die politische Einigung des Bürgertums für »unbedingt notwendig«, <sup>63</sup> vor allem eine Fusion der beiden liberalen Parteien zu einer »Bürgerpartei in einer Größe..., wie sie Deutschland noch nie gesehen hat«, <sup>64</sup> oder gar einen Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Aber der Zeitpunkt, mit derartigen Plänen in die Öffentlichkeit zu gehen, schien ihr wenige Tage nach dem Umsturz, »wo man nicht weiß, wohin wir treiben«, »durchaus verfrüht«. <sup>65</sup> Außerdem hatte sich das Bürgertum in ihren Augen als gänzlich »unzuverlässig« erwiesen, weil es sich »beim ersten Schuß oder bei der ersten Revolutionswelle in sämtliche Mauselöcher verkrochen« hatte. <sup>66</sup> Vor allem aber gefährdete nach ihrer Überzeugung einstweilen jede Frontbildung des Bürgertums oder auch nur der Versuch hierzu die Kooperation mit der Sozialdemokratie, wie sie im Arbeitsgemeinschaftsabkommen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften soeben Gestalt angenommen hatte, sowie die Position der gemäßigten Sozialdemokraten innerhalb der Arbeiterschaft. Zunächst mußten diese gegenüber Unabhängigen und Spartakisten gestützt werden; erst wenn die Wahl der Nationalversammlung gesichert sei, käme der Moment, »wo wir uns politisch rühren werden«. <sup>67</sup>

Ob die Schwerindustriellen versucht haben, den Hansabund von seiner Aktion abzuhalten, muß offenbleiben. Jedenfalls entstanden an zahlreichen Orten seit Mitte November Bürgerräte nach den Anregungen des Hansabundes. Besonders schnell ging es in Berlin. In Tempelhof bildete sich auf Betreiben einiger Kommunalpolitiker bereits am 11. November 1918, also noch vor der Veröffentlichung des Aufrufes, in zwei parallelen Veranstaltungen ein Bürgerrat. Seine knapp 60 Mitglieder wurden aus der Menge vorgeschlagen, stellten sich kurz vor und wurden, wenn sie sich »nicht gar zu tapsig« anstellten, durch Handaufheben gewählt. <sup>68</sup> Vier Tage später entstand auch in Friedenau ein Bürgerausschuß. <sup>69</sup> Bereits am 13. November trat ein Vorbereitungsausschuß für einen Groß-Berliner Bürgerrat unter Führung des Hansabund-Vorsitzenden Rießler an die Öffentlichkeit; <sup>70</sup> ihm gingen alsbald »Hunderte von Zustimmungserklärungen« zu. <sup>71</sup> Fünf Tage darauf wurde in einer Versammlung von rund 2000 Vertretern »aller in Berlin ansässigen bürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verbände und Vereine« der Bürgerrat Groß-Berlin gebildet. Zu seinem fünfköpfigen geschäftsführenden Ausschuß zählten der Direktor des Hansabundes, Köhler, Carl Rahardt, Obermeister der Tischlerinnung und Präsident der Handwerkskammer Berlin, Vorsitzender des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe und langjähriges Vorstandsmitglied der Deutschen Mittelstandsvereinigung, außerdem der Bankier Salomon

Marx; den Vorsitz übernahm der Direktor der Abteilung für Handels-, Verkehrs- und Steuerstatistik im Statistischen Reichsam, Waldemar Koch. Gleichzeitig entstanden eigene Bürgerräte in weiteren Berliner Stadtteilen und Vorstädten, vorrangig in den Bezirken, die an das Regierungsviertel grenzten, und in den Gemeinden im Südosten der Stadt, in denen die für Militärtransporte wichtigen Bahnlinien endeten. Die meisten schlossen sich alsbald dem Bürgerrat von Groß-Berlin als Dachorganisation an, der auf diese Weise zur Gegenorganisation zum Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte wurde.<sup>72</sup>

Nach gleichem Muster wurde am 13. November 1918 in Altona ein Ausschuß der vereinigten Berufe aus Kaufleuten, Industriellen, Handel- und Gewerbetreibenden, Angehörigen der freien Berufe, Gemeinde- und Privatbeamten zur Aufrechterhaltung von »Ruhe und Ordnung«, des Wirtschaftslebens und der Lebensmittelversorgung gebildet.<sup>73</sup> Am selben Tag gründeten die bürgerlichen Organisationen und Erwerbsstände in Lübeck einen Rat der vereinigten Berufe mit gleicher Zusammensetzung, allerdings unter Einschluß von »Landleuten«, »um einen mitbestimmenden Einfluß auf die Geschicke der Stadt zu haben.«<sup>74</sup> Ebenfalls am 13. November riefen in Hagen bürgerliche Parteien, Verbände, Vereine und Interessengruppen aufgrund der Empfehlungen des Hansabundes einen Bürgerausschuß ins Leben.<sup>75</sup>

Entstehungszeitpunkt und Wortlaut der Grundsatzserklärungen lassen darauf schließen, daß die Anregungen des Hansabundes auch bei der Gründung vieler anderer Bürgerräte Pate gestanden haben, von Stralsund bis Rosenheim.<sup>76</sup> Meist wurde zunächst ein kleinerer Ausschuß gebildet, der sich einige Tage später von einer größeren Versammlung oder einer neu gegründeten Bürgerorganisation bestätigen ließ. In Wernigerode zum Beispiel entstand erst ein elfköpfiger Bürgerrat, der seinerseits einen Bürgerverein ins Leben rief, welcher innerhalb von acht Tagen 3000 Mitglieder gewann und den Bürgerrat als seine Exekutive legitimierte.<sup>77</sup>

Manche Bürgerräte entstanden unabhängig von den Anregungen des Hansabundes: wahrscheinlich diejenigen, die bereits vor dessen Aufruf an die Öffentlichkeit traten wie die Bürgerausschüsse Glauchau und Wilhelmshaven,<sup>78</sup> vor allem aber zahlreiche Bürgerräte in katholischen Gegenden, die auf Initiative der Zentrumsparterie ins Leben gerufen wurden, in Würzburg wie im niederrheinischen Jülich,<sup>79</sup> in Mayen in der Eifel<sup>80</sup> und im Hunsrückstädtchen Simmern,<sup>81</sup> erst recht in Baden<sup>82</sup> – in Eberbach, Bruchsal, Baden-Baden, Lahr, Haßlach und Konstanz, vielleicht auch in Mannheim und Lörrach;<sup>83</sup> der Offenburger Bürgerrat hingegen wurde in einer Sitzung des Kommunalparlamentes unter Vorsitz des Bürgermeisters beschlossen.<sup>84</sup> Auch die Bürger- und Bauernräte im badischen Ettenheim und seinen Nachbargemeinden entstanden auf Initiative des Bürgermei-

sters, nachdem sich bis zum 17. November weder ein Arbeiter- noch ein Soldatenrat gebildet hatte; in acht von sechzehn Gemeinden wurde der Bürgermeister zum Vorsitzenden gewählt.<sup>85</sup> In Württemberg wirkte anscheinend die Gründung des Bürgerrats in der Landeshauptstadt als Initialzündung für ähnliche Gründungen auf dem Lande.<sup>86</sup>

Unabhängig vom Hansabund entstanden auch die Bürgerräte Bremen, Braunschweig, München und möglicherweise Leipzig, die bald besonders von sich reden machten.<sup>87</sup> In der Weserstadt, wo die Revolution bereits am 6. November gesiegt hatte, trafen sich am 12. November die bürgerlichen Mitglieder der alten Bürgerschaft mit Vertretern der bürgerlichen Parteien und Bürgervereine. In einem Aufruf forderten sie »Sicherheit der Person und des Eigentums«, Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit, Unabhängigkeit der Rechtsprechung und sofortige Erweiterung des öffentlichen Sicherheitsdienstes, schließlich Einberufung einer Nationalversammlung und unverzügliche Neuwahl der bremischen Bürgerschaft. Außerdem wurde ein neunköpfiger Aktionsausschuß gebildet, um »die volle Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen staatlichen Maßnahmen zu wahren«. <sup>88</sup> Aufgrund des Aufrufs des Hansabundes vom 12. November, in Bremen aufgrund eines Übermittlungsfehlers oder absichtlich als Aufruf der Berliner Revolutionsregierung ausgegeben, wurde am 20. November in einer Versammlung aller bürgerlichen Organisationen ein neuer Ausschuß von 80 bis 90 Mitgliedern gewählt. Er repräsentierte das gesamte Spektrum der bürgerlichen Verbände und Interessengruppen der Stadt. In seinem Vorstand saßen unter anderen der Reeder Adolf Vinnen, Vorstandsmitglied des Bremer Rhedervereins, je ein Vertreter der DDP und der Vereinigung der höheren Staatsbeamten sowie zwei Vertreterinnen der Frauenorganisationen. Den Vorsitz übernahm zunächst der spätere Führer der Bremer DVP, Quidde; kurz darauf trat Vinnen an seine Stelle. Schon zum 1. Dezember 1918 wurde ein hauptamtlicher Geschäftsführer eingestellt.<sup>89</sup>

In Braunschweig stellten die Handwerkerinnungen, kaufmännischen und gewerblichen Vereine, der Haus- und Grundbesitzerverein sowie die Berufsverbände der Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten und Ingenieure bereits am 12. November 1918 dem Arbeiter- und Soldatenrat ebenfalls einen Rat der selbständigen Erwerbszweige entgegen; zur Landwirtschaft, der wichtigsten ökonomischen und sozialen Kraft außerhalb der Landeshauptstadt, bestanden enge Verbindungen. Das Gremium sollte »eine gemeinsame Interessenwahrnehmung der angeschlossenen Berufsgruppen gegenüber der Regierung und der Öffentlichkeit gewährleisten«, ihnen bei Wahlen »eine angemessene Vertretung sichern« und »eine Einigung des gesamten Bürgertums vorbereiten«. <sup>90</sup>

In München kam die Initiative für die Gründung eines Bürgerrats aus einer anderen Ecke. Unterzeichnet von einem Professor, Adalbert Bau-

mann, kursierte hier schon wenige Tage nach dem Umsturz ein Aufruf, der sich in erster Linie an Angestellte und Beamte richtete und zum Zusammenschluß des »ganzen führerlosen Mittelstandes« aufrief.<sup>91</sup> In seiner ersten öffentlichen Versammlung am 13. November umschrieb Baumann den vorgesehenen »republikanischen Bürgerrat« als »bürgerlich-sozialistische Partei«, »die mit der sozialistischen Partei eine Kampffront gegen den Kapitalismus bilden« solle<sup>92</sup> – ob aus Überzeugung oder aus taktischen Überlegungen, muß offenbleiben. Anscheinend wurde hier ein vorbereitender Ausschuß unter seiner Leitung gebildet.<sup>93</sup> Gleichzeitig fand jedoch eine Parallelveranstaltung aller derjenigen statt, die in Baumanns Versammlung keinen Platz mehr gefunden hatten. Auch hier wurde ein Bürgerausschuß gewählt, aber von den Gegnern eines Zusammengehens mit der Sozialdemokratie.<sup>94</sup> Diese Richtung übernahm alsbald die Führung der Münchener Bürgerratsbewegung. Baumann wurde hinausgedrängt, der Rechtsanwalt Rudolf Meyer-Absberg zur dominierenden Figur.<sup>95</sup> In der Öffentlichkeit rief der Bürgerrat alsbald dazu auf, »der Geschlossenheit der Bolschewiki die Geschlossenheit des Bürgertums« entgegenzusetzen; denn: »Wenn... die Bolschewikiherrschaft kommen sollte, so müßt Ihr organisiert sein.« Er propagierte als erster den Gedanken, das wichtigste Kampfmittel der Arbeiterschaft für das Bürgertum zu adaptieren und Streiks der Arbeiter mit dem »Bürgerstreik« zu beantworten. Mitte November war diese Parole auf Plakaten in München zum erstenmal zu lesen.<sup>96</sup> Hinter den Kulissen bemühte sich der Bürgerrat fieberhaft um die Errichtung einer antisozialistischen Abwehrfront des Bürgertums, und zwar unabhängig von den Parteien.<sup>97</sup> Schon am 3. Dezember 1918 war er am Ziel, als sich die bayerischen Spitzenvereinigungen von Handel, Industrie und Gewerbe mit dem Bürgerrat zum Bayerischen Bürgerblock zusammenschlossen. Dessen Hauptaufgabe bestand zunächst darin, »einen Vertreter der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des gesamten bayerischen Bürgertums entsprechend in das Parlament zu entsenden und ohne Rücksicht auf Parteizusammenhänge die Interessen des Gesamtbürgertums nachdrücklichst zu vertreten«.<sup>98</sup>

Insgesamt waren bereits am 18. November 1918 angeblich in 65 Orten Bürgerräte entstanden oder im Entstehen begriffen.<sup>99</sup> Gegen Jahresende lag die Zahl bei 300, mit regionalen Schwerpunkten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in Thüringen, Sachsen, Anhalt, Brandenburg und Berlin mit seiner Umgebung.<sup>100</sup> Die Mitgliedschaft der Bürgerräte rekrutierte sich im wesentlichen aus demselben sozialen Spektrum, das auch der Hansabund umfaßte: Handel, Banken, Gewerbe, Handwerk, freie Berufe, Beamte und Angestellte. Typisch hierfür ist der Gründungsauf Ruf des Bürgerrates Freiburg i. B., der »möglichst vollständig die Kreise des erwerbstätigen Bürgertums, Unternehmer und Angestellte der freien Berufe, der Aka-



demiker und Beamten« vertreten wollte.<sup>101</sup> Aus Industriekreisen beteiligten sich in erster Linie mittelständische Fabrikanten, während die Großindustrie sich zurückhielt, ausgenommen in Berlin.<sup>102</sup> Relativ häufig finden sich einflußreiche Journalisten unter den Mitgliedern; die Gründe hierfür liegen auf der Hand.<sup>103</sup> Für viele Bürgerräte läßt sich auch die Beteiligung von unteren und mittleren Angestellten und Beamten nachweisen, vor allem von Bahn und Post; sie waren für die Untermauerung der Mitspracheforderung gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten besonders wichtig. Im Groß-Berliner Bürgerrat waren außerdem die Ministerialbürokratie Preußens und des Reiches sowie die Kommunalverwaltung durch namhafte Mitglieder vertreten, gleichfalls die öffentlichen Bildungseinrichtungen von den Volksschulen bis zur Universität.<sup>104</sup> In ländlichen Gebieten, wie im Schwarzwaldstädtchen Haßlach und im badischen Ettenheim,<sup>105</sup> in kleineren Städten wie Eisleben,<sup>106</sup> aber auch in einigen größeren wie Lübeck, Bremen und Braunschweig, zählten mitunter auch Bauern und Gutsbesitzer zu den Mitgliedern. Häufiger taten sich Bürger- und Bauernräte nach einiger Zeit zusammen, so Ende Dezember 1918 in Ludwigsburg und bald darauf überall in Württemberg,<sup>107</sup> vereinzelt sogar beide mit dem Arbeiterrat, z. B. in kleineren Orten Hessens und Bayerns.<sup>108</sup> Manche Bürgerräte schließlich arrondierten ihr Mitgliederspektrum um Teile der nicht-sozialistischen Arbeiterschaft. In Jülich, Schwäbisch-Gmünd, Mannheim, Berlin und Hannover gehörten ihnen die christlichen Gewerkschaften an, in Berlin auch die evangelischen Arbeitervereine und die wirtschaftsfriedlichen, sogenannten gelben Organisationen,<sup>109</sup> in Bremen und Stralsund die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Diese waren freilich zahlenmäßig unbedeutend und dürften gerade in Industriestädten, in denen die Arbeiterschaft stark nach links tendierte, während der Revolution erheblich in Bedrängnis geraten sein und sich daher genötigt gefühlt haben, stärkeren Rückhalt im Bürgertum zu suchen; hingegen waren sie schwerlich in der Lage, der Sache des Bürgertums innerhalb der Arbeiterschaft größere Resonanz zu verschaffen.

Den Anregungen des Hansabundes entsprechend, stützten sich zahlreiche Bürgerräte auf bestehende Organisationen, Vereine und Institutionen. Dem Bürgerrat Elberfeld gehörten 33 Organisationen an,<sup>110</sup> dem Bürgerrat Oldenburg rund 60,<sup>111</sup> dem Bürgerrat Stuttgart etwa 100 Verbände von Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe, Handel, Industrie, Beamtenschaft, geistigen und freien Berufen.<sup>112</sup> Der Bürgerrat Leipzig wurde sogar von rund 200 der insgesamt etwa 240 bürgerlichen Vereine und Körperschaften getragen, der Berliner Bürgerrat von 338 von insgesamt rund 400.<sup>113</sup> Welches Spektrum sich auf diese Weise ergab, läßt sich exemplarisch an den knapp 90 Vereinen, Verbänden und Institutionen ablesen, die dem Bürgerausschuß Bremen angehörten. Zu ihnen zählten die Organisationen von

Reedern und Großkaufleuten, von Handel, Gewerbe, Versicherungen, Handwerk und Landwirtschaft, darunter Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammer, die Organisationen der freien Berufe – Ärzte, Zahnärzte und Dentisten, Architekten, Apotheker, Anwälte und Ingenieure, sogar der Künstler –, Verbände der höheren Beamten und Gymnasiallehrer, der mittleren Beamten, der kaufmännischen und technischen Angestellten, der Haus- und Grundbesitzer, Protestanten und Katholiken und sogar ein jüdischer Jugendbund, zahlreiche Frauenverbände, Bürgervereine, Organisationen zur Förderung von Wissenschaft und Kunst, Sportvereine, schließlich überparteiliche politische Verbände wie die Deutsche Kolonialgesellschaft und der Verein für das Deutschtum im Ausland. Abweichend von den Empfehlungen des Hansabundes zählten auch die bürgerlichen Parteien zu den Mitgliedern; nachdem sie sich an den Vorarbeiten beteiligt hatten, mochte man sie jetzt vermutlich nicht vor die Tür setzen.<sup>114</sup> Manchen bürgerlichen Räteorganisationen gehörten sogar ausschließlich Parteien an, zum Beispiel den Volksräten in Mannheim und Lörrach, dem Bürgerrat Offenburg und den Bürger- und Bauernräten in Ettlingen und seinen Nachbargemeinden.<sup>115</sup>

An der Mehrzahl der Bürgerräte waren die Parteien jedoch nicht beteiligt. Praktisch machte das freilich keinen großen Unterschied, denn viele Organisationsvertreter gehörten gleichzeitig einer Partei an. Nach den spärlichen Angaben zu schließen, umfaßte das Spektrum anfänglich in der Regel Fortschrittliche und Nationalliberale beziehungsweise DDP und DVP sowie das Zentrum, etwa in Mannheim, Offenburg und Lörrach, während die DNVP nur in wenigen Bürgerräten vertreten war, außer in Bremen in Berlin, Frankfurt, Wuppertal und Braunschweig, wo dafür die DDP abseits blieb.<sup>116</sup> Auch unter den Funktionsträgern der Bürgerräte traten zunächst häufiger Angehörige der Mittel- als der Rechtsparteien in Erscheinung, wobei diejenigen der DDP dominierten. Von den Gründungsmitgliedern des Groß-Berliner Bürgerrates schloß sich nur Jacob Rießer, der Vorsitzende des Hansabundes, der DVP an;<sup>117</sup> Curt Köhler, der Direktor des Hansabundes, und C. Rahardt, Präsident der Handwerkskammer Berlin, gingen zur DDP,<sup>118</sup> ebenfalls der Vorsitzende des Bürgerrats Tempelhof<sup>119</sup> und der Vorsitzende des Bürgerrates Leipzig, der Historiker Walter Goetz, Professor an der dortigen Universität und langjähriger Anhänger Friedrich Naumanns.<sup>120</sup> An die Spitze des Volksrates Mannheim trat ein langjähriges demokratisches Mitglied der zweiten badischen Kammer; ein anderes Vorstandsmitglied zog später für die DDP in den badischen Landtag.<sup>121</sup> Auch der Elberfelder Bürgerrat wurde von einem Demokraten geführt, sein Geschäftsführer gehörte ebenfalls der DDP an.<sup>122</sup> In Frankfurt dagegen war der Vorsitzende des Bürgerausschusses Mitglied der Zentrumspartei, in Nördlingen der DVP,<sup>123</sup> wahrscheinlich auch in an-

deren süddeutschen Orten. Ein DNVP-Mitglied scheint nur in Braunschweig – in Gestalt des Geschäftsführers des dortigen Landbundes – die Führung übernommen zu haben.<sup>124</sup> »Wir ehemals verfeimten Demokraten sind jetzt die Führer des Bürgertums geworden«, notierte Goetz Anfang Dezember 1918 mit einiger Verwunderung.<sup>125</sup>

Teilweise erklärt sich dies aus der politischen Orientierung des Hansabundes, von dem an vielen Orten die Initiative ausging; vor allem aber daraus, daß Demokraten und ehemalige Fortschrittler von den Arbeiter- und Soldatenräten eher als Vertreter des Bürgertums akzeptiert zu werden hoffen konnten als alte Konservative und rechte Nationalliberale oder neuerdings DNVP-Angehörige. Innerhalb der DDP war das Engagement für die Bürgerräte allerdings nicht unumstritten. Gertrud Bäumer z. B. hielt deren Gründung zwar für notwendig, sah aber in »diesem Aufbau eines richtigen Ständestaates mitten aus der Revolution heraus« zugleich etwas »merkwürdig Anachronistisches«.<sup>126</sup> Auf die politische Ausrichtung der Bürgerräte läßt die Parteizugehörigkeit ihrer Vorsitzenden indessen nicht zuverlässig schließen. Moderate Vorsitzende konnten Galionsfiguren sein, hinter denen sich andere politische Kräfte versteckten. Von vierzehn Mitgliedern des Elberfelder Bürgerrates zum Beispiel, die gleichzeitig leitende Parteifunktionen innehatten, gehörten sieben der DNVP, je drei der DVP und DDP und einer dem Zentrum an.<sup>127</sup> Die eigentliche Führung scheint bei einem DVP-Mitglied gelegen zu haben, dem Fabrikbesitzer Max Schmidt.<sup>128</sup> Im übrigen konnten sich Orientierung und Kräfteverhältnisse eines Bürgerrats wegen seiner heterogenen Zusammensetzung rasch ändern.

In der Regel handelte es sich bei den Führern der Bürgerräte um Angehörige der freien und akademischen Berufe, die überwiegend dem bürgerlichen Mittelstand zuzurechnen sind. Repräsentanten von Großunternehmen wie in Bremen der Reeder Vinnen und in Eisleben der Generaldirektor der Mansfelder kuperschieferbauenden Gewerkschaft, Bergrat Vogel-sang,<sup>129</sup> finden sich nur ausnahmsweise. Die meisten erfreuten sich allenfalls lokaler, vielleicht auch regionaler Bekanntheit, waren auf Reichsebene aber bisher politisch nicht hervorgetreten, wie Justizrat Poppelbaum in Hannover,<sup>130</sup> Rechtsanwalt Meyer-Absberg in München, Rechtsanwalt Lindenmaier und Professor Weitbrecht in Stuttgart.<sup>131</sup> Die wenigen über-regional bekannten Namen verdankten ihren Ruf – mit Ausnahme Rießers und vielleicht Köhlers – meist nicht politischen und wirtschaftlichen, sondern wissenschaftlichen oder künstlerischen Leistungen, etwa Walter Goetz in Leipzig sowie der Architekt Paul Bonatz und der Dirigent Fritz Busch, die dem Stuttgarter Bürgerrat angehörten,<sup>132</sup> vermutlich allerdings mehr als Galionsfiguren denn als politisch aktive Mitglieder.

Die finanziellen Verhältnisse der Bürgerräte liegen größtenteils im dun-

keln. Der eine oder andere bemühte sich um öffentliche Unterstützung,<sup>133</sup> aber nur ausnahmsweise mit Erfolg; anscheinend wurde allein der Bürgererrat Offenburg aus der Stadtkasse finanziert.<sup>134</sup> Die meisten dürften Mittel aus angeschlossenen oder nahestehenden Organisationen und Parteien oder Spenden von Interessengruppen, Unternehmen oder Einzelpersonen, ausnahmsweise auch aus zentralen Fonds wie dem industriellen Wahlfonds erhalten haben.<sup>135</sup> Über die Höhe der verfügbaren Mittel liegen für die Anfangszeit keine Hinweise vor, ausgenommen für Frankfurt. Hier beteiligten sich bis Ende Dezember 1918 der Hansabund mit 1000 und die bürgerlichen Berufsgruppen mit insgesamt 29000 RM; weitere 5500 RM erbrachte eine Sammlung unter den Mitgliedern. Auch in Berlin scheinen die direkten Zuwendungen an die Bürgerräte eher bescheiden ausgefallen zu sein.<sup>136</sup>

Über Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse innerhalb der Bürgerräte und die Art ihrer Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Organisationen läßt sich für die Anfangszeit aus Quellenmangel nichts sagen. Ob sie wirklich den Rückhalt im Bürgertum besaßen, den sie behaupteten, muß offenbleiben. Ihre politischen Forderungen allerdings brachten die vorrangigen gemeinsamen Interessen des Bürgertums in den Wochen zwischen dem Ende der Monarchie und der Wahl der Nationalversammlung zum Ausdruck. Die Wiederherstellung der Monarchie zählte nicht dazu; sofern diese Frage überhaupt angesprochen wurde, wurde sie für »erledigt« erklärt.<sup>137</sup> Die meisten Bürgerräte versicherten, »auf dem Boden der vollzogenen Tatsachen« zu stehen, »jedwede Reaktion« abzulehnen und »die gegenwärtige Regierung und ihre Organe« anzuerkennen.<sup>138</sup> Manche bekannten sich, wenn auch etwas gewunden, zur »republikanischen Regierungsform«<sup>139</sup> oder sogar zum »demokratischen Volksstaat auf sozialer Grundlage«.<sup>140</sup> Viele erklärten sich bereit, »die Regierung bei der Bewältigung der gegenwärtigen schweren Aufgaben durch unmittelbare Mitarbeit zu unterstützen«.<sup>141</sup> Alle aber verlangten die »alsbaldige Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung... zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zur Wiederherstellung von verfassungsmäßigen Zuständen«;<sup>142</sup> oft mit dem Zusatz, der zunächst vorgesehene Wahltermin Mitte Februar 1919 sei »viel zu spät«, denn – so zum Beispiel der Bremer Bürgerausschuß – »ohne Nationalversammlung kein Friede, ohne Friede keine Rohstoffe und keine Lebensmittel«.<sup>143</sup> Zahlreiche schwäbische Bürgerräte forderten die Anberaumung der Wahlen noch vor Jahresende 1918.<sup>144</sup> Gelegentlich begegnet auch die Forderung nach Wiedereinsetzung der durch die Revolution abgesetzten politischen Körperschaften.<sup>145</sup>

Bekanntlich sprachen sich ebenfalls die Arbeiter- und Soldatenräte, der demokratischen Tradition der Sozialdemokratie folgend, mehrheitlich für die Nationalversammlung aus, und zwar in der Annahme, die politische Demokratie würde den Weg öffnen für Reformen in Wirtschaft und Ge-

sellschaft. Immerhin verkündeten auch die Bürgerräte, »daß die neue Zeit... vom deutschen Bürgertum einen neuen Geist verlangt«. <sup>146</sup> Gelegentlich wurde herbe Kritik am Verhalten der bürgerlichen Parteien in der Vergangenheit geübt und zum »Ausgleich aller Stände« aufgerufen. <sup>147</sup> Aber es muß offenbleiben, ob oder wie weit solche inhaltlich vagen Äußerungen wirklich eine politische Neuorientierung anzeigen. Bis wenige Wochen zuvor hatten große Teile des Bürgertums von Demokratie und Gleichberechtigung der Arbeiterschaft wenig oder nichts wissen wollen, wie die Geschichte der preußischen Wahlrechtsfrage beweist. <sup>148</sup> Gewiß hat die Revolution in Teilen des Bürgertums politische Lernprozesse ausgelöst oder beschleunigt. Bezeichnend hierfür sind die häufigen Aufrufe außer zum eigenen politischen Engagement zur internationalen Verständigung und zur Überbrückung der tiefen Kluft zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum. <sup>149</sup> Vermutlich haben auch Angehörige und Anhänger der Bürgerräte so gedacht, namentlich diejenigen, die der DDP nahestanden oder sogar beitraten wie Walter Goetz in Leipzig. Aber ebenso gewiß waren unmittelbar nach dem Umsturz eine Rückkehr zur Monarchie ausgeschlossen und eindeutig antirevolutionäre Äußerungen politisch unklug, womöglich sogar gefährlich, außenpolitisch nach der militärischen Niederlage jeder andere Weg als der der internationalen Kooperation versperrt, um eine glimpfliche Friedensregelung zu erreichen. Daher blieb dem Bürgertum innenpolitisch gar keine andere Wahl, als sich für die parlamentarische Demokratie einzusetzen. Unter den gegebenen Bedingungen stellte sie diejenige Verfassungsform dar, in der es am ehesten hoffen konnte, seine Interessen zu wahren; bei einem Fortbestand der Räteherrschaft war dies fraglich, bei einer Diktatur des Proletariats nach russischem Muster ausgeschlossen. Das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie wie zur internationalen Verständigung konnte also auch rein defensive und taktische Gründe haben.

Einstweilen diente die Nationalversammlungssparole den Bürgerräten dazu, den Arbeiter- und Soldatenräten die Legitimation für weitere politische Strukturentscheidungen abzusprechen, insbesondere für Eingriffe in die Wirtschaftsordnung, um das Ausmaß revolutionärer Veränderungen auf den am 9. November 1918 eingetretenen Umfang zu begrenzen. Zwar bekundeten sie »volles Verständnis dafür, daß der soziale Gedanke mehr als bisher in das Wirtschaftsleben hineingetragen wird«, <sup>150</sup> oder versprachen gar, Industrie und Handel würden den Arbeitern »im weitesten Maße entgegenkommen«. <sup>151</sup> Vorrangig aber ging es ihnen um die Bewahrung der überkommenen Eigentumsverhältnisse. Der Hansabund ließ sich »vom ersten Tage an« von dem Ziel leiten, sich »den wirtschaftlichen Revolutionsgefahren mit allen Mitteln entgegenzustemmen«. <sup>152</sup> Fast alle Bürgerräte verlangten »unbedingten Schutz des Eigentums gegen gesetzlose bolschewistische und andere gewaltsame Eingriffe« <sup>153</sup> oder, etwas moderater, vor

»übereilten« Maßnahmen.<sup>154</sup> Äußerungen zur Sozialisierungsfrage vermieden sie, forderten vielmehr bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung für unaufschiebbare Regelungen eine vorherige »Anhörung der betroffenen Kreise«,<sup>155</sup> im übrigen eine »energische, durchdachte Förderung aller Maßnahmen zur höchsten Entfaltung der Produktivität deutscher Arbeit und Wirtschaft«,<sup>156</sup> notfalls also auch Maßnahmen zur Streikbekämpfung – ein Ziel, dem die Bürgerräte später ihre besondere Aufmerksamkeit zuwandten. Vor der Wahl verzichteten sie in der Regel darauf, die Arbeiter- und Soldatenräte frontal anzugreifen. Aber sie ließen keinen Zweifel daran, daß nach ihrer Überzeugung deren Legitimation mit der Konstituierung der Nationalversammlung erlosch. Bestrebungen, den Parlamentarismus durch rätedemokratische Elemente zu ergänzen, etwa durch ein Kontrollrecht der Arbeiterräte gegenüber der Verwaltung, mußten daher mit ihrem entschiedenen Widerstand rechnen. Da sie selbst keine dauerhaften staatlichen Funktionen beanspruchten, sahen sie ihre eigene Existenzberechtigung allerdings nicht auf diese Übergangszeit beschränkt.<sup>157</sup>

Weitergehende Forderungen erhoben die Bürgerräte in den Revolutionswochen kaum, denn die Einigkeit des Bürgertums reichte über diese Punkte nicht hinaus. Über den staatlichen Neuaufbau, erst recht über Änderungen der Wirtschaftsordnung und der Betriebsverfassung sowie das strategische Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie gingen die Meinungen weit auseinander, und die ökonomischen Interessenunterschiede zwischen Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, zwischen Selbständigen und Unselbständigen sowie den Fraktionierungen innerhalb der einzelnen Wirtschaftsgruppen hatte auch die Revolution nicht beseitigt, höchstens überdeckt, Machtinteressen überkommener Organisationen und einzelner politischer Akteure noch weniger.

Zur öffentlichen Vertretung ihrer Forderungen übernahmen die Bürgerräte großenteils Begriffe und Argumentationsmuster, die ebenfalls bisher zum Arsenal der Arbeiterbewegung gehört hatten. Zunächst den Begriff »Gleichberechtigung«.<sup>158</sup> Er war bisher von der Arbeiterschaft benutzt worden als Postulat zur Beendigung ihrer rechtlichen Diskriminierung, administrativen Schikanierung und sozialen Ächtung. Jetzt wurde er umgeschmiedet in einen bürgerlichen Kampfbegriff gegen die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte.<sup>159</sup> Das gleiche geschah mit den Begriffen »Klasse« und »Klassenherrschaft«. Beide hatte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung jahrzehntelang zur plakativen Bezeichnung der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit des Kaiserreiches verwendet, den Klassenbegriff auch zur Selbstidentifikation der Arbeiterschaft. Jetzt beteuerten die Bürgerräte ihre »bewußte Abkehr von einseitiger Klassenpolitik«,<sup>160</sup> um alsbald diesen und ähnliche Begriffe gegen die Arbeiterschaft und die Revolutionsorgane zu wenden, etwa indem sie ihnen »Herrschaft

einer einzelnen Klasse oder eines einzelnen Standes«, <sup>161</sup>, »Diktatur und Klassenherrschaft« <sup>162</sup> oder gar »Vergewaltigungspolitik« <sup>163</sup> vorwarfen. Die Forderung nach Gewissens- und Versammlungsfreiheit wurde gelegentlich mit dem Hinweis garniert, daß sie »den Ursprung des sozialdemokratischen Parteiprogramms von jeher gebildet« habe. <sup>164</sup> Auf diese Weise wurde ein politischer und moralischer Rollenwechsel inszeniert: das Bürgertum trat als Verteidiger der Prinzipien von Gleichberechtigung, Freiheit und Demokratie auf, der Arbeiterschaft wurde das Gewand ihres bösen Widersachers übergeworfen.

Als bald begannen die Bürgerräte auch die Grenzlinien zwischen den Begriffen Arbeiter und Bürger zu verwischen. Bis zur Revolution war der Unterschied eindeutig gewesen. Jetzt erklärte der Vorsitzende des Bürgerrats München, mit dem Begriff Bürger und der Bezeichnung Bürgerrat sei »nicht die alte Bourgeoisie gemeint«. <sup>165</sup> Die nichtradikalen Arbeiter, so ließ sich dieser Gedanke verlängern, waren ebenso Bürger wie alle diejenigen, die einer Erwerbsarbeit nachgingen, ob als Handwerker, Kaufleute, Ärzte oder Universitätsprofessoren, zugleich Arbeiter waren.

Die damalige Wirkung dieser Argumentation innerhalb und außerhalb des Bürgertums ist kaum zu bestimmen. Immerhin war sie nicht ungeschickt. Sie besetzte traditionelle sozialdemokratische Begriffe und münzte sie für bürgerliche Ziele um in der Absicht, die Arbeiterschaft propagandistisch und ideologisch in die Defensive zu drängen, wenn nicht gar sprachlos zu machen, die bisherigen Linien der innenpolitischen Auseinandersetzung zu verwirren und womöglich selbst unter der bisherigen Klientel der Sozialdemokratie Anhänger zu gewinnen. Das war politisch legitim, die Argumentation selbst angesichts der politischen Realitäten der Revolutionswochen nicht unplausibel. Sie blieb jedoch nicht auf diese Phase beschränkt, sondern wirkte über sie hinaus und entfaltete sich weiter, als die politischen Gegebenheiten sich längst verschoben hatten.

### *Die Wirksamkeit der Bürgerräte im November und Dezember 1918*

Manche Bürgerräte ließen nach ihrer Gründung kaum noch etwas von sich hören, besonders in ländlichen Gebieten, wo die Revolution die Machtverhältnisse einstweilen kaum verändert hatte, so daß das Bürgertum die Arbeiter- und Soldatenräte nicht lange als Bedrohung empfand, z. B. in zahlreichen Orten Württembergs. Daß der Bürgerrat in einer Großstadt wie Frankfurt a. M. Zurückhaltung übte, lag hingegen eher daran, daß hier die sozialistische Arbeiterschaft das Heft fest in der Hand hatte und das Bür-

gertum es für klüger hielt, unnötige Konfrontationen zu vermeiden.<sup>166</sup> Die Übermacht der Arbeiter- und Soldatenräte war wohl auch eine Ursache dafür, daß der Bürgerrat München in der Öffentlichkeit zunächst nicht viel in Erscheinung trat – neben der vielfach beklagten Lethargie und Passivität im Münchner Bürgertum unmittelbar nach der Revolution<sup>167</sup> und vielleicht auch einem plötzlichen Gesinnungswandel bis hin zur vorübergehenden Faszination durch die Revolution und ihren Münchener Führer Kurt Eisner, wie sie nicht selten gewesen zu sein scheint.<sup>168</sup>

Zahlreiche Bürgerräte aber gingen in die Offensive und boten den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten nicht nur ihre Mitarbeit an, sondern erhoben auch Mitspracheforderungen, meist in Form einer Beteiligung an den revolutionären Räteorganisationen, so in Bremen und München, Sachsen und Thüringen, am Niederrhein, in Offenburg und Lörrach.<sup>169</sup> In Württemberg beanspruchte der Stuttgarter Bürgerrat, »die Bürgerschaft in Zusammenarbeit mit den übrigen Räten gegenüber der provisorischen Regierung zu vertreten«,<sup>170</sup> und verlangte die Zuziehung zu »Beratungen und Verhandlungen, bei denen es sich um Angelegenheiten des Allgemeinwohls handelt und andere... Räte zugezogen sind«,<sup>171</sup> bald sogar die rechtliche Gleichstellung mit ihnen, nachdem die provisorische Landesregierung die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte als Grundlage des künftigen Regierungssystems bezeichnet hatte.<sup>172</sup> Das gleiche forderte der Groß-Berliner Bürgerrat, der sich im übrigen bemühte, in jedem Stadtteil und jeder Vortgemeinde dem Arbeiter- und Soldatenrat einen Bürgerrat gegenüberzustellen.<sup>173</sup>

Viele Arbeiter- und Soldatenräte beobachteten die Entstehung der Bürgerräte mit Mißtrauen und lehnten die Mitspracheforderungen ab, besonders in Großstädten mit einem hohen Anteil an Industriearbeitern. In Leipzig, wo die Unabhängigen herrschten, scheinen solche Forderungen gar nicht erst erhoben worden zu sein. In Berlin und Bremen wurden sie ohne weiteres abgewiesen,<sup>174</sup> in Stuttgart mit der Begründung, die Bürgerräte hätten sich bisher nicht an der Revolution beteiligt und könnten deshalb auch nicht als deren Organe in Betracht kommen.<sup>175</sup> In Hagen sprach sich der Arbeiter- und Soldatenrat zwar prinzipiell für eine Verständigung mit dem Bürgertum aus, lehnte eine Beteiligung aber einstweilen ebenfalls ab. Ähnlich reagierten die Arbeiter- und Soldatenräte in Kassel, Nürnberg, Fürth, Augsburg und einigen kleineren bayerischen Städten.<sup>176</sup>

Mehr Erfolg hatten die Bürgerräte in Städten, in denen es kaum oder gar keine Großindustrie gab, die Arbeiterschaft relativ schwach und zudem kleinbürgerlich geprägt war und im Arbeiter- und Soldatenrat die gemäßigten Kräfte den Ausschlag gaben; auch wo es im Bürgertum eine lebendige liberale Tradition gab und daher seine Beziehungen zur Arbeiterschaft weniger belastet waren als in den Zentren der Großindustrie. So wurde in



Baden den Bürgerräten durchweg eine Beteiligung an den revolutionären Räten eingeräumt, wenn sie darum ersuchten.<sup>177</sup> In Freiburg, wo der Bürgerrat »lediglich eine wirtschaftliche und soziale Vertretung der bürgerlichen Kreise, nicht aber eine Organisation der nichtsozialistischen politischen Gruppen oder gar reaktionärer Bestrebungen, auch keine Konkurrenz der bestehenden Räte der Arbeiter und Soldaten« sein wollte,<sup>178</sup> lud der Arbeiter- und Soldatenrat ihn zu jeder Besprechung über wirtschaftliche Fragen ein; auf dieser Basis ergab sich eine reibungslose Zusammenarbeit, die unter anderem bei der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten sichtbare Erfolge zeitigte.<sup>179</sup> Auch in vielen kleineren Orten Bayerns und Mitteldeutschlands erreichten die Bürgerräte eine Beteiligung an den Arbeiter- und Soldatenräten, ebenfalls in Lübeck und sogar in einer Industriestadt wie Danzig, hier möglicherweise aufgrund der Furcht vor einem Übergang unter polnische Herrschaft.<sup>180</sup> An manchen Orten, in denen eine förmliche Beteiligung unterblieb, kam es gleichwohl zur praktischen Zusammenarbeit zwischen Bürgerräten und Revolutionsorganen wie etwa in Hervest und Greiz.<sup>181</sup>

Eigenartig lagen die Verhältnisse in München. Hier entstand neben den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten schon Mitte November 1918 mit dem Provisorischen Nationalrat ein Zwitter aus Räteparlament und vorläufiger Landesversammlung. Er bestand zunächst im wesentlichen aus Delegierten der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, der sozialdemokratischen Fraktion des alten Landtages, Vertretern des Bayerischen Bauernbundes und einzelnen Liberalen. Eisner schwebte indessen eine »produktive Demokratie« vor, eine Kombination von Räten und Parlament mit dem Ziel einer allmählichen Ablösung des Parlamentarismus durch die Räte Demokratie. Ihre Grundlage sollte der »Anteil der Arbeit jeden Berufs an der Gesamtheit« bilden. Räte waren daher nicht nur für Arbeiter und Bauern vorgesehen, sondern auch für alle übrigen Berufsgruppen. Auf diese Weise fand der sonst meist konservative Gedanke berufsständischer Vertretungen Eingang in Eisners Konzeption<sup>182</sup> und der Anspruch bürgerlicher Berufsgruppen auf Beteiligung unerwartet großes Entgegenkommen. Einer ganzen Anzahl von ihnen wurde eine Vertretung im Provisorischen Nationalrat zugebilligt, sogar dem Bayerischen Bürgerblock, vertreten durch seinen Vorsitzenden Meyer-Absberg,<sup>183</sup> und dem Arbeitsausschuß der Offiziere. Auch in den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat München wurden Bürgerratsvertreter aufgenommen.<sup>184</sup>

In Teilen des Bürgertums fand Eisners Übernahme des berufsständischen Gedankens positive Resonanz, besonders unter Intellektuellen und Künstlern, aber auch unter den Beamten, und regte hier und da die Bereitschaft zur Mitarbeit in dem neuen und noch durchaus unfertigen Staatswesen an.<sup>185</sup> Widerspruch meldete sich unter überzeugten Liberalen. Nament-

lich der altgediente Parlamentarier Ernst Müller-Meiningen, der spätere bayerische Justizminister, hielt jedes »Kokettieren mit dem Rätegedanken« für eine Versündigung an den Grundprinzipien von Liberalismus und Demokratie und die bürgerliche Beteiligung am »Rätetheater« für den »verhängnisvollsten Fehler... der ganzen Revolutionszeit«, weil die »völlig machtlose, kleine, rein dekorative bürgerliche Opposition« den »Verfassungsbruch«, als den er die ganze Revolution betrachtete, und das »vorläufige Zwangsregiment« des Nationalrats zu legitimieren geeignet wären.<sup>186</sup> Meyer-Absberg scheint die Sache pragmatischer gesehen zu haben. Er stellte Anfang Januar 1919 fest, im Nationalrat sei das bürgerliche Element »in ganz ungleich stärkerem Maße vertreten, als das in den Arbeiterräten jemals möglich gewesen wäre«, und generell in Bayern »nicht ganz so rechtlos, wie es anfangs zu befürchten war.«<sup>187</sup> Sein Antrag, noch je zwei Vertreter von Handel und Industrie zum Nationalrat zuzulassen, wurde allerdings abgelehnt.<sup>188</sup> Als er jedoch Anfang Januar 1919, knapp drei Wochen vor der Wahl der Nationalversammlung, die Regierung um Maßnahmen zur »Sicherung der Freiheit der Wahlbewegung, zum Schutze des Wahlaktes selbst und des Wahlrechts, endlich zum Schutze der Volksvertretung und ihrer Beratungen gegen jede Art von Vergewaltigung«<sup>189</sup> ersuchte und die Bereitschaft erkennen ließ, »in praktischen Fragen die Gegensätze zu überbrücken, wo es möglich ist«, konnte er ungestört reden, niemand griff ihn an. Das hinderte ihn freilich nicht, an anderer Stelle das politische System unter Eisner als »Diktatur des Proletariats« zu verurteilen, »der natürlich... das Bürgertum mit schärfstem Protest gegenüberstehen muß.«<sup>190</sup>

Ein Beitrag der Bürgerräte zur Lösung der drängendsten Alltagsprobleme der Revolutionswochen war allem Anschein nach selten, freilich auch kaum nötig, da die Verwaltungsbehörden in der Regel ungestört weiterarbeiteten. Auffällig häufig beteiligten sie sich dagegen an Versuchen zur Aufstellung von Bürgerwehren oder anderen bewaffneten Einheiten unter bürgerlicher Führung. Die Anfänge hierfür reichen bis in die letzten Tage der Monarchie zurück. Damals war versucht worden, den drohenden Umsturz mit der schleunigen Aufstellung von Bürgerwehren noch zu verhindern. Die preußische Regierung hatte sie den Ober- und Regierungspräsidenten ausdrücklich empfohlen und ihnen hierfür »völlig freie Hand« gelassen,<sup>191</sup> jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Nach dem Sieg der Revolution kam eine Bewaffnung des Bürgertums in konterrevolutionärer Absicht zunächst kaum in Frage, höchstens eine Aufstellung bewaffneter Sicherheitskräfte – entweder rein bürgerlich oder aus Bürgerlichen und Arbeitern zusammengesetzt und unter Kontrolle der Revolutionsorgane stehend – zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Gemeinsame Sicherheitskräfte entstanden am ehesten dort, wo die Bürgerräte an den Arbeiter-

und Soldatenräten beteiligt waren, zum Beispiel in Baden. So wurde in Lörrach einem Mitglied des bürgerlichen Volksrates die Leitung der städtischen Volkswehr übertragen, ohne daß dies zu Übergriffen geführt hätte.<sup>192</sup> Rein bürgerliche Sicherheitskräfte lassen sich in manchen ländlichen Gebieten nachweisen, wo keine Arbeiter- und Soldatenräte gebildet worden waren, wie in Ettenheim und seinen Nachbargemeinden, gleichfalls im hessischen Grünberg bei Gießen. Daß die Ettenheimer Bürgerwehr nicht weniger als 1890 Gewehre und 88 Maschinengewehre anforderte,<sup>193</sup> gibt allerdings zu der Vermutung Anlaß, daß sie sich auch für einen Kampf gegen die Revolutionäre rüstete, falls er denn nötig werden sollte. Gleiche Motive lassen sich für die Bewaffnung der Landbevölkerung annehmen, die wenige Wochen nach dem Umsturz in manchen bayerischen Gemeinden in Angriff genommen und in Preußen für »weiter gesteckte Ziele als... den Schutz gegen den Bolschewismus« gefordert wurde.<sup>194</sup>

In Industriegebieten beteiligten sich manche Bürgerräte an Versuchen, mit Billigung der Arbeiter- und Soldatenräte rein bürgerliche Einheiten aufzustellen.<sup>195</sup> Im Ruhrgebiet bemühte sich der Bürgerrat Bövinghausen bei Dortmund um die Belieferung mit Waffen und Munition,<sup>196</sup> allerdings erfolglos. Der Bürgerrat Hervest gründete im Dezember 1918 eine Bürgerwehr, »im teilweisen Einvernehmen mit dem Arbeiterrat«. <sup>197</sup> Aber die Arbeiterschaft, bei der sich der Bürgerratsvorsitzende, ein Fabrikant, »von vornherein wenig Beliebtheit... erfreute«, erblickte hierin »Bestrebungen der Reaktion«. Infolgedessen wurde die Bürgerwehr im Januar 1919 unter Mitwirkung von Gemeindebehörden, Zechenverwaltungen und dem mehrheitssozialistischen Arbeiterrat in eine zwanzigköpfige Arbeiter- und Bürgerwehr umgebildet und um Reservisten ergänzt. Nachdem sich aber zahlreiche Zechenbeamte sonntags ostentativ bewaffnet auf der Straße gezeigt hatten, wurde sie entwaffnet und aufgelöst. Der Arbeiterrat, »der durch das Paktieren mit dem Bürgerrat das Mißfallen und Mißtrauen bei dem größeren Teil der Arbeiterschaft erregt hatte«, wurde durch einen paritätisch aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzten neuen Arbeiterrat ersetzt, der schon aufgelöste Soldatenrat wieder zum Leben erweckt; eine neue Sicherheitswehr entstand, je zur Hälfte aus Mitgliedern der SPD und der KPD.

In einigen Großstädten waren die Bürgerräte anscheinend auch an Versuchen beteiligt, bewaffnete Kräfte hinter dem Rücken der Arbeiter- und Soldatenräte aufzustellen, mit kaum anderen als konterrevolutionären Zielen. So war der Bürgerrat München mit hoher Wahrscheinlichkeit in die Vorbereitungen einer Bürgerwehr verwickelt, die Ende Dezember 1918 in Kreisen der äußersten Rechten und gegenrevolutionärer Offiziere mit dem Ziel eines Staatsstreiches betrieben wurde. Diese sogenannte Buttman-Verschwörung wurde jedoch vorzeitig bekannt und endete in einem

Fiasko.<sup>198</sup> Auch in Berlin hatte wahrscheinlich der Bürgerrat seine Hand im Spiel, als im Dezember 1918 in den überwiegend bürgerlichen Stadtvierteln und Vororten kleine Gruppen von Bewaffneten aufgestellt wurden, angeblich zum Schutz von Banken und anderen Gebäuden vor Raub und Plünderung.<sup>199</sup> In Leipzig sammelte sich gleichzeitig aus zurückgekehrten Frontsoldaten und Garnisonsoffizieren eine »Weiße Garde«, die einstweilen im Verborgenen operierte; daß sie mit dem Bürgerausschuß in Verbindung stand und von ihm unterstützt wurde, ist möglich, aber nicht sicher.<sup>200</sup>

Andere Bürgerräte verlegten sich auf Sympathiewerbung unter den heimkehrenden Truppen. In Lübeck und Eutin organisierte der Rat der vereinigten Berufe zusammen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat ihren Empfang und setzte es durch, daß hierbei neben roten Fahnen auch diejenigen des alten Reiches gezeigt wurden. Der Bürgerrat Gießen schenkte jedem zurückkehrenden Soldaten zehn Zigaretten und richtete eine Auskunftsstelle für entlassene Kriegsteilnehmer ein, die häufig benutzt wurde; ähnliches unternahm der Groß-Berliner Bürgerrat.<sup>201</sup> Dergleichen mußte nicht mit konterrevolutionären Hintergedanken geschehen. Der Empfang der Heimkehrer bedeutete eine politische und menschliche Selbstverständlichkeit; in Berlin nahmen daher die Volksbeauftragten mit Ebert an der Spitze daran teil. Ebenso stellten Beratung über Arbeits- und Unterstützungsmöglichkeiten und Hilfe bei Alltagsproblemen objektiv notwendige Maßnahmen dar. Gerade deren politische Unverdächtigkeit aber scheinen sich manche Bürgerräte zunutze gemacht zu haben, um die Heimkehrer für ihre Ziele zu gewinnen. Denn diese konnten oft schon aufgrund ihrer Zahl Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiter- und Soldatenräte durchsetzen; außerdem waren sie bewaffnet und daher in der Lage, in die Machtverhältnisse der Städte, in die sie kamen, gewaltsam einzugreifen.<sup>202</sup> Im schwäbischen Weingarten etwa tat sich der Bürgerausschuß »hinter dem Rücken der Arbeiter- und Soldatenräte« mit Offizieren zusammen und versuchte, entgegen einer vorherigen Absprache den Arbeiter- und Soldatenrat von der Begrüßung der Heimkehrer fernzuhalten. Als dieser trotzdem erschien, verbot der Bürgermeister seinem Sprecher das Reden und wollte ihn durch einen Schutzmann hinauswerfen lassen. Dennoch gelang es dem Arbeiter- und Soldatenrat, sich Gehör zu verschaffen und den Soldaten seine Sicht der revolutionären Ereignisse darzulegen; daraufhin stellte sich die Mehrheit auf seine Seite, und fast wäre der Bürgermeister hinausgeworfen worden. Bei einer zweiten Versammlung verbot der Regimentskommandeur, nachdem er selbst gesprochen hatte, auf Betreiben des Bürgermeisters weitere Reden. Diesmal ließen die von den Offizieren vorher »aufgeklärten« Soldaten den Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats nicht zu Wort kommen und warfen einige Mitglieder des örtlichen Soldatenrates hinaus. Ähnliche Vorfälle und »kleine Putschversuche seitens der

Offiziere und der Bürgerschaft« waren nach einem Bericht des Weingarter Soldatenrats im Dezember 1918 im schwäbischen Oberland durchaus keine Seltenheit.<sup>203</sup> In Augsburg hieß es in einer Mittelstandsversammlung der DVP zur gleichen Zeit bereits: »Das Bürgertum habe dem frechen, unverantwortlichen Treiben in Berlin und München lange genug zugeschaut; jetzt wolle es wieder Ruhe und Ordnung haben und nötigenfalls mit der Waffe in der Faust diesen Willen vertreten«.<sup>204</sup>

Ähnliche Absichten leiteten auch den Bremer Bürgerausschuß, als er sich der heimkehrenden Soldaten annahm. Die ersten Einheiten begrüßte er an der Weserbrücke, setzte sich an ihre Spitze und geleitete sie in die Stadt. Um ihnen den »Dank der Vaterstadt« auszusprechen, arrangierte er zwei Tage später eine Theateraufführung und ließ die Heimkehrer von jungen Mädchen bewirten und mit kleinen Geschenken erfreuen, was seinem eigenen Bericht zufolge »großen Eindruck« hinterließ,<sup>205</sup> wahrscheinlich nicht nur einen karitativen. Auch als der Bürgerausschuß in der zweiten Dezemberhälfte auf die schleunige Rückkehr des in Bremen beheimateten Infanterieregiments drängte, bewegte ihn nicht allein der sentimentale Wunsch, daß das Regiment »das Weihnachtsfest in der Vaterstadt erleben konnte«,<sup>206</sup> schon gar nicht, als er sich dafür einsetzte, daß es seine Waffen behalten sollte. Nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat am 23. Dezember 1918 die Bewaffnung der Bremer Arbeiterschaft beschlossen hatte, plante der Bürgerausschuß vielmehr, zusammen mit bereits zurückgekehrten Offizieren bei dieser Gelegenheit durch einen »putschartigen Versuch... gesicherte Verhältnisse in der Hansestadt wiederherzustellen«<sup>207</sup> – mit Wissen und Billigung der Obersten Heeresleitung, die er zuvor heimlich in Kassel aufgesucht hatte. Seine Enttäuschung, als sich die Heimkehr des Regiments bis Jahresende verzögerte, war daher verständlich, ebenso seine »Erbitterung«, als es ihm zwar wiederum gelang, die Soldaten bei ihrer Ankunft zu begrüßen und in die Stadt zu geleiten, er es aber nicht zu verhindern vermochte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat sie zur Abgabe ihrer Waffen zwang.<sup>208</sup>

Insgesamt aber blieben die Bestrebungen der Bürgerräte zur Bewaffnung des Bürgertums in den Revolutionswochen so unbedeutend oder so unauffällig, daß sich die Arbeiter- und Soldatenräte von ihnen kaum bedroht fühlten. Zu Gegenmaßnahmen oder gar Übergriffen gegen Bürgerräte kam es infolgedessen nur selten.<sup>209</sup> Ernsthaft behindert wurden ihre Existenz und Tätigkeit offenbar nirgends; in der Regel scheinen die Bürgerräte ebenso unbehelligt geblieben zu sein wie die bürgerlichen Parteien und sonstigen politischen Organisationen.

## *Die Gründung des Reichsbürgerrats Anfang Januar 1919*

Als sich am 5. Januar 1919 Abgesandte von rund 300 Bürgerräten in Berlin trafen, um sich zu einer Dachorganisation zusammenzuschließen, wurden sie ebenfalls nicht gestört.<sup>210</sup> Sonderlich eindrucksvoll geriet ihre Zusammenkunft allerdings nicht, trotz ihres ehrwürdigen Ortes, zunächst in der Aula der Universität, musikalisch umrahmt – bezeichnend genug – von der Kapelle des Garderegiments, dann im Preußischen Abgeordnetenhaus, dem Sitz des Zentralrats, vielleicht um ihren Anspruch zu demonstrieren, ein Pendant gegen das oberste politische Organ der Revolution zu bilden. Nicht nur mußte eine Weile wegen Straßenkämpfen in der Nähe mit einem vorzeitigen Abbruch gerechnet werden, auch politische Prominenz zeigte sich nur spärlich. Von den Volksbeauftragten waren Ebert und Wissell eingeladen worden, aber sie erschienen nicht.<sup>211</sup> Als einziger Politiker von Rang trat Friedrich Naumann auf, verabschiedete sich aber schon nach einer kurzen Rede.<sup>212</sup> Dem einen oder anderen mochten noch Curt Köhler bekannt sein, der Direktor des Hansabundes, und vielleicht Ulrich Kahrstedt, damals Privatdozent für Alte Geschichte an der Universität Berlin und wenig später Sekretär der DNVP-Fraktion in der Nationalversammlung.<sup>213</sup> Bei den meisten Teilnehmern handelte es sich um unbekannte Honoratioren aus der Provinz, die sich untereinander vermutlich zuvor noch nicht begegnet waren. Den Vorsitz führte ein Vorstandsmitglied des Bürgerrates Groß-Berlin, ein Pfarrer von der Nicolaikirche namens Wessel; er hatte es in den Revolutionswochen immerhin in kirchlichen Kreisen der Reichshauptstadt zu – freilich zweifelhafter – Bekanntheit gebracht.<sup>214</sup>

Vor allem aber tat sich die Versammlung schwer, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Schnell einig war man sich nur in der Ablehnung »einsseitiger Klassenherrschaft«, im Willen, sich politisch nicht ausschalten zu lassen, und im Vertrauen auf die »aufbauenden und schaffenden Kräfte« des Bürgertums, auf individuelle Initiative und den »Tatwillen der unverzagten Selbsthilfe«.<sup>215</sup> Schon im Vokabular der Redner fielen unterschiedliche Klänge auf. Naumann beschwor die »staatsbürgerliche Gemeinsamkeit«, deren Geist er auch in den Arbeiter- und Soldatenräten wahrnahm, und sprach von einer Zukunft, »gerecht gegen das Volk im Ganzen«.<sup>216</sup> Wessel bekannte sich zwar auch dazu, man müsse »all den Hader, all die gehässigen Fehden vergangener Zeiten zurückstellen«, attackierte jedoch alsbald die »Gewaltsamkeit und Machtlust einer Minderheit, die befangen ist in dem wahnwitzigen Ideologentum undeutscher, russischer, uns so wesensfremder Menschen«, und beschwor eine mythische Vergangenheit – »Zeiten deutscher Jahrtausendferne«, erfüllt von »germanischer Sehnsucht, die Baldur entgegenjauchzt, dem siegenden Gotte des Lichts«.<sup>217</sup>

Inhaltliche Meinungsunterschiede zeigten sich bei der Einschätzung der Novemberrevolution. Während sie für die einen »die Niederlage einer ganzen Epoche bürgerlichen Aufstiegs« bedeutete,<sup>218</sup> »tief in unseren eigenen Verhältnissen« angelegt,<sup>219</sup> aber auch einen Neubeginn, war sie für andere »mehr oder weniger eine sinnlose Kopie der russischen Vorgänge«. <sup>220</sup> Erst recht bei der Frage, was denn nun konkret geschehen und wie man sich in den aktuellen politischen Fragen verhalten sollte, kamen dieselben Differenzen zum Vorschein, die auch sonst damals im Bürgertum herrschten. Ob man mit den Arbeiter- und Soldatenräten kooperieren sollte oder nicht, wurde je nach örtlichen Gegebenheiten und Erfahrungen bejaht oder verneint,<sup>221</sup> ebenso die Frage, ob man die SPD grundsätzlich bekämpfen oder sich darauf einstellen sollte, daß sie nach der Wahl der Nationalversammlung eine Zusammenarbeit mit dem linken Flügel des Bürgertums suchen und benötigen würde,<sup>222</sup> gleichfalls das Für und Wider einer Listenverbindung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie.<sup>223</sup>

Diese Differenzen in Verbindung mit dem Mangel an organisatorischer Infrastruktur lösten wiederholt ein ebenso langwieriges wie abstoßendes Geschäftsordnungsgerangel aus.<sup>224</sup> Schließlich wurde eine Resolution verabschiedet, die »einseitige parteipolitische Vergewaltigung und gesetzlose Klassenherrschaft« ablehnte, die »schleunigste Schaffung und Sicherung gesetzmäßiger Verhältnisse« forderte und die »Erhaltung eines arbeitsfreudigen und lebenskräftigen Bürgerstandes... für unentbehrlich« erklärte. Eine weitere Entschließung empfahl »die weitestmögliche Verbindung der bürgerlichen Listen da, wo sie der Wahrung der inneren Reichseinheit und der nationalen Interessen nach außen dient«. <sup>225</sup> Nur mit einem knappen Satz gingen die Bürgerräte über diese defensive Linie hinaus und sprachen sich »für die Behebung der sozialen Nöte und die Erfüllung der aus ihr sich ergebenden heutigen und künftigen Aufgaben« aus.<sup>226</sup> Dergleichen gehörte in diesen Wochen zum verbalen Repertoire aller bürgerlichen Parteien und Organisationen; was es konkret bedeuten sollte, blieb offen; nur daß nicht die Sozialisierung gemeint war, schien einigermaßen klar.<sup>227</sup> Eine positive Programmatik außer der Wiedergewinnung politischer Partizipationsmöglichkeiten, die um diese Zeit indessen bereits als sicher gelten konnte, war nicht einmal ansatzweise erkennbar.

Einig war man sich nur noch darüber, daß die Bürgerräte weiterbestehen sollten, auch wenn die Arbeiter- und Soldatenräte in absehbarer Zeit wieder verschwinden würden.<sup>228</sup> Daueraufgaben wurden besonders in der Kommunalpolitik gesehen.<sup>229</sup> Unstrittig war ferner die Zusammenfassung der Bürgerräte in einem Reichsbürgerrat, um ihnen »eine Stoßkraft [zu] gewähren und ihnen in einzelnen Fällen eine Resonanz [zu] geben, die sie als alleinstehende Organisation niemals erreichen können«. <sup>230</sup> Die Versammlung konstituierte sich deshalb als Reichsbürgerrat und wählte eine

fünfzehnköpfige Kommission mit Mitgliedern aus allen Gebieten des Reiches; sie sollte eine Satzung und ein Programm entwerfen und im Februar 1919 einen zweiten Reichsbürgertag einberufen. Zum Vorsitzenden hätten die Berliner Bürgerräte wohl am liebsten Jacob Rießer gemacht. Aber die Mehrheit wollte nicht den Eindruck erwecken, beim Reichsbürgerrat handele es sich um eine »Hansabundversammlung«; außerdem gab es Vorbehalte gegen den Führungsanspruch Berlins.<sup>231</sup> Vielleicht störte manchen auch Rießers Kandidatur für die DVP; überdies hatte er sich während der Tagung nicht einmal blicken lassen. Also wurde Pfarrer Wessel auf den Schild gehoben; er hatte sich mit seiner insgesamt geschickten Versammlungsleitung empfohlen. Zu seinen Stellvertretern wurden die Vorsitzenden der Bürgerräte München und Danzig, Meyer-Absberg und Jewelowski, gewählt.<sup>232</sup>

Zunächst jedoch führte der Reichsbürgerrat ein Schattendasein. Ein Verwaltungsapparat fehlte ihm ebenso wie ein Organisationsnetz, auch seine Finanzierung hing noch in der Luft; einstweilen wurde sie vermutlich vom Berliner Bürgerrat übernommen. Politische Erfolge konnte er dann auch nicht so bald vermelden. Sein Versuch, vom Zentralrat die Bestätigung zu erwirken, daß die Bürgerräte im Sinne der Regierung »zu arbeiten bestrebt sind und zu ihrer Sicherung und Stärkung sowie zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung viele wertvolle Dienste geleistet haben«,<sup>233</sup> scheiterte, weil der Zentralrat ein »Abtreten der Revolutionserregenschaften« an das Bürgertum befürchtete.<sup>234</sup> Auch im Vorfeld der Wahlen für die Nationalversammlung scheint er keine große Rolle gespielt zu haben. Solange die Parteien nach dem Umsturz nahezu handlungsunfähig waren, mögen die Bürgerräte sie an vielen Orten als politische Interessenvertretung des Bürgertums mehr oder weniger ersetzt haben. Vielleicht wirkten manche Bürgerräte auch bei der Neu- und Umformierung der Parteien auf unterer Ebene mit. Jedenfalls fand die im November und Dezember 1918 häufig erhobene Forderung nach einer bürgerlichen Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie unter ihnen positive Resonanz.<sup>235</sup> Auf zentraler Ebene jedoch vollzog sich der Umbau der Parteien im wesentlichen innerhalb und zwischen den weithin intakt gebliebenen Apparaten und Strukturen der alten Parteiorganisationen.<sup>236</sup> Möglicherweise wurde die Aktion des Hansabundes hier als Versuch empfunden, sich an die Spitze einer parteipolitischen Einigungsbewegung des Bürgertums zu setzen, also als Konkurrenzunternehmen. Nur einige Bürgerratsmitglieder haben als Einzelpersonen bei der Neuorganisation eine gewisse Rolle gespielt oder zu spielen versucht; ihre Funktion in den Bürgerräten scheint hierbei jedoch kein sonderliches Gewicht gehabt zu haben.<sup>237</sup>

Auf die Kandidatenaufstellung der bürgerlichen Parteien und ihr Verhalten zueinander übte der Reichsbürgerrat ebenfalls keinen erkennbaren Ein-



fluß aus – anders als manche örtlichen Bürgerräte.<sup>238</sup> Auch aus der Zeit nach der Wahl gibt es zunächst keine Spuren einer irgendwie bedeutsamen Kooperation zwischen den bürgerlichen Parteien und dem Reichsbürgerrat, nur gelegentliche allgemeine freundliche Bemerkungen. Einstweilen hatten die Parteien genug mit sich selbst zu tun – mit dem Ausbau ihrer Organisationen und der Integration neuer Mitglieder, von den Ortsverbänden bis in die Fraktionen – und mit den drängendsten Fragen, die in der Nationalversammlung anstanden. Außerdem waren die Vorstandsmitglieder des Reichsbürgerrats in der Reichspolitik völlige Neulinge, ohne Verbindungen zu einflußreichen Parteifunktionären und Reichsämtern; und selbst zu bieten hatten sie einstweilen kaum etwas. Möglicherweise hätte es hinsichtlich der DDP etwas anders aussehen können; denn auffällig viele Bürgerratsmitglieder der ersten Stunde gehörten ihr an: Köhler, Bernhard, auch Friedrich Naumann, wenn man ihn den Bürgerräten zurechnen kann, auf lokaler Ebene die Vorsitzenden der Bürgerräte München, Leipzig und Elberfeld. Erkennbar wurden die Bürgerräte aber auch von der DDP nicht unterstützt.

Ob es dem Reichsbürgerrat gelang, zu den großen Wirtschaftsverbänden rasch Verbindungen zu knüpfen und ihre Unterstützung zu gewinnen, ist zweifelhaft. Die Schwerindustrie hatte sich von der Bürgerratsbewegung anfänglich wenig angetan gezeigt. Auch daß mit Wessel ein namenloser Gottesmann die Leitung auf Reichsebene übernahm, hat sie vermutlich nicht aus ihrer Reserve gelockt, obwohl der Hansabund seine Rolle schon mit der Gründung des Bürgerrats von Groß-Berlin offiziell als erledigt ansah und seitdem größere Zurückhaltung zeigte;<sup>239</sup> allerdings blieben hier anscheinend enge Beziehungen bestehen. Der Schwerpunkt der Bürgerratsaktivitäten lag aus diesen Gründen einstweilen weiterhin auf der lokalen Ebene.

2.

## Rätebildungen in einzelnen Wirtschafts- und Berufsgruppen und die Weiterentwicklung der Interessenverbände

Aufgerufen zur Bildung von Räten wurde in den Revolutionswochen auch in einzelnen bürgerlichen Berufsgruppen – unter Ärzten und Apothekern, Beamten, Lehrern, Handwerkern, sogar in Industrie und Landwirtschaft. Gemeint waren in der Regel örtliche Zusammenschlüsse auf beruflicher Basis zur Vertretung der jeweiligen Gruppeninteressen gegenüber den neuen Machthabern, womöglich auch zur Teilhabe an örtlichen politischen Entscheidungsgremien. Ähnlich wie bei den Bürgerräten erklärt sich die Verwendung des Terminus Räte als semantische Anpassung an die Bezeichnung der Machtorgane der Revolution, in einigen Fällen vielleicht auch der innerbetrieblichen Interessenvertretungen der Arbeiterschaft, die bald nach dem Umsturz als Betriebsräte auf den Plan traten. Die Lautstärke solcher Aufrufe fiel in den verschiedenen Gruppen unterschiedlich aus, ebenfalls ihre Resonanz, auch die Formen, die diese Räte annahmen, und schließlich ihre Ziele. Meist allerdings handelte es sich um örtliche Zusammenschlüsse schon bestehender Interessenorganisationen, also sozusagen um spezifizierte Versionen von Bürgerräten.

Der Bildung beruflicher Räteorganisationen ging ein allgemeiner Organisationsschub parallel, nicht selten auch damit Hand in Hand, in allen Berufsgruppen und auf allen Ebenen. Allenthalben setzte während der Revolutionswochen im Bürgertum eine fieberhafte Organisationstätigkeit ein. Bisher kaum oder gar nicht organisierte Gruppen schlossen sich zusammen, auf örtlicher Ebene zuerst, schon bestehende Organisationen vereinigten sich, ebenfalls besonders häufig zunächst in lokalem Rahmen, bald aber auch auf regionaler Ebene und nicht selten unverzüglich auch auf Reichsebene – immer mit dem Ziel, ihre Interessen möglichst geschlossen

und schlagkräftig zu vertreten. Auch hierbei handelte es sich um eine notwendige organisatorische Anpassung an die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen, die schon die Verfassungsreformen vom Oktober 1918 gebracht hatten. Bereits seitdem waren die wirkliche oder vermeintliche Protektion des Bürgertums durch die Krone hinfällig, seine Unterstützung und Förderung durch Gesinnungsfreunde in der Bürokratie fragwürdig und sozialdemokratische Mehrheiten im Reich wie in Preußen und anderen Bundesstaaten wahrscheinlich geworden. Auch wenn es mit diesen Reformen sein Bewenden gehabt und die Revolution gar nicht stattgefunden hätte, wären die verschiedenen Gruppen des Bürgertums genötigt gewesen, ihre organisierte Interessenvertretung den neuen Gegebenheiten entsprechend weiterzuentwickeln.

Das Ende der Monarchie und das Auftreten der Arbeiter- und Soldatenräte trieben die politischen Veränderungen noch einige Schritte weiter und verliehen dem organisatorischen Anpassungsprozeß zusätzliche Impulse. Auffällig häufig wurden seither die Arbeitergewerkschaften als Vorbild hierfür angeführt. »Die bürgerlichen Fachverbände«, hieß es etwa in einem Anfang 1919 veröffentlichten »Programm für die bürgerliche Gegenrevolution«, »haben jetzt die Rolle der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu übernehmen.«<sup>1</sup> Gleichwohl bedeutete der Organisationsschub keine völlige Neuorientierung und nur in Einzelfällen einen Neuanfang. Daß das Vorbild der Gewerkschaften so oft beschworen wurde, mochte wie die Übernahme des Rätebegriffs taktische Gründe haben, vor allem die Erwartung, die bürgerlichen Berufsorganisationen würden so am ehesten von den neuen Machthabern anerkannt. Es ist jedoch auch sozialpsychologisch zu verstehen: vielleicht als Symptom der Angst des Bürgertums vor einer Übermacht der scheinbar unaufhaltsam anwachsenden und in Massenorganisationen zusammengefaßten Arbeiterschaft und der nachgerade traumatischen Erfahrung, tatsächlich von ihr überrollt worden zu sein; sicher als Indiz für heimliche, mitunter sogar offene Bewunderung für die Organisationsleistungen der Arbeiterschaft und erst recht für einen aufkeimenden Willen zu kollektiver Selbstbehauptung und womöglich Gegenwehr. Letzterer wird bestätigt durch den in gleichem Zusammenhang oft auftauchenden Appell zur politischen Betätigung. Auch er war nicht grundsätzlich neu. Aber im Kaiserreich hatten sich große Teile des Bürgertums sowohl für die Berücksichtigung ihrer jeweiligen Gruppeninteressen als auch für die Zurückdrängung der Arbeiterorganisationen und deren Mitspracheansprüche noch zu einem wesentlichen Teil auf den Staat und seine Institutionen verlassen, sich persönlich jedoch nur wenig oder gar nicht engagiert; mit der Mitgliedschaft in Interessenverbänden hatte es oft sein Bewenden gehabt. Und auch diese hatten in der Regel bei ihrer Agitation bestimmte Grenzen eingehalten, die sich aus grundsätzlicher Loyalität gegenüber der

Staatsordnung und ihren Repräsentanten ergaben. Jetzt, nachdem die politische Macht der Arbeiterschaft in die Hand gefallen war, sahen sie sich plötzlich auf sich allein gestellt, und jene Loyalität zerbrach. Die Sozialdemokraten, bisher als »vaterlandslose Gesellen« und Feinde der bürgerlichen Ordnung betrachtet oder verdächtigt, mochten zwar unter den gegebenen Umständen von allen möglichen politischen Übeln das relativ kleinste darstellen – ein Übel blieben sie in vielen bürgerlichen Augen allemal und hatten an den Schalthebeln der Macht nichts zu suchen. Der Rekurs auf die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen läßt sich daher auch als Ausdruck für tiefgreifende Veränderungen kollektiven Bewußtseins und kollektiver Verhaltensweisen im Bürgertum verstehen, und zwar für eine allgemeine Politisierung und für den Willen, sich bei der Verfolgung der eigenen politischen Interessen der gleichen Instrumente von Massenorganisation und Massenaktion zu bedienen, die bisher in bürgerlicher Wahrnehmung als charakteristisch für die Arbeiterschaft erschienen und deshalb von vielen innerlich abgelehnt worden waren, und dabei die gleiche Radikalität gegenüber den neuen Obrigkeiten zu entwickeln, die die Angriffe der sozialistischen Arbeiterorganisationen oft gegenüber den alten gezeigt hatten. Das Bürgertum sprang sozusagen über seinen Schatten.

Auch die Organisationsentwicklung nahm unterschiedliche Formen an, abhängig davon, wieweit sie zuvor bereits gekommen war und ob die Revolution in besonderem Maße als Bedrohung empfunden oder von ihr besonderes Entgegenkommen erwartet wurde. Welche politischen Absichten damit verfolgt wurden, war einstweilen offen. Sie konnten an bisherigen Orientierungen festhalten, also reaktionär, nämlich grundsätzlich demokratiefeindlich sein. Aber zwingend war das keineswegs. Der Wille zur möglichst geschlossenen und entsprechend kraftvollen Organisierung der je eigenen Interessen vertrug sich auch mit grundsätzlicher Bejahung der Demokratie als Form politischer Auseinandersetzung. Die Arbeitergewerkschaften selbst bewiesen es am besten. Bürgerliche Organisationen, die sich auf ihr Vorbild beriefen, mochten das gleiche für sich in Anspruch nehmen. Ob zu Recht oder Unrecht, entschied erst ihr konkretes Verhalten. Der Aufbau gewerkschaftsähnlicher bürgerlicher Berufs- und anderer Interessenorganisationen bedeutete also nicht unbedingt prinzipielle Demokratiefeindschaft; sogar das Gegenteil war nicht ausgeschlossen.

Auch das Verhältnis von Rätebildung und Verbandsentwicklung fiel unterschiedlich aus. In einigen Bereichen dominierte die erste, in anderen die zweite Form, in wieder anderen fanden sich beide nebeneinander, oft miteinander verbunden, so daß Räte und örtliche Zusammenschlüsse von Organisationen nahezu oder völlig identisch waren; in Einzelfällen kam es zu Konflikten. Wegen des Zusammenhangs zwischen Rätebildung und Verbandsentwicklung ist es sinnvoll, beide zusammenhängend zu behandeln.

## Industrie

In der Industrie dominierte die Weiterentwicklung bereits bestehender Organisationen. Sie setzte hier besonders schnell ein; auch wirkte hier das Vorbild der Gewerkschaften am direktesten. Den Anstoß lieferte das Arbeitsgemeinschaftsabkommen zwischen den großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vom 15. November 1918; denn es sah gleiche Gemeinschaftsorganisationen für die einzelnen Industriezweige vor. Schon einen Tag vor seiner Unterzeichnung erklärte Stinnes daher: »Wenn dieses Ding morgen angenommen sein sollte, so bleibt natürlich der gesamten deutschen Industrie nichts anderes übrig, als sich zu Arbeitgeberorganisationen zusammenzufinden, denn sonst hat sie keinen Einfluß. Alle Fragen werden von den Gewerkschaften centraliter behandelt, und diejenigen Abteilungen der Industrie, die sich nicht als Arbeitgeberorganisation organisiert haben, werden ausscheiden.« Deshalb mußten sich »alle Teile im Reiche und alle Industrien so rasch wie möglich organisieren«.<sup>2</sup> Daß die Durchorganisation der Industrie auch der Festigung und Sicherung ihres politischen Einflusses dienen würde, war vermutlich nicht allein Stinnes bewußt.

Sie wurde unverzüglich in Angriff genommen. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände empfahl wenige Tage später ihren Mitgliedsverbänden »dringend«, die »nie wiederkehrende Gelegenheit zur Werbung neuer Mitglieder« auszunutzen, und bat um Anregungen, »wo und wie wir noch fachliche und örtliche Arbeitgeberverbände ins Leben rufen können«.<sup>3</sup> Anfang Dezember konnte die »Deutsche Arbeitgeberzeitung« über die Gründung neuer Arbeitgeberverbände »aus allen Teilen« berichten; »innerhalb der bestehenden Organisationen herrscht eine fast fieberhafte Tätigkeit, eine Versammlung folgt der anderen, Kundgebung reiht sich an Kundgebung«.<sup>4</sup> Binnen kurzem wurde das Netz der industriellen Interessenorganisationen dichter und zugleich zentralistischer. Auf Reichsebene verdreifachte sich nahezu die Zahl der Arbeitgeberverbände gegenüber der Vorkriegszeit.<sup>5</sup> Hier vollzog sich auch die politisch wichtigste Zentralisierung mit der Fusion von Centralverband Deutscher Industrieller, Bund der Industriellen und dem Verband zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie zum Reichsverband der Deutschen Industrie Anfang Februar 1919, der »den fest geschlossenen großen Arbeiterorganisationen etwas Gleichwertiges an die Seite stellen sollte«.<sup>6</sup> Mit annähernd 1000 Mitgliedsverbänden und untergliedert in 27 Fachgruppen vertrat er fortan 70–80 % aller deutschen Industriebetriebe.

Auch auf regionaler Ebene wurden die industriellen Interessenorganisationen schleunigst ausgebaut und zusammengefaßt. In Hamburg geschah dies bereits am 19. November 1918 mit der Gründung eines Wirtschafts-

rates.<sup>7</sup> In Bayern bildeten ebenfalls noch im November die Interessenverbände von Industrie, Handel und Gewerbe eine Dachorganisation zur Vertretung der Wirtschaft im »berufsständischen Nebenparlament«, das sie nach Eisners Ankündigungen erwarteten,<sup>8</sup> und in der bayerischen Nationalversammlung. Im Frühjahr 1919 wurden alle Arbeitgebervereinigungen Bayerns in einer »Hauptstelle« zusammengefaßt, die Spitzenorganisationen von Industrie und Arbeitgebern in einem »Landesausschuß der bayerischen Industrie«.<sup>9</sup> Ähnliche Entwicklungen vollzogen sich in anderen Regionen<sup>10</sup> sowie auf lokaler Ebene. In Bayern schlossen sich lokale Arbeitgeberorganisationen und Ortsgruppen von Unternehmerverbänden zu örtlichen Kartellen zusammen.<sup>11</sup> Der Bayerische Industriellenverband erweiterte die Entscheidungsrechte seiner Ortsgruppen, um ihnen jederzeit »sofortige energische Wahrnehmung der industriellen Interessen zu ermöglichen«.<sup>12</sup> Der Verband Sächsischer Industrieller gründete neue Ortsgruppen und örtliche Geschäftsstellen und intensivierte die Zusammenarbeit zwischen ihnen und seiner Dresdner Zentrale.<sup>13</sup> In Leipzig wurde der Zentralausschuß der örtlichen Arbeitgeberverbände zu einer »kraftvollen Vertretung« ausgebaut.<sup>14</sup> In Berlin taten sich die Handelskammer und die Korporation der Kaufmannschaft zusammen.<sup>15</sup>

Unmittelbar nach dem Umsturz empfahl das Organ der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auch die Bildung von Industrieräten, um die Interessen der Industrie gegenüber der neuen Regierung zu vertreten und bei der wirtschaftlichen Demobilisierung mitzuwirken.<sup>16</sup> Tatsächlich bildeten Verbände und Kammern auf lokaler, regionaler und zentraler Ebene alsbald Demobilmachungsausschüsse. Im übrigen aber erschienen die bestehenden Organisationen, ihr Ausbau und ihre Vernetzung zur Vertretung industrieller Interessen auch in den turbulenten Revolutionswochen offenbar als ausreichend. Industrieräte sind daher nur in wenigen Städten nachweisbar und gewannen keine größere Bedeutung,<sup>17</sup> außer in München und Hamburg. Diese Ausnahmen sind jedoch bemerkenswert genug, um kurz vorgestellt zu werden, zumal sie zwei gegensätzliche Möglichkeiten lokaler Reaktion der Unternehmer auf den Umsturz darstellen.

Eine Art Konfliktmodell bietet München. Hier konstituierte sich am 11. November 1918 in den Geschäftsräumen des Bayerischen Industriellenverbandes (BIV), des regionalen industriellen Spitzenverbandes, eine Versammlung »maßgebender Persönlichkeiten der Münchener Rüstungsindustrie« als »Industrierat«, um unverzüglich mit dem Arbeiter- und Soldatenrat Kontakt aufzunehmen und »dort die industriellen Interessen zu wahren«; »5 Herren« wurden gewählt, um diese Aufgabe wahrzunehmen. Den Bayerischen Industriellenverband selbst hiermit zu betrauen, erschien »nicht zweckmäßig«,<sup>18</sup> vermutlich wegen seiner antigewerkschaftlichen Politik in der Vorkriegszeit. Obmann des Industrierates wurde freilich nie-

mand anders als der Präsident des Industriellenverbandes, Professor Dr. Rieppel, Chef der MAN und der Bayerischen Flugzeugwerke in München.<sup>19</sup> Immerhin hatten die bayerischen Rüstungsindustriellen während des Krieges, spätestens seit dem Hilfsdienstgesetz, eine pragmatischere Linie gegenüber den Gewerkschaften einschlagen müssen und mochten sich gerade in diesen Tagen auch dadurch empfehlen, daß sie unmittelbar zuvor – parallel zu den Gesprächen in Berlin und im Ruhrgebiet über die Zentralarbeitsgemeinschaft – mit den bayerischen Gewerkschaften Kooperationsverhandlungen aufgenommen hatten.<sup>20</sup> Da sie die größten und ökonomisch mächtigsten Unternehmen leiteten, konnten sie nach den Usancen industrieller Interessenrepräsentation als Vertreter der gesamten bayerischen Industrie nach außen auftreten. Im übrigen umfaßte die Rüstungsindustrie diejenigen Unternehmen, in denen das plötzliche Kriegsende mit der Entlassung Tausender während des Krieges eingestellter Arbeitskräfte, der Wiedereinstellung der aus dem Krieg zurückkehrenden Stammebelegschaft, soweit sie noch am Leben und arbeitsfähig war, der Umstellung der Kriegs- auf Friedensproduktion und der Akquisition neuer Aufträge die größten und drängendsten sozialen und wirtschaftlichen Probleme aufwarf. Die Notwendigkeit, sich mit den neuen Machthabern über deren Lösung zu verständigen, lag auf der Hand. Eine Legitimation durch ein demokratisches Wahlverfahren hatte der Industrierat freilich nicht vorzuweisen, und ob sich die Brauereien und Agrarfabrikanten, die in der bayerischen Wirtschaft eine wesentliche Rolle spielten, sowie die mittleren und kleinen Betriebe von ihm hinlänglich vertreten fühlten, konnte bezweifelt werden.

Warum die Bezeichnung Rat gewählt wurde, wurde auch hier nicht näher begründet, wahrscheinlich, um den Anspruch der Industrie anzumelden, in einem wie auch immer beschaffenen Räte-system vertreten und beteiligt zu sein.<sup>21</sup> Im Grunde aber stellte der Industrierat nichts anderes dar als ein zeitgemäßes Aushängeschild für die überkommene Interessenorganisation. Drei seiner Mitglieder – Rieppel, Oberingenieur Wirth und Direktor Eppner, der Chef der zum Kruppkonzern gehörenden Bayerischen Geschützwerke, des größten Münchener Rüstungsbetriebs – wurden pro forma in den Vorstand des Bayerischen Industriellenverbandes gewählt; umgekehrt galten dessen sämtliche Mitglieder »ohne weiteres« als Mitglieder des Industrierates. Zwar nicht rechtlich, aber praktisch war dieser also »ein besonderes Organ« des Verbandes »zur Behandlung dringender Angelegenheiten und zur Wahrnehmung auch von Aufgaben, die nicht zum direkten Arbeitsbereich des Bayerischen Industriellenverbandes gehören«, verriet die Deutsche Arbeitgeberzeitung Anfang Dezember zur Beruhigung möglicherweise etwas irritierter Unternehmer. »Er hat also die Aufgabe, dessen organisatorische Tätigkeit in dieser bewegten Zeit zu ergänzen.«<sup>22</sup> Fast täglich fanden gemeinsame Sitzungen mit dem Bayerischen

Industriellenverband statt.<sup>23</sup> Eine eigenständige Rolle hat er allem Anschein nach nicht oder nicht lange gespielt und wohl auch gar nicht spielen wollen. Allerdings bedeutete seine Einrichtung verbandsintern eine weitere Gewichtsverschiebung zugunsten der Großindustrie, die zuvor schon dominierenden Einfluß ausgeübt hatte.

Die Tätigkeit des Industrierats unmittelbar nach dem Umsturz liegt weitgehend im dunkeln. Es gibt allerdings Anzeichen dafür, daß er versucht hat, über die bürgerlichen Mitglieder der Regierung Eisner und alte Bekannte in der Ministerialverwaltung politischen Einfluß zu nehmen.<sup>24</sup> Nach anfänglicher Zurückhaltung gegenüber den neuen Machthabern schlug er im Dezember 1918 einen Konfrontationskurs ein. Das mag daher rühren, daß seine Erwartungen auf politische Einflußmöglichkeiten sich nicht erfüllten – im Provisorischen Nationalrat Bayerns war die Industrie praktisch nicht vertreten –, aber auch daher, daß diese sich durch die Revolution in ihrer Existenz bald weit weniger bedroht fühlte als zunächst befürchtet und deshalb zu ihrem alten Selbstbewußtsein zurückfand. Außerdem wurde in der Münchener Sektion des Bayerischen Industriellenverbandes vernehmlicher Unmut darüber laut, »daß die Großindustrie im Verbande tonangebend sei und auf die Interessen der kleinen und mittleren Industrie weniger Rücksicht genommen werde«. Sogar Ansätze einer organisierten Opposition zeigten sich: Eine Gruppe von Industriellen hielt separate Besprechungen ab, die zwar »keine Spitze gegen den Industriellenverband haben sollten«, aber den Wunsch zum Ausdruck brachten, »der Verband möge seine Mitglieder über seine Tätigkeit mehr auf dem laufenden halten und ihnen auch Gelegenheit zur gegenseitigen Aussprache geben«. Vermißt wurde vor allem ein »energischer Protest gegen die schädlichen Maßnahmen der neuen Regierung«. <sup>25</sup> Seitdem traf sich der Industrierat jede Woche mit dem Vorstand der Münchener Ortsgruppe des Bayerischen Industriellenverbandes sowie Repräsentanten der kleinen und mittleren Industrien; auch allen anderen Mitgliedern des Verbandes stand die Teilnahme an diesen Treffen frei. <sup>26</sup> Als Hauptziele traten jetzt der Aufbau einer geschlossenen Front der bayerischen Unternehmerschaft und die Durchsetzung ihres politischen Partizipationsanspruchs in den Vordergrund – sowohl im derzeitigen Rätssystem als auch in der künftigen bayerischen Nationalversammlung. Vorkehrungen hierfür waren schon zuvor getroffen worden, vor allem mit dem Zusammenschluß von Bayerischem Industriellenverband, Münchener Handelsverein und den Landesverbänden des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, des Hansabundes, des Schutzvereins für Handel und Gewerbe und des Handelsschutz- und Rabattsparsvereins am 18. November 1918 zur Vereinigung der Verbände für Handel, Industrie und Gewerbe Bayerns; aus ihr ging Anfang Dezember der Bayerische Bürgerblock hervor. <sup>27</sup> Außerdem entfaltete der Ver-



band eine intensive Werbetätigkeit vor und hinter den Kulissen. Bereits am 20. November 1918 setzte er einen Ausschuß ein zur »Werbung bedeutender Mittel zur Erreichung eines politischen Einflusses und zur Unterstützung der bürgerlichen politischen Parteien, Aufklärung in allen wirtschaftlichen Fragen in der Presse und Stärkung aller Bestrebungen, die zu baldigen geordneten Verhältnissen führen.«<sup>28</sup> Anhaltspunkte über die Höhe der eingegangenen Gelder ließen sich nicht finden. Daß aber der Werbeausschuß eine lebhafte Tätigkeit entfaltete, ist daraus zu ersehen, daß er bis Mitte März 1919 nicht weniger als 35 mal zusammentrat.<sup>29</sup> Unter den Empfängern wird man außer den Parteien Bürgerräte, antibolschewistische Propagandaorganisationen und Freikorps vermuten dürfen.<sup>30</sup> Die Beziehungen des Bayerischen Industriellenverbandes zur Revolutionsregierung wurden infolgedessen zunehmend gespannt und frostig.<sup>31</sup>

Durchaus anders verhielten sich die Unternehmer in Hamburg. Schon ihre sozioökonomische und politische Ausgangsposition stellte sich anders dar. München war bis 1914 die Hauptstadt eines noch weitgehend von der Landwirtschaft geprägten Landes und auch selbst industriell noch vergleichsweise wenig entwickelt; erst die Kriegsjahre bescherten der Stadt eine rapide Expansion der Industrie. Es gab erst wenige Großbetriebe und außer MAN kaum ein bayerisches Industrieunternehmen von überregionalem oder gar internationalem Rang. Noch dominierten mittlere und kleinere Betriebe und – wie im Falle der erst 1916 errichteten Krupp-Werke in München-Freimann – Zweigwerke, die von außerbayerischen Konzernzentralen gelenkt wurden.<sup>32</sup> Aus der Sicht von Ruhrindustriellen und Berliner Bankiers haftete der bayerischen Industrie daher leicht etwas Provinzielles und Rückständiges an. Auch politisch spielte die Industrie in Bayern bis 1918 nur die zweite Geige. München war in erster Linie Residenzstadt; der Hof und der Landadel, die Beamten und die Kirche gaben hier den Ton an – und die Intellektuellen und Künstler, die der im Vergleich zu Preußen belebend liberale Geist der Wittelsbacher hierher gelockt hatte. Hamburg dagegen lebte von Handel, Gewerbe und Industrie, und zwar in dieser Reihenfolge. Als größter deutscher Exporthafen und Warenumschißplatz galt es mit Recht als »Tor zur Welt«. Seit der Reichsgründung und seinem Zollanschluß 1888 hatte es eine stürmische Entwicklung genommen und Zehntausende von Arbeitskräften aus ganz Deutschland angezogen. Daher hatte sich hier schon vor der Jahrhundertwende eine Hochburg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung entwickelt, wenig später allerdings ebenfalls eine gleiche der Arbeitgeberorganisationen.<sup>33</sup> Außerdem war Hamburg ein Stadtstaat und eine Republik dazu; es kannte keinen Monarchen, keinen Hof und keinen Landadel, eine demokratische Verfassung freilich ebenso wenig wie Bayern. Bis 1918 gaben Großkaufleute, Reeder und Bankiers in der Hansestadt nicht nur gesellschaftlich den Ton an, sondern hatten auch

aufgrund eines Klassenwahlrechts die politische Macht fest in der Hand. Sie erlitten daher in der Novemberrevolution einen ähnlich empfindlichen Machtverlust wie die Großgrundbesitzer in Preußen und anderen Flächenstaaten. Aus der Fassung bringen ließen sie sich jedoch nicht. Es scheint fast so, als hätten sie in den Arbeiter- und Soldatenräten, die im November mit Riesendemonstrationen die Stadt beherrschten und im Rathaus regierten, kaum etwas anderes gesehen als vorübergehende, im Grunde exotische Erscheinungen, die wirklich ernstzunehmen sich gar nicht lohnte. Vor allem deshalb nicht, weil sie ihnen nicht einen Augenblick lang zutrauten, die ökonomischen und finanziellen Probleme zu bewältigen, die sich die Revolutionäre mit der politischen Macht und Verantwortung aufgehalst hatten.

Als Kaufleute waren sie indessen gewohnt, auch in schwierigen Situationen zu verhandeln. Zunächst suchten deshalb namhafte Bankiers, an ihrer Spitze Max M. Warburg, den Arbeiter- und Soldatenrat auf. Ohne die Veränderung der politischen Zustände anzuerkennen – »die Herren nahmen die Sache historisch auf« –,<sup>34</sup> erklärten sie sich zur Mitarbeit bereit, insbesondere zur Erneuerung der Schatzanweisungen des hamburgischen Staates, aber nur unter der Bedingung, »daß auch künftig einzig die Finanzdeputation verbindlich für den hamburgischen Staat zeichnen dürfe«.<sup>35</sup> Das bedeutete nicht weniger als die Forderung, daß die gesamte Politik der Revolutionsregierung, sobald sie ausgabenwirksam wurde, der Kontrolle und Billigung durch ein Gremium unterlag, das bis zur Revolution in der Haushaltspolitik der Stadt die wichtigste Rolle gespielt hatte und ganz von der alten Führungsschicht beherrscht wurde.<sup>36</sup> Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates, Laufenberg, ging zähneknirschend hierauf ein; ihm blieb kaum eine andere Wahl. Den übrigen Mitgliedern des Rates ist vermutlich gar nicht voll bewußt geworden, daß sie hiermit als Haushaltsgesetzgeber, also in einem Kernbereich politischen Handelns, schon abgedankt hatten, bevor sie lebhaft über politische Neuerungen zu debattieren begannen. Daß ein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates in die Finanzdeputation eintrat und der Rat gegenüber allen Beschlüssen des Senats ein Vetorecht beanspruchte,<sup>37</sup> änderte hieran wenig.

Sodann zimmerten sich die Hamburger Unternehmer eine einheitliche Organisation. Neben zahlreichen Branchenverbänden und einem hervorragend ausgebauten System von Arbeitgeberverbänden bestanden damals in der Hansestadt drei öffentlich-rechtliche Vertretungen nebeneinander: die Handelskammer als Vertretung des Groß- und Außenhandels, die Gewerbekammer als Vertretung von Industrie und Gewerbe sowie die Detailistenkammer als Vertretung des Klein- und Einzelhandels. Sie arbeiteten unabhängig voneinander und hatten nur eine gemeinsame Spitze in der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe. Reformbedürftig war diese Organisationsstruktur schon vor der Revolution erschienen.<sup>38</sup> Der Um-

sturz brachte den Impuls zum Zusammenschluß. Bereits am 13. November verständigten sich die drei Kammern auf Richtlinien hierfür und zugleich auf eine Zusammenarbeit mit dem Arbeiter- und Soldatenrat.<sup>39</sup> Schon zuvor war dieser über die Absicht der Kammern informiert worden, »die Wirtschaft weiterzuführen« und mit ihm in Verhandlungen zu treten.<sup>40</sup> Unmittelbar nach ihrer Einigung begab sich eine gemeinsame Abordnung zum Arbeiter- und Soldatenrat, erkannte die neue Machtverteilung »in vollem Umfange« an<sup>41</sup> und teilte den beabsichtigten Zusammenschluß zum »Wirtschaftsrat« mit. Zugleich unterbreitete sie das Angebot, dieser würde dem Rat »zur Begutachtung wirtschaftlicher Maßnahmen zur Verfügung stehen«.<sup>42</sup> Es wurde dankend angenommen und zur Durchführung die Bildung einer gemeinsamen Kommission aus Wirtschaftsrat, Arbeiter- und Soldatenrat und altem Senat vereinbart.<sup>43</sup>

Bei der Realisierung des Wirtschaftsrates läßt sich die Absicht erkennen, ihm einerseits eine Legitimationsbasis zu geben, andererseits eine personelle Kontinuität der Spitzenrepräsentanten zu sichern. Daher verfiel man auf eine Kombination von Delegations- und Repräsentationsprinzip. Jede Kammer delegierte drei Mitglieder; außerdem wurden je neun weitere Vertreter für die drei von den Kammern repräsentierten Wirtschaftsgruppen in einer Versammlung aller ihrer Mitglieder gewählt. Sie fand am 19. November 1918 statt, im Zirkus Busch, dem größten Hamburger Versammlungsraum, und dürfte mit über 3000 Teilnehmern die größte Unternehmerversammlung gewesen sein, die die Hansestadt bis dahin erlebt hatte. Gewählt wurde aufgrund von Wahllisten, die die Kammervorstände aufgestellt hatten. Sie galten nur als Vorschläge; jedem Wähler war es unbenommen, vorgedruckte Namen zu streichen und eigene Kandidaten an ihre Stelle zu setzen.<sup>44</sup> Ob und gegebenenfalls wie oft dies geschah, blieb freilich das Geheimnis der Regisseure. Einem Teilnehmer, der mit der Geschäftsführung der Kammern seit langem unzufrieden war, erschien der Wahlakt als »Posse« und ein »direkter Hohn« auf die Meinung der Anwesenden. »Irgendeine Kontrolle über die Wahl, über die Anzahl der abgegebenen Stimmen fand nicht statt.« Jeder »willkürlichen Hinzuwerfung von x-beliebigen Zetteln« in die Urnen, »ob doppelt und dreifach, war Tür und Tor geöffnet«; zwei Redner, die gegenteilige Ansichten vertraten als die Wortführer, wurden »einfach niedergeschrien«.<sup>45</sup> So war es nicht überraschend, daß nicht nur unter den delegierten, sondern auch unter den gewählten Mitgliedern überwiegend die altbekannten Namen langjähriger Funktionsträger auftauchten.<sup>46</sup>

Mit dem Wirtschaftsrat entstand zwei Wochen nach dem Umsturz eine geschlossene Vertretung der gesamten Hamburger Unternehmerschaft, zwar auf freiwilliger Grundlage, aber gestützt auf die überkommenen öffentlich-rechtlichen Kammern und ihre intakten Apparate. Er bekam aller-

dings alsbald eine zunächst nicht vorgesehene Ergänzung. Der Arbeiter- und Soldatenrat nämlich hielt es für »erforderlich«, auch den Konsumgenossenschaften, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen waren und während des Krieges den Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen eingerichtet hatten, eine Vertretung im Wirtschaftsrat zu verschaffen, und zwar in gleicher Stärke wie den übrigen Gruppen.<sup>47</sup> Offenbar versuchten die drei Kammern nicht, sich diesem Ansinnen zu widersetzen, zumal es die Mehrheitsverhältnisse nicht gefährdete. Also wurden die Konsumgenossenschaften als Konsumentenkammer aufgenommen. Wo das Machtzentrum des Wirtschaftsrates lag, zeigte sich indessen schon bei seiner konstituierenden Versammlung am 25. November 1918. Der langjährige Präses der Handelskammer, Witthoef, wurde zum Vorsitzenden gewählt, je ein Vertreter der übrigen drei Kammern zu weiteren Vorstandsmitgliedern, gleichzeitig eine Kooperation mit dem Altonaer Wirtschaftsrat in Aussicht genommen.<sup>48</sup> Sein Büro schlug der Wirtschaftsrat in den Räumen der Handelskammer auf, die Geschäftsführung übernahm deren Syndikus. Anfänglich kamen die Vorsitzenden der vier Kammern täglich, später ein bis zweimal wöchentlich zusammen, um aktuelle Fragen zu beraten und ihre Auffassung unverzüglich an die jeweils maßgebende Stelle weiterzuleiten.<sup>49</sup>

Den Konsumgenossenschaften bescheinigte der Syndikus der Handelskammer später »wesentlichen Anteil an der ersprießlichen Tätigkeit des Wirtschaftsrates«. Tatsächlich gelang es den bürgerlichen Unternehmern sehr schnell, diese auf ihre Seite zu ziehen und dadurch »manche Einwirkungsmöglichkeit auf die neuen Machthaber in Hamburg und im Reich« zu finden, »die den alten Interessenvertretungen verschlossen bleiben mußte«.<sup>50</sup> Schon in seiner ersten Erklärung vom 25. November 1918 machte sich der Wirtschaftsrat – anscheinend ohne vorherige Rücksprache mit dem Arbeiter- und Soldatenrat – die damalige Zentralforderung des Bürgertums nach sofortiger Einberufung der Nationalversammlung zu eigen mit der ausschließlich ökonomischen Begründung, sonst seien eine Wiederankurbelung des Außenhandels, insbesondere die Einfuhr von Lebensmitteln, und die Kreditbeschaffung im Ausland ausgeschlossen<sup>51</sup> – ein Argument, das auf den Arbeiter- und Soldatenrat nicht ohne Eindruck blieb.<sup>52</sup> Wenige Tage später brachte der Wirtschaftsrat mit Hilfe der Konsumentenvertreter den Arbeiter- und Soldatenrat dazu, sich eine von Großkaufleuten und Bankiers inspirierte Denkschrift zu eigen zu machen und an die Reichsämter in Berlin weiterzuleiten, die die schleunige Liberalisierung des Außenhandels und Devisenverkehrs sowie deren Ausnahme von sämtlichen Vergesellschaftungsplänen forderte.<sup>53</sup> Die erste gemeinsame Sitzung mit einer Kommission des Arbeiter- und Soldatenrates am 28. November nutzte der Wirtschaftsrat, unverzüglich Maßnahmen gegen Lohnforderungen und regellose Arbeitseinstellungen zu fordern. Einst-

weilen wurde die Sozialpolitische Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates als Schiedsgericht vorgesehen; im übrigen wollten Wirtschaftsrat und Arbeiter- und Soldatenrat je einen eigenen Vorschlag zur Lösung dieser Probleme erarbeiten.<sup>54</sup> Der Wirtschaftsrat bot dem Arbeiter- und Soldatenrat hierzu eine Vertretung in seinen Vollversammlungen an und erwartete dafür das Recht zur Teilnahme an den Plenarsitzungen des Arbeiter- und Soldatenrates.<sup>55</sup> Dessen Vorsitzender Laufenberg wollte vor allem Rohstoffe und Aufträge für die Umstellung der Hamburger Industrie von Kriegs- auf Friedensproduktion und für die Sicherung der Arbeitsplätze beschaffen, in erster Linie für die Beschäftigung der Werften mit Reparatur und Neubau von Lokomotiven und Eisenbahnwaggons, auch im Hinblick auf die damaligen Transportschwierigkeiten, die die Lebensmittelversorgung der Städte schwer behinderten. Aber er wollte die Beschaffungspolitik selbst in die Hand nehmen und »gewissermaßen als Auftraggeber der Industrie gegenüberreten«, um so »einen sehr großen Einfluß auszuüben« auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Ausgestaltung der »Stellung der Arbeiterschaft in den Betrieben nach der technischen, vielleicht auch nach der kaufmännischen Seite hin«.<sup>56</sup>

Aber hieran hatten natürlich die Unternehmer nicht das geringste Interesse, obwohl sie ähnliche ökonomische Ziele verfolgten. Daher handelten sie auf eigene Faust und gewannen nicht nur die Konsumgenossenschaften im Wirtschaftsrat, sondern auch die Gewerkschaftsführer als Verbündete. Mit deren Wissen gründeten sie unverzüglich eine Treuhandgesellschaft und sicherten sich dank ihrer guten Verbindungen bereits bis Anfang Dezember 1918 Rohstoffe im Wert von angeblich 120 Millionen Mark.<sup>57</sup> Noch im November fanden in Berlin die ersten Besprechungen über die Weiterbeschäftigung der Werften und die Übernahme von Heeresgütern statt mit dem Ergebnis, daß die Werften sich tatsächlich mit der Reparatur von Lokomotiven und dem Bau von Tendern beschäftigten.<sup>58</sup> Nur der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates wußte hiervon nichts – anders als sein Stellvertreter Hense, der sozialdemokratische Vorsitzende des Hamburger Gewerkschaftskartells, und die Mitglieder der Arbeiterräte auf den Werften, die an den Besprechungen teilgenommen hatten. Sie aber unterließen es längere Zeit, Laufenberg zu informieren, ob aus politischer Abneigung oder weil sie die Bedeutung der Berliner Verhandlungen für die wirtschaftspolitischen Aktionsmöglichkeiten des Arbeiter- und Soldatenrates nicht übersahen, sei dahingestellt. Erst als Laufenberg am 4. Dezember seine Absichten im Arbeiter- und Soldatenrat vortrug, rückte Hense nach und nach mit Informationen heraus, um kühl zu konstatieren, Laufenbergs Pläne könnten »nur in Gemeinschaft mit dem Wirtschaftsrat ausgeführt werden«.<sup>59</sup> Laufenberg war schockiert. »Wenn es gelingt«, rief er erregt aus, »die Fragen der Materialbeschaffung usw. lediglich durch bloße Ab-

machung zwischen Berlin und dem Wirtschaftsrat zu regeln, wenn es gelingt, uns bei dieser für das Wirtschaftsleben grundlegenden Frage auszuschalten, dann sind wir als Arbeiter- und Soldatenrat fertig. Gelingt es den herrschenden und führenden Kapitalmächten hier in Hamburg, ohne uns die Grundlage zu schaffen für eine Neuordnung des Wirtschaftslebens, dann ist das unsere Abdankung.«<sup>60</sup> Wie er sie verhindern sollte, wußte er jedoch selber nicht; und da die Gewerkschaftsführer am Verhalten des Wirtschaftsrates ohnehin wenig auszusetzen fanden, fiel dem Arbeiter- und Soldatenrat nicht mehr ein, als seine zuständige Kommission zu beauftragen, sofort mit dem Wirtschaftsrat zu verhandeln.<sup>61</sup>

Doch bevor es hierzu kam, gab es neuen Ärger. Zwei Tage später tauchte plötzlich ein Flugblatt auf, unterzeichnet von der Sozialpolitischen Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates und den Wirtschaftsräten Hamburg und Altona, das die Arbeiterschaft dringend zum Maßhalten bei Lohnforderungen aufforderte.<sup>62</sup> Es war von der Vollversammlung des Wirtschaftsrates beschlossen und anschließend in der Sozialpolitischen Abteilung beraten worden. Statt es aber zunächst der zuständigen Kommission des Arbeiter- und Soldatenrates vorzulegen, veränderte der Wirtschaftsrat es nachträglich so, »als wenn es von Falk verfaßt worden wäre«, dem verhaßten früheren stellvertretenden Kommandierenden General in Altona, und ließ es dann, angeblich mit schriftlicher Bewilligung Henses, drucken, ganz entgegen einem Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates, demzufolge alle seine Veröffentlichungen die Unterschriften beider Vorsitzenden tragen mußten. Auch dieser Text war der Sozialpolitischen Abteilung bezeichnenderweise von einem Vertreter der Konsumgenossenschaften im Wirtschaftsrat unterbreitet worden; und im Arbeiter- und Soldatenrat verteidigten Gewerkschaftsvertreter ihn mit dem Hinweis, die Genossen von der Konsumgenossenschaft hätten »großes Interesse daran, daß dieses Flugblatt an die Anschlagssäulen kommt«, weil auch sie mit Lohnforderungen konfrontiert wurden, die sie als überzogen empfanden. Obwohl Laufenberg diesen Vorfall mit Recht als erneuten »Schlag gegen den Arbeiterrat« betrachtete, begnügte man sich damit, das Flugblatt zu beschlagnahmen.

Erst als die Kommission des Arbeiter- und Soldatenrates einige Tage später endlich ihre Vorschläge für die Vermeidung von Arbeitsstreitigkeiten vorlegte, unternahm sie einen Versuch, den Wirtschaftsrat an die Kette zu legen, indem sie vorschlug, er solle »alle Maßnahmen dem Arbeiter- und Soldatenrat... zur Begutachtung und Prüfung« vorlegen. Die Vollversammlung des Arbeiterrates faßte einen entsprechenden Beschluß.<sup>63</sup> Nur der Wirtschaftsrat dachte nicht daran, ihm zu folgen. Ihm förmlich zu widersprechen, war er freilich zu klug. Er zog sich dadurch aus der Affäre, daß er bis auf weiteres auf alle wirtschaftspolitischen Stellungnahmen ver-

zichtete. Auch als die Kommission Mitbestimmungsrechte vorschlug, die sogar über eine eventuelle Regelung durch die Nationalversammlung hinaus Bestand haben sollten, nämlich in allen Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten die Bildung von Arbeiter- beziehungsweise Angestelltenausschüssen mit dem Recht, »die Geschäftsführung nach der technischen, kaufmännischen und sozialen Seite zu kontrollieren«,<sup>64</sup> lehnte er ab – mit dem Erfolg, daß der Arbeiter- und Soldatenrat zunächst hiervon Abstand nahm; offenbar scheute dieser sich, eine so einschneidende Regelung ohne Zustimmung des Wirtschaftsrates in Kraft zu setzen. Wenig später kam dem Wirtschaftsrat die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 zu Hilfe, die die Kompetenzen der Arbeiterräte in den Betrieben im wesentlichen auf die bereits im Hilfsdienstgesetz abgesteckten Grenzen beschränkte und die Räte zum Einvernehmen mit den Gewerkschaften verpflichtete.<sup>65</sup> »Reichsrecht geht vor Landesrecht«, hieß fortan seine Parole, nachdrücklich verfochten auch von den Konsumgenossenschaften. Sie konterkarierten hiermit auf Landesebene tiefgreifende Änderungen der Betriebsverfassung ebenso wie die freien Gewerkschaften auf Reichsebene.<sup>66</sup> Als Laufenberg trotzdem an der Vorlage festhielt, lehnte der Wirtschaftsrat jede weitere Mitarbeit in dieser Angelegenheit ab.<sup>67</sup> Unmittelbar nach der Wahl der Nationalversammlung bat er den Rat der Volksbeauftragten um Unterstützung. Nachdem er die erwartete Bestätigung seiner Auffassung erhalten und auch noch das Reichsbankdirektorium sie »auf das wärmste« unterstützt hatte, hatte er die Partie gewonnen, zumal die Macht des Arbeiter- und Soldatenrates mittlerweile im Schwinden begriffen war. Sie reichte nicht mehr aus, seinen Entwurf durchzusetzen.<sup>68</sup> Nach der Wahl der Nationalversammlung kümmerte sich der Wirtschaftsrat auch nicht mehr darum, daß er alle beabsichtigten Maßnahmen dem Arbeiter- und Soldatenrat vorzulegen hatte, sondern handelte wieder eigenmächtig. Am 24. Januar 1919 mahnte er die baldige Wahl einer hamburgischen Nationalversammlung an. Im Februar veröffentlichte er auf eigene Faust jenen Aufruf gegen überhöhte Lohnforderungen und Streiks, über den es im Dezember zum Konflikt gekommen war.<sup>69</sup>

Insgesamt gelang es den Hamburger Arbeitgebern mit der Gründung des Wirtschaftsrates und der zunächst gar nicht vorgesehenen Kooperation mit den Konsumgenossenschaften auf bemerkenswerte Weise, in den Revolutionswochen ihre Position zu behaupten und ihre Handlungsmöglichkeiten zu bewahren. Hierin liegt zweifellos ein Grund dafür, daß in Hamburg die Gründung eines Bürgerrates zunächst unterblieb; sie war unnötig und hätte womöglich nur gestört. Der Wirtschaftsrat aber hatte sich so bewährt und den Arbeitgebern durch die Beteiligung der Konsumgenossenschaften sogar unverhoffte Möglichkeiten eröffnet, bei Bedarf

den rechten Flügel der Hamburger Arbeiterbewegung zum Bundesgenossen zu gewinnen, daß sie ihn bestehen ließen, als er als Schutzwall gegen die revolutionäre Welle ausgedient hatte.

### *Handwerk und Gewerbe*

Ähnlich wie in der Industrie verlief die Entwicklung im selbständigen Mittelstand. Auch hier erging unmittelbar nach dem Umsturz die Aufforderung, »mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf eine Stärkung unserer Berufsvereinigungen hinzuarbeiten«.70 Sie erschienen als »einzige Stütze, an die wir uns halten können«. Denn – so die immer wiederkehrende Begründung – »der alte Staat ist zusammengebrochen, er kann... nicht mehr helfen. Und zu glauben, daß er neue Staat... Hilfe zu bringen willens und in der Lage wäre, würde von einem furchtbar wirren Gemüt zeugen«.71 Im Einzelhandel wurde daher der tiefe Gegensatz zwischen Warenhäusern und Einzelhändlern eilends überbrückt. Bereits zehn Tage nach dem Sieg der Revolution trafen sich in Berlin die telefonisch erreichbaren Vorsitzenden und Geschäftsführer von 32 Einzelhandelsorganisationen und gründeten »unter der Wucht der Verhältnisse... sofort mit aus der Hand entworfenen Satzungen« die Arbeitsgemeinschaft des deutschen Einzelhandels.72 Wenig später schloß sich der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser an mit der bezeichnenden Begründung: »Der Feind steht links, es ist der Sozialismus und Kommunismus«.73 Im März 1919 entstand aus dieser Keimzelle die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, die die große Mehrheit der Einzelhandelsverbände umfaßte.74

Im Handwerk hingegen blieben größere Veränderungen der Organisationsstruktur bis zum Herbst 1919 aus; es konzentrierte sich einstweilen auf die Beteiligung an Bürgerräten.75 Nur vereinzelt wurde hier der Ruf nach Räteorganisationen laut.76 Noch seltener scheint es zu ihrer Bildung gekommen zu sein, und dann durchweg lediglich als zeitgemäße Umbenennung seit langem bestehender Organisationen. Sobald sich die erste Welle der Revolution verlaufen hatte, kehrten die alten Bezeichnungen zurück.77 Häufiger – wohl dank der Werbung mancher Handwerkerorganisationen und namhafter Funktionäre78 – beteiligten sich örtliche Handwerkerorganisationen an den Bürgerräten, z. B. in Berlin, Leipzig, Braunschweig, Bremen und Stuttgart.79 Die Politisierung und allgemeine Mobilisierung aber, die in anderen Gruppen alsbald neue Organisationsformen hervorbrachten, waren auch hier schon in den Revolutionswochen spürbar, vor allem während des Wahlkampfes für die Nationalversammlung.80



## Landwirtschaft

Ein etwas anderes Bild bietet die Landwirtschaft. Sie hatte mit dem Bund der Landwirte, den Bauernvereinen, daneben öffentlich-rechtlichen Vertretungen in Gestalt der Landwirtschaftskammern, in Preußen außerdem des Landes-Ökonomie-Kollegiums, ebenfalls schon vor der Revolution über ein hochentwickeltes Organisationswesen verfügt. In Preußen war es den Organisationen in enger Kooperation mit konservativen Landräten, Pastoren, Polizei und Justiz und mit Hilfe von Koalitions- und Streikrechtsbeschränkungen bis 1918 gelungen, fast jede gewerkschaftliche Organisation und Betätigung der Landarbeiter zu unterdrücken und dafür zu sorgen, daß ebenfalls die SPD auf dem Lande nirgends Fuß zu fassen vermochte. In den Revolutionstagen dachten sie ebensowenig an Kapitulation wie die industriellen Organisationen, taten sich vielmehr nach deren Vorbild mit den bislang aufs schärfste bekämpften und weitgehend einflußlos gehaltenen Landarbeitergewerkschaften gleichfalls zu einer »Arbeitsgemeinschaft« zusammen, um ihre eigene Existenz zu behaupten und sich unter den veränderten politischen Bedingungen maßgeblichen Einfluß auf die Agrarpolitik zu sichern, vor allem um eine Landreform in großem Stil zu verhindern.<sup>81</sup> Für die Bildung neuer Organisationen sahen zumindest die Großgrundbesitzer, die in den alten den Ton angaben, deshalb keinen Anlaß, für die Übernahme der Bezeichnung Räte noch weniger. Nach ihrem bisherigen politischen Verhalten kam ein solcher Schritt für die Untermauerung ihrer politischen Partizipationsansprüche kaum in Frage. Gutsbesitzerräte oder gar Adelsräte – dergleichen hätte wohl doch zu auffällig und verdächtig gewirkt.<sup>82</sup> Im übrigen hätte die alte Aristokratie die auch nur semantische Übernahme eines Organisationsmodells der verhaßten Sozialisten und Bolschewisten wohl kaum über sich gebracht.

Die Bildung von Räten erlebte die Landwirtschaft gleichwohl, allerdings in Form von Bauern- und Landarbeiterräten. Sie entstanden teils spontan nach dem Vorbild der Arbeiter- und Soldatenräte, teils aufgrund eines Aufrufs des Rates der Volksbeauftragten, der mit ihrer Hilfe die politische Demokratisierung auf dem Lande durchsetzen und sichern wollte. Manche verfolgten tatsächlich diese Absicht, manche darüber hinaus das Ziel einer Landreform, vor allem einer Enteignung des Großgrundbesitzes. Aber größeren Erfolg hatten sie nicht, außer in Bayern, wo sich eine eigenständige bäuerliche Rätebewegung entwickelte. Den etablierten Agrarorganisationen nämlich gelang es mit bemerkenswertem Geschick, die meisten Bauern- und Landarbeiterräte mit verlässlichen Gesinnungsgenossen oder gar mit Leuten aus den eigenen Reihen zu besetzen, von außen zu steuern und zu ihrem eigenen Werkzeug zu machen. So kam es im Agrarsektor

zwar zu einer verbreiteten Adaptation des Rätegedankens; aber statt zur Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse auf dem Lande trug sie eher zu deren Konservierung bei.<sup>83</sup>

### *Freie Berufe*

Ein uneinheitliches Bild findet sich in den freien Berufen, nämlich Ausbau bestehender und Neugründung von Interessenverbänden neben Rätebildungen, in Einzelfällen sogar im Konflikt mit ihnen. In den meisten Gruppen, die schon vergleichsweise gut organisiert waren, dominierte freilich auch hier der Ausbau des Organisationswesens.

Auf zentraler Ebene änderte sich wenig, wo es bereits starke Zentral- und Dachverbände gab, zum Beispiel bei Anwälten und Ärzten. Die Anwälte waren großenteils im bereits 1871 gegründeten Deutschen Anwaltsverein organisiert.<sup>84</sup> Er nahm alsbald seine Funktion als Interessenorganisation auch in politischer Hinsicht wahr und legte zusammen mit den Vorständen der Anwaltskammern, den Präsidenten der obersten Gerichte und den juristischen Fakultäten »schärfste Verwahrung« gegen Eingriffe von Arbeiter- und Soldatenräten in Gesetzgebung und Rechtsprechung ein.<sup>85</sup> In seinen Organisationszielen traten bald wirtschaftliche und soziale Belange, für die jetzt in bürgerlichen Verbänden ebenfalls die Bezeichnung »gewerkschaftlich« in Gebrauch kam, stärker hervor als vor der Revolution. Ende Dezember 1918 sprach sich eine Berliner Anwälteversammlung für die Umgestaltung der Anwaltsvereine, bis dahin vornehmlich Fachvereinigungen mit stark wissenschaftlicher Ausrichtung, in dieser Richtung aus. Gedacht war an territorial gegliederte Verbände mit Zwangsmitgliedschaft, zusammengeschlossen in einem Reichsverband, außerdem an eine öffentlich-rechtliche Vertretung der »ganzen deutschen Rechtsanwaltschaft« auf Reichsebene.<sup>86</sup>

Weiter als die Organisation der meisten anderen freien Berufe war diejenige der Ärzte schon vor der Revolution entwickelt, im wesentlichen infolge der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung 1883. Sie hatte einen rapiden Aufschwung des Gesundheitswesens eingeleitet und eine »völlige Umwälzung in den Verhältnissen des ärztlichen Standes, sowohl in materieller wie ideeller Beziehung« gebracht.<sup>87</sup> Zwischen 1885 und 1914 stieg die Mitgliederzahl der gesetzlichen Krankenkassen von rund 4,3 auf 15,6 Millionen, die Zahl der Krankenhäuser verdoppelte sich, diejenige der Krankenhausbetten vervierfachte sich nahezu sogar; gleichzeitig stieg die der Ärzte zwischen 1876 und 1909 von rund 13 700 auf 30 500, die der Zahnärzte und Dentisten sogar von 500 auf über 11 000.<sup>88</sup> Um die Jahrhundertwende waren rund 85 % von ihnen freiberuflich tätig, die übrigen überwie-

gend teils als Angestellte oder Beamte in Krankenhäusern, Pflegeheimen sowie in anderen Funktionen des öffentlichen Gesundheitswesens, teils als Militär- und Marineärzte.<sup>89</sup> Aber die Mehrheit der niedergelassenen Ärzte hatte es nicht mehr vornehmlich mit einzelnen Patienten und ihren Familien zu tun, sondern mit mächtigen Großorganisationen, zu welchen sich die Krankenkassen schnell entwickelten. Außer Fachvereinigungen – für Chirurgen, innere Medizin, Psychiatrie usw. – sowie lokalen und regionalen Standesvereinen gründeten sie deshalb gegen Ende des 19. Jahrhunderts wirtschaftliche Interessenverbände. Zu deren größtem und einflußreichstem entwickelte sich der »Verband der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen«, der sogenannte Leipziger Verband, nach seinem Initiator auch Hartmann-Bund genannt. Sein vorrangiges Ziel bestand in der Unterstützung von Ärzten, »die in Wahrung der Standesinteressen gegenüber Krankenkassen und ähnlichen Korporationen materielle Einbuße erlitten haben oder zu erleiden befürchten müssen«.<sup>90</sup> Die beamteten Ärzte organisierten sich ebenfalls in je eigenen Standesvereinen für Medizinalbeamte, Sanitätsoffiziere, Zahnärzte usw. Als Dachverband aller Ärzteorganisationen war bereits 1873 der Deutsche Ärztevereinsbund entstanden; er gewann vor allem durch den jährlich abgehaltenen Deutschen Ärztetag einige Publizität.<sup>91</sup> Daneben richteten alle größeren Bundesstaaten Ärztekammern oder ärztliche Zentralausschüsse als öffentlich-rechtliche Zwangskorporationen zur Wahrnehmung der ärztlichen Standesinteressen sowie zur Mitwirkung in der öffentlichen Gesundheitspflege ein.<sup>92</sup>

Der Leipziger Verband entwickelte sich zum wichtigsten Kontrahenten der Krankenkassen für die Vereinbarung der Honorare für kassenärztliche Leistungen. Hierfür bildeten sich bald tarifvertragsähnliche Abmachungen heraus. Während der Auseinandersetzungen hierüber lernten die Ärzte auch schnell »gewerkschaftliche Zwangsmaßnahmen« einzusetzen, wie sie sich ausdrückten, selbst den »Streik«.<sup>93</sup> Hierbei handelte es sich allerdings in der Regel nicht um eine Verweigerung ärztlicher Leistungen gegenüber Patienten, sondern um Sperren gegenüber einzelnen Kassen, mit denen sie in Streit lagen. Boten die Kassen nichtorganisierte oder von auswärts angeworbene Ärzte auf, verweigerten die Verbandsärzte mehrfach die Behandlung von Mitgliedern der betroffenen Kassen, sofern diese der Aufsichtsbehörde versichert hatten, ihnen ständen genügend andere Ärzte zur Verfügung. Trotz ihrer Klagen über eine »geradezu tyrannische Gewaltherrschaft der meistens sozialdemokratischen« Krankenkassenvorstände bezeichneten die Ärzte die Erfolge des Leipziger Verbandes schon 1908 als »sehr bemerkenswert« und berichteten befriedigt, er habe »in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle die Annahme der Forderungen der Ärzte durchgesetzt«.<sup>94</sup> Infolgedessen konnte er bis zum Ersten Weltkrieg mit rund 25 000 Mitgliedern die überwiegende Mehrheit der niedergelassenen Ärzte für sich gewin-

nen. 1913 vereinbarten Kassen- und Ärzteverbände im sogenannten Berliner Abkommen eine dauerhafte Konfliktregelung auf dem Verhandlungswege mit paritätischen Schiedsinstanzen.

Nach der Revolution wurde unter den Ärzten wie im gewerblichen Mittelstand alsbald der Ruf nach »Stärkung und Sicherung« der vorhandenen Organisationen laut,<sup>95</sup> nach »voller Geschlossenheit und einmütigem Zusammengehen«.<sup>96</sup> Für alle Fälle ließen sich die Verbandsvorstände – manchmal um angesehene Mitglieder erweitert – Vollmachten geben, »dringliche Beschlüsse zu fassen und auszuführen«, ohne zuvor andere Verbandsorgane zu befragen.<sup>97</sup> Unter den Motiven findet sich auch hier die Überzeugung, der »Obrigkeitsstaat« habe »aufgehört, seine Bevormundung, aber auch seine Fürsorge«,<sup>98</sup> so daß »niemand mehr für uns sorgen wird, wenn wir es nicht selbst tun«,<sup>99</sup> und fortan »nur noch die Entscheidung in Machtfragen« gelte.<sup>100</sup> »Rücksichtslos« die Zähne zeigen müßten die Ärzte jetzt und ihre Forderungen, »ob es uns nun angenehm ist oder nicht, scharf vertreten... wie die Arbeiter«.<sup>101</sup> »Arzt, hilf dir selbst«, hieß die neue Devise.<sup>102</sup> Sehr früh begegnet auch die Aufforderung zum politischen Engagement, vor allem in den Parteien,<sup>103</sup> zur Mitarbeit bei der »Politisierung des Volkes«<sup>104</sup> sowie zur engeren Zusammenarbeit mit anderen freien Berufen zur Verteidigung eines »gesunden, kernfesten Individualismus«, der »noch längst nicht abgewirtschaftet« habe.<sup>105</sup>

In einer Berufsgruppe, die bisher noch keinen Dachverband besaß, wurde er jetzt schleunigst gebildet, nämlich bei den Ingenieuren. Bis zur Revolution hatte es hier lediglich eine Reihe von Verbänden für die einzelnen Berufsgruppen gegeben. Zwischen ihnen bestanden mehr oder weniger große Eifersüchteleien und Interessengegensätze, so daß sie sich oft untereinander befehdeten, etwa der Verein Deutscher Ingenieure, der Architekten- und Ingenieurverein und der Verband Deutscher Diplomingenieure.<sup>106</sup> Das rührte nicht zuletzt daher, daß die wirtschaftlichen Interessen dieser Berufsgruppen uneinheitlich waren, schon deshalb, weil ein Teil von ihnen selbständig arbeitete, der andere als Angestellte in der Industrie oder als Beamte im öffentlichen Dienst oder in der Armee. Während des Krieges, im Mai 1916, war zwar als Dachorganisation der Verein technisch-wissenschaftlicher Vereine gegründet worden; aber er blieb schwach, konzentrierte sich auf wissenschaftlich-technische Fragen und konnte weder als wirtschaftliche noch als politische Gesamtvertretung der deutschen Ingenieure gelten.

Am 16. November 1918 jedoch rief eine unmittelbar vor der Revolution entstandene Staatsbürgerliche Ingenieursvereinigung<sup>107</sup> in Berlin den Bund Technischer Berufsstände (BTB) ins Leben. Er war konzipiert als Sammlungsorganisation aller technischen Berufe – Architekten, Bauingenieure, Maschinenbauer, Chemiker usw., und zwar vom Werkmeister bis zum

technischen Leiter, ausgehend von der allenthalben in diesen Wochen anzutreffenden Überzeugung, daß »im demokratischen Volksstaat... die Geltung abhängig« sei »von der Zahl und der Kraft der Organisation« und die bestehenden Fachverbände hierfür »viel zu klein, viel zu zerrissen« waren.<sup>108</sup> Finanziell und ideell unterstützt vom Verein Deutscher Ingenieure, bekannte sich der neue Bund zur »freien demokratischen Staatsverfassung«, verzichtete auf direkte oder indirekte Angriffe auf die neuen Machthaber und verfolgte das Ziel, »durch eine berufsständische Großorganisation Einfluß auf die Regierung und die politischen Parteien [zu] gewinnen«, die bisherigen Diskriminierungen zu beseitigen und Ingenieuren und Technikern »den gebührenden Einfluß auf Regierung, Parlament und Wirtschaftsleben« zu verschaffen. Insbesondere ging es ihm um die Brechung des Juristenmonopols in der Zivilverwaltung und eine Reform der Behördenorganisation, die technischen Belangen besser Rechnung trug, erst recht darum, »daß technische Fragen nur von Technikern entschieden werden dürfen«, also eine Art berufsständisches politisches Monopol, wohl einschließlich der Kompetenz zur Definition dessen, was als »technische Frage« zu behandeln war. Als Sofortmaßnahme forderte er die Aufnahme von Technikern in den Berliner Vollzugsrat, später ihre Berücksichtigung bei der Aufstellung der Kandidaten für die Nationalversammlung, und zwar von allen Parteien, nicht nur von den bürgerlichen. Gleichzeitig forderte er die Ingenieure auf, ihrerseits in die Parteien einzutreten und hier aktiv mitzuarbeiten.<sup>109</sup>

Auch auf unterer Ebene machte die Organisation der freien Berufe Fortschritte, und zwar sowohl in Gestalt von Neugründungen von Verbänden für bisher noch unorganisierte Berufsgruppen als auch von Zusammenschlüssen schon bestehender Organisationen. Ein regionales Beispiel lieferten die bayerischen Anwaltsvereine, die sich am 24. November 1918 in Augsburg mit einigen kleineren Berufsvereinigungen zum Bayerischen Anwaltsverband zur »Wahrung der gemeinsamen Standesinteressen« zusammenschlossen.<sup>110</sup> Weitaus am kräftigsten trat der Organisationsimpuls indessen auf lokaler Ebene in Erscheinung. Zu Neugründungen kam es vor allem in Gruppen, die nur wenige Angehörige zählten; in München zum Beispiel unter Privatlehrern, bildenden Künstlerinnen und Kunstgewerberinnen sowie Berufsmodellen,<sup>111</sup> aber auch unter Medizinergruppen, die beruflich noch nicht oder nicht mehr abgesichert waren wie Assistenz- und Militärärzte und Medizinstudenten.<sup>112</sup> In Hamburg organisierten sich Sanitätsoffiziere des Friedens- und Beurlaubtenstandes.<sup>113</sup> Beispiele für lokale und regionale Zusammenschlüsse boten in München die Journalisten- und Ärzteverbände,<sup>114</sup> in Kassel die Apothekerorganisationen,<sup>115</sup> in Dortmund die Ortsorganisationen der Ingenieure, Techniker und Chemiker: Sie bildeten einen Arbeitsausschuß, der sich dem Arbeiter- und Solda-

tenrat zur Verfügung stellte, um »rein sachlichen Rat im Interesse einer möglichst reibungslosen Fortführung des Wirtschaftslebens zu erteilen«. <sup>116</sup>

In Essen, dem Zentrum des wichtigsten deutschen Industriegebiets, schlossen sich die Lokal- bzw. Bezirksvereine der Berufsorganisationen von Architekten, Ingenieuren, Elektrotechnikern und Chemikern ebenfalls zusammen, zur »Einigung und Unterrichtung über die politischen Vorgänge«. <sup>117</sup> Dieser Zusammenschluß wählte jedoch keine konventionelle Bezeichnung, sondern nannte sich Ingenieurrat. Das gleiche taten die Münchener Journalistenverbände, deren Dachorganisation als Presserat firmierte – vermutlich aus analogen Motiven, aus welchen die Bürgerräte den Namen Rat angenommen hatten, nämlich um den lokalen Arbeiter- und Soldatenräten Gegengründungen der einzelnen Berufsgruppen gegenüberzustellen und deren Mitspracheverlangen zum Ausdruck zu bringen. Tatsächlich forderte der Essener Ingenieurrat alsbald eine »der heutigen Bedeutung der Technik entsprechende Anzahl Sitze« in nicht näher bezeichneten politischen Körperschaften; gedacht war vermutlich gleichermaßen an Räte wie an Parlamente. <sup>118</sup> Zumindest in Einzelfällen dominierten allerdings auch ökonomische Motive. Der Zusammenschluß der Münchener Journalistenverbände zum Beispiel war zur Verbesserung der materiellen Situation ihrer Mitglieder schon lange für nötig gehalten worden und allein an der Eigenbrötelei der einzelnen Organisationen immer wieder gescheitert. Die akute Verschlechterung der ökonomischen Lage der Journalisten, die nie sonderlich rosig gewesen und während des Krieges infolge von Auflagen- und Anzeigenrückgang, aber auch wegen mangelnder Organisierung bis an die Grenze der Proletarisierung herabgesunken war, <sup>119</sup> legte einen Zusammenschluß jetzt auf jeden Fall nahe, so daß diese Gründung auch ein gewerkschaftliches Element enthielt.

Lokale Organisationen bürgerlicher Berufsgruppen, die sich ebenfalls Räte nannten, sind in großer Zahl nachweisbar. Die meisten allerdings stellten nicht einfach Zusammenschlüsse bestehender Organisationen dar, sondern gingen aus großen Versammlungen hervor, die zwar meist von den Organisationen einberufen waren, aber dem Anspruch nach örtliche Vollversammlungen der jeweiligen Berufsgruppe darstellten – offenbar aufgrund der Überzeugung, daß nur derart legitimierte Organe mit einigem Erfolg den Anspruch erheben konnten, von den revolutionären Machthabern als Vertretung anerkannt und akzeptiert zu werden. Hier wurde also auch der basisdemokratische Gedanke der Arbeiter- und Soldatenräte adaptiert. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist das Vorgehen der Ärzteorganisationen in Berlin. Hier forderte der Ärztevereinsbund bereits wenige Tage nach dem Umsturz die schleunige Einberufung der Nationalversammlung und bis dahin Beteiligung legitimierter Vertreter an allen Entscheidungen, die die einzelnen Berufsgruppen unmittelbar betrafen.

Gleichzeitig trafen sich Vertreter der Ärztekammer und Ärzteorganisationen, der medizinischen Fakultät der Universität, der städtischen Medizinalverwaltung und ärztliche Stadtverordnete aus allen politischen Lagern.<sup>120</sup> Sie kamen rasch zu der Überzeugung, daß »weder die Ärztekammer noch irgendeine andere der bisherigen alten Körperschaften ihrer Entstehung und Zusammensetzung nach imstande ist, den neuen Aufgaben... zu genügen«, sondern daß »ein völlig neues Gebilde... ins Leben gerufen werden« müsse, »das zu seiner Legitimierung vom Vertrauen der gesamten Groß-Berliner Ärzteschaft getragen werden soll«: ein »Ärzterrat«, zusammengesetzt unter anderem aus Vertretern der Fakultät, der städtischen Gesundheitsbehörden, der Krankenhäuser sowie des Ärztekammervorstandes und daher geeignet, von der Regierung als Gremium »für die sachverständige Beratung in allen Zweigen der öffentlichen Gesundheitspflege und des ärztlichen Standes angesehen« zu werden.<sup>121</sup> Zu seiner Wahl wurde eine allgemeine Ärzteversammlung für den 26. November einberufen.<sup>122</sup> Über 800 kamen, so daß die Veranstaltung zu einer »Riesenversammlung« geriet, »wie man sie, wenn überhaupt schon, sicher seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen hatte«.<sup>123</sup>

Auch in den anderen Städten kamen Ärzte und Zahnärzte zu Vollversammlungen zusammen, um Vertreter für die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte zu wählen wie in München und Frankfurt.<sup>124</sup> In einigen weiteren wurde die Bildung von Ärzteräten zumindest propagiert.<sup>125</sup> Überall dürfte für ihre Bildung neben dem allgemeinen Interesse, sich politisch nicht ausschalten zu lassen, und der Bewältigung aktueller Probleme der Versorgung von Krankenhäusern mit Lebensmitteln, Kohle, Medikamenten, Verbandszeug und Bekleidung sowie der Beschäftigung von Ärzten, die aus dem Kriege zurückkehrten, die besondere Befürchtung der Mediziner vor einer Verstaatlichung des Gesundheitswesens eine Rolle gespielt haben, wie sie das Erfurter Programm der SPD seit 1891 forderte. Während sich für die Ärzte im öffentlichen Dienst – Krankenhausärzte, beamtete Stadt- und Kreisärzte und Medizinalräte auf höheren Verwaltungsebenen – hierdurch nichts Grundlegendes geändert hätte, bedrohte dies die ökonomische Selbständigkeit der niedergelassenen Ärzte.

Ähnliche Motive bestimmten vermutlich die Bildung von Apothekeräten, wie sie aus Hamburg, Dortmund, Berlin, Leipzig und Stuttgart belegt sind.<sup>126</sup> Auch die Apotheker fühlten sich von einer wie auch immer gearteten Sozialisierung des Gesundheitswesens ökonomisch bedroht, außerdem von einer Beseitigung des Konzessionswesens in ihrer Branche; entsprechende Forderungen befürchteten sie seitens der Krankenkassen und jüngerer Pharmazeuten, die sich selbständig machen wollten.<sup>127</sup> Um nach außen geschlossen auftreten zu können, bemühten sich die Apotheker daher, Interessengegensätze in den eigenen Reihen zu überbrücken,

namentlich zwischen Apothekenbesitzern und ihren großenteils akademisch ausgebildeten Angestellten sowie zwischen Apothekern und Apothekerdrogisten. Den sozialen Forderungen der Angestellten empfahlen die Apothekerverbände, »soweit als möglich« entgegenzukommen.<sup>128</sup> In der Regel scheinen den Apothekerräten daher Vertreter der verschiedenen Gruppen angehört zu haben. Die Räte selbst wurden vermutlich von den Organisationen gestellt oder waren ihnen zumindest eng verbunden.

Auch andere Gruppen der freien Berufe bestimmten in den Revolutionswochen in vollversammlungsähnlichen Treffen lokale Vertretungen, die sich als Räte bezeichneten, etwa die Berliner Journalisten, die am 17. November 1918 in einer stark besuchten Versammlung den Berliner Presserat als Interessenvertretung wählten.<sup>129</sup> Vier Tage zuvor hatten die Anwälte der Reichshauptstadt ebenfalls in einer Art Vollversammlung einen fünfzehnköpfigen Ausschuß berufen, der sich zwar nicht als Rat bezeichnete, aber funktional nicht von so genannten Vertretungen anderer Gruppen unterschied.<sup>130</sup> Vermutlich erhielt er eine Art Generalvollmacht, falls nötig, die Interessen der Anwälte jederzeit in jeder ihm angemessen erscheinenden Form zu vertreten.

Einen eigentümlichen Zwitter zwischen einem örtlichen Zusammenschluß schon bestehender Organisationen und einem speziellen Soldatenrat stellte der Hamburger Ärzterat dar. Er ging unmittelbar nach dem Umsturz aus einer Wahl unter den Ärzten des Marinelazarets hervor und übernahm im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat die Leitung sämtlicher Lazarette zu dem »alleinigen Zweck . . ., die Durchführung des Lazarettbetriebes zu gewährleisten«, insbesondere Übergriffe auf die Lebensmittel- und Medikamentenvorräte und den Fuhrpark der Lazarette zu verhindern.<sup>131</sup> Eine seiner ersten Verfügungen schrieb für Ärzte und Soldaten das Uniformtragen vor, wohl um die Befehlsverhältnisse aufrechtzuerhalten.<sup>132</sup> Schon nach wenigen Tagen erweiterte er sich in einer Versammlung, über die nichts Näheres bekannt ist, zu einer Vertretung der gesamten Ärzteschaft von Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg. Den drei Marineärzten traten sechs weitere an die Seite, allerdings ausschließlich beamtete Ärzte; die frei praktizierenden waren nicht vertreten.<sup>133</sup> Dieser nunmehr neunköpfige Ärzterat wurde Ende November in einer vom Ärztlichen Verein einberufenen Versammlung, an der rund 200 Ärzte teilnahmen, bestätigt,<sup>134</sup> nach einem späteren Bericht eines Teilnehmers allerdings nur deshalb, weil sich die »völlig überraschte und absolut unorganisierte Ärzteschaft« überrumpeln ließ.<sup>135</sup>

Mehr eine Arabeske, gleichwohl auf ihre Weise ebenfalls charakteristisch für die »Verrätisierung«<sup>136</sup> der deutschen Gesellschaft in der Novemberrevolution ist es, daß auch randständige Gruppen, die nicht einen Beruf im üblichen Sinne des Wortes ausübten und nur geringes Sozialprestige besa-



ßen, sowie gescheiterte Existenzen und chronisch zu kurz Gekommene hier und da Räte bildeten in der Hoffnung, auf der revolutionären Welle zu ein wenig gesellschaftlicher Anerkennung zu gelangen und bei der politischen Neugestaltung mit ihren Anliegen berücksichtigt zu werden. Aus Berlin wurde die Bildung eines Rates der Prostituierten berichtet.<sup>137</sup> In München bat ein Erfinderschutzverband die Regierung um Ernennung eines »Rates aus Erfinderkreisen« nebst Sitz und Stimme im Arbeiter- wie im Nationalrat und zugleich um Bereitstellung staatlicher Gelder, »um mittellosen Erfindern bei der Verwertung ihrer Erfindung an Hand [!] zu gehen«. <sup>138</sup>

Die Möglichkeit, daß die Adaptation des basisdemokratischen Prinzips bei der Bildung sogenannter Räte bürgerlicher Berufsgruppen tiefgreifende politische und standespolitische Meinungsverschiedenheiten zum Ausbruch bringen und die Möglichkeit eines Gegensatzes zwischen Räten und Berufsverbänden heraufbeschwören konnte, zeigte sich nur ausnahmsweise, am deutlichsten in der Berliner Ärzteschaft. Dieser Fall ist indessen bezeichnend genug, um etwas ausführlicher dargestellt zu werden. Seine Motive reichen weit über die Revolution zurück. Schon vor 1914 hatte es in der Ärzteschaft, die in sich ein verkleinertes Abbild der Klassengesellschaft darstellte, sehr unterschiedliche soziale Lagen und entsprechend unterschiedliche politische Orientierungen gegeben.<sup>139</sup> Der Krieg hatte sie noch vergrößert und vermehrt. Wie das massenhafte, gleichsam maschinelle Töten an den Fronten und die ärztliche Ohnmacht gegenüber den Abertausenden von Verletzten und der Schwere vieler Verwundungen, aber auch gegenüber der Zerrüttung des Gesundheitszustandes der Zivilbevölkerung ihr Selbstverständnis und ihre politischen Einstellungen beeinflußt haben, ist noch wenig untersucht. Wie tief diese Eindrücke gewesen sein müssen, ist allerdings daran zu ermessen, daß sie vergleichsweise häufig literarisch verarbeitet wurden, von Hans Carossas »Rumänischem Tagebuch« bis zu den kriegsverherrlichenden Werken des zu Recht vergessenen Max Nassauer.<sup>140</sup> Es hat indessen den Anschein, als seien die dem hippokratischen Eid hohnsprechende Barbarei des Krieges und die fließbandartige Behandlung von Verletzten und Kranken nur von einer Minderheit der Ärzte über längere Zeit deutlich wahrgenommen und ausgehalten worden, während die meisten abstumpften und gefühllos wurden. Gutachten, mit denen Kriegsverletzten wie Opfern von Betriebsunfällen in der Rüstungsindustrie, nachdem sie halbwegs wieder gesund waren, erneute Kriegsverwendungs- oder Arbeitsfähigkeit attestiert wurde, erst recht Abbildungen und Texte, die in medizinischen Zeitschriften für Arm- und Beinprothesen warben, als seien diese ebenso, wenn nicht gar noch leistungsfähiger als die abgeschossenen Gliedmaßen, lassen überdies vermuten, daß viele Ärzte wie große Teile des übrigen Bürgertums den Krieg für eine nationale Not-

wendigkeit, vielleicht gar für ein »Stahlbad«, einen sozialen und politischen Reinigungsprozeß auf dem Wege in eine noch größere Zukunft ansahen.<sup>141</sup> Wahrscheinlich würden genauere Untersuchungen allerdings ein breites Spektrum politischer Überzeugungen entrollen – Unterschiede zwischen denen, die den Krieg in der Heimat, und denen, die ihn als Truppenärzte erlebten; unter den ersten wiederum zwischen Großstädten und Provinz; unter den Ärzten in den Großstädten zwischen denen, die eine überwiegend wohlhabende und gesellschaftlich einflußreiche Klientel betreuten, und Kassenärzten, deren Patienten überwiegend dem proletarischen Milieu entstammten. Unter den Truppenärzten wiederum verfügten manche über beste Verbindungen zum Offizierskorps und erfreuten sich entsprechenden Entgegenkommens. Landsturmpflichtige oder vertraglich verpflichtete Ärzte dagegen mußten sich zuweilen eine »ausgesucht herabwürdigende Behandlung« gefallen lassen. Manchen vermittelte sie »ein derartiges Gefühl der Bitterkeit und Enttäuschung«, daß sie im November 1918 »keinen Grund hatten, für die Erhaltung eines nur zu offenkundigen Protektionssystems... einen Finger zu rühren.«<sup>142</sup>

Das Kriegsende veränderte diese Differenzen und fügte ihnen zugleich neue hinzu. Die eingezogenen Ärzte kehrten aus der Armee zurück, während knapp 6000 in den Kriegsjahren approbierte Mediziner und zahlreiche Ärzte aus den Gebieten, die Deutschland verlor, sowie ehemalige Militärärzte, die den Dienst quitierten, eine Anstellung oder Niederlassungsmöglichkeit suchten.<sup>143</sup> Hinzu kamen die schon erwähnten Befürchtungen über eine Sozialisierung des Gesundheitswesens. Zwar bestätigten sie sich nicht. Die Gesundheitspolitik rangierte auf der Tagesordnung der Revolution auf einem der untersten Plätze und beschränkte sich im wesentlichen auf Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten sowie – wegen der inflationsbedingten Steigerung der Löhne und Gehälter – Anfang Dezember 1918 auf eine Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze und die Ausweitung der Möglichkeiten zur freiwilligen Selbst- und Weiterversicherung, womit der Kreis der Ersatzkassenmitglieder erheblich vergrößert wurde.<sup>144</sup> Doch schon dies galt dem Leipziger Verband als »Anfang zur Zwangskrankenversicherung des ganzen Volkes«<sup>145</sup> und, da die Entscheidung ohne Rücksprache mit den Ärzteorganisationen erfolgt war, als »ein Schlag ins Antlitz der demokratischen Idee, ein beleidigender, roher Faustschlag«<sup>146</sup> und als alarmierendes Signal für die gesundheitspolitischen Ziele und Entscheidungsprozeduren der neuen Machthaber. Allgemeine Vorbehalte gegenüber der Sozialdemokratie, die die Mehrheit der Ärzte als bürgerliche Akademiker ohnehin gehegt haben dürften, sind hierdurch vermutlich aktualisiert und verstärkt worden. Wie der selbständige Mittelstand für freie wirtschaftliche Betätigung kämpften die niedergelassenen Ärzte daher ebenfalls für die »Freiheit«, wie sie sie verstanden: gegen eine

Sozialisierung des Gesundheitswesens im allgemeinen und für die freie Arztwahl im besonderen.<sup>147</sup>

Es gab freilich auch andere Stimmen, besonders vernehmlich in Berlin, wo sich schon 1913 ein sozialdemokratischer Ärzteverein gebildet hatte. In Erscheinung traten sie in der bereits erwähnten Ärzteversammlung von 26. November 1918, offenbar zur Überraschung der Initiatoren. Die Ärztekammer wollte drei Vertreter und drei Stellvertreter wählen lassen, um sie dem Arbeiter- und Soldatenrat »behufs Aufnahme zu präsentieren«, außerdem einen dreißigköpfigen Sachverständigenrat. Doch einer der Berichterstatter und Hauptförsprecher des Ärzterates, der Sozialdemokrat Ignaz Zadek, warf den Ärzten jahrelange Verständnislosigkeit gegenüber der Arbeiterbewegung, der Sozialversicherung und dem öffentlichen Gesundheitswesen, ferner »alldeutsches Maulheldentum« und Gewinnstreben auf Kosten der armen Bevölkerungsschichten vor; sie hätten »alle Ursache..., heute Einkehr zu halten und ihr bisheriges Verhalten zu ändern«. Zadek, Tuberkulosearzt und Sozialhygieniker, schon seit dem Sozialistengesetz Mitglied der SPD und mit vielen ihrer Föhrer gut bekannt, hatte 1913 zu den Gründern des sozialdemokratischen Ärztevereins gehört und galt als einer der profiliertesten Kritiker des Gesundheitswesens und seiner Standesgenossen in der Reichshauptstadt.<sup>148</sup> Dementsprechend fiel die Reaktion auf seine Vorwürfe aus. Sie wurden unter »ungeheurem Beifall« zurückgewiesen und anschließend jegliche Beteiligung am Rätssystem in Frage gestellt, bevor nicht bekannt war, in welchem Sinne die zu Wählenden die Ärzteschaft zu vertreten gedachten. Ärzten wie Zadek gedachte die Versammlung auf keinen Fall ein Mandat zu erteilen. Außerdem wurde die Wahl eines Beirats für das Ministerium als »nicht angänglich« bezeichnet, weil er für ganz Preußen zuständig sei, aber allein von den Berliner Ärzten gewählt werden sollte, außerdem als unnötig, weil die Vertretung der Standesinteressen Aufgabe der Ärztekammer sei. Noch größerer Widerstand regte sich gegen eine Vertretung im Arbeiter- und Soldatenrat, denn – so nahm man an – »dieser Rat verlange von den Aufzunehmenden ein Bekenntnis zum sozialdemokratischen Standpunkt« – womöglich also auch zu einer Sozialisierung des Gesundheitswesens – »und werde sich mit Arztfragen überhaupt nicht befassen«. Schließlich wurde jegliche Wahl mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Die Versammlung endete »wie das Hornberger Schießen« und ging in einem »völligen Wirrwarr« vorzeitig auseinander.

Den Gedanken an einen Ärzterat ließ die Ärztekammer darauf fallen, nicht hingegen den einer Vertretung der Ärzte im Berliner Arbeiterrat. Beigetragen haben mag hierzu, daß die Berliner Militärärzte Anfang Dezember Delegierte für die Sanitätsämter und für den Arbeiter- und Soldatenrat wählten, um für eine »humane und gerechte Demobilisierung« zu sor-

gen.<sup>149</sup> Bedenken gegen eine gleiche Vertretung der zivilen Ärzte suchte die Kammer durch eine Resolution auszuräumen, die die Erwartung aussprach, »daß die verfassunggebende Nationalversammlung unverzüglich einberufen wird« und bis dahin »im Interesse der Gesundheit unseres Volkes nur solche Eingriffe in die Gesetzgebung stattfinden, die zur Beseitigung eines Notstandes unbedingt erforderlich sind.«<sup>150</sup> Eine zweite Ärzteversammlung, einberufen vom Kammervorstand »im Verein mit einer Reihe angesehener Kollegen« und von noch knapp 500 Ärzten besucht, billigte sie vierzehn Tage später mit großer Mehrheit und wählte im Listenverfahren drei Vertreter für den Arbeiterrat.

Von fern vergleichbare Konfliktlinien wie in Berlin zeichneten sich auch im Hamburger Ärzterat ab. Dieser wurde wegen der Dominanz der Militärärzte und beamteten Mediziner von den niedergelassenen Ärzten nicht als ihre Vertretung angesehen, wenn sie sich auch scheuten, »irgendwie hervortreten und Opposition zu machen.«<sup>151</sup> Erst Ende Dezember wurde öffentliche Kritik laut, nachdem der Ärzterat eine Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrates über die Honorierung von Ärzten in Notfällen gegengezeichnet hatte, die nach dem Empfinden vieler praktischer Ärzte unziemlich niedrige Sätze vorsah.<sup>152</sup> Wenig später wurde eine allgemeine Ärzteversammlung gefordert zur Wahl eines Ausschusses der praktischen Ärzte »auf demokratischer Grundlage«, der »mit der jetzigen Zeit entsprechenden Mitteln« die Interessen der Ärzte energisch vertreten sollte.<sup>153</sup>

Insbesondere die Berliner Vorfälle dürften den Leipziger Verband bewegen haben, das Aufkommen neuer Organisationen nach Möglichkeit im Keim zu ersticken. »Die Gründung neuer Vereine, Verbände, Ärzteräte usw. ist unnötig«, ließ er seine Mitglieder wissen und empfahl: »Soweit... gemeinsames Handeln notwendig ist, setzt das Bestehende ein. ... Seid auf der Hut, daß nicht durch übereilte Rücksicht auf vorübergehende verworrene Zustände unsere bewährte Organisation gefährdet wird.«<sup>154</sup> Er versuchte also den Umstand, daß die politische Umwälzung eine stärkere Vertretung der ärztlichen Interessen gegenüber politischen Instanzen und in der Öffentlichkeit notwendig machte, zur Festigung seiner eigenen Position innerhalb der Ärzteschaft zu nutzen. Die Kampagne gegen eine Sozialisierung des Gesundheitswesens diente ebenfalls diesem Zweck, wenn auch keineswegs allein. Allerdings blieb der Ton, den die Ärzteverbände hierbei anschlugen, um einiges moderater als derjenige des gewerblichen Mittelstandes. Möglicherweise deshalb, weil es außer der kleinen, aber vernehmlichen sozialistischen Opposition noch weitere Andersdenkende gab, vor allem im öffentlichen Gesundheitswesen. Jedenfalls finden sich in den Verbandsorganen gelegentlich Stimmen, die eine Sozialisierung des Gesundheitswesens befürworteten oder sich zumindest dagegen verwahrten, deren Folgen in den schwärzesten Farben zu malen.<sup>155</sup> Mitunter drapierte

die Verwendung des Begriffs »Sozialisierung« freilich lediglich die Forderung nach Beibehaltung des Status quo<sup>156</sup> oder nach Mitbestimmung der Ärzte durch Ärzteräte in den Krankenkassen analog den Betriebsräten.<sup>157</sup> Im übrigen federten die Ärzteverbände ihre Kampagne für die freie Arztwahl mit Vorschlägen für einen Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens ab, verbunden allerdings mit der Forderung, Ärzte an die Spitze der entsprechenden Behörden zu stellen.<sup>158</sup> Die Reformanregungen bedeuteten also den Versuch, »die so überaus wichtige Volksgesundheitspflege selbst in die Hand« zu bekommen, und bieten ein frühes Beispiel für den in späteren Jahren der Weimarer Republik zunehmenden Ruf »Fachleute an die Spitze!«,<sup>159</sup> hinter dem sich ebenfalls fast immer das Bestreben verbarg, die Zuständigkeit für bestimmte Politikbereiche den jeweiligen Interessengruppen auszuliefern.

Konflikte zwischen Organisationen und Räten blieben in den freien Berufen jedoch eine Ausnahme. Die Mehrzahl der Räte dürfte das Vertrauen ihrer Klientel besessen und im engen Kontakt mit deren Ortsorganisationen gestanden haben, womöglich gar von ihnen gestellt worden sein. Ihr Ziel, in die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte aufgenommen zu werden, erreichten sie in vielen Fällen, zumal in Großstädten: die Ärzte in Frankfurt und München, anscheinend auch in Berlin, später ebenfalls in Hamburg,<sup>160</sup> die Apotheker in München und Berlin,<sup>161</sup> die Ingenieure in Essen,<sup>162</sup> die Anwälte in Berlin. Deren Delegierte – unter ihnen der Geheime Justizrat Eugen Fuchs, der langjährige Vorsitzende des Centralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens – versicherten dem Arbeiter- und Soldatenrat, daß sich die rund 2000 Berliner Anwälte »im vaterländischen Interesse der neuen Reichsregierung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zu gemeinschaftlicher Mitarbeit zur Verfügung stellen«, und bekannten sich zur Überwindung der Klassengegensätze, allerdings auch zur baldigen Einberufung der Nationalversammlung und – ungewöhnlich genug für Vertreter des Bürgertums Mitte November 1918 – zuvor einem Kongreß aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte zur Bildung einer Zentralorganisation der Räte, »die sich eine bestimmte Geschäftsordnung gebe und Disziplin halte«. Ob ihre Zuhörer das moderierende Kalkül dieses Vorschlags durchschauten oder nicht – jedenfalls erregten beide Anwälte wiederholt lärmenden Widerspruch und konnten trotz aller Eloquenz viele Arbeiter und Soldaten nicht von dem Verdacht abbringen, sie seien »Schergen der alten Regierung«, die sich an die neue Volksregierung herandrängten.<sup>163</sup>

Gerade im Falle Fuchs' war dieser Verdacht freilich unbegründet. Namentlich das jüdische Bürgertum, das im Kaiserreich allen kulturellen, wissenschaftlichen und ökonomischen Leistungen und allen Assimilationsversuchen zum Trotz die volle Gleichberechtigung nicht erreicht hatte und

stets gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt geblieben war, begrüßte wenn schon nicht die Revolution als solche, so doch die Chance des staatlichen Neuaufbaus und gehörte zu den entschiedensten und verlässlichsten Anhängern der Demokratie und eines Ausgleichs von Bürgertum und Arbeiterschaft. Sein starkes Engagement in der DDP belegt dies aufs deutlichste.<sup>164</sup> Auch daß einzelne Gruppen der freien Berufe in diesen Wochen der Revolution einmütig feindlich gegenüberstanden und ihre Organisationen einschließlich der Räte ausschließlich konservativ-reaktionäre Ziele verfolgt hätten, wäre eine ganz unzutreffende Annahme. Gewiß gab es solche Tendenzen. Aber in allen Gruppen gab es auch andere, die sich zur konstruktiven Mitarbeit im neuen Staat bereit erklärten; und sie artikulierten sich in diesen Wochen besonders deutlich, mochten sie vielleicht auch die schwächeren sein. Unter den Anwälten zum Beispiel tauchten alsbald Reformforderungen auf, die vor der Revolution vergeblich erhoben worden waren. So verlangte der Berliner Anwaltverein eine Liberalisierung der Zulassungsbestimmungen für Anwälte und Notare, eine Mitwirkung der Anwaltskammern im Rechtsleben und eine eigene Ehrengerichtbarkeit.<sup>165</sup> Manche Reformbestrebungen nahmen jetzt ebenfalls organisatorische Gestalt an, zum Beispiel in der Vereinigung zur »Förderung einer freiheitlichen Ausgestaltung des Straf- und Disziplinarrechts, der Strafrechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der neuen, von sozialer Menschlichkeit erfüllten Zeit«, getragen von engagierten Berliner Strafverteidigern in der fast euphorischen Überzeugung, »noch nie« sei die »Aussicht, Grundstürzendes und Grundlegendes zu schaffen, so groß gewesen wie in diesem Augenblick.«<sup>166</sup> Auch politische Zusammenschlüsse ließen nicht lange auf sich warten. Den Anfang machte eine Arbeitsgemeinschaft »rechtskundiger Sozialisten« – Anwälte, Richter, Staatsanwälte, die einer sozialistischen Partei angehörten, ferner Gewerkschafts- und Parteisekretäre mit einschlägigen Erfahrungen –, um »die gesamte Rechtsordnung im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus zu durchdenken und praktisch auszugestalten und hierfür Verständnis, besonders im Juristenstande, zu wecken.«<sup>167</sup>

Unter den Ingenieuren ließen sich ähnliche Stimmen vernehmen. Die Angehörigen dieser Berufsgruppe hatten sich unter dem alten Regime nicht im gleichen Maße gefördert und geschützt gefühlt wie diejenigen anderer akademischer Berufe und Mittelstandsgruppen, vielmehr unter vielfältiger, wenn auch eher subtiler Diskriminierung gelitten, etwa gegenüber den Juristen – in der Ausbildung, in den Karrierechancen des öffentlichen Dienstes, im politischen Leben und im gesellschaftlichen Ansehen.<sup>168</sup> Überdies hielten sie sich aufgrund ihrer Ausbildung und beruflichen Tätigkeit ein nüchterneres politisches Urteil zugute als politisch engagiertere Berufsgruppen. Die in der Industrie tätigen Ingenieure glaubten sich zudem in besonderem Maße berufen, »in sozialem Sinne ausgleichend zu wirken« und »den rech-

ten Weg zwischen den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter und den harten Wirklichkeitsforderungen, die der Arbeitgeber im Interesse der Aufrechterhaltung seines Betriebes zu stellen verpflichtet ist, zu finden«. <sup>169</sup> Als überwiegend abhängig Beschäftigte fühlten sie sich durch den Umsturz, selbst durch Sozialisierungsparolen, ökonomisch weniger bedroht als Ärzte und Apotheker. Schließlich erblickten die Ingenieure sowohl in der Demobilisierung als auch im wirtschaftlich-industriellen Neu- und Wiederaufbau Deutschlands besondere professionelle Herausforderungen und Chancen – von der Umrüstung und Modernisierung der Fabriken für die Friedensproduktion und die Rückeroberung von Exportmärkten mit neuen, technisch überlegenen Produkten über die Wiederherstellung und Weiterentwicklung von Verkehrs- und Energieversorgungssystemen bis zur Mechanisierung der Landwirtschaft. Der Verein Deutscher Ingenieure stellte sich daher »freudig... in den Dienst unseres Volkes«, <sup>170</sup> und durch alle Verhandlungen seiner Bezirksvereine ging in den Revolutionswochen ein »unüberwindlicher, fester Glaube an die Zukunft Deutschlands«. <sup>171</sup> Daß es auch unter den Ärzten neben der Furcht vor einer Sozialisierung des Gesundheitswesens die Befürwortung gesundheitspolitischer Reformen gab, ist im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Bildung eines Ärzterates in Berlin bereits erwähnt worden; doch galt dies nicht allein für Berlin. <sup>172</sup>

Über die Wirksamkeit der Delegierten von Räten bürgerlicher Berufsgruppen in den Arbeiter- und Soldatenräten ließ sich wenig ermitteln. Sofern sie überhaupt eine nennenswerte Rolle spielten, beschränkten sie sich in der Regel wahrscheinlich darauf, mit dafür zu sorgen, daß die drängendsten Alltagsprobleme wie die Lebensmittel- und Energieversorgung, Transport- und Demobilisierungsfragen einigermaßen gelöst wurden. Auch von einer eigenständigen Tätigkeit dieser Räte finden sich kaum Spuren, vermutlich vor allem deshalb, weil die anfänglich befürchteten Eingriffe der Arbeiter- und Soldatenräte in ihre jeweiligen Interessensphären entweder ausblieben oder weit glimpflicher ausfielen als erwartet und weil die Berufsorganisationen die Vertretung der Gruppeninteressen auch in den Revolutionswochen nicht aufgaben, vielmehr die Wirren zu ihrer eigenen Stärkung ausnutzten.

## *Künstler*

Eigenartig verlief die Organisationsentwicklung unter den Angehörigen künstlerischer Berufe, die unter den freien Berufen eine Sonderstellung einnahmen. <sup>173</sup> Vor 1914 hatte sich ihr Organisationswesen nur schwach ent-

wickelt. Die Gruppe der freien Künstler war zu klein, in sich zu heterogen, ihre Produkte waren zu singulär und unvergleichlich, deren ökonomische Verwertung zu unterschiedlich, als daß eine wirkungsvolle kollektive Interessenvertretung aussichtsreich gewesen wäre. Künstlerorganisationen hatten sich vor 1914 daher vorzugsweise auf lokaler Ebene entwickelt, zur Unterstützung besonders notleidender Gruppenangehöriger, für die bildenden Künstler außerdem zur Organisierung von Ausstellungen und zur Verbesserung der räumlichen Arbeitsbedingungen. Die Gelder hierfür erbrachten unter anderem rauschende Feste, auf denen sich das betuchte Bürgertum amüsierte und einen Hauch Libertinage und Verruchtheit atmete. Eine Ausnahme machten die Schriftsteller, soweit es um die Urheber- und Verwertungsrechte an ihren Werken ging. An der Verbesserung ihrer Rechtslage waren sie alle interessiert, gleichgültig ob Lyriker oder Krimiautor. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren daher zahlreiche Schriftstellervereinigungen entstanden – lokale, regionale und fachspezifische wie der Verband deutscher Bühnenschriftsteller und das Kartell lyrischer Autoren, aber auch einige übergreifende Reichsverbände.<sup>174</sup>

Anders sah die Situation der reproduzierenden Künstler aus, der Schauspieler und Orchestermusiker. Sie arbeiteten überwiegend in Ensembles unter jeweils ähnlichen Bedingungen. Oft war ihr Arbeitgeber mittelbar oder unmittelbar die öffentliche Hand – der Monarch, der Staat oder eine Kommune, zum Beispiel in den meisten Hof- und Stadttheatern, auch in manchen Vergnügungsbetrieben für die höheren Stände in eleganten Badeorten. Zahlreiche Musiker standen als Heerespauker, Regimentstrompeter usw. in militärischen Diensten; denn zur Selbstdarstellung der Armeen aller deutschen Bundesstaaten gehörten bis 1914 eigene Militärkapellen, Anfang des Jahrhunderts insgesamt rund 550 mit ca. 18 000 Angehörigen, etwa einem Viertel aller damaligen Orchestermusiker.<sup>175</sup> Viele Theater, die meisten Ensembles der Unterhaltungsmusik, sogar manche Symphonieorchester wurden jedoch von privaten Unternehmern betrieben. Unter Schauspielern und Musikern fanden sich daher schon frühzeitig Ansätze zur gemeinsamen Interessenvertretung, auch solche mit gewerkschaftlicher Orientierung. Bereits 1871 war die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger als Interessenverband der Schauspieler gegründet worden; sie zählte bei Kriegsbeginn rund 12 000 Mitglieder.<sup>176</sup> Seit 1884 bestand der Allgemeine deutsche Chorsängerverband mit 1913 ca. 2600 Mitgliedern; seinen Kern bildeten die an den besseren Stadttheatern engagierten Opernchorsänger. Die Orchestermusiker hatten schon Ende der sechziger Jahre mit der Gründung lokaler Berufsorganisationen begonnen; 1872 schlossen sie sich auf Reichsebene zum Allgemeinen Deutschen Musikerverband zusammen, der es bis 1905 auf rund 12 000 Mitglieder brachte und damit etwa 25 % der Zivilmusiker erfaßte. Seit 1902 bestand daneben auch eine freige-



werkschaftliche Musikerorganisation; mit weniger als 1000 Angehörigen blieb sie jedoch vor 1914 von nur marginaler Bedeutung.<sup>177</sup>

Bis zum Ersten Weltkrieg erzielten die Organisationen nur bescheidene Erfolge. Die Schauspieler unterlagen dem Gesinde- und Dienstbotenrecht und befanden sich gegenüber den Theaterdirektoren in einem völligen Abhängigkeitsverhältnis. Ihre Arbeitsbedingungen diktierte der Bühnenverein, eine Art Arbeitgeberverband der öffentlichen und privaten Theater. Tarifverträge gab es nicht. Die Gagen lagen jämmerlich niedrig; dabei waren nur 60% fixiert, der Rest sogenannte Spielgelder, die im Krankheitsfalle wegfielen. Aufwendungen für Kostüme und Reisen hatten die Schauspieler selbst zu tragen. Für Streitigkeiten war allein eine Schiedsstelle des Bühnenvereins zuständig. Forderungen der Bühnengenossenschaft nach einem Reichstheatergesetz scheiterten vor 1914.<sup>178</sup>

Die Durchschnittseinkünfte der Orchestermusiker entsprachen vor dem Krieg etwa denjenigen von Volksschullehrern und kleinen Angestellten, allerdings mit erheblichen Unterschieden sowohl zwischen einzelnen Orchestern – etwa zwischen den Berliner Philharmonikern und einer Variétékapelle – als auch, nach Position und Alter, innerhalb der Ensembles. Ihr soziales Ansehen war durchweg gering, ausgenommen das mancher Spitzenkräfte, und widersprach dem Selbstverständnis als Künstler, das viele Orchestermusiker kultivierten. Auch ihr rechtlicher Status schwankte zwischen dem des freien Künstlers und demjenigen des Angestellten entsprechend der Gewerbeordnung; bis 1914 blieb er ungeklärt. Die Arbeitsverträge waren durchweg befristet, die Fluktuation entsprechend hoch, ebenfalls die Konkurrenz vor allem durch sogenannte Lehrlingskapellen aus Musikschülern und durch die Militärmusiker. Trotz vieler Vorstöße des Allgemeinen Deutschen Musikerverbandes blieb dieser Zustand bis 1914 bestehen. Die Hochschätzung alles Militärischen hielt die Regierungen davon ab, den Militärmusikern die lukrativen Nebenbetätigungen zu untersagen.<sup>179</sup>

Der Krieg verschlechterte noch die ökonomische Lage vieler Künstler. Mit der Einberufung von Angehörigen der wohlhabenden Schichten und der Verarmung weiter Kreise des Bürgertums infolge der einsetzenden Geldentwertung verfiel der Markt für ihre Produkte. Direkte und indirekte Subsidien wie Einladungen und Erholungsaufenthalte bei befreundeten Familien auf dem Land wurden seltener oder blieben ganz aus. Papierknappheit und -verteuerung beeinträchtigten Publikationsmöglichkeiten und Honorierung der Schriftsteller.<sup>180</sup> Verschlechterung, Verteuerung und zunehmende Knappheit der Lebensmittel, bald auch Kohlenmangel nahmen den Caféhäusern und Kneipen die gewohnte Behaglichkeit. Infolgedessen lösten sich Gruppenbeziehungen. Außerdem wurden viele jüngere Künstler eingezogen. Manche von ihnen fielen – August Macke mit nur 27 Jahren

schon im September 1914, Franz Marc mit 36 Jahren im März 1916 vor Verdun.<sup>181</sup> Andere verließen die Großstädte und zogen aufs Land, wo die Ernährungsverhältnisse meist besser waren. Einige kehrten Deutschland ganz den Rücken und emigrierten, vorzugsweise in die Schweiz, die vorübergehend zum einzigen Ort in Europa avancierte, wo internationale Begegnungen von Künstlern und Intellektuellen noch möglich waren oder – erzwungenermaßen – sich neu ergaben; Zürich wurde die heimlich Hauptstadt des europäischen Geistes.<sup>182</sup> Die Lage der reproduzierenden Künstler verschlechterte sich ebenfalls empfindlich. Viele Theater schlossen; am Ende des ersten Kriegsjahres war die Hälfte aller Schauspieler arbeitslos. Als die meisten Theater nach einiger Zeit wieder öffneten, mußten die Schauspieler sich oft mit einer Herabsetzung der Gagen und einer Verkürzung der Engagementsdauer abfinden. Zahlreiche Prinzipale hielten an dieser Praxis auch fest, als mit zunehmender Kriegsdauer das Bedürfnis nach Ablenkung und Zerstreuung wieder so zunahm, daß die Theater gute Geschäfte und manche ihrer Besitzer zu Kriegsgewinnlern machten.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges brachten das Organisationswesen der Künstler in Bewegung. Die Bühnengenossenschaft trat 1917 der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände bei, die ihrerseits der Generalkommission angehörte, der Dachorganisation der sozialistisch orientierten Gewerkschaften. In Preußen schlossen sich die Dichter-, Schriftsteller- und Journalistenverbände im März 1918 in einem Dachverband zusammen.<sup>183</sup> Doch bis Kriegsende vermochten sie die Lebensbedingungen ihrer Mitglieder nicht zu verbessern. Im November 1918 charakterisierte Oskar Loerke die Situation der freien Künstler mit dem Satz: »Nach unserer Lebenshaltung sind wir zumeist Proletarier – nach unserer Erziehung sind wir Bürger.«<sup>184</sup>

Auch politisch führten viele Künstler innerhalb des Bürgertums eine Randexistenz, jedenfalls viele der freien. Vor 1914 fanden sich unter ihnen das größte Potential an Kritik, an radikalem Widerspruch gegen gesellschaftliche und politische Zustände des Kaiserreichs und die hellstichtigste Wahrnehmung der katastrophalen Entwicklungsmöglichkeiten, die sie in sich bargen. Manche Bilder Ludwig Meidners, einige Texte des Expressionismus wirken nachgerade prophetisch. In ihrer Kritik traf sich die Kunst an manchen Punkten mit der Sozialdemokratie, in der Frage erstrebenswerter Alternativen freilich weit weniger. Viele Künstler hielten sich daher von der Arbeiterbewegung fern, auch deshalb, weil ihnen die meisten Sozialdemokraten unerträglich kleinbürgerlich vorkamen, die sozialdemokratischen Organisationen entsetzlich muffig und engherzig und selbst mit wesentlichen Zügen der Welt behaftet, die sie bekämpften. Zu erklärten Kriegsgegnern wurden indessen nicht alle Künstler. Viele stimmten in den nationalistischen Rausch, in die Verherrlichung des Krieges und in die

Haßtraden gegen die Feindmächte ein, die in den Anfangsmonaten des Krieges Hochkonjunktur hatten; viele unterstützten auch die Expansionsziele von Großindustrie, Landwirtschaft und politischer Rechter. Die sogenannte Intellektuelleneingabe vom Sommer 1915, die zur Sicherung der »Weltgeltung« Deutschlands hohe Kriegsentschädigungen von England und Frankreich, die Abtretung russischen Siedlungslandes, die dauernde deutsche Beherrschung Belgiens und der französischen Kanalküste sowie die Erweiterung der deutschen Kolonien forderte, trug bei insgesamt 1341 Unterzeichnern die Unterschriften von nicht weniger als 252 Künstlern, Schriftstellern und Verlagsbuchhändlern.<sup>185</sup> Als mit zunehmender Kriegsdauer die Opfer und Entbehrungen wuchsen und die nationalistische Euphorie verflieg, wurden solche Äußerungen freilich seltener, und es hat den Anschein, als sei unter den Künstlern die Zahl derer größer gewesen als in anderen bürgerlichen Gruppen, die das Grauen der Kriegsrealität nicht verdrängten, sich auch von den unsichtbaren Folgen des Krieges wie der Unterbrechung internationaler Kontakte, dem Aufbau massiver Feindbilder und der psychischen Abstumpfung und Verrohung erschüttern ließen und mit ihrer Arbeit dazu beitragen wollten, daß der Krieg ein Ende nahm und seine Wiederholung ausgeschlossen wurde.

Dennoch lösten die militärische Niederlage und der politische Umsturz keineswegs bei allen Künstlern Zustimmung oder gar Begeisterung aus. Nicht wenige empfanden Trauer über den Untergang des »alten Europa« (Stefan Zweig) und tiefe Sorge über die Zukunft. Manche fühlten sich auch der bürgerlichen Gesellschaft so eng verbunden, daß sie nur wenig Genugtuung darüber zu empfinden vermochten, daß die politische Macht überwiegend proletarischen Arbeiter- und Soldatenräten in die Hand gefallen war. Aber es gab auch Erleichterung über das Ende des Krieges und den Zusammenbruch des autoritären Regimes, das vielen Künstlern als geistfeindlich vorgekommen war, nicht zuletzt aufgrund ihrer Scherereien mit Polizei, Zensurbehörden und Gerichten wegen Majestätsbeleidigung oder Verstößen gegen die obrigkeitlichen Interpretationen von Sitte und Anstand.<sup>186</sup> Es gab Befriedigung über das Ende der Klassenherrschaft und Genugtuung über die schmachvolle Niederlage der Militärs, die in der Vorkriegsgesellschaft, zumal in Preußen, eine so dominierende Rolle gespielt hatten, schließlich Freude, bisweilen sogar Enthusiasmus. Während viele derer, die im August 1914 der nationalistischen Massenpsychose verfallen waren und dieses »Augusterlebnis« noch Jahre später als Höhepunkt ihres politischen Gefühlslebens feierten, in Depression und Ressentiments versanken, sahen einige der wenigen, die über den Kriegsausbruch verzweifelt gewesen waren, jetzt eine neue Epoche der deutschen, europäischen oder gar der Menschheitsgeschichte anbrechen. »Nie hatte die Sonne also über Deutschland gestanden«, schrieb René Schickele, der als Elsässer unter dem

Krieg zwischen Deutschland und Frankreich besonders gelitten hatte. »Eine Sonne wie die des November 1918 bleibt unvergeßlich jedem, der sie damals gesehen hat, als wäre sie ein neues Feuer am Himmel gewesen«. <sup>187</sup> Selbst Rilke, politischen Bewegungen gegenüber durchweg sehr zurückhaltend, faßte zum Umsturz zunächst »eine gewisse rasche und freudige Zuversicht« <sup>188</sup> und fühlte sich »ergriffen... und... auf eine Art von Zukunft zubewegt«. <sup>189</sup> Obwohl sich bald auch skeptische Stimmen meldeten, <sup>190</sup> bleibt doch der Eindruck, daß unter den Künstlern insgesamt mehr Zustimmung zur Revolution und mehr Bereitschaft zur Beteiligung am Aufbau einer neuen Gesellschaft und eines neuen Staates lebten als in den meisten anderen Gruppen des Bürgertums. <sup>191</sup>

Dies prägte auch ihr Organisationsverhalten in der Novemberrevolution. Wie andere bisher wenig organisierte Berufsgruppen schlossen sie sich schleunigst zur gemeinsamen Vertretung ökonomischer und sozialer Interessen zusammen, allerdings mit stärkerer Orientierung an der Arbeiterbewegung. In besonderem Maße war dies in München der Fall, einer Metropole der Kunst und zugleich der Stadt, in welcher an die Spitze der Revolutionsregierung mit Kurt Eisner ein Mann gelangte, der als Intellektueller, Schriftsteller und Kunstkritiker von Rang selbst den Künstlern nahestand und fast als einer der ihnen betrachtet werden konnte. Hier gründeten noch im November 1918 die Künstlerorganisationen die Künstlergewerkschaft Bayern zur »Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Künstler« vor allem auf gesetzlichem Wege. <sup>192</sup> Unter den Gründungsmitgliedern fanden sich viele klangvolle Namen des damaligen Münchener Kulturlebens wie Heinrich und Thomas Mann, die Komponisten Hans Pfitzner und Hermann Zilcher, der Dirigent Bruno Walter, der Sänger Karl Erb, die Akademieprofessoren von Marr, von Stieler und Franz von Stuck und der Schauspieler Victor Schwanncke. Die Gremienarbeit überließen sie freilich weniger berühmten Kollegen. <sup>193</sup> Als oberstes Organ war ein »Kunstparlament« aus Abgeordneten der verschiedenen Kunstgattungen vorgesehen, das jährlich tagen sollte; einstweilen wurde ein fünfzehnköpfiger Arbeitsausschuß gebildet. Eisner sagte der Künstlergewerkschaft bereits bei der ersten Unterredung die Anerkennung »als einzige berufene Stelle zur Vertretung der Künstler in wirtschaftlichen Fragen« zu, gestand ihr vier Sitze im provisorischen Nationalrat zu, außerdem ständige Fühlungnahme mit den Ministerien und beauftragte sie, Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Künstler auszuarbeiten. <sup>194</sup>

Die Künstlergewerkschaft machte sich mit bemerkenswertem Eifer an die Arbeit. Bereits Mitte Dezember 1918 nominierte sie vier Kontaktleute für die Ministerien. <sup>195</sup> Am 3. Januar 1919 trug sie dem Nationalrat in einer denkwürdigen Sitzung ihre Forderungen vor <sup>196</sup> – denkwürdig deshalb, weil ein Revolutionsgremium trotz politischer Erregung, Wahlkampf und

Putschgerüchten, 20000 Arbeitslosen allein in München und außerordentlicher Versorgungsschwierigkeiten<sup>197</sup> sich mehrere Stunden Zeit nahm, um die sozialen Probleme der Künstler zu erörtern, und der Sozialminister, der Militärminister und selbst der Ministerpräsident diese für wichtig genug hielten, sich ausführlich zu äußern. Denkwürdig auch deshalb, weil es sich um die erste Parlamentsdebatte über Fragen der Kunst und der Künstler seit der Frankfurter Nationalversammlung 1848 handelte. Für das Verhältnis von Kunst und Politik im Lande der Dichter und Denker ist es immerhin bezeichnend, daß bis 1919 zweimal eine Revolution hierzu den Anstoß gab. Die zentrale Forderung bezog sich für alle Sparten auf die gesetzliche Einführung einer Kranken-, Invaliden-, Unfall-, Alters-, Arbeitslosen- und Hinterbliebenenversicherung, gespeist aus zweckgebundenen Abgaben bei Theater- und Konzertaufführungen, beim Verkauf von Büchern, Schallplatten, Werken der bildenden Kunst usw., also aus »den Arbeitsleistungen der Künstler selbst«.<sup>198</sup>

Für die Theater wurden außerdem die Verstaatlichung und Selbstverwaltung durch Schauspieler gefordert, Mindestgagen und öffentliche Finanzkontrolle zur Eindämmung der »autokratischen Willkür« und privaten Bereicherung der Direktoren, Abschaffung der Theateragenten zugunsten einer staatlichen Stellenvermittlung, eine Hochschule für Schauspielkunst und Befähigungsnachweise für Schauspieler, besondere Kammern bei den ordentlichen Gerichten zur Entscheidung von Streitigkeiten und staatliche Inspektoren nach dem Vorbild der Gewerbeaufsicht zur Kontrolle der hygienischen und baulichen Zustände der Theater. Die bildenden Künstler wünschten sich mehr Ausstellungsmöglichkeiten, staatliche Regelung des Kunsthandels zum Schutz vor Übervorteilungen, Einstellung von Künstlern in den öffentlichen Dienst, sofern einschlägige Fachkenntnisse benötigt wurden, zum Beispiel als Museumsdirektoren, staatliche Ankäufe auch von Werken der Moderne, die Reservierung eines bestimmten Prozentsatzes der Mittel öffentlicher Bauten für künstlerischen Schmuck, Wettbewerbsausschreibung nebst obligatorischer Beauftragung des ersten Preisträgers, Verbot der Konkurrenz beamteter gegenüber freien Architekten sowie eine staatliche Gebührenordnung. Die Wünsche der Musiker umfaßten eine staatliche Kontrolle der Anstellungs- und Entlohnungsverträge für Orchestermusiker, ein Verbot des Gewerbebetriebs durch Laien- und Lehrlingsorchester sowie eine Einschränkung der Konkurrenz durch Militärkapellen, eine Reform des Agenturwesens, Lehrbefähigungsnachweise für Privatmusiklehrer und staatliche Kontrollen der Privatmusikschulen sowie eine Hebung des musikalischen Fachunterrichts für Orchestermusiker einschließlich obligatorischer Fortbildung. Auf der Wunschliste der Schriftsteller standen eine Reform der Urheber- und Verlagsgesetze, die Heranziehung von Autoren bei der Bekämpfung der Schundliteratur und

eine Förderung der Gegenwartsliteratur, auch durch Aufnahme in die Schulbücher, die bis dahin den Eindruck vermittelten, »so ungefähr nach dem Tod des alten Goethe habe die Literatur aufgehört«. <sup>199</sup>

Diese Forderungen sind hier stichwortartig referiert worden, weil zum einen eine moderne Sozialgeschichte der Künstler noch aussteht und zum anderen sie teilweise überraschend aktuell klingen. Zwar sagte Eisner in einer langen Rede ihre möglichste Verwirklichung zu – nur nicht die Einführung von Befähigungsnachweisen, um nicht »Assessoren der Bühnenkunst, Referendare und Oberlandesgerichtsräte der Musik« zu produzieren. <sup>200</sup> Aber seine Regierungszeit war viel zu kurz, als daß er größere Schritte zu ihrer Realisierung hätte unternehmen können. Seine Nachfolger dachten kaum daran, um so weniger, als die Beteiligung von Intellektuellen und Schriftstellern an der Münchener Räterepublik es wenig später politisch kaum noch opportun erscheinen ließ, staatliche Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Lage der Künstler vorzuschlagen.

Auch auf Reichsebene erging im Dezember 1918, formuliert von Hermann Sudermann, eine Aufforderung zum Zusammenschluß der Berufsvereinigungen von freien Schriftstellern, Journalisten, bildenden Künstlern und Komponisten in einem »gleicherweise von der Regierung und von den Berufsgenossen anerkannten Rat geistiger Arbeiter«. <sup>201</sup> Anscheinend ist er tatsächlich zustande gekommen. Aber Spuren seiner Wirksamkeit finden sich nirgends. Vermutlich war er locker und nur von kurzer Dauer.

Neben solchen Organisationsbildungen kam es unter den Künstlern verbreitet auch zur Bildung von Räten. Im Unterschied zu den Räten anderer freier Berufe scheinen die Künstlerräte meist unabhängig von den Organisationen entstanden und geblieben zu sein. Zudem sympathisierten sie weit mehr mit der Revolution und verfolgten in deutlich stärkerem Maße politisch progressive Ziele. In Dresden konstituierte sich kurz nach dem Umsturz ein »Provisorischer revolutionärer Künstlerrat«. <sup>202</sup> Er übernahm die Leitung der staatlichen Kunstakademie, setzte ihre alten Gremien ab und proklamierte eine Reform des Ausstellungswesens sowie eine gerechte Verteilung von Räumen und Flächen. Am 17. November 1918 veranstaltete er eine allgemeine Künstlerversammlung, in der antikapitalistische Töne und Zustimmung zur Revolution laut wurden und die Aufforderung an die Künstler erging, sich »das bildungshungrige und bildungsfähige Volk zu erwerben«. <sup>203</sup> Ein Arbeiterrat bildender Künstler wurde gegründet, der auf einen Zusammenschluß mit den übrigen Künstlergruppen hinarbeiten sollte. Mit der Gründung eines Einheitsverbandes bildender Künstler Dresdens aus allen Künstlervereinen der Stadt wurde dieser Mitte Dezember verwirklicht. In Berlin wurde ein Arbeitsrat für Kunst ins Leben gerufen, unter anderem von Erich Heckel, César Klein, Georg Kolbe, Käthe Kollwitz, Emil Nolde, Christian Rohlfss, Karl Schmitt-Rottluff, Bruno

Taut sowie dem Präsidenten der Freien Sezession, Theo Brockhusen. Geführt von Walter Gropius, strebte er gleichfalls die Bildung einer einheitlichen Künstlerorganisation an.<sup>204</sup>

Auch aus Hamburg, Leipzig, Köln, Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe und München ist die Gründung von Künstlerräten überliefert.<sup>205</sup> Der Frankfurter Rat umfaßte alle Sparten – Theater und Literatur, Musik und Konzertwesen, bildende Kunst und Kunsterziehung –, während der Münchener sich auf die bildenden Künstler beschränkte.<sup>206</sup> Er wollte von der Regierung in allen Fragen von künstlerischer Bedeutung gehört und beteiligt werden, insbesondere beim Design von Briefmarken, Münzen und Banknoten und bei Ankäufen durch staatliche Museen und Sammlungen.<sup>207</sup> Auch eine Reform der Akademie und der Kunstgewerbeschule sowie eine Reorganisation des Kunstunterrichts nahm er sich vor. Eine große öffentliche Veranstaltung hierzu endete allerdings als Fiasko. Eisner hielt zwar eine glänzende Rede.<sup>208</sup> Aber kaum hatte er geendet, war nach einem Augenzeugenbericht »auch schon alles durcheinander. Man beschimpfte sich gegenseitig, man hinderte sich am Reden. Ein wahlloses Gezeter gegeneinander hub an. Jeder schrie, jeder fuchtelte, jeder redete auf seinen Tisch ein«. In einem »wahren Orkan von Geschrei« ging man schließlich auseinander.<sup>209</sup> Trotzdem wurde der Rat von der Regierung als Vertretung der bildenden Künstler anerkannt.<sup>210</sup>

Vielen Künstlern ging es während der Revolution jedoch nicht allein und oft nicht einmal in erster Linie um eine Verbesserung ihrer materiellen Situation und Arbeitsbedingungen, sondern um Mitarbeit an einem politischen und gesellschaftlichen Neuanfang. Sie suchten daher die Kooperation mit Gleichgesinnten auch außerhalb der eigenen Reihen. Manche engagierten sich deshalb in Arbeiter- und Soldatenräten wie Gustav Landauer, Ernst Toller und Erich Mühsam in München, Bert Brecht in Augsburg, der Worpsweder Maler Heinrich Vogeler in Osterholz bei Bremen und Friedrich Wolf im Zentralrat der sächsischen Arbeiter- und Soldatenräte.<sup>211</sup> Einen anderen Weg wies die Bildung von Künstlergruppen mit politischer Zielsetzung. Ein Beispiel hierfür bietet die sogenannte Novembergruppe, zu der sich namhafte Künstler der Linken, unter ihnen die Maler Pechstein, Feininger, Kandinsky, Meidner, Grosz, Nagel, Rudolf Schlichter und Otto Dix, die Architekten Peter Behrens, Gropius und van der Rohe sowie die Komponisten Kurt Weill und Hanns Eisler zusammenschlossen. Sie stellte sich »auf den fruchtbaren Boden der Revolution« und proklamierte einen Mitspracheanspruch in öffentlichen Angelegenheiten der Kunst, Architektur, Erziehung und Kulturpolitik. Anfang 1919 entstand in Berlin ferner eine Genossenschaft bildender Künstler mit dem Ziel, die Werke ihrer Mitglieder unter Ausschaltung des Zwischenhandels zu vertreiben.<sup>212</sup> Einen dritten Weg bot der Zusammenschluß von Künstlern

mit Intellektuellen und Wissenschaftlern. Unter meist eher konservativem Vorzeichen wurde er auf lokaler Ebene in Gestalt der Räte geistiger Arbeiter beschritten.<sup>213</sup> Auf Reichsebene versuchte das gleiche der Bund deutscher Gelehrter und Künstler. Er war bereits 1917 von Gegnern der Annexionspolitik und inneren Reaktion gegründet worden, hatte bis Kriegsende jedoch keine größere Bedeutung entfaltet. Jetzt traten ihm manche Träger klangvoller Namen bei; auch seine organisatorischen Konturen wurden deutlicher. Aber mit einem Spektrum politischer Orientierungen von den Linksliberalen bis zu den Konservativen konnte er kein Profil und folglich kaum Resonanz gewinnen.<sup>214</sup>

Praktische Erfolge der Künstlerorganisationen und Künstlerräte in den Revolutionswochen ließen sich kaum ermitteln.<sup>215</sup> Für die Revolutionsregierungen hatten kulturpolitische Neuerungen und eine Verbesserung der sozialen Lage der Künstler nur untergeordnete Bedeutung – mit der bemerkenswerten Ausnahme Eisners. Im übrigen brauchte die Realisierung der Künstlerforderungen gesetzliche Grundlagen, administrative Stützen und finanzielle Mittel. Selbst bei gutem politischem Willen war dies in wenigen Wochen nicht zu schaffen. Im weiteren Verlauf der Weimarer Republik jedoch wurden zahlreiche Wünsche und Anregungen aus der Revolution aufgegriffen und immerhin teilweise umgesetzt. Folgenlos waren sie also nicht.<sup>216</sup>

Nur im Bereich des Theaters zeitigten sie schon während der Revolution praktische Wirkungen. Geleitet von Intendanten, die das Vertrauen der Monarchen besaßen, selbst dem Establishment angehörten und, um ihre Position nicht zu verspielen, künstlerisch selten Wege einschlugen, auf denen ihrem adlig-gutbürgerlichen Publikum unziemliche Provokationen drohten, hatten namentlich die Hoftheater bis zur Revolution vornehmlich der Erbauung und Selbstdarstellung der tonangebenden Gesellschaftskreise gedient. Die Intendanten regierten wie kleine Monarchen und bezogen feste Gehälter von vergleichsweise fürstlicher Höhe; Mitbestimmung war ein Fremdwort. Nur große Stars, um die sich alle Bühnen rissen, konnten sich einige Freiheiten herausnehmen. Als die Throne der Monarchen stürzten, kam das Protestpotential zum Ausbruch, das sich an den Theatern angesammelt hatte. Oft schlossen sich die Schauspieler zu Räten zusammen, setzten die Intendanten ab und nahmen die Leitung selbst in die Hand. Da die neuen Machthaber die Intendanten selten für ähnlich unentbehrlich hielten wie Spitzenbeamte, gaben sie diesen Aktionen in vielen Fällen ihren Segen. Anfänglich vereinigten die Räte in den Theatern verschiedene Funktionen: einmal diejenige von Gewerkschaftsgruppen oder einer Art Betriebsgewerkschaft zur innerbetrieblichen Vertretung ökonomischer und sozialer Forderungen; zum anderen entsprachen sie den Betriebsräten in Industriebetrieben als Organe zur Mitbestimmung in organi-



satorischen, kaufmännischen, personellen und künstlerischen Angelegenheiten; in einigen Fällen übernahmen sie auch Leitungsfunktionen. Insofern wurde das Schlagwort von der »Sozialisierung« der Theater Realität. Freilich eine problematische, denn die übrige Gesellschaft, für die die Theater spielten und von der sie finanziert wurden, wurde einstweilen nicht gefragt.

Im Münchener Hoftheater, zu dem die Oper und das Schauspielhaus gehörten, setzte am 9. November 1918 eine Personalversammlung den Intendanten und einige Verwaltungsbeamte ab, wählte einen Schauspieler, Victor Schwannecke, als ihren Sprecher und bestimmte ihn zur Übernahme der Theaterleitung.<sup>217</sup> Schwannecke bot daraufhin einem namhaften Kollegen, Albert Steinrück, die Direktion des Schauspielhauses an und bat den Generalmusikdirektor Bruno Walter, diejenige der Oper zu übernehmen. Während Steinrück sogleich akzeptierte, befürchtete Walter, daß »eine Art von Räteystem im Theater« ihn künstlerisch einengen könnte. Im Interesse der Kontinuität der Opernarbeit aber sagte auch er schließlich zu. Um einer Politisierung des Theaters – es hieß fortan Nationaltheater – vorzubeugen, sorgte er dann im Zusammenspiel mit Ministerialbeamten, Steinrück und den gewählten Vertrauensleuten des Personals dafür, daß die Zuständigkeit für die Theater in der Regierung vom Ministerpräsidenten auf den Kultusminister überging.<sup>218</sup> Mitte Januar wurden die Mitbestimmungsrechte des Theaterpersonals bei der Besetzung der Führungspositionen rechtlich fixiert.<sup>219</sup> Einer Mitbestimmung bei inhaltlichen und künstlerischen Entscheidungen schoben die vorsichtigen Juristen des Kultusministeriums allerdings mehrere Riegel vor. »Bei der Aufstellung des Jahres- und Wochenspielplans, in Fragen der künstlerischen Verwendung von Vorständen und Solomitgliedern in einzelnen Vorstellungen und bei Neueinstellung von Solomitgliedern sowie bei der Annahme von Bühnenwerken« erhielten der Opern- und der Schauspieldirektor im Einvernehmen mit dem Intendanten »unbeschränkte Befugnisse«. Dem Künstlerrat blieb nur das Recht, Wünsche und Anregungen zu äußern. Lediglich bei Entscheidungen über Vertragsverlängerungen bekam er neben dem Intendanten und den beteiligten Direktoren eine Stimme, bei Kündigungen ein an eine Dreiviertelmehrheit gebundenes Vetorecht. Für alle Fälle enthielt die Satzung zudem die Generalklausel, der Künstlerrat könne »keine Interessen vertreten, die der Erhaltung oder Hebung des künstlerischen Ranges des Nationaltheaters hinderlich sind«. Bei gröblicher oder wiederholter Pflichtverletzung behielt sich der Minister das Recht vor, auf Beschwerde des Intendanten eine Neuwahl des Künstlerrates anzuordnen. Der erste Intendant, der nach dieser Satzung bestimmt wurde und sie mit Leben zu erfüllen hatte – wozu alsbald die schwierige Erarbeitung einer Wahl- und Geschäftsordnung für den Künstlerrat zählte, die die Interessen der ver-

schiedenen Gruppen des Theaterpersonals ausbalancieren mußte –, war der Obmann des im November gebildeten Künstlerrates, Schwannecke. Der Künstlerrat hatte ihn nominiert, und das Ministerium ernannte ihn mit dem Erlaß der Satzung.<sup>220</sup>

Auch an den beiden Bühnen des Berliner Hoftheaters, Oper und Schauspiel, wählte das Personal am 11. November 1918 je einen Künstlerrat mit dem Auftrag, mit der neuen Regierung über die Fortführung der beiden Theater auf genossenschaftlicher Grundlage zu verhandeln. Außerdem wurden je zwei »Konsuln« zur gemeinsamen Übernahme der Theaterleitung bestimmt; an der Oper zählte hierzu Richard Strauss, der damalige Generalmusikdirektor. Der alte Generalintendant von Hülsen, seit Jahrzehnten eine Säule des preußischen Theaterlebens, trotzte ihnen eine Weile, trat dann aber zurück.<sup>221</sup> Auch hier bestätigte die Revolutionsregierung die neuen Leitungsgremien.<sup>222</sup> Ebenfalls in den meisten übrigen staatlichen und städtischen Bühnen setzte das Personal in den Revolutionswochen die Selbstverwaltung in Gestalt der Intendantenwahl durch. Häufig wurden Spielleiter gewählt, gelegentlich auch die bisherigen Intendanten bestätigt, an manchen Theatern außerdem Regieausschüsse als Mitbestimmungsorgane eingeführt.<sup>223</sup> Die Forderung nach rechtlicher Sanktionierung dieser Neuerungen ließ nicht lange auf sich warten.<sup>224</sup>

Daß sie sich »außerordentlich bewährt« und »in keinem Falle« die künstlerische Leitung des Theaters behindert hätten,<sup>225</sup> läßt sich generell jedoch kaum feststellen. Je nachdem, wie und von wem sie gehandhabt wurden, scheinen sie sich in einigen Fällen bewährt zu haben, in anderen nicht. In München, wo die Neuerungen Thomas Mann anfänglich »toll und kindisch« erschienen,<sup>226</sup> wurde von verschiedenen Seiten, die die Regierung keineswegs wohlwollend beurteilten, vermerkt, »die neue Freiheit« habe auf das künstlerische Leben des Nationaltheaters »durchaus anregend gewirkt«. <sup>227</sup> Auch Bruno Walters Befürchtungen bestätigten sich nicht. In seinen Erinnerungen berichtet er von einem Klima »fortgesetzten Vertrauens« in der Oper und bescheinigt ihr, sie habe reibungslos ihr »kräftiges Leben« fortsetzen können; im Schauspielhaus allerdings hätten »unruhige Elemente« die Arbeit erschwert.<sup>228</sup> Besonders schlechte Erfahrungen machte man am Düsseldorfer Schauspielhaus, damals eins der »vier oder fünf interessantesten deutschen Theater«. <sup>229</sup> Schon im August 1918 hatten die Direktorin Luise Dumont und ihr Gatte Gustav Lindemann die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft aus der Direktion, allen Vorständen, dem gesamten Ensemble und sonstigem Personal des Theaters sowie Vertretern der Stadt und der privaten Mäzene vorgeschlagen, vor allem zur Verwaltung der Gewinne und deren Einsatz überwiegend für Sozialleistungen. Damals hatte das Ensemble diesen Vorschlag mit »froher Zustimmung« begrüßt. Unmittelbar nach der Revolution aber verlangte es, daß jede ein-

mal vorgenommene Rollenbesetzung bestehen blieb, auch wenn sie sich nicht bewährt hatte, und wenig später die Einsetzung eines Arbeitsrates mit Mitentscheidungsrechten in allen wichtigen Spielplan- und Personalfragen, so daß der Direktion nur noch die wirtschaftliche Verantwortung geblieben wäre. Als diese sich weigerte, hierauf einzugehen, und schließlich ein Mitglied des Arbeitsrates entließ, mobilisierten die Schauspieler den Düsseldorfer Arbeiterrat, der die Anerkennung des Arbeitsrates und die Wiedereinsetzung des Entlassenen anordnete. Bühnenarbeiter verschafften dieser Verfügung Nachdruck, indem sie die Arbeit einstellten und Besucher am Betreten des Theaters hinderten. Im Frühjahr 1919 war das Klima so vergiftet, daß die beiden Direktoren die Leitung des Theaters niederlegten. Damit ging eine künstlerisch ungewöhnlich anspruchsvolle und anregende Phase dieser Bühne zu Ende.

Auch am Stadttheater Leipzig machten Künftleräte und Personalaussschüsse dem Intendanten das Leben so schwer, daß er Mitte 1919 entnervt seinen Posten aufgab.<sup>230</sup> An der Berliner Oper warf Richard Strauß nach kurzer Zeit das Handtuch. Das Personal, das mit Ausnahme der Solisten im Dezember 1918 für die Erhöhung von Löhnen und Gehältern zum erstenmal kurzfristig streikte,<sup>231</sup> kürte daraufhin den Dirigenten von Schillings, der mit einer Primadonna eng liiert war und im Ensemble viele Freunde hatte, zum neuen Intendanten. Er wurde auch bestätigt, aber nur gegen schwere Bedenken der zuständigen Referenten im Ministerium, bei denen es sich nicht mehr um Repräsentanten des Ancien régime handelte, sondern um Leute mit Sachverstand und Urteilsvermögen, die von den Volksbeauftragten geholt worden waren. Sie sollten recht behalten. Die Amtszeit von Schillings' diskreditierte das Prinzip der Intendantenwahl durch das Personal gründlich. Dem damaligen Musikreferenten im preußischen Kultusministerium, dem sachkundigen und sensiblen Leo Kestenberg zufolge, hat sie »alle... Befürchtungen noch übertroffen«; Schillings Intendantenzeit von 1919 bis 1920 sei »dauernd von künstlerischen, organisatorischen und finanziellen Krisen heimgesucht« worden.<sup>232</sup>

Solche Vorgänge ließen selbst linke Journalisten schon bald die kritische Frage stellen, ob etwa eine »Sozialisierung« der Theater gleichbedeutend sei mit ihrer »Entgeistigung«.<sup>233</sup> Den preußischen Kultusminister bewogen sie zur Zurückhaltung gegenüber der juristischen Fixierung der Mitbestimmungsansprüche des Theaterpersonals. Im Februar 1919 legten ihm die Beschäftigten der beiden großen Berliner Staatsbühnen gemeinsam mit ihren Berufsorganisationen eine neue Satzung vor, die die Wahl des Intendanten durch die Vollversammlung des Personals festschreiben und dem Personalrat ein Vetorecht gegen Kündigungen verleihen sollte.<sup>234</sup> Im Gegensatz zum kulturbegeisterten Eisner ließ der preußische Kultusminister Haenisch einige Zeit vergehen, bis er die Satzung genehmigte, nicht ohne

sie zuvor kräftig zu stützen. Für die Intendantenwahl wurde nur noch eine »Verständigung« zwischen Personal und Minister vorgesehen dergestalt, daß die Auswahl der Bewerber einem aus Vertretern des Personals und des Ministeriums paritätisch zusammengesetzten Ausschuß übertragen wurde, dessen Vorschlag vom Personalrat zu genehmigen war, aber nur mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt werden konnte; immerhin wurde der Minister, der sich die Bestätigung vorbehielt, an den Nominationsvorschlag gebunden. Dem Personalrat wurde bei Engagements nur ein Anhörungsrecht, bei Kündigungen ein Einspruchsrecht zugestanden, dem Regieausschuß ein Beratungsrecht; die Entscheidung blieb beim Intendanten.<sup>235</sup> In ähnlich abgeschwächter Form fand das Prinzip der Intendantenwahl 1919 bei den meisten staatlichen und städtischen Bühnen Eingang.<sup>236</sup>

### *Räte geistiger Arbeiter und Akademikerorganisationen*

Neben verschiedenen Formen beruflicher Zusammenschlüsse brachte die Novemberrevolution auch berufsübergreifende Organisationen der Angehörigen geistiger und künstlerischer Berufe hervor, ebenfalls in verschiedener Gestalt und mit höchst unterschiedlichen politischen Orientierungen.

Ähnliche Formen, aber verschiedene Inhalte und Ziele wiesen die Räte geistiger Arbeiter auf, die in den Revolutionswochen allenthalben wie Pilze aus dem Boden schossen. Schon ihre Bezeichnung enthält etwas Schillerndes und Widersprüchliches. Sie ließ nicht genau erkennen, welche sozialen Gruppen hier zusammengefaßt waren oder werden sollten, denn den Ausdruck »geistige Arbeiter« hatte es vor 1918 kaum gegeben. Der Begriff Arbeiter hatte im wesentlichen nur die manuell tätigen abhängig Beschäftigten bezeichnet. Zwar hatten die Gewerkschaften begonnen, ihn allmählich auch auf andere anzuwenden, vor allem Angestellte und Beamte, und diesen zur Kennzeichnung des Unterschieds ihrer Tätigkeit von derjenigen der Handarbeiter das Adjektiv geistig angeheftet. Doch dem Selbstverständnis dieser Gruppen hatte diese Bezeichnung kraß widersprochen. Die Mehrheit der Angestellten beharrte bis in die Endphase des Krieges darauf, etwas Besseres zu sein als die Arbeiter und einem höheren Stand anzugehören, setzte also eifersüchtig auf Abgrenzung und Unterscheidung statt auf Annäherung oder gar Gleichmacherei.<sup>237</sup> Viele lehnten deshalb zur Vertretung ihrer Interessen auch Organisations- und Aktionsformen wie gewerkschaftlichen Zusammenschluß und Streik ab. Erst recht die Beamten, auch ihre unteren Kategorien, von den Angehörigen der freien akademischen Berufe ganz zu schweigen: nie wären sie auf den Gedanken gekommen, sich als Arbeiter zu bezeichnen.

Zumindest semantisch brachte die Novemberrevolution in dieser Hinsicht einen radikalen Wandel. Schlagartig reklamierten jetzt auch diese Gruppen die Bezeichnung Arbeiter für sich und verschwendeten viel Druckerschwärze auf Begründungen hierfür, selbst Ärzte und Diplomaten, durchweg freilich mit dem Zusatz geistig; sie übernahmen also die gewerkschaftliche Terminologie.<sup>238</sup> Der Ausdruck geistige Arbeiter umfaßte das ganze Spektrum von Angestellten und Beamten einschließlich der Universitätsprofessoren über die freien akademischen Berufe bis zu freischaffenden Künstlern. Ob die schleunige semantische Veränderung einen ebenso schnellen Bewußtseinswandel anzeigte, ist indessen zweifelhaft. Denn ähnlich uneindeutig wie die soziale war die politische Bedeutung des neuen Begriffspaares. Es konnte als Absage an allen Klassendünkel und an die bisherige Abgrenzung von der Arbeiterschaft und als plakatives Bekenntnis verstanden werden, mit ihr gemeinsam am Aufbau einer demokratischen Gesellschaft zu arbeiten. Zugleich enthielt die Bezeichnung aller irgend Erwerbstätigen als Arbeiter – ebenso wie der unterschiedslose Gebrauch des Begriffs Bürger – aber auch den Anspruch auf gleiche Teilhabe an politischen Entscheidungen. Im Begriffspaar geistige Arbeiter konnte sich überdies der Anspruch auf Berücksichtigung der besonderen Interessen der so zusammengefaßten Gruppen verbergen, nach ihrer »genügenden und gebührenden Wertung... im sozialen Leben«<sup>239</sup> – was auch heißen mochte: Konservierung sozialer Privilegien, also Ablehnung gesellschaftlicher Egalisierungsbestrebungen und eines politischen Zusammengehens mit der Arbeiterschaft.

Auch der Zusammenschluß der Akademiker, Freiberufler und Künstler in eigenen Organisationen und deren Benennung als Räte entsprach nicht unbedingt dem Ziel, die gesellschaftliche Kluft zwischen Arbeiterschaft und bürgerlicher Intelligenz zu überbrücken. Dies hätte eher die Zusammenarbeit beider Seiten in gemeinsamen Organisationen nahegelegt, zumindest mittelfristig, wenn es sich nicht sofort realisieren ließ, etwa weil die Arbeiter- und Soldatenräte der Mitarbeit bürgerlicher Akademiker mißtrauten. Tatsächlich war ein Intellektueller wie Gustav Landauer, der mit der Arbeiterbewegung sympathisierte, ein »absoluter Gegner der Wichtigtuereien, die sich Räte geistiger Arbeiter nennen«; er wollte die Trennung von Kopf- und Handarbeitern überwinden, auch in dem Sinne, daß es künftig überhaupt keine »ungeistigen Arbeiter« mehr geben sollte, und engagierte sich daher in München im Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat.<sup>240</sup> Plausibel war die separate Organisation und deren Benennung als Räte geistiger Arbeiter hingegen dann, wenn sie wie die Bürgerräte dazu dienen sollten, unter den revolutionär veränderten Bedingungen einen politischen Partizipationsanspruch akademischer Berufsgruppen anzumelden und ein Weitertreiben der Revolution zu verhindern. Die Räte geistiger

Arbeiter lassen sich freilich nicht pauschal in eines dieser beiden Schemata pressen. Es gibt Beispiele für beide Varianten und für fließende Übergänge; allerdings begegnet die zweite weit häufiger als die erstgenannte.

Anders als für die Entstehung der Bürgerräte scheint es für die Bildung von Räten geistiger Arbeiter keine zentrale Initiative gegeben zu haben. In der Regel entsprangen sie, soweit ersichtlich, eigenem, überwiegend lokalem Antrieb, meist nur wenige Tage nach dem Umsturz.<sup>241</sup> Die Art ihrer Konstituierung läßt sich nur in einigen Fällen rekonstruieren. Den Kern des Berliner Rates geistiger Arbeiter stellten fünfzehn bis zwanzig Autoren der von Kurt Hiller herausgegebenen Zeitschrift »Das Ziel«. Sie hatten bereits 1917 den »Bund zum Ziel« gebildet, politisch »links über den Parteien« und einer eigenartigen Mischung aus Pazifismus, revolutionärem Aktivismus zur Verteidigung der Kultur und geistigem Elitebewußtsein verpflichtet. Am Vorabend der Revolution hatte Hiller die Mitarbeiter seiner Zeitschrift und weitere Gesinnungsfreunde erneut nach Berlin eingeladen. Sie erklärten sich am 8. November zum Aktivistenbund und machten sich das Programm von 1917 mit geringfügigen Änderungen zu eigen.<sup>242</sup> Nach dem Sieg der Revolution am nächsten Tag eilte ein Mitglied zum gerade gewählten Vorsitzenden des Berliner Soldatenrats, Hauptmann von Beerfelde, mit der Frage, »wodurch und wie« diesem Bund »ermöglicht werden könne, als mithandelnd im revolutionären Geschehen bei einiger Erfolgsaussicht zu versuchen, seine Ideen räumlich zu verwirklichen«, wie Hiller in seinen Memoiren geschraubt und unpräzise schreibt. Beerfelde versprach, den Aktivistenbund neben dem Arbeiter- und Soldatenrat »in die Exekutive und die für später in Aussicht genommene Legislative der Revolution, mit Kulturpolitik als Spezialaufgabe, einzubauen – als durchaus gleichberechtigte dritte Macht« – unter der Bedingung allerdings, daß er den Namen Rat annahm. Man einigte sich auf die Bezeichnung Rat geistiger Arbeiter – gegen den Widerspruch Hillers, der sie »ganz einfach Kitsch« fand, aber schließlich nachgab. Durch Vermittlung Beerfeldes konnte der so geborene Rat, dem außer Hiller unter anderen Siegfried Jacobsohn, Rudolf Leonhardt, Helene Stöcker, Frank Thiess und Armin T. Wegner angehörten, am 10. November 1918 sein Hauptquartier im Reichstagsgebäude aufschlagen und »für die kulturpolitischen Ideale auf dem Boden der sozialistischen Republik« zu wirken beginnen,<sup>243</sup> für »Ruhe und Ordnung« und die »Weltrevolution«, wie es in seiner ersten Verlautbarung hieß.<sup>244</sup> Er blieb in Berlin freilich nicht allein. In Neukölln, ähnlich vielleicht auch in anderen Stadtteilen, entstand neben ihm ein Bund der Geistesarbeiter, der alle Ärzte, Rechtsanwälte, Redakteure und Angehörige anderer akademischer Berufe umfassen und dafür sorgen wollte, daß »allen Deutschen in gerechter und gleicher Weise die Ergebnisse der Revolution zugute kommen«. <sup>245</sup> Er war offensichtlich ähnlich wie die

Bürgerräte als Gegengewicht gegen die Arbeiter- und Soldatenräte gedacht, politisch eher rechts- als linksorientiert und hatte mit den Bestrebungen Hillers und seiner Freunde nichts gemein.

In München ging die Initiative von Professoren der Universität aus.<sup>246</sup> Sie hielten es für unerträglich, die Kultur- und Bildungspolitik »wissenschaftlichen Analphabeten« zu überlassen, und die Ergänzung des Arbeiter- und Soldatenrates um einen Rat geistiger Arbeiter daher für lebenswichtig. Lujo Brentano, der Nestor der deutschen Nationalökonomie, wurde gebeten, Eisner eine entsprechende Forderung vorzutragen. Brentano war zwar schon seit 1916 emeritiert – Anfang 1919 kam Max Weber als sein Nachfolger nach München –, schien aber trotzdem hierfür prädestiniert, weil er sich jahrzehntelang für die Belange der Arbeiterschaft eingesetzt hatte. Ihm, so hofften die Professoren, würden die neuen Machthaber das Verlangen nicht abschlagen. Brentano hatte zunächst Bedenken, zumal er kurz vor der Revolution einen scharfen Artikel gegen Eisner veröffentlicht hatte, fand aber dann den Vorschlag einleuchtend. Bevor er zu Eisner ging, bat er allerdings namhafte Münchener Vertreter der Kunst und Literatur sowie der Richter und Anwälte zu sich, unter ihnen den Schriftsteller Max Halbe, den Architekten Theodor Fischer, den Ingenieur und Gründer des Deutschen Museums, Oskar von Miller, die Mediziner von Müller und Hohmann und den Historiker Hellmann.<sup>247</sup> Offenbar wollte oder sollte er nicht allein als Interessenvertreter der Universitätsprofessoren auftreten. In dieser Runde wurde der Wunsch nach einer Vertretung aller geistigen Berufe beschlossen. Für manchen wohl unerwartet, gab Eisner sofort seine Zustimmung, als Brentano ihn am 10. November 1918 vortrug – nebst einer Sympathieerklärung von angeblich 4000 Intellektuellen und der Forderung nach »ausreichendem Schutz und Förderung der geistigen Tätigkeit gegenüber den Machtgelüsten der Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte« und der »beschleunigten Ausarbeitung einer Verfassung«.<sup>248</sup> Daraufhin erging am 13. November ein Aufruf zur Gründung eines Rates geistiger Arbeiter, welcher »den Einfluß der geistigen Arbeit geltend... machen und... deren Daseinsberechtigung... sichern« sollte.<sup>249</sup> Am 16. November fand die Gründungsversammlung statt; beteiligt waren die Organisationen der Ärzte, Ingenieure, Architekten, Journalisten, Schriftsteller und Rechtsanwälte. Brentano, Franz Carl Endres, »die kaiserliche Ottomane«, <sup>250</sup> Max Scharre, der Hauptschriftleiter der Bayerischen Staatszeitung, sowie fünfzehn weitere bekannte Repräsentanten von Wissenschaft, Kultur, Justiz und freien Berufen wurden in den Vorstand gewählt, unter ihnen Max Halbe, Ricarda Huch und Bruno Walter, die Professoren Hellmann, von Müller und Hohmann, der Hofschauspieler F. Basil sowie die Justizräte Theodor Löwenfeld und Karl Rosenthal.<sup>251</sup> Eigenen Angaben zufolge vertrat dieser Rat rund 11 000 Angehörige geistiger und künstlerischer Berufe.

Er machte sich unverzüglich an seine Ausdehnung über München hinaus, verfügte Ende November in Bayern angeblich bereits über 34 Ortsgruppen und hatte sogar schon eine reichsweite Zusammenfassung der Räte geistiger Arbeiter angebahnt.<sup>252</sup>

Als bald trat jedoch auch in München eine Gegenründung auf den Plan, ein Politischer Rat geistiger Arbeiter. Repräsentierte die von Brentano geführte Organisation eher den rechten Flügel der Intellektuellen und Akademiker, so der Politische Rat den linken, der sich grundsätzlich zur Revolutionsregierung und ihrem Programm bekannte. Ihm gehörten die Mehrzahl der Münchener Schriftsteller an, unter ihnen Bruno Frank und Wilhelm Herzog, viele der jüngeren bildenden Künstler, auch einige Ärzte und Anwälte. Den Vorsitz übernahm Heinrich Mann, nach dem Zeugnis eines Ratsmitglieds freilich »sehr ungern«; »sein Name aber war nun einmal Programm«.<sup>253</sup> Am 14. Dezember 1918 hielt dieser Rat seine erste öffentliche Versammlung ab.<sup>254</sup> Es gab freilich auch grundsätzliche Kritik an beiden Zusammenschlüssen. Manche politisch engagierten linken Intellektuellen wie Landauer, Mühsam und Toller hielten sich aus den schon genannten Gründen fern. Auf der rechten Seite befürchtete ein prinzipieller Gegner aller Rätebildungen wie Müller-Meinigen, auch der von Brentano geführte Rat könnte wie der Bürgerrat »Verwirrung und jedenfalls Spaltung in das bürgerliche Lager« tragen.<sup>255</sup>

In Karlsruhe entstanden ebenfalls zwei Akademiker- und Intellektuellenorganisationen nebeneinander. Den Anfang machte am 18. November 1918 der Zusammenschluß der Berufsorganisationen von Anwälten, Ärzten und Ingenieuren, der Geistlichen beider Konfessionen sowie der Schauspieler und bildenden Künstler, ferner der Banken und Presse, der Technischen Hochschule und ihrer Studenten, des Konservatoriums und der Volksschulen zum Rat der geistigen Arbeiter Karlsruhe; er konnte kaum anders denn als überwiegend konservativ gelten.<sup>256</sup> Intellektuelle und Künstler, die »auf dem Boden des neuen Volksstaates« standen und sich schon seit längerem für eine wirkliche »Volkskultur« und die Teilnahme auch derjenigen Bevölkerungsschichten am kulturellen Leben eingesetzt hatten, die bisher weitgehend davon ausgeschlossen waren, riefen die nicht organisierten geistigen Arbeiter Badens auf, sich ebenfalls zusammenzuschließen und ihre Ziele geltend zu machen. Aus dieser Initiative entstand der Kunst- und Kulturrat für Baden; er hielt am 23. November 1918 seine erste öffentliche Versammlung ab.<sup>257</sup>

In Köln ging die Initiative von einem Redakteur der Rheinischen Zeitung aus. Ausschlaggebend war auch hier die Annahme, daß Räte künftig »die einzig wirksame Organisation« sein würden; »was draußen blieb, schien ein machtloses Objekt der politischen Willensbildung zu werden«.<sup>258</sup> Am 16. November 1918 erschien der erste Aufruf zur Organisation der Intel-



lektuellen und Künstler, unterzeichnet von Generalmusikdirektor Abendroth, Justizrat Fuchs, dem Dichter Schneider-Clauß, dem Dramaturgen Simchowitz, dem Psychiater Aschaffenburg und anderen. Schon im Dezember zählte der Rat über 400 Mitglieder. Den Vorsitz übernahm der Soziologe Leopold von Wiese. Doch erst am 5. Januar 1919 präsentierte er sich im Gürzenich der Öffentlichkeit. In Königsberg entstand am 20. November 1918 ein Rat geistiger Arbeiter aus neunzehn Vertretern der Universitätsprofessoren und Studenten, der Theater, bürgerlichen Presse sowie der Oberlehrer und Künstler; er ließ verlauten, daß er sich »durch Wahlen noch fortlaufend ergänzt«. <sup>259</sup> In Hamburg bildete sich ein Rat geistiger Arbeiter aus zwei anscheinend ehrgeizigen Mitgliedern der Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrats und Angehörigen des Bürgertums. Auf inhaltliche Ziele konnte er sich zunächst nicht verständigen. So wurde einstweilen nur ein Arbeitsausschuß aus den beiden Initiatoren und bekannten Mitgliedern des Hamburger Kulturlebens gewählt. <sup>260</sup>

Ungewöhnlich verlief die Konstituierung des Rates geistiger Arbeiter in Stuttgart. Die Initiative kam hier aus Regierungskreisen, vom Leiter der Presseabteilung im Staatsministerium, Bernath. <sup>261</sup> Die Gründungsversammlung am 11. November 1918 wurde sogar vom Kultusminister der Revolutionsregierung, dem Demokraten Heymann, einberufen, zweifellos mit Wissen und Billigung sozialdemokratischer Regierungsmitglieder, zu dem ausdrücklichen Zweck, eine Vertretung der geistigen Arbeiter in die Arbeiter- und Soldatenräte zu entsenden. <sup>262</sup> Anders als in München war diese Frage in Stuttgart also von vornherein entschieden. Rund 8000 Teilnehmer kamen, hauptsächlich Techniker, Ärzte, Architekten, Bankangestellte, Rechtsanwälte, Kaufleute, Beamte, Schriftsteller und Studenten, <sup>263</sup> aber auch Exponenten beider Flügel der Arbeiterbewegung, Fritz Rück für die Linke und Wilhelm Keil, der langjährige Stuttgarter Reichstagsabgeordnete, für die SPD. Keil nutzte die Gelegenheit für einen leidenschaftlichen Appell zur Mitarbeit aller Bevölkerungsgruppen am politischen und gesellschaftlichen Neuaufbau und begrüßte es nachdrücklich, daß auch die »geistigen Arbeiter und Arbeiterinnen... dieser Bewegung sich anschließen wollen«. Für das überwiegend bürgerliche Publikum war seine Rede das »Ereignis des Abends«. Wer genau zu den »geistigen Arbeitern« zählen sollte, wurde ad hoc entschieden; die Lokomotivführer sollten noch dazugehören, die Heizer nicht mehr, berichtete ein Teilnehmer nicht ohne Sarkasmus. Schließlich wurde ein elfköpfiger Arbeitsausschuß gewählt, vermutlich per Zuruf und Akklamation. <sup>264</sup> Mit dem Architekten Paul Bonatz, Professor an der Technischen Hochschule, den Direktoren der Kunstgewerbeschule und des Konservatoriums, Bernhard Pankok und Max von Pauer, sowie dem Generalmusikdirektor Fritz Busch gehörten ihm einige führende Köpfe des Stuttgarter Kulturlebens an. <sup>265</sup> Dieser Ausschuß berei-

tete eine Zusammenarbeit der Berufsorganisationen vor, errichtete eine Meldestelle für Nichtorganisierte und hielt drei Tage später vier weitere Massenversammlungen mit insgesamt rund 7000 Teilnehmern ab, die aufgrund von Wahlvorschlägen der Organisationen den eigentlichen Rat geistiger Arbeiter wählten,<sup>266</sup> wahrscheinlich, wie oft in diesen Wochen, durch Zuruf und Akklamation. Dieses Gremium repräsentierte rund 14000 Wähler und bestand teils aus Einzelmitgliedern, teils aus Vertretern der Organisationen der Ärzte, Anwälte, Einzelhändler, Handwerker und Lehrer, außerdem der höheren Bildungseinrichtungen und Studenten, der freien Künstler und Schriftsteller, der evangelischen und katholischen Geistlichkeit sowie einiger Frauenverbände, ferner aus den meisten Mitgliedern des am 11. November gewählten Arbeitsausschusses sowie Heymann, Bernath und Anna Blos, Sozialdemokratin und Ehefrau des neuen Staatspräsidenten.<sup>267</sup> Einen Tag später wählte der Rat geistiger Arbeiter aus seiner Mitte einen neuen elfköpfigen Arbeitsausschuß, der ihn im Arbeiter- und Soldatenrat vertreten sollte.<sup>268</sup> An den folgenden Tagen schwärmten seine Mitglieder aus, um in anderen Städten Württembergs ähnliche Gründungen anzuregen.<sup>269</sup>

Die soziale Zusammensetzung der Räte geistiger Arbeiter zeigt unterschiedlich breite Spektren. Der Politische Rat geistiger Arbeiter in Berlin wie der Rat geistiger Arbeiter Leipzig<sup>270</sup> umfaßten im wesentlichen nur freie Künstler, Schriftsteller, Architekten und Theaterleute. Den Räten in Königsberg, Köln und Karlsruhe gehörten auch Repräsentanten der Universitätsprofessoren und Lehrer höherer Bildungsanstalten sowie der Studenten an.<sup>271</sup> Andere umfaßten zusätzlich die Angehörigen der übrigen akademischen Berufe wie Ärzte, Anwälte und höhere Beamte, zum Beispiel der Rat geistiger Arbeiter in München, die Räte in Stuttgart und anderen württembergischen Städten darüber hinaus Handwerker und Gewerbetreibende. Sie repräsentierten insgesamt also weitgehend dasselbe soziale Spektrum wie die Bürgerräte. Daher meldeten sich hier bald Zweifel an ihrer Notwendigkeit.<sup>272</sup> Besonders engagierten sich in manchen Räten die Journalisten.<sup>273</sup> Übergriffe von Arbeiter- und Soldatenräten auf Zeitungsbetriebe, wie sie in den Revolutionswochen häufig vorkamen, trafen ihre Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten empfindlich; eine Sozialisierung der Presse, von der in manchen Parolen der Linken die Rede war, bedrohte sie erst recht und darüber hinaus vitale Interessen des gesamten Bürgertums. Zwei Berufsgruppen beteiligten sich dagegen nur ausnahmsweise: Offiziere und Pfarrer; sie zogen es in der Regel vor, eigene Organisationen zu gründen.<sup>274</sup> Die Mitgliedschaft von Offizieren läßt sich nur für den Rat geistiger Arbeiter München nachweisen,<sup>275</sup> eine Beteiligung von Pfarrern beider Konfessionen nur für die Räte in Stuttgart und Karlsruhe. Durchweg übte der Klerus Zurückhaltung gegenüber diesen organisatorischen

Sprößlingen der Revolution.<sup>276</sup> Politische Abstinenz bedeutete dies indes keineswegs; von der Kanzel, in kirchlichen Blättern, auch bei der Neuformierung der Parteien, namentlich der DNVP und des Zentrums, meldete er sich schon bald und mit meist politisch eindeutigen Aussagen vernehmlich zu Wort.<sup>277</sup> Querverbindungen zu anderen bürgerlichen Räteorganisationen lassen sich nur für wenige Räte geistiger Arbeiter nachweisen;<sup>278</sup> tatsächlich dürften sie häufiger vorgekommen sein.

Die politische Orientierung dieser Räte läßt sich mangels entsprechender Angaben schwer bestimmen. Es ist jedoch anzunehmen, daß nur die Politischen Räte geistiger Arbeiter in Berlin und München zur Sozialdemokratie, besonders zu den Unabhängigen, womöglich auch zur KPD tendierten, die übrigen zu den bürgerlichen Parteien, und zwar wohl eher zur DDP und DVP als zur DNVP.<sup>279</sup> Ihre Ziele deckten sich zum Teil mit denjenigen der Bürgerräte. Durchweg standen die Forderungen nach Beteiligung an den Revolutionsinstanzen und nach schleuniger Wahl der Nationalversammlung und der Landesparlamente im Vordergrund, daneben nach Gleichberechtigung aller Staatsbürger, sozialer Gerechtigkeit und persönlicher Freiheit, schließlich nach Wahrung der gemeinsamen Interessen der »geistigen Arbeiter«, insbesondere Freiheit von Kunst und Wissenschaft und Berücksichtigung der »Besonderheiten der geistigen Arbeit«, zum Beispiel durch Einführung einer Arbeitsvermittlung für Akademiker.<sup>280</sup> Die Skala der Tonarten, in denen diese Forderungen vorgetragen wurden, reichte von der Begrüßung des »Morgens einer neuen Zeit« in Hannover<sup>281</sup> bis zur Warnung in Königsberg, es werde »noch bestimmt so weit kommen wie in Rußland, wenn die geistigen Arbeiter sich nicht ganz unverzüglich fest zusammenschließen«.<sup>282</sup> Fast überall fanden sich indessen zunächst das Bekenntnis, auf dem »Boden des Volksstaates und der sozialen Republik« zu stehen,<sup>283</sup> gelegentlich sogar auf dem »Boden der modernen Arbeiterbewegung und der Errungenschaften der Revolution«,<sup>284</sup> und die ausdrückliche »Ablehnung aller gegenrevolutionären Bestrebungen«.<sup>285</sup>

Darüber hinaus tauchten örtlich unterschiedliche Programmpunkte auf: in München und Königsberg aufgrund von Abtrennungsbefürchtungen das Bekenntnis zur Reichseinheit,<sup>286</sup> in Stuttgart schon bald die Uminterpretation des Rätegedankens in ein berufsständisches Konzept,<sup>287</sup> in Hamburg die Gründung einer Universität, die hier von Teilen des Bürgertums vor 1914 vergeblich gefordert worden war.<sup>288</sup> Mehrfach begegnet auch die Forderung »freie Schule, freie Hochschule« und »freie Bahn dem Tüchtigen« im Bildungswesen. Das konnte und sollte vermutlich verstanden werden als Aufruf zu dessen weiterer Öffnung für Nachwuchs aus der Arbeiterschaft, nachdem seine oberen Etagen bisher weitgehend den Kindern der wohlhabenden Gesellschaftsschichten vorbehalten gewesen waren. Auch Aufrufe zur »Durchgeistigung des gesamten Volkslebens«<sup>289</sup> mögen auf-

richtig gemeint gewesen sein, lassen aber in ihrem überschießenden und gleichermaßen hilflosen Pathos auf einen Mangel an Zielklarheit und Konkretisierungsvorstellungen schließen.

Dies gilt auch für den Rat geistiger Arbeiter Berlin, der im übrigen seiner Zielsetzung wie seiner Zusammensetzung nach eine Ausnahme darstellt. Sein Programm, von Siegfried Jacobsohn am 21. November 1918 in der »Weltbühne« veröffentlicht, fuhr »auf das alte offene Meer der Weltverbesserung hinaus«, wie es in Döblins großem Roman über die Novemberrevolution heißt.<sup>290</sup> Außer einer demokratisch gewählten Nationalversammlung und einer »radikalen Reform der öffentlichen Erziehung« forderte es einen Völkerbund, Abschaffung der Wehrpflicht in allen Ländern und ein Verbot aller militärischen Einrichtungen, die Umwandlung kapitalistischer Unternehmen in Arbeiterproduktivgenossenschaften, schließlich die Einrichtung eines »Rats der Geistigen« – »weder durch Ernennung noch durch Wahl, sondern – kraft der Pflicht des Geistes zur Hilfe – aus eigenem Recht« und mit dem Privileg, Vertrauensleute in die Regierung zu entsenden und dem Reichstag einen Vorschlag für die Wahl des Reichspräsidenten zu unterbreiten.<sup>291</sup> Diese eigenartige Mischung aus demokratischen, sozialistischen, pazifistischen und gleichermaßen elitären wie undemokratischen Forderungen trug eine ansehnliche Liste von Unterschriften.<sup>292</sup> Die Zahl der aktiven Mitglieder des Rats, der auf Anregung Heinrich Manns übrigens bald ebenfalls als Politischer Rat geistiger Arbeiter firmierte, war indessen kleiner; außer Hiller haben anscheinend vor allem Alfons Goldschmidt, Hans Reichenbach, Helene Stöcker und Armin T. Wegner zu ihnen gezählt.

In der Grundrichtung ähnlich, aber pragmatischer und konkreter war das Programm, das der Kunst- und Kulturrat für Baden am 20. Dezember 1918 vorlegte. Zwar kam es ebenfalls streckenweise in einem hohen Ton daher und war bildungsbürgerlichen Vorstellungen von der Erhabenheit aller großen Kunst verhaftet. Gleichwohl enthielt es Ansätze für eine demokratische Weiterentwicklung der von der Monarchie ererbten Bildungseinrichtungen, unter anderem die Forderung nach Unentgeltlichkeit der Theater, Umwandlung der Museen in ein »Volkskunsthhaus«, neben der Einheitsschule die Einführung einer »Kultur-Schule«, »die wahlfrei, aber allen zugänglich, Dichtung, Musik und bildende Kunst nicht lehrt, sondern darbietet« und »Gelegenheit gibt, zu schauen und zu hören«; Einrichtung von Fachhochschulen neben den Universitäten für angehende Lehrer, Ärzte, Anwälte und Geistliche, einer Kunstschule für die Ausbildung von Schauspielern, bildenden Künstlern und Musikern und einer Volkshochschule, »die der Allgemeinheit lebendige und anschauliche Erkenntnisse vermittelt«. Schließlich sollte den freiberuflich künstlerisch und geistig Tätigen von Staats wegen ein »Mindestmaß von ruhiger und sorgenfreier Existenz« gewährleistet werden.<sup>293</sup>

Ihre vorrangigen Ziele haben die Räte geistiger Arbeiter oft erreicht. In Stuttgart wurden dem Rat geistiger Arbeiter elf Sitze im rund 300köpfigen Arbeiterrat zugewilligt; mit dem Architekturprofessor Paul Bonatz stellte er sogar ein Mitglied des Vollzugsausschusses der Arbeiterräte – neben neun Mehrheitssozialisten und fünf Unabhängigen.<sup>294</sup> In Karlsruhe wurden Vertreter beider Räte in den Arbeiter- und Soldatenrat aufgenommen, der Kunst- und Kulturrat später auch von der Regierung als beratende Körperschaft anerkannt.<sup>295</sup> Der Arbeiter- und Soldatenrat Königsberg beauftragte den Rat geistiger Arbeiter mit der Vertretung »der in Kunst, Wissenschaft und Literatur beruflich tätigen geistigen Arbeiter«.<sup>296</sup> In München billigte Eisner dem Rat geistiger Arbeiter unter Leitung Brentanos zehn Sitze im Provisorischen Nationalrat und zwanzig im Arbeiterrat zu; der konkurrierende Politische Rat geistiger Arbeiter mußte sich mit einem Sitz im Provisorischen Nationalrat begnügen.<sup>297</sup> Nur in Hamburg wollte der Arbeiter- und Soldatenrat von einer förmlichen Beteiligung des Rates geistiger Arbeiter nichts wissen und beschränkte dessen Betätigungsfeld auf die Universitätsfrage und sonstige Bildungsangelegenheiten.<sup>298</sup>

Die bayerische Revolutionsregierung verfügte Ende Dezember sogar die Bildung von »Räten geistiger Arbeiter« im ganzen Land. Alle »geistigen Arbeiter« und ihre Organisationen sollten sich dazu zu örtlichen Vereinigungen zusammenschließen und diese auf je 500 Mitglieder einen Vertreter wählen; den Organisationen konnte auch eine »angemessene« Zahl von Delegierten zugeteilt werden. Die »geistigen Arbeiterräte« sollten Abteilungen der Arbeiter- oder Bauernräte bilden, an deren Kreis- oder Distriktsausschüssen mit je einem Vertreter beteiligt werden und den Behörden »beratend und als Sachverständige zur Seite... stehen«.<sup>299</sup> 45 Orte, durchweg größere und mittlere Städte, meldeten bis Mitte Februar 1919 die Bildung solcher Räte mit insgesamt rund 50000 Mitgliedern. An vielen Orten jedoch stieß sie auf Schwierigkeiten, weil unter den »geistigen Arbeitern« »infolge von Übergriffen der örtlichen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte eine Voreingenommenheit gegen die Bezeichnung »Vereinigung Rat geistiger Arbeiter« bestand.<sup>300</sup> Gleichwohl ermunterte die Verordnung den Münchener Rat geistiger Arbeiter, alle Einzelstaaten zu analogen Anordnungen aufzufordern; bei den Revolutionsinstanzen in Berlin beantragte er, den Zentralrat um einen dreiköpfigen Zentralrat geistiger Arbeiter des Reiches zu ergänzen.<sup>301</sup> Doch er wartete vergeblich auf Antwort. Ende Februar 1919 gründete er daher selbst einen Reichsbund geistiger Arbeiter.<sup>302</sup> Zunächst bedeutete dieser Name freilich nur ein Postulat; der Münchener Rat geistiger Arbeiter hatte sich schlicht umbenannt und um einige Mitglieder aus der näheren Umgebung erweitert; Auswärtige waren zur Gründungsversammlung gar nicht eingeladen worden. Diese wurde erst für Mitte März angekündigt.<sup>303</sup>

Von weiterer Wirksamkeit der Räte geistiger Arbeiter finden sich nur wenige Spuren. Wo sie in den Revolutionsorganen mitwirkten, haben sie vermutlich die gemäßigten Kräfte unterstützt. Aber bei manchen ihrer Exponenten war das Interesse von vornherein denkbar gering. Brentano berichtete später, er habe »nie an einer Sitzung der Regierung noch auch des Arbeiter- und Soldatenrates teilgenommen«; seine Tätigkeit als Vorsitzender des Rates geistiger Arbeiter »beschränkte sich darauf, beim Kultusminister vorzusprechen, er möge in Universitätsachen keine Verfügung treffen, ohne die Universität befragt zu haben«, wofür er »volles Verständnis« fand.<sup>304</sup> Erinnerungen von Teilnehmern an die Ratssitzungen vermitteln den Eindruck von viel Gerede und ebensoviel Konzeptionslosigkeit, von hochfliegendem Pathos und ausgeprägten persönlichen Eitelkeiten, dazu eklatantem Mangel an politischem Realitätssinn, erst recht an Kenntnis parlamentarischer Verfahren.<sup>305</sup> Bonatz' Erinnerungen an seine Tätigkeit im Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrat klingen ebenfalls so, als habe er sie nicht sonderlich ernst genommen.<sup>306</sup> Hier brachen auch bald Uneinigkeit und Mißtrauen zwischen den Personen und Gruppen auf, die der Rat geistiger Arbeiter vertrat oder vertreten wollte. Namentlich die Organisationen der Verleger, Journalisten und Schriftsteller lehnten eine Mitarbeit ab, weil der Rat »aufgrund eines haltlosen, auf geistige Arbeiter nicht beschränkten Wahlverfahrens zusammengesetzt wurde, ohne daß den Wahlberechtigten ein Einfluß auf das zu vertretende Programm eingeräumt worden wäre«; außerdem unterstellten sie eine »politische Bindung in sozialdemokratischem Sinne«. <sup>307</sup> Vom Stuttgarter Rat geistiger Arbeiter wußte daher selbst das württembergische Kultusministerium im Sommer 1919 nicht mehr zu berichten, als daß er eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt hatte, vermutlich zur Organisierung und Politisierung der Akademiker und freien Berufe.<sup>308</sup>

Vom Hamburger Rat geistiger Arbeiter läßt sich lediglich feststellen, daß er im November 1918 mehrere Sitzungen abhielt und für kurze Zeit ein Büro unterhielt, das Notleidende und Bedürftige als Auskunftsstelle ansteuerten – »hungernde Schriftsteller, verkannte Genies, stellungslose Musiker, Bildhauer, ausgewiesene Dirnen, ja selbst die Jünger des edlen Ganymed«, wie es sarkastisch in einem zeitgenössischen Bericht aus rechter Feder heißt.<sup>309</sup> Einige seiner Mitglieder scheinen in konterrevolutionäre Putschvorbereitungen verstrickt gewesen zu sein, die Anfang Dezember 1918 aufgedeckt wurden. Damit war die Existenz dieses Rates beendet. Seine bürgerlichen Mitglieder gründeten eine neue Organisation, den Werkbund geistiger Arbeiter, dem gleichermaßen Sozialisten und reformoffene Bürgerliche wie der damalige Stadtbaudirektor Fritz Schumacher angehörten.<sup>310</sup> Er setzte sich für eine »weitgehende Umwandlung privatwirtschaftlicher Unternehmungen in gemeinwirtschaftliche«

ein, auch für eine »menschlichere Ordnung des Strafvollzugs«, vor allem aber für eine gründliche Umgestaltung des öffentlichen Erziehungs- und Bildungswesens und widmete sich besonders der Universitätsgründung.<sup>311</sup>

Gar keine Erfolge hatte der Rat geistiger Arbeiter Berlin vorzuweisen. Nach dem Bericht eines Journalisten, der ihn im Reichstag beobachtete und ihm nicht grundsätzlich feindlich gesonnen war, bestand seine Haupttätigkeit darin, »Leute, die nicht würdig waren, an den Beratungen teilzunehmen, auszuschließen. Es ging immer unbeschreiblich aufgeregt zu, die Stimmen überschrien sich, und einer verachtete den anderen«. Dieser Beobachter nahm »nicht eine einzige Aktion, einen einzigen schöpferischen Gedanken« wahr, »der von diesem Rat ausgegangen wäre«. <sup>312</sup> Schon nach fünf Tagen mußten die Geistesarbeiter den Reichstag verlassen; nur Parteien, so hieß es, gehörten in dieses Gebäude. Von den vollmundigen Versprechungen Beerfeldes war nicht mehr die Rede, nachdem dieser selbst bereits nach wenigen Tagen als Mitglied des Vollzugsrats abgelöst worden war. <sup>313</sup> Dank einer Geldspende eines unbekanntenen Gönners konnte der Rat in Büroräume in Charlottenburg umziehen. <sup>314</sup> Nachhaltige Wirksamkeit aber entfaltete er nicht. In seiner ersten öffentlichen Kundgebung am 2. Dezember 1918, in der er sich für die Sozialdemokratie und gegen den Spartakusbund aussprach, konnte sich Hiller nicht enthalten, neben Exponenten des alten Regimes auch Georg Bernhard, den Chefredakteur der liberalen Vossischen Zeitung, wegen deren Haltung im Krieg als »Renegat« und »Massenmörder« zu verunglimpfen und ebenso heftig gegen Friedrich Naumann, damals Mitbegründer der DDP, zu polemisieren. <sup>315</sup> Unter der überwiegend bürgerlichen Zuhörerschaft entfachte er einen »Taifun der Empörung«, <sup>316</sup> die bis in die eigenen Reihen reichte, während von anwesenden Arbeitern der Kommentar kam: »Intellektuelle sind Mumpitz«, wie die Vossische Zeitung nicht ohne Häme zu berichten mußte. <sup>317</sup> Das Berliner Tageblatt bezeichnete die Veranstaltung als »exemplarischen Mißerfolg« und bescheinigte dem Rat geistiger Arbeiter, »daß er weder den Geist noch irgendwelche Art von Arbeit führend repräsentiert«. <sup>318</sup> Thiess, Holitscher und Jacobsohn traten daraufhin aus. <sup>319</sup> Daß gleichzeitig einem Mann wie Rathenau die Mitgliedschaft verweigert wurde, <sup>320</sup> trug auch nicht gerade dazu bei, das Ansehen des Rates zu heben. Vielmehr wirkte er wegen der enormen Diskrepanz zwischen seinen hochfliegenden Ansprüchen und seinem tatsächlichem Erscheinungsbild sowie seiner mit Arroganz verbrämten Unfähigkeit zu praktischer Politik binnen kurzem einigermaßen lächerlich. Selbst grundsätzlich sympathisierende Intellektuelle übergossen ihn mit ätzendem Spott. <sup>321</sup> Das Urteil Ernst Blochs: »Niemand hat diesen Rat beauftragt, niemand betrachtet gar seine Mitglieder als irgendwie vertretend und kompetent«, klang noch vergleichsweise moderat. <sup>322</sup> Bis auf weiteres scheint er nach diesem Fiasko auf neuerliche öffentliche Auftritte verzichtet zu haben. <sup>323</sup>

Nicht viel besser erging es seinem Pendant in München. Viele Mitglieder bröckelten ab, als ihre hochfliegenden Erwartungen an den Umsturz sich nicht erfüllten. Nach dem Zeugnis eines Beteiligten wußte »niemand . . ., was gerade die geistigen Arbeiter für positive Arbeit leisten oder wie sie ihre Interessen unter der Republik besser wahren sollten als unter der Monarchie«. <sup>324</sup> Nach einigen Versammlungen im Dezember und Januar, in denen allgemeine Erörterungen über Sozialismus und Humanität und die künftige Rolle des »Geistes« angestellt wurden, ließ der Rat kaum noch etwas von sich hören. Bei der Trauerfeier für den ermordeten Kurt Eisner trat er durch eine Rede Heinrich Manns noch einmal in Erscheinung; nach einer letzten Veranstaltung mit dem sinnigen Thema »Was nun?« im Juli 1919 verstummte er. <sup>325</sup> Ob die Politischen Räte geistiger Arbeiter zu einer Annäherung von »Geist« und Arbeiterschaft beigetragen haben, ist überaus fraglich. Soweit ihr Treiben von der Arbeiterschaft überhaupt wahrgenommen wurde, hat es tief verwurzelte Vorurteile und Abneigungen gegen Intellektuelle möglicherweise noch verstärkt, vielleicht auch Intellektuellenfeindschaft im Bürgertum. <sup>326</sup>

Daß viele »Räte geistiger Arbeiter« bedeutungslos blieben oder wurden, dürfte allerdings auch darauf zurückzuführen sein, daß neben ihnen alsbald eigene Akademikerorganisationen auf den Plan traten. Ein großer Teil der Angehörigen akademischer Berufe war nämlich nicht nur in Berufsverbänden organisiert, sondern auch in Altherrenverbänden studentischer Korporationen, in denen die große Mehrheit derer, die vor 1914 studiert hatten, aktiv gewesen war. Diese Verbände traten in der Öffentlichkeit nicht sonderlich hervor, bildeten aber ein gut funktionierendes Netz von Beziehungen zwischen den politischen Machtzentren in Ministerien, Parteien und Verbänden, Direktionsetagen der Großunternehmen und industriellen Interessenorganisationen, Universitäten und der breiten Schicht von Akademikern in mittleren Positionen in Stadt und Land. Unmittelbar nach dem Umsturz wurde in den Berliner Führungszirkeln dieser Verbände der Gedanke einer einheitlichen Akademikerorganisation geboren. Die Initiative kam vom Akademischen Hilfsbund, einer 1915 gegründeten Organisation zur Berufsberatung, Arbeitsvermittlung, Umschulung und Rehabilitation kriegsverletzter Akademiker. <sup>327</sup> Bereits am 11. November 1918 trafen sich einige seiner Vorstandsmitglieder mit schnell erreichbaren Funktionären verschiedener Akademikerverbände und verfaßten einen Aufruf an alle Akademiker einschließlich der Studenten, »sich den bestehenden Organisationen zur Aufrechterhaltung der Freiheit und Ordnung sofort und mit allen Kräften zur Verfügung zu stellen«. Außerdem wurden für die »Arbeiter geistiger Berufe« eine »angemessene Vertretung bei den die Verwaltung regelnden Körperschaften« verlangt und die Bildung eines »Akademikerrats« angekündigt, als »Ge-



samtvertretung des deutschen Akademikerstandes zur Wahrung seiner kulturellen und sozialen Belange«. <sup>328</sup> Nur zwei Tage später konstituierte sich ein Arbeitsausschuß fast aller akademischen Berufsgruppen und Verbände, der »etwas Ähnliches schaffen sollte wie die Generalkommission der Gewerkschaften«. <sup>329</sup> Schon am 16. November präsentierte er einen Katalog von Forderungen und Empfehlungen, die von einer neuerlichen Versammlung der Akademikerverbände sofort verabschiedet wurden: Beteiligung der Akademiker am staatlichen Neuaufbau, »sofern sie jeden durch den Willen des ganzen Volkes geschaffenen Rechtszustand anerkennen«, und sofortige Wahl einer Nationalversammlung – auch um alle von der Revolutionsregierung erlassenen Gesetze und Verordnungen nachzuprüfen und gegebenenfalls abzuändern –, daneben »festen Zusammenschluß« und »einiges Zusammengehen« aller Akademiker, insbesondere in »allen die Hochschulen und die Studenten betreffenden Fragen«, durch ein dreifaches Organisationsnetz. Vorgesehen waren als Zentrale ein Reichsausschuß der akademischen Berufsstände – vom Ausdruck Akademikerrat kam man schnell wieder ab –, mit den akademischen Berufsorganisationen als Mitgliedern und Altherrenverbänden, wissenschaftlichen Gesellschaften und Studentenvertretungen als »Mitarbeitern«; ferner in jeder größeren Stadt örtliche Vertretungen durch den Zusammenschluß der Ortsgruppen der einzelnen Verbände und der nichtorganisierten Akademiker; in allen Hochschulorten darüber hinaus Studentenräte, hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen, und Hochschullehrerräte. <sup>330</sup> Am 22. November 1918 wurde der Reichsausschuß konstituiert; den Vorsitz übernahmen der Vorsitzende des Akademischen Hilfsbundes, Dr. Hugo Böttger, nationalliberaler Abgeordneter im alten Reichstag, und Dr. F. A. Pinkerneil, Direktor der Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker, ebenfalls den Nationalliberalen nahestehend und mit Stresemann befreundet. <sup>331</sup> Bereits gegen Jahresende gehörten dem Reichsausschuß der akademischen Berufsstände die wichtigsten Berufsverbände der Ärzte und Zahnärzte, Apotheker, Juristen und Anwälte, höheren Beamten, Oberlehrer und Lehrerinnen, Volkswirte, Architekten, Chemiker und Ingenieure sowie der evangelischen und katholischen Pfarrer an, außerdem die Vereinigung der ordentlichen Professoren der Universität Berlin und – korporativ – die Technische Hochschule Berlin; insgesamt zählte er rund 20 000 Mitglieder. <sup>332</sup>

Die neuen Berliner Machthaber begrüßten noch im November die Bereitschaft der Akademiker zur Mitarbeit auf der vom Reichsausschuß formulierten Grundlage und sagten dem Akademischen Hilfsbund ungestörte Weiterarbeit zu. <sup>333</sup> Den Reichsausschuß beeindruckte dies jedoch kaum. Er betrachtete sich als »Kampforganisation im Sinne der Gewerkschaften« und zugleich als Instrument zur »Politisierung« der Akademiker <sup>334</sup> und

machte sich sofort ans Werk. Seine erste Vertreterversammlung am 14. Dezember 1918 protestierte in für diese Zeit ungewöhnlich aggressivem Ton gegen die Anerkennung des Arbeitsgemeinschaftsabkommens zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden durch den Rat der Volksbeauftragten, legte »schärfste Verwahrung« ein gegen dessen »Bevorzugung der freien Gewerkschaften« und verlangte für die Akademikerverbände ebenfalls die »Anerkennung als Vertreter ihrer berufstätigen Mitglieder« und für den Reichsausschuß die Beteiligung an den Vorarbeiten für den Ausbau der sozialen Gesetzgebung. »Wir Akademiker lassen keinen Zweifel darüber«, hieß es drohend, »daß wir gesonnen sind, mit allen Mitteln, die unser Zusammenschluß uns gibt, für unsere Forderungen einzutreten.«

Um die soziale Basis hierfür zu verbreitern, wollte der Reichsausschuß »mit allen geistigen Arbeitern außerhalb des Akademikerstandes, namentlich den Künstlern und Volksschullehrern«, gemeinsam vorgehen und einen »Reichsausschuß geistiger Arbeiter« bilden.<sup>335</sup> Gleichzeitig nahm er die Gründung lokaler Unterorganisationen in Angriff, von seinen Mitgliedsverbänden und Altherrenvereinigungen der Korporationen, auch namhaften Politikern und Verbandsfunktionären nachhaltig unterstützt.<sup>336</sup> Hiermit war das Schicksal der meisten Räte geistiger Arbeiter trotz ihrer früheren Entstehung besiegelt, denn beide bewegten sich auf demselben sozialen Rekrutierungsfeld. Wo die Räte geistiger Arbeiter im wesentlichen von den eingesessenen Akademikerorganisationen getragen wurden, ergab sich eine Doppelorganisation, die sich in kaum mehr als dem Namen unterschied; hier lag es nahe, daß die Räte aufgegeben wurden. Wo diese hingegen ein weiteres Spektrum aufwiesen als die Akademikerorganisationen und womöglich auch eine andere politische Orientierung, führte die Gründung lokaler Akademikerzusammenschlüsse vermutlich dazu, daß die Akademiker die Räte verließen und hierdurch so schwächten, daß diese keine Überlebenschance behielten. In einigen Fällen halfen auch die Bürgerräte, zum Beispiel in Frankfurt.<sup>337</sup> Auf zentraler Ebene blieb der Reichsausschuß der akademischen Berufsstände von vornherein allein, weil der Versuch scheiterte, einen »Reichsbund geistiger Arbeiter« aufzubauen.

Im übrigen versuchte der Reichsausschuß auf die Weiterentwicklung der beruflichen Organisation der Akademiker Einfluß zu nehmen. Er übernahm unverzüglich den Begriff »geistiger Arbeiter« und wurde nicht müde, den »Zusammenschluß nach Art der Gewerkschaften«, nämlich »als Arbeitsgemeinschaft und als Kampfgenossenschaft«,<sup>338</sup> als den »einzig möglichen« zu propagieren, um eine »politische Macht« zu bilden,<sup>339</sup> denn »Massenwirkung ist heute das einzige Mittel, Forderungen durchzusetzen«.<sup>340</sup> Zugleich hob er immer wieder die Besonderheit akademischer Ausbildung und Berufstätigkeit hervor, vor allem Individualität und hohe Verantwortung sowie Pflege, Verbreitung und Anwendung der Wissen-

schaft, ferner die »Wahrung ihrer Freiheit« und Förderung der »deutschen Kultur«. <sup>341</sup> Hieraus folgten das Festhalten am »Standesbewußtsein« und die Absage an die Entwicklung eines Arbeitnehmerbewußtseins unter den abhängig beschäftigten Akademikern und an einheitliche Arbeitnehmerorganisationen. Zwar waren diese Prinzipien unter den Angehörigen der Korporationsverbände nicht unumstritten. <sup>342</sup> Gleichwohl hat der Reichsausschuß allem Anschein nach wesentlich dazu beigetragen, daß unter Beamten und Angestellten mit akademischer Ausbildung ständische Orientierungen lebendig blieben und sich nach dem Abflauen der Revolution auch organisatorisch wieder durchsetzten.

### *Angestellte und Beamte*

Unter den Angestellten löste der Umsturz ebenfalls einen Organisationschub aus. Auch ihre Verbände fanden lebhaften Zulauf. Bisher kaum organisierte Gruppen gründeten neue Vereinigungen, zum Beispiel die Chemiker und die chemisch-technischen Assistentinnen, und warben für den »vollständigen Zusammenschluß der Fachgenossen«, weil nur er es erlaube, ihre »Lebensinteressen... nach jeder Richtung hin energisch zu vertreten« und ihnen »diejenige soziale Stellung zu erringen«, die ihnen »in dem zu schaffenden Staatswesen zukommen muß«. <sup>343</sup> Gleichzeitig schlossen sich bestehende Verbände zu Dachverbänden zusammen; auf zentraler Ebene Mitte Dezember 1918 christliche und »nationale« Organisationen zum Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände. Daß diese mit Abstand stärkste Angestelltenorganisation die Bezeichnung Gewerkschaft in ihren Namen aufnahm, hatte einmal einen pragmatischen Grund, nämlich eine entsprechende Forderung der Arbeitergewerkschaften als Bedingung für die Aufnahme der Angestelltenverbände in die vorgesehenen industriellen Arbeitsgemeinschaften. Zum anderen reflektiert diese Bezeichnung die Zunahme des Arbeitnehmerbewußtseins zu Lasten des alten Standesbewußtseins, das unter den Angestellten bis 1914 dominiert hatte, aber schon mit der Verschlechterung ihrer ökonomischen und sozialen Lage während des Krieges schwächer geworden war. Dennoch kann keine Rede davon sein, daß die Revolution in der Angestelltenschaft plötzlich zu einem Durchbruch gewerkschaftlichen Denkens geführt hätte, wie es die Arbeiterschaft verstand; ihr Gesellschaftsbild und ihre politische Orientierung blieben uneinheitlich und entwickelten sich auch in unterschiedlichen Richtungen weiter.

Rätebildungen waren unter den Angestellten in den Revolutionswochen an der Tagesordnung. Allerdings handelte es sich bei den Angestelltenräten

in der Regel um Gremien zur innerbetrieblichen Interessenvertretung und Mitbestimmung sowohl gegenüber der Unternehmensleitung als auch gegenüber der Arbeiterschaft des Unternehmens, historisch um Weiterentwicklungen der Angestelltenausschüsse, die in kriegswichtigen Betrieben bereits aufgrund des Hilfsdienstgesetzes von 1916 entstanden waren. Ihrer Funktion nach gehören sie überwiegend in den Bereich der industriellen Beziehungen. Sie bleiben deshalb hier unberücksichtigt, zumal sie schon einigermaßen erforscht sind.<sup>344</sup>

Ein Nebeneinander von Ausbau und Ausweitung der Berufsverbände und – meist lokaler und dezentraler – Rätebildung kennzeichnet auch die Organisationsbewegung unter den Beamten während der Novemberrevolution. Aber die Rätebildung weist hier Besonderheiten auf, die sie von derjenigen anderer bürgerlicher Gruppen unterscheiden. Die rund 1,2 Millionen Beamten waren im Kaiserreich als Stützen des monarchischen Systems sozialisiert worden. Zwar in unterschiedlichem Ausmaß und auf unterschiedliche Weise – die höheren stärker als die mittleren und unteren, die preußischen durchweg mehr als diejenigen der süddeutschen Staaten und der Hansestädte, die der Zentralbehörden strenger als die der Kommunen –, und unabhängige Geister gab es auch unter ihnen. Gleichwohl konnte die große Mehrheit ihrer politischen Einstellung nach als staattreu und mehr oder weniger konservativ gelten – mit einigen Einsprengseln von Nationalliberalen und Zentrumsangehörigen – und ihrem sozialen Selbstverständnis nach als bürgerlich, bis in die unteren Ränge. Die eifersüchtige Abgrenzung gerade unterer Beamter von der Arbeiterschaft und ihr mitunter bis zur Lächerlichkeit aufgeblasenes Bewußtsein, Träger staatlicher Hoheitsbefugnisse zu sein, zumal wenn sie als Dienstkleidung eine Uniform trugen wie Wachtmeister und Bahnhofsvorsteher, hat reichlich Stoff für die zeitgenössische Karikatur und das Kabarett geliefert, aber auch für ein keineswegs amüsantes langes Kapitel in der Entstehungsgeschichte des autoritären Charakters in Deutschland.

Der Konservierung dieser Einstellungen dienten außer der Verteidigung auf den jeweiligen Landesherrn, ausgeklügelten Selektionsverfahren bei Einstellungen und Beförderungen, geheimen Personalakten sowie Eingriffen des Dienstherrn in die Privatsphäre auch empfindliche Beschränkungen des Rechts der freien Meinungsäußerung sowie des Versammlungs- und Koalitionsrechts. Die Zugehörigkeit zu sozialdemokratischen Organisationen war den Beamten verboten, gleichfalls der Zusammenschluß zu gewerkschaftlichen Interessenverbänden mit Streikvorkehrungen.<sup>345</sup> Vor 1914 waren die Beamtenorganisationen streng antisozialdemokratisch orientiert; ihr vorrangiges Interesse richtete sich auf Gehaltserhöhungen, Veränderungen der Titulatur und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, außerdem auf den Kampf gegen Konkurrenzverbände. Die Obrigkeit

betrachtete jedoch im Grunde jegliche Form von Zusammenschluß als potentielle Insubordination und Bedrohung ihrer eigenen Autorität und beobachtete selbst die Standesverbände mit Argwohn und Mißbehagen, schikanierte sie häufig, behinderte ihre Tätigkeit und disziplinierte ihre Führer, mochten sie ihre Treue zur Monarchie auch noch so oft beteuern. Infolgedessen kam die Organisation der Beamten vor 1914 nur langsam voran und bot ein Bild der Zersplitterung und Schwäche. Nebeneinander bestanden rund 330 Verbände – für Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte, jeweils untergliedert nach höheren, mittleren und unteren Beamten und getrennt nach Zivil- und Militärbehörden. Eine zentrale Vertretung fehlte; es gab lediglich Zusammenschlüsse von Verbänden derselben Kategorie. Ihre Anerkennung durch die Behörden und tarifvertragsähnliche Vereinbarungen über Gehälter und Arbeitsbedingungen lagen noch in weiter Ferne, ebenfalls interne Beamtenvertretungen. Vorgetragen wurden derartige Wünsche zwar wiederholt, aber regelmäßig abgelehnt. Noch 1914 verneinte der Bundesrat ein Bedürfnis für Beamtenausschüsse mit der Begründung, es stände jedem Beamten frei, »seine Wünsche der zuständigen Stelle unmittelbar zu unterbreiten«. <sup>346</sup>

Mit dem Weltkrieg bahnten sich Veränderungen an, hauptsächlich aufgrund materieller Verschlechterungen. Die feste Besoldung der Beamten wirkte wie ein Würgeisen, als die Preise in die Höhe gingen. Bescheidene Teuerungs- und Notzulagen halfen nur wenig. Bis Ende 1917 sanken ihre Realeinkommen gegenüber 1913 um rund die Hälfte; selbst von offizieller Seite wurde ihre ökonomische Lage als katastrophal bezeichnet. <sup>347</sup> »Der Beamte zehrt seine letzten Ersparnisse auf oder hungert«, schrieb der bayerische Kultusminister im Juli 1918 und warnte vor der »völligen Proletarisierung des Beamtenstandes«, die damals sogar die oberen Ränge erreichte. <sup>348</sup> Viele Beamte, namentlich untere und mittlere, empfanden diese Entwicklung nicht nur als persönliche Verarmung, sondern auch als soziale Deklassierung, weil ihre Einkommen hinter diejenigen mancher Arbeitergruppen zurückfielen. Unzufriedenheit und Erbitterung machten sich breit: gegen die Kriegsgewinnler, zu denen in den Augen vieler Beamten auch die Rüstungsarbeiter zählten, und gegen den Staat, der seine Fürsorgepflicht für seine Diener so vernachlässigte und der Bereicherung anderer keinen Einhalt gebot. Loyalitätsbindungen wurden erschüttert und schließlich auch die moralischen Tugenden, die bisher für deutsche Beamte sprichwörtlich gewesen waren. Eigentumsdelikte nahmen ein nie gekanntes Ausmaß an, vor allem unter Eisenbahnbediensteten. <sup>349</sup> Kurz vor Kriegsende war dem bayerischen Kultusminister zufolge »der deutsche Beamtenstand... in allen seinen Schichten der Gefahr der Korruption ganz nahe«. <sup>350</sup>

Diese Veränderungen gaben der Organisationsentwicklung einen kräfti-

gen Schub. Die Beamtenverbände traten energischer als Interessenvertretungen auf und begannen ihre Zersplitterung zu überwinden. 23 Verbände mit über 300000 Mitgliedern gründeten im Februar 1916 die Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände. Im September 1917 gehörten ihr schon 40 Verbände mit knapp 400000 Mitgliedern an, im Juli 1918 72 Verbände mit rund 600000 Mitgliedern. Mit einer vorsichtigen Erklärung zur preußischen Wahlrechtsfrage und der Forderung nach Beamtenausschüssen und Beamtenkammern unternahm die Interessengemeinschaft auch erste Gehversuche auf politischem Gebiet. Dieses Verlangen gewann erhöhte Aktualität, nachdem das Hilfsdienstgesetz Ende 1916 für Arbeiter und Angestellte in kriegswichtigen Unternehmen innerbetriebliche Vertretungen und überbetriebliche Schlichtungsausschüsse eingeführt hatte und für die Arbeiterschaft außerdem mit der Vorbereitung öffentlich-rechtlicher Arbeitskammern begonnen worden war; es blieb jedoch bis Kriegsende unberücksichtigt.<sup>351</sup> Eine Annäherung der Beamtenverbände an die Arbeitergewerkschaften fand indessen kaum statt. Die Mehrzahl der Beamten fühlte sich nach wie vor einem eigenen »Stand« zugehörig. Ihr Bild der Arbeiter war oft durch Vorurteile verzerrt und durch antisozialistische Indoktrination gefärbt. So scheinen besonders mittlere und höhere Beamte die Arbeiter nach den großen Streiks von 1917/18 vorzugsweise als »begehrliche Faulenzer« betrachtet zu haben.<sup>352</sup> Wie sich die politischen Einstellungen der Beamten veränderten, ist kaum zuverlässig zu ermitteln, weil quantitative Daten von hinlänglicher Verlässlichkeit und Aussagekraft fehlen. Manches spricht allerdings dafür, daß die höheren Beamten überwiegend an ihren überkommenen Anschauungen festhielten oder aus Protest weiter nach rechts rückten, wie ihre relativ starke Beteiligung an der Vaterlandspartei zeigt. Unter den mittleren und unteren hingegen scheint sich eine Wendung nach links angebahnt zu haben, zu Parlamentarismus und Demokratie und sogar zur Sozialdemokratie.<sup>353</sup>

In welchem Ausmaß die Loyalität der Beamten gegenüber der Monarchie und ihren Trägern bei Kriegsende erschüttert war, läßt sich jedoch zweifelsfrei daran ablesen, daß sie sich nirgends der Umsturzwellen entgegenstellten, die Anfang November durch Deutschland rollte. Später wurde ihnen manchmal vorgehalten, gelegentlich auch von ihnen selbst rückblickend erwogen, sie hätten mit Streik oder passivem Widerstand die Revolution verhindern oder wenigstens aufhalten können.<sup>354</sup> Solche Äußerungen enthalten nichts als retrospektives Wunschenken. Die Erziehung der Beamten zu Staats- und Obrigkeitsergebenheit, ihre Abgrenzung von der Arbeiterschaft und ihre Frontstellung gegen die Sozialdemokratie, schließlich ihre immer noch schlechte Organisierung hatten den Gedanken, selbst zu streiken, vorher so wenig aufkommen lassen, daß er jetzt nicht plötzlich

in Frage kommen konnte.<sup>355</sup> Außerdem hatte das Eingeständnis der militärischen Niederlage im Oktober 1918 mit Sicherheit auch in der Beamtenschaft der ohnehin schon verbreiteten Unzufriedenheit einen schlagartigen Autoritätsverfall des alten Regimes, einen grenzenlosen Pessimismus und den Wunsch hinzugefügt, den sinnlos gewordenen Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Die Flucht des Kaisers bei Nacht und Nebel nach Holland tat ein übriges, ihn persönlich und bei vielen auch die Monarchie als Institution um den letzten Rest von Ansehen zu bringen, jedenfalls fürs erste. Angst vor den Führern und Anhängern der Revolution hingegen hat für den Verzicht der Beamten auf Gegenwehr allem Anschein nach kaum eine Rolle gespielt. Eine Art Sich-Fügen in das offensichtlich Unvermeidliche scheint am häufigsten gewesen zu sein. Exemplarisch hierfür ist das Verhalten eines hohen preußischen Beamten, der in Berlin seinen auf Dienstreise befindlichen Ressortchef vertrat und förmlich darauf wartete, »daß jemand kommt und mir mein Ministerium abnimmt«, wie er gleichermaßen bürokratisch korrekt und schicksalsergeben äußerte.<sup>356</sup>

Zustimmung zum Umsturz bedeutete solches Verhalten indessen nicht ohne weiteres. Namentlich bei höheren Beamten scheinen Skepsis und Besorgnis gegenüber der weiteren Entwicklung und mehr oder weniger massive Vorbehalte gegen die neuen Machthaber überwogen zu haben, auch wenn sie sich fast ausnahmslos »auf den Boden der gegebenen Tatsachen«<sup>357</sup> und »im Dienste des deutschen Volkes« den Revolutionsregierungen zur Verfügung stellten.<sup>358</sup> Was der Nürnberger Oberbürgermeister Geßler in diesen Tagen notierte, dürfte die damaligen Empfindungen vieler höheren Beamten wiedergeben: »Man fürchtet von der neuen Regierung alles, will es aber mit den neuen Herren nicht verderben, hofft aber zugleich, daß das Neue keinen Bestand hat.«<sup>359</sup> In der unteren Beamtenschaft hingegen beobachtete ein alter Liberaler in München entsetzt, sie täte es »dem Arbeiter vielfach an Radikalismus gleich, ja übertrumpfte ihn bisweilen« und »steckte ein gut Teil des mittleren Beamtentums in gefährlicher Weise an«.<sup>360</sup> Daß ein Unterbeamter Mitte November 1918 voller Begeisterung an Eisners Sekretär schrieb: »Ich möchte Tag und Nacht, wenn es sein muß, mitarbeiten, ... für die Regierung, für Eisner«,<sup>361</sup> war in der Tat kein Einzelfall. Zahlreiche Indizien sprechen dafür, daß der Umsturz unter den unteren, auch den mittleren Beamten nicht selten ein positives Echo fand. Nicht nur aufgrund der verbreiteten politischen Unzufriedenheit, die die ökonomischen Wirkungen des Krieges erzeugt hatten, sondern auch, weil die Revolutionsregierungen unverzüglich die Sonderregelungen aufhoben, die bisher die Rechte der Beamten beschränkt hatten und auf den mittleren und unteren Rängen als besonders drückend empfunden worden waren.<sup>362</sup> Außerdem mochte man hier hoffen, bei hervorragenden Leistungen, möglicherweise auch auf politischen Schienen bessere Aufstiegschancen zu be-

kommen als unter dem alten Regime, unter welchem die Grenzen zwischen den Beamtenkategorien so undurchdringlich gewesen waren wie die der »Kasten in Indien«,<sup>363</sup> womöglich auch seit langem erhobene Forderungen nach Anerkennung der Organisationen und nach Mitbestimmung innerhalb der Verwaltungen endlich durchzusetzen. Auf der anderen Seite gab es freilich auch Ängste, und zwar bei allen Beamten gleichermaßen: vor Eingriffen der Arbeiter- und Soldatenräte in die Verwaltung, vor Absetzungen, erst recht vor einer Abschaffung des Berufsbeamtentums und damit einer Gefährdung der sozialen Sicherheit der Beamten, ihrer Unkündbarkeit und lebenslangen Anstellung, ihrer Karrierechancen und ihrer Alterssicherung durch staatliche Pensionen.<sup>364</sup>

Aus diesen Motiven verbreitete sich auch in der Beamtenschaft nach dem Umsturz die Überzeugung, daß unter den veränderten politischen Bedingungen erfolgversprechende Interessenvertretung nur noch durch Massenorganisationen möglich sei. Die Organisationsentwicklung beschleunigte sich. Bisher unorganisierte Beamtengruppen schlossen sich alsbald zu Berufsorganisationen zusammen, zunächst wiederum vornehmlich auf unterer Ebene: in München am 28. November 1918 die mittleren und unteren Beamten des Statistischen Landesamtes,<sup>365</sup> am 29. November die Beamten der wissenschaftlichen und künstlerischen Anstalten,<sup>366</sup> am 23. Dezember die Regierungsbaumeister;<sup>367</sup> in Düsseldorf die Polizisten und die Beamten der Stadtwerke; in Mecklenburg die akademisch gebildeten Staats- und Gemeindebeamten.<sup>368</sup> Schon bestehende Verbände riefen noch fernstehende Beamte zum Beitritt auf; der Preussische Richterverein zum Beispiel unorganisierte Richter zur Sicherung ihrer Unabsetzbarkeit, Unversetzbarkeit und lebenslänglichen Anstellung, »die das sozialdemokratische Programm nicht anerkennt«. Zu einer Art »Zwangsinnung« sollte der Richterverband ausgebaut werden, »weil die einheitliche Organisation das einzige Mittel der etwa notwendigen Abwehr bietet«. »Jetzt macht nur die Masse Eindruck, jede fehlende Person schwächt die Gesamtwirkung.«<sup>369</sup>

Gleichzeitig entstand auf allen Ebenen eine Fülle von Dachorganisationen oder anderen Kooperationsformen schon bestehender Verbände. Allein bis Ende 1918 wurden rund 45 neue Beamtenverbände registriert.<sup>370</sup> Die wichtigste Neugründung stellte der Deutsche Beamtenbund dar, der Anfang Dezember als Dachorganisation aller Beamtenverbände mit dem Anspruch entstand, »Sammelbecken der Großforderungen der Beamtenschaft zu werden und allgemeine und grundsätzliche Fragen der Beamten gegenüber der Regierung allein zu vertreten, ähnlich wie es die Generalkommission der Gewerkschaften für die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft tat«, wohl wissend, daß dies den einzelnen Beamtenverbänden »ein bisher nicht gekanntes Maß von Organisationsdisziplin« abverlangte.<sup>371</sup> Wie jetzt die meisten Beamtenverbände bezeichnete sich auch der



Deutscher Beamtenbund als gewerkschaftliche Organisation, die sich mit allen Mitteln für die Verbesserung der Lage der Beamten einsetzen wollte, und erklärte sich für eine enge Zusammenarbeit mit den Arbeitergewerkschaften.<sup>372</sup> Sicher entsprach er hiermit Strömungen, die bei Kriegsende besonders unter mittleren und unteren Beamten grassierten; ebenso sicher aber verfolgte er hiermit auch die Absicht, die Arbeitergewerkschaften von einer Organisierung der Beamten abzuhalten, und zwar mit Erfolg.<sup>373</sup>

Die Organisationsentwicklung bedeutete sowohl einen Schritt als auch ein Mittel zur Politisierung der Beamtenschaft, ausgehend ebenfalls von der Überzeugung, es sei unumgänglich, im neuen »Volksstaat« das Gewicht der »Mitgliedermassen« auch in die politische Waagschale zu werfen, um ihre Interessen zur Geltung zu bringen.<sup>374</sup> Der Deutsche Beamtenbund rief daher seine Mitglieder zur Mitarbeit in den Parteien auf; seine Führung selbst engagierte sich überwiegend in denjenigen der Weimarer Koalition.<sup>375</sup> Daneben begann rasch ein Zusammenschluß von Beamten unter parteipolitischen Vorzeichen. Sozialistische Beamte, die sich vor 1918 nicht organisieren können, gründeten schon im Dezember 1918 in Hamburg und Bayern eigene Vereinigungen.<sup>376</sup> Anfang Februar 1919 entstanden die sozialdemokratisch orientierte Bayerische Beamtengewerkschaft und eine Beamtensektion innerhalb der bayerischen SPD,<sup>377</sup> bald auch in der SPD auf Reichsebene.<sup>378</sup> Es dauerte freilich nicht lange, bis politisch anders orientierte Beamte, besonders konservative, ebenfalls eigene Organisationen gründeten<sup>379</sup> und die übrigen Parteien, die weit stärker als vor der Revolution um die Beamten als Wähler warben, eigene Beamtenschüsse einrichteten.<sup>380</sup>

Neben dem Ausbau der Verbände findet sich in der Beamtenschaft die Bildung dezentraler Gremien zur Interessenvertretung innerhalb der einzelnen Dienststellen und Behörden, manchmal auf Initiative der Organisationen oder wenigstens in Kooperation mit ihnen, aber keineswegs in allen Fällen. Durchweg nahmen sie indessen die Bezeichnung Räte an – auf allen Ebenen, in der Verwaltung, im Justizbereich, bei der Polizei und in den Schulen.<sup>381</sup> In Berlin scheint ihre Entstehung auf spontane Impulse innerhalb einzelner Behörden zurückzugehen. Die Neuköllner Kommunalbeamten bildeten bereits am 11. November 1918 einen Beamtenrat, der vom Magistrat künftig in allen Beamtenfragen vor deren Entscheidung gehört zu werden forderte.<sup>382</sup> Im Auswärtigen Amt wählte die gesamte Beamtenschaft »ohne Unterschied des Grades und des Geschlechtes« am 12. November 1918 einen Rat zur Vertretung ihrer Interessen wie zur »Leitung der Geschäfte«.<sup>383</sup> Den Wahlauf Ruf hatten neun Beamte der drei Kategorien verfaßt, vom Ministerialdirektor bis zum Geheimen Kanzleidiener.<sup>384</sup> Wer den Anstoß hierzu gab, ist unklar, ebenfalls das Wahlverfahren. Schon aus zeitlichen Gründen kann es jedoch kaum formalisiert gewesen sein; ver-

mutlich wurden die Kandidaten durch Zuruf vorgeschlagen und per Akklamation gewählt. Wahlkörper scheinen die einzelnen Abteilungen des Amtes gewesen zu sein, nicht die verschiedenen Beamtenkategorien; auch deren jeweilige Stärke hat anscheinend keine bestimmende Rolle gespielt. Beteiligt an der Wahl wurden ebenfalls die Angestellten und sogar die Arbeiter einschließlich der Scheuerfrauen. An die Spitze des Beamtenrates gelangte ein älterer mittlerer Beamter, nach einer anderen Überlieferung ein junger Kanzleiangestellter, ein kriegsverpflichteter Student von etwa 22 Jahren.<sup>385</sup> Im preußischen Innenministerium entstand am selben Tag ein Beamtenausschuß »zur Vertretung der Standesinteressen«, aus je einem höheren, mittleren und unteren Beamten.<sup>386</sup> Binnen kurzem bezog auch er die Angestellten und Arbeiter ein. Ende November firmierte er als »Beamten- und Arbeiterausschuß« und setzte sich aus einem höheren, sieben mittleren und drei unteren Beamten zusammen, ferner je einem Angestellten und Arbeiter; den Vorsitz übernahm ein Rechnungsrat, also ein mittlerer Beamter.<sup>387</sup> An den folgenden Tagen bildeten sich Personalvertretungen in weiteren Berliner Zentralbehörden, ebenfalls in nachgeordneten Behörden und in der Kommunalverwaltung.<sup>388</sup>

Die Bildung einheitlicher Personalvertretungen aus Beamten, Angestellten und Arbeitern ist weniger darauf zurückzuführen, daß plötzlich die sozialen Mauern eingestürzt wären, die bisher zwischen den drei Gruppen gestanden hatten, als auf die Absicht der Beamten, der Entstehung separater Vertretungen der Arbeiter und Angestellten vorzubeugen, denn die hätten mit einiger Sicherheit andere Ziele verfolgt als sie selbst. Innerhalb einheitlicher Personalvertretungen aber bildeten Angestellte und Arbeiter nur eine Minderheit, waren eingebunden und konnten notfalls überstimmt werden. Außerdem mochten die Beamten darauf rechnen, mit solchen Vertretungen am ehesten ihre Forderungen gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten durchzusetzen und womöglich eine Beteiligung an den Revolutionsorganen zu erzielen. Tatsächlich forderten die Berliner Beamtenräte alsbald eine Vertretung im lokalen Arbeiter- und Soldatenrat, unter Berufung auf dessen Wahlordnung, derzufolge auf je 1000 Beschäftigte ein Delegierter zu wählen war.<sup>389</sup> Schließlich zielte die Bildung einheitlicher Personalvertretungen auch darauf ab, eine Kontrolle der Behörden durch die Arbeiter- und Soldatenräte abzuwenden; daß der Beamtenrat des Auswärtigen Amtes selbst dessen Verwaltung beanspruchte, zeigt dies beispielhaft.

Unabhängig von den Initiativen in Berlin entstanden auch bei manchen preußischen Provinzialbehörden schon wenige Tage nach dem Umsturz Beamtenvertretungen. Im Regierungspräsidium Lüneburg zum Beispiel wählten die mittleren und unteren Beamten am 15. November 1918 »zur Wahrung ihrer Rechte und Interessen« einen Beamtenausschuß aus je einem Vertreter jeder Beamtenkategorie. Einen Tag später schickten die

höheren Beamten ebenfalls einen Vertreter. Seitdem bestand der Ausschuß aus einem Kassendiener, einem Kanzleisekretär, einem Regierungsrat und einem Landrentmeister als Vorsitzendem. Alsbald brachten die Beamten des Regierungspräsidiums diejenigen der übrigen Lüneburger Behörden zu einem gleichen Vorgehen und regten einen gemeinsamen Beamtenrat aus allen Lüneburger Beamtenvertretungen an.<sup>390</sup>

In den preußischen Nachbargebieten Hamburgs entstand ein derartiges Gremium bereits zwei Tage später. Eine Massenversammlung von Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten aller Kategorien einschließlich der Lehrer aus Altona, Harburg, Wandsbek und Bergedorf stellte sich am 17. November 1918 im Hamburger Conventgarten »völlig in den Dienst der gegenwärtigen Regierung« und erklärte, »mit ihr am Wiederaufbau des... deutschen Wirtschaftslebens« mitarbeiten zu wollen. Dafür erwartete sie »Berücksichtigung der Beamteneigenart, Sicherung ihrer wirtschaftlichen Stellung und unverkürzte Gewährung aller staatsbürgerlichen Freiheiten und Rechte«, außerdem einen Rechtszustand, »der auch den Beamten den erforderlichen Einfluß zur Gestaltung der kommenden Regierung gewährleistet«. Gewählt wurde ein 22köpfiger Beamtenrat überwiegend aus mittleren Beamten, vornehmlich von Bahn und Post, allerdings auch einigen höheren, der mit dem Recht der Zuwahl ausgestattet wurde.<sup>391</sup>

Auch in anderen Regierungsbezirken Preußens bildeten die Beamten kurz nach dem Umsturz aus eigenem Antrieb räteähnliche Vertretungen, ebenfalls in einigen Städten.<sup>392</sup> Im übrigen übernahmen die Personalvertretungen der Berliner Zentralbehörden, deren institutioneller Position entsprechend, eine Art Führungsfunktion. Schon wenige Tage nach ihrer Konstituierung bildeten sie einen gemeinsamen Ausschuß aus acht Mitgliedern – davon je drei höhere und mittlere Beamte – aus dem Reichsamt des Inneren, dem Reichseisenbahnamt, dem Reichskolonialamt, dem preußischen Kultusministerium, dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten sowie dem Patentamt.<sup>393</sup> Dieser Ausschuß forderte am 19. November 1918 mit einem Rundschreiben, zu dessen Verbreitung wahrscheinlich der Apparat des preußischen Innenministeriums benutzt wurde, alle Staats- und Reichsbehörden in der Provinz auf, »mit möglichster Beschleunigung« ebenfalls Beamtenräte zu wählen, soweit nicht schon geschehen. Gewählt werden sollte analog den Vorschriften des Hilfsdienstgesetzes für Angestelltenausschüsse, also in Behörden mit mehr als 100 Beschäftigten auf je 20 ein Vertreter und ein Ersatzmann, bis zur Höchstzahl von jeweils 15, in Behörden mit weniger als 20 Bediensteten ein mindestens fünfköpfiger Beamtenrat. Ihre Zusammensetzung sollte die jeweilige Größe der einzelnen Beamtengruppen berücksichtigen; Angestellte sollten wie Beamte behandelt werden, alle Beamten beiderlei Geschlechts wahlberechtigt und wählbar sein. Außerdem erging die Aufforderung, nach Berliner Muster Dele-

gierte für die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte zu wählen. Als Aufgabe der Beamtenräte wurde lediglich die »Mitwirkung bei inneren dienstlichen Angelegenheiten« genannt, als politisches Ziel »geschlossenes Zusammentreten für den Aufbau eines geordneten deutschen Gemeinwesens im Dienste einer diesen Aufbau schaffenden Regierung unter strenger Meidung jeder Parteizersplitterung«. <sup>394</sup> Der Vollzug einschließlich der Namen der Vorsitzenden sowie der Gesamtzahl der in der jeweiligen Behörde Beschäftigten sollten an die Oberpräsidien gemeldet werden, und zwar an den Oberpräsidialrat, der als nichtpolitischer Beamter von der Revolutionsregierung nicht ohne weiteres abgesetzt werden konnte. <sup>395</sup> Gedacht war dies nur als vorläufige Regelung bis zu einer genaueren Festlegung von Aufgaben und Zielen der Beamtenräte durch eine Art Generalversammlung. Solange galt die dringende Aufforderung, »im Interesse des notwendigen einheitlichen Zusammengehens der Beamtenschaft sich vertrauensvoll der von den Beamtenvertretungen der Zentralbehörden in gemeinsamer Arbeit wohl erwogenen Regelung anzuschließen« und an den einzelnen Orten Verbindungen zwischen den Beamtenvertretungen der verschiedenen Behörden herzustellen. Auffälligerweise wurden die Beamtenorganisationen mit keinem Wort erwähnt; ob aus taktischen Gründen oder weil der Aufbau des Beamtenrätesystems unabhängig von ihnen beabsichtigt war, muß offen bleiben.

Daß der Aufruf bei Behörden befolgt wurde, die noch keine Beamtenräte gebildet hatten, zeigt das Beispiel Münster. Hier gab er den Anstoß zu Beamtenversammlungen der einzelnen Behörden. Die Justizbediensteten kamen am 25. November zusammen, auf Einladung des Landgerichtspräsidenten und des ersten Staatsanwalts. Der Präsident hielt zunächst eine längere Rede über die Notwendigkeit der Mitarbeit der Beamten im neuen Staat und verlas die einschlägigen Erlasse der Revolutionsregierung sowie das Rundschreiben der Berliner Beamtenräte. Dann erfolgte unter seiner Leitung in gemeinsamer, vermutlich offener Abstimmung die Wahl eines neunköpfigen Justizbeamtenrats. Die Beamten von Oberzolldirektion und Hauptzollamt Münster, insgesamt etwa 100, versammelten sich am 13. Dezember 1918, verzichteten jedoch auf die Wahl einer Vertretung, überzeugt davon, daß allein »durch einträchtiges Zusammenwirken und mehr Anerkennung von Mensch zu Mensch nach Wegräumung des früheren Kasten- und Klassegeistes große Vorteile zum Wohle des Staates und des einzelnen Beamten entstehen müßten«. <sup>396</sup> Die rund 30 Bediensteten des Landratsamtes Beckum, die Anfang Dezember 1918 auf Veranlassung des Landrates zusammenkamen, unterließen ebenfalls »mit Rücksicht auf das gute Einvernehmen« in der Behörde die Bildung eines Beamtenrates. <sup>397</sup> Beim Regierungspräsidium Kassel verzichteten umgekehrt die Behördenchefs darauf, bei den Beamtenversammlungen in Er-

scheinung zu treten aus Furcht, dies würde die Befürworter der Beamtenräte »dem Spott aussetzen und die ganze Versammlung als unfrei erscheinenden lassen«; habe man Beamtenvertretungen »vor dem Umsturz... nicht von oben zugelassen, so würde niemand jetzt eine Anregung auf ihre Bildung als ein freiwilliges Geschenk ansehen«. <sup>398</sup> Auch auf kommunaler Ebene scheint der Berliner Aufruf seine Wirkung getan zu haben. <sup>399</sup>

Ob die Mitglieder der Beamtenräte, die nach den Berliner Vorschlägen entstanden, organisiert und wie sie politisch orientiert waren, läßt sich ohne Lokalstudien nicht beantworten. Bei den Berliner Zentralbehörden selbst – mit Ausnahme der Ministerien für Bahn und Post – scheinen die Organisationen auf Wahl und Zusammensetzung der Beamtenräte nur wenig Einfluß gehabt zu haben. <sup>400</sup> Es muß offenbleiben, ob es sich bei deren Mitgliedern um Beamte handelte, die sich jetzt offen zur Sozialdemokratie bekannten, nachdem sie schon lange insgeheim mit ihr sympathisiert hatten, ob um Leute mit mehr oder weniger konservativer Einstellung, die die Gunst der Stunde für einen großen Auftritt nutzten, oder um Konjunkturritter ohne bestimmte Vorstellungen über die politische Neugestaltung, wie sie jede Revolution hervorzubringen pflegt. Als wahrscheinlich hingegen kann gelten, daß aus einem Wahlverfahren, wie es unter den Justizbeamten in Münster praktiziert wurde, kaum ein Beamtenrat hervorging, der sich einer Konfliktstrategie gegenüber der Behördenleitung verschrieb. Daß selbst ausgesprochen konservative höhere Beamte an die Spitze gelangen konnten, zeigte sich in Danzig. Hier wurde der Vorsitzende des örtlichen Beamtenvereins, der sich zu den »Grundsätzen des alten Beamtentums« bekannte und bald zur DNVP ging, zum Vorsitzenden des Beamtenrates beim Regierungspräsidium gewählt und, als sich die Beamtenräte aller Danziger Behörden zum Großen Beamtenrat zusammaten, zum Vorsitzenden auch dieses Gremiums. <sup>401</sup>

Anders als in Preußen nahmen in Bayern von vornherein die Beamtenverbände die Sache in die Hand. Den Anfang machten die Eisenbahner. Bereits am 8. November 1918, einen Tag nach dem Sturz der alten Regierung, bildeten die Organisationen der Verkehrsbeamten und Lokomotivführer zusammen mit dem Christlichen Verkehrs- und Transportarbeiterverband einen Ausschuß der vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals. Er forderte von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat unverzüglich Vorkehrungen dafür, daß das Verkehrspersonal ungestört weiterarbeiten konnte, Dienstanordnungen nicht durch Unberufene beeinflußt würden, die Lebensmittel- und Brennstoffzufuhr aufrechterhalten blieb und Anordnungen an das Personal nur durch die Organisationen ergingen. Außerdem verlangte er eine Beteiligung des Verkehrspersonals am Arbeiter- und Soldatenrat und die Ernennung eines Ministers aus den eigenen Reihen. <sup>402</sup> Für den 10. November rief er eine allgemeine Versammlung

des bayerischen Verkehrspersonals nach München ein. 18000–20000 Menschen kamen, so daß drei Versammlungen parallel abgehalten werden mußten. Sie forderten die Bildung eines Beirates der Verbände beim Verkehrsministerium, seine Beteiligung bei der Besetzung der leitenden Beamtenstellen sowie an allen sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen für das Personal, schließlich ausreichende Besoldung, Sicherheit der Pensionen, den achtstündigen Arbeitstag und die sechstägige Arbeitswoche.

Ähnliche Forderungen erhoben die Organisationen der übrigen bayerischen Beamtenschaft.<sup>403</sup> Am weitesten ging der Bayerische Beamten- und Lehrerbund, als er am 15. November die Bildung von Beiräten bei allen Ministerien verlangte – und zwar ausschließlich aus organisierten Beamten – und die Forderung nach Einflußnahme auf die Besetzung leitender Beamtenstellen dahin präziserte, daß Beamte, die mit organisations-, personal- oder beamtenrechtlichen Angelegenheiten betraut werden sollten, nur mit Zustimmung, die übrigen nur im Einvernehmen mit den Beamtenräten bestellt werden dürften. Außerdem forderte er für die Beamtenvertretungen ein Initiativrecht einschließlich der Verpflichtung der Ministerien zur Stellungnahme. Gleichzeitig teilte er der Regierung mit, daß er ihr gegenüber als Beamtenkammer »funktioniere«, also als Gesamtvertretung der Staats- und Gemeindebeamten und Lehrer, und ersuchte sie um Anerkennung. Vier Tage später forderte er seine Mitgliedsorganisationen auf, bei den einzelnen Ministerien unverzüglich Beamtenräte zu errichten.<sup>404</sup>

Auch in Baden und Württemberg ging die Initiative für die Bildung von Beamtenräten von den Organisationen aus,<sup>405</sup> gleichfalls in Hamburg. Der Verband hamburgischer Beamtenvereine, die im April 1918 gegründete Dachorganisation aller 37 Hamburger Beamtenvereine mit insgesamt rund 38000 Mitgliedern, wählte am 13. November 1918 in einer »ordnungsgemäß geladenen und vollbesetzten Vertreterversammlung«, wie er ausdrücklich wissen ließ, einen achtzehnköpfigen vorläufigen Beamtenrat. Dieser bestimmte eine fünfköpfige Exekutive – ausschließlich langjährige Führer der Hamburger Beamtenorganisationen, die sich zuvor intern verständigt hatten – und verabschiedete alsbald ein Elfpunkteprogramm.<sup>406</sup> Es forderte die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung, volle staatsbürgerliche Gleichheit, unbeschränkte Koalitionsfreiheit sowie volle Glaubens- und Gewissensfreiheit für die Beamten, Demokratisierung der Verwaltung einschließlich gesetzlicher Beamtenausschüsse und Beamtenkammern, gleiche Rechte für weibliche wie für männliche Beamte, Abschaffung des Diätariats und gesetzliche Regelung von Arbeitszeit und Urlaub.<sup>407</sup> Dem Arbeiter- und Soldatenrat zeigte er unverzüglich seine Gründung an mit der Bitte, sie zu sanktionieren und seinen Exekutivausschuß mit vollem Stimmrecht aufzunehmen. Zugleich teilte er seinen Willen mit, »die gesamte hamburgische Verwaltung... verantwortlich in die

Hand zu nehmen und die volle Verantwortung zu übernehmen 1. für die ordnungsgemäße Aufrechterhaltung der gesamten behördlichen Betriebe und der Gerichte, 2. Vereinheitlichung, Vereinfachung und damit Verbilligung der Verwaltung«. Er versuchte also, Eingriffen in die Verwaltung von vornherein einen Riegel vorzuschieben. Deshalb bat er den Arbeiter- und Soldatenrat um die Ermächtigung, »rechtsverbindliche Anordnungen über den Dienstbetrieb und die Besetzung der Posten zu erlassen, insonderheit jeden Beamten zwecks Mitarbeit an dieser Neu- und Umgestaltung von seinen bisherigen dienstlichen Obliegenheiten zu befreien«, ferner »die vom Beamtenrat zu erlassenden Verfügungen durch die Presse als rechtsverbindlich zu bezeichnen« und ihm Räume, Transportmittel und sonstige Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Drei Tage später fand im Zirkus Busch eine Massenversammlung der Beamten statt, die den Beamtenrat und sein Programm bestätigte.<sup>408</sup>

Somit bestand in der Hansestadt nur eine Woche nach dem Umsturz eine einheitliche Beamtenvertretung, die nach den Gepflogenheiten der Revolution als demokratisch legitimiert gelten konnte. Ihre Vollversammlung zählte zwischen 27 und 32 Mitglieder, ihr Vorstand sechs und sein Vollzugsausschuß fünf; außerdem entstanden bald zahlreiche Unterausschüsse mit je fünf bis sechs Mitgliedern.<sup>409</sup> Das Spektrum der Parteizugehörigkeit reichte von der SPD bis zur DVP. Allerdings umfaßte dieser Beamtenrat zunächst überwiegend mittlere Beamte, nur wenige untere und gar keinen höheren, und bestand allein aus Vertretern von Organisationen, denen nur ein Teil der Hamburger Beamten angehörte.<sup>410</sup>

Generell scheinen sich bei der Bildung der Beamtenräte die mittleren Beamten besonders stark engagiert und ihre Verbände oft die Führung übernommen zu haben, auch auf kommunaler Ebene,<sup>411</sup> während die höheren sich anfänglich zurückhielten, sei es aus überkommenem Standesdenken und der Ablehnung einer mit dem Ruch von Umsturz behafteten Organisationsform, sei es aus Scheu, sich in einer Zeit völliger politischer Unsicherheit zu exponieren. Überall verfolgten die Beamtenräte daher allem Anschein nach im wesentlichen die gleichen Ziele: Abwehr von Kontrollansprüchen der Arbeiter- und Soldatenräte gegenüber den Behörden, erst recht von Eingriffen in die Verwaltung, und zugleich eine eigene Beteiligung an den Revolutionsorganen; Garantie der angestammten Beamtenrechte und der Institution des Berufsbeamtentums und die baldige Wahl einer Nationalversammlung, von der diese Garantie eher erwartet wurde als von den revolutionären Räten;<sup>412</sup> Abschaffung obrigkeitsstaatlicher Residuen des Beamtenrechts und – so bei der Polizei – »gerechte und standesgemäße Behandlung durch die Vorgesetzten«,<sup>413</sup> etwa ihre Anrede mit »Herr« statt in der dritten Person sowie Wegfall der außerdienstlichen Grußpflicht und des »Achtung«-Rufens;<sup>414</sup> ferner Einkommenserhöhung

gen und Arbeitszeitverkürzungen sowie bessere Aufstiegsmöglichkeiten bei entsprechender Bewährung und Tüchtigkeit ohne besondere Prüfungen;<sup>415</sup> schließlich Durchsetzung und Verankerung von Mitbestimmungsregelungen innerhalb der Verwaltung.

Daß auch die neuen Gremien der Beamten sich durchweg und wie selbstverständlich als Räte bezeichneten, ist ohne Zweifel wie bei den übrigen bürgerlichen Rätebildungen als semantische Adaptation des proletarisch-revolutionären Vorbilds zu verstehen. Allerdings konnte sie ein wenig auch an eine Tradition der deutschen Bürokratie anknüpfen, die den Terminus Rat seit langem in vielerlei Amtsbezeichnungen kannte, in erweiterter Form wie Beirat auch als Bezeichnung mehrköpfiger Konsultationsgremien. Verstanden wurde er im Prinzip immer im ursprünglichen Sinne des deutschen Wortes, nämlich als sachkompetenter Ratgeber des Monarchen oder einer anderen staatlichen Institution und als Mitsprache-, eventuell auch Mitentscheidungsberechtigter. Auch wenn in diesem Wortgebrauch die Bezeichnung Beamtenrat für ein mehrköpfiges Mitbestimmungsgremium keinen rechten Platz hatte, haben vielleicht manche Beamte mehr diese als die proletarische Wurzel des Wortes Rat im Sinn gehabt, als sie in ein so genanntes Gremium eintraten.

Bei manchen Arbeiter- und Soldatenräten stieß das Auftreten der Beamtenräte auf mehr oder weniger großes Mißtrauen. Trotzdem scheint es nirgends zu ihrer gewaltsamen Auflösung gekommen zu sein; vielmehr wurden sie in der Regel von den Arbeiter- und Soldatenräten als Vertretungen der Beamten anerkannt – so in Hamburg, Bremen und Baden. Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat wies zugleich alle Beamten an, sich mit Wünschen an den Beamtenrat und nicht an den Arbeiter- und Soldatenrat zu wenden.<sup>416</sup> Der Bremer Arbeiter- und Soldatenrat nahm sogar zwei Mitglieder des Beamtenrats auf.<sup>417</sup> In Hamburg und Baden wurde ein gleiches Verlangen abgelehnt.<sup>418</sup> Der Hamburger Beamtenrat erreichte jedoch eine regelmäßige Kooperation mit der Kommission des Arbeiter- und Soldatenrats für Beamtenfragen.<sup>419</sup> In Baden wurde den Beamtenräten in der Regel auf örtlicher Ebene eine Beteiligung an den Arbeiter- und Soldatenräten zugestanden.<sup>420</sup> In Bayern, wo die Initiative der Beamtenverbände am Anfang stand, sagte Eisner die Erfüllung ihrer Forderungen zu,<sup>421</sup> ungeachtet eines warnenden Hinweises auf die bisherige politische Einstellung ihrer Führer und auf die Gefahr, »daß sich jetzt Leute vordrängen, welche sich nicht zur Sozialdemokratie bekennen und dadurch die Demokratisierung der Beamtenschaft gefährden«,<sup>422</sup> ungeachtet auch der Weigerung der Ministerialbeamten, sich auf die Revolutionsregierung vereidigen zu lassen.<sup>423</sup> Dem Anspruch des Verkehrspersonals, einen Minister aus den eigenen Reihen zu bestellen, hatte Eisner bereits, bevor er erhoben wurde, mit der Ernennung Heinrich von Frauendorfers entsprochen; es ist aber bezeich-



nend für das gesteigerte Mitbestimmungsverlangen der Organisationen, daß sie dagegen protestierten, nicht vorher gehört worden zu sein.<sup>424</sup> Nach anfänglichem Zögern nahm Eisner auch vierzehn führende Vertreter der bayerischen Beamtenorganisationen in den Provisorischen Nationalrat auf.<sup>425</sup> Am 13. November 1918 sagte er darüber hinaus die Errichtung einer Beamtenkammer zu und erklärte sich damit einverstanden, daß der Bayerische Beamten- und Lehrerbund vorläufig diese Aufgabe übernahm und damit eine quasi öffentlich-rechtliche Funktion erhielt.

In Preußen scheint eine förmliche Anerkennung der Beamtenräte durch die zentralen Räteorgane ausgeblieben zu sein. Trotzdem wurden sie offensichtlich auch in Berlin nicht behelligt, teilweise sogar an örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten beteiligt, ebenfalls in anderen Städten und Landesteilen.<sup>426</sup> Bisweilen allerdings gab es Schwierigkeiten. In Harburg, einer Industriestadt an der südlichen Grenze von Hamburg, stellte der Arbeiter- und Soldatenrat dem Beamtenrat zwar beratende Mitwirkung bei allen Beamtenfragen in Aussicht, machte seine stimmberechtigte Aufnahme aber davon abhängig, daß jeder in den Arbeiter- und Soldatenrat entsandte Beamtenvertreter schon vor der Revolution der SPD angehört hatte und dies jetzt öffentlich erklärte.<sup>427</sup>

Kaum minder wichtig für die Position der Beamtenräte als ihre Anerkennung durch die neuen Machthaber war indessen auch diejenige durch die Behördenleitungen, die größtenteils den Umsturz überdauert hatten. Von ihnen wurden sie häufig als »willkommene Mitarbeiter« begrüßt<sup>428</sup> und als Wellenbrecher gegen die Anstürme der Revolution und als potentielle Verbündete gegen die neuen Machthaber gefördert. In manchen preußischen Provinzialbehörden entstanden die Beamtenräte mit tatkräftiger Unterstützung von oben, wie das Beispiel Münster zeigt.<sup>429</sup> Auch in Stuttgart ging die Anregung von einem hohen Beamten aus.<sup>430</sup> In Hamburg unterstützte der alte Senat, der rechtlich unter, tatsächlich neben dem Arbeiter- und Soldatenrat weiter existierte, den Beamtenrat nach Kräften.<sup>431</sup> Manche Kommunalbehörden scheinen die Beamtenräte sogar förmlich bestätigt zu haben wie zum Beispiel der Neuköllner Magistrat; der Düsseldorfer räumte dem Beamtenrat Büros ein, übernahm seine sämtlichen Kosten und stellte die Mitglieder frei.<sup>432</sup>

In besonderem Maße förderten die Leitungen der größten öffentlichen Unternehmen, von Bahn und Post, die Bildung von Beamtenräten. Politisch bedeutete dies eine radikale Wende. Bis 1914 hatten sie ihre Beschäftigten eher wie Soldaten denn wie Arbeitnehmer mit legitimen Interessen behandelt. Um sie zu immobilisieren und disziplinieren, ihnen den Streik rechtlich unmöglich zu machen und sie organisatorisch wie psychologisch von der Arbeiterschaft fernzuhalten, war die Mehrzahl von ihnen verbeamtet worden, auch in untergeordneten Funktionen, in denen sich kaum eine

Spur staatlicher Hoheitsaufgaben fand. Von den rund 56000 Beschäftigten der preußisch-hessischen Staatsbahnen, dem damals größten Arbeitgeber der Welt, der rund 70% aller deutschen Eisenbahner beschäftigte, waren 1913 ca. 257000 Arbeiter – etwa je ein Drittel Betriebsarbeiter, Bahnunterhaltungsarbeiter und Werkstättenarbeiter – und 303000 Beamte, von ihnen rund 97000 Hilfsbeamte im unteren Dienst und Schrankenwärter, 135000 Unterbeamte, 68000 mittlere und 1800 höhere Beamte.<sup>433</sup> Die Belegschaftszahl der Reichspost belief sich im Sommer 1918 auf etwa 375000, davon knapp 220000 Beamte, gut 55000 Arbeiter und 100000 Arbeiterinnen, die fast alle erst während des Krieges eingestellt worden waren und nach Kriegsende größtenteils wieder entlassen wurden.<sup>434</sup> Bis 1914 gab es nur staatstreue Standesverbände; der Versuch zum Aufbau freier Gewerkschaften war im Keim erstickt worden. Um einer Wiederholung vorzubeugen, verboten sämtliche Bundesstaaten ihren Eisenbahnarbeitern die Zugehörigkeit zur SPD sowie zu jeder Organisation, die den Streik als Kampfmittel vorsah. Bayern verlangte sogar einen entsprechenden Revers. Wer trotzdem einer Gewerkschaft beitrug, mußte mit fristloser Kündigung rechnen. Die preußische Eisenbahnverwaltung machte sich selbst an die Gründung von Eisenbahnvereinen, deren Satzungen vom Ministerium genehmigt waren und deren Verwaltungskosten der Staat trug. Bei Kriegsausbruch gehörten ihnen, mehr oder weniger gezwungen, fast sämtliche Beschäftigten dieses Staatsunternehmens an. Rund die Hälfte von ihnen war gleichzeitig in einem unabhängigen »staatstreuen« Eisenbahnverband organisiert.<sup>435</sup> Ähnlich sahen die Organisationsverhältnisse bei der Post aus.<sup>436</sup>

Erst im Zuge der begrenzten innen- und sozialpolitischen Neuorientierung während des Krieges wurde den freien Gewerkschaften die Gründung eines Eisenbahnverbandes gestattet. Auf Streikkassen mußte er jedoch verzichten. Obwohl er lebhaften Zulauf verzeichnete und sich anschickte, die Konkurrenzverbände zu überrunden, zählte er Mitte 1918 erst ca. 60000 Mitglieder. Nicht zuletzt wegen des Fehlens schlagkräftiger Organisationen hielten die Einkünfte der Eisenbahner noch weniger mit den Preissteigerungen Schritt als diejenigen der Industriearbeiter.<sup>437</sup> Der Umsturz setzte die Unzufriedenheit hierüber und die auch unter den Eisenbahnern grassierende, jahrelang angestaute Verbitterung frei, besonders unter den Eisenbahnarbeitern, dem sozial instabilsten Teil der Beschäftigten, dessen Zusammensetzung der Krieg am stärksten verändert hatte. Unter ihnen fand der proletarische Rätegedanke mit einem Ungestüm und einer Radikalität Resonanz wie nur unter wenigen anderen Arbeitergruppen mit Ausnahme der Bergleute.<sup>438</sup> In Berlin griffen die Eisenbahnarbeiter zur Durchsetzung von Lohnerhöhungen, Abschaffung der Akkordarbeit, Einführung des Achtsturentages und Bezahlung von Überstunden Anfang Dezember 1918 zum ersten Mal auch zum Streik.<sup>439</sup>

Gerade in den Revolutionswochen aber war die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch und politisch notwendig, für den Rücktransport der Truppen und die Ablieferung der von den Siegermächten geforderten Lokomotiven und Waggons innerhalb der im Waffenstillstand vereinbarten Fristen. In dieser Situation war es den Eisenbahnverwaltungen durchaus willkommen, daß auch die Beamten allenthalben Räte bildeten, auf örtlicher wie zentraler Ebene,<sup>440</sup> denn diese Räte boten ihnen die Möglichkeit, ein Gegengewicht gegen die Rätebewegung unter den Arbeitern zu schaffen und innerhalb der Belegschaften Verbündete zu gewinnen, denen die neuen Machthaber die Anerkennung schwerlich versagen konnten. Diese Motive dürften den bayerischen Minister Frauendorfer bewogen haben, den Rat des bayerischen Verkehrspersonals umgehend zu empfangen und dessen Forderungen im wesentlichen zu bewilligen.<sup>441</sup> Sie dürften ebenfalls Pate gestanden haben, als im Januar 1919 in Berlin ein Übergreifen des vom Spartakusbund proklamierten Generalstreiks auf die Eisenbahner und ein Stillstand des gesamten Bahnbetriebs befürchtet und im preußischen Eisenbahnministerium »mit äußerster Beschleunigung« ein Beamtenbeirat eingerichtet wurde,<sup>442</sup> anscheinend mit tatkräftiger Unterstützung des Ministeriums, womöglich sogar auf sein Betreiben. Er bestand aus vier mittleren und fünf unteren Beamten, teils aus der Berliner Zentrale, teils aus nachgeordneten Dienststellen und der Provinz, nominiert vom Bund der Beamten der preußisch-hessischen Staats- und der Reichseisenbahnen. Er sollte »insonderheit... das Vertrauensverhältnis zwischen Verwaltung und Beamenschaft... pflegen und... fördern« und erhielt das Recht, »in allen Angelegenheiten allgemeiner Art, die die Beamten und Beamtenanwärter berühren, Wünsche und Anregungen dem Ministerium zu unterbreiten«. Dieses verpflichtete sich, einschlägige Maßnahmen nur »nach Anhörung des Beamtenbeirats und unter Würdigung der von ihm vertretenen Auffassung« zu treffen und bei der Besetzung von Vorgesetztenstellen etwaige »Anstände« von seiner Seite zu würdigen, gleichfalls solche, die sich gegen die Eignung bereits amtierender Vorgesetzter richteten. Der Beirat erhielt ein Dienstzimmer und eine Schreibkraft, seine Mitglieder Dienstbefreiung. »Um sich über Wünsche und Ansichten der Beamten auf dem laufenden zu halten«, sollte er mit deren Organisationen »in ständiger Fühlung bleiben«. Auch bei den einzelnen Eisenbahndirektionen wurden Beameräte eingerichtet, in der Regel aufgrund von Wahlen der Verbände, auf lokaler Ebene aufgrund von Direktwahlen.<sup>443</sup>

Der Minister selbst berief anscheinend den Beamtenbeirat zu seiner ersten Sitzung am 11. Januar 1919 nach Berlin und legte ihm »bei Kanonendonner und Kämpfen auf den Straßen... die gefährvolle Lage« und die »unabweisbare Notwendigkeit des Aufrechterhaltens der Ordnung im

Eisenbahnbetrieb« dar – mit Erfolg. Der Beirat, dessen Mitglieder noch im alten Sinne staatsreu gesinnt gewesen sein dürften, erließ unverzüglich einen Aufruf gegen die Streikpropaganda an das gesamte Personal, der dem Minister zufolge eine »unvergleichlich größere Wirkung« erzielte, »als es eine ministerielle Anordnung und Ermahnung in damaliger Zeit... hätte hervorbringen können«, und der wesentlich dazu beitrug, »daß die Eisenbahnerschaft... im Januar 1919 in ihrem maßgeblichen Stamm treu zur Verwaltung stand«.444 Weiteren Nutzen zog das Eisenbahnministerium aus dem Beirat, indem es hier die Forderungen der verschiedenen Beamtengruppen gegeneinander auszuspielen und so »in verständigen Grenzen« zu halten vermochte.445

Unter den Arbeitern der Post machten sich kein derartiger politischer Radikalismus und Aktionismus bemerkbar, wahrscheinlich weil ihre Zahl und relative Stärke gegenüber den Beamten geringer war als bei der Bahn.446 Hier gingen beide Gruppen gemeinsam vor. In Berlin entstand bereits am 11. November 1918 ein Postbeamten- und -arbeiterrat, auf Initiative der Organisationen und mit Billigung des Staatssekretärs des Reichspostamtes, um die Interessen der Bediensteten gegenüber der neuen Regierung wahrzunehmen und Vertretungen bei den einzelnen Dienststellen zu schaffen.447 Vier Wochen später verfügte das Reichspostamt auf Anregung der Verbände die Bildung von Beamten- und Arbeiterausschüssen bei allen Oberpostdirektionen und allen Postämtern mit mehr als 20 Beschäftigten.448

Parallel hierzu schlossen sich die Postbeamtenverbände – die Vereinigung der höheren Reichs-Post- und -Telegraphenbeamten mit etwa 2700 Mitgliedern, der Verband mittlerer Post- und Telegraphenbeamter mit 42000 Mitgliedern, der rund 27000 Mitglieder zählende Verband der Deutschen Reichs-Post- und -Telegraphenbeamtinnen und der Verband der unteren Reichs-Post- und -Telegraphenbeamten mit 114000 Mitgliedern – zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Sie hielt regelmäßige Sitzungen ab, zu denen jeder Verband vier Vertreter entsenden konnte. Beschlüsse wurden mit einfacher Mehrheit gefaßt, wichtige Fragen jedoch nicht durch Abstimmung, sondern durch Konsensfindung gelöst.449 Trotz ihres informellen Charakters erwies sich die Arbeitsgemeinschaft in den Revolutionsmonaten als »außerordentlich tragfähig«. Vom Ministerium als alleinige Vertretung der Postbeamten anerkannt, bildete sie auch einen zentralen, ebenfalls paritätisch besetzten Beamtenbeirat für die Mitwirkung an grundsätzlichen dienstlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten des gesamten Postpersonals einschließlich Besoldungsfragen, allerdings ebenso wie die Personalvertretungen auf den unteren Ebenen nur mit beratenden und gutachterlichen Befugnissen. Trotz des Fehlens förmlicher Mitbestimmungsrechte bewährte sich der Beirat zumindest nach

dem Urteil eines höheren Beamten »vorzüglich«. Während die Arbeitsgemeinschaft eine »zielbewußte und verständnisvolle Zusammenarbeit« und einen Interessenausgleich zwischen den Verbänden ermöglichte, erlaubten die Verhandlungen zwischen Beirat und Ministerium eine schnelle Klärung anstehender Probleme, jedenfalls solange der politische Wille hierzu bestand.<sup>450</sup> Wahrscheinlich haben beide Gremien in ähnlicher Weise wie der Beamtenbeirat im Eisenbahnministerium dazu beigetragen, daß während der Revolutionsmonate der Postverkehr einigermaßen störungsfrei aufrechterhalten werden konnte.

Die meist entgegenkommende Haltung der Arbeiter- und Soldatenräte und die ganz anders motivierte Unterstützung seitens der Behördenleitungen ermöglichten es den Beamtenräten, ihre Position rasch zu festigen und ihre Mitbestimmungsansprüche in bemerkenswertem Umfang durchzusetzen. In Bayern wurden sie bereits im Dezember 1918 legalisiert und mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet. Der Verkehrsminister stimmte am 1. Dezember 1918 der sofortigen Einrichtung eines »Rates des Verkehrspersonals« zu und verpflichtete sich, »alle Maßnahmen grundsätzlicher Art auf sozialem, wirtschaftlichem und rechtlichem Gebiet, soweit sie das Personal berühren«, nur gemeinsam mit ihm zu treffen und leitende Stellen nur »im Einvernehmen« mit ihm zu besetzen.<sup>451</sup> Außerdem wurde dem Rat die Bildung von Ausschüssen bei zentralen Ämtern sowie bei allen Eisenbahn- und Oberpostdirektionen und größeren Dienststellen übertragen. Seine Mitglieder – höchstens 36 – wurden von den Organisationen bestimmt, einschließlich derjenigen der Angestellten und Arbeiter, und zwar nach Maßgabe ihrer jeweiligen Mitgliedsstärke. Unorganisierte Bedienstete konnten sich ihr »Mitbestimmungsrecht« nur durch Beitritt zu einer der »Standesorganisationen« sichern. Die Vorstandsmitglieder des Rates erhielten für die Erledigung ihrer Geschäfte Dienstbefreiung, außerdem im Ministerium Räume mit den notwendigen Einrichtungen und Schreibkräften sowie Freifahrtscheine. Nach diesem Modell wurden Beiräte auch bei den übrigen bayerischen Ministerien errichtet.<sup>452</sup>

In Bayern erreichten die Beamten in den Revolutionswochen sogar die Einrichtung öffentlich-rechtlicher Gesamtvertretungen, auch dies dank der Rührigkeit und Geschicklichkeit ihrer Organisationen, in diesem Fall hauptsächlich derjenigen der Gemeindebeamten. Deren Zentralverband legte Eisner Mitte Dezember 1918 den Entwurf einer entsprechenden Verordnung vor. Als eine Antwort auf sich warten ließ, drohte er Anfang Januar 1919 für den Fall der Ablehnung indirekt mit einem Beamtenstreik. Eisner gab nach, und am 9. Januar 1919 wurde als Interessenvertretung der organisierten Kommunalbeamten eine Gemeindebeamtenkammer errichtet, die von allen Verbandsmitgliedern auf sechs Jahre zu wählen war, und

zwar auf je 1000 Mitglieder ein Vertreter. Sie erhielt das Recht, den Vorbereitungsdienst zu regeln und zu überwachen, den Behörden Gutachten und Anträge in allen Beamtenangelegenheiten vorzulegen und unmittelbar mit ihnen zu verhandeln, ferner die Befugnis zur Durchführung von Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen sowie zur Einrichtung von Fachschulen, schließlich das Recht, die Arbeitsbedingungen der Beamten jederzeit zu überprüfen und Wünsche und Beschwerden von ihnen entgegenzunehmen.<sup>453</sup> Beim Innenministerium wurde ein dreiköpfiger Beirat eingerichtet. Von der Kammer ernannt, war er bei allen wichtigen Maßnahmen zu hören; allgemeine und grundsätzliche soziale, wirtschaftliche, rechtliche und beamtenpolitische Fragen sollten nur gemeinsam mit ihm geregelt werden. Was den Gemeindebeamten zugestanden wurde, konnte den Staatsbeamten nicht vorenthalten werden. Folglich erkannte die Regierung am 23. Januar 1919 gleichfalls den Bayerischen Beamten- und Lehrerbund »als Vertretung der organisierten Beamten- und Lehrerschaft« an und stellte ihm anheim, »anstelle einer Beamtenkammer« deren Interessen bis zu einer gesetzlichen Regelung wahrzunehmen, für die sie gleichzeitig den Bund um Vorschläge bat.<sup>454</sup>

Mochten diese Bestimmungen auch den »ernsten Willen« der neuen Regierungen erkennen lassen, mit dem Obrigkeitsstaat und seinen bürokratischen Strukturen aufzuräumen<sup>455</sup> – im Lichte demokratischer Prinzipien erschienen sie teilweise problematisch. Bedenklich war auf der einen Seite die Einschränkung des aktiven und passiven Wahlrechts auf organisierte Beamte, erst recht die Nominierung der Beiratsmitglieder durch die Vorstände der Organisationen. In Verbindung mit der uneingeschränkten Möglichkeit der Wiederwahl war sie dazu angetan, einer neuen Form von Funktionärsherrschaft und der Entstehung einer »cliquenhaften Oligarchie«<sup>456</sup> Tür und Tor zu öffnen. Zugleich bedeutete sie eine bedenkliche Vermengung staatlicher Funktionen mit organisierten Interessen. Politisch nicht minder bemerkenswert war jedoch auf der anderen Seite die völlige Unverbindlichkeit aller Mitbestimmungsrechte. Solange ihnen eine gesetzliche Grundlage fehlte, hing ihre Wahrnehmung davon ab, daß sich Regierung und Verwaltung an ihre Selbstverpflichtung hielten. Einstweilen wäre es töricht gewesen, sie zu verletzen. Rechtliche Sicherheit dafür, daß dies so blieb, gab es indessen nicht. Wenn die Ministerien auf das »Einvernehmen« mit den Beamtenbeiräten eines Tages keinen Wert mehr legten, konnten diese »gar nichts, absolut nichts« ausrichten; vielmehr, so schrieb ein Berliner Jurist ahnungsvoll, blieb dann die Verwaltung »im alten Geiste Herrin im Hause und jagt dann den Rätegedanken wieder hinaus«.<sup>457</sup>

Nicht minder fragwürdig war freilich auch die Einstellung der Beamtenvertretungen gegenüber der Revolution und der Demokratisierung der

Verwaltung im allgemeinen und den neuen sozialistischen Machthabern im besonderen. Denn da es sozialdemokratisch orientierte Beamtenverbände bis zur Revolution nicht gegeben hatte, lief die Rekrutierung der Personalvertretungen aus den überkommenen Organisationen darauf hinaus, daß ihre Mitglieder den nichtsozialistischen Parteien nahestanden oder ihnen sogar angehörten. Im Rat des bayerischen Verkehrspersonals zum Beispiel saßen allein drei BVP-Mitglieder, die im Januar 1919 auch in den Landtag gewählt wurden.<sup>458</sup> Der Vorsitzende der Gemeindebeamtenkammer, Josef Jehle, zugleich Vorsitzender des Zentralverbandes der Gemeindebeamten und stellvertretender Vorsitzender des Beamten- und Lehrerbundes, gehörte der DVP an und zog im Januar 1919 mit einer der höchsten Stimmenzahlen ebenfalls in den Landtag ein.<sup>459</sup> Wahrscheinlich nutzten diese Funktionäre ihre neuen Einflußmöglichkeiten weniger für eine Verbreitung demokratischer und republikanischer Überzeugungen innerhalb der Beamtenschaft als dazu, eigene personalpolitische Vorstellungen durchzusetzen und die Regierung von allzu weitreichenden Reformen der Verwaltung und des Beamtenrechts abzuhalten, teilweise auch dazu, einzelne Regierungsentscheidungen zu konterkarieren. Schon Anfang Januar 1919 berichtete das Organ der bayerischen Sozialdemokratie, »gewisse Führer der Beamten« betrieben eine »stille, aber zähe Agitation« gegen die SPD.<sup>460</sup>

Ähnliche Bestimmungen wie in Bayern wurden im Januar 1919 in Württemberg für das Verkehrspersonal erlassen;<sup>461</sup> die übrigen württembergischen Ministerien beschränkten sich einstweilen auf informelle Formen der Zusammenarbeit mit den Beamtenorganisationen.<sup>462</sup> In den übrigen Ländern und im Reich ließ die Legalisierung der Beamtenräte länger auf sich warten. Der Hamburger Beamtenrat erreichte immerhin die Anerkennung durch den Senat, wenn auch nicht in Form einer Verordnung. Auch seine Wahlordnung für die Beamtensusschüsse in den einzelnen Behörden wurde vom Senat gebilligt, die Ausschüsse als »alleinige Vertretung der Beamten... gegenüber ihrem Chef« anerkannt.<sup>463</sup> Nur eine finanzielle Alimentierung lehnte der Senat zunächst mit der Begründung ab, der Beamtenrat sei eine »Interessenvertretung«; schließlich stellte er ihm aber 10000 RM zur Verfügung.<sup>464</sup> Anfang 1919 berief er sogar ein Mitglied des Beamtensrates zum Hilfsreferenten für Beamtenfragen.<sup>465</sup> Infolgedessen orientierte sich der Hamburger Beamtenrat bald stärker auf den Senat als auf den Arbeiter- und Soldatenrat.<sup>466</sup> In Preußen wurden die Beamtensusschüsse anscheinend nur im Geschäftsbereich des Justizministeriums förmlich anerkannt, allerdings auf gutachterliche und vermittelnde Funktionen beschränkt.<sup>467</sup> Die übrigen Ressorts verzichteten zunächst auf eine Anerkennung, scheinen jedoch die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918, die die Bildung von Personalvertretun-

gen nach dem Hilfsdienstgesetz überall dort verfügte, wo sie noch nicht bestanden, als Rechtsgrundlage für analog zusammengesetzte Beamtenvertretungen angesehen zu haben.<sup>468</sup>

Gegenüber den Mitbestimmungszielen der Beamtenräte hielt sich das defensive Motiv, das bei ihrer Entstehung ebenfalls Pate gestanden hatte, im Hintergrund. Denn anders als von vielen Beamten befürchtet, legten die Arbeiter- und Soldatenräte in der Regel großen Wert auf die ungestörte Weiterarbeit der Verwaltung, um die Lebensmittel- und Energieversorgung, den Rücktransport der Truppen und die Demobilisierung nicht noch über das ohnehin bestehende Maß hinaus zu erschweren. Daher verzichteten sie meist auf Eingriffe in den Behördenapparat, seine Arbeitsabläufe und Entscheidungen<sup>469</sup> und beschränkten sich auf die Neubesetzung der Spitzenpositionen der meisten Zentral- und mancher Mittel- und Unterbehörden sowie die Entsendung von Kommissaren mit Kontrollbefugnissen in die Ämter. An der Spitze der öffentlichen Unternehmen wurden entweder gar keine Veränderungen vorgenommen, oder man holte bürgerliche Fachleute: als Chef des preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten zum Beispiel, dem auch die Eisenbahn unterstand, nach dem Rücktritt des konservativen Ministers Breitenbach dessen langjährigen Ministerialdirektor Hoff, unbeschadet seiner unverblünten Erklärung, daß er weder Sozialdemokrat sei noch nach der Übernahme des Ministeramtes »als der Sozialdemokratie angehörig angesehen werden wolle«.<sup>470</sup> Von den Kommissaren war meist wenig zu merken, sei es, weil sie auf eine durchgreifende Anwendung ihrer Kompetenzen verzichteten, sei es, weil sie gar nicht recht wußten, wie und in welcher Richtung sie sie benutzen sollten.

Die Abwehr von Ein- und Übergriffen der Arbeiter- und Soldatenräte erwies sich für die Beamtenräte daher als weniger vordringlich, als zunächst angenommen. Sie scheint nur in Einzelfällen vorgekommen und dann eher im Sinne der Beamtenräte ausgegangen zu sein. Im Reichsmarineneamt etwa führte der Beamtenausschuß Mitte Dezember 1918 »bittere Klage« über den Zentralrat der Marine, der eine weitgehende Kontrolle der Arbeit dieser Behörde durchzusetzen versuchte.<sup>471</sup> Die Beamten – »die höheren, mittleren und unteren« gleichermaßen – empfanden sie als »entwürdigend«, zumal sie, wie sie klagten, von Personen vorgenommen wurde, »die nicht die erforderlichen Fachkenntnisse haben, und in einer Weise, die die Erledigung der Geschäfte nur erschwert, verzögert und verteuert«. Der Beamtenausschuß forderte den Staatssekretär, der ebenfalls aus der Kaiserzeit übernommen worden war, zu »schärfstem Protest« bei der Reichsregierung auf.<sup>472</sup> Er erfolgte in Form einer Rücktrittsdrohung.<sup>473</sup> Da auch manchem Sozialdemokraten, namentlich Noske, die Tätigkeit des Marinerats ein Dorn im Auge war, ließ der Erfolg nicht lange



auf sich warten. Nur wenige Wochen nach Noskes Ernennung zum Oberbefehlshaber wurde die Mitgliedsstärke des Rates von 53 auf sechs reduziert. Ein vergleichbares Beispiel aus den Mittelbehörden ist aus Danzig überliefert. Hier beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat, Oberpräsident, Regierungspräsident, Landeshauptmann und Polizeipräsident durch Anhänger der neuen Ordnung zu ersetzen. Der Beamtenrat regierte gleichfalls mit »schärfstem Protest« beim preußischen Innenminister und mobilisierte die bürgerliche Presse – und alle vier blieben im Amt.<sup>474</sup>

Solche Erfolge erzielten die Beamtenräte durchweg im Zusammenwirken mit der Behördenleitung. Umgekehrte Bestrebungen nach personellen und strukturellen Veränderungen, wahrscheinlich von mittleren und unteren Beamten getragen, scheinen selten gewesen zu sein – Forderungen nach Absetzung mißliebiger Vorgesetzter etwa, erst recht nach »Umgestaltung der Behörden von unten her«, ihrer Säuberung »vom Staub der alten Zeit«, von »Bureaucratismus und ... Reaktion« mit Hilfe der Beamtenräte, die allein »ihre geheimen Schlupfwinkel und Verstecke« kannten und wußten, »wo die Hebel anzusetzen sind«,<sup>475</sup> oder gar Forderungen nach Aufnahme zuverlässiger Republikaner in die Verwaltung und nach Kontrolle von deren Loyalität gegenüber der Republik. Hatte schon die Erfüllung der Mitbestimmungsansprüche der Beamten in vielen Fällen dazu geführt, daß keineswegs erklärte Anwälte von Republik und Demokratie in die Beamtenvertretungen gelangten, so zeigt auch die Seltenheit solcher Forderungen, daß das Verlangen vieler Beamten nach Mitbestimmung nicht gleichbedeutend war mit dem nach Demokratisierung der Verwaltung in politischem Sinne.<sup>476</sup>

Aufgrund der Sozialisation der Beamten im Kaiserreich und ihrer politischen Orientierung ist das kaum überraschend, ebensowenig, daß solche Forderungen ungleich seltener Erfolge brachten als die Abwehr von Eingriffen der Arbeiter- und Soldatenräte. Denn sie beruhten nicht auf gemeinsamen Interessen aller Beamten, sondern richteten sich direkt oder indirekt gegen die höheren. Diese leisteten daher Widerstand, und wie sich schnell zeigte, waren ihr Einfluß und Einfallsreichtum demjenigen von Beamtenräten, die überwiegend aus mittleren und unteren Beamten bestanden, weit überlegen. Die Ablösung mißliebiger Vorgesetzter, die freilich nicht immer politisch motiviert sein und nichts mit demokratischen Absichten zu tun haben mußte, erreichten die Beamtenräte nur in Ausnahmefällen, zum Beispiel einmal in der Hamburger Polizeibehörde.<sup>477</sup> In einer Berliner Justizbehörde sprach die Beamtenschaft einem Personaldezernenten das Mißtrauen aus und verlangte mit überwältigender Mehrheit seinen Rücktritt; trotzdem beließ ihn die vorgesetzte Behörde auf seinem Posten – mit der Begründung, er genieße das Vertrauen seiner Vorgesetzten.<sup>478</sup> Forderungen nach allgemeiner Absetzung von

Vorgesetzten, wie sie analog zu den Forderungen vieler Soldatenräte gelegentlich unter Polizeieinheiten auftauchten, scheiterten mitunter sogar schon in den eigenen Reihen. Eine Versammlung der Berliner Schutzmannschaft etwa erteilte derartigen Bestrebungen eine eindeutige Abfuhr.<sup>479</sup>

Noch weniger scheinen die Beamtenräte für eine Neuordnung der Verwaltung erreicht zu haben. Der Hamburger Beamtenrat erhielt zwar zusammen mit der Beamtenkommission des Arbeiter- und Soldatenrats einen entsprechenden Planungsauftrag.<sup>480</sup> In den ersten Monaten fand er jedoch kaum Zeit, sich ihm zuzuwenden. Als der Senat sich im Frühjahr 1919 der Sache annahm, wurde er übergangen.<sup>481</sup> Insgesamt blieb aus diesen Gründen allem Anschein nach der Beitrag der Beamtenräte zur Reform der Verwaltung im demokratischen Sinne während der Kernzeit der Revolution unbedeutend.

Schwieriger als das Verhältnis zu Regierungen und Behördenleitungen entwickelte sich bisweilen die Position der Beamtenräte innerhalb der Beamtenschaft selbst. Weitgehend unumstritten war sie dort, wo die Räte eng mit den Organisationen zusammenarbeiteten oder praktisch mit ihnen identisch waren und wo die Organisationen hinlänglich Rückhalt in der Beamtenschaft besaßen wie in Bayern. Wo diese Voraussetzungen nur teilweise gegeben waren, stießen die Beamtenräte gelegentlich auf Widerstand in den eigenen Reihen. Dies zeigte sich besonders deutlich in Hamburg. Hier war der zentrale Beamtenrat zwar auch auf Initiative der Organisationen entstanden, aber nur derjenigen der mittleren und unteren Beamten; die höheren waren anfänglich nicht beteiligt, und ein Unterbau in den einzelnen Behörden fehlte ebenfalls. Der Beamtenrat verständigte sich deshalb sogleich nach seiner Konstituierung auf die Möglichkeit personeller Erweiterungen unter der Bedingung, daß die neu Aufzunehmenden mit seinem Programm übereinstimmten, eine größere Gruppe von Beamten vertraten und die »geistige Tüchtigkeit zur Mitarbeit« besaßen;<sup>482</sup> allerdings sollte die Obergrenze von 30 Mitgliedern nicht überschritten werden.<sup>483</sup> Die höheren Beamten signalisierten nach wenigen Tagen ihre Bereitschaft zur Mitarbeit auf dieser Basis.<sup>484</sup> Trotzdem verzögerte sich ihre Aufnahme, weil der Beamtenrat zunächst eine Wahlordnung für Beamtenvertretungen in den einzelnen Behörden verabschiedete, die hier die interne Mitbestimmung einführen und zugleich die Grundlage für seine eigene Erweiterung abgeben sollte, ohne freilich seine Vorrangstellung anzutasten. Vorgesehen waren die Wahl nach Listen, die von den Vertrauensleuten der einzelnen Beamtengruppen gemeinsam aufgestellt werden sollten, und für jede Gruppe eine bestimmte Zahl von Mandaten zum Schutz von Minderheiten und zur Vermeidung von Verzerrungen durch unterschiedliche Wahlbeteiligung.<sup>485</sup> Zahlreiche Behörden wählten

nach dieser Ordnung Anfang Dezember ihre Personalvertretungen.<sup>486</sup> Erst anschließend wurden zwei Vertreter der höheren Beamten in den Beamtenrat aufgenommen.

Konflikte gab es gelegentlich dort, wo bereits auf anderer Grundlage Beamtenräte entstanden oder gerade im Entstehen begriffen waren, besonders bei der Hamburger Polizei. Hier hatten sich schon Mitte November 1918 Räte der Bürobeamten und der Schutzleute gebildet. Während sich der erste mit der Bildung des zentralen Beamtenrats »durchaus einverstanden« erklärte,<sup>487</sup> reagierte der Schutzmannsrat, der politisch weiter links stand und den Beamtenrat für »reaktionär« hielt,<sup>488</sup> auf dessen Wahlordnung und dessen Verlangen nach Neuwahl mit einer Protestversammlung gegen Entstehung und Zusammensetzung des Beamtenrats und mit der Gegenforderung nach dessen Neuwahl auf demokratischer Grundlage.<sup>489</sup> Der Beamtenrat revanchierte sich mit einer ultimativen Anfrage an den Arbeiter- und Soldatenrat, »ob er sich für uns oder die Praktiken der Schutzmannschaft entscheide«.<sup>490</sup> Schließlich einigte man sich darauf, daß sich die Schutzleute an der Wahl zum Beamtenrat der Polizeibehörde beteiligten, der Schutzmannsrat aber »mit Rücksicht auf die besondere Stellung zum Arbeiter- und Soldatenrat und auf seine besonderen Aufgaben« bestehen blieb und ein Mitglied in den Beamtenrat entsandte. Gleichmaßen verfuhr man mit dem Hafenzentralrat.<sup>491</sup> Der Beamtenrat der Feuerwehr, der die Wahlordnung ebenfalls nicht akzeptieren wollte, wurde »unter Berücksichtigung des Umstandes, daß seine Wahl nach gleichen Grundsätzen erfolgt ist, wie sie für die Beamtenausschüsse vorgeschlagen sind«, vom Beamtenrat anerkannt.<sup>492</sup>

Besonders konfliktreich gestaltete sich dessen Verhältnis zu den Angestellten, die während des Krieges für einberufene Beamte eingestellt worden und jetzt durch deren Rückkehr von Entlassung bedroht waren. In einer reinen Beamtenvertretung sahen sie ihre Sonderinteressen alles andere als gut aufgehoben. Namentlich der freigewerkschaftliche Verband der Büroangestellten übte »allerschärfste Kritik« am Beamtenrat<sup>493</sup> und verlangte die Anerkennung der Angestelltenausschüsse, die sich – vermutlich größtenteils unter seiner Ägide – in zahlreichen Behörden gebildet hatten. Der Senat erklärte »vorläufig eine gemeinsame Vertretung der Interessen der Beamten und Angestellten durch den Beamtenrat und die Beamtenausschüsse für zweckmäßig«,<sup>494</sup> ernannte aber unverzüglich alle Staatsangestellten mit einer Dienstzeit von mindesten fünf Jahren zu kündbaren Beamten mit dem Recht auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung, trotz der »sehr erheblichen Mehraufwendungen«, die hieraus erwachsen; wohl nicht nur, um dem Beamtenrat einen politischen Erfolg zu verschaffen und dem Angestelltenverband einigen Wind aus den Segeln zu nehmen, sondern auch um die Basis der Angestelltenausschüsse zu ver-

kleinern, deren obligatorische Einführung durch den Rat der Volksbeauftragten sich bereits abzeichnete und von denen größerer Radikalismus zu erwarten war als von den Beamtenvertretungen.<sup>495</sup> Bemerkenswerterweise hielt aber auch die Beamtenkommission des Arbeiter- und Soldatenrats dem Beamtenrat die Stange. Infolgedessen wurde auch in diesem Fall eine Doppellösung gefunden: die Angestelltenausschüsse blieben bestehen oder wurden weiterhin gewählt; die befristet beschäftigten Büroangestellten wählten außerdem zwei Vertreter, die in den Beamtenrat aufgenommen wurden.<sup>496</sup>

Daß dieser sich auf solche Kompromisse einließ, hing vermutlich damit zusammen, daß seine eigene Legitimation als Vertretung der gesamten Hamburger Beamtenschaft nicht über jeden demokratischen Zweifel erhaben war, er selbst aber auch eine Neuwahl scheute. Statt dessen erweiterte er sich schrittweise um Delegierte der Beamtenvertretungen der einzelnen Behörden sowie der höheren Beamten,<sup>497</sup> wobei er wohlweislich darauf verzichtete, ein eigenes Selektionsrecht, etwa nach politischen Gesichtspunkten, in Anspruch zu nehmen; maßgeblich blieben allein das Bekenntnis zu seinem Programm vom 13. November und die Bereitschaft, »den ganzen Tag für die Arbeit des Beamtenrats zur Verfügung [zu] stehen«. <sup>498</sup> Seit Anfang Januar 1919 allerdings lehnte er weitere personelle Ergänzungen ab.<sup>499</sup> Neugewählt wurde im Zuge der personellen Erweiterung kurz vor Weihnachten nur sein Vollzugsausschuß, in geheimer Wahl »auf demokratischer Grundlage«, also ohne Vorgabe eines Verteilungsschlüssels für die einzelnen Beamtenskategorien. Sie ergab die Bestätigung des bisherigen Ausschusses, so daß die höheren Beamten in ihm auch weiterhin nicht vertreten waren.<sup>500</sup>

Mitunter wurde auch aus politischen Gründen neu gegründeten Organisationen die Aufnahme in die Beamtenräte verwehrt. Die vorläufige bayerische Beamtensammer etwa, als welche der Bayerische Beamten- und Lehrerbund fungierte, lehnte eine Mitgliedschaft der sozialdemokratisch orientierten Bayerischen Beamtengewerkschaft ab, obwohl nach deren Angaben die bayerische Beamtenschaft »besonders in den Reihen der unteren und mittleren Beamten Zehntausende von Sozialisten« umfaßte. In dieser Kammer blieben Vorstandsmitglieder des Bundes unter sich, die der Beamtengewerkschaft zufolge entweder dem Zentrum oder der DVP angehörten und die Gesamtbeamtenschaft »grundsätzlich... nach eigenem Gutdünken« vertraten.<sup>501</sup>

Erst recht wurden Beamtenräte, die unabhängig von den Organisationen entstanden waren und ohne Rückkopplung mit ihnen agierten, von den Verbänden als Konkurrenz, wenn nicht gar – wie vom Deutschen Beamtenbund – als »Bedrohung« angesehen.<sup>502</sup> Besonders deutlich zeigte sich dies in Berlin, wo sich die Beamtenräte augenscheinlich ohne Füh-

lungnahme mit den Beamtenorganisationen gebildet und unverzüglich in einer eigenen Vereinigung zusammengeschlossen hatten, die eine Führungsfunktion für alle preußischen Beamtenräte zu übernehmen versuchte. Mitte Dezember 1918 präzierte diese ihre Richtlinien aus den Revolutionstagen, ging jedoch auf die Frage der Organisationszugehörigkeit der Beamtenratsmitglieder und deren Verhältnis zu den Verbänden wiederum mit keinem Wort ein. Sie bat vielmehr den Rat der Volksbeauftragten für die Beamtenräte um Anerkennung »als Verwaltungsorgan« und für sich selbst als öffentlich-rechtliche Körperschaft analog den Kammern von Handel und Industrie, Handwerk und Landwirtschaft.<sup>503</sup> Der Deutsche Beamtenbund erblickte hierin die »Gefahr, durch das Räte-system erdrückt zu werden«, <sup>504</sup> zumal er selbst bei Ebert vergeblich auf die Einrichtung eines zentralen Beamtenrats aus Organisationsvertretern gedrängt hatte.<sup>505</sup> Er wollte eine Eingliederung, wenigstens einen Anschluß der Beamtenratsvereinigung, während diese darauf beharrte, nicht nur rein örtliche Fragen zu behandeln, sondern auch solche der Besoldung und des Beamtenrechts, also originäre Arbeitsgebiete der Organisationen.<sup>506</sup> Bei so unterschiedlichen Zielen war eine Verständigung, um die der Beamtenbund sich bemüht zu haben scheint, ausgeschlossen. Dieser legte daraufhin am 11. Januar 1919 eigene Grundsätze vor, die darauf abzielten, eine organisatorisch unabhängige Beamtenrätebewegung zu verhindern und dort, wo sie sich bereits etabliert hatte, wieder zu beseitigen. Die Beamtenvertretungen sollten nicht »Beamtenräte«, sondern »Beamtenausschüsse« heißen, ausschließlich aus organisierten Beamten bestehen, keine Angestellten einbeziehen, in die Organisationen eingegliedert werden und »im engsten Zusammenhang« mit ihnen arbeiten; die Erhebung eigener Beiträge sollte ihnen untersagt sein, um einer »Zerstörung der vorhandenen Organisationsgrundlage« vorzubeugen; ihr Zusammenschluß zu besonderen Vereinigungen wurde abgelehnt.<sup>507</sup> Gedacht waren die Beamtenräte vom Deutschen Beamtenbund als »Brücke des Vertrauens zwischen Oberleitung und Betriebskörper« und »Regulatoren des örtlichen Dienstbetriebs«; hierfür sollten sie förmliche Mitbestimmungsrechte erhalten. Im übrigen jedoch wurde vor einer »Überspannung der Befugnisse« und einer »Art Überregierungssystem... als Ausdruck falsch verstandener Demokratie« gewarnt. In Besoldungs- und Beamtenrechtsfragen, die die Organisationen als eigene Domäne betrachteten, sollten die Ausschüsse keinerlei Befugnisse erhalten, auch keine Mitentscheidungsrechte in Grundsatzfragen.

In dieser Auseinandersetzung deutete sich ein grundsätzliches Spannungsverhältnis zwischen Beamtenräten und Beamtenorganisationen an. Es trat zwar ungleich schwächer in Erscheinung als zur gleichen Zeit in der Arbeiterschaft zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften. Da die

Beamtenorganisationen noch bei weitem nicht den Einfluß besaßen wie die Arbeitergewerkschaften und die Mitbestimmungsansprüche der meisten Beamtenräte viel weniger weit gingen als die der Rätebewegung der Industriearbeiterschaft, fehlten in der Beamtenschaft die Voraussetzungen für eine ähnliche Entfremdung zwischen Organisationsführung und Mitgliederbasis und für das Aufkommen einer organisationsinternen Opposition. Prinzipiell aber waren mit der Entstehung der Beamtenräte ähnliche Konflikte angelegt. Mit dem Wachstum der Beamtenorganisationen wurden sie deutlicher und gewannen an Einfluß auch auf die Einstellung des Staates gegenüber den Beamtenräten. In den Revolutionswochen fiel in dieser Frage noch keine Entscheidung. Die Leitsätze des Deutschen Beamtenbundes vom Januar 1919 wiesen jedoch die Richtung, die die späteren staatlichen Regelungen einschlagen sollten.<sup>508</sup>

### *Offiziere und Soldaten*

Ganz neue Organisationsansätze entstanden im November 1918 in einer Gruppe, die dergleichen zuvor besonders wenig gekannt hatte, nämlich unter Offizieren und Soldaten. Bis zur Revolution war ihnen die Bildung von Interessenverbänden als unvereinbar mit der militärischen Verpflichtung zu Gehorsam und Disziplin verboten gewesen. Zudem hatten die Offiziere die militärischen Verhaltensnormen so verinnerlicht, daß sie auch von sich aus kaum auf den Gedanken kollektiver Interessenvertretung gekommen wären, nach dem Vorbild sozialdemokratischer Arbeiterorganisationen schon gar nicht, in ihren Augen Feinde der Monarchie, des Staates und der Religion.<sup>509</sup> Eigene politische Interessen verfolgten sie ohnehin nicht, wie sie glaubten; sie hielten sich für völlig unpolitisch. Ihrer Funktion nach waren sie dies indessen mitnichten, denn die Armee diente außer dem Schutz der territorialen Integrität des Reiches und womöglich seiner Angriffsfähigkeit auch der Sicherung politischer und gesellschaftlicher Machtverteilung im Innern, daneben der politischen Sozialisation der männlichen Bevölkerung und der Konservierung und Reproduktion von Verhaltensnormen der gesellschaftlichen Führungsschicht. Vielen Offizieren war dies vermutlich kaum bewußt. In ihren Unterhaltungen und in der Ausbildung spielte Politik kaum eine Rolle; »die allerwenigsten machten sich überhaupt Gedanken darüber«. Selbst die höheren Offiziere wurden »wie die Blinden in einer unvermeidlich politischen Welt gehalten«.<sup>510</sup> Politik war eine Sache von wenigen – des Generalstabs, des Kriegsministers, vor allem aber des Königs, auf den sie vereidigt waren. Er bildete das Zentrum ihres politischen und gesellschaftlichen Bezugssystems, und sie konnten

darauf vertrauen, daß er von sich aus auch ihre Interessen berücksichtigen würde, zumal der größere Teil des Offizierskorps dem Adel angehörte und durch zahllose familiäre, historische und rechtliche Bande mit ihm verknüpft war. Monarchisch-konservative Grundüberzeugungen waren daher für die Offizierskorps vor 1914 buchstäblich selbstverständlich.<sup>511</sup>

Während des Krieges verlor es mit seinen hohen Verlusten und seiner zahlenmäßigen Vergrößerung, die die Mobilisierung eines Millionenheeres nötig machte, seine soziale Homogenität. Gleichzeitig wurde es mehr und mehr in politische Fragen verwickelt. Den Militärbehörden in der Heimat fiel mit der vollziehenden Gewalt eine eminent politische Funktion zu; sie entschieden über die Verteilung knapper Ressourcen an Material und Arbeitskräften, über Preise und Löhne und die Lösung von Arbeitskonflikten, über die Handhabung von Versammlungsrecht, Zensur und den Umgang mit der politischen Opposition. Erst recht die Rolle der Obersten Heeresleitung war hochpolitisch, je länger der Krieg dauerte, desto mehr, nicht nur wegen der Entscheidung über Weiterführung oder Beendigung des Krieges, sondern auch weil die Anforderungen der Kriegführung die Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Heimat mehr und mehr und am Ende gänzlich bestimmten. In der Obersten Heeresleitung entwickelte sich folglich ein Typus des politisierenden Offiziers, personifiziert namentlich durch Ludendorff und seinen Gehilfen Oberst Bauer, wie es ihn im Kaiserreich vielleicht mit der Ausnahme von Tirpitz zuvor kaum gegeben hatte. Diese Militärs forderten schließlich ein Mitsprache-, wenn nicht sogar ein Entscheidungsrecht in allen wichtigen außen-, innen- und sozialpolitischen Fragen.

Die innenpolitischen Gegensätze, die der Krieg aufwarf, färbten indessen auch auf das Offizierskorps ab, wenngleich gemildert durch gemeinsame konservative Grundüberzeugungen. General Groener zum Beispiel, Chef des 1916 eingerichteten Kriegsammtes, einer Art wirtschaftlichen Generalstabs, hielt aus nüchterner Einsicht in die Grenzen der personellen und materiellen Ressourcen Deutschlands schon Ende 1916 einen ungünstigen Kriegsausgang, daher auch eine Revolution für möglich und ein Zusammengehen der Regierung mit dem gemäßigten Flügel der Sozialdemokratie und vor allem mit den freien Gewerkschaften für geboten.<sup>512</sup> Unter den konservativen Hardlinern sowie in der Umgebung Ludendorffs tauchte dagegen in den letzten Kriegsjahren, als die ökonomischen und sozialen Wirkungen des Krieges Massenstreiks provozierten und die Unhaltbarkeit der Privilegien von König, Adel und anderen Besitzenden immer deutlicher wurde, wiederholt der Gedanke an Staatsstreich und Militärdiktatur auf, womit preußische Offiziere und Politiker schon vor dem Krieg in politisch heiklen Situationen gelegentlich geliebäugelt hatten.<sup>513</sup> Dies erhellt schlaglichtartig, daß sich im Offizierskorps eine Neigung zum

eigenen politischen Handeln herausbildete, und zeigt zugleich dessen Richtung an. Man kann solche Gedanken auch als Symptom dafür auffassen, daß sich alte Loyalitätsbindungen auflösten und Teile des Offizierskorps sich von der Person des Kaisers zu emanzipieren begannen; diese nämlich spielte in den Überlegungen nur eine Nebenrolle. Vermutlich war Wilhelm II. in sie kaum eingeweiht; angeregt hat er sie schwerlich; für die potentiellen Frondeure war er nur noch als Statist von Bedeutung.<sup>514</sup>

Die Waffenstillstandsbitte und das plötzliche Kriegsende, erst recht der Umsturz sowie die Flucht und Abdankung des Kaisers änderten die Situation des Offizierskorps schlagartig. Von einer einheitlichen Reaktion auf die Revolution konnte allerdings keine Rede sein. In der Heimat, wo sich der Umsturz seit längerer Zeit anbahnte, machten sich manche Offiziere schon vor dem Abtreten ihres obersten Kriegsherrn, sogar noch vor dem Auftauchen der ersten Arbeiter- und Soldatenräte aus dem Staube. Der stellvertretende kommandierende General des Wehrkreises Altona zum Beispiel, der während des Krieges besonders von den Arbeitern gefürchtete General von Falk, verließ am 6. November sein Dienstgebäude durch einen Hinterausgang und flüchtete mit einem Auto, bevor ein Zug von Arbeitern und Soldaten es erreichte. Wenige Tage später tauchte er im Kriegsministerium in Berlin auf – in Zivil – und fragte jammernd, »was aus ihm und ein paar alten Bekleidungsstücken werden sollte, die er in Altona zurücklassen mußte und die gestohlen sind.«<sup>515</sup> Er war nicht der einzige, der die Uniform ablegte, um nicht aufzufallen. Als sich in der Reichshauptstadt einige Tage nach dem Umsturz das äußere Bild zu normalisieren begann, fehlten die Offiziere, die dem Berliner Tageblatt zufolge »sonst eher zu reichlich« hervorgetreten waren, »fast völlig«.<sup>516</sup>

An der Westfront hingegen dachten die Offiziere über eine militärische Bekämpfung der Revolution nach. Hier blieben auch die Befehlsverhältnisse bis zur Rückkehr in die Heimatgarnisonen mehr oder weniger unangetastet.<sup>517</sup> Ähnliche Unterschiede in der Reaktion auf den Umsturz wie zwischen Heimat- und Frontoffizieren dürften sich zwischen Berufsoffizieren, Männern, die aus einem bürgerlichen Beruf einberufen worden waren, und jungen Leuten zeigen lassen, die direkt von der Schule, der Lehrstelle oder der Universität in die Armee gekommen waren und noch keine Berufsausbildung abgeschlossen hatten. Für die alten Berufsoffiziere jedoch, namentlich die adligen und die Generalstäbler, stürzte das politische und soziale Bezugssystem zusammen, als mit dem Kaiser dessen personales Zentrum verschwand und sogar die Institution der Monarchie unterging. Die psychische Wirkung war für manche buchstäblich schockierend. Von Seeckt ist überliefert, daß die Nachricht hiervon »ihm nahezu das Bewußtsein für Gegenwart und Umgebung, ... das Gefühl und Empfinden geraubt habe«. »Mit blutleerem Gesicht, völlig erstarrt« saß er schweigend und reg-



los stundenlang allein in seinem Eisenbahnabteil; später erzählte er seiner Frau, es sei in langen Jahrzehnten das einzige Mal gewesen, daß er geweint habe.<sup>518</sup>

Die Berufsoffiziere aber bildeten das Rückgrat der Armee. Sie hatten die wichtigsten Kommandoposten inne und waren bis zur Rückführung des Heeres in die Heimat wegen ihrer Fachkenntnisse kaum zu entbehren. Anders als viele Offiziere, die während des Krieges in die Armee gekommen waren und jetzt in ihre Zivilberufe zurückkehrten, dachten sie auch kaum daran, den Dienst zu quittieren, schon mangels beruflicher Alternativen. Ihrer politischen und gesellschaftlichen Erziehung und Einstellung nach waren die meisten von ihnen Männer des Ancien régime. Ihre Loyalität gegenüber dem Staat, bisher durch Institution und Person des Monarchen vermittelt, übertrug sich nicht auf die neuen Machthaber, im Gegenteil. Fast alle lehnten die Revolution und die Republik innerlich ab. Dies schloß nicht aus, daß es auch unter ihnen unterschiedliche Ansichten über die Revolution gab, bei manchen sogar Verständnis und ein gewisses Wohlwollen für ihre Führer, wenigstens die sozialdemokratischen. Aber der Wille, die Revolution zu bremsen, womöglich zu bekämpfen und ihre Ergebnisse rückgängig zu machen, dominierte, gepaart mit der Entschlossenheit der Offiziere, fortan eine eigene politische Rolle zu spielen. Einstweilen freilich kam eine militärische Bekämpfung der Revolution nicht in Frage. Das Offizierskorps mußte sich darauf beschränken, deren Weitertreiben zu verhindern und sein eigenes institutionelles Überleben zu sichern – ein entscheidendes Motiv dafür, daß Groener sich mit Ebert verständigte.<sup>519</sup>

Bei der Suche nach weiteren Handlungsstrategien stießen die Offiziere schnell auf ähnliche Organisationsformen, wie sie jetzt allenthalben im Bürgertum ergriffen wurden; nur bezogen sie sich seltener auf das Vorbild der Arbeiterbewegung. Die Adaptation des Rätegedankens schied für sie allerdings aus, nachdem die Mannschaften überall Soldatenräte ins Leben gerufen hatten, um die Macht der Offiziere zu brechen. Die Errichtung von Offiziersräten hätte ihnen zusätzliche Angriffsflächen geliefert und möglicherweise zur völligen Entmachtung der Offiziere geführt. Zusammenschlüsse von Offizieren und Unteroffizieren entstanden in manchen Garnisonen schon bald nach dem Umsturz gleichwohl; nur nannten sie sich nicht Räte, sondern unauffällig »Ausschüsse«. In Kiel zum Beispiel meldete sich bereits am 7. November ein siebenköpfiger Deckoffiziersausschuß zu Wort, verlangte »gleichberechtigte Mitarbeit« im Soldatenrat und machte sich fieberhaft an die organisatorische Zusammenfassung der Marineunteroffiziere.<sup>520</sup> In München konstituierte sich am 15. November 1918 in einer »allgemeinen Offiziersversammlung« ein Arbeitsausschuß zur »Sicherstellung der Mitarbeit aller Offiziere bei der Demobilmachung«, »Auskunft in dienstlichen Angelegenheiten anlässlich der Neuordnung der

Verhältnisse«, »Beratung bei Überführung in die Friedenswirtschaft« und »gemeinsamer Arbeit mit Ausschüssen anderer Standorte«. In Augsburg bildeten Offiziere, Sanitätsoffiziere und Militärbeamte wenig später ein ähnliches Gremium.<sup>521</sup>

Für sich genommen, scheinen diese Ausschüsse unbedeutend geblieben zu sein. Folgenreich aber wurden sie als Keimzellen für Offiziersorganisationen. Deren bisheriges Verbot wurde mit der Aufhebung aller Koalitionsrechtsbeschränkungen hinfällig, und die Offiziere machten sich die neue Rechtslage unverzüglich zunutze. Der Arbeitsausschuß der Offiziere Münchens forderte noch im November 1918 die übrigen bayerischen Garnisonen auf, gleiche Ausschüsse zu bilden, und plante – angeblich »im Einvernehmen« mit dem Soldatenrat und dem Kriegsminister – deren Zusammenfassung auf Landesebene.<sup>522</sup> Mit einem gleichen Appell an die bayerischen Unteroffiziere trat wenige Tage später der Garnisonsausschuß der Berufsunteroffiziere in Neu-Ulm hervor.<sup>523</sup> Seit Ende November warben das Berliner Militärwochenblatt und die konservative Kreuz-Zeitung auch überregional für einen organisatorischen Zusammenschluß der Offiziere.<sup>524</sup>

Allenthalben schossen binnen kurzem Offiziersvereinigungen aus dem Boden. In Kiel ging am 20. November aus dem Siebener-Ausschuß der Deckoffiziersbund hervor.<sup>525</sup> In Dresden wurde drei Tage später der Sächsische Offiziersbund gegründet.<sup>526</sup> In Berlin warb am 29. November eine öffentliche Offiziersversammlung für eine wirtschaftliche Interessenvereinigung.<sup>527</sup> Anfang Dezember entstand in Bayern ein Landesverband der Unteroffiziere.<sup>528</sup> Gleichzeitig schlossen sich auch in Berlin und Wilhelmshaven die Unteroffiziere zusammen.<sup>529</sup> Die Bildung von Offiziersbünden ist ebenfalls aus Hannover und Munster sowie aus der 4. Armee bezeugt,<sup>530</sup> Organisationsbestrebungen aktiver Unteroffiziere aus dem Bereich des XI. Armeekorps (Kassel).<sup>531</sup> Am 28. Dezember gründeten in München Vertreter von rund 8000 Offizieren aus 36 Garnisonen den »Wirtschaftsausschuß bayerischer Offiziere« als »unpolitischen Bund« auf »gewerkschaftlicher Grundlage zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen«. <sup>532</sup> Am 6. Januar 1919 entstand der württembergische Offiziersbund.<sup>533</sup> Zwei Tage später schlossen sich auch die württembergischen Militärapotheker zusammen und traten korporativ dem Offiziersbund bei.<sup>534</sup>

Noch vor Jahresende entstanden Offiziersvereinigungen auch auf Reichsebene: bereits im November der Bund der Vereinigungen aktiver Unteroffiziere, der sich bald in Reichsverband deutscher aktiver Unteroffiziere umbenannte; im Dezember die Marine-Offiziers-Hilfe als gemeinsame Organisation aktiver und inaktiver Marineoffiziere;<sup>535</sup> Anfang Dezember in Berlin der Deutsche Offiziersbund. Er wollte alle aktiven und ehemaligen Offiziere des Heeres, der Marine und der Schutztruppen reprä-

sentieren, einen »gewaltigen Faktor der Bevölkerung« also, und zu einer »Macht« werden, die »nicht einfach übergangen werden kann«. <sup>536</sup> Zu diesem Zweck nahm er – ebenfalls ein Novum für militärnahe Organisationen – auch Offiziersfrauen auf. Bei seiner Gründungsversammlung brachte der Kommandant des Jagdgeschwaders Richthofen »mit einer besonders temperamentvollen, begeisternden Ansprache... die Wünsche der jungen Frontoffiziere zum Ausdruck«. <sup>537</sup> Es dürfte sich um einen der ersten politischen Auftritte eines damals noch kaum bekannten Offiziers gehandelt haben, der nach 1933 als preußischer Ministerpräsident, Reichsluftfahrtminister und Reichsmarschall in die Spitze des nationalsozialistischen Regimes aufstieg: Hermann Göring. Im Februar 1919 folgte die Gründung des Bundes der Feldwebelleutnants. <sup>538</sup>

Für die Gründung von Interessenorganisationen der Offiziere gab es gewichtige wirtschaftliche und soziale Gründe: die Fürsorge für kriegsverletzte Kameraden und deren Familien, erst recht für die Hinterbliebenen der Gefallenen, außerdem die Interessenvertretung derer, für die die Armee jetzt keine Verwendung mehr hatte, vor allem Hilfe bei der Arbeitsbeschaffung und Sorge für auskömmliche Unterstützung bei Arbeitslosigkeit oder Pensionierung. Besonders gravierend waren die Probleme für ausscheidende Berufsoffiziere. Sie waren gewohnt zu befehlen, hatten auch in der Zivilbevölkerung hohes Ansehen genossen, meist aber außer dem Kriegshandwerk nichts gelernt und sahen sich jetzt plötzlich ökonomischer Unsicherheit und sozialer Deklassierung gegenüber. Doch auch politische Gründe spielten bei der Bildung von Organisationen von vornherein eine Rolle. Zwar stellten sie sich »auf den Boden des neuen Deutschland« <sup>539</sup> oder den »der politischen Tatsachen« und schlossen »jede Parteipolitik« aus, wie der Deutsche Offiziersbund bei seiner Gründung versicherte. <sup>540</sup> Häufig begegnete auch ein Bekenntnis zu Ebert und Scheidemann sowie eine Absage an Liebknecht und seine Genossen. Einige Zusammenschlüsse setzten sich sogar aktiv für die sozialdemokratischen Volksbeauftragten ein. Die Organisation der Berliner Unteroffiziere ging in der Republikanischen Soldatenwehr auf, einem der wenigen sozialdemokratisch orientierten Freiwilligenverbände, der sich Ende 1918 in Berlin für die Revolutionsregierung schlug. <sup>541</sup> Die Kieler Deckoffiziere schickten zur Unterstützung der Revolutionsregierung in den Januarkämpfen 1919 die sogenannte Eiserne Division in die Reichshauptstadt. <sup>542</sup> Wieweit jedoch dergleichen als Bekenntnis zur Republik und Demokratie gemeint war, ist schlecht auszumachen. Eindeutige Äußerungen finden sich kaum, ebenso selten Kritik an der politischen Haltung des Offizierskorps vor der Revolution und eine Aufforderung zur Trennung von denen, die ihren Stand während des Krieges durch schlechtes Beispiel »verhunzt« hatten. <sup>543</sup> Um so häufiger die gleichen verdächtig harmlosen, vagen Formulierungen, mit denen auch das

Bürgertum für eine möglichst ungeschmälerte Erhaltung des Status quo warb: außer dem Ruf nach baldiger Einberufung der Nationalversammlung das Bekenntnis zur Unterstützung der Regierung bei der Aufrechterhaltung von »Ruhe und Ordnung«<sup>544</sup> oder der Garantie von »Ordnung und gleichem Recht... auch für den Offizier«.<sup>545</sup> Schon bald gesellten sich Kampfansagen an den »Bolschewismus« hinzu; wer oder was hiermit gemeint war, blieb undeutlich.<sup>546</sup> Ob die Organisationen nur wirtschaftliche oder auch – und gegebenenfalls welche – politische Ziele verfolgen sollten, war anfänglich namentlich im Deutschen Offiziersbund umstritten – so sehr, daß die Anhänger der »politischen« Linie noch im Dezember 1918 eine eigene Organisation ins Leben riefen, den Nationalverband Deutscher Offiziere.<sup>547</sup> Er scheint sich zunächst nicht als Gegenründung, sondern als »besondere politische Abteilung« des Deutschen Offiziersbundes verstanden zu haben,<sup>548</sup> machte jedoch unverzüglich »bewußt Gebrauch von dem allen Offizieren verliehenen Recht politischer Betätigung«<sup>549</sup> und proklamierte die »geistige Bekämpfung der... sozialdemokratischen Parteiregierung zugunsten einer nationalen Volksregierung«, Wiederherstellung der Kommandogewalt der Offiziere und »Beseitigung der Arbeiter- und Soldatenrätewirtschaft« sowie Beschränkung des Waffenführens auf das Heer und die Sicherheitsorgane.<sup>550</sup> Der Deutsche Offiziersbund hielt sich einstweilen politisch zurück und beschränkte sich auf die Forderung nach »sofortiger Beseitigung aller Maßnahmen der Soldatenräte, die zur Entehrung, Entrechtung und Vergewaltigung des Offiziers geführt haben (willkürliche Absetzung, Entfernung der Abzeichen, Verbot der Seitenwaffen)«.<sup>551</sup> Erst im Wahlkampf trat er politisch stärker hervor, unter anderem indem er Offiziersfrauen drängte, »unters Volk zu gehen« und für die Rechtsparteien zu werben.<sup>552</sup>

Die Militärbehörden haben, soweit ersichtlich, die Organisationsbestrebungen der Offiziere nirgends behindert, vielmehr aus ähnlichen Gründen gefördert, aus denen die Leitungen ziviler Behörden die Bildung von Beamtenräten unterstützten. In Kiel zum Beispiel taten die wieder eingesetzten Offiziere der Marinestation »in keiner Frage von irgendwelcher Bedeutung etwas«, ohne sich vorher mit dem Deckoffiziersbund in Verbindung gesetzt zu haben.<sup>553</sup> Der preußische Kriegsminister, der noch aus dem Ancien régime stammende General Scheüch, trat persönlich dem Deutschen Offiziersbund bei und verkündete öffentlich, daß er dessen Ziele »sowohl als Kriegsminister als auch als alter Offizier billige«.<sup>554</sup> Doch selbst sozialdemokratische Mitglieder der Revolutionsregierungen scheinen die Organisationen nirgends behindert zu haben. Der Arbeitsausschuß Münchener Offiziere wurde vom bayerischen Militärministerium als Vermittlungsorgan zwischen Ministerium, Soldatenrat und Offizieren anerkannt. Der neue sozialdemokratische sächsische Kriegsminister erhoffte vom Sächsi-

schen Offiziersbund, »solange er sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stelle, ein gedeihliches Arbeiten im Sinne der Allgemeinheit«. <sup>555</sup>

Nur die Oberste Heeresleitung betrachtete die Organisationsbewegung mit gemischten Gefühlen. Gegen eine organisierte politische Betätigung der Offiziere hatte sie erhebliche Bedenken, weil sie »leicht den U-Sozials das Propagandaschlagwort Gegenrevolution« liefern und die Stellung der sozialdemokratischen Volksbeauftragten erschweren konnte. In einem Zusammenschluß der Offiziere zu wirtschaftlichen Zwecken hingegen sah sie eine »Kameradenpflicht«. Gegen die Bestrebungen des Deutschen Offiziersbundes hatte sie daher »nichts einzuwenden«. Daß eine solche Organisation jedoch auch zu politischen Zwecken benutzt werden konnte und allein ihre Gründung ein Politikum darstellte, wird sie schwerlich übersehen und mitbedacht haben, als sie den Offizieren den Bund empfahl und sie zugleich vor organisatorischer Zersplitterung warnte. <sup>556</sup> Dank solcher Fürsprache brachte es der Deutsche Offiziersbund nach eigenen Angaben schon bis Anfang Januar 1919 auf über 100000 Mitglieder; <sup>557</sup> einen Alleinvertretungsanspruch allerdings vermochte er nicht durchzusetzen.

Neben diesen Organisationsansätzen regten sich noch weitere. Da waren einmal die Kriegervereine, die traditionsreichsten Verbände ehemaliger Soldaten aller Mannschaftsdienstgrade. Vor dem Krieg hatten sie mit knapp 3 Millionen Mitgliedern zu den größten Massenorganisationen des Kaiserreichs gezählt und, Parteien und Verbänden der Rechten eng verbunden, mit ihrer Publizistik, erst recht mit Veranstaltungen an militärischen Gedenktagen wie der Schlachten von Leipzig, Königgrätz und Sedan erheblichen Einfluß ausgeübt und im gesellschaftlichen Leben vor allem kleinerer Orte eine ansehnliche Rolle gespielt. <sup>558</sup> Nun forderten auch sie ihre Mitglieder auf, »im Interesse des deutschen Volkes hinter der jetzigen und in Zukunft hinter jeder vom Volke anerkannten Regierung zu stehen und sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung zu stellen«, <sup>559</sup> wemöglich auch Bürgerwehren beizutreten. Zugleich verkündeten sie: »Unser Kriegervereinswesen geht weiter!« <sup>560</sup> Als dessen Aufgaben im neuen Staat sahen sie »Pflege deutscher Gesinnung und Vaterlandsliebe«, Eintreten für Wiedererstarken und Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens und für die »freie Betätigung aller Kräfte des Volkes« <sup>561</sup> sowie die Vertretung der Interessen der Kriegsbeschädigten und aller anderen, »die durch den Krieg gelitten haben, welcher politischen Gesinnung sie einst auch waren«. <sup>562</sup> »Je länger, je fester« wollten sie sich deshalb ebenfalls zu »wirtschaftlichen Vereinigungen ausbilden«. <sup>563</sup> Noch vor Jahresende 1918 forderten sie zur Werbung unter den heimkehrenden Soldaten auf und darüber hinaus zur Gewinnung von Frauen als fördernde Mitglieder, auch hier zur Verbreiterung der sozialen Basis und Ausweitung des politischen Einflusses. <sup>564</sup>

Gleichzeitig zeichneten sich jedoch auch Ansätze neuer Organisationen von Kriegsteilnehmern ab, denen die Kriegervereine zu spießig, zu betulich und zu harmlos erschienen, deren Führer und Mitglieder zu betagt und zu wenig kämpferisch. Nicht mehr der Veteran von 1870/71 war ihr Leitbild, sondern der politisierte Frontsoldat des Weltkrieges. Mit Traditionspflege und Geselligkeit hatten sie weniger im Sinn als mit wirtschaftlicher und politischer, wenn nötig auch militärischer Selbsthilfe. Die Satzungen des Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten zum Beispiel, Anfang Januar 1919 in Magdeburg von dem Likörfabrikanten Franz Seldte gegründet, nannten an erster Stelle wirtschaftliche Ziele wie die Schaffung von Arbeitsgelegenheit für ehemalige Frontsoldaten und die Interessenvertretung der Kriegsbeschädigten, an zweiter Stelle das Eintreten für eine »starke Regierung« und den Kampf gegen die Soldatenräte sowie die Friedensbedingungen der Siegermächte.<sup>165</sup> Zunächst aber ging es ihm vor allem darum, »diese Schweinerei von Revolution nicht weiter so hingehen zu lassen«, wie Seldte schon in der Gründungsversammlung klarstellte.<sup>166</sup> Einstweilen zählte der Stahlhelm nur eine Handvoll Leute und hatte höchstens lokale Bedeutung. Aber er bildete eine Keimzelle, die nach dem Abflauen der Revolution zu wuchern begann; die übrigen Organisationen gleichfalls.<sup>167</sup>

## Kollektive Aktionsformen im Bürgertum zwischen November 1918 und Januar 1919

Mit dem Impuls zum Aufbau von Massenorganisationen kamen im Bürgertum mit erstaunlicher Schnelligkeit ebenfalls kollektive Aktionsformen in Gebrauch, die im Kaiserreich vor allem die Arbeiterschaft benutzt hatte, nämlich Massenversammlung, Massenwerbung, Demonstration und Streik. Hierbei findet sich auffällig oft ein Bezug auf das Vorbild der Arbeiterschaft. Die politische Situation legte ihn nahe. Allem Anschein nach haben tatsächlich Aktionen der Arbeiterschaft bürgerliche Gruppen in vielen Fällen bewegt, mit den gleichen Mitteln zu reagieren. Dennoch handelte es sich wenigstens bei der Hinwendung zu Massenversammlungen und Massenwerbung um eine Entwicklung, deren Anfänge in die Vorkriegszeit zurückreichen und die bis zu einem gewissen Grade seit dem Übergang zur parlamentarischen Demokratie anstand. Allerdings wurde sie wie die Organisationsbewegung durch die Revolution mächtig beschleunigt, in größeren Teilen des Bürgertums sogar überhaupt erst ausgelöst, alsbald auf einen ungeahnten Höhepunkt getrieben und rasch politisch radikalisiert. Nicht zu Unrecht kam sie bürgerlichen Beobachtern deshalb selbst als revolutionär vor. Dies gilt erst recht für die Adaptation von Demonstration und Streik. Straßendemonstrationen waren von bürgerlichen Gruppen vor 1914 für politische Ziele gegenüber staatlichen Institutionen kaum veranstaltet worden, Streiks überhaupt nicht und nicht einmal ernsthaft erwogen. Selbst für ökonomische Ziele waren sie nur in Sonderfällen wie denen der Kassenärzte gelegentlich vorgekommen. In den Revolutionswochen aber lernte sich das Bürgertum mit bemerkenswerter Schnelligkeit auch dieser Mittel zu bedienen. Der tiefgreifende Umbruch, den sein politisches Verhalten damals durchmachte, ist hieran besonders deutlich ablesbar. Er

wirkte weit über die Novemberrevolution hinaus. Einstweilen freilich zeigten sich auch in dieser Hinsicht erhebliche Unterschiede in Verbreitung und Intensität wie in den politischen Zielen, um deretwillen solche Mittel eingesetzt wurden.

### *Massenversammlungen und Massenwerbung*

Öffentliche Versammlungen als gleichsam natürlichste Form von Öffentlichkeitsarbeit waren in bürgerlichen Parteien und Verbänden schon immer üblich. In den Vorkriegsjahren scheinen sie jedoch kaum mehr als jeweils 1000 bis 2000 Teilnehmer gezählt zu haben;<sup>1</sup> erst Kriegsziel- und Protestveranstaltungen der Rechten verzeichneten gegen Ende des Ersten Weltkrieges gelegentlich höhere Zahlen.<sup>2</sup> Nach dem Umsturz aber nahmen sie schlagartig neue Qualität und Quantität an. Zu den Gründungsversammlungen der Bürgerräte in München und Berlin kamen jeweils rund 2000 Menschen,<sup>3</sup> in Mannheim sogar 5000 bis 6000 – so viele, wie sie hier nach der erstaunten Feststellung einer bürgerlichen Zeitung »sonst nur die Sozialdemokratie zusammenbrachte«. <sup>4</sup> Selbst aus »lebhaftesten Wahlzeiten« konnte man sich »nicht an einen derartigen Massenbesuch einer bürgerlichen Veranstaltung erinnern«. <sup>5</sup> Noch stärkeren Zulauf scheint die Gründung mancher Beamtenräte und Räte geistiger Arbeiter gehabt zu haben. In Hamburg füllte die Gründungsversammlung des Beamtenrats eines der größten Versammlungsgebäude der Stadt. In München brachten die Verbände des bayerischen Verkehrspersonals nur vier Tage nach dem Sturz der Wittelsbacher sogar 18 000–20 000 Beamte aus dem ganzen Land auf die Beine, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. <sup>6</sup> In Stuttgart strömten zur Gründungsversammlung des Rates geistiger Arbeiter am 11. November 1918 rund 8000 Menschen zusammen; einer der größten Säle der Stadt und seine Nebenräume reichten bei weitem nicht aus, um sie alle aufzunehmen, so daß eine zweite Versammlung vor dem Haus und eine dritte in einem anderen Gebäude abgehalten werden mußten. <sup>7</sup>

Wirtschaftskreise und einzelne bürgerliche Berufsgruppen lernten ebenfalls rasch, sich des gleichen Mittels zu bedienen. Eine Technikerversammlung im Berliner »Rheingold« dürfte mit rund 2000 Besuchern der Verbandspresse zufolge »wohl die eindrucksvollste gewesen sein..., die je in Berlin getagt hat«. <sup>8</sup> Von einer Versammlung von rund 1600 Ingenieuren und Technikern am 5. Dezember in Düsseldorf galt vermutlich ähnliches. Einen Tag später protestierten in Essen angeblich 4000 Angestellte der Krupp-Werke gegen Pläne zu deren Verstaatlichung. <sup>9</sup> Eine Handwerker-versammlung zählte hier am 6. Dezember rund 2500 Besucher. <sup>10</sup> Über



1000 württembergische Industrielle kamen am 17. Dezember 1918 in Stuttgart zusammen.<sup>11</sup> Zwei Tage später hielten die Hamburger Unternehmer anlässlich der Wahl des Wirtschaftsrats ihre vermutlich erste Massenversammlung mit rund 3000 Personen ab. Im Berliner Zirkus Busch versammelten sich am 29. Dezember 1918 rund 6000 Haus- und Grundbesitzer, um gegen Pläne zur Sozialisierung des Hausbesitzes zu protestieren.<sup>12</sup>

Selbst die Gründung von Offiziers- und Unteroffiziersvereinigungen nahm gelegentlich ähnliche Züge an. In Kiel füllte bereits am 7. November eine Versammlung von rund 2000 Deckoffizieren den großen Saal des Schloßhofes »bis in den letzten Winkel«. <sup>13</sup> In Berlin war bei einer Werbeveranstaltung für den Deutschen Offiziersbund Ende November 1918 der Saal mit 1000 Personen so überfüllt, daß eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte; zur ersten öffentlichen Veranstaltung eine Woche darauf kamen sogar rund 2000 Offiziere und Militärbeamte.<sup>14</sup> Anfang Dezember tagten im Zirkus Busch rund 1500 Unteroffiziere aller Berliner Regimenter – nach der Erinnerung der Initiatoren »ohne besonderes Aufsehen zu erregen«. <sup>15</sup> Diese Bemerkung ist nicht nur aufschlußreich dafür, wie schnell Massenversammlungen aller möglichen Gruppen üblich und alltäglich wurden, sondern auch dafür, wie schnell sich die Arbeiterschaft daran gewöhnte, derartige Veranstaltungen bürgerlicher Gruppen als normal anzusehen, und wie wenig sie beargwöhnt oder gar gestört wurden. Auch die Gründungsversammlung des Stahlhelm mit über 1000 Frontsoldaten am 6. Januar 1919 in Magdeburg blieb unbehelligt.<sup>16</sup>

Die bürgerlichen Parteien lernten gleichfalls, sich eilends dieses Mittels zu bedienen. Als am 17. November 1918 DDP und Zentrum in Düsseldorf im größten Theater der Stadt zum erstenmal nach dem Umsturz an die Öffentlichkeit traten, war der Saal brechend voll, die Veranstaltung selbst nach dem Zeugnis einer ihrer Initiatoren »das erste Zeichen von Aktivität aus nichtsozialistischem Lager und insofern ein Zeitsignal für Hunderttausende«. <sup>17</sup> Zwei Tage später kamen zu einer Versammlung der DDP im kleinen Bad Kreuznach über 1000 Teilnehmer; die örtliche Gründungsversammlung der DDP am 30. November war ebenso stark besucht.<sup>18</sup> Am 1. Dezember hielt die DDP als erste bürgerliche Partei in Elberfeld eine Kundgebung mit 2000 Besuchern ab; sie wurde nach dem Bericht einer Lokalzeitung »wie eine Erlösung« aus der Lethargie empfunden, in der sich das Bürgertum befunden hatte.<sup>19</sup> Am gleichen Tag veranstalteten in Braunschweig sämtliche bürgerlichen Parteien gemeinsam mit dem Rat der selbständigen Erwerbszweige eine Großkundgebung, die einige 1000 Besucher anzog, weit mehr, als die Veranstalter erwartet hatten und der Saal zu fassen vermochte, so daß sie zu einem »Höhepunkt in der Geschichte der Revolutionswochen« wurde.<sup>20</sup> Am 4. Dezember zählte eine Kundgebung des Zentrums im Kölner Gürzenich über 5000 Teilnehmer. Am folgenden Tag ge-

riet in Braunschweig die Gründungsversammlung der DVP, wie eine Lokalzeitung schrieb, zu einer »Massendemonstration für die sofortige Einberufung der deutschen Nationalversammlung«. <sup>21</sup> Am 9. Dezember 1918 erlebte Münster eine ähnliche Kundgebung von Zentrum, Nationalliberalen und DNVP. <sup>22</sup> Am 10. Dezember kamen zu einer weiteren Versammlung der DVP in Braunschweig so viele Besucher, daß auch mehrere Säle sie nicht aufzunehmen vermochten. Acht Tage später füllte die DNVP bei ihrem ersten öffentlichen Auftreten in Düsseldorf den mehrere 1000 Personen fassenden größten Saal der städtischen Tonhalle. <sup>23</sup> Vollends der Wahlkampf für die Nationalversammlung löste eine Welle bürgerlicher Massenversammlungen aus, schwerpunktmäßig in Berlin. Im Rheingoldsaal sprach Theodor Heuß Mitte Dezember 1918 für die DDP vor 2000 bis 2500 Metzgern. Sogar am Silvestertag kamen zu einer Versammlung des Deutschen Offiziersbundes, in der die verschiedenen Parteien ihre Programme darlegten, weit über 1000 Zuhörer in den Saal der Berliner Musikhochschule. <sup>24</sup> Anfang Januar war der Zirkus Busch, der größte Berliner Versammlungsraum, bei einer »Riesenkundgebung« der DNVP »gestopft voll bis oben hinauf«. <sup>25</sup>

Die Motive für die Teilnahme an solchen Veranstaltungen dürften vielfältig gewesen sein. Außer politischem Informationsbedürfnis zählten vermutlich auch schlichte Neugier und die allgemeine Unruhe der Revolutionswochen dazu, auch ein Nachholbedarf an Kommunikation, wie er sich gleichzeitig in einer ungeheuren Tanzwut niederschlug, und ein gesteigertes Bedürfnis nach Meinungsaustausch, das sich meist in Krisenzeiten einstellt. Gleichwohl ist es bezeichnend, daß auch für solche Veranstaltungen die Arbeiterbewegung häufig das Vorbild abgab. »Das Bürgertum ist jetzt in der früheren Lage der Sozialdemokratie, es studiere deren Agitationsmethode und bediene sich ihrer«, hieß es in einem »Programm für die bürgerliche Gegenrevolution« von Anfang 1919. Ausdrücklich wurden hierin Massenversammlungen als das »wertvollste Propagandamittel« empfohlen, »mit dem unablässig operiert werden muß«, um den Sozialdemokraten zu zeigen, »daß außer ihnen auch noch andere Daseinsberechtigten da sind«. <sup>26</sup>

Um Angehörige des Bürgertums für Auftritte in Massenversammlungen und für Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner zu schulen, begann alsbald der Aufbau entsprechender Bildungseinrichtungen. Den Anfang machte der Bürgerausschuß Leipzig. Ende November war hier darüber geklagt worden, daß, »während die unabhängigen Sozialdemokraten beinahe täglich Versammlungen abhalten, in denen sie neue Mitglieder werben, ... die Soldaten bearbeiten usw., von unserer Seite keine öffentlichen Versammlungen abgehalten werden«, vielmehr bei den wöchentlichen Sitzungen des Aufklärungsausschusses des Bürgerausschusses »jeder

ängstlich nach der Uhr guckt, damit er das Abendbrot nicht verpaßt«. <sup>27</sup> Im Dezember eröffnete der Bügerausschuß deshalb eine Rednerschule. Sie umfaßte zwei Abteilungen, deren eine, geleitet von Privatdozent Menke-Glückert, für »Anfänger, meist jüngere Herren«, Rhetorik und Versammlungstechnik vermittelte, während in der anderen unter Leitung des Privatdozenten Ernst Schultze in vierzehntägigem Abstand Vorträge über aktuelle Themen gehalten wurden, überwiegend mit Bezug zur Arbeiterbewegung – über Sozialisierung, Rätssystem und Demokratie, Syndikalismus und den »Bolschewismus«. Nach Angaben des Bügerausschusses leistete die Rednerschule den bürgerlichen Parteien in den Wahlkämpfen Anfang 1919 »wesentliche Dienste«. Sie wurde daher zum Vorbild für ähnliche Einrichtungen in anderen Städten. <sup>28</sup>

Speziell für die antibolschewistische Agitation entstand am 1. Dezember 1918 eine eigene Organisation, die Antibolschewistische Liga, und zwar auf Initiative Eduard Stadtlers, eines umtriebigen jungen Mannes, der nach russischer Kriegsgefangenschaft 1918 einige Monate in der deutschen Botschaft in Moskau tätig gewesen war. Anfang 1919 wurde die Liga von Großindustrie und Banken mit großzügigen Geldmitteln ausgestattet, so daß sie sich innerhalb kurzer Zeit zu einer der wichtigsten Propagandaorganisationen der Rechten während der Revolutions- und Bürgerkriegsmonate entwickelte. <sup>29</sup> Ihre politische Ausrichtung ist außer an ihrem Namen auch daran ablesbar, daß sie unverzüglich Beziehungen zu den Bürgerräten aufnahm. <sup>30</sup> Der Berliner Bürgerrat veranstaltete bereits am 28. November 1918 im großen Saal der Philharmonie eine Kundgebung mit Stadtler als Hauptredner. Dessen Vortrag über den »Bolschewismus und das Wirtschaftsleben« war seinen eigenen Angaben zufolge »der erste öffentlich-politische Kampfvortrag nach Ausbruch der Novemberrevolution« und wurde in den folgenden Wochen als Flugschrift in über 100000 Exemplaren verbreitet. <sup>31</sup> Überhaupt lernten bürgerliche Organisationen alsbald auch die Mittel politischer Massenwerbung, insbesondere Flugschriften und Plakate, einzusetzen. Ansatzweise waren sie natürlich auch schon vorher benutzt worden, besonders in Wahlkampfzeiten; aber sie gewannen jetzt schlagartig ganz neue Dimensionen. In München verbreiteten Alfred Rosenberg und Dietrich Eckart, die später in der NSDAP Karriere machten, um die Jahreswende 1918/19 ein antisemitisches Flugblatt in 100000 Exemplaren. Eine andere rechtsradikale Gruppe um den notorischen Antisemiten Theodor Fritsch verteilte zwischen November 1918 und März 1919 im Reich über 2 Millionen Flugblätter. Weitere Gruppen ähnlicher Couleur brachten es auf noch höhere Zahlen. <sup>32</sup> In welchem Maße diese Plakate dazu beitrugen, das Erscheinungsbild deutscher Städte zu verändern, veranschaulicht eine Tagebuchaufzeichnung Josef Hofmillers vom 21. November 1918 zur Situation in München: »Die Bunt-

scheckigkeit des Straßenbildes steht in grellem Gegensatz zur grauen Stimmung. Plakate über Plakate, in allen Farben, besonders viel rot. In Haidhausen ganz andere als in Schwabing. Angeklebt wird überall, an den unwahrscheinlichsten Stellen; besonders gern an öffentlichen Denkmälern an den Sockeln... Von mehreren Seiten Anschläge, die zur Bildung eines Bürgerrats auffordern; aber wieder in verschiedenen Stadtteilen von verschiedenen Einberufern unterzeichnet. An der Feldherrnhalle kleine Handzettel angeklebt gegen Eisner, gegen die Juden. An der Residenz besonders groß die knallroten Plakate. Manche sind acht Tage alt, manche schon 14 Tage. Kein Mensch kennt sich aus, da viele kein Datum tragen. Viele hängen in Fetzen, andere sind mit Bleistift durchstrichen und mit Glossen versehen.«<sup>33</sup> Hier beginnt der Siegeszug des politischen Plakats durch die Weimarer Republik, für ästhetisch sensible Zeitgenossen, die noch die Plakate des Jugendstils vor Augen hatten, freilich auch der »Verfall der Plakatkunst«.<sup>34</sup>

### *Demonstrationen*

Straßendemonstrationen, also öffentliche Umzüge zur Propagierung politischer Forderungen, waren vor dem Krieg fast ausschließlich von der Arbeiterschaft veranstaltet worden; dem deutschen Normalbürger wäre dergleichen nahezu undenkbar erschienen. Mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage weiter bürgerlicher Kreise während des Krieges, besonders der Beamten und Angestellten, hatte sich diese Einstellung zwar zu verändern begonnen; unter den Beamten etwa war der Gedanke an öffentliche Großkundgebungen gekeimt. Tatsächlich aber hatten sie bis Kriegsende keine derartigen Veranstaltungen durchgeführt, erst recht keine Demonstrationen. »Das Bürgertum... liebt nicht, auf die Straße zu gehen und in lärmenden Massenkundgebungen seine Forderungen durchzusetzen«, stellte einer seiner Angehörigen noch Anfang 1919 fest.<sup>35</sup>

Auch dies änderte sich binnen weniger Tage. »Wir müssen auf die Straße gehen... Derartige Demonstrationen wirken nach außen hin, in die Provinz, suggestiv«, hatte ein Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbandes schon Ende Oktober 1918 erkannt.<sup>36</sup> Zwar hielt sich die extreme Rechte selbst in den Umsturztagen mit solchen Aktionen zurück. Aber andere Gruppen führten sie durch. Schon manche Massenversammlungen zeigten aufgrund ihrer zahlenmäßigen Beteiligung, ihrer Öffentlichkeit und des deklamatorischen Charakters ihrer Forderungen Züge von Demonstrationen wie zum Beispiel die Versammlung von 18000–20000 Angehörigen des bayerischen Verkehrspersonals am 10. November 1918 in München; sie kann zugleich als erste bürgerliche Großdemonstration gelten. Besonders

schnell folgten Offiziere und Unteroffiziere ihrem Beispiel. Wohl weniger, weil sie bewaffnet waren und daher couragierter gewesen wären als das zivile Bürgertum, als deshalb, weil ihnen mit Paraden und Umzügen traditionelle Formen öffentlichen Auftretens zur Verfügung standen, die sich unschwer zu politischen Demonstrationszwecken umfunktionieren ließen und überdies auf die verbreitete Hochschätzung alles Militärischen im Bürgertum als Resonanzboden rechnen konnten. Am 4. Dezember 1918 demonstrierten in München die Pioniere und das 2. Garderegiment mit klingendem Spiel für die sofortige Bekanntgabe des Wahltermins für die Nationalversammlung.<sup>37</sup> Einen Tag später veranstalteten in Berlin die Teilnehmer der erwähnten Unteroffiziersversammlung einen Demonstrationzug vom Zirkus Busch zur Wilhelmstraße, gleichzeitig die Nachrichtentruppen der Garde für die Regierung Ebert-Scheidemann sowie gegen Spartakus und Liebknecht.<sup>38</sup> Züge öffentlicher Demonstration trug auch das erste Auftreten mancher Freikorps. Den Anfang bildete ihr Einmarsch in die Reichshauptstadt am 11. Januar 1919 mit Noske an der Spitze. Das dem zugrundeliegende Denken formulierte rückblickend besonders deutlich der 1. Generalstabsoffizier der Garde-Kavallerie-Schützen-Division: »Der Masse imponiert allein die nur aus Willen bestehende beharrliche Stärke und befehlssicheres Herrentum.«<sup>39</sup>

Binnen kurzem wagten sich auch zivile Gruppen häufiger auf die Straße. Der Bremer Bürgerausschuß wollte bereits am 8. Dezember 1918 an mehreren Plätzen Versammlungen unter freiem Himmel abhalten, deren Teilnehmer anschließend zum Marktplatz ziehen sollten, um dort »gegen die völlige Beiseitstellung des Bürgertums durch den Arbeiter- und Soldatenrat zu protestieren«. Dieser verbot die Kundgebung allerdings, weil er sie als Provokation empfand, die sie zweifellos auch sein sollte, und einen Putschversuch befürchtete.<sup>40</sup> In Berlin stöhnte zur gleichen Zeit ein Stabsoffizier im Hinblick auf bevorstehende Demonstrationen von Unabhängigen und Sozialdemokraten noch über das »schlappe Bürgertum, das morgen ebenfalls auf der Straße demonstrieren müsse, aber dazu wohl nicht zu bekommen sein würde.«<sup>41</sup> Bald aber war es auch hier soweit. Am 29. Dezember 1918 marschierten die Haus- und Grundbesitzer im Anschluß an ihre Protestversammlung im Zirkus Busch in Viererreihen geschlossen zum Reichstag. Am Neujahrstag 1919 zogen sogar 60000 Menschen nach einer Versammlung im Zirkus Busch vor das preußische Kultusministerium, um gegen die Schulpolitik Haenischs und Hoffmanns zu protestieren. Zwei Tage zuvor hatte in Dresden eine Kundgebung von 20000 Teilnehmern mit gleicher Zielrichtung stattgefunden<sup>42</sup> – beide einem kurz vor Weihnachten veröffentlichten Aufruf der katholischen Bischöfe an alle Katholiken folgend, sich unverzüglich »aller Rechte« und »aller erlaubten Mittel« zu bedienen und »in gewaltigen Versammlungen« gegen die Schulpolitik der Re-

volutionsregierung zu demonstrieren.<sup>43</sup> Am 5. Januar bewegte sich ein von Soldaten angeführter Zug von rund 5000 Personen unter der Parole »Nieder mit Spartakus« zum Rathaus Friedenau, wo Hunderte von Männern sich alsdann in die Listen für die Bürgerwehr eintrugen. In Halle/Saale demonstrierten bürgerliche Gruppen am 10. Januar 1919 mit einem Straßenumzug für die Regierung Ebert–Scheidemann, wobei zum erstenmal Schilder mit politischen Parolen mitgeführt wurden.<sup>44</sup> Am selben Tag erlebte Düsseldorf eine bürgerliche Demonstration gegen den örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat, an der sich auch Sozialdemokraten und christliche Gewerkschaften beteiligten, Wilhelmshaven wenige Tage später gegen die Berliner Spartakusunruhen und für die Wahl der Nationalversammlung.<sup>45</sup> In Königsberg demonstrierten Ende Januar die »nationalen Massen« – angeblich rund 20000 Menschen – gegen die »Radikalen« im Arbeiter- und Soldatenrat und für den »Schutz der Heimat« durch Aufstellung eines Freikorps. »Bisher hatten nur die Roten das Straßenbild beherrscht«, erinnert sich einer ihrer Initiatoren, »jetzt traten ihre Gegner an.«<sup>46</sup>

### *Bürgerliche und agrarische Streiks*

Mehr noch als Straßendemonstrationen hatte bisher der Gedanke an eigene Streiks außerhalb des bürgerlichen Vorstellungshorizonts gelegen. Noch Ende Februar 1919 hieß es in einem Leitartikel des Berliner Tageblatts: »Der Streik war bisher das schärfste Mittel der Arbeiter im politischen und wirtschaftlichen Kampf. Nie aber hat man unseres Wissens von einem Streik des Bürgertums gehört, ebenso nicht von einem Beamtenstreik. Man hat wohl auch niemals geglaubt, daß dem Bürgertum überhaupt ein dem Streik ähnliches Kampfmittel zur Verfügung steht. Auch ist jeder Streik ein Mittel der Gewalt, und diese ist des Bürgers Sache nicht.«<sup>47</sup> Aber sie wurde es, und zwar ebenfalls mit erstaunlicher Schnelligkeit, allerdings mit erheblichen Unterschieden in den einzelnen Gruppen.

Den Anfang machte in diesem Falle die Landwirtschaft. Das Streikverbot, das die preußische Gesindeordnung von 1854 nebst einem Koalitionsverbot über die Landarbeiter verhängt hatte, hatten die Landwirte bis 1914 hartnäckig verteidigt und sogar eine Erschwerung und strengere Bestrafung individuellen »Kontraktbruchs« verlangt, vorgeblich wegen der Auswirkungen von Landarbeiterstreiks auf Viehfütterung und Ernte und ihrer Folgen für die Volksernährung, in Wirklichkeit vor allem zur Absicherung ihrer Herrschaft über die Landarbeiter, die in Preußen bis zur Revolution »abhängigsten und rechtlosesten Kreaturen«.<sup>48</sup> Bereits am 9. November 1918 jedoch kursierte in politischen Kreisen Berlins die Befürchtung, die

Landwirte könnten die Revolution durch Sperrung der Lebensmittellieferungen in die Städte abwürgen;<sup>49</sup> privat war sie schon einige Tage vorher geäußert worden.<sup>50</sup> In München liefen ähnliche Gerüchte um.<sup>51</sup> Woher sie rührten, muß dahingestellt bleiben. Tatsächlich scheinen die Agrarorganisationen zu diesem Zeitpunkt noch keine derartigen Absichten verfolgt zu haben.<sup>52</sup> Aber der Streikgedanke lag für sie nahe, denn er konnte an historische, im kollektiven Bewußtsein namentlich der Bauern aufgehobene Erfahrungen politischen und sozialen Protests anknüpfen. Auch war er während des Krieges in den Auseinandersetzungen zwischen Landbevölkerung und Behörden über Ablieferungspflichten und Preisfestsetzungen mehrfach gestreift worden. Langer theoretischer Erörterungen brauchte es also nicht, um auf dieses Mittel zu kommen. Zunächst tauchte es nur hier und da als Drohung einzelner Repräsentanten des Ancien régime auf, »die Städte auszuhungern« – Ende November etwa gegenüber der Regierung Eisner in Bayern.<sup>53</sup> Die Verbände hielten sich noch zurück. Einige Wochen später, mit dem Ausbruch der Bürgerkriegskämpfe, änderte sich ihre Haltung.<sup>54</sup>

In Industriekreisen wurde der Gedanke an einen »Streik der Arbeitgeber«, insbesondere an Massenaussperrungen, ebenfalls schon wenige Tage nach dem Umsturz ventiliert. Vor 1914 hatte die Großindustrie dieses Mittel im Kampf gegen die Gewerkschaften zeitweilig massiv eingesetzt.<sup>55</sup> Jetzt freilich wurde es nur hinter verschlossenen Türen und mehr als Stoßseufzer denn als ernsthafte Absicht erwähnt und anscheinend gleich wieder verworfen.<sup>56</sup> Trotzdem machten in der Öffentlichkeit bald Gerüchte über sogenannte Unternehmersabotage die Runde, also politisch motivierte Einstellungen oder Drosselungen von Betrieben mit der Folge von Entlassungen oder Kurzarbeit. Von den Revolutionsführern machte sich allerdings nur Eisner diesen Verdacht zu eigen. Die Handelskammer München wies ihn sofort »auf das entschiedenste« zurück<sup>57</sup> – wahrscheinlich mit Recht. Denn ein derartiges Verhalten hätte nicht nur die soeben zur Rettung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften geschlossene Arbeitsgemeinschaft gefährdet, sondern politische Streiks der Arbeiterschaft provozieren können und hierdurch die ohnehin großen sozialen Spannungen in unberechenbarer Weise verschärft, kaum zum Vorteil der Industrie.

Den Beamten war der Streikgedanke bis 1918 ebenfalls fremd gewesen, schon aus rechtlichen Gründen. Erst während des Krieges hatten sich unter mittleren und unteren Beamten infolge der Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage Sympathien für dieses Kampfmittel gezeigt, besonders anlässlich der Streiks der Rüstungsarbeiter 1917/18.<sup>58</sup> Die Revolution änderte auch die Einstellung der Beamten, ebenfalls gleichsam über Nacht, und zwar auf allen Rängen und nicht allein zur Wahrnehmung eines ihnen bisher vorenthaltenen vermeintlichen Rechts zur Vertretung wirtschaft-

licher Interessen, sondern auch mit politischen Zielen, vor allem zur Beschränkung der Rätewacht und der unverzüglichen Einberufung einer Nationalversammlung. Der Rat der Volksbeauftragten trug »gewissermaßen ungewollt«<sup>59</sup> hierzu bei, indem er auch den Beamten das uneingeschränkte Vereins- und Versammlungsrecht zubilligte.<sup>60</sup> Viele faßten dies als Freibrief auch zum Streik auf.<sup>61</sup> Bereits die Ankündigung der Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände vom 14. November 1918, für ihre Ziele »alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden«, war als indirekte Streikdrohung zu verstehen.<sup>62</sup> Drei Tage später wurde der Streik in einer Versammlung der Beamten aus den preußischen Nachbargemeinden Hamburgs sogar schon öffentlich erwogen, falls »die neue Diktatur nicht bald geändert würde.«<sup>63</sup> Der bayerische Beamten- und Lehrerbund drohte Anfang Dezember mit Dienstverweigerung, falls die Regierung Eisner nicht unverzüglich eine bayerische Nationalversammlung einberiefe.<sup>64</sup> Wenig später bekannte er sich zum »Ordnungsstreik« zugunsten des Volksganzen und zum »Existenzstreik« für »lebenswichtige Bedingungen der Beamtenschaft«, allerdings »nur im Falle äußerster Gefahr« und nur, wenn er »nach menschlichem Ermessen die Herstellung geordneter Zustände verbürgt.«<sup>65</sup>

Auch gegen Maßnahmen örtlicher Arbeiter- und Soldatenräte und Versuche, die politische in eine soziale Revolution weiterzutreiben, setzten sich die Beamten vereinzelt mit Streikdrohungen zur Wehr, meist mit Erfolg. Der Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus brachte Anfang Dezember 1918 auf diese Weise die Forderung nach einem Kodezernat von elf Sozialdemokraten vom Tisch.<sup>66</sup> Ende Dezember 1918 beschlossen die Staatssekretäre der Berliner Zentralbehörden einen Generalstreik der Beamten für den Fall, daß aus den Weihnachtsunruhen in der Reichshauptstadt eine Regierung Haase–Ledebour–Liebknecht hervorgehen sollte.<sup>67</sup> Als in Stettin Mitte Januar 1919 der Arbeiterrat beschloß, am Tag der Beerdigung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu demonstrieren, und auf öffentlichen Gebäuden die rote Fahne aufzog, reagierte der Oberpräsident, der ehemalige Reichskanzler Michaelis, auf diese »Verhöhnung der Behörden« mit einer dreitägigen Niederlegung seiner Amtsgeschäfte; die übrige Beamtenschaft drohte mit Streik, falls sich der Arbeiterrat nicht umgehend Neuwahlen stellte. Zwar provozierte Michaelis mit dieser »Kraftprobe« seine Entlassung; aber der örtliche Arbeiterrat gab den Forderungen nach.<sup>68</sup> Der Beamtenstreik, triumphtierte die DNVP, habe sich »als Waffe« gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten »zum erstenmal bewährt.«<sup>69</sup> Ein bayerischer Sozialdemokrat hingegen kommentierte solche Streikdrohungen mit dem drastischen Bild, gegenüber der alten Regierung hätten sich die Beamten »unterwürfig wie ein Köter« verhalten, der neuen aber zeigten sie die Zähne.<sup>70</sup>



Auch hier signalisiert die auffällige Veränderung des kollektiven Verhaltens den Verlust des Glaubens an einen gleichsam natürlichen Schutz durch Regierung und Staat, die schnelle Emanzipation aus der Rolle eines Objekts obrigkeitlicher Fürsorge, die Entstehung eines neuen, auch politischen Selbstbewußtseins und den Willen zur eigenständigen Interessenvertretung.<sup>71</sup> Für die Beamten allerdings kollidierte der Streik als wirtschaftliches Kampfmittel mit arbeits- und sozialrechtlichen Privilegien, als politisches Kampfmittel womöglich auch mit ihrer Loyalitätspflicht gegenüber der Regierung und den übrigen Staatsorganen. Er mochte sich aus einem Grundrecht auf Widerstand rechtfertigen lassen, sofern er die Sicherung der Verfassungsordnung gegen gewaltsame Veränderungen zum Ziel hatte.<sup>72</sup> Zwar gab es während der Revolutionsmonate keine gültige Verfassung, sondern lediglich die Grundsatzentscheidungen der Revolutionsregierungen und des Rätekongresses für die parlamentarische Demokratie. Gleichwohl respektierten die Beamten im wesentlichen diesen Rahmen. So brachte sogar Ebert in der Auseinandersetzung mit der Linken gelegentlich Beamtenstreikdrohungen ins Spiel.<sup>73</sup> Auf antidemokratische Motive lassen sie daher nicht ohne weiteres schließen – freilich ebensowenig darauf, daß sich unter den Beamten in aller Eile demokratische Überzeugungen verbreitet und verwurzelt hätten. Auch ihnen erschien die demokratische Republik nach Lage der Dinge als kleinstes aller möglichen Übel, zumal diese ihnen am ehesten Schutz ihrer essentiellen Interessen versprach. An politische Streiks dachten sie anscheinend einstweilen vor allem, um noch weitergehende politische Veränderungen zu verhindern, nicht um die demokratische Republik als solche zu schützen.

Gelegentlich enthielten die Streikdrohungen dann auch ein Element der Illoyalität gegenüber den Revolutionsinstanzen. Der Schöneberger Magistrat zum Beispiel setzte Anfang Dezember 1918 Grenzen fest, über die hinaus er »der sozialistischen Regierung nicht entgegenkommen« würde.<sup>74</sup> Zur gleichen Zeit verbreitete sich Oberbürgermeister Dominicus in einer öffentlichen Versammlung von über 2000 Beamten über die Möglichkeit eines Beamtenstreiks »bei Fortdauer der Unordnung und Korruption«. So vage diese Drohung auch formuliert war – von den schweren Vorwürfen, die sie enthielt, ganz abgesehen –, sie stellte das herkömmliche Loyalitätsverhältnis auf den Kopf, indem sie die Loyalität der Beamten gegenüber der Regierung von deren Verhalten abhängig machte und für die Beamten das Recht reklamierte zu entscheiden, wo die Grenze verlief, bis zu welcher sie der Regierung zu folgen gedachten. Von hier zu offener Ablehnung von Regierungsmaßnahmen war es nur ein Schritt. Auch hierfür finden sich einzelne Beispiele bereits in den Revolutionsmonaten. Als etwa im preußischen Innenministerium als Oberpräsident für Schlesien ein republikanischer Adliger ins Gespräch gebracht wurde, der nach dem Zeugnis eines

Gesinnungsgenossen »überaus fähig«, aber früher als Landrat wegen ungenügender Hohenzollernfrommheit gemäßregelt worden war, bemerkte der aus dem Ancien régime übernommene Unterstaatssekretär: »Im Falle seiner Ernennung drohen die schlesischen Landräte mit Streik.«<sup>75</sup>

Innerhalb der Beamtenbewegung wurden diese Tendenzen nicht ohne Bedenken registriert. Der linksliberale Arbeitsrechtler Heinz Potthoff schrieb schon Ende 1918 unter Hinweis auf die Loyalitätspflicht der Beamten, daß der Beamtenstreik »gefährlich ist und noch gefährlicher die Gewöhnung daran«; werde nicht bald Klarheit über seine rechtliche Unzulässigkeit geschaffen, »so kommen wir in eine Periode ständiger Beamtenstreiks hinein«.<sup>76</sup> Einstweilen ließ eine solche Klarstellung auf sich warten. Denn offene Widersetzlichkeit blieb die Ausnahme. Ob aus Furcht, andernfalls die Entlassung zu riskieren, aus sozial oder politisch motivierter Verantwortung, einem allgemeinen Beamtenethos oder der Überzeugung, die neuen Herren würden sich ohnehin nicht lange halten, muß offenbleiben. Angesichts der politischen Sozialisation der Beamten, ihrer überwiegend konservativen Einstellung und der ihnen tief eingepflanzten Vorbehalte gegenüber der Sozialdemokratie ist es weniger überraschend, daß es in den Revolutionswochen auch gegenüber sozialdemokratischen Machthabern zu Streikdrohungen kam, als daß sie insgesamt selten blieben und nirgends in größerem Umfang verwirklicht wurden.

In Mode kam allerdings ein dem Streik verwandtes Mittel, das weniger kollektiv als individuell verwendbar war, weder formalisiert war noch besonderer Vorkehrungen bedurfte, nämlich der passive Widerstand gegen politische mißliebige Anordnungen – von der Fehlleitung, Verschleppung und Nichtbearbeitung von Vorgängen bis zur Ausführung von Weisungen im Gegensatz zu deren Intentionen. Solche Handlungsweisen konnten derartige Auswirkungen haben, daß ihre Bezeichnung als »bürokratische Sabotage« nicht übertreibt.<sup>77</sup> Den Akteuren boten sie in der Regel den Vorteil, nicht oder nicht als beabsichtigt nachweisbar und daher nicht strafbar zu sein; denn bei einiger Geschicklichkeit hinterließen sie keine belastenden Spuren. Es läßt sich daher im einzelnen kaum rekonstruieren, in welchem Umfang und mit welchem Resultat diese Form des politischen Widerstands während der Novemberrevolution praktiziert wurde. Daß dies geschah, wird indessen von vielen Sozialdemokraten oder Demokraten bestätigt, die damals die Leitung von Behörden übernahmen oder in Arbeiter- und Soldatenräten führende Funktionen bekleideten. Hellmuth von Gerlach, in den Revolutionswochen kurze Zeit Unterstaatssekretär im preußischen Innenministerium, berichtet von der »passiven Resistenz fast des gesamten Ministeriums«,<sup>78</sup> der Vorsitzende des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates von der »vom ersten Tag einsetzenden und im Laufe der Zeit wachsenden passiven Resistenz der höheren Beamtenschaft«.<sup>79</sup> Erst

recht der Unabhängige Adolph Hoffmann, der zusammen mit dem Sozialdemokraten Konrad Haenisch von November 1918 bis Anfang Januar 1919 an der Spitze des preußischen Kultusministeriums stand, stieß bei den »Totengräbern deutscher Denkfähigkeit«, wie er die Geheimräte dieser Behörde titulierte, »in und bei allem« auf »passiven Widerstand«. <sup>80</sup>

Unter den freien Berufen findet sich der Streikgedanke in den Revolutionswochen selten. Nur die Akademikerverbände, die allerdings auch viele höhere Beamte vertraten, dachten laut darüber nach, daß sie ihre Mitarbeit am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neuaufbau »nötigenfalls... erzwingen« müßten. <sup>81</sup> Anfang Januar 1919 wurde auch in Kreisen von Ingenieuren der Gedanke eines Streiks für den Fall ventilert, daß durch gravierende »Fehler« der Regierung »der Bestand unseres Landes in noch größere Gefahr kommt«. <sup>82</sup>

Der Gedanke an einen gemeinsamen Streik aller bürgerlichen Gruppen, einen allgemeinen »Bürgerstreik«, tauchte nur vereinzelt auf. Soweit ersichtlich, wurde er öffentlich zuerst vom Münchener Bürgerrat Anfang Dezember 1918 propagiert. <sup>83</sup> Er meinte ein Kampfmittel für die gemeinsamen Basisinteressen des Bürgertums, wie sie sich nach dem Umsturz darstellten: Erhaltung der Privatwirtschaft, parlamentarische Demokratie statt Räteherrschaft, Sicherung der bürgerlichen Grundrechte und Erhaltung des Berufsbeamtentums – kurz: die Bewahrung einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Konkret hieß das, auf lokaler Ebene Streiks der Arbeiterschaft zur Festigung oder gar Ausweitung ihrer Macht mit einer Arbeitseinstellung des Bürgertums zu beantworten, insbesondere mit der Schließung aller Geschäfte, der Verweigerung ärztlicher Hilfe und anderer Dienstleistungen und der Einstellung der Behördentätigkeit. Während der Kernzeit der Revolution wurde der Bürgerstreik jedoch nirgends offen angedroht, geschweige denn praktiziert. Vermutlich schien das Risiko zu groß, solange die Arbeiter- und Soldatenräte die Macht in Händen hielten und das Bürgertum nicht auf militärische Unterstützung rechnen konnte. Erst als die Freikorps aufgestellt waren und gegen die Arbeiterschaft und ihre Räte vorgingen, änderte sich dies gründlich. <sup>84</sup>

Gleichwohl zeichnen sich in den Streikdrohungen des Bürgertums in den Revolutionswochen neue Formen politischen Verhaltens und eine neue Qualität politischer Konfliktaustragung ab. Durchweg nämlich waren die Streikdrohungen nicht primär ökonomisch, sondern politisch begründet. Damit zielten sie von vornherein weiter als die überwiegende Zahl von Streiks der Arbeiterschaft, die das Bürgertum bisher erlebt hatte; deren meiste hatten sich auf wirtschaftliche Ziele beschränkt. Neu war die Wahrnehmung, daß in einer hochgradig arbeitsteilig organisierten Gesellschaft auch nichtproletarische Gruppen durch kollektive Verweigerung ihrer Tätigkeit das Wirtschaftsleben und die Funktionsfähigkeit der technischen,

administrativen und sozialen Infrastruktur empfindlich zu beeinträchtigen und hierdurch politischen Druck auszuüben in der Lage waren. Man kann hierin einen Schritt zur Weiterentwicklung des gesellschaftlichen und politischen Selbstbewußtseins des Bürgertums erblicken, auch einen Gedanken an Selbsthilfe in einer Zeit, als seine politische Interessenvertretung über legitimierte und gesellschaftlich akzeptierte Institutionen weitgehend ausgefallen war. Ob und wie dieser Gedanke praktikabel war und welche Wirkungen sich dann ergaben, blieb freilich einstweilen offen.

Es ist bezeichnend für die rasche Veränderung politischer Einstellungen im nichtproletarischen Teil der Gesellschaft, daß der Streik sogar unter Offizieren, für die dieses Kampfmittel vor der Revolution undenkbar gewesen war, nach dem Umsturz lebhaft diskutiert und gelegentlich angedroht wurde, anscheinend wiederum zuerst in Bayern. Münchener Offiziere paßten sich »mit überraschender Behendigkeit den Prinzipien und der Taktik der siegreichen Arbeiterklasse an«,<sup>85</sup> wie ein intellektueller Beobachter notierte, und dachten zur Wiederherstellung ihrer Kommandogewalt über einen Streik nach – unter Einschluß der Militärärzte. Offiziere der Garnison Augsburg proklamierten Anfang Dezember die Einstellung ihres Dienstes aus Protest gegen eine Neuregelung der Offiziersgehälter, die sie als »bewußte Herabsetzung der Offiziere und eine Untergrabung der wirtschaftlichen Grundlage für ihre gedeihliche Mitarbeit« ansahen.<sup>86</sup> Von den unteren Militärbehörden drohte das Generalkommando Altona Mitte Dezember 1918 mit Dienstverweigerung, als der Hamburger Soldatenrat beschloß, die Kommandogewalt über die in Hamburg stationierten Truppen zu übernehmen, und den Offizieren das Tragen von Rangabzeichen und Waffen verbot.<sup>87</sup> Ebenso reagierte die Oberste Heeresleitung, als der Rätekongreß sich diese Regelung zu eigen machte und sich außerdem für die Wahl der Offiziere durch die Mannschaften entschied. Zwar vermied sie das Wort Streik und sprach, formal korrekt, von Abschiedsgesuchen. Aber praktisch handelte es sich um eine Drohung mit kollektiver Dienstverweigerung; wirklich ihren Abschied zu nehmen, gedachte sie nämlich keineswegs.<sup>88</sup>

Auch wo derartige Drohungen ausblieben, scheint oft die Neigung der Offiziere groß gewesen zu sein, den Dienst einzustellen und es den revolutionären Kräften zu überlassen, »sich gegenseitig zugrunde zu richten«, etwa nach dem Motto: »Je schneller das unvermeidliche Chaos komme, um so rascher werde das Reich wieder zur Gesundheit gelangen.« In einer Führerbesprechung im Berliner Generalstabsgebäude Mitte Dezember 1918 kostete es die Generäle von Seeckt und von Lequis viel Mühe, gegen die Befürworter einer solchen kollektiven Trotzreaktion die Überzeugung durchzusetzen, daß das Offizierskorps »auch nicht einen Fußbreit Boden freiwillig aufgeben dürfe«.<sup>89</sup> Sogar in der Obersten Heeresleitung wurde

der Streikgedanke Weihnachten 1918 mit Stabschefs und Frontoffizieren ausführlich erörtert – mit dem Ergebnis, »im allgemeinen« sei vor dem Offiziersstreik »dringend zu warnen«, weil nicht sicher war, daß alle Offiziere mitmachen würden, weil die erforderlichen Geldmittel fehlten und weil die Revolutionsregierung mit Entlassungen antworten könnte, die wenigstens »von den U-Sozis mit Freuden verfügt werden« würden. Eine Selbstausschaltung der Offiziere aber wollte auch Groener unbedingt vermeiden, ebenfalls eine Verletzung ihrer »bisherigen Anschauungen«, wie sie ein Streik bedeutete. Nur als Drohmittel kam er deshalb nach seiner Überzeugung in Frage, »namentlich für höchste Behörden«. <sup>90</sup>

Diese Linie wurde fortan praktiziert. In der Tat wären Offiziersstreiks größeren Umfangs für die Weiterexistenz der Obersten Heeresleitung und des Offizierskorps insgesamt höchst fragwürdig gewesen. Doch entgegen anfänglichen Befürchtungen brauchten die Offiziere nicht um ihr institutionelles Überleben zu kämpfen. Es gelang der Obersten Heeresleitung unter der politischen Führung Groeners, mit einem Kurs zwischen Kooperation und Konflikt gegenüber der Revolutionsregierung ihre Interessen optimal zu wahren und nach wenigen Wochen in den Freikorps sogar neue Verbände aufzustellen, die ein Weitertreiben der Revolution verhinderten und der Arbeiterschaft viele Machtpositionen wieder entzogen, die diese zuvor errungen hatte. Ob Streiks allerdings den Offizieren viel genützt hätten, wenn sich die Revolutionsregierung zur Auflösung des royalistischen Kerns der alten Armee und zum Aufbau von Milizen aus organisierten Arbeitern entschlossen hätte, ist fraglich – ebenso wie die Funktionsfähigkeit eines derartigen Alternativkonzepts unter den damaligen Bedingungen. Daß der Streikgedanke ins Offizierskorps eindrang, zeigt jedoch, in welchem Maße die Entschlossenheit zum eigenständigen politischen Handeln auch hier erwacht war, und zwar nicht nur auf der obersten Ebene. Er ist damit zugleich ein Indiz für die Lockerung des politischen Zusammenhalts innerhalb des Offizierskorps, für die Bereitschaft zum Vorgehen in kleinen Gruppen auf eigene Faust und für die Entstehung einer Art politischer Guerillamentalität. <sup>91</sup> In den Freikorps konnte sie sich bald voll entfalten.



II.

Räte und Streiks  
in der Bürgerkriegsphase





## Die Bürgerräte von Januar bis März 1919

Mit der Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919 waren die vorrangigen politischen Ziele, die das Bürgertum in der Revolution verfolgt hatte, erreicht: die parlamentarische Demokratie, die seine politische Gleichberechtigung sicherte und die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte begrenzte, so daß deren Verschwinden nur noch eine Frage der Zeit war; die Bewahrung bürgerlicher Freiheitsrechte und der auf Privateigentum beruhenden Wirtschaftsordnung, mindestens bis zu einer parlamentarischen Entscheidung – all dies freilich weniger dank eigener Energie und Durchsetzungskraft als deshalb, weil die Führungen von SPD und freien Gewerkschaften sowie der Rätekongreß sich hierfür entschieden hatten. Da die SPD zur Überraschung und Erleichterung weiter bürgerlicher Kreise bei der Wahl die Mehrheit verfehlte und mit DDP und Zentrum koalieren mußte, war die Gefahr, daß der politischen Revolution eine soziale folgen würde, seither noch geringer geworden, um so mehr, als inzwischen die Freikorps entstanden, ein bewaffneter Schutz der privatwirtschaftlichen Ordnung also in Sicht, in einigen Gebieten sogar schon vorhanden war. Die politische Interessenvertretung fiel deshalb an die Parteien zurück; die wirtschaftliche und soziale verblieb bei den Verbänden, deren Domäne sie ohnehin seit langem gewesen war. Alternative, den politischen Organen der Revolution nachgebildete Formen der Interessenvertretung wurden folglich überflüssig, während sich der Organisationsgrad der Verbände allem Anschein nach auf dem Stand hielt, den er in den Revolutionswochen erreicht hatte, oder noch weiter zunahm.

Die politischen Orientierungen des Bürgertums differenzierten sich jetzt wieder. Nach der Sicherung der gemeinsamen Fundamentalinteressen tra-

ten wirtschafts- und sozialpolitische Interessenunterschiede und -gegensätze, erst recht unterschiedliche und gegensätzliche Einstellungen zu den Kernfragen der Innen-, Gesellschafts- und Außenpolitik erneut oder überhaupt erst deutlich hervor. Von einer bürgerlichen Einheitsfront konnte kaum noch die Rede sein, also auch nicht von durchgängiger Demokratie- und Republikfeindschaft. Wie die Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Landesparlamenten ausweisen, gab es zumindest in der ersten Jahreshälfte 1919 eine starke Gruppe, repräsentiert namentlich durch die DDP und durch Teile des Zentrums, die zu einer Reformpolitik auf der Grundlage einer republikanischen Verfassung und in Zusammenarbeit mit der SPD bereit schien, während die expliziten Gegner der Demokratie, die sich vor allem in der DNVP und rechtsradikalen Splitterparteien sammelten, nur eine Minderheit stellten. Allerdings begann sich das Kräfteverhältnis zwischen beiden Gruppen rasch zu verschieben.

### *Politische Umorientierung*

Eine Ursache hierfür lag darin, daß die revolutionären Wellen nicht überall mit der Wahl zur Nationalversammlung abebbten. Im Gegenteil, an der Ruhr, in Mitteldeutschland, in Berlin und einigen Hafenstädten verlangten große Teile der Industriearbeiterschaft jetzt eine Sozialisierung der Großindustrie, die in den Umsturztagen vom November noch kaum eine Rolle gespielt hatte, und zwar erneut mit Massenversammlungen und riesigen Demonstrationenzügen. Die Linke propagierte jetzt ausdrücklich »die Straße« als »Hauptaktionsfeld«.<sup>1</sup> In wachsendem Maße wurde auch die Waffe des Generalstreiks eingesetzt. Die Ängste vieler Bürger vor dem »Aufstand der Massen« und deren vermeintlichem Aggressions- und Zerstörungspotential erhielten hierdurch neue Nahrung, zumal die Kämpfe bald bürgerkriegsähnliche Züge annahmen, nicht zuletzt dank staatlicher und privater Gegenmaßnahmen. Viele sahen »alles nur noch durch die Brille der Masse« und schauten »hypnotisch gebannt« auf deren »Siegeszug«, wie ein Mitglied des Dresdener Bürgerrats beobachtete.<sup>2</sup> Bei anderen aber wurde der Wille zur Gegenwehr gestärkt oder geweckt.

Daher differenzierte sich jetzt das Bild. In Regionen, die von den Kämpfen weitgehend oder gänzlich verschont blieben, verschwanden die meisten bürgerlichen Räteorganisationen, die in den Novembertagen entstanden waren, von der Bildfläche. Sie bestätigten damit, daß sie sich lediglich als interimistisch verstanden hatten, um die Macht der revolutionären Kräfte zu begrenzen und bürgerliche Interessen, soweit nötig, zu vertreten, bis das parlamentarische System andere Möglichkeiten hierfür schuf bzw. wieder-

herstellte. Dies war insbesondere dort der Fall, wo es selbst in den Wochen zwischen dem 9. November und dem Wahltermin vergleichsweise ruhig geblieben war, so daß sich das Bürgertum nicht lange in seinen zentralen Interessen bedroht fühlte wie in Baden. Der Bürgerrat Mannheim schloß ein, sobald die Wahlen zur Nationalversammlung feststanden. In Karlsruhe erschienen die Vertreter der nichtproletarischen Bevölkerungsgruppen schon Ende 1918 kaum noch zu den Plenarversammlungen des Volksrats.<sup>3</sup> Auch in Schleswig-Holstein ging das Interesse an den Bürgerräten »sehr zurück« und machte »der gewöhnlichen Lauheit in den bürgerlichen Kreisen Platz«.<sup>4</sup> Kollektive Aktionsformen wurden hier ebenfalls unnötig und waren daher rückläufig – was freilich nicht bedeutete, daß auch die Disposition hierfür wieder verschwunden wäre.

Ganz anders in den Gebieten, die im Winter und Frühjahr 1919 von den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen besonders betroffen waren. Zwar gingen auch hier manche Bürgerräte ein; die meisten aber hielten sich und wurden jetzt aktiviert. Dabei veränderten sie ihre Funktion: Sie wurden zu lokalen Kampforganisationen des Bürgertums – eine Bezeichnung, die sie »mit gewissem Stolz« akzeptierten<sup>5</sup> – und in wachsendem Maße militant; zunächst allerdings noch in defensiver Absicht – zur Gegenwehr gegen Übergriffe streikender Arbeiter. Je klarer diese aber in die Defensive gerieten, desto stärker traten auch aggressive, vereinzelt sogar gegenrevolutionäre Züge hervor. Zwar gab es weiterhin Unterschiede; die Bürgerräte in Leipzig und Frankfurt a. M. verfolgten etwa eine moderatere Linie als diejenigen in Bayern. Insgesamt aber sind eine Radikalisierung der Bürgerratsbewegung und eine Verschiebung ihrer politischen Orientierung nach rechts unverkennbar. Beispielhaft hierfür ist der Bürgerbund Kassel; er wurde unter dem Eindruck der »spartakistischen Gefahr« im Februar 1919 lebendig und bezeichnete sich dem Regierungspräsidium gegenüber als »die maßgebende Stelle, wenn es sich darum handelt, das gesamte Bürgertum Kassels aufzurufen«, und »als das beste Mittel, Unruhen niederzuschlagen«; die Vorbereitungen, ließ er wissen, »sind getroffen«.<sup>6</sup>

In den Kerngebieten des Bürgerkriegs breitete sich zugleich der Gedanke an kollektive Aktionen im Bürgertum weiter aus, vor allem an Streiks, gleichfalls untermischt mit zuvor unbekannter Militanz bis hin zu blinder Aggressivität. Und hier schritten bürgerliche Gruppen jetzt weit häufiger als in den Revolutionswochen zur Tat. Über die Veränderungen der psychischen Dispositionen, die darin wirksam wurden, notierte Harry Graf Kessler, ein ungewöhnlich genauer Beobachter, Anfang März in Berlin: »Ein neues Element... kommt seit einigen Wochen, etwa seit der Ermordung Liebknechts, in die deutsche Revolution: das Element der Vendetta, der Blutrache.«<sup>7</sup> Selbst in fernab liegenden Gegenden, wo eine Gegenwehr gegen Aktionen der Arbeiterschaft kaum nötig war, zeigten sich ähnliche

Tendenzen. Zur gleichen Zeit wurde aus bürgerlichen Kreisen des Ostseestädtchens Warnemünde, das keine nennenswerten Kämpfe erlebte, berichtet: »Die Wohlhabenden und die vom Stande wünschen heute lieber als morgen den Zustand herbei: Terror gegen Terror«<sup>8</sup> – ein Hinweis darauf, daß auch hier im Bürgertum nicht nur neues Selbstbewußtsein einkehrte, gepaart mit dem Willen, sich nicht noch weiter zurückdrängen zu lassen, sondern daß eine Neigung zu direkten Aktionen mit kollektiven und womöglich noch anderen Mitteln zunahm und eine politische Radikalisierung im Gange war.

Ausmaß und Verbreitung dieses Wandels lassen sich nicht mehr exakt bestimmen, zumal er sich nicht unmittelbar in Wahlergebnissen niederschlug. Die Tatsache, daß er stattfand, und seine Richtung werden freilich durch andere Indizien erhärtet, etwa durch den Zulauf zu politischen Agitationsverbänden und öffentlichen Versammlungen des rechten und rechtsextremen Lagers einschließlich der hier beheimateten Parteien.<sup>9</sup> Die Querverbindungen wie die Animositäten zwischen den zahlreichen Organisationen dieser Provenienz sind erst teilweise erforscht. Ihr Auftreten, ihre Resonanz, die Verwandtschaft ihrer Ziele und ihre anscheinend häufige Kooperation lassen jedoch darauf schließen, daß es sich bei den Veränderungen kollektiver Verhaltensweisen und politischer Orientierungen, die die Entwicklung der Bürgerräte signalisiert, um Erscheinungsformen weiterreichender und tiefgreifender Veränderungsprozesse im Bürgertum handelt.

### *Militarisierung und Beteiligung an militärischen Auseinandersetzungen*

Vorrangiges politisches Angriffsziel der Bürgerräte wurden nach der Wahl der Nationalversammlung und der Landesparlamente die Arbeiter- und Soldatenräte. Der Landesverband der württembergischen Bürger- und Bauernräte forderte bereits am 15. Januar 1919, unmittelbar nach der Wahl der württembergischen Landesversammlung, ihre »alsbaldige Abschaffung«.<sup>10</sup> Auf zentraler Ebene bombardierte der Reichsbürgerrat den Zentralrat mit Beschwerden über angebliche Übergriffe einzelner Arbeiter- und Soldatenräte und beantragte – allerdings vergeblich –, ihnen zu verbieten, ohne Rücksprache mit dem Zentralrat Maßnahmen zu treffen, die »als gewaltsame Eingriffe sich auswirken müssen«.<sup>11</sup> Für den militärischen Bereich verlangten die Bürgerräte wiederholt die schleunige Durchführung der Verordnung über die Wiederherstellung der Kommandogewalt in der Armee vom 19. Januar 1919, die den Soldatenräten die Grundlage entzog, und zwar »ohne Rücksicht auf widerstrebende Elemente«.<sup>12</sup>

Zum zweiten Haupttätigkeitsfeld vieler Bürgerräte entwickelte sich die Unterstützung des bewaffneten Kampfes gegen die Arbeiterschaft und der Selbstbewaffnung des Bürgertums. In den Revolutionswochen hatten derartige Bestrebungen nicht weit geführt. Die Aufstellung der Freikorps aber, die um die Jahreswende 1918/19 mit Billigung des mittlerweile rein mehrheitssozialdemokratischen Rates der Volksbeauftragten und der SPD-Führung begann, sowie die Streiks für die Sozialisierung eröffneten ihnen neue Möglichkeiten, die unverzüglich genutzt wurden. In Berlin, wo Anfang Januar 1919 USPD und Spartakus zu Demonstrationen gegen die Absetzung des unabhängigen Polizeipräsidenten Eichhorn aufriefen und in der Arbeiterschaft unerwartet starke Resonanz fanden, so daß die Stellung des Rates der Volksbeauftragten erneut gefährdet erscheinen mochte,<sup>13</sup> appellierte der Bürgerrat am 9. Januar an »jeden waffenfähigen gedienten Mann..., sofort in die republikanische Volkswehr einzutreten«. <sup>14</sup> Weniger öffentlich bat er den Hauptkriegerverband, wahrscheinlich auch andere bürgerliche Organisationen, um Mithilfe bei der »Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung«. <sup>15</sup> Zwar schlugen sich vor allem sozialdemokratische Freiwilligenverbände, die sich in diesen Tagen spontan bildeten, für die Verteidigung der Regierung; die Freikorps rückten erst ein, nachdem die Kämpfe entschieden waren. <sup>16</sup> Gleichwohl wirkte ihr Auftreten im Bürgertum mobilisierend und politisch radikalisierend. »Banden von Bürgern« zogen nach dem Bericht eines Augenzeugen unter der Parole »Schießt die roten Hunde nieder« über den Kurfürstendamm, um sich bei Armeestellen Gewehre und Munition zu holen. <sup>17</sup>

Unter dem Schutz der Freikorps nämlich entstanden alsbald Bürgerwehren in den westlichen Vororten, den bevorzugten bürgerlichen Wohnquartieren. Sie übernahmen die Bewachung von Banken, Depots und anderen wichtigen Gebäuden und erlaubten es hierdurch den Freikorps, sich auf andere Ziele zu konzentrieren. <sup>18</sup> Durch Mitgliederwerbung und Beschaffung der nötigen Geldmittel trugen die Bürgerräte maßgeblich zu ihrer Bildung bei. Gleichzeitig besorgten sie den Freikorps Bekleidung, kümmerten sich um ihre Bezahlung aus zentralen Fonds von Industrie und Banken, möglicherweise auch aus dem Erlös von Heeresgut, halfen bei der Eröffnung eines Werbebüros und nahmen dem Kommandanten Oberst Reinhard schwierige Verhandlungen mit der Regierung ab. <sup>19</sup> Dies ging vermutlich überwiegend informell vonstatten. Nach dem Bericht eines Freikorpsführers traf sich im Hinterzimmer eines bekannten Restaurants Unter den Linden jeden Mittag der »Stammtisch zum Grabe der Tugend«, der unter dem Vorsitz von Salomon Marx, dem einflußreichsten Mann des Groß-Berliner Bürgerrats und seit Februar 1919 dessen Vorsitzender, »außer bekannten rheinischen Großindustriellen eine ganze Reihe von maßgebenden Leuten aus den preußischen und

Reichsministerien sowie aus den Stäben der Freiwilligen-Formationen vereinte. ... In einem anderen Zimmer saßen nicht selten Reichsminister, und dann wurden Fäden von einem Zimmer in das andere gesponnen, die vielleicht größeren Einfluß auf den Lauf der Dinge hatten, als ein uneingeweihter Beobachter vermutet hätte.<sup>20</sup> Hier gingen zwischen Bürgerrats- und Freikorpsführern »persönliche Informationen über alles, was geplant wurde«, hin und her, mit Sicherheit über die Verhaftung Karl Radeks, vielleicht auch über die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.<sup>21</sup> Jedenfalls betätigten sich die Berliner Bürgerräte auch als Spitzelunternehmen und unterstützten andere derartige Organisationen und Einzelpersonen mit erheblichen Mitteln, um Führer der Linken und solche, die in ihrer Sicht hierzu zählten, zu beschatten und, falls nötig, »unschädlich« zu machen. Auf die Köpfe von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren angeblich 100000 RM ausgesetzt.<sup>22</sup> Wahrscheinlich waren es Mitglieder der Wilmersdorfer Bürgerwehr oder des dortigen Bürgerrats, die die geheimgehaltene Wohnung der beiden aufspürten, sie gewaltsam entführten und der Garde-Kavallerie-Schützendivision auslieferten, die sie umbrachte.<sup>23</sup> Daß zwischen Reinhard und dem Groß-Berliner Bürgerrat enge Beziehungen bestanden haben, ist auch daraus zu entnehmen, daß Reinhard dem Bürgerrat später bescheinigte, er habe ihn im Januar 1919 »bestens bei der Wiederherstellung der Ordnung in Berlin« unterstützt,<sup>24</sup> und der Bürgerrat umgekehrt Reinhard als »Retter Berlins« feierte.<sup>25</sup>

Die Januarkämpfe in Berlin liefern zugleich Hinweise darauf, daß verschiedene Organisations- und Aktionsformen, die das Bürgertum im November und Dezember 1918 hervorgebracht hatte, jetzt untereinander vernetzt wurden. Ebenfalls am 9. Januar 1919 rief Eduard Stadtler in der Berliner Universität mit einer »fulminanten Rede« die Studenten zu den Waffen.<sup>26</sup> Einen Tag später erklärte sich der Reichsausschuß der akademischen Berufsstände »geschlossen... gegen den Bolschewismus« und appellierte an alle Akademiker, »diese Bewegung in jeder Weise unter Aufbietung aller Kräfte zu bekämpfen«. Allen Studenten, namentlich den Berlinern, die den »Kampf gegen den Bolschewismus« propagandistisch und durch Beitritt zu den Freiwilligenverbänden aufgenommen hatten, sprach er »herzlichen Dank« aus und verbürgte sich dafür, daß für alle Studenten und Akademiker, »welche in irgendeiner Weise durch Teilnahme an den Kämpfen oder durch den Bolschewismus Schaden genommen haben, gesorgt wird«. Ein »Vaterländischer Hilfsfonds« wurde gegründet zur Unterstützung »der Bestrebungen zur Verteidigung Deutschlands und deutscher Kultur«. <sup>27</sup> Die Mittel hierfür entstammten wahrscheinlich dem Fonds zur Bekämpfung des Bolschewismus, den Großbanken und Großindustrie auf Betreiben Stadtlers am 10. Januar

1919 einrichteten.<sup>28</sup> Aufgrund der Beziehungen zwischen Stadtler und Marx ist zu vermuten, daß die Aktionen von Bürgerrat, Akademikerorganisationen und Antibolschewistischer Liga koordiniert waren.

Zur gleichen Zeit bemühte sich in Bremen der Bürgerausschuß weiter um die Aufstellung eines Freikorps zur »Befreiung« der Stadt. Daß er im Dezember 1918 hiermit gescheitert war,<sup>29</sup> hatte im Bürgertum und unter früheren Angehörigen des in Bremen beheimateten Infanterieregiments der Überzeugung, daß zur »Beseitigung des Bolschewismus« zuverlässige Freiwilligenverbände nötig waren,<sup>30</sup> keinen Abbruch getan, im Gegenteil, je länger die Räteherrschaft dauerte und je mehr Bürgerliche aus dem Krieg zurückkamen, desto stärker wurde sie. Anfang Januar, unmittelbar nach der Rückkehr und Demobilisierung des Regiments, begannen in aller Heimlichkeit die Vorbereitungen. Mit der Proklamation der Bremer Räterepublik am 10. Januar 1919 – ein Sonderfall in der Geschichte der deutschen Revolution<sup>31</sup> – erlitten sie einen unerwarteten Rückschlag. Eine längere Lebensdauer der Räterepublik war freilich unwahrscheinlich; denn sie wurde im wesentlichen allein von den Linksradikalen und Kommunisten getragen; SPD und sogar Teile der USPD lehnten sie entschieden ab. Das Bürgertum aber bemühte sich fieberhaft um Gegenmaßnahmen. Bereits am nächsten Tag fuhren Vertreter der Schifffahrt unter Führung von Philipp Heineken, Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd und Mitglied des Bürgerausschusses, Major Caspari und weitere ehemalige Bremer Frontoffiziere zur Obersten Heeresleitung nach Kassel, um mit Groener und Schleicher den Einsatz von Militär zu erörtern. Zunächst jedoch hatten sie keinen Erfolg, weder hier noch kurz darauf in Berlin bei General von Lüttwitz, damals Kommandierender General des 3. Armeekorps, des Gardekorps und der Kommandantur Berlin, trotzdem nur nominell ein mächtiger Befehlshaber. Die Aufstellung der Freikorps lief gerade erst an, noch waren sie schwach und wurden zunächst in Berlin benötigt.<sup>32</sup>

Unterdessen stieß die Räterepublik in Bremen rasch an ihre Grenzen. Die Unabhängigen und der Arbeiter- und Soldatenrat setzten die Abhaltung der Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar durch, und als die Bremer Banken die Kredite sperren, war die Räteregierung mit ihrem Latein bereits am Ende. Am 21. Januar erklärten sich die Kommunisten mit der Ausschreibung von Bürgerschaftswahlen einverstanden. Trotzdem drängte das Bürgertum weiterhin auf den Einsatz von Militär. Es wollte die sofortige Beseitigung der Räteregierung und darüber hinaus Rache und Abrechnung. Offenbar war es emotional tief getroffen. Schon den Umsturz hatte es als politische Entrechtung erlebt. Denn in Bremen hatte – wie sonst nur noch in Hamburg – das Bürgertum, vor allem Großkaufleute und Reeder, jahrhundertlang geherrscht, ohne einem adligen

Souverän untertan zu sein. Daher war es im November 1918 politisch ähnlich tief gefallen wie der Adel in den Flächenstaaten, tiefer jedenfalls als das Bürgertum im übrigen Deutschland. Daß es mit der Räterepublik gänzlich ausgeschaltet werden sollte, die Stadt plötzlich als Hochburg der »Roten« ins Gerede kam und ihr Überseehafen – zu Recht oder Unrecht – zeitweilig als unzuverlässig galt, wurde vermutlich als zusätzlicher schwerer Verlust von Ansehen und Vertrauenskapital bei auswärtigen Geschäftspartnern und deshalb als kollektive und sogar persönliche Schmach empfunden.<sup>33</sup>

Sobald die Januarkämpfe in Berlin vorüber und die Freikorps so stark geworden waren, daß sie auch außerhalb der Reichshauptstadt eingesetzt werden konnten, unternahm der Bürgerausschuß daher einen neuen Vorstoß. Am 23. Januar 1919 fuhr wieder eins seiner Mitglieder nach Berlin, diesmal Ludwig Roselius, der reichste Bremer Kaffeehändler.<sup>34</sup> Er ging zuerst zum mächtigsten Mann im Rat der Volksbeauftragten, Friedrich Ebert, denn Ebert hatte vor dem Krieg lange in Bremen gelebt und durfte als Führer der SPD als entschiedener Gegner der Räterepublik gelten. Ebert, bis dahin über die Verhältnisse in Bremen nur ungenau unterrichtet, zeigte sich beeindruckt von Roselius' Darstellung und seinem Drängen auf eine militärische Lösung, überließ die Entscheidung aber Noske, seit Ende Dezember 1918 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten und dort für Militärangelegenheiten zuständig.<sup>35</sup> Daraufhin verschaffte sich Roselius Zutritt zu Noskes Hauptquartier in Dahlem und forderte von ihm den sofortigen Einsatz von Truppen. Er schied mit dem Versprechen, innerhalb von zwei Wochen würden Freikorps gegen die Weserstadt in Marsch gesetzt.<sup>36</sup> Denn Noske wollte in Bremen ebenfalls ein Exempel statuieren, hierin übrigens von Bremer Sozialdemokraten bestärkt, namentlich von Karl Deichmann, dem Vorsitzenden des Tabakarbeiterverbandes.<sup>37</sup>

Fortan setzte sich der Bürgerausschuß zielstrebig für eine Realisierung dieser Zusage ein und erreichte es, daß er selbst in alle Phasen ihrer Vorbereitung und Durchführung einbezogen wurde. Als am 28. Januar in Berlin unter Leitung von Lüttwitz das militärische Vorgehen generalstabsmäßig vorbereitet wurde, saßen mit Vinnen und Caspari zwei seiner Mitglieder mit am Tisch.<sup>38</sup> Caspari selbst erhielt den Auftrag zur Aufstellung eines Freikorps, so daß die Beseitigung der Räteherrschaft als Akt bürgerlicher Selbstbefreiung erscheinen konnte. Zwei Tage später begann er in Verden mit der Bildung einer Truppe. Viele frühere Angehörige des Bremer Infanterieregiments und junge Männer aus dem Bremer Bürgertum schlossen sich ihr an.<sup>39</sup> Rund 300 Mann stark, gehörte sie zur Division Gerstenberg, die gleichfalls in Verden zusammengezogen wurde, um »geordnete und gesetzmäßige Zustände in Bremen wiederherzustellen und die Ab-



fahrt unserer Lebensmittelschiffe nach Übersee sicherzustellen«, wie es im Korpsbefehl hieß.<sup>40</sup> Auch hier waren vier Mitglieder des Bürgerausschusses ständig präsent, unter ihnen wiederum Vinnen, außerdem drei Mitglieder des alten, von den Revolutionären abgesetzten Senats.<sup>41</sup>

Vinnen und die Bremer Freiwilligen wirkten nach Kräften darauf hin, daß Gerstenberg den Angriffsplan tatsächlich ausführte. Wahrscheinlich hätte er sich nämlich auch anders entscheiden können. Lüttwitz hatte ihm völlig freie Hand lassen wollen. Nachdem aber die Bremer Arbeiter, unterstützt von den Soldatenräten aus Hamburg, Bremerhaven, Oldenburg und anderen Nachbarstädten, sich in Verhandlungen mit der Reichsregierung und dem Divisionsstab in Verden verzweifelt bemüht hatten, die Aktion abzuwenden, wies die Reichsregierung die Division im letzten Augenblick an, Bremen nicht zu besetzen, falls die Bremer Volksbeauftragten unverzüglich zurückträten, in Bremen eine Regierung entsprechend dem Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung gebildet würde und die Arbeiter die Waffen ablieferten.<sup>42</sup> Tatsächlich fand sich die Arbeiterschaft zur Waffenabgabe bereit, die Räteregierung zum Rücktritt, und mit Sicherheit wären innerhalb kurzer Zeit auch die übrigen Forderungen erfüllt worden. Die Bürgerlichen, die sich ihrem Ziel so nahe geglaubt hatten, gerieten in helle Empörung. Die Bremer Freiwilligen präsentierten Gerstenberg eine »sehr deutlich gehaltene Denkschrift« über die Folgen eines Nichteinmarsches und drängten ihn, auf eigene Faust vorzugehen. Caspari selbst verlangte den Vormarschbefehl für den nächsten Tag. Vinnen intervenierte bei der Reichsregierung – am Ende mit Erfolg. Am 3. Februar gab diese den endgültigen Befehl zum Einsatz.<sup>43</sup>

Am nächsten Tag wurde Bremen besetzt – in einem blutigen Kampf, der die Freikorps 24, die Arbeiterschaft über 70 Todesopfer kostete.<sup>44</sup> Das Freikorps Caspari übernahm mit der Einnahme der großen Weserbrücke den spektakulärsten Part, um zu demonstrieren, daß das Bürgertum die Macht in der Stadt zurückeroberte.<sup>45</sup> Als die Freiwilligen sich schließlich bis zum Marktplatz durchgekämpft hatten, tanzten sie nach einem späteren Bericht eines beteiligten Offiziers »in hellem Jubel um den Roland, das Denkmal ihres freien Bürgersinns«. <sup>46</sup> Den Offizieren verehrte der Bürgerausschuß anschließend eine Dankurkunde, die den Roland zeigte. Das Wahrzeichen der Stadt wurde hiermit auch symbolisch vom Bürgertum zurückerobert und als Zeichen seines Machtanspruchs reklamiert.<sup>47</sup>

Drei Monate nach der Revolution hatte der Bremer Bürgerausschuß zwei wesentliche Ziele erreicht: Die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte war beseitigt, die traditionellen politischen Institutionen, die Bürgerschaft und der Senat, kehrten zurück, wenn auch auf veränderter Rechtsgrundlage und in veränderter Zusammensetzung; zunächst bestand der Senat aus fünf Mehrheitssozialisten, nach der Bürgerschaftswahl im

März aus einer Koalition von SPD, DDP und DVP.<sup>48</sup> Die politische Macht des Bürgertums war gegenüber den Vorkriegsverhältnissen fortan beschränkt, seine ökonomische Position jedoch gesichert. Mindestens ebenso wichtig war, daß die Arbeiterschaft die Waffen abliefern mußte, während das Bürgertum daran gehen konnte, sich zu bewaffnen. Die neue bremische Regierung ließ nämlich nicht nur eine »Regierungsschutztruppe« aufstellen, deren Führung sie Major Caspari übertrug, sondern rief darüber hinaus eine Stadtwehr ins Leben, einen Vorläufer der später in ganz Deutschland gegründeten Einwohnerwehren. Sie unterstand ebenfalls dem Kommando Casparis, umfaßte rund 5000 Mann und schlug ihr Quartier bezeichnenderweise im Gebäude des Norddeutschen Lloyd auf.<sup>49</sup> Daß in Bremen der radikale Flügel der Arbeiterschaft noch einmal die Macht übernahm, war seitdem ausgeschlossen, zumal die SPD das Vorgehen gegen die Räteregierung mitgetragen hatte und anschließend rechtfertigte.<sup>50</sup>

Im Ruhrgebiet errang der Bürgerrat von Hervest einen ähnlichen Erfolg, mit politischen Auswirkungen weit über die Stadt hinaus. Die Sicherheitswehr, die hier paritätisch aus Sozialdemokraten und Kommunisten im Januar 1919 neu gebildet worden war, ließ sich binnen kurzem nach einem Bericht der Gemeindeverwaltung verschiedene »Übergriffe« zuschulden kommen, insbesondere Eigentumsdelikte.<sup>51</sup> Der Vorsitzende des Bürgerausschusses drängte daraufhin höhere Stellen zum Eingreifen und erreichte, daß der Regierungspräsident in Münster der Gemeindeverwaltung riet, mit regulären Polizeikräften »unter Hinzuziehung von Personen aus den ländlichen Gebieten« die Sicherheitswehr zu beseitigen. Dies unterblieb zwar, weil die Gemeindeverwaltung sich hiervon nur »bedauerliches Blutvergießen« und eine »Verschärfung der Lage« versprach. Kurz darauf jedoch wurde ein Zechenangestellter ermordet, ein langjähriges Mitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Gründer und erster Vorsitzender des Verbandes kaufmännischer Grubenbeamten und derjenige, der im engen Kontakt mit dem Bürgerausschuß im Dezember 1918 die Aufstellung der Bürgerwehr in die Hand genommen und sie bis zu ihrer Entwaffnung Mitte Januar geführt hatte, vermutlich sogar bis zu seinem Tod; insgeheim nämlich bestand sie weiter.<sup>52</sup> Die Tat blieb einstweilen unaufgeklärt.<sup>53</sup> Den Kreisen, aus denen der Ermordete stammte, kam sie jedoch wie gerufen, so daß auch ein Agent provocateur sie hätte begehen können. Zu dieser Zeit nämlich waren mit der Aufstellung der Freikorps, der Absetzung des Generalsoldatenrats Münster und der Ernennung Watters zum Kommandierenden General des Korpsbezirks Münster die Vorbereitungen für eine militärische Aktion gegen die Rätebewegung im Ruhrgebiet soweit abgeschlossen, daß nur noch der geeignete Vorwand zum Losschlagen fehlte.<sup>54</sup> Dieser Mord lie-

ferte ihn. Er wurde alsbald kommunistischen Mitgliedern des Arbeiterrats in die Schuhe geschoben. »Die Bevölkerung«, hieß es amtlich, in Wirklichkeit wohl vor allem der Bürgerausschuß, »flehte bei den Zivilbehörden, bei der Regierung in Münster und bei der Reichsregierung um Schutz« – diesmal mit Erfolg. Zur Untersuchung des Mordfalls und »zur Beseitigung der anarchistischen Verhältnisse in Hervest-Dorsten« schickte die Reichsregierung die Freikorps.<sup>55</sup> In einem blutigen Kampf, der unter den Soldaten zwei, unter den Arbeitern achtzehn Tote forderte – nach anderen Angaben mehr als doppelt so viele –, wurden die Stadt am 15. Februar 1919 besetzt, der kommunistische Arbeiterratsvorsitzende erschlagen, viele Arbeiter verhaftet und auf das übelste mißhandelt.<sup>56</sup>

Die Besetzung von Hervest löste nach den Januarstreiks eine neue Streikwelle unter den Ruhrbergarbeitern aus, bildete aber zugleich den Auftakt sowohl zur Spaltung der Arbeiterbewegung an der Ruhr als auch für die blutige Niederwerfung der Rätebewegung in dieser Region in den folgenden Wochen.<sup>57</sup> Mehrfach übernahmen dabei bürgerliche Organisationen eine ähnliche Rolle wie der Bürgerausschuß Hervest, indem sie – so der Bürgerausschuß Bochum – die Rätebewegung »spartakistischer Umtriebe« verdächtigten, als »terroristische Minderheit« denunzierten und die Regierung um unverzügliche Maßnahmen ersuchten, »durch welche Ruhe und Ordnung wieder hergestellt und der arbeitswilligen Arbeiterschaft persönliche Freiheit gewährleistet wird«.<sup>58</sup>

An einigen Orten stellten die Bürgerräte jetzt auch eigene bewaffnete Verbände auf. Der Kieler »Ordnungsbund«, Anfang Februar 1919 von DVP-Anhängern mit finanzieller Unterstützung mehrerer Firmen als Putschabwehrorganisation gegründet, organisierte eine »Stadtwehr« zur Verstärkung der Sicherheitswehr der Marinestation; sie rekrutierte sich aus studentischen Korporationen und bürgerlichen Turnvereinen. Die Kosten wurden aus »Bürgermitteln« aufgebracht, zur Hauptsache von den Kieler Werften.<sup>59</sup> In Elberfeld stellte der Bürgerrat eine »Ordnungswehr« auf, 1000 Mann stark, allerdings unbewaffnet; auch protestierte er – mit Erfolg – beim Zentralrat gegen das Verbot der Freikorpswerbung durch den örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat.<sup>60</sup> In Frankfurt a. M. hingegen, wo die Mehrheit des Bürgertums eine Konfrontation mit dem Arbeiterrat zu vermeiden suchte in der sicheren Annahme, er würde in absehbarer Zeit ohnehin wieder verschwinden, beschränkte sich der Bürgerrat bis zum Frühjahr 1919 auf die unauffällige Unterstützung einer »Auskunftsstelle« der Garde-Kavallerie-Schützendivision.<sup>61</sup> In einigen anderen Städten, in denen die Arbeiterschaft wie in Frankfurt über bewaffnete Verbände verfügte, hielten sich die Bürgerräte nach außen ebenfalls zurück, beteiligten sich aber an der Bildung geheimer Bürgerwehren. Der Bürgerbund Stettin unterstützte die Aufstellung einer »Selbstschutzorganisa-

tion«, einer »kleinen geschlossenen Widerstandszelle«, deren Kern aus ehemaligen Marineangehörigen bestand.<sup>62</sup> Ähnliche Organisationen, die auch Spitzeldienste leisteten und Proskriptionslisten für Verhaftungen nach dem Einmarsch der Freikorps anfertigten, sind belegt für Leipzig, Erfurt, Remscheid und Düsseldorf.<sup>63</sup>

## Bürgerliche Streikabwehr und Gegenstreiks

### *Streikdrohungen und die Idee eines allgemeinen Bürgerstreiks*

Unter dem Eindruck der politischen Streiks der Arbeiterschaft zwischen Dezember 1918 und Frühjahr 1919 breitete sich im Bürgertum auch der Gedanke an andere Kampfmittel weiter aus. Der Hamburger Beamtenrat erörterte im Januar 1919, als in der Hansestadt schwere Kämpfe zwischen den rivalisierenden Flügeln der Arbeiterschaft ausbrachen und die Wahlen zur Nationalversammlung gefährdet schienen, die Möglichkeit politischer Demonstrationen.<sup>1</sup> Auch zur Durchsetzung ökonomischer Forderungen wurde in Beamtenkreisen dieses Mittel jetzt häufiger erwogen.<sup>2</sup> Vor allem aber häuften sich Streikdrohungen bürgerlicher Gruppen, ebenfalls vornehmlich von Beamten.<sup>3</sup> Der Zentralbeamtenrat Altona bekannte sich im Januar 1919 zum »Existenzstreik«, falls »eine Regierung, die nicht auf dem Vertrauen der Mehrheit des Volkes beruht, den Bestand des Vaterlandes bedrohe«, allerdings auch, »wenn wohl erworbene Rechte, die durch das besondere, für jede Regierung notwendige Treueverhältnis zwischen Staat und Beamtenschaft bedingt sind, in Gefahr geraten, beseitigt zu werden«.<sup>4</sup> Mitte Januar 1919 drohte die Beamtenschaft in Mülheim / Ruhr dem Arbeiter- und Soldatenrat mit Arbeitsniederlegung gegen Eingriffe in ihre Dienstgeschäfte.<sup>5</sup> In Düsseldorf, wo die Linksradikalen Anfang 1919 die Herrschaft an sich rissen, reagierten Anfang Februar die Polizeibeamten auf ihre Entwaffnung und das Verlangen des Arbeiterrats nach einem Treueid sowie auf die Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit mit einer gleichen Drohung; Bedienstete von Bahn und Post schlossen sich an –

mit dem Ergebnis, daß der Arbeiter- und Soldatenrat beide Anordnungen zurücknahm.<sup>6</sup> In Hagen erzwangen zur gleichen Zeit die Eisenbahner mit einer Streikdrohung den Abzug der Sicherheitswache des Arbeiter- und Soldatenrats aus dem Bahnhof, nachdem sich dieser durch die Kontrolle von Reisenden und Zügen gegen den Willen des Eisenbahnpersonals und andere Übergriffe in Mißkredit gebracht hatte.<sup>7</sup> In Bayern drohte ebenfalls Anfang Februar, als der Landtag bereits gewählt und die Tage der Revolutionsregierung gezählt waren, ein anonymer Artikel der Münchener Augsburgischen Abendzeitung mit dem Beamtenstreik, falls Eisner, Jaffé und Unterleitner nicht innerhalb von acht Tagen zurückträten, sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte aufgelöst und der Landtag so schnell wie technisch möglich einberufen würden.<sup>8</sup> Nach Überzeugung der sozialdemokratisch orientierten Bayerischen Beamten- und Lehrgewerkschaft war er mit ausdrücklicher Billigung des Beamten- und Lehrerbundes erschienen, wenn nicht sogar von ihm verfaßt.<sup>9</sup>

Aber auch Gruppen, die sich in den Revolutionswochen mit Streikdrohungen zurückgehalten hatten, setzten sie jetzt ein, namentlich die Landwirte. Einer der radikalsten preußischen Konservativen, der Gutsbesitzer Elard von Oldenburg-Januschau, postulierte Mitte Februar 1919 auf der ersten Generalversammlung des Bundes der Landwirte nach dem Krieg ein generelles Streikrecht der Landwirte.<sup>10</sup> »Nehmt euch in acht«, warnte der Bund wenig später die streikenden Bergarbeiter, »auch wir haben ein Recht auf Arbeitseinstellung. Wenn ihr uns durch neue Streiks unsere eigene Arbeit unfruchtbar macht, dann werden auch wir die Arbeit einstellen, dann werdet ihr ebensowenig Nahrungsmittel erhalten, wie wir wegen eures Streiks Düngemittel, Kohlen und sonstige unentbehrliche Betriebsmittel erhalten haben.«<sup>11</sup> Zur gleichen Zeit ventilierte der Pommersche Landbund den Gedanken eines »Lebensmittelstreiks«, um den »spartakistischen« Umtrieben in den Städten der Provinz, namentlich in Stettin, entgegenzutreten und die Grundbesitzer aus der »Knechtschaft der Industrie- und Großstadtarbeiter« zu befreien.<sup>12</sup> Seine Formulierungen waren so allgemein und vage gehalten, daß sie auch jede beliebige Verwendung gegen die SPD und gewerkschaftliche Bestrebungen der Landarbeiter zuließen, um so mehr, als ausdrücklich auch »weitergesteckte Ziele« genannt, aber nicht näher erläutert wurden.<sup>13</sup> Im März 1919 propagierten auch Freie Bauernschaften außerhalb Ostelbiens den Erzeugerstreik.<sup>14</sup>

Die Ärzte, denen eigentlich ihr Berufsethos die kollektive Verweigerung ihrer Dienste verbot, drohten jetzt ebenfalls an manchen Orten, die von politischen Streiks der Arbeiterschaft besonders stark betroffen waren, mit Streiks. In Bremen kündigte die gesamte Ärzteschaft neun Tage nach der Ausrufung der Räterepublik eine Arbeitsniederlegung an, »sobald 1. durch politische Streiks der Verkehr in Bremen sowie die Versorgung der Bevöl-

kerung mit Lebensmitteln, Kohlen, Gas, Elektrizität oder Wasser in gefährdender Weise unterbunden wird, 2. ...aus politischen Gründen Verhaftungen bremischer Einwohner vorgenommen oder zugelassen werden«. <sup>15</sup> Ende Januar reklamierte die Münchener medizinische Wochenschrift das Streikrecht für Ärzte in ähnlichen Fällen. <sup>16</sup> Mitte Februar empfahl das Organ der rheinischen Ärzteverbände die »Einstellung jeglicher Tätigkeit« zur Wiederherstellung von »Ruhe und Ordnung«, trotz der »unvermeidlichen« Folgen für Schwerkranke, <sup>17</sup> wenige Tage später, aus Anlaß eines Straßenbahnerstreiks, auch die Hamburger Ärzte-Correspondenz. <sup>18</sup> In allen Fällen ging es nicht um ökonomische oder andere besondere Interessen der Ärzte, sondern um die gemeinsamen fundamentalen politischen Interessen des Bürgertums, die durch die Streiks der Arbeiter bedroht schienen.

Daß Landwirte, Beamte und Ärzte mit Streikdrohungen den Anfang machten, war kein Zufall. Alle drei Gruppen hatten Schlüsselstellungen inne und waren gegenüber Sanktionen relativ immun. Die Landwirte besaßen nahezu ein Monopol in der Nahrungsmittelproduktion. Gegen landwirtschaftliche Lieferstreiks in großem Stil gab es nur wenige Machtmittel außer militärischen, aber die fehlten einstweilen auf dem Lande; und hätte es sie schon gegeben, hätten ihre Inhaber womöglich mit den Agrariern sympathisiert. Streiks der Industriearbeiter jedenfalls brauchten die Landwirte kaum zu schrecken, eher Verhaftungen oder Repressalien gegen einzelne oder Geiselnahmen politischer Sympathisanten; die Gutsbesitzer in den weiten Agrargebieten Ostelbiens, weit entfernt von den Industriezentren, wären jedoch kaum die Opfer gewesen, eher die Landbevölkerung in der Umgebung der Industriegebiete oder politische Gesinnungsgenossen in den Städten. Allerdings hätten Lieferstreiks in großem Stil wegen ihrer Auswirkungen auf die Großstädte die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in den Industrieregionen möglicherweise zu einem Flächenbrand mit unberechenbaren politischen Folgen anfachen können; daran konnten die Agrarier damals kaum interessiert sein. Die Beamten hielten Schlüsselstellungen im öffentlichen Dienstleistungsbereich; ohne sie wären das Transportsystem, die Lebensmittelverteilung und das Sozialsystem, auf die die Masse der Bevölkerung gerade in der außerordentlich schwierigen Nachkriegszeit angewiesen war, innerhalb kürzester Zeit zusammengebrochen. Einzelne Beamte konnte man ersetzen, ganze Behörden keinesfalls. Noch weniger die Ärzte. Zigtausende Kriegsverletzter lagen in Krankenhäusern und Lazaretten; der Gesundheitszustand der Zivilbevölkerung war durch jahrelange Unterernährung und sonstige Kriegsbelastungen in außerordentlichem Maße angegriffen. Allein eine Grippeepidemie hatte im Spätsommer 1918 rund 200000 Todesopfer gefordert; Todesfälle aufgrund von Unterernährung nahmen Anfang 1919 gegenüber der Kriegszeit sogar

noch zu.<sup>19</sup> Außer in leichten Fällen konnte niemand die Ärzte ersetzen, kaum jemand auf ihre Hilfe ohne erhebliche Risiken verzichten. Hinzu kam freilich, daß alle drei Gruppen im Unterschied zu den Revolutionswochen nicht mehr mit staatlichen Zwangsmaßnahmen als Antwort auf Streikdrohungen zu rechnen brauchten. Denn sie richteten sich gegen politische Streiks von Teilen der Arbeiterschaft, die innerhalb der Arbeiterbewegung selbst umstritten und von den inzwischen gewählten Parlamenten und Regierungen abgelehnt wurden; bei SPD und Gewerkschaften waren sogar gewisse Sympathien für bürgerliche Streikdrohungen nicht auszuschließen. Tatsächlich scheinen sich die Regierungen öffentlich kaum gegen Streikdrohungen dieser Gruppen gewandt zu haben.

Nicht für alle bürgerlichen Gruppen jedoch kam ein Streik in Frage. Ob Anwälte und Architekten ihre Kanzleien und Büros schlossen oder nicht, ob die Lehrer Unterricht gaben oder die Kinder nach Hause schickten, betraf das Leben größerer Bevölkerungskreise nur am Rande oder gar nicht. Außerdem zählten viele Freiberufler nur selten Klienten aus der Arbeiterschaft, die doch in erster Linie getroffen werden sollte. Eine gleichzeitige Arbeitsverweigerung aller bürgerlichen Gruppen hingegen, deren Tätigkeit in Produktion, Handel oder Dienstleistungen für die Befriedigung elementarer Lebensbedürfnisse weiter Bevölkerungskreise unverzichtbar war – Bäcker, Fleischer und Lebensmittelhändler, Ärzte und Apotheker, Angestellte und Beamte von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, Transportunternehmen, Behörden und Massenmedien –, konnte innerhalb kurzer Zeit vor allem in Großstädten spürbare Wirkungen auslösen und daher auch als politisches Pressionsmittel dienen. Der Gedanke an derartige bürgerliche Generalstreiks, in den Revolutionswochen vernehmlich nur vom Münchener Bürgerrat geäußert, breitete sich jetzt aus. In einer anonymen Flugschrift mit dem programmatischen Titel »Der Streik der Bürger« von Anfang 1919 hieß es: »Das Bürgertum ist in den weitesten Kreisen entschlossen, sich auf die Dauer nicht mehr durch die Streiks der Arbeiter terrorisieren zu lassen. Es ist sich seiner Macht bewußt geworden, und es bedarf nur noch eines geringen Anstoßes, und mit einem Schlag legen die Bürger ganz Deutschlands die Hände in den Schoß ... Denn nicht nur der Arbeiter hat das Recht zum Streik, Streikrecht besteht für jeden, der sich ausgebeutet oder übervorteilt sieht, und jetzt ist die Arbeiterschaft auf dem besten Wege, das Bürgertum auszubeuten und zu entrechten, indem sie die ganze Revolution als eine große Lohnbewegung ansieht, die Lohnforderungen zum Schaden der Allgemeinheit, daher auch des Bürgers, ins Ungemessene steigert.«<sup>20</sup> Auch hier erscheint die Arbeiterbewegung als Vorbild. Das Bürgertum, so heißt es weiter, habe von der Arbeiterschaft »gelernt, welche ungeheure Kraft in dem organisierten Zusammenschluß der Gesamtheit liegt«; daher regten sich »allenthalben Kräfte, die den deut-



schen Bürgerstand genau in der Weise organisieren, wie der Arbeiterstand organisiert ist.«.<sup>21</sup> Über die Folgen und Erfolgsaussichten eines allgemeinen Bürgerstreiks meinte der Autor: »Keine 48 Stunden, und die Arbeiterschaft würde merken, daß ein Staatswesen nur dann möglich ist, wenn Bürger und Arbeiter nach gleichem Recht nebeneinander wirken und jeder einzige (!) seine Arbeitspflicht treu und ehrlich erfüllt.« Denn die Arbeiterschaft würde außerstande sein, »mit allen ihr zur Verfügung stehenden Gewaltmitteln einen Streik des Bürgertums niederzuwerfen«.<sup>22</sup>

Angedroht wurden lokale Bürgerstreiks Ende Januar 1919 in Bremen, Anfang Februar in Düsseldorf und Mitte Februar in Danzig.<sup>23</sup> Auf überregionaler Ebene ventilierte der Reichsausschuß Akademischer Berufsstände bei Ausbruch der Bürgerkriegskämpfe in Berlin den Streikgedanken für die akademischen Berufe, etwa für den Fall, daß die Nationalversammlung geschützt werden müßte.<sup>24</sup> Ende Februar veröffentlichte der Deutsche Ärztevereinsbund einen Aufruf zum Streik der Ärzte und des Pflegepersonals oder, wo möglich, zum allgemeinen Bürgerstreik »überall dort, wo die Spartakisten und die Anhänger der Liebkechtschaft die Gewaltherrschaft aufrichten«.<sup>25</sup>

### *Streikaktionen einzelner Berufsgruppen*

An zahlreichen Orten, die von politischen Streiks der Arbeiterschaft besonders betroffen waren, folgten den Drohungen jetzt Taten. Solange Regierungstruppen noch fehlten oder noch weit entfernt waren, hielt sich allerdings das Besitzbürgertum zurück. Einzelhändlern, Handwerkern und Fabrikanten schien das Risiko, daß sich aufgebrachte Arbeiter mit Plünderungen, Tötlichkeiten oder anderen Übergriffen rächen würden, ohne militärischen Schutz zu groß. Den Anfang machten daher die Beamten. In Wilhelmshaven antworteten Ende Januar 1919 die Bediensteten von Bahn und Post auf einen kommunistischen Putschversuch mit Arbeitsniederlegung, die übrigen Beamten, Lehrer und Ärzte schlossen sich an; ihr Widerstand trug maßgeblich dazu bei, daß der Putsch scheiterte.<sup>26</sup> Während der Bergarbeiterstreiks an der Ruhr protestierten die Mülheimer Beamten Anfang Februar gegen die Besetzung der Eisenbahnanlagen durch Sicherheitsmannschaften des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrates gleichfalls mit Arbeitsniederlegung; als Bedingung für deren Beendigung forderten sie außer dem Abzug der Sicherheitskräfte eine Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrates – allerdings ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen, weil die Eisenbahn- und Straßenbahnarbeiter sich mit dem Rat solidarisierten und den Zugverkehr allein wieder in Gang setzten.<sup>27</sup>

Besonders aufschlußreich für Entstehung, Durchführung, interne Beurteilung und politische Auswirkungen ist ein Streik der Altonaer und Hamburger Bahn- und Postbeamten, der Anfang Februar verhindern sollte, daß die Hamburger Arbeiter ihren Klassengenossen in der Nachbarstadt Bremen, zu deren militärischer Besetzung die Reichsregierung Truppen zusammenzog, mit bewaffneter Hilfe beispringen konnten. Gleichzeitig war dieser Streik als Protest gegen die Bewaffnung der Arbeiterschaft gedacht, die der Hamburger Arbeiterrat am 1. Februar 1919 beschloß.<sup>28</sup> Nach wohl zutreffender Überzeugung der Arbeiter steckten vor allem die höheren Beamten der Eisenbahndirektion Altona dahinter,<sup>29</sup> aber auch der Altonaer Zentralbeamtenrat wirkte als treibende Kraft.<sup>30</sup> Im Hamburger Beamtenrat gingen die Meinungen weit auseinander. Einige erklärten sich »rückhaltlos« für einen Streik und wollten »mit Begeisterung« mitmachen, um endlich »mit der angemäßen Macht« aufzuräumen; das Maß sei »voll..., ja übertoll«. Andere zweifelten, ob die Arbeiter der Staatsbetriebe mitmachen würden, oder fürchteten, ein Beamtenstreik könne zum »Werkzeug der Reaktion« werden. Schließlich wurde auf Drängen der Altonaer Beamten zwar grundsätzlich einem Sympathiestreik zugestimmt, aber nur, falls der Arbeiter- und Soldatenrat auf der Bewaffnung der Arbeiterschaft bestand und zur Wahl der Hamburger Konstituante weiterhin eine klare Aussage ablehnte.<sup>31</sup> In Verhandlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat erzielte der Beamtenrat am nächsten Tag ein Ergebnis, wie es »nicht besser« erwartet werden konnte.<sup>32</sup> Gleichzeitig stellte sich heraus, daß ihn der Altonaer Zentralbeamtenrat »hinters Licht geführt« hatte<sup>33</sup> mit der Behauptung, die Arbeiter von Bahn und Post würden sich einem Streik anschließen. Tatsächlich versuchten diese auf eigene Faust, den Betrieb wieder in Gang zu bringen, nicht zuletzt zur Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung. Es zeigte sich also, daß jedenfalls in öffentlichen Unternehmen, die neben Beamten eine große Zahl von Arbeitern beschäftigten, die Beamten allein eine völlige Betriebseinstellung über einen längeren Zeitraum kaum durchzuhalten vermochten. Bremen wurde freilich unterdessen von den Regierungstruppen eingenommen. Damit entfiel der Anlaß für den Streik, so daß der Bahn- und Postverkehr am 6. Februar in vollem Umfang wiederaufgenommen wurde. Manche Mitglieder des Hamburger Beamtenrats waren erleichtert, andere tief enttäuscht, daß sie »eine solche Gelegenheit«, wie sie »niemals« wiederkehre, nicht hatten nutzen können.<sup>34</sup> Im Hamburger Arbeiterrat aber galten seither sowohl der Altonaer als auch der Hamburger Beamtenrat politisch als verdächtig. Jetzt wurde es als Fehler erkannt, daß man ihnen im November 1918 die Vertretung der Beamten überlassen und keine eigenen Verbindungen zu den Bediensteten der Behörden und öffentlichen Unternehmen hergestellt hatte, insbesondere zu den mittleren und unteren.<sup>35</sup>

In allen genannten Fällen handelte es sich freilich um lokale Aktionen gegen örtliche Arbeiter- und Soldatenräte oder streikende Arbeiter. Gegenüber Beamtenstreiks in großem Stil bestand bei den Organisationen, die allein hierfür als Akteure in Frage gekommen wären, deutliche Reserve, erst recht gegenüber Streiks gegen Anordnungen von Regierungen oder einzelner Minister, die nach der Wahl der Nationalversammlung und der Landesparlamente rechtlich legitimiert waren. Als Anfang März 1919 in Berlin die Arbeiter einen Generalstreik ausriefen, verzichtete der Deutsche Beamtenbund darauf, mit einem allgemeinen Beamtenstreik oder der Beteiligung an einem Bürgerstreik zu antworten – allerdings nur »zur Zeit«; grundsätzlich wurde dieses Mittel nicht verworfen.<sup>36</sup> Nichtsdestoweniger fällt auf, wie lange die Regierungen zu den angedrohten und tatsächlich durchgeführten Streiks der Beamten schwiegen. Es hat den Anschein, daß sie ihnen ins Konzept paßten, solange sie sich gegen politisch motivierte Streiks der Arbeiterschaft und Versuche zum Weitertreiben der Revolution richteten. Erst als im Februar und März größere Gruppen von Eisenbahnern, besonders in Mitteldeutschland, in den Streik traten, um die Sozialisierungsbewegung zu unterstützen, und ähnlich weitgehende Mitbestimmungsrechte verlangten wie die Bergarbeiter und als weitere Gruppen von Eisenbahnbeamten Anstalten machten, zur Durchsetzung von Gehaltsforderungen ebenfalls zu streiken, verkündete die preußische Regierung die Unvereinbarkeit der beamtenrechtlichen Privilegien mit dem Streikrecht und stellte klar, daß »jede nicht genehmigte Dienstverweigerung« ein Dienstvergehen darstellte, »das die gesetzlichen Folgen nach sich zieht«.<sup>37</sup> Die Debatte in den Beamtenverbänden hierüber ging zwar noch längere Zeit weiter. Aber auch die Organisationen, die den Standpunkt der Regierung nicht teilten, richteten fortan ihr praktisches Verhalten hieran aus.<sup>38</sup>

In einigen Fällen schritten auch die Ärzte zur Tat. In Halle stellten Anfang Januar 1919 Militärärzte und Apotheker kurzfristig ihre Tätigkeit ein, um den Arbeiter- und Soldatenrat zu zwingen, den Befehl zur Ablegung der Rangabzeichen aufzuheben – mit Erfolg.<sup>39</sup> In Greifswald reagierten die Mediziner des Universitätskrankenhauses Ende Januar mit einem Proteststreik auf das Hissen der roten Fahne auf den Klinikgebäuden, das der Arbeiter- und Soldatenrat durchgesetzt hatte.<sup>40</sup> In Leipzig befürchteten die Ärzte »schwerste Störungen« ihrer Tätigkeit, als Mitte Februar die Sozialisierungs- und Rätebewegung vom Ruhrgebiet nach Mitteldeutschland übersprang und Generalstreikgerüchte die Runde machten.<sup>41</sup> Ohnehin waren sie darüber erbittert, daß »sowohl die modernen Gewalthaber als auch die zur Herrschaft gelangte Arbeiterklasse recht wenig Achtung vor der geistigen Arbeit und den Geistesarbeitern und eine sichtbare Neigung an den Tag legen, über die Eigenart der geistigen Berufe, also auch der Ärzte, und über deren berechnigte Ansprüche hinsichtlich der Entlohnung ihrer

Arbeit ohne weiteres hinwegzugehen«. In einer allgemeinen Ärzteversammlung, die am 23. Februar 1919 »außerhalb aller bestehenden Organisationen« stattfand, erörterten sie deshalb eingehend die Möglichkeit eines ärztlichen Abwehrstreiks im Rahmen eines allgemeinen Bürgerstreiks. Der Bürgerausschuß hatte ihn schon zuvor am Beispiel der Bremer Ärztestreikdrohung für legitim erklärt, auch um den Preis von Menschenleben, die andernfalls hätten gerettet werden können.<sup>42</sup> Einstweilen wurde ein Ausschuß mit der Ausarbeitung von Verhaltensrichtlinien beauftragt.<sup>43</sup>

Vereinzelte streikten in diesen Wochen auch Offiziere, zum Beispiel das Altonaer Generalkommando Ende Januar, als sich der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat weigerte, einer Weisung des Kriegsministers entsprechend die Kommandogewalt wieder in die Hände der militärischen Vorgesetzten zu legen.<sup>44</sup> Das gleiche taten Anfang Februar die Offiziere des 6. Armeekorps in Breslau wegen eines Konflikts mit dem Soldatenrat, bei dem es vordergründig um Disziplinfragen, im Grunde aber um das Machtverhältnis zwischen beiden Seiten und um den Bestand des Soldatenrats ging.<sup>45</sup> Doch hierbei handelte es sich, soweit ersichtlich, ebenfalls um lokale, nicht zentral gelenkte, zudem sehr kurze Aktionen. Bezeichnenderweise fanden sie erst statt, als der Einfluß der Soldatenräte schon stark geschwunden war und erkennbar weiter abnahm.<sup>46</sup>

### *Lokale Abwehr- und Gegenstreiks*

Sobald jedoch die Freikorps einsatzbereit waren, wagten auch andere bürgerliche Gruppen den Streik, vor allem wo Bürgerräte bestanden, die die Organisation übernahmen, und wo ein Truppeneinmarsch bevorstand. In Verbindung mit militärischen Einsätzen gegen die mitteldeutschen Zentren des Arbeiterprotestes häuften sich ab Februar 1919 schlagartig allgemeine Bürgerstreiks, in vielen Fällen als gezielte Unterstützung dieser »Befriedigungs«-Aktionen. Auch sie allerdings blieben anscheinend meist lokal begrenzt und voneinander unabhängig. Dies gilt etwa für die bürgerlichen Abwehrstreiks in Eisenach, Gotha, Halle, Merseburg, Zeitz und anderen thüringisch-anhaltischen Städten. Alle richteten sich gegen den Generalstreik, mit dem die Arbeiterschaft die Sozialisierung des Kohlenbergbaus durchzusetzen versuchte, und alle standen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Besetzung der Städte durch das Freiwillige Landesjägerkorps unter General Maercker.<sup>47</sup> In Eisenach wurde der Streik am 19. Februar ausgerufen, als die Truppen bereits vor den Toren standen,<sup>48</sup> in Gotha einen Tag später, zwei Tage nach dem Truppeneinmarsch,<sup>49</sup> in Halle am 26., drei Tage vor der militärischen Besetzung, in Erfurt am 28. Februar.<sup>50</sup> In Halle

wie auch andernorts bemühte sich der Bürgerausschuß, durch ein »Hilfensuchen« an die Reichsregierung den Truppeneinsatz seitens der Bevölkerung zu legitimieren.<sup>51</sup>

Der Abwehrstreik folgte im wesentlichen überall dem gleichen Muster: Geschäfte, Kaufhäuser und Banken wurden geschlossen, oft ebenfalls Behörden und Schulen. Die Ärzte verweigerten die Behandlung von Kranken, die Apotheker die Abgabe von Arzneimitteln.<sup>52</sup> Gleichzeitig wurden Bedingungen für die Einstellung des Abwehrstreiks formuliert, in der Regel die Wiederaufnahme der Arbeit in lebenswichtigen Betrieben wie Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken sowie in den Nahverkehrsunternehmen, ferner der Schutz von Arbeitswilligen und Eigentum; gelegentlich auch eine Umgestaltung des örtlichen Arbeiterrats.<sup>53</sup> Nicht verlangt wurde indessen die Aufgabe der Streikziele der Arbeiter; obwohl die Bürgerräte sie mit hoher Wahrscheinlichkeit ablehnten, vermieden sie öffentliche Stellungnahmen dagegen.

In den Orten, die nach wenigen Tagen von Regierungstruppen besetzt wurden, war die Frist zu kurz, als daß sich der Abwehrstreik voll hätte auswirken können. In einigen Bereichen wurde er unterlaufen. Den Streik der Bäcker und Lebensmittelgeschäfte glichen wenigstens teilweise die Konsumgenossenschaften aus; in Halle und Merseburg kam es auch zu Plünderungen. Manche Beamte ließen sich durch Drohungen dazu bringen, ihre Amtstätigkeit wiederaufzunehmen.<sup>54</sup> Daß die Arbeiter ihren Kampf nach wenigen Tagen mehr oder weniger erfolglos abbrachen – in Eisenach am 21. Februar, in Gotha und Halle am 4. März –, ist jedoch außer auf erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen SPD und USPD vor allem auf die militärische Besetzung und weitere Repressionsmaßnahmen zurückzuführen, die Maercker den Arbeitern androhte und in Halle sogar verhängte, vor allem den Belagerungszustand. Auf jeden Fall aber trug der Abwehrstreik erheblich zur Verschärfung der Spannungen zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft bei und ist daher mit zu den Ursachen für die blutigen Zusammenstöße zwischen Arbeiterschaft und Truppen zu rechnen, die sich vor allem in Halle ereigneten.<sup>55</sup>

Wo hingegen die militärische Besetzung auf sich warten ließ, entfaltete der Abwehrstreik nach mehreren Tagen deutliche Wirkungen. Den Ausstand der Ärzte und Apotheker konnten die Arbeiter mit Zwangsmaßnahmen kaum brechen, erst recht nicht kompensieren. Die Schließung der Lebensmittelgeschäfte und der Streik von Bäckern und Metzgern führten innerhalb kurzer Zeit zu empfindlichen Engpässen in der Nahrungsmittelversorgung. Die Schließung der Banken machte Lohn- und Gehaltszahlungen unmöglich. Die Einstellung der Behördentätigkeit traf besonders Minderbemittelte, die auf Erwerbslosenunterstützung und andere Fürsorgeleistungen angewiesen waren, aber auch große Teile der übrigen Bevöl-

kerung, da die meisten Lebensmittel noch der Rationierung unterlagen und die Karten hierfür auf den Ämtern ausgegeben wurden. Die Arbeiter empörten sich dann auch binnen kurzem über die »unmenschlichen« Wirkungen des Bürgerstreiks. Er war völlig neu und in ihrer Strategie gar nicht vorgesehen. Zwar drohten sie mit Vergeltungsmaßnahmen. In Erfurt aber sahen sie sich nach kurzer Zeit genötigt, außer mit dem Magistrat auch mit den Beamten- und Ärzteorganisationen zu verhandeln und die Arbeit im Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerk wiederaufzunehmen, sich für die persönliche Sicherheit der öffentlichen Bediensteten zu verbürgen und die Aufrechterhaltung der Sicherheit sowie die Überwachung der Lebensmittelvorräte in der Stadt wieder der Polizei und dem Garnisonskommando zu überlassen. Daraufhin nahmen die Ärzte und Behördenbediensteten die Arbeit wieder auf, während der Streik der Arbeiter noch einige Tage weiterging.<sup>56</sup>

Daß der bürgerliche Abwehrstreik kein leeres Drohmittel war, zeigte sich noch deutlicher in Leipzig, einer der wenigen Industriestädte, wo er proklamiert wurde, ohne daß bereits Regierungstruppen einmarschiert oder im Anmarsch waren. Als die Leipziger Arbeiterschaft am 26. Februar in den Generalstreik trat, rief der Bürgerausschuß unverzüglich den Abwehrstreik für den nächsten Tag aus, 12.00 Uhr mittags, obwohl er noch keinerlei Vorbereitungen getroffen hatte und das Nichterscheinen der bürgerlichen Tageszeitungen die Kommunikation erschwerte.<sup>57</sup> »Ausschlaggebend war«, so schrieb der Vorsitzende des Bürgerausschusses anschließend, »das Gefühl, daß es jetzt um Sein oder Nichtsein des Bürgertums gegenüber der radikalen Arbeiterschaft gehe und daß die Entscheidung bereits gefallen sei, wenn man nicht in den Kampf eintrete.«<sup>58</sup> Daß die Nationalversammlung in Weimar nahezu eingeschlossen war und Gefahr lief, handlungsunfähig und erpreßbar zu werden, bestärkte ihn in seinem Entschluß.<sup>59</sup> Dank einer entsprechenden Parole in den letzten noch erscheinenden Morgenblättern,<sup>60</sup> einigen Flugblättern und Mundpropaganda wurde der Streikaufruf alsbald weitgehend befolgt. Lediglich das Postpersonal arbeitete weiter, soweit es möglich war, ebenfalls einige niedergelassene Ärzte und die Krankenhäuser. Allerdings blieben die meisten Lebensmittelgeschäfte geöffnet, solange sie noch etwas zu verkaufen hatten, was freilich täglich auf immer weniger zutraf. Die Streikleitung der Arbeiter reagierte mit Repressionsmaßnahmen. Flugblattverteiler – überwiegend Studenten – wurden festgenommen, angeblich »in schändlichster Weise mißhandelt«, manche zum Reinigen der Toiletten ihrer Bewacher gezwungen; der Amtshauptmann wurde verhaftet, der Direktor der Reichsbankfiliale unter Hausarrest gestellt, der Oberbürgermeister zur Herausgabe von 400000 RM genötigt, Beamte mit Dienstentlassung und Entzug des Ruhegehalts bedroht, unter anderem mit der Begründung, »gegen die Arbeiter zu streiken, sei nicht erlaubt«; diejenigen, die mit der Ausgabe von

Lebensmittelkarten und der Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung zu tun hatten, wurden gewaltsam in ihre Büros zurückgeholt, nach drei Tagen auch Apotheken und Lebensmittelgeschäfte in den Arbeitervorstädten gezwungen, wieder zu öffnen, die Geschäftsstelle des Bürgerausschusses besetzt und versiegelt. Der Ausschuß ging daraufhin in den Untergrund, veranstaltete heimliche Zusammenkünfte an täglich wechselnden Orten und ließ in Druckereien von Gesinnungsgenossen Flugblätter herstellen.

Nach etwa einer Woche begannen sich im Bürgertum die Zeichen für eine Solidarisierung zu mehren, in der Arbeiterschaft für eine Demoralisierung. Nicht nur blieben auch deren Wohnungen infolge der Unterbrechung der Energie- und Wasserversorgung dunkel und kalt, sondern sie litt zunehmend unter dem Ausbleiben von Lohnzahlungen wie von Arbeitslosen- und Streikunterstützung; denn da die Banken geschlossen blieben, nützte die gewaltsame Öffnung der Sozialämter wenig. Erst recht machte sich die Unterbindung der Lebensmittelversorgung bemerkbar; die Eisenbahnbeamten verweigerten selbst Milchtransporte.

Besonders schlimm wurden die Zustände in den Krankenhäusern. »Die Nahrungsmittel gingen aus, es fehlte an Kohlen für die Heizung der Krankenzimmer und Operationsräume, für den Küchenbetrieb, die Krankewäsche konnte nicht mehr gewaschen werden. Infolge des Fehlens von Gas konnten Verbandstoffe und Instrumente nicht sterilisiert, die Operationen mußten auf die allerdringendsten Fälle beschränkt werden, und die Operateure waren gezwungen, die schwierigen und komplizierten Eingriffe bei kümmerlichem Kerzenlicht in kalten Räumen vorzunehmen. Röntgenuntersuchungen und Bestrahlungstherapie unterblieben, in der Augenklinik konnten schwierige Untersuchungen nicht vorgenommen werden, im Kinderkrankenhaus erkrankten die Kinder infolge der mangelhaften Ernährung an schweren Darmstörungen, infolge des Frierens an Erkältungskrankheiten, Lungenentzündung usw., in der psychiatrischen Klinik gerieten die Kranken in die höchste Erregung, es kam zu einer Irrenrevolte.«<sup>61</sup> Als Verhandlungen über eine Wiederaufnahme der Energieversorgung ergebnislos blieben, trat die Ärzteschaft geschlossen und formell in den Ausstand. Eine allgemeine Ärzteversammlung beschloß am 28. Februar die Einstellung aller Sprechstunden und Hausbesuche und jeglicher amtlichen Tätigkeit als Polizei-, Impf-, Schul-, Armen- und Leichenschauärzte, die Verweigerung der Ausstellung von Totenscheinen und anderen Zeugnissen und die Verweisung geburtshilflicher Fälle an eine einzige Klinik, die Aufnahme in die Krankenhäuser nur noch für lebensgefährliche Fälle, die Schließung der Polikliniken und die Entlassung aller nichtbettlägerigen Kranken nach Hause. Jeden Tag fand seitdem eine Ärztesammlung statt, um festzustellen, »daß die Ärztesfront feststand und nicht

wankte«. Die Kranken und ihre Angehörigen schoben die Verantwortung für die mangelhafte medizinische Versorgung in erster Linie nicht dem Ärztestreik, sondern den streikenden Arbeitern zu. Vereinzelt wurden Ärzte mit Waffengewalt aus ihren Häusern geholt und zu Kranken gebracht. Aber das änderte wenig. In den Krankenhäusern zu operieren, konnte man sie nicht zwingen.

So potenzierten sich am Ende die Wirkungen der Streiks von Arbeitern und Bürgern derart, daß die Arbeiter am 10. März ihren Ausstand beendeten; gleichzeitig wurde der Abwehrstreik eingestellt.<sup>62</sup> Die Auseinandersetzung endete mit einer Art »Gleichgewicht«;<sup>63</sup> es gab keine eindeutigen Sieger und keine klaren Verlierer. Größere Gewalttätigkeiten waren auf beiden Seiten vermieden worden, weder Tote noch ernsthaft Verletzte zu beklagen.<sup>64</sup>

Vor dem Krieg war über den politischen Massenstreik viel diskutiert und theoretisiert, aber kein einziger wirklich geführt worden; auch während der Revolutionswochen war er noch kaum vorgekommen. Die mitteldeutschen Streiks zeigten, daß die Arbeiterschaft wohl in der Lage war, die Industrie, die Energieversorgung und Teile des Verkehrs lahmzulegen und die Funktionsfähigkeit des Staatsapparates erheblich zu beeinträchtigen, zumal wenn Regierung und Nationalversammlung in Weimar tagten, während die Ministerialbürokratie in Berlin saß und eine flächendeckende Stationierung bewaffneter Kräfte noch fehlte. Aber es zeigte sich zugleich, daß nicht nur die Wirkungen zum Teil auf die Arbeiterschaft selbst zurückschlugen und ihr Durchhaltevermögen beeinträchtigten, sondern daß auch Arbeits- und Dienstleistungsverweigerungen des Bürgertums überraschend wirkungsvoll waren, sofern die organisatorischen Voraussetzungen sowie die notwendige Aktionsbereitschaft gegeben waren. Die Kämpfe in Mitteldeutschland erwiesen auch generell die Verletzbarkeit der Versorgungs- und Infrastruktursysteme vor allem der Städte und die Abhängigkeit aller Bevölkerungsgruppen von ihrem Funktionieren und machten deutlich, daß sich die Auswirkungen der beiderseitigen Kampfmittel gegenseitig verstärkten und am Ende ein Einlenken erzwangen.

Für die Beteiligten ergaben sich hieraus unterschiedliche Konsequenzen. Der linke Flügel der Arbeiterschaft scheint diese Erfahrung kaum recht zur Kenntnis genommen zu haben, weil sie nicht in ihr Generalstreikkonzept paßte. SPD- und Gewerkschaftsführer haben sie möglicherweise mehr reflektiert,<sup>65</sup> aber darauf verzichtet, dies öffentlich darzulegen, weil sie weder Interesse daran haben konnten, zur Propagierung eines dem Bürgertum noch wenig vertrauten Kampfmittels beizutragen, noch daran, eine weitere Front in der Auseinandersetzung mit den Linken zu eröffnen. Sie beschränkten sich auf den Versuch, in den Gewerkschaften Verständnis für die Notwendigkeit zu wecken, bei Streiks lebenswichtige Betriebe wie



Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke fortan auszunehmen. Die Notwendigkeit von Vorkehrungen zum Schutz solcher Betriebe folgerten auch Regierung und Behörden aus den Streiks, allerdings solcher, deren Durchführung nicht von der Arbeiterschaft abhing, zumal selbst die Gewerkschaften sie nicht gewährleisten konnten. Sie entschied sich daher für den Aufbau einer besonderen Hilfsorganisation aus freiwilligen nebenberuflichen Mitgliedern mit Stützpunkten an allen größeren Orten, der Technischen Nothilfe. Daß diese von Anfang an unter den Einfluß bürgerlicher, oft dezidiert antisozialistischer Gruppen geriet und sich oft nicht auf die Rolle des neutralen Helfers beschränkte, vermochte sie allerdings nicht zu verhindern.<sup>66</sup>

Dem Bürgertum hingegen vermittelten Verlauf und Ausgang der Streiks neues Selbstbewußtsein. Die lokalen Organisationen, die in den Revolutionswochen entstanden waren, hatten sich in vielen Fällen als Kampforganisationen bewährt und erfolgreich miteinander kooperiert, zum Beispiel in Leipzig Bürgerausschuß und Ärzteausschuß. Daher wuchs im Bürgertum nicht nur die Entschlossenheit zum Widerstand gegen politische Aktionen der Arbeiterschaft, sondern auch die Neigung zum Gegenangriff bei passender Gelegenheit. Sie äußerte sich besonders deutlich wiederum in Leipzig. Als hier einige Wochen später die Regierungstruppen einrückten, erwies sich das Bürgertum einem Freikorpsführer zufolge »ausgezeichnet organisiert« und leistete »vorzügliche Dienste«.<sup>67</sup> Angehörige der rund 600 Mann starken »Weißen Garde«, die bisher öffentliche Auftritte gescheut hatte und deren Name bereits ihre politische Zielsetzung verrät, empfangen die Truppen und dienten ihnen als ortskundige Führer; auf ihre Angaben hin wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen.<sup>68</sup> Der Bürgerausschuß proklamierte erneut den Bürgerstreik, der nach seiner Einschätzung »vollen Erfolg« brachte.<sup>69</sup>

General Maercker hingegen, der Oberkommandierende der Truppeneinsätze in Mitteldeutschland, fand die Hilfe von bürgerlicher Seite »vorerst nicht nennenswert«. Auch seine Bilanz nach Abschluß der Aktionen fiel wenig schmeichelhaft aus. »Ich habe in den fünf Monaten meiner Wirksamkeit«, erklärte er in einer Ansprache vor Leipziger Studenten Ende Mai 1919, »eine hohe Auffassung von der organisierten Arbeiterschaft bekommen«, aber »wenig Achtung vor der Gestaltungskraft des deutschen Bürgertums. ... Der gut organisierten, disziplinierten und opferbereiten Arbeiterschaft steht fast überall ein völlig unorganisiertes, sich in vier bis fünf Parteien gegenseitig bekämpfendes, zu Opfern wenig bereitetes Bürgertum gegenüber. Während die regierungsfeindliche Arbeiterschaft über eine große Anzahl entschlossener Führer verfügt, die ihre Massen fest in der Hand haben, habe ich in 20 Städten Mitteldeutschlands kaum einen wirklich überragenden Führer der regierungsfreundlichen Einwohner gefunden.«<sup>70</sup> Vielleicht war sein Urteil durch militärische Abneigung gegenüber

politischen Parteibildungen einerseits und Hochschätzung von Disziplin und organisatorischer Geschlossenheit andererseits gefärbt, mit hoher Wahrscheinlichkeit indes durch die Absicht, das Bürgertum zu noch entschiedenerem Widerstand aufzurütteln und zur Bildung von »Abwehrorganisationen« gegen Kommunisten und Unabhängige aus »allen staats-erhaltenden Elementen ohne jede Rücksichtnahme auf das politische Bekenntnis des einzelnen« zu ermuntern, insbesondere von Einwohnerwehren und Abwehrstreikorganisationen. Wenn das Bürgertum »sich selbst bewußt und gewollt aus der Staatsmaschine ausschaltete«, erläuterte er später, »konnte es eine ebenso große Kraft entwickeln wie die Arbeiterschaft mit ihren Riesenausständen unter Beherrschung der Straße«. Allerdings hielt er den »Generalausstand des Bürgertums« nur für zulässig als »Notwehr gegen gefährliche Angriffe auf die Lebens- und Kulturinteressen des Volkes«. <sup>71</sup>

An vielen Orten entwickelte sich das Verhalten des Bürgertums rasch in seinem Sinne weiter, insbesondere in den Schwerpunkten politischer Streiks der Arbeiterschaft. Schon in den letzten Abwehrstreiks im Schatten der mitteldeutschen Militäraktionen zeichnete sich eine Verschärfung ab. In Zeitz verlangte der Bürgerausschuß bereits Anfang März für den Abbruch seines Gegenstreiks die Auflösung des Arbeiter- und Soldatenrats wie der proletarischen Sicherheitswehren und die Abgabe aller ihrer Waffen. <sup>72</sup> Mitte April dienten Bürger in Helmstedt den Truppen Maerckers bei der Besetzung der Stadt nicht nur als Führer, sondern sperrten auch die von Soldaten nicht bewachten Stadtausgänge, um eine Flucht von Arbeitern zu vereiteln, die zuvor einige Bürger als Geiseln festgesetzt hatten. <sup>73</sup> Gleichzeitig reagierte im benachbarten Braunschweig das Bürgertum auf einen Generalstreik, der die Räterepublik bringen sollte, nicht nur mit einem Gegenstreik, sondern zum erstenmal drohten die Industriellen den streikenden Arbeitern mit Entlassung. Die Arbeiter erwogen Gegenmaßnahmen – Entzug der Lebensmittelkarten für streikende Ärzte, Ersetzung streikender Beamter durch arbeitslose Angestellte, Verteilung von Lebensmitteln nur an Genossenschaftsbetriebe, notfalls auch physischen Zwang. Nach einer Woche aber ließen sie ihre politischen Ziele fallen und erklärten sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit, falls Beamtenschaft und Bürgertum ihren Streik ebenfalls beendeten und die Industriellen ihre Entlassungsdrohung zurücknahmen. <sup>74</sup>

Erst recht entsprach das Verhalten des Bürgertums an manchen Orten außerhalb Mitteldeutschlands den Erwartungen Maerckers. In Berlin, einem weiteren Zentrum der politischen Streiks vom März 1919, wurde ein Bürgerstreik von den Organisationen von Handel und Industrie, Beamten, Angestellten, Ärzten und Technikern unter Beteiligung von Oberst Reinhard und Vertretern der Ministerien ausführlich diskutiert und, obwohl die

Mehrzahl erhebliche Bedenken äußerte, vom Bürgerrat vorbereitet, schließlich aber unterlassen.<sup>75</sup> Der Bürgerrat Stuttgart hingegen proklamierte am 1. April 1919 den Abwehrstreik gegen einen Generalstreik des linken Flügels der württembergischen Arbeiterschaft.<sup>76</sup> Er wurde in Stuttgart und in einem Radius von 50 km um die Landeshauptstadt herum weithin befolgt, selbst in Orten, wo sich der Generalstreik der Arbeiter kaum bemerkbar machte wie in Reutlingen.<sup>77</sup> Er wurde anscheinend vom Bürgerrat Stuttgart über ein eigenes landesweites Kommunikationsnetz gesteuert<sup>78</sup> und stellte, soweit ersichtlich, im Frühjahr 1919 den einzigen überlokalen bürgerlichen Generalstreik dar. Anders als in Sachsen war in Württemberg allerdings ein Bürgerstreik zur Unterstützung von Militärraktionen nach dem Urteil des damaligen Polizeichefs »vollkommen überflüssig«.<sup>79</sup> Regierung und staatliche Sicherheitskräfte waren und blieben Herr der Lage und profitierten nur dadurch vom Bürgerstreik, daß Beamte und Angestellte zum Dienst in den Reserve-Sicherheitskompanien und der Technischen Nothilfe leichter freigestellt werden konnten.<sup>80</sup> Doch hierum ging es nur vordergründig. In Wirklichkeit wurde »ein neues Kriegsmittel der sozialen Konflikte ausprobt«.<sup>81</sup> Der Streik sollte den Arbeitern die Macht des organisierten Bürgertums vor Augen führen, ihre Kampfschlossenheit schwächen und sie von einer Wiederholung politischer Generalstreiks abhalten, möglicherweise auch von ökonomischen Streiks. Denn er traf die gesamte Arbeiterschaft, und zwar auch den Teil, der sich am Generalstreik nicht beteiligte. Gerade hier löste er daher große Empörung und Solidarisierungseffekte aus. Viele Sozialdemokraten verlangten von der Landesregierung, gegen den Bürgerstreik und seine Führer genauso vorzugehen wie gegen den Generalstreik der Arbeiter und seine kommunistische Leitung.<sup>82</sup> In der Tat scheint die Regierung über die ungebetene Unterstützung alles andere als erbaut gewesen zu sein, zumal der Bürgerstreik als »uneingeschränktes Bekenntnis zum Volksstaat und eine Vertrauenskundgebung für die Regierung« deklariert wurde.<sup>83</sup> Dies ließ sich auch als Demonstration verstehen, daß die sozialdemokratisch geführte Regierung mehr vom Bürgertum als von der Arbeiterschaft gestützt wurde, also das Vertrauen ihrer Wähler größtenteils verloren und legitimerweise einem bürgerlichen Kabinett Platz zu machen hatte. Alexander Schlicke, im Kaiserreich lange Jahre Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, der größten deutschen Gewerkschaft, und jetzt württembergischer Arbeitsminister, bezeichnete den Arbeiterräten gegenüber den Bürgerstreik daher als »großen Fehler« und beteuerte, die Regierung habe ihn »verworfen«.<sup>84</sup> Gegenmaßnahmen aber ergriff sie allem Anschein nach nicht, vielleicht weil eventuell schon der Versuch hierzu erst recht bürgerkriegsähnliche Verhältnisse provoziert und manche Reserveeinheiten wie das Tübinger Studentenbataillon sich gegen die Regierung

gestellt hätten, wenn ihnen befohlen worden wäre, gegen bürgerliche Streikführer vorzugehen.

Den Übergang von Abwehr zu Angriff markiert der Generalstreik, mit dem das Bremer Bürgertum in der Osterwoche 1919 einen politischen Streik von USPD und KPD beantwortete. Er führte zugleich die Vernetzung bürgerlich-ziviler und militärischer Aktionen weiter, indem er im Unterschied zu allen bisherigen Bürgerstreiks in enger Zusammenarbeit von Bürgerausschuß und lokaler Militärführung vorbereitet und durchgeführt wurde. Schon bald nach der Besetzung Bremens Anfang Februar und der anschließenden Aufstellung der Regierungsschutztruppe und der Stadtwehr hatten Vertreter des Bürgerausschusses mit den Führern dieser Einheiten – mit Wissen des sozialdemokratischen Senats – über einen »allgemeinen Bürgerstreik« gesprochen »für den Fall, daß der 21er-Rat die Bevölkerung zu terrorisieren versuchen solle«. Anfang März wurden auch die Direktoren der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke hinzugezogen.<sup>85</sup> Beim 21er-Rat handelte es sich um einen Ausschuß von Vertrauensleuten der Bremer Großbetriebe, durchweg Angehörige der USPD oder KPD, der bald nach der Besetzung gebildet worden war, denn deren Begleiterscheinungen – Belagerungszustand, Verhaftung und Verurteilung wirklicher und vermeintlicher Wortführer der Linken – und ihre Rechtfertigung durch prominente SPD- und Gewerkschaftsführer hatten die Mehrheit der Bremer Arbeiterschaft ins Lager der innersozialistischen Opposition getrieben.<sup>86</sup>

Mitte April rief der 21er-Ausschuß gemeinsam mit den Vorständen des Gewerkschaftskartells sowie der Lokalorganisationen von USPD und KPD zu einem Streik auf – für die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Freilassung der noch inhaftierten Arbeiter und eine staatliche Entschädigung und Unterstützung der Opfer des 4. Februar, allerdings auch für die Entwaffnung des Bürgertums und die Bewaffnung der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter.<sup>87</sup> Proklamiert wurde der Streik erst, als der Senat nicht reagierte. Hier aber war ein gemeinsamer Gegenschlag von Militär und Bürgertum offenbar von vornherein beschlossene Sache, obwohl die regulären Sicherheitskräfte vermutlich allein den streikenden Arbeitern hätten widerstehen können; auf auch nur eine von deren Forderungen einzugehen, wurde anscheinend nicht einen Augenblick ernsthaft erwogen. Der Senat ließ die beabsichtigten Gegenmaßnahmen nur noch einmal überprüfen – von einer Kommission, in der außer den Sozialdemokraten Deichmann und Winkelmann nur Männer saßen, die dem Bürgerausschuß angehörten.<sup>88</sup> Deichmann autorisierte den »Streikabwehrausschuß« auf dessen »dringenden Wunsch« zu der Erklärung, der Senat billige sein Vorgehen. Tatsächlich geschah dies erst nachträglich einige Tage später.<sup>89</sup> Mittlerweile aber war diese Erklärung überall in der

Stadt verbreitet worden mit dem Erfolg, daß nun auch viele sozialdemokratische Arbeiter die Generalstreikparole befolgten. So erhielten Bürgerausschuß und örtliche Militärführung den Anlaß zum Gegenschlag.<sup>90</sup> Der Stadtkommandant verhängte mit Billigung des Senats den verschärften Belagerungszustand, also auch Zeitungs- und Briefzensur und eine allgemeine Telefon- und Telegrammsperre; alle Geschäfte einschließlich Apotheken und Milchläden, Gastwirtschaften, Theater und Kinos hatten zu schließen; zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens herrschte Ausgangssperre. Die gesamte Innenstadt wurde mit Stacheldraht abgesperrt. Gleichzeitig proklamierte der Bürgerausschuß den Bürgerstreik. Am Ostersonntag setzte er ein. Fabriken, die noch nicht vom Generalstreik betroffen waren, stellten ihren Betrieb ein. Die Banken blieben geschlossen, so daß der Geldverkehr stockte. Die Wasserversorgung wurde abgestellt, so daß die Bevölkerung das Wasser aus der Weser, aus dem Stadtgraben oder aus Bächen zu schöpfen gezwungen war. Auf Beschluß des Senats blieben auch alle städtischen Behörden und Ämter geschlossen mit Ausnahme von Regierungskanzlei, Standesämtern, Polizeiwachen und Friedhofsinspektion.<sup>91</sup> Sogar den Kirchen die Abhaltung von Gottesdiensten zu untersagen, wurde nicht vergessen. Zur Beschreibung der Situation kam alsbald der Begriff »totaler Streik« auf. Denn auch die Ärzte verweigerten jegliche Hilfeleistung, obwohl die Metallarbeitergewerkschaft beim Bremer Ärzteverein um Verständnis für die Arbeiterforderungen warb und ihn darauf aufmerksam machte, ein Ärztestreik würde unschuldige Opfer fordern.<sup>92</sup>

Bereits am ersten Abend wurden so viele Personen festgenommen, daß die Stadtkommandantur Schwierigkeiten mit ihrer Unterbringung bekam. An den folgenden Tagen kamen die Führer der Unabhängigen und Kommunisten an die Reihe und viele Mitglieder und Sympathisanten obendrein, insgesamt rund 170 Personen. Arbeiter, die sich außerhalb der Stadtgrenzen versammelten, wurden bei ihrer Rückkehr von der Regierungsschutztruppe auf Waffen untersucht. Wiederholt kam es zu Zusammenstößen, in deren Folge es Tote und Verwundete gab. Ein Bauarbeiter wurde einem Augenzeugenbericht zufolge nur deshalb erschossen, weil er an einer Straßenbahnstation zu einem anderen Arbeiter gesagt hatte: »Kollege, heute ist doch Generalstreik, willst du nicht streiken?«<sup>93</sup> Außerordentliche Militärgerichte verurteilten Arbeiter, die bewaffneten Bürgern die Waffen abgenommen hatten, wegen »Straßenraubs« zu Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren. Zum Verdruß der Offiziere stellten sich allerdings auch Pannen ein. Da der Abwehrstreik nur unzureichend mit den Direktionen von Bahn und Post abgesprochen war, kamen trotz des Ausgangsverbots auf dem Bahnhof noch Züge an, deren nichtsahnende Reisende sich alsbald im Polizeigewahrsam wiederfanden. Bei der

Post sammelten sich Berge von Briefen und Paketen. Auch der Bürgerstreik selbst erwies sich zum Teil als Bumerang. Wiederholt kam es zur Plünderung von Lebensmittelgeschäften; in den Arbeitervorstädten öffneten die Besitzer deshalb wieder, so daß die Arbeiter sich mit Lebensmitteln versorgen konnten, während die Bürger in den übrigen Stadtteilen hungern mußten. Unter den Einzelhändlern machte sich daher Empörung über den Abwehrstreik breit. Mit der Einstellung aller Tageszeitungen hatte sich das Bürgertum jedoch der Möglichkeit einer »Stimmungsoffensive« selbst beraubt, wie seine Streikführer nach Abschluß der Bewegung selbstkritisch einräumten.<sup>94</sup> Auch der Regierungsschutztruppe machte die »nicht ausreichende Aufklärung der Bürgerschaft über das Wesen und den Zweck des Abwehrstreiks« zu schaffen. »Eine große Zahl der Bürger aller Kreise wußte gar nicht, warum die Bürger streikten«, berichtete der Kommandeur, »man half sich einfach damit, daß man sagte: ›Die Stadtkommandatur hat den Streik befohlen.« »Man dürfe nicht vergessen«, erläuterte er, »daß der Arbeiter, vor allem in der jetzigen Zeit, den Streik kennt, daß der Bürger aber im allgemeinen, da er selbst nie gestreikt hat, dem Streik völlig neu gegenüber steht.«<sup>95</sup>

Wegen des wachsenden Widerstands im Kleinbürgertum und unter den Arbeitern ordnete der Senat nach sechs Tagen die Öffnung der Lebensmittelgeschäfte und die Wiederinbetriebsetzung des Wasserwerks an. Der Generalstreik der Arbeiterschaft wurde vier Tage später abgebrochen. »Gesiegt hatte keiner.«<sup>96</sup> Der Gegensatz zwischen der Mehrheit der Arbeiterschaft und dem Bürgertum aber verschärfte sich noch einmal und verfestigte sich. Innerhalb der Arbeiterschaft ging die Abwanderungsbewegung von der SPD zu den linken Konkurrenzparteien weiter und von den freien Gewerkschaften zu syndikalistischen Organisationen.<sup>97</sup> Die Kluft zwischen der SPD auf der einen sowie KPD und Linksradikalen auf der anderen Seite wurde in Bremen fast unüberwindbar. Bürgerausschuß und Militärs mochte das recht sein. Die Sozialdemokratie aber hatte sich mit ihrer Zustimmung zum Bürgerstreik einen Bärenienst erwiesen.

Markiert der Bremer Bürgerstreik das eine Extrem bürgerlicher Reaktion auf die politischen Streiks der Arbeiterschaft vom Frühjahr 1919, so das Verhalten des Münchener Bürgertums gegenüber der Räterepublik das andere, nämlich den völligen Mangel an Zivilcourage. Zwar hatte der Bürgerrat München als erster zur Vorbereitung des Bürgerstreiks aufgerufen. Als sich Anfang April 1919 tatsächlich die gefürchtete Bolschewistenherrschaft zu etablieren schien, bereitete er dann auch zusammen mit den bürgerlichen Parteien in einem Aktionsausschuß den Abwehrstreik vor. Manche Geschäfte blieben unmittelbar nach Ausrufung der Räterepublik geschlossen, und mehrfach kursierten Gerüchte, bald würde ein allgemeiner Bürgerstreik losgehen. Aber hiermit hatte es bereits sein Bewenden.

Das Bürgertum erwies sich als »haltlos und directionslos«. <sup>98</sup> Klaus Mann zufolge gerieten »alle respektablen Bürger... in einen Zustand von hysterischer Panik«. »Wenn's aufs Bürgertum ankommt«, kommentierte Josef Hofmiller sarkastisch, »wird nie etwas losgehen, es sei denn in die Hose.« <sup>99</sup> Manche gaben den Juden die Schuld: »Die jüdischen Rechtsanwälte«, hieß es etwa, »die ja sehr zahlreich sind, würden sich sofort als Richter und Verwaltungsbeamte zur Verfügung stellen. Vor allem aber würden die jüdischen Ärzte nicht mittun; vorgeblich aus Gründen der Menschlichkeit, in Wirklichkeit, um sich der Praxis ihrer nichtjüdischen Kollegen zu bemächtigen.« <sup>100</sup> Wenig später machte die Fama den Bayerischen Verkehrsbeamtenbund dafür verantwortlich, daß nicht einmal der Versuch eines Bürgerstreiks unternommen wurde. <sup>101</sup> Der Aktionsausschuß beschränkte sich unterdessen darauf, Verbindung mit der nach Bamberg ausgewichenen Landesregierung zu halten und in Weimar und Berlin den Einsatz von Truppen zu fordern. <sup>102</sup> »Sobald die Truppen der Regierung vor den Toren der Stadt stehen«, wollte er den Bürgerstreik ausrufen, um »die Verteidigung der roten Armee zu erschweren«. <sup>103</sup> Zu spüren war allerdings auch hiervon nichts, als es ernst wurde, ebensowenig wie von einem »Bataillon München« zu sehen war, das der Bürgerrat aus der waffenfähigen Jugend Münchens aufzustellen versprach und für das er die Regierung Hoffmann um Waffen bat. <sup>104</sup> Erst nach der Einnahme Münchens wagten sich die Bürger wieder hervor und feierten die Regierungstruppen als Befreier – ein Verhalten, für das manche Soldaten nur Hohn und Verachtung übrig hatten. <sup>105</sup>

Im Gegensatz zum Bürgerstreik trug der landwirtschaftliche Lieferstreik erheblich zum Ende der Räterepublik bei. Er erfolgte mit Billigung, vielleicht sogar auf Anregung der sozialdemokratischen Landesregierung. Schon in ihrem ersten Aufruf vom 7. April 1919 erklärte diese, die Bauernschaft habe die Räterepublik »einmütig abgelehnt« und werde sie »mit dem organisierten Streik beantworten«. <sup>106</sup> Tatsächlich stellten sich die Bauernräte erst Mittelfrankens, dann der Oberpfalz und des Rieses, Oberbayerns, Schwabens und des Allgäus hinter die Regierung Hoffmann und verhängten ab 8. April 1919 die Lebensmittelsperre über München und Augsburg. <sup>107</sup> Der Zentralbauernrat in München, der die Räterepublik unterstützte, verlor allen Rückhalt, ebenso Karl Gandorfer, der ehemals populäre Führer des Bayerischen Bauernbundes, der in die erste Räteregierung eingetreten war. <sup>108</sup> Offensichtlich wurde die Sperre weitgehend befolgt, zugleich ihre Wirkung dadurch gesichert, daß Bahnbeamte in enger Zusammenarbeit mit Reichswehreinheiten Lebensmitteltransporte nach München unterbanden. <sup>109</sup> Nach zwei Wochen wurde die Versorgungssituation Münchens kritisch. Die Räteregierung reagierte mit der Beschlagnahme von Lebensmitteln, besonders in den wohlhabenderen Ge-

sellschaftsschichten. Machtlos aber war sie gegen den »Milchkrieg«. Schon am 10. April gab es in den Kaffeehäusern keine Milch mehr, eine Woche später wurde die Herstellung von Butter und Käse zum Sabotageakt gegenüber der Räterepublik erklärt.<sup>110</sup> Ende des Monats war die Milchversorgung der Stadt nahezu gänzlich unterbunden. Der Mangel war schlimmer als jemals während des Krieges. Sogar Schwerkranke erhielten nur noch bei akuter Lebensgefahr gegen ärztliches Attest einige Tropfen. Infolgedessen begann sich München zu entvölkern; wer konnte – größtenteils wohl Angehörige des Bürgertums –, flüchtete in die nähere oder weitere Umgebung, um erst nach dem Ende der Räterepublik zurückzukehren.<sup>111</sup>

Unter den bayerischen Bauern löste die Räterepublik einen scharfen Rechtsruck aus, der den Boden für die Entstehung und Verwurzelung »nationaler« bis offen gegenrevolutionärer Organisationen aller Art bereitete. Ins kollektive Gedächtnis des Bürgertums ging sie als nachgerade traumatisches Erlebnis ein, unbewußt wohl auch wegen des Mangels an Gegenwehr. »Ungeheure Wut« und eine Welle von Haß, Brutalität und Gewalttätigkeit, wie sie in München mit seiner vergleichsweise liberalen Tradition bis dahin kaum vorstellbar gewesen war, brachen nach ihrem Ende los – gegen die Führer der Räterepublik und zahllose andere, die als ihre Sympathisanten, als Kommunisten oder Bolschewisten verdächtigt wurden.<sup>112</sup> Die politischen Einstellungen großer Teile des Münchener Bürgertums radikalisierten sich. Nicht nur der Haß auf Kommunisten und Juden blieb seither lebendig und verbreitete sich, auch eine Art permanenten Rachebedürfnisses mit aggressiven Zügen und einer ausgeprägten Neigung zur Gewalttätigkeit. Der Weiterentwicklung kollektiver Aktionsformen war dieses Klima besonders förderlich.

### *Die Diskussion um den allgemeinen Bürgerstreik auf Reichsebene*

Im Frühjahr 1919 wurde der Bürgerstreik auch auf Reichsebene diskutiert, so in den Akademikerorganisationen<sup>113</sup> und in Wirtschaftskreisen. Mit der Behauptung, ein »willensstarker Teil« der Arbeiterschaft plane einen neuen Generalstreik zur »einseitigen Herrschaft... unter vollkommener Ausschaltung des Bürgertums«, propagierte namentlich der Hansabund »zur Sicherung der Grundpfeiler der deutschen Volkswirtschaft« den bürgerlichen Generalstreik und bat den Reichsbürgerrat, die Vorkehrungen hierfür zu treffen.<sup>114</sup> Er dachte vor allem an eine »aktionsfähige Spitze« des Bürgertums in Gestalt eines Ausschusses der großen Verbände von Indu-



strie, Handel und Gewerbe, womöglich auch der Landwirtschaft, der im engen Kontakt mit Reichsbürgerrat und örtlichen Bürgerräten den Bürgerstreik lenken sollte.<sup>115</sup> Was bisher nur in lokalem Rahmen und ohne überörtliche Koordination und nur ausnahmsweise auf regionaler Ebene stattgefunden hatte, wäre hiermit auf Reichsebene ermöglicht worden und hätte den Kämpfen zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum unbekannte und in ihren Auswirkungen kaum berechenbare Dimensionen verleihen können.

Daß den Streiks der Arbeiterschaft ernstzunehmende Motive zugrunde liegen und ihnen deshalb mit politischen Konzessionen zu begegnen sein könnte – dieser Gedanke kam den Bürgerräten indessen kaum. Auf dem Höhepunkt der Generalstreikwelle von Frühjahr 1919 erörterten sie zusammen mit dem Hansabund einmal, »ob und welche Wege vorhanden sind, ...unter Aufrechterhaltung der privatwirtschaftlichen Grundlagen der Gesamtwirtschaft denjenigen Zielen möglichst Rechnung [zu] tragen, welche die Arbeiterkreise mit der Sozialisierung anstreben«. Der Geschäftsführer des Hansabundes, Köhler, regte an, »irgendwelche Zugeständnisse an die Massenpsychose« zu machen, »welche in den gemäßigten Arbeiterkreisen die Hoffnung auf eine friedliche Erreichung ihrer Ziele erwecken würden«; welcher Art sie sein sollten, ließ er freilich offen. Aber der Vertreter des Baugewerbes lehnte jegliches Entgegenkommen ab. »Wenn man erst einmal Zugeständnisse mache, sei der kleinste Fehler, der dabei unterlaufen würde, nicht wiedergutzumachen, da der einmal eingeschlagene Weg, auch wenn er nachträglich als falsch erkannt wurde, konsequenterweise weitergegangen werden müßte.«<sup>116</sup> Daher wurde die Anregung Köhlers nicht weiter verfolgt. Marx griff sie im Mai 1919 noch einmal auf, als er für die »sozialreformerische Fabrik« plädierte, weil die Zeit des reinen Kapitalismus und Individualismus »endgültig vorüber« sei.<sup>117</sup> Vermutlich hatte er eher ständisch-korporatistische Vorstellungen als wirkliche Mitbestimmungsrechte der Belegschaften im Sinn; trotzdem wurde auch seine Parole als »gefährliches Schlagwort« zurückgewiesen.<sup>118</sup>

Umgekehrt jedoch griffen die Bürgerräte den Gedanken einer Verbindung von Parlamentarismus und Räteystem auf, wie ihn die Regierung ankündigte und im April 1919 der zweite Rätekongreß ausführlich diskutierte. Sie erklärten umgehend, daß »dann aber auch die schaffenden Stände des Bürgertums ihr Recht verlangen und gehört werden wollen«. Denn ein Räteystem, das sich nicht auf die Arbeitnehmerschaft beschränkte, mußte, wie er klar erkannte, »letzten Endes zu einem berufsständischen Nebenparlament führen... und so dem gegenwärtigen Parlamentarismus eine scharfe Konkurrenz schaffen«. Dies schien ihnen »das schlimmste der Übel nicht«. Denn gegen den Parlamentarismus empfand er schon wegen der »Cliqueswirtschaft und Verhetzung der Parteien« einen geradezu »physischen Ekel«, und eine Beschränkung der parlamentarischen Kompetenzen

zugunsten von Einflußmöglichkeiten der wirtschaftlichen Interessengruppen, die sich im Parlament aufgrund des demokratischen Wahlrechts durchweg zu schwach vertreten fühlten, kam deren Vorstellungen durchaus entgegen. »Gerade die schaffenden bürgerlichen Stände«, mahnte daher C. Rahardt, Präsident der Berliner Handwerkskammer und Vorstandsmitglied des Berliner Bürgerrats, »haben... allen Grund, der neuzeitlichen Entwicklung des an und für sich unsympathischen Rätewesens die allergrößte Aufmerksamkeit zuzuwenden und danach zu trachten, nicht den Anschluß zu verpassen.«<sup>119</sup> Ähnliche Äußerungen lassen sich für viele andere Mittelstandsgruppen und Intellektuelle nachweisen.<sup>120</sup> Auch Industrie und Landwirtschaft forderten zur Institutionalisierung ihrer Interessenrepräsentationen die »berufsständische Vertretung neben der politischen«;<sup>121</sup> in Offizierskreisen wurde sie ebenfalls erörtert.<sup>122</sup> Derartige antiparlamentarische Uminterpretationen des Rätegedankens begleiteten die Diskussion des Verfassungsentwurfs seit Frühjahr 1919, insbesondere des Artikels 165, der die Bildung eines aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern paritätisch zusammengesetzten Reichswirtschaftsrats und entsprechender regionaler Wirtschaftsräte vorsah.

Organisatorische Vorkehrungen für einen allgemeinen Bürgerstreik scheiterten indessen an den großen Wirtschaftsverbänden. Schon vorher hatten sie sich gegenüber Bürgerstreiks auffällig reserviert gezeigt. Die Großindustrie sah einstweilen keinen Anlaß, die Kooperation mit den Gewerkschaften aufzugeben, zumal sie bisher ihre Erwartungen so weitgehend erfüllt hatte, daß von den mächtigsten Wirtschaftsführern im Frühjahr 1919 niemand mehr ernsthaft an eine Sozialisierungsgefahr glaubte. Auf die Streikwelle vom Frühjahr 1919 reagierten sie daher viel gelassener als auf den Umsturz vom November 1918. Einen Abwehrstreik in großem Stil hielten sie für unnötig, einen Angriffsstreik erst recht und für töricht obendrein. Rathenau phantasierte im April 1919 einmal darüber, daß »eine Aktivierung der Bürger und Unternehmer... mit Leichtigkeit die Situation beherrschen« würde.<sup>123</sup> Aber an einen Streik der Unternehmer oder an die Unterstützung oder gar Proklamation eines bürgerlichen Generalstreiks durch die Industrie scheint auch er nicht ernsthaft gedacht zu haben.

Auf der obersten politischen Entscheidungsebene war ebenfalls deutliche Zurückhaltung zu beobachten. Bei den Parteiführungen fand der Gedanke eines Bürgerstreiks nur selten Unterstützung. Stresemann benutzte ihn auf dem Höhepunkt der Märzkämpfe einmal als Drohung, vielleicht zur moralischen Unterstützung seiner Freunde aus der sächsischen Industrie; aber er wußte, daß seine Durchführung in größerem Stil Klassenkämpfe und Bürgerkrieg erst recht anfachen würde, und unterließ daher jede massive Werbung.<sup>124</sup> Auch in der DDP fand er keine lautstarken Fürsprecher. Selbst die DNVP scheute vor seiner lauten Propagierung zurück.

Gleichfalls hohe konservative Verwaltungsbeamte, die von Bürgerstreikabsichten hörten, scheinen eher mit Skepsis und Bedenken reagiert zu haben.<sup>125</sup> Auch hier bestand im Frühjahr 1919 kein Interesse an einer weiteren Verschärfung der inneren Gegensätze.

Diese Unterschiede zwischen lokaler und zentraler Ebene erklären sich zum Teil aus unterschiedlicher Perspektive und unterschiedlichem Informationsniveau. Vor Ort mochten ausgedehnte Streiks der Arbeiterschaft vielen Bürgern als akute Bedrohung erscheinen, zumal wenn die Arbeiter bewaffnet waren und Regierungstruppen in weiter Ferne. Aus Berliner Sicht nahmen sie sich meist weniger dramatisch aus. Seit die Aufstellung der Freikorps im Gange war und sich ihr Einsatz erfolgreich angelassen hatte, glaubte unter den Spitzenpolitikern und -beamten kaum noch jemand ernstlich an die Möglichkeit eines neuerlichen revolutionären Umsturzes, um so weniger, als man sich hier mittlerweile der nichtrevolutionären Absichten der Sozialdemokratie sicher und über die Schwäche des linken Flügels der Arbeiterschaft im klaren war. Daher findet sich in diesen Kreisen durchweg größere Gelassenheit als in den lokalen Schwerpunkten der Bürgerkriegskämpfe, und daher wurde hier keine Notwendigkeit für zusätzliche innenpolitische Kampfformen gesehen. Dies gilt auch für die Großindustriellen an der Ruhr und in Mitteldeutschland, die mit der Berliner Regierungszentrale enge Verbindung hielten und über die politische Gesamtsituation meist ausgezeichnet informiert waren. Außerdem trafen die Begleiterscheinungen von Generalstreiks und Bürgerkrieg – etwa Plünderungen oder Sachschäden – Einzelhändler, Handwerker und kleine Gewerbetreibende ungleich härter als industrielle Großbetriebe, noch dazu die Inhaber persönlich, während bei den Großunternehmen in erster Linie Aktionäre und Banken die Leidtragenden waren. Deshalb zeigte sich der selbständige Mittelstand auch existentiell und emotional vom Bürgerkrieg viel stärker betroffen und nachhaltiger verängstigt als die meisten Großindustriellen. Vermutlich hat ihr oft lokal begrenzter Informationshorizont diese Betroffenheit noch verstärkt; denn es fehlte ein Maßstab, an dem die örtlichen Ereignisse gemessen werden konnten.

Umgekehrt lassen sich Propagierung und Durchführung von Bürgerstreiks deshalb als Symptom dafür interpretieren, daß die politischen Streiks der Arbeiterschaft hier auch politisch aufwühlender und stärker radikalisiert wirkten als in den etablierten Führungszirkeln, und als Symptom ebenfalls für eine politische Aktivierung und eine Tendenz zur Selbsthilfe, zum Handeln auf eigene Faust im lokalen Rahmen, unabhängig von der Führung durch Parteien und große Interessenorganisationen. Es mag sein, daß auch allgemeine ökonomische Unzufriedenheit hierzu beigetragen hat. In den Revolutionswochen war diese von den politischen Ereignissen überlagert worden; nun trat sie wahrscheinlich wieder hervor, zu-

mal viele ihrer Ursachen fortbestanden und noch neue hinzukamen. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Energie sank im Winter 1918/19 oft noch unter den Stand des letzten Kriegsjahres; gleichzeitig erreichte die Arbeitslosigkeit in vielen Großstädten Rekordhöhen. Die Entwertung privater Vermögen ging mit der Inflation weiter. Bei Hausbesitzern herrschte weiterhin Verärgerung über die behördliche Reglementierung der Mieten, bei Produzenten, Händlern und Ladenbesitzern über die staatliche Festsetzung von Höchstpreisen. Der Kriegsausgang hatte die Berufsaussichten für große Teile der bürgerlichen Jugend verdüstert, auch – wie es schien – wegen der Durchlöcherung der Rekrutierungs- und Protektionsverfahren, die bis zur Revolution im öffentlichen Dienst üblich gewesen waren, sowie aufgrund des Abbaus von Bildungsbarrieren, zu dem sozialdemokratische Regierungen sich anschickten. Bevölkerungsverschiebungen, die der Krieg hinterlassen hatte oder absehbare Gebietsabtretungen jetzt auslösten, verschärften viele dieser Probleme. Wie sie sich in den einzelnen Gruppen des Bürgertums darstellten und hier zur Veränderung politischer Einstellungen und Handlungsmuster beitrugen, müßte eine Sozialgeschichte der Novemberrevolution erhellen. Welches politisch brisante Gemisch diese diversen Motive erzeugen konnten, ist indessen daran zu ermessen, daß der Berliner Bürgerratsvorsitzende Marx bereits im März 1919 General Lüttwitz von der Notwendigkeit einer Gegenrevolution und Diktatur zu überzeugen versuchte und daß er zwei Monate später, als Eduard Stadtler ihn auf eine Umsturzaktion ansprach, sich sofort bereit erklärte mitzumachen.<sup>126</sup>

### III.

Organisationsentwicklung und  
kollektive Aktionsformen  
im Bürgertum zwischen dem  
Ende der Bürgerkriegskämpfe  
und dem Kapp-Putsch



## Die Bürgerräte zwischen Bürgerkriegsende und Kapp-Putsch

Im Frühsommer 1919 war der Bürgerkrieg im wesentlichen beendet, die Position des Bürgertums weiter stabilisiert – politisch, sozial und militärisch. Mit der Annahme der Weimarer Verfassung im August wurden die parlamentarische Demokratie und die Erhaltung der Privatwirtschaft auch förmlich konstituiert. Infolgedessen entwickelten sich zur Vertretung bürgerlicher Interessen – politischer wie ökonomischer und sozialer – jene Formen weiter, die dem parlamentarischen System angemessen waren, nämlich politische Parteien und Interessenverbände aller Art, und zwar in der Richtung, die sie bereits während der Novemberrevolution eingeschlagen hatten. Die Bemühungen um möglichst starken Rückhalt in den Gruppen, die sie vertraten oder vertreten wollten, hielten an oder wurden weiter intensiviert, zugleich diejenigen um möglichst große Aufmerksamkeit und Resonanz in der Öffentlichkeit. Die Entwicklung zu Massenorganisationen und die Entfaltung öffentlichkeitswirksamer Werbemethoden gingen daher überall weiter.

Für die Reste eigenständiger bürgerlicher Räteorganisationen, die sich erhalten hatten, bestand folglich immer weniger Bedarf, jedenfalls zur Vertretung übergreifender Interessen. Ihre Residuen auf beruflicher Grundlage verschwanden daher oder veränderten ihre Funktionen so, daß sie mit den Verbandsstrukturen zusammenpaßten und in ihnen überleben konnten. Auch von den Bürgerräten, die in den Bürgerkriegsmonaten aktiv gewesen waren, gingen viele jetzt ein. Aber am Ende waren diese Organisationen keineswegs; in manchen Regionen blühten sie sogar nach dem Ende des Bürgerkriegs erst richtig auf. Nur entwickelten auch sie sich weiter, und zwar in Richtung auf lokale Kristallisationskerne bürgerlicher Sammlungs-

politik. Ihre Verbindungen zu Industrie, Landwirtschaft und Militär wurden enger. Die Neigung zur Selbsthilfe mit kollektiven Aktionen blieb dabei lebendig – ein Indiz dafür, daß zumindest auf unterer Ebene jene politische Aktivierung weiterwirkte, die die Novemberrevolution ausgelöst und der Bürgerkrieg vorangetrieben hatte, ebenso die Tendenz, die Vertretung der eigenen Interessen nicht Parteien und Verbänden allein zu überlassen, sondern unter Umständen selbst in die Hand zu nehmen.

Überregional brachten ähnliche Sammlungsversuche einstweilen kaum Erfolg; die Beschwörung der angeblichen Gefahr neuerlicher Umsturzversuche von links verfiel nicht mehr. Wenn überhaupt, konnte bürgerliche Sammlungspolitik hier nur mit neuen Integrationsparolen erfolgreich betrieben werden. Die Annahme des Versailler Vertrages im Sommer 1919 lieferte sie. Sie beendete viele Illusionen über die Zukunft Deutschlands. Im »Traumland der Waffenstillstandsperiode«<sup>1</sup> hatten viele gehofft, die Prinzipien des amerikanischen Präsidenten Wilson für eine neue Weltordnung, der Abgang des Kaisers und die Demokratisierung würden Deutschland trotz der militärischen Niederlage einen glimpflichen Frieden bescheren. Jetzt versanken solche Hoffnungen, triste Zukunftsperspektiven traten an ihre Stelle. Zu der Last der eigenen gewaltigen Kriegskosten, die im Falle eines deutschen Sieges die Alliierten hätten tragen sollen, kamen erhebliche Gebietsverluste hinzu, ferner Kriegsschädigungen an die Sieger in einstweilen unbestimmter Höhe, radikale Entwaffnung mit der Folge der Entlassung Hunderttausender von Soldaten und obendrein die Stigmatisierung Deutschlands als Kriegsschuldiger. Die Beurteilung des Versailler Vertrages hat sich im Laufe der Jahrzehnte erheblich verändert, auch in Deutschland.<sup>2</sup> Damals jedoch wurde er, insbesondere im Bürgertum, aber nicht grundsätzlich anders in der Arbeiterschaft, überwiegend als Verlust der Großmachtposition des Reiches, als Ende aller Hoffnungen auf politischen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg und als nationale Schmach empfunden und löste ungeheuren Haß auf die Siegermächte aus. Es dauerte nicht lange, bis sich dieser Haß auch gegen die deutschen Politiker richtete, die dem Vertrag zugestimmt und ihn unterzeichnet hatten, wenn auch gezwungenermaßen, in erster Linie gegen die Sozialdemokraten, in zweiter gegen Demokraten und Zentrumspolitiker. Mit Hilfe der Dolchstoßlegende wurden dieselben politischen Gruppen nachträglich auch noch für die Novemberrevolution und die militärische Niederlage verantwortlich gemacht, mit der das ganze Unheil angeblich begonnen hatte.

Seit dem Frühsommer 1919 veränderte sich daher die innenpolitische Situation weiter. Während sich im Bürgertum die Furcht vor der sozialen Revolution verflüchtigte, wuchsen Ressentiments gegen die regierenden Repräsentanten der Republik, gegen den Staat von Weimar überhaupt und die ganze Demokratie. Dabei zeichneten sich neue Ansätze von Funda-



mentalopposition ab, alte lebten wieder auf. Schon Ende Mai beobachtete Ernst Troeltsch ein erneutes Aufkommen der »Stimmungen der Vaterlandspartei«. <sup>3</sup> Zwar schwächte sich gleichzeitig der Hang zur direkten Aktion und zur Anwendung kollektiver Aktionsformen gegenüber den Bürgerkriegsmonaten ab; aber er verschwand nicht. Unter den Großgrundbesitzern, die sich in besonderem Maße als Verlierer der Revolution empfanden, nahm er sogar zu. Ebenfalls unter den Militärs, die jetzt ihrer Entlassung entgegensahen. Hiermit ergaben sich neue Möglichkeiten und Ansatzpunkte für eine bürgerliche Sammlungspolitik und für gemeinsame Aktionen von bürgerlichen Gruppen, Agrariern und Militärs.

### *Die zweite Welle von Bürgerratsgründungen*

Ende März 1919 tagte in Berlin der Reichsbürgerrat zum zweitenmal. Er rief zur Neugründung von Bürgerräten auf und zum Zusammenschluß zu Landesbürgerräten, verabschiedete einen Haushaltsplan, wählte ein Präsidium und einen Präsidialbeirat. Pfarrer Wessel wurde in der Spitzenposition bestätigt, Meyer-Absberg als sein Stellvertreter. Manches trug noch immer vorläufigen Charakter, aber »immerhin war der Rohbau des Hauses gezimmert«. <sup>4</sup> Ob aus eigenem Antrieb oder aufgrund der Werbetätigkeit schon bestehender Bürgerräte, die »wie die Sozialdemokratie« die Bewegung »überallhin« ausbreiten wollten, »in die kleinste Gemeinde, auf jeden Gutshof« <sup>5</sup> – jedenfalls entstanden ab Frühjahr 1919 zahlreiche Neugründungen: in Essen Anfang April auf Anregung der Akademikerverbände, in Hamburg Ende April, in Stettin Ende Mai, in Barmen und Neviges sowie in Hof im Frühsommer. Auch Kleinstädte und Landgemeinden wurden jetzt stärker erfaßt. In der zweiten Jahreshälfte meldeten sich Bürgerräte in Nortorf, Glückstadt, Jüterbog und Celle, Anfang 1920 in Delmenhorst und Pyritz. Durch ein System von Vertrauensmännern, die mit den Bürgerräten der größeren Städte in Verbindung standen, erreichte die Bewegung in manchen Gebieten, namentlich in Württemberg, auch Orte, in denen keine eigene Organisation existierte. <sup>6</sup> Die regionalen Schwerpunkte der Neugründungen lagen in Mitteldeutschland und in den östlichen Provinzen Preußens. Gleichzeitig wurden manche Bürgerräte aktiv, die schon in den Revolutionswochen gegründet worden waren, sich zunächst aber kaum hervorgewagt hatten, zum Beispiel in Frankfurt a. M. <sup>7</sup> Manche älteren Bürgerräte dagegen sahen nach der Niederlage der proletarischen Rätebewegung ihre Aufgabe als erfüllt an und stellten ihre Tätigkeit ein. <sup>8</sup> Auch standen manche Neugründungen nur auf dem Papier. In Essen fiel schon bei der Gründung das Stichwort »Auflösung«; bis Jahresende blieb hier der

Bürgerrat untätig und existierte nur als leere Organisationshülle.<sup>9</sup> Der Bürgerausschuß im sächsischen Radeberg litt unter äußerst geringem Versammlungsbesuch und klagte, die bürgerlichen Kreise hätten »immer noch nicht das rechte Verständnis für eine in ihrem eigenen Interesse liegende Organisation«. Auch andere sächsische Bürgerräte erwiesen sich keineswegs als »Nährboden der Bewegung«, wie der Landesgeschäftsführer im September 1919 klagte.<sup>10</sup> Dies ist zu berücksichtigen, wenn der Reichsbürgerrat die Gesamtzahl der Bürgerräte Ende 1919 auf ca. 320 bezifferte. Ihr Schwerpunkt lag in Mittel- und Norddeutschland, wo sich auch die Hochburgen der Arbeiterbewegung befanden.<sup>11</sup>

Die Struktur der Bürgerräte sollte sich den Empfehlungen des Reichsbürgerrates zufolge etwas verändern. Ihre »verlässlichste Säule« und »jederzeit verfügbare... Schutz- und Hilfstruppe« sollten hinfort Bürgervereinigungen mit individueller Mitgliedschaft bilden. Hinzukommen sollten »Exponenten des gewerblichen, wirtschaftlichen, beamtlichen und kulturellen Lebens«, von der jeweiligen Gruppe gewählt, ferner Vertreter der bürgerlichen Parteien sowie kooptierte weitere »führende Persönlichkeiten«, so daß »jeder Bürgerrat eine berufsständische Vertretung im kleinen« darstellte. Je nach Ortsgröße sollte er 50–200 Mitglieder zählen; diese sollten einen Vollzugsrat wählen, der ein Viertel bis ein Sechstel der Mitglieder umfaßte, und der wiederum einen geschäftsführenden Vorstand von drei bis sieben Personen bestimmen sollte.<sup>12</sup> Wieweit dieses Modell übernommen wurde, läßt sich nicht mehr feststellen. Deutlich ist nur, daß die meisten Bürgerräte neben korporativen jetzt auch Einzelmitglieder in größerer Zahl aufnahmen. Der Bürgerbund Kassel meldete bereits im April 1919 über 6000 Mitglieder, und angeblich wurden es »mit jedem Tag« noch mehr.<sup>13</sup> Der Bürgerrat Frankfurt a. M. steigerte die Zahl seiner Einzelmitglieder im Laufe des Jahres von knapp 800 auf nahezu 7000,<sup>14</sup> gleichfalls der Bürgerausschuß Leipzig, der diese Zahl allerdings »noch nicht als genügend« ansah.<sup>15</sup> Der Bürgerrat Celle brachte es nach seiner Gründung innerhalb von acht Tagen auf 1000 Mitglieder.<sup>16</sup> Der Ende Mai gegründete Bürgerbund Stettin zählte bei Jahresende über 4000 Einzelmitglieder und weitere 3300 korporativ angeschlossene und unterhielt eine Geschäftsstelle mit nicht weniger als neun hauptamtlichen Mitarbeitern.<sup>17</sup> Die meisten stützten sich im wesentlichen allerdings weiterhin auf Organisationen. In kleineren Orten bildeten Turn-, Gesang- oder Frauenvereine den Grundstock,<sup>18</sup> in größeren findet sich das ganze Spektrum von wirtschaftlichen über konfessionelle bis zu kulturellen und wissenschaftlichen Organisationen und Freizeitvereinen, wie es schon im November 1918 größere Bürgerräte gezeigt hatten. So umfaßten Ende 1919 der Bürgerrat Barmen rund 50 Vereinigungen und Körperschaften, der Bürgerrat Dortmund nahezu 100, der Bürgerrat Breslau 112, der Bürgerrat Leipzig 200, der Bürgerrat Dresden annähernd 300 Ver-

eine mit rund 150000 Mitgliedern und der Bürgerausschuß Frankfurt a. M. sogar 465 Organisationen mit insgesamt etwa 170000 Mitgliedern.<sup>19</sup>

Diese Zahlen klingen freilich imposanter, als es das politische Gewicht der Bürgerräte meist war. Abgesehen davon, daß sie viele Doppel- und Mehrfachzählungen enthalten dürften – viele Bürger gehörten wahrscheinlich gleichzeitig einem Berufsverband, einer Kunst- oder Musikvereinigung oder einem Sportverein an –, gab ein solches Sammelsurium höchst unterschiedlicher Organisationen kaum eine Basis für politische Aktionen ab. Geregelt interne Meinungsbildungs- und Entscheidungsverfahren ließen sich nur schwer, wenn überhaupt praktizieren und konnten allenfalls zum kleinsten gemeinsamen Nenner führen. Im Konfliktfall wären Entscheidungen vermutlich schon an der Frage des Abstimmungsmodus und der Gewichtung, vielleicht auch der jeweiligen Betroffenheit der verschiedenen Mitgliedsorganisationen gescheitert. Nicht trotz, sondern wegen ihrer stolzen Mitgliederzahlen scheinen manche Bürgerräte deshalb nur wenig bewegt und bewirkt zu haben. Andererseits hing ihre Handlungsfähigkeit wie diejenige anderer größerer Organisationen nicht von der Mobilisierung und Partizipation der gesamten Mitgliedschaft ab. Zur Organisation eines Bürgerstreiks reichte es, die Organisationen zusammenzubringen, denen die Inhaber wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Schlüsselstellungen angehörten – Groß- und Einzelhändler, Industrielle, Transportunternehmer, Ärzte, womöglich noch die Beamten; gemeinsam vermochten sie das Wirtschaftsleben einer mittleren Stadt eine Weile lahmzulegen. Um für eine solche Aktion zu werben und Unterstützung zu gewinnen, konnten allerdings auch die übrigen Organisationen hilfreich sein. Insofern geben die Mitgliederzahlen zumindest grobe Hinweise auf die Resonanz, auf welche Aktionen der Bürgerräte auf lokaler Ebene rechnen, und auf das Potential, das sie vielleicht mobilisieren konnten.

Ihr politisches Vorbild blieben die Arbeiterräte, obwohl diese seit dem Frühjahr 1919 nur noch ein Schattendasein führten oder schon nicht mehr existierten.<sup>20</sup> Allerdings ergab sich dabei jetzt häufiger ein Legitimationsproblem. Die Arbeiterräte waren immerhin gewählt worden und insofern demokratisch legitimiert. Bei den Bürgerräten aber wußte niemand so recht, »wen sie eigentlich vertreten«. Es scheint kein Einzelfall gewesen zu sein, daß Behörden ihnen vorhielten, sie seien »höchstens eine Vertretung der Vertrauensleute einiger Interessenvereine«, und sie deshalb abwiesen.<sup>21</sup> Auf eine originelle Lösung verfiel der Bürgerrat Rendsburg. Er ermittelte, daß in der Stadt 3000 bis 4000 Personen nicht durch den Arbeiterrat vertreten wurden, und wies sie schriftlich auf die Wichtigkeit einer bürgerlichen Vertretung hin. Etwas später ließ er durch Boten ihr Einverständnis zur Mitgliedschaft im Bürgerbund einholen und einen geringfügigen Mitgliederbeitrag kassieren und schrieb dann eine öffentliche Wahl aus; die Kandi-

daten mußten versichern, keine Sozialdemokraten zu sein. Immerhin erfüllte dieses Verfahren formale Voraussetzungen einer demokratisch legitimierten lokalen Bürgervertretung, allerdings nur auf freiwilliger Basis; eine Rechtsgrundlage für einen Mitspracheanspruch vermochte es nicht zu ersetzen. Selbst sein eigener Legitimationsanspruch wurde indessen eher dementiert als bestätigt, denn nur 1000 Personen erklärten ihr Einverständnis zur Mitgliedschaft, und von ihnen beteiligten sich nur 650 an der Wahl, also höchstens 20% der Angesprochenen. Trotzdem wurde der Bürgerbund auf diese Weise nach eigener Aussage zur stärksten Korporation in Rendsburg. Als Organisationsform wählte er die eines Vereins, wenn auch der Vorsitzende eine Gewerkschaftsnachbildung vorgezogen hätte, denn: »Wir haben von ihr gelernt und schaffen jetzt bewundernd das nach, was sie uns bereits seit Jahrzehnten als das einzig Richtige vorgemacht hat.« Praktikel war dieses Verfahren freilich allenfalls in kleineren Orten. Auch wegen der dezidiert antisozialdemokratischen Anlage riet der Reichsbürgerrat von seiner Wiederholung ab.<sup>22</sup> Erst Ende 1919 wurde die Orientierung an den Arbeiterräten aufgegeben und allen Bürgerräten empfohlen, die Rechtsform des Vereins anzunehmen.<sup>23</sup> Gleichzeitig wurde ihnen freigestellt, auch die Bezeichnung Bürgerbund oder Bürgervereinigung anzunehmen. Der Reichsbürgerrat selbst behielt seinen Namen allerdings bei, weil er ihn mittlerweile als eingeführtes politisches Markenzeichen ansah.<sup>24</sup>

Im Laufe des Jahres wurden auch Regionalverbände gegründet. Nach dem bereits im Januar 1919 gebildeten schleswig-holsteinischen Landesverband mit Sitz in Rendsburg entstanden im Sommer die Landesbürgerräte Rheinland-Westfalen, Sachsen, Pommern und Nordwestdeutschland,<sup>25</sup> letzterer unter Führung des Vorsitzenden des Bremer Bürgerausschusses, Vinnen, und mit dem Ziel, eine »einheitliche Front der bürgerlichen Parteien« aufzurichten.<sup>26</sup> In Bayern übernahm der Bürgerrat München die Zusammenfassung der oft auf seine Initiative entstandenen Bürgerräte im Landesbürgerrat.<sup>27</sup> Die Bürgerräte des Rhein-Main-Gebiets schlossen sich im Oktober zum Rhein-mainischen-Volksbund zusammen,<sup>28</sup> der Bürgerrat von Groß-Berlin mit 32 Bürgerräten der Berliner Vororte zum Bürgerbund von Groß-Berlin. Gleichzeitig entstand der Landesbürgerrat der Provinz Brandenburg, beide unter Führung von Konsul Marx, der weiterhin an der Spitze des Bürgerrats von Groß-Berlin stand.<sup>29</sup> Im Dezember folgte die Gründung des Landesbürgerrats Schlesien.<sup>30</sup> Auch auf zentraler Ebene wurde die Organisation ausgebaut. Der Reichsbürgerrat stellte einen Geschäftsführer ein, den ehemaligen Korvettenkapitän Erich Edgar Schulze, einen Neffen Tirpitz' und Mitglied der DNVP,<sup>31</sup> ferner als Experten für Politik und Volkswirtschaft den deutschstämmigen Schweizer Journalisten und späteren Geschichtsschreiber des Ersten Weltkrieges Hermann Stegmann. Ab September 1919 gab er eine eigene Zeitschrift heraus.<sup>32</sup>

Die soziale Zusammensetzung der Bürgerräte änderte sich kaum, soweit sie sich aus den spärlichen einschlägigen Angaben erschließen läßt. Tonangebend scheinen die höheren Mittelschichten geblieben zu sein. Von 202 Bürgerratsvorsitzenden, von denen Berufsangaben vorliegen, waren 37 Rechtsanwälte, 34 Lehrer (in der Mehrzahl an höheren Schulen), 25 höhere Beamte oder Richter, 23 Fabrikanten oder Fabrikdirektoren, 17 Kaufleute, 15 mittlere und untere Beamte, vornehmlich bei Bahn und Post, elf Bankiers, zehn Handwerker, sechs Ärzte, vier selbständige Gewerbetreibende, drei Syndici o. ä., drei höhere Angestellte, je zwei Universitätsprofessoren, Journalisten, Architekten, Apotheker, pensionierte Offiziere und Gutsbesitzer sowie je einer Pastor beziehungsweise Kantor.<sup>33</sup> Manche Bürgerräte bemühten sich zur Erweiterung ihres sozialen Spektrums um nicht-sozialistische Arbeiterorganisationen. »Sie stehen« – so der Landesbürgerrat Sachsen im Oktober 1919 – »als Vertrauensmänner des Bürgertums sozusagen auf äußerstem Vorposten gegen den Feind; sie leben und arbeiten in ständiger Fühlung mit ihm und kennen seine Lage wie keiner.«<sup>34</sup> Sie schienen daher nützlich als Späher und Informanten, etwa über Streikabsichten und andere politische Vorgänge in den Betrieben, aber auch um ein Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften zu bilden, woran mancher Unternehmer besonders im Hinblick auf die bevorstehende gesetzliche Verankerung der Betriebsräte Interesse gehabt haben mag. In größerem Umfang ist eine Beteiligung der christlichen Gewerkschaften an den Bürgerräten allerdings erst ab 1920 nachweisbar, sei es, weil sie einstweilen der sozialistischen Arbeiterschaft keine neuen Angriffsflächen bieten wollten,<sup>35</sup> sei es, weil die Industrie 1919 von ihrer erkennbaren Rückenstützung neue Unruhe befürchtete. Der Bürgerbund Hamburg bemühte sich auch um die Mitarbeit organisierter Frauen und holte drei Vertreterinnen des Ausschusses Hamburger Frauenvereine in seinen Vorstand. Schon nach kurzer Zeit kündigten sie jedoch wegen anderweitiger Verpflichtungen eine aktive Mitarbeit auf.<sup>36</sup> Eine Erweiterung in anderer Richtung wurde aus Kassel gemeldet. Hier schloß sich – außer allen bürgerlichen Parteien – der Offiziersbund dem Bürgerbund an.<sup>37</sup> In zahlreichen Landgemeinden schließlich durchdrangen sich Bauern- und Bürgerratsorganisationen; oft übernahmen Gutsbesitzer deren Führung.

Wichtiger als solche Arrondierungen war für manche Bürgerräte, daß sich die Wirtschaft jetzt stärker engagierte als in den Revolutionswochen. Der Hamburger Bürgerbund wurde nach Informationen des preußischen Gesandten von Handels- und Industriekreisen »mit sehr erheblichen Geldmitteln« unterstützt.<sup>38</sup> In Berlin traten die Industriellen Ernst und Conrad von Borsig jetzt formell dem Bürgerrat bei; unterstützt hatten sie ihn von Anfang an. Die Mittel für seine Geschäftsführung kamen von den Banken.<sup>39</sup> Die Münchener Sektion des Bayerischen Industriellenverbandes

schloß sich im Juli 1919 dem Bürgerrat München korporativ an.<sup>40</sup> Daß der Stettiner Bürgerbund bereits wenige Monate nach seiner Gründung neun hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigen und Ende 1919 seine Finanzlage als »recht erfreulich« bezeichnen konnte, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls Zuwendungen der Industrie, vielleicht auch der pommerschen Großlandwirtschaft zu verdanken. In Pommern half außerdem die bürgerliche Presse den Bürgerräten durch Werbung und werbende Berichterstattung, allem Anschein nach größtenteils kostenlos. Gleiches wurde aus Hamburg berichtet.<sup>41</sup> Auch an der Gründung des Bürgerrats Essen beteiligte sich die Industrie, hier allerdings mit erheblichen Bedenken und eigentlich nur deshalb, weil seine Auflösung »nicht zweckmäßig« schien, »solange noch eine Hoffnung bestände, daß sich eine Vertretung des Bürgertums auf berufsständischer Grundlage als Schutz gegen diktatorische Bestrebungen bilde«.<sup>42</sup>

Im einzelnen liegen die finanziellen Verhältnisse der Bürgerräte jedoch auch für 1919 weitgehend im dunkeln. Nach den Empfehlungen des Reichsbürgerrates sollten sie aus Beiträgen der angeschlossenen Verbände, abgestuft nach deren Mitgliedsstärke, sowie größeren Einzelspenden finanziert werden.<sup>43</sup> Über die Höhe der Mittel, über die sie verfügen konnten, ließen sie indessen nichts verlauten. Für die Finanzkraft mancher Bürgerräte größerer Städte ist aber bezeichnend, daß sie sich eigene Periodika leisten konnten, und zwar in Berlin, Leipzig, Dresden, Plauen und Stettin, später auch in Braunschweig und Wuppertal.<sup>44</sup> An kleineren Orten hingegen scheinen die Geldmittel nicht sehr reichlich geflossen und auch die Zahlungsmoral nicht immer die beste gewesen zu sein. Der Schatzmeister des Bürgerrats Chemnitz zum Beispiel beklagte sich noch im Frühjahr 1920 über eine »gewisse ›Schlafmützigkeit‹ bei den Bürgern«.<sup>45</sup>

Auch die Finanzlage der Dachorganisationen scheint nicht rosig ausgesehen zu haben. Den Landesbürgerräten gelang es nicht, die Bürgerräte der kleineren Orte zu einer stärkeren finanziellen Beteiligung heranzuziehen; sie wurden daher vermutlich von den Bürgerräten der Großstädte oder direkt von angeschlossenen Verbänden finanziert. Doch selbst der rührige Landesbürgerrat Sachsen bezeichnete Anfang 1920 seine Finanzlage als »sehr schlecht«.<sup>46</sup> Der Reichsbürgerrat hatte ebenfalls Geldsorgen. Seine Finanzierung durch die einzelnen Bürgerräte und durch besondere Werbung erwies sich als undurchführbar.<sup>47</sup> 1919 wurde er mit immerhin 100000 RM offenbar zur Hauptsache vom Bürgerrat Berlin unterhalten, während ein vergleichsweise großer Bürgerbund wie der Hamburger, in dessen Vorstand mit dem Präsidenten der Handelskammer, Witthoef, und Direktor Gok von der Großwerft Blohm & Voß zwei einflußreiche Wirtschaftsvertreter saßen, zunächst nur den Mindestbeitrag von 300 RM abführte.<sup>48</sup> Seinen Finanzbedarf veranschlagte der Reichsbürgerrat Ende 1919

jedoch auf 300000 Mark jährlich.<sup>49</sup> Ab 1920 sollten ihn die Landesbürgerräte und die Großstadtbürgerräte, die keinem Landesbürgerrat angeschlossen waren, decken.<sup>50</sup> Daß dies wirklich geschah, ist indessen wenig wahrscheinlich. So erhöhte der Hamburger Bürgerbund seine Zahlung für 1920 lediglich auf 5000 Mark, zahlbar in zwei Raten.<sup>51</sup>

Das politische Spektrum der Bürgerräte scheint gegenüber der Gründungsphase im wesentlichen unverändert geblieben zu sein, soweit sich dies aus wenigen Hinweisen erkennen läßt. Im Bürgerbund Hamburg zum Beispiel reichte es von der DDP bis zu Angehörigen des rechten Flügels der DNVP, die später die rechtsradikale Deutsch-Völkische Freiheitspartei gründeten.<sup>52</sup> Allerdings warb der Reichsbürgerrat jetzt dafür, daß die örtlichen Vorsitzenden der bürgerlichen Parteien »in jedem Bürgerrat Sitz und Stimme« erhalten sollten, ebenso die jeweiligen Handels- und Handwerkskammern.<sup>53</sup> Häufiger als zuvor traten Angehörige der Rechtsparteien an die Spitze. Den Vorsitz des Bürgerbundes Stettin übernahm schon bald nach dessen Gründung ein Deutschnationaler. Der Essener Bürgerrat entwickelte sich zum Tummelplatz einer kleinen Gruppe von Aktivisten am rechten Rand des politischen Spektrums.<sup>54</sup> In Braunschweig avancierte der Vorsitzende des Rates der selbständigen Erwerbszweige im September 1919 im Landtag zum Fraktionsvorsitzenden des Landeswahlverbandes, zu dem sich der Rat mit DVP, DNVP und Landbund zusammengeschlossen hatte.<sup>55</sup> Erst recht in ihrer Programmatik und praktischen Politik gingen viele Bürgerräte mehr und mehr auf Rechtskurs.

### *Bürgerräte und antibolschewistische Propaganda*

Sein Programm verabschiedete der Reichsbürgerrat nach längerer interner Diskussion erst im Dezember 1919.<sup>56</sup> Mit Rücksicht auf die großen örtlichen Verschiedenheiten beschränkte er sich auf ein Grundsatzprogramm, das als Kontrapunkt gegen das »Marxsche Programm« gedacht war.<sup>57</sup> Es forderte die »Gleichberechtigung aller Volksgenossen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft«, lehnte jede »Klassenherrschaft« ab, ebenfalls alle Versuche zur gewaltsamen Verfassungsänderung, und bekannte sich zur Förderung der Privatwirtschaft »in Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft... mit allen Kräften«. Die »Gemeinwirtschaft« wurde als »notwendige Ergänzung« akzeptiert, »sobald sie den Bedürfnissen der Allgemeinheit besser dient und sich selbst zu erhalten vermag«, »der Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit« sogar als »unbedingt notwendig« bezeichnet, eine »Gleichstellung der Arbeitnehmerschaft mit dem Unternehmertum« aber nur so weit, »wie es die Lebensbedingungen der deutschen Volkswirt-

schaft im weltwirtschaftlichen Wettbewerb heute zulassen« – Formeln, mit denen jede Mitbestimmungsregelung und jede sozialpolitische Neuerung für unmöglich erklärt werden konnte. In bezug auf die innere Sicherheit bekannte sich der Reichsbürgerrat zur Förderung von Reichswehr und Einwohnerwehren, zur Kräftigung des »staatsbürgerlichen Pflichtbewußtseins«, außerdem zur Einführung einer »allgemeinen Dienstpflicht«. Von der Kultur- und Bildungspolitik forderte er die »Selbstbesinnung auf deutsche Art in Anlehnung an die großen Überlieferungen unserer Geschichte« und die »Wiedererweckung religiösen Gemeinschaftsgefühls«, von der Außenpolitik die »Wiedergutmachung des uns durch den Versailler Vertrag zugefügten Unrechts«. <sup>58</sup> Das Programm war vergleichsweise moderat formuliert und enthielt kaum mehr als die Kernforderungen aller bürgerlichen Parteien. Es sollte dann auch den einzelnen Bürgerräten dazu dienen, »die Parteien zum Wohle des Ganzen zusammen[zuführen und ... Willen und Meinung der gesamten Bürgerschaft zur Verwirklichung [zu] bringen«. <sup>59</sup> Bemerkenswert war immerhin die Absage an gewaltsame Verfassungsänderungen. Sie richtete sich allerdings gegen Umsturzversuche von links und war nicht unbedingt als Bekenntnis zur demokratischen Republik gemeint; von ihr war überhaupt nicht die Rede.

Die Verlautbarungen einzelner Bürgerräte klangen indessen oft anders. Ungeachtet gelegentlicher Bekenntnisse zur »Notwendigkeit eines vertrauensvollen Zusammenwirkens aller deutschen Staatsbürger« <sup>60</sup> entwickelten sich hier militanter Antikommunismus und bürgerliches Klassenkampfdenkens. <sup>61</sup> »Zur Agitation für den bürgerlichen Staat«, hieß wieder die bezeichnende Begründung, »müssen dieselben Mittel, derselbe Eifer und dieselbe Opferwilligkeit aufgewendet werden, welche wir bei den Sozialdemokraten jahrzehntelang bewundert haben.« <sup>62</sup> Hier und da begegneten noch die aus den Revolutionswochen bekannte Übernahme und Umkehr traditioneller sozialistischer Kampfbegriffe, etwa wenn weiterhin von einer »Klassen- und Minderheits Herrschaft« die Rede ist, <sup>63</sup> über die »Entrechtung und Vergewaltigung« des Bürgertums durch die »Machtsucht einer einseitig orientierten Klassen- und Massenherrschaft« geklagt <sup>64</sup> und die Begriffe »Arbeiter« und »Bürger« in eins gesetzt werden. <sup>65</sup> Zusätzlich wurde jetzt auch der Begriff »Sozialismus« der Arbeiterschaft entwendet, seines traditionellen ökonomischen Sinns beraubt und in eine Bezeichnung etwa für Gemein Sinn und staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein uminterpretiert, so daß unversehens Friedrich der Große als Inkarnation des »wahren Sozialismus« auftrat. <sup>66</sup> Abgespalten wurde der Begriff »Proletarier«, der in der marxistisch-sozialdemokratischen Terminologie weitgehend synonym mit »Arbeiter« war, und pejorativ verengt auf »heimatlose Gesellen« und »Herdenmenschen, die ihrem Leithammel willenlos, ohne Vernunft und Verstand nachtrotten«. Arbeitern mit »Sinn für Heimat und



Herd, Familie und Vaterland« und dem Streben nach einer »besseren Zukunft« durch eigene Arbeit wurde dagegen zugerufen: »Ihr seid nicht Proletarier, ... Euer Sinnen und Trachten ist bürgerlich.« Folgerichtig tauchte das alte Ziel, »das Volk zu entproletarisieren, es zu selbstbewußten Bürgern zu erziehen«, als »eine gewaltige Aufgabe« der Bürgerräte wieder auf.<sup>67</sup>

Abgespalten wurden auch die Begriffe »Kommunismus« und »Bolschewismus«. Beide blieben eigentümlich vage; sie wurden weder definiert noch inhaltlich gefüllt, sondern allein negativ umschrieben. So wurde Kommunismus als »schablonenhafte Gleichmacherei« und »Internationalismus« übersetzt,<sup>68</sup> Diktatur des Proletariats als »Unterdrückung und Vernichtung des Bürgertums«,<sup>69</sup> der Bolschewist als »seelenloser Typ« präsentiert.<sup>70</sup> Diese Bezeichnungen fungierten als Sammel- und Inbegriff aller negativen politischen Ziele und Verhaltensweisen, etwa wenn der Bolschewismus als »absolut feindliches Prinzip« eingeführt,<sup>71</sup> die Bolschewisten als »schlimmstes Gesindel« und »Verbrecher« charakterisiert wurden<sup>72</sup> und überdies als undeutsch.<sup>73</sup> Wer hiermit gemeint war, blieb ebenfalls unklar. Zwar trug das Objekt oft einen Namen: Spartakus. Aber er bezeichnete keine identifizierbare Organisation und keine Personengruppe mit eindeutiger politischer Zielsetzung; nicht den kleinen Spartakusbund, den es als solchen 1919 schon gar nicht mehr gab, auch nicht die KPD, nicht die USPD und nicht die SPD, vielmehr einmal alle zusammen, ein andermal nur eine oder mehrere von ihnen, ein drittes Mal einzelne oder Gruppen, die mit diesen Parteien gar nichts zu tun hatten, aber ebenso unliebsam waren wie sie. Die Subjekte, denen das Etikett »Spartakus« oder »Bolschewist« angeheftet wurde, waren also ebenso unbestimmt wie beliebig.<sup>74</sup>

Als positiver Gegenbegriff erschien der des Bürgertums, als seine Essentials »Individualismus« einschließlich der Anerkennung des Wertes der Persönlichkeit und der Arbeitsleistung des einzelnen,<sup>75</sup> »der Trieb zum Eigentum, zum Besitz«, gelegentlich auch »gesunder Egoismus«,<sup>76</sup> außerdem überzeugter Nationalismus, etwa nach dem Motto »Recht oder Unrecht, mein Vaterland«. Manchem genügte auch ein einziges Wort: »Deutsch!«. <sup>78</sup> Mit kultureller und ethischer Bedeutung aufgeladen, wurde »Bürgertum« auch als »Formwerdung der Idee Staat« ausgegeben und als »Träger und Vollender der bürgerlichen Idee«, als »deutscher Bürger«, schlechthin der »faustische Mensch« reklamiert.<sup>79</sup> Den Propagandisten der Bürgerräte scheint jedoch bewußt gewesen zu sein, daß die Begriffe »Bürger« und »Bürgertum« durch die jahrzehntelangen Anwürfe von Seiten der Sozialdemokratie manche Flecken davongetragen hatten und daß es überdies ein einheitliches bürgerliches Bewußtsein, das dem Klassenbewußtsein der sozialistischen Arbeiterschaft vergleichbar war, kaum gab.<sup>80</sup> »Bürgertum ist sozusagen alles übrige, was nicht in dem »klassenbewußten Proletariat« zusammengefügt ist.«<sup>81</sup> Hieraus ergab sich die Aufforderung, diesen

Begriff »wieder etwas Selbstverständliches werden« zu lassen, »getragen von einer einheitlichen Lebensform, einer gemeinsamen Wirtschaftsauffassung, Kultur und Kunst«, <sup>82</sup> also nicht nur eine bürgerliche Ideologie als Pendant zum Marxismus, sondern auch ein politisches Programm zu formulieren, »das so suggestiv auf die Massen einwirkt... wie das Erfurter Programm« auf die Arbeiterschaft. <sup>83</sup> Der Ruf nach einheitlichem Bewußtsein und gemeinsamen Grundauffassungen enthielt das Postulat einer gesellschaftlichen und politischen Formierung, die abweichendes Verhalten nicht duldete. Die Diffamierung kritischer Intellektueller – mit antisemitischen Untertönen – ließ dann auch nicht auf sich warten. <sup>84</sup> Von jenem freien, unabhängigen Individualismus liberaler Provenienz, den viele Bürgerräte für das Bürgertum programmatisch noch in Anspruch nahmen, etwa mit der Behauptung, »Bürgertum ist nichts mit Masse Verbundenes«, <sup>85</sup> wurde hiermit Abschied genommen. Ein sächsischer Bürgerrat sprach dies unumwunden aus, als er ein »individualistisches Programm« für die Bürgerräte ablehnte, weil es darum ginge, »Massen« zu sammeln, »nicht einzelne Individuen, ... sie mögen geistig so hoch stehen, wie sie mögen, denn nur in der Masse kann die Bürgerratsbewegung lebensfähig bleiben und wirken«. <sup>86</sup>

Semantisch und psychologisch verfolgten diese Begriffsbesetzungen und -uminterpretationen wie schon in den Revolutionswochen die Absicht, die Arbeiterschaft zu verwirren, geistig zu »expropriieren« <sup>87</sup> und die Sozialdemokratie sprachlos zu machen. Politisch verfolgten sie das Ziel, möglichst große Teile der Arbeiterschaft abzuwerben und ins bürgerliche Lager herüberzuziehen, um den Rest um so leichter isolieren und besiegen zu können. Zwischen Bürgertum und Bolschewismus nämlich bestand für die Bürgerräte nicht ein Verhältnis der Konkurrenz, sondern allein unversöhnlicher Kampf. »Eine Überwindung der feindlichen Weltanschauungen gibt es nicht«, schrieb das Bürgerblatt Stettin. <sup>88</sup> Für manche trug der Kampf quasi-religiöse, chiliastische Züge. So hieß es in einem Nachruf auf den Vorsitzenden des Bürgerrats München, Sozialismus sei für ihn »die zur Organisation gewordene Sünde wider den heiligen Geist« gewesen, und er sei ausgezogen »im Zeichen des Kreuzes gegen den Antichrist«. <sup>89</sup> Die Anerkennung der Existenzberechtigung des Gegners war daher ausgeschlossen, denn er wurde als Feind, als Todfeind angesehen. Allein sich mit seinen Zielen und Argumenten inhaltlich auseinanderzusetzen, konnte daher als Ketzerei und moralisch anstößig gelten und unterblieb. Mit ihm konnte es auch »niemals ein Paktieren« geben, keine Kompromisse und keinen temporären Interessenausgleich, eine Aussöhnung allenfalls dann, wenn er seinem Irrglauben abschwor oder bekehrte wurde, etwa wenn »die Befreiung der deutschen Seele auch im Proletariat« gelang, was sich jedoch höchstens als individueller Akt, kaum als kollektive Handlung vorstellen ließ. Sonst

gab es nur den »unausweichlichen Endkampf«, einen »Kampf bis aufs Messer«, <sup>90</sup> bis zur Vernichtung des Gegners oder dem eigenen Untergang.<sup>91</sup> Dies unterscheidet den Antibolschewismus der Bürgerräte grundlegend von einer ideologischen Auseinandersetzung, wie sie in pluralistischen demokratischen Staaten zwischen politischen Gegnern üblich und normal ist.

Zur Mobilisierung des Bürgertums für diesen Kampf wurde das Bild des Gegners bis ins Kolossale vergrößert und bisweilen ins Groteske verzerrt, mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten ausgestattet wie außerordentlichem Einfallsreichtum, enormer Gewandtheit und Gefährlichkeit, gleichzeitig mit den schlimmsten Eigenschaften und Absichten ausgestattet und aller Tugenden, aller Sittlichkeit, Kultur und Menschlichkeit entkleidet. Von den russischen Bolschewisten wurden unvorstellbare Greuelthaten kolportiert.<sup>92</sup> Von »enormen« Talenten und »bewundernswertem« Arbeits-eifer, mit welchem »politische Werbeweiber« der Spartakisten heimgekehrte deutsche Kriegsgefangene umgarnten, wußte das Organ des Reichsbürgerrats zu berichten.<sup>93</sup> Wiederholt war von der angeblichen Gefahr unmittelbar bevorstehender »schwerster Unruhen« die Rede.<sup>94</sup> »In diesem Winter, vielleicht schon in wenigen Wochen«, hieß es im September 1919, »will Spartakus zum letzten, zum vernichtenden Schlag ausholen.«<sup>95</sup> Die politischen Schlußfolgerungen lagen auf der Hand: Aufbau eines »anti-sozialistischen Massenblocks«, <sup>96</sup> einer »staatsbürgerlichen Einheitsfront« aus »Stadt und Land gegen den sozialistischen Radikalismus und Utopismus«<sup>97</sup> und Bekämpfung der »todbringenden sozialistischen Seuche«<sup>98</sup> »mit den schärfsten Mitteln«, <sup>99</sup> notfalls »mit den gleichen Tatmitteln«, »wie sie von der Gegenseite zur letzten Machtergreifung vorgesehen sind«<sup>100</sup> – »Gewalt gegen Gewalt«, <sup>101</sup> bis der Feind »unschädlich«<sup>102</sup> gemacht oder vernichtet sein würde.

In diesen Schlagworten und ideologischen Versatzstücken kommen Bewußtseinszüge zum Ausdruck, die rund ein Jahr nach der Novemberrevolution in größeren Kreisen des deutschen Bürgertums anzutreffen gewesen sein dürften. Zunächst die diffuse Angst vor der organisierten Arbeiterbewegung oder einem meist unsichtbaren, aber vermeintlich allgegenwärtigen und übermächtigen Feind, verbunden mit dem Gefühl eigener ideologischer Schwäche und organisatorischer Unterlegenheit – eine Nachwirkung des traumatischen Erlebnisses, in den Revolutionswochen den Massen der Arbeiterschaft und ihrer Ideologie und Programmatik nichts haben entgegensetzen und auf den Schutz durch die Staatsmacht nicht mehr haben rechnen zu können, ein Erlebnis, dessen psychologische und politische Langzeitwirkung kaum zu überschätzen ist. Ferner die Unfähigkeit, das tatsächliche Verhalten der Arbeiterorganisationen und ihrer Führungen einschließlich seiner Motive und Rahmenbedingungen angemessen wahrzunehmen. Zwar wurden die Gegensätze zwischen SPD, USPD und

KPD nicht völlig ignoriert, aber die »Gefahr einer Einigung der Arbeiterschaft«<sup>103</sup> und die Furcht vor der sozialen Revolution blieben lebendig. Entsprechend selten findet sich offene Wahrnehmung der Lebenswirklichkeit der Arbeiterschaft, Verständnis für ihre politischen Forderungen noch seltener. Die Motive, die sie großenteils zur Sozialdemokratie getrieben hatten, blieben ausgeblendet und verdrängt. Die Attraktivität des Sozialismus erschien lediglich als Ergebnis einer besonders gelungenen Propaganda oder – so die spätere, antisemitische Variante – besonders raffinierter Machinationen geheimer Verschwörer.<sup>104</sup> Psychisch diente dies dem Selbstschutz und der Selbstrechtfertigung. Vom Gedanken an freiwillige Aufgabe ererbter oder erworbener Privilegien des Bürgertums zugunsten der Arbeiterschaft findet sich dann auch ebensowenig eine Spur, von Bereitschaft zu eingreifenden wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen kaum ein Hauch. Wessel empfahl einmal eine »gesunde Verbindung von Individualismus und Sozialismus«;<sup>105</sup> doch was er konkret meinte, verriet er nicht. Die Vorzüge eines bürgerlichen Programms, welches, »den Theorien des Erfurter Programms entgegen, den Arbeitern ihre Unzufriedenheit nimmt und Zufriedenheit mit ihrem Los, ... mit ihrer sozialen Lage gibt«,<sup>106</sup> blieben unsichtbar. Das politische Ziel bestand allein in der Bewahrung des sozialen und ökonomischen Status quo und der (Wieder-) Gewinnung politischer Macht. Auch wenn oft nur vom Schutz gegen »linksradikale Übergriffe« die Rede war und allein die Unabhängigen und Kommunisten ausdrücklich genannt wurden<sup>107</sup> – im Grunde war als Gegner die ganze sozialistische Arbeiterbewegung gemeint, wenn die »Schaffung einer bürgerlichen Einheitsfront«<sup>108</sup> beschworen wurde oder gelegentlich sogar eine »bürgerliche Gegenrevolution«, eine »ganz unblutige« natürlich.<sup>109</sup>

Es mag sein, daß nicht alle Wortführer der Bürgerräte ihre antibolschewistischen Tiraden so ernst nahmen, geschweige denn ihre Finanziere und Leser, und daß sie die Implikationen ihres der Seuchenbekämpfung entlehnten Vokabulars nicht zu Ende gedacht haben, zumal manche im gleichen Zusammenhang nur von einer »geistigen Auseinandersetzung« zwischen zwei Weltanschauungen sprachen.<sup>110</sup> Auch fanden ihre Ideologie und politischen Ziele nicht überall im Bürgertum Anklang. Am wenigsten wahrscheinlich unter den Demokraten, über deren »zum Teil recht wenig freundliche Haltung« die Bürgerräte zunehmend klagten.<sup>111</sup> Selbst innerhalb der Rechten gab es Gegenstimmen. Max Hildebert Boehm zum Beispiel, einer der führenden Intellektuellen der Jungkonservativen, warf den Bürgerräten vor, durch den Versuch, das Bürgertum als »geschlossene Klasse« zu organisieren, die Klassenideologie des Marxismus wider Willen zu befestigen. »Ihr treibt marxistische Reaktion«, rief er ihnen zu, »denn im Kampf für das bürgerliche Klassenbewußtsein werdet ihr selber zu indirekten Marxisten«. <sup>112</sup>

Diejenigen Bürgerräte aber, die nach dem Frühjahr 1919 aktiv blieben oder wurden, ließen sich kaum beirren, um so weniger als bürgerliches Klassenkampfdenken nicht auf sie beschränkt war. Es findet sich – wenn gleich in unterschiedlichen Intensitätsgraden – in weiteren Kreisen des Bürgertums. Strukturell unterscheidet es sich kaum vom Antisemitismus, der sich gleichzeitig ausbreitete und sich mit dem Antibolschewismus auch inhaltlich berührte. Ernstzunehmen ist das Denken, das sich in jenen Tiraden offenbarte, im übrigen deshalb, weil es praktische Folgen zeitigte. Ohne das antibolschewistische Feindbild wären die brutalen Übergriffe von Regierungstruppen gegenüber Spartakisten oder Bolschewisten oder wenn immer sie hierfür hielten, kaum möglich gewesen, ebensowenig das Verständnis, wenn nicht sogar Einverständnis, das sie in der bürgerlichen Öffentlichkeit und ebenfalls bei den Gerichten fanden,<sup>113</sup> auch wenn eine weitere psychische Wurzel hierfür in der Tötungsmentalität liegen mag, die der Krieg vielen Frontsoldaten vermittelt hatte. Daß verbale Vernichtungsphantasien psychische Dispositionen verraten, die bei passender Gelegenheit im buchstäblichen Sinne aktiviert werden können, ist schließlich nicht nur der Psychoanalyse bekannt, sondern durch den Zusammenhang zwischen antisemitischer Propaganda vor 1933 und der Judenverfolgung und -vernichtung im Dritten Reich offensichtlich geworden. Es besteht daher keine Veranlassung, die Motive, die ihnen zugrundeliegen, und die Dispositionen, die sie enthalten, zu verharmlosen oder zu relativieren.

### *Kampf gegen das Weiterbestehen von Arbeiterräten*

Auf allen Ebenen bestand ein Ziel der Bürgerräte nach dem Abflauen der Bürgerkriegskämpfe darin, die Arbeiterräte endgültig zu beseitigen, wo sie noch bestanden oder sich Reste von ihnen erhalten hatten. Wessel bezeichnete sie im Sommer 1919 als »Hohn... auf das demokratische Grundgesetz der Gleichheit aller Staatsbürger«. <sup>114</sup> Anlässlich ihrer Neuwahl, die der Zentralrat entsprechend einem Beschluß des zweiten Rätekongresses vorbereitete, erklärten viele Bürgerräte, daß diese »keine Daseinsberechtigung« mehr hätten, und forderten die Regierung auf, entweder »die letzten Reste von Arbeiterräten verschwinden« zu lassen <sup>115</sup> oder die Bürgerräte gleichfalls anzuerkennen und zu Behörden und Kommunalvertretungen mit gleichen Rechten wie die Arbeiterräte hinzuzuziehen und finanziell zu unterstützen, auch wenn ihnen im Grunde wenig daran gelegen war, »irgendwie als eine zweite Revolutionsinstanz »verankert« zu werden«. <sup>116</sup>

Die Reichsregierung verwies auf die Zuständigkeit der Länder und Gemeinden und empfahl im übrigen ein »freundschaftliches Weiterarbeiten«

der Arbeiterräte bis zur endgültigen Regelung, falls sie sich »im Rahmen der ihnen eingeräumten Befugnisse« hielten.<sup>117</sup> Der preußische Innenminister hielt kommunale Arbeiterräte für zulässig, sofern Gemeinde- und Kreisvertretung einverstanden waren, und stellte den Bürgerräten anheim, für die Vertretung des Bürgertums in den Kommunalparlamenten selbst zu sorgen und dort die Arbeiterräte auszuschalten, etwa über die Sperrung der Geldmittel.<sup>118</sup> Auch die württembergische Landesregierung lehnte ihr Ansinnen ab, sagte aber zu, die von den Räten vertretenen Kreise würden »bei der endgültigen gesetzlichen Regelung der Einrichtung der Räte die gleiche Berücksichtigung finden müssen und finden wie alle anderen Kreise des Volkes«.<sup>119</sup> Sie nahm den Vorstoß jedoch zum Anlaß, sich intern darauf zu verständigen, »daß die Räte nunmehr abgeschafft werden sollten«, und die Landtagsfraktionen aufzufordern, »über den allmählichen Abbau der Arbeiterräte zu beraten«, die nach ihrer Überzeugung »keine Existenzberechtigung« mehr besaßen.<sup>120</sup> Auch in den übrigen Ländern waren ihre Tage gezählt, freilich nicht den Bürgerräten zuliebe, sondern weil auch die Sozialdemokratie ihre Beibehaltung ablehnte.

### *Unterstützung von Einwohnerwehren, Zeitfreiwilligeneinheiten und Technischer Nothilfe*

Besonders stark engagierten sich die Bürgerräte beim Aufbau der Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen-Verbände und der Technischen Nothilfe – Einrichtungen zur Bekämpfung neuerlicher innerer Unruhen und politischer Streiks der Arbeiterschaft. Zur Aufstellung der Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen entschloß sich die Reichsregierung, gedrängt von Offizieren und bürgerlichen Verbänden, unter dem Eindruck der politischen Streiks und der absehbaren Abrüstungsbestimmungen des Friedensvertrages im Frühjahr 1919.<sup>121</sup> Zwar sollten sie aus Angehörigen aller Bevölkerungsgruppen bestehen und politisch neutral sein. Aber die Arbeiterschaft hielt sich fern, während das Bürgertum die unverhoffte Chance, die sich ihm hier bot, unverzüglich nutzte. Auf örtlicher, gelegentlich auch überörtlicher Ebene nahmen sich ihr besonders die Bürgerräte an, nachdem sie an manchen Orten schon in den Revolutionswochen an der Aufstellung bewaffneter bürgerlicher Verbände mitgewirkt hatten, die bisher jedoch das Licht der Öffentlichkeit hatten scheuen müssen.

Der Reichsbürgerrat begrüßte die Einwohnerwehren als »das wichtigste Mittel, den kommunistischen Umtrieben gegenüber ... Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten«,<sup>122</sup> und bekannte sich bei vielen Gelegenheiten zu ihrer Unterstützung. Schon bald drängte er den Reichsinnenminister, mehr

zu ihrer Förderung zu tun, insbesondere ihre Einrichtung von Beschlüssen der kommunalen Selbstverwaltung unabhängig zu machen. Der Landesbürgerrat Sachsen forderte sogar eine Verpflichtung der Kommunen zu ihrer Bildung, damit sozialistische Mehrheiten in den Gemeindevertretungen sie nicht verhindern konnten.<sup>123</sup> An die einzelnen Bürgerräte erging der Appell: »Selbsthilfe tut not! Das einzige, was uns retten kann, wenn man uns angreift, ist Gewalt gegen Gewalt. Ein paar hundert Bürgersöhne, die wirklich Männer sind, können jede Stadt retten vor Bolschewistenherrschaft und Untergang.«<sup>124</sup> Zwar bekannten sich die Bürgerräte wiederholt dazu, daß die Einwohnerwehren »auf breitester Grundlage, unter Beteiligung sämtlicher ordnungsliebender Bevölkerungskreise einschließlich der Arbeiterschaft« errichtet werden sollten.<sup>125</sup> Daß aber die Arbeiter-, Bauern- und Landarbeiterräte an ihrer Bildung beteiligt werden sollten, hielten sie für eine »unerträgliche Bevorrechtung von Revolutionsinstanzen gegenüber dem Bürgertum«.<sup>126</sup> Und als die SPD ihre meist widerstrebenden Mitglieder zum Eintritt aufforderte, protestierten sie mit dem scheinheiligen Argument, die Einwohnerwehren müßten »parteilich durchaus neutral sein und bleiben«.<sup>127</sup>

Die Bürgerräte selbst aber engagierten sich unverzüglich »mit allen Kräften« am Aufbau der Wehren, nach eigener Aussage »auch durch Erwirkung größter finanzieller Mittel«. Der Bürgerrat München tat dies über seine Mitarbeit im »Heimatsdienst Bayern«. Der Bürgerrat Stuttgart förderte die württembergischen Wehren »durch Propaganda in Wort, Schrift und Bild und durch nachhaltigste finanzielle Unterstützung«. <sup>129</sup> Auch von den pommerschen Bürgerräten erhielten sie »weitgehendste Förderung«. <sup>130</sup> Ähnliches wurde aus Sachsen, Hannover, Westfalen und Kassel berichtet. <sup>131</sup> Der Elberfelder Bürgerrat überführte seine »Ordnungswehr« in die Einwohnerwehr. <sup>132</sup> Das gleiche geschah mit der Kieler Stadtwehr. In Hamburg wurde der Bürgerbund allem Anschein nach aufgrund seiner guten Beziehungen zur örtlichen Reichswehrführung sogar an der Personalauswahl für die Einwohnerwehr beteiligt. <sup>133</sup>

Während die Einwohnerwehren als ständige Einrichtung konzipiert waren, vorzugsweise zum polizeilichen Wachdienst herangezogen und ausschließlich in ihrem Aufstellungsort eingesetzt wurden, handelte es sich bei den Zeitfreiwilligen um temporäre Ergänzungsformationen der Reichswehr, die bei Bedarf mobilisiert wurden und überall eingesetzt werden konnten. <sup>134</sup> Auch sie erfreuten sich massiver Unterstützung durch die Bürgerräte. Eine Pionierrolle übernahm der Bürgerausschuß in Leipzig, wo die sozialistische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung die Einrichtung einer Einwohnerwehr abgelehnt hatte. <sup>135</sup> Wiederum zog er eine professionelle, multimediale, gleichsam amerikanische Werbekampagne mit den damals modernsten Methoden auf. Zunächst verschickte er an alle Mitglieder

und angeschlossenen Organisationen Werbeschreiben, insgesamt rund 10000, jeweils zielgruppenorientiert abgefaßt. In der Tagespresse wurden einschlägige Artikel veröffentlicht, es wurden Flugblätter verteilt, an Straßenecken, Häusern, Schildern und Schaufenstern kleine Werbezettel angeklebt, in Vergnügungsstätten Lichtbilder gezeigt, in den Kinos ein Film. Ein Werbefachmann bearbeitete darüber hinaus die Vorstände von Arbeitgeberverbänden, Innungen und anderen Wirtschaftsorganisationen sowie von Sport- und Freizeitvereinen und trat anschließend in den Mitgliederversammlungen auf. »Der Erfolg war stets ein sehr guter.« Schon Ende Mai 1919 zählte das Zeitfreiwilligen-Regiment rund 2000 Mitglieder.<sup>136</sup> Zur gleichen Zeit entstand in Stettin aus der schon erwähnten konspirativen Selbstschutzorganisation ein Zeitfreiwilligen-Regiment, zu dem sich innerhalb kurzer Zeit rund 1000 Mann meldeten, darunter fast geschlossen höhere Schulklassen. Seine Aufstellung gab hier zugleich den Anlaß für die Gründung des Bürgerbundes, der fortan die Zeitfreiwilligen nach Kräften unterstützte. Er fungierte als ihre Zentrale, führte die Mitgliederlisten und die gesamte Korrespondenz, entfaltete gleichfalls eine überaus rege Werbetätigkeit, übernahm die Unfall- und Lebensversicherung aller Zeitfreiwilligen und teilte sie in militärische Verbände ein – mit Wissen und Billigung der zuständigen Militärbehörde, der angeblich das erforderliche Personal hierfür fehlte.<sup>137</sup> Wahrscheinlich profitierte der Bürgerbund umgekehrt von dem Nachrichtendienst, den die Zeitfreiwilligen organisierten, um Informationen über die »Gegenseite« zu beschaffen.<sup>138</sup>

In vielen Betrieben lehnten gewerkschaftlich organisierte Arbeiter jede Zusammenarbeit mit Mitgliedern von Zeitfreiwilligeneinheiten ab und forderten ihre Entlassung beziehungsweise Nichteinstellung; viele gewerkschaftliche Basisorganisationen verlangten ihren Ausschluß aus den Gewerkschaften. Die Bürgerräte drängten deshalb Arbeitgeberverbände und Unternehmen, »mit allen Mitteln dafür einzustehen, daß sie vor Schädigungen irgendwelcher Art infolge ihrer Tätigkeit bewahrt bleiben«,<sup>139</sup> und forderten gesetzliche Vorkehrungen gegen gewerkschaftlichen »Terrorismus« und für den Schutz von Arbeitswilligen – einstweilen freilich ohne Erfolg.<sup>140</sup> Wohl nicht allein aus humanitären Erwägungen bemühten sich manche Bürgerräte auch darum, den Angehörigen aufgelöster Freikorps und entlassenen Reichswehrsoldaten zivile Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen. Daß der Reichsbürgerrat sowie die Bürgerräte in Berlin, Sachsen und Rheinland-Westfalen das »Freikorps der Arbeit« des Hauptmanns Aumann wenn auch mit eher bescheidenen Beträgen unterstützten, um ehemalige Soldaten zu »Arbeitsgemeinschaften« für Bau- und Erdarbeiten, Bodenmeliorationen u. ä. zusammenzufassen, geschah vermutlich nicht zuletzt mit dem Ziel, eine jederzeit mobilisierbare Bürgerkriegstruppe beieinander zu halten und die geheime Aufrüstung von Bürgertum und



Landbevölkerung voranzutreiben. Ebensovienig scheint es zufällig, daß die Aumannleute auch zur Hilfspolizei gingen.<sup>141</sup>

Gegen Jahresende 1919 zählten die Einwohnerwehren über 900000 Mitglieder, davon rund 200000, nach anderen Angaben sogar über 350000 allein in Bayern, und verfügten über ca. 666000 Karabiner und Gewehre sowie 1800 Maschinengewehre. Hinzu kamen im Bergbau Zechenwehren, bei der Bahn Eisenbahn- und Verkehrswehren, auf dem Lande Bauernwehren.<sup>142</sup> Alle bestanden überwiegend, wenn nicht ausschließlich, aus Männern, die verschiedenen Gruppen des Bürgertums oder der Landbesitzer angehörten oder zumindest nahestanden. Die Bewaffnung des Bürgertums, in den Revolutionswochen von den Bürgerräten herbeigeseht und hier und da heimlich begonnen, war in einem damals kaum für möglich gehaltenen Ausmaß geschafft, gleichfalls diejenige der Landbesitzer. Gleichzeitig waren die Sicherheits- und Volkswehren, die viele Arbeiter- und Soldatenräte Ende 1918 eingerichtet hatten, bis auf wenige Reste verschwunden. Wo sie noch bestanden, halfen die Bürgerräte nach Kräften, ihnen den Garas zu machen. In Hamburg richtete der Bürgerbund anlässlich der Besetzung der Stadt durch Reichwehrtruppen im Juli 1919 schwere Vorwürfe gegen Kommandantur und Volkswehr, äußerte sein »Befremden« darüber, daß an militärischen An- und Verordnungen noch immer Vertrauensleute der Arbeiterschaft mitwirkten, und verlangte, daß »Staatsbürger der gesamten ordnungsliebenden Bevölkerung hierzu herangezogen werden«; er forderte außerdem die Aufstellung einer »genügenden und zuverlässigen Sicherheitstruppe« und die Besetzung der Kommandantur mit einer »erfahrenen und tatkräftigen Persönlichkeit«.<sup>143</sup> Fast alle seine Wünsche waren erfüllt, als die Reichwehrtruppen bis auf drei Bataillone wieder abzogen. In Frankfurt a. M., wo noch ein sozialistischer Polizeipräsident amtierte, konzentrierte sich der Bürgerschaft seit dem Frühsommer 1919 darauf, die angebliche Unzuverlässigkeit und politische Einseitigkeit der kommunalen Sicherheitskräfte anzuprangern und die städtische Hilfspolizei samt der Polizeiführung als Gefahr für die öffentliche Ordnung hinzustellen.<sup>144</sup> Im November war er am Ziel: Eine Abteilung der kasernierten Sicherheitspolizei wurde nach Frankfurt verlegt, der Polizeipräsident abgesetzt, die Hilfspolizei entwaffnet und bald darauf restlos entlassen. Gleichzeitig entstand nun auch hier eine Einwohnerwehr, der Freiwillige Ordnungsbund, bereits im Frühjahr 1920 8000 Mann stark.<sup>145</sup> Insgesamt hatte sich Ende 1919 das militärische Kräfteverhältnis irreversibel zuungunsten der Arbeiterschaft verschoben.

Im engen Zusammenhang mit der Bildung von Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbänden stand die Gründung der Technischen Nothilfe Ende September 1919, einer halbstaatlichen Organisation zur Weiterführung lebenswichtiger Betriebe bei Streiks und Katastrophen.<sup>146</sup> Aufgrund

der Generalstreikerfahrungen vom Frühjahr, denen sich im Sommer und Herbst noch weitere hinzugesellten, sahen selbst die Führungen von Gewerkschaften und SPD diese Aufgabe als notwendig an. Aber ebenso wie die Einwohnerwehren nur auf dem Papier politisch neutral und aus allen Bevölkerungsgruppen zusammengesetzt waren, entwickelte sich auch die Technische Nothilfe, deren Anfänge auf die Freikorps zurückgingen und deren Leiter überwiegend ehemalige Offiziere stellten, zu einem Instrument des Bürgertums gegen die Arbeiterschaft. Diese verdächtigte sie nicht ohne Grund als Streikbrecherorganisation und eine gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Einsatzgruppe der Rechten, zumal ihre Fürsprecher sich ebenfalls für eine Unterbindung des »Streikterrors« einsetzten, also eine Einschränkung des Streikrechts, etwa durch obligatorische Schlichtungsinstanzen.<sup>147</sup> Unter ihnen fanden sich in vorderster Linie wiederum die Bürgerräte. Der Reichsbürgerrat unterstützte die Technische Nothilfe »auf jede Weise« und vereinbarte mit ihrer Zentrale ein »grundsätzliches, planmäßiges Zusammengehen«. An die örtlichen Bürgerräte richtete er die »dringende Bitte«, die Nothilfe »auf das nachdrücklichste zu unterstützen und eine möglichst rege Werbetätigkeit für sie zu entfalten«.<sup>148</sup> Die Technische Nothilfe ihrerseits ersuchte die Bürgerräte um Benennung von »tatkraftigen, politisch nicht zu exponierten Persönlichkeiten« als Ansprechpartner, ferner um Listen von Ingenieuren, die als »Ortsgruppenführer in Betracht kommen«, und um Umfragen in den ihnen nahestehenden Kreisen, »wer ggf. bereit wäre, der Nothilfe beizutreten«.<sup>149</sup>

Soweit ersichtlich, wurden diese Aufforderungen weithin befolgt. Die pommerschen Bürgerräte ließen der Technischen Nothilfe »weitgehendste Förderung« zukommen, gleichfalls die sächsischen.<sup>150</sup> In Wuppertal erledigte der Bürgerrat deren Büroarbeiten; sein Geschäftsführer fungierte als Vertreter ihres Ortsgruppenführers.<sup>151</sup> Allerdings lehnte die Technische Nothilfe eine Unterstützung bürgerlicher Abwehrstreiks durch eigene Streiks ab, und die Bürgerräte beteuerten, sie nicht aus ihrer »sorgfältig bewahrten Neutralität herausdrängen zu wollen«.<sup>152</sup>

Besonders in Pommern und Bayern führte die Kooperation beim Aufbau von Einwohnerwehren, Zeitfreiwilligen-Verbänden und Technischer Nothilfe nicht nur auf lokaler, sondern auch auf regionaler Ebene zu engen Vernetzungen der Bürgerräte mit anderen gleichgesinnten Organisationen. In Pommern gab es schon frühzeitig und dann regelmäßig formelle Kontakte zwischen Landbund und Bürgerräten. Vertreter des Landbundes sprachen in Versammlungen der Bürgerräte und umgekehrt.<sup>153</sup> Informell bestanden Verbindungen durch die Mitgliedschaft führender Angehöriger beider Seiten im Pommernclub, einer exklusiven Vereinigung aus den Spitzen der städtischen Gesellschaft Stettins und dem Großgrundbesitz der Landbezirke, unter ihnen der Direktor des Pommerschen Landbundes,

von Dewitz, und der Vorsitzende des Bürgerrats Stettin, Oberpräsidialrat Bartels. Aufgenommen wurden nur Personen, »die zu den gebildeten Kreisen gehören und die gesellschaftliche Umgangsformen beherrschen«, vor allem aber unzweifelhaft »christlich-monarchischer, deutsch-völkischer Gesinnung« waren. Juden waren ausgeschlossen, »um zersetzende Einflüsse zu verhüten«. Der Pommernclub wollte seinen Mitgliedern »Anregung, Aufklärung und Rückhalt« für ihre öffentliche Wirksamkeit bieten und einen »Resonanzboden... für eine starke Politik im Sinne der rechtsstehenden Parteien schaffen«. <sup>154</sup> Der Gedanke einer antisozialistischen und antigewerkschaftlichen Einheitsfront, gleichermaßen von Bürgerräten wie Landbünden propagiert, fand hier eine organisatorische Form. Über die praktische Tätigkeit des Pommernclubs ist Genaueres nicht bekannt, weil seine Mitglieder zur Verschwiegenheit verpflichtet waren. Man wird aber vermuten dürfen, daß in diesem Kreis alle politisch wichtigen Pläne zur Sprache kamen und, falls nötig, abgestimmt und koordiniert wurden. Welche politische Linie er verfolgte, verrät außer den Satzungsbestimmungen die häufige Teilnahme von Dewitz' an Treffen der Nationalen Vereinigung in Berlin, einer rechtsextremen Verschwörergruppe, die den Kapp-Putsch vorbereitete. <sup>155</sup> Möglicherweise hat es ähnliche Geheimgesellschaften nicht nur in Stettin gegeben. Jedenfalls wurde an Gesinnungsfreunde in anderen Teilen Pommerns die Bitte herangetragen, »auch in der Provinz... – besonders in den Kreisstädten – gleiche Vereinigungen ins Leben zu rufen«. <sup>156</sup> Der Pommersche Landbund und der Stettiner Bürgerbund unterhielten darüber hinaus engste Verbindungen zur Reichswehr. Mit ihrem Wissen und ihrer Billigung wurden auch auf pommerschen Gütern ehemalige Freikorpsangehörige mit ihren Waffen als sogenannte Arbeitsgemeinschaften untergebracht. <sup>157</sup> Schon Mitte 1919 waren infolgedessen in Pommern die Machtverhältnisse der Vorkriegszeit weitgehend wiederhergestellt, aber die politischen Fronten noch härter geworden. Landwirtschaft, Bürgertum und Reichswehr warteten nur darauf zu beweisen, wer die Macht hatte, nachdem die Arbeiter- und Soldatenräte nur noch ein Schattendasein fristeten oder bereits verschwunden waren. Anlässlich sozialdemokratischer Versammlungen und erst recht von Landarbeiterstreiks veranstalteten sie drohende Machtdemonstrationen und gezielte Übergriffe, die sich gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen insgesamt, vor allem gegen die Gewerkschaften richteten. <sup>158</sup>

In München, wo sich der im Dezember 1918 gegründete Bayerische Bürgerblock nach kurzer Zeit wieder gelockert hatte, entstand nach dem Ende der Räterepublik ein Aktionsausschuß aus BVP, DDP, DVP und Bürgerrat nebst den ihm angeschlossenen Wirtschaftsverbänden, der in Grundsatzfragen wie der Sozialisierungs- und Betriebsrätefrage gemeinsam auftrat. <sup>159</sup> Der Bürgerrat München gehörte zusammen mit dem Bayerischen Indu-

striellenverband und anderen Wirtschaftsverbänden auch dem Heimatdienst Bayern an, einer Art Holding zur finanziellen Unterstützung des Kampfes für »gesundes nationales Denken, zur Hebung der Arbeitsmoral und Arbeitsfreudigkeit und ... gegen den Bolschewismus«, <sup>160</sup> wie er überhaupt eng mit dem Geflecht der zahllosen Organisationen rechter Provenienz in Bayern verquickt gewesen zu sein scheint. <sup>161</sup>

### *Bürgerräte und Kommunalpolitik*

Nach dem Machtschwund der Arbeiterräte und dem Abklingen der politischen Streiks suchten und fanden viele Bürgerräte einen neuen Arbeitsschwerpunkt in der Kommunalpolitik. <sup>162</sup> Alle Bundesstaaten demokratisierten nach der Revolution das Kommunalwahlrecht, so daß 1919 überall Neuwahlen fällig wurden. In vielen Orten war nach jahrzehntelanger bürgerlicher Rathausherrschaft zum erstenmal mit sozialdemokratischen Mehrheiten zu rechnen. Die räumliche Nähe dieser Veränderung und die Unmittelbarkeit, Konkrettheit und alltägliche Sichtbarkeit ihrer wahrscheinlichen Folgen – von neuen Straßennamen über Baumaßnahmen bis zum Einzug von Sozialisten in kommunale Spitzenämter – scheinen auch in diesem Fall im bürgerlichen Lager nicht selten höhere Betroffenheit und mehr persönliches Engagement ausgelöst zu haben als der Kampf um die Zusammensetzung der Nationalversammlung in fernen Berlin. Außerdem war hier der soziale Zusammenhalt des Bürgertums besonders eng, aufgrund oft langer persönlicher Bekanntschaft, alltäglicher Geschäftsbeziehungen, Mitgliedschaft in Wirtschaftsorganisationen, Kirche und Sportvereinen. Es gab ein dichtes Netz formeller und informeller Beziehungen und eine gesellschaftliche Sphäre, in der man sich traf und unter sich war. Hier spielten auch die parteipolitischen Gegensätze eine weit geringere Rolle als in der Landes- und Reichspolitik.

Die Bürgerräte, die jetzt übrigens mehr und mehr als Bürgerbünde firmierten, versuchten sich diese Voraussetzungen zunutze zu machen. Viele bemühten sich um Blockbildungen oder wenigstens Listenverbindungen der bürgerlichen Parteien, mit freilich unterschiedlichem Erfolg. Den Anfang machte Braunschweig. Wie bereits erwähnt, schlossen sich hier schon im Dezember 1918 DVP, DNVP und der Rat der selbständigen Erwerbszweige zum Landeswahlverband zusammen, einer bürgerlichen Sammlungspartei, die innerhalb des bürgerlichen Lagers nur mit der DDP konkurrierte und bei den Landtagswahlen auf Anhieb zweitstärkste politische Kraft wurde. Sie erwies sich als überraschend stabil. Bereits im September 1919 erreichte sie eine Beteiligung an der Landesregierung. <sup>163</sup> In Bremen

schlossen sich vor der Bürgerschaftswahl im März 1919 DVP und DNVP ebenfalls zu einem Landeswahlverband zusammen, der seinerseits mit dem Zentrum eine Listenverbindung einging. Der Bürgerausschußvorsitzende Vinnen war an ihrem Zustandekommen maßgeblich beteiligt und führte die Liste als Spitzenkandidat an. Da einzelne bürgerliche Gruppen wie Kleinhändler und Angestellte separate Listen aufstellten, errang der Block jedoch nur 27 der insgesamt 200 Bürgerschaftsmandate.<sup>164</sup> Bei den preussischen Kommunalwahlen verbanden DVP, Zentrum und DNVP ihre Listen in Berlin und seinen Vororten – mit deutlicher Spitze nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die Demokraten, die in der Berliner Kommunalpolitik seit langem eine ausschlaggebende Rolle spielten. Diese Blockbildung dürfte mit dazu beigetragen haben, daß die DDP in der Reichshauptstadt überdurchschnittlich viele Stimmen gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung verlor.<sup>165</sup> Weitere Blockbildungen gab es unter anderem in Schleswig, Westerland und Hannover,<sup>166</sup> in Stralsund, wo der Bürgerblock die absolute Mehrheit erreichte,<sup>167</sup> ferner in Danzig, hier allerdings mit Ausnahme des Zentrums.<sup>168</sup> Zu Blockbildungen aus DNVP, DVP und Zentrum oder rechten Absplitterungen des Zentrums kam es in Kiel und einigen Orten des Ruhrgebiets,<sup>169</sup> bei den Kommunalwahlen in den linksrheinischen Gebieten vom Herbst 1919 auch in vielen Orten an Rhein und Mosel.<sup>170</sup> Allerdings sind sie nicht alle oder nicht allein den Bürgerräten zuzuschreiben. Besonderen Anklang fand der Gedanke eines »antisozialistischen Massenblocks...«, um eine alle wirtschaftlichen Gruppen umfassende politische und wirtschaftliche Vertretung zu haben«, bei den bayerischen Kommunalwahlen. An manchen Orten waren die Bürgerräte an der Aufstellung bürgerlicher Einheitslisten maßgeblich beteiligt, an anderen bemühten sie sich nach den Wahlen erfolgreich um eine Zusammenarbeit zwischen den bürgerlichen Fraktionen oder sogar eine regelrechte Blockbildung wie in Rosenheim und Bad Reichenhall.<sup>171</sup>

Im Rahmen dieser wahlpolitischen Aktivitäten organisierten einige Bürgerräte auch Rednerschulen. Der Bürgerausschuß Leipzig hatte bereits zu Jahresbeginn zur Schulung seiner Mitglieder und Sympathisanten für Wahlkampfauftritte eine Rednerschule eingerichtet und führte sie auch später fort.<sup>172</sup> Der Bürgerbund Kassel hielt ein »Staatsbürgerliches Seminar« ab, an dem im Laufe des Jahres über 3000 Hörer teilnahmen.<sup>173</sup> Der Bürgerrat Elberfeld organisierte im Dezember 1919 gleichfalls eine Rednerschule, in der 50 Teilnehmern die Technik der »Kampfred« beigebracht wurde; thematisch orientierte sie sich am Leipziger Vorbild.<sup>174</sup>

In vielen – insbesondere industriellen – Großstädten erhielt die Sozialdemokratie aufgrund des hohen Arbeiteranteils bei den Kommunalwahlen ein solches Übergewicht, daß die bürgerlichen Parteien trotz allem auf die Oppositionsbänke umziehen mußten. Hier verlegten sich die Bürgerräte

fortan auf die Agitation gegen sozialdemokratische Amtsträger. Der Kasseler Bürgerbund zum Beispiel protestierte gegen die Wahl Philipp Scheidemanns zum Oberbürgermeister mit der Begründung, er sei »nicht Fachmann« und »eingeschworener Parteimann«. <sup>175</sup> Gleichermäßen wurde gegen die Ernennung von Sozialdemokraten zu anderen Spitzenbeamten in Kommunen und Landkreisen polemisiert, vorzugsweise mit dem Schlagwort »Ämterschacher« und mit dem Argument, für die Ämterbesetzung dürften nur »persönliche Tüchtigkeit« und »erforderliche Fachkenntnis« ausschlaggebend sein. <sup>176</sup> Es diene nicht allein dazu, den Betroffenen diese Qualifikationen abzuspochen, sondern auch dem Anspruch, den höheren Verwaltungsdienst wie die Posten politischer Beamter Akademikern zu reservieren, die sich bis dahin zum größten Teil aus dem Bürgertum rekrutierten. Daß die Bürgerräte im übrigen die Politik mehrheitlich sozialdemokratischer Gemeindevertretungen kritisierten und vermeintliche oder wirkliche Mißstände in der Kommunalverwaltung in aller Schärfe angriffen, verstand sich von selbst. <sup>177</sup>

Besonders in Sachsen, wo sich die bürgerlichen Parteien in den Kommunen meist in der Opposition befanden, bemühten sie sich darüber hinaus, das Bürgertum in wichtigen kommunalpolitischen Fragen auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Der Bezirksbürgerrat Leipzig rief zu diesem Zweck alle bürgerlichen Gemeindevertreter der Amtshauptmannschaft zu regelmäßigen Treffen zusammen, an denen auch die Volkshammerabgeordneten teilnahmen. In der Amtshauptmannschaft Dresden entstand unter Mitwirkung der Bürgerräte sogar eine förmliche Vereinigung der bürgerlichen Gemeindevertreter. <sup>178</sup> Der Bürgerausschuß Leipzig richtete Fachausschüsse für Ernährungsfragen, Wohnungs- und Sanitätswesen, Wirtschaftsfragen und andere Gebiete ein und spielte eine wichtige Rolle bei der Verteilung industrieller Spendengelder für lokale Zwecke. <sup>179</sup>

Im übrigen nahmen sich die Bürgerräte in den Kommunen besonders der Schul- und Kulturpolitik an. Die Schulreformen der Republik – Durchsetzung der Grundschule als soziale Einheitsschule und der Simultanschule als Regelschule, Unentgeltlichkeit von Unterricht und Lernmitteln, Reinigung der Lehrpläne von nationalistischer und antisozialistischer Ideologie, Reform der Lehrerbildung und Verbeamtung der Lehrer aller öffentlichen Schulen –, zudem der Umstand, daß viele Volksschullehrer Sympathien für die Sozialdemokratie zeigten und sogar an der Spitze mancher Kultusministerien Sozialisten standen – die kurze Amtszeit des Unabhängigen Adolph Hoffmann als preußischer Kultusminister hatte im Bildungsbürgertum geradezu als schockierende Provokation gewirkt und zitterte noch lange nach <sup>180</sup> –, all dies ließ manche Kreise des Bürgertums daran zweifeln, ob die Jugend auf den Schulen noch »national bis auf die Knochen« erzogen würden wie sie es erwarteten. <sup>181</sup> Daher nutzten sie nach Kräften die Einfluß-

möglichkeiten, die die Reform der Schulverfassung ihnen bot, vor allem die Wahl der Elternräte, nach dem Motto: »Wer die Schule hat, der hat die Zukunft.«<sup>182</sup>

Manche Bürgerräte gründeten auch »vaterländische« Jugendorganisationen.<sup>183</sup> Andere unterstützten die Einrichtung von Volkshochschulen. Das mochte nach Verständnis für die bisherige Benachteiligung der Arbeiterschaft im öffentlichen Bildungswesen aussehen und nach dem Willen, ihr Möglichkeiten zu bieten, ihre Bildungsdefizite wenigstens teilweise nachträglich abzubauen. Vielleicht spielte diese Absicht tatsächlich hier und da eine Rolle. Doch sie paßte auch in ein Konzept konservativer Bildungspolitik. Denn da die Volkshochschulen keine Berufsberechtigungen oder Zugangszertifikate für weiterführende Schulen vergaben und für die Verteilung von Sozialchancen unwichtig blieben, versprach ihre Einrichtung den politischen Druck auf den Kernbereich des höheren Bildungswesens zu vermindern. Sie mochten also auch als Alibi für die Bewahrung des bildungspolitischen Status quo dienen und vertrugen sich mit Bestrebungen gegen eine soziale Öffnung der Hochschulen.<sup>184</sup> Gleichwohl gingen manche Bürgerräte bald auf Distanz zu ihnen, insbesondere dort, wo die Arbeiterschaft sie nicht nur besuchte, sondern auch inhaltlich Einfluß nahm und etwa Kurse über Volkswirtschaft angeblich »zur systematischen Propagierung sozialistischer Theorien« benutzte.<sup>185</sup>

Manche Bürgerräte führten außerdem einen Kampf für konservative Moralvorstellungen, für den »Schutz der Familie und der Ehe« und der Jugend, wie sie ihn verstanden. Vor allem zogen sie gegen »Schmutz in Kino und Theater« zu Felde,<sup>186</sup> besonders gegen »Aufklärungsfilme«. Tatsächlich hatte sich unter dieser Bezeichnung nach der Abschaffung der Filmzensur ein Genre breitgemacht, das wohl zutreffender als Pornographie zu bezeichnen war und auch von Beobachtern, die konservativer Neigungen unverdächtig waren, scharf kritisiert wurde.<sup>187</sup> Die Bürgerräte sorgten sich, daß diese Filme »die an und für sich schon gesunkene Moral noch weiter zu schädigen« und auf die »Moralbegriffe jugendlicher und wenig urteilsloser Personen... geradezu verheerend« wirken würden. Einige forderten deshalb die Wiedereinführung einer Filmzensur.<sup>188</sup> Als hieraus nichts wurde, bewog in Berlin-Friedenau der Bürgerrat die Kinobesitzer zu einem freiwilligen Verzicht auf die Vorführung der inkriminierten Filme.<sup>189</sup> Der Leipziger Bürgerausschuß brachte Pädagogen, Filmemacher und Vertreter von Bildungs- und Verkehrsvereinen zusammen, um »dem wirklich Guten, was der Film zu leisten vermag«, einen Weg zu ebnen.<sup>190</sup>

Im übrigen vertraten die Bürgerräte auf kommunaler Ebene die wirtschaftspolitischen Interessen ihrer überwiegend mittelständischen Klientel. Sie zogen gegen die »Zwangswirtschaft« und gegen jede Form von So-

zialisierung zu Felde, speziell gegen die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, die verschiedene Gesetzentwürfe der Regierung vorschahen,<sup>191</sup> und nahmen zum Flankenschutz Staatsunternehmen unter propagandistisches Dauerfeuer. Insbesondere kriegsbedingte Leistungsminderungen der Eisenbahn wurden als Beweis für die Leistungsunfähigkeit und Unrentabilität sozialisierter Unternehmen interpretiert, gleichfalls für die prinzipielle Überlegenheit der Privatwirtschaft, im übrigen als Beleg für die Unfähigkeit sozialistischer Wirtschaftsminister und Unternehmensleiter sowie für die Notwendigkeit einer gesetzlichen Einschränkung der Streikmöglichkeiten und der Wiedereinführung disziplinierender Arbeitsformen, vor allem der Akkordarbeit.<sup>192</sup> Daß sich die Bürgerräte gegen die Beibehaltung beziehungsweise gegen die gesetzliche Einführung von Betriebsräten aussprachen, verstand sich demnach von selbst. Nachdem das Betriebsrätegesetz dennoch im Januar 1920 verabschiedet worden war, rieten sie den Arbeitgeberorganisationen, den nichtsozialistischen Arbeitergruppen den Rücken zu stärken durch deren Beteiligung beim Abschluß von Tarifverträgen<sup>193</sup> und Ermunterung zur Aufstellung eigener Listen für die Betriebsrätewahlen. Zugleich wurde vor gemeinsamen Listen für Arbeiter und Angestellte gewarnt, weil sie »die Interessen beider Gruppen zu vermischen und zu verwischen« und »die Angestellten vollständig ins sozialistische Fahrwasser zu ziehen« drohten.<sup>194</sup> Der Bürgerausschuß Leipzig begann schon einen Tag nach der Verabschiedung des Gesetzes mit einem entsprechenden Schulungskurs mit rund 300 Hörern, vornehmlich Betriebsleitern und Juristen.<sup>195</sup>

Auch in Einzelfragen machten sich die Bürgerräte die Forderungen von Handel und Gewerbe zu eigen, etwa wenn sie sich gegen die »schematische Durchführung« des Achtstundentages und gelegentlich für einen Arbeitszwang und eine Erhöhung der Arbeitszeit auf zehn bis zwölf Stunden aussprachen,<sup>196</sup> eine Beteiligung an den Preisprüfungs-, Kohlen- und Lebensmittelkommissionen verlangten, die in vielen Kommunen bestanden, oder nach dem Ende der alliierten Blockade dazu aufriefen, keine ausländischen Luxuswaren zu kaufen.<sup>197</sup> Konservativen, rein männlichen Angestelltenverbänden wie dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband traten sie mit dem Verlangen nach Einstellung arbeitsloser Handlungsgehilfen anstelle von »Damen« in öffentlichen Unternehmen an die Seite.<sup>198</sup> Mit der Absicht, ihre soziale Basis im abhängigen Mittelstand zu festigen und zu verbreitern, hingen vermutlichen ebenfalls Aufforderungen zusammen, sich auch der »Not der kleineren und mittleren Rentner« anzunehmen.<sup>199</sup> Bezeichnend für ihre politische Grundeinstellung waren im übrigen Aufrufe zum Boykott von Feiertagen der Arbeiterschaft und jeglicher Revolutionsfeiern,<sup>200</sup> Forderungen nach einem Einwanderungsstopp, Einführung einer Meldepflicht und Ausweisung »lästiger« Ausländer<sup>201</sup> wie der Protest



des bayerischen Bürgerblocks gegen Überlegungen, inhaftierte Beteiligte der Räterepublik nach einem Jahr zu amnestieren;<sup>202</sup> am milden Urteil gegen den Eisnermörder Arco-Valley und an dessen späterer Begnadigung hatte er freilich nichts auszusetzen.

Zur Propagierung ihrer Ziele entwickelten manche Bürgerräte Formen der Öffentlichkeitsarbeit weiter, die schon in den Revolutionswochen einen rapiden Aufschwung genommen hatten. Eine Pionierrolle übernahm wiederum der Leipziger Bürgerausschuß, der sich bereits damals besonders einfallsreich gezeigt hatte.<sup>203</sup> Zur Kontaktpflege mit den Schriftleitern der bürgerlichen Lokalzeitungen gründete er einen besonderen Ausschuß, zur Einwirkung auf die Provinzpresse eine eigene Pressekorrespondenz, die der gesamten bürgerlichen Presse Sachsens und der angrenzenden Teile von Thüringen und Preußen kostenlos zugestellt wurde. Sie enthielt Artikel über die Bürgerratsbewegung und Aufsätze »aus ersten Federn« über aktuelle Fragen; bis Ende 1919 erschien sie in rund 50000 Exemplaren. Darüber hinaus ließ der Bürgerausschuß aus aktuellen Anlässen Flugblätter drucken und durch ein gut funktionierendes Verteilungssystem verbreiten, allein bis Ende 1919 rund 2 Millionen. Oft erschienen sie anonym, weil die Arbeiter, »besonders die Leipziger Unabhängigen, ... überhaupt nichts lesen, was vom Bürgertum kommt«. Viele wurden in Fabriken mit Hilfe der Unternehmensleitungen verteilt, die dafür die Druckkosten übernahmen.<sup>204</sup> Im gleichen Zeitraum wurden zu »Aufklärungs- und Kampfzwecken« außerdem rund 40000 Plakate angeschlagen. Mit beiden Mitteln warb der Bürgerausschuß auch für eigene Versammlungen, die durchschnittlich einmal monatlich stattfanden und gleichfalls aktuelle Themen behandelten. Zweimal im Monat gab er unter dem Titel »Brennende Tagesfragen« kurze Nachrichten heraus, die vor allem unter der Arbeiterschaft verteilt wurden, bis Ende 1919 in einer Gesamtauflage von rund 3,5 Millionen. Zu Fragen, die ausführlicherer Erörterung und Argumentation bedurften, insbesondere wirtschaftlichen, druckte er ferner rund 250000 Broschüren; da die Nachfrage immer größer wurde, gründete er schließlich einen eigenen Verlag.<sup>205</sup>

Wie die verschiedenen Methoden der Öffentlichkeitsarbeit kombiniert werden konnten, um »den Bürgerratsgedanken auch in die Teile Deutschlands zu tragen, in denen er bisher noch nicht Wurzel gefaßt hat«, <sup>206</sup> führte der Bürgerausschuß anlässlich der Leipziger Herbstmesse 1919 vor, die rund 80000 auswärtige Besucher anzog. An allen Litfaßsäulen der Innenstadt und der Vorstädte, in sämtlichen Messehallen und in allen Lokalen der City prangte ein Werbeplakat. 40000 Flugblätter wurden aus Flugzeugen über der Innenstadt abgeworfen, weitere 160000 an den belebtesten Stellen verteilt, auch vor jedem Tanzlokal, jedem Theater und dem Gewandhaus. Mit Einverständnis des Hotelbesitzervereins wurden sie in allen Hotels

ausgelegt und abends in den Restaurants den Gästen überreicht. Die größten Leipziger Varietés zeigten während der Pausen Lichtbilder, die für die Bürgerräte warben, die amtliche Messezeitung brachte zwei einschlägige Aufsätze. Kaum einem Messebesucher, resümierte der Bürgerausschuß zufrieden, war die Aufforderung, »sich um die Bürgerratsbewegung zu kümmern und dieselbe zu unterstützen, nicht in der verschiedensten Form zugegangen«. <sup>207</sup> Auch andere Bürgerräte belieferten die Redaktionen bürgerlicher Zeitungen regelmäßig mit Berichten über »sozialdemokratische Mißwirtschaft«, wie sie das »Programm für eine bürgerliche Gegenrevolution« in »entsprechender Aufmachung« empfahl. <sup>208</sup> Die Presseabteilung des Bremer Bürgerausschusses führte den »Kampf gegen den verderblichen Kommunismus und die Auswüchse des Sozialismus« in enger Verbindung mit der örtlichen Tagespresse und über 100 Zeitungen und Zeitschriften Nordwestdeutschlands. <sup>209</sup> Der Reichsbürgerrat nahm mit überregionalen Tageszeitungen Kontakt auf, um sie dazu zu bewegen, »grundsätzlich für die Bürgerratsbewegung ein[z]utreten«. <sup>210</sup>

So sehr die Bürgerräte grundsätzlich an Öffentlichkeitswirksamkeit interessiert waren, so ängstlich zeigten sich allerdings manche ihrer Mitglieder, wenn es darum ging, sich selbst öffentlich zu diesen Zielen zu bekennen. Die Hamburger Einzelhändler z. B. wünschten auf keinen Fall die Nennung ihrer Namen unter Aufrufen des Bürgerbundes, da sie »die größten Unannehmlichkeiten« befürchteten, besonders Boykottaktionen der Arbeiterschaft. <sup>211</sup> »Mit Rücksicht auf zu erwartende Störungen« hielt der Hamburger Bürgerbund Mitte 1919 auch größere, gar öffentliche Versammlungen für »nicht zweckmäßig« und zog es vor, im verborgenen zu wirken und in der Öffentlichkeit nur anonym aufzutreten. <sup>212</sup>

In manchen Fällen mag sich solche Öffentlichkeitsscheu auch daraus erklären, daß bestimmte Aktivitäten der Bürgerräte in der Tat die Öffentlichkeit zu scheuen und Gegenaktionen der Arbeiter zu gewärtigen hatten, falls sie bekannt geworden wären, nämlich Bespitzelung der Arbeiterorganisationen. Behauptet wurde derartiges von linker Seite mehrfach. Aufforderungen hierzu durch den Reichsbürgerrat lassen sich nachweisen, <sup>213</sup> eine entsprechende Praxis für einige Städte. In Wuppertal baute der Ende 1919 eingestellte Geschäftsführer des Bürgerrats, der von der Reichswehr kam, eine private Nachrichtenorganisation auf, die unter anderem das Generalkommando in Münster belieferte. Der Bremer Bürgerausschuß und der Landesbürgerrat Nordwestdeutschland tauschten ebenfalls mit dem Generalkommando Münster sowie den antibolschewistischen Organisationen der Hansestadt Informationen über die Arbeiterbewegung, insbesondere ihren linken Flügel, aus. <sup>214</sup> Auch der Leipziger Bürgerausschuß scheint sich ähnlichen Aktivitäten gewidmet und sogenannte Zivilführer etwa mit der Beschaffung von Fotos bekannter Arbeiterführer betraut zu haben, um de-

ren Verhaftung bei passender Gelegenheit zu erleichtern. Als Regierungstruppen im Mai 1919 die Stadt besetzten, stellte er ihnen diese Aufklärer zur Verfügung. Mit dem Stettiner Bürgerbund hing vermutlich der dortige Verein zur Bekämpfung des Bolschewismus zusammen, der sich ebenfalls enger Kontakte zur Reichswehr erfreute.<sup>215</sup> Der Dresdner Bürgerrat arbeitete seit Sommer 1919 mit den dortigen antibolschewistischen Organisationen zusammen.<sup>216</sup> Der Münchener Bürgerrat richtete selbst eine Abteilung für den »Kampf gegen den Bolschewismus« ein, und zwar nach eigener Aussage »mit ganz erheblichen Mitteln und mit tüchtigen Kräften«.<sup>217</sup>

Solche Aktivitäten dürften in mehr oder weniger engem Zusammenhang mit Vorkehrungen für gemeinsame bürgerliche Abwehrstreiks gestanden haben, die sich für viele Orte nachweisen lassen. In Bremen zogen die Führer des Abwehrstreiks vom April 1919 aus ihren Erfahrungen den Schluß, das Bürgertum müsse seine Streikabwehr zu einer »ständigen Zentrale ausgestalten, die regelmäßig alles, was zur Rüstung auf künftige Fälle dienlich ist, berät, ordnet und vorbereitet«.<sup>218</sup> Hier wurde eine solche Stelle alsbald eingerichtet. Im Spätsommer 1919 trat sie in Aktion anlässlich eines Hafendarbeiterstreiks, der primär innerorganisatorische Gründe hatte und kaum wirtschaftliche Ziele verfolgte. Trotzdem wurden bürgerliche Streikbrecher aufgeboten, angeblich aus Rücksicht auf »lebenswichtige Interessen Bremens« und »volkswirtschaftliche Erfordernisse des ganzen Reiches«, in Wirklichkeit vor allem, um den Arbeitern zu demonstrieren, daß das Bürgertum einen Streik unwirksam machen konnte. Rund 1400 Freiwillige meldeten sich, obwohl nur etwa 600 bis 700 täglich gebraucht wurden. Gerichtsschreiber, Rechtsanwälte, Richter, Staatsanwälte, Ingenieure, Kapitäne, Schiffsoffiziere, Handlungsgehilfen, Kaufleute und Schüler versuchten sich als Schauerleute. Wie der Bürgerausschuß »von sachverständiger Seite« erfahren haben wollte, leisteten sie »vielfach größere Arbeit« als sonst die Arbeiter. Da der Streik ohne Erfolg für die Arbeiter ausging, sprach der Bürgerausschuß befriedigt von einem »völligen Siege der bürgerlichen Streikabwehr«.<sup>219</sup>

Die Pläne und Maßnahmen des Bremer Bürgertums avancierten rasch zum überregionalen Vorbild.<sup>220</sup> In Berlin erarbeitete der Bürgerrat im April 1919 detaillierte Richtlinien und Organisationspläne für einen Abwehrstreik – bis hin zu einem Untergrundnetz für die Kommunikation mit Verbänden und Innungen, Banken und Druckereien; die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der DDP verpflichteten sich zur Unterstützung mit allen Kräften.<sup>221</sup> Der Hamburger Bürgerbund beschloß im Juni 1919 die Beteiligung an einem Abwehrstreik, um »den Sturz der bestehenden staatlichen Ordnung zu verhindern«, und bestimmte eine Leitung, die »der Gegenseite unbekannt und unverdächtig« war und täglich wechseln sollte.<sup>222</sup> Einen ähnlichen Beschluß faßte im Juli die Münchener Ortsgruppe des Bayeri-

schen Industriellen-Verbandes. Im November trat der Münchener Bürgererrat auch an andere Berufsgruppen heran, um die Streikabwehr »möglichst lückenlos zu gestalten«, und richtete eine Abwehrorganisation mit verschiedenen Unterabteilungen ein.<sup>223</sup> Ähnliche Vorbereitungen trafen der Kieler Ordnungsbund und die Bürgerräte Stralsund, Stettin und Dresden, teilweise beraten durch Bremer Experten.<sup>224</sup> Der Bürgerrat Stuttgart organisierte einen eigenen Nachrichtendienst für den Fall von Unruhen.<sup>225</sup> Der Leipziger Bürgerausschuß blieb »gerüstet«, weil er »neue Angriffe der äußersten Linken auf das Bürgertum« gewärtigte;<sup>226</sup> hier wurde sogar der Bürgerstreik als Offensivwaffe erwogen, »um berechnete Forderungen durchzusetzen, wenn es eine andere Möglichkeit dafür nicht gibt«.<sup>227</sup> Allein der Frankfurter Bürgerausschuß schloß sich der Bürgerstreikdrohung nur mit Einschränkungen an.<sup>228</sup>

Die Resonanz des Bürgerstreikgedankens auf unterer Ebene ist vermutlich ein Indiz dafür, daß die politischen Streiks der Arbeiterschaft vom Frühjahr 1919 im selbständigen Mittelstand lange nachwirkten. Sie deutet weiter darauf hin, daß die Erfahrung, in welchem Maße lokale bürgerliche Gegenstreiks beträchtliche Durchschlagskraft gewinnen konnten, im Bewußtsein lebendig blieb; andernfalls wäre deren Weiterentwicklung bis hin zu einer Art Partisanentaktik kaum so intensiv betrieben worden. Der Wiederhall des Streikgedankens auf unterer Ebene mag aber auch ein Indiz dafür sein, daß soziale Ängste, politische Radikalisierung und Tendenzen zum politischen Aktionismus besonders im Mittelstand nach Ende des Bürgerkrieges größer und stärker blieben, als es die Parteien und großen Verbände auf der oberen Ebene widerspiegeln, sowie ein Indiz für eine latente Bereitschaft im Bürgertum, beim Auftreten radikalerer Organisationen, diesen zu folgen.

Da politische Streiks der Arbeiterschaft im größeren Stil in der zweiten Jahreshälfte 1919 jedoch ausblieben, hatte es einstweilen meist mit Vorkehrungen sein Bewenden. Tatsächlich durchgeführt wurde der Bürgerstreik, soweit ersichtlich, nur selten, etwa in Stettin anlässlich eines Arbeiterausstandes im September 1919. Nach Darstellung des Bürgerbundes trug er maßgeblich dazu bei, daß die Arbeiter ihren Streik abbrachen – und daß das Bürgertum seine Gegenmaßnahmen weiter verbesserte. Im November 1919 waren hier die Vorkehrungen für den Abwehrstreik »so vollendet und so abgeschlossen«, daß der Bürgerbund »auch schweren und verwickelten Lagen getrost ins Auge sehen« zu können glaubte.<sup>229</sup>

Ein neues Aktionsfeld fanden die Bürgerräte schließlich im Kampf gegen die Friedensbedingungen der Alliierten und den Versailler Vertrag, und ihn führten sie so lautstark wie irgend möglich. Einzelne hatten schon gegen die Waffenstillstandsbedingungen vom November 1918 protestiert.<sup>230</sup> Gegen die alliierten Entwürfe, die in Versailles auf den Tisch kamen, zogen sie

allenthalben zu Felde.<sup>231</sup> In Berlin ließen sie es nicht mit Worten bewenden. Am selben Tag, als in Scapa Flow die deutsche Kriegsflotte versenkt wurde, die an die Alliierten hatte ausgeliefert werden sollen, drangen auf Anregung des Bürgerratsvorsitzenden Marx Freikorpssoldaten ins Berliner Zeughaus ein und zwangen die Wächter zur Herausgabe der im Weltkrieg eroberten französischen Fahnen, zu deren Rückgabe sich die deutsche Regierung verpflichtet hatte; anschließend verbrannten sie die Trophäen vor dem Denkmal Friedrichs des Großen unter großer Anteilnahme von Studenten.<sup>232</sup> Nachdem der Versailler Vertrag dennoch in Kraft getreten war, erblickten die Bürgerräte im Kampf für seine Revision eine ihrer Hauptaufgaben.<sup>233</sup> Veranstaltungen über das »Säkularunrecht von Versailles« gehörten bald überall zu ihrem Programm.<sup>234</sup> Gegen einzelne Vertragsbestimmungen erhoben sie auch gesonderte Proteste, vor allem gegen den Kriegsschuldparagraphen und das Verlangen nach Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher; letzteres wurde als etwas besonders »Unsittliches, Unerhörtes, Ungeheures« empfunden und gebrandmarkt.<sup>235</sup> Der Bürgerbund Hamburg protestierte gegen die Auslieferung von Docks, Baggern, Kränen und Schleppern.<sup>236</sup> Gegenüber Delegierten der Siegermächte, die die Einhaltung der Vertragsbestimmungen zu kontrollieren hatten, wurde der Boykott empfohlen. Als Ende 1919 in Stuttgart der Besuch eines alliierten Überwachungsausschusses bevorstand, rief der Bürgerrat dazu auf, jeden gesellschaftlichen Umgang mit ihm zu unterlassen, und empfahl gleichzeitig die Denunziation »chrvergessenen, würdelosen Verhaltens«.<sup>237</sup> Bekannten Heerführern des Weltkrieges hingegen erwiesen die Bürgerräte überall ihre Reverenz. Der Bürgerbund Hamburg stattete Hindenburg anlässlich seines Rücktritts von der Spitze der Obersten Heeresleitung »unauslöschlichen Dank für unvergängliche Taten« ab.<sup>238</sup> Der Berliner Bürgerrat schickte ein Begrüßungstelegramm, als Hindenburg Ende November 1919 in die Reichshauptstadt kam, um vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß auszusagen.<sup>239</sup> Der Bürgerbund Stettin begrüßte Feldmarschall Mackensen bei einem Aufenthalt in der Ostseestadt und feierte ihn als Vorbild für die eigene Arbeit.<sup>240</sup>

Großes Engagement entwickelten die Bürgerräte auch für die sogenannten Abstimmungsgebiete, über deren Verbleib oder Abtrennung vom Reich aufgrund von Volksabstimmungen entschieden werden sollte, namentlich Oberschlesien und Schleswig. Sie versuchten die Abstimmungsberechtigten in den einzelnen Orten restlos zu erfassen – etwa indem sie sich die amtlichen Einwohnerverzeichnisse besorgten –, um sie, falls nötig, zur Teilnahme an der Abstimmung zu bewegen.<sup>241</sup> Zugleich warben sie für die »Grenzspende«, die den Deutschen, die in den Abstimmungsgebieten geboren waren, aber nicht mehr dort wohnten, die Reise in die alte Heimat und damit die Stimmabgabe ermöglichen sollte.<sup>242</sup> Namentlich der Bürger-

bund Stettin unterstützte massiv auch Zeitfreiwilligen-Einheiten, die an den militärischen Kämpfen mit Polen in Oberschlesien beteiligt waren.<sup>243</sup>

Gewiß unterschieden sich politische Schwerpunkte und Orientierung einzelner Bürgerräte. Der Appell des Leipziger Bürgerausschußvorsitzenden Goetz zum Beispiel, die Bürgerräte sollten »das Bürgertum aus seiner Lethargie aufrütteln, ihm Wege in die Zukunft und zur Arbeit an unserem Volke weisen und staatsbürgerliche Gesinnung wecken«, war vermutlich eher progressiv gemeint.<sup>244</sup> Soweit ersichtlich, standen jedoch bei den meisten konservative, wenn nicht reaktionäre Ziele und die Fortführung der alten Sammlungspolitik im Vordergrund. Was die Aktivitäten der Bürgerräte in einzelnen Orten dabei tatsächlich bewirkten, könnten nur lokalhistorische Studien weiter aufhellen. In Industriestädten mit sozialdemokratischen Mehrheiten vermutlich nicht sonderlich viel. In mittleren und kleineren Orten hingegen, in denen die Arbeiterschaft schwächer war, sich die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber der Vorkriegszeit nur wenig verändert hatten oder gar Einflüsse von Großgrundbesitzern aus umliegenden Landgebieten noch wirksam waren wie in Stettin, dürfte ihr Einfluß beträchtlich gewesen sein.

In der zweiten Jahreshälfte 1919 nahm er jedoch in vielen Regionen unverkennbar ab, als die Arbeiter- und Soldatenräte bis auf wenige Reste verschwunden und Reichswehr, Freikorps, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligeneinheiten stark genug waren, um neuerlichen Revolutionsversuchen von links schnell den Garaus zu machen, und das politische System der Weimarer Demokratie, wie immer man zu ihm stand, sich an die Arbeit machte. Das Bedürfnis für Sammlungsbewegungen und Vorbereitungen für bürgerliche Abwehrstreiks auf örtlicher Ebene schwächte sich ab. Zahlreiche Bürgerräte gerieten in die Krise. Der Düsseldorfer Regierungspräsident hatte Ende 1919 den Eindruck, im Rheinland hätten sie sich aufgelöst.<sup>245</sup> In Schleswig-Holstein war die Bürgerratsbewegung »völlig erlahmt und... im Absterben begriffen«.<sup>246</sup> Der Frankfurter Bürgerrat schrumpfte zu einem antisozialistisch-»staatsbürgerlichen« Diskussionszirkel.<sup>247</sup> In anderen Städten und Regionen freilich, wie in Braunschweig und Pommern, zeigten sich solche Entwicklungen kaum oder gar nicht.

### *Der Reichsbürgerrat 1919/20*

Der Reichsbürgerrat war an den lokalen Aktivitäten der einzelnen Bürgerräte anscheinend kaum beteiligt, möglicherweise hierbei auch unerwünscht. »Jede wirklich nachhaltige Bürgertätigkeit«, schrieb der Bürgerausschuß Leipzig im Frühjahr 1920, »muß in der Gemeinde anfangen, von

hier aus Wurzeln schlagend«. <sup>248</sup> Vielleicht stand dahinter die Erfahrung, daß bürgerliche Sammlungspolitik besser als durch zentralistische Organisationen von oben, wie es vor dem Weltkrieg wiederholt versucht worden war, von der Basis her betrieben werden konnte, vielleicht auch Kritik am Reichsbürgerrat, der unter Wessel kaum eine Führungsrolle wahrgenommen zu haben und unter den Mitgliedern auf zunehmende Gleichgültigkeit gestoßen zu sein scheint. Seine Zeitschrift hatte im Herbst 1919 eine Auflage von 20000 Exemplaren, aber nur 500 zahlende Abonnenten. <sup>249</sup> Jedenfalls beschränkte er sich in Angelegenheiten, die vorrangig die einzelnen Bürgerräte betrafen, im wesentlichen auf die Formulierung gemeinsamer Richtlinien und Ziele. Er vertrat sie auch gegenüber den Regierungsinstanzen, jedoch – soweit ersichtlich – ohne nennenswerten Erfolg; wohl schon deshalb, weil bis Mitte 1920 das Reich, aber auch die meisten Bundesstaaten von Sozialdemokraten geführt wurden, die politischem Druck von seiner Seite kaum nachzugeben bereit waren.

Im übrigen aber strebte er auf zentraler Ebene gleichfalls eine bürgerliche Einheitsfront und ähnliche Vernetzungen an, wie sie auf lokaler Ebene entstanden waren. Engere Beziehungen verbanden ihn einstweilen außer mit den antibolschewistischen Organisationen, die 1919 in einem Vertrauensausschuß mit Wessel als Vorsitzendem zusammengeführt wurden, <sup>250</sup> nur mit dem Hansabund, einigen Zentralorganisationen des Handwerks und dem Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine. Selbst in diesem Kreis hatte es jedoch im Frühjahr 1919 Unstimmigkeiten über die Frage gegeben, ob man der Sozialisierungsbewegung durch geringfügige Konzessionen einigen Wind aus den Segeln nehmen sollte. Umgekehrt traten im Reichsausschuß der Akademischen Berufsstände über die Stellung zum Reichsbürgerrat Mitte April 1919 ebenfalls die widersprüchlichsten Ansichten zutage. <sup>251</sup> Mit dem Abflauen der Bürgerkriegskämpfe wurden solche Meinungsverschiedenheiten hinfällig. Der Reichsbürgerrat stimmte hinfort in die Ablehnung aller Sozialisierungsabsichten ein und beteiligte sich an Protestaktionen dagegen. <sup>252</sup> Daß er sich auch gegen die Betriebsräte aussprach, es sei denn in einer Form, durch die der Unternehmer »in seiner Entschließungs- und Bewegungsfreiheit in keiner Weise gehemmt« würde, <sup>253</sup> war danach selbstverständlich, ebenfalls daß er sich für die wirtschaftlichen Interessen einzelner Mittelstandsgruppen einsetzte wie für eine Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung und die Verpflichtung Erwerbsloser, jede ihnen angebotene Arbeit zu übernehmen. <sup>254</sup> Für die Ärzte unterstützte er deren Verlangen nach höheren Honoraren, <sup>255</sup> für die Beamten nach Teuerungszulagen und Gehaltsaufbesserungen, mit der Begründung, es gehe hierbei »nicht um einen einzelnen Wirtschaftsstand..., sondern um den Staat selbst«. <sup>256</sup>

Der Kampf für Privateigentum, Wirtschaftsfreiheit und Mittelstandsför-

derung und gegen Mitbestimmung und staatliche Sozialpolitik wurde zu einem Pfeiler der programmatischen Plattform, auf der der Reichsbürgerrat einer Sammlung des Bürgertums näherzukommen hoffte. Den zweiten fand er im Kampf gegen den Versailler Vertrag und dessen Auswirkungen, denen er besondere Aufmerksamkeit und Aktivität widmete. Viele Kundgebungen örtlicher Bürgerräte wurden von ihm angeregt, vorbereitet und koordiniert. Insbesondere prangerte er die »Willkürherrschaft« der Ententruppen in den besetzten Gebieten an<sup>257</sup> sowie die »Schmach« für die »weiße Rasse«, daß zu ihnen auch farbige Soldaten zählten.<sup>258</sup> Zu einem speziellen Schwerpunkt entwickelte sich der Einsatz des Reichsbürgerrates und einiger Landesverbände für das »Deutschtum im Ausland«, vorzugsweise in den Gebieten, die vom Reich abgetrennt wurden, aber auch in solchen, die bisher zur Donaumonarchie gehört hatten. Der Landesbürgerrat Pommern organisierte Patenschaften für Orte in den abgetretenen Ostgebieten,<sup>259</sup> der Landesbürgerrat Sachsen für Städte in Oberschlesien und Westpreußen.<sup>260</sup> Er nahm auch Verbindung mit den Deutschen in Nordböhmen auf und animierte sie, ebenfalls Bürgerräte zu gründen.<sup>261</sup> Besonders enge Verbindungen wurden zu den Bürgerräten in Österreich geknüpft.<sup>262</sup> Die sächsischen Bürgerräte beteiligten sich Anfang 1920 an der Aufnahme von Kindern aus Wien, wo die Ernährungsverhältnisse damals noch schlechter waren als in Deutschland. Sie verstanden diese Aktion freilich »nicht nur als ein Werk selbstloser Nächstenliebe«, sondern auch als »eine Saat auf Hoffnung: ...die Vereinigung mit Deutsch-Österreich«,<sup>263</sup> die die Siegermächte verboten hatten. Sie wurde im Sommer 1920 symbolisch vollzogen, als die österreichischen Bürgerräte »unter größtem, minutenlang anhaltendem Beifall« in den Reichsbürgerrat aufgenommen wurden.<sup>264</sup>

Bemühungen um weitere Bündnispartner galten einmal den nichtsozialistischen Gewerkschaften. Lockere Kontakte zu den christlichen Organisationen bestanden schon seit November 1918.<sup>265</sup> Im Mai 1919 wurde versucht, anscheinend durch Vermittlung Stadtlers, sie zu intensivieren. Doch weder dem Gedanken an einen gewaltsamen Sturz der Regierung<sup>266</sup> noch einer engeren organisatorischen Verbindung mit dem Reichsbürgerrat scheinen die christlichen Gewerkschaften viel haben abgewinnen können. Zwar waren sie in ihren Hochburgen unter starken Druck der jetzt stürmisch expandierenden freien Gewerkschaften geraten, an der Ruhr außerdem der Syndikalistens, auch wenn sie ihre Mitgliedschaft ebenfalls steigern konnten,<sup>267</sup> und deshalb möglicherweise an stärkerem Rückhalt an bürgerlichen Organisationen interessiert. Über die Zentrumspartei und konfessionelle Organisationen waren sie dem Bürgertum ohnehin schon lange verbunden. Auch manche Parolen der Bürgerräte – das Bekenntnis zum Privateigentum, die Ablehnung des sozialistischen Klassenkampfgedan-



kens und das Ziel, die Arbeiter als »Vollbürger« in die bürgerliche Gesellschaft zu integrieren<sup>268</sup> – klangen nach Übereinstimmung mit ihrem Programm. Eine offene Kooperation mit den Bürgerräten war jedoch im Frühjahr 1919 eher geeignet, den Stand der christlichen Gewerkschaften in den Industriebezirken noch weiter zu erschweren. Daher hielten sie sich auf Distanz. Nur der christliche Landarbeiterverband ließ sich im Mai 1919 auf ein Gespräch mit dem Reichsbürgerrat ein, an dem auch die großen landwirtschaftlichen Verbände teilnahmen. Damals flackerten an verschiedenen Stellen Landarbeiterstreiks auf – am heftigsten in Pommern, wo der Landbund die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter zu verhindern suchte.<sup>269</sup> Der Vertreter des Landarbeiterverbandes, Knoll, zeigte sich trotzdem kooperationsbereit, wenn er sich auch nicht verkneifen konnte, dem Bürgertum vorzuwerfen, es habe »nie verstanden... die christlichen Gewerkschaften zu sich herüberzuziehen, ...immer alles mit dem Wort ›Arbeiter‹ abgetan und keinen Unterschied zwischen den ›sozialistisch organisierten‹ und den christlichen Gewerkschaften gemacht«. Wie sich zeigte, hatte sich daran wenig geändert. Daß auch die christlichen Gewerkschaften jetzt die Landarbeiter zu organisieren versuchten und den Streik nicht ausschlossen, machte sie in den Augen der landwirtschaftlichen Verbände fast ebenso schlimm wie den freigewerkschaftlichen Landarbeiterverband. Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landwirte verurteilte ihr Vorgehen – natürlich »im Interesse der nationalen Sache« –, der Pommerische Landbund lehnte jede Zusammenarbeit ab, solange sie nicht grundsätzlich dem Streik abschworen. Knoll wurde so in die Enge getrieben, daß er versprach, »von jetzt ab noch mehr gegen jeden Streik zu kämpfen«, und am Ende zusammen mit dem Reichsbürgerrat die Forderung der Agrarier unterstützte, »daß der Streik auf dem Lande unbedingt mit allen gesetzlichen und behördlichen Mitteln ausgeschaltet werden müsse«.<sup>270</sup> Die Beziehungen zwischen Agrarverbänden und christlichen Gewerkschaften blieben trotzdem gespannt, doch gab es erhebliche regionale Unterschiede.<sup>271</sup> Dennoch suchte der Reichsbürgerrat weiterhin die einen als Verbündete auf dem Land und die anderen als Vorposten in der großstädtischen Industriearbeiterschaft zu gewinnen. Die Kontakte nach beiden Seiten scheint er jedoch nur noch bilateral gepflegt zu haben. Im Juni 1919 schien »durch gegenseitige Delegiertenentsendung... ein engeres Zusammengehen in allen großen vaterländischen und volkswirtschaftlichen Aufgaben und Fragen gesichert«.<sup>272</sup>

Eine engere Kooperation mit den großen Industrieverbänden hingegen kam nicht zustande.<sup>273</sup> Wahrscheinlich stimmten viele Industrielle und Verbandsfunktionäre mit den Zielen des Reichsbürgerrats grundsätzlich überein, hatten doch viele von ihnen vor 1914 selbst dem Gedanken einer antisozialistischen Sammlungspolitik angehangen. Vor allem bestand in der

Abwehr aller Sozialisierungsbestrebungen völlige Übereinstimmung. Aber hierfür brauchte man keine besondere Koordinationsinstanz. Daß diese besonders vom ungeliebten Hansabund propagiert wurde, mag zusätzliche Reserve geweckt haben. Dessen eigene Beziehungen zum Reichsbürgerrat scheinen indessen zunehmend schwierig geworden zu sein. »Das Kind, die Bürgerratsbewegung«, war »der Mutter, dem Hansabund, entlaufen«, die es »wieder einfangen« wollte, um sich eine »neue Stellung« zu schaffen.<sup>274</sup> Die Bürgerräte aber dachten nicht daran, sich »ins Schlepptau nehmen zu lassen«.<sup>275</sup> So wich die anfänglich enge Zusammenarbeit einer Art »Gegnerschaft« und Konkurrenz.<sup>276</sup>

Auch der Versuch, mit den bürgerlichen Parteien in engere Beziehungen zu treten und von jeder ein Reichstagsmandat überlassen zu bekommen, führte nicht weit. Denn zwischen den Parteien bestanden erhebliche Meinungsunterschiede, außerdem eine gleichsam natürliche Konkurrenz um Wählerstimmen und politischen Einfluß, so daß sie nichts anfangen konnten und wollten mit der Parole von der bürgerlichen Einheitsfront, die allein negativ, gegen die Sozialdemokratie, bestimmt war, aber an positiven Inhalten außer den oben genannten beiden Punkten nur Allgemeinplätze wie »die drei Tugenden deutschen Wesens...: Autorität, Ordnung und Arbeit« aufzuweisen hatte. Um in Einzelfragen gemeinsam vorzugehen wie bei der Abstimmung über einzelne Artikel der Weimarer Verfassung und der Vorbereitung des Betriebsrätegesetzes,<sup>277</sup> bedurfte es keiner besonderen Organisation. Allenfalls beim Kampf gegen den Versailler Vertrag, der von allen geführt wurde, aber quer zu den jeweils vorrangigen Zielen lag, mochte es ein gewisses Bedürfnis nach Koordination und überparteilicher Öffentlichkeitsarbeit geben. Ob freilich der Reichsbürgerrat mit seiner weitgehend unbekanntem und politisch unerfahrenen Führungsmannschaft hierfür in Frage kam, durfte bezweifelt werden. Im übrigen galt die Bürgerbewegung anscheinend schon in der zweiten Hälfte 1919 als so reaktionär, daß die DDP, teilweise auch DVP und Zentrum sich scheuten, sie zu propagieren oder sich mit ihr zu identifizieren.<sup>278</sup>

Als Ausweg aus diesem Dilemma wurden anscheinend die Gründung einer bürgerlichen Sammlungspartei, einer »Partei der Parteilosen« oder einer »Allgemeinen Wirtschaftspartei«, sowie die Umwandlung der Bürgerräte in eine Partei (»Deutsche Volksgemeinschaft«) erwogen.<sup>279</sup> Aber auch hierin lag keine Zukunftsperspektive. Die Gründung einer weiteren Partei hätte das Bürgertum politisch nur noch weiter zersplittert und vielleicht die Bürgerratsbewegung selbst gespalten. Denn obwohl in ihr mittlerweile die Hardliner dominierten, stärkte die Annäherung an die christlichen Gewerkschaften den kleinen Flügel derer, die »unbeirrt durch alle bisherigen Mißerfolge« weiterhin versuchen wollten, »die Arbeiter in größeren Massen in unser Lager hinüberzuziehen und... den Weg zur

Verständigung zu finden«. <sup>280</sup> Daher wurde jener Gedanke nicht weiter verfolgt.

So verblieben dem Reichsbürgerrat nur politisch weniger einflußreiche Gruppen als weitere Bündnispartner: der selbständige und der »neue« Mittelstand, ehemalige Offiziere, die sich rasch in eigenen Verbänden organisierten, <sup>281</sup> und Angehörige der akademischen Berufe. Ende 1919 gehörten seinem Präsidialbeirat als »befreundete Verbände« der Bund der Landwirte, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, die Berliner Handwerkskammer und überregionale Handwerkerorganisationen, der DHV und der Bund technischer Berufsstände, der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, der Deutsche Offiziersbund sowie der Reichsausschuß der Akademischen Berufsstände an. <sup>282</sup> Die großen Industrie- und Arbeitgeberverbände fehlten ebenso wie die nichtsozialistischen Gewerkschaften, die Beamtenorganisationen und bürgerlichen Parteien.

Dieser relative Mißerfolg beim Aufbau einer bürgerlichen Einheitsfront hat vermutlich eine Rolle beim personellen Wechsel an der Spitze des Reichsbürgerrates gespielt. Wessel schied Ende 1919 aus gesundheitlichen Gründen aus. <sup>283</sup> Freilich hatte er sich durch seinen Führungsstil, »überaus hohe Spesen für Autofahrten, Frühstücke und persönliche Aufwendungen«, <sup>284</sup> schließlich durch eine ebenso unnötige wie peinliche öffentliche Auseinandersetzung über die Stellung der Bürgerräte zu den Juden und zum Antisemitismus so unbeliebt gemacht, daß er auf keinen Fall sein Amt hätte weiterführen können. <sup>285</sup> Sein Nachfolger, von einer Findungskommission aus Vorstandsmitgliedern mehrerer Bürgerräte ausgewählt, <sup>286</sup> wurde Friedrich Wilhelm von Loebell. Er war bis dahin in der Bürgerratsbewegung gar nicht in Erscheinung getreten. Anders als Wessel war Loebell jedoch politisch kein Unbekannter. Schon lange vor dem Weltkrieg war er als preußischer Abgeordneter der Konservativen Partei, noch mehr als Gründungsmitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie eine Schlüsselfigur der Sammlungsbewegung von Schwerindustrie, Landwirtschaft und Mittelstand gewesen, über seinen Bruder auch den industriellen Förderern der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung eng verbunden. 1904–1909 unter Bülow Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei und dessen engster Ratgeber in innenpolitischen Fragen, anschließend Oberpräsident der Provinz Brandenburg, war er kurz vor Kriegsausbruch zum preußischen Innenminister aufgestiegen und hatte seine Antrittsrede im Herrenhaus zu einem Appell an die bürgerlichen Parteien benutzt, sich gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen, und an die Arbeitgeber, gegen den »Terrorismus« der Gewerkschaften vorzugehen. <sup>287</sup> Während des Krieges hatte er eine etwas moderatere Linie verfolgt, <sup>288</sup> sich 1917 aber an die Spitze einer konservativen Fronde gegen den Reichskanzler

gesetzt, der mit Rücksicht auf die zugespitzte innenpolitische Lage die unverzügliche Verkündung des gleichen Wahlrechts beabsichtigte.<sup>289</sup> Trotzdem hatte auch er seinen Hut nehmen müssen, als Bethmann Hollweg gestürzt wurde. Gängiger Praxis entsprechend, war er anschließend wieder mit dem Posten des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg versorgt worden. Wegen einer Lobrede auf die Hohenzollern hatte ihn die neue Regierung Anfang 1919 entlassen.<sup>290</sup>

Als der Reichsbürgerrat Loebell den Vorsitz antrug – von sich aus scheint er sich nicht darum bemüht zu haben –, mochte ihn zwar in erster Linie die Absicht leiten, jemanden an die Spitze zu stellen, der über gute Verbindungen zu den bürgerlichen Parteien und Verbänden verfügte. Aber Loebell mußte seiner politischen Vergangenheit nach als eingefleischter Konservativer gelten – jetzt stand er der DNVP nahe<sup>291</sup> –, wenn auch weniger rabiat als die Alldeutschen und die Vaterlandsparteiler. Sein Name stand für die Wiederaufnahme bürgerlich-nationaler Sammlungspolitik in dem Verständnis, wie sie vor 1914 begonnen worden war, also mit eindeutiger Zielrichtung gegen die Sozialdemokratie. Unter einzelnen Mitgliedern der Bürgerräte stieß seine Nominierung daher auf Bedenken.<sup>292</sup> Aber eine Alternative gab es anscheinend nicht; die Anregung der Findungskommission, Loebell zwei Vizepräsidenten an die Seite zu stellen, »die auf anderem parteipolitischen Boden stehen«, um so politischer Einseitigkeit des Reichsbürgerrats vorzubeugen, blieb praktisch folgenlos.<sup>293</sup> Zwar erteilte Loebell in seiner Antrittserklärung einer prinzipiellen Gegnerschaft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft eine Absage, rief jedoch mit den mittlerweile geläufigen semantischen Wendungen zum Zusammenschluß des Bürgertums »im weitesten Sinne« auf zu einer »Schutzwehr« »gegen wirtschaftlichen Unverstand, gegen Terror und Klassenherrschaft, ... für Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Freiheit der Arbeit.«<sup>294</sup> Unter seiner Ägide wandelte sich die nach seinen Worten »gut angelegte, aber steckengebliebene Organisation« des Reichsbürgerrats<sup>295</sup> rasch zu einer »geräuschlos funktionierenden Verbindungs- und Clearingstelle der Rechtsgruppen.«<sup>296</sup> Daß dies nach außen kaum sichtbar wurde, mochte ihm nur recht sein.

## »Vergewerkschaftung« bürgerlicher Verbände und bürgerliche Massenaktionen 1919

Kam auch die Sammlungspolitik auf zentraler Ebene 1919 nicht recht voran – die Entwicklung der Organisationen von Bürgertum und Landwirtschaft machte hier rasch weitere Fortschritte in die Richtung, die sie in den Revolutionswochen eingeschlagen hatte. Dies zeigt, daß die Gruppen, die sie vertraten, sich einstweilen darauf einstellten, längerfristig unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie zu agieren, wie auch immer sie grundsätzlich zu ihr standen. Zugleich spiegelt dieser Prozeß auch Veränderungen des innenpolitischen Klimas seit dem Frühsommer 1919, nämlich zunehmende Ressentiments gegenüber der Republik und ihren Repräsentanten, abnehmende Verständigungsbereitschaft gegenüber politischen Kontrahenten, steigende Konfliktbereitschaft sowie Wiederverhärtung alter Fronten insbesondere gegenüber der Arbeiterschaft. Es ist symptomatisch für beide Prozesse, daß die Bezugnahme auf das Vorbild der Arbeiterorganisationen nicht nur nicht abnahm, sondern in manchen Gruppen Mitte 1919 erst voll einsetzte, so daß die ganze Organisationsbewegung geradezu als »Vergewerkschaftung« erschien. Hiermit verbreiteten sich auch Formen von Klassenkampfdenken, die es so im deutschen Bürgertum zuvor kaum gegeben hatte. »Alles organisiert sich zu Gewerkschaften, und der erfolgreiche sozialdemokratische Klassenkampf hat vor allem die Wirkung, alle anderen Bevölkerungsgruppen nun gleichfalls zu Klassenkämpfen zusammenzuschließen. Ganz Deutschland wird in Bälde starren vor Klassenkämpfen«, schrieb der liberale Theologe und Publizist Ernst Troeltsch, einer der klügsten und bestinformierten politischen Beobachter der Reichshauptstadt, im Dezember 1919.<sup>1</sup>

## *Industrie, Landwirtschaft und Handwerk*

Relativ schwach traten diese Prozesse in der Industrie in Erscheinung. Sie hatte schon unmittelbar nach der Revolution mit dem Aus- und Umbau ihrer Verbände begonnen und verfügte mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie seit Februar 1919 über eine mächtige Spitzenorganisation. Die Verbandsentwicklung ging indessen zügig weiter. Der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände waren im Oktober 1919 127 Verbände mit 481 Unterverbänden angeschlossen gegenüber 76 Verbänden mit 298 Unterverbänden ein Jahr zuvor. Auch der Zusammenschluß von Unternehmen in Kartellen, Interessengemeinschaften und anderen Formen machte rasche Fortschritte, getrieben nicht zuletzt von der politischen Absicht, uneinnehmbare Bastionen gegen neuerliche Sozialisierungsbestrebungen zu errichten.<sup>2</sup> Klassenkampfähnliche Parolen und Argumentationsfiguren wie bei den Bürgerräten finden sich jedoch kaum. Einstweilen hielt die Industrie weiter an der Kooperation mit den Gewerkschaften in der Zentralarbeitsgemeinschaft fest, wenn auch deren Bedeutung mit dem Abflauen der Sozialisierungsbewegung schnell zurückging. Zwar wurde in der Nationalversammlung noch erbittert um die Betriebsräte gerungen. Aber da selbst die Gewerkschaftsführer sich gegen entscheidende Mitbestimmungsrechte aussprachen, brauchten die Industriellen keine empfindlichen Eingriffe in die Unternehmensverfassung mehr zu befürchten, was sie freilich nicht hinderte, auch gegen die verbleibenden bescheidenen Rechte der Betriebsräte einen Propagandafeldzug zu inszenieren.<sup>3</sup> Ein ideologischer Kreuzzug gegen die Sozialdemokratie und pauschale Angriffe auf die Arbeiterschaft jedoch versprachen ihnen keinen Nutzen. Der Verzicht hierauf ist allerdings mitnichten als Zeichen dafür zu verstehen, daß sie sich mit den neuen politischen Verhältnissen abgefunden, sie gar akzeptiert hätten. Walther Rathenau, der alle maßgeblichen Wirtschaftsführer »ziemlich gut« kannte, meinte im Frühjahr 1919, »daß, wenn sie alle zusammen eine Körperschaft bildeten, diese es als ihre erste Aufgabe ansehen würde, soweit wie irgend möglich zu den alten Verhältnissen zurückzukehren. Es ist ... nicht eine einzige grundsätzliche Konzession zu erwarten.«<sup>4</sup>

Besondere Verbreitung fand die »Vergewerkschaftung« 1919 dagegen in den Agrarverbänden. Mit der Wahl der Nationalversammlung verfliegen der Schock über die militärische Niederlage und den Zusammenbruch der Monarchie sowie die Furcht vor Enteignung des Großgrundbesitzes. Anders als in den Revolutionswochen erschienen die neuen sozialdemokratischen Regenten seither nicht mehr als Schutz vor Unabhängigen und Kommunisten, sondern als Usurpatoren von Positionen, die ihnen nicht zustanden, und die parlamentarische Demokratie nicht mehr als Bollwerk

gegen die soziale Revolution, sondern als ein System, in dem die Agrarier ihre politische Vorzugsstellung verloren und keine Chance hatten, sie zurückzugewinnen. »Unsere demokratische Regierung hat nur vor den Massen Respekt«, erklärte ein brandenburgischer Gutsbesitzer im November 1919 erbittert; »mögen 1000 Großgrundbesitzer zusammen sein, die gelten einer demokratischen Regierung gar nichts, hier gilt nur die Masse.«<sup>5</sup> Durch ein »radikales Wahlrecht« würden »die Interessen des flachen Landes und der Landwirtschaft vergewaltigt durch die größere Kopfzahl der großstädtischen Massen«, lautete das gleiche Empfinden unter den hessischen Bauern.<sup>6</sup> Hinzu kam, daß nach der Aufhebung der Koalitions- und Streikrechtsbeschränkungen die Landarbeiter zu hunderttausenden in die Gewerkschaften strömten, Forderungen nach Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen und deren tarifvertraglicher Regelung stellten und sogar mit Arbeitsniederlegung drohten, um ihrem Verlangen Nachdruck zu verleihen.<sup>7</sup> Viele Landwirte, namentlich Gutsbesitzer, empfanden dies als unerhörten Angriff auf ihre angestammten, ihnen selbstverständliche Herrenrechte, als Insubordination und kriminelle Handlungen oder schlicht als »Bolschewismus«. Dieses Schlagwort avancierte »zum beliebigen manipulierbaren Synonym für jedwede Veränderung der überkommenen sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse, für Koalitions- und Streikrecht der Landarbeiter, für Arbeitslosenunterstützung, Steuergesetze, Preisreglementierungen und Liefervorschriften«.<sup>8</sup>

Nach dem Ende der Räteherrschaft und dem Verschwinden der Bauern- und Landarbeiterräte<sup>9</sup> antworteten auch die Agrarier auf die politischen Veränderungen mit Ausbau und Stärkung ihrer Organisation. Der Bund der Landwirte, bisher im Kern eine Vertretung der ostelbischen Großgrundbesitzer, bemühte sich mit intensiver Versammlungs- und Werbetätigkeit um die großenteils noch unorganisierten Bauern und suchte auch außerhalb seiner Stammlande Fuß zu fassen. Zwischen Kriegsende und Sommer 1920 steigerte er seine Mitgliederzahl von 272000 auf 390000, rund 40000 mehr als vor dem Krieg.<sup>10</sup> Darüber hinaus betrieb er die Gründung neuer, formell unabhängiger, tatsächlich eng mit ihm verbundener Landbünde auf Landes- und Provinzialebene sowie von Kreisbauernschaften auf Kreisebene – eine späte Antwort darauf, daß sich schon während des Krieges mit behördlichen Ablieferungs- und Preisvorschriften und sonstigen Reglementierungen ein Schwerpunkt der agrarischen Interessenvertretung vom Regierungszentrum in die Landkreise und Kommunalverbände verschoben hatte. Die Gründung dieser Organisationen stellte zugleich eine Reaktion auf verbreitete Unzufriedenheit mit der zentralistischen Struktur der alten Verbände und ein gestiegenes Selbstorganisations- und Selbsthilfebedürfnis der Bauern dar und zeigte damit eine ähnliche politische Mobilisierung und Aktivierung der Basis an, wie sie sich in den Städten

in den Bürgerräten ausdrückte. Nach dem Vorbild der Gewerkschaften<sup>11</sup> waren die neuen Organisationen als Einheits- und Massenorganisationen konzipiert und wollten alle Kräfte der Landwirtschaft zu einer »einzigsten stoßkräftigen... Macht« zusammenfassen<sup>12</sup> – Großgrundbesitzer wie Mittel- und Kleinbauern, dazu die Angestellten, vom Gutsverwalter bis zum Forstmeister, die Beamten der Landwirtschaftskammern und anderer öffentlich-rechtlicher Institutionen, womöglich auch die Landarbeiter und die Angehörigen »ländlicher Sonderberufe« wie Dorfpfarrer und Lehrer, Ziegeleidirektoren und Pferdezüchter, ferner die Handel- und Gewerbetreibenden der Landstädte, die ihre Kundschaft überwiegend auf dem Lande hatten, sogar großstädtische Fabrikanten von Landwirtschaftsmaschinen, Kunstdünger und anderer Produkte für den Agrarsektor. Als zusammenfassende Bezeichnung für diesen außerordentlich weiten sozialen Einzugsbereich wurde der Begriff des »Landvolks« geprägt.<sup>13</sup> »Wie einst die sozialdemokratische Partei« waren sich die neuen Organisationen bewußt, »daß sie in der Opposition... rücksichtslos und zäh sich vorwärtsarbeiten« mußten.<sup>14</sup> Während die alten Verbände trotz ihres schon vor 1914 bemerkenswert weit entwickelten Radikalismus noch Züge von Honoratiorenvereinigungen bewahrt hatten, wurden die neuen meist von jüngeren, durch die Erfahrungen von Weltkrieg und Umsturz geprägten, politisierten und von herkömmlichen Bindungen unbelasteten Fanatikern geführt.<sup>15</sup> Mit ihrer Einheitsparole sowie mit hemmungsloser Agitation und Demagogie entwickelten sie solche Anziehungskraft – besonders unter Bauern und Ackerbürgern<sup>16</sup> –, daß sie sich binnen kurzem über alle Agrarprovinzen Ost- und Mitteldeutschlands verbreiteten. Bereits Ende 1919 zählten sie nahezu 500 000, im Sommer 1920 ungefähr 700 000 Mitglieder, bald darauf doppelt so viele wie der Bund der Landwirte.<sup>17</sup> Ihre Orientierung an der Arbeiterbewegung verstärkte sich dabei noch. Sie machten begriffliche Anleihen, indem sie sich als »Landvolkgewerkschaft« bezeichneten<sup>18</sup> und die »gewerkschaftliche Machtentfaltung der ländlichen Massen« propagierten,<sup>19</sup> und beriefen sich ebenfalls auf das Vorbild der Arbeitergewerkschaften, wenn sie Rücksichtslosigkeit und Anwendung kollektiver Kampfmittel bei der Verfolgung ihrer Interessen predigten.<sup>20</sup> Schon im April 1919 schlossen sich die Landbünde mit dem Bund der Landwirte zur Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landwirtschaft zusammen, die als »landwirtschaftliche Einheitsfront« konzipiert war, zu »wirksamster Vertretung« der gemeinsamen Interessen des »Berufsstandes« auf »breitester Massengrundlage«.<sup>21</sup> Im Juli 1919 ging aus ihr der Deutsche Landbund hervor.<sup>22</sup>

Namentlich der Pommersche Landbund adaptierte – und pervertierte – den Gewerkschaftsgedanken auch insofern, als er sich anders als die Agrarverbände vor 1914 für eine Organisation der Landarbeiter einsetzte – aber nicht eine eigenständige, sondern eine wirtschaftsfriedliche, nach dem



Konzept der Gegenorganisation, das die Großindustrie im Kaiserreich mit einigem Erfolg erprobt hatte.<sup>23</sup> Er gründete eine eigene Arbeitnehmergruppe, in die er die Landarbeiter mit allen Mitteln hineinzutreiben versuchte, und bemühte sich verbissen um die Anerkennung ihrer Tariffähigkeit, unter anderem durch den Boykott von Tarifverträgen, an denen er nicht beteiligt war.<sup>24</sup> Nach seinen Vorstellungen nämlich sollten Lohnverhandlungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebergruppe des Landbundes geführt, Konflikte von einer paritätisch besetzten Schlichtungskommission entschieden und die Ergebnisse vom Reichsarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt werden.<sup>25</sup> Auf diese Weise wären Gewerkschaften auf dem Lande überflüssig und der Landbund praktisch zu einem Diktat der Lohn- und Arbeitsbedingungen legitimiert worden. Obwohl sich die Behörden weigerten, die Arbeitnehmergruppe als tariffähig anzuerkennen, machte sie beachtliche Fortschritte.

Ebenfalls die Bauernvereine, vor allem in Nord-, West- und Süddeutschland verwurzelt, expandierten kräftig. In Schleswig-Holstein zum Beispiel stieg ihre Mitgliederzahl zwischen Ende 1918 und Ende 1919 von 7000 auf 18000.<sup>26</sup> In vielen Gebieten entstanden neue Regionalorganisationen,<sup>27</sup> in Berlin eine Zentralstelle. Anfang 1920 zählte die Vereinigung deutscher Bauernvereine 22 regionale Organisationen mit über 500000 Mitgliedern, eineinhalb Jahre später rund 800000.<sup>28</sup> Auch in ihrem Organisationsbereich entstanden 1919 Kreisbauernschaften, die sich am Vorbild der Arbeitergewerkschaften orientierten, mitunter bis in ihre Selbstbezeichnung, und sich mit rasanter Geschwindigkeit ausbreiteten.<sup>29</sup> Wie dem Bund der Landwirte gelang es auch den Bauernvereinen, sie zu inkorporieren, etwa indem – wie in der Rheinprovinz – die beiderseitigen Dachorganisationen miteinander fusionierten und die Kreisbauernschaften zu Grundorganisationen der Bauernvereine gemacht wurden.<sup>30</sup> Der Zentrumsparterie eng verbunden, steuerten die Bauernvereine politisch einen moderateren Kurs als der Bund der Landwirte und die Landbünde. Vom Deutschen Landbund hielten sie sich fern; dieser stellte daher erst eine Vorstufe einer agrarischen »Einheitsfront« dar.<sup>31</sup> In lockerer Form allerdings entwickelte sich in Gestalt des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft gleichwohl eine einheitliche Spitzenvertretung. Sie ging aus dem 1917 gegründeten Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft hervor und stellte eine Art Dachorganisation aller landwirtschaftlichen Berufsorganisationen dar für ein gemeinsames Vorgehen in wichtigen Einzelfragen.<sup>32</sup>

Nur graduell schwächer findet sich eine vergleichbare Entwicklung im selbständigen Mittelstand, vor allem im Handwerk. Hier breiteten sich ebenfalls Empfindungen und Ressentiments weiter aus, die in den Revolutionswochen hervorgetreten waren, vor allem das Gefühl, vor dem 9. November in Staat und Regierung »eine feste Stütze und eine wohlwollende

Förderung« besessen<sup>33</sup> und »förmlich im Schlaraffenland gelebt« zu haben, in welchem dem Handwerk »die gebratenen Tauben in Gestalt von handwerkerfreundlichen Gesetzen und staatlicher Hilfe in den Mund flogen, ohne daß es viel zu tun brauchte«,<sup>34</sup> seitdem jedoch schutzlos auf sich allein gestellt zu sein und sich gegen die »besitzlosen Massen« behaupten zu müssen.<sup>35</sup> »Von der jetzigen Regierung und den öffentlichen Körperschaften sei nichts zu hoffen.«<sup>36</sup> Namentlich die Sozialdemokratie galt als schlechthin »handwerkerfeindlich«, zumal nach der Einführung des Achtsturentages, der Neuregelung des Lehrlingswesens und dem Betriebsrätegesetz.<sup>37</sup> Anders als in der Landwirtschaft hielt sich im Mittelstand überdies die Furcht vor Enteignung oder zumindest vor dem Verlust der ökonomischen Selbstständigkeit, insbesondere vor Kommunalisierungsmaßnahmen der Städte und Gemeinden.<sup>38</sup>

Im Handwerk wurde hieraus die Konsequenz gezogen, es »müsse sich politisieren«<sup>39</sup> und sich »politische Macht zu verschaffen suchen.«<sup>40</sup> Praktisch hieß dies ebenfalls »Selbsthilfe« durch Ausbau und Straffung der Organisationen.<sup>41</sup> Während sich im Einzelhandel die im März 1919 gegründete Hauptgemeinschaft als »Einheitsfront« von mittelständischen und Großbetrieben verstand,<sup>42</sup> verschaffte sich das Handwerk mit dem Reichsverband des deutschen Handwerks im Oktober 1919 eine Spitzenorganisation zur Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen.<sup>43</sup> Der öffentlich-rechtlichen Spitzenvertretung der Handwerks- und Gewerbekammern war er durch eine gemeinsame Geschäftsführung verbunden – »eine einmalige Verquickung von privater Interessenorganisation und Wahrnehmung staatlicher Befugnisse, die den Spitzenvertretungen des Handwerks einen juristischen Januskopf verlieh.«<sup>44</sup> Auf unterer Ebene bemühten sich die Handwerkskammern um »lückenlosen Zusammenschluß« der Handwerker, gelegentlich ebenfalls mit der ausdrücklichen Begründung, man müsse »von den Arbeitnehmern lernen.«<sup>45</sup>

Daneben entstanden 1919 auch im Handwerk neue Organisationen, denen die überkommenen Interessenvertretungen zu defensiv und politisch zu wenig kämpferisch erschienen, vor allem sogenannte Handwerkerbünde, zunächst gleichfalls auf regionaler Ebene.<sup>46</sup> Namentlich der im September 1919 in Hannover ins Leben gerufene Nordwestdeutsche Handwerkerbund verstand sich als »politische Kampf- und Abwehrorganisation«<sup>47</sup> und entwickelte sich schnell »zum aggressivsten Sprachrohr mittelständischer Ressentiments.«<sup>48</sup> Charakteristisch für das Organisationskonzept der Handwerkerbünde ist einerseits ihr Bestreben, »bis in die Familie hinein« zu reichen und »selbst die Handwerkerfrauen und -töchter« zu erfassen, andererseits ihr dezentraler und basisnaher Ansatz mit dem Ziel, ihr Netz »bis ins letzte Dorf« zu spannen<sup>49</sup> und regionale Wünsche und Eigenheiten durchzusetzen, »die zum Beispiel von einem in

Berlin zentralisierten Verband nie in dem Maße berücksichtigt werden könnten.«<sup>50</sup> Ihre Denkformen und Parolen gleichen denjenigen der Bürgerräte bis in den Wortlaut. Als größte und gefährlichste Bedrohung erschienen auch hier die »Massen«. Die Vorstellung einer unausweichlichen »Entscheidungsschlacht zwischen Sozialismus und Bürgertum«, »zwischen den besitzlosen Massen und dem festen selbständigen Mittelstand« tauchte ebenfalls wieder auf, und als praktische Konsequenz die »Einheitsfront aller Selbständigen« oder gar des gesamten Bürgertums,<sup>51</sup> auch in politischem Sinne. Ein vorrangiges Ziel bestand in der Aufstellung von Handwerkern als Kandidaten bei allen politischen Wahlen, »und zwar mit an erster Stelle, so daß auch tatsächlich ihre Wahl erfolgt und nicht wie bisher der Handwerker wohl als Dekoration auf der Liste erschien, aber keinerlei Aussicht hatte, gewählt zu werden.«<sup>52</sup> Besondere Aufmerksamkeit galt den Kommunalwahlen. Der Nordwestdeutsche Handwerkerbund wollte hierfür sämtliche Innungen, Genossenschaften, Fachverbände und Handwerkervereine zu einer »geschlossenen Stoßgruppe« zusammenfassen und mit Vereinigungen der Kaufleute, Beamten, Akademiker und Landwirte zu örtlichen Kartellen oder Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen.<sup>53</sup> Sind hierin das Organisationskonzept der Bürgerräte und ihre lokalen Einheitsbestrebungen unschwer wiederzuerkennen, so läßt sich der Gedanke, mit regionalen Zusammenschlüssen solcher örtlichen Organisationen die Kandidatenaufstellung der bürgerlichen Parteien auch für Land- und Reichstag zu beeinflussen, als Versuch interpretieren, wichtige Vorentscheidungen über die soziale Zusammensetzung der bürgerlichen Parlamentsfraktionen von den Parteien auf berufliche Organisationen zu verlagern und in das ungeliebte demokratische Wahlverfahren berufsständische Elemente einzuführen. Welche Erfolge die Handwerkerbünde hierbei erzielten, ist noch nicht untersucht. Sicher ist nur, daß sie alsbald Verbindung zu anderen Mittelstandsorganisationen aufnahmen,<sup>54</sup> vor allem aber unter den Handwerkern selbst beträchtliche Resonanz fanden.<sup>55</sup>

### *Freie Berufe, Beamte und Angestellte*

Unter den freien Berufen ist eine ähnliche Entwicklung vor allem in der Ärzteschaft zu beobachten. Auch hier hielt sich die anfängliche Politisierung; die Vorbehalte gegen den »sozialistisch durchtränkten Staat« von Weimar, von dem man dauerhaft »geringeres Wohlwollen« erwartete als von der untergegangenen Monarchie,<sup>56</sup> blieben lebendig, nahmen teilweise noch zu und verhärteten sich. Diskussionen in der USPD und KPD über eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens<sup>57</sup> hielten gleichfalls die Furcht

vor Sozialisierung und Verlust der ökonomischen Selbständigkeit lebendig.<sup>58</sup> Wiederum hieß die praktische Konsequenz: »Nur einmütiger Widerstand, lückenloser Zusammenschluß, kann Hilfe bringen!«<sup>59</sup> Und wiederum dienten die Arbeiterorganisationen als Vorbild. »Alles, was wir jetzt vorhaben, haben die sozialdemokratischen Arbeiter uns in ihrer politischen Organisation längst vorgemacht«, schrieb ein Wortführer der Hamburger Ärzte; »wir brauchen nur ihrem Beispiel zu folgen.«<sup>60</sup> Der Ausbau der Organisationen erfolgte in erster Linie auf unterer und mittlerer Ebene, um lokalen und regionalen Gegebenheiten besser Rechnung tragen zu können. In Preußen entstanden neue Ärzteverbände in einzelnen Provinzen.<sup>61</sup> In Bayern wurde im Juni 1919 die Landesärztekammer erweitert und neben ihr, als Nachfolger des Kriegsausschusses, ein besonderer Aktionsausschuß gewählt.<sup>62</sup> In Bremen, wo es bis zur Revolution keine Ärztekammer gegeben hatte, forderten die Ärzte ihre unverzügliche Einrichtung.<sup>63</sup> Hier wie auch sonst bemühten sich die Ärzteverbände im Sinne einer möglichst einheitlichen Interessenvertretung außerdem um die Gewinnung der Assistenzärzte und Medizinalpraktikanten.<sup>64</sup> Einzelne bislang unorganisierte Gruppen gründeten auch noch neue Verbände.<sup>65</sup>

Die Politisierung der Ärzteschaft äußerte sich in der Aufforderung zum stärkeren persönlichen Engagement in den Parteien, um eine angemessene Vertretung der Ärzte in den Parlamenten sicherzustellen.<sup>66</sup> Auf lokaler Ebene wurden vereinzelt auch besondere Vorkehrungen zur politischen Interessenvertretung geschaffen.<sup>67</sup> An manchen Orten beteiligten sich die Ärzte nach dem Ende des Bürgerkriegs zudem an der Bildung neuer Bürgerräte oder traten bereits bestehenden bei, zum Beispiel in Barmen und Düsseldorf.<sup>68</sup> Ebenfalls in Barmen sowie in München warben die ärztlichen Lokalorganisationen überdies für den Beitritt zur Einwohnerwehr, »und zwar mit der Waffe, nicht als Ärzte.«<sup>69</sup> In Fürth, vielleicht auch an anderen Orten, traten sie ihr korporativ bei.<sup>70</sup> Zudem verschärfte sich die Tonart der Verbände. Bezeichnend hierfür sind ihr Bekenntnis zur trotzigen Rücksichtslosigkeit und die ingrimmige Feindseligkeit, mit welcher der Verein sozialistischer Ärzte verfolgt wurde.<sup>71</sup> Dieser blieb infolgedessen ein kleines Häuflein von kaum 100 Mitgliedern und im wesentlichen auf Berlin beschränkt; nur in München entstand 1919 eine weitere kleine Ortsgruppe.<sup>72</sup> Eine ähnliche Weiterentwicklung des Organisationswesens auf zentraler und dezentraler Ebene ließe sich 1919 im übrigen für Apotheker, Ingenieure und Architekten, Anwälte und Richter nachweisen. Allerdings scheinen in diesen Gruppen mit Ausnahme der Apotheker Sozialisierungsbefürchtungen schwächer gewesen zu sein. Ihre Verbände schlugen jedenfalls in der Regel einen etwas moderateren Ton als die der Ärzte.<sup>73</sup>

Weniger einheitlich entwickelte sich die Organisation von Beamten und Angestellten weiter. Auch hier nahmen Zahl und Mitgliederstärke der

Verbände 1919 deutlich zu. Im Laufe des Jahres entstanden allein 50 neue Beamtenverbände. Die Angestelltenorganisationen, besonders die freige-werkschaftlich orientierten, verzeichneten einen Anstieg ihrer Mitglieder-zahlen bis auf das zehnfache.<sup>74</sup> In beiden Fällen handelte es sich um Grup-pen abhängig Beschäftigter; ihre Organisationen hatten sich daher schon unmittelbar nach dem Umsturz zum Gewerkschaftsgedanken bekennen können.<sup>75</sup> Dabei blieb es einstweilen. Ihre Zusammenfassung unter einem je gemeinsamen Dach erwies sich aufgrund der heterogenen sozioökonomi-schen Interessen der verschiedenen Beamten- und Angestelltenkatego-rien und unterschiedlicher politischer Orientierungen als schwieriger, als es in den Revolutionswochen erschienen war. Unter den Angestellten zerbrach schon nach wenigen Monaten die Spitzenorganisation, die damals – allerdings ohne die sozialistisch orientierten Verbände – in Gestalt des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände entstanden war. Verschiedene Organisationsblöcke traten an ihre Stelle. Der DHV und andere christlich-national orientierte Verbände schlossen sich im Novem-ber 1919 zum Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften zu-sammen, der 1920 rund 375 000 Mitglieder umfaßte. Noch 1919 bildete er mit den christlichen Gewerkschaften und Beamtenverbänden eine gemein-same Dachorganisation, den Deutschen Gewerkschaftsbund. Die »frei-heitlich-nationalen« Angestelltenorganisationen, ideologisch weniger fest-gelegt und entschiedene Anhänger der Weimarer Verfassung, vereinigten sich Mitte 1919 im Gewerkschaftsbund der Angestellten mit rund 300 000 Mitgliedern. 1920 schloß er sich mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerk-vereinen zum Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände zusammen.<sup>76</sup>

Unter den Beamten hielt sich der Deutsche Beamtenbund einstweilen als Spitzenorganisation. Aber der Abstand zwischen den höheren Beamten und den mittleren und unteren wurde nicht wirklich überbrückt oder gar geschlossen. Die höheren Beamten, die sich Anfang 1918 im Bund höherer Beamter zusammengeschlossen hatten, der seinerseits im November 1918 zu den Gründungsorganisationen des Deutschen Beamtenbundes gehört hatte, drängten seit der zweiten Jahreshälfte 1919 wieder auf eine eigene Organisation.<sup>77</sup> Auch unter den Angestellten bevorzugten die höheren, namentlich die akademisch gebildeten, separate Organisationen mit ständi-scher Orientierung gegenüber dem Zusammenschluß mit anderen Arbeit-nehmern derselben Branche ohne Rücksicht auf ihre formale Qualifikation und ihren Status, also etwa von Diplomingenieuren mit anderen Techni-kergruppen, eventuell auch Werkmeistern, zu einer einheitlichen Techni-kerorganisation. In einem weiteren Schritt hätte dieser Weg zum Anschluß an die Arbeitergewerkschaften der jeweiligen Branche geführt. Neue Be-rufsverbände von Akademikergruppen, die bisher kaum oder gar nicht or-

ganisiert gewesen waren – auf zentraler Ebene unter anderem die Universitätsassistenten und wissenschaftlichen Beamten, die Ministerialbeamten und die Chemiker<sup>78</sup> –, entstanden durchweg als exklusive Akademikerorganisationen.<sup>79</sup> Bereits bestehende wie der Verband angestellter Apotheker riefen zu »straffer Organisation« auf, verstärkten ihren regionalen Zusammenhalt und behaupteten ihr Standesbewußtsein einschließlich der Hoffnung auf spätere ökonomische Selbständigkeit.<sup>80</sup>

Das Wachstum der bestehenden und die Gründung neuer akademischer Berufsorganisationen befestigten auch die Position des Reichsausschusses Akademischer Berufsstände. Durch organisatorische Veränderungen trug er im übrigen selbst dazu bei. Mitte 1919 schied die Studentenschaft aus, blieb ihm aber durch ein Kartellverhältnis verbunden.<sup>81</sup> Dafür intensivierte der Reichsausschuß seine Verbindungen zu den Altherrenschaften der Korporationen und zu den Hochschullehrerorganisationen. Zugleich verstärkte er seinen Unterbau.<sup>82</sup> Ende 1919 vertrat er eigenen Angaben zufolge rund 200 000 berufstätige Akademiker.<sup>83</sup> Er suchte darüber hinaus auf zentraler Ebene die Kooperation mit anderen Verbänden, unter anderem mit Reichsbürgerrat und christlichen Gewerkschaften.<sup>84</sup> Wahrscheinlich unterhielt er enge Kontakte zu den Organisationen einzelner akademischer Berufsgruppen, vielleicht auch zu den bürgerlichen Parteien. Zwar bemühten auch diese sich nach der Revolution um die Akademiker und faßten ihre Mitglieder und Sympathisanten unter Lehrern, Ärzten, Rechtsanwälten und Notaren, Beamten, Professoren, Pfarrern und Ingenieuren in je eigenen berufsständischen Organisationen zusammen.<sup>85</sup> Zwischen diesen und dem Reichsausschuß scheint sich jedoch eine Art Arbeitsteilung herausgebildet zu haben dergestalt, daß sich der Reichsausschuß der gemeinsamen Belange der Akademiker annahm und als überparteiliche Interessenvertretung fungierte.

Zur Bewahrung der sozialen Privilegien der Akademiker und der Konservierung ihrer Rekrutierungsmuster kämpfte er vor allem gegen eine soziale Öffnung der höheren Ränge des Bildungssystems, die die feingesponnenen Netze sozialer Beziehungen und weltanschaulicher Beeinflussung der nachwachsenden Studentengenerationen durch die Akademikerorganisationen beeinträchtigt hätte. Schon im Dezember 1918 hatte er sich nachdrücklich für das Fortbestehen von Fähigkeitsnachweisen durch Prüfungen sowie von akademischen Graden ausgesprochen, um die Übernahme administrativer Führungspositionen durch Funktionäre der Arbeiterbewegung ohne Hochschulstudium zu verhindern.<sup>86</sup> Im Sommer 1919 zog er gegen die Zulassung von Volksschullehrern zum Universitätsstudium zu Felde, weil sie Wertigkeit und Ansehen der akademischen Abschlüsse und zugleich die »Bodenständigkeit« der Volksschullehrerschaft gefährde.<sup>87</sup> Für das Betriebsrätegesetz verlangte er eigene innerbetriebliche Akademi-

kervertretungen, wenigstens eine besondere Vertretung der leitenden Angestellten, welchen die Akademiker auch dann zugeordnet werden sollten, wenn sie keine leitende Stellung bekleideten; ferner die Mitbestimmung über Einstellung und Entlassung von Akademikern allein durch eine Belegschaftsvertretung, in der die Akademiker »gebührend« repräsentiert waren, schließlich die Gleichstellung der Berufsorganisationen der Akademiker mit den Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften.<sup>88</sup> Immerhin gelang es ihm, anlässlich der Beratung des Gesetzes in der Nationalversammlung die Akademiker unter den Ministern und Abgeordneten zu einer Besprechung seiner Anliegen zusammenzubringen.<sup>89</sup> Durchzusetzen vermochte er sie allerdings nicht.

Gewiß bestanden auch auf seiten der Arbeiterschaft, zumal der sozialistischen, starke Vorbehalte gegen die Akademiker wegen ihrer Funktionen innerhalb der Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen, oft auch aufgrund ihres persönlichen Auftretens und politischen Verhaltens.<sup>90</sup> Die Revolution und die Auseinandersetzung um die Sozialisierung hatten jedoch vielen Arbeitern, besonders Gewerkschaftsfunktionären, die Notwendigkeit eines Zusammengehens mit der technischen und administrativen Intelligenz vor Augen geführt und ihre Bereitschaft hierzu gestärkt. Die Separierung der Akademikerorganisationen und ihre Frontstellung gegen die freien Gewerkschaften trugen dazu bei, daß dies sich rasch wieder abschwächte und die alten Vorbehalte und Vorurteile zurückkehrten und sich eher noch verstärkten – auf beiden Seiten. Die Gewerkschaften bestritten dem Reichsausschuß Akademischer Berufsstände die Existenznotwendigkeit; selbst Reichskanzler Bauer titulierte ihn als »unerfreuliche Erscheinung«. Umgekehrt wurde in Akademikerkreisen von »direktem Kampf« gegen die Gewerkschaften gesprochen.<sup>91</sup> Auf der Hauptversammlung der Vereinigung der leitenden Angestellten 1919 war unverblümt davon die Rede, man würde viel eher in die Lage kommen, »nach unten« zu streiken als »nach oben«.<sup>92</sup>

## *Soldaten und Offiziere*

Auch unter Soldaten und Offizieren machte die Organisationsentwicklung nach dem Ende des Bürgerkriegs weitere Fortschritte. Die Mitgliederzahlen stiegen,<sup>93</sup> neue Regionalverbände entstanden und neue Organisationen einzelner militärischer Berufsgruppen wie der Sanitätsoffiziere und Militärapotheker. Organisationsstrukturen, in den Revolutionswochen oft nur improvisiert, wurden befestigt.<sup>94</sup> Beflügelt wurde diese Entwicklung durch die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages, welche Massenentlassungen von Reichswehrangehörigen entweder sofort oder in absehbarer

Zeit zur Folge hatten. Für die Soldaten- und Offiziersverbände rückten daher soziale und wirtschaftliche Fragen weiter in den Vordergrund, insbesondere Arbeitsbeschaffung und -vermittlung, Umschulungs- und andere Bildungsmaßnahmen sowie Pensionsangelegenheiten. Funktional glichen sie sich hiermit weiter den Gewerkschaften an; gewerkschaftlichen Forderungen ferner dadurch, daß sie analog zu überbetrieblichen Arbeiter- und Wirtschaftsräten sowie den Beamtenvertretungen eine öffentlich-rechtliche Armee- oder Heereskammer verlangten, in der alle Gesetzentwürfe, die das Heer betrafen, vor der parlamentarischen Behandlung beraten werden sollten.<sup>95</sup> Aber auch politische Ziele wurden stärker akzentuiert als zuvor. Namentlich der Nationalverband propagierte weiterhin den Zusammenschluß aller Offiziere zu einer »kraftvollen politischen Kampforganisation...«, vor deren klirrendem Schritt die Türen der Amts- und Kanzleistuben der Regierungsämter aufspringen müssen«,<sup>96</sup> und nahm in politischen Fragen kein Blatt vor den Mund. Ob politische Stellungnahmen zu den Aufgaben der Offiziersverbände gehörten, blieb zwischen ihnen indessen strittig. An unüberwindlichen Meinungsverschiedenheiten hierüber scheiterten im Frühjahr 1919 Fusionsverhandlungen zwischen dem Deutschen Offiziersbund und dem Nationalverband,<sup>97</sup> vermutlich zum Bedauern des Reichswehrministeriums, das den gemäßigeren Deutschen Offiziersbund unterstützte und sich erneut gegen »Sondergründungen« von Offiziersvereinigungen aussprach.<sup>98</sup>

Mit der Auflösung der alten Armee entstanden neben den Offiziersverbänden in großer Zahl neue Traditionsvereine, vor allem Organisationen ehemaliger Angehöriger einzelner Regimenter, meist getrennt nach Offizieren und Mannschaften.<sup>99</sup> Sie dienten in erster Linie dem Zusammenhalt alter Kameraden, manchmal wohl auch der Stellenvermittlung, zumindest indirekt aber ebenfalls der Bestärkung in alten politischen Überzeugungen und deren Verbreitung. Nur die Kriegervereine, überwiegend geführt von Veteranen im »gereiften Alter«, <sup>100</sup> erwiesen sich als weniger attraktiv. Zwar berichteten auch sie ab Frühsommer 1919 von Mitgliederzunahme und Neugründungen.<sup>101</sup> Aber wenig später mußte die Führung eingestehen, daß sich das Kriegervereinswesen »in einer Krise« befand.<sup>102</sup> Insbesondere gelang es den Vereinen nicht, die Kriegsbeschädigten in größerem Maße zu gewinnen. Diese bildeten eigene Organisationen, deren größte, der sozialdemokratisch orientierte Reichsbund der Kriegsbeschädigten, bereits Mitte 1919 rund 200 000, gegen Jahresende 500 000 Mitglieder in 3000 Ortsgruppen zählte.<sup>103</sup> Zwar gab der Kyffhäuser-Bund seine Mitgliedszahl unverändert mit rund 3 Millionen an, der Deutsche Kriegerbund die seinige mit 1,6 Millionen,<sup>104</sup> doch der tatsächliche Mitgliederbestand lag wahrscheinlich niedriger. Gleichwohl dürfte der gesellschaftliche und politische Einfluß der Kriegervereine besonders in kleineren Orten unter der älteren



Generation der Männer immer noch beträchtlich gewesen sein. Ihre politische Einstellung blieb im Kern unverändert – antisozialistisch, monarchisch und nationalistisch; nur die Äußerungsformen wurden moderater als vor 1918.

Die Organisationsentwicklung unter Soldaten, Offizieren und entlassenen Kriegsteilnehmern animierte sozialdemokratisch orientierte Reichswehrangehörige, sich ebenfalls zusammenzuschließen. Auf Betreiben Erich Kuttners, der schon während des Krieges die Organisation der Kriegsbeschädigten in die Hand genommen und im Januar 1919 in Berlin die wenigen eindeutig sozialdemokratischen Kampfverbände der Revolution mit aufgebaut hatte, entstanden im Sommer 1919 der Republikanische Führerbund für Reichswehroffiziere und Unteroffiziere, »die ehrlich auf dem Boden der Republik stehen«, für die Marine der Decksoffiziersbund, für aktive und ehemalige Soldaten der Reichswirtschaftsverband deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten.<sup>105</sup> Der Republikanische Führerbund wollte die Wehrmacht »mit republikanischem und demokratischem Geiste« erfüllen, um dafür zu sorgen, daß sie sich »zu einer zuverlässigen Stütze der Republik entwickelt und jeden Mißbrauch aus sich selbst heraus ablehnt«. Die »vielfach erfolgte Einstellung innerlich monarchistisch gesinnter Offiziere« sollte daher »sobald als möglich beseitigt werden«.<sup>106</sup> Bei seinen Mitgliedern dürfte es sich überwiegend um Reste der kleinen republikanischen Kampfverbände und der wenigen Arbeiterwehren gehandelt haben, die in die Reichswehr übernommen worden waren, sowie um kleinere Gruppen von Unteroffizieren, die aus der alten Armee und möglicherweise aus der Soldatenratsbewegung stammten. Die Zahl der Offiziere unter seinen Mitgliedern war jedoch wahrscheinlich gering.<sup>107</sup> Deren antisozialdemokratisch gesinnte Mehrheit nämlich faßte das Auftreten des Bundes als Kampfansage auf. Gegen die früher entstandenen Offiziers- und Unteroffiziersverbände hatte sie »nichts einzuwenden«, denn bei ihnen erblickte sie nur die Verfolgung »wirtschaftlicher und berufsständischer Interessen«, im Republikanischen Führerbund hingegen »einen Verein mit ausgesprochen politischer Tendenz«. »Ich kann nicht scharf genug davor warnen, die Politik ins Heer zu tragen«, schrieb General Lüttwitz, damals Chef des Reichswehrgruppenkommandos 1 in Berlin, im Juli 1919 an Noske in bezug auf den Führerbund und dessen Duldung; »Verwirrung, Zersplitterung und letzten Endes Zerfall der Truppe« würden die Folgen dieses »Fehlers« sein.<sup>108</sup> Auch die rechtsorientierte Presse arbeitete »in der wildesten Weise« gegen den Bund,<sup>109</sup> möglicherweise aus Furcht, er könnte über Noske als verantwortlichen Minister eine Personalpolitik in Gang setzen, die die restaurativen Absichten der alten Generalstäbler zu durchkreuzen geeignet war.

Ein Verbot des Republikanischen Führerbundes, das ihnen am liebsten

gewesen wäre, erwirkten die Offiziere nicht; vielmehr verbot Noske ihnen die Zugehörigkeit zum Nationalverband.<sup>110</sup> Gleichzeitig jedoch distanzierte er sich auch vom Führerbund.<sup>111</sup> Und längerfristig wirkte dessen Gründung sogar als Bumerang. Wer sich ihm anschloß, fühlte sich »in der Gefahr, auf die Straße zu fliegen«;<sup>112</sup> denn er gab sich in den Augen der übrigen Offiziere als politischer Gegner zu erkennen. Solche Soldaten zu entlassen, bot die Heeresreduzierung genügend Handhaben. Der Reichswehrminister persönlich konnte schon deshalb kaum etwas dagegen unternehmen, weil er die einzelnen Fälle gar nicht beurteilen und nachzuprüfen vermochte. Im übrigen stand Noske von Anfang an mehr auf der Seite der alten Generalstabsoffiziere. Obwohl die SPD dem Republikanischen Führerbund moralische und, wenn nötig, auch finanzielle Unterstützung zusagte,<sup>113</sup> wurden dessen Angehörigen wie andere republikanisch gesinnte Soldaten größtenteils aus der Reichswehr entlassen, ohne daß Noske etwas dagegen unternahm.<sup>114</sup> Schon im Oktober 1919 faßte ein gut informierter Leutnant in einem Vortrag vor der SPD-Fraktion der Nationalversammlung seine Eindrücke in dem Satz zusammen, es sei »der Reaktion gelungen..., die Reichswehr fast völlig in die Hand zu bekommen«.<sup>115</sup> Den Höhepunkt und Abschluß dieser Entwicklung brachte der Kapp-Putsch.<sup>116</sup>

### *Massenversammlungen und Demonstrationen*

Mit dem Ausbau bürgerlicher Interessenverbände zu Massenorganisationen und ihrer Weiterentwicklung in Richtung auf wirtschaftliche und politische Kampfverbände breitete sich auch der Gedanke an die kollektiven Aktionsformen weiter aus, die in den Revolutionswochen ins Repertoire des Bürgertums aufgenommen worden waren.

Zwar wurden bürgerliche Massenversammlungen nach der Wahl der Nationalversammlung wieder seltener; aber sie verschwanden nicht mehr. Zeitgenössische Fotos vom Sommer 1919 haben spontane Aufläufe festgehalten, etwa nach der »Befreiung« Münchens durch die Regierungstruppen Anfang Mai.<sup>117</sup> Eine neue Welle bürgerlicher Massenversammlungen, unter freiem Himmel oder in großen Sälen, meist von Organisationen vorbereitet und durchgeführt und oft von Tausenden besucht, galt dem Protest gegen den Versailler Vertrag.<sup>118</sup> Auch einzelne Gruppen bedienten sich mehr und mehr dieses Mittels. Der Bund der Landwirte wagte sich schon Mitte Februar mit seiner Generalversammlung wieder in den Berliner Zirkus Busch, wo er die Novemberrevolution als »das größte Verbrechen« diffamierte, »das jemals Volksgenossen ihrem Volke gegenüber verübt haben«.<sup>119</sup> Die großen Verbände von Handwerk und Gewerbe, Industrie und Landwirt-

schaft, Groß- und Einzelhandel veranstalteten Mitte März 1919 in der Berliner Philharmonie eine Protestkundgebung gegen Sozialisierungsabsichten und »Zwangswirtschaft«, <sup>120</sup> die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Reichsverband der Deutschen Industrie Ende des Jahres gegen den Entwurf des Betriebsrätegesetzes. <sup>121</sup> Zur gleichen Zeit hielt der Deutsche Beamtenbund in den drei größten Berliner Sälen, dem Zirkus Busch, dem Börsensaal und der Singakademie, parallele Massenversammlungen für eine Besoldungserhöhung ab. Straßendemonstrationen und »Protestkundgebungen« veranstalteten vorzugsweise organisierte Rechtsradikale und Antisemiten bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Anfang 1920 machten sie in München mit einer Versammlung von über 7000 Teilnehmern auf sich aufmerksam. <sup>122</sup> Selbst Offiziersverbänden wurde dieses Mittel bald geläufig, wie eine Kundgebung gegen den »drohenden Knechtschaftsfrieden« Ende März in Berlin belegt; hierbei wurden schwarzweißrote Fahnen gezeigt, demokratische Politiker geschmäht, Wilhelm II. und Ludendorff gefeiert und anschließend alliierte Offiziere vor dem Hotel Adlon beschimpft und angerempelt. <sup>123</sup>

Ein verwandtes Mittel zur Artikulation politischer Forderungen wurde im Bürgertum ebenfalls bald aufgegriffen, nämlich die Unterschriftenaktion, flächendeckend durchführbar und bis zu plebiszitären Dimensionen reichend. Eine solche Aktion des Volksvereins für das katholische Deutschland für die Konfessionsschule erbrachte allein in Preußen im Frühjahr 1919 rund 3 Millionen Unterschriften, <sup>124</sup> eine analoge Aktion des Evangelischen Oberkirchenrats bis Juni 1919 sogar fast 7 Millionen – ein Vorgang, der »in der deutschen Parlamentsgeschichte ohne Beispiel ist«; entsprach diese Zahl doch rund einem Drittel aller evangelischen Wähler im ganzen Reich. <sup>125</sup>

Noch enger verwandt mit Massenversammlungen sind Demonstrationen, die Grenzen zwischen ihnen freilich nicht immer scharf zu ziehen. Öffentliche Umzüge zur Propagierung von Gehaltsforderungen, die auf Schildern verkündet wurden, veranstalteten Ende 1919 rund 40000 Beamte in Berlin im Anschluß an die erwähnten Massenkundgebungen. <sup>126</sup> Im Januar 1920 erlebte München bürgerliche Demonstrationen gegen das Todesurteil gegen den Mörder Eisners, unter Beteiligung sogar der Reichswehr. <sup>127</sup> Im allgemeinen scheint dieses Mittel dem Bürgertum jedoch noch fremd gewesen zu sein. Demonstrationen, bei denen auch Fahnen und andere identitätsstiftende Symbole gezeigt wurden, blieben, soweit ersichtlich, einstweilen noch weitgehend der Arbeiterschaft vorbehalten.

Mit einer augenfälligen und folgenreichen Ausnahme allerdings, nämlich der der bewaffneten Verbände. Ihre Forderungen »auf der Straße« vorzutragen, mit Massenaufmärschen wie die Arbeiter, verbot ihnen zwar ihre »heilige Tradition«, wie ein ehemaliger General im Mai 1919 mit einer Mi-

sung aus Elitebewußtsein und Bedauern schrieb.<sup>128</sup> Aber sie erkannten bald, daß bestimmte Formen dieser Tradition wie Paraden und Aufmärsche politischen Zwecken dienstbar gemacht werden konnten, insbesondere der Demonstration militärischer Präsenz und Stärke – zur Beruhigung und Ermutigung von Sympathisanten und zur Einschüchterung politischer Gegner. Zu diesem Zweck unternahmen Regierungstruppen im Januar und Februar und erneut auf dem Höhepunkt der Kämpfe vom Frühjahr, aber auch später noch ausgedehnte Märsche durch Industriegebiete und Großstädte.<sup>129</sup> In der zweiten Jahreshälfte nutzte die Reichswehr die Ankunft populärer Weltkriegsgeneräle gern zu demonstrativen Aufzügen. Als Hindenburg im November zur Vernehmung durch den Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung nach Berlin kam, wurde er mit militärischen Ehren begrüßt.<sup>130</sup> Einen Monat später empfingen drei Reichswehrkompanien in Paradeaufstellung Feldmarschall Mackensen bei seiner Ankunft in Nürnberg.<sup>131</sup> Nicht selten zogen solche Veranstaltungen Massenversammlungen und Kundgebungen bürgerlicher Zivilisten, vornehmlich der politischen Rechten, nach sich, vereinzelt bereits unter Einsatz politisch eindeutiger Symbole. Der militärischen Begrüßung Hindenburgs im November 1919 in Berlin zum Beispiel schlossen sich Kundgebungen vor seiner Wohnung und vor dem Reichstagsgebäude mit schwarzweißroten Fahnen, Kaiserhochs und Angriffen gegen die Regierung an, obwohl der damals verhängte Belagerungszustand jede Demonstration verbot.<sup>132</sup> Von den Regierungstruppen gingen die Formen militärischer Demonstrationen bald auf Einwohnerwehren und andere paramilitärische Verbände über.<sup>133</sup>

### *Öffentlichkeitsarbeit*

Auch bei der Propagierung politischer Ziele durch Medien machten bürgerliche Organisationen nach dem Ende der Bürgerkriegskämpfe ähnlich schnelle Fortschritte, wie sie für die Bürgerräte schon gezeigt wurden. Im Handwerk nahmen sich besonders die Handwerkerbünde der Öffentlichkeitsarbeit an.<sup>134</sup> Die Ingenieure bemühten sich um regelmäßige Berichterstattung in der Tagesspresse über technische Fragen.<sup>135</sup> Flugblätter in Millionenaufgabe scheinen vorzugsweise rechtsradikale und antisemitische Organisationen eingesetzt zu haben.<sup>136</sup> Rednerschulen entstanden an vielen Orten, um einem Mangel abzuhelpfen, der in weiten Kreisen des Bürgertums, selbst des akademisch gebildeten, empfunden wurde, seitdem das demokratische System auch sie nötigte, in der Öffentlichkeit für ihre Anliegen und für politische Mehrheiten zu werben: »Wir können nicht reden«, wie die Ingenieure unverblümt bekannten.<sup>137</sup>

Die Reichswehr organisierte ebenfalls Staatsbürgerkurse und Rednerschulen, um die Soldaten gegen sozialistische Einflüsse zu immunisieren und, soweit möglich, für die politische Auseinandersetzung mit der Linken zu schulen.<sup>138</sup> In München beteiligten sich Mitglieder des Bürgerrats an solchen Aktivitäten. Sie verhalfen auch einem Mann zu seiner rhetorischen Lehrlingszeit, der sich bald zum Meister der politischen Propaganda entwickelte – Adolf Hitler.<sup>139</sup>

Im übrigen griffen die bürgerlichen Interessenorganisationen wie auch die Parteien alle Formen der Öffentlichkeitsarbeit auf; einige von ihnen begannen überhaupt erst jetzt, sie in einem professionellen Sinne auszugestalten.<sup>140</sup> Bei den Parteien umfaßten sie auch den Aufbau von Bildungseinrichtungen zur Funktionärs- und Nachwuchsschulung wie zur Politikberatung, zum programmatischen Vordenken und zur Ideologieproduktion,<sup>141</sup> ebenfalls neue Formen der Mitgliederwerbung, die bisher vornehmlich die Arbeiterorganisationen verwendet hatten wie Hausbesuche, ferner Formen der Geselligkeit, die an die Traditionen von Fest und Feier anknüpften und ein Gemeinschaftsgefühl jenseits rationaler Argumente stiften sollten, zum Beispiel Bismarckfeiern, »Helden«-Gedenkfeiern und sog. Deutsche Abende.<sup>142</sup> Der Alldeutsche Verband gründete bereits im Februar 1919 für die antisemitische Agitation mit allen öffentlichkeitswirksamen Mitteln eine eigene Organisation, den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund.<sup>143</sup>

### *Politische Streiks*

Unterschiedlich lebendig blieb in den Verbänden der Streikgedanke, am stärksten in der Landwirtschaft. Hier breitete er sich nach dem Bürgerkrieg mit dem Aufschwung der Landbünde noch weiter aus. Lieferstreikdrohungen gingen in deren Repertoire, aber auch in das des Bundes der Landwirte und der Freien Bauernschaften ein. Sie wurden zwischen Frühjahr und Herbst 1919 wiederholt geäußert<sup>144</sup> – was die Organisationen übrigens nicht hinderte, gleichzeitig ein gesetzliches Streikverbot für die Landarbeiter zu fordern.<sup>145</sup> In Süddeutschland wurden manche Drohungen gegen behördliche Preis- und Ablieferungsvorschriften verwirklicht. Die Milchproduzenten des württembergischen Oberamtes Schorndorf versuchten Anfang April mit einer Lieferstreikdrohung eine Erhöhung des Milchpreises um 50 % zu erzwingen. Als allerdings der Ort, von dem die Bewegung ausging, mit Sicherheitskräften besetzt, der Bürgermeister suspendiert und vor Gericht gestellt und den Gemeinden mit Belagerungszustand und militärischer Besetzung gedroht wurde, kam die Milchlieferung schnell wieder

in Gang.<sup>146</sup> Einen Monat später jedoch organisierte der Bauernbund in sieben Oberämtern gleichzeitig einen Milchstreik. Die Zufuhr nach Stuttgart fiel schlagartig auf ein Achtel der üblichen Menge und stieg nur langsam wieder auf etwa die Hälfte. Gegen diese breite Verweigerungsfront vermochte die Landesregierung wenig auszurichten; daher gab sie jetzt der Preisforderung der Bauern trotz energischer Proteste aus der Arbeiterschaft weitgehend nach.<sup>147</sup> In der Gegend von Erlangen stellten Ende Juni 1919 Bauern und Gemüsehändler aus Protest gegen Höchstpreise Lieferung und Verkauf von Gemüse ein – mit der wohl unerwarteten Wirkung freilich, daß aufgebrachte Käufer manche Landwirte und Händler zwingen, ihre Ware zu den festgesetzten Preisen abzugeben, und Läden und stadtnahe Höfe auf eigene Faust nach Lebensmitteln durchsuchten.<sup>148</sup> Wenig später wurde in Bayern allenthalben auf dem Land so häufig und nachdrücklich für bäuerliche Lieferstreiks gegen die »Zwangswirtschaft« agitiert, daß die Landesregierung Überwachung von Versammlungen, Redeverbote und Strafanzeigen androhte, allerdings auch Aufklärungsmaßnahmen ergriff und einige Bewirtschaftungsmaßnahmen aufhob, andere milderte.<sup>149</sup>

In der zweiten Jahreshälfte 1919 ebnten die Lieferstreiks ab. Als Drohmittel aber blieben sie in Gebrauch,<sup>150</sup> zunehmend auch mit politischer Zielsetzung. Zwar wurde eine defensive Linie beibehalten, aber der Kontext so verändert, daß die Drohungen einen aggressiven Klang annahmen und als Kampfansage gegen die Arbeiterschaft oder sogar die Republik verstanden werden konnten. Der Deutsche Landbund zum Beispiel erklärte im Februar 1920, falls »seitens radikaler Elemente durch Generalstreik der Güter- und Personenverkehr und damit das wirtschaftliche Leben Deutschlands lahmgelegt und aufs schwerste gefährdet wird«, werde die Landbevölkerung »im Einvernehmen mit dem städtischen Bürgertum... sämtliche Lieferungen an die vom Streik betroffenen Städte« solange einstellen, »wie der Generalstreik dauert.«<sup>151</sup> Auf dessen Anlaß und Ziel kam es hier gar nicht mehr an; auch ein durch einen konterrevolutionären Putsch ausgelöster Ausstand zur Verteidigung der Republik wäre hiernach mit dem Lieferstreik beantwortet worden.<sup>152</sup> Einstweilen richteten sich agrarische Streikdrohungen vor allem gegen die Abberufung konservativer und die Ernennung demokratischer oder gar sozialdemokratischer Landräte. Im Sinne ihrer Urheber blieben sie nicht wirkungslos. Denn sie bewogen den preußischen Innenminister Heine zu großer Zurückhaltung bei solchen Personalentscheidungen aus Furcht, andernfalls könnte die Landwirtschaft tatsächlich mit Lieferstreiks reagieren und Hungerrevolten in den Städten auslösen.<sup>153</sup>

Lebhaft bewegte der Gedanke an politische Streiks auch die Beamten. Im Frühjahr und Sommer 1919 wurde er in ihren Organisationen auf allen

Ebenen diskutiert, breiter und intensiver als in den Bürgerkriegsmonaten, allerdings nach wie vor mit defensiven Vorzeichen.<sup>154</sup> Die württembergischen Beamtenverbände erklärten im April, sie stellten sich »geschlossen hinter die derzeitige Staatsform«, »da sie allein den Grundsätzen der Demokratie, der Gleichberechtigung aller entspricht«, und hielten sich daher für »berechtigt und verpflichtet«, gegen gewaltsame Umsturzversuche »zur Arbeitseinstellung zu schreiten«, unter Führung der Organisationen »unter Verständigung der Regierung«, notfalls von ihnen allein.<sup>155</sup> Die Frankfurter Beamten drohten für den Fall der Errichtung einer Räteherrschaft mit dem Abwehrstreik zusammen mit dem Bürgerausschuß.<sup>156</sup> Ende August erklärte auch der Bayerische Beamten- und Lehrerbund zur »Befriedigung« der Landesregierung, er stelle sich »rückhaltslos hinter die auf verfassungsmäßige Grundlage sich stützende Regierung« und sei bereit, »mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln«, insbesondere mit »Arbeitsniederlegung der gesamten Beamtenschaft«, »revolutionäre Bestrebungen unterdrücken zu helfen, die sich auf gesetzwidrigem Wege in den Besitz der Staatsmacht zu setzen oder sonst unter Anwendung von Gewalt politische Ziele zu verwirklichen suchen«. Die Voraussetzungen, unter denen er sich für »berechtigt und verpflichtet« hielt, von diesem Mittel Gebrauch zu machen, stellten jedoch allein auf die »Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Staat zum Wohle der Allgemeinheit... im Augenblick der Gefahr«<sup>157</sup> ab; ein eindeutiges Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie wurde vermieden.<sup>158</sup>

Diese Beschlüsse reflektieren die Furcht, die die Bürgerkriegskämpfe vom Frühjahr 1919 auch der Beamtenschaft vor einem Weiterreiben der Revolution eingejagt hatten. Sie dokumentieren zugleich ihr wieder gewachsenes und weiter wachsendes Selbstbewußtsein und eine steigende Bereitschaft zu kollektivem politischem Handeln. Zwar zielten sie auf den linken Flügel der Arbeiterschaft, von dem am ehesten revolutionäre Anschläge erwartet wurden. Aber in etwa dem Maße, in welchem dieser an Macht verlor, traten alte Feindbilder und Vorurteile auch gegen die Sozialdemokratie wieder hervor. Schon im Frühjahr warnte in Bayern nach Informationen der Beamtengewerkschaft der zweite Vorsitzende des Beamten- und Lehrerbundes intern vor der SPD und der von ihr geführten Landesregierung und erklärte, von ihr »nichts, auch nichts Gutes, anzunehmen, denn das hieße sich politisch binden«. Unmittelbar nach dem Ende der Räterepublik ließen derselben Quelle zufolge Führer des Bundes verlauten, »daß sie nur jetzt in der Not des Landtags zur Regierung Hoffmann stehen müssen, sonst aber dieselbe wieder wie früher bekämpfen«.<sup>159</sup> In Preußen und in der Reichsverwaltung wurde nach den Erinnerungen Arnold Brechts, damals Regierungsrat in der Reichskanzlei, für viele Beamten das Wort »Sozialdemokrat« bald sogar wieder nahezu synonym mit

»Verbrecher«. <sup>160</sup> Es ist daher nicht sicher, daß die Beamtenorganisationen sozialdemokratische Regierungen und die demokratische Republik auch gegen einen Umsturzversuch von rechts mit einem Beamtenstreik zu schützen beabsichtigten. Besonders für die höheren Beamten sind hier Zweifel angebracht.

Unter den freien Berufen blieb der Streikgedanke besonders unter den Ärzten lebendig, ansatzweise auch unter Apothekern. <sup>161</sup> Im Frühjahr 1919 drohte sich der Ärztestreik, wie der »Vorwärts« schrieb, »wie eine ansteckende Krankheit« über ganz Deutschland auszubreiten. Die kleine Schar der Ärztestreikgegner, die im März in Berlin auf den Plan getreten war, wurde als »Streikbrecherorganisation« und »gelbe Gewerkschaft« diffamiert und verdächtigt, sich Konkurrenzvorteile verschaffen zu wollen, sowie eines Verstoßes gegen das Werbungsverbot für Ärzte beschuldigt. <sup>162</sup> Bis Jahresende blieb der Ärzteabwehrstreik in der Diskussion, <sup>163</sup> allerdings seit Gründung der Technischen Nothilfe, die in Ärztekreisen »auf das lebhafteste« begrüßt wurde, mit der Maßgabe, daß »Notstandsarbeiten« wie lebenswichtige Operationen weiter durchgeführt werden sollten. <sup>164</sup> Tatsächlich geführt wurde ein politischer Ärztestreik jedoch anscheinend nicht mehr. Dafür häuften sich Streikdrohungen mit wirtschaftlichen Zielen. »Das Wort ›Ärztestreik‹«, schrieb das Organ des Leipziger Verbandes, »schreckt uns nicht mehr. Das Barometer steht auf Sturm.« <sup>165</sup> Wirklich benutzt wurde allerdings auch diese Waffe, soweit ersichtlich, nur selten. <sup>166</sup>

Wenig Neigung zu politischen Streiks und streikähnlichen Massenaktionen bestand dagegen in Industrie und Handwerk. Für die Industrie schieden sie so lange aus, wie sie am Arbeitsgemeinschaftsabkommen mit den Gewerkschaften festhielt. Gegenüber einer Beteiligung an Bürgerstreiks zeigte sie nach dem Abflauen der Bürgerkriegskämpfe daher ähnliche Reserve wie zuvor. Weder propagierte sie dieses Mittel öffentlich, noch scheint sie es intern gutgeheißen oder gefördert zu haben. Auch mit dem Gedanken an politisch motivierte Aussperrungen hat sie um diese Zeit anscheinend nicht gespielt, wohl schon deshalb nicht, weil sie Unruhen hätten auslösen können, die diejenigen vom Frühjahr 1919 womöglich noch übertroffen und die Sozialisierungsfrage erneut aufgeworfen hätten; an beidem konnte sie kein Interesse haben.

Häufiger wurde die Industrie indessen jetzt wieder sogenannter Unternehmenssabotage verdächtigt, nämlich politisch motivierter, ökonomisch unnötiger Betriebsstillegungen oder -einschränkungen. Sie verwahrte sich dagegen »mit aller Entschiedenheit«. <sup>167</sup> Eine Umfrage des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, vom Reichswirtschaftsministerium veranlaßt, kam im Sommer 1919 zu dem Ergebnis, »daß kein Unternehmer seinen Betrieb schließt, wenn ihn nicht dringende Not dazu zwingt, daß im Gegenteil überall versucht wird, den Betrieb bis zu den Grenzen des Mög-



lichen aufrecht zu erhalten«. <sup>168</sup>. Aus politischen Gründen konnte zwar kaum etwas anderes präsentiert werden; gleichwohl war dies vermutlich im wesentlichen zutreffend. Denn mutwillige Betriebsschließungen hätten die politischen und sozialen Gegensätze von neuem angefacht und unberechenbare Reaktionen auslösen können. Sie waren jedoch auch aus ökonomischen Gründen unwahrscheinlich; denn die kapitalistische Ratio und ihr eigenes unternehmerisches Ethos trieben die Industriellen, auch in diesen turbulenten Zeiten alle Anstrengungen zu unternehmen, so schnell wie möglich Kriegsschäden in ihren Betrieben zu beseitigen, die Umstellung von Kriegsauf Friedensproduktion zu bewältigen und wieder möglichst rentabel zu arbeiten, um sich am Markt zu behaupten und das Vertrauen des Auslands wiederzugewinnen. Manchem mag bei Material- und Auftragsmangel ein vorübergehender Stillstand aufgrund eines Streiks der Arbeiter nicht unlieb gewesen sein. Zumindest international tätige, stark exportorientierte Großunternehmen jedoch scheinen sich fast verzweifelt bemüht zu haben, ihre Betriebe allen Schwierigkeiten zum Trotz über Wasser zu halten und wieder hoch zu bringen. <sup>169</sup> Da der Sabotagevorwurf nicht untermauert wurde, wendete die Industrie ihn gegen Arbeiterschaft und Regierung, indem sie als Hauptursache für Stilllegungen außer dem Mangel an Kohlen und Rohstoffen den »Rückgang der Arbeitsleistung« herausstellte und hierfür die »Revolutionspsychose« verantwortlich machte, »genährt durch Verhetzung, steigende Gleichgültigkeit und die Unfähigkeit, wirtschaftlich zu denken und die Folgen des jetzigen Handelns zu übersehen«, ferner die weitgehende Abschaffung der Akkordarbeit und »mancherlei Folgen der Gesetzesmacherei der letzten Zeit« wie die Vorbereitung des Betriebsrätegesetzes. <sup>170</sup>

In Handwerk und Einzelhandel fehlten wichtige Voraussetzungen für isolierte Gegenstreiks. Die Kapitaldecke der Betriebe war meist zu dünn, die Konkurrenz untereinander zu groß, um längere Betriebseinstellungen durchzuhalten. Zudem war wegen der geringen Größe der Betriebe auch die Wirkung von deren Einstellung in der Regel nicht sonderlich hoch zu veranschlagen, mit der allerdings wichtigen Ausnahme des Lebensmittelsektors; hier waren sogar empfindliche Gegenmaßnahmen der Arbeiterschaft wie Plünderungen, Zerstörung und Tötlichkeiten zu befürchten, die die Existenz der Betriebe bedrohen konnten. Im übrigen widersprachen kollektive Kampfmittel dem Selbstverständnis und der Ideologie des Handwerks, zumindest der meisten seiner Verbände. Trotz der Politisierung durch die Revolution hielten sie an einem harmonistischen Gesellschaftsbild vorindustrieller Provenienz fest und lehnten Idee und Mittel des Klassenkampfes programmatisch ab. <sup>171</sup> An der Mitgliederbasis allerdings lebten nach dem Ende des Bürgerkriegs beträchtliche Sympathien für gemeinsame bürgerliche Abwehrstreiks nach dem Vorbild der Zeit zwischen Januar und April 1919 weiter. <sup>172</sup>

Auf Reichsebene wurde 1919 gelegentlich eine Kombination von Bürgerstreik und landwirtschaftlichem Lieferstreik erörtert, etwa Mitte Mai zwischen Reichsbürgerrat, Bund der Landwirte und Pommerschem Landbund zur Verstärkung der »Stoßkraft einer einheitlich zusammengefaßten Abwehr gegen die Vergewaltigung des Bürgertums in Stadt und Land durch eine einseitige Klassenherrschaft«. <sup>173</sup> Mit einigem Recht schrieb die DNVP, ihr gegenüber müsse die Industriearbeiterschaft jeder Großstadt »unbedingt kapitulieren«. <sup>174</sup> Diese Erörterungen fanden unter dem Eindruck der politischen Streiks der Arbeiterschaft statt und waren vermutlich noch vornehmlich defensiv gemeint. Indessen lag es nicht allzu fern, über eine Kombination beider Streikarten unter politisch offensiver Zielsetzung nachzudenken. Möglicherweise geschah dies bereits wenig später in einer Besprechung zwischen Eduard Stadler, dem Berliner Bürgerratsvorsitzenden Marx und Führern der christlichen Gewerkschaften über einen gewaltsamen Sturz der Regierung, <sup>175</sup> vielleicht auch in der Nationalen Vereinigung oder ihr nahestehenden Gruppen, die den Kapp-Putsch vorbereiteten. <sup>176</sup>

Nur in der Armee schwand der Streikgedanke im Laufe des Jahres 1919. Nach der Aufstellung der Freikorps und der Reichswehr wäre er jetzt noch törichter gewesen als in den Revolutionswochen. Die Politisierung des Offizierskorps griff indessen weiter um sich. Schon die Regierungstruppen vom Frühjahr 1919 verdankten ihr Dasein einem vornehmlich innenpolitischen Auftrag, dem Schutz der Berliner Regierung und dem Kampf gegen den »inneren Feind«, den linken Flügel der Arbeiterschaft, der die politische in eine soziale Revolution weitertreiben wollte; die traditionelle Aufgabe der Grenzsicherung war damals zweitrangig. Mit den Einsätzen an der Ruhr und in Mitteldeutschland wurden sie noch stärker zu politischen Kampfverbänden. Allerdings war die politische Einmütigkeit des alten Offizierskorps einstweilen dahin. Zweifellos waren die meisten Offiziere aus Tradition Monarchisten. Aber keineswegs alle verfolgten die Wiederherstellung der Monarchie als vorrangiges Ziel. Für viele war sie durch die Umstände ihres Endes gründlich diskreditiert. Nicht wenige hatten freilich auch für das Bürgertum wegen dessen Haltung seit der Revolution nur Verachtung übrig. <sup>177</sup> Manche zeigten sogar Sympathien für die sozialistische Arbeiterschaft; wenigstens für die allgemeinen Ziele sozialer Gerechtigkeit und der Sozialbindung des Eigentums, bis hin zu offen antikapitalistischen Tendenzen, auch für die Opferbereitschaft und Solidarität, Organisationsfähigkeit und Disziplin der Arbeiterbewegung, mitunter selbst für deren Klassenbewußtsein; <sup>178</sup> hier gab es Affinitäten zu Selbstverständnis und Gesellschaftsbild des alten preußischen Offiziers. Aus diesen Gründen wie aus außenpolitischen Überlegungen waren selbst Sympathien für ein Zusammengehen mit der Sowjetunion

1919 im Offizierskorps nichts Ungewöhnliches.<sup>179</sup> Viele Offiziere verfolgten freilich weder die Wiederherstellung der Monarchie noch die Errichtung des Sozialismus, erst recht nicht die Stabilisierung der Weimarer Republik, sondern vage Visionen einer neuen Gesellschaft und eines neuen Reiches, genährt aus Nationalismus und Nostalgie, Ressentiments gegen das Bestehende, unreflektierten Idealismus und gesellschaftliches Außenseitertum, verbunden mit ziellosem Aktivismus aufgrund des Mangels beruflicher Alternativen. Hieraus entstand jener Soldatentypus, der sich zwar einem politischen Auftrag verpflichtet fühlte, dessen Ziel aber ins Unsichtbare entrückt war, so daß der Kampf zum Selbstzweck in Permanenz wurde; besonders ausgeprägt begegnet er unter den Freikorpsoffizieren und ihrem Verständnis des »politischen Soldaten«.<sup>180</sup> Die Mehrzahl der Offiziere erblickte 1919 freilich allem Anschein nach zunächst in der »regierungsfeindlichen Arbeiterschaft«<sup>181</sup> oder schlicht im »Bolschewismus«<sup>182</sup> den Hauptfeind. Mochten hiermit auch in erster Linie Kommunisten, Linksradikale und Unabhängige gemeint sein – eine klare Abgrenzung zur Sozialdemokratie war nicht möglich und wohl kaum beabsichtigt.

Mit der Politisierung hielt sich eine Neigung zum Handeln auf eigene Faust. In manchen Orten und einzelnen Regionen betätigten sich Teile der Reichswehr als Organe bürgerlichen Klassenkampfes, und zwar im buchstäblichen Sinne. Über Ostpreußen berichtete der damalige preußische Landwirtschaftsminister und spätere Ministerpräsident Otto Braun schon Mitte April 1919, das Militär dringe »vielfach in sozialdemokratische Versammlungen ein und verhaut die Referenten, alles unter der Parole: »Gegen den Bolschewismus.«<sup>183</sup> In Passau nahmen einige Monate später Reichswehrangehörige die Vorführung eines Dramas über Kurt Eisner für das Gewerkschaftskartell zum Anlaß für wüste antiproletarische und zugleich antisemitische Ausschreitungen, in deren Verlauf ein Gewerkschaftsfunktionär in die Kaserne verschleppt und auf das übelste mißhandelt wurde.<sup>184</sup>

Überdies disponierte sein politisches Selbstverständnis das Offizierskorps zu Verhaltensweisen, die funktional teils dem politischen Streik vergleichbar sind, teils über ihn hinausgehen, nämlich zu Meuterei und Putsch. Als kollektive Gehorsamsverweigerung läßt sich die Meuterei als militärische Version des Streiks ansehen, der Putsch als deren aktivistische und weiterreichende Variante, denn er zielt nicht nur auf Abwehr unliebsamer Entscheidungen, sondern auf die Beseitigung der hierfür verantwortlichen Institution oder Person. Gehorsamsverweigerung aus politischen Gründen läßt sich gelegentlich unter den Freikorps nachweisen, etwa zur Durchsetzung bestimmter Personalentscheidungen.<sup>185</sup> Deutlicher trat der Hang zu Meuterei und Putsch in Diskussionen über die

Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des Versailler Vertrages im Sommer 1919 hervor.<sup>186</sup> Daß es einstweilen bei internen Erörterungen blieb, lag im wesentlichen daran, daß die Reichswehrführung solche Aktionen ablehnte, freilich mehr aus pragmatischen Gründen als aus grundsätzlichen Skrupeln.

Für die politische Grundeinstellung Groeners, Nachfolger Ludendorffs als Erster Generalquartiermeister und bis Spätsommer 1919 der politisch entscheidende Kopf der Obersten Heeresleitung, ist bezeichnend, daß er einen der wenigen überzeugten Demokraten unter den Generälen als Chef der Heeresleitung für ungeeignet hielt, weil dieser »der Republik niemals gefährlich werden« würde.<sup>187</sup> Auch daß die Reichswehrführung die Politisierung des Offizierskorps mit Mißbehagen verfolgte und ihr entgegenzuwirken suchte, hatte mit Loyalität gegenüber der demokratisch legitimierten Regierung wenig zu tun, noch weniger mit politischer Abstinenz. Im Mai bekräftigte Groener, die Armee müsse »in erster Linie innere Politik« treiben.<sup>188</sup> Wenig später unterstrich er erneut die Notwendigkeit ihrer »gründlichen Schulung« für den »Kampf im Inneren« und empfahl, »die reichen Erfahrungen, die in den letzten Monaten auf diesem Gebiet gesammelt sind, zu verwerten und für die Ausbildung der Truppen nutzbar zu machen«.<sup>189</sup> Sogar General Reinhardt, damals Chef der Heeresleitung und einer der wenigen hohen Offiziere, die als republikfreundlich galten, wollte die Armee als »selbständigen Faktor im Mechanismus der staatlichen Gewalten« zur Geltung bringen,<sup>190</sup> also unter Umständen auch unabhängig von Parlament und Regierung. Jedoch durften nach Überzeugung Groeners Politik »nur wenige treiben, und diese zäh und verschwiegen«.<sup>191</sup> Und daß diese wenigen allein die Oberste Heeresleitung und die Nachfolgeeinrichtungen des alten Generalstabes sein konnten, stand für ihn außer Frage. Deshalb verurteilte er die Neigung militärischer Unterführer zu eigenmächtigen politischen Aktionen als Disziplinlosigkeit und warf dem Offizierskorps vor, »gänzlich außer Rand und Band geraten« zu sein. »Für die Soldaten gibt es nur eins«, erklärte er Mitte Juli 1919: »Gehorsam, Befehle ausführen. ... Die Politik muß aus dem Offizierskorps verschwinden«.<sup>192</sup> Manche Offiziere, die sich während der Bürgerkriegskämpfe politisch besonders stark exponiert hatten, wurden entlassen, als die Kämpfe vorüber waren und die Abrüstungsbestimmungen in Kraft traten, zum Beispiel Oberst Reinhardt, der im Spätsommer 1919 die Ovationen für Hindenburg bei dessen erstem Aufenthalt in Berlin nach Kriegsende organisiert und sich offen für eine Militärdiktatur ausgesprochen hatte.<sup>193</sup> Die politische Richtung, die die Armeeführung selbst verfolgte, war indessen ebenso eindeutig wie zuvor. Nachdem die politische Revolution vorbei und der Versuch der sozialen Revolution gescheitert war, hielt Groener den Zeitpunkt für gekommen, »langsam wieder nach

rechts zu schieben«<sup>194</sup> und eine »gesunde Entwicklung in monarchistischer Richtung« einzuleiten.<sup>195</sup> Die Sicherung der demokratischen Republik war für ihn kein politisches Ziel, auch wenn er eine Wiederherstellung der Monarchie nur auf weite Sicht für möglich hielt. Persönlich bekannte er sich dazu, »weder Demokrat noch Sozialdemokrat« zu sein, sondern einer Partei anzugehören, die »Despotie oder Tyrannei auf ihre Fahnen geschrieben hat«,<sup>196</sup> und blieb Anhänger eines wie auch immer getarteten autoritären Staates. Die übrigen Offiziere in der Reichswehrführung dachten ähnlich und eher noch stärker royalistisch.

Aus pragmatischen Gründen verhielt sich die Reichswehrführung 1919 gleichwohl gegenüber der Regierung weitgehend loyal. Ob sie dies auch bei einer wesentlich anderen Regierungspolitik getan hätte, etwa in der Sozialisierungsfrage, ist fraglich. Mit Sicherheit nicht hingenommen hätte sie eine Alleinregierung von SPD und USPD, auch wenn diese auf verfassungsmäßigem Wege zustande gekommen wäre. In ihren Augen galt als ausgemacht, daß »eine rein sozialistische Regierung... zur Zeit stets verfassungswidrig ist und daher mit den Waffen bekämpft werden muß«.<sup>197</sup>

### *Schulboykotts*

Als Sonderform kollektiven bürgerlichen Protests und als Kampfmittel zur Durchsetzung bildungspolitischer Forderungen entwickelte sich nach dem Ende des Bürgerkriegs der Schulboykott, oft etwas irreführend als »Schulstreik« bezeichnet. Proletarische Vorbilder hierfür fehlten allerdings. Vielmehr war dieses Mittel von der katholischen Bevölkerung während des Kulturkampfes der 1870er Jahre in großem Stil eingesetzt worden und vermutlich daher noch in Erinnerung. Jetzt griffen es auch Protestanten auf. An höheren Schulen galten »Schülerstreiks« 1919 vorzugsweise der Wiederanbringung entfernter Kaiserbilder,<sup>198</sup> in Preußen so häufig, daß der Kultusminister im Oktober allen Schülern, die sich an solchen Aktionen beteiligten, den Schulverweis androhte, und zwar von sämtlichen höheren Schulen des Landes, und sich selbst die Entscheidung über Wiederaufnahmegesuche vorbehielt.<sup>199</sup> Gegen Aktionen, die von Eltern und bürgerlichen Organisationen getragen wurden, half dies allerdings nicht. In Essen zum Beispiel propagierten im Herbst 1919 mehrere Elternversammlungen den Schulstreik gegen zwei der USPD angehörende Oberlehrer. Offenbar galt ein Bekenntnis von Lehrern höherer Schulen zur Sozialdemokratie, gar zur USPD, als ein weit schlimmerer Verstoß gegen die ungeschriebenen Gesetze der bürgerlichen Gesellschaft als bei Volksschullehrern. In der Öffentlichkeit und der örtlichen Presse wurde gegen beide eine wüste Hetze

entfacht, die sich bis zu Morddrohungen steigerte und dem Organ der sozialistischen Lehrerschaft als regelrechte Pogromstimmung vorkam.<sup>200</sup>

Die meisten Schulstreiks betrafen indessen die Volksschulen und gründeten im erbitterten Streit um die konfessionelle oder weltliche Schule und in dem widersprüchlichen Schulkompromiß der Weimarer Verfassung. Dieser überließ den Eltern die Entscheidung über den Charakter der einzelnen Schule und über die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht. Gleichzeitig stellte er es jedem Lehrer frei, Religionsunterricht zu erteilen oder nicht, und untersagte den Bundesstaaten, an dieser Rechtslage bis zum Erlaß eines Reichsschulgesetzes etwas zu verändern.<sup>201</sup> Eine zwar nicht große, aber steigende Zahl von Lehrern lehnte daraufhin die Erteilung von Religionsunterricht ab, während tausende von Eltern, besonders an Volksschulen, ihre Kinder vom Religionsunterricht abmeldeten. Diese Kinder mit jenen Lehrern in besonderen Schulen zusammenzufassen, verbot jedoch der Sperrparagraph der Reichsverfassung. Da das Reichsschulgesetz nicht kam, weigerten sich bürgerliche und kirchlich orientierte Eltern an vielen Orten, wo Lehrer keinen Religionsunterricht mehr erteilen wollten, mit Unterstützung von Klerus, Zentrumspartei, konservativen Organisationen und bürgerlicher Presse, ihre Kinder weiterhin von ihnen unterrichten zu lassen, zumal dann, wenn sich die Lehrer zur Sozialdemokratie bekannten. Derartige »Schulstreiks« sind aus Bayern und Württemberg ebenso belegt wie aus Pommern und Schlesien. Besonders militante Formen nahmen sie im Rheinland und in Westfalen an.<sup>202</sup>

Auch in protestantischen Gegenden kam es zu derartigen Auseinandersetzungen. In Coburg-Gotha organisierte der Bauernbund mit tatkräftiger Beteiligung der deutschnationalen Jugendorganisation im Herbst 1919 einen Schulboykott und drohte darüber hinaus mit dem Liefer- und Steuerstreik, um die Landesregierung zur Rücknahme ihres Religionserlasses, zur Entlassung eines Generalschulinspektors, der der USPD angehörte, und zur Wiedereinsetzung von drei abgesetzten altgedienten Schulaufsichtsbeamten zu nötigen.<sup>203</sup> Bisweilen wurde der Schulboykott allerdings auch von anderen Gruppen und für weniger politische Ziele eingesetzt, an einigen Berliner Volksschulen zum Beispiel für deren Räumung von Fremdnutzungen, um den Kindern den Nachmittagsunterricht zu ersparen,<sup>204</sup> an Fortbildungsschulen für Abschaffung des Abendunterrichts, Modernisierung des Lehrstoffs und Verbesserung der Lehrmethoden.<sup>205</sup> In bezug auf dieses Kampfmittel setzte bald ein Lernprozeß ein, der umgekehrt verlief wie die Adaptation proletarischer Kampfformen: die Arbeiterschaft übernahm es vom Bürgertum.<sup>206</sup>

## Räte geistiger Arbeiter, Beamtenräte und bürgerliche Räteorganisationen auf beruflicher Grundlage 1919/20

Die Weiterentwicklung der Verbände machte die meisten eigenständigen bürgerlichen Räteorganisationen, die neben den Bürgerräten die Revolutionswochen überlebt hatten, vollends überflüssig, jedenfalls für die Vertretung übergreifender Interessen, und nötigte sie, sich zu wandeln und neue Betätigungsfelder zu suchen, wenn sie weiterbestehen wollten.

### *Das Ende der Räte geistiger Arbeiter*

Manche Räte geistiger Arbeiter lösten sich schon nach den Parlamentswahlen Anfang 1919 auf.<sup>1</sup> Von denen, die noch weiter existierten, scheinen sich einige fortan hauptsächlich um die Einbeziehung der Akademiker in das System der staatlichen Arbeitsvermittlung und der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge gekümmert zu haben,<sup>2</sup> andere um lokale kulturpolitische Anliegen wie die Kommunalisierung von Theater- und Konzertbetrieben,<sup>3</sup> die Reform einer Kunstakademie und die Gestaltung von Kriegsgräberanlagen und Ehrenfriedhöfen.<sup>4</sup> Einige beteiligten sich am Aufbau örtlicher Volkshochschulen, von Arbeiterkursen an Universitäten und ähnlichen Bildungseinrichtungen.<sup>5</sup> Wie manchen Bürgerräten scheint es jedoch auch ihnen hierbei mitunter darum gegangen zu sein, von Maßnahmen zur sozialen Öffnung der höheren Schulen und Hochschulen abzulenken, die neuen Einrichtungen also als Alibi für die Konservierung des alten Bildungssystems zu benutzen, zumal dort, wo sie ihre Mitarbeit schon im Sommer 1919, als sie politisch nicht mehr nötig schien, einstellten, bevor

tragfähige Ergebnisse vorlagen. Viele aber regten sich kaum noch, fristeten ihr Dasein mit zunehmender Lustlosigkeit und verendeten nach einiger Zeit. Der Stuttgarter Rat geistiger Arbeiter gab bereits im Januar 1919 die Räume auf, die ihm das Kultusministerium zur Verfügung gestellt hatte. Er richtete noch einige Eingaben über die Verwendung der ehemals königlichen Schlösser an die Regierung, scheint auch noch seine mittlerweile politisch nicht mehr nötige und für bürgerliche Ohren zunehmend negativ besetzte Bezeichnung Rat in Bund gewechselt zu haben. Aber spätestens im Sommer 1919 hatte er seine Tätigkeit vollständig eingestellt.<sup>6</sup> In München ließ der linksorientierte Politische Rat geistiger Arbeiter schon seit Anfang 1919 kaum noch etwas von sich hören. In seinem rechten Pendant legte Lujo Brentano im Frühjahr den Vorsitz nieder; sein Amt übernahm Moritz J. Bonn, Rektor der Handelshochschule und Mitglied der DDP. Aber Bonn hatte »von Anfang an Abneigung gegen diesen Posten« und bekannte später freimütig, er habe seine Sache »schlecht gemacht«.<sup>7</sup> Offenbar gab er sie rasch wieder auf; schon Ende April wurde der Architekt Friedrich von Thiersch zum Vorsitzenden gewählt.<sup>8</sup> Zur gleichen Zeit klingen in Veröffentlichungen des Rates zum erstenmal neben dem Aufruf zur »Versöhnung aller Volksklassen«<sup>9</sup> antibolschewistische und selbst antisemitische Töne an<sup>10</sup> – ein Indiz dafür, daß der politische Stimmungsumschwung vom Frühjahr 1919 bis in die Kreise der Münchener Intellektuellen reichte. Unter Thierschs Ägide verfaßte der Rat noch einen pathetischen Aufruf »an die geistigen Arbeiter aller Länder« gegen die in Versailles vorgesehene Ablieferung von Kunstwerken an die Siegermächte,<sup>11</sup> dann verstummte auch er. Der Königsberger Rat geistiger Arbeiter hielt seine erste und letzte öffentliche Versammlung Ende März 1919 ab;<sup>12</sup> seine Zeitschrift wurde zwei Monate später eingestellt.

Auch der Berliner Politische Rat geistiger Arbeiter trat nach seiner mißglückten Kundgebung von Anfang Dezember 1918 kaum noch an die Öffentlichkeit. Viele »geistige Arbeiter«, die nur seinen Namen gehört hatten, hielten ihn für einen Arbeitsnachweis oder eine Beratungsstelle; Antwort und Aufklärung auf Anfragen jedoch bekamen sie nur ausnahmsweise.<sup>13</sup> Mitte Juni 1919 veranstaltete der Rat mit seinen letzten Geldmitteln einen Gesamtdeutschen Aktivistenkongreß, zu dem noch einmal zahlreiche prominente Schriftsteller und Intellektuelle erschienen. Aber einigen konnten sie sich nicht. Eine »quäkerisch-tolstojanische, anarchoide Richtung der absoluten Gewaltlosigkeit«, eine linkssozialistisch-pazifistische und eine orthodox-leninistische rangen miteinander. Nach Tagen wurde eine »Riesenresolution« verabschiedet, in denen jede Richtung streckenweise zur Geltung kam. Der einzige praktische Beschluß des Kongresses bestand darin, den Rat geistiger Arbeiter aufzulösen.<sup>14</sup>

Ausnahmen machten Hamburg, Köln und Karlsruhe. In Hamburg



setzte sich der Werkbund geistiger Arbeiter nachdrücklich für die Gründung der Universität ein, für deren Eröffnung im Frühjahr 1919 er sich selbst einen maßgeblichen Beitrag attestierte,<sup>15</sup> ebenfalls für den Aufbau einer Volkshochschule mit einem über alle Stadtteile ausgebreiteten Netz.<sup>16</sup> Der Kölner Rat geistiger Arbeiter tat sich mit Gewerkschaften, Angestelltenorganisationen und der Stadt ebenfalls zur Einrichtung der Volkshochschule zusammen und beteiligte sich ab Herbst 1919 maßgeblich an der Gestaltung ihres Programms.<sup>17</sup> In Karlsruhe setzte sich der Kunst- und Kulturrat für Baden engagiert dafür ein, die Volkshochschulen nicht, wie die Regierung beabsichtigte, den Universitäten zu unterstellen, sondern unabhängig zu organisieren und statt Universitätsprofessoren »Menschen mit ausgesprochen künstlerischer Fähigkeit der Veranschaulichung, die sich durch kulturelle Leistungen allgemeiner Art bewährt haben, ... als Lehrer zu verwenden«.<sup>18</sup> Außerdem unterbreitete er Vorschläge zur künftigen Nutzung des Karlsruher Schlosses, zur Umgestaltung des Theaters und der Kunstakademie, bis hin zu Berufungsvorschlägen, sowie zur Aufnahme »geistiger Grundrechte« in die Weimarer Verfassung. Da die Beamten in den zuständigen Landesministerien größtenteils dieselben geblieben waren wie vor der Revolution und der Rat unter den Parteien kaum Verbündete fand, erreichte er praktisch jedoch nur wenig.<sup>19</sup>

Mangels inhaltlicher Zielvorstellungen und politischer Phantasie zu deren Realisierung hatten sich die meisten Räte geistiger Arbeiter als überflüssig erwiesen. Die »Idee von der Einheit geistiger Arbeit«<sup>20</sup> allein gab keine tragfähige Organisationsgrundlage ab. Die konkreten Interessen der »geistigen Arbeiter« waren für eine einheitliche Vertretung zu heterogen.<sup>21</sup> Für die Interessenwahrnehmung der einzelnen Gruppen aber gab es nach wie vor deren Berufsorganisationen, und die Zusammenfassung bürgerlicher Interessengruppen auf lokaler Ebene hatten die Bürgerräte übernommen, diejenige der Akademiker die Akademikerorganisationen. Die Bürgerräte scheinen den Räten geistiger Arbeiter, die nach dem Ende der Bürgerkriegskämpfe noch bestanden, kaum mehr gewogen gewesen zu sein. Das Organ des Reichsbürgerrats sah Ende 1919 in ihnen »polnisch-galizische Individuen bemüht, den deutschen Geist zu sozialisieren« – ein unverkennbar antisemitisches Verdikt.<sup>22</sup> Demgegenüber wurden die Akademikerorganisationen nicht müde, ihre Mitglieder aufzufordern, »sich allerorts fest zu organisieren« und dafür zu sorgen, daß an jedem Ort eine Zweigorganisation des Reichsausschusses der Akademischen Berufsstände entstand<sup>23</sup> – offenbar mit Erfolg. Im Frühsommer bestanden sie unter anderem in Berlin, Leipzig, Hamburg, Bremen, Hannover, Barmen, Elberfeld und Frankfurt a. M. und mit großer Wahrscheinlichkeit in zahllosen kleineren Orten.<sup>24</sup>

Infolgedessen war der Versuch, die Räte geistiger Arbeiter auf zentraler

Ebene zusammenzufassen, der Anfang 1919 mit der Gründung des Reichsbundes geistiger Arbeiter in München unternommen worden war,<sup>25</sup> von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der Reichsbund wollte »den Einfluß der geistigen Arbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens geltend machen, die ideellen und materiellen Interessen der Angehörigen der geistigen Berufe fördern und der geistigen Arbeit den ihr zukommenden Einfluß sichern«, etwa durch ständige Fühlungnahme mit den Regierungen von Reich und Bundesstaaten, »Organisierung aller geistigen Arbeiter« sowie »Unterstützung aller Bestrebungen zur Wahrung von Freiheit, Lehre und Meinungsäußerung in Forschung, Wissenschaft, Kunst und im öffentlichen Leben«, all dies freilich unter »Ausschluß von Parteipolitik«. <sup>26</sup> Als Begründung wurden wie bei anderen bürgerlichen Interessenorganisationen die Notwendigkeit zur Politisierung und Organisierung aufgrund der restlosen »Emanzipation der Handarbeiter« und die Gefahr ihrer »ausschließlichen und alleinigen« Herrschaft in einem proletarischen »Klassenstaat« genannt. Auch das Schlagwort von der »gewerkschaftlichen Organisation« der »geistigen Arbeiter«, von »festgefügtten, kampfkraftigen Standesorganisationen« fiel mehrfach.<sup>27</sup> Das vorrangige Interesse bezog sich allerdings auf die Arbeitsvermittlung für stellungslose Akademiker und ihren Anschluß an die öffentliche Erwerbslosenfürsorge – ein in der unmittelbaren Nachkriegszeit in der Tat dringendes Problem. Die für Mitte März 1919 vorgesehene Konferenz jedoch scheint mangels Beteiligung ausgefallen zu sein.<sup>28</sup> Auch eine inhaltlich anspruchsvolle Zeitschrift, die seit Ende März unter dem Titel »Der Wagenlenker« erschien, brachte nicht den erhofften Zulauf.<sup>29</sup> Ende 1919 löste der Reichsbund sich auf. Hiermit scheint auch das Ende der Räte geistiger Arbeiter in München und im übrigen Bayern gekommen zu sein.<sup>30</sup>

### *Das Ende der freiberuflichen Räteorganisationen*

Die meisten Künstlerräte haben die Revolutionsmonate ebenfalls nicht überdauert, abgesehen von den Mitbestimmungsgremien in den Theatern. Der Münchener Rat bildender Künstler schloß sich im Februar 1919 der Künstlergewerkschaft Bayern an.<sup>31</sup> Manche politisch engagierten Künstler suchten Anschluß an eine Partei, auf der Linken vorzugsweise an die USPD und die KPD, unter ihnen Bert Brecht und Alfred Döblin, Wieland Herzfelde und sein Bruder John Heartfield, eine Reihe von Schriftstellern aus dem Autorenkreis der »Aktion« und Mitglieder der »Novembergruppe«. Diese selbst blieb allerdings noch über zehn Jahre bestehen.<sup>32</sup>

Auch die Räteorganisationen der übrigen freien Berufe verschwanden

nahezu restlos. Die Ärzteräte scheinen sich nach den Parlamentswahlen und der Demobilisierung des größten Teils der Armee aufgelöst zu haben, wenn nicht schon früher,<sup>33</sup> die wenigen Apothekerräte gleichfalls. Nur der Rätegedanke lebte hier und da weiter, konservativ umgebogen in berufsständische Vorstellungen, wie sie sich auch in anderen bürgerlichen Gruppen finden.<sup>34</sup> Von den Presseräten überlebte nur der Münchener, vielleicht weil hier mit der Räterepublik die Gefahr einer Sozialisierung der Presse noch einmal aktuell geworden war.<sup>35</sup> Er wandelte sich um in eine Arbeitsgemeinschaft der Presse und des Schrifttums und nahm sich vor allem Fragen des Urheberrechts und seiner ökonomischen Verwertung an.<sup>36</sup> Auch der Münchener Industrierat hatte mit der Wahl der bayerischen Nationalversammlung ausgedient. Die engen Beziehungen des Bayerischen Industriellenverbandes zu den Parteien und Verbänden der Rechten blieben jedoch bestehen. Während der Räterepublik nahmen Vertreter des Aktionsausschusses der bürgerlichen Parteien an Vorstandssitzungen der örtlichen Sektion des Bayerischen Industriellenverbandes teil.<sup>37</sup> Im Mai 1919 vereinigte sich der Werbeausschuß des Verbandes mit dem Heimatdienst Bayern, der gemeinsamen Holding von Wirtschaft und Bürgertum zur finanziellen Unterstützung von Einwohnerwehren und Verbänden der Rechten.<sup>38</sup>

Der Hamburger Wirtschaftsrat hingegen überlebte auf bemerkenswerte Weise. Im Frühjahr 1919, als auf dem Höhepunkt der politischen Streiks der Arbeiterschaft auch im Bürgertum eine verfassungsrechtliche Verankerung des Räteystems in irgendeiner Form erwartet wurde, schlug er der Reichsregierung die Einrichtung einer Art zweiter Kammer vor, in der sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer repräsentiert sein sollten, aber nur mit Beratungs- und Konsultationsrechten, also eine für den herkömmlichen Parlamentarismus unproblematische Lösung.<sup>39</sup> Sie wurde im Art. 165 der Weimarer Verfassung realisiert und fand auch Eingang in das Einführungsgesetz für die hamburgische Landesverfassung. Hierin wurde der Wirtschaftsrat als Vorstufe einer öffentlich-rechtlichen Arbeitgebervertretung anerkannt und erhielt das Recht, bis zu deren Konstituierung seine Tätigkeit fortzusetzen.<sup>40</sup> Analoges galt für sein Pendant, den Großen Arbeiterrat; er wurde im Frühjahr 1919 neu gewählt, wie die Arbeiterräte in vielen anderen Städten.<sup>41</sup> Bald darauf kam es zu einer aus keiner anderen Stadt bekannten Annäherung zwischen Arbeitgebervertretung und Arbeiterrat, die mit einem förmlichen Zusammenschluß endete. Im Mai nahm der Wirtschaftsrat zwölf Delegierte des Arbeiterrates auf, im November weitere zwölf, so daß hinfort Arbeiterrat und Konsumentenkommission zusammen ebensoviele Vertreter stellten wie die Handels-, Gewerbe- und Detaillistenkommission. Seitdem konnte sich der Wirtschaftsrat rühmen, »eine vollständige Vertretung aller erwerbstätigen Kreise des Hamburger Wirt-

schaftslebens zu sein« und das erste Beispiel eines Bezirkswirtschaftsrats, wie ihn die Weimarer Verfassung vorsah.<sup>42</sup> Bis dahin hatten die Arbeitgeberinteressen dominiert, etwa in der Propaganda des Wirtschaftsrates »für Arbeit und Sparsamkeit«, für die Wiedereinführung der Akkordarbeit und gegen zahlreiche Regelungen im Regierungsentwurf für das Betriebsrätegesetz.<sup>43</sup> Trotzdem rühmte sich der Wirtschaftsrat, bis Ende 1919 sei »niemals eine Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß herbeigeführt, sondern... immer eine freiwillige Verständigung gefunden« worden.<sup>44</sup> Mit der paritätischen Aufnahme von Arbeitnehmervertretern verschob sich seine Funktion dahin, »politisch ausgleichend zu wirken und Gegensätze zu mildern«.<sup>45</sup> Er wandelte sich in eine Clearingstelle und ein Diskussionsforum für allgemeine wirtschaftspolitische Fragen, etwa des Verkehrs- und Postwesens, der Unterbringung Erwerbsloser, der Lebensmittel- und Kohlenversorgung und der für die Hamburger Wirtschaft besonders wichtigen Erweiterung des Staatsgebiets, die sogenannte Groß-Hamburg-Frage.<sup>46</sup> Die Vertretung der eigentlichen Wirtschaftsinteressen und die Gutachter-tätigkeit in allen Einzelfragen fiel zurück an die Kammern.

### *Die weitere Entwicklung der Beamtenräte*

Auch die Beamtenräte blieben bestehen. Aber je mehr sie mit dem Verschwinden der Arbeiter- und Soldatenräte als Wellenbrecher der Revolution ausgedient hatten, je deutlicher sich abzeichnete, daß die Reichsverfassung die »wohlerworbenen Rechte« der Beamten nicht antasten würde, desto geringer wurde das Interesse der Behördenleitungen an ihnen, und desto restriktiver fiel die Regelung ihrer Kompetenzen aus. Gleichzeitig schwand auch das Engagement innerhalb der Beamtenschaft selbst. Das ohnehin kleine Potential für demokratische Verwaltungsreformen, vornehmlich auf den unteren und mittleren Rängen, sah sich entmutigt, während die meist konservativen höheren Beamten aus ihrer Abneigung gegen diese Einrichtung immer weniger ein Hehl machten.

Dies ist besonders deutlich in Preußen zu beobachten, wo während der Revolutionswochen eine rechtliche Regelung ausgeblieben war. Trotzdem hatten manche Beamtenräte Regierung und Staatsverwaltung während der großen Streiks vom Februar und März ein zweites Mal wertvolle Dienste geleistet, vor allem bei der Eisenbahn.<sup>47</sup> Je länger jedoch ihre Rechte ungeklärt blieben, desto mehr verlor unter den Beamten »die revolutionäre Idee an Boden, und die Reaktion erhob wieder ihr Haupt«. Diese Klage eines sozialdemokratischen Bediensteten bei einem Berliner Amtsgericht vom Frühjahr 1919 steht nicht allein. »Die Beamten sahen, daß alles so blieb wie

zuvor, daß der Bürokratismus sich wieder breit machte und alle ihm im ersten Anlauf entrissenen Positionen zurückgewann.« In den Beamtenräten selbst drängten »die sehr gemäßigten Elemente mit hohen Titeln in den Vordergrund«. <sup>48</sup> Besonders in der Provinz häuften sich Klagen über Vorgesetzte, die den Beamtenräten »mit großem Übelwillen gegenüberstehen«, so daß deren Anträge »sehr häufig« scheiterten. <sup>49</sup>

In den Betriebsverwaltungen von Bahn und Post, wo die Organisationen die Beamtenräte stellten, scheinen diese ihre Position einigermaßen behauptet zu haben. <sup>50</sup> Beamtenräte und Beamtenrätevereinigungen hingegen, die sich nicht auf Beamtenorganisationen stützten, verloren schnell an Bedeutung. Der Zusammenschluß der Beamtenräte der Berliner Zentralbehörden zum Beispiel, der Mitte November 1918 die Provinzialbehörden zur Bildung von Beamtenräten aufgefordert hatte, ließ bald nichts mehr von sich hören; die damals angekündigte Zusammenkunft von Delegierten der Beamtenräte ganz Preußens oder gar des Reichs scheint nie stattgefunden zu haben. Auch andere Formen überregionaler Zusammenarbeit bildeten sich außerhalb der Organisationen kaum heraus. Hier und da nahmen zentrale Beamtenräte benachbarter Städte untereinander lockere Kontakte auf. <sup>51</sup> Gelegentlich wurden auch Beamtenräte oder Reichsbehörden von solchen aus staatlichen oder nachgeordneten Behörden um Rat gefragt, ähnlich wie es im normalen dienstlichen Verkehr geschah. <sup>52</sup> Festere organisatorische Strukturen entwickelten sich jedoch hieraus nicht. Binnen kurzem wurde der Zusammenhalt zwischen den Beamtenräten offenbar nur noch über ihre institutionelle Zugehörigkeit vermittelt, also den Zuständigkeitsbereich des Innen- oder Justizministers, der Eisenbahnverwaltung usw., im übrigen über die Organisationen. Deren Furcht vor unabhängigen Beamtenräteorganisationen wurde damit hinfällig.

Diesen Zustand bestätigte die provisorische Regelung, die auf dem Höhepunkt der politischen Streiks endlich erfolgte. Am 24. März 1919 ordnete die preußische Regierung vorläufig für alle Behörden mit mindestens zwanzig dauernd beschäftigten Beamten die Bildung von Beamtenausschüssen (die Bezeichnung Rat wurde stillschweigend ersetzt) mit mindestens fünf, höchstens 15 Mitgliedern an, wobei die verschiedenen Beamtenkategorien ihrer jeweiligen Stärke entsprechend vertreten sein mußten. <sup>53</sup> In Behörden mit einer größeren Zahl von Angestellten sollte daneben ein besonderer Angestelltenausschuß gebildet werden. <sup>54</sup> Alle über 20 Jahre alten Beamten erhielten das aktive und passive Wahlrecht. Die Ausschüsse sollten »das Vertrauensverhältnis zwischen Verwaltung und Beamtenschaft stärken« und die Interessen der Beamten »bchufs Erhaltung ihrer Arbeitsfreudigkeit und Vermeidung von Reibungen« gegenüber der Behördenleitung vertreten. Sie erhielten jedoch lediglich die Befugnis, »sich über allgemeine innerdienstliche Angelegenheiten gutachterlich zu äußern und

auf Antrag eines Beamten in dessen dienstlichen und persönlichen Angelegenheiten vorstellig zu werden«. »In geeigneten Fällen« hatte die Behördenleitung ihnen vor dem Erlaß einschlägiger Anordnungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, insbesondere, wie die Ausführungsbestimmungen vom August 1919 präzisierten, bei grundlegenden Änderungen in Geschäftsverteilung und Dienstbetrieb, Festsetzung der Dienststunden und des Urlaubsplans, vor Übertragung oder Übernahme einer Nebentätigkeit sowie Anordnungen über Beschäftigungen in der Ausbildungszeit. Die Tätigkeit der Ausschüsse galt als dienstlich und sollte während der Dienstzeit ermöglicht werden, hatte allerdings »im Interesse des Gemeinwohls hinter den übrigen dienstlichen Aufgaben zurückzutreten«. Gleiche Bestimmungen ergingen für die Kommunalbeamten.<sup>55</sup>

Diese Regelung bestätigte im wesentlichen den bestehenden Zustand, jedenfalls soweit die Beamtenräte nach den Vorschlägen des Ausschusses der Berliner Beamtenräte vom November 1918 zustandegekommen waren. Zu Neuwahlen führte sie deshalb vermutlich nur dort, wo bisher noch keine Beamtenräte gebildet worden waren. Allerdings beschränkte sie die Kompetenz der Beamtenvertretungen auf Angelegenheiten der jeweiligen Behörde. Für die Erörterung allgemeiner Fragen wurden, dem Vorbild von Bahn und Post folgend, bei den Ministerien Beamtenbeiräte ausschließlich aus Organisationsvertretern eingerichtet, die die Verbände nominierten.<sup>56</sup>

Trotzdem stieß diese Regelung bei den Beamtenorganisationen auf Kritik, vor allem bei unteren und mittleren Beamten. Der Deutsche Beamtenbund fand es »grundfalsch«, daß sie nicht die Verbände zum »ruhenden Pol« machte<sup>57</sup> und – im Unterschied zur bayerischen Regelung – weder das aktive noch das passive Wahlrecht an eine Organisationszugehörigkeit band. Von sozialdemokratischer Seite wurde das Wahlverfahren kritisiert, weil es von den einzelnen Beamtenkategorien ausging und hierdurch, so wurde befürchtet, den »Kastengeist« förderte und den Abstand zwischen den verschiedenen Gruppen verfestigte.<sup>58</sup> Daß alle Beamtengruppen ihrer Stärke entsprechend vertreten sein sollten, auch diejenigen, »die für die Beamtenräte wenig oder gar kein Interesse haben und sich demzufolge auch an der Wahl nur schwach oder überhaupt nicht beteiligen«, wurde als Begünstigung der »Teilnahmslosigkeit der Beamtenschaft« kritisiert. Vor allem aber lösten das Fehlen wirklicher Mitbestimmungsrechte und die ausdrückliche Nachrangigkeit der Ausschußtätigkeit Kritik und Enttäuschung aus, zumal mancher Organisationsvertreter aus Unterredungen mit Ministerialbeamten in den Revolutionswochen den Eindruck gewonnen hatte, die Beamtenvertretungen würden ein Vetorecht in allen die Beamten betreffenden Fragen erhalten.<sup>59</sup>

Tatsächlich bedeutete die Regelung eine Absage an Bestrebungen, die Verwaltung von innen zu reformieren, und befestigte im wesentlichen die

alten Strukturen; die Beamtenräte wurden praktisch »lahmgelegt«. <sup>60</sup> Behördenleitungen und Vorgesetzte verfügten über genügend Mittel, Beamtenratsmitgliedern, die sich unliebsam exponierten und mit ihnen anlegten, zu zeigen, wer am längeren Hebel saß, zumal eine Benachteiligung von Beamtenratsmitgliedern aufgrund ihrer Tätigkeit nicht ausdrücklich verboten war. Sozialdemokratische Beamtenräte konstatierten daher, daß unter diesen Bedingungen »eine wirksame Betätigung ihrerseits vollständig ausgeschlossen ist«. <sup>61</sup> Bereits im Mai 1919 war aus ihren Reihen die Klage zu vernehmen: »Je weiter wir uns vom 9. November 1918 entfernen, desto mehr zieht sich mancher Vertreter der ›vorgesetzten Behörde‹ in seine geheimrätliche Würde zurück und hat auch billigen Forderungen gegenüber nur ein mitleidiges Achselzucken oder, wenn ... von höheren Stellen eine Zusage erwirkt ist, antwortet er durch passive Resistenz.« <sup>62</sup>

Wie zur Bestätigung sprachen sich die höheren Beamten im Sommer 1919 zwar grundsätzlich für die Einrichtung von Beamtenausschüssen und sogar für deren »Mitbestimmung« aus. Sie meinten jedoch lediglich beratende und gutachterliche Kompetenzen und Hilfsaufgaben, etwa bei »besonders schwieriger Betriebslage« wie Streiks »zur Aufrechterhaltung... des Betriebes... Anregungen zu geben, vor allem die Bediensteten zu überwachen und anzufeuern«. Jegliche »Mitverantwortung« der Personalvertretungen »bei Angelegenheiten der Staatshoheit und der Verwaltungsmaschinerie« lehnten sie ab zugunsten der »strengen Scheidung zwischen Leitenden und Geleiteten« und des ungeschmälernten Entscheidungsrechts des Vorgesetzten, »der nicht von der Zustimmung Untergebener abhängig sein darf«. <sup>63</sup>

Wachsenden Schwierigkeiten sah sich 1919 auch der Hamburger Beamtenrat gegenüber. Zwar hingen diese teilweise damit zusammen, daß er ein Zwitter zwischen Dachorganisation der Hamburger Beamtenorganisationen und Beamtenvertretung darstellte, weshalb er sich auch mit den preußischen Beamtenvertretungen nicht direkt vergleichen läßt. Aber sie reflektieren ähnliche Veränderungen des politischen Klimas wie in anderen Bundesstaaten. Beim Hamburger Arbeiterrat war der Beamtenrat schon Anfang Januar in »Mißkredit« geraten, da er ihm als »ein Organ des Senats« erschien; <sup>64</sup> der Streik der Eisenbahn- und Postbeamten Anfang Februar hatte dieses Mißtrauen gestärkt. <sup>65</sup> Zwar nahm das Gewicht des Arbeiterrats seit der Entscheidung für die Wahl einer Hamburger Konstituante deutlich ab. Aber im Frühjahr 1919 wurde er neu gewählt, und nachdem der Beamtenrat beim alten Arbeiterrat wiederholt auf seine Beteiligung gedrängt hatte, <sup>66</sup> konnte er jetzt nicht anders, als sich für eine Teilnahme der Beamten an der Neuwahl auszusprechen. <sup>67</sup> Hiermit setzte er sich »böse in die Nesseln«. <sup>68</sup> Denn im Wahlkampf konkurrierten die verschiedenen Organisationsrichtungen miteinander – mit negativen Rückwirkungen auf die Po-

sition des Beamtenrats selbst. Außerdem stellte sich jetzt die Frage nach seiner Legitimation. Denn wenn der Arbeiterrat fortan als Vertretung aller abhängig Beschäftigten einschließlich der Beamten galt, mußte die Arbeiterratskommission für Beamtenfragen die legitime Vertretung aller Beamten darstellen; allenfalls als Beratungsgremium des Arbeiterrats mochte der Beamtenrat weiter bestehen.

Auch innerhalb der Beamtenschaft selbst verlor er an Ansehen. In Besoldungsfragen trat er dem Senat gegenüber nicht so energisch auf, wie viele es erwarteten.<sup>69</sup> Außerdem informierte er die Beamtenschaft nicht genügend über seine Ziele und seine Arbeit. Einige seiner Mitglieder waren häufig abwesend, weil sie für die Nationalversammlung kandidierten, überwiegend für bürgerliche Parteien. Viele mittlere und untere Beamte bestärkte dies in der Überzeugung, daß im Beamtenrat »nicht genügend Sozialdemokraten... vertreten« seien.<sup>70</sup> Beamtenausschüsse einzelner Behörden betrachteten ihn sogar als »reaktionäre Körperschaft«.<sup>71</sup> Zudem entwickelten sie eigenes Selbstbewußtsein und weigerten sich zunehmend, den Beamtenrat als übergeordnetes Gremium zu akzeptieren. Manche begannen, auf eigene Faust mit Arbeiterrat und Senat zu verhandeln.<sup>72</sup> Ab Februar 1919 hielten sie sogar gemeinsame Vollversammlungen ab; mit wachsender Regelmäßigkeit der Zusammenkünfte entwickelte sich hieraus informell eine neue Instanz, die der Beamtenrat als Konkurrenz und Bedrohung auffassen mußte. Schließlich wurde sogar seine Neuwahl gefordert. Er wehrte sich verzweifelt gegen diese Entmachtungstendenzen und wollte sich als vorläufige Beamtenkammer anerkannt sehen,<sup>73</sup> aber er vermochte immer weniger, sich durchzusetzen.

Denn auch der Senat entzog ihm sein Wohlwollen, seitdem die Tage des Arbeiter- und Soldatenrates gezählt waren. Seit Anfang Januar verschleppte er Besprechungen, und fanden sie schließlich doch statt, brachten sie kaum Ergebnisse.<sup>74</sup> Als nach der Wahl der Hamburger Konstituante Mitte März ein neuer Senat sein Amt antrat, brach die Verbindung zunächst gänzlich ab, so daß der Beamtenrat durch einen Glückwunsch an die neuen Senatoren an seine Existenz erinnern mußte.<sup>75</sup> Aber auch sie zeigten ihm die kalte Schulter. Bald lehnten sie es sogar ab, seinen Vollzugsausschuß überhaupt noch zu empfangen.<sup>76</sup> Das Beamtenratsmitglied, das im Januar als Referent für Beamtenfragen beim Senat angestellt worden war, wurde keineswegs zu allen Verhandlungen hinzugezogen, die die Beamtenschaft berührten, nicht einmal zu allen Unterredungen mit einzelnen Beamtengruppen, und erhielt offenbar auch nicht die gewünschte Akteneinsicht.<sup>77</sup> Im Mai 1919 wurden dem Beamtenrat die bisherigen Büroräume entzogen und andere zugewiesen, die er als unbrauchbar empfand. Weitere Zahlungen wurden ihm verweigert, so daß er zur Deckung seiner Ausgaben wiederholt Sammlungen veranstalten mußte, die die Beamtenorganisationen



zu Pressionen ausnutzten.<sup>78</sup> Im Sommer 1919 widerrief der Senat schließlich die meisten Freistellungen; nur vier Vorstandsmitgliedern blieb dieses Privileg erhalten.<sup>79</sup> Gleichzeitig häuften sich Mißachtungen der Beamtenausschüsse in den einzelnen Behörden.<sup>80</sup> Mit der Vorbereitung des Betriebsrätegesetzes im Reichstag, das auch für Behörden und öffentliche Unternehmen eigene Vertretungen für Arbeiter und Angestellte vorsah, zerrann überdies die Hoffnung des Beamtenrats, im Hamburger öffentlichen Dienst einheitliche Belegschaftsvertretungen unter Führung der Beamten dauerhaft zu etablieren.<sup>81</sup> Mitte 1919 fühlte er sich politisch nur noch »geduldet« und »von allen Seiten eingekreist«.<sup>82</sup> »Wenn nicht alte bekannte Bürgerschaftsmitglieder im Beamtenrat säßen«, mußte er sich sagen lassen, »so wäre diesem Unfug längst ein Ende gemacht«.<sup>83</sup> Seine Lage war so desolat, daß er selbst über seine Auflösung nachdachte.

Daß er am Ende doch überlebte, hatte er dem raschen Einflußverlust des im Frühjahr 1919 neu gewählten Arbeiterrats zu verdanken, ferner dem Umstand, daß die reichsgesetzliche Regelung der Beamtenvertretungen unerwartet lange auf sich warten ließ. In diesem Vakuum gewann er für die koordinierte Vertretung der Beamteninteressen wieder an Bedeutung und vermochte seine Stellung zu stabilisieren, was sein provisorischer Charakter eher erleichtert als erschwert haben dürfte. Im November 1919 erkannten Bürgerschaft und Senat ihn bis zu einer gesetzlichen Regelung formell als Beamtenvertretung an.<sup>84</sup>

In Württemberg war während der Revolutionswochen eine Mitbestimmungsregelung allein für die Verkehrsbeamten getroffen worden.<sup>85</sup> Die übrigen Beamten, namentlich ihre Organisationen, drängten auf eine analoge Regelung. Aber monatelang erhielten sie nicht einmal Antwort.<sup>86</sup> Erst im Sommer 1919 legte die Regierung einen Verordnungsentwurf vor; er blieb hinter den Bestimmungen für das Verkehrspersonal zurück. Auf dessen im Januar 1919 eingerichteten Beirat angesprochen, erklärte Finanzminister Liesching (DDP) im August, er habe »nicht... immer gut funktioniert«. »Die Verwaltung«, verkündete er jetzt, »dürfe nicht nur ausführendes Organ der Beiräte sein. Verantwortlich dem Landtag gegenüber sei eben der Minister«; der Beirat »sei staatsrechtlich niemand verantwortlich, und das staatsrechtliche Verhältnis dürfe nicht verschoben und umgekehrt werden.« Innerhalb dieses Rahmens freilich nahmen sich die »Grundzüge für die Bildung von Beamtenbeiräten«, die die württembergische Regierung Ende Oktober 1919 erließ, noch einigermaßen großzügig aus.<sup>87</sup> Der Beirat des Verkehrspersonals blieb unverändert; für die übrigen Ministerien wurden Beiräte nach gleichem Muster gebildet, für Fragen, die die gesamte Beamtenschaft betrafen, wurden deren Vorstände zu einem Gesamtbeamtenbeirat zusammengefaßt.

Eine Hauptaufgabe der Beiräte bestand in der »Förderung eines guten

Einvernehmens zwischen den Beamten wie zwischen diesen und der Verwaltung« sowie – auf Antrag – der Schlichtung dienstlicher Streitigkeiten. Ferner hatten sie »dahin zu wirken, daß die Beamten ihre dienstlichen Pflichten voll erfüllen und auch außerdienstlich das Ansehen der Beamenschaft wahren«. Als »Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte... in den sie selbst betreffenden Angelegenheiten« erhielten die Beamten freilich nur Anhörungs- und Informationsrechte sowie das Recht zur Stellungnahme, insbesondere in Fragen des Beamtenrechts, bei Gehalts- und Pensionsregelungen, Wohlfahrtseinrichtungen, Anstellungs- und Beförderungsvorschriften sowie Arbeitszeit- und Urlaubsangelegenheiten. Die Beteiligung an Entscheidungen über Stellenbesetzungen, wie sie dem Beirat des Verkehrspersonals zugestanden worden war, erschien der Ministerialbürokratie schon im Mai 1919 für die Verkehrsanstalten »vielleicht durch die besonderen Verhältnisse des Betriebes gerechtfertigt«, für die »Staatsverwaltung im eigentlichen Sinne« jedoch »sachlich äußerst bedenklich, insbesondere wegen der damit verbundenen Beschränkung der Minister in der Auswahl ihrer Mitarbeiter, ... und als ein staatsrechtlich anfechtbarer Eingriff in die parlamentarische Verantwortlichkeit der Minister für die Stellenbesetzungen«. <sup>88</sup> Sie wurde daher auf die Position des Personalreferenten im Ministerium beschränkt; allein vor ihrer Besetzung stand dem Beiratsrat das Recht zur Feststellung zu, »daß ein für diesen Posten in Frage kommender Beamter sich für diese Tätigkeit... weniger eigne und daher als abgelehnt gelte.« Aber ein solcher Beschluß benötigte zwei Drittel der abgegebenen Stimmen und blieb trotzdem für das Ministerium unverbindlich. Folgte es einer negativen Stellungnahme nicht, blieb dem Beirat nur die Möglichkeit, den Fall vor das Kabinett zu bringen.

Die Beiräte gliederten sich in je eine Abteilung für höhere, mittlere, sonstige Kanzlei- und untere Beamte, wobei deren jeweilige Stärke in bestimmten Grenzen berücksichtigt wurde, und bauten – wie schon der Beirat des Verkehrspersonals – auf den Organisationen auf. Ihre Mitglieder wurden von den Beamtenverbänden auf zwei Jahre gewählt, zunächst von deren Vorständen oder Ausschüssen, später von den Hauptversammlungen; jede Organisation sollte »im wesentlichen« gleich viele Vertreter erhalten. Diese Regelung stellte eine rechtlich normierte Form der Anerkennung der Beamtenverbände durch die Regierung dar und eine Vorkehrung zur Vereinfachung und Formalisierung des Verkehrs zwischen Ministerium und Verbänden, zugleich zu deren Sicherung gegen das Aufkommen unerwünschter Konkurrenz. Als Mitbestimmung hingegen war sie höchstens in einem sehr eingeschränkten Sinne anzusehen. Auch begrenzte sie die Einflußmöglichkeiten der Beamtenvertretungen im wesentlichen auf die oberste Verwaltungsebene. Für die einzelnen Behörden und Ämter war lediglich die Bestellung eines Vertrauensmannes vorgesehen. Eine Verän-

derung der Verkehrsformen und, sofern sie die Beamten selbst betrafen, der Entscheidungsabläufe im Alltag des öffentlichen Dienstes in einer Weise, die der einzelne Beamte wahrnehmen konnte, war von ihr schwerlich zu erwarten.

Im Nachbarland Bayern machte die Bildung von Beamtenräten bis zum Frühjahr 1919 noch Fortschritte. Im März 1919 empfahl Sozialminister Unterleitner (USPD) allen Ressorts, in allen Betrieben, Verwaltungen und Büros mit mindestens zwanzig Beamten »tunlichst beschleunigt« entsprechend der Verordnung des Rats der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 Beamtenausschüsse wählen zu lassen.<sup>89</sup> Im Sommer bescheinigte er ihnen, sie hätten »allenthalben zur Zufriedenheit der beteiligten Beamten die ihnen zugewiesenen Aufgaben gelöst.«<sup>90</sup> Noch im Oktober ließ er verlauten, der Bayerische Beamten- und Lehrerbund als vorläufige Beamtenkammer würde »bei der Behandlung der Beamtenfragen von einschneidender Bedeutung... jederzeit gehört und im Einvernehmen mit ihr gehandelt.«<sup>91</sup> In der Praxis machte sich nach Beobachtungen der sozialdemokratischen Beamtensektion jedoch seit dem Ende der Räterepublik »ein auffallender Umschwung zu den Verhältnissen bemerkbar... wie sie zur Zeit der drückendsten Knechtschaft des Beamtentums bestanden.«<sup>92</sup> Die Ministerialbürokratie dachte seitdem nicht mehr an einen Ausbau der Beamtenvertretungen und an deren gesetzliche Absicherung. Ihre Erwartungen an die Beamtenvertretungen hatten sich deutlich verschoben. Interne Interessenvertretung und Mitbestimmung als Preis für die Unterstützung gegen revolutionäre Anstürme waren zurückgetreten gegenüber dem »Interesse des Staates und des Volkswohls« und dem Ziel, »Berufstätigkeit und Berufsfreude der Beamten zu fördern und zu erhalten«. Auf die »Voranstellung« dieser Aufgaben wurde der Beirat verpflichtet, der Anfang Juli 1919 bei der Münchener Schutzpolizei entstand.<sup>93</sup> Nur Aufgaben und Zusammensetzung der vorläufigen Gemeindebeamtenkammer, die im Januar 1919 auf dem Verordnungswege eingeführt worden war und daher eine rechtlich vergleichsweise solide Basis hatte, wurden im Oktober 1919 genauer umgrenzt.<sup>94</sup> Im übrigen wurde die Beteiligung der Beamtenvertretungen an wichtigen Personalentscheidungen auf Einzelfälle beschränkt, »sofern die besonderen Verhältnisse der betreffenden Verwaltung es angezeigt erscheinen lassen«. Als neuer Grundsatz galt hinfort auch in Bayern: »Den Minister trifft als den obersten Leiter seiner Verwaltung die volle Verantwortung für die richtige Geschäftsführung gegenüber der Volksvertretung, er muß deshalb auch bei der Auswahl der Persönlichkeiten gerade für die leitenden Stellen vollständig frei in seiner EntschlieÙung sein.«<sup>95</sup>

Wenig später scheiterte eine Neufassung der einschlägigen Bestimmungen, die der bürgerliche Verkehrsminister Frauendorfer für sein Ressort beabsichtigte, am Widerstand der übrigen Ministerien. Besonderen Anstoß

erregte der Terminus »Mitwirkung«, weil er so verstanden werden konnte, »als wolle ein Mitbestimmungsrecht zugestanden werden, was auf alle Fälle abzulehnen sei.«<sup>96</sup> Ganz im Sinne des alten Obrigkeitsstaates sprach sich das sozialdemokratisch geführte Kultusministerium »aus Gründen der Wahrung der Staatsautorität und der Aufrechterhaltung der Ordnung in den Staatsbetrieben« dafür aus, daß den Beamten und ihren Organisationen »ein bestimmter Einfluß auf die Erledigung der Amtsgeschäfte unter keinen Umständen zugestanden werden kann«, sondern nur »Gelegenheit zur Vortragung ihrer Wünsche und Anliegen«. »Mehr wie je«, hieß es zur Begründung, »benötigt die Festigung der Ordnung zielbewußte und tatkräftigste Amtsvorstände, die bei ihren Entschlüssen wohl berechtigten Rat entgegennehmen sollen, durch fremde Einflüsse aber nicht gehemmt werden dürfen.«<sup>97</sup> Die Ministerialreferenten einigten sich auf die Formulierung, die Beamtenvertretungen seien »gutachterlich zu hören«, verständigten sich im übrigen darauf, im Hinblick auf eine reichsgesetzliche Regelung einstweilen jegliche Novellierung zu unterlassen.<sup>98</sup>

Die Abwendung von Konzessionen, die während der Revolutionswochen gemacht worden waren, wäre politisch bis zu einem gewissen Grade plausibel gewesen, wenn sie von der Sozialdemokratie ausgegangen wäre, solange diese die Regierung führte. Denn allem Anschein nach hat sie von den Beamtenvertretungen, die die Regierung Eisner legalisiert hatte, politisch nur wenig oder gar nicht profitiert. Die Beamtenbeiräte bei den Ministerien nominierte allein der Bayerische Beamten- und Lehrerbund, und nur er war als vorläufige Beamtenkammer anerkannt worden. Im Sinne einer Demokratisierung der Verwaltung, wie die Anhängerschaft der SPD sie erwartete, nicht zuletzt ihre Klientel in der Beamtenschaft selbst, haben diese Gremien daher schwerlich gewirkt. »Jede fortschrittliche und freiheitliche Verordnung verkehrt sich in den Händen solcher Beamter in das Gegenteil, wodurch es der Regierung zum größten Nachteil des Volkes und nicht zuletzt auch der Partei unmöglich gemacht wird, sich mit ihrem Willen durchzusetzen«, klagte die sozialdemokratische Beamtensektion im Mai 1919.<sup>99</sup> Die sozialistische Beamtengewerkschaft protestierte deshalb wiederholt gegen das Vertretungsmonopol des bürgerlichen Beamtenbundes wie auch gegen die Beschränkung des Wahlrechts für die Beamtenschüsse auf organisierte Beamte, weil diese Regelung den Beamtenbund begünstigte.<sup>100</sup> Doch erst gegen Jahresende wurde ihr eine Beteiligung »in einzelnen besonderen Fällen« in Aussicht gestellt.<sup>101</sup> Das Verlangen sozialdemokratischer Beamter, »einschlägige Verordnungen« im Benehmen mit den Vertrauensleuten der sozialistischen Beamtenorganisation vorzubereiten und durchzuführen, blieb unerfüllt, erst recht ihre Erwartung eines »entschiedenen Durchgreifens« dergestalt, »daß alle Beamten, welche als Gegner jedes sozialistischen Fortschritts bekannt sind, an eine Stelle ver-

setzt werden, wo sie keine von ihrer reaktionären Gesinnung und ihrem verknöcherten Bürokratismus beeinflusste Tätigkeit zum Schaden des Volksganzen und ihrer Unterstellten entfalten können.«<sup>102</sup>

Die Beamten vom alten Schläge gewannen daher schnell wieder Oberwasser, insbesondere unter den höheren und in der Ministerialbürokratie. Sie waren die Urheber der neuen Verfügungen und Entwürfe, und wo sie konnten, drängten sie auch als Vorgesetzte den Einfluß der Beamtenvertretungen wieder zurück. In der Polizeidirektion München zum Beispiel, wo seit Anfang Mai 1919 Ernst Pöhner als Präsident amtierte, der später die Nationalsozialisten und andere rechtsradikale Verbände nach Kräften begünstigte, konnte sich der Beamtenausschuß schon Anfang 1920 »im Gegensatz zu früher des zunehmenden Eindrucks einer absichtlichen Ausschaltung... nicht erwehren.«<sup>103</sup> Pöhner bestätigte dies indirekt, indem er den Beamtenausschuß herablassend als im Grunde ungesetzliches, nur geduldetes »Provisorium« bezeichnete und von ihm das »Bewußtsein... seiner Unterordnung« erwartete. »Ein Ende hat die Zuständigkeit und insbesondere der Durchsetzungswille des Beamtenausschusses da«, teilte er dem sozialdemokratischen Innenminister Endres selbstbewußt mit, »wo dem Präsidenten die ausschließliche Verantwortung zusteht.«<sup>104</sup>

Formal war er im Recht. Endres fehlte daher eine Handhabe, dem Beamtenausschuß zu helfen, wahrscheinlich aber auch der Wille. Denn auch sozialdemokratische Minister machten sich kaum für die Beamtenräte stark, wohl schon deshalb nicht, weil sie den Beamten schwerlich Mitbestimmungsrechte zugestehen konnten, die sie gleichzeitig Arbeitern und Angestellten verweigerten. Vielleicht hat auch das Verhalten mancher Beamtenräte in den Revolutionsmonaten – etwa von der Art, wie es für Danzig aufgezeigt wurde<sup>105</sup> – sie hierin bestärkt; noch mehr wahrscheinlich eine realistische Einschätzung der mehr oder weniger konservativen politischen Anschauungen, die unter den Beamten vorherrschten. Ein Mitentscheidungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen hätte die Besetzung herausgehobener Positionen mit Anhängern der Republik und ebenfalls die Entlassung republikfeindlicher Beamten eher noch schwerer gemacht als der Fortbestand der alten Rechtsverhältnisse. Mutigen Ministern boten sie immerhin einigen personalpolitischen Entscheidungsspielraum auch unterhalb der Ebene der politischen Beamten. Auch wenn diese Überlegung bei der Verweigerung von Mitbestimmungs- und Kontrollrechten für die Beamtenvertretungen nur eine Nebenrolle gespielt haben dürfte – eine verpaßte Chance für die Demokratisierung der Verwaltung von innen, insbesondere ihre personelle Erneuerung im Sinne der Republik, ist hierin aufgrund des monarchisch-autoritären Erbes wenn überhaupt, dann nur in engen Grenzen zu sehen.



IV.

Höhe- und Wendepunkt in der  
Adaptation proletarischer  
Organisations- und  
Aktionsformen in Bürgertum  
und Landwirtschaft 1920





## Die Bürgerräte und der Kapp-Putsch

Daß sich die innenpolitische Situation in der zweiten Jahreshälfte 1919 beruhigte und im Rahmen der neuen politischen Gegebenheiten, die mit der Weimarer Verfassung festgeschrieben wurden, normalisierte, bedeutete nicht unbedingt einen Rückgang der Politisierung und politischen Radikalisierung, die in Teilen des Bürgertums und der Landbevölkerung während und nach den Bürgerkriegskämpfen manifest geworden waren. Auch die Krise der Bürgerräte läßt nicht notwendig darauf schließen, sondern deutet eher auf einen Formenwandel. Die Energien, die ihnen entzogen wurden, kamen nun anderen Organisationen zugute. Sozialwissenschaftliche Studien über das politische Bewußtsein des deutschen Bürgertums ein Jahr nach der Novemberrevolution in unterschiedlich strukturierten Städten und Regionen gibt es noch nicht, nur punktuelle Impressionen von Zeitgenossen. Doch auch ihnen kommt einige Aussagekraft zu. Kurt Tucholsky, mit ungewöhnlich scharfem Gespür für politische Stimmungen und Strömungen begabt, schrieb nach einer Reise in die Provinz im Herbst 1919 über die Einstellungen des Bürgertums zur Revolution, auf die er gestoßen war: »Man spricht ungern von ihr. Und wenn, mit unverhohlener Verachtung. ... Kämen ihre Gegner heute ans Ruder, wir erlebten in Deutschland eine Menschenschlächtereie, von der Liebnechts und Landauers Ermordung ein unzureichender Vorgeschmack war. Der Haß der besitzenden Schichten gegen den Arbeiter ist ins Grenzenlose, ins Erschreckende gewachsen. Mit Feuer und Schwert würde dieser Stand unter seinen Gegnern wüten. ... Er würde reinen Tisch machen.«<sup>1</sup> »Auf dem Lande«, bestätigte ein norddeutscher Funktionär der Handwerkerbünde, »zerschellt die Revolution an den tatsächlichen Verhältnissen. Nur in den Städten tut man so,

als ob sie sich durchzusetzen vermöchte.«<sup>2</sup> Aber auch dort hatte sich das Bild gegenüber dem Frühjahr stark verändert. Der Wind blies kräftig nach rechts, die Agitation gegen die Republik und ihre Repräsentanten kam auf Touren, und auf der Rechten zeichneten sich wieder ähnliche Kräftekonstellationen ab wie vor der Revolution. Ernst Troeltsch skizzierte sie im August 1919: »Alledeutsche und Vaterlandspartei, ihre ehemaligen Führer und Vertrauensmänner, der ganze Zusammenhang von damaliger Heeresleitung und machtpolitischer Ausnützung des Krieges: alles das kocht wieder auf gegen Flaumacher und Verzichtler, gegen schlappe Seelen und sentimentale Kleingläubige oder verräterische Pazifisten und Internationalisten. ... Die Deutschnationale Partei glaubt sich wieder als die der alten Konservativen und der alten Vaterlandspartei enthüllen zu dürfen und legt die zurückhaltenden ›volksparteilichen‹ Allüren ab, die sie anfangs der neuen Lage zu schulden glaubte und die sie heute auf einen täglich sich steigernden Antisemitismus beschränkt. Ein Teil der Universitäten wählt die schroffsten Kriegspublizisten zu Rektoren, die Studentenschaften sammeln sich in der Hauptmasse um ihre alten Verbindungen und ihre Ideologie. Die protestantische Kirche Preußens bereitet sich darauf, zur konservativen Gegenburg gegen den Staat der Revolution zu werden. Kurz: die teils planmäßig gelegten, teils instinktiv hervorleuchtenden Grundlagen der Gegenrevolution werden sichtbar.«<sup>3</sup>

### *Beteiligung der Bürgerräte am Putsch*

Daß Tucholsky und Troeltsch nicht zu schwarz sahen, bewies der Kapp-Putsch vom März 1920. Freikorpsseinheiten, die vor ihrer Entlassung standen, marschierten nach Berlin, bemächtigten sich der Regierungsgebäude und setzten politische Gesinnungsfreunde aus der extremen Rechten hinein, mit denen zusammen die Aktion vorbereitet worden war. Ihr politischer Kopf, der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, prominenter Aktivist des rechten Lagers seit den Tagen der Vaterlandspartei, erklärte die Nationalversammlung für aufgelöst, Reichspräsident, Reichsregierung und preußische Regierung für abgesetzt und sich selbst zum neuen Reichskanzler. Große Teile der Reichswehr, der Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände im ganzen Land schlossen sich ihnen an und bestätigten damit ihre Disposition zum politischen Handeln auf eigene Faust gegen die verfassungsmäßige Regierung. Reichspräsident und Reichsregierung flüchteten, erst nach Dresden, dann nach Stuttgart, aber gaben sich nicht geschlagen. Die Berliner Ministerialbeamten weigerten sich, Weisungen der Putschisten entgegenzunehmen. Die Gewerk-

schaften, unterstützt von den großen Verbänden der Angestellten und Beamten, riefen den Generalstreik aus. Die Reichswehrführung erklärte sich »neutral«. Nach wenigen Tagen zogen die Putschisten unverrichteterdinge, aber auch unbehelligt wieder ab.<sup>4</sup>

Trotzdem war der Putsch keine flüchtige, politisch unbedeutende Episode. Denn in einigen Regionen, vor allem im Ruhrgebiet, löste er einen zweiten Bürgerkrieg aus. Er reaktivierte und kräftigte im Bürgertum und in der Landwirtschaft politische Handlungsenergien und Feindstereotypen, verschob politische Orientierungen weiter nach rechts und trug langfristig dazu bei, die politische Position der Arbeiterschaft weiter zu schwächen und diejenige von Bürgertum und Landwirtschaft gleichermaßen zu stärken. Für den hier behandelten Zusammenhang ist er aus mehreren Gründen wichtig: Er belebte Organisations- und Aktionsformen wieder, die in der Novemberrevolution von der Arbeiterschaft übernommen worden waren, und trieb zugleich die »Vergewerkschaftung« bürgerlicher und agrarischer Verbände weiter voran; er entfaltete bürgerliches Klassenkampfdenken weiter und trieb es auf einen neuen Höhepunkt; und schließlich ließ er einen konzentrischen Einsatz kollektiver Aktionsformen von Bürgertum und Landwirtschaft wenigstens als Möglichkeit aufscheinen.

Schon der Putsch selbst erschien in mancher Hinsicht wie eine Antwort auf Aktionen der Arbeiterschaft mit Mitteln, die ihr entlehnt worden waren. Denn zur Legitimation beriefen sich die Putschisten auf das »Recht des 9. November«<sup>5</sup> als ein Präjudiz für einen straffreien gewaltsamen Umsturz. Ferner gibt es Anzeichen dafür, daß der Staatsstreich hier und da als Kombination von Militärputsch mit landwirtschaftlichen Lieferstreiks und städtischen Bürgerstreiks konzipiert war, diesmal aber als Angriffswaffen. Einen solchen Verdacht hatte schon die Drohung des Deutschen Landbundes drei Wochen vor dem Putsch aufkommen lassen, bei einem Generalstreik der Arbeiterschaft »im Einvernehmen mit dem städtischen Bürgertum... sämtliche Lieferungen an die vom Streik betroffenen Gebiete« einzustellen.<sup>6</sup> Während der Putschtage selbst drohte der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Wangenheim, mit einem Streik der Landwirtschaft, falls der Generalstreik der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht innerhalb von 48 Stunden beendet würde.<sup>7</sup> Ähnlich ließen sich der Thüringer Bauernbund und die bayerischen Bauernorganisationen vernehmen.<sup>8</sup>

In einigen Hochburgen der Bürgerratsbewegung waren die Bürgerräte offensichtlich in die Vorbereitung des Putsches eingeweiht und übernahmen bei seiner Durchführung eine zentrale Rolle. In Braunschweig fungierte das Büro des Bürgerbundes als Kontaktstelle zu den Putschisten in Berlin.<sup>9</sup> In Stettin wurden schon vor deren Losschlagen die Zeitfreiwilligen heimlich alarmiert und der Bürgerstreik vorbereitet. Den Generalstreik der Arbeitnehmerorganisationen verurteilte der Bürgerbund als »ver-

brecherisch«, rief dazu auf, »unter allen Umständen die Arbeit aufrecht-[zu]erhalten und [zu] schützen«, und beteiligte sich in engster Zusammenarbeit mit dem örtlichen Wehrkreiskommando an der Mobilisierung der Zeitfreiwilligen und deren finanzieller Unterstützung.<sup>10</sup> Der Abwehrstreik wurde nur deshalb nicht ausgerufen, weil der Bürgerbund damit rechnete, daß »durch energisches stetiges und zielbewußtes Auftreten der Militärs die Ordnung wieder hergestellt werden« würde,<sup>11</sup> und weil die Technische Nothilfe, die überwiegend aus seinen Mitgliedern bestand, die lebenswichtigen Betriebe sowie den Lebensmittel- und Kohlentransport weiterführte.<sup>12</sup> Ähnlich sah es in weiteren pommerschen Städten aus.<sup>13</sup> Auch in Kiel und München wurde der Bürgerstreik als Antwort auf den Generalstreik der Arbeiter und Beamten vorbereitet, in Schleswig sogar ausgerufen, allerdings mit nur geringer Resonanz.<sup>14</sup> Der Gedanke eines Ärztestreiks tauchte ebenfalls wieder auf.<sup>15</sup> In Kiel mobilisierte der Ordnungsbund zwei oder drei Kompanien; sie wurden von der Marine bewaffnet und in Straßenkämpfen gegen die Arbeiterschaft eingesetzt.<sup>16</sup>

Obwohl manche Bürgerratsmitglieder schon lange mit Staatsstreichüberlegungen liebäugelten und engen Kontakt mit Kreisen hielten, die in die Vorbereitung des Kapp-Putsches verwickelt waren,<sup>17</sup> sind entsprechende zentrale Anweisungen unwahrscheinlich. Der Organisationsapparat der Bürgerräte war zu unterentwickelt, ihre politische Homogenität zu gering, um eine verlässliche Durchführung sicherzustellen. Vermutlich wurden daher nur die Bürgerräte von den Putschisten einbezogen, die ihnen als zuverlässig galten, und zwar ohne Einschaltung des Reichsbürgerrats. Dieser selbst war vorsichtig genug, nicht offen für Kapp Partei zu ergreifen, verlangte allerdings ähnlich wie dieser eine Regierung, »in der die breitesten Schichten des Bürgertums, zu dem selbstverständlich die Arbeiter gehören, ihre Vertretung finden«, und stimmte in der Forderung nach sofortigen Neuwahlen und Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk sogar völlig mit dem Programm der Putschisten überein.<sup>18</sup>

Indessen unterstützten nicht alle Bürgerräte die Putschisten. In Bochum, Frankfurt a. M., Stuttgart und Leipzig stellten sie sich ihnen entgegen,<sup>19</sup> in Hamburg und Kiel traten tiefe Meinungsverschiedenheiten zutage, der Bürgerrat Elberfeld scheint sich darüber gespalten zu haben.<sup>20</sup> In kleineren sächsischen Städten kam es anscheinend vereinzelt sogar zur Zusammenarbeit zwischen Arbeiterschaft, bürgerlichen Parteien und Bürgerräten bis zum Ende der Kapptage,<sup>21</sup> anfänglich auch in Leipzig; hier scheiterte sie jedoch schon nach einem Tag, ebenso wie spätere Vermittlungsbemühungen, an denen sich der Bürgerausschuß beteiligte.<sup>22</sup>

Nirgends jedoch dachten die Bürgerräte daran, den Bürgerstreik gegen die Putschisten auszurufen, ihren wiederholten Bekenntnissen »gegen jede Gegenrevolution und gegen jeden gewaltsamen Umsturz« zum Trotz.<sup>23</sup>

Als der damalige Wiederaufbauminister und baldige Nachfolger Noskes als Reichswehrminister, der Demokrat Otto Geßler, Mitgliedern des Münchener Bürgerrats, der während der Putschtage als Sprecher des Bürgertums gegenüber der Streikleitung der Arbeiter auftrat, vorhielt, sie hätten dieses Mittel gegen Kapp einsetzen müssen, wurde ihm geantwortet, er verträte einen Standpunkt, »der entweder furchtbar naiv sei oder eines Mannes von einer Weltanschauung, die man nicht mehr als irgendwie bürgerlich bezeichnen kann«. <sup>24</sup> Hier nutzte das Bürgertum vielmehr die Gelegenheit, die sozialdemokratische Landesregierung zum Rücktritt zu zwingen und durch eine Rechtsregierung unter dem ehemaligen Regierungspräsidenten von Kahr zu ersetzen, von der es erwartete, »daß sie die Interessen des Bürgertums etwas besser in Schutz nimmt, als das bisher der Fall war«. <sup>25</sup> Hätte sich die Sozialdemokratie ernsthaft zur Wehr gesetzt, wäre der Bürgerstreik wahrscheinlich gegen sie ausgerufen worden. <sup>26</sup> In Bayern brachte dieser Umschwung »die äußere Möglichkeit für Hitlers so schicksalsreiche Arbeit«, wie einer der führenden Putschisten später befriedigt schrieb. <sup>27</sup> Tatsächlich entwickelte es sich unter Kahr zu einer Hochburg und einem Sammelbecken der Reaktion.

### *Reaktionen auf das Scheitern des Putsches*

Als sich ein Scheitern des Putsches abzeichnete, wechselten die Bürgerräte, die ihn unterstützt hatten, schleunigst die Seite. Loebell empfahl Kapp am 14. März den sofortigen Rücktritt und suchte später den Eindruck zu erwecken, er habe sich von vornherein gegen ihn gestellt. <sup>28</sup> Nach dem Abtreten Kapps bezeichnete auch der Bürgerbund Stettin den Putsch als »unverantwortlich leichtfertig« und »schweren Rechtsbruch«. <sup>29</sup> Gleichzeitig aber wurde wie auch von anderen bürgerlichen Organisationen, die den Putsch unterstützt oder mit ihm sympathisiert hatten, eine dreifache Angriffslinie gegen die Arbeiterschaft aufgebaut.

Die erste richtete sich gegen deren Generalstreik. Die Bürgerräte verfolgten ihn von Anfang an mit größtem Unbehagen. Nicht nur, weil er manche politischen Hoffnungen zuschanden machte, sondern vor allem, weil er zum erstenmal demonstrierte, welche Macht die Arbeitnehmerorganisationen mobilisieren konnten, wenn sie einheitlich handelten. Schon hierdurch dürfte er tiefstehende Ängste vor einer Machtergreifung der Arbeiterschaft erneut aktiviert haben. Sie kamen partiell darin zum Ausdruck, daß der Aufruf zum Generalstreik ungeachtet seines erklärten Zwecks wiederholt als »Aufruf zum Klassenkampf, zum Bürgerkrieg« verurteilt wurde, <sup>30</sup> zumal er nicht von der Regierung insgesamt, sondern nur von ihren sozialde-

mokratischen Mitgliedern sowie vom Reichspräsidenten Ebert und dem SPD-Vorsitzenden Wels unterzeichnet worden war.<sup>31</sup>

Daß sodann die Gewerkschaften den Abbruch des Generalstreiks von Bedingungen gegenüber der Regierung abhängig machten, betrachteten die Bürgerräte als offene Herausforderung. Der Reichsbürgerrat versuchte, ihnen eine Einheitsfront bürgerlicher Verbände entgegenzustellen. Gemeinsam mit Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Bund der Landwirte, Deutschem Landbund, Schutzverband für den deutschen Grundbesitz, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Bund der Handwerker, Hansabund, Kartell der freien technischen Berufe und Deutschem Offiziersbund protestierte er gegen den »Terror von links« und forderte eine Beteiligung an den Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaften und eine »nach allen Seiten hin starke und von allen Berufsgruppen gebildete Regierung«,<sup>32</sup> also den Rücktritt der von der SPD geführten Regierung zugunsten eines Kabinetts, das sich weniger auf die Nationalversammlung als auf die Wirtschaftsverbände stützte und die Wendung zu einem berufsständischen Regierungssystem einleiten konnte, was nur die Wiederholung einer der Hauptforderungen der Putschisten darstellte. Die Drohung der Verbände, ihr Verlangen »mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen«, wurde nicht genauer erläutert; gemeint gewesen sein dürften aber Lieferstreiks auf dem Lande und Bürgerstreiks in den Städten, analoge Kampfmaßnahmen also zum Generalstreik, den sie den Gewerkschaften vehement vorwarfen. Wohl nicht zufällig war diese Eingabe von denjenigen Organisationen unterschrieben, die gemeinsam für die Durchführung eines bürgerlichen Generalstreiks in Frage gekommen wären. Zum erstenmal trat hier auf Reichsebene eine ähnliche organisatorische Konstellation in Erscheinung, wie sie sich auf lokaler Ebene bereits in zahlreichen Fällen mit den Bürgerräten als Kristallisationskernen herausgebildet hatte und auf deren Formierung der Reichsbürgerrat seit längerem hinarbeitete. Die Reichsregierung zeigte sich freilich wenig beeindruckt. Als eine Abordnung des Reichsbürgerrats unter Führung Loebells die Eingabe am 24. März in der Reichskanzlei überbrachte, wurde sie nur von Unterstaatssekretär Albert empfangen; der Protest gegen diesen »Nichtempfang« landete unbeantwortet in der Registratur.<sup>33</sup>

Daß die Arbeiterschaft vor allem im Ruhrgebiet ihre Wiederbewaffnung und die erneute Bildung von Arbeiterräten nach der Vertreibung Kapps dazu benutzte, ihre ein Jahr zuvor verfehlten Ziele doch noch zu erreichen, in erster Linie die Sozialisierung der Montanindustrie, rückte das Weltbild der Bürgerräte vollends wieder zurecht. Denn nun sahen sie ihre Warnungen vor der spartakistischen Gefahr und dem Bolschewismus bestätigt und noch vielfach übertroffen. Der Bürgerbund Stettin konstatierte einen

»neuen, schweren Rechtsbruch«,<sup>34</sup> mit welchem die Diktatur Kapps »abgelöst werden sollte durch die Diktatur der Arbeiterklasse oder gar einer Kommunistenherrschaft«. <sup>35</sup> Gelegentlich findet sich auch die Behauptung, »daß der Aufstand im Ruhrgebiet eine lange... vorbereitete Aktion« gewesen sei, »die infolge des Kapp-Putsches nur zu früh losgegangen ist«. <sup>36</sup> In Stettin brüstete sich der Bürgerbund bereits nach wenigen Tagen als Hüter der verfassungsmäßigen Ordnung und Wächter gegen »Kommunismus und Räteherrschaft« <sup>37</sup> und lehnte deshalb die Entwaffnung der Zeitfreiwilligen ab. <sup>38</sup> Im Ruhrgebiet unterstützten die Bürgerräte vermutlich die Regierungstruppen beim Kampf gegen die Rote Armee, gegen Unabhängige und Kommunisten und alle, die sie dafür hielten; <sup>39</sup> später organisierten sie eine Sammlung für die bürgerlichen Gefallenen und deren Hinterbliebene unter der Losung »Bürgerdank«. <sup>40</sup> In späteren Darstellungen war oft nur noch vom Generalstreik der Arbeiter die Rede, von »Terror schlimmster Art... von linksradikaler Seite«. <sup>41</sup> Wo Kapp und seine Leute noch genannt und gar als »wahnwitzige Verbrecher« verurteilt wurden, wurde das Scheitern des Putsches meist nicht dem Generalstreik der Arbeiter zugeschrieben, sondern der »Haltung des Bürgertums«, <sup>42</sup> selbst dort, wo es Kapp offen unterstützt und keine Neuaufgabe der Sozialisierungsbewegung erlebt hatte. Der Bürgerbund Stettin sprach nach dem Ende der Kämpfe zusammen mit dem Verein der Industriellen, dem Innungsausschuß, dem Pommerschen Landbund und weiteren Wirtschaftsverbänden den Zeitfreiwilligen »wärmsten Dank« und »vollste Anerkennung für ihre hingebende, bis zum äußersten opferbereite Haltung« aus und bescheinigte ihnen »uneingeschränkten Ruhm, mitgewirkt zu haben, daß Stettin und die Provinz Pommern vor dem furchtbaren Unglück des Bolschewismus bisher bewahrt blieben«. <sup>43</sup>

Die Rote Armee an der Ruhr wurde innerhalb kurzer Zeit geschlagen und anschließend entwaffnet, wobei sich die Regierungstruppen noch mehr zu Rache- und Vergeltungsaktionen hinreißen ließen als ein Jahr zuvor. Die Gewerkschaften aber übernahmen weder die Regierung, noch vermochten sie in nennenswertem Maße die Forderungen durchzusetzen, von denen sie die Beendigung des Generalstreiks abhängig gemacht hatten. Im Reichskabinett gab die SPD nach dem unvermeidlich gewordenen Rücktritt Noskes das Reichswehrministerium an die DDP ab. Trotz der Abwehr des Putsches war die Macht der Arbeiterschaft schwächer statt stärker geworden. Mit Recht konstatierte der Leipziger Bürgerausschuß im April: »In Deutschland kann hinfort nichts mehr geschehen gegen den Willen der Bürger.« <sup>44</sup>

## Organisationen und Formen bürgerlichen Klassenkampfes 1920

Die Einsicht in die eigene Stärke wirkte im Bürgertum jedoch einstweilen keineswegs beruhigend, sondern im Gegenteil als Handlungsimpuls. Anscheinend hatte schon der Putsch selbst trotz seines Scheiterns befreiend gewirkt, wie ein Fanal, gegen verhaßte politische Zustände selbst aktiv werden zu können. Die Gegenwehr der Arbeiterschaft und das Wiederaufleben der proletarischen Rätebewegung an der Ruhr belebten alte Feindbilder; die erneute militärische Niederlage der Arbeiterschaft ermunterte. Die Sammlungspolitik erfuhr eine neue Konjunktur, der Gedanke an kollektive Aktionen eine neue Blüte. Und jetzt wurden diese Elemente noch enger miteinander verknüpft. Bisher unbekannte Aktionsmuster gingen daraus hervor. »Die früher herrschende Gesellschaftsschicht«, notierte Troeltsch kurz nach dem Putsch, sei »zu einem engen und strengen Verband des Klassenkampfes geworden.« Mit dem Putsch sei »der Klassengedanke des Militärs und der mit dem Militär eng zusammenhängenden... Junker, Studenten... und Akademiker« hervorgebrochen. »Diese Klasse will mit allen Mitteln die Herrschaft wieder und steigert sich täglich in rasenderen Haß gegen die Proleten hinein, von denen sie verdrängt worden sind.«<sup>1</sup>

Bezeichnend hierfür ist die Propaganda, die die Bürgerräte im Anschluß an den Generalstreik und die Kämpfe an der Ruhr entfachten, um Ängste vor sozialer Revolution, proletarischer Klassenherrschaft, Kommunismus und Räterepublik wachzuhalten und politisch auszunutzen. »Wir stehen im Kampf, im schwersten Kampfe, den das Bürgertum bisher hat führen müssen«, schrieb der Bürgerbund Stettin Ende März 1920. »Jetzt geht es um Tod oder Leben. Entweder behauptet sich dieses Mal das Bürgertum mit allen ihm möglichen Mitteln, oder es geht unrettbar unter.«<sup>2</sup> Die als



»Masse« immer gefürchtete Arbeiterschaft wurde als »unersättlicher Moloch ›Masse Mensch«, als »rote Flut« und in ähnlichen Metaphern gräuenvoller Naturerscheinungen und -katastrophen beschrieben.<sup>3</sup> In Greuelmärchen widerlichster Art feierte der Antibolschewismus wahre Orgien. Unter dem Titel »Vertierte Soldateska« verbreitete der Reichsbürgerrat als »authentische Feststellung«, daß die Rote Armee an der Ruhr »fast durchweg aus zusammengelaufenen, verbrecherischen, raub- und mordlustigen, ja entmenschten und vertierten Elementen bestand«, und berichtete von »bestialischen Grausamkeiten der Roten«, bei denen »alle Bande der menschlichen Gesittung« gerissen, die »niedrigsten, gemeinsten Instinkte des Lumpenproletariats« zutage getreten und in einen »wahren Blut- rausch« ausgeartet seien. Mit besonderer Genüßlichkeit wurden angebliche Untaten einer »Hyänenschar der verrufensten und auf Plünderung und Grausamkeiten bedachten betrunkenen Weiber«, angeblich Krankenschwestern, ausgemalt – lauter Topoi, die später in der Freikorpsliteratur wiederkehren. Von den Regierungstruppen aber hieß es, sie hätten sich »absolut nichts« zuschulden kommen lassen.<sup>4</sup> Daß sie sich genau so verhalten hatten, wie es hier der Roten Armee nachgesagt wurde, auch und gerade gegenüber Frauen,<sup>5</sup> wurde mit keinem Wort erwähnt. Die Greuelpropaganda beschränkte sich nicht allein auf die Gebiete, in denen es zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen war. Auch im pommerschen Landstädtchen Pyritz, wo nicht die Arbeiter, sondern die Bürger sich in den Putschtagen bewaffnet hatten, behauptete ausgerechnet ein Pastor im August 1920, die Kommunisten am Ort hätten kürzlich beschlossen, jeden, der sich ihnen widersetze, zu erschießen.<sup>6</sup> »Also, Bürger, passe auf!«, schrieb das Organ des Reichsbürgerrats noch zwei Monate nach dem Ende der Kämpfe.<sup>7</sup> Die praktische Nutzenanwendung lag auf der Hand, nämlich »der geschlossenen Front einer Klasse der Bevölkerung die geschlossene Abwehrfront des Bürgertums entgegenzustellen«. »Wir müssen uns organisieren wie die Arbeiter«, hieß es erneut in vielen Varianten.<sup>8</sup>

### *Die dritte Welle von Bürgerratsgründungen*

Viele Bürgerräte setzten sich nach dem Kapp-Putsch deshalb mit neuem Elan und verstärkter Energie dafür ein, »daß das Bürgertum endlich aus seiner Schlafmützigkeit erwacht und sich auf seine Kräfte besinnt«.<sup>9</sup> Selbst unter den sächsischen Bürgerräten, die keine gemeinsame Sache mit Kapp gemacht hatten, bestand völlige Übereinstimmung darüber, daß »jetzt mehr denn je weitergearbeitet werden müsse«.<sup>10</sup> Das Auftreten Max Hoelz' und seiner Freischärler im Vogtland hatte hier manche befürchten lassen,

»in den wesentlichsten Teilen Deutschlands« seien Räterepubliken und »Diktatur des Proletariats« unabwendbar.<sup>11</sup> Befriedigt konstatierte Loebell Ende April 1920, »daß der Gedanke einer parteipolitisch neutralen Sammlung des Bürgertums... im ganzen Reich kräftig Stärkung erfahren« habe. »Aus den verschiedensten Orten« wurde die Gründung neuer Bürgerräte gemeldet,<sup>12</sup> gelegentlich als »Gewerkschaft der Bürger«.<sup>13</sup>

Die regionalen Schwerpunkte der Neugründungen lagen im Ruhrgebiet und in Pommern, hier vom Stettiner Bürgerbund und der bürgerlichen Presse unterstützt.<sup>14</sup> Der Stettiner Bürgerbund selbst steigerte seine Mitgliederstärke von 4000 auf 30000,<sup>15</sup> nicht zuletzt dank der Einzelhändler, die Werbeplakate in den Läden aushängten und Anmeldungen entgegennahmen.<sup>16</sup> Im Ruhrgebiet, wo die Bürgerräte zuvor nur schwach hatten Fuß fassen können, dürften die Überzeugung, »daß eine starke Gegenorganisation zur Bekämpfung der linksradikalen Pläne da sein muß, um uns vor ähnlichen Zuständen wie im März... zu schützen«, und das bayerische Vorbild wie bei der Gründung des Bürgerrats Oberhausen<sup>17</sup> auch bei Entstehung oder Wiederbelebung der Bürgerräte in Barmen, Elberfeld, Dortmund, Duisburg, Essen, Mülheim, ebenfalls in Münster und Gronau Pate gestanden haben.<sup>18</sup> In weiteren Orten beteiligte sich jetzt die Großindustrie an der Finanzierung.<sup>19</sup>

Zahlreiche Neu- oder Wiedergründungen wurden auch aus Sachsen und Thüringen gemeldet.<sup>20</sup> In Lübeck, wo der im November 1918 gegründete Rat der vereinigten Berufe inzwischen eingegangen war, wurde Ende 1920 ebenfalls ein Bürgerbund ins Leben gerufen.<sup>21</sup> In Niedersachsen bildeten sich neue Bürgerräte unter anderem in Göttingen und in Ostfriesland.<sup>22</sup> Der Bürgerbund Braunschweig baute seine Stellung als Abwehrblock »gegen die rote Gefahr« aus, die auch er nach wie vor für real ausgab.<sup>23</sup> Der Bürgerausschuß Frankfurt a. M. meldete Anfang 1921 461 angeschlossene Vereine und über 14000 Einzelmitglieder.<sup>24</sup> Die Gesamtzahl der Bürgerräte stieg von Anfang 1920 bis Mitte 1921 von 270 auf 418, und zwar in Württemberg, Rheinland-Westfalen, Nordwestdeutschland und Pommern auf etwa das Doppelte, in Schlesien sogar nahezu auf das Dreifache.<sup>25</sup>

Der Reichsbürgerrat verstärkte fortan seine zentralen Informations- und Koordinationsfunktionen, unter anderem durch regelmäßige Geschäftsführerkonferenzen.<sup>26</sup> Gleichzeitig wurde die regionale Zusammenfassung der Bürgerräte weiter ausgebaut; im Sommer 1920 war sie nach Angaben Loebells »fast vollendet«.<sup>27</sup> Allerdings läßt ihre chronische Finanzmisere darauf schließen, daß das Gewicht der Landesverbände durchweg geringer war als das der Basisorganisationen. Selbst in Sachsen, wo die Bürgerratsbewegung sich überdurchschnittlich weit entwickelte, blieben die finanziellen Verhältnisse des Landesbürgerrats »dauernd un-

günstig«, da zahlreiche Bürgerräte ihre Beiträge nicht oder nicht regelmäßig oder nicht in vorgesehener Höhe zahlten.<sup>28</sup>

Die Mitgliedschaft der Bürgerräte scheint sich weiterhin im wesentlichen aus Handwerk und Gewerbe, Handel, Industrie und Banken, freien Berufen sowie politisch rechtsorientierten Kreisen von Angestellten, Beamten und Lehrern rekrutiert zu haben. Unter den Vorsitzenden von 77 sächsischen Bürgerräten, über die Berufsangaben vorliegen, waren 15 Fabrikbesitzer und Direktoren, weitere 15 Vertreter freier – durchweg akademischer – Berufe, 14 Lehrer, überwiegend an höheren Schulen, neun höhere Beamte, acht Kaufleute und Syndici, sechs mittlere und untere Beamte, vier Handwerker, zwei Angestellte und je ein Bankdirektor, Agrarfunktionär, Professor und Pastor.<sup>29</sup> Auffällig sind wiederholte Bemühungen, in stärkerem Umfang Frauen heranzuziehen;<sup>30</sup> anscheinend in erster Linie, um ihnen die großenteils ehrenamtliche organisatorische Kärnerarbeit aufzubürden. Ihre Politisierung stand erst in zweiter Linie, und auch dort nur im Sinne der Bewahrung des sozialen Status quo, wie er für die Bürgerratsbewegung insgesamt charakteristisch ist. Von einer ernsthaften Diskussion, geschweige denn Unterstützung auch nur bescheidener Emanzipationsziele findet sich keine Spur. Viel scheint jedoch nicht hieraus geworden zu sein; die Männer blieben unter sich.

Auch die politische Orientierung der Bürgerräte änderte sich anscheinend nicht. Manchen ihrer Mitglieder, die sich in den Revolutionswochen der DDP angeschlossen hatten, widerstrebte vermutlich die Entwicklung zu Organisationen bürgerlichen Klassenkampfes. So ließ sich Walter Goetz 1920 in den Reichstag wählen und gab den Vorsitz im Leipziger Bürgerausschuß ab.<sup>31</sup> Andere freilich gehörten zu den vielen, die sich damals zur DDP wie unter einen »Schirm zum Schutze vor dem sozialistischen Gußregen« geflüchtet hatten<sup>32</sup> und sie wieder verließen, als das Unwetter vorüber war. Fritz Gerlich zum Beispiel, Gründungsmitglied des Münchener Bürgerrates, wurde 1920 Chefredakteur der von der Schwerindustrie aufgekauften »Münchener Neuesten Nachrichten« und als solcher ein Vorkämpfer gegen die »Novemberdemokraten« und die Weimarer Republik.<sup>33</sup>

### *Bürgerräte und Selbstschutzorganisationen*

Das Hauptinteresse der Bürgerräte galt zunächst weiterhin dem bewaffneten Schutz des Bürgertums. Wo immer möglich, setzten sie sich für eine Verstärkung, wenigstens aber für den Verbleib staatlicher Sicherheitskräfte ein. Als im Frühjahr 1920 zur Räumung der neutralen Zone die Reichs-

wehrruppen aus Frankfurt a. M. abgezogen werden sollten, warnte der Bürgerausschuß vor Gefahren für Ruhe und Ordnung. Mit ähnlichen Begründungen forderte der Landesbürgerrat für Rheinland und Westfalen ein Verbleiben der Reichswehr im rheinisch-westfälischen Industrieviertel; gleichzeitig drängte er auf die Stationierung kasernierter Sicherheitspolizei im Bergischen Land und schrieb sich das Verdienst zu, daß sie erfolgte.<sup>34</sup> Größte »Beunruhigung und Erregung« der Bürgerräte löste daher die Auflösung der Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände aus, die die Reichsregierung den streikenden Arbeitern des Ruhrgebiets im sogenannten Bielefelder Abkommen zusagte, nachdem viele dieser Einheiten mit den Putschisten gemeinsame Sache gemacht hatten.<sup>35</sup> Erst recht wehrten sie sich gegen die Forderung der Siegermächte nach Auflösung der Wehren, teilweise mit Propagandalügen wie der vom »Massenmord am Essener Wasserturm«. Selbst in Pommern waren die Gutsbesitzer angeblich »ihres Lebens nicht sicher, trotz ihrer angeblichen ›Schutzgarde‹ von Baltikumern«. <sup>36</sup> Nur in Leipzig wirkte der Bürgerausschuß an der Auflösung des Zeitfreiwilligenregiments durch die Stadtverordnetenversammlung mit.<sup>37</sup>

In Preußen wurden Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligeneinheiten trotz aller Proteste Anfang April 1920 aufgelöst, allerdings meist nur auf dem Papier. Die Reichsregierung nämlich erklärte es für »unmöglich..., der Bevölkerung den Selbstschutz zu verweigern«, und stellte es den Landesregierungen anheim, »für einen Ersatz durch eine... anderweitige Schutzorganisation zu sorgen«. <sup>38</sup> Fast überall lebten die Einwohnerwehren deshalb unter anderem Namen weiter.<sup>39</sup> In Preußen sollten immerhin gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte stärker herangezogen werden. Als die Gewerkschaften ihre Ortsausschüsse zu entsprechenden Schritten aufforderten,<sup>40</sup> empörte sich jedoch der Reichsbürgerrat über eine drohende Zurückdrängung des Bürgertums und appellierte an alle bürgerlichen Berufs- und Wirtschaftsorganisationen, »ihre Mitglieder gleichfalls auf die unabweisbare Pflicht hinzuweisen, erforderlichenfalls mit Leib und Leben zur Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung... einzutreten«. <sup>41</sup> Tatsächlich wurden die Organisation der neuen Verbände wie das Verfahren zur Mitgliederauswahl von den Einwohnerwehren selbst übernommen.<sup>42</sup> Diese aber waren bereits so fest in bürgerlicher Hand und so eng mit Interessenverbänden, Reichswehr und staatlicher Bürokratie verbunden, daß die Aufnahme von Arbeitern entweder gar nicht stattfand oder nach kurzer Zeit wieder rückgängig gemacht wurde.<sup>43</sup> Mitgliedern von USPD und KPD blieb der Beitritt ohnehin fast überall auch jetzt versperrt. Der Einfluß der Bürgerräte dagegen war wahrscheinlich praktisch unverändert groß.<sup>44</sup> Neben den finanziell oft weiterhin staatlich unterstützten halböffentlichen Nachfolgeorganisationen der Einwohnerwehren entstanden auch noch private, die meist als Auffangorgani-

sationen für Freikorpsangehörige dienten, deren Verbände jetzt ebenfalls aufgelöst werden mußten. An manchen dieser Zusammenschlüsse scheinen die Bürgerräte ebenso beteiligt gewesen zu sein<sup>45</sup> wie an der Unterbringung ehemaliger Soldaten der regulären Truppen, die gleichzeitig wegen der Heeresreduzierung in erheblicher Zahl entlassen wurden.<sup>46</sup> Die Mitglieder vieler Zeitfreiwilligeneinheiten fanden nach deren Auflösung ebenfalls neue Formen des Zusammenhalts etwa in Sportvereinen oder in anderen harmlos erscheinenden Tarnorganisationen. Andere fanden Unterschlupf in den teils schon bestehenden, teils neu geschaffenen »Heimatschutzorganisationen«, die sich besonders in den agrarischen Bezirken Preußens in enger Verbindung mit den Landbünden, in manchen Fällen wahrscheinlich auch mit den Bürgerräten, entwickelten; die Waffen blieben größtenteils in ihrem Besitz.<sup>47</sup> Politisch waren derartige Zusammenschlüsse eher noch bedenklicher als ihre Vorgängerorganisationen, weil sich ihre Größe, Bewaffnung, Finanzierung und Tätigkeit kritischen Blicken der Behörden weitgehend entzogen, ihre Verfassungstreue aber mehr als zweifelhaft war.

Dies gilt besonders für die größte private Nachfolgeorganisation der Einwohnerwehren, die Organisation Escherich (Orgesch), so genannt nach ihrem Führer Georg Escherich, dem Chef der bayerischen Einwohnerwehren.<sup>48</sup> Obwohl von Anfang an äußerst umstritten, erfreute sich die Organisation stetiger Förderung durch die Bürgerräte. Loebell gewann aus Gesprächen mit Escherich die »feste Überzeugung«, daß die Orgesch »keinerlei andere Ziele verfolgt, als sie in ihrem Programm öffentlich dargelegt hat«. <sup>49</sup> Darin war in der Tat nur von »Sicherung der Verfassung, Schutz von Personen, Arbeit und Eigentum« sowie »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Abwehr jeden Rechts- oder Linksputsch« sowie von der »Bekämpfung des Bolschewismus« die Rede.<sup>50</sup> Der Reichsbürgerrat ersuchte deshalb die Reichsregierung ebenso staats- wie biedermännisch, dafür zu sorgen, daß »das Recht des deutschen Staatsbürgers auf den in heutiger Zeit mehr denn je erforderlichen Selbstschutz... nicht geschmälert wird«, <sup>51</sup> und empfahl allen Bürgerräten die »vertrauensvolle« Zusammenarbeit mit den örtlichen Gliederungen der Orgesch – »selbstverständlich unter voller Wahrung ihrer Selbständigkeit«. <sup>52</sup> Dementsprechend beteuerten zahlreiche Bürgerräte, »vollständig selbständig und unabhängig von der Orgesch« ihre Ziele zu verfolgen,<sup>53</sup> und förderten sie zugleich nach Kräften. Adolf Vinnen, der führende Kopf des Bremer Bürgerausschusses, gehörte auf Reichsebene zu ihren Gründungsmitgliedern.<sup>54</sup> Die Leitung der sächsischen Landesorganisation lag in den Händen des Dresdener Bürgerratsvorsitzenden; andere sächsische Bürgerräte scheinen sich als Finanzierungszentralen der Orgesch betätigt zu haben.<sup>55</sup> Der Bürgerrat München erwog den korporativen Beitritt,<sup>56</sup> die Bürgerräte des Wuppertals vollzogen ihn wahrscheinlich.<sup>57</sup> Die pommerschen Bürgerräte erklärten sogar öf-

fentlich, sie ständen »voll auf dem Boden der Orgesch«. <sup>58</sup> Wieweit einzelne Bürgerräte in geheime Waffenbeschaffung, individuelle Übergriffe gegen Andersdenkende und Exponenten des Weimarer Staates und andere strafbare Unternehmungen der Orgesch verwickelt waren, über die in deren Kreisen bemerkenswert offen gesprochen wurde, <sup>59</sup> wird sich kaum noch aufhellen lassen. Allerdings wurde die Orgesch in Preußen schon im Sommer 1920 verboten, im übrigen Reich ein Jahr später, ungeachtet des Protestes vieler Bürgerräte gegen diesen »gesetzwidrigen« Akt. <sup>60</sup>

Nur Bayern lehnte 1920 die Auflösung der Einwohnerwehren ab. Sie hatten hier »viel festere Wurzeln« geschlagen als in den anderen Teilen Deutschlands <sup>61</sup> und sich schon im Sommer 1920 zu einer »weißen Armee« ausgewachsen. <sup>62</sup> Anfang 1921 belief sich ihre Mitgliederzahl auf rund 320000, die Bewaffnung auf über 24000 Gewehre, 2780 Maschinengewehre, 44 Geschütze und 34 Minenwerfer. <sup>63</sup> Zu Polizei, Reichswehr und Justiz unterhielt sie engste Verbindungen. <sup>64</sup> Die Position Kahrs, der mit ihrer Hilfe während der Kapptage an die Macht gekommen war, beruhte auf ihrer »unbedingten Gefolgschaft«. <sup>65</sup> Doch obwohl er eine ihnen genehme Politik trieb, betrachten sie sich als »unabhängig von der Regierung«, erkannten ihr nur »beratende Stimme« zu und erklärten unumwunden, sie sei »von der Einwohnerwehr abhängig«. <sup>66</sup> In Bayern war dann auch die Ansicht, die Einwohnerwehren dürften »auf keinen Fall« entwaffnet werden, »ziemlich allgemein verbreitet«. <sup>67</sup> Kahr widersetzte sich am längsten und am hartnäckigsten ihrer Auflösung, unter anderem mit der Drohung eines Steuerstreiks, <sup>68</sup> von den Bürgerräten hierin nach Kräften unterstützt. <sup>69</sup> Erst auf ultimativen Druck der Siegermächte wurden schließlich auch die bayerischen Einwohnerwehren im Juni 1921 aufgelöst, zusammen mit den Selbstschutzorganisationen der anderen Bundesstaaten. <sup>70</sup>

Das Potential, das sich in diesen Verbänden gesammelt hatte, blieb jedoch erhalten und wurde durch die Maßnahmen der Reichsregierung und den Druck der Siegermächte eher noch weiter radikalisiert. Und es organisierte sich erneut, in zahllosen kleinen und größeren Vereinigungen, von denen manche im Halbdunkel und nicht wenige im Untergrund agierten, nicht selten, wie es scheint, in Verbindung mit Bürgerräten. In Bayern schufen sie sich in den Vereinigten Vaterländischen Verbänden eine Art Dachorganisation, der die Bürgerräte über ihre Mitarbeit im Bayerischen Ordnungsblock verbunden waren. <sup>71</sup> In Wuppertal gründete der Geschäftsführer des Bürgerrats zusammen mit ehemaligen Freikorpsangehörigen eine rechtsradikale Kampforganisation sowie eine weitere Gruppe, die unter einem harmlos klingenden Namen vornehmlich Jugendliche ansprach, von denen viele auch anderen Verbänden der Rechten wie der Organisation Consul und dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund angehörten. <sup>72</sup> In Stettin warb der Bürgerbund für den Beitritt zum »Stahlhelm«. <sup>73</sup>

In Braunschweig traten ihm führende Mitglieder des Bürgerbundes bei.<sup>74</sup> Wahrscheinlich halfen auch andere Bürgerräte mit, daß ehemalige Mitglieder von Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbänden sowie andere Angehörige des Bürgertums den Weg zum »Stahlhelm« fanden, der nach dem Kapp-Putsch erst langsam, dann immer stürmischer expandierte und sich schließlich zur größten paramilitärischen Organisation der Rechten weiterentwickelte.<sup>75</sup>

### *Ausbau und Zusammenschluß bürgerlicher und agrarischer Interessenverbände*

Der Kapp-Putsch und die ihm nachfolgenden Unruhen lösten auch einen erneuten Impuls zur Stärkung der Interessenverbände aus, insbesondere in der Landwirtschaft; wiederum gab die Arbeiterschaft hierfür das Vorbild ab. »Der Gewerkschaft der Industriearbeiter«, so schrieb der Hauptgeschäftsführer des Brandenburgischen Landbundes im Frühsommer 1920, »müssen wir die Gewerkschaft des Landvolks entgegenstellen«, um »für Recht und Gesetz, nötigenfalls auch unter rücksichtsloser Anwendung der in unsere Hand gegebenen wirtschaftlichen Machtmittel, einzutreten.«<sup>76</sup> Vor allem die Landbünde profitierten von dieser »kräftigen Betonung des gewerkschaftlichen Gedankens auch für das Landvolk«.<sup>77</sup> In Regionen mit stark bäuerlicher Agrarstruktur wie Hessen, Württemberg, Bayern und Rheinland-Westfalen, die traditionell von den Bauernvereinen dominiert wurden, faßten sie jetzt Fuß. Ihre Mitgliederzahlen stiegen rasch auf über 500000; allein zwischen Sommer und Oktober 1920 in Pommern von 77000 auf 120000, in Hessen von 100000 auf 130000 und in Thüringen sogar von 45000 auf 120000.<sup>78</sup> Landbundfunktionäre empfahlen ihr Modell auch dem städtischen Bürgertum zur Gründung von »Mittelstandsgewerkschaften«<sup>79</sup> und propagierten, vor allem in Pommern, eine »enge Zusammenarbeit« zwischen beiden Seiten.<sup>80</sup>

Die Bauernvereine vergrößerten ebenfalls ihre Mitgliederzahl weiter. In Schleswig-Holstein stieg sie von Ende 1919 bis Frühjahr 1921 von 18000 auf 30000. Die Kreisbauernschaft von Altenkirchen im Westerwald gewann allein 1920 über 1000 neue Mitglieder.<sup>81</sup> Basisnahe und regionale Elemente traten hier jetzt deutlicher hervor, etwa in einer Besinnung auf die Eigenart der Heimat und das überlieferte ländliche Brauchtum, aber auch Adaptationen proletarischer Organisationsprinzipien, etwa im Konzept einer »Grünen Internationale« als Zusammenschluß der nationalen Bauernorganisationen Europas.<sup>82</sup>

Für den Bund der Landwirte, der nur noch geringfügig wuchs, wurden

die Landbünde aus Juniorpartnern und Hilfstruppen zu selbstbewußten Konkurrenten. Trotzdem gelang es nach längeren Auseinandersetzungen Ende 1920, Bund der Landwirte und Landbünde im Reichslandbund zu verschmelzen. Die Bauernvereine jedoch hielten sich weiterhin fern. Daher entstand auch jetzt noch keine so geschlossene Organisation, wie sie die Industrie seit 1919 im Reichsverband der Deutschen Industrie besaß. Immerhin bedeutete der Zusammenschluß einen weiteren Schritt dahin.<sup>83</sup>

Im selbständigen Mittelstand ließen sich ähnliche Töne wie in der Landwirtschaft besonders unter den Handwerkerbünden vernehmen. »Wir sind eine wirtschaftspolitische Kampforganisation, ...kein Vergnügungsverein«, erläuterte der Generalsekretär des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes 1921 dessen Selbstverständnis. Das Handwerk müsse »den Willen eingepflegt bekommen, allen Schwierigkeiten und Feinden zu trotzen, die alte Leisetreterei aufzugeben und energisch von seinen Ellenbogen Gebrauch zu machen«. <sup>84</sup> Ebenfalls kehrte der Ruf nach noch engerem organisatorischem Zusammenschluß und nach Errichtung einer »Einheitsfront aller Selbständigen« hier wieder.<sup>85</sup> Auf zentraler Ebene führte die Aufnahme der Handwerkerbünde in den Reichsverband des deutschen Handwerks im Oktober 1920 einen Schritt weiter in diese Richtung.<sup>86</sup> Auf regionaler Ebene kam es zumindest in Nordwestdeutschland anscheinend zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Handwerkerbund und Bürgerräten.<sup>87</sup>

Einheitsfrontgedanken und Klassenkampfpaparen erzielten selbst unter den Industriellen, die dergleichen mit Rücksicht auf die Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften öffentlich kaum geäußert hatten, nach dem Kapp-Putsch Fortschritte und sogar praktische Erfolge. Die Initiative ging wiederum vom Hansabund aus. Daß die »gewerkschaftliche Kampffront der Arbeitnehmer« nicht nur ökonomische Interessen verfolgte, sondern nach der Abwehr des Kapp-Putsches mit der Wiederaufnahme des Sozialisierungsverlangens auch »einseitige politische Forderungen« erhoben hatte, die auf die »Beseitigung eines freischaffenden Unternehmertums« und den »Tod unserer heutigen Wirtschaftsordnung« hinausliefen, machte es nach seiner Überzeugung dringend notwendig, die »noch in zahllosen örtlichen Vereinen und Fach- und Wirtschaftsverbänden« zersplitterten Unternehmerorganisationen zu einer »geschlossenen Abwehrfront« zusammenzufassen – zu einer »Gewerkschaft der Unternehmer«. <sup>88</sup> Hiermit war ein bizarrer Gipfel in der Übernahme proletarischer Begriffe erreicht; eine »Gewerkschaft der Unternehmer« wäre selbst einem sozialistischen Kabarettisten nicht so schnell eingefallen. Daß der Hansabund das semantisch Groteske und fast Parodistische seines Vorschlags nicht einmal wahrnahm und er ihn nicht wenigstens anders bezeichnete, bezeugt eine geradezu manische Fixierung auf ein übermächtiges Feindbild. Inhaltlich hatte



sein Vorschlag indessen auf den ersten Blick einiges für sich. Seit 1919 existierten zwar Spitzenverbände für Industrie, Handel, Handwerk und ansatzweise für die Landwirtschaft, aber eine Klammer, die sie zusammenfaßte, fehlte. Allerdings nicht zufällig; denn die sektoralen Interessen waren meist so unterschiedlich, mitunter sogar gegensätzlich, daß sich kaum erkennen ließ, welche dauerhafte Funktion eine übergreifende Organisation im politischen Alltag sollte wahrnehmen können. Bei gemeinsamen Anliegen genügte eine Verständigung der Spitzenverbände. Als Nebenmotiv für den Vorschlag des Hansabundes wird man daher auch in diesem Fall organisationspolitisches Eigeninteresse annehmen dürfen, zumal er selbst die Leitung der »Gewerkschaft der Unternehmer« übernehmen wollte.

Wohl aus beiden Gründen riet die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände von jeder Unterstützung ab, während der Reichsverband der Deutschen Industrie dazu aufrief, sich »geschlossen hinter die... bereits bestehenden Zentralorganisationen« zu stellen.<sup>89</sup> Gleichwohl wurde die Anregung insoweit aufgegriffen, als alle Spitzenverbände Anfang Juni 1920 ihren Zusammenschluß in einem »Zentralausschuß« »zur Wahrung ihrer gemeinsamen Lebensinteressen« vereinbarten. Er sollte »in kritischen Zeiten mit tunlichster Beschleunigung eine einheitliche Haltung der ganzen Unternehmerschaft herbeiführen und dauernd der Regierung und der Arbeiterschaft gegenüber die gemeinsamen Interessen der Unternehmer... mit dem größtmöglichen Nachdruck... vertreten.« Nur die Beteiligung des Hansabundes selbst blieb zunächst offen.<sup>90</sup> Bis zur formellen Gründung des »Zentralausschusses der Unternehmerverbände« am 18. Juni 1920 wurden die Mißhelligkeiten jedoch so weit beigelegt, daß er schließlich dabei sein durfte. Seinen Führungsanspruch aber mußte er begraben; die Geschäftsführung wechselte zwischen den einzelnen Gruppen; zuerst übernahm sie die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Hiermit fand die Forderung nach einer »Gewerkschaft der Unternehmer« ihre »sachliche Erledigung«. Immerhin hatte der Hansabund erreicht, daß nun auch auf zentraler Ebene organisatorische Vorkehrungen für die »geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der gesamten deutschen Unternehmerschaft« und für die »einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen« getroffen wurden,<sup>91</sup> also auch für bürgerliche Generalstreiks, wie sie auf lokaler Ebene von vielen Bürgerräten schon 1919 geschaffen worden waren. Der »Zentralausschuß« mochte zwar in defensiver Absicht gegründet worden sein; möglich war aber auch ein anderer Gebrauch.

Unter den Soldaten förderten Kapp-Putsch und Generalstreik ebenfalls Tendenzen zum noch engeren Zusammenschluß und zur geschlossenen politischen Ausrichtung, auch eine weitere Adaptation von Organisationsformen der Arbeiterschaft. Am Ende des Putsches ergab sich im Offizierskorps in einem entscheidenden Augenblick eine eigenartige räteähnliche Konstel-

lation, als im Reichswehrgruppenkommando Berlin Offiziere der putschenden Einheiten mit anderen zusammentrafen, die sich nicht beteiligt hatten, um zu beraten, wie es weitergehen sollte, nachdem Kapp aufgegeben hatte, aber auch der bisherige Chef der Heeresleitung, General Reinhardt. Er hatte für bewaffneten Widerstand gegen die Putschisten plädiert und war zurückgetreten, als die Regierung mit Rücksicht auf die Haltung der Berliner Truppen hierauf nicht einging. Rasch verständigte man sich auf die »Notwendigkeit, einen neuen Führer an der Spitze der Truppen zu haben«,<sup>92</sup> und hob General von Seeckt als Oberbefehlshaber auf den Schild; er hatte sich beiden Seiten durch seinen Standpunkt »Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr!« und demonstrative Zurückhaltung in den Putschtagen empfohlen. Die Ernennung des Chefs der Heeresleitung jedoch fiel in die alleinige Zuständigkeit des Reichswehrministers, und der hatte zu diesem Zeitpunkt das Abschiedsgesuch Reinhardts noch gar nicht angenommen. Ein Mitspracherecht der Offiziere gab es nicht; es hätte auch in keiner Weise der preußischen Tradition entsprochen. Zwar machte Seeckt seine Bereitschaft zur Übernahme des Oberbefehls von der Ernennung durch die Reichsregierung abhängig. Gleichwohl hatte Kapitän Erhardt, einer der Putschistenführer, recht mit seiner Feststellung, »was hier vor sich gehe, sei ein Offiziersrat, der einen Führer absetzt und einen neuen einsetzt«.<sup>93</sup> Zutreffend ist diese Versammlung später als »Offiziersjunta« bezeichnet worden.<sup>94</sup> Seeckts erster Biograph, selbst hoher Offizier und mit den Teilnehmern persönlich bekannt, bestätigt, es sei ein Vorgang gewesen, »wie ihn... die Heeresgeschichte Preußen-Deutschlands kaum je gesehen hat«.<sup>95</sup> Er enthält, bezogen auf das Offizierskorps, ein basisdemokratisches Element und insofern eine gewisse Affinität zu Handlungsweise und Selbstverständnis mancher Arbeiter- und Soldatenräte in den Revolutionswochen. Ob sich die beteiligten Offiziere dessen bewußt waren, ist indessen zweifelhaft. Denn es ging ihnen nicht um demokratische Verfahren, auch nicht im Offizierskorps, und um die Stärkung der politischen Demokratie noch weniger.

Gleichwohl folgte die Reichsregierung ihrem Votum und berief Seeckt. Sein erster Biograph attestierte ihm später, er sei »sein ganzes Leben lang ein Feind der Demokratie gewesen«.<sup>96</sup> Gleichzeitig folgte an der Spitze des Reichswehrministeriums dem unhaltbar gewordenen Sozialdemokraten Noske der bürgerliche Otto Geßler. Er gehörte zwar der DDP an, war aber im Grunde seines Herzens Monarchist und führte sein Amt in der Überzeugung, daß die Befehlsgewalt des Reichswehrministers zu den »Fiktionen der Weimarer Verfassung« gehörte. Mit Seeckt traf er sich in der Absicht, »die Reichswehr und ihr Offizierskorps aus dem Hader des Parteienstaates herauszuhalten«. Praktisch bestand seine Rolle vor allem darin, beide gegen Kritik und Kontrolle des Parlaments abzuschirmen und ihr politisches Eigenleben nicht zu stören. Die Distanz zwischen politischer

und militärischer Führung wurde größer, erst recht diejenige zwischen Sozialdemokratie und Reichswehr.<sup>97</sup>

Auf den organisatorischen Zusammenschluß der Soldaten wirkte sich der Kapp-Putsch auf doppelte Weise aus. Die republikanischen Soldatenverbände setzten sich für die Loyalität der Reichswehr gegenüber der verfassungsmäßigen Regierung ein und nach dem Putsch für eine Säuberung der Armee von Offizieren, die sich gegen die Republik gestellt hatten.<sup>98</sup> Außerdem bemühten sie sich, ihre Organisationen zu stärken und ihre Anhängerschaft zu vergrößern; Unteroffiziere von Heer und Marine machten sich an die Gründung einer »Gewerkschaft der Berufssoldaten«. <sup>99</sup> Aber beides endete mit einem Fiasko. Wer sich während der Kapptage für die Republik exponierte, gab sich in den Augen der überwiegend royalistischen Offiziere als politischer Gegner zu erkennen; wer sich den republikanischen Soldatenorganisationen anschloß, erst recht. Auch Geßler zeigte für die Gründung einer Soldatengewerkschaft keinerlei Sympathien und sah es ebensowenig wie Noske als seine Aufgabe an, »aus den Offizieren Demokraten und Republikaner zu machen«. <sup>100</sup> Er unternahm deshalb nichts dagegen, daß nach dem Putsch, als die Abrüstungsbestimmungen des Friedensvertrages die Entlassung von weit mehr als der Hälfte aller Offiziere und Mannschaften bis Jahresende erforderten, vorzugsweise Mitglieder der republikanischen Soldatenverbände und andere Soldaten entlassen wurden, die sich für die Republik engagiert hatten. <sup>101</sup> Ihrer personellen Zusammensetzung nach wurde die Reichswehr jetzt vollends eine »Miniaturausgabe der kaiserlichen Wehrmacht«. <sup>102</sup> Der Anteil des Adels am Offizierskorps stieg bald wieder auf 24 %, derjenige von Offizieren, die selbst aus Offiziersfamilien stammten, sogar auf 48 % – doppelt so hoch wie 1913. <sup>103</sup> Der Republikanische Führerbund verfiel der Bedeutungslosigkeit. <sup>104</sup> Nur unter den ehemaligen Unteroffizieren und Mannschaften blieb die Sozialdemokratie mit dem ihr nahestehenden Reichswirtschaftsverband deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten in bescheidener Stärke organisatorisch präsent. <sup>105</sup>

Dafür bauten die antirepublikanischen Soldaten und ehemaligen Armeeangehörigen ihre Organisationen aus. Sie gründeten rasch Ortsgruppen und zogen den größeren Teil ihrer Klientel an sich. <sup>106</sup> Freikorpsoffiziere, die sich am Putsch beteiligt hatten, riefen eine weitere Organisation ins Leben, den Verband nationalgesinnter Soldaten, gleichermaßen für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften; an manchen Orten traten ihm auch höhere Polizeibeamte bei. <sup>107</sup> Politisch verfolgte er in enger Fühlung mit dem Nationalverband Deutscher Offiziere eine radikal antidemokratische und antiparlamentarische Linie. <sup>108</sup> Ehemalige Offiziere schlossen sich jetzt in großer Zahl auch in Regimentsvereinigungen zusammen. Außerdem traten die Kriegsvereine wieder stärker in Erscheinung und nahmen sich besonders der Kriegsbeschädigten an; allerdings lag ihre Mitgliederzahl Mitte 1920 mit

rund 2,5 Millionen noch rund 500000 unter dem Vorkriegsstand.<sup>109</sup> Viele dieser Organisationen knüpften bald Fäden zu gleichgesinnten bürgerlichen Organisationen, so daß ein ganzes Netzwerk von Beziehungen entstand, unter anderem zum Jungdeutschen Orden und Stahlhelm, zu den Einwohnerwehren nebst ihren Nachfolgeverbänden und zur Technischen Nothilfe, zu Industrie und Landwirtschaft, zu Studenten und Rechtsparteien.<sup>110</sup>

Nur in den Beamtenorganisationen verlief die Entwicklung umgekehrt. Zwar hatte sich ihre organisatorische Einheit während des Kapp-Putsches bewährt. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hatte sich am 14. März 1920 zur legalen Regierung bekannt und beschlossen, überall, wo sie in Frage gestellt wurde, die Arbeit zu verweigern. Die höheren Beamten jedoch hatten gegen diesen Beschluß gestimmt und sich auch kaum am Streik beteiligt, in vielen Fällen allerdings nicht aus Sympathie mit den Putschisten.<sup>111</sup> Nach dem Ende des Putsches wurde der Streikbeschluß vom konservativen Flügel heftig angegriffen. Für die deutschnationalen Beamten hatte der Bund »die oberste Richtschnur jeder Beamtenwirksamkeit: die Rücksicht auf das Wohl aller Volksgenossen, aufs schwerste verletzt«;<sup>112</sup> nach Ansicht von Beamten, die dem Bürgerbund Stettin angehörten, war er sogar der Regierung »in den Rücken gefallen«.<sup>113</sup> Die Beamten der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern verurteilten sein Verhalten »auf das entschiedenste« und forderten eine Ablösung des Vorstandes durch Männer, die den Bund »in wirklich unparteiischer, unpolitischer und rein sachlicher Weise« zu führen versprochen.<sup>114</sup> Hier zeigen sich ähnliche Denk- und Argumentationsmuster wie bei manchen Bürgerräten und in der späteren Beurteilung des Putsches durch viele Richter und Professoren, nämlich die Abtrennung des Generalstreiks von seinem Anlaß sowie die Neigung, Umsturzversuche der Linken als Hochverrat zu betrachten, einem Putsch von rechts hingegen ehrenvolle Motive zu attestieren und die Anwendung strafrechtlicher Sanktionen wie praktischer Gegenmaßnahmen mit allen erdenklichen Gründen abzulehnen. Die Position der Gegenseite war allerdings dadurch geschwächt worden, daß der Deutsche Beamtenbund nach dem Rücktritt von Kapp und Lüttwitz zusammen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen freien Angestellten-Bund den Streik für politische Forderungen gegenüber der verfassungsmäßigen Regierung fortgesetzt hatte. Selbst Verbände mittlerer Beamter, die sich für den Streik gegen Kapp ausgesprochen hatten, brachten hierfür kein Verständnis auf. Infolgedessen sah sich der Bundesvorstand schließlich zu der Erklärung genötigt, daß gewerkschaftliche Aktionen und gemeinsame Aufrufe mit politischen Parteien künftig unterbleiben würden.<sup>115</sup> Gewisse Beruhigung brachte ein außerordentlicher Verbandstag im Mai 1920. Nach erregter Diskussion billigte er das Verhalten des Vorstandes in den Kapp-  
tagen und stellte fest, die Beamten seien aufgrund ihres Treueides verpflich-

tet, »die Verfassung gegen jeden Angriff zu schützen«, und würden daher »auch künftig, wenn eine Minderheit den Versuch unternehmen sollte, unter Bruch der Verfassung die Regierungsgeschäfte an sich zu reißen, von der Dienstverweigerung Gebrauch machen«. <sup>116</sup> Der Vorsitzende aber mußte seinen Hut nehmen. Und die Kluft innerhalb der Beamtenschaft war nur oberflächlich überbrückt. Noch 1920 verließ der Bund der höheren Beamten den Deutschen Beamtenbund; 1921 schloß er sich mit anderen Beamtenorganisationen zum Reichsbund der höheren Beamten zusammen, dessen rund 60000 Mitglieder etwa zwei Drittel aller höheren Beamten repräsentierten. Personell war er eng mit den Rechtsparteien verflochten. <sup>117</sup>

### *Streik- und Boykottaktionen 1920*

Auch Androhung und Anwendung kollektiver Kampfformen erreichten nach dem Kapp-Putsch einen neuen Höhepunkt, gleichfalls vor allem in der Landwirtschaft. Gegen die »bolschewistische Gefahr«, vor allem in der Form eines neuerlichen Generalstreiks der Arbeiterschaft, vorzugsweise als »politisches Gewaltmittel zur Anbahnung der Diktatur des Proletariats« interpretiert, drohten die Agrarorganisationen fast aller Couleur im April 1920 einen sofortigen Lieferstreik an. <sup>118</sup> Die bayerischen Bauernorganisationen reagierten in gleicher Weise auf das Abkommen von Münster, das die Auflösung der Einwohnerwehren vorsah. <sup>119</sup> Landbünde und Bund der Landwirte richteten gleiche Drohungen auch gegen spätere Regierungsentscheidungen, so in Sachsen gegen die neue Landarbeitsordnung, die zum erstenmal Höchstarbeitszeiten für die Landarbeiter festlegte. <sup>120</sup> Die Landwirte des Kreises Königsberg/Neumark stellten im September 1920 tatsächlich jegliche Ablieferung von Agrarprodukten ein, nachdem der preußische Innenminister den dortigen Landrat wegen dessen zweifelhaften Verhaltens beim Kapp-Putsch seines Amtes enthoben und einen Demokraten zum kommissarischen Nachfolger gemacht hatte. Erst nach einer persönlichen Intervention des Regierungspräsidenten in Frankfurt/Oder brachen sie die Aktion ab. Im Sommer 1921 provozierten Pläne der Reichsregierung, die Reparationslasten durch eine 20%ige Zwangshypothek auf ländlichen und städtischen Grundbesitz zu finanzieren, erneute Rufe nach »gewerkschaftlichen« Kampfmaßnahmen. Der Brandenburgische Landbund verabschiedete mit überwältigender Mehrheit »Richtlinien für den Abwehrstreik«, die dessen Durchführung in allen Einzelheiten regelten. <sup>121</sup>

Für die mittlerweile erreichte Vernetzung von politisch gleichgesinnten Gruppen und Verbänden unterschiedlicher wirtschaftlicher und gesell-

schaftlicher Bereiche ist es bezeichnend, daß der Lieferstreikgedanke sich jetzt auch bei nichtagrarisches Organisationen findet. Im April 1920 erwo-gen die Führer der bayerischen Einwohnerwehren, die Bauern nicht nur zu einem Lieferstreik, sondern darüber hinaus zu einem Anbaustreik und obendrein zu einem Steuerstreik aufzurufen, um die Auflösung der Einwohnerwehren zu verhindern.<sup>122</sup> Umgekehrt animierten Ende 1920 Großgrundbesitzer im Bezirk Marienwerder konservative Beamte zu einem Streik gegen die Ablösung eines Landrats, der sich schwerer dienstlicher Vergehen schuldig gemacht hatte.<sup>123</sup> Ähnliches erlebte ein neu ernannter demokratischer Landrat in Westpreußen bei seinem Dienstantritt Anfang 1921.<sup>124</sup>

Zwar ließ es die Landwirtschaft wie schon 1919 meist bei massiven Drohungen bewenden. Aber auch sie werfen ein grelles Schlaglicht auf die politische Mentalität ihrer tonangebenden Kreise, namentlich in den östlichen Provinzen. Die Intensität und Ausführlichkeit, mit der der Lieferstreik im Brandenburgischen Landbund erörtert wurde, wirken wie kollektive Macht- und Rachephantasien und zeigen anhaltende Radikalisierung und fast blinde Feindseligkeit gegen die sozialistische Industriearbeiterschaft wie gegen das ganze politische System, zudem eine hohe Bereitschaft zur politischen Gewalttätigkeit. Systematisch entsprach dieses Denken genau demjenigen, das die Agrarier den Kommunisten und Unabhängigen unterstellten, insofern nämlich auch sie die demokratische Verfassung grundsätzlich ablehnten und mitnichten bereit waren, deren Institutionen und Verfahren zur Lösung von Konflikten und zur Herbeiführung politischer Entscheidungen zu respektieren.

1920 kam unter ihnen auch der Boykott in Übung, der 1919 noch wenig benutzt worden war, oft in Verbindung mit Streikdrohungen.<sup>125</sup> Gegenüber sozialdemokratischen und demokratischen Amtsträgern, insbesondere Landräten, Polizeipräsidenten, Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten gehörte er schon Ende 1920 in der alten grundbesitzenden Herrenschicht, aber auch im Bürgertum vor allem der preußischen Ostprovinzen zum guten Ton, von protestantischen Pastoren oft nach Kräften unterstützt. »In manchen kleinen Städten«, notierte Ernst Troeltsch im Dezember 1919, »herrscht sozial ein vollkommener konservativer Terror und Boykott.«<sup>126</sup> Auch der dienstliche Boykott kam wiederholt vor und wurde noch häufiger angedroht.<sup>127</sup> Um etwa den ungeliebten kommissarischen Landrat von Königsberg/Neumark wieder loszuwerden, traten die Landwirte nicht nur in den Lieferstreik, sondern stellten auch jeglichen Verkehr mit ihm ein; als er nicht kapitulierte, brachen sie zwar diese Radikalmaßnahmen ab, behinderten aber seine Amtsführung auf jede erdenkliche Weise, diffamierten ihn als »landwirtschaftsfeindlich«, sogar als »Streikhetzer« und vergifteten die Atmosphäre im Landkreis derart, daß der Innenminister ihn nach einigen Monaten durch einen Parteilosen ersetzte.<sup>128</sup>

Gelegentlich gingen verschiedene bürgerliche Gruppen und Organisationen gemeinsam vor. So verband der Bürgerbund Stettin unmittelbar nach dem Kapp-Putsch seine Forderung an die Zivilbehörden, künftig »mit aller Energie« durchzugreifen, »wenn sich Teile der Bevölkerung über Recht und Gesetz hinwegsetzen«, mit der Ankündigung, andernfalls werde »die Bürgerschaft Stettins im Einvernehmen mit der Landwirtschaft Pommerns... auf eine Besetzung der fraglichen Stellen mit Männern... drängen, deren Energie und Gerechtigkeit der Gesamtheit der Bürgerschaft uneingeschränkt zugute kommt«<sup>129</sup> – eine kaum verhüllte Boykottandrohung gegenüber dem Stettiner Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten, die durch eine Durchsuchung der Geschäftsstelle des Bürgerbundes dessen intime Kontakte zur örtlichen Reichswehrführung und zu den Zeitfreiwilligen aufgedeckt hatten. Wie das Beispiel aus der Neumark zeigt, konnten Boykottmaßnahmen selbst bei anfänglichem Mißerfolg in Verbindung mit rechtlich kaum angreifbaren Mitteln wie Obstruktion und übler Nachrede längerfristig im Sinne derer, die sie praktizierten, erfolgreich sein. Wahrscheinlich haben auch sie dazu beigetragen, daß die preußische Regierung ungeachtet chronischer Beschwerden aus der Arbeiterschaft mehr konservative Verwaltungsbeamte in Ostelbien im Amt beließ, als politisch ratsam war.

Noch andere kollektive Kampfmittel wurden 1920 in der Landwirtschaft weiterentwickelt, insbesondere der Aufbau wirtschaftsfriedlicher Gegenorganisationen gegen den freigewerkschaftlichen Landarbeiterverband. Die Landarbeitergruppe des Pommerschen Landbundes brachte es bis Ende 1920 auf rund 35 000, nach anderen Angaben sogar auf 55 000 Mitglieder, und wurde damit ebenso stark wie die freie Landarbeitergewerkschaft in Pommern.<sup>130</sup> In Brandenburg, Mecklenburg, Schlesien und Sachsen gründeten die Landbünde ähnliche Organisationen, die ebenfalls beträchtliche Stärke gewannen.<sup>131</sup> Gegen Landarbeiterstreiks griffen viele Großgrundbesitzer überdies zu einem neuartigen Mittel der Selbsthilfe: sie setzten entlassene Soldaten als bewaffnete »Nothelfer« ein, vorzugsweise ehemalige Freikorpskämpfer und Baltikumer, die sie auf den Gütern unterbrachten, oder bewaffnete Einheiten aus anderen Teilen des Reiches, selbst wenn sich die Landarbeitergewerkschaften zur Verrichtung der Notstandsarbeiten verpflichteten.<sup>132</sup> Viele Güter in Pommern, Mecklenburg und Ostpreußen wurden auf diese Weise zu »Kasernen der Konterrevolution«, nicht nur in sozialpolitischem Sinne; auch politische Putschpläne wurden hier ausgebrütet.<sup>133</sup>

In bürgerlichen Gruppen finden sich offene Streik- und Boykottdrohungen nach dem Kapp-Putsch seltener. Manche Beamten beteiligten sich gelegentlich an derartigen Aktionen der Landwirte.<sup>134</sup> Wahrscheinlich hätten nicht wenige von diesen Mitteln gegen sozialdemokratische Amts-

träger weiterhin ähnlich gern Gebrauch gemacht wie 1918/19 gegen Revolutionsregierungen und Arbeiter- und Soldatenräte. Sie öffentlich zu propagieren, dürften sie jedoch nicht zuletzt die Sanktionsmöglichkeiten abgehalten haben, die das Beamtenrecht bereithielt.<sup>135</sup> In den Beamtenverbänden verebte die Diskussion hierüber mit der Resolution des Deutschen Beamtenbundes vom Mai 1920.<sup>136</sup> Beamtenstreiks mit wirtschaftlichen Zielen wurden zwar gelegentlich angedroht,<sup>137</sup> in größerem Stil aber einstweilen nicht geführt. Unter der Ärzteschaft drohten nur noch einzelne Lokalorganisationen, zum Beispiel in Berlin, mit Arbeitsverweigerung, falls bei Streiks und Umsturzversuchen eine Stilllegung der Wasserversorgung eine sachgemäße Krankenbehandlung unmöglich machte oder ein Arzt »verhaftet oder an der Ausübung seiner ärztlichen Tätigkeit gehindert oder an Eigentum oder Gesundheit geschädigt« würde.<sup>138</sup> In der Regel verließen sich die Ärzte für »Unruhezeiten« auf die Technische Nothilfe.<sup>139</sup> Als wirtschaftliches Druckmittel hingegen blieb der Ärztestreik auf der Tagesordnung, vom Reichsausschuß der Akademischen Berufsstände nachdrücklich gutgeheißen.<sup>140</sup>

Die Waffe des bürgerlichen Abwehrstreiks aber wurde an vielen Orten einsatzbereit gehalten und weiter verbreitet. In München erneuerte die Ortsgruppe des Bayerischen Industriellen-Verbandes unmittelbar nach dem Kapp-Putsch »in vollem Umfange« ihren Beschluß, sich an einem Abwehrstreik zu beteiligen.<sup>141</sup> Gemeinsame Pläne von Bürgerräten und Einwohnerwehren sahen unter anderem vor, bei einem Generalstreik sofort alle Läden der Arbeiterkonsumvereine zu besetzen, alle Lebensmittelkarten für ungültig zu erklären und neue nur an Mitglieder der Einwohnerwehren auszugeben.<sup>142</sup> Auch in Stettin blieb die Organisation der Streikabwehr »unbedingt wirksam«, ebenfalls in Sachsen. Bei der Neugründung von Bürgerräten im Ruhrgebiet stand sie im Vordergrund.<sup>143</sup> Überall wurde sie nach Auflösung der Einwohnerwehren »nach Möglichkeit« verbessert,<sup>144</sup> namentlich in Württemberg im Spätsommer 1920 gegen einen Steuerstreik der Arbeiterschaft »bis ins kleinste vorbereitet«, allerdings nicht durchgeführt.<sup>145</sup> Zur Anwendung dieses Mittels kam es nur in wenigen Fällen, jeweils als Reaktion auf Arbeiterausstände, örtlich begrenzt und von kurzer Dauer.<sup>146</sup> In der Regel scheinen sich die Bürgerräte bei Streiks der Arbeiterschaft jetzt darauf konzentriert zu haben, in der Technischen Nothilfe mitzuwirken oder sie auf andere Weise nach Kräften zu unterstützen.<sup>147</sup>

Hochkonjunktur bekam dagegen 1920 der Schulstreik. Besonders militante Formen nahm er wiederum im Rheinland und in Westfalen an, am stärksten in Herne. Mit moralischer Billigung des Paderborner Erzbischofs, aktiver Unterstützung von Ortsgeistlichen und Zentrumsparlei und lauter Begleitmusik der ihr nahestehenden Presse versuchte hier die



katholische Elternschaft im Sommer 1920 mit einem sechswöchigen Schulboykott, an dem am Ende rund 10000 Schüler beteiligt waren, die Entfernung von vier katholischen Lehrern durchzusetzen, die sich weigerten, Religionsunterricht zu erteilen. Daß selbst prominente Zentrumspolitiker wie der langjährige Abgeordnete und spätere Reichskanzler Wilhelm Marx zur Besonnenheit mahnten, machte keinen Eindruck.<sup>148</sup> Denn der Kampf richtete sich zugleich gegen Reformtendenzen, die sich allmählich auch in katholischen Volksschulen des Industriereviere bemerkbar machten, gegen den sozialdemokratischen Kultusminister und auch gegen die Sozialdemokratie insgesamt, wohl nicht ohne Seitenblick auf den zu dieser Zeit tobenden Reichstagswahlkampf. Er wurde erst abgebrochen, nachdem die SPD aus der Reichsregierung ausgeschieden war und Haenisch ausdrücklich darauf verzichtet hatte, den Boykotteuren Rechtsverletzungen vorzuwerfen.<sup>149</sup>

Allerdings blieb der Schulboykott kein Monopol bürgerlicher Eltern und Interessengruppen. Um die weltliche Schule durchzusetzen, setzten ihn auch sozialdemokratische Eltern und Arbeiterorganisationen ein, ebenfalls besonders in Rheinland-Westfalen als Antwort auf das militante Vorgehen der Katholiken, mitunter gepaart mit einer neuen Form der Demonstration. So gingen in Essen im September 1920 rund 2000 Mütter und 4000 Kinder für die Einrichtung einer freien Schule auf die Straße. Meistens ließen es die sozialistischen Eltern in Preußen allerdings bei Drohungen mit dem Schulstreik bewenden, wohl nicht zuletzt aus Loyalität gegenüber dem sozialdemokratischen Kultusminister, der sich im Rahmen seiner Möglichkeiten bemühte, ihnen entgegenzukommen.<sup>150</sup>

Auch Massenversammlungen blieben im Bürgertum und unter der Landbevölkerung in Gebrauch. In Hamburg protestierten selbständige Mittelständler im Frühjahr 1920 in zwei »Riesenkundgebungen« mit jeweils rund 6000 Teilnehmern gegen die »Zwangswirtschaft«.<sup>151</sup> Im Juli trafen sich in Rendsburg 5000 Landleute zum ersten schleswig-holsteinischen Bauerntag.<sup>152</sup> Hessen erlebte zur gleichen Zeit Bauernkundgebungen gegen die »Zwangswirtschaft« mit ähnlichen Teilnehmerzahlen.<sup>153</sup> Besonders während des Reichstagswahlkampfes im Frühsommer 1920 häuften sich Massenversammlungen. In Düsseldorf lockte eine Veranstaltung der DNVP mit dem »Erzberger-Töter« Helfferich Tausende von Besuchern an, die der größte Saal der Stadt bei weitem nicht zu fassen vermochte, so daß selbst die politischen Gegner neidvoll-aner kennend von einer »geradezu imposanten Heerschau der DNVP« sprachen.<sup>154</sup> In Hamburg zog Helfferich sogar 10000 Zuhörer an.<sup>155</sup> Auch rechtsextreme Gruppen wie die Alldeutschen, von denen man in der Revolution geglaubt hatte, sie seien »tot, mausetot«,<sup>156</sup> wagten sich allenthalben wieder hervor. Zwar brachten sie nicht gerade Massenversammlungen auf die

Beine, aber einige hundert Zuhörer kamen zu ihren Veranstaltungen allemal, zu denen Wanderredner durch ganz Deutschland geschickt wurden.<sup>157</sup>

Politische Demonstrationen wurden weiterhin vor allem von den paramilitärischen Verbänden durchgeführt. In München veranstaltete die Orgesch im September 1920 gegen den ausdrücklichen Willen der Reichsregierung ein sogenanntes Landesschießen, bei dem rund 40000 bewaffnete Männer aufmarschierten, um »der ganzen Welt« die »Entschlossenheit der bayerischen Regierung und des bayerischen Volkes« vor Augen zu führen, sich der Auflösung der Einwohnerwehren »bis auf das äußerste« zu widersetzen, wie sich einer ihrer Führer erinnerte, der später als SA-Chef bekannt wurde.<sup>158</sup>

Auch verwandte Formen politischer Werbung wurden weiterentwickelt, etwa die des politischen Festes. Die Düsseldorfer DNVP veranstaltete 1920 ein Sommerfest in den Kaiserswerther Rheinwiesen, das über 2000 Besucher anzog und mit einem Umzug seinen Höhepunkt erreichte.<sup>159</sup> Eine Mischung aus Fest und Massendemonstration wurde ein Jahr später in Hamburg vorgeführt. Auf Betreiben des Bürgerbundes flatterten an zwei Tagen überall schwarzweißrote Fahnen; auf einer Großversammlung wurde die Wiedereinführung der alten Handelsflagge gefordert; auf der Alster fand ein Flaggenkorso statt; sie »wimmelte von Tausenden und Abertausenden von kleinen Fahrzeugen, von Segelbooten, Dampferchen, Ruderbooten, alle geschmückt mit Schwarz-Weiß-Rot«.<sup>160</sup>

Ihren Höhepunkt erreichten alle diese kollektiven Aktionsformen im Bürgertum vor und nach der Reichstagswahl vom Juni 1920. Viele der Streik- und Boykottbeispiele stammen aus dieser Zeit. »Es war der Klassenkampf des Bürgertums, der Landwirtschaft und der Intellektuellen gegen das Regiment der Handarbeiter, ihrer Sekretäre, ihrer Politiker und Ideologen.« So charakterisierte nicht etwa die kommunistische »Rote Fahne« den Wahlkampf, sondern Ernst Troeltsch, einer der bestinformierten Angehörigen der bürgerlichen Gesellschaft der Reichshauptstadt. Er bemerkte auch, daß es mit der Wahl hiermit nicht sein Bewenden hatte. Drei Wochen nach dem Wahltag notierte er: »Alles spitzt sich auf den Klassenkampf zu, und zwar nicht auf den marxistischen des Proletariats gegen das Bürgertum, sondern umgekehrt des Bürgertums und seiner Genossen gegen das Proletariat.«<sup>161</sup> Mit einem Wahlsieg der Linken war im Bürgertum allerdings schon lange nicht mehr gerechnet worden. Erwartet wurden vielmehr Unruhen der Arbeiterschaft als Reaktion auf eine Wahlniederlage. Sie sollte endlich einen Anlaß für den großen Gegenschlag liefern – eine Kombination von landwirtschaftlichen Lieferstreiks, Bürgerstreiks und Militäraktionen nach Art einer »sizilianischen Vesper«. Besonders in den »Junkerprovinzen« wünschte man, wie Troeltsch »aus

bester Quelle« erfahren hatte, nichts sehnlicher als »möglichst scharfe bolschewistische Unruhen..., damit man dann die ›Einheitsfront gegen den Bolschewismus‹ bilden und den Kapp-Putsch erneuern könne. Die Landarbeiter würden absichtlich in die Opposition hineingereizt, die bolschewistische Wildheit werde gefördert, die Gutsbesitzer flöhen... in die Stadt und benachrichtigten sich untereinander von den Gefahren... Dem Generalstreik wolle man – das habe man inzwischen zugelernt – durch Aushungerung der Städte... begegnen.« Es gebe »eine Masse von Soldaten, die als Arbeiter angenommen und verkleidet seien, und zwischen Berlin und Stettin soll eine weiße Armee stehen, die dieses Mal nicht so mild verfahren werde wie beim Kapp-Putsch«. Im übrigen hoffe man, in den Truppen, vor allem den Offizieren, die zur Entlassung anstanden, »das Mittel zum erneuten Putsch zu haben«. Natürlich sei »schwer zu sagen«, räumte Troeltsch ein, »ob diese Hoffnungen durchführbar und wirklich begründet sind, wie weite Kreise wirklich hinter ihnen stehen«. <sup>162</sup>

Daß es tatsächlich in Teilen von Landwirtschaft, Bürgertum und ehemaligen Soldaten regelrechte Bürgerkriegsvorbereitungen und Überlegungen für einen gleichsam apokalyptischen Endkampf mit der Arbeiterschaft gegeben hat, wie er von der antibolschewistischen Propaganda seit der Revolution beschworen wurde, ist indessen auch anderweitig belegt. »Die Macht der Arbeiter«, heißt es in einem Papier aus der bayerischen Einwohnerwehr vom Juni 1920, »liegt in der vorzüglichen Organisation, in den Gewerkschaften begründet. Eine ähnliche Organisation der übrigen Klassen fehlt und wird allgemein als selbstvernichtender Mangel angesehen«. Notwendig sei daher die »Gründung entsprechender ›Gegen-gewerkschaften‹«. Ihre »Hauptwaffe« müsse »ebenso wie bei den roten Gewerkschaften der Streik sein; an erster Stelle der Lieferungsstreik, dann der Ärzte usw., überhaupt der Bürgerstreik aller Schattierungen«, woraus sich ihre Zusammensetzung »ganz von selbst« ergebe. Es sei klar, »daß die roten Gewerkschaften versuchen werden, derartige Streiks zu brechen. Für diesen Fall brauchen wir die Selbstschutzorganisationen. ... Der erste Kampf wird der entscheidende sein, und dieser kommt sicher.« <sup>163</sup> Vor diesem Hintergrund nehmen sich Streikvorkehrungen und Einheitsfrontparolen auf unterer wie zentraler Ebene alles andere als harmlos aus – um so weniger, als gleichzeitig maßgebliche bürgerliche Gruppen ein ausdrückliches Bekenntnis zur demokratischen Republik dezidiert ablehnten <sup>164</sup> –, sondern stellen sich, wenigstens potentiell, als Teile einer zusammenhängenden gegenrevolutionären Strategie zur Revision der Ergebnisse der Novemberrevolution dar.

In Deutschland blieb es 1920 jedoch bei solchen Überlegungen und Vorbereitungen. Bei der Wahl vom 6. Juni verlor die SPD gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung rund ein Drittel ihrer Wähler und fiel von

163 auf 102 Mandate zurück, die DDP von 75 auf 39, also um fast die Hälfte. Demgegenüber machte die DVP einen Sprung von 19 auf 65 Sitze, die DNVP von 44 auf 70, auf der linken Seite die USPD von 22 auf 83. Die Weimarer Koalition, die zuvor über eine Dreiviertelmehrheit verfügt hatte, verlor die Mehrheit. Die parlamentarische Mitte war zertrümmert. Mit Recht ist daher dieser Wahltag als »eines der schwarzen Daten der deutschen Geschichte« bezeichnet worden.<sup>165</sup> Aber die Arbeiterschaft tat ihren Gegnern nicht den Gefallen, auf ihren Machtverlust mit politischen Streiks und Unruhen zu reagieren oder gar »durch Generalstreik zur Räteherrschaft« zu gelangen.<sup>166</sup> Dem linken Flügel war nach dem Ausgang der Bürgerkriegskämpfe von 1919 und vom Frühjahr 1920 die Lust zu neuen blutigen Auseinandersetzungen vergangen. Gegen Reichswehr, Sicherheitspolizei und die Nachfolgeorganisationen der Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände hatte er ohnehin keine Chancen, um so weniger, als er nach dem Ruhrkrieg den größten Teil seiner Waffen hatte abliefern müssen. Selbst die KPD schmiedete daher in der zweiten Jahreshälfte 1920 keine Aufstandspläne, zumal sie im Frühjahr 1920 ihre linke Opposition ausgeschlossen hatte und seitdem deutlich geschwächt war.<sup>167</sup> Die Führungen der SPD und freien Gewerkschaften hatten schon vorher derartige Mittel verworfen und dachten jetzt ebensowenig an ihren Einsatz; die organisatorischen und materiellen Voraussetzungen hierfür fehlten ohnehin. Der Wahlausgang wurde daher nicht zum Anlaß neuer bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen. Die SPD schied aus der Reichsregierung aus und überließ sie einem bürgerlichen Minderheitskabinett unter dem badischen Zentrumspolitiker Fehrenbach; außerparlamentarische Aktionen der Arbeiterschaft blieben aus.

Für die politische Grundkonstellation im Reich wie für die Formen politischer Auseinandersetzung bedeuten die Vorgänge vom Sommer 1920 in mancher Hinsicht einen Kontrapunkt zur Novemberrevolution. Während die Arbeiter- und Soldatenräte längst verschwunden und die Arbeiterschaft wieder politisch tief gespalten war, hatten Bürgertum und Landwirtschaft ihre Verbandsorganisation auf allen Ebenen mächtig vorangetrieben, miteinander vernetzt und zugleich politisiert. Auf lokaler Ebene bestanden zahlreiche Bürgerräte als Zentren kommunaler Sammlungspolitik und eventueller Streikaktionen, auf zentraler Ebene eine Koordinationsstelle sämtlicher Wirtschaftsgruppen für einen gemeinsamen Abwehrkampf von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft. Während die Arbeiterschaft weitgehend entwaffnet war, hatten Bürgertum und Landbevölkerung nicht nur die Reichswehr auf ihrer Seite, sondern in Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbänden und ihren Nachfolgeorganisationen eigene bewaffnete Verbände zur Verfügung, so daß ihre militärische Überlegenheit über die Arbeiterschaft jederzeit ge-

währleistet war. Außerdem dachten zumindest die Führungen der sozialdemokratischen Organisationen über politische Massenaktionen seit November 1918 zunehmend skeptisch, weil solche Aktionen eine eigene Dynamik entwickeln und einen ebenso unerwünschten wie nicht mehr steuerbaren Verlauf nehmen konnten. Am deutlichsten hatte dies der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch gezeigt. Er hatte zwar seinen Zweck erreicht, die Putschisten zu vertreiben, aber an der Ruhr auch zur Wiederaufnahme des Kampfes um die Sozialisierung und infolgedessen des Bürgerkrieges geführt, den Generalstreik im Bürgertum diskreditiert, die Frage nach seiner Vereinbarkeit mit dem parlamentarischen System aufgeworfen und politisch wie ein Bumerang gewirkt. Bei SPD und Gewerkschaften bestand daher keine Neigung zu einem erneuten Einsatz dieses Instruments oder gar dazu, mit ihm das Parlament unter Druck zu setzen oder gar eine Verfassungsänderung herbeizuführen. Demgegenüber hatten Bürgertum und Landwirtschaft kollektive Aktionsformen großenteils erst seit November 1918 gelernt, aber rasch die Erfahrung gemacht, daß und wie sie wirkten, und daher wachsende Bereitschaft entwickelt, sie – gestützt auf neue oder veränderte Organisationen – auch einzusetzen, seitens einzelner Gruppen für deren jeweilige Interessen, aber auch koordiniert für übergreifende Ziele, und zwar anscheinend ohne größere rechtliche Skrupel. Ihre Militanz war mit jeder Phase von Revolution und Bürgerkrieg gestiegen und erreichte im Sommer 1920 ihren Höhepunkt in den Umrisen einer Strategie, durch den koordinierten Einsatz landwirtschaftlicher Liefer- und allgemeiner Bürgerstreiks und eventuell von Teilen der Armee eine grundlegende Revision der Machtverhältnisse zugunsten derer zu erzwingen, die vor der Revolution das Sagen gehabt hatten.

Ob eine solche Strategie hätte funktionieren können, blieb in Deutschland damals offen. Mittlerweile gibt es Belege dafür aus anderen Ländern. Am genauesten ähneln die Methoden, die damals erwogen wurden, denjenigen, mit welchen 1973 in Chile die sozialistische Regierung Allende beseitigt wurde. Organisierung des Mittelstandes – von Selbständigen, freien Berufen und Angestellten –, Verbündung der mittelständischen Interessenorganisationen mit den großen Unternehmerverbänden in einer gemeinsamen »Front«, Herausbildung einer gemeinsamen Ideologie, die ebenfalls manche Berührungspunkte mit deutschen korporatistischen Konzepten der zwanziger Jahre aufweist, schließlich ausgedehnte bürgerliche Demonstrationen und Streiks und ihre Kombination mit einem Militärputsch.<sup>168</sup> Auch die kollektiven psychischen Dispositionen, die jenen Strategien zugrunde liegen, welche im Sommer 1920 in Teilen von Bürgertum und Landwirtschaft in Deutschland erwogen wurden, ähneln denjenigen, die sich im Bürgertum und unter Agrariern anderer Länder nach dem Verlust politischer und gesellschaftlicher Machtpositionen an eine

bisher als Feind oder Untertan betrachtete Klasse oder ethnische Gruppe beobachten lassen; etwa der Nichtanerkennung der veränderten politischen Gegebenheiten sowie dem Haß und den Ressentiments gegenüber den befreiten schwarzen Sklaven unter den Weißen der amerikanischen Südstaaten nach dem Ende des Bürgerkriegs 1865, ebenfalls ihrer Suche nach Wiederherstellung des Status quo, ihrem Hang zu Rache und Vergeltung, zum organisierten Handeln auf eigene Faust, unabhängig von staatlichen Institutionen und im Zweifel auch gegen sie, erst recht der Verweigerung der Gleichberechtigung der zuvor rechtlich Diskriminierten durch politisch einseitige Rechtsanwendung und Verwaltungspraxis.<sup>169</sup>

In Deutschland erbrachte die Reichstagswahl vom Juni 1920 allerdings zugleich einen Wendepunkt in der Diskussion und Vorbereitung außerparlamentarischer und tendenziell antiparlamentarischer Massenaktionen von Bürgertum und Landwirtschaft. Denn ihr Ergebnis brachte nahezu eine Umkehr der Konstellation vom November 1918: Die bürgerlichen Parteien übernahmen die Regierung wieder allein. Doch diese Wende war mit parlamentarischen Mitteln erreicht worden, und einstweilen deutete nichts darauf hin, daß sie rasch wieder revidiert werden würde. Sie bedeutete daher einstweilen ebenfalls eine Stärkung des parlamentarischen Systems. Mochte es auch von vielen grundsätzlich wenig geschätzt werden – der Gedanke an derartige Aktionen, wie sie vor und nach der Wahl erwogen worden waren, schwächte sich infolgedessen ab. Zwar wurden sie noch längere Zeit propagiert, zumindest zur Abwehr neuerlicher politischer Streiks der Arbeiterschaft, die immer noch befürchtet wurden, vielleicht auch als Anlaß für einen von manchen nach wie vor beabsichtigten gegenrevolutionären Putsch heimlich gewünscht. Manche Bürgerräte taten ihr bestes, diese Erwartung lebendig zu halten. Der Bürgerbund Stettin zum Beispiel wußte von angeblich »intensiver Arbeit der linksradikalen Organisationen zur Bildung einer großen roten Armee« und sagte »neue schwere Kämpfe« voraus.<sup>170</sup> Aber die Resonanz solcher Parolen nahm in der zweiten Jahreshälfte unverkennbar wieder ab, die Vorkehrungen zur Abwehr neuerlicher Umsturzversuche wurden mehr und mehr für überflüssig erachtet, auch wenn noch längere Zeit dazu aufgerufen wurde, sie beizubehalten. Infolgedessen wurden ebenfalls außerparlamentarische Sammlungspolitik und die Androhung bürgerlicher und agrarischer Massenaktionen, gar mit gegenrevolutionärer Absicht, rückläufig.

# Das Abflauen der Bürgerrätebewegung

## 1920/21

### *Der Reichsbürgerrat*

Der Reichsbürgerrat allerdings verfolgte vorerst das Ziel einer »Abwehrfront« gegen den Sozialismus weiter,<sup>1</sup> und zwar gleichermaßen als »gemeinsame Front der Nichtsozialisten innerhalb des Parlaments« wie als »außerparlamentarischer antimarxistischer Block«.<sup>2</sup> Im Wahlkampf bestanden hierfür kaum Chancen, weil dieser die Konkurrenz zwischen den Parteien verschärfte. Ende Mai 1920 kam der Reichsbürgerrat zu der Einsicht, es sei einstweilen »aussichtslos«, DDP, Zentrum, DVP und DNVP »unter einen Hut zu bringen«.<sup>3</sup> Zur Reichstagswahl appellierte er daher lediglich zum »Zusammenstehen... auf dem Boden der Verfassung gegen jeden Versuch von rechts oder links, einen gewaltsamen Sturz der Regierung herbeizuführen«. Zwar ließ er wiederum verlauten, er wolle keine »Kluft zwischen Arbeiter und Bürger«;<sup>4</sup> aber er hatte keineswegs eine dauerhafte Verständigung mit der Sozialdemokratie im Sinn, vielmehr eine »Einheitsfront aller national gesinnten Männer und Frauen«,<sup>5</sup> wozu – in seinem Sinne selbstverständlich – die Arbeiterparteien nicht zählten. Infolgedessen unterstützte er ausschließlich die bürgerlichen Parteien.<sup>6</sup> Nachdem die Wahl zu keinen eindeutigen Mehrheitsverhältnissen geführt hatte, propagierte er eine Kabinettsbildung aus »geeigneten Vertretern der Arbeiter, des Mittelstandes, des Beamtentums sowie von Handel, Industrie und Landwirtschaft« ohne Rücksicht auf »formale, theoretische Anschauungen«,<sup>7</sup> also ein überparteiliches, ständisch orientiertes Präsidialkabinett, wie es auch die Putschisten angestrebt hatten.

In der Folgezeit konzentrierte sich der Reichsbürgerrat auf die Samm-

lungspolitik »außerhalb des Parlaments und Parteilebens«,<sup>8</sup> und zwar weiterhin nach dem widerwillig anerkannten Vorbild der Gewerkschaften, die die Arbeiterschaft trotz parteipolitischer Zersplitterung als wirtschaftliche Interessenvertretung zusammenhielten und es auch zu unübersehbarem politischem Einfluß gebracht hatten. Vor allem bemühte er sich um engere Zusammenarbeit mit den großen Wirtschaftsverbänden.<sup>9</sup> Im Oktober 1920 mußte sein Geschäftsführer jedoch die Erfolglosigkeit der Versuche mitteilen, zu einem »Arbeitsabkommen« mit ihnen zu gelangen. Einheitliche und zentrale Richtlinien waren abgelehnt worden, Fusionsgedanken erst recht.<sup>10</sup> Verwunderlich war das nicht; denn aus denselben Gründen wie zuvor bestand für ein außerparlamentarisches Sammelbecken auf Reichsebene kein Bedarf. Loebell klagte, die Bürgerratsbewegung habe »von jeher unter der falschen Auffassung von der Möglichkeit einer bürgerlichen Einheitsfront im politischen Sinne zu leiden gehabt«. Er mußte sich damit zufriedengeben, daß die Wirtschaftsverbände sich allenfalls auf eine »Arbeitsteilung« einließen.<sup>11</sup> Praktisch hieß dies nicht mehr als Fühlungnahme zur Vermeidung von Reibungsverlusten – eine diplomatisch verbrämte Selbstverständlichkeit.

Dennoch gab der Reichsbürgerrat sein Ziel nicht auf,<sup>12</sup> ebensowenig seinen prinzipiellen Antisozialismus. Sein politischer Hauptfeind blieben die Kommunisten, das organisatorische Vorbild die Gewerkschaften.<sup>13</sup> Aber er schlug jetzt einen neuen Weg ein und bemühte sich um Verbreiterung seiner sozialen Basis.<sup>14</sup> Hierfür reichte der »Kampf gegen den sozialistischen Marxismus und Materialismus... in jeder Form« als wirtschaftspolitisches Programm nicht aus,<sup>15</sup> auch nicht das Bekenntnis zu einer verquasteten »deutschen Lebensidee«, unter welcher die Postulate »deutsche Arbeit«, nämlich Privatwirtschaft und Ablehnung proletarischer Massenorganisationen, »deutsche Philosophie«, nämlich »Unterordnen des einzelnen unter das Sittengesetz«, und lebendiges Nationalgefühl subsumiert wurden.<sup>16</sup> Um dem »sozialen Bedürfnis der Arbeiterschaft entgegenzukommen«,<sup>17</sup> machte sich der Reichsbürgerrat deshalb zögernd an die Erarbeitung eines »positiven Wirtschaftsprogramms«, gelegentlich sogar mit der für eingefleischte Antibolschewisten fast ketzerischen Begründung, »daß in dem marxistischen Programm manche berechtigte Kritik an den Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft geübt wird«. <sup>18</sup> Jegliche Sozialisierungsmaßnahmen wurden jedoch mit allen nur denkbaren Begründungen abgelehnt.<sup>19</sup> Inhaltlich Neues fiel ihm dann auch kaum ein, nur Rezepte, die konservative Gruppen schon vor 1914 vorgeschlagen hatten, vorzugsweise solche, die auf eine Immobilisierung der Industriearbeiterschaft abzielten, gelegentlich in Verbindung mit dem ebenfalls schon beмоosten Postulat ihrer Entproletarisierung<sup>20</sup>: Gewinnbeteiligung als Alternative zu Sozialisierung und Mitbestimmung; <sup>21</sup> Wohnungsbau, um eine



»bodenständige Arbeiterschaft«<sup>22</sup> zu schaffen und das großstädtische »Übereinanderwohnen erträglich zu machen und auch in die kleinste Wohnung Behaglichkeit, Schönheit und Besitzerstolz zu tragen«; <sup>23</sup> schließlich eine Agrarreform durch »Schaffung möglichst vieler bürgerlicher Besitze« zur Beendigung der Landflucht und Rückführung eines Teils der großstädtischen Arbeiterschaft aufs Land.<sup>24</sup> Recht breit wurde auch der berufsständische Gedanke diskutiert, der in der bürgerlichen Rechten schon damals viel Resonanz fand und durch den Einbau des Reichswirtschaftsrats in die Weimarer Verfassung eine gewisse Aktualität erhalten hatte. Innerhalb der Bürgerräte gingen die Meinungen jedoch so weit auseinander, daß der Reichsbürgerrat auf eine EntschlieÙung verzichtete und den Gedanken an ein wirtschaftspolitisches Programm fallen ließ.<sup>25</sup>

Noch weniger Originalität zeigten seine neuerlichen Ansätze, dem Marxismus, neidvoll als »heute das einzige politische, wirtschaftliche und soziale Programm« anerkannt, »das mit einem starken Maß von Begeisterung und zukunftsreichem Glauben verbreitet wird«,<sup>26</sup> eine »klar durchgearbeitete bürgerliche Weltanschauung« entgegenzustellen. Auch hier begegnen nur alte Versatzstücke konservativer Ideologie wie »Wiederaufrichtung des kirchlichen Lebens« und Stärkung des Nationalgefühls.<sup>27</sup> Praktisch blieb der Reichsbürgerrat, trotz mancher Bekenntnisse zur »Lösung der sozialen Frage«, <sup>28</sup> in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Sachwalter der besitzenden Schichten, wenn er sich für die Beseitigung des Achtstundentages einsetzte und für eine Änderung der Erwerbslosenfürsorge »im Sinne einer produktiven Fürsorge«, also für eine Einschränkung des Fürsorgeanspruchs,<sup>29</sup> für Wiedereinführung bzw. Ausweitung der Akkordarbeit, Arbeitswilligenschutz<sup>30</sup> und Abbau der »Zwangswirtschaft«, <sup>31</sup> oder wenn er sich für die Interessen der Beamten<sup>32</sup> und freien Berufe, namentlich der Ärzte, verwandte, seit 1920 verstärkt auch diejenigen der Kleinrentner und Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen.<sup>33</sup>

Immerhin gelang es, auf dieser Basis die Beziehungen zu anderen bürgerlichen Organisationen auszuweiten. Mit dem Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, dem bürgerlichen Pendant zum sozialdemokratisch orientierten Reichsbund, ging der Reichsbürgerrat Ende 1921 eine Arbeitsgemeinschaft ein; man vereinbarte die wechselseitige Unterstützung bei der Gründung neuer Ortsgruppen und faÙte sogar Bürogemeinschaften ins Auge. Hierbei wurden auch andere Fäden geknüpft. Denn an der Spitze des Zentralverbandes, der damals rund 300000 Mitglieder zählte – der Reichsbund 650000–750000 – stand der DVP-Reichstagsabgeordnete Otto Thiel, der zugleich dem Vorstand des DHV angehörte, einer der mitgliederstärksten Angestelltenorganisationen.<sup>34</sup> Eine sozialpolitische Arbeitsgemeinschaft schloÙ der Reichsbürgerrat auch mit dem Kyffhäuserbund, der Dachorganisation der Kriegerver-

eine.<sup>35</sup> Die Verbindungen zu den landwirtschaftlichen Verbänden sowie den bürgerlichen Beamtenorganisationen wurden verbessert,<sup>36</sup> neue geknüpft zum Bund deutscher Frauenvereine und zur Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Diejenigen zum Reichsbund Akademischer Berufsstände und zum Deutschen Offiziersbund bestanden weiter.<sup>37</sup> Nur die Kontakte zum Hansabund scheinen sich gelockert zu haben; dessen Direktor Köhler erscheint seit 1920 nicht mehr unter den Präsidiumsmitgliedern.<sup>38</sup> Darüber hinaus bemühte sich der Reichsbürgerrat um engere Beziehungen zu den nicht-sozialistischen Arbeiterorganisationen. An den Bundesversammlungen von 1920 und 1921 nahmen christliche Gewerkschaftsfunktionäre teil und sprachen sich für eine Zusammenarbeit aus.<sup>39</sup> Der Reichsbürgerrat hoffte, sie könne »für die weitere Entwicklung von außerordentlicher Bedeutung« werden. Sie beschränkte sich jedoch im wesentlichen auf Rheinland-Westfalen, den regionalen Schwerpunkt der christlichen Industriearbeitergewerkschaften.<sup>40</sup> Daß sie nicht weiter reichte, hing vielleicht damit zusammen, daß der Reichsbürgerrat ebenfalls Kontakt zu den wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen aufnahm, die sich von dem schweren Schlag, den ihnen die Novemberrevolution versetzt hatte, langsam erholten.<sup>41</sup> Die Gesamtmitgliederzahl aller Organisationen, die mit ihm verbunden waren oder ihm nahestanden, zählte nach Millionen. Aber sie bedeutete keine äquivalente politische Kraft. Denn die Basis gemeinsamer durchsetzungsfähiger Interessen war zu klein und zu weich. Der Reichsbürgerrat gewann daher keine Führungsrolle in diesem bunten Haufen und kaum Einfluß auf die Reichspolitik.

Nur einer seiner diversen politischen Arbeitsschwerpunkte eignete sich als Kristallisationskern einer breiten Sammlungsbewegung, nämlich der Kampf gegen den Versailler Vertrag. Denn dieser wurde von weitesten Kreisen des Bürgertums und sogar großen Teilen der Arbeiterschaft geführt oder wenigstens gebilligt. Ihn rückte der Reichsbürgerrat daher seit 1920 mehr und mehr in den Vordergrund seiner Aktivitäten. In über 4,5 Millionen Exemplaren verbreitete er eine Broschüre über die »Schuld-lüge« und die alliierten Reparations- und Abrüstungsforderungen,<sup>42</sup> zog propagandistisch gegen die Abtrennung Oberschlesiens zu Felde,<sup>43</sup> prangerte die »vichische Vergewaltigung« von Frauen und Mädchen durch farbige Angehörige der französischen Armee an,<sup>44</sup> setzte sich weiter für die Aufrechterhaltung der Verbindungen zu den Deutschen in den abgetretenen Gebieten ein und für die Pflege der Beziehungen zu den Bürgerräten in Österreich<sup>45</sup> und warb für die Wiedereinführung der alten Reichsflagge, um den Großmachtanspruch des Kaiserreichs nach außen und den Machtanspruch des Besitzbürgertums nach innen wenigstens symbolisch zu behaupten.<sup>46</sup> Zwar tummelten sich auf diesem Feld auch zahlreiche andere Organisationen; aber ihre Ziele deckten sich weitgehend; außerdem lebten

sie fast alle von Spendengeldern aus denselben Quellen. Hier lagen eine Koordinierung der Arbeit und eine organisatorische Zusammenfassung daher nahe. Sie erfolgte 1921 unter maßgeblicher Beteiligung des Reichsbürgerrats und mit gelindem Druck der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im Arbeitsausschuß Deutscher Verbände zur Schaffung einer Einheitsfront zur Bekämpfung der Schuldlüge. Loebell und der Pressechef des Reichsbürgerrats, Otto Kriegk, gehörten seinem Kuratorium an, S. Marx seinem Finanzausschuß. Er entwickelte sich schnell zu einer der größten und für das politische Denken nicht nur des Bürgertums einflußreichsten Propagandaorganisationen der Weimarer Republik.<sup>47</sup>

### *Lokale Bürgerräte*

Auch auf unterer Ebene blieben zahlreiche Bürgerräte noch längere Zeit bestehen und verfolgten das Ziel bürgerlicher Sammlungspolitik weiter. Insbesondere in kommunalpolitischen Fragen mit ihrer meist begrenzten Reichweite waren nach ihrer Überzeugung »nur zwei Parteien möglich« und »nur der prinzipielle Standpunkt ausschlaggebend«. <sup>48</sup> Bei vielen Kommunalwahlen bemühten sie sich daher wie schon 1919 um Blockbildungen der bürgerlichen Parteien. <sup>49</sup> Von der Aufstellung eigener Wahlprogramme sahen sie allerdings in der Regel ab; der »Kampf gegen alle Sozialisierungs- und Kommunalisierungsbestrebungen« sollte als gemeinsamer Nenner genügen. Angestrebt wurden reine Zweckbündnisse, um »eine ganz außerordentliche Zugkraft auf das wahlfaule Bürgertum aus[zu]üben«, nicht zuletzt auf randständige Gruppen wie Kleinhändler und Handwerker proletarischer Herkunft, und um nicht-sozialistische Mehrheiten zu verhindern oder zu brechen. <sup>50</sup> Obwohl es sich oft als schwierig und zeitraubend erwies, die Kandidatenwünsche der verschiedenen Parteien und meist zahlreichen wirtschaftlichen Interessenorganisationen untereinander auszubalancieren, wurden auf diese Weise besonders in Sachsen zahlreiche »rote« Rathäuser zurückerobert, so in Crimmitschau, Dresden, Plauen, Auerbach i. V. und Hohenstein-Ernstthal. <sup>51</sup> In Thüringen setzten sich bürgerliche Blockbildungen in Jena und Sangerhausen durch, in Hessen in Hanau. <sup>52</sup> Auch der Landesbürgerrat Brandenburg meldete »vielerorts gute Erfolge«. <sup>53</sup> Ebenfalls bei den mecklenburgischen Kommunalwahlen siegten an vielen Orten Bürgerblocks. In Berlin bekämpfte der Bürgerrat Oberbürgermeister Wermuth, einen parteilosen Liberalen, den er für die »Seele... bürgerfeindlicher Bestrebungen« hielt, und schrieb sich ein Verdienst daran zu, daß Wermuth im November 1920 zurücktrat. <sup>54</sup>

In manchen Städten bemühten sich die Bürgerräte um hohe bürgerliche

Wahlbeteiligung durch Schlepperdienste. Schon 1919 hatten sie hiermit begonnen; jetzt wurde das System vervollkommen.<sup>55</sup> So ermittelte in Chemnitz der Bürgerbund aus den Listen der Reichs- und Landtagswahlen sämtliche Nichtwähler, suchte sie – »natürlich nur Bürger« – am Wahltag persönlich auf, um sie zur Wahl einer bürgerlichen Partei zu überreden, und überreichte ihnen ein entsprechendes Flugblatt. In den Wahllokalen postierte er Vertrauensleute, die ständige Verbindung mit der Geschäftsstelle hielten und alle »Unregelmäßigkeiten« meldeten. 1600 Personen waren hierfür im Einsatz, rund 1000 ehrenamtlich, die restlichen gegen Bezahlung.<sup>56</sup>

Hier wie in anderen Industriestädten gelang es freilich auch mit solchen Mitteln nicht, den Vorsprung der sozialistischen Parteien einzuholen. Es sei »eine natürliche Folge des allgemeinen Wahlrechts«, daß diese Städte »durch die in ihr zusammengeballte Arbeiterschaft... vergewaltigt werden«, klagte der Reichsbürgerrat, ohne Illusionen darüber, daß, solange die Arbeiterschaft überwiegend sozialistisch wählte, hier »keine nennenswerten Erfolge« zu erzielen sein würden.<sup>57</sup> Auch andere Mißerfolge blieben nicht aus. Dem Bürgerbund Chemnitz gelang es nicht, eine bürgerliche Einheitsliste für die Kommunalwahl aufzustellen. Der Bezirksbürgerrat Leipzig-Land scheiterte mit seinen Bemühungen, in der Bezirksversammlung eine bürgerliche Einheitsfraktion zu bilden.<sup>58</sup> Auch die »mit aller Energie« betriebenen Bemühungen des Berliner Bürgerrats, zur Groß-Berliner Stadtverordnetenwahl 1921, die von bürgerlicher Seite gerichtlich erzwungen wurde, eine Einheitsfront der bürgerlichen Parteien zustande zu bringen, schlugen fehl.<sup>59</sup>

Um so mehr bemühten sich die Bürgerräte um einen »straff organisierten Zusammenhang« bürgerlicher Kommunalpolitiker auf regionaler Ebene, möglichst sogar »über das ganze Reich«,<sup>60</sup> nach dem Vorbild innerparteilicher Zusammenfassung, Information, Schulung und Beratung der Kommunalpolitiker, die die SPD schon vor 1914 vorgenommen hatte und USPD und KPD jetzt ebenfalls in Angriff nahmen.<sup>61</sup> In Sachsen wurde deshalb in zahlreichen Amtshauptmannschaften zwischen Landesbürgerrat und örtlichen Bürgerräten eine zusätzliche organisatorische Ebene in Gestalt von Bezirksbürgerräten eingezogen, manchmal sogar mit hauptamtlichen Geschäftsführern.<sup>62</sup> Sie sollten einen »festen Gürtel« um die Städte mit sozialistischen Mehrheiten legen,<sup>63</sup> dienten nebenbei auch der Zusammenfassung von Einzelmitgliedern aus kleinen Gemeinden, in denen keine Bürgerräte bestanden, und veranstalteten regelmäßige Gemeindevertreterkonferenzen, gelegentlich auch Zusammenkünfte mit Vertrauensleuten aus den einzelnen Kommunen.<sup>64</sup> Die Geschäftsführer der Bezirksbürgerräte wurden vom Landesbürgerrat zu regelmäßigen Besprechungen zusammengerufen. Ab 1921 gab er eine eigene Zeitschrift für bürgerliche Gemeinde-

vertreter heraus und richtete eine kommunalpolitische Auskunftsstelle ein.<sup>65</sup> Auf überregionaler Ebene übernahm der Reichsbürgerrat in gewissem Umfang gleiche Funktionen.

Inhaltlich galt das vorrangige kommunalpolitische Interesse der Bürgerräte weiterhin der Abwehr aller Bestrebungen zur Kommunalisierung von Wirtschaftsunternehmen,<sup>66</sup> außerdem Angriffen auf Personalentscheidungen sozialistischer Mehrheiten, vorzugsweise unter dem schon bekannten Stichwort »Ämterschacher«.<sup>67</sup> So organisierte der Bürgerbund Oranienburg eine Protestaktion aller bürgerlichen Parteien gegen die Bestätigung eines Unabhängigen als Beigeordneter und stellvertretender Bürgermeister,<sup>68</sup> der Bürgerausschuß Leipzig gegen die Ernennung eines Sozialisten zum Amtshauptmann.<sup>69</sup> Der Bürgerrat Berlin zog gegen die Bestellung des Unabhängigen Dr. Löwenstein zum Oberschulrat zu Felde.<sup>70</sup>

Besondere Aufmerksamkeit galt nach wie vor der Schulpolitik, vor allem hinsichtlich der Volksschulen, an denen in Industriegebieten die Zahl der Arbeiterkinder die der bürgerlichen übertraf und die Lehrer nicht selten sozialistisch eingestellt waren, während die Gymnasien soziale Domänen des Bürgertums blieben und ihre Lehrkräfte größtenteils konservativ eingestellt waren. Wiederholt wurden bürgerliche Eltern aufgefordert, für die Elternratswahlen an den Volksschulen eigene Listen aufzustellen und sich vollzählig an den Wahlen zu beteiligen;<sup>71</sup> der Bezirksbürgerrat Leipzig richtete sogar eine eigene Elternratszentrale ein.<sup>72</sup> Manche Bürgerräte machten jedoch die Erfahrung, »daß Arbeitereltern viel mehr Interesse und Eifer zeigen als bürgerliche Eltern, sei es aus Gleichgültigkeit, sei es aus dem falschen Gedanken, daß ihr Einfluß von vornherein aussichtslos sei«.<sup>73</sup> An einigen Orten unterstützten sie weiterhin die Volkshochschulen. Der Berliner Bürgerrat führte auch eigene Fortbildungsveranstaltungen durch. »In stärkster Weise« gingen die Bürgerräte weiter gegen den »Schundfilm« vor allem in Großstädten vor und bemühten sich auch um Ersatz durch »Besseres«, etwa durch biologische und geographische Dokumentarfilme.<sup>74</sup> Über den Erfolg – oder Mißerfolg – ihrer Aktionen hüllten sie sich indessen in Schweigen.

Daß sie sich der Pflege der Erinnerung an die glorreiche Vergangenheit des Bismarckreiches annahmen, etwa in Form von Reichsgründungsfeiern, und weiterhin der Agitation gegen den Versailler Vertrag, verstand sich von selbst;<sup>75</sup> gleichfalls ihr Einsatz für die Unterbringung entlassener Reichswehrangehöriger in Handel, Industrie und Gewerbe,<sup>76</sup> ihre weiterhin enge Zusammenarbeit mit der Technischen Nothilfe,<sup>77</sup> ihr Boykott von Feier- und Gedenktagen der Arbeiterschaft<sup>78</sup> und ihre Propaganda gegen den Zugang von Ausländern, namentlich aus Osteuropa.<sup>79</sup> Manche Bürgerräte nahmen sich auch der Jugend- und Wohlfahrtspflege an<sup>80</sup> sowie dem Breiten-sport – zur »Ertüchtigung der Jugend« nach dem Wegfall der allgemeinen

Wehrpflicht und zur Zusammenführung von Angehörigen aller Parteien und Volksschichten mit dem Hintergedanken, hierdurch für ihre eigenen Ziele zu werben.<sup>81</sup> Bemerkenswerter war, daß sie sich auch Politikbereichen und gesellschaftlichen Gruppen zuwandten, die von den bürgerlichen Parteien bisher wenig wahrgenommen worden waren – der Organisation von Hausfrauen und Rentnern, Wohnungsproblemen und Verkehrsangelegenheiten, Steuer- und Finanzfragen, mitunter auch schon Umweltproblemen,<sup>82</sup> bisweilen sogar den Kirchenvorstandswahlen.<sup>83</sup> »Der Bürgerbund muß«, mahnte der Reichsbürgerrat 1921, »gewissermaßen Auge und Ohr der bürgerlichen Welt bilden und überall hilfreich einspringen, wo es nottut.«<sup>84</sup> Gelegentlich begegnet in diesem Zusammenhang wie bei den bürgerlichen Parteien die Übernahme der Veranstaltungsform des politischen Festes, wie es SPD und Gewerkschaften vor allem in Gestalt der Maifeier entwickelt hatten. In Remscheid zum Beispiel fand 1921 ein »gewaltiges« Bürgerfest mit eindeutiger Spitze gegen die Sozialdemokratie statt.<sup>85</sup>

Alle diese Aktivitäten lassen sich als Versuche interpretieren, an den Alltagsbedürfnissen auch der kleinen Leute anzuknüpfen und gesellschaftliche Gruppen, die im politischen Meinungsbildungsprozeß bisher kaum zu Gehör gekommen waren, unauffällig zu beeinflussen, um die Voraussetzungen für eine politische Blockbildung unter bürgerlichem Vorzeichen zu verbessern. Zumindest konzeptionell liegt hierin eine Modernisierung gegenüber der bürgerlichen Honoratiorenpolitik der Vorkriegszeit. Sie enthält ein demokratisches Element insofern, als sie von der Erkenntnis ausging, daß das Bürgertum nach der Egalisierung des Wahlrechts auch um Gruppen zu werben genötigt war, die am Rande seines Spektrums standen. Dahinter verbarg sich jedoch, oft populistisch drapiert, ein konservativer Kern. Denn es ging den Bürgerräten nicht darum, den umworbenen Gruppen zur Artikulation ihrer Interessen zu verhelfen und ein inhaltlich neues Konzept bürgerlicher Politik zu entwerfen. Vielmehr waren sie ihnen wichtig nur als Hilfstruppen für einen negativ definierten Abwehrblock gegen die Linke, der nichts anderem dienen sollte als der Konservierung des gesellschaftlichen Status quo und einer Zurückdrängung des politischen Einflusses der Arbeiterschaft.

Es überrascht daher nicht, daß manche Bürgerräte bei ihrem Kampf gegen den »Kommunismus« und alles, was sie hierfür hielten, auch noch andere Methoden unterstützten. Eine davon war offene Gewalt. In Stettin belagerten ehemalige Angehörige der Zeitfreiwilligen, wahrscheinlich mit Unterstützung des Bürgerbundes, schon 1920 Versammlungslokale der Linksparteien und drangen in deren Veranstaltungen ein, um dort »vom Leder zu ziehen«, wie sie sich später rühmten,<sup>86</sup> praktizierten also gewalttätige Formen der Einschüchterung, die in großem Stil zehn Jahre später

aufkamen. Einzelne Bürgerräte scheinen auch die Bespitzelung der Arbeiterschaft in Zusammenarbeit mit örtlichen Polizeidienststellen fortgesetzt zu haben. Der Bürgerrat Wuppertal zum Beispiel stellte beim kommunistischen Märzaufruf 1921 der Polizei Geld und Hilfspersonal zur Verfügung, vorzugsweise unauffällige Patrouillen von Jugendlichen, und erhielt dafür nachrichtendienstliches Material. Anschließend machte er beim Arbeitgeberverband als Anerkennung für die Sicherheitspolizei eine größere Geldsumme flüssig.<sup>87</sup>

### *Regionale Sammlungspolitik*

Auf regionaler Ebene wurde das Ziel der bürgerlichen »Sammlung« ebenfalls weiter verfolgt. Parteipolitisch blieb es in weiter Ferne. Listenverbindungen oder gar bürgerliche Einheitslisten bei Landtagswahlen kamen nur selten zustande. Eins der wenigen Beispiele lieferte Braunschweig. Hier siegte der Landeswahlverband, ein Bündnis der bürgerlichen Parteien außer der DDP unter Führung des Bürgerbundes, schon im Mai 1920 mit weitem Abstand vor der DDP; die SPD verlor fast die Hälfte ihrer Mandate; dafür wurde die USPD ebenso stark wie der Landeswahlverband.<sup>88</sup>

Etwas erfolgreicher verliefen die Bemühungen mancher Bürgerräte, die bürgerlichen Parteien zur Konzentration des Wahlkampfes »gegen links« zu bewegen. Bei der bayerischen Landtagswahl 1920 erkannten alle Parteien die Grundzüge des Bürgerprogramms an, was praktisch freilich kaum Bedeutung hatte.<sup>89</sup> Bei der sächsischen Landtagswahl brachte der Bezirksbürgerrat Leipzig einen Nichtangriffspakt zustande.<sup>90</sup> Bei den Preußenwahlen 1921 gaben die bürgerlichen Parteien aufgrund eines Appells des Reichsbürgerrats, »eine rein sozialistische Regierung, eine Klassendiktatur zu verhindern«, in den letzten Wochen vor der Wahl eine gemeinsame Wahlkorrespondenz heraus.<sup>91</sup>

Im übrigen unterstützten die Bürgerräte die bürgerlichen Parteien bei Landtagswahlen ähnlich wie bei Kommunalwahlen. Zur Preußenwahl 1921 verteilte der Reichsbürgerrat an örtliche Bürgerräte und nahestehende Verbände insgesamt 250000 Plakate und 6000 Broschüren. Am Wahltag selbst leisteten viele Bürgerräte Schlepperdienste, um alle bürgerlichen Wähler an die Urne zu schaffen,<sup>92</sup> auch dies mit einem Seitenblick auf die Linksparteien, namentlich die USPD, deren »straffer Organisation« derartiges für ihre Anhänger zugetraut wurde. Bei der sächsischen Landtagswahl 1920 blieben die Bürgerräte freilich erheblich von ihrem Ziel entfernt; an vielen Orten lag die Wahlbeteiligung unter 70%. Um künftig besser gerüstet zu sein, trafen sie Vorkehrungen zur Kontrolle der Wahlbeteili-

gung, wie sie wenig später bei der Kommunalwahl in Chemnitz praktiziert wurden.<sup>93</sup>

Außerparlamentarische Blockbildungen unter Beteiligung der Bürgerräte gediehen vor allem in den Regionen, in denen sie sich schon im Vorjahr entwickelt hatten. In Bayern war bereits nach der Räterepublik im rechten bürgerlichen Spektrum ein ganzes Netzwerk politischer Vereine, Grüppchen und Sekten entstanden, in das sich auch die Bürgerräte einbauten.<sup>94</sup> 1920 kristallisierte sich der Bayerische Ordnungsbund als einflußreichste Dachorganisation heraus. Wie die Bürgerräte kämpfte er gegen »die Diktatur des Proletariats, gegen die marxistische Klassenherrschaft und Kleinmacherei, gegen Sozialisierung und Kommunalisierung, gegen allen Umsturz und Zerstörung, gegen Materialismus und sittliche Verflachung.«<sup>95</sup> Er umfaßte außer weiten Kreisen der besitzenden Schichten Professoren, Künstler, Beamte, Studenten und Freiberufler. Allmonatlich brachte er die meisten Vereinigungen der bayerischen Rechten zum Meinungsaustausch zusammen. Über diese Drehscheibe standen die Bürgerräte in engem Kontakt mit fast allen Organisationen, die hier einen Namen hatten, schon früh auch mit der NSDAP.<sup>96</sup>

Als »Damm gegen eventuelle rote Überflutung«<sup>97</sup> blieb ebenfalls in Pommern der antisozialistische Abwehrblock bestehen. Stettiner Bürgerbund und Pommerscher Landbund versicherten sich gegenseitig der »zwingenden Notwendigkeit des festen Zusammenschlusses aller vaterländisch gesinnten Deutschen für die Sicherung gegen den Bolschewismus.«<sup>98</sup> Als einige Wochen nach dem Kapp-Putsch ein Landarbeiterstreik ausbrach, schickte der Bürgerbund Streikbrecher aufs Land und machte sich die Forderungen des Landbundes zu eigen nach »unbedingt zuverlässigem Schutz der Arbeitswilligen«, Bewaffnung der städtischen Erntehelfer und Erklärung der Erntearbeiter zu Notstandsarbeiten, für welche die Technische Nothilfe angefordert werden konnte.<sup>99</sup> Beiden ging es darum, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern eine Niederlage beizubringen, ihre Kampfmöglichkeiten einzuschränken und ihre Organisationen dauerhaft zu schwächen, auf dem Lande womöglich sogar gänzlich zu zerschlagen. Ein Jahr später, als sich nach der Ermordung Erzbergers die sozialdemokratische Presse scharf gegen politische Umtriebe der Gutsbesitzer und öffentliche Auftritte politisch weit rechts stehender Weltkriegsgeneräle wandte und einige Veranstaltungen des Landbundes behördlich verboten wurden, forderten dieser und der Landesbürgerrat im Namen der »übergroßen Mehrheit der Wahlberechtigten in der Provinz Pommern« Maßnahmen gegen die »immer anmaßender und immer aufreizender« auftretende »Linkspresse« und erklärten, die pommersche Bevölkerung sei »fest entschlossen, ... jeden Terror, jede Herrschaft der Straße und jede Nebenregierung mit allen Mitteln zu bekämpfen.«<sup>100</sup>



Allerdings lassen sich die bayerischen und pommerschen Verhältnisse nicht verallgemeinern. Selbst in anderen ostelbischen Agrargebieten wie Ostpreußen und Schlesien entwickelten sich die Beziehungen zwischen Gutsbesitzern und organisierten Landarbeitern nicht derart feindselig wie in Pommern. Andere Ansätze antisozialistischer Blockbildung zeigten sich in Schleswig-Holstein. Hier schlossen sich die Organisationen von Einzelhandel, Handwerk und Gewerbe zusammen, zunächst in den einzelnen Orten, bald auch auf Provinzebene im Schleswig-Holsteinischen Wirtschaftsband der selbständigen Berufe, allem Anschein nach in enger Kooperation mit den Bürgerräten und zumindest sporadischem Kontakt mit den Bauernvereinen, die ihnen neben den Arbeiterorganisationen als Vorbild dienten; als treibende Kraft wirkte der Vorsitzende des Bürgerrats Rendsburg und des Landesbürgerrats Schleswig-Holstein.<sup>101</sup> Im Stadtstaat Hamburg dagegen hatten Versuche, Hunderte von Körperschaften zum korporativen Anschluß an den Bürgerbund zu bewegen, so geringen Erfolg, daß Aufforderungen zur Intensivierung der Sammlungspolitik Ende 1921 selbst von Vorstandsmitgliedern des Bürgerbundes für wenig aussichtsreich gehalten wurden, allerdings auch für überflüssig, weil die bestehenden Organisationen und ihre Querverbindungen als »hinreichend« empfunden wurden.<sup>102</sup>

Ähnlich mag es erst recht in kleineren Orten gewesen sein, in denen sich vielfach wieder politische und gesellschaftliche Verhältnisse breit machten, die sich nur wenig von den vorrevolutionären unterschieden. In industriearmen Gegenden Mitteldeutschlands herrschte nach Beobachtungen Tucholskys Ende 1920 wieder »der Bürger in seiner übelsten Gestalt. Da regiert der Offizier alten Stils. Da regiert der Beamte alten Stils. ... Da ist alles noch beim alten. ... Da wehen noch die schwarz-weiß-roten Fahnen im Wind, da herrscht im Grunde noch Wilhelm II. und, wenn er einen gehabt hätte, sein Geist. ... Da, in den kleinen Mittelstädten, ... steht der bürgerliche Ordnungsblock fest und treu zusammen«, und »jeder, der nicht konservativ ist«, wurde »als Bolschewist angepöbelt«. <sup>103</sup> Bürgerräte oder ähnliche Organisationen brauchte man hier nicht mehr.

## *Das Ende der Bürgerräte*

Der mitteldeutsche Aufstand vom Frühjahr 1921 belebte bürgerliche Ängste vor einem erneuten Umsturzversuch noch einmal,<sup>104</sup> folglich auch Vorkehrungen für Abwehrstreiks und Bemühungen um die Errichtung eines »festen Walles gegen die Anstürme der kommenden Krisen«. <sup>105</sup> Aber wegen der schnellen Niederschlagung des Aufstandes erreichten sie nicht

mehr ein solches Ausmaß wie zuvor. Danach war der linke Flügel der Arbeiterschaft so geschwächt, daß mit neuerlichen Generalstreiks und Putschversuchen so bald nicht mehr gerechnet werden mußte. Reichswehr und Polizei waren ersichtlich stark genug, die bürgerliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erfolgreich zu verteidigen. Die Bürgerräte wurden als Abwehrorganisationen überflüssig.

Unter den Mitgliedern verbreitete sich die Überzeugung, sie hätten »ihre Aufgabe erfüllt«. <sup>106</sup> Manche Bürgerräte gingen sang- und klanglos ein. Zwar machten auch noch einzelne Neugründungen von sich reden, so daß die Gesamtzahl bis 1922 einigermaßen konstant blieb. <sup>107</sup> Viele scheinen indessen zu leeren Organisationshülsen verdorrt zu sein, wie der wiederholten Ermahnung des Reichsbürgerrats zu entnehmen ist, ein Bürgerrat dürfe »nicht lediglich auf dem Papier« stehen »und die zahlreichen Vereine um einen neuen« vermehren, sondern müsse sich »wirklich Einfluß und Ansehen« verschaffen. <sup>108</sup> Symptomatisch für den inneren Zerfall der Bürgerräte ist auch, daß selbst ein so großer Bürgerbund wie der Hamburger im Sommer 1920 einige Vorstandsmitglieder aufforderte, entweder »mitzuarbeiten oder ihr Amt zur Verfügung zu stellen«. <sup>109</sup> Da trotzdem auch weiterhin nur wenige erschienen, beschloß er ein Jahr später, Mitglieder, die dreimal unentschuldig fernblieben, mit Geldbußen zu belegen, und ermächtigte den Vorstand, sie auszuschließen. <sup>110</sup> Ein Kandidat für den Posten des Vorsitzenden fand sich erst nach längerem Suchen und nur gegen ein Jahreshonorar von 10000 RM; trotzdem gab er das Amt bald wieder ab. <sup>111</sup> Ab 1921 ließ der Bürgerbund nur noch wenig von sich hören. Der Berliner Bürgerrat beklagte sich Ende 1921 über mangelnde Mitarbeit von Persönlichkeiten aus Handel und Industrie; seine ohnehin nur noch bescheidene finanzielle Unterstützung durch die Banken wurde gekürzt. <sup>112</sup>

Die Inflation gab der Bürgerratsbewegung schließlich den Rest. 1922/23 zerfiel sie bis auf wenige Überbleibsel. Auch der Reichsbürgerrat verstummte. Schon 1921 mußte er sein Publikationsorgan einstellen, das nie aus den roten Zahlen herausgekommen war. <sup>113</sup> Formell blieb er allerdings bestehen. »Es war klar«, schrieb Loebell rückblickend, »daß eine Organisation, die sich so bewährt hatte, ... erhalten bleiben mußte, als Sammelpunkt aller staatserhaltenden und bürgerlichen Kräfte im Kampf gegen Marxismus und Radikalismus«. Sie sollte sich jedoch »nicht im Kampf um die Tagesfragen aufreiben und zersplittern lassen«, sondern nur noch dann eingesetzt werden, »wenn es galt, große Aufgaben zu lösen«. <sup>114</sup>

V.

## Bilanz und Ausblick



## Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen der bürgerlichen Mobilisierung

### *Neue bürgerliche Organisations- und Aktionsformen im November 1918*

Die Untersuchung hat gezeigt, daß während des Umsturzes im November 1918 als Reaktion auf die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte allenthalben bürgerliche Organisationen entstanden – meist auf lokaler Ebene, sowohl für einzelne Berufsgruppen als auch gruppenübergreifende Bürgerräte. Ihr Auftreten widerlegt die Annahme, das Bürgertum habe sich in den Revolutionstagen überwiegend passiv verhalten oder sei gar in Lethargie und Apathie verfallen. Allerdings gilt dies im wesentlichen nur für die lokale Ebene, wo die politischen Handlungsmöglichkeiten oft weniger von der Revolution beeinträchtigt wurden und die unmittelbare Betroffenheit über die revolutionären Ereignisse zudem oft am größten war. Auf zentraler Ebene, wo politische Willensbildungs- und Entscheidungsinstitutionen wie die Parlamente ausfielen, vorübergehend kaum handlungsfähig waren wie die Parteiführungen oder größtenteils von Arbeitern und Soldaten übernommen wurden wie die Regierungsapparate, war die politische Aktivität des Bürgertums in den Revolutionswochen gering.

Der Bildung von Räten aller Art gingen ein schleuniger Ausbau von Interessenverbänden oder deren Neugründung parallel, oft unter Berufung auf das Vorbild der Arbeitergewerkschaften. Dieser Prozeß war bereits mit der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen und der Parlamentarisierung vom Oktober 1918 unabweisbar geworden. Denn schon die Egalisierung des Gewichts der Wählerstimmen bei Parlamentswahlen und die Bindung der Regierungen an das Vertrauen der Parlamentsmehrheiten

zwangen die bis dahin privilegierten Gruppen von Bürgertum und Agrariern, sich zur Durchsetzung ihrer Interessen weit intensiver als zuvor um den Aufbau von Massenorganisationen und um Einflußnahme auf die politischen Parteien zu bemühen. Der Umsturz machte die Notwendigkeit hierzu noch dringlicher, denn er erschütterte mit der Neubesetzung politischer und administrativer Schlüsselpositionen und der Unterbrechung informeller Einflußkanäle die Dominanz der bisherigen Eliten in noch viel stärkerem Maße. Die praktischen Resultate der Verbandsentwicklung fielen in den verschiedenen Gruppen des Bürgertums einstweilen unterschiedlich aus.

Die Ziele der bürgerlichen Räteorganisationen und gleichermaßen der Weiterentwicklung des Verbandswesens waren zunächst vornehmlich defensiver Art. Sie richteten sich primär darauf, ein Weitertreiben der Revolution zu verhindern, die privatwirtschaftliche Ordnung und das parlamentarische System zu bewahren und dem Bürgertum in der Umbruchphase politische Mitsprachemöglichkeiten zu schaffen und, falls nötig, Übergriffe der revolutionären Machthaber abzuwehren. Wie die Räte grundsätzlich zu Republik und Demokratie standen oder welche sonstigen Ziele sie verfolgten, war einstweilen unerheblich und blieb weitgehend unklar. Nur unter den Räten von Künstlern und Intellektuellen findet sich häufiger ein ausdrückliches Bekenntnis zur Revolution und den Möglichkeiten politischer Neugestaltung, außerdem das Motiv ökonomischer Interessenvertretung. Bei den Beamtenräten – funktional Äquivalente zu Belegschaftsvertretungen, wie sie Arbeiter und Angestellte schon während des Krieges durchgesetzt hatten – begegnet daneben von vornherein das Ziel der Mitbestimmung gegenüber Dienststellen und Behördenleitungen. Da Rätebildung und Verbandsentwicklung im wesentlichen denselben Motiven entsprangen, bestand zwischen bürgerlichen Räten und Verbänden nur selten ein Gegensatz, in der Regel vielmehr ein enges Kooperationsverhältnis.

Gleichzeitig wandte sich das Bürgertum öffentlichkeitswirksamen Formen politischer Werbung und kollektiven Aktionsformen zu, die ihm unter den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Kaiserreichs fremd geblieben und überwiegend von der Arbeiterschaft benutzt worden waren. Hierbei dominierten allerdings zunächst Unsicherheit und Angst gegenüber den neuen Machthabern, die Furcht, sich als ihre Gegner zu exponieren, und infolgedessen ein eher vorsichtiger Kurs der Anpassung und des Lavierens. Mit Massenversammlungen traten bürgerliche Gruppen in vielen Städten bereits im November und Dezember 1918 hervor, während Demonstrationen einstweilen noch vereinzelt blieben. Der Streikgedanke tauchte zuerst im städtischen Bürgertum sowie unter Beamten und Offizieren auf, erst später in der Landwirtschaft. In der Kern-

zeit der Revolution wurde er meist nur als Drohmittel benutzt, aber kaum in die Tat umgesetzt. Weniger Zurückhaltung herrschte auf propagandistischem Gebiet. Die Besetzung und Umdeutung zentraler Begriffe der sozialistischen Arbeiterbewegung durch bürgerliche Gruppen setzte unverzüglich nach dem Umsturz ein.

Der Einfluß der bürgerlichen Räteorganisationen auf das politische Geschehen der Revolutionswochen war auf lokaler Ebene größer als bisher wahrgenommen. An vielen Orten wurden sie von den Arbeiter- und Soldatenräten als Vertretungen des Bürgertums anerkannt oder zumindest toleriert. Oft erreichten sie eine Vertretung in den Arbeiter- und Soldatenräten selbst. In vielen Behörden und öffentlichen Unternehmen wehrten die Beamtenräte Ein- und Übergriffe der Arbeiter- und Soldatenräte ab und schützten den personellen Status quo. Manche Bürgerräte spielten darüber hinaus schon um die Jahreswende 1918/19 eine Schlüsselrolle bei der Aufstellung und dem Einsatz der Regierungstruppen und bei der Bewaffnung des Bürgertums. Bedeutsam waren die Räte darüber hinaus für die Behauptung oder Wiedergewinnung kollektiven Selbstbewußtseins und politischen Willens im Bürgertum während der Umbruchphase.

### *Die Ausgestaltung der neuen Organisations- und Aktionsformen*

Mit der Wahl der Nationalversammlung und der Landesparlamente ab Januar 1919 wurden bürgerliche Rätebildung als Pendants der revolutionären Gremien von Arbeitern und Soldaten obsolet. Hiermit übernahmen in mancher Hinsicht gegenüber der Vorkriegszeit zwar modifizierte, aber grundsätzlich bekannte Institutionen wieder die politische Macht, die Parteien wieder die politische Meinungsbildung. Die Arbeiter- und Soldatenräte starben schnell ab. Der Organisationsimpuls in Bürgertum und Landwirtschaft wirkte jedoch weiter. Denn die politischen Privilegien von Bürgertum und Adel blieben verloren, die Monarchie verschwunden, die Position der Arbeiterschaft gegenüber der Vorkriegszeit grundlegend verändert, und es sah einstweilen nicht so aus, als ob sich dies alles rückgängig machen ließe. Im Verbandswesen ging die Entwicklung zu Massenorganisationen deshalb weiter. Auch die bürgerlichen Räteorganisationen lösten sich nicht sogleich auf. Viele verschwanden zwar von der Bildfläche, aber nicht wenige bestanden weiter, manche entstanden sogar erst nach der Wahl zur Nationalversammlung oder wurden jetzt erst aktiv. Dabei änderte sich ihr Charakter: Die Bürgerräte wurden Träger örtlichen Widerstands gegen politische Streiks der Arbeiterschaft, vor allem in den Regio-

nen, in denen besonders heftig für die Sozialisierung gekämpft wurde. Die Disposition zum Einsatz kollektiver Mittel zur Interessenartikulation und -durchsetzung blieb in bürgerlichen Gruppen ebenfalls lebendig oder nahm gegenüber den Revolutionswochen sogar zu. In den Bürgerkriegsgebieten wurden neue Formen kollektiven Widerstands praktiziert, besonders der Bürgerstreik, zunächst mit weiterhin defensiven Zielen, im Frühjahr 1919 aber zunehmend durchsetzt mit Elementen von Aggressivität, Rache und Vergeltung – ein Symptom dafür, daß das politische Selbstbewußtsein des Bürgertums wieder erstarkte und gleichfalls sein Wille zur Gegenwehr, womöglich sogar zum Gegenschlag.

Nach dem Ende des Bürgerkriegs gingen wiederum manche Bürgerräte ein, während gleichzeitig noch wieder neue gegründet wurden. Die weiterbestehenden wandelten sich jetzt zu örtlichen Kristallisationskernen bürgerlicher Sammlungspolitik. Eine ihrer bevorzugten Aktivitäten wurde die Kritik und Diffamierung sozialdemokratischer Inhaber öffentlicher Ämter. An zahlreichen Orten brachten sie Blockbildungen gegen die Linke zustande. An ähnlichen Entwicklungen auf regionaler Ebene waren sie vor allem in Pommern und Bayern maßgeblich beteiligt. Viele lokale Bürgerräte wirkten auch maßgeblich mit an der Bewaffnung des Bürgertums, an Vorkehrungen zur Streikbekämpfung und zu kollektiven Kampfmaßnahmen, vor allem dem Bürgerstreik.

Ähnliche Versuche auf zentraler Ebene erzielten nur geringe Erfolge. Hier blieb die politische Zielsetzung der Bürgerräte dem alten Konzept antisozialistischer Sammlungspolitik verhaftet, überwiegend an die politische Vorstellungswelt der Vorkriegszeit gebunden und daher defensiv und im wörtlichen Sinne reaktionär. Geführt von Honoratioren, erwies sie sich als weitgehend unfähig, die alten ideologischen Begrenzungen zu überwinden, neue politische Horizonte zu erschließen und eine breite Integrationswirkung zu entfalten. Was an ihr neu war – innen- und sozialpolitisch der Kampf gegen alle Konzessionen an den Sozialisierungsgedanken, außenpolitisch der Kampf gegen den Versailler Vertrag und besonders die »Schuldlüge« –, wurde im wesentlichen von allen bürgerlichen Parteien und großen Verbänden vertreten, bot jedoch für eine dauerhafte Sammlungspolitik keine ausreichende Basis; die Gruppeninteressen waren zu unterschiedlich; die Industrie hielt sich auch mit Rücksicht auf ihr Abkommen mit den Gewerkschaften zurück.

Indessen setzte sich die Organisationsentwicklung nach dem Ende des Bürgerkrieges fort, denn die Voraussetzungen hierfür bestanden unverändert weiter. Die bürgerlichen Räteorganisationen auf beruflicher Grundlage wurden weitgehend überflüssig. Die meisten gingen ein. Die verbleibenden suchten Möglichkeiten zur Koexistenz mit den Interessenverbänden, wie etwa die Beamtenräte, oder gingen selbst in einem



Interessenverband auf wie die bayerischen Künstlerräte. Der Trend zu Massenaktionen hielt ebenfalls an, denn auch die Voraussetzungen hierfür blieben bestehen. Allerdings hatte es häufig mit Drohungen und öffentlichen Erörterungen wieder sein Bewenden. Die tatsächliche Durchführung solcher Aktionen nahm gegenüber dem Winter und Frühjahr 1919 ab. Ihr prinzipielles Verhältnis zu Entscheidungen von Regierung und Parlament blieb jedoch unklar und diffus, obwohl mittlerweile nicht mehr Arbeiter- und Soldatenräte die Macht ausübten, sondern Regierungen, die durch demokratisch gewählte Parlamente legitimiert waren.

Der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch vom März 1920 und das Wiederaufflackern der proletarischen Rätebewegung an der Ruhr, in einem kommunistischen Aufstandsversuch umgedeutet, lösten noch einmal eine Welle von Bürgerratsgründungen aus, ebenfalls einen neuen Impuls zum weiteren Ausbau und zur Vernetzung der Interessenorganisationen, zur Bewaffnung des Bürgertums und zur Aufstellung paramilitärischer Verbände, zugleich eine neue Welle von Drohungen mit kollektiven Kampfmitteln und konkreter Vorbereitungen hierfür bis hin zu Phantasien einer Art bürgerlich-agrarischen Generalstreiks zur Rache und Abrechnung mit den Siegern der Novemberrevolution – Formen bürgerlichen Klassenkampfes also nicht mehr nur in defensiver Absicht, sondern zur buchstäblich reaktionären Offensive und womöglich zum Umsturz des demokratischen Systems. Erst nach der Reichstagswahl vom Juni 1920, die der Weimarer Koalition eine vernichtende Niederlage brachte, die Regierungsmacht dem Bürgertum übergab und die Sozialdemokratie für Jahre aus ihr vertrieb, ebte diese Welle wieder ab. Viele lokale Bürgerräte blieben trotzdem noch eine Weile bestehen und entwickelten zum Teil im kommunalen Rahmen neue Formen bürgerlicher Sammlungspolitik.

### *Politisierung und Mobilisierung des Bürgertums*

Die Veränderungen von Organisations- und Aktionsformen des deutschen Bürgertums während der Novemberrevolution zeigen zunächst eine überraschende Fähigkeit zur schleunigen Anpassung an veränderte politische Rahmenbedingungen, bis hin zur Übernahme von Formen, die dem Bürgertum bis dahin weitgehend oder gänzlich unbekannt gewesen waren. Ähnliche Phänomene lassen sich allerdings bei den Verlierern politischer Umstürze häufig beobachten, bis in die Mode hinein. Die Hinwendung zu Massenorganisationen und -aktionen reflektiert ferner einen mächtigen Schub von Politisierung, politischer Mobilisierung und Aktivierung des

Bürgertums. Sie markiert zugleich einen wichtigen Schritt zu seiner politischen Selbständigkeit nach dem Ende seines Bündnisses mit dem Adel, das partiell auch eine Bevormundung bedeutet hatte, einen Schritt zur Emanzipation und Selbstorganisation also, freilich einen unvermeidlichen und aufgenötigten. Bezeichnend hierfür ist, daß der Impuls für viele organisatorische Zusammenschlüsse und kollektive Aktionen von der Basis kam und nicht von bestehenden Apparaten ausging. Ansätze in gleicher Richtung aus den Vorkriegsjahren und aus der Kriegszeit wurden hiermit vorangetrieben und beschleunigt. Nur im wirtschaftlichen Bereich jedoch konnten sie geradlinig fortgesetzt werden, im politischen Bereich, wo sie ohnehin schwächer entwickelt gewesen waren, kaum. Die militärische Niederlage, die grundlegende Verschiebung der politischen Machtverhältnisse sowie politische und soziale Brüche innerhalb des Bürgertums machten alte Konzepte wie Sammlungspolitik und Sozialimperialismus bis auf weiteres untauglich. Das Ende der Vaterlandspartei zeigte dies exemplarisch. Für die politische Orientierung des Bürgertums bedeutete die Revolution eine tiefe Zäsur, für seine politischen Organisationen und Aktionsformen in vieler Hinsicht einen Neubeginn.

Man kann diesen Neubeginn als Modernisierungsschub auffassen, nicht nur im Sinne einer schleunigen Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen, sondern auch als Schritt zu größeren Einheiten, größerer organisatorischer Rationalität und einem höheren Grad von Selbstorganisation. Einen Fortschritt zum Aufbau einer demokratisch verfaßten bürgerlichen Gesellschaft brachte dies alles jedoch nicht, eher das Gegenteil. Daß sich während des Umsturzes die Grundeinstellung zum Staat und seinen Repräsentanten häufig umkehrte, war aufgrund der vor 1914 im Bürgertum vorherrschenden politischen Orientierung nicht verwunderlich. Die revolutionären Machthaber wurden überwiegend als illegitim angesehen, als Usurpatoren oder Gewaltherrscher, bestenfalls als Statthalter bis zur Wahl einer Nationalversammlung auf demokratischer Grundlage, bei sozialdemokratischer Couleur als kleineres Übel gegenüber Unabhängigen oder gar Spartakisten. An die Stelle bisheriger Loyalitäten gegenüber staatlichen Institutionen und Amtsträgern traten daher Distanzierung, prinzipielle Ablehnung oder gar Feindschaft und oft zumindest latent die Bereitschaft, die neuen Machthaber, wenn nötig und möglich, mit allen verfügbaren Mitteln anzugreifen und zu bekämpfen. Hierin liegt ein Grund dafür, daß die Hinwendung zu neuen Organisations- und Aktionsformen oft mit der Neigung zu einer früher kaum bekannten Rücksichtslosigkeit und einem Element von Fundamentalopposition einherging.

Beides blieb jedoch lebendig, auch nachdem die demokratische Wahl der Nationalversammlung die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte

beendet hatte. Nur während der Kernzeit der Revolution war die parlamentarische Demokratie gegenüber der Räteherrschaft als das kleinere Übel und deshalb nach Lage der Dinge als erstrebenswert erschienen. Jetzt traten massive Vorbehalte gegenüber der neuen Staatsform in den Vordergrund. Bald erschien sie nur noch als ein System, in welchem allein Massen entschieden, in dem die Arbeiterschaft als besonders großer und immer noch wachsender Teil der Industriegesellschaft immer dominieren würde, Bürgertum – und Landwirtschaft – jedoch permanent zurückgesetzt und benachteiligt wären und zudem des früheren Schutzes durch den Staat beraubt. Für das Funktionieren einer Demokratie grundlegende Verhaltensnormen, insbesondere Gemeinwohlorientierung, Anerkennung der Existenzberechtigung konträrer Gruppeninteressen sowie die Bereitschaft, mit ihren Trägern Kompromisse zu schließen, Konflikte gewaltfrei zu lösen und hierfür Regeln zu vereinbaren und zu beachten, schwächten sich rasch ab oder kamen gar nicht erst auf. Vielmehr erschienen eigene Massenorganisationen mehr und mehr als Mittel zur kollektiven Selbsthilfe oder gar Notwehr, mit potentiell antiparlamentarischer Tendenz.

### *Die Arbeiterschaft als Vor- und Feindbild*

In diesem Zusammenhang wurden alte Feindstereotypen, insbesondere der Arbeiterschaft, wiederbelebt und weiterentwickelt. Dies läßt sich an der Übernahme zentraler Begriffe der sozialistischen Arbeiterschaft ableiten, aber auch daran, daß die Veränderungen der eigenen Organisations- und Aktionsformen des Bürgertums häufig nicht als notwendige Anpassung an das System der parlamentarischen Demokratie begründet, sondern aus denen der Arbeiterbewegung abgeleitet wurden, und zwar nicht nur in den Revolutionswochen, als dergleichen nahe lag, sondern auch noch lange später. Das Feindbild lieferte also auch ein widerwillig anerkanntes Vorbild. Zwar läßt sich dies zum Teil daraus erklären, daß das Bürgertum bei der Weiterentwicklung der eigenen Organisations- und Aktionsformen tatsächlich von der Arbeiterschaft lernte. Die Übernahme zentraler Begriffe und Argumentationsmuster der Sozialdemokratie kann auch als Tribut an die veränderten politischen Gegebenheiten verstanden werden, nämlich als Spielart öffentlicher politischer Auseinandersetzungen, semantisch überdies als Beispiel für den grassierenden Zynismus, der nicht zu Unrecht als ein Grundzug der Weimarer Republik herausgestellt worden ist.<sup>1</sup> Mit Sicherheit war auch im Bürgertum bekannt, daß nach dem traditionellen Verständnis der Arbeiterschaft Be-

griffe wie Streik und Gewerkschaft auf Aktionen bzw. Organisationen von Produktionsmittelbesitzern ebensowenig anwendbar waren wie der Begriff Bürger auf die Arbeiter. Daß die Wortschöpfung »Gewerkschaft der Unternehmer« insofern eine Absurdität und den Gipfel des Zynismus bedeutete, wußte zweifellos auch der Hansabund, der sie erfand. Doch ging es darum, Schlüsselbegriffe des politischen Gegners zu besetzen, um ihn sprachlos zu machen, zumindest die Fronten der innenpolitischen Auseinandersetzung zu verwirren und Teile der Arbeiterschaft ins bürgerliche Lager zu locken.

Gleichwohl verrät die geradezu obsessive Fixierung an die Arbeiterorganisationen auch eigene bürgerliche Wunschvorstellungen und die Herausbildung einer Art Lagermentalität. Die organisatorische Einheit, Disziplin, Durchsetzungskraft, der politische Einfluß organisierter Massen, die Geschlossenheit von Programm und Weltanschauung, die der sozialistischen Arbeiterschaft nachgesagt wurden,<sup>2</sup> verweisen darauf, wie das Bürgertum nach den Vorstellungen derer, die so träumten, hätte sein sollen. Das gleiche läßt sich den Bemühungen um ein bürgerliches Klassenbewußtsein und eine gemeinsame Ideologie entnehmen, die dem Marxismus an Integrations- und Überzeugungskraft gleichkommen sollte. Nach 1870 war die Entwicklung eines solchen Bewußtseins mit der Annäherung an den Adel steckengeblieben und gleichzeitig durch die erheblichen Interessenunterschiede und -gegensätze innerhalb des Bürgertums behindert worden. Die Rücksicht auf den Adel entfiel nach 1918. Trotzdem konnte der Versuch zur Herausbildung eines bürgerlichen Klassenbewußtseins auch jetzt nicht mehr weit führen. Denn die soziale Homogenität des Bürgertums, die es ohnehin kaum je gegeben hatte, schwand mit dem anhaltenden wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Wandel in noch weitere Ferne, insbesondere mit dem Aufschwung des Dienstleistungssektors und der Expansion des neuen Mittelstandes. Inhaltlich blieben die Bemühungen um ein gemeinsames bürgerliches Selbstverständnis daher eigentümlich leer. Über defensive und negative Bestimmungen – gegen die Arbeiterschaft, deren Machtansprüche und Organisationen, gegen sozialdemokratisch geführte Regierungen und Amtsträger, gegen den Versailler Vertrag, tendenziell gegen die Demokratie – kamen sie nicht hinaus. Eine übergreifende Zielsetzung, die den konkreten politischen Problemen angemessen gewesen wäre, wurde nicht gefunden. Der ganzen Suche hiernach haftet etwas Hilfloses und Anachronistisches an. Wie die eigentümliche Aufgeregtheit und Verstortheit, der Mangel an Gelassenheit und politischer Nüchternheit in vielen anderen Äußerungen ist sie aber bezeichnend für tiefe Verunsicherung, verbreitete Ängste, kollektives Schutzbedürfnis und mangelndes Selbstvertrauen im deutschen Bürgertum in der revolutionären Anfangsphase der Weimarer Republik.

Auf dieselben Verstörungen lassen Wahrnehmungsverzerrungen und kollektive Veränderungsprozesse schließen. Wahrnehmungsschwierigkeiten zeigen sich in jenem bereits skizzierten Zerrbild des demokratischen Systems wie in der Sicht der politischen Gegebenheiten nach der Wahl der Nationalversammlung. Daß die Arbeiterparteien selbst unmittelbar nach der Revolution weder im Reich noch in Preußen die Mehrheit hatten erringen können und im übrigen zwischen SPD und KPD eine einstweilen unüberbrückbare Kluft aufgebrochen war; daß die Weimarer Verfassung Grundrechte enthielt, über die sich keine Parlamentsmehrheit ohne weiteres hinwegsetzen konnte; daß das Prinzip des Rechtsstaats durch die Revolution nicht angetastet worden war – all dies wurde kaum oder gar nicht wahrgenommen, ebensowenig die bemerkenswerte Tatsache, daß sowohl die Verwaltung als auch die Justiz sich nach wie vor ganz überwiegend in bürgerlicher Hand befanden; daß namentlich SPD und freie Gewerkschaften nicht daran dachten, das parlamentarische System durch Massenaktionen zu konterkarieren oder zu sprengen, noch weniger. Für manche Formen kollektiver Aktionen, die es sich jetzt aneignete, hätte es sich nämlich auf eigene Traditionen berufen können. Massenversammlungen, Straßenumzüge, öffentliche Propaganda mit allen damals möglichen Mitteln, auch Bildung von Interessenorganisationen und selbstorganisierte kollektive Aktionen, sogar militärische, hatten immerhin die Geschichte der bürgerlichen Revolution von 1848 in Deutschland geprägt. Aber an sie wurde 1919 kaum erinnert. Verdrängt waren auch die Ursachen für den Zusammenbruch, der den politischen Veränderungen vom November 1918 vorausgegangen war, also auch die Frage nach dem politischen Verhalten des Bürgertums im Kaiserreich und seiner Mitverantwortung für dessen katastrophales Ende.

Wahrnehmungsverzerrungen in umgekehrter Richtung scheinen übrigens auch in der Arbeiterschaft wirksam gewesen zu sein. Sie quittierte die Adaptation ihrer Organisations- und Aktionsformen und sogar ihrer zentralen Begriffe mit Ratlosigkeit und Schweigen. Gewiß hätte sie sie schwerlich verhindern können. Es scheint jedoch, als hätten zumindest die Führungen von SPD und Gewerkschaften diesen Vorgang kaum recht wahrgenommen, daher auch kaum theoretisch reflektiert und strategisch beantwortet. Das Zerrbild der Arbeiterschaft, das im Bürgertum verbreitet war, deckte sich so wenig mit ihrem Selbstbild und ihrem eigenen Verständnis, daß sie es weitgehend ignorierten oder nicht ernst nahmen. Sie verstanden sich als Demokraten, nach dem Ende ständischer Privilegien 1918 allemal. Sie wünschten nichts sehnlicher als die Überwindung der sozialen Kluft, die die Arbeiterschaft vom Bürgertum trennte, warben um Anerkennung und Kooperation, wie sie es schon im Weltkrieg getan hatten, und dachten nicht entfernt an Diktatur, schon deshalb nicht, weil sie

genau wußten, daß sie das Bürgertum zur Weiterführung von Industrie und Verwaltung brauchten, an der das Wohlergehen gerade der Arbeiterschaft hing. Daher brachten sie kaum Verständnis auf für die aufgeregten Tiraden oder gar traumatischen Ängste vor den Arbeiterorganisationen, vor Sozialisierung, Diktatur und Bürgerkrieg. Sie hielten sie für Propaganda, kaum mehr. Daß diese Phänomene einen psychisch harten Kern besaßen, der das Verhalten großer Teile des Bürgertums beeinflusste und insofern durchaus real war, blieb ihnen weitgehend verborgen.

### *Politische Radikalisierung*

Auffällig an der Entwicklung und Propagierung bürgerlicher Massenorganisationen und -aktionen ist schließlich die rasche politische Radikalisierung, die mit ihnen einherging. Sie nahm in etwa dem Maße zu, in welchem die politische Macht der Arbeiterschaft wieder abnahm oder sich der räumliche Abstand zu ihren Hochburgen vergrößerte.<sup>3</sup> An den Aktionen und Aktionsvorbereitungen der Bürgerräte und der ihnen verbundenen Gruppen läßt sich ablesen, wie aus der neuen Bereitschaft zu kollektivem Handeln schon bald eine Tendenz zum Handeln auf eigene Faust hervorging, bis hin zu gleichsam anarchistischen Formen direkter Aktion. In den Auslassungen über bürgerliche und agrarische Streiks treten schließlich ungeheure Wut, abgrundtiefer Haß, völlige Rücksichtslosigkeit und schier blinde Aggressivität und Gewaltbereitschaft hervor. Die Verhaltensweisen, die »Bolschewiken« und »Spartakisten« nachgesagt wurden, reflektieren die gleichen psychischen Dispositionen. Diese Radikalisierung verweist außer auf die rasche Verstärkung und Verhärtung antidemokratischer und antiparlamentarischer Einstellungen auf eine tiefe Erschütterung humaner Tugenden und liberaler Prinzipien, die das Bürgertum sich einst zugute gehalten hatte, wie Toleranz und Gewaltfreiheit, politische Gelassenheit und Engagement für die Bewahrung und Erweiterung von Freiheitsrechten.

Diese Tendenzen scheinen übrigens auf unterer Ebene oft stärker gewesen zu sein als auf der oberen von Parteien und Parlamenten. Die Angst vor Verlust oder Beschädigung des Eigentums und vor persönlichen Angriffen, auch die Betroffenheit und Empörung über derartige Vorfälle, selbst weit entfernte und nur kolportierte, war offenbar größer, wo dergleichen unmittelbar erlebt wurde oder erfahren werden konnte, ebenfalls der Wille zur Gegenwehr oder gar zum Angriff gegen wirkliche oder vermeintliche innere Feinde. Für viele Bürger, namentlich Angehörige des selbständigen Mittelstandes, und viele Agrarier nahmen deshalb Berufsverbände und

Selbstschutzorganisationen, und zwar vor allem basisnahe, anscheinend einen höheren Rang ein als die Parteien. Denn sie kamen in erster Linie als Träger politischer Selbsthilfeaktionen in Frage und konnten verbal noch rücksichtsloser agieren, während die Parteien im Parlament in der Regel denn doch zu Kompromissen mit anderen Parteien gezwungen waren, wenn sie etwas bewirken wollten. Hierin könnte ein bisher wenig beachteter Grund für die Schwäche der bürgerlichen Parteien schon zu Beginn der Weimarer Republik liegen. Gleichfalls scheint die politische Radikalisierung in der Provinz oft stärker gewesen zu sein als in städtischen Zentren, zumal industriellen. Darin mag sich die alte Animosität zwischen Stadt und Land fortsetzen, die eine lange Geschichte hat und nach dem Umsturz dadurch verschärft wurde, daß namentlich die Hauptstädte nicht nur wirtschaftliche und administrative Schaltstellen darstellten wie eh und je, sondern als politische Machtzentren auch Bastionen der neuen Machthaber, von denen große Teile der Landbevölkerung wenig bis nichts wissen wollten. Auch daß in den Großstädten größere soziale und politische Toleranz gegenüber Andersdenkenden schon aufgrund der räumlichen Nähe unterschiedlichster Gruppen für deren Zusammenleben unumgänglich und daher stärker ausgeprägt war als in der Provinz, mag sich ausgewirkt haben. Vor allem aber veränderten sich Lebensbedingungen, gesellschaftliche Lage und politische Rolle von Besitz- und Bildungsbürgertum auf dem Lande langsamer als in Großstädten. Mit Industrie, Dienstleistungsunternehmen und öffentlicher Verwaltung expandierte hier besonders der neue Mittelstand, dessen soziales Selbstverständnis und politische Orientierung weniger einheitlich waren als diejenigen des alten. Hiermit wurden die Metropolen auch in größerem Maße als die Provinz Zentren der Angestelltenkultur, die mit der Ausbreitung der damals neuen Medien Rundfunk und Film aufkam.<sup>4</sup> Dies hat vermutlich die Mentalitäts- und Einstellungsunterschiede zwischen Stadt und Land weiter vergrößert.<sup>5</sup>

### *Bürgertum und Demokratie 1920*

Gewiß gelten die hier vorgelegten Befunde nicht pauschal und unterschiedslos für das politische Bewußtsein und Verhalten von Bürgertum und Landwirten in der Entstehungsphase der Weimarer Republik. Zum einen traten ihre einzelnen Elemente in verschiedenen Gruppen und zu verschiedenen Zeitpunkten in unterschiedlicher Zusammensetzung und Intensität auf. Zum anderen gab es auch Gruppen, in denen sie kaum oder gar nicht anzutreffen waren – Demokraten aus Überzeugung oder Vernunft, Bürgerliche, die auf Stärkung der Republik bedacht waren, auf Kooperation

und Interessenausgleich mit der Arbeiterschaft, außenpolitisch auf Verständigung mit den Siegermächten des Weltkrieges. Das Kräfteverhältnis und die Übergänge zwischen beiden Seiten können hier nicht mehr im einzelnen bestimmt werden. Vieles spricht jedoch dafür, daß die letztgenannte die schwächere war, jedenfalls wurde, je länger die Novemberrevolution zurücklag, desto mehr, und daß die in dieser Untersuchung erörterten Phänomene als symptomatisch für tiefgreifende Veränderungsprozesse im politischen Denken und Verhalten weiter Teile des deutschen Bürgertums in den Revolutionsjahren 1918/20 gelten können. Denn für Vorbehalte gegen die Demokratie als Staatsform und die Neigung, sie zu schwächen oder gar durch eine autoritäre Verfassung zu ersetzen, wie auch immer im einzelnen beschaffen, ebenfalls für das Widerstreben, die Arbeiterorganisationen als gleichberechtigte politische und sozialpolitische Kraft zu akzeptieren, erst recht für die Weigerung, einen vernünftigen Modus vivendi mit den Siegermächten zu suchen, finden sich schon in der Entstehungsphase der Republik auch andere Belege als die hier präsentierten zuhauf – in intellektuellen Debatten, in Politik und programmatischer Entwicklung der bürgerlichen Parteien rechts von der DDP wie der großen Wirtschaftsverbände, in der Entwicklung an den Universitäten, in vorherrschenden Zügen des politischen Verhaltens von Bürokratie und Justiz, auch in regionalen und lokalen Wahlergebnissen.

Trotz der Zäsur, die der Umsturz vom November 1918 für die politische Orientierung und Organisation von Bürgertum und Agrariern bedeutet hatte, kamen mit dem nachhaltigen Schub zu Massenorganisationen und -aktionen sowie der raschen politischen Radikalisierung auch ideologische Elemente wieder zum Tragen, die bereits in den Ansätzen bürgerlicher und agrarischer Massenorganisationen vor 1914 wirksam gewesen waren: Demokratiefeindschaft und dezidierter Antiliberalismus, Antisozialismus, radikaler Nationalismus und Konzepte einer formierten Gesellschaft, verbunden mit politischer Militanz und dem Willen zur Selbstorganisation und zu eigenständigem, wenn nicht sogar eigenmächtigem kollektivem Handeln, frei von Bevormundung und Gängelung durch die alten Eliten. Möglichkeiten für eine engere Vernetzung älterer und neuer Massenorganisationen und für neue Formen bürgerlich-agrarischer Sammlungspolitik waren hierin angelegt. Einen möglichen Ausweg aus den politischen und sozialen Konvulsionen der Revolution ahnte bereits 1919 der Wiener Psychoanalytiker Paul Federn, als er der durch die Beseitigung der Monarchen »vaterlos« gewordenen Gesellschaft die Ablösung der Demokratie durch die »Herrschaft eines Volksführers« prophezeite.<sup>6</sup>

Tatsächlich mußte die DDP, die einzige bürgerliche Partei, die 1919 mit einem klaren Bekenntnis zur demokratischen Republik angetreten und zu einer Reformpolitik zusammen mit der Sozialdemokratie bereit war, frei-



lich nur auf privatwirtschaftlicher Grundlage, und bei der Wahl zur Nationalversammlung die übrigen bürgerlichen Parteien überflügelt hatte, rasch erleben, daß viele Angehörige des Bürgertums, die damals bei ihr Zuflucht gesucht hatten »zum Schutze vor dem sozialistischen Gußregen«, sie wieder verließen und zu den Rechtsparteien überliefen, »je mehr der Gußregen sich als ein sanftes Rieseln erwies«. <sup>7</sup> Mobilisierung, Radikalisierung und Neigung zu kollektiven Aktionen blieben indessen virulent. Ende 1921 notierte Ernst Troeltsch über die im Bürgertum vorherrschenden Verhaltensdispositionen und seine Einstellung zur parlamentarischen Demokratie: »Es hat zur Waffe des politischen Streiks gegriffen und führt gegen das herrschende System einen Moralkrieg. ... Man will das System niederkämpfen um jeden Preis oder es doch so lächerlich machen, daß niemand aus dem Bürgertum es mehr wagt, sich an ihm zu beteiligen.« <sup>8</sup> Dieses Urteil mochte zugespitzt und einseitig sein – grundsätzlich falsch war es mitnichten.

Mit einem Wort: Umsturz und Einführung der politischen Demokratie 1918/19 beflügelten in Bürgertum und Landwirtschaft die Hinwendung zu modernen Formen der Massenorganisation und -aktion, zugleich aber auch die Ablehnung dieser Staatsform wie der industriellen Massengesellschaft, die Suche nach anderen Gesellschaftskonzepten und einer anderen politischen Verfassung, folglich eine Praxis der Massenorganisationen und einen Einsatz der neuen kollektiven Aktionsformen und sonstigen Mittel zur Massenbeeinflussung, die mehr auf eine Schwächung der Demokratie zielten als auf ihren Ausbau. Man kann dies als ein Kapitel in der Geschichte der Widersprüche der Moderne in Deutschland lesen. Für die Zukunft der Weimarer Republik war freilich entscheidend, ob und in welchem Zeitraum die Verletzungen der Novemberrevolution vernarben und Bürgertum wie Agrarier sich an das demokratische System gewöhnen würden, es akzeptierten und vielleicht sogar schätzen lernten. Trotz denkbar ungünstiger Voraussetzungen war dies nicht von vornherein ausgeschlossen. Die Organisationsformen, die Bürgertum und Agrarier zwischen Ende 1918 und Sommer 1920 aufgebaut, und die kollektiven Aktionsformen, die sie damals gelernt hatten, waren selbst politisch neutral. Sie ließen sich gleichermaßen für wie gegen die Demokratie, zur Ergänzung parlamentarischer Mittel wie gegen das parlamentarische System verwenden. Das Abebben der Welle bürgerlichen Klassenkampfes mit Massenaktionen und Androhungen bürgerlich-agrarischer Generalstreiks mit gegenrevolutionären Zielen nach der Reichstagswahl vom Sommer 1920 und das Ende der bürgerlichen Rätebewegung mochten als Anzeichen für eine politische Normalisierung unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie angesehen werden. Es konnte immerhin dazu kommen, daß sich auch die bürgerlichen und landwirtschaftlichen

Organisationen allmählich in ihren Rahmen einpaßten und ihn bei Massenaktionen respektierten, daß sich also ein hochentwickeltes Organisationswesen mit vielfältigen Formen der Massenmobilisierung innerhalb eines grundsätzlich akzeptierten demokratisch-parlamentarischen Systems herausbildete, wie es bereits damals in den USA der Fall war und später auch in anderen westlichen Industriegesellschaften üblich wurde.

## Bürgerliche und agrarische Massenorganisationen und Massenaktionen im weiteren Verlauf der Weimarer Republik

Im einzelnen kann die weitere Entwicklung von politischen Einstellungen, Organisationen und kollektiven Aktionsformen von Bürgertum und Landwirtschaft in der Weimarer Republik hier nicht mehr verfolgt werden; es soll nur noch einzelnen Nachwirkungen der Impulse, die die Novemberrevolution ausgelöst hatte, nachgegangen werden.

### *Organisationsentwicklung*

Besonders wirksam blieb der Organisationsimpuls. Der Zusammenschluß zu Interessenverbänden und deren Zusammenfassung zu Dachverbänden machte in den zwanziger Jahren weitere Fortschritte. In der Landwirtschaft baute der Reichslandbund seine Führungsposition konsequent aus. Mit fast 40 angeschlossenen Verbänden entwickelte er sich zur »umfassendsten korporativen und einheitlichen Berufsstandsvertretung des ›Landvolks‹ . . . , die es je in Deutschland gegeben hatte«. <sup>1</sup> Seine Mitgliederzahl stieg nach eigenen, vermutlich allerdings übertriebenen Angaben von rund 1 Million Ende 1921 auf 5,6 Millionen 1924. Von ihnen stellten freilich die Landbesitzer nur gut ein Drittel, den Rest – dank intensiver Werbung und der Vernetzung mit den entsprechenden Organisationen – verwandte Berufs- und Interessengruppen wie Pächter und Angestellte landwirtschaftlicher Betriebe, Landfrauen und Landwirtschaftslehrerinnen, Jungbauern und wirtschaftsfriedliche Landarbeiter. <sup>2</sup> Namentlich in den Landbünden blieb das Vorbild der Arbeiterorganisationen präsent, wenn sie die möglichst ge-

schlossene Organisation zum Ausdruck des »gemeinsamen Massenwillens« propagierten<sup>3</sup> und in den Fusionsverhandlungen mit dem Bund der Landwirte prononciert das Konzept der »Landvolkgewerkschaft« verfochten.<sup>4</sup>

In der Industrie festigte der Reichsverband der Deutschen Industrie seine von vornherein unangefochtene Führungsfunktion ebenfalls. Die Zahl der ihm – nicht immer ganz freiwillig – angeschlossenen Fachverbände stieg zwischen 1919 und 1930 von 1000 auf 1590; sie erfaßten 70–80 % aller deutschen Industriebetriebe. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, gleichfalls ein konkurrenzloser Spitzenverband, erhöhte schon zwischen 1919 und 1920 die Zahl der angeschlossenen Hauptverbände von 130 auf 200, diejenige der Unterverbände von 575 auf 1591 und die der erfaßten Arbeiter von 4 auf 8 Millionen; bis 1929 kletterte die Zahl der Unterverbände weiter auf 2829.<sup>5</sup> Von vornherein bestand eine enge, durch Personalunionen gewährleistete Zusammenarbeit zwischen beiden Spitzenverbänden; 1920 vereinbarten sie auch förmlich ein koordiniertes Vorgehen.<sup>6</sup> Auf regionaler Ebene wurde das Organisationswesen ebenfalls weiter ausgebaut.<sup>7</sup> Neben ökonomischen trieben politische Motive – Absicherung gegen die Gewerkschaften, gegen Staatseingriffe und Sozialisierungsgelüste – zugleich die Expansion von Konzernen, Kartellen und Interessengemeinschaften voran; sie erreichte Anfang der zwanziger Jahre vorher unbekannt Dimensionen.<sup>8</sup> Der Zentralausschuß der Unternehmerverbände freilich, der kurz nach dem Kapp-Putsch gebildet worden war und von dem sich führende Industrielle schon damals »nicht allzuviel« versprochen hatten,<sup>9</sup> gewann keine größere Bedeutung, zumal ein Generalangriff der Arbeiterschaft, dessen Erwartung bei seiner Gründung Pate gestanden hatte, ausblieb.

Im Großhandel schlossen sich 1927 der Zentralverband des deutschen Großhandels und der 1920 gegründete Reichsverband des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels zu einem Spitzenverband zusammen.<sup>10</sup> Im Einzelhandel baute die Hauptgemeinschaft ihre Führungsposition aus.<sup>11</sup> Im Handwerk steigerten namentlich die Handwerkerbünde ihre Mitgliederzahlen; in vielen Regionen scheinen sie 30–50 % aller Handwerker erfaßt zu haben, in einigen, wie in Westfalen-Lippe und Schlesien, sogar fast alle.<sup>12</sup>

Der Organisationsgrad der Beamten lag 1930 zwischen 70 und 80 % und damit etwas über demjenigen vor dem Krieg. Er war doppelt so hoch wie der der Arbeiter. Die meisten ihrer Verbände bekannten sich jetzt zum Gewerkschaftsgedanken in dem Sinne, daß sie sich als Vertretungen kollektiver wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verstanden und, wenn nötig, auch Konfliktstrategien gegenüber Reich, Ländern und Gemeinden einschlugen. Ein homogenes Arbeitnehmerbewußtsein verbreitete sich hiermit jedoch nicht. Vielmehr traten unterschiedliche gesellschaftliche

und politische Orientierungen und Statusunterschiede in etwa dem Maße wieder hervor, wie der zeitliche Abstand von der Revolution größer wurde. Damit nahm auch die organisatorische Differenzierung wieder zu. Nachdem wegen der Auseinandersetzungen über den Beamtenstreik gegen den Kapp-Putsch der Bund der höheren Beamten bereits Ende 1920 den Deutschen Beamtenbund verlassen hatte, tat sich Anfang 1922 ein Riß auch zwischen den gewerkschaftlich organisierten Beamten und dem Rest des Beamtenbundes auf, als sich dessen Führung gegen den Eisenbahnerstreik stellte, der kurz zuvor ausgebrochen war – der erste große Beamtenstreik in Deutschland mit wirtschaftlichen Zielen. Der gewerkschaftlich orientierte Flügel trat jetzt ebenfalls aus und gründete zusammen mit anderen Gruppen den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, der mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ein Kooperationsverhältnis einging. Er vertrat besonders die unteren und mittleren Beamten der Eisenbahn und Post. Verhandlungen über eine Wiedervereinigung von Deutschem Beamtenbund und Allgemeinem Deutschem Beamtenbund scheiterten. Dagegen schloß sich 1926 die christlich-nationale Richtung der Beamtenbewegung dem Deutschen Beamtenbund an, 1928 auch die kleine Gruppe der freiheitlich-nationalen Beamtenorganisationen. Er wurde damit zur stärksten Beamtenorganisation der Weimarer Republik, zumal der Allgemeine Deutsche Beamtenbund innerhalb weniger Jahre mehr als die Hälfte seiner Mitglieder verlor. 1926 umfaßte er von den rund 1,2 Millionen organisierten Beamten etwa 900000, also 75 %, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund dagegen mit knapp 170000 nur 14 %.<sup>13</sup> Auch die Organisationen der höheren Beamten differenzierten sich weiter. Im Frühjahr 1921 schlossen sich sozialdemokratische und demokratische Landräte zum Verein der republikanischen Landräte zusammen. Ihm folgte im Herbst desselben Jahres der Zusammenschluß ihrer konservativen Amtskollegen in Preußen.<sup>14</sup> Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich ein Jahr später unter den Richtern.<sup>15</sup> Numerisch und politisch blieb indessen die Strömung nach rechts stärker als diejenige nach links und wurde es im weiteren Verlauf der Republik noch mehr.<sup>16</sup>

Die Zahl organisierter Angestellter betrug 1920 wie 1930 knapp 1,5 Millionen. Da die Gesamtzahl der Angestellten, 1907 ca. 3,3 Millionen, bis 1925 auf 5,5 Millionen anstieg, am Ende der Republik jedoch auf nahezu 4 Millionen zurückging, schwankte ihr Organisationsgrad zwischen 27 und 37 %. Gleichzeitig entwickelten sich ihr gesellschaftliches Bewußtsein und ihre politische Orientierung anders weiter, als es 1918 ausgesehen hatte. Sie übernahmen zwar im größeren Umfang als die Beamten gewerkschaftliches Gedankengut, vor allem das Arbeitnehmerbewußtsein. Aber eine dauerhafte Annäherung von Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, gar eine Blockbildung, wie sie in Unternehmerkreisen befürchtet worden war, er-

gab sich nicht. »Ständische Absetzung gegenüber den »Massen« und hierarchische Ansprüche einerseits, klassengesellschaftliche Konflikthaltung gegenüber den Reichen und Mächtigen mit stark antihierarchischen, anti-traditionalen und antikapitalistischen Beiklängen andererseits« setzten sich durch und verschmolzen zu wechselnden und widersprüchlichen Mischungen.<sup>17</sup> Eine Spitzenorganisation entstand nicht; die verschiedenen Flügel marschierten getrennt. Der 1921 gegründete freigewerkschaftlich orientierte Allgemeine freie Angestelltenbund war zwar stärker als sein Pendant bei den Beamten, jedoch ging sein Anteil an den organisierten Angestellten zwischen 1920 und 1930 von 47 auf 33 % zurück. Die christlich-nationalen Verbände, deren Führer politisch durchweg weiter rechts standen als die der christlichen Arbeiterorganisationen, erhöhten im gleichen Zeitraum ihren Anteil von 32 auf 41 %. Die freiheitlich-nationalen Verbände bildeten das schwächste Glied, waren relativ aber um ein mehrfaches stärker als in der Arbeiterschaft und steigerten ihren Anteil zwischen 1920 und 1930 von 21 auf 27 %. Anders als am Ende des Weltkrieges stand die Mehrheit der Angestellten am Ende der Weimarer Republik politisch rechts von der Mitte.<sup>18</sup>

Geringere Organisationsfortschritte verzeichneten die freien Berufe. Die Interessenorganisation der Ärzte war bereits vor 1918 hoch entwickelt; sie bedurfte keiner grundlegenden Veränderungen, wurde aber ausgebaut und verbessert. Dabei gewann der Typus des hauptberuflichen Funktionärs an Bedeutung, den es in Gewerkschaften, Industrie- und Agrarverbänden schon lange gab.<sup>19</sup> Die Politisierung der Ärzteschaft hielt sich indessen und nahm gegen Ende der Weimarer Republik weitere organisatorische Formen an. Der Verein sozialistischer Ärzte weitete sich zu einem regional gegliederten Reichsverband mit schätzungsweise 1000 Mitgliedern aus. Zu seinem rechten Pendant entwickelte sich ab 1929 der Nationalsozialistische Ärztesbund. 1933 dürfte er mit 2000–3000 Mitgliedern zwar ebenfalls noch klein, aber relativ weit stärker gewesen sein.<sup>20</sup> Die Ingenieure verzichteten auf eine einheitliche Organisation und verteilten sich weiterhin auf eine Vielfalt von Verbänden. Der in den Revolutionswochen mit der Gründung des Reichsbundes Deutsche Technik unternommene Anlauf zu einer einheitlichen politischen Vertretung führte nicht weit, noch weniger Bestrebungen in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zur Einrichtung einer Reichskammer der Technik analog den öffentlich-rechtlichen Vertretungen der Ärzte und Anwälte.<sup>21</sup>

Unter den Künstlern dagegen festigte und verbreitete sich zunächst der Gewerkschaftsgedanke, so daß manche Organisationsansätze der Revolutionswochen weiterlebten und sogar neue hinzukamen. Die Künstlergewerkschaft Bayern ließ sich Ende 1919 ins Vereinsregister eintragen. Der Vorstand blieb weitgehend unverändert. Größere Erfolge erzielte sie je-

doch nicht; Mitte der zwanziger Jahre hörte sie faktisch zu existieren auf.<sup>22</sup> Ähnlich erging es dem Berliner »Arbeitsrat für Kunst«. Die angestrebte »einheitliche Basis... auf welcher sich ein gemeinsames Werk von Künstlern verschiedener Art, Malern, Bildhauern und Architekten, aufbauen kann«,<sup>23</sup> wurde allenfalls schemenhaft erkennbar; eine dauerhafte Zusammenarbeit trug sie nicht. Mitte 1921 löste der Arbeitsrat sich auf.<sup>24</sup>

Auf Reichsebene war eine solche Basis noch weniger zu finden. Der Wunsch nach einer einheitlichen Künstlerorganisation erfüllte sich daher nicht. Die einzelnen Sparten gingen wieder eigene Wege,<sup>25</sup> zum Teil mit Erfolgen für ihre Mitglieder. Die Rechtslage der Schauspieler verbesserte sich mit der Abschaffung der Dienstboten- und Gesindeordnungen. Ein Reichstheatergesetz ließ zwar weiter auf sich warten. Aber im Sommer 1919 schlossen die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger und der Bühnenverein einen Normaltarifvertrag, der die rückständigsten Bestimmungen der alten Verträge beseitigte.<sup>26</sup> Auch viele Orchestermusiker schlossen sich der Gewerkschaftsbewegung an. Der Allgemeine Deutsche Musikerverband und der Zentralverband der Zivilmusiker vereinigten sich 1919 im Deutschen Musikerverband, der sich dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund anschloß und bald 40000 Mitglieder zählte, dreimal so viele wie beide Verbände zusammen vor 1914. Die rechtliche Situation der Musiker blieb jedoch einstweilen unverändert, mit Ausnahme derjenigen, die öffentlich subventionierten Orchestern angehörten; sie avancierten zu Angestellten. Auch die Konkurrenz der Lehrlingskapellen war nicht beseitigt, sogar über diejenige der Militärmusiker hielten die Klagen an, trotz der drastischen Verminderung der deutschen Heeresstärke.<sup>27</sup>

Die bildenden Künstler gründeten gleichfalls einen Reichsverband, aber er gewann keine große Bedeutung. Auch die Schriftsteller bildeten neue Organisationen – zum Beispiel einen Verband für Filmautoren<sup>28</sup> – und schlossen ihre diversen Verbände in einem Kartell zusammen. Seither sprachen sie kampflustig von einer »lückenlosen Phalanx gegenüber den Behörden« und gaben sich entschlossen, »alle vorhandenen Mittel auf die Massenwirksamkeit einzustellen«. Indessen war ihnen bewußt, daß ein »Generalstreik aller Geistigen... einem Schlag ins kalte Wasser« gleichen würde.<sup>29</sup> Denn sie hatten es weit weniger mit Behörden als mit privaten Verlagen sehr verschiedener Größe und Ausrichtung zu tun. Die meisten arbeiteten nach wie vor allein, in einer Sonderform von Heimarbeit, und ihre Einkünfte hingen größtenteils vom Erfolg ihrer Werke auf dem literarischen Markt ab. Die wirtschaftliche und soziale Lage der einzelnen Autoren blieb daher höchst unterschiedlich.<sup>30</sup>

Immerhin verbesserten sich manche ihrer Arbeitsbedingungen. Die Revolution hatte nicht nur wichtige und lange fortwirkende Impulse für die weitere Entwicklung der Kunst selbst ausgelöst, sondern auch für ihre An-

wendungsbezüge, besonders im Industriedesign und in der Architektur. Sie hatte zudem die Zensur abgeschafft – freilich nicht den Staatsanwalt, der gelegentlich ihre Funktion übernahm<sup>31</sup> – und in manche Ministerien Referenten hineingebracht, die mehr von Kunst verstanden als ihre Vorgänger und sie im Rahmen des ihnen Möglichen zu fördern versuchten. Ein epochenmachendes Ergebnis war die Gründung des »Bauhauses« im April 1919. Vor allem aber gab es in der Nachkriegszeit einen Nachholbedarf an Kunstkonsum und Amusement. Außerdem entwickelten sich neue Medien. Erst der Film, bald auch der Rundfunk boten neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Hierin lagen einige Voraussetzungen für die ungewöhnliche kulturelle Blüte, die den zwanziger Jahren das trügerische Beiwort »die goldenen« eingebracht hat<sup>32</sup> – trügerisch nicht zuletzt deshalb, weil es im wesentlichen allein das Kulturleben Berlins zum Maßstab nimmt. Schon in München kehrte Anfang der zwanziger Jahre die Zensur in Formen »direkter Aktion« zurück, indem Nationalisten und Antisemiten, alte Kämpfer und junge Nationalsozialisten Vorstellungen, die ihnen politisch nicht genehm waren, grölend unterbrachen oder durch Handgreiflichkeiten zum Abbruch zwangen.<sup>33</sup> René Schickele, der im November 1918 den Umsturz mit hochfliegenden Erwartungen begrüßt hatte wie kaum ein anderer, mußte die Stadt im April 1920 als »lästiger Ausländer« Hals über Kopf verlassen.<sup>34</sup>

Im übrigen hinterließ die Revolutionserfahrung bei vielen Künstlern und Intellektuellen anscheinend eine deutlichere Selbstwahrnehmung als eigene gesellschaftliche Gruppe und eine stärkere Politisierung als vor 1918, jedoch keineswegs überwiegend für die Demokratie oder gar die Linke. Bereits im Sommer 1920 hatte das »Mitläufertum der Intellektuellen und der literarischen Bohème mit den Radikalen«, wie Troeltsch mit einem Anflug von Verachtung schrieb, »sehr abgenommen.«<sup>35</sup> Zwar finden sich unter den Fürsprechern der Republik auch weiterhin manche der – zumindest in der Wahrnehmung späterer Generationen – klangvollsten Namen: Heinrich und Thomas Mann, Bert Brecht, Kurt Tucholsky, Erwin Piscator, Jacob Wassermann, Alfred Döblin, Arno Holz, Leonhard Frank und Max Liebermann, um nur einige zu nennen. Doch ihr zeitgenössischer Einfluß, gemessen an Auflagenziffern, Verbreitung in den Medien, Resonanz im Bildungsbürgertum und Behandlung im Schulunterricht, war oft schwächer als ihr Nachruhm. Nicht von ungefähr hat Peter Gay seine Untersuchung über die Kunst und Kultur der Weimarer Zeit »Die Republik der Außenseiter« genannt.<sup>36</sup> Schriftsteller, deren Namen verblaßt oder gänzlich vergessen sind, führten bald die Bestsellerlisten an: außer Karl May und Hedwig Courts-Mahler Hans Grimm und Walter Flex, Werner Beumelburg und Clara Viebig, Gustav Frenssen und Hermann Löns.<sup>37</sup> Auch Kriegerromane und -erinnerungen, Schlachtenbeschreibungen, Regimentsgeschichten und andere kriegsverherrlichende Werke von Autoren, deren



Namen sich selbst den Zeitgenossen nicht einprägten, fanden reißenden Absatz.<sup>38</sup> Bereits im Frühjahr 1919 machte allein die Ankündigung der Memoiren Ludendorffs die Menschen »schier verrückt«; die Vorausbestellungen im Buchhandel türmten sich, »als wenn ein neues Evangelium verkündet würde«.<sup>39</sup> Fast alle diese Autoren waren der Rechten zuzurechnen, wenn auch in unterschiedlichem Sinne. Viele verfügten über weit bessere Verbindungen zum politischen und wirtschaftlichen Establishment als diejenigen, die sich zur Republik oder gar zum Sozialismus bekauften, von der KPD ganz zu schweigen. Daher standen ihnen ebenfalls die Spalten der auflagenstärksten Blätter der Rechten offen wie die der Scherl- und Hugenbergpresse. Die von Carl von Ossietzky herausgegebene »Weltbühne«, in der Siegfried Jacobsohn, Walter Benjamin und Kurt Tucholsky schrieben, erlangte zwar ungleich höheres Ansehen; gelesen aber wurde sie bei einer Auflagenhöhe von maximal 15 000<sup>40</sup> nur von einer kleinen intellektuellen Minderheit – und besonders aufmerksam von ihren Gegnern und dem Staatsanwalt. Tucholsky brachte die Unterschiede in der kulturellen Orientierung zwischen Metropole und Provinz bereits 1919 auf die knappe Formel: »In Berlin liest man Toller, in Göttingen Dietrich Schäfer.«<sup>41</sup> Sie war nur insofern nicht ganz zutreffend, als der alldeutsch-reaktionäre Historiker Schäfer auch in Berlin, wo er an der Universität lehrte, zahlreiche Leser gehabt haben dürfte, nicht allein unter den Studenten.

Nur unter den Soldaten wurde die Organisationsentwicklung, die sich nach dem Kapp-Putsch beschleunigt hatte,<sup>42</sup> bald gebremst. Das Wehrgesetz vom März 1921 verbot ihnen jede politische Betätigung, die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Veranstaltungen.<sup>43</sup> Im Mai 1921 wurden auch die Zusammenschlüsse innerhalb der Reichswehr verboten, im Juli die Zugehörigkeit aktiver Soldaten zu den Offiziersbünden<sup>44</sup> – wegen der Verquickung von wirtschaftlichen und Standesinteressen mit politischen und der Entwicklung der Organisationen zu »Gewerkschaften, mit denen sich ihre Mitglieder mit der Zeit stärker verbunden fühlen als mit ihren Vorgesetzten« und die in politischen Krisen »der Armee die Führung aus der Hand« zu nehmen drohten, wie Seeckt im Oktober 1920 schrieb. Als Beispiel führte er aber nicht etwa das Treiben des Nationalverbandes und anderer rechtsgerichteter Offiziersvereinigungen an, sondern das Verhalten des Republikanischen Führerbundes beim Kapp-Putsch.<sup>45</sup> Mitte 1921 jedoch war die Reichswehr längst zu einer »monarchistischen Insel« geworden;<sup>46</sup> politische Agitation in diesem Sinne war in ihren Reihen nicht mehr nötig; in demokratischer und republikanischer Hinsicht wurde sie jetzt vollends unmöglich gemacht. Zwar blieb den Soldaten die Zugehörigkeit zu nichtpolitischen Vereinen gestattet, konnte aber »aus Gründen der militärischen Zucht und Ordnung« ebenfalls untersagt werden.<sup>47</sup>

Das Rekrutierungsfeld der Offiziers- und Soldatenorganisationen beschränkte sich seitdem auf ehemalige Armeeingehörige – einschließlich ihrer Frauen, auf deren Organisation vornehmlich aus politischen Gründen nach wie vor besonderer Wert gelegt wurde; alle großen Soldatenverbände unterhielten daher eigene Frauenabteilungen.<sup>48</sup> Während ihre Bedeutung innerhalb der Reichswehr schwand, nahm ihre Mitgliederzahl mit dem Abbau der Heeresstärke weiter zu. Der größte, der Deutsche Offiziersbund, brachte es auf rund 100000 Mitglieder, der Reichsoffiziersbund auf 8000–10000, davon rund ein Viertel Frauen,<sup>49</sup> der Nationalverband deutscher Offiziere auf rund 10000.<sup>50</sup> Der sozialdemokratisch orientierte Reichswirtschaftsverband zählte – nach einer wahrscheinlich überhöhten Angabe – 1922 40000–50000 Mitglieder, trat politisch aber kaum noch in Erscheinung; der Republikanische Führerbund löste sich auf.<sup>51</sup> Die übrigen Verbände fuhrten fort, Ortsgruppen zu gründen und ihr Organisationsnetz dichter zu knüpfen. Ihre politische Orientierung verschob sich noch weiter nach rechts, ihre politische Aktivität nahm zu. Der nach eigenen Angaben ganz »unpolitische« Deutsche Offiziersbund entwickelte sich mit der Übernahme des Vorsitzes durch den ehemaligen General von Hutier zu einem »scharfen Kampfbund« der DNVP.<sup>52</sup> Er trat »mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung und Wiederentdeckung der alten Soldatentugenden« und für die Pflege der »Pflichten und Überlieferungen des Offiziersstandes« ein, bekämpfte »Vaterlandslosigkeit, undeutsches Wesen, politische Lauheit, ... Kriegsschuldflüge, Knechtessinn, Unterwürfigkeit« und harnte der »Befreiungstunde«.<sup>53</sup> Der Nationalverband, seit Oktober 1919 von Graf Waldersee geführt, vertrat offen die Wiederherstellung der Monarchie unter Führung der Hohenzollern;<sup>54</sup> in seiner Münchener Ortsgruppe war Hitler schon 1922 »der« Mann.<sup>55</sup> Mitglieder des Verbandes nationalgesinnter Soldaten waren in den Rathenaumord 1922 verwickelt;<sup>56</sup> andere fanden schon früh zum Nationalsozialismus, zum Beispiel der Landshuter Verbandsvorsitzende Gregor Straßer.<sup>57</sup> Enge Beziehungen verbanden die Offiziersverbände mit den Nachfolgeorganisationen von Freikorps, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligeneinheiten sowie den Traditionsverbänden,<sup>58</sup> die ebenfalls weiter expandierten, bis fast jedes Regiment der alten bundesstaatlichen Armeen seinen Traditionsverein besaß.<sup>59</sup> 1922 bildeten die großen Offiziersverbände eine Arbeitsgemeinschaft mit Hindenburg als Schirmherrn. Der Deutsche Offiziersbund und der Nationalverband schlossen ein Presseabkommen, um ihre Meinungsverschiedenheiten und Mißhelligkeiten wenigstens der Öffentlichkeit zu entziehen.<sup>60</sup> Daneben bestanden auch die Kriegervereine weiter; allerdings ging ihr gesellschaftlicher und politischer Einfluß gegenüber der Vorkriegszeit zurück. Ebenfalls 1922 erneuerten sie ihre Organisationsstruktur mit der Fusion des 1873 gegründeten Deutschen Kriegerbundes und des 1896 entstandenen

Kyffhäuserbundes zum Deutschen Reichskriegerbund »Kyffhäuser« mit rund 35 000 angeschlossenen Vereinen und 2,5 bis 3 Millionen Mitgliedern.<sup>61</sup>

Die sozialen Rekrutierungsfelder dieser Organisationen überlappten sich, ihre Grenzen waren fließend, die Mitglieder fluktuierten. Trotz häufiger Eifersüchteleien und Konkurrenzkämpfe bildeten sie eine Art Netzwerk mit grundsätzlich gleichen politischen Zielen. In seinen Schlüsselpositionen saßen überall ehemalige Offiziere, oft mit guten Kontakten zur Reichswehr, die auch ihrerseits, ungeachtet des Wehrgesetzes, enge Beziehungen zu diesen Organisationen unterhielt<sup>62</sup> und auch öffentlich zur Schau trug, etwa bei jährlichen Traditionsfesten, die oft die größten Säle füllten.<sup>63</sup>

Eine gewisse Koordinationsfunktion übernahmen Anfang 1923 zunächst die Vereinigten Vaterländischen Verbände.<sup>64</sup> Später entwickelte sich der »Stahlhelm« zur großen Sammlungsorganisation. Mit einer Ideologie der Überparteilichkeit, militärähnlichen Auftrittformen und sozialen Aktivitäten wie Wohnungsbau, Einrichtung von Volksküchen und Kindergärten, gelegentlich auch Arbeitsbeschaffung, zog er sowohl ehemalige Soldaten, Freikorpskämpfer und Angehörige von Selbstschutzverbänden als auch Jugendliche und Studenten an; mit Propagandaformen und »Wahldiensten«, wie sie die Bürgerräte entwickelt hatten, war er auch politisch aktiv. Von 1919 bis 1930 steigerte er seine Mitgliederzahl von 2000 auf 250 000, bis 1933 weiter auf 750 000.<sup>65</sup>

Zusammengenommen stellten die Soldatenorganisationen mit ihren nach Hunderttausenden zählenden Mitgliedern und guten Verbindungen auch zu den Parteien und anderen Verbänden der Rechten sowie zur Machtelite in Staatsverwaltung, Ministerien und Privatwirtschaft einen kaum zu überschätzenden Machtfaktor dar.<sup>66</sup>

Die Sozialdemokratie, unterstützt von kleinen Gruppen des Zentrums und der Demokraten, reagierte erst 1924 mit dem Aufbau einer eigenen Kriegsteilnehmerorganisation, dem Reichsbanner. Es gewann bis 1930 ca. eine Million Mitglieder und stand damit den anderen Organisationen kaum nach. Mit Versammlungen und Umzügen, einer geschickten Symbolik, Fahnen und Musik hat es gewiß dazu beigetragen, das Selbstbewußtsein der sozialistischen Arbeiterschaft zu heben.<sup>67</sup> Aber es vermochte den anderen Organisationen der Rechten weder viele Mitglieder abzuwerben noch etwas daran zu ändern, daß die Reichswehr längst zu einer Bastion derer geworden war, die der Republik kritisch oder gar ablehnend gegenüberstanden.<sup>68</sup>

Gleichfalls viele organisatorische Querverbindungen, die im Kampf gegen die Revolution 1918/19 geknüpft worden waren, blieben, wenn auch oft in veränderter Form, bestehen, innerhalb der einzelnen Wirtschafts-

und Interessengruppen und zwischen ihnen, so zwischen Industrie und Landwirtschaft,<sup>69</sup> zwischen den großen Interessenorganisationen und den bürgerlichen Parteien, oft auch zu staatlichen und halbstaatlichen Institutionen sowie zur Reichswehr.<sup>70</sup> Besonders eng gestalteten sich die Verbindungen anscheinend weiterhin in vielen Fällen auf der unteren Ebene. Wo sich 1919/20 eine intensive Zusammenarbeit herausgebildet hatte, blieb sie oft bestehen und verstärkte sich womöglich noch; nur die organisatorischen Formen wandelten sich. An vielen Orten hielten sich enge Beziehungen zwischen industriellen Organisationen und der Technischen Nothilfe, auf dem Lande zwischen landwirtschaftlichen Verbänden und den Nachfolgeorganisationen der Freikorps und Einwohnerwehren.<sup>71</sup> In Pommern ging der Bund der Heimatfreunde, ein Zusammenschluß ehemaliger Angehöriger der Zeitfreiwilligenverbände, mit anderen Organisationen der Rechten, darunter vermutlich der Bürgerbund Stettin, eine Nationale Arbeitsgemeinschaft ein, die bereits 1925 den Anschluß an die NSDAP fand.<sup>72</sup> Auch andernorts taten sich die Bürgerräte bei ihrer Auflösung mit anderen Organisationen mit verwandter Zielsetzung zusammen. So ging der Bürgerrat Stuttgart mit seinen rund 100 angeschlossenen Verbänden 1922 im »Schwaberbund« auf, »einer Art Ordnungsbund«<sup>73</sup> mit dem Ziel, »das Bürgertum auf möglichst breitem Bunde zu sammeln.«<sup>74</sup>

Im übrigen organisierten sich in weit stärkerem Maße als vor 1918 auch Gruppen, die keine ökonomischen oder sozialen Interessen verfolgten – Sportler und Autofahrer, Lebensreformer und andere weltanschaulich geprägte Gruppierungen sowie große Teile der Jugend.<sup>75</sup> Die weitgehende Durchorganisation der Gesellschaft in Interessenverbänden und deren Zusammenfassung zu mächtigen Dachorganisationen haben jene oft bemerkte »Versäulung« der Weimarer Republik nach sich gezogen und in Verbindung mit Ansätzen zu öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsvertretungen, etwa dem Reichswirtschaftsrat, dazu beigetragen, daß der Weimarer Staat stark korporatistische Züge annahm.<sup>76</sup>

### *Massenaktionen*

Mit der Weiterentwicklung des Organisationswesens kam auch die Verwendung kollektiver Aktionsformen weiter voran. Massenversammlungen und Demonstrationen gingen ebenso dauerhaft in die politische Praxis des Bürgertums ein wie die Mittel der Massenwerbung. Seit Mitte der zwanziger Jahre erschlossen neue technische Mittel – Lautsprecher, Radio und Film, auch das Auto – ihnen vorher unbekannte Möglichkeiten und Dimensionen, von denen die Arbeiterschaft vor der Revolution nicht einmal

hatte träumen können. Das Vorbild der Arbeiterorganisationen trat dann auch mehr und mehr zurück. Manchmal wurde es noch beschworen. Aber im wesentlichen forderte das demokratische System seinen Tribut. Diese Mittel wurden also sozusagen demokratisiert – was freilich nicht ohne weiteres bedeutete, daß ihre Träger auch das demokratische System selbst mittlerweile grundsätzlich akzeptierten.

Massenversammlungen scheinen unter den bürgerlichen Parteien besonders häufig die rechtsgerichteten abgehalten zu haben.<sup>77</sup> Aber auch die übrigen bedienten sich dieses Mittels. Die riesige Arena des Berliner Sportpalastes wurde zum ersten Mal von der DDP für eine politische Kundgebung mit rund 20000 Teilnehmern genutzt, im November 1924 noch vor der Installierung einer Lautsprecheranlage.<sup>78</sup> Ebenfalls bei den großen Interessenorganisationen kamen Massenversammlungen und Demonstrationen mehr und mehr in Übung, von den Landwirten über den Einzelhandel bis zu Beamten und sogar Offizieren.<sup>79</sup> Der Nationalverband deutscher Offiziere und der Verband nationalgesinnter Soldaten hielten im August 1921 im Berliner Stadion einen »Frontkämpfertag« mit Ludendorff als Hauptredner ab, wie ihn dem damaligen Vorsitzenden des Nationalverbandes Graf Waldersee zufolge »Berlin seitdem nicht wieder gesehen hat«. <sup>80</sup> Zur Verstärkung der öffentlichen Wirkung solcher Veranstaltungen begannen sich manche Verbände allmählich des Rundfunks zu bedienen. So wurde die erste Massenkundgebung des deutschen Einzelhandels vom August 1926 in Düsseldorf von Stationen in Münster, Elberfeld und Dortmund übertragen.<sup>81</sup>

Demonstrationen wurden in Anknüpfung an militärische Traditionen vor allem von den Nachfolgeorganisationen der Freikorps und Einwohnerwehren abgehalten und an die paramilitärischen Verbände weitergegeben, die ihnen folgten. Erste Höhepunkte erlebten sie 1923 während des Ruhrkampfes mit Riesenkundgebungen für die »Erneuerung und Befreiung Deutschlands« und 1924 mit »Deutschen Tagen«, veranstaltet von den sogenannten vaterländischen Verbänden, unter anderem in Halle, Kassel, Marburg und Breslau.<sup>82</sup> Namentlich der »Stahlhelm« entwickelte die Demonstration zu einem Kult uniformierter Massenaufmärsche weiter, mit denen er die »Gleichberechtigung auf der Straße« mit der Arbeiterschaft und namentlich den Kommunisten suchte.<sup>83</sup> Bei sogenannten »Reichsfrontsoldatentagen« formierte er 1924 20000, 1925 50000, 1926 100000 und ab 1927 jährlich sogar über 130000 Teilnehmer zu riesigen Marschkolonnen.<sup>84</sup> Sein Führungszirkel dachte auch an einen Einsatz dieses Mittels zu politischen Zwecken dergestalt, »daß in einer großen Lebensfrage... Tausende von Ortsgruppen an demselben Tage, zur selben Stunde in den Straßen demonstrieren, daß man von unten herauf die Regierung zu irgend etwas zwingt«. <sup>85</sup> Die Kriegervereine veranstalteten ebenfalls ab Mitte der

zwanziger Jahre als Kontrapunkt zur »pazifistischen und internationalen Propaganda der Systemparteien und -verbände« jährlich Massenaufzüge mit bis zu 100000 Teilnehmern, vorzugsweise gegen den Versailler Vertrag und die »Kriegsschuldlüge«. <sup>86</sup> Aber auch zivile bürgerliche Organisationen und Interessengruppen gewöhnten sich rasch an dieses Mittel, wie die Bauern, Angestellten und Beamten, und das selbst in kleinen Orten. <sup>87</sup>

Zur dauernden und noch weiterreichenden Massenbeeinflussung bauten Parteien und Verbände ihre Öffentlichkeitsarbeit aus und professionalisierten sie. <sup>88</sup> Die großen Kapitalgruppen, vor allem die Industrie, bemächtigten sich in vorher nicht gekanntem Umfang der Presse, bald auch des Films und, soweit möglich, des Rundfunks. Das wichtigste und bekannteste Beispiel hierfür lieferte der Aufbau des Hugenbergkonzerns mit Geldern der Schwerindustrie. <sup>89</sup> Besonders die Printmedien – Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate – wurden in Aufmachung und Semantik mehr und mehr politischen Werbungs- und Propagandazwecken angepaßt. <sup>90</sup> Die rechtlichen Freiräume der Demokratie voll ausschöpfend und im Zweifel von der Justiz eher bestätigt als gehindert, entwickelte die Rechtspresse eine Demagogie gegen politisch Andersdenkende und den Weimarer Staat, die alles in den Schatten stellte, was die Sozialdemokratie an politischer Kritik und Polemik vor 1914 vorgemacht hatte. Nicht zuletzt auf derartige Presseangriffe und ihre weitgehende Rechtfertigung durch die Justiz ist der frühe Tod Eberts 1925 zurückzuführen. <sup>91</sup> Als weiteres Instrument zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, eines kostenlosen dazu, lernten die bürgerlichen Parteien auch das Parlament schätzen, mochten sie es als Verfassungsorgan auch weniger achten oder gar ablehnen. Wie die Sozialdemokratie vor 1914 nutzte namentlich die DNVP den Reichstag als Propagandatribüne, um die neuen Verhältnisse und die Regierung anzugreifen, zu verhöhnen und die monarchische Vergangenheit zu verherrlichen. <sup>92</sup> Zu ähnlichen Foren mit Lautsprecherqualität wurden die Gerichtssäle bei politischen Prozessen umfunktioniert, oft mit Billigung oder gar Hilfe von Staatsanwälten und Richtern, wie sich an den Prozessen gegen Ebert, Erzberger, Fechenbach und Hitler zeigen ließe.

Gegenüber diesen massenwirksamen Mitteln traten Streik- und Boykottaktionen zurück. In Vergessenheit gerieten sie jedoch keineswegs. Der Streikgedanke hielt sich vor allem in der Landwirtschaft. Namentlich die Landbünde bekannten sich weiterhin zum »brutalen Mittel beruflicher Selbsthilfe«, bekam doch nach ihrer Überzeugung im demokratischen Staatswesen »nur der sein Recht . . . , der es sich sozusagen mit dem Knüppel auf der Straße erzwingt«, wie einer ihrer Führer mit deutlicher Anspielung auf die traditionellen Kampfmittel der Arbeiterschaft 1922 schrieb. <sup>93</sup> Die Richtlinien des Brandenburgischen Landbundes für den landwirtschaftlichen Lieferstreik fanden im Reichslandbund allerdings keine Mehrheit <sup>94</sup> –

ein Indiz dafür, daß der politische Radikalismus der Agrarier sich allmählich abschwächte. Mit der schrittweisen Aufhebung der noch aus der Kriegszeit stammenden Liefer- und Preisvorschriften – der als »sozialistisch« verschrieenen »Zwangswirtschaft« –, schließlich mit dem erstmaligen Eintritt der DNVP in die Reichsregierung Anfang 1925 ging er weiter zurück.<sup>95</sup> Ausdrücklich auf die »letzte Abwehrmaßnahme« zu verzichten, lehnte der Reichslandbund jedoch ab.<sup>96</sup> Gedroht wurde mit ihr noch mehrfach.<sup>97</sup> Der Boykott wurde sogar weiter praktiziert, 1924 etwa im Kreis Hersfeld gegenüber einem sozialdemokratischen Landrat solange, bis dieser aufgab.<sup>98</sup> Erst recht bekamen Adlige, die es ausnahmsweise wagten, sich öffentlich für die Republik und die Demokratie zu engagieren, den Boykott ihrer Kaste zu spüren, und zwar in Form gesellschaftlicher und moralischer Ächtung sowie wirtschaftlicher Schädigung.<sup>99</sup> Denn die politische Grundeinstellung vieler Agrarier blieb im wesentlichen unverändert. Der Reichslandbund pries schon 1922 Hitlers Rezepte, um die Arbeiter dem Marxismus abspenstig zu machen, und empfahl seinen Mitgliedern in Norddeutschland die Unterstützung ähnlicher Bewegungen.<sup>100</sup>

Unter den freien Berufen finden sich Streikdrohungen, mitunter auch ihre kurzfristige Verwirklichung, gelegentlich bei den Ärzten, aber nur mehr zu wirtschaftlichen Zwecken.<sup>101</sup> Bei den Zentralverbänden des Handwerks dominierte dagegen bald die Ablehnung kollektiver Kampfkationen wie überhaupt der Idee des Klassenkampfes. Einem harmonistischen Gesellschaftsideal vorindustrieller Provenienz verpflichtet, sahen sie das Handwerk wieder als »Aussöhner und Mittler zwischen Kapital und Arbeit«. <sup>102</sup> Daß sie sich selbst mit ihrem Kampf gegen Parlamentarismus und Demokratie, gegen betriebliche Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer, mit ihrem Nationalismus und ihrer ganzen Mittelstandsideologie weithin als Klassenorganisationen verhielten – dieser Widerspruch fiel zwar hell-sichtigen zeitgenössischen Soziologen wie Theodor Geiger auf, blieb ihnen selbst jedoch verborgen; er war Bestandteil ihrer »Lebenslüge«. <sup>103</sup> Im Einzelhandel tauchte auf örtlicher Ebene gelegentlich der Boykottgedanke auf, mit einer Mischung von ökonomischen und politischen Motiven, etwa gegen englische Waren wie gegen Unternehmen, die für Warenhauskonzerne arbeiteten. <sup>104</sup> In der Industrie nahmen kollektive Aktionen in Form von Massenaussperrungen, 1918 / 19 mit Rücksicht auf die Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften unterlassen, nach 1922 wieder zu, insbesondere zur Durchlöcherung des Achtstundentages, für Arbeiter wie Unternehmer mit je gegensätzlichem Vorzeichen der Inbegriff der sozialpolitischen Neuerungen der Novemberrevolution. <sup>105</sup>

Mit nicht ganz klarer Zielsetzung hielt sich der Streikgedanke auch in der Beamtschaft. »Bei ernsthafter Bedrohung ihrer verfassungsmäßigen Grundrechte und bei erheblicher Gefährdung ihrer Existenzmöglichkeit«

behielt sich der Deutsche Beamtenbund die Arbeitsniederlegung vor, den sogenannten Existenzstreik. Diese Kompromißformel ließ den politisch wichtigsten Punkt offen. Nach Auffassung des Vorsitzenden des Beamtenbundes, Flügel, machte sie die Dienstverweigerung auch gegenüber einem »die Verfassung brechenden Gewalthaber« zu einer »sittlichen nationalen Pflicht«, nach Überzeugung der DNVP hingegen nur gegen die Abschaffung der Beamtenrechte, »sonst nicht«; praktisch blieb der Gegensatz unentschieden.<sup>106</sup> Daß auch ein Streik mit wirtschaftlichen Zielen jedenfalls für mittlere und untere Beamte nicht mehr ausgeschlossen war, bewies der Eisenbahnerstreik Anfang 1922, der erste große Beamtenstreik in Deutschland. Er blieb allerdings einstweilen auch der letzte, zumal die Regierung, in diesem Fall von Staatsrechtslehrern und Gerichten unterstützt, ihre Rechtsauffassung durchsetzte, daß er mit der verfassungsmäßigen Treuepflicht der Beamten unvereinbar war.<sup>107</sup>

Die Disposition für ein dem Streik vergleichbares Verhalten hielt sich auch in der Reichswehr. Ihre Offiziere fuhrten fort, sich als »politische Soldaten« zu verstehen, blieben der Republik gegenüber reserviert und prinzipiell bereit, der Regierung bei grundlegenden politischen Meinungsverschiedenheiten den Gehorsam aufzukündigen. Wiederholt machten Putschgedanken einzelner militärischer Führer oder Offiziersgruppen die Runde.<sup>108</sup> Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Reichswehrführung zugeschlagen hätte, wenn die Regierung nicht, zumal in innenpolitisch heiklen Situationen, ihre politischen Wünsche zumindest teilweise berücksichtigt hätte, auch um den Preis verfassungsrechtlich fragwürdiger Aktionen wie der Absetzung der Koalitionsregierungen aus SPD und KPD 1923 in Sachsen und Thüringen.<sup>109</sup> Erst recht in den paramilitärischen Wehrverbänden lebte der Putschgedanke weiter; der Hitlerputsch vom November 1923 machte dies offenkundig. Gelegentlich fand sich unter ihnen Anfang der zwanziger Jahre auch der Gedanke eines wirtschaftlichen Boykotts zu politischen Zwecken,<sup>110</sup> während die Offiziers- und Traditionsvereine den gesellschaftlichen Boykott gegenüber Mitgliedern praktizierten, die von ihrer politischen Linie abwichen, jedenfalls gegenüber Linksabweichern.<sup>111</sup>

Die Nachfolgeorganisationen von Freikorps und Einwohnerwehren ergänzten ihr Repertoire darüber hinaus um ein Mittel, das in der deutschen Arbeiterbewegung keinerlei Vorbild hatte – individuellen Terror bis hin zum Mord. Gareis, Erzberger und Rathenau hießen seine prominentesten Opfer; aber auch Offiziere der Siegermächte zählten zu ihnen.<sup>112</sup> Wahrscheinlich mißbilligten viele Bürgerliche diese Methoden; gleichwohl scheuten sie oft eine ausdrückliche Distanzierung. Der Reichsbürgerrat verurteilte den Mord an Erzberger zwar »wie jede politische Gewalttat auf das schärfste«, äußerte auch gewunden gewisses Verständnis für die Gegen-



maßnahmen der Regierung gegen die Organisationen, die in die Tat verwickelt waren, kritisierte jedoch alsbald mangelnde »Neutralität« bei deren Durchführung<sup>113</sup> und ließ im übrigen die Bürgerräte wissen, diese Stellungnahme sei nur als taktisches Manöver »für die allernächste Zeit« gemeint, »nicht als ein Aufgeben des antimarxistischen Programms in irgendeinem Punkt«.<sup>114</sup> Der Verdacht liegt nahe, daß sich hier Sympathien für den Zweck klammheimlich auf die Mittel übertrugen. Bezeichnend für die verbreitete Haltung des Bürgertums gegenüber politischen Morden ist im übrigen deren häufig milde und nachsichtige, wenn nicht sogar verständnisvolle Beurteilung durch die Justiz und die überwiegende Billigung der Urteile in der bürgerlichen Öffentlichkeit.<sup>115</sup>

### *Nachwirkungen der bürgerlichen Rätebewegung*

Von der bürgerlichen Rätebewegung überlebte ideologisch der Rätegedanke in seiner berufsständischen Variante. Sie erfreute sich bis zum Ende der Weimarer Republik in Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe, aber auch im Offizierskorps wie im neuen Mittelstand, unter den Parteien namentlich in der DNVP, außerdem in Kreisen der sogenannten konservativen Revolution beträchtlicher Beliebtheit – mit dem doppelten Ziel sozioökonomischer Statussicherung mit Hilfe korporatistischer Zwangsorganisation und der Beschneidung, wenn nicht sogar Beseitigung des demokratischen und parlamentarischen Mehrheitsprinzips im politischen Entscheidungsprozeß, also zur Revision der Weimarer Verfassung in antidemokratisch-autoritärer Richtung.<sup>116</sup>

Auch Reste der Bürgerräte überlebten, erst recht der Gedanke bürgerlicher Sammlungspolitik. Von den lokalen und regionalen Organisationen hielten sich der Bürgerrat München und der Landesbürgerrat Bayern. »In engster Fühlung und regstem Verkehr« mit gleichgesinnten Organisationen<sup>117</sup> setzten sie sich für die »Wiedererrichtung eines politisch und wirtschaftlich starken deutschen Reiches«<sup>118</sup> und für eine »rücksichtslose, auf die wirkliche Vernichtung des Marxismus in jeder Form gerichtete nationale Gegenbewegung des gesamten Bürgertums« ein.<sup>119</sup> Anfang der dreißiger Jahre ließen sie offene Sympathien für den Nationalsozialismus erkennen.<sup>120</sup> Rasch erholten sich auch die Bürgerbünde in Braunschweig und Hamburg von den Schäden der Inflation; beide bestanden ebenfalls bis zum Ende der Weimarer Republik.<sup>121</sup> In Braunschweig brachte der Landeswahlverband, auf Betreiben des Bürgerbundes Ende 1918 entstanden, zur Kommunalwahl 1921 eine bürgerliche Einheitsliste mit Einschluß der DDP zusammen; aus der Landtagswahl 1922 ging er als stärkste Fraktion

hervor und hielt sich bis 1924.<sup>122</sup> An anderen Orten wurden ähnliche Blockbildungen in den zwanziger Jahren neu errichtet, in weiteren propagiert. In Coburg bildete sich nach dem »Deutschen Tag« vom Oktober 1922, zu dem der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund auch die Nationalsozialisten eingeladen hatte, ein »Völkischer Block« aus NSDAP, Wehrverbänden, Jungdeutschem Orden, Deutschvölkischem Schutz- und Trutz-Bund und anderen rechten Gruppierungen. Bei der Landtagswahl vom April 1924 gewann er die überwiegende Mehrheit der bürgerlichen Stimmen, verlor anschließend allerdings schnell wieder an Resonanz.<sup>123</sup> In Thüringen schlossen sich 1924 die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Deutschvölkischen zu einem »Ordnungsblock« zusammen. In Lübeck entstand 1926 als »Sammelbecken für alle nicht-marxistischen Wähler« der Hanseatische Volksbund, ein Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien mit Ausnahme von DDP und Zentrum; bei den Bürgerschaftswahlen 1926 wurde er stärkste Fraktion.<sup>124</sup> Wahrscheinlich ließen sich für andere Orte ähnliche Blockbildungen nachweisen. In Agrargebieten dürften auch Verbindungen zwischen städtischem Bürgertum und Landbesitzern, wie sie sich in Pommern und Bayern schon 1919 herausgebildet hatten, bestehen geblieben sein und sich möglicherweise weiter ausgebreitet haben.<sup>125</sup>

Auch auf Reichsebene blieb der Einheitsfrontgedanke in den bürgerlichen Parteien in der Diskussion, unterstützt von Altherrenschaften studentischer Korporationen, Kriegervereinen und Rechtspresse. In den sogenannten Bürgerblockregierungen aus Zentrum, DDP und DVP und manchmal auch der DNVP wurde er zwischen 1925 und 1928 sogar annähernd realisiert.<sup>126</sup> Außerparlamentarisch verkörperte ihn vor allem der Reichsbürgerrat, der ebenfalls weiterbestand. Wie zuvor warb er für den »Zusammenschluß der bürgerlichen zur Abwehr der aktiven sozialistisch-kommunistischen Front«<sup>127</sup> und widmete sich dem Kampf gegen die »überhandnehmende marxistische Idee«<sup>128</sup> sowie dem Feldzug gegen den Versailler Vertrag. Ab 1924 gab er ein neues Organ heraus, den »Deutschenspiegel«, der vornehmlich gegen die Sozialdemokratie und die übrigen Parteien der früheren Weimarer Koalition, gegen »Erfüllungspolitik« und Völkerbund, Locarnopakt und Youngplan anschrieb. Inhaltlich unterschied er sich nicht sonderlich von anderen Gazetten der Rechten und übte schwerlich größeren Einfluß aus. Auch der Reichsbürgerrat selbst wurde nicht zum Zentrum der großen bürgerlichen Sammlung, von der er seit 1919 träumte. Mit Beginn der Wirtschaftskrise, spätestens mit dem Tod Loebells 1931, scheint er sang- und klanglos eingegangen zu sein.

Zuvor jedoch zeitigte der Sammlungsgedanke immerhin zwei bemerkenswerte Erfolge, und der Reichsbürgerrat war maßgeblich beteiligt. Einmal erwies sich der Versuch, den Kampf für die Revision des Versailler Vertrages für das Sammlungsziel auszunutzen,<sup>129</sup> als überraschend erfolg-

reich. Der mit Hilfe des Reichsbürgerrates ins Leben gerufene »Arbeitsausschuß deutscher Verbände zur Schaffung einer Einheitsfront zur Bekämpfung der Schuldlüge« umfaßte bald das gesamte bürgerliche Spektrum und reichte über die Mitgliedschaft der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften bis in die nichtsozialistische Arbeiterschaft hinein. Es gelang ihm, eine ernsthafte öffentliche Diskussion über den Kriegsschuldparagraphen des Versailler Vertrages, insbesondere über die deutsche Mitverantwortung an der Entfesselung des Ersten Weltkrieges, bis zum Ende der Weimarer Republik nahezu völlig zu verhindern und noch lange darüber hinaus zu tabuisieren.<sup>130</sup>

Die zweite der »großen Aufgaben«, für deren Lösung Loebell den Reichsbürgerrat erhalten hatte,<sup>131</sup> stellte sich Ende Februar 1925, als der plötzliche Tod Eberts eine vorzeitige Neuwahl des Reichspräsidenten nötig machte. Loebell setzte sich mit Vertretern von DVP, DNVP und Wirtschaftspartei, Reichslandbund, Banken und Industrie und einer Reihe kleinerer Organisationen zusammen, um einen Kandidaten zu nominieren, auf den sich möglichst große Teile des Bürgertums sollten verständigen können. Zuerst nominierte dieser sogenannte Loebell-Ausschuß, der allerdings »gänzlich anders« als der Reichsbürgerrat zusammengesetzt war,<sup>132</sup> den Duisburger Oberbürgermeister Jarres. Als im ersten Wahlgang weder Jarres noch einer der übrigen Kandidaten die erforderliche Mehrheit erzielt hatte, wurde Hindenburg vorgeschlagen und, nachdem er sich von Tirpitz zur Kandidatur hatte überreden lassen, vom Loebell-Ausschuß im Wahlkampf mit allen Kräften unterstützt.<sup>133</sup> Wohl nicht zu Unrecht schrieben sich der Ausschuß und Loebell persönlich ein Verdienst daran zu, daß Hindenburg mit einem Vorsprung von rund 900000 Stimmen gewählt und der Wahltag für die Rechte »zum ersten Ruhmes- und Freudentag für Deutschland nach der Revolution« wurde.<sup>134</sup> Die Sammlungspolitik traditionellen Stils erzielte hiermit ihren spektakulärsten Erfolg; erstaunlicherweise mit Methoden bürgerlich-adliger Honoratiorenpolitik, wie sie im Kaiserreich üblich gewesen waren, seit seinem Ende aber selbst in Kreisen der Rechten als zunehmend anachronistisch galten. Seine politische Bedeutung entfaltete sich voll erst in den Krisenjahren der Republik ab 1930.<sup>135</sup>

Von den Rätebildungen einzelner bürgerlicher Berufsgruppen überdauerte als Kuriosum der Hamburger Wirtschaftsrat. Ende 1919 als paritätischer Zusammenschluß des Arbeiterrats und des ursprünglich allein von Industrie, Banken und Gewerbe gestellten Wirtschaftsrats entstanden,<sup>136</sup> entsprach er seiner Zusammensetzung nach weitgehend den in Artikel 165 der Weimarer Verfassung vorgesehenen Bezirkswirtschaftsräten. Allerdings fehlte ihm eine rechtliche Grundlage. 1921 ersuchte er deshalb den Senat um förmliche Anerkennung im Sinne der Reichsverfassung.<sup>137</sup> Dieser befürchtete jedoch, ein mit rechtlichen Befugnissen ausgestatteter Wirt-

schaftsrat könnte »störend in die bisherigen Kompetenzverhältnisse eingreifen« und den Eindruck erwecken, er solle die Handels-, Gewerbe- und Detailistenkammer ersetzen und womöglich auch der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe Konkurrenz machen. Daher lehnte er ab, stellte allerdings der Deputation anheim, »in geeigneten Fällen dem Wirtschaftsrat Gelegenheit zur Stellungnahme zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen zu geben« und umgekehrt Gutachten des Wirtschaftsrats an den Senat weiterzuleiten.<sup>138</sup> Als Gutachtergremium ohne eigene Kompetenzen, gleichwohl informell am politischen Entscheidungsprozeß beteiligt, bestand der Wirtschaftsrat bis zum Ende der Weimarer Republik weiter.<sup>139</sup>

Von den übrigen bürgerlichen Räteorganisationen auf beruflicher Grundlage aus der Novemberrevolution blieben die Personalvertretungen im öffentlichen Dienst bestehen. Die Weimarer Verfassung hatte ihre zunächst vorläufigen Regelungen auf eine dauerhafte Grundlage gestellt und die Einrichtung besonderer Beamtenvertretungen vorgesehen; das Nähere sollte ein Reichsgesetz regeln.<sup>140</sup> Während die analoge Regelung für Arbeiter und Angestellte Anfang 1920 mit dem Betriebsrätegesetz erfolgte, ließ das Beamtenrätegesetz auf sich warten. Denn die Schwierigkeiten der Materie, die es zu regeln hatte, kamen immer deutlicher zum Vorschein, als die antirevolutionäre Funktion der Beamtenräte zurücktrat und mit ihr der politische Wille zu einer schnellen gesetzlichen Regelung schwächer wurde. Die Meinungen gingen weit auseinander – zwischen den politischen Parteien, zwischen Reich und Bundesstaaten und zwischen einzelnen Bundesstaaten, je nach politischer Couleur, aber auch zwischen den verschiedenen Beamtenkategorien und ihren Organisationen, und zwar über die Frage, ob den Beamtenvertretungen wirkliche Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden sollten oder nur beratende Kompetenzen, über deren Gegenstand und Umfang sowie die Schlichtung in Konfliktfällen, über ihre Zusammensetzung einschließlich der Frage, ob sie Staatsarbeiter und -angestellte mit vertreten sollten oder nicht, über Einzelheiten des Wahlverfahrens, das Verhältnis zwischen Beamtenvertretungen und Beamtenorganisationen, die Einrichtung eines zentralen Vertretungsgremiums und die Bildung öffentlich-rechtlicher Beamtenkammern. Die Reichsregierung, Einzelstaaten und Verbände legten diverse Gesetzentwürfe vor. Jahrelang beschäftigten sie den Reichstag, den Reichsrat, die Organisationen sowie zahllose Publizisten und Gutachter – bis zum Ende der Weimarer Republik ohne Ergebnis.<sup>141</sup>

Manche Reichsressorts ersetzten deshalb Anfang der zwanziger Jahre die provisorischen Regelungen der Revolutionsmonate durch neue Erlasse, so die Reichspost 1922 und die Reichsbahn 1924. Sie bestätigten im wesentlichen die seit 1919 geübte Praxis; nur wurden das Wahlalter auf 18 Jahre gesenkt, gemeinsame Wahlen für alle Beamtengruppen nach dem Verhält-

nisprinzip sowie die Wahl aller Vertretungsorgane durch die Beschäftigten eingeführt. Neu war ihre Ausdehnung auf die zentrale Ebene, jedoch ohne daß die von den Organisationen nominierten Beamtenbeiräte aufgelöst worden wären. Fortan bestanden an der Spitze nebeneinander der gewählte Hauptbeamtenausschuß und der gewerkschaftliche Beamtenbeirat, der hauptsächlich für allgemeine Beamtenfragen zuständig sein sollte.<sup>142</sup> Wie stark sich indessen in den Spitzen der Reichsverwaltung die Einstellung zu den Beamtenvertretungen gegenüber den Revolutionswochen verschoben hatte, zeigte die restriktive Regelung für die Reichsfinanzverwaltung, die erst nach der Revolution aufgebaut wurde. Hier erhielten die Beamtenausschüsse nur Anhörungsrechte und in bestimmten Fällen das Recht zur gutachterlichen Stellungnahme. Der Beamtenausschuß auf der obersten Ebene wurde zur Hälfte gewählt, zur anderen von den Organisationen nominiert. In der Praxis zeigte man den Beamtenvertretungen die kalte Schulter. Auf mittlerer Ebene galten sie als *Quantité négligeable*, auf unterer begegneten sie häufiger Nichtachtung, bisweilen sogar »scharfer Gegensätzlichkeit und offener Ablehnung«, sofern sie überhaupt eingerichtet wurden.<sup>143</sup> In anderen Ressorts scheinen sich die Behördenleitungen kooperationsfähiger gezeigt zu haben, und zwar die Betriebsverwaltungen meist mehr als die Hoheitsverwaltungen. Doch sogar bei der Reichspost, deren Leitung sich 1918/19 um besonders enge Kooperation mit den Beamtenvertretungen bemüht hatte, wurde bis zum Ende der Republik immer wieder darüber geklagt, daß die Beamtenvertretungen vor einschlägigen Anordnungen nicht rechtzeitig oder gar nicht beteiligt wurden. Noch 1930 fehlten sie in rund 15 % aller Ämter.<sup>144</sup>

In den Bundesstaaten blieb es meist bei den Regelungen vom Frühjahr 1919; wo es keine gegeben hatte, wurden sie zu Anfang der zwanziger Jahre nachgeholt, zum Beispiel in Hamburg.<sup>145</sup> Nirgends jedoch scheint sich das Wohlwollen, das den Beamtenvertretungen während der Revolutionswochen entgegengebracht worden war, gehalten zu haben, nachdem sie als Verbündete gegen die Arbeiter- und Soldatenräte ausgedient hatten. In Bayern galt die Einrichtung der Gemeindebeamtenkammer, die die Kommunalbeamtenverbände Anfang 1919 der Regierung Eisner abgeluchst hatten, den Beamtenreferenten der Ministerien zweieinhalb Jahre später als »übereilt« und bedenklich.<sup>146</sup> In Württemberg klagte der Gesamtbeamtenbeirat der Ministerien Anfang 1924, die Regierung habe seinen Beschlüssen »meist keine Beachtung geschenkt«.<sup>147</sup> Generell scheinen daher die Wahlbeteiligung und das Interesse der Bediensteten an ihren Vertretungen zurückgegangen zu sein. Deren Beitrag zur Demokratisierung der Verwaltung war unter diesen Bedingungen wahrscheinlich noch geringer als schon während der Revolution.<sup>148</sup> Das Ende der Beamtenvertretungen kam mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten. Im Juni 1933

ordnete Reichsinnenminister Frick die Aufhebung aller einschlägigen Bestimmungen an, weil sie »in schroffem Gegensatz... zur grundsätzlichen Einstellung der nationalen Regierung und der hinter ihr stehenden Volksbewegung« ständen.<sup>149</sup>

Trotz Sammlungspolitik und Ständestaatsgedanken, Organisationsfortschritten in Bürgertum und Landwirtschaft wie unter ehemaligen Soldaten, trotz Massenversammlungen rechter Organisationen mit antidemokratischen Tönen und Untertönen gab es Mitte der zwanziger Jahre Anzeichen dafür, daß die Normalisierung des politischen Lebens auf der Grundlage der parlamentarischen Verfassung, wie sie 1920 nach dem Ende der revolutionären Umbruchphase begonnen hatte, weiterging. Sogar die außerordentlichen Probleme, die Ruhrbesetzung und Inflation im Krisenjahr 1923 mit sich gebracht hatten, hatte die Republik gemeistert und neuerliche Putschversuche von rechts und links abgeschlagen. Der Eintritt der DNVP in die Reichsregierung 1925 signalisierte einen Rückgang bürgerlicher und agrarischer Fundamentalopposition gegen den Staat von Weimar. Ein Jahr später markierte der Vertrag von Locarno einen wichtigen Fortschritt zur Entspannung der Beziehungen zu den Siegermächten und zur Rückkehr Deutschlands auf die internationale Bühne. Fanatische Republikfeinde wie die Nationalsozialisten stellten nur eine politisch unbedeutende Minderheit dar. In den großen Wirtschaftsverbänden – mehr noch der Landwirtschaft als der Industrie – wurden zwar immer wieder Vorbehalte gegen die Republik laut. Aber eine ernsthafte Gefahr, daß sie mit Massenaktionen, gar bürgerlich-agrarischen Generalstreiks, die Republik beseitigen und ein autoritäres Regime installieren würden, bestand nicht. Wäre der Republik eine längere Phase innen- und außenpolitischer Beruhigung und insbesondere wirtschaftlicher Erholung vergönnt gewesen, hätten sich die Vorbehalte möglicherweise weiter abgeschwächt. Ansätze hierfür zeigten sich in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre.<sup>150</sup>

### *Sammlungspolitik und bürgerlich-agrarische Massenaktionen am Ende der Weimarer Republik*

Die Weltwirtschaftskrise bereitete diesen Ansätzen jedoch ein jähes Ende. Sie erzeugte soziale Konflikte, die die noch immer schwach entwickelte Kompromißfähigkeit der politischen Parteien überforderten und daher rasch die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems beeinträchtigten oder ganz zum Erliegen brachten. Hierdurch reaktivierte sie antiparlamentarische und antidemokratische Vorbehalte und beflügelte sie zugleich, denn sie verbesserte die Aussichten für eine entsprechende Revision der

Verfassung oder Regierungspraxis. Unter diesen Bedingungen erlebten Formen von Massenaktionen, die Bürgertum und Landbevölkerung zehn Jahre zuvor gelernt hatten, eine neue Konjunktur und nahmen Dimensionen an, die selbst in den bewegtesten Phasen der Novemberrevolution nicht ihresgleichen gehabt hatten. Sie galten nicht nur wirtschaftlichen und sozialen Anliegen, sondern weiteten sich rasch auf politische Ziele aus, die sich mehr und mehr gegen die Republik selbst richteten.

Massenversammlungen veranstalteten jetzt gleichermaßen die Parteien der Linken wie der Rechten, vor allem in den Städten. Mehr und mehr fanden sie sich aber auch als weitgehend organisationsunabhängige Form bürgerlichen Sozialprotests unter Landwirten und im selbständigen Mittelstand. Schleswig-Holstein erlebte schon Anfang 1928 eine Welle von Massenversammlungen von Landwirtschaft, Handwerk, Handel und städtischem Grundbesitz mit insgesamt rund 140000 Teilnehmern. Ihr folgte ein Jahr später eine zweite, zu deren Veranstaltungen in größeren Kreisstädten oft weit mehr als 1000 Besucher zusammenkamen.<sup>151</sup> Durch Bayern rollte kurz darauf eine Welle bäuerlicher »Notkundgebungen« mit Teilnehmerzahlen zwischen 2000 und 6000.<sup>152</sup> Gleichzeitig kamen in den Städten öffentliche Kundgebungen und Straßendemonstrationen in Übung. In Hamburg vereinte Anfang März 1931 eine von den Haus- und Grundeigentümervereinen einberufene Kundgebung für Privateigentum und freie Wohnungswirtschaft rund 8000 Menschen.<sup>153</sup> Noch weit größere Massen brachten die paramilitärischen Verbände der Rechten auf die Beine. 1930 veranstaltete der Stahlhelm in Koblenz seinen »Reichsfrontsoldatentag« mit über 100000 Teilnehmern, 1931 in Breslau mit über 150000 und 1932 in Berlin mit nahezu 200000 Teilnehmern.<sup>154</sup>

Auch Streik- und Boykottdrohungen erhielten neue Konjunktur, besonders in der Landwirtschaft. Der Reichslandbund rief Anfang 1928 zum Steuerstreik auf, um seinen wirtschafts- und finanzpolitischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, und lenkte erst nach Verhandlungen mit der Reichsregierung ein. Als die Industrie sich von seinen Forderungen distanzierte, drohte er Herstellern landwirtschaftlicher Maschinen mit Zahlungs- und Käuferstreik.<sup>155</sup> Praktiziert wurde der Steuerstreik auf unterer Ebene namentlich von der schleswig-holsteinischen Landvolkbewegung, wobei als Vorbild jetzt auch das Gandhische Konzept der Nichtzusammenarbeit mit dem Staat auftauchte, freilich ohne dessen Gedanken der Gewaltlosigkeit.<sup>156</sup> »Passiver Widerstand« und politisch motivierter Boykott kamen hier ebenfalls erneut in Gebrauch, allerdings jetzt nicht mehr gegen einzelne ungeliebte Repräsentanten der Republik, sondern gegen das »System« insgesamt. 1929 boykottierten rund 2000 Bauern die Stadt Neumünster, nachdem einige ihrer Führer unter dem Verdacht der Beteiligung an Bombenattentaten verhaftet worden waren.<sup>157</sup> 1930 wurde in der »nationa-

len Bewegung« laut darüber nachgedacht, deren »wirtschaftliche Kampfkraft«, also den Streik gleichermaßen wie den Boykott, für politische Ziele einzusetzen, auch in der Kulturpolitik, etwa gegen mißliebige Theateraufführungen und Filme sowie Gaststätten, »die Negermusik und andere kulturschänderische Genüsse pflegen«. <sup>158</sup>

Gleichfalls erlebte der Sammlungs- und Einheitsfrontgedanke neuen Aufschwung, lokal und regional in Braunschweig und Lübeck zum Beispiel sowie ebenfalls unter der schleswig-holsteinischen Landbevölkerung, <sup>159</sup> auf Reichsebene in Gestalt der sogenannten Frontbildungen verschiedener Großorganisationen. Der Reichslandbund schloß sich 1929 mit den lange bekämpften Bauernvereinen, der Deutschen Bauernschaft und dem Deutschen Landwirtschaftsrat zur »Grünen Front« zusammen, um gemeinsam für drastische Importbeschränkungen, Preisfestsetzungen, eine verkappte Verstaatlichung des Getreidehandels und Staatshilfe für die Ostprovinzen zu kämpfen. <sup>160</sup> Sie entwickelte eine »einheitliche Stoßkraft«, die zum Sturz Brünings und Schleichers beitrug und die Auflösung der Weimarer Republik vorantrieb. <sup>161</sup> Zwei Jahre später sammelte sich in der »Harzburger Front« »alles, was an rechter Republikfeindlichkeit aufzubieten war«: DNVP, DVP und Wirtschaftspartei, Reichslandbund und Stahlhelm, Prominenz aus Adel und Wirtschaft, pensionierte Generäle, unter ihnen einer der Führer des Kapp-Putsches, und die Nationalsozialisten mit ihren Sturmabteilungen. Ihr Treffen vom Oktober 1931 geriet zu einer der größten antirepublikanischen Demonstrationen, die die Weimarer Republik erlebte. <sup>162</sup>

Darüber hinaus kamen gegen Ende der Republik unter den Gruppen von Bürgertum und Landwirtschaft, die sich ökonomisch und sozial besonders bedroht fühlten, neue Mittel kollektiver Selbsthilfe in Gebrauch: In ökonomischer Hinsicht Formen genossenschaftlicher Organisation wie die dörflichen »Notgemeinschaften«, zu denen sich in Schleswig-Holstein Landwirte, ländliche Kaufleute und Gewerbetreibende zusammentaten; <sup>163</sup> in politischer Hinsicht bisher unbekannte Formen direkter Aktion. Unter den norddeutschen Bauern vor allem solche, die später als »Gewalt gegen Sachen« bezeichnet wurden wie Brandanschläge auf Landrats- und Finanzämter und Sprengstoffanschläge auf die Häuser politischer Gegner. In den Städten griff vor allem der Stahlhelm mehr und mehr zu Formen kollektiver politischer Gewalt, insbesondere Saal- und Straßenschlachten. Sie verschmolzen mit den Aktionsformen der Massenversammlung und Demonstration, oft auch individuellem Terror, und trugen entscheidend zu jener Brutalisierung bei, die die politischen Auseinandersetzungen in der Endphase der Weimarer Republik prägte. <sup>164</sup>

Die Sozialdemokratie, ähnlich die KPD, antwortete mit eigenen Massenversammlungen und Demonstrationen, aktivierte das Reichsbanner und



setzte es, uniformiert und mit militärähnlichen Abzeichen ausgestattet, in ähnlicher Weise als Parteiarmeree ein wie die rechtsstehenden Parteien die ihnen nahestehenden Verbände. Den Frontbildungen der Rechten wurde die Eiserne Front entgegengesetzt, ein Bündnis von SPD, freien Gewerkschaften einschließlich Allgemeinem freiem Angestellten-Bund, Reichsbanner, Arbeiterturn- und Sportbund und sozialistischer Arbeiterjugend. Ihre Mitgliederzahl war imposant, ihre innere Stärke und Geschlossenheit jedoch teilweise »nicht besser als Pfannkuchenteig«, wie Carl von Ossietzky bissig bemerkte.<sup>165</sup> Den sozialdemokratischen Traditionen folgend und ihrer grundsätzlich defensiven Zielsetzung entsprechend, entwickelte die Eiserne Front im übrigen kaum je die Härte und Rücksichtslosigkeit, die die Kampfverbände der Rechten auszeichneten, auch nicht deren mehr an die Gefühle als den Verstand appellierende Versammlungsdramaturgie; sie blieb ihnen daher in vieler Hinsicht unterlegen.<sup>166</sup> Daß die Arbeiterschaft mit der Eisernen Front vom Bürgertum eine Organisationsform kopierte, die das Bürgertum selbst für ein sozialistisch-marxistisches Original hielt, scheint ihr übrigens entgangen zu sein.

Diese Konjunktur von Massenaktionen ist sowohl Ausdruck wie Folge und zugleich eine weitere Ursache für die damalige Schwäche des parlamentarischen Systems. Sie mußte es aber nicht zwangsläufig bedrohen. Auch jetzt noch wäre eine Kombination von Parlamentarismus und außerparlamentarischen Massenaktionen denkbar gewesen. Hätten Massenversammlungen und Umzüge entschieden demokratischer Parteien und Verbände die Straßen beherrscht, hätte dies die Ergebnisse von Parlamentswahlen, parlamentarische Abstimmungen und Regierungsbildungen entscheidend mitbestimmen können. Aber die demokratischen Grundüberzeugungen waren in der Gesellschaft insgesamt zu schwach, nicht nur im Bürgertum und unter Agrariern, auch unter der Arbeiterschaft. Hierin liegt die vielleicht wichtigste Ursache für den spektakulären Aufstieg der Bewegung, die am virtuosesten die traditionellen Organisations- und Aktionsformen und die Argumentationsmuster der Arbeiterschaft wie deren Entsprechungen im Bürgertum, die die Novemberrevolution hervorgebracht oder entfaltet hatte, zu verschmelzen und weiterzuentwickeln verstand: der NSDAP.

Hier findet sich alles beieinander: extremer Nationalismus und das Leugnen der Ursachen der militärischen Niederlage und des politischen Zusammenbruchs von 1918; kompromißlose Feindschaft gegen die Sozialdemokratie und die Siegermächte sowie das Denken in Feindbildern, das sich seinerseits als Reaktion auf marxistisches Klassenkampfdenken versteht; die Besetzung und Umdeutung zentraler Begriffe des politischen Gegners, wie sie programmatisch schon im Parteinamen zum Ausdruck kommt, und ihre offensive propagandistische Verwendung;<sup>167</sup> die Hoch-

achtung vor der Organisationsmacht der Arbeiterbewegung, namentlich der Gewerkschaften, verbunden mit dem Bekenntnis zur »Masse«, zu dem das Bürgertum sich kaum ohne Vorbehalte durchzuringen vermochte; schließlich der Wille zur Durchorganisation aller Sektoren der Gesellschaft und ihrer Zusammenfassung in einer lückenlosen Einheitsfront und der Einsatz kollektiver Aktionsformen, von Massenversammlungen und Demonstrationen bis zu Streik und Boykott. Schon im Winter 1920/21 hatten die Nationalsozialisten die größten Münchener Säle gefüllt und seit 1922 häufiger und konsequenter als alle bürgerlichen Gruppen Demonstrationen abgehalten, um öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen, überzeugt davon, daß, »wer die Straße erobern kann, ... auch die Massen erobern« könne und »damit den Staat«. <sup>168</sup> Dabei machten sie in Inszenierung, Symbolik und Werbung ebenfalls Anleihen bei der Arbeiterbewegung, in der Verwendung des Rots in Fahnen und Plakaten wie überhaupt beim Einsatz von Fahnen und Bannern, auch mit der Übernahme der Anlässe von Massenveranstaltungen und der Umdeutung ihrer traditionellen Inhalte, indem sie zum Beispiel der sozialistischen Maifeier eine »Deutsche Maifeier« entgegensezten. <sup>169</sup> Der Streikgedanke begegnet in ähnlich aggressiver Weise wie bei den Agrariern. Der Leiter der agrarpolitischen Abteilung der NSDAP und spätere nationalsozialistische Landwirtschaftsminister Walter Darré empfahl 1930 den bäuerlichen Käufer- und Lieferstreik, »Hand in Hand mit städtischen Nationalsozialisten«, als »Waffe gegen eine verstärkte Republikregierung«, der »auf die Dauer kein Maschinengewehr der Schutzpolizei oder der Reichswehr gewachsen ist«. <sup>170</sup> Auch der Boykott tauchte wieder auf; allerdings mit gleichermaßen wirtschaftlicher wie politischer Zielrichtung gegen eine ganze Bevölkerungsgruppe, die Juden, und daher auch seinem potentiellen Umfang nach weit über alle bürgerlichen Boykottaktionen der zwanziger Jahre hinausgehend. Als oberste Zielvorstellung wurde die der Revolution übernommen. Dies beruhte zwar insofern auf einem kapitalen Irrtum, als die Sozialdemokratie die Novemberrevolution weder herbeigeführt noch begrüßt hatte. Gleichwohl sollte die »nationale Revolution« den programmatischen Kontrapunkt zur Novemberrevolution darstellen und ihre Überwindung bringen. <sup>171</sup>

Die stärksten Impulse für die Übernahme politischer Schlüsselbegriffe und Aktionsformen der Arbeiterbewegung bezogen die Nationalsozialisten zweifellos aus dem unmittelbaren Erlebnis von deren Auftritten und Bewegungen. Möglicherweise haben jedoch auch die bürgerlichen Adaptationen der Revolutionszeit vermittelnd gewirkt; <sup>172</sup> denn Hitler und andere NS-Führer begannen ihre politische Karriere im Dunstkreis von Organisationen, die an ihnen aktiv beteiligt waren. Trotzdem läßt sich der Nationalsozialismus nicht als Wiederaufnahme und Weiterführung bürgerlicher Adaptationen ursprünglich proletarischer Organisations- und

Aktionsformen aus der Novemberrevolution begreifen, ebensowenig wie er seiner sozialen Zusammensetzung, seiner Ideologie und politischen Zielsetzung wie den Formen seines politischen Auftretens nach noch als bürgerliche Bewegung im herkömmlichen Verständnis angesehen werden kann. Schon die mit jenen Adaptationen verwandten Formen zeigen aufgrund der professionellen Weiterentwicklung von Stil und Ritual der öffentlichen Auftritte wie einer nicht minder professionellen Propaganda- und Manipulationstechnik eine neue Qualität. Außerdem fügte der Nationalsozialismus ihnen Elemente anderer Herkunft hinzu, die jeweils verschiedenen Gruppen des Bürgertums aufgrund ihrer ökonomischen Interessen und ihres intellektuellen, politischen und gesellschaftlichen Habitus fremd waren und bleiben mußten: ideologisch den Antikapitalismus und manche egalitären Elemente, die Rassentheorie und den Antisemitismus, die Kriegsnostalgie, den Männlichkeitskult, das Führerprinzip, militärische Organisationsprinzipien und insgesamt ein mehr oder minder ausgeprägtes antibürgerliches Moment; politisch die Ziele der Raumeroberung und Weltheilung, in der Praxis im übrigen ein bisher unerhörtes Ausmaß an Rechtsverachtung, Brutalität und Gewalttätigkeit bis hin zum blanken Terror gegen den politischen Gegner.<sup>173</sup>

Welche Elemente seiner Programmatik und seines Auftretens aus welchen Gründen auf welche Gruppen besonders attraktiv wirkten, kann hier nicht mehr erörtert werden. Mit der Verschmelzung dieser höchst heterogenen Elemente gelang es ihm jedenfalls in der Wirtschafts- und Staatskrise nach 1930, jene Anziehungskraft zu entfalten, zu der es bürgerliche Sammlungsversuche weder vor noch nach 1918 gebracht hatten. Eine Sammlungsbewegung war auch der Nationalsozialismus, ebenfalls eine antisozialistische, aber eine Bewegung neuen Typs, seinen bürgerlichen Vorläufern kaum noch vergleichbar. Daß er 1933 zur Macht kam, ist allerdings nicht zuletzt dem Erfolg der traditionellen Sammlungsbewegung von 1925 zu verdanken. Denn der damals zum Reichspräsidenten gewählte greise Hindenburg spielte eine Schlüsselrolle bei der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Mit dessen Berufung und der Koalition von NSDAP und DNVP unter Beteiligung des Stahlhelm sowie einiger Parteiloser brachte er die neue und die alte Sammlungsbewegung zusammen.

Es mag sein, daß für manchen Anhänger der bürgerlichen Rätebewegung aus den Revolutionsmonaten hiermit politische Wunschträume in Erfüllung gingen. Der Sohn des ersten Präsidenten des Reichsbürgerrats, der bei einer der zahlreichen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten 1930 umgekommen und von der Goebbelschen Propaganda alsbald zum größten nationalsozialistischen Märtyrer erklärte Horst Wessel, mag für sie ein sinnfälliges Bindeglied verkörpert haben.<sup>174</sup> Viele mögen wie andere Konservative in bürgerlichem

Honoratiorendünkel geglaubt haben, die neue Bewegung beherrschen und ihren eigenen Zwecken dienstbar machen zu können. Es muß offenbleiben, wie sie reagierten, als sie ihren Irrtum erkannten. Manche früheren Mitglieder bürgerlicher Räteorganisationen machten Karriere unter dem neuen Regime.<sup>175</sup> Die Regel dürfte dies nicht gewesen sein; dafür waren Ziele und Umgangsformen von Nationalsozialismus und bürgerlicher Rätebewegung zu verschieden, viele von deren früheren Mitgliedern mittlerweile auch zu alt. Zumindest den Demokraten unter ihnen wurde ihr Engagement gegen den Bolschewismus – oder was sie in den Revolutionsmonaten hierfür gehalten hatten – von den Nationalsozialisten nicht gedankt. Georg Bernhard und M. J. Bonn mußten schon 1933 emigrieren.<sup>176</sup> Walter Goetz, der 1933 die Altersgrenze erreichte und aus dem Amt schied, verlor vorübergehend die Rechte eines emeritierten Professors, Waldemar Koch, der erste Vorsitzende des Groß-Berliner Bürgerrates, seine Lehrbefugnis an der Technischen Hochschule Berlin.<sup>177</sup> Manche bewiesen eine ausgesprochene Abwehrhaltung gegenüber dem Nationalsozialismus. Namentlich Fritz Gerlich, 1919 Vorstandsmitglied des Reichsbürgerrats und einer der Aktivisten des Bürgerrats München, focht als Chefredakteur der Münchener Neuesten Nachrichten schon Anfang der zwanziger Jahre und erst recht in der Endphase der Republik als Katholik so vehement gegen die Nationalsozialisten, daß diese ihn zu ihren größten Gegnern zählten und im Zuge der Röhmaffäre in Dachau umbrachten. Sogar der deutlich weiter rechts stehende Michael Horlacher wurde aus politischen Gründen schon 1933 in den Ruhestand versetzt und landete 1944 ebenfalls im KZ Dachau.<sup>178</sup>

Die sozialistische Arbeiterbewegung bewies großenteils eine ähnliche Ratlosigkeit und partielle Blindheit, mit der sie auf die Entwendung ihrer Organisations- und Aktionsformen sowie ihrer zentralen Begriffe in den Revolutionswochen reagiert hatte, nun auch gegenüber ihrer erneuten und weitergehenden Enteignung durch den Nationalsozialismus. Trotz ausgezeichneter soziologischer Faschismusanalysen mancher ihrer Theoretiker wie Fritz Sternberg und Arkadij Gurland sah sie hierin kaum mehr als »Plagiat und Maskerade«<sup>179</sup> und tat Hitler lange als »komische Figur« ab.<sup>180</sup> Nur ansatzweise entwickelte sie Gegenstrategien wie im hessischen »Symbolkrieg«,<sup>181</sup> beschränkte sich im wesentlichen aber auf die traditionellen Begriffe und deren inhaltliche Ausfüllung. Selbst ihre eigene Klientel vermochte sie hiermit freilich nicht recht davon zu überzeugen, daß es sich bei der NSDAP um eine arbeiterfeindliche Partei handelte; beträchtliche Teile der Arbeiterschaft wanderten Anfang der dreißiger Jahre von der SPD zu den Nationalsozialisten ab.<sup>182</sup> Sogar führende Sozialdemokraten, namentlich Gewerkschaftsführer, ließen sich durch die Verwendung der ihnen vertrauten Begriffe den Blick trüben und hielten die nationalsozialistischen

Führer selbst nach dem 30. Januar 1933 noch für mögliche Koalitionspartner, als die Zerschlagung der sozialdemokratischen Organisationen bereits beschlossene Sache war. Als sie ihren Irrtum bemerkten, war es für eine Gegenwehr zu spät. Wie der Zulauf zum Nationalsozialismus einerseits eine Krise des Bürgertums anzeigt, so beweist er andererseits auch eine gleiche der Arbeiterbewegung.

## Epilog

Der Nationalsozialismus hat die Verwendung kollektiver politischer Aktionsformen in bis dahin unbekannt Dimensionen vorangetrieben und sie auch den Teilen des Bürgertums beschert, die sie zuvor nicht benutzt hatten und möglicherweise nach wie vor ablehnten. Die Demonstrationen vom 1. Mai 1933 waren als die größten Massenversammlungen konzipiert, die Deutschland bis dahin erlebt hatte, zugleich als Manifestation der endlich herbeigeführten »Sammlung« der Gesellschaft in einer einzigen Organisation, überdies als Revision des 9. November 1918 oder gar der Französischen Revolution von 1789. Kundgebungen im Berliner Sportpalast und in Riesensälen anderer Städte übertrafen an Teilnehmerzahlen und Häufigkeit jedes zuvor übliche Maß. Vollends die Nürnberger Parteitage wurden unter genau kalkuliertem Einsatz optischer und akustischer Effekte als Massenveranstaltungen regelrecht inszeniert, überdies mit Hilfe von Rundfunk und Film als Medienereignisse bis ins letzte Dorf übertragen. Im Vergleich mit ihnen wirkten frühere Demonstrationen der Arbeiterbewegung bescheiden und unbeholfen. Ihr Vorbild hatte ausgedient.

Kontext und Ziele dieser Mittel waren freilich grundlegend andere als aller ihrer Vorläufer. Im Kaiserreich, erst recht in der Weimarer Demokratie hatten sie der Artikulation von Gruppeninteressen gedient gegenüber der Regierung wie gegenüber anderen Gruppen, gleichzeitig dem Zusammenhalt und der Integration der je eigenen Anhängerschaft. Für viele Nationalsozialisten selbst mochte das auch jetzt noch gelten. In der Hauptsache aber verwandelten sich Massenversammlungen und Demonstrationen zu Mitteln der politischen Führung zur Erzeugung und Erhaltung von Massenloyalität für ihre eigene Absicherung, zu Akkla-

mationsritualen für ihre Politik und zu Formen der Selbstfeier. Das Motiv der Konkurrenz um Anhänger, öffentliche Aufmerksamkeit und politischen Einfluß, das für ihre Vorläufer konstitutiv gewesen war, verschwand im totalen Staat. Gleichmaßen waren die bürgerlichen Sammlungsbewegungen als Zusammenschlüsse gegen einen als bedrohlich empfundenen innenpolitischen Gegner konzipiert gewesen; aus seiner Existenz hatten sie ihre Legitimation gewonnen, aus ihm sich definiert. Jetzt war er ausgeschaltet, und die nationalsozialistische Sammlungsbewegung wandelte sich in ein Zwangsmittel der Regierung zur Erfassung und Kontrolle der gesamten Gesellschaft. Gleichzeitig kamen die kollektiven Kampfformen weitgehend zum Erliegen. Für Streiks gab es keinen politischen und rechtlichen Raum mehr, nach der Gleichschaltung der großen Interessenorganisationen auch keine organisatorischen Voraussetzungen, ebensowenig für den Boykott. Wenn dieser gleichwohl jetzt in einem zuvor unbekanntem Maße praktiziert wurde, nämlich gegen jüdische Kaufleute, dann nicht mehr von einer einzelnen Gruppe als Mittel der Selbsthilfe, sondern vom Staat zur Verfolgung einer ausgegrenzten Minderheit, vergleichbar den Pogromen im zaristischen Rußland.

Wie das Bürgertum über die nunmehr staatlich verordneten kollektiven Organisations- und Aktionsformen dachte, kann hier nicht mehr untersucht werden. Manches spricht dafür, daß sie vielfach positive Resonanz fanden, jedenfalls anfänglich. Das Aufgehen in einer größeren Gemeinschaft, wie es in Massenveranstaltungen erlebbar war, hatten bürgerliche Anhänger des Nationalsozialismus bereits vor 1933 als beglückend erlebt, namentlich Angehörige der abhängigen Mittelschichten,<sup>1</sup> deren gesellschaftlicher Lage die überkommene Ideologie des bürgerlichen Individualismus zunehmend noch weniger entsprach als derjenigen anderer bürgerlicher Gruppen. Scharfsichtige Zeitgenossen wie Ernst Bloch haben in der Sehnsucht nach sozialer Kommunikation und nach einer Gesellschaftsordnung, die diese versprach, einen wesentlichen Grund für die Faszination des Nationalsozialismus unter Angestellten und Kleinbürgertum gesehen.<sup>2</sup> Wahrscheinlich hat sie sich nach der Machtübernahme weiter verbreitet. Die außerordentliche Dynamik des Nationalsozialismus, seine Einheits- und Aufbruchsparolen, seine auf den Straßen zur Schau gestellte allgegenwärtige Präsenz und Aktivität haben vermutlich auch jene aktivistischen Momente im bürgerlichen Bewußtsein erneut zum Schwingen gebracht, die die Novemberrevolution provoziert hatte und die seitdem virulent geblieben waren.

Spätestens die katastrophale Niederlage des Nationalsozialismus hat die Verwendung kollektiver politischer Aktionsformen im deutschen Bürgertum jedoch gründlich diskreditiert. In der Bundesrepublik entwickelten sie sich daher zurück und dienten bis Mitte der sechziger Jahre vornehmlich

wieder der Arbeiterschaft zur Interessenartikulation, wenn auch nicht ausschließlich. An Demonstrationen beteiligte sich gelegentlich auch das Bürgertum oder organisierte sie selbst, aber nur für Angelegenheiten von gruppenübergreifender Bedeutung, etwa die Berliner Blockade, die Wiedervereinigung oder die Anliegen der Vertriebenen. Der Gedanke an politische Streiks und Boykotts dagegen geriet im Bürgertum in Vergessenheit. Freilich gab es auch kaum Anlässe, die solche Mittel nahegelegt hätten. Auch als wirtschaftliches Kampfmittel setzten bürgerliche Gruppen den Streik nur selten ein – gelegentlich die Angestellten, ausnahmsweise Beamte, Selbständige nie, auch die Bauern nicht. Er nahm wieder einen Ruch des Proletarischen, Massenhaften, Ordinären an, in den bürgerliche Gruppen sich nur ungern und widerstrebend begaben. Ebenfalls das Organisationswesen entwickelte sich auf ähnliche Verhältnisse wie vor 1933 zurück. Nur die Rolle der Soldaten- und Offiziersverbände war ausgespielt, und die landwirtschaftlichen Organisationen verloren an politischer Bedeutung und Einfluß. Die korporatistischen Züge nahmen gegenüber den zwanziger Jahren allerdings noch zu.

Auch alte Feindbilder kehrten im Bürgertum wieder. Antisozialismus und Antikommunismus wurden nachgerade zur Staatsräson der Adenauer-Ära. Zugleich feierte das Konzept antisozialistischer Sammlungspolitik fröhliche Urständ. Die CDU entwickelte sich weit erfolgreicher zur großen bürgerlichen Sammlungspartei als alle früheren Ansätze; unter Adenauer regierten jahrelang Bürgerblock-Kabinette.<sup>3</sup>

Für eine neuerliche Übernahme kollektiver Aktionsformen durch bürgerliche Gruppen bestand bis Mitte der sechziger Jahre kein Anlaß. Die erdrückende und in Wahlen wiederholt bestätigte politische Überlegenheit des Bürgertums nötigte vielmehr die Arbeiterbewegung langfristig, sich an diesem Gegner zu orientieren. Die Sozialdemokratie tat dies programmatisch 1959 in Bad Godesberg, praktisch mit dem Verzicht auf den politischen Streik und dem immer selteneren Einsatz von Massenversammlungen und Demonstrationen für politische Ziele. Die Maifeier verwandelte sich zu einer geselligen Freizeitveranstaltung und verlagerte sich mehr und mehr in geschlossene Räume.

Diese Entwicklung hängt indessen mit langfristigen Veränderungen zusammen, die die Gesellschaft der Bundesrepublik derjenigen des Kaiserreiches und der Weimarer Republik immer unähnlicher machten: mit fortschreitender Industrialisierung und Urbanisierung, Expansion des Dienstleistungssektors auf Kosten von Landwirtschaft und Industrie, Zunahme von Angestellten und Beamten und Schrumpfen der Arbeiterschaft, Steigerung des materiellen Wohlstands breiter Gesellschaftsschichten und Ausbau des Sozialstaats, zunehmendem Einfluß von Medien und Freizeitkultur, Verschiebung und Nivellierung alter Klassengrenzen, kollektiver



Mentalitäten und Lebensstile. In dem Maße, wie dieser Wandel voranschritt und ins allgemeine Bewußtsein drang, wie ab Mitte der sechziger Jahre auch die Wiederaufbauphase zu Ende ging, weltwirtschaftliche Verschiebungen sich bemerkbar machten und die ökonomischen Verteilungskämpfe sich wieder verschärften, nivellierten sich auch die politischen Aktionsformen. Massenversammlungen gehören mittlerweile zum Arsenal aller politischen Parteien und Großorganisationen. Demonstrationen haben – wieder – aufgehört, ein Mittel vorzugsweise der Arbeiterschaft zu sein. Bauern, aber auch Beamte, sogar Polizisten und selbst Jungunternehmer haben sich daran gewöhnt, sich ihrer zu bedienen, wenn auch seltener und vielleicht noch immer mit einigem inneren Widerstreben. Während der politische Streik in der Bundesrepublik nahezu unbekannt geblieben ist und nur noch gelegentlich in den Gewerkschaften als Drohung, in alternativen Gruppen als Hoffnung beschworen wird, stellt der Streik als ökonomisches Kampfmittel zwar noch immer eine Waffe vornehmlich der Arbeiterschaft dar, wird aber auch von Angestellten eingesetzt, selbst von hochspezialisierten Beamtengruppen wie den Fluglotsen, gelegentlich sogar von freien Berufen wie den Zahnärzten. Auch der Kampf um die Besetzung von Schlüsselbegriffen gehört mittlerweile zum politischen Alltag, wie die Konkurrenz um den Begriff der politischen »Mitte« oder die Begriffe »Frieden«, »Sicherheit« und »Bedrohung« im außen- und militärpolitischen Bereich zeigt.

Dennoch unterscheiden sich diese Phänomene grundlegend von der Übernahme kollektiver Aktions- und Kampfformen durch bürgerliche Gruppen zu Beginn der Weimarer Republik. Nach ihrem defensiven Einsatz in den Revolutionswochen wurden sie damals überwiegend als Waffen bürgerlichen Klassenkampfes benutzt und waren durchweg getragen von Ressentiments, Haß, Feindschaft und Aggressivität bei grundsätzlicher Ablehnung des politischen Systems. Die politische und soziale Ordnung der Bundesrepublik dagegen ist prinzipiell wenig umstritten; die Anwendung kollektiver Mittel vollzieht sich innerhalb eines weithin akzeptierten Rahmens. Ihre Verbreitung ist daher gerade nicht ein Anzeichen für seine Bedrohung von innen, sondern dafür, daß die großen gesellschaftlichen Gruppen sich darauf eingestellt haben, daß sie in einer Massendemokratie leben und zur Artikulation ihrer Interessen und zur Durchsetzung ihrer Ziele um öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung und womöglich um Mehrheiten werben müssen. Insofern können die neuerliche Demokratisierung und Egalisierung jener Aktionsformen als Indiz dafür gelten, daß in der Bundesrepublik jener demokratische Lernprozeß stattgefunden hat, der in der Weimarer Republik über Ansätze nicht hinauskam.

Neue Qualität schließlich gewannen kollektive Organisations- und Aktionsformen auch im Bürgertum, seit sie von politischen Gruppierungen

gen benutzt und weiterentwickelt wurden, die sich sozial nicht eindeutig zuordnen und nicht mehr als Interessenorganisationen im herkömmlichen Sinne fassen lassen: zunächst von der frühen Friedensbewegung, Ende der sechziger Jahre von der Studentenbewegung, in den siebziger Jahren von den Bürgerinitiativen und seither von der Ökologie-, der Friedens- und der Frauenbewegung. Mit den bürgerlichen Adaptationen proletarischer Vorbilder zu Beginn der Weimarer Republik haben sie inhaltlich nichts gemein, zumal sie kein Organisationsmodell der Gegenseite übernehmen und abwandeln und nicht auf bestehenden Organisationen aufbauen. Parallelen zeigen sich allerdings darin, daß ebenfalls die neuen sozialen Bewegungen vielfach aus Situationen entstanden, die von den Parteien nicht oder nicht angemessen aufgegriffen wurden, oft unmittelbarer Betroffenheit entsprangen, daher meist lokal und regional verwurzelt und basisorientiert sind. Auch haben sie mit Massenversammlungen und Demonstrationen Aktionsformen aufgegriffen, die seit der industriellen Revolution vorzugsweise von der Arbeiterbewegung benutzt wurden. Aber sie haben einerseits auch deren bürgerliche und bäuerliche Vorformen wiederentdeckt, etwa in den Revolutionen des 19. Jahrhunderts und in den Bauernkriegen der frühen Neuzeit, und die historischen Dimensionen wieder geöffnet, die 1918/19 im Bürgertum weitgehend verschüttet waren. Andererseits wurden Traditionen ausländischer Protestbewegungen aufgenommen, etwa der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Hervorgegangen ist daraus eine bunte Formenfülle von herkömmlichen Kundgebungen bis zum Open-Air-Konzert, von Friedensmärschen durch mehrere Länder bis zu Blockaden militärischer Anlagen. Auch der Boykott ist zu einem vielfältigen Kampfmittel weiterentwickelt worden: als Stromzahlungsboykott gegen bestimmte Formen der Energieerzeugung, als Volkszählungsboykott gegen mißliebige staatliche Maßnahmen, als Käuferboykott gegen einzelne Firmen und gegen Unrecht in anderen Ländern und gegen normale Beziehungen zu ihnen, als Vorlesungsboykott gegen Mißstände an den Universitäten. Vielleicht gewinnt ebenfalls der Streik in Teilen der Gesellschaft, die als bürgerliche zu bezeichnen man noch gewohnt ist, neue und neuartige Bedeutung – als gesteigerte Form kollektiven bürgerlichen Ungehorsams und als Kampfmittel gegen staatliche Bevormundung, weitere Rüstung, weitere Umweltbelastung und für ähnliche allgemeine Ziele, die sich nicht auf beschränkte Gruppeninteressen reduzieren lassen. Ein höchst anregendes Buch über »machbare Utopien« reflektiert in diesem Sinne über den »Privatstreik«.<sup>4</sup>

Alle diese Protestformen und noch weitere, die sich im gleichen Kontext herausgebildet haben wie symbolische oder tatsächliche Besetzungen von Bauplätzen und Gebäuden, sind Erscheinungsformen eines tiefgreifenden politischen Bewußtseinswandels und neuer inhaltlicher Orientierungen,

die sich in den herkömmlichen Rastern sozioökonomischer Interessen nicht mehr beschreiben lassen. Vielleicht kehren mit seinem Fortgang kollektive Aktions- und Organisationsformen zum bürgerlichen Geist der Utopie zurück und damit zu einer ihrer Wurzeln, aus welcher auch die Arbeiterbewegung zu einem wesentlichen Teil hervorgegangen ist, die diese in den letzten hundert Jahren in besonderer Weise und zum Vorbild für andere Gesellschaftsgruppen entwickelt hat.



# Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
Abg.	Abgeordnete(r)
abgeh.	abgehalten
ADB	Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ADLZ	Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung
AfA	Allgemeiner freier Angestelltenbund
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AR	Arbeiterrat
ASD	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
ASR	Arbeiter- und Soldatenrat
BA	Bundesarchiv Koblenz
BA/MA	Bundesarchiv/Militärarchiv, Freiburg i.B.
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München
Bd.	Band
BdI	Bund der Industriellen
BdL	Bund der Landwirte
BeR	Beamtenrat
Ber.	Bericht
BI	Bayerische Industrie. Organ des Bayerischen Industriellen-Verbandes
BIV	Bayerischer Industriellen-Verband
Bl.	Blatt
BT	Berliner Tageblatt
BüA	Bürgerausschuß
BüR	Bürgerrat
CDI	Centralverband Deutscher Industrieller
CDU	Christlich-Demokratische Union

CEH	Central European History
Corr.bl.	Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union
DAZ	Deutsche Allgemeine Zeitung
DBB	Deutscher Beamtenbund
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DLV	Deutscher Lehrerverein
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DOB	Deutscher Offiziersbund
Dt.Phil.bl.	Deutsches Philologenblatt
DVC	Deutsche Volkswirtschaftliche Correspondenz
DVP	Deutsche Volkspartei
ebd.	ebenda
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
Gesch.ber.	Geschäftsbericht
GHH	Gutehoffnungshütte
GStA	Geheimes Staatsarchiv
GuG	Geschichte und Gesellschaft
HA/GHH	Historisches Archiv der Gutehoffnungshütte AG, Oberhausen
HA Krupp	Historisches Archiv der Friedrich Krupp AG, Essen
HAPAG	Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft
HE	Hamburger Echo
HK	Handelskammer
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HStA	Hauptstaatsarchiv
HZ	Historische Zeitschrift
IISG	Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
Jb.	Jahrbuch
Jber.	Jahresbericht
JCH	Journal of Contemporary History
Jg.	Jahrgang
JW	Juristische Wochenschrift
Kap.	Kapitel
Korr.	Korrespondenz
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands

LBüR	Landesbürgerrat
LR	Landrat
LRA	Landratsamt
Masch.	Maschinenschrift
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
Mil.WBl.	Militärwochenblatt
Min.	Minister(ium)
Mitt.	Mitteilungen
MNN	Münchener Neueste Nachrichten
MP	Münchener Post
NBl.	Nachrichtenblatt
NDO	Nationalverband Deutscher Offiziere
Nl.	Nachlaß
NWDt.HZ	Nordwestdeutsche Handwerkszeitung
NZ	Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie
OB	Oberbürgermeister
o. D.	ohne Datumsangabe
OHL	Oberste Heeresleitung
o. O.	ohne Ortsangabe
OP	Oberpräsident
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn
Päd.Z.	Pädagogische Zeitung
RAB	Reichsausschuß Akademischer Berufsstände
RBü	Der Reichsbürger. Amtliche Zeitschrift der deutschen Bürgerräte
RBÜR	Reichsbürgerrat
RdI	Reichsamt des Innern
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
RdV	Rat der Volksbeauftragten
Reg.	Regierung
RFB	Republikanischer Führerbund
RgA	Rat geistiger Arbeiter
RIM	Reichsinnenminister(ium)
Rkz.	Reichskanzler
Rkzlei	Reichskanzlei
RMA	Reichsmarineamt
RP	Regierungspräsident
RT	Reichstag
SA	Siemens Archiv. Werner-von-Siemens-Institut für Geschichte des Hauses Siemens, München
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StA	Staatsarchiv
stellv.	stellvertretend
Sten.	Stenographisch
StS	Staatssekretär

## 408 *Abkürzungen*

Teno	Technische Nothilfe
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VDA	Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
VdEstI	Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller
VDI	Verein Deutscher Ingenieure
Verh.	Verhandlungen
Verh.ber.	Verhandlungsbericht
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Vors.	Vorsitzende(r)
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
Zs.	Zeitschrift



# Anmerkungen

## *Vorwort*

- <sup>1</sup> Grebing (1986), S. 11.
- <sup>2</sup> Rürup (1968), S. 9.
- <sup>3</sup> Zum Forschungsstand im einzelnen s. Jesse/Köhler (1978); Rürup (1983); Kluge (1985).
- <sup>4</sup> Scheidemann (1921), S. 213.
- <sup>5</sup> Eyck (1919), S. 20.

## *Einleitung*

- <sup>1</sup> Zum gegenwärtigen Forschungsstand über die neuere Geschichte des deutschen Bürgertums s. vor allem Kocka (1987) und ders. (1988). Für die Unterschichten im 19. Jahrhundert und die Entstehung der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung: Kocka (1990a und 1990b); Winkler (1984, 1985, 1987). Zum gesellschaftshistorischen Kontext vor allem Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte* (1987ff.) und Nipperdey (1990). Zu Geschichte und Inhalt des Begriffs »bürgerliche Gesellschaft«, seiner normativen Verwendung und deren Problematik für die Historiographie bestimmter Gesellschaften s. Wehler a. a. O., Bd. 1, Einleitung; Kocka (1988), Bd. 1, S. 11 ff.; dazu kritisch Blackbourn (1991) und Eley (1991b). Zur Wiederentdeckung des Konzepts der bürgerlichen Gesellschaft in Osteuropa nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime s. Europa und die Civil Society (1991).
- <sup>2</sup> Eine differenzierende Typologie und Mentalitätsgeschichte des deutschen Unternehmertums im 19. Jahrhundert steht noch aus; einstweilen s. Zunkel (1962), Kocka (1975), Pierenkemper (1979).
- <sup>3</sup> Zur Expansion des Bildungswesens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts s. Wehler (1973), S. 125 ff.; Ringer (1979), S. 32 ff.; Jarusch (1982), S. 23 ff.; Stür-

- mer (1983), S. 120ff.; sowie die Statistiken in Hohorst/Kocka/Ritter (1975), S. 143f., 150 u. 157ff. Zur Professionalisierung allgemein Charles E. McClelland, in: Conze/Kocka (1985), S. 233ff.; für die freien und akademischen Berufe die Beiträge in: Siegrist (Hrsg.) (1988); für die Anwälte ferner: Julius Magnus, in: Handbuch der Politik (1921/22), Bd. 4, S. 502ff.; Siegrist, in: Conze/Kocka (1985), S. 301ff., für die Architekten Clark ebda. S. 529ff.; für die Ingenieure Späth ebda. S. 561ff.; für die Ärzte Huerkamp ebda. S. 358ff.; dies. (1985).
- 4 1913 fand sich statistisch die mit Abstand beste ärztliche Versorgung in Wiesbaden, damals noch ein Badeort von internationalem Rang; hier kamen 28 Ärzte auf je 10000 Einwohner, fast dreimal soviel wie in Berlin mit 11,1. Hinter Wiesbaden folgten alle Universitätsstädte. Das Schlußlicht bildeten die Industriestädte des Ruhrgebiets. Noch 1921 betrug die Relation in Dortmund erst 5,2, Gelsenkirchen 4,8, Mülheim 4,5, Essen 4,3, Duisburg 4,1, Oberhausen 3,5 und Hamborn 3,2; s. Möllers (1923), S. 57. Zu sozialen Unterschieden und Konfliktfronten innerhalb der Ärzteschaft s. im übrigen Spree (1981), S. 148f.; Huerkamp (1985), S. 167ff.; zur Einkommensentwicklung ebda. S. 199ff.
- 5 S. Labisch (1976)
- 6 Auch die Sozialgeschichte der modernen deutschen Kunst ist noch nicht zusammenhängend dargestellt worden; einstweilen s. noch immer Hauser (1958), insbes. Bd. 2, S. 239ff. Für die Schriftsteller s. den Beitrag von Heinz Potthoff in: Handbuch der Politik (1921/22), Bd. 4, S. 489ff.; sowie Martens (1975); für die Bohème Kreutzer (1968); s. auch Conti (1984), S. 11 ff.; speziell für München Bosl (1971), S. 105 ff.; G. Huber (1973) und Ghattas (1986).
- 7 S. Hintze (1964), S. 68; zu anderen Zahlenangaben Kocka (1973), S. 179 Anm. 5; Kunz (1982), S. 61; ders. (1985), S. 33 ff.; zur Geschichte der Beamten außerdem Hartung (1948); Hattenhauer (1980); Henning (1984).
- 8 S. Hohorst/Kocka/Ritter (1975), S. 59.
- 9 Zur Geschichte der Angestellten s. Hartfiel (1961); Kocka (1969); ders. (1981), insbes. S. 14 ff.; Rolf Engelsing, Die wirtschaftliche und soziale Differenzierung der deutschen kaufmännischen Angestellten im In- und Ausland 1690–1900, in: ders. (1973), S. 51 ff.; Mangold (1981); Pierenkemper (1981), sowie die Beiträge dess. über den Arbeitsmarkt für Angestelltenberufe im Jahr 1880 und von Laer über den Arbeitsmarkt der Techniker in Deutschland vor 1914, in: Pierenkemper/Tilly (1982), S. 121 ff. bzw. 152 ff.
- 10 Zur Entwicklung des gewerblichen Mittelstandes s. Müffelmann (1913), S. 5 ff. u. 43 ff.; Winkler (1972), S. 26 ff.; Stürmer (1983), S. 69 ff.; Engelsing (1983), S. 143 ff.
- 11 Vgl. Wehler, Gesellschaftsgeschichte I (1987), S. 130ff.; Kocka (1990a), S. 33 ff.; Nipperdey (1990), S. 414 ff.; mit weiteren Literaturhinweisen.
- 12 Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, in: Ges. Werke (1974), Bd. 13, S. 104 u. ö.; s. auch ders., Lübeck als geistige Lebensform, ebda. Bd. 11, S. 376 ff., insbes. S. 397 f.; s. dazu die Bemerkungen von Thomas Hollweck in: Vondung (1976), S. 106 ff.
- 13 Zur Begrifflichkeit und sozialgeschichtlichen Entwicklung des Bürgertums im allgemeinen s. auch M. Riedel, Artikel »Bürger«, in: Geschichtliche Grundbegriffe, I (1972), S. 672 ff. Zu den »Grenzen der Bürgerlichkeit« in der Gesellschaft des Kaiserreichs s. auch Ritter/Kocka, Deutsche Sozialgeschichte 1870–1914 (1982<sup>3</sup>), S. 62 ff., im übrigen die in Anmerkung 1 genannte Literatur.
- 14 Aus der Literaturfülle nur ein Titel, in dem sich die unterschiedlichen Positionen finden: Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität? München 1982.

- <sup>15</sup> S. Hermann Baumgarten, *Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik*, in: *Preußische Jahrbücher* 18 (1866), S. 455 ff.
- <sup>16</sup> Zu sozioökonomischer Lage, Bewußtsein und Lebensformen des deutschen Bürgertums im Kaiserreich s. im Überblick Maier (1975), S. 36 ff.; Stürmer (1983), S. 25 ff., sowie die Beiträge von Kocka, Bausinger und Wehler in Kocka (1987), S. 21 ff. 121 ff. und 243 ff. Wehler, *Aus der Geschichte lernen?* (1988), S. 191–255. Zum deutschen Bildungsbürgertum s. vor allem Henning (1972); *Vondung* (1976); Conze/Kocka (1983), S. 9 ff., sowie den Beitrag von Peter Lundgreen ebda., S. 79 ff.; Koselleck (1990); vgl. auch Nipperdey (1990), S. 812 ff. u.ö.
- <sup>17</sup> Zitiert bei Wehler (1973), S. 100.
- <sup>18</sup> S. Hohorst/Kocka/Ritter (1975), S. 67.
- <sup>19</sup> S. Stürmer (1983), S. 53.
- <sup>20</sup> Zur Entwicklung der Arbeiterschaft im deutschen Kaiserreich s. vor allem Grebing (1970), S. 69 ff., Groh (1973); Stürmer (1983), S. 34 ff. und 303 ff.; Ritter/Tenfelde (1991). In welchem Maße hierbei für verschiedene Gruppen der Arbeiterschaft zu differenzieren ist, kann hier nicht näher untersucht werden, auch nicht, ob Angehörige der nicht-sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen im Bürgertum signifikant anders angesehen und behandelt wurden als Sozialdemokraten.
- <sup>21</sup> Bei Tenfelde/Volkman (1981) z. B. wird der Streik wie selbstverständlich als Kampfmittel allein von Arbeitnehmern behandelt.
- <sup>22</sup> S. Griesinger (1981); zu den vielfältigen Unterschieden innerhalb der Arbeiterschaft im Überblick Kocka (1983), S. 71 ff.
- <sup>23</sup> Zu den bürgerlichen Parteien im Kaiserreich s. im Überblick Nipperdey (1961 und 1970); Wehler (1973), S. 79 ff.
- <sup>24</sup> Zur Entwicklung des industriell-gewerblichen Verbandswesens s. den Überblick bei Wehler (1973), S. 90 ff.; für die Arbeitgeberverbände vor 1914 ferner Saul (1974), S. 98 ff.; zur Entwicklung der agrarischen Interessenverbände Puhle (1967).
- <sup>25</sup> S. Müffelmann (1913), S. 39 ff. und 64 ff.; für den Einzelhandel auch Grünfeld (1922), S. 7 ff.; im übrigen Wulf (1969), S. 27; Stegmann (1970), S. 43; Winkler (1972), S. 46 ff.; Gellately (1974), S. 58 ff. Der Deutsche Handelstag, die Dachorganisation der öffentlich-rechtlichen Handelskammern, vertrat überwiegend die Interessen des Großhandels, außerdem solche der Industrie, vornehmlich ebenfalls der Großbetriebe. Die Zahlenangaben nach Nordwestdeutsche Handwerks-Zeitung 24 (1919), S. 187.
- <sup>26</sup> Zur Organisationsentwicklung s. die einschlägigen Ausführungen in den Beiträgen über Professionalisierung von Juristen, Ärzten, Architekten und Ingenieuren in: Conze/Kocka (1985); für die Ingenieure außerdem Ludwig (1974), S. 20 ff.; für die Anwälte Schneller (1936), S. 45 ff.
- <sup>27</sup> Das Preußische Medizinal- und Gesundheitswesen 1893–1908 (1908), S. 376; zur Veränderung der Situation der Ärzte unter dem Einfluß der Sozialgesetzgebung s. ebda. S. 352 ff.; zur Entwicklung der Ärzteorganisationen ebda. S. 362 ff.; Möllers (1923), S. 50 ff.; Spree (1981), S. 145 ff.; Huerkamp (1985), S. 279 ff.; zu Ärztestreiks und dem Verhältnis von Ärzteorganisationen und Krankenkassen ebda. S. 194 ff. und 285 ff.; im übrigen s. unten S. 98 ff.
- <sup>28</sup> Zur Organisationsentwicklung der Beamten s. Hattenhauer (1980), S. 272 ff.; Kunz (1986), S. 94 ff.; Süle (1988), S. 126 ff.; für Bayern Kalmer (1969), S. 206 ff.; zur Entwicklung der Angestelltenorganisationen vor 1914 s. Hartfiel (1961), S. 117 ff.; Kadritzke (1975), S. 199 ff.; Hohorst/Kocka/Ritter (1975), S. 138 ff.; Kocka (1981), S. 142 ff.

- <sup>29</sup> S. Bieber (1981), S. 427 ff.  
<sup>30</sup> S. den Überblick von Nipperdey (1970).  
<sup>31</sup> S. Wehler (1974).  
<sup>32</sup> S. Saul (1974), bes. S. 98 ff. und 133 ff.  
<sup>33</sup> S. Wehler (1973), S. 90; s. auch Otto Braun (1940), S. 44; Beispiele für den Boykott von Sozialdemokraten in Ostelbien u. a. bei Schulze (1977), S. 91 f.  
<sup>34</sup> S. Bürger (1911), S. 78 ff.; 25 Jahre wirtschaftspolitischen Kampfes (1918), S. 156 f. Zur Gründungsversammlung des BdL im Februar 1893 zogen über 15000 Landwirte – »so gänzlich verschieden von dem gewöhnlichen Typus der städtischen Asphalttreter« (ebda. S. 23) – ins Tivoli, den damals größten Berliner Versammlungsbau, wo zwei Versammlungen nacheinander abgehalten wurden.  
<sup>35</sup> S. Puhle (1966), S. 274. ff.; das Zitat ebda. S. 285; s. auch Peck (1978), S. 17 ff.  
<sup>36</sup> Vgl. Rosenberg (1969), S. 34 f.; Holmes (1982), S. 11.  
<sup>37</sup> S. Stegmann (1983), S. 20 ff.  
<sup>38</sup> S. Müffelmann (1913), S. 93 ff.; Stegmann (1970), S. 40 ff.; 259 ff. u. ö.; Winkler (1972), S. 49 ff.; Eley (1980); dazu kritisch Stegmann (1984), S. 414 ff.  
<sup>39</sup> Zitiert bei Wehler (1973), S. 166 bzw. 178; zum Kontext ebda. S. 172 ff.  
<sup>40</sup> S. ebda. S. 92 ff.; Eley (1991a), und die einschlägigen Artikel in: Lexikon zur Parteiengeschichte (1983 ff.)  
<sup>41</sup> H.U. Wehler, Wie »bürgerlich« war das Deutsche Kaiserreich? in: Kocka (1987), S. 273  
<sup>42</sup> S. hierzu insbes. Eley (1991b), S. 33 ff.  
<sup>43</sup> S. Stegmann (1970), insbes. S. 352 ff.  
<sup>44</sup> Wehler (1973), S. 100.  
<sup>45</sup> Wehler (1973), S. 102.  
<sup>46</sup> Siehe hierzu vor allem H.U. Wehler, Wie »bürgerlich« war das Deutsche Kaiserreich? in: Kocka (1987), S. 273; den Kommentar Blackburns ebda. S. 283 ff. und Eley (1991b) mit weiteren Hinweisen.  
<sup>47</sup> S. Bieber (1981), S. 71.  
<sup>48</sup> Zum Alldeutschen Verband s. u. a. den Artikel in: Lexikon zur Parteiengeschichte I (1983), S. 13 ff.  
<sup>49</sup> S. Stegmann (1970), S. 431 ff.; Wehler (1973), S. 104; Eley (1980), S. 335 ff.  
<sup>50</sup> Zur Veränderung von ökonomischer Lage, Organisationsverhalten und politischer Orientierung von Angestellten und Beamten s. Kocka (1973), S. 71 ff.; ders. (1981), S. 145 ff.; Bieber (1981), S. 425 ff.; Kunz (1986), S. 58 ff. und 101 ff.; Süle (1988), S. 231 ff.; im übrigen unten S. 139 ff.  
<sup>51</sup> S. Mattes (1921), S. 82 f.; Hundhammer (1924), S. 121 ff.; Ay (1968), S. 109 ff.; Haushofer (1977), S. 574 ff.; allgemein: Kocka (1973), S. 99 f.  
<sup>52</sup> S. hierzu Bieber (1981), passim.  
<sup>53</sup> Bethmann Hollweg an Prinz Max v. Baden, 17.1.1918; abgedr. bei Zechlin (1964), S. 451 ff.  
<sup>54</sup> S. u. a. Bethmann Hollweg (1922), Bd. 2, S. 32 ff.; Wehler (1973), S. 199 f.; Bieber (1981), S. 76 f., 528 f. u. ö.  
<sup>55</sup> S. Crone-Münzebrock (1920), S. 25 u. 30.  
<sup>56</sup> Für das Handwerk s. Kocka (1973), S. 85 ff.; Mai (1983), S. 78 ff.; für den Einzelhandel Grünfeld (1922), S. 14.  
<sup>57</sup> S. Kocka (1973), S. 63 f.; Bieber (1981), S. 141 ff. und 361 ff.  
<sup>58</sup> S. Wehler (1973), S. 104; Peck (1978), S. 203 ff.; Stegmann (1983), S. 218 ff.  
<sup>59</sup> S. Hamel (1967), S. 167 ff.  
<sup>60</sup> Witt (1973), S. 342.

- <sup>61</sup> Zitiert aus dem Protokoll der Vorstandssitzung des Alldeutschen Verbandes vom 20.10.1918 bei Lohalm (1970), S. 53 f.
- <sup>62</sup> S. Bieber (1981), S. 565 ff.
- <sup>63</sup> Scheidemann in der Kabinettsitzung vom 7.11.1918, in: Die Regierung des Prinzen Max von Baden (1962), S. 575.
- <sup>64</sup> S. Könnemann (1971), S. 19 ff.; Kluge (1975), S. 63 ff.; Bieber (1981), S. 554 ff.; Schmidt (1981), S. 16 ff. und 145 ff.
- <sup>65</sup> Tagebuchnotiz Thomas Manns vom 18.10.1918, in: Thomas Mann, Tagebücher (1979), S. 39.
- <sup>66</sup> S. Deist (1966).
- <sup>67</sup> S. Ludwig (1919), S. 67; Herwig (1977), S. 199 f.; Dähnhardt (1978).
- <sup>68</sup> Thomas Mann, Tagebücher (1979), S. 65.
- <sup>69</sup> S. zum Beispiel Heinz, Sprengstoff (1930), S. 27; vgl. auch Möckel (1919), S. 26 ff.

## 1. Kapitel

- <sup>1</sup> Von Koenigswald (1933), S. 89.
- <sup>2</sup> Oldenburg-Januschau (1936), S. 208.
- <sup>3</sup> Schickele (1919), S. 86 f. – Für das Meinungsspektrum auf lokaler Ebene am Beispiel Frankfurts s. Hollenberg (1979), S. 408 ff.
- <sup>4</sup> S. Schulze (1982), S. 47.
- <sup>5</sup> S. den Bericht der Münchener Post v. 8. 11. 1918, abgedruckt bei Ritter/Miller (1983), S. 58 ff.
- <sup>6</sup> S. Schubert (1976), S. 235.
- <sup>7</sup> Als Kehrseite zeigt sich mitunter eine widerwillige Faszination. »Mit Staunen und vielfach mit Bewunderung sieht der Bürger den Aufbau der sozialdemokratischen Partei, in der alle Kräfte zusammengefaßt sind, die Agitation nie schlummert, durch die Opferwilligkeit der Kleinsten die größten Geldmittel vereinigt werden.« So Eyck (1919), S. 23.
- <sup>8</sup> Zitiert bei Krause (1974), S. 56; ähnlich u. a. v. Koenigswald (1933), S. 89; Hermanns (1933), S. 36; Gessler (1958), S. 110.
- <sup>9</sup> Watt (1971), S. 181.
- <sup>10</sup> S. Thimme (1969), S. 11; vgl. auch Brammer (1919), S. 5 und 11 f.
- <sup>11</sup> S. v. Hehl (1987), S. 136.
- <sup>12</sup> Tagebuch-Aufzeichnung des damaligen Nürnberger Oberbürgermeisters Otto Geßler vom 9. 11. 1918; abgedruckt bei Geßler (1958), S. 110.
- <sup>13</sup> Eyck (1919), S. 20.
- <sup>14</sup> Abgedr. bei Buchner (1921), S. 196.
- <sup>15</sup> Tagebuch-Notiz Harry Graf Kesslers vom 13. 11. 1918; Kessler (1961), S. 32; ähnlich Möckel (1919), S. 22.
- <sup>16</sup> Die gegenwärtig neueste Darstellung (Kluge, 1985) widmet der Redaktion des Bürgertums nicht einmal einen eigenen Absatz.
- <sup>17</sup> Ein Beispiel hierfür liefert der Selbstmord des Generaldirektors der HAPAG, Albert Ballin, am 9. 11. 1918; s. dazu Cecil (1967), S. 345 ff.
- <sup>18</sup> Gustav (1919), S. 18.
- <sup>19</sup> Scheidemann (1921), S. 213.
- <sup>20</sup> S. Metzmacher (1967), S. 234 f.
- <sup>21</sup> S. Sander (1971), S. 136. In Jülich entstand ein Arbeiter- und Bürgerrat; s. Bers (1974), S. 2.

- <sup>22</sup> Für Greifswald s. Copius (1958/59), S. 13; für Dessau Die Novemberrevolution 1918. Ein geschichtlicher Abriss unter Darstellung der Ereignisse in Dessau (1958), S. 35 f.
- <sup>23</sup> S. Czok (1958), S. 14 f. und 38.
- <sup>24</sup> Für Sachsen s. Kruppa (1957), S. 9; Großenhain in den Revolutionstagen (1958), S. 24. Für Thüringen Kiß (1928), S. 30 ff.; Geschichte der Universität Jena (1958), S. 529; Gutsche (1959), S. 143. Für Hessen: Hessen 1918–20 (1974), S. 24 f.; Mai (1976), S. 149 ff.; MacDonald (1977), S. 36. Für Schleswig-Holstein Christiansen (1973), S. 59; Stamm (1977), S. 127 und 134. Für Mecklenburg Jahnke (1958), S. 17. Für Ostpreußen Kolb (1962), S. 375 f.; für Danzig Loops (1929), S. 171; Remig (1980), S. 22.
- <sup>25</sup> S. Mühlberger (1975), S. 35 ff. Auch in Göttingen wurde statt eines Arbeiter- und Soldatenrates ein Arbeiter- und Volksrat gebildet; s. Popplow (1976), S. 215.
- <sup>26</sup> S. Schulte (1936), S. 23, 33 f. und 51 ff.; dazu Hürten (1970), S. 308 f.
- <sup>27</sup> S. Patton (1985), S. 104.
- <sup>28</sup> Für Baden s. Seidl (1981), passim; für Karlsruhe ferner Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. 137; für Mannheim ebda. S. LXXXIII; Cordes (1978), S. 119. In Etlingen entstand überhaupt kein Arbeiterrat, sondern nur ein Bürger- und Bauernrat; s. Seidl (1981), S. 56. Für Württemberg s. Steinhilber (1963), S. 245. Für Bayern Mattes (1921), S. 111; Hillmayr, in: Bayern in Umbruch (1969), S. 475; Müller-Aenis (1986), S. 181 ff.; speziell für Rosenheim Kögl (1969), S. 22; für Burghausen und Mühldorf Linse (1970), S. 380 und 422.
- <sup>29</sup> S. Sander (1971), S. 150 f.
- <sup>30</sup> S. Schumann (1961), S. 71 f.; Meinhardt (1971), S. 218 und 220.
- <sup>31</sup> S. Hesterberg (1932), S. 14; Hoefler (1938), S. 12; Löbe (1954), S. 70 f.; Drabkin (1968), S. 226.
- <sup>32</sup> S. Schumann (1961), S. 71 f.
- <sup>33</sup> Aus der Liegnitzer Lokalpresse vom 24. 11. 1918 zitiert bei Mielenz (1919), S. 25.
- <sup>34</sup> S. Schacht (1953), S. 197 ff.; vgl. auch die sarkastische Bemerkung Tucholskys in einem Brief an Hans Erich Blaihch vom 14. 12. 1918, abgedruckt in: Tucholsky, Ausgewählte Briefe (1962), S. 63 f.
- <sup>35</sup> S. die Aufzeichnung Max Webers vom 18. 11. 1918; zitiert bei Marianne Weber (1926), S. 645.
- <sup>36</sup> Für Bielefeld s. Severing (1950), Bd. 1, S. 227 ff.; für Iserlohn Mühlberger (1975), S. 36 f.; für Freiburg Seidl (1981), S. 47 f.; für Hindenburg Schumann (1961), S. 73.
- <sup>37</sup> S. Kolb (1962), S. 91 ff.; für Recklinghausen Schmidt (1977), S. 77.
- <sup>38</sup> S. Schumann (1961), S. 73 f., 81 ff. und 96 ff. Der Volksrat Breslau war zunächst als Bürgerausschuß entstanden; s. ebda. S. 81. Für ähnliche Beispiele aus Hessen s. MacDonald (1977), S. 35; Hollenberg (1979), S. 413 Anm. 81; für die Eifel Sander (1971), S. 142 und 151; für Aachen s. Metzmacher (1968), S. 160; Beispiele aus Bayern bei Müller-Aenis (1986), S. 195 ff.; aus Baden Heinz (1919), S. 12; Oeftering (1920), S. 278; Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. LXXX u. ö.; Seidl (1981), S. 53. Dagegen handelte es sich beim Volksrat der Provinz Schleswig-Holstein um den Aktionsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte, in dem das bürgerliche Element keine nennenswerte Rolle spielte; s. Bracker (1974), S. 261 f.; Dähnhardt (1978), S. 147 f.
- <sup>39</sup> S. Bey-Heard (1969), S. 108.
- <sup>40</sup> S. Schmillen (1980), S. 60.

- 41 S. Metzmacher (1967), S. 217; Luther (1958), S. 22 und 34 ff.
- 42 S. Metzmacher, (1968), S. 152, Anm. 4, und 155. Ein ähnlich zusammengesetzter Wohlfahrtsausschuß bildete sich in Forst in der Lausitz; s. Die Novemberrevolution in Forst (o. J.), S. 19 f.
- 43 S. Schäfer (1919), S. 19 ff.; Drabkin (1968), S. 227.
- 44 Zu Mannheim und Karlsruhe s. Oeftering (1920), S. 69 ff., 105 und 123 f.; Remmele (1925), S. 18; Kaller (1966), S. 55 f.; Cordes (1978), S. 55 f.; zu Lahr Heinz (1919), S. 10; Caroli/Stimpel (1979), S. 126 f., und Seidl (1981), S. 40 f., 78 f. und 87. In Freiburg i. B. entstand ein Sozialer Ausschuß aus Vertretern von Arbeiterrat, Bürgerrat, Stadtverwaltung und Industrie, in Schopfheim ein Volksrat als Zusammenschluß von Arbeiterrat und Bauernrat; s. ebda. S. 86 und 69. In Speyer firmierte der personell geringfügig erweiterte Stadtrat als Wohlfahrtsausschuß, der jedoch bedeutungslos blieb; s. Geschichte der Stadt Speyer, Bd. 2 (1983), S. 301. In Frankfurt a. M. geriet ein gleichnamiger Ausschuß aus je vier Mitgliedern der SPD und FVP, den beiden stärksten Parteien der Stadtverordnetenversammlung, gegenüber dem Arbeiter- und Soldatenrat ins Hintertreffen; s. H. Marx (1919), S. 141; Drüner (1934), S. 327 ff.; Albertin (1972), S. 48 ff.; Kluge (1972), S. 222; Hollenberg (1979), S. 407. Nach Luckemeyer (1975), S. 193, bestand der Ausschuß aus fünf Freisinnigen, vier Mehrheitssozialisten und einem Unabhängigen.
- 45 S. Sander (1971), S. 145.
- 46 S. Schulte (1936), S. 142 ff.. Bei den Wohlfahrts- und Ordnungsausschüssen, die in Thüringen entstanden, handelte es sich nicht um städtische Bildungen, sondern um solche der Landbevölkerung, die den Bauernräten gleichzusetzen sind; s. G. Schulze (1972), S. 117.
- 47 S. Beeck (1977), S. 63.
- 48 S. Berliner Tageblatt v. 30. 11. 1918, Morgenausgabe; H. Marx (1919), S. 155; Hermann Müller (1928), S. 60; Grotjahn (1932), S. 201; Scheuigenflug (1959), S. 84 f.; Materna (1978), S. 21.
- 49 S. H. Marx (1919), S. 182; Paul Müller (1957), S. 83.
- 50 S. Kolb (1962), S. 8 ff. und 197 ff.
- 51 S. z. B. Ernst Däumig, Der Rätegedanke und seine Verwirklichung, in: Die Revolution (1920), S. 86 f.; ausführlich Dähn (1975).
- 52 Vorwärts v. 6. 11. 1918, zitiert bei Eliasberg (1974), S. 15.
- 53 S. z. B. Thomas Manns Tagebuchnotiz vom 11. 11. 1918; Thomas Mann, Tagebücher (1979), S. 71.
- 54 S. Stegmann (1970), S. 176 ff. u. ö.; Witt (1970), S. 308 ff.; Lexikon zur Parteigeschichte III (1985), S. 91 ff.
- 55 Hansa-Bund, 9. Jg. Nr. 12 (Dezember 1918), S. 42.
- 56 Zur Entstehung der Bauernräte s. unten S. 97 ff.
- 57 Köhler in der konstituierenden Versammlung des Bürgerrates Groß-Berlin am 20. 11. 1918; zitiert in: Hansa-Bund a. a. O.
- 58 Aufruf des Hansabundes zur Bildung von Bürgerausschüssen, abgedr. ebda. S. 42; Berliner Tageblatt vom 13. 11. 1918, Abendausgabe; H. Marx (1919), S. 203 f.; v. Koenigswald (1933), S. 81 f.; s. auch Schmidt (1984), S. 28 ff.
- 59 Hansa-Bund, a. a. O., S. 44.
- 60 Die »Anleitung zur Gründung von Bürgerräten« ist abgedruckt ebda. S. 43 f.; auch zum folgenden.
- 61 S. den bei von Koenigswald (1933), S. 91, abgedruckten Artikel der Kreuz-Zeitung vom 18. 11. 1918.
- 62 Der CDI-Vorsitzende Roetger in der Vorstandssitzung des VdEstI am 13. 11. 1918; Bundesarchiv Koblenz R 13 I/155, Bl. 123.

- <sup>63</sup> Ernst v. Borsig, Mitinhaber der Lokomotiv- und Maschinenfabrik Borsig AG in Tegel, Vorsitzender des Verbandes Berliner Metallindustrieller, stellvertretender Vorsitzender der VDA und Ausschußmitglied des CDI, ebda., Bl. 119.
- <sup>64</sup> Friedrich Grau, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Wilhelmshall-Oelsburg und Kohlen Großhändler in Halberstadt, ebda., Bl. 122.
- <sup>65</sup> Roetger, ebda., Bl. 123.
- <sup>66</sup> So der Geschäftsführer der VDA, Tänzler, noch in deren Mitgliederversammlung am 18.12.1918. Sein Fazit: »Das ist kein Bundesgenosse.« Zitiert bei Winkler (1972), S. 67.
- <sup>67</sup> Hilger in der VdEstI-Vorstandssitzung vom 13.11.1918; BA, R 13 I/155.
- <sup>68</sup> S. Mast (1955), S. 17 ff.
- <sup>69</sup> S. BT v. 16.11.1918, Abendausgabe.
- <sup>70</sup> S. den im BT vom 14.11.1918, Abendausgabe, und in der Deutschen Tageszeitung v. 14.11.1918 veröffentlichten Aufruf; abgedruckt bei Buchner, Revolutionsdokumente (1921), S. 197; s. auch Schmidt (1984), S. 35 ff. und 49 f.
- <sup>71</sup> BT v. 17.11.1918, Morgenausgabe.
- <sup>72</sup> S. BT v. 20.11.1918, Morgenausgabe; Hansa-Bund, 9. Jg. Nr. 12 (Dez. 1918), S. 42; Bey-Heard (1969), S. 82; Albertin (1972), S. 32 f.; Schmidt (1984), S. 29 und 71 f. Das bei Koenigswald (1933), S. 92 f. abgedruckte und in Ursachen und Folgen, Bd. 3 (1959), S. 18 f. wieder aufgenommene Flugblatt des Bürgerrats von Groß-Berlin vom 20.11.1918 weicht z. T. im Wortlaut von dem hier zitierten Aufruf ab. Es ist wahrscheinlich falsch datiert und erst im Dezember 1918 veröffentlicht worden. – Salomon Marx war zu Anfang des Jahrhunderts Generaldirektor der Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerke Danzig und Großherzoglich-Oldenburgischer Konsul. Nach anscheinend nur mühseliger Abwendung eines Konkurses schied er 1905 aus der Firma aus und trat 1906 in die Berliner Bank für Handel und Industrie ein. Spätestens seit 1913 betrieb er ein eigenes Bankgeschäft, die Internationale Handelsbank Berlin; s. seine Briefe an Maximilian Harden vom 16.7.1905, 17.3.1906 und 24.2.1913; BA, Nl. Harden Nr. 71; zu seiner Biographie s. auch Schmidt (1984), S. 52.
- <sup>73</sup> S. Hamburger Fremdenblatt v. 14.11.1918; Ausschnitt in StA Hamburg, Senatskriegsakten, X.
- <sup>74</sup> Hamburger Echo Nr. 267 v. 14.11.1918; s. auch Schütt (1975), S. 88.
- <sup>75</sup> S. Lambers (1962), S. 48.
- <sup>76</sup> Soweit ermittelbar, ergibt sich folgende Chronologie für Bürgerratsgründungen: 13.11. Weimar; 14.11. Leipzig, Darmstadt und Rostock; 15.11. Gießen; 16.11. Plauen; 17.11. Oldenburg, Eisleben und Sangershausen; 18.11. Stuttgart und Saarbrücken; 19.11. Nordhausen; 20.11. Dresden, Erfurt, Hannover und Dortmund; 25.11. Wandsbek, Stralsund und Greiz; an den folgenden Tagen u. a. Deuben, Mücheln, Wernigerode, Braunschweig, Stade, Bad Wildungen, Hervest-Dorsten, Remscheid, Elberfeld, Hanau, Frankfurt/M. und Rosenheim. Für Weimar s. Schmidt (1984), S. 30; zur Entstehung des Hessischen Bürger- und Bauernausschusses in Darmstadt s. Seelbach (1975), S. 63; zum Gießener Bür ebda., S. 58; für Rostock: Geschichte der Universität Rostock 1419–1969 (1969), I, S. 158; für Plauen: Donnerhack (1958), S. 30 f.; für Oldenburg: Günther (1979), S. 169; für Leipzig: Aufruf des Vorbereitenden Ausschusses zur Errichtung eines einheitlichen Bürgerausschusses vom 15.11.1918; BA, Nl. Goetz Nr. 60; Nachrichtenblatt des Landesbürgerrats Sachsen (künftig zit.: NBl LBÜR Sachsen), 1. Jg. Nr. 17 (25.11.1919); Walter Goetz, Der Leipziger Generalstreik, in: Deutsche Politik, Jg. 1919, S. 404; Leipziger Bürgerausschuß, Ein Tätigkeitsbericht. November 1918–November



- 1919, Leipzig 1919, S. 2; für Eisleben: Novemberrevolution 1918. Mansfelder Land (1958), S. 23; für Sangershausen: Fleischer (1958), S. 30. In Stuttgart konstituierte sich am 18. 11. 1918 in einer von den Bürgervereinen einberufenen Versammlung ein Ausschuß zur Vorbereitung eines Bürgerrats; s. Scheck (1981), S. 182. Der eigentliche BüR wurde am 2. 12. 1918 gegründet; s. das Schreiben des BüR von Groß-Stuttgart an Bloß vom 12. 12. 1918; HStA Stuttgart, E 130a Bü 204; s. auch Kohlhaas (1964), S. 5; Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19 (1976), S. 50 Anm. 76. Für Saarbrücken s. Metzmaker, Die Herrschaft des ASR 1918 in Saarbrücken (1971), S. 244 f.; für Nordhausen: Bensing (1958), S. 35 f.; für Dresden: Dörrer (1961), S. 169; für Erfurt: Freikorps Thüringen (1935), S. 13; Gutsche (1959), S. 132; für Hannover: Anlauf (1919), S. 63; der Aufruf zur Gründung des Bürgerbundes findet sich im Faksimile bei Dietsch (1968/69), S. 6 f.; für Dortmund: Marßolek (1975), S. 258; für Wandsbek: HE Nr. 279 v. 26. 11. 1918; für Stralund und Stolp: Geschäftsbericht des Bürgerbundes Stettin, in: Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 6 (29. 11. 1919), Beiblatt; Jahnke (1958), S. 24 f.; für Greiz: Kiß (1928), S. 34 ff.; für Deuben: Dörrer (1961), S. 163 f.; für Mücheln: Die Novemberrevolution 1918 im Kreis Merseburg (1958), S. 28; zum Rat der selbständigen Erwerbszweige in Braunschweig s. Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 38 (17. 7. 1920); für Stade: Die Hilfe v. 19. 12. 1918 (Gertrud Bäumer, Heimachronik v. 8. 12. 1918); für Bad Wildungen: Hessen 1918–20 (1974), S. 34; für Herve: Bericht des Amtmanns von Wulfen an den RP Münster v. 27. 2. 1919; StA Münster, Reg. Münster, Nr. 4204; für Remscheid: Die Remscheider März-kämpfe 1920 (1934), S. 6 und 11; für Elberfeld: Knies (1975), S. 130; Klein/Scherer (1976), S. 15 ff.; Schmillen (1980), S. 56 ff. In der Nachbarstadt Vohwinkel wurde die Gründung eines BüR für den Fall einer Besetzung durch die Siegermächte in Aussicht genommen, aber soweit ersichtlich nicht verwirklicht; s. Ziegler (1929), S. 173; für Hanau s. Krause (1974), S. 74; für Frankfurt: Drüner (1934), S. 378; Lucas (1969), S. 102; Hollenberg (1979), S. 242 f.; für Rosenheim: Kögl (1969), S. 24; außerdem für Aachen: Herrmanns (1933), S. 39, und Plum (1972), S. 38; für Augsburg, Nördlingen und Lindau: Müller-Aenis (1986), S. 190 ff.; für Kassel die Tagebuchnotiz des damaligen Oberbürgermeisters Koch-Weser v. 16. 11. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 14, Bl. 137.
- 77 S. die Mitteilungen von Dobrick-Wernigerode in: Verhandlungsbericht über die Ersttagung des Reichsbürgerrats (künftig abgekürzt: RBüR) im Preussischen Abgeordnetenhaus zu Berlin am 5. 1. 1919, S. 67 f.
- 78 Beide wurden schon am 11. 11. 1918 gegründet: für Glauchau s. Schmidt (1984), S. 30; für Wilhelmshaven Grundig (1957), S. 125.
- 79 Für Würzburg s. Weber (1973), S. 94 f.; für Jülich den Bericht des LR in Jülich an den RP in Aachen, 28. 11. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Aachen, Präs. 856; s. auch Bers (1974), S. 3.
- 80 Hier wurde am 21. 11. 1918 ein BüR gewählt; s. Sander (1971), S. 142.
- 81 In Simmern wurde am 16./17. 11. eine gemeinsame Kandidatenliste für den BüR aufgestellt, nachdem der Soldatenrat Simmern die Wahl von Bürger- und Bauernräten in jeder Gemeinde des Kreises angeordnet hatte; s. ebda. S. 149 f.
- 82 Hier rief das Zentrum am 15. 11. zur Bildung von Bauern-, Bürger- und Beamtenräten auf, außerdem von Frauenräten, die alle »gleiches Recht mit den Soldaten- und Arbeiterräten« teilen sollten; zitiert bei Schofer (1926), S. 109; Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. LXXXIV.
- 83 Zu Eberbach, Bruchsal, Baden-Baden, Konstanz und Lörrach s. ebda. S. LXXXI, Anm. 71; zum Volksrat Mannheim, der am 19. 11. 1918 gegründet

- wurde, ebda. S. LXXXIf. und 333 ff.: zu Haßlach Dittler (1978), S. 104. Hingegen war am Zustandekommen des BÜR Freiburg wiederum der Hansa-Bund beteiligt; s. Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. 267, Anm. 13, und Seidl (1981), S. 62.
- <sup>84</sup> S. ebda., S. 63 f.
- <sup>85</sup> S. ebda., S. 68 und 80.
- <sup>86</sup> Z. B. am 25. 11. in Ludwigsburg und am 6. 12. in Künzelsau; s. das Schreiben des Vorsitzenden des BÜR Künzelsau, des Lehrers Wißmann, an die provisorische Regierung in Stuttgart, 22. 12. 1918; HStA Stuttgart, E 130a Bü 204.
- <sup>87</sup> Für Leipzig s. Goetz (1957), S. 55 f.
- <sup>88</sup> S. Der Bürgerausschuß Bremen (o. J.), S. 11 ff.; auch zum folgenden: s. auch Müller-Breves (1919), S. 22 f.; Kuckuk (1986), S. 99 ff. Der Aufruf ist auch abgedruckt bei Kuckuk (1969), S. 37 f., und ders. (1986), S. 313.
- <sup>89</sup> S. BUA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918/19, S. 53; Müller-Breves (1919), S. 36; Schwarzwälder (1983), S. 39; zur Biographie Vinnens s. auch Bremische Biographie 1912–62 (1969), S. 536 f.
- <sup>90</sup> S. Roloff (1964), S. 39 f.
- <sup>91</sup> S. den Abdruck des Aufrufes in: Appelle einer Revolution (1968), S. 19.
- <sup>92</sup> So jedenfalls berichteten später seine damaligen Rivalen; s. 13. November 1918–1925. 7 Jahre Bürgerrat, in: Der Bürger. Mitteilungsblatt des Bürgerbundes München: Landesbürgerrat Bayern, 1. Jg. Nr. 5 (Nov. 1925); vgl. auch den Nachruf auf Meyer-Absberg, ebda. 3. Jg. Nr. 5 (Nov. 1927), und die Mitteilungen Meyer-Absbergs auf der Ersttagung des RBÜR am 5. 1. 1919 in Berlin, Verhandlungsbericht S. 35; Revolution und Räteherrschaft in München (1968), S. 30.
- <sup>93</sup> S. Hillmayr (1974), S. 28 f.
- <sup>94</sup> Ab 14. 11. 1918 gehörten dem Ausschuß an: Dr. Georg Beutner, Rudolf Gerlich, Ernst Glunk, Dr. Willy Herrmann, Rudolf Meyer-Absberg, Dr. Anton Mößner, Eugen Reinartz, Alexander Rodenstock, Oskar Schellmann, Ad. Schleicher, Hans Schmiedbauer, Dr. Adolf Strauß, Erich Stein, Kurt Waldmann; s. Der Bürger (München), 1. Jg. Nr. 5 Nov. 1925.
- <sup>95</sup> Ob die Initiative Baumanns tatsächlich einen »sozialdemokratischen Versuch« darstellte, »das Bürgertum in das Lager der Marxisten zu führen«, wie Kanzler (1931), S. 69, schreibt, ließ sich nicht klären, auch nicht, ob die »Demokratisch-sozialistische Bürgerpartei«, die er Anfang Dezember 1918 gründete, als »Frontverlängerung« für die SPD gedacht war. Sie wurde von den etablierten bürgerlichen Parteien und Organisationen so unter Beschuß genommen, daß sie schon Mitte Dezember ihre Landtagskandidaturen zurückzog und von der Bildfläche verschwand; s. Der Bürger (München), Nov. 1925; Revolution und Räteherrschaft in München (1968), S. 35. – Baumann scheint später gelegentlich noch als Diskussionsredner in politischen Versammlungen aufgetreten zu sein; s. Maser (1965), S. 159.
- <sup>96</sup> Zitat aus einem Plakat des BÜR; im Faksimile wiedergegeben in: Appelle einer Revolution (1968), Anlage 11.
- <sup>97</sup> Entweder er selbst oder die Personen, die hinter ihm standen, beteiligten sich vermutlich auch am Aufbau politisch gleichgesinnter Organisationen wie dem Hilfsbund der Münchener Einwohnerschaft, dem Ordnungsbund der Bürger und einem Verein zur Verhinderung der Revolution; s. Steger (1980), S. 101 f. – Vgl. auch Thomas Manns Notiz vom 20. 11., das Bürgertum »sammelt« sich..., in jedem Sinne«; Tagebücher (1979), S. 86.
- <sup>98</sup> MNN Nr. 617 v. 6. 12. 1918; s. auch MP Nr. 285 v. 6. 12. 1918.

- 99 S. Hansa-Bund, 9. Jg., Nr. 12 (Dez. 1918), S. 44; der Redaktionsschluß der Ausgabe lag am 18. 11. 1918. Schmidt (1984), S. 75, beziffert die Zahl der Bürgerräte für den gleichen Zeitpunkt auf 75.
- 100 S. das Teilnehmerverzeichnis der Erstagung des RBüR am 5. 1. 1919 in Berlin, Verhandlungsbericht, S. 129ff. – An manchen Orten waren sie möglicherweise nur geplant, ohne tatsächlich ins Leben zu treten. Schmidt (1984), S. 75, hält für diesen Zeitpunkt die Gründung von 158 Bürgerräten für gesichert. – Für die verschiedenen Gründungsmuster der Bürgerräte vgl. ebda. S. 77ff.
- 101 Zitiert bei Seidl (1981), S. 62.
- 102 S. Schmidt (1984), S. 59f.; zum Einfluß der Banken im Groß-Berliner Bürgerrat s. ebda. S. 50ff.
- 103 Dem Bremer BüA gehörten Mitglieder der Schriftleitungen aller großen Tageszeitungen der Stadt an, gleichfalls dem Groß-Berliner BüR; im BüA Frankfurt saß Wilhelm Cohnstädt, Redakteur der angesehenen Frankfurter Zeitung, im BüA Saarbrücken der Chefredakteur der »Saarbrücker Volkszeitung«, des Organs der Zentrumsparterie; Spiritus rector bei der Gründung des BüR Mannheim war der Chefredakteur der dortigen »Volksstimme«. Für Bremen s. BüA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918/19, S. 34ff.; für Frankfurt Lucas (1969), S. 103; für Berlin Schmidt (1984), S. 56; für Saarbrücken Metzmaker (1971), S. 245 Anm. 84; für Mannheim Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. 334 Anm. 3.
- 104 S. Schmidt (1984), S. 52ff. und 62f.
- 105 Zu Haßlach s. Dittler (1978), S. 104; zu Ettenheim oben S. 62f.
- 106 S. Novemberrevolution 1918. Mansfelder Land (1958), S. 24.
- 107 S. das Telegramm des BüR Ludwigsburg an die provisorische Regierung in Stuttgart, 27. 12. 1918; HStA Stuttgart, E 130a Bü 204.
- 108 S. z. B. für Alsfeld Jäkel (1969), S. 179f.; für Hungen bei Gießen Seelbach (1975), S. 63; für Bayern Müller-Aenis (1986), S. 194.
- 109 Für Jülich s. den Bericht des LR in Jülich an den RP in Aachen v. 28. 11. 1918, a. a. O.; für Schwäbisch-Gmünd das Telegramm des BüR Schwäbisch-Gmünd an Bloss vom 10. 12. 1918, HStA Stuttgart, E 130a Bü 195; für Mannheim den Bericht über die Gründungsversammlung am 19. 11. 1918, in: Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. 333ff.: für Hannover Anlauf (1919), S. 64; für Berlin Schmidt (1984), S. 57.
- 110 S. Knies (1975), S. 130; Schmitten (1980), S. 57f.
- 111 S. Günther (1979), S. 169.
- 112 S. den Ausschnitt aus dem Württembergischen Staatsanzeiger v. 22. 11. 1918 in HStA Stuttgart, E 130a Bü 195, und den abschließenden Rechenschaftsbericht des BüR, zit. nach Süddt. Zeitung Nr. 45 v. 16. 2. 1922, Ausschnitt in HStA Stuttgart, E 130a Bü 204. Ähnlich setzten sich die übrigen württembergischen Bürgerräte zusammen; s. z. B. für Schwäbisch-Gmünd das Tel. des BüR Schwäbisch-Gmünd an Bloss v. 10. 12. 1918; HStA Stuttgart, E 130a Bü 195.
- 113 Für Leipzig s. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 17 (25. 11. 1919); Walter Goetz, Der Leipziger Generalstreik, in: Deutsche Politik, Jg. 1919, S. 404; für Berlin Schmidt (1984), S. 63.
- 114 S. die Aufstellung der dem BüA Bremen angeschlossenen Vereine und Körperschaften, in: BüA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918/19, S. 34ff. – Beim BüA Münster, den Könnemann in: Lexikon zur Parteiengeschichte III (1985), S. 652f., und Schmidt (1984), S. 80f., als exemplarisches Beispiel vorstellen, handelt es sich nicht um einen Bürgerrat, sondern um den oben (s. S. 56) genannten Wohlfahrtsausschuß. Es scheint daneben in Münster auch einen BüR

- gegeben zu haben (s. Schulte, 1939, S. 199), über den jedoch nichts Näheres in Erfahrung zu bringen war.
- <sup>115</sup> S. Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. LXXX, Anm. 71, und 333 ff.; Seidl (1981), S. 67 f. und 80.
- <sup>116</sup> Für Frankfurt s. Lucas (1969), S. 103, und Hollenberg (1979), S. 425; für Wuppertal Klein/Scherer (1976), S. 34; für Braunschweig Roloff (1964), S. 39 f.; für Berlin Schmidt (1984), S. 55 f. und 136 ff.
- <sup>117</sup> S. Schumacher (1972), S. 21; Stephan (1973), S. 25; Luckemeyer (1975), S. 29 f. und 58.
- <sup>118</sup> Für Köhler s. ebda. S. 63; für Rahardt Deutsches Handwerksblatt 13 (1919), S. 22.
- <sup>119</sup> S. Mast (1955), S. 19 ff.
- <sup>120</sup> S. Goetz (1957), S. 57. Goetz war bereits unmittelbar vor dem Umsturz, am 7. 11. 1918, in einer von Nationalliberalen und FVP einberufenen Versammlung als Redner hervorgetreten und hatte sich gleichermaßen gegen die »letzte nationale Erhebung«, wie sie u. a. von Rathenau propagiert wurde, wie gegen das »Einwirken des Bolschewismus in Deutschland« ausgesprochen; s. H. Marx (1919), S. 93.
- <sup>121</sup> S. Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. 334, Anm. 3 und 4.
- <sup>122</sup> S. Klein/Scherer (1976), S. 35; Knies (1975), S. 130.
- <sup>123</sup> Für Frankfurt s. Hollenberg (1979), S. 425; für Nördlingen Müller-Aenis (1986), S. 207.
- <sup>124</sup> S. Roloff (1964), S. 40.
- <sup>125</sup> Goetz an Ernst Jaekch, 9. 12. 1918; zitiert in: Jaekch (1954), S. 464.
- <sup>126</sup> Gertrud Bäumer in: Die Hilfe, Nr. 48 v. 28. 11. 1918, S. 568.
- <sup>127</sup> S. Klein/Scherer (1976), S. 34.
- <sup>128</sup> Er vertrat Elberfeld bei der ersten Tagung des RBüR Anfang Januar 1919 in Berlin und gelangte in dessen Führungsgremium; gleichzeitig spielte er in der DVP eine aktive Rolle; später zog er für sie in den preußischen Landtag ein; s. Verhandlungsbericht über die Ersttagung des RBüR am 5. 1. 1919 in Berlin, S. 120 und 124; Albertin (1972), S. 166 und 172.
- <sup>129</sup> S. Novemberrevolution 1918. Mansfelder Land (1958), S. 23. Zur sozialen Zusammensetzung des BüA Frankfurt s. Hollenberg (1979), S. 426.
- <sup>130</sup> S. Anlauf (1919), S. 63.
- <sup>131</sup> S. Süddeutsche Zeitung Nr. 45 v. 16. 2. 1922; Ausschnitt in HStA Stuttgart, E 130a Bü 204.
- <sup>132</sup> S. Kohlhaas (1968), S. 240.
- <sup>133</sup> Der BüR Stuttgart forderte die Regierung zur kostenlosen Überlassung von drei Räumen auf, »womöglich im Landtagsgebäude«, blitzte mit diesem Ansinnen, das zugleich seinen Mitspracheanspruch unterstrich, jedoch ab; die provisorische Regierung stellte die Entscheidung bis zur Konstituierung des neuen ASR zurück; s. Protokoll der Kabinettsitzung vom 19. 11. 1918; HStA Stuttgart, E 130b Bü 214; Scheck (1981), S. 183.
- <sup>134</sup> S. Seidl (1981), S. 65.
- <sup>135</sup> In Frankfurt z. B. fanden sich im Finanzausschuß des BüA »die besten Namen der Bürgerschaft«; Achinger (1970), S. 38.
- <sup>136</sup> S. Hollenberg (1979), S. 425 Anm. 107; für Berlin s. Schmidt (1984), S. 119 ff.
- <sup>137</sup> So der Hauptreferent der Gründungsversammlung des BüR Mannheim am 19. 11. 1918; s. den Bericht des Mannheimer Generalanzeigers hierüber, abgedruckt in: Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. 335. Fast wörtlich übereinstimmend der Aufruf des BüR von Groß-Berlin vom

20. 11. 1918, abgedruckt in: *Hansa-Bund*, 9. Jg. Nr. 12 (Dez. 1918), S. 42; ähnlich der Bürgerbund Hannover (s. Anlauf, 1919, S. 63) sowie der BÜR Plauen (s. Donnerhack, 1958, S. 31). Eine ausdrückliche Ablehnung jeder »Gegenrevolution« findet sich auch beim BÜR Gießen; s. Seelbach (1975), S. 58.
- <sup>138</sup> So der Hauptreferent auf der Gründungsversammlung des BÜR Mannheim; wie Anm. 137.
- <sup>139</sup> So der BÜR Stuttgart; s. Scheck (1981), S. 183.
- <sup>140</sup> So der BÜR Erfurt; zitiert bei Gutsche (1959), S. 132.
- <sup>141</sup> Aufruf des BÜR Groß-Berlin vom 20. 11. 1918, in: *Hansa-Bund*, 9. Jg. Nr. 12 (Dez. 1918) S. 42; ähnlich der BÜR Stuttgart in seiner Gründungserklärung vom 2. 12. 1918 gegenüber der provisorischen württembergischen Regierung; s. sein Schreiben am Bloss v. 12. 12. 1918; HStA Stuttgart, E 130a Bü 204.
- <sup>142</sup> So der BÜR Groß-Berlin in seinem Aufruf vom 20. 11. 1918, a. a. O.; s. auch Schmidt (1984), S. 133 f.
- <sup>143</sup> Entschließung des Bremer BüA vom 7. 12. 1918; abgedr. in: *Bürgerausschuß Bremen, Tätigkeitsbericht 1918/19*, S. 43.
- <sup>144</sup> S. die Gründungserklärung des BÜR Stuttgart v. 2. 12. 1918; HStA Stuttgart, E 130a Bü 201 Bl. 26, sowie das Telegramm des BÜR Schwäbisch-Gmünd an Bloss v. 10. 12. 1918, HStA Stuttgart, E 130a Bü 195, und die inhaltlich identischen Eingaben zahlreicher weiterer württembergischer Bürgerräte, ebda. Bü 196.
- <sup>145</sup> Der Bremer BüA verlangte dies für die Bürgerschaft und den Senat der Stadt; s. seine Entschließung vom 3. 12. 18, abgedruckt in: *BüA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918/19*, S. 43. Der BÜR Schwäbisch-Gmünd erhob die gleiche Forderung für den Reichstag für den Fall, daß die Nationalversammlung nicht bis Ende 1918 gewählt werden sollte; s. sein Telegramm an Bloss v. 10. 12. 1918, HStA Stuttgart, E 130a Bü 195.
- <sup>146</sup> So der BÜR Groß-Berlin in seinem Aufruf vom 20. 11. 1918, in: *Hansa-Bund*, 9. Jg. Nr. 12 (Dez. 1918).
- <sup>147</sup> S. den Bericht des Mannheimer General-Anzeigers vom 20. 11. 1918, abgedruckt in: *Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980)*, S. 334 f.
- <sup>148</sup> S. Patemann (1964).
- <sup>149</sup> S. z. B. Goetz (1919), S. 43 ff.; Eyck (1919), S. 34 f.; Stadler, *Der kommende Krieg (1919)*, S. 16; *Die deutsche Nation 1 (1919)*, S. 19 f.; Harnack (1923), S. 323.
- <sup>150</sup> Gründungserklärung des BÜR Stuttgart vom 2. 12. 1918, HStA Stuttgart, E 130a Bü 201.
- <sup>151</sup> So ein Vertreter von Handel und Industrie bei der Gründung des BÜR Mannheim; zitiert nach dem Bericht des Mannheimer General-Anzeigers v. 20. 11. 1918, a. a. O., S. 339.
- <sup>152</sup> *Hansa-Bund*, 9. Jg. Nr. 12 (Dez. 1918), S. 42.
- <sup>153</sup> Aufruf des BÜR Groß-Berlin vom 20. 11. 1918; abgedruckt ebda.
- <sup>154</sup> So der BÜR Elberfeld in einem Aufruf vom 1. 1. 1919; zitiert bei Klein/Scherer (1976), S. 9.
- <sup>155</sup> Telegramm BÜR Schwäbisch-Gmünd an Bloss, 10. 12. 1918; a. a. O. Gleichlautende Eingaben richteten Bürgerräte aus Neckarsulm, Nürtingen, Bad Mergentheim, Riedlingen, Oberndorf und Balingen an die provisorische Regierung; s. HStA Stuttgart, E 130a Bü 196. Mit dieser Forderung reagierten sie insbesondere auf die Proklamation des Acht-Stunden-Tages durch den RdV am 12. 11. 1918; s. ebda. – Der Gießener BÜR wandte sich offen gegen die entsprechende Verordnung und bezweifelte ihre rechtliche Zulässigkeit; s. Seelbach (1975), S. 59. Zum Aufruf des RdV s. Winkler (1984), S. 77.

- <sup>156</sup> Aufruf des BüR Groß-Berlin vom 20. 11. 1918; a. a. O.
- <sup>157</sup> Eine Ausnahme bildet der BüB Hannover, der zunächst bis Ende 1921 geschlossen wurde; s. die Wiedergabe des Gründungsaufrufs bei Dietsch (1968/69), S. 6f.
- <sup>158</sup> S. z. B. den Aufruf des Hansa-Bundes zur Bildung von Bürgerräten vom 12. 11. 1918; a. a. O.
- <sup>159</sup> Flugblatt des BüR von Groß-Berlin, abgedruckt in: Ursachen und Folgen, Bd. 3 (1959), S. 18f.
- <sup>160</sup> Aufruf des BüR von Groß-Berlin vom 20. 11. 1918; a. a. O.
- <sup>161</sup> So der BüR Gießen; zitiert bei Seelbach (1975), S. 59.
- <sup>162</sup> So der BüR Wandsbek; s. HE Nr. 279 v. 26. 11. 1918; ähnlich die Bürgerräte Erfurt und Mannheim; s. Gutsche (1959), S. 132, bzw. den Bericht über die Gründungsversammlung des BüR Mannheim am 19. 11. 1918; Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. 337.
- <sup>163</sup> So der Braunschweiger »Aktionausschuß gegen jede Diktatur«, an dem der »Rat der selbständigen Erwerbszweige« beteiligt war, in einer Kundgebung am 1. 12. 1918; zitiert bei Roloff (1964), S. 42.
- <sup>164</sup> S. den Bericht über die Gründungsversammlung des BüR Mannheim am 19. 11. 1918; a. a. O., S. 337.
- <sup>165</sup> Meyer-Absberg im Provisorischen Nationalrat Bayerns am 2. 1. 1919; Verhandlungen des Provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/19 (1919), S. 248.
- <sup>166</sup> S. Lucas (1969), S. 103.
- <sup>167</sup> S. Hillmayr (1974), S. 30.
- <sup>168</sup> S. Busching (1919), S. 219f.; Müller-Meiningen (1923), S. 87.
- <sup>169</sup> Für Bremen: BüA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918/19, S. 12; für München: Die Regierung Eisner 1918/19 (1987), S. 94; für Sachsen und Thüringen: Kiß (1928), S. 36; Gutsche (1959), S. 140; für den Niederrhein s. die Mitt. von Otto Braß auf dem Rätekongreß; Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16.-21. 12. 1918 zu Berlin (1919), Sp. 69; für Offenburg: Schreiben des BüR an den AR Offenburg v. 17. 11. 1918, abgedruckt bei Cordes (1978), S. 117; s. auch Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. 340; Seidl (1981), S. 43; für Lörrach s. ebda. S. 67; für Wilhelmshaven Grundig (1957), S. 129.
- <sup>170</sup> So seine Leitsätze vom 18. 11. 1918; s. die Zeitungsausschnittsammlung in HStA Stuttgart, E 130a Bü 195.
- <sup>171</sup> S. die Gründungserklärung vom 2. 12. 1918, in: BüR Groß-Stuttgart an Bloss, 12. 12. 1918; HStA Stuttgart, E 130a Bü 204; Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19 (1976), S. 134; Kohlhaas (1968), S. 240.
- <sup>172</sup> S. die Schreiben des BüR Groß-Stuttgart an Bloss vom 19. 12. 1918, 22. 1. und 2. 6. 1919; HStA Stuttgart, E 130a Bü 204; ähnliche Eingaben weiterer württembergischer Bürgerräte ebda.
- <sup>173</sup> S. Der Bund Nr. 7 v. 29. 11. 1919; Schmidt (1984), S. 71 und 105.
- <sup>174</sup> Für Berlin s. Der Bund Nr. 7 v. 29. 11. 1919; für Bremen BüA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918/19, S. 12.
- <sup>175</sup> S. Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19 (1976), S. 134.
- <sup>176</sup> Für Hagen s. Lambers (1962), S. 48; für Kassel die Tagebuchaufzeichnungen Koch-Wesers vom 16. 11. 1918; BA, NI. Koch-Weser Nr. 14 Bl. 137; für die genannten bayerischen Städte Müller-Aenis (1986), S. 183ff.; s. auch Schmidt (1984), S. 101ff.

- <sup>177</sup> Der AR Lörrach erklärte sich zur Aufnahme von sechs Mitgliedern des bürgerlichen Volksrates einverstanden, sofern sie sich auf den Boden der republikanischen Staatsform stellten; s. Seidl (1981), S. 67. Auch der ASR Eberbach nahm einige Delegierte des BüR auf; s. Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. LXXXII. Ebda. S. 340, Anm. 3, wird das gleiche auch für Offenburg angegeben; nach Seidl (1981), S. 63 ff., erscheint dies zweifelhaft. Sicher ist hingegen, daß das Bürgermeisteramt der Bitte des BüR entsprach, »uns von allen Eingaben des Arbeiterrates Abschriften zukommen zu lassen und Entschlüssen erst dann zu treffen, wenn wir... dazu gehört worden sind«; Schreiben des BüR an das Bürgermeisteramt Offenburg, 13. 12. 1918; zitiert ebda. S. 65. – Im südbadischen Wehr schlossen sich Anfang Dezember 1918 Arbeiter- und Bürgerrat sogar mit paritätischer Besetzung zusammen; s. Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. 256 ff.
- <sup>178</sup> Zitiert aus Volkswacht v. 19. 11. 1918 bei Seidl (1981), S. 62.
- <sup>179</sup> S. ebda.
- <sup>180</sup> Für Bayern s. Müller-Aenis (1986), S. 184 ff. und 284 ff.; für Lübeck Schütt (1975), S. 88; für Danzig Loops (1929) S. 171; Remig (1980), S. 22. – In Wernigerode räumte der ASR dem BüR erst eine, dann drei, bald fünfzehn Stimmen und schließlich volle Parität ein, allerdings kein Stimmrecht; da jedoch Entscheidungen in der Regel nach dem Konsensprinzip, ohne Abstimmung, herbeigeführt wurden, machte dies praktisch keinen Unterschied; s. die Mitt. von Dobrick-Wernigerode auf der Ersttagung des RBüR am 5. 1. 1919 in Berlin; Verhandlungsbericht S. 68. In Eisleben beteiligte sich umgekehrt der ASR am BüR und entsandte zwei Vertreter in dieses Gremium; s. Novemberrevolution 1918. Mansfelder Land (1958), S. 24. In Erfurt überließ der AR Anfang Dezember 1918 dem Bürgertum acht der 36 Sitze, um dessen »Ansprüchen auf Mitarbeit... entgegenzukommen«. Drei davon wurden dem BüR zugewilligt, die restlichen Vertretern der Angestellten und Beamten. Dem BüR war dies zu wenig; außerdem verlangte er Sitz und Stimme im Vollzugausschuß. Sein Sprecher, der Syndikus der Handwerkskammer, trat dabei so undiplomatisch auf, daß der AR auf die Mitarbeit des BüR verzichtete und alle acht Sitze an die Angestellten und Beamten vergab; s. Gutsche (1959), S. 140 ff.
- <sup>181</sup> Für Hervest s. den Bericht des Amtmanns in Wulfen an den RP in Münster, 27. 2. 1919; StA Münster, Reg. Münster Nr. 4204; für Greiz s. Kiß (1928), S. 37.
- <sup>182</sup> S. hierzu Eisners Ausführungen im bayerischen Ministerrat am 5. 12. 1918, abgedruckt in: Regierung Eisner (1987), S. 123 ff., und vor dem Provisorischen Nationalrat am 13. 12. 1918, Sten Ber. S. 8 f.; auch zum folgenden; dazu Wiesemann (1969), S. 416 ff.; Angress (1971), S. 241 ff.; Kopp (1973), S. 109 ff.; Freya Eisner (1979), S. 90 ff.; Müller-Aenis (1986), S. 210 ff.; Regierung Eisner (1987), S. LIII f., LXIII und LXV f.
- <sup>183</sup> Vgl. Georg Hohmann, Erinnerungen eines Freundes an Lujo Brentano, in: Brentano, Grußwort (1954), S. 53 f., sowie Mitchell (1967), S. 126 ff., und die Aufstellung bei Kopp (1973), S. 102 ff.. – In Regierung Eisner (1987), S. 234 Anm. 2, wird der Name Meyer-Absberg fälschlich als Meyer-Absdorf wiedergegeben. – Als einer der wenigen Juristen unter den Angehörigen des Nationalrats avancierte Meyer-Absberg für die DVP-Fraktion sogar zum Mitglied des zwölfköpfigen Nationalgerichtshofs, der Ende Dezember 1918 als Untersuchungsbehörde für »Unternehmungen gegen den Bestand der Republik und der gegenwärtigen Ordnung« errichtet wurde und auch über Verhaftung und Freilassung Verdächtiger zu entscheiden hatte; er trat allerdings nie in Aktion und verschwand mit dem Nationalrat wieder von der Bildfläche; s. ebda. und Halle (1922), S. 14 f.

- <sup>184</sup> S. Der Bürger (München), 1. Jg. Nr. 5 (November 1925).
- <sup>185</sup> Interessante Belege hierfür finden sich in der Süddeutschen Freiheit, die zwischen November 1918 und April 1919 erschien. Zur Adaptation des Rätegedankens durch die bayerischen Beamtenorganisationen s. unten S. 149 f.
- <sup>186</sup> Müller-Meiningen (1923), S. 86 f.; zu seinem Verhalten in der Novemberrevolution s. im übrigen Reimann (1968).
- <sup>187</sup> Meyer-Absberg auf der Ersttagung des RBÜR am 5. 1. 1919 in Berlin; Verhandlungsbericht S. 36.
- <sup>188</sup> S. Sten. Bericht über die Verh. des provisor. Nationalrates des Volksstaates Bayern, 3. Sitzung v. 14. 12. 1918, S. 149.
- <sup>189</sup> Ebda., 8. Sitzung v. 2. 1. 1919, S. 247 ff.
- <sup>190</sup> Verhandlungsbericht über die Ersttagung des RBÜR am 5. 1. 1919 in Berlin, S. 36.
- <sup>191</sup> S. den Bericht über eine Sitzung im Reichsamt des Innern über die innere Lage und über Maßnahmen zur Niederschlagung der Revolution am 7. 11. 1918, abgedruckt in: Ursachen und Folgen, 2. Bd. (1959), S. 521 ff.; ferner Könnemann (1971), S. 32 ff.
- <sup>192</sup> S. Seidl (1981), S. 67.
- <sup>193</sup> S. ebda. S. 68; für Grünberg Seelbach (1975), S. 62.
- <sup>194</sup> Dewitz, der Vorsitzende des Pommerschen Landbundes, an den BdL-Vorsitzenden v. Wangenheim, 14. 2. 1919; IISG, Nl. Braun Nr. 59; zur Bewaffnung der bayerischen Landbevölkerung Bieber (1981), S. 744; im übrigen Flemming (1979), S. 14 ff.
- <sup>195</sup> S. allgemein zu derartigen Bestrebungen und ihrem Erfolg Könnemann (1971), S. 45 ff.
- <sup>196</sup> S. die Eingabe des BüA Bövinghausen an den LR in Dortmund v. 14. 1. 1919 und die Stellungnahme des ASR Dortmund v. 23. 1. 1919; StA Münster, Kreis Dortmund, LRA 816.
- <sup>197</sup> Bericht des Amtmanns in Wulfen an den RP Münster, 27. 2. 1919; StA Münster, Reg. Münster, Nr. 4204; auch zum folgenden. – Die Darstellung von Spethmann (1928), S. 196, ist in weiten Passagen diesem Bericht und einem weiteren des LR in Recklinghausen an den RP Münster vom 7. 3. 1919 (ebda.) entnommen, allerdings unter Auslassung aller kritischen Bemerkungen zum Verhalten des BüA und der von ihm aufgestellten Bürgerwehr.
- <sup>198</sup> Zu den Initiatoren dieses Unternehmens gehörte Komm.Rat Zentz, der später dem Vorstand des Münchener BüR angehörte und eine maßgebliche Rolle bei der Finanzierung der bayerischen Einwohnerwehren und anderer Verbände der Rechten spielte; s. Kritzer (1969), S. 76 ff. – Nach Kanzler (1931), S. 70, setzte sich der BüR München »tatkräftig« für die Errichtung der Bürgerwehr ein. – Zur Bürgerwehrraffäre im übrigen Verh. des Provisor. Nationalrats des Volksstaates Bayern. Sten. Ber. (1919), S. 185 ff.; Salomon (1930), S. 210 ff., Schade (1961), S. 79 f.; Mitchell (1967), S. 173 ff.; Kritzer, in: Bayern im Umbruch (1969), S. 445 ff.; Hillmayr (1974), S. 29 ff.; Steger (1980), S. 102 ff.; Regierung Eisner (1987), S. 211 ff., 220 ff., 226 ff. und 439 f.
- <sup>199</sup> S. Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920 (1940), S. 54; Diehl (1977), S. 33.
- <sup>200</sup> S. Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig (1935), S. 13 f.
- <sup>201</sup> S. Knie (1933), S. 8; Schütt (1975), S. 88; Seelbach (1975), S. 59; für Berlin Schmidt (1984), S. 153.
- <sup>202</sup> Die Rückkehr der Truppen nach Berlin etwa plante die OHL zu einem Schlag gegen Unabhängige und Kommunisten auszunutzen, welcher Ebert fest in den



- Sattel setzen, aber zugleich von den Militärs abhängig machen sollte. Das Vorhaben scheiterte im wesentlichen daran, daß die kriegsmüden Truppen auseinanderliefen, sobald sie ihren Demobilisierungsort erreichten; s. Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920 (1940), S. 27ff.; Sauer (1957), S. 136ff.; Könnemann (1968); Die Regierung der Volksbeauftragten (1969), Bd. 2, S. 27ff.; Kluge (1975), S. 211ff.; Rakenius (1977), S. 133ff.; Bieber (1981), S. 715f.
- <sup>203</sup> Bericht des Garnisonssoldatenrats Weingarten v. 23.12.1918; HStA Stuttgart, E 130a Bü 201, Bl. 24.
- <sup>204</sup> Zitiert bei Müller-Aenis (1986), S. 192.
- <sup>205</sup> BüA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918/19, S. 14; s. auch Kuckuk (1986), S. 106f.
- <sup>206</sup> BüA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918/19, S. 15.
- <sup>207</sup> Caspari (1938), zitiert bei Kuckuk (1969), S. 168f. – Zum Besuch Casparis u. a. bei der OHL s. die Tagebuch-Notiz Koch-Wesers, der ihnen eine Audienz bei Groener vermittelte, vom 31. 12. 1918: BA, Nl. Koch-Weser Nr. 14 Bl. 207.
- <sup>208</sup> S. BüA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918/19, S. 15f.; s. auch die Ausführungen Noskes vor der SPD-Fraktion der Nationalversammlung, abgedruckt u. a. bei Krüger (1926): S. 333; Kameradschaftsbund der 75er, 7. Jg., Nr. 2 (Februar 1932), S. 26; Schwarzwälder (1983), S. 47ff.; Kuckuk (1986), S. 144ff.
- <sup>209</sup> In Bremen wurden im Dezember 1918 22 junge Männer, von denen manche dem BüA angehörten, verhaftet, schon am nächsten Tag jedoch wieder freigelassen; s. Rose (1938), S. 12; Müller-Breves (1919), S. 40f.; Kuckuk (1986), S. 107. – In München wurde die erste Mitgliederversammlung des BÜR am 18. 12. 18 gesprengt; s. Der Bürger (München), 1. Jg. Nr. 5 (Nov. 1925). – In Jena verlangten zwei Mitglieder des Soldatenrats vom Vorsitzenden des BÜR die Erklärung, daß er den ASR als höchste Instanz für Jena anerkenne; s. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 1918/19 (1968), S. 595 Anm. 12. – In Leipzig ließ – einem allerdings unbestätigten Bericht zufolge – der ASR vor den Wahlen zur Nationalversammlung das Büro des BüA stürmen und die dort gefundenen Wahlplakate der bürgerlichen Parteien verbrennen; s. Maercker (1921), S. 236. Auch versuchte er, den Vorsitzenden des BüA zu verhaften; dank konspirativer Praktiken wie täglichem Wechsel ihrer Treffpunkte blieben die Ausschußmitglieder jedoch unbehelligt; s. Goetz (1957), S. 56. – In Elberfeld untersagte der ASR dem BÜR jegliche Tätigkeit und verbot das Erscheinen der Bergisch-Märkischen Zeitung für einen Tag, weil sie eine Anzeige des BÜR veröffentlicht hatte; das Betätigungsverbot wurde jedoch vom Zentralrat in Berlin, bei dem der BÜR Beschwerde einlegte, alsbald aufgehoben; s. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 1918/19 (1968), S. 595 Anm. 13; Knies (1975), S. 133; Klein/Scherer (1976), S. 54f. und 59; Schmillen (1980), S. 58f.
- <sup>210</sup> S. Verhandlungsbericht über die Ersttagung des RBÜR im Preußischen Abgeordnetenhaus zu Berlin am 5. 1. 1919 (1919), S. 3; vgl. auch den Artikel Loebells über das Bürgertum, in: Handbuch der Politik, Bd. 4 (1921), S. 457f.; ferner Albertin (1972), S. 33f.; Schmidt (1984), S. 107ff. – Die regionale Herkunft der Teilnehmer war ungleichmäßig. Berlin und seine Vororte waren weit überrepräsentiert, West-, Süd- und Ostdeutschland unterrepräsentiert, in erster Linie wohl wegen der weiten Entfernungen, schwierigen Verkehrsverhältnisse und ungünstigen Jahreszeit. Aus Schleswig-Holstein war nur Eutin vertreten, von den Hansestädten nur Bremen und Lübeck, aus Niedersachsen 3 Orte, aus Rheinland-Westfalen 8, Hessen und Waldeck 5, Württemberg 1, Bayern 2, Thüringen 9, Sachsen-Anhalt 16, Sachsen 13, Lausitz 4, Brandenburg (ohne

- Berlin und seine Vororte) 8, Uckermark 3, Altmark 1, Mecklenburg 2, Pommern 2, Ostpreußen 1, Posen-Westpreußen 4 und Schlesien 2.
- <sup>211</sup> S. Schumacher (1978), S. 264 Anm. 1.
- <sup>212</sup> S. Verhandlungsbericht S. 11 ff.
- <sup>213</sup> S. Thimme (1969), S. 48.
- <sup>214</sup> Wessel, 1879 geboren, war bis 1913 Pfarrer in Mülheim/Ruhr, kam dann an die Nikolaikirche in Berlin, meldete sich 1914 als erster freiwilliger Feldgeistlicher zur Armee und kam als Militärseelsorger u. a. nach Namur und Kowno, wo er Hindenburg und Ludendorff je eine Predigtsammlung widmete und eine große Zahl von Kriegsorden erwarb, wohl die größte unter allen Berliner Pastoren. Nach Aussage eines hohen Beamten des preußischen Kultusministeriums schaffte er dies dadurch, »daß er bei Beerdigungen von Offizieren oder Soldaten aus den Bundesstaaten stets seine Leichenrede mit Begleitbrief an die geeigneten Stellen der betreffenden Staaten sandte, seine Fürsorge für die betr. Landeskinder hervorhob und dafür dann von den Fürsten... Verdienstkreuze, Ehrenzeichen, Orden etc. erlangte«. (Aus einem Schreiben eines ungenannten Geh. Oberregierungsrats im preußischen Kultusministerium an den Geschäftsführer des Bremer Bürgerausschusses, 28.7.1919; Abschrift in BA, Nl. Goetz Nr. 62). Zu seinen Kriegspredigten s. Wessel (1916); ders. (1918) und ders. (1934). Im kirchlichen und politischen Leben war er bis zur Revolution nicht hervorgetreten. Unmittelbar nach dem Umsturz, als die neue preußische Regierung die Trennung von Staat und Kirche proklamiert hatte und in der evangelischen Geistlichkeit Unsicherheit und Besorgnis über die weitere Entwicklung vorherrschten, gehörte er zu den Pastoren, die es wagten, ins Kultusministerium zu gehen und Kontakt mit den dortigen Volksbeauftragten aufzunehmen, dem Sozialdemokraten Konrad Haenisch und dem Unabhängigen Adolph Hoffmann. Er stand deshalb im Mittelpunkt einer Pfarrerversammlung, in welcher er über den Besuch im Ministerium berichtete, und wurde in den Berliner Pfarrerrat gewählt, der sich am 18. 11. 1918 auf Anregung der beiden Volksbeauftragten konstituierte. In den folgenden Wochen wirkte er zusammen mit anderen Angehörigen des Pfarrerrates als Mittelsmann zum Ministerium, verhandelte aber entgegen einem eindeutigen Beschluß wiederholt auch allein. Hoffmann faßte dabei Vertrauen zu Wessel und ernannte ihn – ob mit oder ohne dessen Zutun, ist unklar – Anfang Dezember ohne Rücksprache mit dem Oberkirchenrat zum »Regierungsvertreter für die evangelischen kirchlichen Behörden in Preußen« mit umfassenden Befugnissen sowie zum Propst von St. Petri – »einer der besten Pfründen Berlins mit 13 000 Mark Gehalt, schöner Wohnung und allerlei Nebenbezügen« (ebda.). Der Oberkirchenrat verwahrte sich scharf gegen diesen ungesetzlichen Eingriff in kirchliche Angelegenheiten. Wessel selbst verfiel in kirchlichen Kreisen alsbald einem moralischen Verdikt dafür, daß er sich bereit fand, die ihm angetragene Stellung anzunehmen. Nach dem Austritt der Unabhängigen aus dem RdV Ende Dezember, der das Ausscheiden Hoffmanns aus dem Kultusministerium nach sich zog, bat er Haenisch, ihn von seiner Funktion zu entbinden. Am 13. 1. 1919 wurde seine Ernennung förmlich zurückgenommen, ohne daß er je die oberste Kirchenbehörde betreten hatte. S. hierzu Rittelmeyer (1937), S. 394 f.; Mehnert (1959), S. 109 ff.; Motschmann (1969), S. 30 f.; Wright (1974), S. 14 ff.; Jacke (1976), S. 59 ff. und 74; Nowak (1981), S. 24 f.; Hürten (1984), S. 47 ff. und 96; zur Biographie Wessels auch Ortel (1988), S. 20. – Daß Wessel »das Vertrauen der OHL und der rechten Kräfte des Monopolkapitals besaß«, wie Schmidt (1984), S. 113, behauptet, läßt sich nicht belegen.

- <sup>215</sup> Verhandlungsbericht, S. 3 und 7.
- <sup>216</sup> Ebda. S. 14.
- <sup>217</sup> Ebda. S. 7ff.
- <sup>218</sup> Naumann ebda. S. 12.
- <sup>219</sup> Meyer-Absberg ebda. S. 37.
- <sup>220</sup> Curt Köhler ebda. S. 27.
- <sup>221</sup> Bejaht wurde sie von Rednern aus Frankfurt, Lübeck, Breslau und Wernigerode, verneint von Vertretern aus Bremen und Berlin (s. ebda. S. 27, 46, 58, 62 f., 65 und 67), hier allerdings auch mit dem grundsätzlichen Argument, jede Zusammenarbeit könnte den Anschein erwecken, »als ob wir das rechtmäßige Bestehen der Arbeiter- und Soldatenräte anerkennt« (so Curt Köhler ebda. S. 28).
- <sup>222</sup> S. ebda. S. 30, 38 und 45.
- <sup>223</sup> S. ebda. S. 49ff.
- <sup>224</sup> Vgl. die Impressionen der Vertreter aus Münster und den Kommentar der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, abgedruckt bei Schulte (1939), S. 24f., sowie die Tagebucheintragung von Walter Goetz v. 5. 1. 1919: »Die Sitzung ist wenig ertragreich; die wesentliche Frage, wie bildet man Macht, kommt nicht zur Erörterung.« BA, Nl. Goetz Nr. 30.
- <sup>225</sup> Verhandlungsbericht S. 71 und 73.
- <sup>226</sup> Ebda. S. 71.
- <sup>227</sup> S. ebda. S. 45. Nur der Vertreter des BüA Frankfurt lehnte es ab, »das ganze Bürgertum als Gegner jeder Sozialisierung hinzustellen«; ebda.
- <sup>228</sup> S. ebda. S. 33 und 110.
- <sup>229</sup> S. die Ausführungen Köhlers ebda. S. 32 f.
- <sup>230</sup> Marx ebda. S. 110f.
- <sup>231</sup> Schmidt-Elberfeld ebda. S. 124; zu den Vorbehalten gegen Berlin s. Schmidt (1984), S. 67f.
- <sup>232</sup> S. Verhandlungsbericht S. 124ff.
- <sup>233</sup> Antrag des RBüR an den Zentralrat, abgedruckt in: Der Zentralrat 1918/19 (1968), S. 595, Anm. 11.
- <sup>234</sup> Grzesinski in der Sitzung des Zentralrats vom 10. 2. 1919; ebda. S. 595; s. auch Schumacher (1978), S. 265.
- <sup>235</sup> Allgemein zu dieser Forderung in den Revolutionswochen und ihrem schnellen Scheitern s. u. a. Hartenstein (1962), S. 10ff.; Portner (1965); Drabkin (1968), S. 293ff.; Gottschalk (1969), S. 100; Lexikon zur Parteiengeschichte I (1983), S. 494f. – Der BüB Hannover propagierte Ende November die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten durch die bürgerlichen Parteien, der BüR Groß-Berlin Mitte Dezember deren Zusammenschluß, der Rat der selbständigen Erwerbsstände in Braunschweig sogar die »Einigung des gesamten Bürgertums«. Für Hannover s. Anlauf (1919), S. 63; Flemming (1978), S. 184 Anm. 81; für Berlin Bey-Heard (1969), S. 82; für Braunschweig Roloff (1964), S. 39.
- <sup>236</sup> Zur Neu- und Umformung der bürgerlichen Parteien nach der Revolution s. allgemein Ritter (1970); für die DNVP Liebe (1956), Hertzman (1963), Thimme (1969); für die DDP Stephan (1973), Heß (1978); für die DVP Hartenstein (1962), Albertin (1972); für das Zentrum Morsey (1966), Epstein (1976); Hömig (1979); außerdem die jeweiligen Artikel in: Lexikon zur Parteiengeschichte (1983ff.). Zu den Bemühungen um dauerhafte Beziehungen zu den nichtsozialistischen Arbeiterorganisationen und die Angliederung von Arbeitnehmerflügeln s. Bieber (1981), S. 762ff.; in bezug auf die christlichen Gewerkschaften Schneider (1982), S. 624f.

- <sup>237</sup> Marx warb einer allerdings etwas zweifelhaften Quelle zufolge schon kurz nach dem Zusammenbruch in Berlin für eine Verschmelzung des »fortschrittlichen« Flügels der Konservativen mit den »fortschrittlichen« Kräften der Nationalliberalen; s. Stadler (1935), S. 158. Nach Gründung der DNVP versuchte er längere Zeit mit Unterstützung aus dem harten Kern der alten Konservativen Partei als Schatzmeister in den Parteivorstand zu gelangen, wofür er angeblich einige hunderttausend Mark aufzubringen bereit war; aber er scheiterte am Widerstand des antisemitischen Parteiflügels und trennte sich deshalb schon Anfang 1919 von der DNVP; s. Liebe (1956), S. 32; Hertzman (1963), S. 127f. – Rießler gehörte zu den Fürsprechern eines Zusammenschlusses von Nationalliberalen und FVP; nach dessen Scheitern engagierte er sich in der DVP, der Hansa-Bund-Direktor Köhler in der DDP; s. Die Entstehung der Deutschen Volkspartei (1919), S. 3ff.; Hartenstein (1962), S. 11ff.; Albertin (1972), S. 54ff.; Schustereit (1975), S. 38ff.
- <sup>238</sup> Der BÜR Berlin forderte zum »gemeinsamen Kampf gegen die drohende Gefahr einer einseitigen Herrschaft der Sozialdemokratie« auf; s. Bey-Heard (1969), S. 82; das entsprechende Flugblatt ist – mit falscher Datierung – abgedruckt bei v. Koenigswald (1933), S. 92f., und Ursachen und Folgen III (1959), S. 19; s. auch Schmidt (1984), S. 136ff. – Die schleswig-holsteinischen Bürgergerräte drängten, der Empfehlung des RBÜR entsprechend, auf Listenverbindungen; s. RBü, 1. Jg. Nr. 5 (1. 11. 1919), S. 99. – Wie weit die Bürgerräte dazu beigetragen haben, daß die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf tatsächlich gemeinsam vorgehen, muß offenbleiben. Anzunehmen ist dies für den Wahlkreis Hannover-Hildesheim-Braunschweig-Lüneburg, wo DVP, Zentrum, DNVP, Welfenpartei und der Landeswahlverband ihre Listen verbanden; s. Westfälische Politische Nachrichten Nr. 1142 v. 11. 1. 1919. In Braunschweig brachte der Rat der selbständigen Erwerbsstände schon für die Kommunal- und Landtagswahlen vom Dezember 1918 eine Sammlung des Bürgertums in Gestalt des »Landeswahlverbandes« zustande. Neben DVP und DNVP gehörten ihm der Rat selbst mit seinen zahlreichen Mitgliedsorganisationen an. Das Bündnis repräsentierte fast den gesamten bürgerlichen Mittelstand und den größten Teil der Landwirtschaft. Innerhalb des bürgerlichen Lagers richtete es sich gegen die DDP, die sich der Einheitsfront verweigerte. Bei den Braunschweiger Kommunalwahlen erzielte diese mit neun Mandaten einen leichten Vorsprung gegenüber dem Landeswahlverband mit sieben Mandaten (SPD: acht, USPD: zwölf). Schon bei der Landtagswahl vom 20. 12. 1918 aber überflügelte der Landeswahlverband mit 16 Mandaten die DDP um drei, die USPD um zwei Mandate; nur die SPD erzielte mit 17 Sitzen ein etwas besseres Ergebnis; s. Roloff (1964), S. 42f.; Schelm-Spangenberg (1964), S. 67. – In einigen anderen Reichstagswahlkreisen verbanden alle bürgerlichen Parteien bei der Wahl zur Nationalversammlung ihre Listen zu bürgerlichen Einheitslisten (was die DDP angeht, gegen einen Beschluß des Parteivorstandes), überwiegend nicht in Industriegebieten, wo das Bürgertum sich von der Arbeiterschaft besonders hart bedrängt fühlen mochte, sondern in der Provinz, z. B. in Frankfurt/Oder, Liegnitz, Magdeburg und der Pfalz; s. Stephan (1973), S. 38; zum Widerstand der DDP gegen einen Bürgerblock auch Luckemeyer (1975), S. 23f. Vereinzelt, z. B. in Schleswig-Holstein, Koblenz-Trier und Posen, kam es zu Listenverbindungen von DDP und DVP; s. HE Nr. 2 v. 2. 1. 1919; Stephan (1973), S. 38; Bowers (1973), S. 41. Häufiger waren Listenverbindungen ohne die DDP. DVP und DNVP gingen z. B. im Wahlkreis Düsseldorf zusammen; s. Kromberg (1968), S. 74; Gemein (1969), S. 12ff.; für eine Listenverbindung von DVP, Zentrum

und DNVP in Hamburg s. Behrens (1973), S. 72. Der Münchener BüR unterstützte im Wahlkampf alle bürgerlichen Parteien gleichermaßen; s. Der Bürger (München), 1. Jg. Nr. 5 (Nov. 1925). – Der Stuttgarter BüR versuchte, Nichtwürttemberger vom Wahlrecht für die Landesversammlung auszunehmen, vorgeblich, weil andere Bundesstaaten dort wohnenden Württembergern ebenfalls kein Stimmrecht zugestanden, in Wirklichkeit wohl vor allem deshalb, um Industriearbeitern, die während des Krieges zugezogen, und von auswärts stammenden Soldaten, die bei Kriegsende hängengeblieben waren, als potentielle Wähler der Sozialdemokratie auszuschalten; s. die Eingabe des BüR von Groß-Stuttgart an die württ. Regierung, 13. 12. 1918; HStA Stuttgart, E 130a Bü 195, Bl. 14; die Regierung wies das Ansinnen mit technischen und organisatorischen Gründen ab; s. Protokoll der Kabinettsitzung v. 23. 12. 1918; HStA Stuttgart, E 130b Bü 214.

<sup>239</sup> S. Hansa-Bund Nr. 12 (Dez. 1918), S. 43.

## 2. Kapitel

- <sup>1</sup> Gustav (1919), S. 18.
- <sup>2</sup> Protokoll der VdEstI-Vorstandssitzung v. 14. 11. 1918; BA, R 13 I/155; s. auch Bieber (1981), S. 616.
- <sup>3</sup> Rundschreiben der VDA v. 19. 11. 1918; HA/GHH, 300140/8; s. auch Bieber (1981), S. 617.
- <sup>4</sup> DAZ Nr. 51 v. 22. 12. 1918.
- <sup>5</sup> S. Die Verbände der Unternehmer, Angestellten, Arbeiter und Beamten im Jahre 1918 (1920), S. 6<sup>2</sup>.
- <sup>6</sup> Der Bdl-Vertreter Dr. Weber in der Gründungsversammlung des RDI am 3. 2. 1919 in Jena; zitiert nach dem Bericht in: Mitt. des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, Nr. 241 v. 8. 2. 1919, S. 3392; ähnlich Schweighoffer für den CDI ebda.. S. 3391; zur Gründung des RDI im übrigen Zunkel (1974), S. 637 ff.; Wulf (1979), S. 121 ff.; Bieber (1981), S. 771 f., sowie den Beitrag über den RDI in: Lexikon zur Parteiengeschichte IV (1986), S. 9 ff. Auch in einzelnen Wirtschaftszweigen entstanden zahlreiche neue Zentralverbände; s. die einschlägigen Hinweise in: Kartellrundschau 17 (1919), passim; zur Veränderung des industriellen Verbandswesens nach der Revolution s. auch S. Tschierschky, Neuaufbau der deutschen industriellen Interessenorganisation, ebda. S. 1 ff. und 101 ff.
- <sup>7</sup> S. unten S. 89 ff.
- <sup>8</sup> S. MP Nr. 272 v. 21. 11. 1918 und Nr. 285 v. 6. 12. 1918; s. auch unten S. 88 f.
- <sup>9</sup> S. den Bericht über die Vorstandssitzung des BIV am 7. 3. 1919, in: Die bayerische Industrie (künftig zitiert: BI) Nr. 11 v. 15. 3. 1919; Kuhlo (1927), S. 322 f.
- <sup>10</sup> Für das mittelrheinische Industriegebiet z. B. s. Mitt. für den Mittelrheinischen Fabrikanten-Verein Nr. 586 (Dez. 1918), S. 6245 ff.
- <sup>11</sup> S. den Bericht über die Vorstandssitzung des BIV am 7. 3. 1919, a. a. O., sowie die Niederschrift über die Vorstandssitzung der Sektion München des BIV v. 25. 6. 1919; BI Nr. 26 v. 28. 6. 1919; Kuhlo (1927), S. 322 f.
- <sup>12</sup> S. den Bericht über die Vorstandssitzung des BIV am 7. 3. 1919; a. a. O.
- <sup>13</sup> S. Kartellrundschau 17 (1919), S. 147 f. und 229.
- <sup>14</sup> Entschließung der Leipziger Arbeitgeberverbände v. 7. 1. 1919, abgedruckt in: Sächsische Industrie 15 (1918/19), S. 132; für ähnliche Entwicklungen in anderen sächsischen Städten s. ebda. S. 87 und 351.
- <sup>15</sup> S. Correspondenz der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin 43 (1920), S. 56 ff.

- <sup>16</sup> DAZ Nr. 47 v. 24. 11. 1918 (Nachdruck eines Artikels aus dem »Hamburger Correspondent«).
- <sup>17</sup> Für Oldenburg s. Günther (1979), S. 170, Anm. 103. Zeitungsmeldungen zufolge entstand Mitte November 1918 auch in Bremen im Einvernehmen mit dem ASR ein Industrierat, hauptsächlich zur Mitarbeit bei der Lösung der ökonomischen Demobilisierungsprobleme; s. HE Nr. 270 v. 17. 11. 1918; Kuckuk (1986), S. 101 f. – In Essen vereinigten sich Industriellenverein und Innungsschuß zu einem Industrierat mit ähnlicher Zielsetzung; s. Reichsdeutsche Mittelstandsblätter 5 (1918), S. 56. – Die Düsseldorfer Industriellen lehnten die Bildung eines Industrierats ab; s. den Bericht über die Sitzung der HK Düsseldorf am 22. 11. 1918, in: Wochenschrift der HK Düsseldorf 14 (1918), S. 689. Schmidt (1984), S. 73 u. ö., zählt den Wirtschaftsrat Hamburg zu den Bürgerräten, was weder seiner Zusammensetzung noch seiner Funktion angemessen ist.
- <sup>18</sup> BI Nr. 22 v. 15. 11. 1918, S. 1; Jber. des BIV 1918/19, S. 17; s. auch Eckardt (1976), S. 174; Müller-Aenis (1986), S. 217.
- <sup>19</sup> S. DAZ Nr. 49 v. 8. 12. 1918.
- <sup>20</sup> S. Bieber (1981), S. 605.
- <sup>21</sup> Die Bezeichnung Industrierat selbst war nicht neu. Als Koordinationsgremium von CDI und Bdl sowie dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie bestand seit Oktober 1916 der Deutsche Industrierat; s. ebda. S. 369.
- <sup>22</sup> DAZ Nr. 49 v. 8. 12. 1918; s. auch Mitt. des Kriegsausschusses der deutschen Industrie Nr. 231 v. 30. 11. 1918, S. 3296; Eckardt (1976), S. 174.
- <sup>23</sup> S. Jber. des BIV 1918/19, S. 17.
- <sup>24</sup> An der BIV-Vorstandssitzung vom 20. 11. 1918 nahmen die beiden in Wirtschaftsfragen führenden Beamten des alten Regimes, Staatsrat Meinel aus der handelspolitischen Abteilung des bayerischen Außenministeriums und Legationsrat Dr. Hamm, als Gäste teil und empfahlen »ein weiteres Zusammenarbeiten der Industrie mit den bestehenden Organen der neuen Regierung«; Bericht über die Sitzung des Gesamtvorstandschaf des BIV am 20. 11. 1918, in: BI Nr. 22 v. 15. 11. 1918; s. auch Eckardt (1976), S. 177. – Hamm wurde Ende Mai 1919 bayerischer Handelsminister; s. ebda. S. 179.
- <sup>25</sup> S. den Bericht über die Vorstandssitzung der Sektion München des BIV am 17. 12. 1918; BI Nr. 24 v. 15. 12. 1918.
- <sup>26</sup> S. das Ergebnis der Vorstandssitzung vom 17. 12. 1918; ebda.
- <sup>27</sup> S. MP Nr. 272 v. 21. 11. 1918 und Nr. 285 v. 6. 12. 1918 sowie den Aufruf des BIV von Ende Nov. 1918, abgedruckt in: BI Nr. 23 v. 1. 12. 1918; im übrigen oben S. 64.
- <sup>28</sup> S. den Bericht über die Vorstandssitzung des BIV am 7. 3. 1919; BI Nr. 11 v. 15. 3. 1919.
- <sup>29</sup> Ebda.
- <sup>30</sup> Ob der BIV auch in die geheime Vorbereitung der Bürgerwehr verwickelt war, mit der Eisner Ende Dezember gewaltsam beseitigt werden sollte, ist nicht zu beweisen, aber vorstellbar; s. dazu oben S. 75 f.
- <sup>31</sup> Vgl. dazu unten S. 183.
- <sup>32</sup> Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur Münchens vor 1914 s. Hillmayr (1969), S. 453 ff.; ders. (1974), S. 15 ff.; Bosl (1971), S. 100 ff.; zur Errichtung der Geschützwürke in Freimann 1916 s. Regierung Eisner (1987), S. 240 f., Anm. 3.
- <sup>33</sup> S. Ullrich (1976), S. 66 ff.; Saul (1983).
- <sup>34</sup> Laufenberg in seinem Bericht über die Unterredung in der Sitzung des Hamburger ASR am 14. 11. 1918; StA Hamburg, ASR 1 Bd. 1.

- 35 Warburg (1952), S. 68; s. auch Comfort (1960), S. 46f.; Rosenbaum (1979), S. 120.
- 36 Zur Stellung der Finanzdeputation s. Lippmann (1964), S. 111 ff.
- 37 S. Laufenberg (1919a), S. 6.
- 38 S. z. B. die Debatte der 1. Abteilung des Senats v. 4. 12. 1918 über eine Reform des Handelskammergesetzes; StA Hamburg, Senatsprotokoll 1918, Abt. I, Bl. 405 ff.
- 39 S. hierzu und zum folgenden: Wirtschaftsrat Hamburg, Tätigkeitsbericht über das erste Jahr seines Bestehens (1919), S. 8 ff.
- 40 S. die Mitt. Grosses in der 3. Sitzung des Hamburger ASR am 12. 11. 1918; StA Hamburg, ASR 1 Bd. 1.
- 41 Mitt. Laufenbergs in der 9. Sitzung des Hamburger ASR am 15. 11. 1918; ebda.
- 42 Wirtschaftsrat Hamburg, Tätigkeitsbericht (1919), S. 8.
- 43 Mitt. Laufenbergs in der 9. Sitzung des Hamburger ASR am 15. 11. 1918; a. a. O.; s. auch HE Nr. 269 v. 16. 11. 1918; Laufenberg (1919a), S. 11 f.
- 44 S. Wirtschaftsrat Hamburg, Tätigkeitsbericht (1919), S. 9 f.; HE Nr. 269 v. 16. 11. 1918 und Nr. 280 v. 27. 11. 1918.
- 45 Carl Hammer an den ASR, 19. 11. 1918; StA Hamburg, ASR 7 Bd. 2.
- 46 S. Wirtschaftsrat Hamburg, Tätigkeitsbericht (1919), S. 10 ff.
- 47 ASR an Wirtschaftsrat, 16. 11. 1918; StA Hamburg, ASR 7 Bd. 1.
- 48 Der Wirtschaftsrat Altona war identisch mit dem oben S. 62 erwähnten »Ausschuß der vereinigten Berufe«, der seiner Zusammensetzung nach einem Bürgerrat gleich.
- 49 S. HE Nr. 280 v. 27. 11. 1918; Wirtschaftsrat Hamburg, Tätigkeitsbericht (1919), S. 14 f.
- 50 Ebda. S. 20.
- 51 S. ebda. S. 21 f.; s. auch HE Nr. 280 v. 27. 11. 1918; Ullrich (1976), S. 676.
- 52 Es wurde schon in der Sitzung des ASR am 15. 11. 1918 eingehend diskutiert; s. StA Hamburg, ASR 1 Bd. 1.
- 53 S. HE Nr. 289 v. 6. 12. 1918; Wirtschaftsrat Hamburg, Tätigkeitsbericht (1919), S. 22 ff.
- 54 S. die Mitt. Laufenbergs in der 18. Sitzung des ASR am 28. 11. 1918 und in der 21. Sitzung am 4. 12. 1918; StA Hamburg, ASR 1 Bd. 1.
- 55 S. HE Nr. 289 v. 6. 12. 1918.
- 56 Laufenberg in der 21. Sitzung des ASR am 4. 12. 1918; a. a. O.
- 57 S. die Mitt. Henses ebda.
- 58 S. Bieber (1985), S. 144 und 150.
- 59 Protokoll der 21. Sitzung des ASR Hamburg am 4. 12. 1918; a. a. O.
- 60 Ebda.; s. auch Laufenberg (1919a), S. 8 und 13.
- 61 Dieser Beschluß wurde einen Tag später vom Großen Arbeiterrat bestätigt; s. das Protokoll über dessen Vollversammlung am 5. 12. 1918; StA Hamburg, ASR 10; s. auch die Bemerkungen bei Laufenberg (1919b).
- 62 S. Protokoll der 23. Sitzung des ASR am 7. 12. 1918; StA Hamburg, ASR 1 Bd. 1; HE Nr. 289 v. 6. 12. 1918 sowie die Darstellung im Tätigkeitsbericht des Wirtschaftsrats Hamburg (1919), S. 33 f.
- 63 S. Protokoll der 25. Sitzung des ASR am 10. 12. 1918; StA Hamburg, ASR 1 Bd. 1, und Protokoll der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats am 13. 12. 1918; StA Hamburg ASR 10. Der Beschluß ist abgedruckt bei Lamp'1 (1921), S. 55.
- 64 Protokoll der 25. Sitzung des ASR am 10. 12. 1918; a. a. O.; Wirtschaftsrat Hamburg, Tätigkeitsbericht (1919), S. 27 ff.; auch zum folgenden.

- <sup>65</sup> S. Bieber (1981), S. 633 f.
- <sup>66</sup> S. ebda. S. 629 ff.
- <sup>67</sup> S. das Schreiben des Sozialpolitischen Ausschusses des Wirtschaftsrats an Laufenberg v. 9. 1. 1919; abgedruckt in: Wirtschaftsrat Hamburg, Tätigkeitsbericht (1919), S. 30 f.
- <sup>68</sup> S. die Eingabe des Wirtschaftsrats an den RdV v. 23. 1. 1919, dessen Antwort v. 27. 1. sowie das Schreiben des Reichsbankdirektoriums an die Reichskanzlei, abgedruckt ebda. S. 31 ff.; s. auch Laufenberg (1919a), S. 13 f.; ders. (1919b), S. 603.
- <sup>69</sup> S. Wirtschaftsrat Hamburg, Tätigkeitsbericht (1919), S. 34 f., sowie den Schriftwechsel zwischen Wirtschaftsrat und ASR vom 24./25. 1. 1919; StA Hamburg, ASR 7 Bd. 3.
- <sup>70</sup> Reichsdeutsche Mittelstandsblätter, 5. Jg. Nr. 11 (Nov. 1918), S. 50; s. auch Deutsches Handwerksblatt 13 (1919), S. 7.
- <sup>71</sup> Reichsdeutsche Mittelstandsblätter, a. a. O., S. 49 f.
- <sup>72</sup> Grünfeld (1922), S. 15; s. auch Wein (1968), S. 245 f.
- <sup>73</sup> Zitiert bei Winkler (1972), S. 67.
- <sup>74</sup> S. Grünfeld (1922), S. 15; Winkler (1972), S. 67 f.
- <sup>75</sup> S. oben S. 61 ff.
- <sup>76</sup> Die bayerischen Handwerkskammern beschlossen am 16. 11. 1918 die Bildung von »Handwerker- und Gewerberäten«; s. Deutsches Handwerksblatt 12 (1918), S. 168; Müller-Aenis (1986), S. 217. – Mitte Dezember propagierte das Organ des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages auch auf zentraler Ebene die Einrichtung von »Gewerbe- und Bürgerräten«; s. Deutsches Handwerksblatt 12 (1918), S. 162; s. auch Nordwestdeutsche Handwerks-Zeitung 23 (1918), S. 194.
- <sup>77</sup> In Sachsen meldete sich im Dezember 1918 ein »Landeshandwerkerrat« als »Interessenvertretung des gesamten sächsischen Handwerks« zu Wort; aber dahinter verbarg sich lediglich ein zeitgemäßer Namenswechsel des seit langem bestehenden Landesausschusses des sächsischen Handwerks. Gleichermäßen scheint es sich bei den Bezirks- und Ortshandwerkerräten, die auf seine Anregung hin entstanden, in der Regel um nichts anderes als die alten Innungsausschüsse gehandelt zu haben; s. Reichsdeutsche Mittelstandsblätter 5 (1918), S. 55 f.
- <sup>78</sup> Der Vorsitzende der Handwerkskammer Berlin und freikonservative, später demokratische Landtagsabgeordnete C. Rahardt gehörte zu den Unterzeichnern des Aufrufes, mit dem der Hansa-Bund Mitte November 1918 zur Gründung von Bürgerräten aufforderte, und zu den Gründungsmitgliedern des Bür Groß-Berlin; s. oben S. 61. Die Nordwestdeutsche Handwerkszeitung 23 (1918), S. 185, druckte den Aufruf ab. Ende November 1918 verwies auch der Zentralausschuß der Vereinigten Innungsverbände Deutschlands seine Mitgliedsorganisationen aufgrund eines mit »besonderem Interesse« aufgenommenen Referat Rahardts auf die »Bestrebungen, dem Bürgertum die ihm zustehende Mitwirkung auf die Gestaltung des staatlichen Lebens zu sichern«, womit die Beteiligung an Bürgerräten gemeint sein dürfte; s. den Bericht über die Sitzung des Zentralausschusses der Vereinigten Innungsverbände Deutschlands am 26. 11. 1918, ebda. S. 191 f. Zur Werbung für die Beteiligung an Bürgerräten in Sachsen s. Reichsdeutsche Mittelstandsblätter 5 (1918), S. 56; s. auch ebda. S. 50; Winkler (1972), S. 70.
- <sup>79</sup> S. oben S. 61 ff.
- <sup>80</sup> Die Reichsdeutschen Mittelstandsblätter, 6. Jg. Nr. 1 (Jan. 1919), S. 1, bezeich-



neten die »Politisierung des Mittelstandes« als »Gebot der Stunde, eine unab-  
weisbare Notwendigkeit«. Die Bindung an eine bestimmte Partei, etwa die  
DDP, in welche Rahardt das Handwerk geschlossen hinüberzuziehen versucht  
zu haben scheint, wurde ebenso abgelehnt wie die Gründung einer eigenen  
Handwerkerpartei. Vielmehr ergingen die Empfehlung an die Bürgerräte-  
Grundsätze zu formulieren, die ein für das Handwerk wählbarer Kandidat zu  
erfüllen hatte, und die Aufforderung, in den verschiedenen Parteien auf die No-  
minierung von Handwerkern zu Kandidaten zu drängen sowie auf den Ab-  
schluß von Listenverbindungen zur Errichtung einer Einheitsfront gegen die  
Sozialdemokratie; s. den Bericht über die außerordentlichen Sitzungen des  
Preußischen Handwerkskammertags und des Allgemeinen Innungs-  
und Handwerkstags in Weimar v. 28./29. 12. 1918 in: NWDtHZ 24 (1919), S. 1, so-  
wie die Resolution des Allgemeinen Deutschen Innungs- und Handwerkstags  
v. 29. 12. 1918, ebda. S. 5 f.

- <sup>81</sup> S. Muth (1973); Vogler (1973), S. 99 ff.; Puhle (1975), S. 81 f.; Mühlberger  
(1975), S. 49 ff.; Schumacher (1978), S. 85 ff. und 96 ff.; Flemming (1978),  
S. 169 ff.; Moeller (1980), S. 282 ff.; Bieber (1981), S. 580 ff.; für Schleswig-Hol-  
stein Rietzler (1982), S. 85 f.; für Bayern Müller-Aenis (1986), S. 210 ff. und  
263 ff. – Die preußische Revolutionsregierung stellte am 13. 11. 1918 die Ver-  
gesellschaftung der »dazu geeigneten« landwirtschaftlichen Großbetriebe in  
Aussicht; s. hierzu und zur tatsächlichen Landwirtschaftspolitik im nachrevo-  
lutionären Preußen Schulze (1977), S. 267 ff. – Zur Bekämpfung der Sozialde-  
mokratie auf dem Land vor 1918 s. Saul (1975).
- <sup>82</sup> Daß dergleichen indessen nicht gänzlich undenkbar schien, beleuchtet die  
satirische Nachricht des USPD-Zentralorgans über die Bildung eines »Regen-  
ten-Rats« der entmachteten Landesfürsten; s. Lehnert (1982), S. 91.
- <sup>83</sup> Zur bäuerlichen Rätebewegung in Bayern s. Mattes (1921), S. 61 ff.
- <sup>84</sup> S. Albertin (1972), S. 137.
- <sup>85</sup> Die Kundgebung ist abgedruckt in: Juristische Wochenschrift 48 (1919), S. 3; s.  
auch die Antwort der Reichsregierung, ebda. S. 290; beides wieder abgedruckt  
bei Ostler (1971), S. 146 f.
- <sup>86</sup> S. den Bericht über die Berliner Anwaltsversammlung v. 22. 12. 1918 und die  
hier verabschiedeten Resolutionen, in: JW 48 (1919), S. 24 ff.; s. auch Friters  
(1919), S. 63. Auch an anderen Orten zeigten sich derartige Tendenzen; s. z. B.  
zur Gründung des Anwaltsbundes Düsseldorf im Februar 1919 JW 48 (1919),  
S. 294.
- <sup>87</sup> Das Preußische Medizinal- und Gesundheitswesen 1883–1908 (1908), S. 375; s.  
auch Spree (1981), S. 148 f.; Huerkamp (1985), S. 243 ff.
- <sup>88</sup> S. Hohorst/Kocka/Ritter (1975), S. 150 ff.; zur Entwicklung des öffentlichen  
Gesundheitswesens s. ferner Das Preußische Medizinal- und Gesundheitswe-  
sen 1883–1908 (1908); Spree (1981); Huerkamp (1985), S. 137 ff.; Labisch/  
Tennstedt (1985), Kap. 1.
- <sup>89</sup> Zahlen aus einer amtlichen Erhebung von 1898 in: Das Deutsche Reich in ge-  
sundheitlicher und demographischer Beziehung (1907), S. 233.
- <sup>90</sup> Aus der Satzung zitiert bei Möllers (1923), S. 58; zu seiner Gründung und Ent-  
wicklung Huerkamp (1985), S. 279 ff.
- <sup>91</sup> Zur Entwicklung des ärztlichen Organisationswesens s. Möllers (1923), S. 58 ff.
- <sup>92</sup> S. ebda. S. 50 ff.; Das Preußische Medizinal- und Gesundheitswesen 1883–1908  
(1908), S. 361 ff.; Gabriel (1919); Huerkamp (1985), S. 261 ff.
- <sup>93</sup> Ärztliche Mitt. 20 (1919), S. 116; auch zum folgenden; ferner Plaut (1913);  
Huerkamp (1985), S. 285 ff.

- 94 Das Preußische Medizinal- und Gesundheitswesen 1883–1908, S. 376 und 367.
- 95 Bayer. Ärtzl. Corr.bl. 21 (1918), S. 145.
- 96 Ärtzl. Mitt. 19 (1918), S. 450; s. auch Rhein. Ärtze-Korr. 16 (1918), S. 198.
- 97 Bekanntmachung des Geschäftsausschusses des Deutschen Ärtzereineverbundes v. 1. 12. 1918, in: Ärtzl. Vereinsbl. 47. Jg. Nr. 1175 v. 9. 12. 1918.
- 98 Bayer. Ärtzl. Corr.bl. 22 (1919), S. 75.
- 99 Die Neuordnung der Dinge und die Ärtze, in: dass. 21 (1918), S. 122; s. auch die Resolution des Berliner Ärtze-Vereinsbundes, abgedruckt in: Ärtzl. Vereinsblatt, 47. Jg. Nr. 1175 v. 9. 12. 1918, Sp. 179.
- 100 Rhein. Ärtze-Korr. 17 (1919), S. 29.
- 101 Bayer. Ärtzl. Corr.bl. 21 (1918), S. 122.
- 102 Rhein. Ärtze-Korr. 17 (1919), S. 29.
- 103 S. z. B. Ärtzl. Vereinsbl. 48 (1919), Sp. 20; Medizin. Corr.bl. des Württ. ärtzl. Landesvereins 89 (1919), S. 12; s. auch Parlow (1967), S. 56.
- 104 Dt. Medizin. Wochenschrift 44 (1918), S. 1434; zitiert bei Parlow (1967), S. 56
- 105 Ärtzl. Vereinsbl. 47. Jg. Nr. 1124 v. 23. 11. 1918, Sp. 171. Manche lokalen Ärtzeorganisationen schlossen sich deshalb den Bürgerräten an, z. B. in Bremen und Frankfurt; s. Frankfurter Ärtze-Corr. 9 (1918), S. 61; dass. 10 (1919), S. 77; vgl. dazu auch oben S. 63 ff.
- 106 Zur Entwicklung des Organisationswesens der Ingenieure vor 1914 s. Ludwig (1974), S. 20 ff.; Späth (1985), S. 583 ff.
- 107 Der Zs. des VDI 63 (1919), S. 323, zufolge wurde die Staatsbürgerliche Ingenieursvereinigung bereits im September 1915 gegründet.
- 108 Aufruf des Bundes Technischer Berufsstände, Zs. des VDI 63 (1919), S. 89; s. auch K. Klein, Demokratie, Verwaltungsreform und Technik, in: Technik und Wirtschaft 12 (1919), S. 615 ff.
- 109 Zitiert nach dem Bericht in Technik und Wirtschaft 11 (1918), S. 531 f.; s. auch Klein a. a. O. S. 619, sowie den Bericht in: Mitt. des Reichsbundes Dt. Technik, Nr. 42 v. 1. 11. 1919, S. 3; Ludwig (1974), S. 35; Technik, Ingenieure und Gesellschaft (1981), S. 292 ff.
- 110 Das bayerische Justizministerium erklärte sich sofort bereit, den Verband bei allen Gesetzesvorhaben, die die Rechtspflege und besonders die Anwaltschaft betrafen, schon zur Vorberatung hinzuzuziehen; s. MP Nr. 278 v. 28. 11. 1918; JW 47 (1918), S. 808; s. auch Müller-Aenis (1986), S. 217 f.
- 111 S. MP Nr. 275 v. 25. 11. 1918 und Nr. 22 v. 28. 1. 1919.
- 112 S. Bayer. Ärtzl. Corr.bl. 22 (1919), S. 5, 20, 36 und 42.
- 113 S. Hamburger Ärtze-Corr. 22 (1919), S. 67.
- 114 Für die Journalistenverbände s. Piepenstock (1955), S. 266; Revolution und Räteherrschaft in München (1968), S. 31. Piepenstocks Auflistung der Mitgliedsverbände ist unvollständig. Sie sind aufgeführt in der bei F. A. Schmitt (1919), S. 59, abgedruckten Protesterklärung des Presserates v. 18. 2. 1919 gegen Eisner; s. auch das Schreiben des Rates an das Zentralwirtschaftsamt München, 3. 4. 1919; BayHStA, MH 13909. Für die Ärtze übernahm der Ärtzliche Kriegsausschuß München, erweitert um einige kooptierte Vertreter der Ärtze aus dem übrigen Bayern, die Funktion eines regionalen Dachverbands. In Berlin wurde Ende Dezember 1918 der Groß-Berliner Ärtzebund als Dachorganisation aller Ärtzereine der Reichshauptstadt und ihrer Vororte gegründet; s. Berliner Ärtze-Corr. 23 (1918), S. 206 und 212; dass. 24 (1919), S. 6f., 22 ff., 38 ff., 69 f. und 139 f.
- 115 S. Zentralblatt für Pharmazie 15 (1919), S. 5.
- 116 Zs. des VDI 63 (1919), S. 322 f.

- <sup>117</sup> S. K. Klein, Demokratie, Verwaltungsreform und Technik, in: Technik und Wirtschaft 12 (1919), S. 619f.
- <sup>118</sup> S. ebda.; zum Münchener Presserat s. die Nachweise in Anm. 114.
- <sup>119</sup> S. z. B. Firn 1 (1919/20), S. 425.
- <sup>120</sup> S. die Entschließung des Berliner Ärzte-Vereinsbundes, abgedruckt in: Berliner Ärzte-Corr. 23 (1918), S. 189; s. auch ebda. S. 185.
- <sup>121</sup> Ignaz Zadek, Der Ärzterat von Groß-Berlin, ebda., S. 189f.
- <sup>122</sup> S. die Bekanntmachung ebda. S. 189.
- <sup>123</sup> S. den Bericht über die Ärzteversammlung vom 26. 11. 1918, ebda. S. 194ff.; auch zum folgenden; s. auch den Bericht in: Ärztl. Mitt. 20 (1919), S. 28f. sowie die Skizze bei Jürgens (1949), S. 176; Parlow (1967), S. 53.
- <sup>124</sup> Für München s. Bayer. Ärztl. Corr.bl. 22 (1919), S. 3f. und 112; für Frankfurt Frankfurter Ärzte-Corr. 9 (1918), S. 61; vgl. auch Seemann (1963), S. 65
- <sup>125</sup> S. z. B. Frankfurter Ärzte-Corr. 9 (1918), S. 56.
- <sup>126</sup> Für Hamburg s. HE Nr. 280 v. 27. 11. 1918 und Nr. 284 v. 1. 12. 1918; Holtz/Prehn-Dewitz (1919), S. 65; Lamp'l (1921), S. 29; Zentralblatt für Pharmazie 14 (1918), S. 29; für Leipzig ebda. S. 168; für Berlin ebda. S. 181; für Stuttgart Süddeutsche Apothekerzeitung 58. Jg. Nr. 98 v. 6. 12. 1918. – Zu den gesundheitspolitischen Forderungen der Sozialdemokratie vor 1918 s. Labisch (1976).
- <sup>127</sup> S. Zentralblatt für Pharmazie 14 (1918), S. 166f.; dass. 15 (1919), S. 12f.; 72ff. u. ö.; dass. 16 (1920), S. 244f. und 248f.; Süddt. Apothekerzeitung, 58. Jg. Nr. 98 v. 6. 12. 1918; 59. Jg. Nr. 1 v. 3. 1. 1919, Nr. 6 v. 21. 1. 1919 und Nr. 56 v. 15. 7. 1919.
- <sup>128</sup> Dass. 58. Jg. Nr. 98 v. 6. 12. 1918.
- <sup>129</sup> S. BT v. 18. 11. 1918, Morgenausgabe.
- <sup>130</sup> S. Juristische Wochenschrift 47 (1918), S. 759; s. auch BT v. 14. 11. 1918, Morgenausgabe.
- <sup>131</sup> S. die entsprechenden Bekanntmachungen des ASR und des Ärzte- und Soldatenrats in: HE Nr. 262 v. 7. 11. 1918; abgedruckt bei Buchner (1921), S. 76; s. auch Parlow (1967), S. 52.
- <sup>132</sup> S. die Mitt. des Ärzterates in: HE Nr. 263 v. 10. 11. 1918.
- <sup>133</sup> S. ebda. und Hamburger Ärzte-Corr. 22 (1919), S. 76f. – Neben dem Ärzterat entstand ein »Kranken- und Fürsorgerat« mit der Aufgabe, »1. die ärztliche Versorgung der arbeitenden und den sozialen Versicherungsträgern angehörenden Bevölkerungskreise zu überwachen und zu regeln, 2. die vorhandenen Fürsorgeeinrichtungen auf dem Gebiete der allgemeinen Gesundheitspflege in seinen Dienst zu stellen und nötigenfalls weiter auszubauen«; die Vertretungen der Hamburger Ärzte wurden »zur Mitarbeit... berufen«. S. die Bekanntmachung des ASR v. 13. 11. 1918, abgedruckt bei Lamp'l (1921), S. 64f. Von der Tätigkeit dieses Rates fanden sich keine Spuren.
- <sup>134</sup> S. das Schreiben des Ärzterates an den ASR v. 1. 2. 1919; StA Hamburg, ASR 7 Bd. 2.
- <sup>135</sup> S. Hamburger Ärzte-Corr. 22 (1919), S. 76.
- <sup>136</sup> Westfäl. Polit. Nachrichten v. 24. 9. 1920 nach einer Formulierung der Dt. Tageszeitung.
- <sup>137</sup> S. Glum (1964), S. 187.
- <sup>138</sup> Dt. Erfinder-Schutzverband e. V., München, an Eisner, 23. 12. 1918; BayHStA, MA 991.
- <sup>139</sup> S. oben S. 18.
- <sup>140</sup> Knappe Hinweise auf Nassauer und literarische Werke anderer Ärzte mit ähnlicher Tendenz bei Parlow (1967), S. 43 ff.

- <sup>141</sup> Zur Praxis des »Gesundschreibens« s. Wolff (1936), S. 187; Bieber (1981), S. 202f.; zur Glorifizierung des Krieges in der medizinischen Fachpresse und der ärztlichen Publizistik zwischen 1914 und 1918 Parlow (1967), S. 35 ff.; Seemann (1963), S. 38 ff.; zum »fröhlichen Zynismus der patriotischen Medizin« gegenüber Kriegsversehrten Slooterdijk (1983), Bd. 2, S. 794 ff.; zur Tätigkeit der Ärzte während des Krieges im übrigen Hoffmann (1920).
- <sup>142</sup> Der Berliner Sanitätsrat C. S. Engel in einem Aufsatz »Die Ärzte und die neue Zeit«, in: *Ärztl. Mitt.* 20 (1919), S. 29.
- <sup>143</sup> S. Winter (1977), S. 29; zur allgemeinen Reaktion der Ärzte auf den Zusammenbruch im November 1918 s. Seemann (1963), S. 56 ff.
- <sup>144</sup> Zum Anlaß und allgemein den gesundheitspolitischen Problemen der Demobilisierung s. den Bericht über die Beratung am 27. und 28. November 1918 über die während der Demobilmachung und nach dem Friedensschluß erforderlichen gesundheitlichen Maßnahmen, Berlin 1919; s. auch die Übersicht über die vom RdV erlassenen und verkündeten Verordnungen, in: *Regierung der Volksbeauftragten* (1969), Bd. 1, S. CXXXV ff. – Nur die Münchener Räterepublik strebte eine weitgehende Verstaatlichung des Gesundheitswesens an; s. Bayer. *Ärztl. Corr.bl.* 22 (1919), S. 112, sowie die Unterlagen in BayHStA, MH 13916; für das Apothekenwesen ferner *Zentralblatt für Pharmazie* 15 (1919), S. 99 f., und die Vorgänge in BayHStA, MH 13917.
- <sup>145</sup> Bayer. *Ärztl. Corr.bl.* 21 (1918), S. 122.
- <sup>146</sup> *Ärztl. Mitt.* 19 (1919), S. 12; s. auch *Rhein. Ärzte-Korr.* 17 (1919), S. 5 ff. und 86 f.; *Ärztl. Vereinsblatt*, 47. Jg. Nr. 1175 v. 9. 12. und Nr. 1176 v. 23. 12. 1918; Parlow (1967), S. 63 f.
- <sup>147</sup> S. *Ärztl. Vereinsblatt* 47 (1918), Sp. 185 f.; *Berliner Ärzte-Corr.* 23 (1918), S. 212; *dass.* 24 (1919), S. 9 f., 14 f. und 51 f.; Bayer. *Ärztl. Corr.bl.* 21 (1918), S. 122 f. und 145; *dass.* 22 (1919), S. 33 ff., 65 ff. und 79 ff.; *Rhein. Ärzte-Korr.* 17 (1919), S. 43 f. und 59 f.
- <sup>148</sup> S. Seemann (1963), S. 37; Winter (1977), S. 27 f.
- <sup>149</sup> BT v. 2. 12. 1918, Morgenausgabe.
- <sup>150</sup> S. den Bericht über die allgemeine Ärzteversammlung am 9. 12. 1918, in: *Berliner Ärzte-Corr.* 23 (1918), S. 204.
- <sup>151</sup> »In kleinem Kreis schimpft jeder, öffentlich verstummt er.« *Hamburger Ärzte-Corr.* 22 (1919), S. 76.
- <sup>152</sup> S. *ebda.* S. 20.
- <sup>153</sup> *Ebda.* S. 21.
- <sup>154</sup> *Ärztl. Mitt.* 19 (1918), S. 449; *Ärztl. Vereinsblatt*, 47. Jg. Nr. 1175 v. 9. 12. 1918.
- <sup>155</sup> S. Wilh. Grumach, *Die Verstaatlichung der ärztlichen Tätigkeit*, in: *Berliner Ärzte-Corr.* 23 (1918), S. 210 f.; Max Flesch, *Ärztepolitik*, in: *Frankfurter Ärzte-Corr.* 10 (1919), S. 11 ff.; *Zukunftsaussichten*, in: Bayer. *Ärztl. Corr.bl.* 22 (1919), S. 1 ff.; s. auch *ebda.* S. 45 ff. und 70 ff.
- <sup>156</sup> S. z. B. J. Hainebach, *Zur Sozialisierung des Heilwesens*, in: *Westdt. Ärztezeitung* 10 (1919), S. 199 ff. – Zu Forderungen sozialistischer Ärzte nach Verstaatlichung des Gesundheitswesens s. Parlow (1967), S. 52.
- <sup>157</sup> S. *Sozialisierung und Kassenärzte*, in: *Frankfurter Ärzte-Corr.* 10 (1919), S. 66 f.
- <sup>158</sup> S. den Beschluß der Münchener Ärzteversammlung v. 19. 11. 1918, in: Bayer. *Ärztl. Corr.bl.* 21 (1918), S. 128 f.; die Leitsätze des bayerischen Ärztetages vom Juli 1919 zur Neugestaltung des Medizinalwesens in Bayern, *dass.* 22 (1919), S. 102; sowie die Leitsätze des 41. Deutschen Ärztetages vom Oktober 1919 in Eisenach über die sozialhygienischen Aufgaben, abgedruckt in: *Westdt.*

- Ärztezeitung 10 (1919), S. 216. – Die bayerischen Ärzteorganisationen verlangten sogar ein Mitspracherecht bei der Einstellung der Medizinalreferenten im Ministerium; s. Bayer. Äzrtl. Corr.bl. 21 (1918), S. 145; Seemann (1963), S. 67.
- <sup>159</sup> S. Bayer. Äzrtl. Corr.bl. 21 (1918), S. 122; ebenso Rhein. Ärzte-Korr. 16 (1918), S. 197.
- <sup>160</sup> Für München s. Bayer. Äzrtl. Corr.bl. 22 (1919), S. 3f. und 112; für Frankfurt Frankfurter Ärzte-Corr. 9 (1918), S. 61; für Berlin und Hamburg s. Äzrtl. Vereinsblatt 47 (1918), Sp. 190, sowie das Schreiben des Ärztetats Hamburg an den ASR Hamburg v. 1. 2. 1919; StA Hamburg, ASR 7 Bd. 2; s. auch den Bericht von Paul Sunner, Mitglied der demokratischen Fraktion des AR von Groß-Berlin, in: Äzrtl. Mitt. 20 (1919), S. 315 ff.
- <sup>161</sup> S. Zentralblatt für Pharmazie 14 (1918), S. 183, und 15 (1919), S. 27.
- <sup>162</sup> S. Zs. des VDI 63 (1919), S. 322 f.
- <sup>163</sup> S. den Abdruck der Reden Fuchs' und Thieles in der Sitzung der Groß-Berliner Arbeiterräte am 19. 11. 1918, in: JW 47 (1918), S. 759 f.
- <sup>164</sup> S. Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923 (1971), S. 57f. und 68 ff.
- <sup>165</sup> S. den Bericht über die Berliner Anwälteversammlung v. 22. 12. 1918, in: JW 48 (1919), S. 24 ff.
- <sup>166</sup> S. den Bericht über die Versammlung v. 20. 11. 1918 zur Gründung eines Bundes deutscher Strafverteidiger, in: dass. 47 (1918), S. 83 ff.; s. auch BT v. 26. 11. 1918, Morgenausgabe.
- <sup>167</sup> JW 48 (1919), S. 295.
- <sup>168</sup> S. den programmatischen Aufsatz »Welche Stellung soll der Ingenieur zur augenblicklichen wirtschaftspolitischen Lage einnehmen?«, in: Zs. des VDI 62 (1918), S. 885 ff.
- <sup>169</sup> Ebda. S. 887.
- <sup>170</sup> Aufruf des VDI an die deutschen Ingenieure, ebda. S. 821.
- <sup>171</sup> Bericht der Geschäftsstelle des VDI über die Stellung der Bezirksvereine zu den Forderungen des Tages; Zs. des VDI 63 (1919), S. 324; s. auch Technik, Ingenieur und Gesellschaft (1981), S. 292. An manchen Orten sahen die Ingenieure allerdings in der Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte »keine Gewähr für die baldige Herstellung eines geordneten Staats- und Wirtschaftslebens« und schlossen sich korporativ den Bürgerräten an, z. B. im Bergischen Land und in Danzig; s. Zs. des VDI 63 (1919), S. 322 f.
- <sup>172</sup> S. oben S. 107. Beispielhaft ist die Wirksamkeit des badischen Mediziners Willy Hellpach, der sich politisch in der DDP engagierte und – für Ärzte ungewöhnlich – als Abgeordneter wählen ließ; s. Näheres bei Hellpach (1948/49).
- <sup>173</sup> S. oben S. 18.
- <sup>174</sup> Namentlich der Allgemeine Schriftstellerverein (1899) und der Schutzverband deutscher Schriftsteller (1909); s. Martens (1975), S. 29 ff.
- <sup>175</sup> S. Newhouse (1979), S. 187 f.
- <sup>176</sup> S. Barnay (1903), I, S. 293 ff.
- <sup>177</sup> S. Waltz (1906), S. 113 ff.; Newhouse (1979), S. 66 ff., 169, 365 ff. Die solistisch tätigen Musiker gründeten 1912 einen eigenen Verband; s. Scharwenka (1922), S. 130 ff. – Zu den Schwierigkeiten, die genaue Zahl der hauptberuflich tätigen Musiker im Kaiserreich zu ermitteln, s. Newhouse (1979), S. 13 f.
- <sup>178</sup> S. Die Gewerkschaft der Schauspieler und das kommende Reichstheatergesetz, in: NZ 31 (1912/13), II, S. 696 ff.; die Ausführungen Floraths in der Sitzung des Provisorischen Nationalrats des Volksstaates Bayern am 3. 1. 1919, Sten. Ber. S. 266; Hochdorf (1921), passim; Bischoff (1970), S. 140 f.

- <sup>179</sup> Zur sozialen und ökonomischen Lage der Musiker vor 1914 s. Waltz (1906); Newhouse (1979), Kap. 1; zum Rechtsstatus ebda. S. 274ff.; zur Konkurrenz zwischen Zivil- und Militärmusikern ebda. S. 184ff.
- <sup>180</sup> Zur sozialen Lage der Schriftsteller s. den Überblick von Heinz Potthoff in: *Handbuch der Politik* (1921/22), Bd. 4, S. 489ff.
- <sup>181</sup> In Bayern sorgten später König oder Kronprinz unter der Hand dafür, daß militärpflichtige begabte Münchener Künstler nicht mehr an die Front geschickt wurden; s. Pulver (1953), S. 47.
- <sup>182</sup> 1917 entstand hier mit dem Dadaismus eine der radikalsten Kunstbewegungen der Moderne – und eine der subtilsten Kritiken des deutschen Bürgertums aus der Feder des lange vergessenen Hugo Ball; s. Ball (1919).
- <sup>183</sup> S. Hochdorf (1921), S. 231ff., 240 und 243; zum Zusammenschluß der Dichter- und Schriftstellerorganisationen in Preußen Martens (1975), S. 135.
- <sup>184</sup> Oskar Loerke, *Die Stimme des Dichters*, in: *Revolution* (München), Nr. 2 v. 30. 11. 1918, S. 14.
- <sup>185</sup> Die Eingabe ist abgedruckt bei Grumbach (1917), S. 132ff.; s. dazu Schwabe (1958) und (1969); Fischer (1962), S. 199f.; *Deutschland im 1. Weltkrieg II* (1968), S. 169f.
- <sup>186</sup> Für München z. B. s. Jelavich (1982), S. 269ff. u. ö.
- <sup>187</sup> Schickele (1919), S. 92 und 97; in der Tendenz ähnlich, aber weniger euphorisch: Lulu v. Strauß und Torney, *Heroische Revolution*, in: *Die Tat* 11 (1919/20), S. 81ff.
- <sup>188</sup> Rilke an Dorothea Freifrau v. Ledebur, 19. 12. 1918, in: *Rilke, Briefe 1914–21* (1937), S. 214.
- <sup>189</sup> Rilke an Lou Andreas-Salomé, 13. 1. 1919, in: *Rilke/Andreas-Salomé* (1952), S. 398.
- <sup>190</sup> Z. B. Ernst Bloch, *Zur deutschen Revolution*, in: *Revolution* (München), Nr. 2 v. 30. 11. 1918, S. 11; s. auch die Tagebuchaufzeichnung Harry Graf Kesslers v. 13. 11. 1918; Kessler, *Tagebücher* (1961), S. 29.
- <sup>191</sup> Allgemein hierzu s. u. a. Hausenstein (1920), S. 152ff.; Albrecht (1970), S. 74ff.
- <sup>192</sup> Mitgliedsverbände waren der Verband Bayerischer Autoren, die Vereinigung Münchener Architekten, der Oberbayerische Architekten- und Ingenieur-Verein, der Bezirksverband München der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger (Zentralkünstlerrat Bayern), Wirtschaftsbund vortragender Künstler, Tonkünstlerverein einschließlich der Tonsetzer, Gesang- und Musiklehrer, Münchener Orchesterverbände, Münchener und Augsburgischer Musiker-Verbindung (Lokalvereine des Allgem. Deutschen Musikerverbandes), Wirtschaftsverband bildender Künstler, Bayerischer Kunstgewerbe-Verein und Münchener Bund. Die Ende November 1918 gegründete Künstlerinnenorganisation fehlte. S. das Referat des Opernsängers Paul v. Wimpfen, der sich als »Vater des Gedankens« der Künstlergewerkschaft vorstellte, in deren Gründungsversammlung, abgedruckt in: *Der neue Weg* 48 (1919), S. 12f., sowie das Flugblatt der Künstlergewerkschaft vom Januar 1919, BayHStA, MA 1027. Die Künstlergewerkschaft gab hierin als Gründungsdatum den 27. 11. 1918 an; in der Presse wurde sie allerdings bereits vorher erwähnt; s. MP Nr. 273 v. 22. 11. 1918. – Der Rat bildender Künstler schloß sich im Februar 1919 der Künstlergewerkschaft an. Zur gleichen Zeit berichtete diese eine Mitgliederstärke von mehr als 1500; s. Sackett (1980), S. 172; s. auch Martens (1924), S. 175f.; Bischoff (1970), S. 142f.
- <sup>193</sup> Dem Vorstand gehörten an der Kunstmaler Franz Guillery als 1. und der Schriftsteller Will Vesper als 2. Vorsitzender, Paul v. Wimpfen und Rudolf Elias

- als Schriffführer, Franz Günther und der Bildhauer Georg Römer als Schatzmeister, der Architekt Otto Orlando Kurz und Theodor Heiden als Beisitzer.
- <sup>194</sup> S. MP Nr. 273 v. 22. 11. 1918 und das Flugblatt der Künstlergewerkschaft vom Januar 1919, a. a. O. – Sozialminister Unterleitner versprach Ende Dezember 1918 überdies, die Regierung werde »alle wirtschaftlichen Fragen der künstlerischen Berufe im Benehmen mit den Bevollmächtigten der einzelnen Kunstgattungen verhandeln und entscheiden«; Unterleitner an die Künstlergewerkschaft, 27. 12. 1918; StA München, Pol. Dir. München 3547.
- <sup>195</sup> Nominiert wurde für die Bühnenkünstler Franz Jacobi, geb. 1864, seit 1904 am Münchener Hoftheater, zuletzt als Oberregisseur, außerdem Lehrer an der Königlichen Musikschule München, seit langem in der Bühnengenossenschaft tätig, u. a. als Obmann des Münchener Ortsverbandes, Vorsitzender der Vereinigung Münchener Bühnenkünstler und des Künstlerrats des Hoftheaters; für die Musiker Prof. Karl Somborn, früher Lehrer für Musiktheorie und -geschichte am Straßburger Konservatorium, seit 1913 in München; für die bildenden Künstler der 1. Vorsitzende der Künstlergewerkschaft, Franz Guillery, geb. 1862 in Köln, seit 1897 als Kunstmaler in München, Gründer des Wirtschaftlichen Verbandes bildender Künstler; für die Schriftsteller Dr. jur Kurt Martens, geb. 1870 in Leipzig, seit 1888 in München als freier Schriftsteller, während des Krieges Leiter des literarischen Feuilletons der MNN, Vorsitzender der Ortsgruppe München des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller; s. Künstlergewerkschaft Bayern an Eisner, 17. 12. 1918; Bay HStA, MA 1027.
- <sup>196</sup> S. Sten. Ber. über die Verh. des Provisorischen Nationalrat des Volksstaates Bayern (1919), S. 265 ff.; s. auch Martens (1924), S. 176 f.; Bischoff (1970), S. 144 ff.; Freya Eisner (1979), S. 155 ff.
- <sup>197</sup> Zur Arbeitslosigkeit und Versorgungssituation in München Anfang 1919 s. Hillmayr (1969), S. 477 f.
- <sup>198</sup> So das Flugblatt der Künstlergewerkschaft v. Jan. 1919; a. a. O.
- <sup>199</sup> Fischer-Aram, a. a. O., S. 271.
- <sup>200</sup> Ebda. S. 274. – Toller setzte sich noch besonders für eine Verbesserung der sozialen Lage der Artisten in Zirkus, Varieté und Kabarett ein; s. ebda. S. 280 f.
- <sup>201</sup> Aus einem undatierten Brief Sudermans zitiert bei Martens (1975), S. 135.
- <sup>202</sup> S. Dörrer (1961), S. 197 f.; auch zum folgenden.
- <sup>203</sup> Aus der Dresdner Volkszeitung v. 18. 11. 1918; zitiert ebda.
- <sup>204</sup> S. Der Geistige Arbeiter (Königsberg), Nr. 4 v. 15. 2. 1919, S. 43; Greenberg (1967), S. 39 und 55; Rollins (1971), S. 180.
- <sup>205</sup> Für Hamburg s. Holtz/Prehn-Dewitz (1919), S. 30; für Leipzig: Der Geistige Arbeiter (Königsberg), Nr. 5 v. 1. 3. 1919, S. 55; für Köln ebda. Nr. 4 v. 15. 2. 1919, S. 43. Der Künstlerrat bestand als Arbeitsgemeinschaft Kölner Künstler noch längere Zeit; »aber niemand wird behaupten, daß ihre Resultate überwältigend sind«; Westdeutsche Wochenschrift, 2. Jg. Nr. 1 v. 2. 1. 1920, S. 8. – Für Mannheim s. Friedr. Walter (1949), S. 328; für Karlsruhe Kaller (1966), S. 306.
- <sup>206</sup> Für Frankfurt s. Der Geistige Arbeiter (Königsberg), Nr. 4 v. 15. 2. 1919, S. 43; für München Schmitt (1919), S. 16; Schricker (o. J.), S. 216; Bischoff (1970), S. 154; Tradition und Widerspruch (1985), S. 180 f.
- <sup>207</sup> S. Sackett (1980), S. 171.
- <sup>208</sup> Abgedruckt teilweise in: Deutscher Revolutions-Almanach 1919, S. 111 ff.; Eisner erwähnte sie auch in seiner Rede vor dem Provisorischen Nationalrat am 3. 1. 1919; Sten. Ber. S. 275.
- <sup>209</sup> Graf (1948), S. 358 f.

- <sup>210</sup> S. *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 6 v. 15. 3. 1919, S. 65; Schmitt (1919), S. 16; Sackett (1980), S. 171.
- <sup>211</sup> S. Vogeler (1952), S. 246ff.; Seifert (1960), S. 68f.; Greenberg (1967), S. 99; Pörtner (1968); Wurgaft (1977), S. 53ff.; Kreiler (1978); Willett (1978), S. 44; Schütze (1980), S. 56ff. – Daß Brecht in den Augsburger ASR gewählt wurde, lag allerdings kaum an besonderem politischen Engagement; er trat in diesem Gremium dann auch nicht sonderlich hervor; s. Mittenzwei (1987), S. 84f.
- <sup>212</sup> Zur Novembergruppe s. Rollins (1971), S. 180, und Willett (1978), S. 44f.; zur Künstlergenossenschaft s. *Die Glocke*, Nr. 49 v. 8. 3. 1919, S. 1555f. – Zur Empörung der Konservativen beauftragte sie der Berliner Magistrat mit der Anfertigung von Kunstwerken, die in den Schulen die entfernten Kaiserbilder ersetzen sollten; s. *Eiserne Blätter* 1 (1919), S. 202f. – Der Ausschuß der Internationalen Artistenloge konstituierte sich als Zentralartistenrat und entsandte zwei seiner Vorstandsmitglieder sowie seinen Syndikus als Delegierte in den ASR; s. BT v. 14. 11. 1918, Abendausgabe.
- <sup>213</sup> S. dazu unten S. 124ff.
- <sup>214</sup> 1917 standen an der Spitze des Geschäftsführenden Ausschusses der Mediziner Wilh. v. Waldeyer als Vorsitzender und der Philosoph Alois Riehl als Stellvertreter. Anfang 1919 gehörten dem Vorstand u. a. Max Rubner, Peter Behrens, Ernst Hardt, Hermann Schuhmacher und Ernst Troeltsch an; im Ehrenpräsidium saßen u. a. Harnack, Gerhart Hauptmann, Max Liebermann, Hans Thoma, Wilamowitz und Wundt; Sekretär war Heinrich v. Gleichen-Rußwurm. Aber auch rabiate Antibolschewisten wie Eduard Stadler gewannen einigen Einfluß – vermutlich ein Grund dafür, daß sich viele namhafte Künstler und Intellektuelle fernhielten oder wieder abwandten. Zur Rolle Stadlers s. Stadler (1935), S. 125ff.; zur Gründung der Münchener Ortsgruppe im Frühjahr 1919 v. Müller (1954), S. 245.
- <sup>215</sup> Dies gilt auch für die Forderung des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller von Mitte November 1918, den Buchverlagen Vertreter ihrer Autoren als »Arbeitsrat« beizugeben, die nach freiem Ermessen, aber aufgrund eines gemeinsamen Mindestprogramms und im Kontakt mit der Zentrale des Schutzverbandes die Autoreninteressen wahrnehmen sollten. Außerdem verlangte der Verband die Festsetzung von Mindesthonoraren und wollte deshalb Verbindung mit den Gewerkschaften aufnehmen. Anscheinend wurde keiner dieser Punkte realisiert. Der Beschluß, veröffentlicht in BT v. 14. 11. 1918, Abendausgabe, und Schlesw.-Holsteinische Volkszeitung v. 16. 11. 1918, ist abgedruckt bei Buchner (1921), S. 258.
- <sup>216</sup> S. unten S. 374ff.
- <sup>217</sup> S. Schmitt (1919), S. 16; Schricker (o. J.), S. 216; Bruno Walter (1950), S. 318ff.; Bischoff (1970), S. 141ff.; auch zum folgenden; s. auch die Tagebucheinträge Th. Manns vom 18., 19., 22., 23. und 25. 11. sowie vom 4., 10., 23. und 29. 12. 1918; Th. Mann, *Tagebücher* (1979), S. 82, 85, 90, 91, 93f., 101f., 105f., 114 und 119.
- <sup>218</sup> Unterleitner bestätigte sie bereits in seinem Schreiben an die Künstlergewerkschaft Bayern v. 27. 12. 1918; StA München, Polizeidirektion München 3547.
- <sup>219</sup> Eine neue Theatersatzung, am 13. 1. 1919 vom Gesamtministerium beschlossen und am 16. 1. 1919 vom Kultusminister erlassen, sah die Wahl eines Künstlerrats durch alle Angehörigen von Oper, Schauspiel, Orchester, Chor, Ballett sowie des technischen und Verwaltungspersonals mit zweijähriger Amtszeit vor und übertrug ihm das Recht, den Intendanten zu wählen und dem Kultusminister zur Bestätigung und Anstellung auf längstens fünf Jahre vorzuschlagen, aller-



dings in Form einer Liste mit mehreren Namen, um dem Minister eine Auswahlmöglichkeit zu lassen (offenbar hat das Verfahren zur Berufung von Hochschulprofessoren hierbei Pate gestanden). Eine Vertragsverlängerung nach Ablauf dieser Frist bedurfte der Zustimmung des Künstlerrats. Der Opern- und der Schauspielerektor sowie der Verwaltungs- und der technische Direktor waren vom Intendanten vorzuschlagen, benötigten aber zur Bestätigung und Anstellung durch den Kultusminister gleichfalls die Zustimmung des Künstlerrats, der sie allerdings nur mit Dreiviertelmehrheit verweigern konnte. Weiter erhielt der Künstlerrat das Recht der »Einflußnahme auf alle Maßnahmen und Entscheidungen der Leitung, die einzelne oder die Gesamtheit der Mitglieder des Nationaltheaters« betrafen. Sie sollte in der Regel »in der Form vertraulicher Heranziehung eines engeren Ausschusses« geschehen, dem mindestens der Obmann oder sein Stellvertreter sowie zwei Vertreter der jeweils betroffenen Personen oder Gruppen angehören mußten. S. den Erlaß Hoffmanns v. 16. 1. 1919; BayHStA, MA 991; auch zum folgenden.

- <sup>220</sup> S. ebda.; s. auch Bayer. Staatszeitung Nr. 11 v. 12. 1. 1919, S. 3.
- <sup>221</sup> S. BT v. 12. 11. 1918, Morgenausgabe: H. Marx (1919), S. 182f.; Naso (1953), S. 428ff. – Mitglieder des Künstlerrates der Oper waren der Dirigent Leo Blech, der Tenor Hermann Jadlowker und Richard Strauss. Am Schauspielhaus wurden gewählt der Dramaturg Dr. Reinhard Bruck, der Oberspielleiter Albert Patry und der Schauspieler Otto Mannstädt. Bruck und Patry übernahmen kollegial die Leitung; s. den Beitrag Brucks in BT v. 25. 11. 1918, Abendausgabe.
- <sup>222</sup> S. Der neue Weg 48 (1919), S. 5f. und 59. – Gleichzeitig wurden die bisher von der Berliner Generalintendantur abhängigen Theater in Hannover, Kassel und Wiesbaden verselbständigt. Im ehemaligen Hoftheater Hannover bildete sich am 15. 11. ein Künstlerrat, mit je zwei Vertretern von Oper, Schauspiel und Chor an der Spitze. Er setzte auf einstimmigen Beschluß des Schauspielerspersonals zwei Ensemblemitglieder als neue Schauspielereiter ein, die gemeinsam mit dem alten Oberspielleiter die künstlerische Weiterführung des Schauspiels übernahmen, während die Oper fortan vom bisherigen Oberregisseur geleitet wurde. Um die Berliner Vormundschaft loszuwerden, beschloß der kommunale ASR im übrigen, das Theater, das ab 17. 11. als Opern- und Schauspielhaus firmierte, in die Trägerschaft der Stadt zu überführen; s. Anlauf (1919), S. 124f.
- <sup>223</sup> S. Der neue Weg 48 (1919), S. 59ff., und die Mitt. in der Delegiertenversammlung der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger am 19. 4. 1919, in: Protokolle der Vertreterversammlungen der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger im April 1919 (1919), S. 94ff.
- <sup>224</sup> S. Der neue Weg 48 (1919), S. 88f., 170f. und 195.
- <sup>225</sup> So E. Hardt, Generalintendant des Nationaltheaters Weimar, ebda. S. 411.
- <sup>226</sup> Tagebuchnotiz Th. Manns v. 9. 11. 1918; Tagebücher (1979), S. 66.
- <sup>227</sup> Schmitt (1919), S. 16; wörtlich übereinstimmend Schrickler (o. J.), S. 216.
- <sup>228</sup> Walter (1950), S. 320f. – In der Oper wurden die in der Satzung vorgesehenen Mitsprachemöglichkeiten durch ein System von Vertrauensmännern wahrgenommen. Im Orchester hatte es schon vorher bestanden und wurde jetzt auf die Sänger ausgedehnt, die zwei der damals berühmtesten Solisten, den Tenor Karl Erb und den Bassisten Paul Bender, mit dieser Aufgabe betrauten.
- <sup>229</sup> Stefan Großmann, Ein Exempel, in: Die Glocke 4 (1919), S. 282; auch zum folgenden; für die Sicht der Schauspieler s. den Beitrag von deren Obmann in: Der neue Weg 48 (1919), S. 254f.
- <sup>230</sup> S. Der Firm 1 (1919/20), S. 26.
- <sup>231</sup> S. BT v. 16. 12. 1918, Morgenausgabe.

- <sup>232</sup> Kestenberg (1961), S. 70; zur Neubesetzung von Schlüsselstellungen in der Ministerialbürokratie s. Willett (1978), S. 49.
- <sup>233</sup> Großmann a. a. O., S. 287; vgl. auch Klaus Pringsheim, *Revolution und Theater*, in: *Die Zukunft* 106 (1919), S. 313–318, und die Diskussion in: *Der neue Weg* 48 (1919), S. 285 ff.
- <sup>234</sup> S. den Satzungsentwurf und das Schreiben an das preußische Kultusministerium v. 11. 2. 1919, abgedruckt ebda. S. 56f., sowie den modifizierten Entwurf vom Mai 1919, ebda. S. 222 ff.
- <sup>235</sup> S. die Satzung der Berliner Staatstheater, abgedruckt ebda. S. 376 ff.
- <sup>236</sup> S. Hochdorf (1921), S. 248 f. – Hier und da scheinen sich auch in größeren Berufsorchestern, deren rechtliche, soziale und ökonomische Lage derjenigen der Schauspieler in vieler Hinsicht ähnelte, Räte gebildet zu haben (für Hamburg z. B. s. Holtz/Prehn-Dewitz [1919], S. 30). Ihre Forderungen und Wirksamkeit bleiben genauer zu untersuchen.
- <sup>237</sup> S. Kocka (1973), S. 78 ff.; Bieber (1981), S. 428 ff.
- <sup>238</sup> Für die Ärzte s. *Berliner Ärzte-Corr.* 24 (1919), S. 13 f.; für die Diplomaten den Aufruf zur Wahl des Beamtenrats im AA v. 11. 11. 1918, abgedruckt bei Blücher (1951), S. 38; für die Lehrer *Die Schulpflege* 24 (1918), S. 353 f.; für die Akademiker die Richtlinien für die Bildung eines Reichsausschusses der akademischen Berufsstände v. 16. 11. 1918, abgedr. in: *Akad. Turnbundsblätter* 32 (1919), S. 29; allgemein s. u. a. Edgar Lange, *Geistige Arbeiter*, in: *Der Wagenlenker*, Nr. 5 (Mai 1919), S. 69 f.; Heinz Potthoff, *Das Arbeitsrecht der geistigen Arbeiter*, in: *Arbeitsrecht* 6 (1919), S. 108 ff. – Im übrigen findet sich der Ausdruck *geistige Arbeiter* in sämtlichen Periodika und sonstigen Veröffentlichungen von Angestellten-, Beamten- und Künstlerverbänden sowie der Organisationen akademischer Berufsgruppen nach der Novemberrevolution.
- <sup>239</sup> *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 1 v. 1. 1. 1919, S. 1.
- <sup>240</sup> Landauer an Martin Buber, 15. 11. 1918, in: Landauer (1929), II, S. 298. – Das Bedenken, mit der Gründung eines Rates geistiger Arbeiter würde »das Hand-in-Hand-gehen von geistigen Arbeitern und werktätigen... gerade ins Gegenteil ausschlagen, lediglich eine Trennungswand errichte man«, wurde auch in Breslau laut; s. Hesterberg (1932), S. 33; zu einer ähnlichen Kritik der linken »Aktion« s. Kaes (1983), S. 5 f. Zum Engagement anderer Künstler in Arbeiter- und Soldatenräten s. oben S. 119.
- <sup>241</sup> In Berlin am 10. 11., Stuttgart 11. 11., München, Köln und Hannover 16. 11., Oldenburg 17. 11., Karlsruhe 18. 11., Hamburg, Weimar, Leipzig, Chemnitz, Breslau und Königsberg 20. 11. – Für München s. *Revolution und Räteherrschaft in München* (1968), S. 31; für Hannover Dietsch (1968/69), S. 66; für Oldenburg Günther (1979), S. 169; für Karlsruhe *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 6 v. 15. 3. 1919, S. 65; zum Hamburger Werkbund geistiger Arbeiter ebda. Nr. 4 v. 15. 2. 1919, S. 43; für Weimar ebda. Nr. 6 v. 15. 3. 1919, S. 65; für Leipzig BT v. 23. 11. 1918, Morgenausgabe; für Chemnitz *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 4 v. 15. 2. 1919, S. 43; Nr. 6 v. 15. 3. 1919, S. 65, und Nr. 9 v. 1. 5. 1919, S. 96.
- <sup>242</sup> S. Hiller (1969), S. 120 f.; Deak (1968), S. 77 f.; Wurgaft (1977), S. 51 ff.; Zammito (1978), S. 308 f.
- <sup>243</sup> Abgedruckt bei Buchner (1921), S. 162; s. auch H. Marx (1919), S. 175; Hiller (1969), S. 128 f. – In der Meldung des BT v. 11. 11. 1918, Abendausgabe, fehlte das Adjektiv »sozialistisch«.
- <sup>244</sup> S. die Meldung der *Täglichen Rundschau* v. 13. 11. 1918, abgedruckt bei Buchner (1921), S. 192; die *Dt. Allg. Zeitung* brachte am 14. 11. 1918 einen Auszug

- aus dem Programm des RgA; s. ebda. S. 193, und Handel und Gewerbe 26 (1918/19), S. 114.
- <sup>245</sup> Aus dem Neuköllner Tageblatt v. 14. 11. 1918 zitiert bei Bey-Heard (1969), S. 82 f.
- <sup>246</sup> Das folgende nach der Schilderung bei Brentano (1931), S. 353 f.; s. auch Töpner (1970); S. 49 ff.; Bischoff (1970), S. 163 ff.; Regierung Eisner (1987), S. 180 f. Anm. 2.
- <sup>247</sup> S. Georg Hohmann, Erinnerungen eines Freundes an Lujo Brentano, in: Brentano, Grußwort (1956), S. 54; s. auch Reimann (1969), S. 191 f.
- <sup>248</sup> Aufzeichnungen Josef v. Graßmanns über die Revolution in München, in: Regierung Eisner (1987), S. 459; s. auch das Protokoll der Sitzung des bayerischen Ministerrats am 11. 11. 1918, ebda. S. 13.
- <sup>249</sup> Abgedruckt bei Schmitt (1919), S. 18.
- <sup>250</sup> Endres hatte eine Weile in der Türkei gelebt und pflegte seitdem seine Zeitungsartikel mit »kaiserlich ottomanischer Major« zu unterzeichnen; daher rührte sein Spitzname; s. Hofmiller (1938), S. 68.
- <sup>251</sup> S. Piepenstock (1955), S. 266; Reg. Eisner (1987), S. 180, Anm. 2. – Die Vertreter der Ärzte – Hohmann und Kerschensteiner – wurden in einer allgemeinen Ärzteversammlung am 19. 11. 1918 gewählt; s. Bayer. Ärtzl. Corr.bl. 21 (1918), S. 129. Zur Beteiligung des bayerischen Bezirksvereins des VDI s. auch Zs. des VDI 63 (1919), S. 323. Die Angaben bei Schoenberner (1964), S. 127, über die Vorstandswahl sind unzutreffend.
- <sup>252</sup> S. Revolution und Räteherrschaft in München (1968), S. 31; Reg. Eisner (1987), S. 180, Anm. 2.
- <sup>253</sup> Martens (1924), S. 174 f.; s. auch die Tagebuchnotiz Thomas Manns v. 19. 11. 1918, Th. Mann, Tagebücher (1979), S. 85 f., sowie die Hinweise bei Victor Mann (1949), S. 426; Graf (1948), S. 367; ferner Schoenberner (1964), S. 129 f.; Bischoff (1970), S. 162 ff.
- <sup>254</sup> S. Revolution und Räteherrschaft in München (1968), S. 38; Kaes (1983), S. 5. – Das Verhältnis Heinrich Manns zu seinem Bruder Thomas, der gleichfalls in München lebte, wurde hierdurch noch schlechter, als es ohnehin schon war. Dieser bürgerliche Dichter par excellence schmähte den Politischen Rat geistiger Arbeiter als »empörend hochnäsiger, fanatisch-politisch und ketzerrichterisch«. Daß er selbst in diesem Kreis unerwünscht war und sein Bruder ihn eine Weile in der öffentlichen Aufmerksamkeit überrundete, scheint auch die Eitelkeit des berühmten Autors der »Buddenbrooks« verletzt zu haben. Tagebuchnotiz Th. Manns v. 15. 11. 1918; Tagebücher (1979), S. 79; s. auch die Eintragungen vom 8. 11. 1918, ebda. S. 63; 16. 11., ebda. S. 80, und 17. 11., ebda. S. 81, sowie Kolbe (1987), S. 289 ff.
- <sup>255</sup> Müller-Meiningen (1923), S. 82.
- <sup>256</sup> S. Oeftering (1920), S. 277 f.; Kaller (1966), S. 306 f.; Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. LXXXII.
- <sup>257</sup> S. Die Tat 10 (1918/19), S. 852 ff. – Ihm gehörten u. a. an die Schriftsteller Alfred Mombert, Wilh. v. Scholz und Adolf Hildenbrand, Hans Adolph Bühler und Hermann Goebel, die Wissenschaftler Fritz Mauthner, Jacob v. Uexküll, Leopold Ziegler, Ernst Kriegk, Wilh. Oeftering, Ernst Leopold Stahl und Albert Sexauer. Kurzbiographien der Gründungsmitglieder in: Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. 344 f. Anm. 3.
- <sup>258</sup> S. v. Wiese (1949), S. 24; auch zum folgenden; s. auch ders. (1957), S. 58.
- <sup>259</sup> Der Geistige Arbeiter (Königsberg), Nr. 1 v. 1. 1. 1919, S. 8.
- <sup>260</sup> S. Laufenberg (1919), S. 7 f.; Holtz/Prehn-Dewitz (1919), S. 35 ff.; Baumann (1924), S. 65; Recken/Krafft (1933), S. 22.

- <sup>261</sup> S. das Schreiben des Württ. Kultusministeriums an das Staatsministerium v. 4. 7. 1919; HStA Stuttgart, E 130a Bü 737.
- <sup>262</sup> S. Keil (1948), II, S. 108ff.; Scheck (1981), S. 157; auch zum folgenden.
- <sup>263</sup> S. den Bericht des Württ. Staatsanzeigers v. 13. 11. 1918: Ausschnitt in HStA Stuttgart, E 130a Bü 195, und die Niederschrift über die Wahl des RgA v. 18. 11. 1918, abgedruckt bei Cordes (1978), S. 116; s. auch Weller (1930), S. 131; Kohlhaas (1964), S. 4.
- <sup>264</sup> S. Bonatz (1950), S. 89f.
- <sup>265</sup> S. Scheck (1981), S. 157.
- <sup>266</sup> S. den Bericht des Württ. Staatsanzeigers v. 15. 11. 1918; Ausschnitt in HStA Stuttgart, E 130a Bü 195. – Für die Apotheker läßt sich das Zustandekommen des Wahlvorschlags rekonstruieren: 10 Stuttgarter Apotheker – zur Hälfte Besitzer, zur Hälfte Angestellte – riefen alle aktiven und inaktiven Apotheker, Pharmazeuten und Helferinnen über 18 Jahre zur Wahl eines Vertreters im RgA auf und schlugen zugleich den Vorsitzenden des Stuttgarter Apothekervereins hierfür vor, möglicherweise auf Initiative dieser Organisation und ihres Vorsitzenden selbst. Von Gegenvorschlägen verlautete nichts. Infolgedessen wurde, anscheinend durch schriftliche Zustimmung, der Vereinsvorsitzende in den RgA entsandt. S. Süddt. Apothekerzeitung, 58. Jg. Nr. 92 v. 15. 11. 1918 und Nr. 94 v. 22. 11. 1918.
- <sup>267</sup> S. die Berichte in Württ. Staatsanzeiger v. 15., 16. und 24. 11. 1918; HStA Stuttgart, E 130a Bü 195; s. auch den Bericht von Gustav Esterle, in: Ebbinghaus (1928), S. 89f.
- <sup>268</sup> Ihm gehörten an Dr. Fritz Wertheimer (Gen.Sekr.), Fritz Röttcher (Sekr. der Friedensgesellschaft), Prof. Bonatz (Techn. Hochschule), C. Schmidt (Bund dt. Architekten), Bernath, Frl. Schieber (Württ. Lehrerinnenverein), Dr. Göser (Kommunalbeamter), Paul Jaeger (Kaufmann), H. Taaks (VDI), Dr. Ries (Ärztevereinigung), Dr. Scheuring (Rechtsanwalt); s. die Niederschrift über die Wahl des RgA v. 18. 11. 1918; abgedruckt bei Cordes (1978), S. 116.
- <sup>269</sup> Es gelang ihnen u. a. in Heilbronn und Ulm. Für Heilbronn s. Steinhilber (1963), S. 247; für Ulm das Schreiben des Fabrikdirektors Karl Wiegandt, des Vors. des Bundes geistiger Arbeiter, an Blos v. 12. 12. 1918; HStA Stuttgart, E 130a Bü 195.
- <sup>270</sup> Dem Leipziger RgA gehörten an Prof. Artur Niekisch, Prof. Dr. Georg Steindorff, Prof. Otto Lohse, Dr. Max Brahm, Oberspielleiter Dr. Ernst Lert, Direktor Fritz Viehweg, der Bildhauer Rud. Saudek und andere Vertreter von Kunst, Wissenschaft und Literatur; s. BT v. 23. 11. 1918, Morgenausgabe.
- <sup>271</sup> Für Königsberg s. Der Geistige Arbeiter (Königsberg), Nr. 1 v. 1. 1. 1919, S. 1, und Nr. 7 v. 1. 4. 1919, S. 79. U. a. gehörte hier Leopold Jeßner, damals Leiter des Neuen Schauspielhauses, dem RgA an. Dessen Organ wurde vom Studentenausschuß der Universität herausgegeben, der in den Revolutionstagen die Vertretung der Universität gegenüber dem ASR übernahm; die Professoren und Universitätsorgane verkrochen sich; s. ebda. Nr. 1 v. 1. 1. 1919, S. 7. – Für München s. Der Wagenlenker, Nr. 2 v. Mai 1919, S. 32; für Karlsruhe oben S. 128; für Köln oben S. 129; für Stuttgart den Bericht des Württ. Staatsanzeigers v. 17. 11. 1918 über eine Versammlung der Staats- und Gemeindebeamten, Lehrer und Unterbeamten in Stuttgart vom Vortag; HStA Stuttgart, E 130a Bü 195.
- <sup>272</sup> Unter den Stuttgarter Beamten war allerdings auch zu hören, sie »seien selbst eine Macht und brauchten keine andere Organisation; durch einen Anschluß an den Rat geistiger Arbeiter würde nur eine Scheidewand zwischen geistigen und nichtgeistigen Arbeitern errichtet«. Ebda.

- <sup>273</sup> Dem RgA Königsberg z. B. gehörten die Schriftleiter der Hartungschens Zeitung, Dr. Ludwig Goldstein, und der Allgemeinen Zeitung, Dr. B. Schwitzky, an; s. der Geistige Arbeiter (Königsberg), Nr. 1 v. 1. 1. 1919, S. 8.
- <sup>274</sup> S. unten S. 166 ff.
- <sup>275</sup> Nach der Aufstellung in: Der Wagenlenker, Nr. 2, Mai 1919, S. 32, gehörte dem RgA München u. a. die Münchener Ortsgruppe des Wirtschaftsverbandes Bayerischer Offiziere mit rund 2000 Mitgliedern an; Ende April 1919 wurde Generalmajor Kunzmann zum Beisitzer im Vorstand gewählt; s. dass. Nr. 4, S. 64.
- <sup>276</sup> Unter den evangelischen Pastoren kam es vereinzelt zu eigenen Rätebildungen. In Berlin entstand wenige Tage nach dem Umsturz ein Pfarrerrat, allerdings anscheinend mehr aufgrund einer Anregung der neuen Herren im preußischen Kultusministerium als auf Initiative der Pastoren. Zu seinem Sprecher avancierte der Pfarrer der Berliner Nicolaikirche, Ludwig Wessel, der Anfang Januar 1919 auch an die Spitze der RBÜR gelangte (s. oben S. 80). Der Berliner Pfarrerrat scheint jedoch eine singuläre Erscheinung geblieben zu sein; Hinweise auf ähnliche Gebilde aus anderen Orten fanden sich nicht. Nur in Gestalt sog. Volkskirchenräte lokaler, mehrheitlich aus Laien bestehender Zusammenschlüsse zur Wahrung kirchlicher Interessen in Öffentlichkeit und Politik, allerdings auch zur Umgestaltung der Kirche in Richtung auf eine Volkskirche, wurde der Rätegedanke in mehreren Orten Mitteldeutschlands aufgegriffen; s. Mehnert (1959), S. 116 ff.; Motschmann (1969), S. 39 f.; Nowak (1981), S. 24; Hürten (1984), S. 114. – Größere Bedeutung gewann die Adaptation des Rätegedankens auf zentraler Ebene in Preußen, nämlich Ende November 1918 mit der Bildung eines Vertrauensrates aus zunächst 48 Vertretern aller theologischen und kirchenpolitischen Richtungen als beratende »Provisorische Hilfs-einrichtung zum Zusammenwirken mit Evangelischem Oberkirchenrat und Generalsynodalvorstand für die gegenwärtige Notzeit«, wie es im Gründungsprotokoll hieß (zitiert bei Motschmann S. 43). Sein Vorsitzender wurde der Schöneberger Gemeindepfarrer Otto Dibelius. Konservative Geistliche wie der Präsident des Oberkirchenrats sahen in diesem Gremium ein »höchst revolutionäres Gebilde«, schon wegen der Beteiligung von Frauen. Seine politische Zielsetzung freilich war alles andere als revolutionär; vorrangig kämpfte er gegen die Trennung von Staat und Kirche im allgemeinen und für die Erhaltung der christlichen Schule im besonderen; s. Dibelius (1961), S. 130 ff. – Im katholischen Klerus, der bisher kaum organisiert war, findet sich ähnliches nicht, höchstens die zaghafte Aufforderung, nun ebenfalls Berufsverbände zu gründen; s. z. B. den Aufruf des Pfarrers Wolfgruber aus dem oberbayerischen Tegernbach zur »Organisation des katholischen Klerus«, in: Der Wagenlenker, Nr. 2, Mai 1919, S. 31 f.
- <sup>277</sup> Zur Rolle der Kirchen während der Novemberrevolution s. die in Anm. 276 angeführte Literatur; für die katholische Kirche Lutz (1963).
- <sup>278</sup> In München gehörte der Geschäftsführer des RgA, Kurt Waldmann, Ende 1918 auch dem Ausschuß des BÜR an; s. oben S. 418, Anm. 94, und Reg. Eisner (1987), S. 129, Anm. 5.
- <sup>279</sup> In München gehörte der Mediziner Hohmann zu den Mitbegründern der bayerischen DDP, der Deutschen Volkspartei in Bayern, und vertrat sie ab 1919 im bayerischen Landtag; s. Luckemeyer (1975), S. 460. Auch M. J. Bonn, der Nachfolger Brentanos als Vorsitzender des RgA, gehörte ihr an. Der Breslauer RgA wollte anfänglich ebenfalls, wie weiter rechts stehende Bürgerliche kritisierten, »nur waschechte Demokraten aufnehmen«; s. Kathol. Schulzeitung für Norddeutschland 35 (1918), S. 467.

- <sup>280</sup> S. z. B. *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 1 v. 1. 1. 1919, S. 1 und 8; für Oldenburg Günther (1979), S. 170.
- <sup>281</sup> Zitiert bei Dietsch (1968), S. 67.
- <sup>282</sup> *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 2 v. 15. 1. 1919, S. 15.
- <sup>283</sup> Aus dem Aufruf des RgA Hannover v. 16. 11. 1918 zitiert bei Dietsch (1968), S. 67.
- <sup>284</sup> Programm des RgA Stuttgart vom November 1918; zitiert in dessen Leitgedanken v. 23. 12. 1918; abgedruckt bei Cordes (1978), S. 117.
- <sup>285</sup> So eine Resolution des Hamburger RgA, zitiert bei Holtz/Prehn-Dewitz (1919), S. 40.
- <sup>286</sup> Für München s. Brentano (1931), S. 354f.; für Königsberg *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 1 v. 1. 1. 1919, S. 1.
- <sup>287</sup> S. die Leitgedanken des RgA Stuttgart vom 23. 12. 1918, abgedruckt bei Cordes (1978), S. 117.
- <sup>288</sup> S. Holtz/Prehn-Dewitz (1919), S. 42.
- <sup>289</sup> So der Werkbund geistiger Arbeiter in Hamburg in seinem Arbeitsprogramm, zitiert in: *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 4 v. 15. 2. 1919, S. 43.
- <sup>290</sup> Döblin (1978), Bd. 1, S. 297.
- <sup>291</sup> Das Programm ist abgedruckt bei Hiller (1969), S. 122 ff.
- <sup>292</sup> U. a. die der Schriftsteller Kasimir Edschmid, Otto Flake, Wilh. Herzog, Annette Kolb, Heinrich Mann, Robert Musil, René Schickele, Frank Thiess, Fritz v. Unruh, Armin T. Wegner und Paul Zech, des Verlegers Kurt Wolff, der Maler Willy Jaeckel und Ludwig Meidner, des Architekten Bruno Taut, der Schauspieler Alexander Moissi und Gustav v. Wangenheim, des Schulreformers Gustav Wyneken, des Sozialwissenschaftlers Magnus Hirschfeld und der Sozialdemokraten Carlo Mierendorff und Hugo Sinzheimer; s. ebda. S. 127.
- <sup>293</sup> Das Programm ist abgedruckt in: *Die Tat* 10 (1918/19), S. 852 ff., und Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. 341 ff.
- <sup>294</sup> S. Keil (1948), II, S. 119; Bonatz (1950), S. 90. – Bonatz selbst bezeichnete sich später (ebda.) als »ganz unpolitisch«. Nach Keil (a. a. O.) wurde er Mitglied der SPD, trat aber nach einiger Zeit wieder aus. – Der Heilbronner ASR lehnte es ab, dem örtlichen RgA drei Sitze zu überlassen, die dieser beanspruchte; s. Steinhilber (1963), S. 247.
- <sup>295</sup> S. *Die Tat* 11 (1919/20), S. 537; Kaller (1966), S. 306.
- <sup>296</sup> *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 1 v. 1. 1. 1919, S. 8.
- <sup>297</sup> S. ebda. Nr. 3 v. 1. 2. 1919, S. 21; Bischoff (1970), S. 170. – Später wurde die Vertretung des RgA im Provisorischen Nationalrat, offensichtlich auf Betreiben von Eisners Sekretär Felix Fechenbach, auf sechs Sitze reduziert, von denen nur fünf besetzt wurden; s. Brentano (1931), S. 361 f.; Schueler (1981), S. 61; Reg. Eisner (1987), S. 180, Anm. 3.
- <sup>298</sup> S. Holtz/Prehn-Dewitz (1919), S. 41; Baumann (1924), S. 65.
- <sup>299</sup> Runderlaß des Ministeriums des Innern betr. Organisation und Befugnisse der geistigen Arbeiterräte bei den Arbeiter- und Bauernräten v. 27. 12. 1918; abgedruckt u. a. in: *Bayer. Staatszeitung* Nr. 5 v. 5. 1. 1919.
- <sup>300</sup> Bericht über die Mitgliederversammlung der Vereinigung Rat geistiger Arbeiter München am 20. 2. 1919; HStA Stuttgart, E 130a Bü 737.
- <sup>301</sup> Je einen Vertreter sollten Preußen und Sachsen, die süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden sowie Hessen und die übrigen Bundesstaaten stellen. S. die Eingabe des Zentralrats geistiger Arbeiter Bayerns an Reichsleitung, RdV und Zentralrat v. 5. 1. 1919; HStA Stuttgart, E 130a Bü 201.
- <sup>302</sup> S. den Bericht über die Mitgliederversammlung der Vereinigung »RgA« Mün-

- chen am 20. 2. 1919 sowie den Entwurf der Satzungen des Reichsbundes geistiger Arbeiter v. 7. 2. 1919; HStA Stuttgart, E 130a Bü 737; abgedruckt in: Der Wagenlenker, Nr. 1 v. 5. 4. 1919, S. 14 ff.; auch zum folgenden.
- <sup>303</sup> S. das Schreiben des Reichsbundes geistiger Arbeiter an die Reichsregierung und die Regierungen der Einzelstaaten v. 21. 2. 1919; HStA Stuttgart, E 130a Bü 201. – Als Präsidenten des Reichsbundes firmierten M. J. Bonn, F. C. Endres und der Münchener Rechtsanwalt Wilh. Rosenthal, als Generalsekretär Paul Wagner; s. Der Wagenlenker, Probe-Nr. v. 22. 3. 1919, S. 16.
- <sup>304</sup> Brentano (1931), S. 361. – Sein Universitätskollege, der Historiker K. A. v. Müller, bezeichnete den RgA als »völlig einflußlos«; Müller (1954), S. 272.
- <sup>305</sup> S. Schoenberner (1964), S. 126 ff.
- <sup>306</sup> S. Bonatz (1950), S. 90 ff.
- <sup>307</sup> Zitiert nach einem Bericht des Württ. Staatsanzeigers v. 20. 11. 1918; Ausschnitt in HStA Stuttgart, E 130a Bü 195.
- <sup>308</sup> S. das Schreiben des Reg. Rats Bauer vom Württ. Min. des Kirchen- und Schulwesens an Rechnungsrat Dietrich im Staatsministerium, 4. 7. 1919; HStA Stuttgart, E 130a Bü 737.
- <sup>309</sup> S. Holtz/Prehn-Dewitz (1919), S. 41.
- <sup>310</sup> S. ebda. S. 42 ff.; Recken/Krafft (1933), S. 22 ff.; Schumacher (1935), S. 336. – Ob Mitglieder dieses Rats auch mit den geheimen Vorbereitungen zur Aufstellung einer bewaffneten Einheit zu tun hatten, die als »Ledergesellschaft« firmierte und mit ihren rund 600 Angehörigen – meist junge Offiziere, Studenten und Angestellte – den Kern des späteren Bahrenfelder Zeitfreiwilligenregiments bildete, ließ sich nicht klären. Zur »Ledergesellschaft« s. die Hinweise bei Dähnhardt (1925), S. 7 und 12 f.; Recken/Krafft (1933), S. 28; Okraß (1934), S. 26 und 34 ff.; Schramm (1964), Bd. 2, S. 503 ff.; Könnemann (1971), 163 f.
- <sup>311</sup> Das Programm des Werkbundes mit einer kurzen Erläuterung Fritz Schumachers ist abgedruckt in: Die Tat 10 (1918/19), S. 786 f.; zu seiner Zusammensetzung und Tätigkeit genauer Schiefler (1985), S. 401 ff.; zu seinem Engagement für die Universitätsgründung s. auch Universität Hamburg 1919–1969 (1969), S. 83.
- <sup>312</sup> Großmann (1930), S. 270; s. auch Holitscher (1928), S. 161. Hiller selbst wußte in seinen Memoiren (1969), S. 130 f., aus der Tätigkeit des Rats in dieser Phase kaum etwas anderes als einen Zornesausbruch gegenüber Georg Bernhard zu berichten, der es gewagt hatte, dessen Raum zu betreten, obwohl er dem Rat nicht angehörte.
- <sup>313</sup> Beerfelde mußte bereits am 12. 11. 1918 aus dem Vollzugsrat ausscheiden, nachdem er versucht hatte, den preußischen Kriegsminister Scheuch zu verhaften; s. H. Marx (1919), S. 209; Materna (1978), S. 35.
- <sup>314</sup> S. Hiller (1969), S. 130 ff.
- <sup>315</sup> Seine Rede ist abgedruckt bei Hiller (1966), S. 19 ff.; s. auch Gumpert (1939), S. 113.
- <sup>316</sup> Hiller (1966), S. 26.
- <sup>317</sup> S. den Bericht der Voss. Zeitung v. 21. 11. 1918; abgedruckt bei Buchner (1930), S. 302 f.; s. auch die Schilderung bei Thiess (1963), S. 494 f., und die ironische Skizze bei Döblin (1978), Bd. 3, S. 9 f.
- <sup>318</sup> Adolf Lapp in BT v. 6. 12. 1918, Abendausgabe.
- <sup>319</sup> S. Hiller (1969), S. 134 f.; s. auch ders. (1950), S. 277 f.; Holitscher (1928), S. 164 f.
- <sup>320</sup> S. ebda. S. 165 ff.; Wilde (1971), S. 112.
- <sup>321</sup> S. Peter (1972), S. 62 ff.; Mühsams »Gesang der Intellektuellen«, in: Mühsam

- (1928), S. 163 f., und Döblins sarkastische Schilderung der Entstehung des Manifests des RgA Berlin v. 21. 11. 1918, in: Döblin (1978), Bd. 1, S. 297 ff.; s. auch ebda. Bd. 2, S. 238 ff., und Bd. 3, S. 120 ff.
- 322 Ernst Bloch, Zur deutschen Revolution, in: Revolution. Wochenschrift. An Alle und Einen, München, Nr. 2 v. 30. 11. 1918, S. 11.
- 323 Eine kurze Impression von seinem Innenleben kurz vor dem Exitus findet sich bei Gumpert (1939), S. 117; s. auch Albrecht (1970), S. 84 ff. – Die Einrichtung eines besonderen Arbeitsamtes zur Sammlung der geistigen Kräfte, soweit sie auf dem Boden der Republik standen, die der ASR auf Betreiben des RgA und des Studentenrats am 12. 11. 1918 ankündigte (s. BT v. 13. 11. 1918, Abendausgabe), hat, sofern sie überhaupt stattfand, allem Anschein nach keine nennenswerten Erfolge gehabt.
- 324 Martens (1924), S. 174.
- 325 S. Th. Manns Tagebucheintragen v. 17. 3. und 6. 7. 1919; Tagebücher (1979), S. 173 und 279; Bischoff (1970), S. 170 ff.
- 326 Nach Martens (1924), S. 174, war »der Begriff ›geistiger Arbeiter‹... den Massen fremd und schien ihnen mit geistigem Hochmut unlösbar verknüpft«. Den organisierten Arbeitern Münchens waren namentlich die Intellektuellen vom linken Flügel »ein Dorn im Auge«. Seine Bemerkung, es würde »betont, daß die meisten von ihnen Juden und keine Bayern seien«, deutet darauf hin, daß der hohe Anteil von Juden unter ihnen, die allerdings mehr in den politischen Räten und später in der Räterepublik als im Politischen RgA hervortraten, in der Arbeiterschaft auch antisemitische Ressentiments gestärkt hat.
- 327 S. Der Geistige Arbeiter (Königsberg), Nr. 3 v. 1. 2. 1919, S. 30.
- 328 Der Aufruf ist u. a. abgedruckt in: Wingolfs-Blätter 48 (1918/19), Sp. 111 f.; er war unterzeichnet von führenden Mitgliedern der Corps, Landsmannschaften, Burschenschaften, der Turnerschaft, des Vereins deutscher Studenten, des Wingolfbundes, des katholischen Unitasverbandes sowie vom Vors. des Bundes höherer Beamter, Oberlehrer Thiele.
- 329 Akad. Turnbundsblätter 32 (1919), S. 29.
- 330 Die »Richtlinien für die Bildung eines Reichsausschusses der Akad. Berufsstände« sind abgedruckt ebda.
- 331 S. ebda.; Luckemeyer (1975), S. 44. – Pinkerneil gehörte später der Geschäftsführung der Fachgruppe Bergbau im RDI an und 1921–28 für die DVP dem Preussischen Landtag.
- 332 S. Der Geistige Arbeiter (Königsberg), Nr. 3 v. 1. 2. 1919, S. 20, und die Liste der Mitgliedsorganisationen ebda. Nr. 4 v. 15. 2. 1919, S. 42, und Nr. 5 v. 1. 3. 1919, S. 54.
- 333 S. Wingolfs-Blätter 48 (1918/19), Sp. 101.
- 334 S. ebda. Sp. 102, sowie das politische Programm des RAB v. 14. 12. 1918, abgedruckt in: Der Geistige Arbeiter (Königsberg), Nr. 3 v. 1. 2. 1919, S. 21; auch zum folgenden.
- 335 S. Wingolfs-Blätter 48 (1918/19), Sp. 102; s. auch Frankf. Universitäts-Zeitung 4 (1918/19), S. 109.
- 336 S. z. B. den Beschluß des Dt. Ärztevereinsbundes v. 16. 2. 1919, in: Ärztl. Vereinsblatt 48 (1919), Sp. 25, sowie Stresemanns Aufforderung, »an die Spitze der geistigen Arbeiterräte zu treten«, womit er die Akademikerorganisationen meinte, in seiner Rede vor dem DVP-Parteitag in Jena Mitte April 1919, in: Stresemann (1919), S. 151; wieder abgedruckt in ders., Reden und Schriften (1926), I, S. 274 f.
- 337 S. Frankf. Ärzte-Korr. v. 13. 6. 1919.



- 338 So Pinkerneil in einem Vortrag vor dem Akademikerbund Hannover am 7.3.1919; zitiert nach dem Bericht in: *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 7 v. 1.4.1919, S. 78.
- 339 Aus dem Programmentwurf des RAB v. 16.11.1918; abgedruckt u. a. in: *Frankf. Univ.-Zeitung* 4 (1918/19), S. 109. – Der Ausdruck »Gewerkschaft der Akademiker« wurde vom Akad. Hilfsbund schon vor der Revolution benutzt; s. den Offenen Brief Pinkerneils an einen Marburger Studenten v. 9.9.1918, in: *Wingolfs-Blätter* 48 (1918/19), Sp. 66ff.
- 340 *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 6 v. 15.3.1919, S. 60; ähnlich Dr. Ing. E. H. Schulz, in: *Wingolfs-Blätter* 48 (1918/19), Sp. 137: »Organisation gleichgesinnter Massen – das ist heute *der* Machtfaktor.«
- 341 So das »Kulturprogramm« des RAB, abgedruckt in: *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 3 v. 1.2.1919, S. 20.
- 342 Nach dem Kulturprogramm des RAB bildeten die deutschen Akademiker »einen Stand, nicht eine Klasse«; ebda. Zur kontroversen Diskussion über die berufliche Organisation der Akademiker s. z. B. E. H. Schulz a. a. O. Sp. 137ff.; ders., *Zur Frage der Organisation der Akademiker*, in: *Wingolfs-Blätter* 49 (1919/20), Sp. 58ff.
- 343 Aus einem Aufruf des Württ. Bezirksvereins Deutscher Chemiker, abgedruckt in: *Süddt. Apotheker-Zeitung*, 58. Jg. Nr. 102 v. 20.12.1918; zum Zusammenschluß der Chemiker und chemisch-technischen Assistentinnen s. ebda. 59. Jg. Nr. 2 v. 8.2.1919.
- 344 *Zur Organisationsentwicklung und Rätebildung unter den Angestellten 1918/19* s. *Die Verbände der Unternehmer, Angestellten, Arbeiter und Beamten 1918* (1920), S. 8<sup>ff.</sup>; Kadritzke (1975), S. 265ff.; Speier (1977), S. 137ff.; Kocka (1981), S. 147f.
- 345 *Zur sozialen Zusammensetzung und politischen Orientierung der preußischen Beamtenschaft vor 1918* s. Hintze (1964), S. 68ff.; Runge (1965), S. 179ff.; zur Beamtenauslese in Preußen vor 1918 s. ebda. S. 169ff.; Wehler (1973), S. 74ff.; Saul (1978).
- 346 Zitiert bei Ortwein (1983), S. 63 Anm. 1. – Nur einzelne Städte richteten für die Kommunalbeamten Ausschüsse mit dem Recht der gutachterlichen Äußerung in allen sie betreffenden Fragen ein; s. *Die Gemeinschaft* 2 (1918), S. 115; ferner Hintze (1964); Potthoff (1965); Kocka (1973), S. 67f.; Fenske (1973); Ortwein (1983).
- 347 S. Bieber (1981), S. 436.
- 348 So der bayerische Kultusminister v. Knilling in einem Interview mit dem BT im Juli 1918; zitiert ebda.; s. auch Kocka (1973), S. 73f.; Kunz (1986), S. 60ff.
- 349 S. Kocka (1973), S. 82f.
- 350 Knilling a. a. O.
- 351 S. z. B. K. Wiechmann, *Beamtenausschüsse und Beamtenkammern*, in: *Die Gemeinschaft* 11 (1918), S. 5ff.; Fritz Winters, *Mitwirkung der Beamten bei Regelung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse*, ebda. S. 61ff.; *Eingabe der Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände an den Interfraktionellen Ausschuß* v. 10.4.1918, ebda. S. 115; die Diskussion im Hauptausschuß des Reichstages am 16./16.4.1918, in: *Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstages 1915–1918, IV* (1983), S. 2083ff.; Potthoff (1965), S. 23ff.; zur Vorbereitung der Arbeitskammern s. Bieber (1981), S. 390ff.
- 352 *Zur Entwicklung der Beamtenorganisationen während des Krieges* s. *Deutscher Beamtenbund, Ursprung – Weg – Ziel* (1968), S. 1/22ff.; Kalmer (1969), S. 211ff.; Kocka (1973), S. 84; Bieber (1981), S. 438ff.; Kunz (1986), S. 106ff.

- 353 S. Kocka (1973), S. 83 ff.
- 354 S. z. B. Müller-Meiningen (1923), S. 35; v. Köhler (1930), S. 160; Kiepert (1935), S. 53 f.; Sendtner (1954), S. 384.
- 355 S. Speckner (1955), S. 5 ff.
- 356 Zitiert nach Spiero (1929), S. 291; vgl. auch die Bemerkungen Delbrücks in: Pr. Jbb. 1974 (1918), S. 433.
- 357 So der Verband Kölner Beamten- und Angestelltenverbände in einer Erklärung v. 20. 11. 1918, abgedruckt in: Der Volksschullehrer 12 (1918), S. 263; für ähnliche Verlautbarungen der Düsseldorfer Beamten s. Tobin (1984), S. 205.
- 358 Erklärung der Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände v. 14. 11. 1918, abgedruckt in: Die Polizei, 15. Jg. Nr. 19 v. 19. 12. 1918; zum Verhalten der Beamten in der Novemberrevolution s. im übrigen Runge (1965), S. 100 ff.; Kalmer (1969), S. 220 ff.; Morsey (1972), S. 109 ff.
- 359 Geßler (1958), S. 110.
- 360 Müller-Meiningen (1923), S. 278.
- 361 Josef Kraus, Eisenbahnsekretär und Vorsitzender des Beamten-Wirtschaftsvereins München, an Fechenbach, 20. 11. 1918; BayHStA, MA I 982. Drei Tage zuvor hatte Kraus Eisner seine Zugehörigkeit zur SPD mitgeteilt; s. Kraus an Eisner, 17. 11. 1918; ebda.
- 362 Der Aufruf des RdV v. 12. 11. 1918 verkündete: »Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.«
- 363 V. Gerlach (1919), S. 83; zu den Aufstiegshoffnungen mittlerer und unterer Beamter s. ebda. S. 85 f.
- 364 S. z. B. die Äußerungen Jehles im Provisorischen Nationalrat Bayerns am 4. 1. 1919; Sten. Ber. S. 302 f.; Falkenberg (1920), S. 52 ff.; Kunz (1986), S. 156 ff., sowie die Kundgebung der Präsidenten der obersten deutschen Gerichte, der Vorstände der Anwaltskammern und der juristischen Fakultäten der deutschen Universitäten an den RdV, abgedruckt JW 48 (1919), S. 3.
- 365 S. MP Nr. 278 v. 28. 11. 1918.
- 366 S. ebda. Nr. 279 v. 29. 11. 1918.
- 367 S. ebda. Nr. 6 v. 9. 1. 1919.
- 368 S. Tobin (1984), S. 201 und 205.
- 369 Werbeschreiben des Preuß. Richter-Vereins v. 11. 12. 1918; abgedruckt JW 47 (1918), S. 808. Selbst vor massivem moralischem Druck und Vergeltungsdrohungen, für welche preußische Richter gewerkschaftlich organisierte Arbeiter kurz zuvor noch empfindlich bestraft hatten, scheute der Richterverein nicht zurück: Denjenigen, die sich weiterhin fernhielten, warf er vor, »sich aufschwerste an dem Wohlergehen der Standesgemeinschaft [zu] vergehen«, und rief dazu auf, »diese Herren« zu kennzeichnen, »damit man ihnen später danken kann«; ebda. Die Forderungen der Richter nach Besitzstandswahrung und die baldige pauschale Garantie der Beamtenrechte durch die Revolutionsregierungen stieß bei kritischen Anwälten rasch auf Widerspruch. In einer Versammlung Berliner Strafverteidiger am 20. 11. 1918 wurde mit guten Gründen die Absetzbarkeit solcher Richter für notwendig erklärt, die »aus ihrer Rechtsprechung als Vertreter der obrigkeitlichen Staatsauffassung bekannt sind und denen gegenüber das Mißtrauen besteht, daß sie sich von dieser Staatsauffassung auch bei dem Wandel der Dinge nicht frei machen können«, allerdings nicht willkürlich, sondern durch einen hierfür zu errichtenden Staatsgerichtshof. Weiter wurde vorgeschlagen, bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften Beigeordnete einzusetzen, die darüber wachen sollten, daß »nicht im obrigkeit-

- lichen Sinne weiter verfolgt und Recht gesprochen wird«; s. den Bericht in JW 47 (1918), S. 803 ff. Die Rekonstruktion der Vorstellungen zur Reform der Gerichtsverfassung, der Strafprozeßordnung und des Strafrechts aus der Revolutionszeit und den Anfangsjahren der Weimarer Republik steht noch aus.
- 370 S. Die Verbände der Unternehmer, Angestellten, Arbeiter und Beamten (1918) (1920), S. 2<sup>3</sup> f. Beispiele für fachliche Zusammenschlüsse auf lokaler Ebene finden sich in der Fusion der Münchener Gemeindebeamtenverbände Ende November 1918 (s. MP Nr. 272 v. 21. 11. 1918) und der dortigen Polizeibeamtenverbände im Januar 1919 (s. MP Nr. 28 v. 4. 2. 1919), für den gleichen Prozeß auf zentraler Ebene in der Gründung des Justizbeamtenbundes Anfang Dezember 1918 als Dachorganisation der Verbände der unteren und mittleren Beamten der Justizverwaltung (die höheren verzichteten nach einer kurzen Phase der Annäherung auf den Anschluß; s. Justizbeamtenbundesblatt 1 [1919], S. 2), ferner in der Entstehung einer Organisation der Militärapotheke (s. Zentralblatt für Pharmazie 15 [1919], S. 33 f.), eines Bundes deutscher Referendare und Rechtspraktikanten Mitte Dezember (s. JW 47 [1918], S. 808), einer Vereinigung Preußischer Gerichtsassessoren Anfang 1919 (s. JW 48 [1919], S. 230) und im Zusammenschluß der verschiedenen Polizeibeamtenorganisationen zu einem Reichsverband im Frühjahr 1919 (s. das Schreiben des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands an die bayerische Staatsregierung, 3. 5. 1919; BayHStA, MIInn 65282).
- 371 Beamten-Jb. 5 (1919), S. 80; s. auch Schweitzer (1928), S. 21 ff.; DBB, Ursprung – Weg – Ziel (1968), S. I/24 ff.; Kunz (1986), S. 132 ff.
- 372 S. die Ausführungen Remmers' in: DBB, Bericht über die Hauptversammlung und die Verhandlungen des 1. Vertretertages 1919 in Berlin, S. 68 ff.; Winters (1931) und den Überblick im Lexikon zur Parteiengeschichte II (1984), S. 42 ff.
- 373 S. Bieber (1981), S. 806.
- 374 Die Beamten in der Politik. Grundsätze und Richtlinien, in: Beamten-Korrespondenz, 3. Jg. Nr. 1 v. 1. 1. 1919.
- 375 Der Vorsitzende Remmers zog als Abgeordneter der DDP in die Nationalversammlung ein, vier Vorstandsmitglieder gehörten der SPD an, ein weiteres galt als zentrumsnah; s. Hoffmann (1973), S. 104. Auch der Gedanke einer eigenen Beamtenpartei wurde ventiliert; s. Falkenberg (1920), S. 94 f.
- 376 Für Hamburg s. HE Nr. 297 v. 14. 12. 1918; zum Zusammenschluß sozialistischer Lehrer in Bayern s. MP Nr. 294 v. 17. 12. 1918.
- 377 S. Bayer. Staatszeitung Nr. 9 v. 10. 1. 1919; MP Nr. 32 v. 8. 2. und Nr. 34 v. 11. 2. 1919; Bayer. Beamtengewerkschaft an Staatsmin. d. Inn., 2. 4. 1919; BayHStA, MIInn 65282; Revolution und Räteherrschaft in München (1968), S. 47. – Die Beamtensektion innerhalb der Münchener SPD entstand am 10. 2. 1919; ihr Vorsitzender wurde Jos. Pfeiffer, ein städtischer Rechnungsprüfer; s. MP Nr. 36 v. 13. 2. 1919.
- 378 S. Hoffmann (1973), S. 108 f.
- 379 Für die DNVP z. B. s. Lexikon zur Parteiengeschichte II (1984), S. 491.
- 380 S. ebda.; für die DDP dass. I (1983), S. 584; für die DVP dass. II (1984), S. 428.
- 381 Die Entwicklung der Lehrerräte bleibt hier aus Platzmangel unberücksichtigt. Sie ist erst für einige Orte untersucht worden, noch nicht zusammenhängend. Für Leipzig s. Gebler (1961) und (1965); für Hamburg Milberg (1970), für Bremen Hagener (1973).
- 382 S. Verwaltungsbericht der Stadt Neukölln 1919–20 (1922), S. 27.
- 383 Deutsche Allg. Zeitung v. 12. 11. 1918; abgedruckt bei Buchner (1921), S. 258.
- 384 Abgedruckt bei Blücher (1951), S. 38 f.

- <sup>385</sup> Die erste Version ebda. S. 39, die zweite bei Gärtner (1955), S. 51; s. auch Doß (1977), S. 208.
- <sup>386</sup> S. Klatt (1958), S. 20.
- <sup>387</sup> S. die Aufstellung der Mitglieder des Beamten- und Angestelltenrats im preuß. Min. d. Inn. v. 30. 11. 1918; GStA Berlin, Rep. 77/52. Im einzelnen handelte es sich um je einen Geh. Oberregierungs- und Obermedizinalrat, zwei Rechnungsräte, einen Geh. Registrator, einen Regierungssekretär, zwei Geh. Kanzleisekretäre, zwei Geh. Kanzleidiener, einen Hilfskanzleidiener sowie eine Fernsprechgehilfin und einen Heizer.
- <sup>388</sup> Zur Bildung von Beamtenräten im preuß. Kultusministerium und bei den Berliner Gerichten s. BT v. 14. 11. 1918, Abendausgabe, und 15. 11. 1918, Morgenausgabe; Bey-Heard (1969), S. 82; für die Kommunalverwaltung s. Kaeber (1921), S. 556.
- <sup>389</sup> S. das Rundschreiben des Vorbereitenden Ausschusses der bei den Reichs- und Staatsbehörden in Berlin gebildeten Beamtenvertretungen v. 19. 11. 1918; StA Münster, Kreis Beckum, LRA 18.
- <sup>390</sup> S. den Bericht des Beamtenausschusses der Regierung Lüneburg an Reg. Rat Kaestner, Berlin, v. 20. 11. 1918; StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 4 Bd. 2.
- <sup>391</sup> S. den Bericht des Hamburger General-Anzeigers v. 18. 11. 1918; Ausschnitt in StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 3.
- <sup>392</sup> In Dortmund bestand bereits am 17. 11. 1918 ein Beamtenausschuß; s. Die Polizei, 15. Jg. Nr. 19 v. 19. 12. 1918. In Erfurt entstand am 20. 11. 1918 ein Beamtenrat; s. Gutsche (1959), S. 132; nach Freikorps Thüringen (1935), S. 12, entstand er bereits am 17. 11. 1918. Die Beamten der Stadtverwaltung Kassel begannen am 13. 11. 1918, sich »zwecks Zulassung zum Arbeiter- und Soldatenrat« zu organisieren; s. die Tagebuchnotiz des damaligen Kasseler Oberbürgermeisters Koch-Weser; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 14, Bl. 118; zur Bildung eines Beamtenrats beim RP Kassel und Beamtenausschüssen bei den einzelnen Behörden am 17. 11. 1918 s. ebda. Bl. 138 f. – Für Hannover s. Anlauf (1919), S. 54.
- <sup>393</sup> S. die Liste der Unterzeichner des Rundschreibens des Vorbereitenden Ausschusses der bei den Reichs- und Staatsbehörden in Berlin gebildeten Beamtenvertretungen v. 19. 11. 1918; a. a. O. – Für zwei Mitglieder fehlen entsprechende Angaben. Wie der Ausschuß zustande kam, wie die Nichtbeteiligung wichtiger Ressorts wie des Auswärtigen Amtes, des preußischen Kriegsministeriums und des Reichsmarinemtes zu erklären und wie seine Legitimation zu beurteilen ist, liegt im dunkeln.
- <sup>394</sup> S. das in Anm. 389 genannte Rundschreiben; auszugsweise abgedruckt in: Die Polizei 15 (1918/19), S. 301; s. auch BT v. 22. 11. 1918, Abendausgabe; Klatt (1958), S. 21. – Es ist möglich, aber nicht belegt, daß das hier empfohlene Verfahren schon bei der Wahl der Personalvertretungen in den Berliner Zentralbehörden angewandt wurde.
- <sup>395</sup> Zur Stellung des Oberpräsidialrats s. Hartung (1943), S. 49. Im Bereich der Eisenbahn sollten die entsprechenden Meldungen an den Beamtenrat bei den Eisenbahndirektionen, im Justizbereich an diejenigen bei den Oberlandesgerichten etc. gehen.
- <sup>396</sup> S. Schulte (1936), S. 161 f. und 270.
- <sup>397</sup> Bericht der Beamten und Angestellten des LRA Beckum an den Oberpräsidialrat des OP Münster v. 10. 12. 1918; StA Münster, Kreis Beckum, LRA 18.
- <sup>398</sup> Tagebuchnotiz Koch-Wesers v. 16. 11. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 14, Bl. 139.
- <sup>399</sup> In Düsseldorf entstand im Januar 1919 ein Beamtenrat aus allen Gruppen der

kommunalen Bediensteten, vom Beigeordneten bis zum Hilfsarbeiter; s. Tobin (1984), S. 206 und 303. – Für die zahlreichen weiteren Beamtenräte, die sich allenthalben bildeten, könnten nur Einzelstudien die genaueren Entstehungsmodalitäten klären. Für Ostpreußen berichtet Klatt (1958), S. 21, über die Bildung von Beamtenräten beim Oberpräsidium und bei den Regierungspräsidien im November und Dezember 1918.

<sup>400</sup> S. unten S. 164 f.

<sup>401</sup> S. Ziehm (1956), S. 28.

<sup>402</sup> S. Kalmer (1969), S. 222 f.

<sup>403</sup> S. ebda. S. 224 f.

<sup>404</sup> S. ebda. S. 229.

<sup>405</sup> In Karlsruhe rief am 14. 11. 1918 der Verband der Beamten- und Lehrervereine einen Landesbeamtenrat ins Leben, der sich der Regierung zur Verfügung stellte. Gleichzeitig entstanden – anscheinend ebenfalls auf Drängen der Organisationen – auf lokaler Basis Beamtenräte, die Aufnahme in die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte beanspruchten; s. Kaller (1966), S. 306; Cordes (1978), S. 111; Seidl (1981), S. 61 ff. – Ähnlich vollzog sich die Entstehung des zentralen württembergischen Beamtenrats einige Tage später in Stuttgart; s. den Bericht des Württ. Staatsanzeigers v. 17. 11. 1918 über eine Versammlung der Staats- und Gemeindebeamten, Lehrer und Unterbeamten in Stuttgart vom Vortag; HStA Stuttgart, E 130a Bü 195.

<sup>406</sup> S. Hamburger Fremdenblatt Nr. 316 A v. 14. 11. 1918; Ausschnitt in StA Hamburg, Senatskriegsakten, X w; s. auch Sieverding (1986), S. 22.

<sup>407</sup> S. das Schreiben des vorläufigen Beamtenrats (künftig abgekürzt: BeR) an den ASR v. 13. 11. 1918; StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 1; auch zum folgenden.

<sup>408</sup> S. den Bericht des Hamburger Fremdenblattes v. 16. 11. 1918 und HE Nr. 270 v. 17. 11. 1918.

<sup>409</sup> S. Sieverding (1986), S. 26.

<sup>410</sup> S. ebda.

<sup>411</sup> Den BeR der Neuköllner Stadtverwaltung z. B. bildeten ein Bürovorsteher, ein Oberstadtssekretär, zwei Stadtsekretäre und eine Kanzleivorsteherin, die meisten von ihnen wahrscheinlich Funktionäre des Vereins städtischer Beamten und Angestellten; s. Verwaltungsbericht Neukölln 1919–20 (1922), S. 27; allgemein: Hoffmann (1973), S. 154.

<sup>412</sup> Die Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände bezeichnete in ihrer Erklärung v. 14. 11. 1918 die sofortige Einberufung der Nationalversammlung als »das dringendste Gebot der Stunde«; abgedruckt in: Die Polizei 15 (1918/19), S. 329. – Eine korporative Mitgliedschaft von Beamtenräten in Bürgerräten und Räten geistiger Arbeiter, die gleiche Ziele verfolgten, scheint es allerdings kaum gegeben zu haben. In Braunschweig scheiterte sie vornehmlich an parteipolitischen Gegensätzen zwischen den jeweiligen Führern (s. Roloff, 1964, S. 39f.). In Stuttgart wurde der Beitritt zum RgA mit der Begründung abgelehnt, hierdurch würde »nur eine Scheidewand zwischen geistigen und nichtgeistigen Arbeitern« errichtet; Bericht des Württ. Staatsanzeigers v. 17. 11. 1918 über eine Versammlung der Staats- und Gemeindebeamten, Lehrer und Unterbeamten vom Vortag; a. a. O.

<sup>413</sup> S. die Forderungen der Polizeibeamten Oberschlesiens v. 1. 12. 1918, abgedruckt in: Die Polizei 15 (1918/19), S. 330f.

<sup>414</sup> S. die Forderungen zahlreicher Versammlungen von Polizeibeamten im November und Dezember 1918, ebda. S. 302f. und 329ff. – Die Berliner Kriminal-

- polizei wollte sich nicht mehr zu politischen Zwecken mißbrauchen lassen; s. den Bericht über eine Versammlung der Berliner Kriminalbeamten am 5. 12. 1918, ebda. S. 377. – Die Politische Abteilung der Berliner Polizei wurde vom unabhängigen Polizeipräsidenten Eichhorn noch im November 1918 aufgelöst, die Dienstbezeichnungen wurden zivilisiert; s. H. Marx (1919), S. 215 f.
- <sup>415</sup> S. z. B. die dem Verband der Beamten Groß-Berlins unterbreiteten Forderungen, abgedruckt in: *Die Polizei* 15 (1918/19), S. 301 f.; die Entschließung des Dortmunder Beamtenausschusses v. 17. 11. 1918, ebda. S. 328; J. Schneider (Vorstandsmitglied des Bayer. Beamten- und Lehrerbundes), *Beamtenschaft und neue Zeit*, in: *Beamten-Jahrbuch* 5 (1918), S. 71 ff.
- <sup>416</sup> S. HE Nr. 267 v. 14. 11. 1918; Protokoll über die Plenarsitzung des BeR v. 14. 11. 1918 und die Mitt. des ASR v. 15. 11. 1918; StA Hamburg, *Beamtenrat Hamburg* 17 Bd. 1; *Lamp'1* (1921), S. 63 f.
- <sup>417</sup> S. Sitzungen des ASR Bremen (1919), Sitzung v. 23. 12. 1918, S. 4 f.; Kuckuk (1986), S. 100.
- <sup>418</sup> Für Baden s. Remmele (1925), S. 41: Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. LXXXII.
- <sup>419</sup> S. Laufenberg (1919), S. 10.
- <sup>420</sup> S. Seidl (1981), S. 61 ff.
- <sup>421</sup> S. Kalmer (1969), S. 223 und 227 f.
- <sup>422</sup> Magistrats-Obersekretär Jos. Pfeiffer an Innenminister Timm, 11. 11. 1918; BayHStA, MInn 65281. – Pfeiffer war Vorsitzender des Verbandes Münchener Magistrats-Beamten-Vereine und wurde 1919 Vorsitzender der Beamtensektion der Münchener SPD.
- <sup>423</sup> S. Hennig (1990), S. 105 f.
- <sup>424</sup> Frauendorfer war schon von 1904 bis 1912 bayerischer Verkehrsminister gewesen und hatte sich viele Sympathien beim Personal erworben, besonders mit seinem beherzten Widerstand gegen das Verlangen des Zentrums nach schärferen Maßnahmen gegen organisierte Eisenbahner und die Sozialdemokratie; er hatte 1912 zum Bruch zwischen der Zentrumsfraktion im Landtag und der Regierung und infolgedessen zu Neuwahlen geführt; s. Siegert (1928), S. 17 f.; Albrecht (1968), S. 21 ff.; zum Protest der Organisationen s. Kalmer (1968), S. 223.
- <sup>425</sup> Unter ihnen waren die Vorsitzenden des Beamten- und Lehrerbundes Reiß, Pöllmann und Jehle, der Vorsitzende der Vereinigten Verbände des Verkehrspersonals, Rädlinger, der Vorsitzende des Volksschullehrervereins, Schubert, der Generalsekretär des Bayerischen Eisenbahnverbandes, Dauer, und der Gauleiter des Verbandes des deutschen Verkehrspersonals, Leonhard Horlacher.
- <sup>426</sup> In Wilmersdorf bildeten Mitglieder des ASR und höhere Kommunalbeamte einen gemeinsamen Ausschuß; s. H. Marx (1919), S. 182. – Dem Erfurter BeR wurden Mitte Dezember 1918 einige Sitze im ASR eingeräumt und die Mitarbeit in dessen Kommissionen zugestanden; s. Gutsche (1959), S. 143. Im übrigen gelangten aufgrund nachgeholtter Wahlen einige Wochen nach dem Umsturz zahlreiche Beamte – überwiegend untere und mittlere – in die Arbeiter- und Soldatenräte. Dem Groß-Berliner AR z. B. gehörten gegen Jahresende nicht weniger als 47 Postbedienstete an, unter ihnen zwei höhere Beamte; s. Zs. des Bundes höherer Beamter 1 (1919), S. 53. Ob sie zugleich Beamtenräten angehörten, ließ sich nicht klären.
- <sup>427</sup> S. das Schreiben des BeR beim RP Lüneburg an Geh. Reg. Rat Kaestner vom vorbereitenden Ausschuß der bei den Reichs- und Staatsbehörden in Berlin ge-

- bildeten Beamtenvertretungen v. 20. 11. 1918; StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 4 Bd. 2.
- 428 So durch den bayerischen Verkehrsminister Frauendorfer und seinen parteilosen Finanzminister-Kollegen Jaffé; zitiert bei Kalmer (1969), S. 230. – Auch der Kasseler Oberbürgermeister Koch-Weser riet der Bildung eines BeR in der Kommunalverwaltung »dringend zu«, denn »je mehr bürgerliche Vertrauensmänner hinzukommen, desto ungefährlicher wird die Sache«. Tagebuch-Notiz Koch-Wesers v. 13. 11. 1918; BA, Nl. Koch-Weser 14 Bl. 118.
- 429 S. oben S. 148. Das gleiche ist für Kassel belegt; s. die Tagebuch-Notiz Koch-Wesers v. 16. 11. 1918; a. a. O., Bl. 139.
- 430 S. den Bericht des Württ. Staatsanzeigers v. 17. 11. 1918 über eine Versammlung der Staats- und Gemeindebeamten, Lehrer und Unterbeamten vom Vortag; HStA Stuttgart, E 130a Bü 195.
- 431 Möglicherweise gab er sogar den Anstoß zur Bildung des BeR. Anknüpfend an eine schon lange vor der Revolution begonnene Diskussion über die Einrichtung gesetzlicher Beamtenvertretungen erklärte er sich bereits am 11. 11. 1918 damit einverstanden, »daß, sobald die Verhältnisse es gestatten, eine Vertretung der Beamtenschaft staatlich organisiert werde«, und ließ dies den Hamburger Beamtenverbänden mitteilen; Protokoll der Senatssitzung v. 11. 11. 1918; StA Hamburg, Senatprotokoll 1918, Plenum II.
- 432 S. Verwaltungsbericht der Stadt Neukölln 1919–20 (1922), S. 27; für Düsseldorf Tobin (1984), S. 303. – Aus ähnlichen Gründen wie die Behördenleitungen unterstützten die bürgerlichen Parteien die Beamtenräte und machten sich bald auch die Forderung nach gesetzlicher Einführung von Beamtenvertretungen zu eigen, wobei allerdings auch wahltaktische Überlegungen eine Rolle gespielt haben dürften. Für die DDP s. Mitt. f. d. Mitglieder der DDP, Jan. 1919, S. 17. – Für das Zentrum s. dessen Aufruf und Leitsätze v. 30. 12. 1918, abgedruckt bei Volz (1942), I, S. 278 ff. – Für die DVP s. deren Aufruf v. 18. 12. 1918, ebda., S. 267 ff.; s. auch Deutsche Stimmen 31 (1919), S. 246. – Für die DNVP s. Korr. der DNVP, 2. Jg. Nr. 59 v. 14. 3. 1919. Allgemein Hoffmann (1973), S. 57 ff.
- 433 S. Simon (1920), Anlage 2; Die deutschen Eisenbahnen 1910–1920 (1923), S. 31 ff.; Saul (1978), S. 324; zur Gesamtzahl der deutschen Eisenbahner 1913 Sarter (1930), S. 283.
- 434 S. Neue Post 22 (1919), S. 123.
- 435 S. Lohse (1924); Buß (1973), Kap. 1; Saul (1978), S. 319 ff.; Bieber (1981), S. 176.
- 436 S. Potthoff (1965), S. 23 ff.
- 437 S. Simon (1920), S. 55 ff., 83 ff. und 93 ff.; Bieber (1981), S. 177 ff.
- 438 S. Wir fordern die Sozialisierung der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen durch Einführung des Rátesystems! Hrsg. von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, Berlin 1919; die Vorgänge in GSTA Berlin, Rep. 84 a/186; Dt. Eisenbahner-Verband, Protokoll der Verhandlungen der 1. Generalversammlung, abgehalten in Jena v. 25.–31. 5. 1919, Berlin 1919, S. 247 ff.; Noske (1920), S. 130 ff.; Die deutschen Eisenbahnen 1910–1920 (1923), S. 35 ff.; Sarter (1930), S. 229 f.; v. Oertzen (1963), S. 177 ff. und 192 f.
- 439 S. Die deutschen Eisenbahnen 1910–20 (1923), S. 101 ff.; Buß (1973), S. 107 f.
- 440 Zur Bildung von Beamtenräten im preußischen Ministerium der öff. Arbeiten und im Reichseisenbahnamt s. die Liste der Unterzeichner des Rundschreibens des vorläufigen Ausschusses der bei den Reichs- und Staatsbehörden in Berlin gebildeten Beamtenvertretungen v. 19. 11. 1918; StA Münster, Kreis Beckum, LRA Nr. 18. – Zur Bildung örtlicher Eisenbahn-Beamtenräte das Beispiel Erfurt; s. Freikorps Thüringen (1935), S. 12.

- 441 S. Kalmer (1969), S. 225.
- 442 S. Hoff (1931), S. 210.
- 443 Die Vorläufigen Richtlinien für die Bildung des Eisenbahnbeirats im Ministerium der öff. Arbeiten sind abgedruckt in: *Die Gemeinschaft* 3 (1919), S. 45; s. auch *Die deutschen Eisenbahnen 1919–20* (1923), S. 112.
- 444 S. Hoff (1931), S. 210; s. auch ebda. S. 223 f.
- 445 S. ebda. S. 224.
- 446 Ende Januar 1919 setzte sich die Belegschaft der Reichs-Post- und -Telegraphenverwaltung von insgesamt 372 654 Beschäftigten aus 215 513 männlichen und 29 666 weiblichen Beamten, 15 409 technischen, 41 869 sonstigen Arbeitern und 70 197 Arbeiterinnen zusammen; s. *Neue Post* 22 (1919), S. 123.
- 447 S. Zs. des Bundes höherer Beamter 1 (1919), S. 53 ff.; auch zum folgenden; s. auch Potthoff (1965), S. 76 f.
- 448 Bei manchen unterblieb sie allerdings, weil das Personal ihnen skeptisch gegenüberstand; s. ebda. S. 112 ff. und Ortwein (1983), S. 86 und 112.
- 449 S. *Neue Post* 22 (1919), S. 3 ff. und 9.
- 450 Joh. Giesberts, der im Februar 1919 den alten Staatssekretär Rüdlin als Chef des Reichspostamtes ablöste, versicherte bei seinem Amtsantritt, er werde nicht nur dem Beamten- und Arbeiterausschuß sowie dem Beamtenbeirat »die Tür öffnen«, sondern »unaufgefordert alle wichtigen Fragen mit ihnen... besprechen«; zitiert ebda. S. 46.
- 451 Aus der Genese der Entschließung ergibt sich zweifelsfrei, daß mit »Einvernehmen« nicht »Zustimmung« gemeint war; s. das Protokoll der Sitzung des bayerischen Ministerrats v. 26. 11. 1918, abgedruckt in: *Reg. Eisner* (1987), S. 80 und 85, und die Anlage zum Schreiben des Min. für Soziale Fürsorge an das Min. des Inn. v. 13. 1. 1919; BayHStA, MInn 65282. – In den Bestimmungen über den Beamtenbeirat beim bayerischen Innenministerium hieß es, das Ministerium werde »die oberen leitenden Stellen der inneren Staatsverwaltung sowie die Richterstellen des Verwaltungsgerichtshofes nur im Benehmen mit dem Rate besetzen und, wenn von diesem Bedenken geltend gemacht werden, sie würdigen und Einvernehmen zu erzielen suchen«. Die Bestimmungen sind veröffentlicht in: *Bayer. Staatszeitung* Nr. 17 v. 18. 1. 1919.
- 452 Die Entschließung des Verkehrsministeriums betr. den Rat des Verkehrspersonals v. 1. 12. 1918 ist veröffentlicht in: *Verkehrsministerialblatt für Bayern*, Nr. 58 v. 3. 12. 1918, S. 201 ff., die Bekanntmachung über den Rat der Justizbeamten in: *Bayer. Staatszeitung* Nr. 9 v. 10. 1. 1919, S. 9; s. auch *Die deutschen Eisenbahnen 1910–20* (1923), S. 117; Siegert (1928), S. 277 ff.; Kalmer (1969), S. 230; *Regierung Eisner* (1987), S. 80, Anm. 4. – Bevor die Beiräte tatsächlich gebildet wurden und ihre Tätigkeit aufnehmen konnten, bedurfte es allerdings längerer und schwieriger Verhandlungen und Kompromisse zwischen den Organisationen. Der Rat des Verkehrspersonals z. B. hielt seine erste Sitzung erst Anfang Februar 1919 ab; s. Siegert (1928), S. 28 f. – Er setzte sich folgendermaßen zusammen: 1. Vors. Georg Rädlinger, Bahnverwalter und Vors. der Vereinigten Verbände des Verkehrspersonals; 2. Vors. Franz Dauer, Gen.Sekr. des Bayer. Eisenbahnerverbandes; 3. Vors. Jos. Kratofiel, Sekretär des Verbandes des bayer. Post- und Telegraphenpersonals; 4. Vors. Karl Gary, Oberlokomotivführer; 1. Schriftführer Gottfried Fischer, Reg.Rat; 2. Schriftführer Karl Böhm, Dipl.Ing., techn. Bahnverwalter; Geschäftsführer: Karl Rothmaier, Eisenbahnsekr. und Geschäftsführer der Vereinigten Verbände des bayer. Verkehrspersonals.
- 453 Die Verordnung ist veröffentlicht in: *Bayer. Staatszeitung* Nr. 9 v. 10. 1. 1919,



- S. 7; s. dazu die Bekanntmachung ebda. Nr. 11 v. 12. 1. 1919, S. 9; s. dazu Kalmer (1969), S. 230f.
- 454 Eisner an den Bayer. Beamten- und Lehrerbund. 23. 1. 1919; BayHStA, MInn 65282.
- 455 Ludwig Bendix, Der Rätegedanke in der preußischen und bayerischen Justizverwaltung, in: Der Arbeiterrat, 1. Jg. Nr. 14, S. 11. – Zu diesem Autor, einem Berliner Anwalt, vgl. R. Bendix (1985), insbes. S. 132 ff.
- 456 L. Bendix, a. a. O., S. 9.
- 457 Ebda. S. 10.
- 458 Dauer, Kratofiel und Rothmaier.
- 459 S. Kalmer (1969), S. 238.
- 460 MP Nr. 1 v. 2. 1. 1919.
- 461 Sie sahen ebenfalls die Einrichtung eines Beirats zur »Vertretung der Interessen der Verkehrsangestellten in allen wirtschaftlichen, rechtlichen, sozialen und dienstlichen Angelegenheiten gegenüber der Verwaltung« vor und sprachen sogar von einem »Mitbestimmungsrecht der Beamtenschaft in den sie selbst betreffenden Angelegenheiten«. Der Beirat erhielt jedoch nur das Recht, »Vorstellungen zu erheben sowie Vorschläge und Anregungen für Verbesserungen im Dienstbetrieb zu machen«, ferner das Recht auf Auskunftserteilung seitens der Verwaltung »in den die Beamtenschaft betreffenden Angelegenheiten« und vor der Besetzung leitender Stellen »Gelegenheit zur Stellungnahme«. Ebenso wie in Bayern baute der Beirat auf den bestehenden Organisationen auf und stellte nichts anderes dar als die »Vertretung des im »Bunde der württembergischen Verkehrsbeamten« organisierten württembergischen Verkehrspersonals innerhalb der Verkehrsverwaltung«. Der Vorstand des Bundes war zugleich Vorstand des Beirats; s. die Bestimmungen betr. Beirat der württ. Verkehrsbeamten v. 17. 1. 1919, veröffentlicht in: Amtsblatt der Württ. Verkehrsanstalten Nr. 11 v. 17. 1. 1919, S. 33 ff.; s. auch Die deutschen Eisenbahnen 1910–20 (1923), S. 113.
- 462 S. das Schreiben Lieschings an die Staatsregierung v. 13. 5. 1919; HStA Stuttgart, E 130b Bü 597. – Später wurde die Verkehrsabteilung kritisiert, ihre Regelung sei »ohne Fühlungnahme« mit den übrigen Ressorts erfolgt; so Liesching in einer Beratung über Grundzüge für die Bildung von Beamtenbeiräten am 15. 8. 1919; ebda.
- 463 Mitteilung Grevesmühls über eine Besprechung mit dem Senat in der Plenarsitzung des Hamburger BeR am 22. 11. 1918; StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 17 Bd. 1.
- 464 S. das Protokoll der Sitzung des BeR v. 13. 12. 1918; ebda.
- 465 S. die Protokolle der Sitzungen des BeR v. 13. 12. 1918, 13. 1. und 17. 1. 1919; ebda.
- 466 Zwar war er sich darüber einig, »daß alle Fragen grundsätzlicher Bedeutung... der Beamtenkommission des ASR vorgetragen werden müssen« (Protokoll der Sitzung des BeR v. 3. 12. 1918; ebda.). Mitte Januar 1919 verständigte er sich jedoch darauf, »sich künftig zunächst an den Senat zu wenden« und erst, wenn dieser seinen Forderungen nicht entsprechen sollte, an die Beamtenkommission des ASR (Protokoll der Sitzung des BeR v. 13. 1. 1919, ebda.).
- 467 S. Reinhold Flegel, Die Arbeiter- und Beamtenräte bei den Justizbehörden, in: Der Arbeiterrat 1 (1919), Nr. 15, S. 5; Justizbeamtenbundesblatt, 1. Jg. Nr. 3 v. 1. 5. 1919, S. 6.
- 468 Eine vergleichsweise unpolitische Behörde wie das Reichspatentamt wandte sich allerdings mehr oder weniger grundsätzlich gegen die Etablierung von Be-

- amtenräten; s. Hoffmann (1973), S. 155, Anm. 4. – Ebenso verhielt sich die Berliner Kommunalverwaltung; s. Kaeber (1921), S. 556. Von den Reichsbehörden verlieh das Reichspostamt dem Beamtenbeirat im Februar 1919 eine förmliche Grundlage; s. Neue Post 22 (1919), S. 51 ff. – In Baden traten die Beamtenräte, nachdem sie ihre Aufnahme in die lokalen Arbeiter- und Soldatenräte erreicht hatten, als eigenständige Gremien nach außen kaum noch in Erscheinung; auch der Landesbeamtenrat hat anscheinend seine Gründung kaum überlebt; s. Seidl (1981), S. 61. – Ein Vertretungsrecht bei der Landeszentrale der Arbeiter- und Volksräte scheint nur der Landesverein der Beamten- und Lehrervereine beantragt zu haben, allerdings erfolglos; er wurde auf die Möglichkeit einer Vertretung über die örtlichen Räte verwiesen; s. Remmele (1925), S. 41. – Die Bildung innerbehördlicher Mitbestimmungseinrichtungen verlief ähnlich wie in den übrigen Bundesstaaten. Als zentrale Beamtenvertretung wurde ein Beamtenausschuß beim Finanzministerium zur Mitwirkung bei der Regelung allgemeiner Beamtenfragen eingerichtet. Analoge Gremien entstanden innerhalb der Einzelressorts; s. Die deutschen Eisenbahnen 1910–1920 (1923), S. 113.
- 469 S. Kolb (1962), S. 292 ff.; Runge (1965), S. 109 ff.; Hoffmann (1973), S. 32 ff.
- 470 Hoff (1931), S. 190 f.; zur vergleichbaren Ernennung bürgerlicher Staatssekretäre zu Ressortchefs s. Elben (1965).
- 471 Zum Zentralrat der Marine s. Noske (1920), S. 47 ff.; Lewis (1969), S. 198 ff. und 229 ff.; Bird (1977), S. 29 ff.; Bieber (1981), S. 713 f.; Wette (1987), S. 274 ff.; auch zum folgenden.
- 472 Beamtenausschuß des RMA an den StS des RMA, 13. 12. 1918; BA/MA, RMA 20/9.
- 473 S. die Aktennotiz v. 13. 12. 1918; ebda.
- 474 S. Ziehm (1956), S. 20 f.
- 475 R. Flegel, Mehr Luft für die Beamtenräte, in: Der Arbeiterrat, 1. Jg. (1919), Nr. 10, S. 8.
- 476 Zum Bedeutungsinhalt des Schlagworts von der »Demokratisierung« der Verwaltung s. Hoffmann (1973), S. 44 f.
- 477 Hier wurde auf Betreiben der Beamtenvertretungen ein besonders mißliebiger Polizeiinspektor versetzt; s. Protokolle der Sitzungen des BeR v. 6. und 13. 12. 1918; StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 17 Bd. 1.
- 478 S. R. Flegel, Die Arbeiter- und Beamtenräte bei den Justizbehörden, in: Der Arbeiterrat, 1. Jg. (1919), Nr. 15, S. 6.
- 479 S. Die Polizei 15 (1918/19), S. 331 f.
- 480 S. Die Bekanntmachung des Hamburger ASR v. 19. 11. 1918; abgedruckt bei Lamp'l (1921), S. 63 f.
- 481 S. Protokolle der Sitzungen des BeR v. 28. 3., 20. und 22. 5. 1919; StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 17 Bd. 1; s. auch Sieverding (1986), S. 38 ff.
- 482 Protokoll der Plenarsitzung des BeR am 16. 11. 1918; StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 17 Bd. 1.
- 483 S. das Protokoll der Plenarsitzung des BeR am 19. 11. 1918; ebda.
- 484 S. den Bericht Funkes ebda. über eine Versammlung der Oberbeamten vom Vortag sowie über ein Herantreten der höheren Baubeamten an den BeR zwecks Aufnahme in der Plenarsitzung v. 22. 11. 1918; ebda. – Am 23. 11. 1918 kam es zu einer Aussprache zwischen Vertretern der Oberbeamten und des Beamtenrats, in der Einverständnis darüber erzielt wurde, daß Oberbeamte unter dem am 16. 11. formulierten allgemeinen Voraussetzungen im BeR mitarbeiten könnten. S. das Protokoll über diese Besprechung in StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 2.

- <sup>485</sup> S. Protokolle der Sitzungen des BeR v. 18. und 23. 11. 1918; StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 17 Bd. 1; Sieverding (1986), S. 31 f.
- <sup>486</sup> Zur Wahl des Beamtenausschusses der Finanzbehörde s. z. B. HE 296 v. 13. 12. 1918.
- <sup>487</sup> Entschließung des BeR der Bürobeamten der Polizeibehörde, abgedruckt HE Nr. 269 v. 16. 11. 1918.
- <sup>488</sup> Dähnhardt (1925), S. 8, bezeichnete den Schutzmannsrat als »sehr radikal«; s. auch Recken/Krafft (1933), S. 34; Danner (1958), S. 12 f.
- <sup>489</sup> S. den Bericht über die Protestversammlung v. 3. 12. 1918, in: Neue Hamburger Zeitung v. 4. 12. 1918; Ausschnitt in StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 3; hier wurde der BeR als »reaktionär gesinnt« bezeichnet.
- <sup>490</sup> Protokoll der Sitzung des BeR v. 2. 12. 1918; StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 17 Bd. 1.
- <sup>491</sup> S. Protokoll der Plenarsitzung des BeR am 3. 12. 1918; ebda.
- <sup>492</sup> Ebda.
- <sup>493</sup> So der Bericht einiger Vorstandsmitglieder des BeR in dessen Plenarsitzung am 19. 11. 1918 über eine Versammlung der Bürohilfsarbeiter in staatlichen Behörden vom Vortag; Protokoll in: StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 17 Bd. 1.
- <sup>494</sup> Protokoll der Senatsitzung v. 29. 11. 1918; StA Hamburg, Senatsprot. 1918, Abt. III, S. 677.
- <sup>495</sup> Protokoll der Senatssitzung v. 2. 12. 1918; StA Hamburg, Senatsprot. 1918, Plenum II, S. 1485 f. – Die Bildung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen, die das Hilfsdienstgesetz 1916 nur für kriegswichtige Betriebe gebracht hatte, wurde durch Verordnung des RdV vom 23. 12. 1918 auch für alle übrigen Betriebe angeordnet.
- <sup>496</sup> S. Protokolle über die Plenarsitzungen des BeR am 26. 11., 29. 11. und 11. 12. 1918; StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 17 Bd. 1. – Nur die Aushilfskräfte bei der Polizei gaben sich hiermit nicht zufrieden und wählten einen eigenen Rat. Dessen Anerkennung allerdings lehnte der BeR ab. »Wenn diese Hilfskräfte es für nötig halten, einen eigenen Rat zu gründen«, befand er, »sollen sie ihre Interessen auch selbst vertreten«. Protokoll der Plenarsitzung des BeR am 27. 12. 1918; ebda.
- <sup>497</sup> S. insbesondere den entsprechenden Beschluß in der Sitzung des BeR v. 9. 12. 1918, mit welchem zwei Oberbeamte aufgenommen wurden, Landgerichtsdirektor Dr. Ritter und Oberreg. Rat Rautenberg; Protokoll ebda.
- <sup>498</sup> Protokoll der Plenarsitzung des BeR am 28. 11. 1918; ebda.
- <sup>499</sup> S. Protokoll der Sitzungen v. 10. und 11. 1. 1919; ebda. – Angriffe gegen die Beamtenräte aus der Beamtenschaft selbst gab es auch andernorts. Im RMA z. B. beschwerte sich der Marinebeamtenverband, der dort gebildete Beamtenausschuß vertrat »nur die Interessen der Beamten des RMA«, also der Berliner Zentrale, sei aber »ohne Fühlung mit der Provinz« und »nicht in der Lage, die Interessen der Provinzbeamten zu vertreten«, vor allem der technischen Beamten in den Flottenstützpunkten Kiel und Wilhelmshaven. Niederschrift über den Empfang des Vorstandes des Marine-Beamten-Verbandes beim Chef der Admiralität am 29. 3. 1919; BA/MA, RMA 3/11589.
- <sup>500</sup> S. Protokoll der Plenarsitzung des BeR am 21. 12. 1918; StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 17 Bd. 1.
- <sup>501</sup> Bayer. Beamtengewerkschaft an den sozialdemokratischen Verein für die Reichstags-Wahlkreise München I und II, 14. 5. 1919; BayHStA, MInn 65282. Ihre Forderung nach Beteiligung an der Beamtenkammer (s. ihr Schreiben an das Staatsmin. d. Inn. v. 2. 4. 1919; ebda.) wurde nach monatelangem Schweigen

- abgelehnt – mit dem Hinweis auf das in Vorbereitung befindliche Reichsgesetz über Beamtenvertretungen und der weiteren Begründung, der Bayer. Beamten- und Lehrerbund umfasse alle bayerischen Beamten- und Lehrervereine, er biete demnach allen organisierten Beamten »eine gemeinsame Vertretung, auch solchen..., die neben der Zugehörigkeit zu dem einschlägigen Beamtenverein... etwa noch Mitglieder der bayerischen Beamtengewerkschaft sind«; Staatsmin. der Finanzen an Bayer. Beamtengewerkschaft, 14. 11. 1919; ebda.
- <sup>502</sup> Falkenberg (1920), S. 60.
- <sup>503</sup> Vorstand der Vereinigten Beamtenräte, Sitz Berlin, an RdV, 16. 12. 1918; ASD, Nl. Barth, Kassetten 1. Die Richtlinien sind abgedruckt in: *Die Polizei* 15 (1918/19), S. 420 ff.; s. auch BT v. 16. 12. 1918, Abendausgabe; Hoffmann (1973), S. 153.
- <sup>504</sup> Friedr. Wermke, Beamtenrätesystem, in: *Die Gemeinschaft* 3 (1919), S. 124.
- <sup>505</sup> S. Kunz (1986), S. 147.
- <sup>506</sup> S. Justizbeamtenbundesblatt, 1. Jg. Nr. 3 v. 1. 5. 1919, S. 6.
- <sup>507</sup> Alb. Falkenberg, Rätssystem und Beamtenschaft, in: *Die Gemeinschaft* 3 (1919), S. 38. Die Grundsätze sind abgedruckt bei Falkenberg (1920), S. 60; s. auch DBB, *Ursprung – Weg – Ziel* (1968), S. III/34, sowie die Erläuterungen in: *Beamten-Korrespondenz*, 3. Jg. Nr. 2 v. 1. 2. 1919, S. 1.
- <sup>508</sup> S. unten S. 300 ff.
- <sup>509</sup> S. Höhn III (1969); Kitchen (1968), S. 143 ff.; ders. (1973), S. 58 ff.; Wehler (1973), S. 159 ff. – Zur Operationalisierung dieses Feindbildes in Generalstabsplanungen für Truppeneinsätze im Innern, insbesondere gegen streikende Arbeiter, anknüpfend an die militärischen Erfahrungen der Revolutionsbekämpfung 1848, s. Schulte (1977), S. 258 ff. und 535 ff.
- <sup>510</sup> Groener (1957), S. 51 und 60; s. auch Carsten (1966), S. 452, sowie die scharfe Kritik Tucholskys am kläglichen geistigen Niveau des deutschen Durchschnittsoffiziers vor 1914, in: *Ges. Werke*, Bd. 2 (1975), S. 28 ff.
- <sup>511</sup> Zutreffend sind sie deshalb als »apolitisch konservativ« charakterisiert worden; so Endres (1919), S. 35.
- <sup>512</sup> S. Feldman (1966), S. 197 ff.; Bieber (1981), S. 299 f.
- <sup>513</sup> S. Zechlin (1929); Stürmer (1969).
- <sup>514</sup> Zu Diktaturüberlegungen während des Krieges s. Bieber (1981), S. 532 und 545 f.
- <sup>515</sup> Tagebuchaufzeichnung des Hauptmanns Gustav Böhm v. 12. 11. 1918; Adjutant im preußischen Kriegsministerium 1918/19 (1977), S. 75; s. auch Bünemann (1951), S. 90 ff.; Ullrich (1976), S. 627. Vgl. für die Seeoffiziere das Beispiel des Prinzen Heinrich von Preußen, der am 5. 11. aus Kiel in einem Lastwagen mit roter Fahne floh, am Arm eine rote Binde; s. Herwig (1977), S. 199 f. Für ähnliche Beispiele aus Sachsen s. Paul Mühsam (1959), S. 93.
- <sup>516</sup> BT v. 13. 11. 1918, Morgenausgabe.
- <sup>517</sup> S. Kluge (1975), S. 94 ff.
- <sup>518</sup> S. Rabenau (1940), S. 115; ähnlich Schmidt-Pauli (1937), S. 71. – Oberst Reinhard, ab 2. 1. 1919 preußischer Kriegsminister, brach bei der Nachricht von der Abdankung des Kaisers mit einem Weinkampf zusammen; s. Ernst (1958), S. 337.
- <sup>519</sup> Zum sog. Ebert-Groener-Bündnis s. Sauer (1957); Kluge (1975), S. 133 ff.; Rakenius (1977), S. 60 ff.; Bieber (1981), S. 703 ff.
- <sup>520</sup> S. Kässner (1932), S. 101.
- <sup>521</sup> Für München s. die Resolution der Offiziersversammlung, zitiert in: Reg. Eisner (1987), S. 323, Anm. 4; s. auch MNN Nr. 600 v. 27. 11. 1918; für Augsburg s. MNN Nr. 594 v. 24. 11. 1918.
- <sup>522</sup> MNN Nr. 600 v. 27. 11. 1918.
- <sup>523</sup> MNN Nr. 615 v. 5. 12. 1918.

- <sup>524</sup> S. Militärwochenblatt (künftig abgek.: MilWBl) 103 (1918/19), Sp. 1069ff., 1107f., 1121ff. – Anfang Dezember, als der Schock über den Umsturz zu weichen begann, wurde sogar der Gedanke ventiliert, unter Berufung auf die demokratischen Prinzipien des neuen Staates gleiche Rechte wie für die Soldaten auch für deren Vorgesetzte zu fordern und die Bildung von Offiziersausschüssen analog zu den Soldatenräten in jeder militärischen Dienststelle zu verlangen; s. ebda. Sp. 1128.
- <sup>525</sup> S. Kässner (1932), S. 105 ff.; Noske (1920), S. 52; Lewis (1969), S. 253.
- <sup>526</sup> S. Der Kamerad Nr. 48 v. 28. 11. 1918, S. 3; Donnerhack (1958), S. 31; Dörner (1961), S. 169.
- <sup>527</sup> S. MilWBl. 103 (1918/19), Sp. 1123 f.
- <sup>528</sup> S. MP Nr. 292 v. 14. 12. 1918.
- <sup>529</sup> S. Der Kamerad, 56. Jg. Nr. 47 v. 21. 11. 1918, S. 5; v. Kessel/Suppe/Flick, Zwischen Soldatenwehr und Freikorps im roten Berlin, in: Salomon (1938), S. 35; für Wilhelmshaven s. MilWBl. 103 (1918/19), Sp. 1338; Grundig (1957), S. 126.
- <sup>530</sup> S. die Aufzeichnung über eine Besprechung der OHL mit Stabschefs und Frontoffizieren am 16. 11. 1918, abgedruckt in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch (1977), S. 31 ff.; s. auch MilWBl. 103 (1918/19), Sp. 1434.
- <sup>531</sup> S. Bensing (1958), S. 96 f.
- <sup>532</sup> Aus der Bayer. Staatszeitung v. 14. 1. 1919 zitiert in: Regierung Eisner (1987), S. 323, Anm. 4.
- <sup>533</sup> S. Dt. Offiziersbund 1 (1922), S. 149.
- <sup>534</sup> S. Süddt. Apotheker-Zeitung 59 (1919), Nr. 5 v. 17. 1. 1919.
- <sup>535</sup> S. Lewis (1969), S. 256.
- <sup>536</sup> MilWBl. 103 (1918/19), Sp. 1376.
- <sup>537</sup> Ebda. Sp. 1190.
- <sup>538</sup> S. den Art. »Offiziersverbände« in: Lexikon zur Parteiengeschichte IV (1985), S. 538 ff.; auch zum folgenden; s. auch Müller-Brandenburg (1919), S. 3 ff.; Frölich (1922), S. 32 ff.; zum Reichsverband der Unteroffiziere auch: Die Geschichte des deutschen Unteroffiziers (1939), S. 551. Der Bund der Feldwebelleutnants wurde 1920 in Reichsoffiziersbund umbenannt. – Einen ironischen Kontrapunkt hierzu setzen in den Revolutionswochen Deserteure, die es nicht nur wagten, sich als solche öffentlich zu erkennen zu geben, sondern auf Betreiben des Spartakusbundes in Berlin ebenfalls einen Rat bildeten und zur Gründung eines Reichsverbandes aufriefen; s. Bericht des Untersuchungsausschusses über die Januarunruhen 1919 in Berlin (1919), S. 7673; H. Franke (1924), S. 16; Felden (1927), S. 357; Waite (1970), S. 2 f. Viele Offiziere, aber auch weite Kreise der bürgerlichen Rechten empfanden diese Aktion als unerhörte Beleidigung und Provokation, als welche sie vermutlich auch gemeint war; s. MilWBl. 103 (1918/19), Sp. 2062; Stresemann (1926), II, S. 285; v. Oertzen (1936), S. 249 f. Weitere Spuren hat sie freilich nicht hinterlassen; zur Verbandsgründung ist es wahrscheinlich schon mangels vertretbarer gemeinsamer Interessen nicht gekommen.
- <sup>539</sup> So der Gründungsaufwurf des Sächs. Offiziersbundes; zitiert bei Donnerhack (1958), S. 31.
- <sup>540</sup> S. den Bericht über die Gründungsversammlung des DOB in: BT v. 6. 12. 1918, Morgenausgabe.
- <sup>541</sup> S. v. Kessel/Suppe/Flick, Zwischen Soldatenwehr und Freikorps im roten Berlin, in: Salomon (1938), S. 36.
- <sup>542</sup> S. Kässner (1932), S. 118 ff.
- <sup>543</sup> So der Reservehauptmann und spätere Landtagsabgeordnete Fritz Wider, zitiert bei Kohlhaas (1968), S. 240.

- 544 So die bayerischen Unteroffiziere; s. MP Nr. 292 v. 14. 12. 1918; ähnlich der Gründungsaufwurf des Sächs. Offiziersbundes; a. a. O.
- 545 So der DOB in seiner Gründungsversammlung; zitiert nach dem Bericht in MilWBl. 103 (1918/19), Sp. 1189.
- 546 Für die bayerischen Unteroffiziere s. MP Nr. 292 v. 14. 12. 1918; für Marineoffiziere in Wilhelmshaven Grundig (1957), S. 126.
- 547 S. MilWBl. 103 (1918/19), Sp. 1257ff., 1275ff., 1375ff., 1395f., 1431 und 1485ff.
- 548 S. Graf v. Waldersee, 10 Jahre NDO, in: Gedenkschrift des Nationalverbandes Deutscher Offiziere zum 10jährigen Bestehen (1928), (ohne Seitenzählung).
- 549 MilWBl. 103 (1918/19), Sp. 1345 f.
- 550 Ebda. Sp. 1433; s. auch ebda. Sp. 1506 und 1597ff.
- 551 S. ebda. Sp. 1334.
- 552 S. ebda. Sp. 1303 ff. und den Bericht über die Berliner Offiziersversammlung am 29. 11. 1918, BT v. 30. 11. 1918, Morgenausgabe.
- 553 Kässner (1932), S. 110.
- 554 Zitiert nach MilWBl. 103 (1918/19), Sp. 1362.
- 555 Neuring in einer Versammlung des Sächs. Offiziersbundes am 20. 12. 1918 in Dresden; zitiert nach: Der Kamerad 57 (1919), S. 7; für München s. Reg. Eisner (1987), S. 323, Anm. 4.
- 556 S. die Aufzeichnung über eine Besprechung der OHL mit Stabschefs und Frontoffizieren am 26. 11. 1918; a. a. O., S. 36f.
- 557 S. MilWBl. 103 (1918/19), Sp. 1432.
- 558 S. Saul (1969); Diehl (1971), S. 142 ff.; Rohkrämer (1990); auch zum folgenden; Lexikon zur Parteiengeschichte III (1985), S. 325 ff.
- 559 Kriegerzeitung, 43. Jg., Nr. 12 v. 13. 11. 1918.
- 560 S. ebda. Nr. 16 v. 27. 11. 1918.
- 561 Ebda. Nr. 20 v. 11. 12. 1918.
- 562 Ebda. Nr. 13 v. 17. 11. 1918.
- 563 Ebda. Nr. 25 v. 29. 12. 1918; s. auch Diehl (1971), S. 172 ff.
- 564 S. Kriegerzeitung, 43. Jg. Nr. 20 v. 11. 12. 1918 und Nr. 21 v. 15. 12. 1918.
- 565 Die Satzungen des Stahlhelm vom Februar 1919 sind u. a. abgedruckt bei Volz (1942), II, S. 271 ff.
- 566 Zitiert nach: Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder aus den Jahren 1918–1933 (o. J.), I, S. 26; s. auch Berghahn (1966), S. 13 ff., und Lexikon zur Parteiengeschichte IV (1986), S. 145 ff.
- 567 S. unten S. 278 ff. und 377 ff.

### 3. Kapitel

- <sup>1</sup> S. z. B. für Hamburg Behrens (1973), S. 15.
- <sup>2</sup> Für Hamburg sind aus dem Frühjahr 1917 derartige Veranstaltungen mit 2000–3000 Teilnehmern bezeugt; s. ebda. S. 58f.
- <sup>3</sup> S. oben S. 61 und 64; s. auch Schmidt (1984), S. 76.
- <sup>4</sup> So die Mannheimer »Volksstimme« v. 20. 11. 1918 über die Gründungsversammlung des BüR vom Vortrag; zitiert in: Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. 334, Anm. 2.
- <sup>5</sup> S. den Versammlungsbericht des Mannheimer Generalanzeigers v. 20. 11. 1918; abgedruckt ebda. S. 333 ff.

- <sup>6</sup> S. oben S. 149 ff.
- <sup>7</sup> S. oben S. 129 f.
- <sup>8</sup> Technik und Wirtschaft 11 (1918), S. 532.
- <sup>9</sup> Für Düsseldorf s. Mitt. des Bundes Technischer Berufsstände Nr. 3 v. 17. 1. 1919, S. 2; für Essen DVC Nr. 94 v. 6. 12. 1918.
- <sup>10</sup> S. Reichsdt. Mittelstandsblätter 5 (1918), S. 56.
- <sup>11</sup> S. das Schreiben des Vereins Württ. Industrieller an die provisorische Regierung Württembergs v. 20. 12. 1918; HStA Stuttgart, E 130a Bü 195.
- <sup>12</sup> Für Hamburg s. oben S. 91; für Berlin Bredt (1970), S. 149 f., und Schumacher (1972), S. 82.
- <sup>13</sup> Kässner (1932), S. 99.
- <sup>14</sup> S. MilWBl. 103 (1918/19), Sp. 1189.
- <sup>15</sup> v. Kessel/Suppe/Flick, Zwischen Soldatenwehr und Freikorps im roten Berlin, in: Salomon (1938), S. 36.
- <sup>16</sup> S. Stahlhelm-Handbuch (1931), S. 6; Berghahn (1968), S. 15.
- <sup>17</sup> Aus den Erinnerungen von Erkelenz zitiert bei Luckemeyer (1975), S. 155.
- <sup>18</sup> S. Sander (1971), S. 207.
- <sup>19</sup> S. Knies (1975), S. 121.
- <sup>20</sup> Roloff (1964), S. 42; Schelm-Spangenberg (1964), S. 41 f.; s. auch oben S. 63.
- <sup>21</sup> Für Köln s. Sander (1971), S. 221; v. Hehl (1987), S. 144; für Braunschweig s. Schelm-Spangenberg (1964), S. 43.
- <sup>22</sup> S. Schulte (1936), S. 248.
- <sup>23</sup> Für Braunschweig s. Schelm-Spangenberg (1964), S. 44; für Düsseldorf Gemein (1969), S. 11.
- <sup>24</sup> S. Luckemeyer (1975), S. 309; MilWBl. 103 (1918/19), Sp. 1415 f.
- <sup>25</sup> S. Der Aufrechte 1. Jg. Nr. 1 v. 5. 1. 1919, S. 16. – Massenversammlungen sind ebenfalls von Frauen überliefert. Da sie zum erstenmal das Wahlrecht erhielten, stellten sie besonders für die Parteien eine wichtige und viel umworbene Zielgruppe dar. In Kassel z. B. kamen Anfang Dezember 6000–7000 Interessentinnen zu einer überparteilichen Frauenversammlung; rund 5000 fanden keinen Einlaß, weil die Stadthalle nur 1500 faßte; s. die Tagebuch-Notiz Koch-Wesers v. 8. 12. 1918; BA, Nl. Koch-Weser 14, Bl. 179.
- <sup>26</sup> Gustav (1919), S. 18; zu den übrigen Motiven s. u. a. die lebendige Skizze von Lothar Schmidt: Die Politisch-Erregten, in: Brieger/Steiner (1919), S. 177 f.
- <sup>27</sup> Max Bleichert, der Vors. des Leipziger Verbandes der Metallindustriellen, an Walter Goetz, 29. 11. 1918; BA, Nl. Goetz Nr. 60.
- <sup>28</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 1 v. 10. 6. 1919; Zimmermann (1919), S. 11; im übrigen s. unten S. 284 f.
- <sup>29</sup> Zur Antibolschewistischen Liga s. die Skizze in: Lexikon zur Parteiengeschichte I (1983), S. 66 ff.; Drabkin (1968), S. 481 ff.; Könnemann (1971), S. 236; Petzold (1983), S. 63 ff.; Kruppa (1988), S. 83; außerdem Stadtlers autobiographische Darstellung (1935), die allerdings durch seine Eitelkeit und Selbstüberschätzung oft verzerrt und übertrieben ist.
- <sup>30</sup> Engere Kontakte mit Stadtler unterhielt namentlich der Berliner Bürgerrats-Vorsitzende Marx; s. Stadtler, Als Antibolschewist (1935), S. 9. Verbindungen zwischen Bürgerräten und Antibolschewistischer Liga bestanden auch u. a. in Elberfeld und Hamburg. Der Bremer BüA rief als örtliche Dachorganisation der verschiedenen bolschewistischen Vereinigungen den »Bremer Verband für deutsche Art« ins Leben; s. BüA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918/19, S. 18 f.
- <sup>31</sup> S. Stadtler, Als Antibolschewist (1935), S. 14 f. und 20; vgl. dazu ders., Der Bolschewismus und das Wirtschaftsleben (1919).

- 32 S. v. Hasselbach (1931), S. 7f.; Alfred Rosenberg (1955), S. 77; Jochmann (1971), S. 451; Lohalm (1970), S. 122 ff.; für Berlin Kruppa (1988), S. 64.
- 33 Hofmiller (1938), S. 74. – Eine ähnliche Schilderung der Frankfurter Zeitung v. 13. 11. 1918 aus Berlin ist abgedruckt bei Koszyk (1972), S. 29.
- 34 Tagebuchtnotiz Thomas Manns v. 20. 1. 1919; Tagebücher (1979), S. 137. Zur Weiterentwicklung des Plakats als kommerzieller Werbeträger in der Weimarer Republik s. Berlins Aufstieg zur Weltstadt (1929), S. 215. – Einzelne bürgerliche Gruppen entdeckten auch spezifische Propagandamöglichkeiten, z. B. die Akademiker. »Fast jeder in einem Berufe tätige Akademiker, insbesondere der Geistliche und der Lehrer, hat ständig Gelegenheit, vor größerem Kreise über die Gefahren des Bolschewismus zu sprechen. Der höhere Beamte kann zu den mittleren und unteren Beamten, der Ingenieur zu seinen Technikern und Arbeitern davon reden.« So Akad. Turnbundsblätter 32 (1919), S. 30.
- 35 Knelle (1919), S. 25; zur Zunahme der Demonstrationsbereitschaft während des Krieges Kocka (1973), S. 84f.
- 36 Zitiert aus dem Protokoll der Vorstandssitzung des Alldeutschen Verbandes vom 20. 10. 1918 bei Jochmann (1971), S. 449; s. Lohalm (1970), S. 53f.
- 37 S. BT v. 5. 12. 1918, Morgenausgabe.
- 38 S. BT v. 6. 12. 1918, Morgenausgabe; v. Kessel/Suppe/Flick, in: Salomon (1938), S. 36.
- 39 Major W. Pabst in: Hotzel (1934), S. 31; zum demonstrativen Einmarsch der Freikorps in Berlin s. Salomon (1938), S. 55; Die Wirren in der Reichshauptstadt (1940), S. 69.
- 40 S. Müller-Breves (1919), S. 37f.; Drabkin (1968), S. 345; Kuckuk (1986), S. 104f. – Der BüA wandte sich daraufhin an den RdV und erhielt von Ebert die Zusage, die Reichsregierung werde »nachdrücklichst für die Achtung der Versammlungsfreiheit sorgen«; s. Müller-Breves (1919), S. 37f.; s. auch HE Nr. 291 v. 8. 12. 1918.
- 41 Aufzeichnung des Hauptmanns Gustav Böhm v. 7. 12. 1918; Adjutant im preussischen Kriegsministerium 1918/19 (1977), S. 97.
- 42 S. Eyck (1919), S. 23f., Bredt (1970), S. 149f.; Schumacher (1972), S. 82; Nowak (1981), S. 25; Hürten (1984), S. 113f. – Nach Beobachtungen Emil Ludwigs vom Januar 1919 war »das Antlitz der demonstrierenden Züge... einander so angeähnelt, daß man Demokraten und Sozialisten an Miene, Ernährung, Kleid kaum sicher unterscheidet«. Ludwig (1919), S. 55.
- 43 Aus einem Hirtenbrief der katholischen Bischöfe Preußens v. 20. 12. 1918, zitiert bei Pfeiffer (1919), S. 32; einen ähnlichen Hirtenbrief veröffentlichten die katholischen Bischöfe Bayerns am 17. 12. 1918; s. ebda. S. 34ff.
- 44 Für Friedenau s. Schmidt (1984), S. 144; für Halle s. Maercker (1921), S. 132; Parlow (1967), S. 61.
- 45 Für Düsseldorf s. Kuckuk (1934), S. 31; für Wilhelmshaven Cramer (1968), S. 53; Krüger (1971), S. 14.
- 46 So der Deutschnationale, spätere Reichs- und Staatskommissar für das ostpreussische Abstimmungsgebiet und – unter Papen – Reichsinnenminister Wilhelm Frhr. v. Gayl in seinen teilweise unveröffentlichten Memoiren; BA, NI. Gayl Nr. 2, Bl. 338ff. – Gause III (1971), S. 23f., berichtet von einer Demonstration von rund 10000 Bürgerlichen auf Initiative des RgA am 12. 1. 1919. Wahrscheinlich ist bei beiden Autoren dieselbe Veranstaltung gemeint, nur in einem Fall die Datierung unrichtig.
- 47 BT v. 28. 2. 1919, Abendausgabe.
- 48 Puhle (1967), S. 249; zur Ablehnung von Landarbeiterstreiks s. z. B. Korr. des BdL Nr. 33 v. 8. 5. 1908.



- 49 S. die Erklärung von OB Wermuth v. 9. 11. 1918, abgedruckt BT v. 9. 11. 1918, Abendausgabe.
- 50 S. den Brief Robert Boschs an seine Frau v. 5. 11. 1918; auszugsweise zitiert bei Heuss (1946), S. 325 f.
- 51 Dies läßt sich der Versicherung des bayerischen Bauernführers Heim entnehmen, seine Organisation sei bereit, unbeschadet aller politischen Meinungsunterschiede die Städte nach wie vor mit Lebensmitteln zu beliefern, um eine sonst unvermeidliche Hungersnot abzuwenden; s. MP Nr. 272 v. 9. 11. 1918; ebenfalls der Mahnung des Münchener Erzbischofs Faulhaber an die Landgemeinden vom 12. 11. 1918, »nicht aus politischer Mißstimmung die Ablieferung von Lebensmitteln einzustellen«; zitiert bei Hürten (1984), S. 31; s. auch Hundhammer (1924), S. 154.
- 52 Die Führungsgremien des BdL und des Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft beschlossen am 11. 11. 1918, der neuen Regierung ihre »Mithilfe... für die ungestörte Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes zur Verfügung zu stellen«; s. Schumacher (1978), S. 93. S. auch den Aufruf des Vorsitzenden der Konservativen Partei an seine Parteifreunde v. 13. 11. 1918, die Ernährung der Bevölkerung mit allen Mitteln sichern zu helfen; abgedruckt bei Koenigswald (1933), S. 82 f.
- 53 Aus einem Schreiben Eisners v. 23. 11. 1918 zitiert bei Freya Eisner (1979), S. 121.
- 54 S. unten S. 206.
- 55 S. Saul (1974), S. 103 ff.; ders. (1983), S. 277 f.
- 56 S. die Äußerungen Hilgers in der Vorstandssitzung des VdEstI am 14. 11. 1918; BA, R 13 I/155, Bl. 50; s. auch VDA, Gesch.ber. 1918, S. 28.
- 57 S. Cohen/Simon (1926), S. 447 ff.; das Zitat entstammt einem Protestschreiben der HK München v. 9. 1. 1919, abgedruckt ebda. S. 450.
- 58 S. Bieber (1981), S. 437 f.; vgl. auch Kocka (1973), S. 84 f.
- 59 Falkenberg (1920), S. 56.
- 60 Das Programm ist abgedruckt u. a. in: Reg. der Volksbeauftragten (1969), Bd. 1, S. 37 f.; zur entsprechenden preußischen Verordnung v. 15. 11. 1918 s. Falkenberg (1920), S. 87.
- 61 S. Bendix (1922), S. 75 ff.
- 62 Die Erklärung ist abgedruckt in: Die Polizei 15 (1918/19), S. 328 f.
- 63 Bericht des Hamburger General-Anzeigers v. 18. 11. 1918 über eine Versammlung der Beamten aus den preußischen Nachbargemeinden Hamburgs vom Vortrag; Ausschnitt in: StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 3.
- 64 S. Hofmiller (1938), S. 88 f.; Kalmer (1969), S. 232 f.; zu einer ähnlichen Drohung des bayerischen Verkehrspersonals einige Tage später s. MP Nr. 293 v. 16. 12. 1918; zu einer gleichen Drohung der Beamten- und Lehrerverbände in Hagen Lambers (1962), S. 60.
- 65 J. Schneider (Vorstandsmitglied des Bayer. Beamten- und Lehrerbundes), Beamtenschaft und neue Zeit, in: Beamten-Jahrbuch 5 (1918), S. 72. Im Januar 1919 äußerte sich der Zentralbeamtenrat Altona im gleichen Sinne; s. seine Erklärung (undatiert) in StA Hamburg, Beamtenrat 4 Bd. 6.
- 66 S. die Tagebucheintragung Dominicus' v. 2. 12. 1918; abgedruckt bei Paul Müller (1957), S. 83.
- 67 S. Bey-Heard (1969), S. 177.
- 68 S. Michaelis (1922), S. 406 ff.
- 69 Korr. der DNVP, 2. Jg. Nr. 26 v. 31. 1. 1919. – Im ostpreußischen Mohrungen verhinderten die Bediensteten mit einer gleichen Drohung die Übernahme von Kontrollbefugnissen durch ein bestimmtes Mitglied des Arbeiterrats; s. Klatt (1958), S. 36; v. d. Groeben (1988), S. 21.

- <sup>70</sup> Zitiert bei Kalmer (1969), S. 233.
- <sup>71</sup> S. die Grundsätze und Richtlinien des DBB für die Betätigung der Beamten in der Politik, auszugsweise abgedruckt bei Falkenberg (1920), S. 94; s. auch oben S. 143 f.
- <sup>72</sup> »Wenn verbrecherischer Terrorismus einer verblendeten Minderheit die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet, wenn das Recht mit Füßen getreten wird, dann darf auch eine Volksgruppe, die sich berufsmäßig dem Dienst der Gesamtheit widmet, zur Notwehr greifen und ebenfalls unter Rechtsbruch die Wiederherstellung der Ordnung erzwingen.« Heinz Potthoff, *Die Forderung des Tages*, in: *Beamten-Jahrbuch* 5 (1918), Heft 3/4, S. 55.
- <sup>73</sup> S. Hoffmann (1973), S. 41.
- <sup>74</sup> Tagebucheintragung *Dominicus'* v. 2. 12. 1918; abgedruckt bei Müller (1957), S. 83.
- <sup>75</sup> v. Gerlach (1937), S. 246.
- <sup>76</sup> Potthoff (wie Anm. 72); zu Potthoffs Biographie s. Reg. Eisner (1987), S. 201 f., Anm. 7.
- <sup>77</sup> S. zu diesem Begriff Bracher (1964), S. 185.
- <sup>78</sup> v. Gerlach (1937), S. 246; s. auch ders. (1919), S. 78 ff.; Braun (1940), S. 48 f.; Runge (1965), S. 61; Schulze (1977), S. 265 ff.
- <sup>79</sup> Laufenberg (1919a), S. 10; s. auch ders. (1919b), S. 600.
- <sup>80</sup> Adolph Hoffmann, »Unter den Linden 4«, in: *Die Revolution* (1920), S. 184.
- <sup>81</sup> *Wingolfs-Blätter* 48 (1918/19), Sp. 101.
- <sup>82</sup> H. E. Schulz, *Zur Frage der Organisation akademisch gebildeter Techniker*, ebda. Sp. 140.
- <sup>83</sup> S. den Aufruf zur Schaffung eines BüR, abgedruckt in: *Appelle einer Revolution* (1968), Anlage 11, und bei Herz/Halfbrodt (1988), S. 29, hier allerdings auf Anfang Januar 1919 datiert.
- <sup>84</sup> S. unten S. 209 ff.
- <sup>85</sup> Schoenberner (1964), S. 117 f.
- <sup>86</sup> S. HE Nr. 300 v. 17. 12. 1918; dazu Kluge (1975), S. 221 f.
- <sup>87</sup> S. Bieber (1981), S. 710 f.
- <sup>88</sup> MNN Nr. 611 v. 3. 12. 1918.
- <sup>89</sup> S. Volkmann (1930), S. 135; Meier-Welcker (1967), S. 200.
- <sup>90</sup> Aufzeichnung über eine Besprechung in der OHL mit Chefs der Stäbe und Frontoffizieren am 26. 12. 1918; abgedruckt in: *Zwischen Revolution und Kapp-Putsch* (1977), S. 36.
- <sup>91</sup> Charakteristisch hierfür u. a. Röhm (1934), insbes. S. 110 ff.

#### 4. *Kapitel*

- <sup>1</sup> »Die Hauptaktion ist auf der Straße. Sie soll überall zur Herrschaft und zum Triumph kommen.« So angeblich Rosa Luxemburg in der Reichskonferenz der KPD am 31. 12. 1918; zitiert in: Bericht des Untersuchungsausschusses über die Januarkämpfe 1919 in Berlin (1921), S. 1012; s. auch Nettel (1967), S. 696. Im Protokoll der Rede Luxemburgs auf dem Gründungsparteitag der KPD findet sich dieser Satz allerdings nicht: s. Der Gründungsparteitag der KPD (1969), S. 172 ff. – Zu den politischen Streiks der Arbeiterschaft Anfang 1919 s. vor allem v. Oertzen (1963), S. 110 ff.; Bieber (1981), S. 643 ff.; Winkler (1984), S. 159 ff.
- <sup>2</sup> Gronau an Walter Goetz, 8. 11. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 61.

- 3 Für Mannheim s. Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (1980), S. 333 Anm. 1; für Karlsruhe s. ebda. S. LXXXV.
- 4 Der Reichsbürger (künftig: RBü) 1 (1919), S. 99.
- 5 Erich Edgar Schultz, geschäftsführender Direktor des RBüR, ebda. S. 42.
- 6 Bürgerbund Kassel an RP Kassel, 24. 4. 1919; StA Marburg, 165 / 1247; s. auch Hessen 1918–20 (1974), S. 47. Möglicherweise spielte der BüB auch auf die Aufstellung der Offizierskompanie Kassel an, die Anfang Januar 1919 als eine der ersten Zeitfreiwilligeneinheiten von Arthur Mahraun aus Offizieren und Unteroffizieren eines in der Demobilmachung befindlichen Kasseler Regiments gebildet wurde und die Keimzelle des Jungdeutschen Ordens darstellte; s. Horning (1958), S. 23.
- 7 Tb.-Notiz Kesslers v. 8. 3. 1919; Kessler (1961), S. 151; vgl. auch ebda. S. 159.
- 8 Max Schacht, Warnemünde, an Georg Gothein, 22. 12. 1919; zitiert bei Jochmann (1971), S. 451, Anm. 145.
- 9 S. Lohalm (1970), S. 78 ff.; Jochmann (1971), S. 457.
- 10 BüR Groß-Stuttgart an Blos, 22. 1. 1919; HStA Stuttgart, E 130a Bü 204.
- 11 Der Antrag des RBüR ist abgedruckt in: Zentralrat (1967), S. 595, Anm. 11; zum Ablehnungsschreiben s. ebda. S. 596, Anm. 14.
- 12 So der BüR von Groß-Berlin am 27. 1. 1919 in einer Eingabe an die Reichsregierung; zitiert bei Schulte (1939), S. 199; s. auch Klein/Scherer (1976), S. 19.
- 13 Zu den zu Unrecht als »Spartakusaufstand« bezeichneten Unruhen in Berlin vom Januar 1919 s. Flechtheim (1971), S. 129 ff.; Winkler (1984), S. 120 ff.; Wette (1987), S. 289 ff., mit weiteren Literaturhinweisen.
- 14 Zitiert bei Rasmus (1956), S. 43. Gemeint war vermutlich die bereits im November 1918 gebildete Republikanische Soldatenwehr. Ihre Finanzquellen liegen im Dunkeln; möglicherweise sind sie u. a. bei den Bürgerräten zu suchen. S. Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution (1929), S. 235 f.; Drabkin (1968), S. 494.
- 15 S. Krieger-Zeitung, 43. Jg. Nr. 30 v. 15. 1. 1919. – Als Mitglied des Groß-Berliner BüR hatte sich Wessel schon bei dessen Konstituierung dafür ausgesprochen, »mit den Frontsoldaten... Fühlung zu nehmen« und sich »als starke Reserve mit diesen Helden hinter die Regierung zu stellen«. Aus der DAZ v. 20. 11. 1918 zitiert bei Schmidt (1984), S. 45.
- 16 Daß der BüR sich selbst »einhellig« zu den Waffen meldete, wie Kurt Fischer (1958), S. 33, behauptet, ist unwahrscheinlich. – Zum Verhalten der Republikanischen Soldatenwehr wie zu Aufstellung und Einsatz der später als Republikanische Schutztruppe zusammengefaßten sozialdemokratischen Formationen in den Januarunruhen s. den Bericht des Untersuchungsausschusses über die Januarunruhen 1919 in Berlin (1919), S. 7671, 7761 ff. und 7771 f.; Anton Fischer, Die Revolutions-Kommandantur in Berlin (o. J.), S. 64 ff.; Maercker (1921), S. 36; v. Oertzen (1936), S. 273 ff.; Die Wirren in der Reichshauptstadt (1940), S. 55 f.; Gordon (1959), S. 30 f.; Könnemann (1971), S. 58 ff. und 77 ff.; Adolph (1971), S. 85 f.; Wohlfeil (1979), S. 58; Kluge (1975), S. 176 ff.; Wette (1987), S. 325 ff.
- 17 S. Holitscher (1928), S. 177.
- 18 S. Könnemann (1971), S. 87 f.
- 19 S. Reinhard (1933), S. 68; zur finanziellen Unterstützung der Freikorps durch den Berliner Bürgerrat auch Angress (1971), S. 300; im übrigen Schmidt (1984), S. 119 ff., 129 ff. und 142 ff.
- 20 S. Kessel (1933), S. 204 f.; s. auch Kessler (1961), S. 116 f.
- 21 Bezeugt ist eine Unterredung zwischen Stadler und Major Pabst, dem Stabs-

- chef der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, im Hotel Eden über die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg drei Tage vor der Tat; s. Stadler, *Als Antibolschewist* (1935), S. 51 f. Zu Besprechungen über die Verhaftung Radeks s. v. Kessel (1933), S. 205 ff.
- <sup>22</sup> S. die Aussagen im Prinz-Prozeß, in *Ill. Geschichte* (1929), S. 294 ff.
- <sup>23</sup> S. Könnemann (1971), S. 88; Schmidt (1984), S. 123 f. und 150 ff.; s. auch Tucholsky, *Ges. Werke*, Bd. 2 (1975), S. 96; Döblin, November 1918 (1978), Bd. 4, S. 585, schreibt die Verhaftung Mitgliedern des Wilmersdorfer Bürgerrates zu.
- <sup>24</sup> Reinhard (1933), S. 68.
- <sup>25</sup> S. die Rede Marx' anlässlich des Ausscheidens Reinhard's aus der Reichswehr, ebda. S. 126. – Bei den Berliner Märzkämpfen einige Wochen später hatte der BÜR maßgeblichen Anteil daran, daß innerhalb kürzester Zeit ein Zeitfreiwilligen-Regiment von rund 1200 Mann aufgestellt wurde, das die Einsatzmöglichkeiten der regulären Truppen beträchtlich vergrößerte. Wahrscheinlich besorgte er auch Gelder für die Hilfstruppen. Bei der Berliner Industrie warb der BÜR um Mittel für eine »bewaffnete Bürgerwehr«, von der Arbeiter »unter allen Umständen« ferngehalten werden sollten, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß mit Hilfe des RBÜR ähnliche Verbände in vielen Städten aufgestellt würden; s. die Hinweise in: *Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe* (1919), S. 42 f. Reinhard dankte dem BÜR-Vors. Marx für den wichtigen Beitrag des Berliner Bürgertums am »schnellen und durchschlagenden Erfolg« des Truppendeinsatzes; s. das Dankschreiben Reinhard's, abgedruckt *BT* v. 14. 3. 1919, Morgenausgabe; auszugsweise zitiert bei Könnemann (1971), S. 116; s. auch ebda. S. 158 f. – Umgekehrt hob auch Marx beim Abschied Reinhard's »dieses innere und äußere Zusammenstehen« hervor und bedachte den Obersten zum Dank mit einem Ehrenbecher des Bürgerrats; s. Reinhard (1933), S. 126.
- <sup>26</sup> S. Stadler, *Als Antibolschewist* (1935), S. 43 f. Gleichzeitig suchte er Noske zu überzeugen, »daß jetzt der Moment zur großen nationalen Gegenaktion gekommen sei«; ebda.
- <sup>27</sup> Die Entschließung v. 10. 1. 1919 ist abgedruckt u. a. in: *Akad. Turnbundsblätter* 32 (1919), S. 30. – Drei Monate später, als die Senate und Studentenvertretungen der deutschen Universitäten alle Studenten zum »sofortigen Eintritt in die Freikorps und Reichswehrverbände« aufforderten, verbürgte sich der RAB für großzügige Fürsorge für alle, die hierbei zu Schaden kamen; s. *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 9 v. 1. 5. 1919, S. 96.
- <sup>28</sup> S. *Lexikon zur Parteiengeschichte I* (1983), S. 69; Petzold (1983), S. 66 ff. – Die angebliche Summe von 500 Mill. RM ist wahrscheinlich weit übertrieben. Belegen läßt sich, daß Großindustrie und Großbanken Anfang Januar 1919 zur Unterstützung der Freikorps sowie »zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Berlin« wie zur »Überwachung der bolschewistischen Propaganda in Deutschland und im Auslande« 20 Mill. RM zu Verfügung stellte. Mindestens die Hälfte dieser Summe wurde bis Mitte März 1919 tatsächlich gezahlt. Die Großbanken gaben als erste 5 Mill. und verpflichteten sich ebenso wie die rheinisch-westfälische Industrie zur Zahlung von weiteren 5 Mill., falls auch die Berliner Industrie 5 Mill. aufbrachte. Mitte März waren seitens der Berliner Industrie 4,78 Mill. beisammen, davon je eine Million von Siemens und AEG. Da die restlichen 220 000 RM wahrscheinlich auch noch aufgebracht wurden, ist anzunehmen, daß zumindest die Banken im Frühjahr 1919 weitere 5 Mill. zur Verfügung stellten. Gesammelt wurde das Geld bei der Deutschen Bank, verwaltet in erster Linie von Maximilian Kempner, Aufsichtsrats-Vorsitzender des Kalisynd-

- dikats und Mitglied zahlreicher weiterer Aufsichtsräte, und dem Direktor der Rußland-Abteilung des Hauses Stinnes, Fehrmann; s. C. F. v. Siemens an Rieppel, 14. 2. 1919, und an Bergmann, 19. 3. 1919; SA, 4/Lf 514. – Möglicherweise wurden aus diesen Mitteln auch antibolschewistische Spitzelorganisationen unterstützt, die Stadler zufolge an den Vorbereitungen zur Ergreifung von Liebknecht und Luxemburg beteiligt waren; s. Stadler, *Antibolschewist* (1935), S. 95 f.
- <sup>29</sup> A. W. Rose (1934), S. 13; zu den Bemühungen vom Dezember 1918 s. oben S. 77.
- <sup>30</sup> Schneider (1934), S. 19.
- <sup>31</sup> S. dazu genauer Kolb (1962), S. 327 ff.; Kuckuk (1969), S. 132 ff.; ders. (1970) und (1986), S. 164 ff.; Miller (1978), S. 236 ff.; Potthoff (1979), S. 89 ff.; Bieber (1981), S. 727 ff.; Schwarzwälder (1983), S. 57 ff.
- <sup>32</sup> S. zu diesen Gesprächen BüA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918/19, S. 18; Rose (1934), S. 13; Schneider (1934), S. 19; Caspari (1938); Kuckuk (1986), S. 221; zur damaligen Funktion Lüttwitz' Kluge (1975), S. 290.
- <sup>33</sup> Es ist bezeichnend hierfür, daß ein rechtsstehender Autor es noch 15 Jahre später für nötig hielt, der »Legende vom roten Bremen« das »rechte Geschehen« entgegensetzen in Form einer anderen Legende: »Es gab einmal eine Zeit, als fast alle Deutschen durch übermächtige Gewalten in einem tiefen Schlaf versanken, da machte sich auch in Bremen das Böse auf, um all das zu vernichten, was viele Geschlechter in strebsamer Arbeit geschaffen haben. Was in über tausend Jahren erstanden war, wollten schlechte Menschen zerschlagen. Doch da diese Menschen von einem fremden Wahn besessen waren, achteten sie nicht derer, die nicht schliefen. Diese aber waren es, die sich dem Schlechten zum Kampf stellten, es niederrangen – und ihre Stadt und ihr Vaterland vor dem Untergang retteten.« Rose (1934), S. 12; s. auch Wiehe (1919), S. 5.
- <sup>34</sup> S. Neckarsulmer (1925), S. 156.
- <sup>35</sup> S. Noske (1920), S. 67 f.; Reg. der Volksbeauftragten (1969), Bd. 2, S. 195 f.; Winkler (1984), S. 113 und 124.
- <sup>36</sup> S. Rose (1934), S. 23.
- <sup>37</sup> S. Noske (1920), S. 78 ff.; Potthoff (1979), S. 92; Bieber (1981), S. 728; Schwarzwälder (1983), S. 75 ff.; Winkler (1984), S. 131 ff.; Kuckuk (1986), S. 222 ff.; Wette (1987), S. 401 ff. – In Kreisen ehemaliger Freikorpskämpfer, die dem BüA nahestanden, wurden die Unterredungen Roselius' später als »entscheidend« für das militärische Vorgehen gegen Bremen angesehen; s. Rose (1934), S. 20.
- <sup>38</sup> S. ebda. S. 13 und 23 f.; Schneider (1934), S. 20; vgl. auch Noske (1947), S. 84.
- <sup>39</sup> S. Schneider (1934), S. 20.
- <sup>40</sup> Der Korpsbefehl Lüttwitz' v. 26. 1. 1919 ist abgedruckt ebda. S. 19; s. auch die bei Krüger (1926), S. 337, abgedruckte Erklärung Noskes vor der SPD-Fraktion der Nationalversammlung.
- <sup>41</sup> S. Schneider (1934), S. 20; s. auch Spitta (1969), S. 286 ff.
- <sup>42</sup> S. die Anweisungen der Reichsregierung bei Schneider (1934), S. 19 f.; zu den Verhandlungen vor der Besetzung Bremens s. Rose (1934), S. 25 ff.
- <sup>43</sup> S. ebda. S. 31; Ill. Geschichte (1929), S. 344; Schneider (1934), S. 20 f.; Die Bremer Linksradiakalen (1969), S. 27. Kuckuk (1986), S. 229 ff. »Alles andere«, schrieb Caspari später, »wäre ein bolschewistischer Sieg über die noch schwache Reichsgewalt gewesen und hätte der ganzen damaligen innenpolitischen Lage nach die schlimmsten Folgen haben müssen«; zitiert bei Kuckuk (1969), S. 169 f. Die fünf sozialdemokratischen Mitglieder der neuen provisorischen Bremer Regierung, die sich ebenfalls in Verden aufhielten, sogar im selben Hotel logierten wie die Mitglieder des Bürgerausschusses (s. Schneider, 1934, S. 20) und täglich

- zweimal mit ihnen konferierten (s. Kuckuk, 1986, S. 231 f.), haben diese Entscheidungen mitgetragen. Noch in den Memoiren des späteren Bremer Bürgermeisters Wilhelm Kaisen (1967), S. 87 ff., findet sich volles Verständnis für das Vorgehen Gerstenbergs und Kritik lediglich daran, daß das Freikorps Caspari sich »eingemischt« habe. Von den vorangegangenen Aktivitäten des BüA war Kaisen offenbar nichts bekannt, der hohe Symbolwert, den die Beteiligung des Freikorps Caspari für das Bürgertum besaß, und die zentrale Rolle, die ihm in der bürgerlichen Strategie zukam, nur andeutungsweise bewußt.
- 44 S. Rose (1934), S. 40; Kuckuk (1986), S. 258 ff.; etwas andere Zahlen in: Die Wirren in der Reichshauptstadt (1940), S. 113.
- 45 S. Rose (1934), S. 34.
- 46 Lothar Danner, Zum Jahrestage der Einnahmen von Bremen, in: Der Bahrenfelder. Nachrichtenblatt des Zeitfreiwilligenkorps »Groß-Hamburg«, 1 (1920), S. 52.
- 47 S. die Abbildung bei Rose (1934), S. 27.
- 48 S. Schwarzwälder (1983), S. 84, 93 f. und 226.
- 49 S. die Denkschrift Casparis über die Regierungsschutztruppe in Bremen v. 4. 3. 1919; StA Bremen, 3, R 9 Nr. 41; Kameradschaftsbund der 75er 8 (1933), S. 42; H. W. Fichter, In Erinnerung an Stacheldraht-Ostern 1919, in: dass. 9 (1934), S. 53; Zipfel/Albrecht (1934), S. 486 f.; Könnemann (1971), S. 101; Schwarzwälder (1983), S. 95 ff.; Kuckuk (1986), S. 279. – Aus der Regierungsschutztruppe ging im Herbst 1919 die Sicherheitspolizei hervor, die später als Schutzpolizei (Landespolizei) weitergeführt wurde; s. Fichter a. a. O. S. 56.
- 50 S. Krüger (1926), S. 337; Bieber (1981), S. 728.
- 51 Bericht des Amtmannes in Wulfen an den RP Münster, 27. 2. 1919; StA Münster, Reg. Münster Nr. 4204; auch zum folgenden; s. auch den Bericht des Polizeidezernenten des LRA Recklinghausen an den RP Münster v. 12. 4. 1919, abgedruckt in: Bericht des Untersuchungsausschusses über Ursachen und Verlauf der Unruhen in Rheinland und Westfalen v. 1. 1. – 19. 3. 1919 (1920), Sp. 5599 ff.; zur Bildung der Sicherheitswehr im Januar 1919 s. oben S. 75.
- 52 S. Spethmann (1928), S. 196 und 198; Errettung des Ruhrgebiets (1934), S. 27. Kluge, Der Generalsoldatenrat in Münster und das Problem der bewaffneten Macht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Rürup (1975), S. 376, bezeichnet das Opfer fälschlich als »städtischen Beamten«.
- 53 Spethmann (1928), S. 199, behauptet, »die Mörder entstammten den Reihen der Spartakisten«. Der Ill. Geschichte (1929), S. 321, zufolge war der Mord die Tat von Einzelgängern ohne Einfluß in der örtlichen Arbeiterbewegung.
- 54 S. Kluge a. a. O., S. 364 ff.
- 55 Bericht des LR Recklinghausen an den RP Münster, 7. 3. 1919; StA Münster, Reg. Münster Nr. 4204.
- 56 S. Ill. Geschichte (1929), S. 321. – In der offiziellen militärgeschichtlichen Darstellung werden diese Mißhandlungen mit keinem Wort erwähnt. Der kommunistische Arbeiterratsvorsitzende kam ihr zufolge »bei einem Fluchtversuch« ums Leben (Errettung des Ruhrgebiets, 1943, S. 30) – dieselbe Sprachregelung, mit der auch die Ermordung Liebknechts und vieler anderer Arbeiter und Arbeiterführer bemäntelt wurde.
- 57 S. v. Oertzen (1963), S. 115 ff.; Mühlberger (1975), S. 59 ff.
- 58 Telegramm des BüA Bochum an die Reichsreg. v. 20. 2. 1919; abgedruckt bei Spethmann (1928), S. 217; zu ähnlichen Aktionen des BüR Remscheid s. Die Remscheider Märzkämpfe 1920 (1934), S. 11 f.
- 59 S. den Bericht der Germaniawerft Kiel an die Friedrich Krupp AG Essen,

12. 3. 1919; HA Krupp, WA 41/4-480; s. auch Prinz (1968), S. 121 f.; Bracker (1974), S. 259.

<sup>60</sup> S. Klein/Scherer (1976), S. 18 und 21.

<sup>61</sup> S. Lucas (1969), S. 103; Hollenberg (1979), S. 427.

<sup>62</sup> S. v. Gottberg (1938), S. 18 f.

<sup>63</sup> S. Könnemann (1971), S. 102 und 105; für Düsseldorf auch Kukuk (1934), S. 32 und 49.

## 5. Kapitel

<sup>1</sup> S. Prot. der Sitzung des BeR Hamburg v. 11. 1. 1919; StA Hamburg, Beamtenrat Hamburg 17 Bd. 1.

<sup>2</sup> Für die Hamburger Polizeibeamten s. Prot. der Sitzung des BeR Hamburg v. 3. 2. 1919; ebda; allgemein Potthoff, Die Forderung des Tages, in: Beamten-Jahrbuch 4 (1918), S. 54 f.

<sup>3</sup> Möglicherweise ging diesem Wechsel von der Defensive zu aktiver Gegenwehr eine (Wieder-)Zuwendung zu den Rechtsparteien parallel. Bereits am 24. 12. 1918 berichtete die Nationalliberale Corr. Nr. 243, in West- und Mitteldeutschland habe »das Zurückfluten der Festbesoldeten aus der DDP in die DVP... in großem Umfange begonnen«.

<sup>4</sup> Erklärung des Zentralbeamtenrats Altona, Jan. 1919; StA Hamburg, Beamtenrat 4 Bd. 6.

<sup>5</sup> S. Steinisch (1975), S. 203.

<sup>6</sup> S. Oehler (1927), S. 654; Tobin (1984), S. 305.

<sup>7</sup> S. Lambers (1962), S. 84.

<sup>8</sup> S. Kalmer (1969), S. 240; Freya Eisner (1979), S. 176; Reg. Eisner (1987), S. 373 f.

<sup>9</sup> S. Bayer. Beamten- und Arbeitervereine an den sozialdemokratischen Verein für die Reichstags-Wahlkreise München I und II, 14. 5. 1919; Bay HStA, MIun 65 282. Die bürgerlichen Zeitungen Bayerns ließen diesem Schreiben zufolge »in Beamtenfragen nur dann Beamte zu Wort kommen..., wenn der Bund sein »Imprimatur« erteilt«.

<sup>10</sup> S. Boetticher (1925), S. 41; Schumacher (1978), S. 310; Flemming (1978), S. 178; Lexikon zur Parteiengeschichte I (1983), S. 263.

<sup>11</sup> Korr. des BdL Nr. 11/12 v. 6./13. 3. 1919, S. 47; s. auch dass. Nr. 10 v. 27. 2. 1919, S. 43; BT v. 18. 2. 1919 Abendausgabe, und v. 9. 3. 1919, Morgenausgabe.

<sup>12</sup> Aus einem undatierten Rundschreiben eines Hofbesitzers an den Gemeindevorsteher des Kreises Stettin zitiert bei Flemming (1978), S. 225.

<sup>13</sup> Dewitz an Wangenheim, 14. 2. 1919; IISG, Nl. Braun Nr. 59.

<sup>14</sup> S. Schumacher (1978), S. 310.

<sup>15</sup> Erklärung der Bremer Ärzteschaft v. 19. 1. 1919; ASD, Nl. Henke, Kassette II, Nr. 149; s. auch Müller-Breves (1919), S. 92; Mitt. des Leipziger BüA, Nr. 9/10, S. 5 f. – Eine Lehrerin, die in einem Beitrag für die unabhängige Bremer Arbeiterzeitung fragte: »Wo war denn die Menschlichkeit, die Barmherzigkeit dieser 180 Ärzte, als der Krieg und damit der Hungerkrieg tobte?«, erhielt deshalb von der Privatschule, an der sie seit sechs Jahren tätig war, die Kündigung. Der sozialdemokratische Senat weigerte sich, sie in den öffentlichen Dienst zu übernehmen. Erst nach einem einstimmigen Protest der Bremer Lehrerkammer wurde die Kündigung zurückgenommen. S. den Bericht von Anna Siemsen in: Der Firm, Heft 17 v. Sept. 1919, S. 12 f.

- <sup>16</sup> S. Parlow (1967), S. 60.
- <sup>17</sup> Rhein. Ärzte-Korr. 17 (1919), S. 29.
- <sup>18</sup> S. Hamburger Ärzte-Corr. 22 (1919), S. 61 f.
- <sup>19</sup> S. Bieber (1981), S. 422; zur Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Zivilbevölkerung durch den Krieg s. ferner: Das Gesundheitswesen des Preussischen Staates 1914–18 (1921); Bumm (1928), für die Nachkriegszeit bes. S. 81 ff. und 125 ff.; Schulze (1982), S. 187.
- <sup>20</sup> Knelle (1919), S. 23 f.
- <sup>21</sup> Ebda. S. 22 und 25; ähnlich Gustav (1919), S. 8.
- <sup>22</sup> Knelle (1919), S. 29 und 31.
- <sup>23</sup> Für Bremen s. Die Hilfe v. 30. 1. 1919, S. 35; Die Bremer Linksradikalen (1969), S. 24; für Düsseldorf BT v. 4. 2. 1919, Abendausgabe; für Danzig BT v. 12. 2. 1919, Abendausgabe; Loops (1929), S. 176. – Die Drohung mit dem Bürgerstreik richtete sich gegen die vom ASR geforderte Auflösung einer überwiegend aus Studenten bestehenden Grenzschutz-Kompanie, in der das Bürgertum einen »Hort des Schutzes und der Sicherheit« erblickte, und wurde auf Riesenplakaten an allen Danziger Litfaßsäulen angeschlagen und in allen bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht. Im BÜR drängten besonders die Vertreter der nicht-sozialistischen Arbeiter- und Angestelltenverbände auf den Bürgerstreik. Die Drohung genügte, um den ASR von seiner Forderung abzubringen; s. Lienau (1929), S. 34 ff.; Ziehm (1956), S. 30 f.
- <sup>24</sup> S. Jurist. Wochenschrift 48 (1919), S. 431; s. auch den Bericht über einen Vortrag Pinkerneils vor dem Akademikerbund Hannover am 7. 3. 1919, in: Der Geistige Arbeiter (Königsberg), Nr. 7 v. 1. 4. 1919, S. 78. – Allerdings scheint sich der RAB nicht recht schlüssig gewesen zu sein, ob und wie er den Streikgedanken propagieren sollte. Er schrieb daher für Juristen und Sozialwissenschaftler eine Preisaufgabe über die Frage »Der Akademiker und der Streik« aus. Die Gutachten sollten zu folgenden Fragen Stellung nehmen: »I. Ob und wie, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen rechtlichen Folgen ein Streik der höheren Beamten... möglich ist. II. Ob und wie, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen ein Streik der in freien Berufen tätigen Akademiker möglich ist. III. Welche Forderungen auf Abänderung des geltenden Rechts aufzustellen sind, um den Beamten und nicht beamteten Akademikern die Möglichkeit einer Arbeitsniederlegung zu sichern.« Abgedruckt u. a. in Frankfurter Universitäts-Zeitung v. 28. 3. 1919. Wahrscheinlich verfolgte dieser etwas bizarre Einfall die Absicht, Arbeiterschaft wie Regierung indirekt mit der Möglichkeit einer Arbeitsverweigerung akademischer Berufsgruppen zu drohen, deren offene Propagierung in diesen Tagen wenig ratsam erscheinen mochte, und zugleich den Gedanken hieran in die eigene Mitgliedschaft hineinzutragen, der er größtenteils noch kaum oder gar nicht vertraut war.
- <sup>25</sup> Ärztl. Vereinsblatt 48 (1919), S. 27.
- <sup>26</sup> S. Grundig (1957), S. 127; Krüger (1971), S. 15.
- <sup>27</sup> S. BT v. 6. 2. 1919, Morgenausgabe; Zentralrat (1968), S. 577, Anm. 20; s. auch die Forderungen der Eisenbahnbeamten und -arbeiter aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die am 18. 2. 1919 der Reichsregierung in Weimar überreicht wurden; abgedruckt bei Volz (1942), I, S. 87 f. – Zur Zusammensetzung und Tätigkeit des Mülheimer ASR s. Kolb (1962), S. 308 ff.; Schmillen (1980), S. 55 f. – Zur gleichen Zeit reagierten in Düsseldorf städtische Beamte, Lehrer und Polizisten auf vermeintliche Übergriffe des ASR mit einem Streik, brachen ihn aber ab, als sich herausstellte, daß er auf unzutreffenden Annahmen beruhte; s. BT v. 5. 2. 1919, Morgenausgabe, und 7. 2. 1919, Morgenausgabe; Kukuk (1934), S. 30; Tobin (1984), S. 308.



- <sup>28</sup> S. zu diesem Beschluß und seinem Boykott durch die SPD Ullrich (1976), S. 704. – Gegenüber der Öffentlichkeit wurden andere Gründe für den Beamtenstreik angeführt, u. a. die angebliche Verhängung der Zensur über den Telegrammverkehr durch den ASR und die Verhaftung des Telegraphendirektors als Repressalie dafür, daß er sich angeblich geweigert hatte, auf Verlangen des ASR die rote Fahne auf dem Dienstgebäude zu hissen; s. BT v. 5.2.1919, Abendausgabe.
- <sup>29</sup> S. Protokoll über die Vollversammlung des Großen AR von Hamburg-Altona und Umgebung am 6. 2. 1919; StA Hamburg, ASR 10.
- <sup>30</sup> S. die Erklärung des Zentralbeamtenrats v. 5.2.1919; abgedruckt BT v. 6. 2. 1919, Morgenausgabe.
- <sup>31</sup> S. Protokoll über die Vollversammlung des Hamburger BeR am 4. 2. 1919; StA Hamburg, Beamtenrat 17 Bd. 2.
- <sup>32</sup> So Raue in seinem Bericht über die Verhandlungen mit dem ASR in der Vollversammlung des BeR am 5. 2. 1919; ebda.
- <sup>33</sup> Grevsmühl ebda.
- <sup>34</sup> Lorenzen ebda.
- <sup>35</sup> S. vor allem die Ausführungen Uhligs in der Vollversammlung des AR am 6. 2. 1919; a. a. O.
- <sup>36</sup> Der Beschluß des DBB ist abgedruckt in: Die Gemeinschaft 3 (1919), S. 59.
- <sup>37</sup> Der entsprechende Erlaß der preußischen Regierung v. 7.4.1919 ist auszugsweise abgedruckt bei Falkenberg (1920), S. 57f.; s. auch Die deutschen Eisenbahnen 1910–20 (1923), S. 104; Lohse (1924), S. 308f. – Daß die großen Streiks unter den Eisenbahnern selbst im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland nur begrenzte Resonanz fanden und eine völlige Einstellung des Schienenverkehrs vermieden werden konnte, ist vermutlich auch dem Beamtenbeirat im Ministerium und der Kooperation der Eisenbahnbeamtenverbände mit dem Minister zu verdanken; vgl. oben S. 155f. Der Eisenbahnbetrieb wurde zwar zeitweilig stark beeinträchtigt, aber wenigstens notdürftig aufrechterhalten, so daß die wichtige Verbindung zwischen Berlin und Weimar zwar gelegentlich Umwege nehmen mußte, aber nie abriß. Stärker betroffen waren manche Eisenbahnwerkstätten, unter deren Belegschaften der Arbeiter- gegenüber dem Beamtenanteil höher lag als beim Fahr-, Rangier- und Stationspersonal. Einige Werkstätten wurden vorübergehend geschlossen, die Belegschaften entlassen; s. Noske (1920), S. 130ff.; Lohse (1924), S. 337ff.; Sarter (1930), S. 231f.; Hoff (1931), S. 217; v. Oertzen (1963), S. 177f. und 279f.
- <sup>38</sup> S. Falkenberg (1920), S. 23ff.; Hoffmann (1973), S. 81ff.; Huber VI (1981), S. 524; Kunz (1986), S. 166ff.
- <sup>39</sup> S. Parlow (1967), S. 61.
- <sup>40</sup> S. BT v. 31. 1. 1919, Abendausgabe.
- <sup>41</sup> S. zum folgenden den Bericht in: *Ärztl. Mitt.* 20 (1919), S. 115ff.
- <sup>42</sup> S. *Mitt. des Leipziger BüA*, Nr. 9/10, S. 5f.
- <sup>43</sup> Von den übrigen freien Berufen griffen die Bankiers in Bremen im Januar 1919 zu einer streikähnlichen Maßnahme, indem sie der Räterepublik die Kredite sperren und hierdurch zu deren Ende beitrugen. S. Kuckuk (1969), S. 23.
- <sup>44</sup> S. Gertrud Bäumers *Heimatchronik* v. 26. 1. 1919, in: *Die Hilfe* 25 (1919), S. 67.
- <sup>45</sup> S. BT v. 8. 2. 1919, Morgenausgabe.
- <sup>46</sup> Vereinzelt Ausstände von Mannschaften scheinen mehr wirtschaftliche als politische Gründe gehabt zu haben; z. B. traten die Mannschaften des Bezirkskommandos Hamm im Mai 1919 wegen Gehalts- und Anstellungsfragen in den Ausstand; s. *Westfäl. Polit. Nachrichten* Nr. 1162 v. 24. 5. 1919.

- 47 Vorbereitungen für bürgerliche Abwehrstreiks wurden auch an anderen Orten getroffen; für Annaberg z. B. s. Marschner (1958), S. 69.
- 48 S. Maercker (1921), S. 263; BT v. 22. 2. 1919, Abendausgabe.
- 49 S. BT v. 21. 2. 1919, Morgenausgabe; Maercker (1921), S. 120.
- 50 S. Gutsche (1959), S. 177 f.; Lindau (1960), S. 156.
- 51 S. das bei Schubert, Der Generalstreik in Mitteldeutschland (o. J.), S. 101, abgedruckte Telegramm des BüA an die Reichsregierung v. 27. 2. 1919.
- 52 In Halle schloß sich sogar die Polizei dem Abwehrstreik an, aus Verärgerung darüber, daß der ASR sie seit der Revolution an der gewohnten Dienstausbildung hinderte. Besonders erbittert waren die Polizisten darüber, daß ihnen der ASR das Tragen von Schußwaffen verboten, sie aber gleichzeitig gezwungen hatte, gemeinsam mit Sicherheitsmannschaften Dienst zu tun, die ihrerseits bewaffnet waren und unter denen sich angeblich zahlreiche wegen Eigentums- und Rohheitsdelikten Vorbestrafte befanden; s. die Erklärung des Beamtenausschusses der Polizeiexecutivbeamten in Halle, in: Die Polizei 16 (1919/20), S. 43 f.; s. auch Maercker (1921), S. 145. – Nach Roegels (1932), S. 53, und nach 6 Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland (o. J.), S. 12, ging der Abwehrstreik in Halle in erster Linie auf Initiative von Angehörigen des »Stahlhelm« zurück; zur Entwicklung des »Stahlhelm« in Halle s. v. Galera (1932), S. 105, und Berg-hahn (1966), S. 21 f. – Zum Abwehrstreik in Zeitz s. Leopoldt (1931), S. 146 f., in Merseburg v. Wilmowsky (1961), S. 91.
- 53 Für Eisenach s. Maercker (1921), S. 263; für ähnliche Forderungen des BüA Halle s. Schubert, Generalstreik in Mitteldeutschland (o. J.), S. 118.
- 54 S. ebda. S. 84 ff. und 120 f.
- 55 S. ebda. S. 107; Maercker (1921), S. 134 ff.
- 56 S. Gutsche (1959), S. 176 ff.
- 57 S. zum folgenden Walter Goetz, Der Leipziger Generalstreik, in: Deutsche Politik, Heft 13 v. 28. 3. 1919, S. 402 ff.; s. auch BT v. 27. 2. 1919, Morgen- und Abendausgabe, 28. 2., Morgenausgabe, und 1. 3. 1919, Abendausgabe; Scheiding (1919), S. 57 f.; Berger (1920), S. 22 f.; Schubert, Generalstreik, S. 84; Gebler (1961), S. 111 f.; Seemann (1963), S. 81 ff.; Parlow (1967), S. 61 f.
- 58 Goetz, a. a. O., S. 405.
- 59 Zur damaligen innenpolitischen Situation im allgemeinen und dem mitteldeutschen Generalstreik im besonderen s. v. Oertzen (1963), S. 133 ff.; Dörnemann (1966); Winkler (1984), S. 175 ff.
- 60 Sie ist auch abgedruckt in BT v. 27. 2. 1919, Morgenausgabe.
- 61 S. zum folgenden den Bericht in: Ärztl. Mitt. 20 (1919), S. 115 ff.; s. auch Ärztl. Vereinsblatt 48 (1919), Sp. 39 f.
- 62 Die Angabe Maerckers (1921), S. 238, »der Generalstreik brach zusammen, als am 10. 3. der ... Generalstreik der Bürger begann«, ist unrichtig.
- 63 Goetz, a. a. O., S. 403. – Die Behauptung von Richter (1959), S. 331 f., »die Gegenstreiks des Bürgertums ... brachen überall kläglich zusammen«, ist zumindest für Leipzig unhaltbar.
- 64 S. Goetz, a. a. O., s. 406.
- 65 S. z. B. die Berliner Aufzeichnungen des rheinischen Sozialdemokraten Heinrich Schäfer vom Frühjahr 1919, in: Schäfer (1919), S. 127 f.
- 66 Zu Entstehung und Aufbau der Technischen Nothilfe s. Kater (1979); Lexikon zur Parteiengeschichte IV (1986), S. 191 ff.
- 67 Crasemann (1919), S. 53.
- 68 RBü, 1. Jg. Heft 6 v. 1. 12. 1919, S. 116.
- 69 S. Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig (1935), S. 14 f.; Könnemann (1971), S. 162.

- 70 Maercker (1921), S. 257 ff.; auch zum folgenden; s. auch die Aufz. des 1. Generalstabsoffiziers des Freikorps Maercker v. März 1919, abgedruckt in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch (1977), S. 71 ff.; Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig (1935), S. 21 f.
- 71 Maercker (1921), S. 256 f.
- 72 S. das bei Schubert, Generalstreik in Mitteldeutschland (o. J.), S. 184, abgedruckte Flugblatt des BÜA v. 10. 3. 1919.
- 73 S. Maercker (1921), S. 201 f.
- 74 S. BT v. 11. 4. 1919, Morgenausgabe, und 18. 4. 1919, Morgenausgabe; Teutonicus, Braunschweig unter der Herrschaft der roten Fahne (1919), S. 114 ff.; Anlauf (1919), S. 110; Lindau (1960), S. 163 ff.; Roloff (1964), S. 56 ff.; Schelm-Spangenberg (1964), S. 36; Boll (1981), S. 291. – Ein neues Element zeigte sich bei den letzten mitteldeutschen Kämpfen auch darin, daß hier und da Offiziersorganisationen in die Auseinandersetzungen eingriffen. In Braunschweig entwarffenen Angehörige des »Bundes aktiver Unteroffiziere« in der Nacht vor dem Einmarsch Arbeiter und Matrosen, die einzeln zu ihren Sammelplätzen gingen, so daß Maercker am nächsten Morgen kampfflos einziehen konnte. Eine gleiche Rolle spielte dieselbe Organisation zusammen mit dem »Stahlhelm« in Magdeburg; s. Könnemann (1971), S. 102.
- 75 S. Schmidt (1984), S. 181 ff. – Die Ärztekammer forderte während der März-kämpfe ihre Mitglieder auf, nach Möglichkeit ihre Tätigkeit weiterzuführen – vielleicht auch deshalb, weil eine Minderheit sozialdemokratischer Ärzte auf die Streiküberlegungen mit dem Zusammenschluß zu einer »Arbeitsgemeinschaft der Ärztestreikgegner« reagiert hatte, die sich bei einem Ärztestreik zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung stellen wollte. S. Rhein. Ärzte-Korr. 17 (1919), S. 88; HE Nr. 106 v. 5. 3. 1919; Berliner Ärzte-Korr. 24 (1919), S. 49; Ärztl. Vereinsblatt 48 (1919), Sp. 39 f.
- 76 S. den Aufruf zum Abwehrstreik v. 31. 3. 1919, abgedruckt bei Cordes (1978), S. 146; teilweise bei Kling (1967), S. 284 f.; s. auch BT v. 1. 4. 1919, Morgen- und Abendausgabe, und 2. 4. 1919, Morgenausgabe; Scheck (1981), S. 223, sowie die Dokumente in: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1849–1949 (1984), S. 237 ff. – Der Ärztliche Landesausschuß hatte schon drei Tage vorher die Ärzte aufgerufen, auf einen Generalstreik der Arbeiter mit Einstellung ihrer Tätigkeit zu antworten; s. seinen Aufruf v. 28. 3. 1919, in: Medizin. Corr.bl. des Württ. ärztl. Landesvereins 89 (1919), S. 107.
- 77 Hier zeigten die Geschäftsleute zumindest für die Unterbrechung des Geld- und Zahlungsverkehrs freilich wenig Verständnis, zumal sie ausgerechnet auf ein Quartalsende fiel; s. den Bericht der HK Reutlingen an das Württ. Arbeitsministerium v. 10. 4. 1919, abgedruckt bei Cordes (1978), S. 149 f.
- 78 S. Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 33.
- 79 Hahn (1922), S. 76.
- 80 S. Die Kämpfe in Südwestdeutschland (1939), S. 39.
- 81 Deutsche Politik, Heft 15 v. 11. 4. 1919, S. 450.
- 82 S. die Diskussionen in den Landesausschüssen der württembergischen Arbeiter- und Soldatenräte am 2., 3. und 4. 4. 1919; Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19 (1976), S. 333 ff.
- 83 So der Aufruf zum Abwehrstreik, a. a. O.
- 84 Schlicke in der gemeinsamen Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 3. 4. 1919; a. a. O., S. 337.
- 85 S. Protokoll der Sitzung des Bremer Senats v. 7. 3. 1919; StA Bremen, 3. R.9 Nr. 51.
- 86 S. Potthoff (1979), S. 92 ff.; Bieber (1981), S. 728 f.

- 87 S. das Ultimatum des 21er-Ausschusses v. 13.4.1919; BA/MA, RMA F 3692/M 81 x.
- 88 S. Protokoll der Senatssitzung v. 15.4.1919; a. a. O.
- 89 S. Protokoll der Senatssitzung v. 22.4.1919; ebda.
- 90 S. zum folgenden den Bericht der Regierungsschutztruppe Bremen über den General- und Bürgerabwehrstreik vom 20.–29.4.1919; BA/MA, RMA, F 3692/M 81 x; s. auch Ill. Geschichte (1929), S. 346; Zipfel/Albrecht (1934), S. 487 ff.; H. W. Fichter, In Erinnerung an Stacheldraht-Ostern 1919, in: Kameradschaftsbund der 75er 9 (1934), S. 53 ff.; Schwarzwälder (1983), S. 232 ff.
- 91 S. Protokoll der Senatssitzungen v. 22.4. und 30.5.1919; StA Bremen, 3. R.9 Nr. 51.
- 92 S. das Schreiben des Vorsitzenden des 21er Ausschusses und Betriebsrats-Vorsitzenden der Hansa-Lloyd-Werke, Max Opfermann, an den Bremer Ärzte-Verein v. 27.4.1919, abgedruckt in: Der Kommunist, Organ der KPD, Bezirk Nordwest, Nr. 69 v. 19.5.1919.
- 93 Der bremische Delegierte Götze auf dem 3. Verbandstag des Dt. Bauarbeiterverbandes 1920 in Karlsruhe; Protokoll S. 160.
- 94 Otto L. Strack, der Schriftleiter der Bremer Weser-Zeitung, in einem Artikel »Die Taktik der Streikabwehr«, in: RBü, 1. Jg. Nr. 1 v. 1.9.1919, S. 10.
- 95 Bericht der Regierungsschutztruppe Bremen, a. a. O.
- 96 Kaisen (1967), S. 92. – Kaisens Bemerkung ebda. S. 91, der Gegenstreik sei »ein stiller Streik ohne jede öffentliche Demonstration« gewesen, ist abwegig.
- 97 S. Potthoff (1979), S. 92 ff.; Bieber (1981), S. 728 f.
- 98 Paul Busching, Die Revolution in Bayern, in: Süddt. Monatshefte 16 (1919), S. 231. – Zu den Gerüchten über einen allgemeinen Bürgerstreik s. BT v. 9.4.1919, Morgenausgabe; Th. Mann, Tagebücher (1979), S. 190; Hofmiller (1938), S. 178; Karl (1919), S. 15. – Die Führer der Räterepublik hielten offenbar einen Bürgerstreik für möglich und diskutierten über Gegenmaßnahmen wie Beamtenabsetzungen; s. die undatierten Notizen Klingelhöfers über »Beamten-/Bürgerstreik« in StA München, Staatsanwaltschaft München I, 2077/3, Bl. 1047.
- 99 Klaus Mann (1952), S. 68; Hofmiller (1938), S. 179. – Vgl. auch die Tagebuchnotiz Manns v. 5.4.1919: »Die Bürger sind waffenlos und fatalistisch.« Tagebücher (1979), S. 187. Vom Reutlinger DDP-Abgeordneten Hermann ist der Ausspruch überliefert, wegen der »Schwächlichkeit des dortigen Bürgertums... bliebe nichts anderes übrig, als Ober- und Niederbayern als Naturschutzpark zu isolieren«. Tagebuchaufzeichnung Koch-Wesers v. 7.4.1919; BA, NI Koch-Weser 14, Bl. 85 f.
- 100 Hofmiller (1938), S. 206.
- 101 S. ebda. S. 217.
- 102 S. RBü, 1. Jg., Heft 2 v. 15.9.1919, S. 37; Der Bürger (München), Nr. 5, Nov. 1925; Kanzler (1931), S. 70; zum Verhalten der Münchener Wirtschaft während der Räterepublik s. Cohen/Simon (1926), S. 459 ff.
- 103 BÜR München an Min.präs. Hoffmann, 14.4.1919; abgedruckt bei Frölich (1920), S. 78; zitiert bei Hillmayr (1974), S. 88; s. auch Kritzer (1969), S. 122; Kopp (1973), S. 260 f. Mitunterzeichnet war das Schreiben von Rudolf v. Sebottendorf, dem Führer der rechtsradikalen Thule-Gesellschaft. Demnach hat der BÜR mit dieser Organisation jedenfalls zu diesem Zeitpunkt in engem Kontakt gestanden. Frühere Kontakte ließen sich nicht nachweisen, sind jedoch wahrscheinlich. Näheres zu dieser Organisation bei Hillmayr (1974), S. 32 ff.
- 104 S. ebda., S. 88. – Interessant wäre möglicherweise eine genauere Untersuchung

des Verhaltens der Ärzte. Der Bericht des berühmten Chirurgen Ferdinand Sauerbruch darüber, wie er den Grafen Arco, den Mörder Eisners, während der Räterepublik vor seinen Häschern in der Klinik versteckte, handelt nicht nur von ärztlichem Ethos, sondern mit seinen Untertönen von Bewunderung und Einverständnis auch von politischen Einstellungen und zeigt tendenziell den Arzt als politischen Komplizen; s. Sauerbruch (1951), S. 321; zur politischen Haltung Sauerbruchs s. auch Parlow (1967), S. 54 f.; Jäckle (1988), S. 17 f. – Es wäre nicht überraschend, wenn sich aus den Bürgerkriegskämpfen vom Frühjahr 1919 auch Beispiele für unterlassene ärztliche Hilfeleistung oder mangelhafte Betreuung von Opfern nachweisen ließen, mit denen die Ärzte politisch nicht sympathisierten.

- <sup>105</sup> S. die Denkschrift des Leiters der Hauptwerbezentrale des Reichswehr-Gruppenkommandos 4 v. 23.6.1919, abgedruckt in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch (1977), S. 146 ff.; Tagebuchnotizen Th. Manns v. 2., 5., 7. und 9. 5. 1919; Tagebücher (1979), S. 220 f., 227, 228 und 232; v. Epp (1940), S. 67. – Es ist bezeichnend für die »Weichheit« des Münchener Bürgertums, daß der Nachrichtenoffizier des Generalkommandos Oven, das die Stadt Anfang Mai besetzte, noch fast drei Wochen später den Eindruck hatte, »an die Organisation eines Bürgerstreiks..., wie er in anderen Städten mit Erfolg durchgeführt wurde, scheint hier noch kein Mensch gedacht zu haben«. Meldung v. Major Giehrl an Reichswehr-Gr.-Kdo. I, 18. 5. 1919; abgedruckt in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch (1977), S. 116. – Nur in Würzburg, wo am 7.4.1919 Emissäre aus München ebenfalls die Räterepublik ausgerufen hatten, schlossen sich SPD, BVP und Stadtverwaltung zu einer »Einheitsfront« zusammen, die zum Bürgerstreik aufrief. Das schnelle Ende der Räterepublik scheint hier allerdings ebenfalls nicht ihm, sondern handstreichartigen Aktionen einer rund 60köpfigen Gruppe ehemaliger Offiziere und Unteroffiziere zuzuschreiben zu sein, die sich auf eigene Faust bewaffneten und am Nachmittag des 8.4. die Räte in der Residenz gefangennahmen. Wahrscheinlich hätten allerdings auch die örtlichen Polizei- und Sicherheitskräfte und notfalls ein Streik der sozialdemokratischen Arbeiterschaft binnen kurzem dasselbe erreicht, denn anders als in München fehlten hier die Voraussetzungen selbst für einen nur kurzen Bestand einer Räterepublik. S. zu den Würzburger Vorgängen BT v. 10.4.1919, Morgenausgabe; Gärtner (1928), S. 275; Weber (1973), S. 119 ff.; Würzburgs Sozialdemokraten (1978), S. 66. Auch das Rosenheimer Bürgertum setzte sich unter maßgeblicher Beteiligung der Bürgervereinigung gegen die Räterepublik zur Wehr, u. a. mit einem »Bürgerputsch«, unterlag jedoch mangels einheitlicher Führung nach zwei Tagen den Anhängern der Räterepublik; s. Kögl (1969), S. 50 und 73 ff.
- <sup>106</sup> Aufruf der Reg. Hoffmann v. 7.4.1919; abgedruckt u. a. bei Karl (1919), S. 9; Krieger (1919), S. 23.
- <sup>107</sup> Einer WTB-Meldung zufolge ging die Aufforderung zur Abschnürung Münchens von der Lebensmittelversorgung von dem Führer des gemäßigten Flügels des Bauernbundes, Georg Eisenberger, dem »wirklichen Führer der bayerischen Bauern«, aus; s. BT v. 9.4.1919, Morgenausgabe; s. auch v. Pitrof (1937), S. 19.
- <sup>108</sup> S. Krieger (1919), S. 22; Mattes (1921), S. 180 ff.; Hundhammer (1924), S. 148 ff.
- <sup>109</sup> S. Krieger (1919), S. 30; Hillmayr (1974), S. 80 ff.
- <sup>110</sup> S. Krieger (1919), S. 31 und 51; Mitchell (1967), S. 282 f.
- <sup>111</sup> S. Die Hilfe v. 17.4.1919, S. 187; Karl (1919), S. 15 ff. und 62 f.; Krieger (1919), S. 26 und 70; Schricker (o. J.), S. 150; Frölich (1920), S. 24; Mattes (1921),

- S. 191 ff.; Beyer (1957), S. 25 f.; *Revolution und Räteherrschaft in München* (1968), S. 82.
- <sup>112</sup> Tagebuchnotiz Th. Manns v. 1. 5. 1919; *Tagebücher* (1979), S. 218. Zum Verhalten des Bürgertums während der Räterepublik und zum Rachefeldzug gegen deren Führer und Sympathisanten sowie zahlreiche Unbeteiligte nach ihrem Ende s. Kritzer (1969), S. 127 ff.; Hillmayr (1974), S. 79 f. und 119 ff.; Kluge (1985), S. 135; Wette (1987), S. 438 ff.
- <sup>113</sup> S. z. B. *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 7 v. 1. 4. 1919, S. 78; *Wingolfsblätter* 48 (1918/19), Sp. 140 f.; *dass.* 49 (1919/20), Sp. 60.
- <sup>114</sup> S. den Bericht über eine Versammlung des Hansabundes in der Berliner Philharmonie für eine »geschlossene Organisation des Bürgertums«, in: *Hansabund* Nr. 4, April 1919, S. 16; auch zum folgenden.
- <sup>115</sup> S. den Bericht über die Delegiertentagung des Hansabundes v. 24. 5. 1919; *ebda.* Nr. 6, Juni 1919, S. 24.
- <sup>116</sup> S. den Bericht in *BA*, R 13 I/283, Bl. 74 ff.; s. dazu Bieber (1981), S. 757; zu den Protesten der Bürgerräte und ihrer Drohung mit einem bürgerlichen Generalstreik s. Schmidt (1984), S. 189 f.
- <sup>117</sup> Marx in der Delegiertentagung des Hansabundes am 24. 5. 1919; a. a. O.; vgl. auch Gustav (1919), S. 21 ff.
- <sup>118</sup> So der Vorsitzende des BüR Elberfeld, Max Schmidt, in der Delegiertentagung des Hansabundes am 24. 5. 1919; a. a. O., S. 25.
- <sup>119</sup> Rahardt in *NWDt. HZ* 24 (1919), S. 54; ähnlich Wessel in einem Rundschreiben an alle Bürgerräte v. 25. 4. 1919; *BA*, Nl. Goetz Nr. 62.
- <sup>120</sup> Für das Handwerk s. z. B. die Beschlüsse des Dt. Handwerks- und Gewerkekammertages v. 28./29. 4. 1919; *NWDt. HZ* 24 (1919), S. 71; Winkler (1972), S. 68 ff.; für Ingenieure s. *Mitt. des Bundes Technischer Berufsstände*, Nr. 11 v. 26. 3. 1919, S. 3; Nr. 17 v. 10. 5. 1919, S. 10; Nr. 45 v. 22. 11. 1919, S. 3 f.; für Intellektuelle s. u. a. *Die deutsche Nation*, 1. Jg., Heft 6, Juni 1919, S. 46 f.; Herrfahrt (1919); allgemein für eine Selbstorganisation des Bürgertums zur Eingliederung in ein umfassendes Räte-system: Friters (1919), S. 54 ff.
- <sup>121</sup> Kraemer als Vertreter der Industrie in der Kundgebung zur Notlage des deutschen Wirtschaftslebens, veranstaltet von Dt. Handwerks- und Gewerkekammertag, DIHT, Reichsausschuß der dt. Landwirtschaft, RDI, Zentralverband des dt. Großhandels und der Arbeitsgemeinschaft des dt. Einzelhandels am 13. 3. 1919 in der Berliner Philharmonie, zitiert nach der Wiedergabe in: *DIHT, Mitt. an die Mitglieder*, 59. Jg. Nr. 3 v. 10. 4. 1919, S. 9. Zu Überlegungen in Kreisen der Wirtschaft und der Ministerialbürokratie über eine Uminterpretation des Rätegedankens mit dem Ziel einer Institutionalisierung von Interessenrepräsentationen s. auch G. Schulz (1974). – Für die Landwirtschaft s. *Der Landbundgedanke* (1919), S. 12 f.; Thedieck (1923), S. 71 ff.; *Organisationshandbuch des Reichslandbundes* (1929), S. 9; Funke-Kaiser (1936), S. 42 und 98 ff.; Flemming (1978), S. 179 u. ö.
- <sup>122</sup> *S. MilWBl.* 103 (1918/19), Sp. 2395 ff.
- <sup>123</sup> Rathenau an Moscherosch, 19. 4. 1919, in: *Rathenau, Politische Briefe* (1929), S. 238.
- <sup>124</sup> S. Albertin (1972), S. 296.
- <sup>125</sup> S. Ziehm (1956), S. 31.
- <sup>126</sup> S. Stadler, *Antibolschewist* (1935), S. 164; Lüttwitz (1934), S. 56 f.; Erger (1967), S. 20 f.

## 6. Kapitel

- <sup>1</sup> Troeltsch (1924), S. 69.
- <sup>2</sup> S. Schwabe (1979); Krüger (1986).
- <sup>3</sup> Troeltsch (1924), S. 53, in einem Artikel vom 23. 5. 1919 zur Aufnahme der Frie-  
densbedingungen in der Öffentlichkeit.
- <sup>4</sup> Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung (1920), S. 6.
- <sup>5</sup> Immo Zimmermann, Richtlinien für die praktische Arbeit des Reichsbürgerrats,  
Landesverband Sachsen, Leipzig 1919, S. 3. – In Bayern entfaltete der BÜR Mün-  
chen nach der Niederschlagung der Räterepublik eine fieberhafte Werbetätig-  
keit: s. RBü, 1. Jg. Nr. 2 v. 15. 9. 1919, S. 37.
- <sup>6</sup> Für Essen s. die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses und der Mitglie-  
derversammlung der Industriellenvereinigung für den Stadt- und Landkreis  
Essen v. 11. 4. 1919; HA Krupp, WA IV 2737. – Für Hamburg s. Ullrich (1976),  
S. 710f. Hiernach entstand der BÜB als Zusammenschluß des »Vereins zur Be-  
kämpfung des Bolschewismus«, der Antibolschewistischen Liga und der »Priva-  
ten Nachrichtenstelle«, einer Spitzelorganisation. Nach Anschütz (1955), S. 24,  
ging der BÜB aus einem Ende 1918 gegründeten »Werbeausschuß für schnellste  
Wahl und Einberufung einer Hamburger Gesetzgebenden Versammlung« her-  
vor. – Daß der Wirtschaftsrat Hamburg seinen Namen in »Bürgerbund« geän-  
dert habe, wie Schmidt (1984), Bd. II, S. 56 Anm. 77, schreibt, ist unrichtig; er  
bestand unter seinem alten Namen weiter; s. unten S. 299f. – Für Stettin s. den  
Gesch. ber. des BÜB in: Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 6 v. 29. 11. 1919, Beiblatt.  
– Für Barmen und Neviges: Klein/Scherer (1976), s. 9 und 20. – Für Hof: Be-  
richt der Reichswehr-Brigade 23 an Reichswehr-Gr.-Kdo. 4, 23. 10. 1919;  
BayHStA, MIInn 71717. – Für Nortorf und Glückstadt s. Der Schleswig- Hol-  
steiner 1 (1919), S. 63 bzw. 184. – Für Jüterbog und Celle: RBü, 1. Jg. Nr. 2 v.  
15. 9. 1919, S. 38; für Delmenhorst und Pyritz: ebda. Nr. 14 v. 1. 4. 1920, S. 259;  
Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg., Sonderausgabe v. 22. 3. 1920. – Zum Vertrauensmän-  
nersystem s. Schmidt (1984), S. 195 ff.
- <sup>7</sup> Für die Werbe- und Gründungsaktivitäten in Sachsen s. die laufenden Berichte  
in: NBl. LBÜR Sachsen 1 (1919); für Frankfurt Lucas (1969), s. 103; s. auch  
Aching (1970), s. 38.
- <sup>8</sup> Für Beispiele aus Sachsen s. NBl. LBÜR Sachsen, 1. Jg. Nr. 13 v. 18. 10. 1919.
- <sup>9</sup> S. die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses und der MV der Industriel-  
lenvereinigung Essen v. 11. 4. und 14. 11. 1919; HA Krupp, WA IV 2737. Ähn-  
liches gilt für manche Bürgerräte in der Umgebung von Wuppertal: s. Klein/  
Scherer (1976), s. 36.
- <sup>10</sup> Protokoll der Vorstandssitzung des LBÜR Sachsen am 14. 9. 1919; BA, Nl.  
Goetz Nr. 61; für Radeberg s. NBl. LBÜR Sachsen, 2. Jg. Nr. 2 v. 24. 1. 1920, S. 6.
- <sup>11</sup> Angegeben wurden für Schleswig-Holstein und Hamburg 27, Nordwest-  
deutschland ebenfalls 27, Rheinland-Westfalen 19, Hessen und Thüringen insge-  
samt 16, das Rhein-Main-Gebiet 8, Baden 2, Württemberg 19, Bayern 12, Sach-  
sen-Anhalt 7, Sachsen 100, Brandenburg 54, Mecklenburg 1, Pommern 11, Posen  
und Westpreußen 2, Ostpreußen 3 und Schlesien 10 Bürgerräte; s. Der Reichs-  
bürgerrat seit seiner Gründung (1920), S. 23 ff. Eine Aufstellung des LBÜR Sach-  
sen für den gleichen Zeitpunkt deckt sich im wesentlichen mit diesen Zahlen, gibt  
aber für Brandenburg nur 40, Nordwestdeutschland 12, dagegen für Bayern 33  
Bürgerräte an; s. NBl. LBÜR Sachsen, 3. Jg. Nr. 7/8 v. 21. 9. 1921, s. 9. Dagegen  
meldete der Bayer. Bürgerblock Anfang 1920 schon 27 Bürgerräte für Bayern; s.  
RBü 1 (1919/20), s. 237. – die Behauptung von Marx, bereits im Juni 1919 habe es

- etwa 800 Bürgerräte gegeben (s. *dass.* 1. Jg. Nr. 2 v. 28.6.19), ist demnach weit übertrieben, vermutlich auch die Mitteilung Wessels vom April 1919, die Gesamtzahl der Bürgerräte habe »demnächst das halbe Tausend überschritten« (Rundschreiben Wessels v. 25.4.1919 an alle Bürgerräte: BA, Nl. Goetz Nr. 62). – Schmidt (1984), S. 84 u. ö., kommt für den gleichen Zeitpunkt auf eine Gesamtzahl von 783. Doch sind hierin auch Bürger- und Bauernräte, Beamten- und Lehrerräte, Volksräte, Wirtschaftsräte und andere strukturell und funktional von den Bürgerräten zu unterscheidende bürgerliche Rätebildungen enthalten.
- <sup>12</sup> S. die Rundschreiben des RBüR an alle Bürgerräte v. 25.4. und 18.6.1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62; Schmidt (1984), S. 95 ff.
- <sup>13</sup> RBü, 1. Jg. Nr. 5 v. 1.11.1919, S. 98.
- <sup>14</sup> S. *ebda.*, Nr. 12/13 v. 15.3.1920, S. 236.
- <sup>15</sup> Leipziger BüA, Tätigkeitsbericht 1918/19, S. 12. – Nur der BüB Hamburg nahm ausschließlich Einzelmitglieder auf und wollte Organisationen lediglich als »angeschlossene Vereine« gewinnen; s. Protokoll der Vorstandssitzung des BüB von Hamburg, Altona und Wandsbek v. 29.5.1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204.
- <sup>16</sup> S. RBü, 1. Jg. Nr. 2 v. 15.9.1919, S. 38.
- <sup>17</sup> S. den Gesch. Ber. des BüB, a. a. O.
- <sup>18</sup> S. RBü 1 (1919/20), S. 42; Die Bürgerratsbewegung und ihre Tätigkeit. Hrsg. vom BezirksBüR Leipzig-Land (1920), S. 6.
- <sup>19</sup> S. für Barmen Klein/Scherer (1976), S. 10; für Dortmund RBü 1 (1919/20), S. 97; für Breslau: Der RBüR 1920–21, S. 25; für Leipzig oben Anm. 15; für Dresden: NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 5 v. 3.11.1919, S. 5; für Frankfurt: RBü 1 (1919/20), S. 236.
- <sup>20</sup> Der RBüR empfahl den Bürgerräten im Juli 1919, »sowohl dem Namen als auch der Zusammensetzung nach die Parallellform zu den Arbeiterräten« anzunehmen; RBü 1 (1919/20), S. 43.
- <sup>21</sup> *Ebda.* S. 69 f.; s. auch *ebda.* S. 38 und 77 f.; auch zum folgenden.
- <sup>22</sup> S. das Schreiben des Pressechefs des RBüR, Erich Edgar Schulze, an Goetz, 6.11.1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62; zur Anwendung des gleichen Verfahrens in Burg auf Fehmarn s. RBü 1 (1919/20), S. 78 f.; Der Schleswig-Holsteiner 1 (1919), S. 56.
- <sup>23</sup> S. die Mustersatzung für Bürgerräte, in: Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung (1920), S. 19.
- <sup>24</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 6 v. 14.3.1920, S. 4. Ein Jahr später empfahl der RBüR, Neugründungen nur noch als Bürgerbund zu bezeichnen und auch bestehende Bürgerräte entsprechend umzubenennen; nur die Landesbürgerräte sollten ihre alten Bezeichnungen weiterführen; s. den Bericht über die Präsidialbesitzung des RBüR am 16.4.1921, in: *dass.* 3. Jg. Nr. 5 v. 9.6.1921, S. 4.
- <sup>25</sup> S. RBü 1 (1919/20), S. 99; NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 2 v. 28.6.1919; Klein/Scherer (1976), S. 20; Knies (1975), S. 131; Schmidt (1984), S. 192 f.
- <sup>26</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 18 v. 3.12.1918, S. 4; s. auch RBü 1 (1919/20), S. 18, und BüA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918–19. – Der BüB Hamburg lehnte einen Beitritt zum LBüR Nordwestdeutschland ab, vorgeblich wegen Bremer Eigenmächtigkeiten; s. Protokoll der Vorstandssitzung des BüB Hamburg, Altona und Wandsbek v. 9.9.1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204.
- <sup>27</sup> S. Kanzler (1931), S. 71.
- <sup>28</sup> S. RBü 1 (1919/20), S. 98.
- <sup>29</sup> S. *ebda.* S. 96; NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 12 v. 8.10.1919, S. 4; Schmidt (1984), S. 198 ff.



- <sup>30</sup> S. RBü 1 (1919/20), S. 139. – Manche Regionalverbände verfügten über hauptamtliches Personal, so der LBüR Nordwestdeutschland über einen Organisator und einen Pressechef, die LBüRe Sachsen und Schlesien über je einen Geschäftsführer; s. ebd. S. 137; Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 25. Der Geschäftsführer des LBüR Sachsen war gleichzeitig Geschäftsführer des BüA Leipzig; s. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 3 v. 5.7.1919.
- <sup>31</sup> S. Schumacher (1978), S. 265. Schulze schied Ende 1920 aus; sein Nachfolger wurde der Geschäftsführer des LBüR Sachsen, Häuber.
- <sup>32</sup> Die Zeitschrift wurde zunächst von Theodor Schuppli redigiert, ab Anfang 1920 einige Monate von Stegemann und ab Sommer 1920 von Otto Kriegk. Im Untertitel firmierte sie hochtrabend als »amtliches Organ«, sei es, um den Anspruch auf Gleichberechtigung mit den Arbeiterräten zu unterstreichen, sei es aus purer Wichtigtuerei. – Auch einzelne Landesbürgerräte – Sachsen und Schleswig-Holstein, später auch Bayern – gaben eigene Periodika heraus – zum Mißfallen des Reichsbürgerrats. Dieser wollte lieber seinem eigenen Organ weitere Verbreitung verschaffen und es zum Medium der gesamten Bürgerratsbewegung machen. Er bot daher den Landesbürgerräten regelmäßige Spalten hierin an. Als er sich hiermit nicht durchsetzte, gestand er den Landesbürgerräten nur »Nachrichtenblätter« zu. S. Protokoll der Sitzung des Präsidialbeirats des RBüR v. 11./12. 10. 1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204; vgl. auch das Rundschreiben des RBüR v. 18.6.1919 sowie die Beschwerde des Deutschen Kommunalverlages, in dem der »Reichsbürger« erschien, über das Erscheinen der vom BüR Groß-Berlin herausgegebenen Zeitschrift »Der Bund« gegenüber dem Schatzmeister des RBüR, Buschmeyer, v. 20.10.1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62.
- <sup>33</sup> S. die Aufstellung in: Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung (1920), S. 23 ff., und Schmidt (1984), S. 98 ff. Der BüR Elberfeld, über den genauere Angaben vorliegen, wurde 1919 zu fast 70 % von Unternehmern und höheren Beamten getragen; s. Klein/Scherer (1976), S. 32 f.
- <sup>34</sup> NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 14 v. 25. 10. 1919, S. 1.
- <sup>35</sup> Zur Entwicklung der christlichen Gewerkschaften nach der Revolution s. Bieber (1981), S. 795 ff.; Schneider (1982), S. 363 ff.
- <sup>36</sup> S. die Protokolle der Vorstandssitzungen des BüB von Hamburg, Altona und Wandsbek v. 29. 5., 5.6. und 26.8.1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204. Eine Frau schied bald wieder aus, die anderen beiden Frauen scheinen sich auf eine nominelle Mitgliedschaft beschränkt zu haben.
- <sup>37</sup> S. RBü 1 (1919/20), S. 98.
- <sup>38</sup> S. Ullrich (1976), S. 710.
- <sup>39</sup> S. das Schreiben des stellv. BüR-Vors. Fabian an Direktor Gelpcke von der Hamburger Hypothekenbank v. 16.9.1921; SA, 4/Lf 555. Damals betrug die jährliche Unterstützungssumme 50000 RM.
- <sup>40</sup> S. die Niederschrift über die Vorstandssitzung der Sektion München des BIV v. 25.6.1919, in: BI, 13. Jg. Nr. 26 v. 28.6.1919.
- <sup>41</sup> S. Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 4 v. 15. 11. 1919, Beiblatt S. 2: für Hamburg s. Ullrich (1976), S. 710.
- <sup>42</sup> Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses und der Mitgliederversammlung der Industriellenvereinigung Essen v. 11.4.1919; HA Krupp, WA IV 2737.
- <sup>43</sup> S. das Rundschreiben des RBüR v. 25.4.1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62.
- <sup>44</sup> In Braunschweig lag die Redaktion in den Händen eines ehemaligen Offiziers des Freikorps Maercker, Crasemann, der zugleich Geschäftsführer des Bürger-

- bundes war; s. Roloff (1964), S. 67f. – Der BüR München warb für seine Ziele in einer Zeitschrift, die der Heimatdienst Bayern herausgab, mit dem bezeichnenden Titel »Feurjo«.
- 45 Zitiert nach dem Bericht über die Jahreshauptversammlung des BüR Chemnitz am 27. 4. 1920, in: RBü 1 (1919/20), S. 324. – Die Schätzungen der Beitragsleistungen bei Schmidt (1984), S. 126, sind vermutlich zu hoch angesetzt.
- 46 NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 3 v. 4. 2. 1920, S. 2; s. auch das Protokoll der Vorstandssitzung des LBüR Sachsen v. 25. 1. 1920; BA, Nl. Goetz Nr. 61; Der RBüR 1920–21, S. 27. Der LBüR Sachsen erhielt zwischen Mai und November 1919 nur rund 9000 RM Mitgliedsbeiträge, davon allein 5000 RM vom BüA Leipzig, 1100 vom BüA Plauen und 1000 vom BüR Dresden; 55 kleinere Bürgergerräte zahlten insgesamt nur 1175 RM; s. die Kassenübersicht v. 21. 11. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 61. – Der Rhein-Mainische Volksbund wurde vom BüA Frankfurt finanziert; s. Der RBüR 1920–21, S. 27.
- 47 S. Beschlußprotokoll über die Sitzung des Präsidialbeirats des RBüR am 11./12. 10. 1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204.
- 48 S. Protokoll der Vorstandssitzung des BüB für Hamburg, Altona und Wandsbek v. 17. 6. 1919; ebda., sowie das Protokoll der Vorstandssitzung des LBüR Sachsen v. 24. 11. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 61; s. auch Schmidt (1984), S. 127f.
- 49 S. Beschlußprotokoll über die Sitzung des Präsidialbeirats des RBüR am 11./12. 10. 1919; a. a. O.
- 50 S. § 12 der Satzung des RBüR v. 3. 7. 1920; in: Der RBüR 1920–21, S. 38.
- 51 S. Protokoll der Vorstandssitzung des BüB Hamburg v. 25. 11. 1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204.
- 52 S. Anschütz (1955), S. 24.
- 53 Rundschreiben des RBüR v. 18. 6. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62.
- 54 Für Stettin s. Gesch.ber. des BüB Stettin, in: Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 6 v. 29. 11. 1919, Beiblatt; für Essen Klein/Scherer (1976), S. 35.
- 55 S. Roloff (1964), S. 67.
- 56 S. den Entwurf des Aktionsprogramms in: RBü 1 (1919/20), S. 4, sowie die Stellungnahmen und Abänderungsvorschläge zahlreicher Bürgergerräte ebda. S. 50ff.
- 57 S. Protokoll der Vorstandssitzung des BüB Hamburg v. 13. 10. 1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204.
- 58 Das »Reichsbürger-Programm« ist abgedruckt in: Der RBüR seit seiner Gründung (1920), S. 15 ff.; Handbuch der Politik, IV (1921/22), S. 458 f.; s. auch Schmidt (1984), S. 202 ff.
- 59 S. Der RBüR seit seiner Gründung (1920), S. 17.
- 60 Ludwig Wessel, Was wollen die Bürgergerräte? in: RBü 1 (1919/20), S. 2.
- 61 Die Beziehungen zwischen Bürgergerräten und Antibolschewistischer Liga scheinen über das Frühjahr 1919 hinaus bestanden zu haben. Stadler trat im Herbst 1919 in verschiedenen Versammlungen sächsischer Bürgergerräte als Redner auf; s. ebda. S. 79.
- 62 Gustav (1919), S. 37.
- 63 Ludwig Wessel, Was wollen die Bürgergerräte?, a. a. O. S. 1.
- 64 Rundschreiben Wessels an alle Bürgergerräte, 25. 4. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62; ähnlich Oberverwaltungsgerichtsrat Wittmaack in einem Vortrag vor dem BüR Dresden am 30. 1. 1920; s. RBü 1 (1919/20), S. 260.
- 65 S. z. B. den Vortrag des Vors. des BüB Stettin über die »Aufgaben des Bürgertums« am 11. 11. 1919, veröffentlicht als Beilage zum Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 6 v. 29. 11. 1919; s. auch ebda. Nr. 34 v. 19. 6. 1920; Loebells Erklärung an-

- läßlich der Übernahme des Präsidiums des RBüR v. 23.12.1919, abgedruckt ebda. Nr. 11 v. 3.1.1920; Hermann Stegemann, Das Bürgertum und die »Intellektuellen«, in: RBü 1 (1919/20), S. 49.
- <sup>66</sup> So der Vors. des LBüR Pommern in dessen Vollversammlung am 26. 5. 1920 in Stettin; zitiert nach dem Bericht in: Bürgerblatt (Stettin), Nr. 31 v. 29. 5. 1920. Für eine ähnliche Begriffsverwendung durch Karl Graf v. Bothmer in München, von dem sie zu den frühen Gesinnungsgenossen Hitlers gelangte, s. v. Hasselbach (1931), S. 16.
- <sup>67</sup> Bürgerblatt (Stettin) Nr. 2 v. 1. 11. 1919.
- <sup>68</sup> Ebda. Nr. 1 v. 25. 10. 1919.
- <sup>69</sup> So Prof. Reinhart Herz, Leipzig, in einem Vortrag v. 28.9.1920; zitiert nach NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 11.
- <sup>70</sup> Willy O. Herrmann, Gründungsmitglied des BüR München, in einem Nachruf auf dessen Vorsitzenden Meyer-Absberg am 30. 11. 1927, in: Der Bürger (München), Nov. 1927, S. 1.
- <sup>71</sup> Ebda.
- <sup>72</sup> S. den Bericht über den Vortrag eines ehem. Generalstabsoffiziers vor der Einwohnerwehr Osnabrück, in: RBü 1 (1919/20), S. 117.
- <sup>73</sup> Herrmann a. a. O.
- <sup>74</sup> Zur Kampagne gegen »Spartakus« Anfang 1919 im allgemeinen s. auch Eliasberg (1974), S. 7f.
- <sup>75</sup> Otto L. Strack, Ist das Bürgertum reaktionär oder gegenrevolutionär? in: RBü 1 (1919/20), S. 82; s. auch Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 1 v. 25. 10. 1919.
- <sup>76</sup> S. die Stellungnahme der Lößnitzortschaften zum Entwurf des Aktionsprogramms des RBüR; RBü 1 (1919/20), S. 51.
- <sup>77</sup> So der Verband der Bürgerräte Schleswig-Holsteins; ebda. S. 54.
- <sup>78</sup> Herrmann a. a. O.
- <sup>79</sup> Herrmann in: Der Bürger (München), 8. Jg. Nr. 1/2, März 1932, S. 4.
- <sup>80</sup> S. zu dieser Frage auch Friters (1919), S. 56ff., der statt »Bürger« den Begriff »Nichtproletarier« verwendet.
- <sup>81</sup> Friedr. Dessauer, Was wird aus dem Bürgertum? Aus dem Taschenbuch des BüA Frankfurt für 1920 abgedruckt in: Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 16 v. 7. 2. 1920, Beiblatt.
- <sup>82</sup> RBü 1 (1919/20), S. 41.
- <sup>83</sup> Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 6 v. 29. 11. 1919.
- <sup>84</sup> S. Hermann Stegemann, Das Bürgertum und die »Intellektuellen«, in: RBü 1 (1919/20), S. 49.
- <sup>85</sup> Herrmann in: Der Bürger (München), 8. Jg. Nr. 1/2, März 1932, S. 4.
- <sup>86</sup> Stellungnahme zum Entwurf des Aktionsprogramms des RBüR; RBü 1 (1919/20), S. 54.
- <sup>87</sup> Niekisch (1957), S. 134.
- <sup>88</sup> Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 1 v. 25. 10. 1919, S. 1.
- <sup>89</sup> Willy O. Herrmann in seinem Nachruf auf Meyer-Absberg, in: Der Bürger (München), Nov. 1927, S. 4.
- <sup>90</sup> Ebda.; ähnlich Wessel, Was wollen die Bürgerräte? in: RBü 1 (1919/20), S. 1.
- <sup>91</sup> »Die Idee des Sozialismus muß... vernichtet werden.« Herrmann, a. a. O.
- <sup>92</sup> S. den Bericht über einen Vortrag eines ehem. Generalstabsoffiziers vor der Einwohnerwehr Osnabrück; RBü 1 (1919/20), S. 117.
- <sup>93</sup> Ebda. S. 114.
- <sup>94</sup> Ebda. S. 23.
- <sup>95</sup> Ebda. S. 24; ähnlich Wessel in einem Rundschreiben v. 26.9.1919; abgedruckt ebda. S. 57.

- 96 Horlacher in der Landestagung des Bayer. Bürgerblocks am 7./8. 2. 1920, zitiert nach dem Bericht in: RBü 1 (1919/20), S. 239.
- 97 Wessel, Was wollen die Bürgerräte? a. a. O.
- 98 S. ebda. S. 2; ähnlich Wessel in einem Rundschreiben an alle Bürgerräte v. 18.6. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62, sowie das Flugblatt des BÜR Elberfeld, zit. bei Klein/Scherer (1976), S. 44.
- 99 L. Strack, in: RBü 1 (1919/20), S. 23.
- 100 Wessel, a. a. O., S. 2.
- 101 Ebda. S. 25.
- 102 Strack a. a. O.
- 103 Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 2 v. 1. 11. 1919.
- 104 S. z. B. dass. Nr. 6 v. 29. 11. 1919, S. 1.
- 105 Wessel, a. a. O., S. 3.
- 106 Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 6 v. 29. 11. 1919, S. 1.
- 107 In Publikationen, die den Bürgerräten politisch nahestanden, wurde im Sommer 1919 auch die Sozialdemokratie schon unverblümt als eigentlicher Gegner genannt, wobei diese Bezeichnung allerdings, dem vorrevolutionären Sprachgebrauch entsprechend, USPD und KPD einschloß. S. z. B. Gustav (1919), S. 38.
- 108 Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 6 v. 29. 11. 1919, S. 2.
- 109 Gustav (1919), S. 40.
- 110 Wessel, a. a. O., S. 1 f.
- 111 Rundschreiben des RBÜR v. 18.6. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62; s. auch die Niederschrift über die Besprechung zwischen Vertretern des RBÜR und der Reichsregierung am 4. 6. 1919; ebda.; ferner das Protokoll der Vorstandssitzung des LBÜR Sachsen v. 13. 9. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 61.
- 112 M. H. Boehm, Der Irrweg des Bürgerratsgedankens, in: Die Grenzboten 78 (1919), II, S. 76. Zur Person Boehms und seiner Rolle in Organisationen der Rechten s. Stadler, Als Antibolschewist (1935), S. 129; Gerstenberger (1969), S. 65 ff.; Lexikon zur Parteiengeschichte III (1985), S. 157 ff.
- 113 Zur Spruchpraxis s. Bracher (1964), S. 194 ff.; Hannover (1966); zur strafrechtlichen Ahndung von Ausschreitungen der Regierungstruppen während der Januarankämpfe 1919 auch Huber, Bd. V (1978), S. 928 ff.
- 114 Ludwig Wessel, Was wollen die Bürgerräte, in: RBü 1 (1919/20), S. 1.
- 115 NBl. LBÜR Sachsen, 1. Jg. Nr. 11 v. 30. 9. 1919; RBü 1 (1919/20), S. 35. – An der Neuwahl der Arbeiterräte im Frühjahr 1919 allerdings beteiligten sich manche Bürgerräte, um den bürgerlichen Beteiligungsanspruch zu unterstreichen. Im Juni verabschiedete der RBÜR sogar eine entsprechende Empfehlung; s. sein Rundschreiben v. 18.6. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62. Der BÜR Elberfeld engagierte sich erfolgreich für die Aufstellung einer bürgerlichen Einheitsliste und organisierte deren Wahlkampf, der an Schärfe alles vorangegangene in den Schatten stellte; s. Klein/Scherer (1976), S. 19 und 62. Auch in Hagen wurde eine bürgerliche Einheitsliste aufgestellt; s. Lambers (1962), S. 87.
- 116 Rundschreiben des RBÜR an alle Bürgerräte, 18.6. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62; s. auch das Rundschreiben v. 25.4. 1919, ebda.; ferner die Eingabe des BÜB Stettin an die Reichsregierung v. 3. 10. 1919; BA, R 43 I/1945; Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 1 v. 25. 10. 1919, und Nr. 4 v. 15. 11. 1919, sowie den Gesch. ber. des BÜB Stettin, ebda. Nr. 6 v. 29. 11. 1919, Beiblatt; NBl. LBÜR Sachsen, 1. Jg. Nr. 1 v. 10.6. 1919; für Nordhausen Bensing (1958), S. 62 und 113 f.; für Berlin Schmidt (1984), S. 166 ff. Der LBÜR Sachsen erwog den Steuerstreik gegen das Weiterbestehen der Arbeiterräte, um die Angelegenheit vor das Oberverwaltungsgericht zu bringen; s. das Protokoll der Vorstandssitzung des LBÜR Sachsen am 25. 1. 1920; BA, Nl. Goetz Nr. 61.

- <sup>117</sup> Schreiben des Unterstaatssekretärs in der Reichskanzlei an den BüB Stettin; BA, R 43 I/1145.
- <sup>118</sup> S. RBü 1 (1919/20), S. 28; Die Bürgerratsbewegung und ihre Tätigkeit (1920), S. 8. – Im sächsischen Schmöckwitz löste sich der AR auf, nachdem sich ein BüR gebildet und die gleichen Rechte in der Gemeindevertretung gefordert hatte; s. NBl. LNüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 3 v. 4. 2. 1920, S. 4.
- <sup>119</sup> Bloss an den BüR Groß-Stuttgart, 4. 6. 1919; HStA Stuttgart, E 130a Bü 204.
- <sup>120</sup> Protokoll der württ. Kabinettsitzung v. 17. 5. 1919; HStA Stuttgart, E 130b Bü 214.
- <sup>121</sup> S. G. Schulz (1963), S. 333 ff.; Könnemann (1971), S. 112 ff.; Diehl (1977), S. 34 ff. und 55 ff.; Large (1980), S. 16 ff. und 45 ff.; Bieber (1981), S. 745 ff.
- <sup>122</sup> RBü 1 (1919/20), S. 4; s. auch ebda. S. 23; Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung (1920), S. 12; die Rundschreiben des RBüR v. 25. 4. und 18. 6. 1919, a. a. O. Für das gleiche Postulat auf regionaler Ebene s. das Programm des LBüR Nordwestdeutschland v. August 1919, abgedruckt in: BüA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918/19, S. 24.
- <sup>123</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 3 v. 5. 7. 1919; Nr. 5 v. 2. 8. 1919; Nr. 14 v. 25. 10. 1919; Nr. 16 v. 13. 11. 1919; s. auch die Eingabe des RBüR an den Reichsinnenminister, abgedruckt RBü 1 (1919/1920), S. 24. – Auf derselben Linie lag der Vorschlag des Berliner BüR-Vorsitzenden Marx, die preußischen Einwohnerwehren aus der staatlichen Finanzierung und Kontrolle zu lösen und »auf eine eigene Basis zu stellen, die jeglichen staatlichen Zuschuß überflüssig machen würde«, etwa eine privatrechtlich organisierte Förderorganisation aus Städtetag, Städtebund und Landkreisvereinigung; s. Könnemann (1971), S. 141; Diehl (1977), S. 65.
- <sup>124</sup> RBü 1 (1919/20), S. 25.
- <sup>125</sup> Resolution des LBüR Schlesien v. 6. 12. 1919; abgedruckt ebda. S. 139.
- <sup>126</sup> Noske, ohnehin überzeugt, die Bürger müßten »selbst ihre Haut zu Markte tragen« und ihr Selbstschutz »in einem sehr viel weitgehenderen Maße in Erscheinung treten«, war bereit, den entsprechenden Erlaß in ihrem Sinne abzuändern, Innenminister Heine jedoch nicht. S. die Eingabe des RBüR an die Reichsregierung v. 24. 5. 1919; BA, R 43 I/1945; dazu die Stellungnahme Noskes v. 20. 5. und die Antwort Heines v. 4. 6. 1919; ebda. Die Noske-Zitate entstammen der Niederschrift über eine Besprechung zwischen Vertretern des RBüR und den Reichsministern Erzberger, Noske, Wissell, Dernburg und David sowie Unterstaatssekretär Albert (Reichskanzlei) am 4. 6. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62.
- <sup>127</sup> Resolution des LBüR Schlesien v. 6. 12. 1919; a. a. O.
- <sup>128</sup> S. Kanzler (1931), S. 70; Nußer (1973), S. 147 f.; Steger (1980), S. 124. – Über diese Verbindungen war der BüR umgekehrt auch selbst an den Geldsammel- und -verteilungsapparat der bayerischen Rechten angeschlossen. 1920 erhielt er aus den Millionenbeträgen, die für die Einwohnerwehren gesammelt wurden, monatlich 10000 RM; s. Nußer (1973), S. 150.
- <sup>129</sup> So der abschließende Rechenschaftsbericht des BüR, zitiert nach Süddt. Zeitung v. 16. 2. 1922: Ausschnitt in HStA Stuttgart, E 130a Bü 204; s. auch RBü 1 (1919/20), S. 60; Weller (1930), S. 248.
- <sup>130</sup> Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 6 v. 29. 11. 1919.
- <sup>131</sup> Für Dresden s. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 15 v. 3. 11. 1919, S. 5; für Gera ebda. Nr. 18 v. 3. 12. 1919, S. 4; für Chemnitz ebda. Nr. 5 v. 2. 8. 1919; für Hannover Anlauf (1919), S. 64; für Dortmund RBü 1 (1919/20), S. 97; für Elberfeld Klein/Scherer (1976), S. 21 f.; für Kassel RBü 1 (1919/20), S. 98; zur finanziellen Unterstützung der Einwohnerwehren s. im übrigen Könnemann (1971), S. 197 ff.

- <sup>132</sup> S. Klein/Scherer (1976), S. 21 f.
- <sup>133</sup> S. Protokoll der Vorstandssitzung des BüB Hamburg v. 15.7.1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204. – In Frankfurt a. M. dagegen scheiterte im Sommer 1919 ein Versuch des BüA, eine Einwohnerwehr aufzustellen, nachdem einige Wochen zuvor sein Antrag, Bürgerliche in die Sicherheitswehr aufzunehmen, vom Arbeiterrat abgelehnt worden war; s. Lucas (1969), S. 103. Die Bürgervereinigung Hof unterließ im Sommer 1919 die Aufstellung einer Einwohnerwehr, weil sie von den »Linksradikalen in Schach gehalten« wurde; Bericht des Kommandeurs der Reichswehr-Brigade 23 an Reichswehr-Gruppen-Kdo. 4, 23. 10. 1919; BayHStA, MIInn 71717.
- <sup>134</sup> S. Könnemann (1971), S. 157 ff.
- <sup>135</sup> S. RBü 1 (1919/20), S. 116, und Könnemann (1971), S. 162 f.; zur Gründung der »Weißen Garde« Ende 1918 s. oben S. 76.
- <sup>136</sup> NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 1 v. 10. 1. 1920, S. 6; s. auch ebda. Nr. 6 v. 14. 3. 1920, S. 7; Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig (1935), S. 15 ff.
- <sup>137</sup> S. Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 6 v. 29. 11. 1919; Nr. 26 v. 24. 4. 1920; Nr. 31 v. 29. 5. 1920; v. Gottberg (1938), S. 25 ff. und 38. – Wahrscheinlich entstand auch das Remscheider Zeitfreiwilligen-Regiment mit Unterstützung des BüR; s. Die Remscheider Märzkämpfe 1920 (1934), S. 12 f.
- <sup>138</sup> S. v. Gottberg (1938), S. 27. – Auch in Hamburg engagierte sich der BüB bei der Aufstellung der Zeitfreiwilligeneinheiten. Wahrscheinlich war er sogar an der Personalauswahl beteiligt; s. Protokoll der Vorstandssitzung des BüB Hamburg v. 15. 7. 1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204. Den Grundstock der Hamburger Zeitfreiwilligen bildete eine Organisation, die im Januar 1919 mit Unterstützung wohlhabender Kaufleute unter dem harmlosen Tarnnamen »Ledergesellschaft« entstanden war und bis zum Frühjahr 1919 500–600 junge Offiziere, Studenten und Angestellte für bewaffnete Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft sammelte. Geworben wurde für sie nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit, in »zuverlässigen« Berufs- und Beamtenkreisen. Bis zur Verlegung regulärer Reichswehrtruppen in die Hansestadt im April 1919 trat sie jedoch nicht in Erscheinung. S. Holtz/Prehn-Dewitz (1919), S. 57; Recken/Krafft (1933), S. 32 ff.; Bünenmann (1951), S. 99 f.; Danner (1958), S. 12.
- <sup>139</sup> Resolution des BüB Stettin, des Vereins der Industriellen Pommerns, des Pomm. Landbundes und zahlreicher weiterer Stettiner Wirtschaftsverbände v. 22. 3. 1920, abgedruckt Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg., Sonderausgabe v. 25. 3. 1920.
- <sup>140</sup> S. z. B. ebda. 1. Jg. Nr. 25 v. 17. 4. 1920; zum Kontext Bieber (1981), S. 735 ff.
- <sup>141</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 14 v. 25. 10. 1919; Nr. 12 v. 8. 10. 1919; Nr. 13 v. 18. 10. 1919; Nr. 15 v. 3. 11. 1919; RBü 1 (1919/20), S. 92; Der Reichsbürgererrat seit seiner Gründung (1920), S. 13. Zu den Bestrebungen Aumanns s. auch v. Zengen (1922), S. 119 f.; Köhler (1967), S. 18 f.; Bieber (1981), S. 1086, Anm. 214. – Ob die Gründung bestimmter Wach- und Schließgesellschaften und Sportvereine in Berlin, die wahrscheinlich in erster Linie der Versorgung der Angehörigen des aufgelösten Freikorps Reinhard sowie der Tarnung ihres weiteren Zusammenhalts – u. a. durch regelmäßige militärische Übungen – galt, vom BüR Groß-Berlin unterstützt wurde, ließ sich nicht klären. S. zu diesen Organisationen Frölich (1922), S. 28 f. und 44.
- <sup>142</sup> Zu Stärke und Bewaffnung der Einwohnerwehren s. das Rundschreiben der Reichszentrale für Einwohnerwehren v. Febr. 1920, abgedruckt bei Könnemann (1971), S. 389 ff.; s. auch Wette (1987), S. 445 und 551; zur Stärke der Zeitfreiwilligen-Einheiten s. die exemplarischen Angaben bei Könnemann (1971), S. 161 ff. Für die Bauernwehren s. Flemming (1978), S. 224; ders. (1979); für die Zechen-

- wehren im Ruhrgebiet s. den Bericht des RP Münster an den Preuß. Min. d. Inn., 20. 9. 1919; StA Münster, Oberpräsidium Münster, Nr. 6523; für die Verkehrswehren: Die Kämpfe in Südwestdeutschland 1919–23 (1939), S. 46 ff.; im übrigen Könnemann (1971), S. 129 ff. und 187 ff.
- <sup>143</sup> Forderungen des BüB Hamburg v. 4. 7. 1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204.
- <sup>144</sup> S. Lucas (1969), S. 106 f., 110 f. und 124 f.
- <sup>145</sup> S. ebda. S. 125 ff. und 133.
- <sup>146</sup> Zur Technischen Nothilfe s. Könnemann (1971), S. 173 ff.; Kater (1979); Lexikon zur Parteiengeschichte IV (1986), S. 191 ff.; Wette (1987), S. 618 ff.; zu ihren Anfängen und deren Unterstützung durch die Berliner Bürgerräte Schmidt (1984), S. 176 ff.
- <sup>147</sup> S. den Vortrag des Vorsitzenden des BüB Stettin über »Die Aufgaben des Bürgertums« am 11. 11. 1919; veröff. als Beilage zum Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 6 v. 29. 11. 1919.
- <sup>148</sup> Rundschreiben des RBüR, abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 15 v. 3. 11. 1919; s. auch Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung (1920), S. 12.
- <sup>149</sup> Merkblatt der Tenos für die Errichtung ihrer Hilfsstellen, abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 11 v. 28. 8. 1920, S. 4.
- <sup>150</sup> Für Pommern s. Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 6 v. 29. 11. 1919. In Stettin war bereits vor Gründung der Tenos in Verbindung mit dem BüB eine lokale Organisation mit gleicher Zielrichtung entstanden; sie ging jetzt in der Tenos auf; s. den Gesch. ber. des BüB ebda. Für Sachsen s. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 15 v. 3. 11. 1919; dass. 2. Jg. Nr. 2 v. 24. 1. 1920.
- <sup>151</sup> S. Klein/Scherer (1976), S. 67. – In München erreichte der BüR, daß die Tenos hier weitgehend unabhängig von der angeblich »linksgerichteten« Berliner Zentrale blieb; s. Der Bürger (München), Nr. 5, Nov. 1925; s. auch Kanzler (1931), S. 70.
- <sup>152</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 16 v. 13. 11. 1919.
- <sup>153</sup> S. Pomm. Landbund 2 (1920), S. 216; s. auch Flemming (1978), S. 225 f.
- <sup>154</sup> Rundschreiben des Pommernclubs v. 5. 4. 1919; IISG, Nl. Braun Nr. 59/14; s. auch Schulze (1977), S. 281; Flemming (1978), S. 226 f.
- <sup>155</sup> S. Erger (1967), S. 97 und 132; Schulze (1977), S. 291.
- <sup>156</sup> Rundschreiben des Pommernclubs vom 5. 4. 1919; a. a. O.
- <sup>157</sup> S. Vogelsang (1962), S. 27; Kohler (1976), S. 270; Schulze (1977), S. 281 f.; Flemming (1979), S. 23.
- <sup>158</sup> Zur Reaktion des Pomm. Landbundes auf Landarbeiterstreiks sowie zu ihrer Provokation s. Kohler (1976), S. 272 ff.; Schulze (1977), S. 280 f.; Schumacher (1978), S. 296 ff.; Flemming (1978), S. 295 f.
- <sup>159</sup> S. die Entschließung des Aktionsausschusses v. 15. 5. 1919; abgedruckt BI Nr. 21/22 v. 31. 5. 1919; Kanzler (1931), S. 70; Eckardt (1976), S. 174.
- <sup>160</sup> Zitiert bei Nußer (1973), S. 148, Anm. 15; s. auch RBü 1 (1919/20), S. 37.
- <sup>161</sup> Einige Hinweise bietet die personelle Zusammensetzung seines Vorstandes. Ende 1919 gehörten ihm außer dem Vorsitzenden Meyer-Absberg u. a. Eugen Zentz an, der Vorsitzende des Heimatdienstes und »wohl eine der wichtigsten Hintergrundfiguren« der konservativ-reaktionären Bewegung in Bayern (Nußer, 1973, S. 148), ferner Michael Horlacher, Hauptgeschäftsführer des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns und des Landesverbandes land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber, und der Archivar und Journalist Fritz Gerlich, seit 1920 Chefredakteur der Münchener Neuesten Nachrichten. S. ebda. S. 99; RBü 1 (1919/20), S. 120; Politische Zeitfragen 2 (1920), S. 260. Zu Horlacher auch Bergmann (1986), S. 56 f.; im September 1920 wurde er Hauptgeschäftsführer der bayer. Landesbauernkammer, 1924–33 vertrat er die BVP im

- Reichstag. Zu Gerlich auch Sinsheimer (1953), S. 221; Piepenstock (1955), S. 140. – Der LBüR Sachsen bemühte sich um Verbindungen zu »sämtlichen wirtschaftlichen und kulturellen Verbänden« des sächsischen Bürgertums; sie sollten in einem besonderen Ausschuß des LBüR zusammengefaßt werden; s. Protokoll der Vorstandssitzung des LBüR Sachsen v. 24. 11. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62. Daß er sein Ziel erreicht hätte, ließ sich nicht feststellen.
- <sup>162</sup> S. Ludwig Wessel, Was wollen die Bürgerräte? in: RBü 1 (1919/20), S. 3.
- <sup>163</sup> S. oben S. 428, Anm. 238; Roloff (1964), S. 66f.
- <sup>164</sup> S. Müller-Breves (1919), S. 239ff.; Schwarzwälder (1983), S. 223.
- <sup>165</sup> S. Westfäl. Polit. Nachrichten Nr. 1144 v. 25. 1. 1919 und Nr. 1151 v. 10. 3. 1919; Schmidt (1984), S. 185; zum Wahlergebnis im übrigen Büsch/Haus (1987), S. 26ff. und 330. Nach der Wahl schlossen sich die Stadtverordneten von DVP, DNVP und Zentrum zur »Bürgerlichen Vereinigung« zusammen, einer freilich nur losen Arbeitsgemeinschaft; jede Fraktion behielt ihre Selbständigkeit und Entscheidungsfreiheit; s. Westfäl. Polit. Nachrichten Nr. 1152 v. 15. 3. 1919.
- <sup>166</sup> Für Schleswig s. Stamm (1977), S. 130; für Westerland Voigt (1977), S. 19; für Hannover Anlauf (1919), S. 148f.
- <sup>167</sup> S. Jahnke (1958/59), S. 24.
- <sup>168</sup> Für Danzig s. Westfäl. Polit. Nachrichten Nr. 1191 v. 13. 12. 1919; für das Ruhrgebiet Kromberg (1968), S. 100; für Düsseldorf Gemein (1969), S. 15; für Essen Kühr (1973), S. 196f.; für Kiel Dähnhardt/Granier (1980), S. 14f.
- <sup>169</sup> S. Sander (1971), S. 318. – In Sachsen setzten sich die Bürgerräte im Herbst 1919 für einheitliche bürgerliche Wahlvorschläge auch für die Bezirksvertretungen ein. Im Bezirk Leipzig gelang es ihnen durch enge Kooperation mit den drei großen bürgerlichen Parteien und dem Verband der Landwirte; s. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 10 v. 20. 9. 1919; Nr. 12 v. 8. 10. 1919; Nr. 15 v. 3. 11. 1919; Jber. Bezirks-BüR Leipzig-Land 1919/20, S. 10.
- <sup>170</sup> NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 4 v. 15. 2. 1920, S. 8, in einem Bericht über die 2. Tagung der bayerischen Bürgerräte am 8. 2. 1920.
- <sup>171</sup> S. Kanzler (1931), S. 31f.; zu Rosenheim und Reichenhall Westfäl. Polit. Nachrichten Nr. 1166 v. 21. 6. 1919, sowie die Mitteilung des Rosenheimer Anwalts Scheuer in der Landestagung des Bayer. Bürgerblocks am 7./8. 2. 1920; RBü 1 (1919/20), S. 240. In Burghausen kam eine bürgerliche Einheitsliste anscheinend ohne Zutun eines Bürgerrates zustande; s. Linse (1970), S. 413.
- <sup>172</sup> S. oben S. 178f. Zur Weiterführung der Rednerschule des BüA Leipzig s. BüA Leipzig, Bericht 1918/19, S. 5; Die Bürgerratsbewegung und ihre Tätigkeit (1920), S. 23f. – Ab Herbst 1919 wurden zwei parallele Arbeitsgemeinschaften für politische bzw. soziale Tagesfragen abgehalten; s. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 13 v. 1. 10. 1919. Im Herbst 1919 veranstaltete ebenfalls der LBüR Sachsen in den Räumen der Leipziger Universität zur Schulung von Versammlungsrednern eine zweiwöchige »Staatsbürgerschule«, in der auch sozialpolitische Themen wie Wohnungsfürsorge, ländliche Siedlungsfragen und Jugendfürsorge zur Sprache kamen; s. ebda. Nr. 7 v. 18. 8. 1919; s. auch RBü 1 (1919), S. 79.
- <sup>173</sup> S. RBü 1 (1919), S. 98.
- <sup>174</sup> S. Klein/Scherer (1976), S. 66.
- <sup>175</sup> S. RBü 1 (1919/20), S. 148.
- <sup>176</sup> S. ebda. S. 35, 95 und 134; Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung (1920), S. 13.
- <sup>177</sup> S. z. B. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 8 v. 29. 8. 1919. – Der BüR Plauen sam-



- melte Belege dafür, daß »berechtigte Wünsche und Forderungen sowie Anträge und Eingaben aus bürgerlichen Kreisen seitens der Reichs-, Landes- und Stadtbehörden nicht mit der gebührenden Beachtung behandelt, teilweise sogar einfach beiseite gelegt oder nachlässig bearbeitet« wurden; der LBüR Sachsen wurde deshalb bei der Reichsregierung vorstellig. S. ebda. Nr. 5 v. 2. 8. 1919 und Nr. 6 v. 9. 8. 1919.
- <sup>178</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 2 v. 24. 1. 1920, S. 6; Nr. 5 v. 1. 3. 1920, S. 9; Jber. des Bezirks-BüR Leipzig-Land 1919/20 (1920), S. 10f.; RBü 1 (1919/20), S. 138f.
- <sup>179</sup> S. Zimmermann (1919), S. 6. – Zusammen mit dem Zentralausschuß der Leipziger Arbeitgeberverbände bildete er einen Finanzausschuß, an den alle Spenden gegeben, in einem gemeinsamen Fond vereinigt und an Organisationen mit Zielen, »welche dem Schutze der ganzen Bevölkerung dienen«, nach »Prüfung der Notwendigkeit« verteilt wurden; NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 6 v. 9. 8. 1919. Wie hoch das Spendenaufkommen war und nach welchen Kriterien die Verteilung vorgenommen wurde, ließ sich nicht ermitteln.
- <sup>180</sup> S. Wittwer (1980), S. 77ff.; Winkler (1984), S. 93. – Hoffmann trat bereits am 3. 1. 1919 zusammen mit den übrigen USPD-Mitgliedern aus der preußischen Regierung aus.
- <sup>181</sup> Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 12 v. 10. 1. 1920; s. auch ebda. Nr. 13 v. 17. 1. 1920; Nr. 19 v. 28. 2. 1920; Nr. 21 v. 13. 3. 1920.
- <sup>182</sup> Ebda. Nr. 12 v. 10. 1. 1920. – Der BüR Markranstädt in Sachsen suchte die bürgerlichen Interessen sogar bei Kirchenvorstandswahlen zu sichern, obwohl hier die sozialistischen Gegner vermutlich nicht sehr zahlreich auftraten; s. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 2 v. 24. 1. 1920.
- <sup>183</sup> Für den LBüR Nordwestdeutschland s. RBü 1 (1919/20), S. 137.
- <sup>184</sup> S. z. B. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 7 v. 25. 11. 1919 (BüR Plauen). Der Leipziger BüA war an der Gründung des Sächsischen Verbandes für Volksbildung im September 1919 beteiligt, der sich zunächst hauptsächlich der Volkshochschulbewegung zuwandte; s. dass. 2. Jg. Nr. 6 v. 14. 3. 1920, S. 2; s. auch RBü 1 (1919/20), S. 58; Rundschreiben des RBüR v. 18. 6. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62; Die Bürgerratsbewegung und ihre Tätigkeit (1920), S. 25.
- <sup>185</sup> NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 4 v. 15. 2. 1920, S. 4. – Der LBüR Sachsen empfahl als Gegenmaßnahme, »daß weiteste Kreise des Bürgertums sich in die Teilnehmerliste eintragen und die Kurse regelmäßig besuchen. Dann finden Proteste gegen Vorträge vom einseitigen Klassenstandpunkt ganz anderen Widerhall und gebührende Beachtung.« Ebda. – Der BüR Berlin-Lichterfelde ließ sich statt dessen für die Propaganda zur Erhaltung der Kadettenanstalten einspannen, die nach dem Friedensvertrag aufzulösen waren; s. Schmidt (1984), S. 160f.
- <sup>186</sup> NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 15 v. 3. 11. 1919 (BüR Dresden); s. auch das Protokoll der Vorstandssitzung des LBüR Sachsen v. 14. 9. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 61, sowie das Aktionsprogramm des LBüR Nordwestdeutschland vom August 1919, in: BüA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918/19, S. 24. – Auch der BüB Stettin beteiligte sich an einer »Kampfgemeinschaft gegen Schmutz und Schund in Wort, Bild und Schrift«; s. Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 19 v. 28. 2. 1920.
- <sup>187</sup> S. z. B. Kurt Tucholsky, Die Prostitution mit der Maske, in: ders., Ges. Werke, Bd. 2 (1975), S. 84ff.
- <sup>188</sup> Für Leipzig s. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 6 v. 9. 8. 1919; für Dresden ebda. Nr. 8 v. 29. 8. 1919.
- <sup>189</sup> S. Berliner Lokalanzeiger v. 24. 9. 1919.
- <sup>190</sup> NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 17 v. 25. 11. 1919.

- <sup>191</sup> Zu diesen Gesetzentwürfen s. Büsch (1960), S. 35 f.; Winkler (1972), S. 72; zum Widerstand der Bürgerräte RBü 1 (1919/20), S. 67 f. u. ö.; die Eingabe des BüR Dresden an Reichstag und Reichsrat, abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 4 v. 15. 2. 1920, S. 7 f.; s. auch ebda. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 9; Der Schleswig-Holsteiner, 1. Jg. Nr. 2 v. 12. 7. 1919, S. 9 f. u. ö.
- <sup>192</sup> S. die Eingabe des LBüR Sachsen an die Direktion der Sächs. Staatseisenbahn v. 22. 9. 1919; abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 12 v. 8. 10. 1919; für ähnliche Aktivitäten des BüR Groß-Berlin s. Schmidt (1984), S. 156 f.
- <sup>193</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 16 v. 13. 11. 1919, S. 5. Die sächsischen Arbeitgeberverbände lehnten es jedoch ab, mit den christlichen und Hirsch-Dunckersehen Gewerkschaften zu verhandeln; s. die Mitteilung Goetz' in der Vorstandssitzung des LBüR Sachsen v. 24. 11. 1919; Protokoll in BA, Nl. Goetz Nr. 61. – Zum Protest der Arbeiterschaft gegen das Betriebsrätegesetz s. Wimmer (1957); Geyer (1976), S. 167 ff.; Potthoff (1979), S. 141 ff.; Bieber (1981), S. 693 ff.; Winkler (1984), S. 283 ff.
- <sup>194</sup> NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 6 v. 14. 3. 1920, S. 2.
- <sup>195</sup> S. ebda. Nr. 2 v. 24. 1. 1920, S. 5.
- <sup>196</sup> S. S. Marx in: Der Bund, 2. Jg. Nr. 6 v. 7. 2. 1920; s. auch den abschließenden Rechenschaftsbericht des BüR Stuttgart, in: Süddt. Zeitung v. 16. 2. 1922; Ausschnitt in HStA Stuttgart, E 130a Bü 204.
- <sup>197</sup> S. Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 7 v. 6. 12. 1919; RBü 1 (1919/20), S. 35; NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 5 v. 2. 8. 1919.
- <sup>198</sup> Zu einer entsprechenden Eingabe des BüA Leipzig an das Reichspostministerium s. ebda. Nr. 4 v. 16. 7. 1919.
- <sup>199</sup> Ebda. Nr. 15 v. 3. 11. 1919, S. 5 (BüR Dresden).
- <sup>200</sup> S. RBü 1 (1919/20), S. 70.
- <sup>201</sup> Eingabe des BüB Stettin an den Magistrat, 10. 12. 1919; abgedruckt Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 8 v. 13. 12. 1919.
- <sup>202</sup> S. die Resolution des Bayer. Bürgerblocks v. 7./8. 2. 1920; in: RBü 1 (1919/20), S. 239.
- <sup>203</sup> S. zum folgenden Leipziger Bürgerausschuß, Tätigkeitsbericht 1918/19, S. 2 ff.
- <sup>204</sup> S. Zimmermann (1919), S. 10 f.
- <sup>205</sup> S. ebda. – Einige Nummern der »Brennenden Tagesfragen« finden sich in BA, Nl. Goetz Nr. 61.
- <sup>206</sup> NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 9 v. 6. 9. 1919; auch zum folgenden.
- <sup>207</sup> Anlässlich der Frühjahrsmesse 1920 wiederholte er die Aktion. Allerdings nahm die Messezeitung mit Rücksicht auf ihre politische Neutralität keine Beiträge auf, das Abwerfen von Flugblättern aus Flugzeugen mußte aus Kostengründen unterbleiben, und die Kinos lehnten eine Mitwirkung ab, vermutlich aus Furcht, ihr proletarisches Publikum zu vergraulen. Dafür brachte die Leipziger Tagespresse redaktionelle Beiträge über die Bürgerräte an exponierter Stelle, und in die 120000 Sammelmappen, die an die Messebesucher ausgegeben wurden, ließ der BüA großformatige Anzeigen einrücken. S. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 6 v. 14. 3. 1920, S. 6 f. – Gelegentlich trieb der BüA auch einen eher grotesken Propagandakrieg gegen die Linke. Als in Leipzig im Herbst 1919 an Firmenschildern, Ladenfenstern und Hauswänden Miniaturplakate erschienen, die angeblich »für Spartakus Propaganda machen« sollten, ließ er ähnliche gummierte Zettel drucken, um mit ihnen die Miniaturplakate zu überkleben. Er erwartete eine »außerordentlich große Wirkung...«, wenn Spartakus mit eigenen Waffen geschlagen wird«. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 13 v. 18. 10. 1919.
- <sup>208</sup> Gustav (1919), S. 18.

- <sup>209</sup> BüA Bremen, Tätigkeitsbericht 1918–19, S. 19.
- <sup>210</sup> Protokoll der Sitzung des Präsidialbeirats des RBÜR am 11./12.10.1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204; s. auch das Rundschreiben des RBÜR an alle Bürgerräte v. 1.10.1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62. – Ein gleicher Versuch des BüB Hamburg brachte weniger Erfolg; beim Hamburger Fremdenblatt beschwerte er sich über »mangelndes Entgegenkommen« gegenüber seinen Publikationswünschen; Protokoll der Vorstandssitzung des BüB Hamburg v. 3.7.1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204.
- <sup>211</sup> Protokoll der Vorstandssitzung des BüB Hamburg v. 13.5.1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204. Die Angst mancher BüB-Mitglieder war hier sogar so groß, daß es den Bezirksvorständen des BüB freigestellt wurde, »ängstlichen Beitragszahlern« vorläufige Quittungen in einer Form auszustellen, aus denen der Zweck der Mittel nicht hervorging; s. das Protokoll der Vorstandssitzung v. 17.6.1919; ebda.
- <sup>212</sup> Protokoll der Vorstandssitzung v. 24.6.1919; ebda.
- <sup>213</sup> Mitte April 1919 forderte der Präsident des RBÜR alle Bürgerräte auf, Nachrichten »über spartakistische und kommunistische Pläne..., die auf die Gefährdung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens abzielen«, zu sammeln, gleichfalls Material »über alle gesetzlosen Übergriffe« von Arbeiter- und Soldatenräten, »ihre staatsgefährliche Zusammensetzung, etwaige Streik- und Sabotagepläne, regierungsfeindliche Bewaffnungsabsichten und Waffenniederlagen« sowie über »etwaige Unzuverlässigkeit polizeilicher Organe, die im heimlichen oder offenen Gegensatz zur Regierung stehen«. Gleichzeitig forderte er zur Überwachung »etwaiger als lästige Ausländer zu bezeichnender Personen« auf. Rundschreiben Wessels an alle Bürgerräte, 12.4.1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62; s. auch das Rundschreiben v. 18.6.1919; ebda.
- <sup>214</sup> Für Wuppertal s. Klein/Scherer (1976), S. 24 f.; s. auch Brauer (1930), S. 7; für Bremen das Protokoll über die Sitzung von BüA Bremen, LBÜR Nordwestdeutschland, antibolschewistischen Organisationen Nordwestdeutschlands und Wehrkreiskommando Münster am 26.2.1920 in Bremen; StA Bremen, 4, 65. 972/172.
- <sup>215</sup> S. das Protokoll einer Besprechung der OHL mit dem Gen.kdo. des II. Armee-korps (Stettin) am 9.4.1919; abgedruckt in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch (1977), S. 88 ff.; für Leipzig s. Könnemann (1971), S. 229.
- <sup>216</sup> S. das Protokoll der Vorstandssitzung des LBÜR Sachsen v. 13.9.1919; BA, Nl. Goetz Nr. 61.
- <sup>217</sup> Meyer-Absberg in einer Besprechung zwischen Vertretern des RBÜR und Mitgliedern der Reichsregierung am 4.6.1919; zitiert nach dem Protokoll in BA, Nl. Goetz Nr. 62. – Ob der Berliner »Abwehrdienst«, der im Januar 1919 von Stadtlers »Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus« eingerichtet worden war und wahrscheinlich eng mit dem BÜR zusammenarbeitete, »im Sinne einer aktiven antikommunistischen Gegenspionage« weitergeführt wurde, ließ sich nicht klären. Vgl. dazu Stadler, Als Antibolschewist (1935), S. 95.
- <sup>218</sup> Otto L. Strack, Die Taktik der Streikabwehr, in: RBÜ 1 (1919/20), S. 10.
- <sup>219</sup> Bericht des BüA Bremen über die Streikabwehr beim Hafendarbeiterstreik; ebda. S. 77; s. auch Niermann (1983), S. 115 f.
- <sup>220</sup> S. Strack a.a.O.; Bremer Lehren, in: Einwohnerwehr, Nr. 2/3 v. 18.12.1919, S. 22; Stadtwehr Bremen, ebda. 2. Jg. Nr. 1 v. 1.1.1920, S. 8; »Der siegreiche Bürgerstreik in Bremen«, in: Korr. der DNVP, 2. Jg. Nr. 94 v. 26.4.1919; Zimmermann (1919), S. 7f.

- <sup>221</sup> S. Der Bund Nr. 7 v. 29. 11. 1919., und 2. Jg. Nr. 1 v. 3. 1. 1920; Schmidt (1984), S. 185 ff.
- <sup>222</sup> Protokoll der Vorstandssitzung des BüB Hamburg v. 24. 6. 1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204.
- <sup>223</sup> S. den Bericht über die Vorstandssitzung der Ortsgruppe München des BIV am 23. 3. 1920, in: BI Nr. 14 v. 8. 4. 1920, S. 2; Der Bürger (München), Nov. 1925; s. auch RBü 1 (1919/20), S. 119.
- <sup>224</sup> Für Kiel s. Prinz (1968), S. 123; für Stralsund Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 26 v. 29. 11. 1919, Beiblatt; für Stettin Gesch. ber. des BüB Stettin, ebda.; für Dresden NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 15 v. 3. 11. 1919, S. 5.
- <sup>225</sup> S. Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 33.
- <sup>226</sup> NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 17 v. 25. 11. 1919, S. 4.
- <sup>227</sup> Zimmermann (1919), S. 8.
- <sup>228</sup> S. Hollenberg (1979), S. 427.
- <sup>229</sup> Gesch. ber. des BüB Stettin, in: Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 6 v. 29. 11. 1919; s. auch Die Bürgerratsbewegung und ihre Tätigkeit (1920), S. 12; v. Gottberg (1938), S. 66f. Zu einem Bürgerstreik in Stralsund vom Juli 1919 als Antwort auf einen Landarbeiterstreik s. das Rundschreiben des RBüR an alle Bürgerräte v. 1. 10. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62.
- <sup>230</sup> Z. B. der BÜR Gießen; s. Seelbach (1975), S. 59.
- <sup>231</sup> S. Verh. ber. der Ersttagung des RBüR v. 5. 1. 1919, S. 79ff.; RBü 1 (1919/20), S. 1ff.; für Berlin s. auch das Einladungsschreiben des BÜR v. 11. 2. 1919 für eine Protestversammlung am 14. 2. 1919; SA, 4/Lf 667.
- <sup>232</sup> S. v. Kessel (1933), S. 255; vgl. auch Stein (1930), S. 265 f.
- <sup>233</sup> S. die Entschließung der 3. Bundesversammlung des RBüR v. 2.–4. 7. 1920 in Leipzig, abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 10 v. 16. 7. 1920, S. 5.
- <sup>234</sup> Ludwig Wessel, in: RBü 1 (1919/20), S. 1; s. auch den Bericht über die Präsidialsitzung des RBüR am 25. 2. 1920, in: Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 20 v. 6. 3. 1920; Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung (1920), S. 14. Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 10 und 22 ff.; Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 19 v. 28. 2. 1920.
- <sup>235</sup> So eine Entschließung der bayerischen Bürgerräte v. 8. 2. 1920; abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 4 v. 15. 2. 1920, S. 8; s. auch ebda. Nr. 5 v. 1. 3. 1920, S. 5f.; die Eingabe des RBüR an Ebert v. 24. 1. 1920, abgedruckt in: Bürgerblatt (Stettin) 1. Jg. Nr. 15 v. 30. 1. 1920.
- <sup>236</sup> S. ebda. Nr. 9 v. 20. 12. 1919.
- <sup>237</sup> S. RBü 1 (1919/20), S. 136.
- <sup>238</sup> Telegramm des BüB Hamburg an Hindenburg, 4. 7. 1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204.
- <sup>239</sup> S. Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 5 v. 22. 11. 1919.
- <sup>240</sup> S. ebda. Nr. 7 v. 6. 12. 1919.
- <sup>241</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 7 v. 18. 4. 1920, S. 12f.; Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 11; Der Schleswig-Holsteiner 1 (1919), S. 59 und 137ff.; 2 (1920), S. 37f.
- <sup>242</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 12 v. 8. 10. 1919; dass. 2. Jg. Nr. 5 v. 1. 3. 1920, S. 4; Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung (1920), S. 12f. – Gleichzeitig wandten sich die Bürgerräte entschieden gegen separatistische Tendenzen im Rheinland; s. RBü 1 (1919/20), S. 99.
- <sup>243</sup> S. v. Gottberg (1938), S. 26 und 64 ff.
- <sup>244</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 8 v. 3. 12. 1919, S. 4. – Goetz äußerte seinen Appell in der Hauptausschußsitzung des BüA Leipzig am 17. 11. 1919; s. ebda. Nr. 17 v. 25. 11. 1919, S. 4.

- <sup>245</sup> S. Klein/Scherer (1976), S. 22 f.
- <sup>246</sup> So der frühere Geschäftsführer des LBüR Schleswig-Holstein, Erdmann, in der Vorstandssitzung des BÜB Hamburg am 5. 12. 1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204.
- <sup>247</sup> S. Hollenberg (1979), S. 427.
- <sup>248</sup> NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 7 v. 18. 4. 1920, S. 1 f.
- <sup>249</sup> S. ebda. 1. Jg. Nr. 13 v. 18. 10. 1919.
- <sup>250</sup> S. das Rundschreiben des RBüR an alle Bürgerräte v. 18. 6. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62.
- <sup>251</sup> S. JW 48 (1919), S. 431; zu den Meinungsverschiedenheiten vom Frühjahr 1919 über die Reaktion auf die Sozialisierungsbewegung s. oben S. 225.
- <sup>252</sup> S. z. B. RBü 1 (1919/20), S. 105 f., und die Entschließung des Aktionsausschusses der bürgerlichen Parteien Münchens, dem auch der BÜR angehörte, v. 15. 5. 1919; BI Nr. 21/22 v. 31. 5. 1919. Als Alternative wurde neben der berufsständischen Ergänzung des Parlamentarismus gelegentlich der Gedanke propagiert, die Belegschaften industrieller Großbetriebe durch Kleinaktien an Kapital und Gewinn der Unternehmen zu beteiligen; s. z. B. RBü 1 (1919/20), S. 2, 31 und 60. Er findet sich ebenfalls in anderen konservativen Kreisen, auch unter Industriellen, wurde von den mächtigsten Wirtschaftsführern jedoch nicht sonderlich ernstgenommen; s. Bieber (1981), S. 758 und 1102, Anm. 9.
- <sup>253</sup> S. RBü 1 (1919/20), S. 111.
- <sup>254</sup> S. ebda. S. 14; ähnlich NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 4 v. 16. 7. 1919; Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 20 v. 6. 3. 1920; Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung (1920), S. 13.
- <sup>255</sup> S. RBü 1 (1919/20), S. 65; Bremer Ärzteblatt 2 (1920), S. 112.
- <sup>256</sup> Eingabe des LBüR Pommern an Reichsregierung und Nationalversammlung, abgedruckt in: Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 12 v. 10. 1. 1920; s. auch die Eingabe des RBüR an das Reichsministerium des Innern v. 9. 1. 1920, abgedruckt ebda. Nr. 13 v. 17. 1. 1920; ferner NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 2 v. 24. 1. 1920, S. 4; Nr. 4 v. 15. 2. 1920, S. 8; Nr. 6 v. 14. 3. 1920, S. 4, sowie die Resolution des Bayerischen Bürgerblocks v. 7. 2. 1920, abgedruckt RBü 1 (1919/20), S. 239.
- <sup>257</sup> S. die Eingabe des RBüR an den Rkz. v. 10. 10. 1919; auszugsweise abgedruckt ebda. S. 93; s. auch Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung (1920), S. 13.
- <sup>258</sup> S. die Entschließung der 3. Bundesvers. des RBüR v. 2.-4. 7. 1920 in Leipzig, abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 10 v. 16. 7. 1920.
- <sup>259</sup> S. den Bericht über die Tagung des Präsidialbeirats des RBüR v. 24. 10. 1920; ebda. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 5.
- <sup>260</sup> S. dass. 1. Jg. Nr. 13 v. 18. 10. 1919; s. auch dass. 3. Jg. Nr. 5 v. 9. 6. 1921.
- <sup>261</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 5 v. 2. 8. 1919. – Da auch zahllose andere Organisationen sich auf diesem Gebiet betätigten, wurden zumindest in Sachsen Ende 1919 »Ortsausschüsse für Grenz- und Auslandsdeutschtum« eingerichtet; s. ebda. Nr. 17 v. 25. 11. 1919, S. 3.
- <sup>262</sup> S. ebda. 1. Jg. Nr. 15 v. 3. 11. 1919, S. 5 (BÜR Dresden); Nr. 17 v. 25. 11. 1919, S. 3; dass. 2. Jg. Nr. 2 v. 24. 1. 1920, S. 4; Nr. 3 v. 4. 2. 1920; RBü 2 (1920/21), S. 426 ff.
- <sup>263</sup> NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 2 v. 24. 1. 1920, S. 5.
- <sup>264</sup> S. den Bericht über die 3. Bundesvers. des RBüR v. 2.-4. 7. 1920 in Leipzig; ebda. Nr. 10 v. 16. 7. 1920, S. 4.
- <sup>265</sup> Damals hatte Stadler beim Berliner BÜR-Vorsitzenden Marx und bei Adam Stegerwald, dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, und dessen Mitarbeiter Franz Röhr für die einigermaßen abwegige Idee ge-

worben, Bürgerräte und christliche Gewerkschaften »in einer gemeinsamen nationalpolitischen Bewegung zu verschmelzen« und zu ihr womöglich auch »die besten Elemente« der sozialdemokratischen Führungsschicht sowie die »positiven Kräfte der Konservativen und der Nationalliberalen« herüberzuziehen. Da Stegerwald nach anfänglichem Zögern abgelehnt hatte, war hieraus nichts weiter geworden. S. Stadtler, *Als Antibolschewist* (1935), S. 9ff., und Morsey (1966), S. 94. Röhr hielt indessen Kontakt zu Stadtler und seinen Gesinnungsfreunden, besonders zu dem im Juni 1919 gegründeten sogenannten Juni-Klub, einer jungkonservativen Intellektuellenvereinigung unter Führung von Heinrich v. Gleichen; s. Pätzold (1983), S. 109ff.

<sup>266</sup> S. Stadtler (1935), S. 164.

<sup>267</sup> S. Bieber (1981), S. 795 f.; Schneider (1982), S. 448ff.

<sup>268</sup> S. z. B. Loebells Ausführungen vor der 3. Bundesvers. des RBüR v. 2.-4. 7. 1920 in Leipzig; NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 10 v. 16. 7. 1920, S. 5.

<sup>269</sup> S. Beßler (1927), S. 56ff.; Schulze (1977), S. 295 f.; Schumacher (1978), S. 296ff.; Flemming (1978), S. 295 f.

<sup>270</sup> Protokoll über eine gemeinsame Sitzung von Vertretern des RBüR, der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landwirtschaft, des Pommerschen Landbundes, BdL, Deutschen Bauernbundes, von Heimatschutz, christlichen Gewerkschaften u. a. am 15. 5. 1919 in Berlin; IISG, Nl. Braun 59/34; auch zum folgenden. – Knoll gehörte als Zentrums-Abgeordneter der Verfassunggebenden Volkskammer Hessen an und war 1924/25 Reichstagsabgeordneter.

<sup>271</sup> S. Kersten (1925), S. 75 ff.; Patch (1981), S. 42 ff.

<sup>272</sup> Rundschreiben des RBüR v. 18. 6. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62.

<sup>273</sup> Der Präsidialbeirat des RBüR beschloß am 5. 6. 1919, je einen Vertreter des RDI, des Zentralverbandes des deutschen Großhandels sowie des DIHT zu kooptieren; s. ebda.

<sup>274</sup> Frhr. v. Reiswitz in der Vorstandssitzung des LBüR Sachsen am 25. 1. 1920; Protokoll in BA, Nl. Goetz Nr. 61.

<sup>275</sup> Goetz ebda. – Der LBüR Sachsen bat den RBüR im Herbst 1919, entweder eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Hansabund und Bürgerräten herbeizuführen oder eine Abgrenzung der Arbeitsgebiete, jedoch ohne Erfolg. S. das Schreiben des LBüR Sachsen an den RBüR v. 30. 9. und die Antwort Wessels v. 6. 10. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 62. Der Lösungsversuch, den Köhler vom Hansabund und Schmidt-Elberfeld vom RBüR im Oktober 1919 besprachen, nämlich dem Hansabund wirtschaftliche und dem RBüR kulturelle Fragen zuzuweisen (s. die Mitt. Goetz' in der Vorstandssitzung des LBüR Sachsen am 7. 10. 1919; Protokoll in BA, Nl. Goetz Nr. 61), war offensichtlich unpraktikabel.

<sup>276</sup> Backasch vom BüR Zwickau in der Vorstandssitzung des LBüR Sachsen am 25. 1. 1920; Protokoll ebda.

<sup>277</sup> S. Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung 1919–20 (1986), S. 151 f., 174, 218 und 222.

<sup>278</sup> S. Otto L. Strack, *Ist das Bürgertum reaktionär oder gegenrevolutionär?* in: *RBü 1* (1919/20), S. 82. – Die DDP stand offiziell den Bestrebungen des RBüR »durchaus objektiv« gegenüber; s. das Protokoll der DDP-Vorstandssitzung am 5. 12. 1919, in: *Linksliberalismus in der Weimarer Republik* (1980), S. 100.

<sup>279</sup> Zum Gedanken einer »Allgemeinen Wirtschaftspartei« s. z. B. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 4 v. 15. 2. 1920, S. 8, über einen entsprechenden Beschluß der bayerischen Bürgerräte. – Zur Ende 1920 gegründeten Wirtschaftspartei, die zahlreiche programmatische Übereinstimmungen mit den Bürgerräten aufwies und zu Recht als bürgerliche »Klassenpartei« bezeichnet wurde (Schumacher, 1972, S. 18),

scheinen kaum Kontakte bestanden zu haben. – Der Gedanke einer »Partei der Parteilosen« stammte anscheinend von Eduard Stadler; s. die Mitt. Goetz' in der Vorstandssitzung des LBüR Sachsen am 25. 1. 1920; BA, Nl. Goetz Nr. 62. – Die Überlegung, die Bürgerräte in eine neue Partei (»Deutsche Volksgemeinschaft«) umzuwandeln, findet sich in einem Schreiben Wessels an Präsidium und Präsidialbeirat des RBüR und die Landesbürgerräte v. 7. 11. 1919; ebda.

- <sup>280</sup> S. z. B. NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 14 v. 25. 10. 1919.
- <sup>281</sup> S. oben S. 166 ff.
- <sup>282</sup> S. Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung (1920), S. 21 f. Zeitweilig scheinen auch Verbindungen zum Reichswirtschaftsverband deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten bestanden zu haben; s. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 5 v. 1. 3. 1920, S. 4.
- <sup>283</sup> Er hatte sein Rücktrittsgesuch bereits im Juli 1919 mitgeteilt; s. Protokoll der Sitzung des Präsidialbeirats des RBüR v. 11./12. 10. 1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204. Wessel starb Anfang Mai 1922; s. Der Reichsbürgerrat 1921–22, S. 30.
- <sup>284</sup> So der Geschäftsführer des LBüR Sachsen, Kittel, in dessen Vorstandssitzung am 7. 10. 1919; zitiert nach dem Protokoll in BA, Nl. Goetz Nr. 61.
- <sup>285</sup> Zu Wessels Auseinandersetzung mit S. Marx s. die Vorgänge in BA, Nl. Goetz Nr. 62. – Einer seiner Stellvertreter, Julius Fabian vom BüR Groß-Berlin, legte Ende November 1919 aus Protest gegen Wessel sein Amt nieder; s. Fabian an Wessel, 29. 11. 1919; ebda. Der LBüR Sachsen stand kurz davor, die Zusammenarbeit mit Wessel aufzukündigen; s. das Protokoll seiner Vorstandssitzung am 24. 11. 1919; BA, Nl. Goetz Nr. 61. – Seit Ende Juli 1919 kursierte unter führenden Mitgliedern der Bürgerräte zudem ein Schreiben eines nicht genannten hohen Beamten des preußischen Kultusministeriums über Wessels kirchenpolitische Rolle in den Revolutionswochen, das wahrheitsgemäß wenig schmeichelhaft war und Verwunderung darüber zum Ausdruck brachte, »daß ausgerechnet diese zum mindesten doch recht kompromittierte und zweideutige Persönlichkeit zur Leitung des Reichsbürgerrats sich aufschwingen konnte«. Eine Abschrift des Schreibens findet sich in BA, Nl. Goetz Nr. 62.
- <sup>286</sup> Der Findungskommission gehörten an Frhr. v. Reiswitz (Dresden), Meyer-Absberg (München), Marx (Berlin), Helms (Halle/S.), Schmidt (Elberfeld), Fabian (Berlin), Friedrich (Kassel), Quidde (Bremen), Müller (Stralsund), Pfeiler (Bromberg), Supp (Stuttgart) und Fecht (Frankfurt a. M.); s. Protokoll der Sitzung des Präsidialbeirats des RBüR v. 11./12. 10. 1919; a. a. O. – Ihr Wunschkandidat war zunächst der ehemalige Posener Oberbürgermeister Wilms, der jedoch nicht mehr zur Verfügung stand, nachdem er Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission geworden war; s. die Mitt. Reiswitz' in der Vorstandssitzung des LBüR Sachsen am 24. 11. 1919; Prot. in BA, Nl. Goetz Nr. 61; s. auch Fabian an Goetz, 1. 12. 1919; ebda. Nr. 62. Als Kandidat im Gespräch war auch der Liberale Ernst Jäckh; s. die Mitt. Goetz in der Vorstandssitzung des LBüR Sachsen am 7. 10. 1919; Protokoll in BA, Nl. Goetz Nr. 61.
- <sup>287</sup> Zur politischen Biographie Loebells s. Witt (1970), S. 109 und 338 f.; Saul (1974), S. 117 ff., 128 und 391; Witt (1983), S. 271 f.; s. auch Stegmann (1970), S. 446.
- <sup>288</sup> S. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 2 (1968), S. 228 ff. und 355 ff.; Stegmann (1970), S. 485; Bieber (1981), S. 118 f. und 185 f.
- <sup>289</sup> S. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 2 (1968), S. 750 ff.
- <sup>290</sup> S. Hartung (1943), S. 51; Schwabe (1985), S. 309; zu Loebells Entlassung 1919 Bülow (1931), S. 313.

- <sup>291</sup> S. Schumacher (1978), S. 265.
- <sup>292</sup> S. z. B. Goetz' Ausführungen in der Vorstandssitzung des LBüR Sachsen am 24. 11. 1919; Protokoll in BA, Nl. Goetz Nr. 61, und Fabian an Goetz, 1. 12. 1919, ebda. Nr. 62; vgl. auch Loebells rechtfertigende Darstellung seiner Haltung in der preußischen Wahlrechtsfrage während des Krieges in einem Schreiben an S. Marx v. 16. 12. 1919; Abschrift ebda. – Goetz selbst allerdings gewann bald den Eindruck, daß Loebell »der rechte Mann ist« (Tagebuchnotiz Goetz' v. 3. 2. 1920; BA, Nl. Goetz Nr. 30).
- <sup>293</sup> Fabian an Goetz, 1. 12. 1919; a. a. O.; vermutlich scheiterte dies am Widerspruch Loebells oder praktischen Hindernissen wie dem Umstand, daß die Vizepräsidenten nicht in Berlin ansässig waren.
- <sup>294</sup> Antrittskundgebung Loebells v. 23. 12. 1919; abgedruckt in: Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung (1920), S. 6ff. – Loebell wurde von der 3. Bundesversammlung des RBüR im Juli 1920 als Präsident bestätigt, zu Vizepräsidenten des RBüR Meyer-Absberg (München), Pfaff (Berlin) und Schmidt (Elberfeld) gewählt; s. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 10 v. 16. 7. 1920, S. 7.
- <sup>295</sup> Loebell an Max M. Warburg, 3. 1. 1920; BA, Nl. Loebell Nr. 22, Bl. 6.
- <sup>296</sup> Schumacher (1978), S. 265.

## 7. Kapitel

- <sup>1</sup> Troeltsch (1924), S. 91, in einem Artikel vom 19. 12. 1919.
- <sup>2</sup> S. Kartellrundschaue 17 (1919), S. 419; zur Verbandsentwicklung im übrigen die laufende Berichterstattung ebda.; zur Konzentrationsbewegung Feldman (1974); ders. (1977), S. 113 ff., 210 ff. u. ö.; Bieber (1981), S. 772 ff.
- <sup>3</sup> Zu den Auseinandersetzungen um die Sozialisierung s. v. Oertzen (1963), S. 194 ff.; Potthoff (1979), S. 102 ff. und 123 ff.; Bieber (1981), S. 685 ff.; Winkler (1984), S. 191 ff.
- <sup>4</sup> Rathenau an Moscherosch, 19. 4. 1919; abgedruckt in: Rathenau, Politische Briefe (1929), S. 239.
- <sup>5</sup> So der Vors. des Brandenburgischen Landbundes im Nov. 1919; zitiert bei Flemming (1978), S. 202.
- <sup>6</sup> So der Leiter der Geschäftsstelle Darmstadt des Hessischen Bauernbundes in einer Rede vor der Ortsgruppe Reichenbach/Odenwald am 9. 11. 1919; zitiert nach: Hessischer Bauernbund, 1. Jg. Nr. 3 v. 16. 11. 1919.
- <sup>7</sup> Zur Entwicklung der Landarbeitergewerkschaften nach 1918 s. Schumacher (1978), S. 294 ff.; Flemming (1978), S. 163; Potthoff (1979), S. 163; Bieber (1981), S. 779.
- <sup>8</sup> Flemming (1978), S. 224; s. auch ebda. S. 161 ff.
- <sup>9</sup> Dem Pommerschen Landbund dienten sie im Frühsommer 1919 nur noch dazu, die Arbeiterräte in den Städten endgültig matt zu setzen. Analog zum Vorgehen zahlreicher Bürgerräte empfahl Dewitz, gleiche Rechte für die Bauern- und Landarbeiterräte wie für die Arbeiterräte zu verlangen und diesen gleichzeitig jede Tätigkeit auf dem Lande zu untersagen. S. Dewitz an Gerh. Flicßbach, 27. 5. 1919; IISG, Nl. Braun Nr. 29.
- <sup>10</sup> S. Flemming (1978), S. 169 ff.; auch zum folgenden; die Zahlenangaben ebda. S. 230.
- <sup>11</sup> S. Der Landbundgedanke (1919), S. 6.
- <sup>12</sup> Dewitz an Wangenheim, 14. 2. 1919; IISG, Nl. Braun Nr. 59.



- <sup>13</sup> Der Landbundgedanke (1919), S. 3 f.
- <sup>14</sup> Dewitz an Wangenheim, 14. 2. 1919; a. a. O.
- <sup>15</sup> S. Flemming (1978), S. 229.
- <sup>16</sup> S. v. Knebel-Doerberitz an Dewitz, 24. 4. 1919; IISG, Nl. Braun Nr. 59/19.
- <sup>17</sup> S. Der Landbundgedanke (1919), S. 7; Thedieck (1923), S. 30 und 37 ff.; Kersten (1935), S. 61 ff.; Funke-Kaiser (1936), S. 38 ff.; Flemming (1978), S. 230.
- <sup>18</sup> Dieser Terminus wurde besonders emphatisch vom Brandenburgischen Landbund verwendet (s. ebda. S. 206), begegnet aber auch in anderen Agrarorganisationen.
- <sup>19</sup> Aus der Satzung des Brandenburgischen Landbundes zitiert ebda. S. 204.
- <sup>20</sup> S. die Belege ebda. S. 206 f.
- <sup>21</sup> Aus dem Gründungsprotokoll zitiert bei Flemming (1978), S. 195; s. auch Der Landbundgedanke (1919), S. 8 ff.; Bötticher (1925), S. 52.
- <sup>22</sup> S. ebda. S. 57.
- <sup>23</sup> S. Mattheier (1973); Saul (1974), S. 133 ff.
- <sup>24</sup> Als einige seiner Mitglieder 1920 ihre Landarbeiter nach einem Tarifvertrag entlohnten, der vom RP in Köslin verfügt worden war, belegte der Landbund sie mit fünfstelligen Konventionalstrafen. S. den Bericht des LR in Belgard an den Preuß. Landwirtschaftsminister, 16. 9. 1920; IISG, Nl. Braun Nr. 189, und den Bericht über den Streik der Landarbeiter in Hinterpommern vom Mai/Juni 1920; ebda. Nr. 203; s. auch Voß (1964), S. 44 und 52 ff.; Kohler (1976), S. 266 ff.; Schulze (1977), S. 279 f.; Flemming (1978), S. 277 ff.
- <sup>25</sup> S. Pomm. Landbund an den Geschäftsführer der Kreisgruppe Belgard, 7. 5. 1919; IISG, Nl. Braun Nr. 60/8; Bericht über die Gründung der Kreisgruppe Demmin des Pomm. Landbundes am 13. 5. 1919; ebda. Nr. 59/41.
- <sup>26</sup> S. Der Deutsche Bauernntag in Rendsburg 1921 (1922), S. 8 und 91 ff.; Thyssen (1958), S. 345 ff.; Stoltenberg (1962), S. 40; Barmeyer (1971), S. 46 ff.
- <sup>27</sup> S. Thedieck (1923), S. 31 ff.; Jacobs (1957), S. 38 f.
- <sup>28</sup> S. Stoltenberg (1962), S. 42, und die Mitt. Crone-Münzebrocks in: Der Deutsche Bauernntag in Rendsburg 1921 (1922), S. 53. Diesen Zahlenangaben gegenüber scheint einige Vorsicht geboten; das Lexikon zur Parteiengeschichte IV (1986), S. 344, gibt für 1920 nur ca. 450 000 Mitglieder an. Zur Geschichte der Bauernvereine s. Kersten (1925), S. 37 ff.; Thedieck (1923), S. 4 ff.; Funke-Kaiser (1936), S. 51 ff.; Jacobs (1957), S. 7 ff.
- <sup>29</sup> Die Freie Bauernschaft der Rheinprovinz, Ende Februar oder Anfang März 1919 gegründet, firmierte im Untertitel als »Christliche Gewerkschaft zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Landwirtschaft«: s. Jacobs (1957), S. 43 f.; Sander (1971), S. 73. – Zur Gründung des »Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Landwirtschaft des Kreises Kreuznach« strömten Ende März 1919 über 2500 Bauern in das Nahestädtchen; innerhalb kürzester Zeit entwickelte sich dieser Verein zur umfassendsten landwirtschaftlichen Organisation im Kreis. Im benachbarten Kreis Ahrweiler gewann die Kreisbauernschaft im Sommer 1919 innerhalb von vier Wochen über 1000 Mitglieder und verdoppelte ihre Mitgliederzahl innerhalb eines halben Jahres; s. ebda. S. 80 f. und 110.
- <sup>30</sup> S. ebda. S. 74 f.; Flemming (1984), S. 320 ff.
- <sup>31</sup> S. Thedieck (1923), S. 37 ff.; Flemming (1978), S. 196 f.
- <sup>32</sup> S. Funke-Kaiser (1936), S. 49 f.
- <sup>33</sup> So der Syndikus der Handwerkskammer Hannover, Wienbeck, in der Gründungsvers. des Nordwestdt. Handwerkerbundes am 21. 9. 1919, zitiert nach NWDtHZ 24 (1919), S. 153.
- <sup>34</sup> So der Generalsekretär des Nordwestdt. Handwerkerbundes, Vogel, in einem

- Vortrag auf dem Braunschweiger Handwerkertag am 26. 10. 1919; abgedruckt ebda. S. 187; ähnlich ebda. S. 175.
- 35 Wienbeck a. a. O.
- 36 So der Syndikus der Handwerkskammer Aurich vor einem Obermeistertag am 28. 7. 1919; zitiert ebda. S. 133.
- 37 S. ebda. S. 97 und 175.
- 38 S. u. a. Deutsches Handwerksblatt 13 (1919), S. 7, 22, 66f., 74; NWDtHZ 24 (1919), passim.
- 39 Wienbeck a. a. O., S. 153.
- 40 Vogel a. a. O. S. 175.
- 41 S. NWDtHZ 24 (1919), S. 105, 121, 180.
- 42 S. Winkler (1972), S. 67f.
- 43 S. Die Verbände der Unternehmer, Angestellten, Arbeiter und Beamten 1918 (1920), S. 7<sup>\*</sup>; Bock (1932), S. 8 ff.; Wulf (1969), S. 20f.; Winkler (1972), S. 85. – Dem Reichsverband gehörten an die im Deutschen Handwerks- und Gewerbe-kammertag vereinigten Handwerks- und Gewerbekammern, die beruflichen und wirtschaftlichen Zentralverbände des Handwerks, die Zentralverbände der gewerblichen Genossenschaften und der Verband deutscher Gewerbe- und Handwerkervereinigungen.
- 44 Winkler (1972), S. 85. – Als 2. Vorsitzender gehörte dem Reichsverband der Präsident der Handwerkskammer Berlin an, C. Rahardt, der auch zu den Gründungsmitgliedern des Groß-Berliner BÜR gezählt hatte; s. Der Arbeitgeber, Jg. 1919, S. 272; Dt. Handwerksblatt 13 (1919), S. 171 ff.
- 45 So der Syndikus der Handwerkskammer Bromberg; zitiert ebda. S. 157.
- 46 Bei ihnen handelte es sich um »Vereinigungen, die ausschließlich aus Handwerkerkern bestehen, ihre Mitgliedschaft nicht an die Zugehörigkeit zu einem einzigen Gewerbe knüpfen, sondern die Mitgliedschaft allen Angehörigen des Handwerks ohne Rücksicht auf ihren fachlichen Beruf einräumen und... neben der Vertretung allgemein beruflicher Interessen des Handwerks insbesondere die politische Aufklärung und Erziehung... und die Geltendmachung seiner Interessen gegenüber den politischen Parteien zur Aufgabe haben«; so die Definition des Reichsverbands des deutschen Handwerks; s. Der Arbeitgeber Jg. 1920, S. 171; zu Entstehung und Zielsetzung der Handwerkerbünde s. auch Bock (1932), S. 3 ff.
- 47 Entschließung der Gründungsvers. v. 21. 9. 1919, abgedruckt Dt. Handwerksblatt 13 (1919), S. 155.
- 48 Winkler (1972), S. 74; zur Entwicklung und Politik des Bundes s. Wulf (1969), S. 22 ff. u. ö.
- 49 Wienbeck in seinem Referat über Zweck und Ziele des Nordwestdt. Handwerkerbundes in dessen Gründungsvers.; zitiert nach NWDtHZ 24 (1919), S. 153.
- 50 Ebda. S. 142.
- 51 S. Winkler (1972), S. 74.
- 52 NWDtHZ 24 (1919), S. 142; s. auch Bock (1932), S. 97ff., sowie die Äußerung des Syndikus der Handwerkskammer Aurich, »den bürgerlichen Parteien müsse man hinsichtlich ihrer Mittelstandspolitik dauernd scharf auf die Finger sehen«; NWDtHZ 24 (1919), S. 133.
- 53 S. ebda. S. 179 und 193; auch zum folgenden.
- 54 S. NWDtHZ 24 (1919), S. 179. – Auf lokaler und regionaler Ebene gelang dies anscheinend besonders in Schleswig-Holstein. Hier bemühte sich der im Juli 1919 gegründete »Wirtschaftsbund der selbständigen Berufe« mit beträchtlichem Erfolg, sowohl in den einzelnen Orten als auch innerhalb der Provinz

- die Organisationen von Handwerk, Einzelhandel und Gewerbe zusammenzuschließen; s. die einschlägigen Berichte in: Der Schleswig-Holsteiner. Organ des Schleswig-Holsteinischen Wirtschaftsverbandes der selbständigen Berufe, Jg. 1 und 2 (1919/20), passim. Der Bund bezeichnete sich als »Kampfororganisation...«, die alle sozialistischen Angriffe abzuschlagen« habe, falls »sozialistische oder ähnliche Maßnahmen den freien Berufsständen die Existenzberechtigung absprechen wollen«; ebda. 1 (1919), S. 7. – Der Hansabund beschloß Ende 1919, auf zentraler Ebene eine enge Arbeitsgemeinschaft mit den Spitzenverbänden des Handwerks wie des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes herbeizuführen; s. ebda. 1 (1919), S. 184 und 200; dass. 2 (1920), S. 6 und 23.
- <sup>55</sup> Mitgliederzahlen für die Anfangsjahre der Weimarer Republik waren nicht zu ermitteln; für spätere Jahre s. unten S. 372.
- <sup>56</sup> Rhein. Ärzte-Korr. 17 (1919), S. 100.
- <sup>57</sup> S. u. a. die Diskussion auf dem bayerischen Rätekongreß am 6. 3. 1919; Sten.-Ber. über die Verh. des Kongresses der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte v. 25. 2. – 8. 3. 1919 in München, S. 143 ff.; Hirschfeld (1919); dazu Parlow (1967), S. 64 ff.
- <sup>58</sup> S. Westdt. Ärzte-Zeitung 10 (1919), S. 133 ff.; Rhein. Ärzte-Korr. 17 (1919), S. 131 ff.; Ärtzl. Mitt. 20 (1919), S. 275 f. und 539 ff., sowie die Resolutionen des 41. Deutschen Ärztetages v. Oktober 1919 in Eisenach, abgedruckt u. a. Westdt. Ärzte-Zeitung 10 (1919), S. 215 ff.; Möllers (1923), S. 62 f.; dort weitere Literaturhinweise.
- <sup>59</sup> Hamburger Ärzte-Corr. 22 (1919), S. 97; s. auch den Beschluß des Ärztlichen Vereins Frankfurt v. 11. 8. 1919, abgedruckt Westdt. Ärzte-Zeitung 10 (1919), S. 133; »Gewerkschaftliche Organisation«, in: Bayer. Ärtzl. Corr.bl. 22 (1919), S. 40 ff.; Berliner Ärzte-Korr. 24 (1919), S. 13 f., 47, 111; Niedersächs. Ärztezeitung 2 (1920), S. 9. – Die Orientierung an der Arbeiterbewegung zeigt sich auch darin, daß gelegentlich die gewerkschaftliche Forderung nach dem 8-Stundentag übernommen wurde, allerdings wohl eher in polemischer Absicht. Der Ärzteverein für den Kreis Preußisch-Eylau führte im Sommer 1919, »dem sozialen Zeitgeist folgend«, den Achtstundentag ein, indem er für seine Mitglieder die Arbeitszeit auf 8 »Pflichtstunden« an Werktagen begrenzte und alle zeitlich darüber hinausgehenden Leistungen als Überstunden zu mindestens doppelten Gebührensätzen abrechnete; s. den Bericht des Eylauer Kreisarztes Dr. Hoppe in: Ärtzl. Mitt. 20 (1919), S. 331 ff.; s. auch Westdt. Ärzte-Zeitung 10 (1919), S. 188; Ärtzl. Vereinsblatt 48 (1919), Sp. 143.
- <sup>60</sup> Hamburger Ärzte-Corr. 22 (1919), S. 316.
- <sup>61</sup> Für Niedersachsen s. Niedersächs. Ärztezeitung, 1. Jg. Nr. 2 v. 15. 8. 1919 u. ö.
- <sup>62</sup> S. Bayer. Ärtzl. Corr.bl. 22 (1919), S. 69 f., 93 f., 101 f., 111 ff.; für München wurde bereits im März 1919 ein eigener Arzteausschuß gewählt; s. ebda. S. 80 f.; zu ähnlichen Entwicklungen in anderen Bundesstaaten s. Niedersächs. Ärzte-Zeitung 1 (1919), S. 21.
- <sup>63</sup> S. Bremer Ärzteblatt Nr. 1 v. 25. 5. 1919, S. 4 ff.
- <sup>64</sup> S. ebda. Nr. 3 v. 29. 6. 1919, S. 27.
- <sup>65</sup> Zur Gründung von Reichsverbänden für Militär- und Assistenzärzte s. Rhein. Ärzte-Korr. 17 (1919), S. 155 ff.; Bayer. Ärtzl. Corr.bl. 23 (1920), S. 18.
- <sup>66</sup> S. Bayer. Ärtzl. Corr.bl. 21 (1918), S. 122 und 146; dass. 22 (1919), S. 75; Rhein. Ärzte-Korr. 17 (1919), S. 100 ff.; Max Flesch, Die Ärzte im Wahlkampf, in: Frankfurter Ärzte-Corr. 10 (1919), S. 51 ff., sowie die Diskussion über die Einrichtung einer »Ärztlichen Zentralstelle für Politik«, in: Ärtzl. Vereinsblatt 48

- (1919), S. 199ff. – Unter den Abgeordneten der Anfang 1919 neu gewählten Parlamente (mit Ausnahme der Kommunalparlamente) blieben Ärzte jedoch selten; s. Seemann (1963), S. 253 ff. Die Ausübung eines Mandats ließ sich mit der Führung einer Privatpraxis kaum vereinbaren; außerdem war die Zahl der Ärzte als Wählergruppe zu gering, als daß die Parteien sonderliches Interesse an Kandidaturen aus ihren Reihen gezeigt hätten. S. Willy Hellpach, *Der Arzt im politischen Leben*, in: *Ärztl. Mitt.* 20 (1919), S. 31 f. – Zur späteren Tätigkeit Alfred Grotjahns als SPD-Reichstagsabgeordneter s. Tutzke (1979), S. 49ff.
- 67 In Frankfurt taten sich im Sommer 1919 »politisch und publizistisch interessierte« Ärzte zu einem »politischen Presseausschuß« zusammen, um eine einheitliche Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen und in Angelegenheiten von kommunaler oder allgemeinpolitischer Bedeutung den politisch tätigen Ärzten eine interfraktionelle Stellungnahme zu ermöglichen; s. Westdt. *Ärzte-Zeitung* 10 (1919), S. 143 und 149. Eine siebenköpfige »staatsbürgerlich-politische Kommission« mit ähnlichem Auftrag richtete auch der Ärzteverein Düsseldorf im Sommer 1919 ein; s. Rhein. *Ärzte-Korr.* 17 (1919), S. 102 f.
- 68 Für Barmen s. ebda. S. 118; für Düsseldorf Tobin (1984), S. 306.
- 69 So ein Mitglied des Ärztlichen Bezirksvereins München in dessen Vollvers. am 27. 5. 1919; s. den Bericht in Bayer. *Ärztl. Corr.bl.* 22 (1919), S. 79; s. auch ebda. S. 95. Für Barmen s. Rhein. *Ärzte-Korr.* 17 (1919), S. 160; für Berlin Berliner *Ärzte-Corr.* 24 (1919), S. 208; s. auch Parlow (1967), S. 58.
- 70 Für Fürth s. Lippert (1921), S. 56.
- 71 S. z. B. Bayer. *Ärztl. Corr.bl.* 22 (1919), S. 163; dass. 23 (1920), S. 11 und 34 f.
- 72 S. Seemann (1963), S. 260 f.
- 73 Für die Apotheker s. *Pharmazeut. Zeitung* 64 (1919), S. 177 f., 185 ff., 203 f., 211 f. u. ö.; Südd. *Apothekerzeitung*, 59. Jg. Nr. 13 v. 14. 2. 19, Nr. 21 v. 14. 3. 19, Nr. 30 v. 15. 4. 19, Nr. 44 v. 3. 6. 19. – Für Ingenieure und Architekten s. K. Klein, *Demokratie, Verwaltungsreform und Technik*, in: *Technik und Wirtschaft* 12 (1919), S. 618; *Der Ingenieur in der Verwaltung* (1919); *Mitt. des Bundes Technischer Berufsstände*, Jg. 1919, passim; *Zs. des VDI* 63 (1919), S. 1018; dass. 64 (1920), S. 52 und 120; für die Anwälte s. die entsprechenden *Mitt. in JW* 48 (1919), S. 230, 492, 660 f., 977.
- 74 Für die Beamtenverbände s. *Die Verbände der Unternehmer, Angestellten, Arbeiter und Beamten 1918* (1920), S. 23 \*; für die Angestelltenverbände s. *Corr.bl.* 29 (1919), S. 437; Kadritzke (1975), S. 209 f.; Speier (1977), S. 143.
- 75 S. oben S. 139.
- 76 S. Hartfiel (1961), S. 152 ff.; *Lexikon zur Parteiengeschichte III* (1985), S. 5 ff.
- 77 S. Schweitzer (1928), S. 40 f.; *Lexikon zur Parteiengeschichte III* (1985), S. 639 ff.; für den Deutschen Richterbund *JW* 48 (1919), S. 980.
- 78 Zur Organisierung der Universitäts-Assistenten s. Niedersächs. Hochschulzeitung Nr. 9 v. 26. 11. 1919, S. 8 f.; für die wissenschaftlichen Beamten s. ebda. Nr. 10 v. 12. 3. 1920, S. 3; für die Ministerialbeamten Runge (1965), S. 82; für die Chemiker *Wingolfs-Blätter* 49 (1919/20), Sp. 59.
- 79 Eine Ausnahme machte die Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie. Nicht die Vorbildung, sondern die berufliche Position war hier konstitutiv für die Mitgliedschaft. Ihr gehörten auch viele Nicht-Akademiker an, namentliche Angestellte der großen Warenhäuser; s. ebda.
- 80 S. *Zentralblatt für Pharmazie* 14 (1918), S. 173; dass. 15 (1919), S. 3, 72 und 122 f.; zur gleichen Abschottung des VDI nach unten s. *Technik, Ingenieure und Gesellschaft* (1981), S. 294 f. – Der Apothekerverband konnte auf diese Weise seine Mitgliederzahl von Kriegsende bis Mitte 1920 nahezu verdoppeln

- und schob sich zahlenmäßig an die Spitze der pharmazeutischen Fachvereinigungen; s. Zentralblatt für Pharmazie 16 (1920), S. 234 und 246.
- <sup>81</sup> Auch einen Konflikt um das Organisationsprinzip freier und abhängig beschäftigter Akademiker konnte der RAB für sich entscheiden. Der Bund der Chemiker und Ingenieure versuchte 1919, sich zu einer Gewerkschaft aller angestellten Akademiker auszuweiten, um deren besondere Interessen sowohl in den Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Gewerkschaften als auch im Betriebsrätegesetz zur Geltung zu bringen. Dies hätte eine Zusammenfassung ebenfalls der beamteten und der freiberuflichen Akademiker nach sich ziehen können, also einen Zerfall der Akademikerorganisationen in drei Gruppen. Um ihn zu verhindern und seine eigene Position als »Gewerkschaft, welche geschlossen die Interessen aller Akademiker vertritt«, zu behaupten, bekämpfte der RAB diese Bestrebungen energisch und am Ende erfolgreich. S. Wingolfs-Blätter 49 (1919/20), Sp. 59, und Unitas 60 (1919/20), S. 113.
- <sup>82</sup> In Bayern z. B. entstand Ende 1919 eine »Arbeitsgemeinschaft der freien geistigen Berufe«; s. Bayer. Äztl. Corr.bl. 22 (1919), S. 184; dass. 23 (1920), S. 2.
- <sup>83</sup> S. das Schreiben des RAB an S. Marx, 17. 11. 1919; Abschrift in BA, NI. Goetz Nr. 62.
- <sup>84</sup> Mit aktiver Beteiligung Pinkerneils wurde im Oktober 1919 eine »Vereinigung der Freunde der christlichen Gewerkschaften unter den deutschen Hochschülern« gegründet; s. Wingolfs-Blätter 49 (1919/20), Sp. 146ff.; Unitas 60 (1919/20), S. 114f.; s. auch unten S. 346.
- <sup>85</sup> Für die DNVP s. Walter Graef, Der Werdegang der DNVP, in: Der nationale Wille (1928), S. 20f.
- <sup>86</sup> S. das »Kulturprogramm« des RAB v. 14. 12. 1918, abgedruckt in: Der Geistige Arbeiter (Königsberg), Nr. 3 v. 1. 2. 1919, S. 20.
- <sup>87</sup> S. die Stellungnahme des RAB, in: Dt. Akad. Zs. 1 (1919), S. 307f., und die Erwiderng des Deutschen Lehrervereins in: ADLZ 49 (1920), S. 13.
- <sup>88</sup> S. Dt. Akad. Zs. 1 (1919), S. 335ff. – Schon im Dezember 1918 hatte der RAB sowohl gemeinsame Kammern für alle akademischen Berufe als auch die »individuelle Ausgestaltung des Rechts in Fragen akademisch ausgebildeter Dienstnehmer« gefordert; s. das soziale Programm des RAB v. 14. 12. 1918, abgedruckt in: Der Geistige Arbeiter (Königsberg), Nr. 3 v. 1. 2. 1919.
- <sup>89</sup> S. Unitas 60 (1919/20), S. 114.
- <sup>90</sup> S. z. B. Curt Biging, Akademiker und Partei, in: Die Glocke 4 (1919), S. 881ff.; Zepler (1919); Hoffmann (1972), S. 245; Ludwig (1974), S. 36f.; Bieber (1981), S. 789 und 1115f. – Vgl. auch Stresemanns Kritik an der »ganz falschen Einstellung« der Akademiker, »zu den sog. gehobenen Ständen zu gehören«, und ihrer völligen Distanzierung von der Arbeiterbewegung vor der Revolution in seiner Rede vor dem Verein deutscher Studenten in Berlin am 6. 7. 1926 in Berlin; in: Stresemann, Reden und Schriften, II (1926), S. 277f.
- <sup>91</sup> S. Unitas 60 (1919/20), S. 113f.
- <sup>92</sup> S. Wingolfs-Blätter 49 (1919/20), Sp. 60.
- <sup>93</sup> S. Graf v. Walderssee, 10 Jahre NDO, in: Gedenkschrift des Nationalverbandes Deutscher Offiziere zum 10jährigen Bestehen (1928) (ohne Seitenzählung).
- <sup>94</sup> Zur Gründung des Offiziers- und Beamtenbundes Niedersachsen s. Mil. WBl. 103 (1918/19), Sp. 1630; zum Zusammenschluß der Sanitätsoffiziere ebda. Sp. 2088, der Militärflieger ebda. Sp. 2101ff.; zur Gründung des Landesverbandes bayerischer Militäräpotheker: Süddt. Apotheker-Zeitung, 59. Jg. Nr. 10 v. 4. 2. 1919; zur Entwicklung des Decksoffiziersbundes Kässner (1932), S. 182ff., des »Stahlhelm« v. Galera (1932), S. 105f.; Berghahn (1966), S. 26f.

- <sup>95</sup> S. Mil. WBl. 103 (1918/19), Sp. 2171 ff., 2176 ff., 2317 ff., 2359 f., 2391 ff., 2397 ff., 2697 ff.; Huber, Bd. VI (1981), S. 608 f. Daß die Nähe zum Rätegedanken der Sozialisten, in die sie sich hiermit begaben, die Offiziere irritierte, ist daran abzulesen, daß sie die Möglichkeit, diese Institution als »Zentralrat« zu bezeichnen, weit von sich wiesen; s. Mil. WBl. 103 (1918/19), Sp. 2490.
- <sup>96</sup> Ebda. Sp. 1608; zu seinen Protesten gegen die Friedensbedingungen und den Versailler Vertrag s. ebda. Sp. 2084 und 2802.
- <sup>97</sup> S. ebda. Sp. 2175 f.; Graf v. Waldersee, 10 Jahre NDO, a. a. O.
- <sup>98</sup> Es erklärte sich sogar mit der Einrichtung einer »Gutachterstelle« aus Mitgliedern des DOB einverstanden, die »in den wesentlichen Fragen, die die Offiziere betreffen«, beratend herangezogen werden sollte, also als informelle Vorstufe der Heereskammer gelten konnte. Die Spannungen zwischen DOB und Nationalverband sowie zwischen diesen und dem preußischen Kriegsministerium wurden durch diese Einrichtung freilich noch weiter verschärft. Der entsprechende Erlaß des preußischen Kriegsministers v. 30.4.1919 ist zitiert in: Mil. WBl. 103 (1918/19), Sp. 2572 f.; zu den Spannungen zwischen Nationalverband, DOB und Ministerium s. ebda. Sp. 2719 ff.
- <sup>99</sup> S. die Gründungsmitteilungen ebda. Sp. 2293, 2313, 2563 f., 2774 und 2835.
- <sup>100</sup> Krieger-Zeitung, 43. Jg., Nr. 87 v. 3. 8. 1919.
- <sup>101</sup> S. Mitteilungen des Deutschen Kriegerbundes. Beilage zur Krieger-Zeitung, 43. Jg. Nr. 23/24 v. 16. 3. 1919, S. 93, und Krieger-Zeitung 43 (1918/19), passim; außerdem Elliott (1975).
- <sup>102</sup> S. Kriegerzeitung Nr. 88 v. 6. 8. 1919; s. auch Diehl (1971), S. 178.
- <sup>103</sup> S. Kriegerzeitung Nr. 88 v. 6. 8. 1919; Diehl (1971), S. 179.
- <sup>104</sup> S. Mitteilungen des Deutschen Kriegerbundes. Beilage zur Krieger-Zeitung, 43. Jg. Nr. 45 v. 17. 8. 1919, S. 175.
- <sup>105</sup> Er ging aus dem Ende 1918 gegründeten Reichsverband deutscher aktiver Unteroffiziere hervor; s. Die Geschichte des deutschen Unteroffiziers (1939), S. 551.
- <sup>106</sup> Das Programm des RFB ist abgedruckt bei Endres (1919), S. 42 f.; Schüddekopf (1955), S. 97 f.; Zwischen Revolution und Kapp-Putsch (1977), S. 177 f., Anm. 1; s. auch Carsten (1966), S. 82; Wohlfeil (1979), S. 169; Wette (1987), S. 378 f.
- <sup>107</sup> Genauere Zahlen für 1919 waren nicht zu ermitteln; sonderlich groß dürften sie jedoch kaum gewesen sein; s. z. B. die Meldung des Führers des I. Bataillons des Reichswehr-Inf. Reg. 19 v. 4. 1. 1920 über den Zustand seiner Truppe, abgedruckt in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch (1977), S. 301. – Etwas höher scheinen anfänglich die Mitgliedszahlen des Decksoffiziersbundes gelegen zu haben; s. Lewis (1969), S. 250 f.
- <sup>108</sup> Lüttwitz an Noske, 11. 7. 1919; zitiert bei Carsten (1966), S. 83. – »Denunziation, Hinterträgerei, Verdächtigungen und Gesinnungslumperei sind die unausbleibliche Folge«, formulierte das Mil. WBl. 104 (1919/20), Sp. 80, denselben Gedanken noch schärfer. S. auch den Artikel von Freytag-Loringhoven ebda. Sp. 161 ff. – Groener war ebenfalls ein »scharfer Gegner« des RFB; s. sein Schreiben an Major v. Falkenhausen v. 7. 8. 1919; abgedruckt in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch (1977), S. 188.
- <sup>109</sup> Leutnant Müller-Brandenburg in einem Vortrag vor der SPD-Fraktion der Nationalversammlung am 28. 10. 1919; zitiert nach: Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung (1986), S. 184.
- <sup>110</sup> S. Graf v. Waldersee, 10 Jahre NDO; a. a. O.
- <sup>111</sup> S. Noskes Erklärung v. 17. 7. 1919, abgedruckt in: Zwischen Revolution und

- Kapp-Putsch (1977), S. 177 ff.; s. auch seinen Befehl v. 12. 2. 1920 über die Zugehörigkeit zum RFB und anderen Vereinen, ebda. S. 334 f.; ferner Wette (1987), S. 381 ff.
- <sup>112</sup> Müller-Brandenburg, a. a. O.
- <sup>113</sup> Beschluß des SPD-Vorstandes vom November 1919; s. Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung (1986), S. 190; s. auch die Ausführungen Wels' und Scheidemanns in der Sitzung des SPD-Parteiausschusses v. 13. 12. 1919, in: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912–21. Nachdrucke, Bd. 2 (1980), S. 704 f. und 725.
- <sup>114</sup> S. Noske (1920), S. 199; Carsten (1966), S. 83 f. und 104 ff.; Das Kabinett Bauer (1980), S. 470; Wette (1987), S. 544 ff.; für die Marine: Kässner (1932), S. 141.
- <sup>115</sup> Müller-Brandenburg, a. a. O.
- <sup>116</sup> S. unten S. 331 f.
- <sup>117</sup> S. Kolbe (1987), S. 328 f.; Herz/Halfbrodt (1988), S. 197.
- <sup>118</sup> Beispiele für Essen bei Kromberg (1968), S. 113 f.; für Düsseldorf bei Gemein (1969), S. 18 f.; vgl. auch Troeltsch (1924), S. 53.
- <sup>119</sup> S. Lexikon zur Parteiengeschichte I (1983), S. 263.
- <sup>120</sup> Kundgebung zur Notlage des deutschen Wirtschaftslebens, veranstaltet vom Deutschen Handwerks- und Gewerbeamt, DIHT, Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, RDI, Zentralverband des deutschen Großhandels und der Arbeitsgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, 13. 3. 1919; in: DIHT, Mitt. an die Mitglieder, 59. Jg. Nr. 3 v. 10. 4. 1919.
- <sup>121</sup> S. Lexikon zur Parteiengeschichte IV (1986), S. 329.
- <sup>122</sup> Für die Beamten s. DBB, Ursprung – Weg – Ziel (1968), S. I/35; für die Rechtsradikalen und Antisemiten Lohalm (1970), S. 127 f.; Jochmann (1971), S. 458 und 462; Auerbach (1977), S. 10.
- <sup>123</sup> S. Graf v. Waldersee, 10 Jahre NDO; a. a. O.; Kruppa (1988), S. 99; zur Propagierung von Massenversammlungen s. auch Mil. WBl. 103 (1918/19), Sp. 2478.
- <sup>124</sup> S. v. Hehl (1987), S. 170.
- <sup>125</sup> S. Hürten (1984), S. 114 f.
- <sup>126</sup> S. DBB, Ursprung – Weg – Ziel (1968), S. I/36 und 97.
- <sup>127</sup> S. die Auszüge aus dem Tagebuch der Bayer. Schützen-Brigade 21, abgedruckt in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch (1977), S. 317, sowie den Brief Rudolf Heß' v. 18. 1. 1920, in: Heß (1987), S. 285 f. – Zur Propagierung dieses Kampfmittels s. Zimmermann (1919), S. 7.
- <sup>128</sup> Gen. z. D. Herhudt v. Rohden in: Mil. WBl. 103 (1918/19), Sp. 2478.
- <sup>129</sup> S. die Aufzeichnung des 1. Generalstabsoffiziers des Freikorps Maercker v. März 1919, in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch (1977), S. 71 ff.; Frank (1934), S. 71, sowie die Abbildungen in: Ein Jahr bayerische Revolution im Bilde (1920), S. 35, und Herz/Halfbrodt (1988), S. 208 ff.
- <sup>130</sup> S. Erger (1967), S. 71.
- <sup>131</sup> S. F. Schmidt (1935), S. 77 f.
- <sup>132</sup> S. Brammer (1919), S. 3 f.; Erger (1967), S. 71. Mackensen wurde in Nürnberg außer von Reichswehreinheiten auch von einer großen Menschenmenge begrüßt; s. F. Schmidt (1935), S. 78.
- <sup>133</sup> S. unten S. 381 f.
- <sup>134</sup> S. z. B. NWDtHZ 24 (1919), S. 179.
- <sup>135</sup> S. Technik und Wirtschaft 12 (1919), S. 112 ff.
- <sup>136</sup> Für Hessen s. z. B. Schön (1972), S. 17; vgl. auch oben S. 179.
- <sup>137</sup> Technik und Wirtschaft 12 (1919), S. 112; s. auch Eyck (1919), S. 23. – Die Berliner Ortsgruppe des Bundes Technischer Berufsstände richtete daher bereits

- im Frühjahr 1919 Rhetorikkurse ein, die 10 Wochen dauerten und einmal wöchentlich stattfanden; s. Mitt. des Bundes Technischer Berufsstände, Nr. 8 v. 19. 2. 1919, S. 2; Nr. 17 v. 10. 5. 1919, S. 1; Nr. 20 v. 31. 5. 1919, S. 6; Nr. 27 v. 19. 7. 1919, S. 8; Nr. 37 v. 27. 9. 1919, S. 8.
- <sup>138</sup> S. Bieber (1981), S. 739 ff.; zu ähnlichen Einrichtungen des rechtsradikalen Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes s. Lohalm (1970), S. 127.
- <sup>139</sup> Zur Beteiligung von Mitgliedern des Münchener BÜR s. Maser (1965), S. 133 ff.; Steger (1980), S. 118 ff.; zur Rolle Hitlers als Propagandaredner Deuerlein (1959); Phelps (1963); Douglas (1968), S. 30 f. und 45 ff. sowie die Dokumente bei Jäckel (1980), S. 92 ff.
- <sup>140</sup> Für die DDP s. Bowers (1973), S. 23 f. und 53 ff.; für die DNVP Liebe (1956), S. 42 ff.; Lexikon zur Parteiengeschichte II (1984), S. 480 ff.; allgemein Koszyk (1972), Kap. 6.
- <sup>141</sup> Zur Berliner Staatsbürgerschule der DDP, die im Dezember 1918 gegründet wurde und aus der später die Deutsche Hochschule für Politik hervorging, s. Luckemeyer (1975), S. 267 f.; zum konservativen, von Martin Spahn geleiteten Politischen Kolleg, aus dem 1922 die »Hochschule für nationale Politik« hervorging, s. Klemperer (1957), S. 121; Lexikon zur Parteiengeschichte III (1985), S. 158 ff.
- <sup>142</sup> S. Gemein (1969), S. 17; für die Hamburger DNVP Behrens (1973), S. 87; zum Kontext Ritter (1970), S. 350 ff.
- <sup>143</sup> Siehe vor allem Lohalm (1970), S. 15 ff.; Jochmann (1971), S. 455.
- <sup>144</sup> S. Schumacher (1978), S. 310; Flemming (1978), S. 225; ders. (1984), S. 321; vgl. auch Troeltsch (1924), S. 70.
- <sup>145</sup> Hilfsweise drängten sie auf förmliche Anerkennung der landwirtschaftlichen Betriebe als lebenswichtig, damit bei Streiks die Tenos eingesetzt werden konnte; tatsächlich wurde nach deren Gründung im Herbst 1919 so verfahren. S. Bericht über die Gründung der Kreisgruppe Demmin des Pommerschen Landbundes am 13. 5. 1919; IISG, Nl. Braun Nr. 59/41, und Schumacher (1978), S. 311 f.
- <sup>146</sup> S. Protokoll der Sitzung der württ. Reg. v. 4. 4. 1919; HStA Stuttgart, E 130 b Bü 214; Scheck (1981), S. 225; s. auch das bei Cordes (1978), S. 146, abgedruckte Flugblatt der württembergischen Staatsregierung v. 5. 4. 1919.
- <sup>147</sup> S. die Protokolle der württ. Kabinettsitzungen v. 3. und 5. 5. 1919; HStA Stuttgart, E 130 b Bü 214; für die Proteste aus der Arbeiterschaft die Resolution der Stuttgarter Arbeiterräte v. 29. 4. 1919, in: Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19 (1976), S. 354; s. auch Scheck (1981), S. 262.
- <sup>148</sup> S. die Antwort des bayerischen Innenministers Endres auf eine Anfrage des Abg. Strathmann, 17. 7. 1919; BayHStA, MInn 66261.
- <sup>149</sup> S. den Auszug aus dem Protokoll der Kabinettsitzung v. 27. 8. 1919; BayHStA, MInn 71707; s. auch Schumacher (1978), S. 310 f.
- <sup>150</sup> S. ebda. S. 311 f.; Stoltenberg (1962), S. 42; für Württemberg den Bericht des Württ. Landesbauernrats an das Staatsministerium v. 27. 7. 1919; HStA Stuttgart, E 130 a Bü 195, sowie die Berichte des Württ. Landesbauernrats v. 20. und 24. 8. 1919; HStA Stuttgart, E 130 a Bü 202.
- <sup>151</sup> Aus der Zs. des Deutschen Landwirtschaftsrats v. April 1920 zitiert bei Flemming (1978), S. 208, Anm. 190. Der Beschluß wurde von Regionalorganisationen wörtlich übernommen; für den Landbund der Provinz Sachsen z. B. s. Schunke (1956), S. 19.
- <sup>152</sup> S. Flemming (1978), S. 208.
- <sup>153</sup> S. Runge (1965), S. 62 f.



- <sup>154</sup> S. Winters (1919); Kulemann (1919), S. 59 ff.; Schweitzer (1928), S. 80 ff.; Hoffmann (1972), S. 81 ff.; Hattenhauer (1980), S. 315 ff.; Ortwein (1985), S. 153.
- <sup>155</sup> Gemeinsames Schreiben des Verbandes der staatlichen Beamten, Lehrer und Unterbeamten sowie des Verbandes von Vereinigungen hoher geprüfter Staatsbeamten an die württ. Staatsregierung, 24. 4. 1919; HStA Stuttgart, E 130a Bü 195.
- <sup>156</sup> S. Hollenberg (1979), S. 411. – Der Hamburger Beamtenrat beschloß, sich abwartend zu verhalten und seine Stellungnahme vorzubehalten, weil sonst »die eine Partei gestärkt und dadurch keine Ruhe geschaffen, sondern vielmehr zu einer Machtprobe herausgefordert« würde. Protokoll der Sitzung des BeR Hamburg am 2. 5. 1919; StA Hamburg, Beamtenrat 17 Bd. 1.
- <sup>157</sup> Bayer. Beamten- und Lehrerbund an die bayer. Staatsreg., 28. 8. 1919; BayHStA, MInn 65282; s. auch deren Antwort v. 14. 11. 1919, ebda. – Ähnlich vage gehalten war ein Beschluß des Ortskartells der Breslauer Beamten und Lehrer, die sich Ende Juni 1919 zum Abwehrstreik verpflichteten »für den Fall einer Vergewaltigung von Beamten in ihrer Amtsführung und persönlichen Freiheit«. Nach Meinung mancher Beamten trat dieser Fall schon bei Verwaltungsreformen ein, die die überkommenen Zustände veränderten, sogar schon, »wenn Lehrer sich dazu versteigen, die Absetzung alle Rektoren und Hauptlehrer zu verlangen«. Zitiert in: Die Schulpflege 25 (1919), S. 231.
- <sup>158</sup> Im September erklärte auch der Deutsche Richterbund den Ordnungs- oder Existenzstreik für vereinbar mit der Stellung des Richtertums, lehnte allerdings genauere Richtlinien über die Voraussetzungen hierfür ab; sie wurden den Lokalverbänden überlassen; s. JW 48 (1919), S. 980.
- <sup>159</sup> Bayer. Beamten- und Lehrerbund an den sozialdemokratischen Verein für die Reichstags-Wahlkreise München I und II, 14. 5. 1919; BayHStA, MInn 65282.
- <sup>160</sup> S. Hoffmann (1973), S. 60 und 72; s. auch Brecht (1966), S. 378 ff.
- <sup>161</sup> Für die Apotheker s. z. B. den Beschluß des Vereins Stuttgarter Apotheker, bei einem Generalstreik der Arbeiterschaft die Apotheken unter Einhaltung des Nachdienstes geschlossen zu halten; abgedruckt in: Süddt. Apotheker-Zeitung Jg. 59 Nr. 26 v. 1. 4. 1919.
- <sup>162</sup> S. Berliner Ärzte-Korr. 24 (1919), S. 67, 91 f., 95 f., 99 f., 106 ff., 114 f., 120; s. auch BT v. 11. 6. 1919, Morgenausgabe; Parlow (1967), S. 60.
- <sup>163</sup> S. Äztl. Mitt. 20 (1919), S. 236 f.; Äztl. Vereinsbl. 48 (1919), Sp. 38 ff.; Süddt. Apothekerzeitung, Jg. 59 Nr. 26 v. 1. 4. 1919; Medizin. Corr.bl. des Württ. ärztl. Landesvereins 89 (1919), S. 215 f.; Bericht über die Sitzung des Äztl. Vereins Frankfurt am 1. 12. 1919, in: Westdt. Ärzte-Zeitung 10 (1919), S. 285.
- <sup>164</sup> Beschluß des Ärztlichen Vereins Bremen, abgedruckt in: Bremer Ärzteblatt 2 (1920), S. 31. – Möglicherweise haben mitunter einzelne Ärzte zur Durchsetzung konservativer Moralvorstellungen ärztliche Dienstleistungen verweigert oder sich gar als Hilfspolizisten betätigt. Ein Neustettiner Arzt z. B. machte per Zeitungsannonce zum Jahreswechsel 1919/20 bekannt, seit der »Sozi-Wirtschaft... durch die Fleiß und Arbeit verhöhnt, Faulheit, Bummel und Liederlichkeit unterstützt« würden, mehrten sich »in unglaublicher Weise die Fälle, daß liederliche Mädchen und schamlose Weiber« mit Abtreibungswünschen kämen. »Um diesen ekelhaften, modernen Zumutungen ein Ende zu machen«, teilte er mit, er werde die Betroffenen künftig »nicht mehr einfach herausschmeißen, sondern direkt der Staatsanwaltschaft zur Anzeige bringen«. Abgedruckt in: Westfäl. Polit. Nachrichten Nr. 1195 v. 10. 1. 1920 mit dem Kommentar, diese Erklärung träfe »viele Nägel auf den Kopf«. Ob und ggfs. in welchem Ausmaß dergleichen geschehen ist, dürfte kaum noch zu ermitteln sein. Wahrscheinlich handelte es sich aber nicht um leere Drohungen.

- <sup>165</sup> Ärztl. Mitt. 20 (1919), S. 261; für entsprechende Drohungen Berliner Krankenhausärzte s. Berliner Lokalanzeiger Nr. 475 v. 6. 10. 1919.
- <sup>166</sup> Zu einem Ärztestreik in Hagen im Mai 1920 z. B. s. Lambers (1962), S. 95; s. auch Zentralbl. der christl. Gewerkschaften 20 (1920), S. 108 f. und 134.
- <sup>167</sup> So eine Resolution des Verb. Sächs. Industrieller v. 12. 5. 1919; abgedruckt in: Bericht über die 15. ord. Hauptvers. des Verb. Sächs. Industrieller am 12. 5. 1919 in Dresden, S. 118.
- <sup>168</sup> Geschäftl. Mitt. für die Mitglieder des RDI, Nr. 3 v. 27. 9. 1919; s. auch Mitt. des RDI, Nr. 269 v. 23. 8. 1919, S. 380 f.; Westfäl. Polit. Nachrichten Nr. 1183 v. 18. 10. 1919.
- <sup>169</sup> S. z. B. für die Hamburger Großwerft Blohm & Voß Bieber (1985), S. 149 f.
- <sup>170</sup> Geschäftl. Mitt. für die Mitglieder des RDI, Nr. 3 v. 27. 9. 1919.
- <sup>171</sup> S. Winkler (1972), S. 111 ff.
- <sup>172</sup> S. oben S. 212 ff.
- <sup>173</sup> Protokoll über eine gemeinsame Sitzung von Vertretern des RBüR (Wessel, Ehrhardt, Müller), der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landwirte (Steiger-Wardin, Broecker), des Pomm. Landbundes (Dewitz), Deutschen Bauernbundes (Reinau), BDI (Roesicke, Schmülling), Heimatschutz (Bernstorff, v. Reibnitz u. a.), christlichen Gewerkschaften (Knoll) u. a. m., 15. 5. 1919 in Berlin; HSG, Nl. Braun Nr. 59/34.
- <sup>174</sup> Korr. der DNVP, 2. Jg. Nr. 94 v. 26. 4. 1919.
- <sup>175</sup> S. Stadler, Als Antibolschewist (1935), S. 164.
- <sup>176</sup> Der oben S. 286 zitierte Beschluß des Deutschen Landbundes vom Februar 1920 legt diesen Verdacht nahe. – Zur Nationalen Vereinigung s. Erger (1967), S. 85 ff.; Lexikon zur Parteiengeschichte III (1985), S. 397 ff.
- <sup>177</sup> S. Franke (1924), S. 51, 134 f. und 175 ff.; Heimsoth (1930), S. 15 und 22; Heinz (1930), S. 27; Salomon (1930), S. 113; ders. (1938), S. 14; Hotzel (1934), S. 345 ff.; Schüddekopf (1955), S. 65 f. und 87 f.; Vogt (1974), S. 209; Aufzeichnung des 1. Generalstabsoffiziers des Freikorps Maercker v. März 1919, a. a. O.
- <sup>178</sup> Dies wird besonders deutlich in dem gelegentlichen Vorwurf an das Bürgertum, kein »Gefühl der Bürgerklasse« entwickelt zu haben; so Franke (1924), S. 51; ähnlich v. Pöllnitz (1938), S. 87; s. auch G. Schulz (1975), S. 186 ff.
- <sup>179</sup> S. z. B. Anker (1923), S. 218 ff.; Schüddekopf (1973); Vogt (1974), S. 217 ff.
- <sup>180</sup> S. u. a. Bochow (1933), S. 14 f.; Waite (1970), S. 265 ff.
- <sup>181</sup> So der 1. Generalstabschef des Freikorps Maercker in einer Aufzeichnung vom März 1919; abgedruckt in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch (1977), S. 72.
- <sup>182</sup> S. z. B. Groeners Denkschrift zur »Beurteilung der Lage Deutschlands nach dem Frieden« v. Juli 1919; BA/MA, N 42/12; teilweise abgedruckt bei Groener (1957), S. 517 f.
- <sup>183</sup> Otto Braun in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums am 14. 4. 1919; BA, Nl. Südekum 105; s. auch Wette (1987), S. 512.
- <sup>184</sup> S. Bieber (1981), S. 1089 f., Anm. 242.
- <sup>185</sup> Der bayerische Freikorpsführer v. Epp z. B. weigerte sich nach der militärischen Zerschlagung der Räterepublik, das Kommando über seine Einheit abzugeben, wobei ihn die Münchener Reichswehr unterstützte, auch um die Autorität der sozialdemokratisch geführten Landesregierung zu untergraben; s. Frank (1934), S. 90; Heinz Schauwecker, Freikorps von Epp, in: Hotzel (1934), S. 188 f.; Kritzer (1969a), S. 133 ff.; Nusser (1970), S. 844 ff.; Wohlfeil (1979), S. 70 ff.; Steger (1980), S. 111 ff.; s. auch Gumbel (1924), S. 22 ff.; zu Meutereien der Baltikumtruppen Wette (1987), S. 561 f.

- <sup>186</sup> S. Volkmann (1930), S. 315 ff.; Thaer (1958), S. 313 f.; Carsten (1966), S. 44 ff.; Erger (1967), S. 17 ff.; Vogt (1974), S. 212 ff. und 255 ff.; Diehl (1977), S. 53; Wohlfeil (1979), S. 90 f.; Wette (1987), S. 477 ff.
- <sup>187</sup> Tagebuchnotiz Groeners v. 21. 8. 1919; BA/MA, N 46/25, Bl. 133.
- <sup>188</sup> Groener in einem Lagevortrag im Gr. HQu. am 19./20. 5. 1919; BA/MA, N 42/12, Bl. 48 a; abgedruckt in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch (1977), S. 125.
- <sup>189</sup> Denkschrift Groeners über Entstehung und Wirken der Kreiskommissare, Juni 1919; BA/MA, N 42/12, Bl. 219 ff.; s. auch Bieber (1981), S. 738 f.
- <sup>190</sup> Reinhardt an v. d. Goltz, 2. 1. 1920; zitiert bei Carsten (1966), S. 75; vgl. auch Schüddekopf (1955), S. 69 ff.
- <sup>191</sup> Tagebuchaufzeichnung Groeners v. 9. 7. 1919; a. a. O. Bl. 108.
- <sup>192</sup> Groener in einem Vortrag vor den Verbindungsoffizieren der OHL am 12. 7. 1919 im Gr. HQu.; BA/MA, N 42/12, Bl. 147; s. auch Carsten (1966), S. 51 f.; Rakenius (1977), S. 232 f.; Bieber (1981), S. 742.
- <sup>193</sup> Zur Entlassung Reinhardts im Dezember 1919 s. Reinhard (1933), S. 119 ff.; Wette (1987), S. 583 ff.; Kruppa (1988), S. 110 ff.
- <sup>194</sup> Groener in einem Vortrag vor den Verbindungsoffizieren der OHL am 12. 7. 1919 im Gr. HQu.; a. a. O.; zitiert bei Bieber (1981), S. 737.
- <sup>195</sup> Vortrag Groeners im Gr. HQu. am 18. 8. 1919; abgedruckt in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch (1977), S. 193 ff.
- <sup>196</sup> Ebda. S. 195.
- <sup>197</sup> Groener in einem Vortrag vor den Verbindungsoffizieren der OHL am 12. 7. 1919; a. a. O.
- <sup>198</sup> S. Westf. Polit. Nachrichten Nr. 1180 v. 27. 9. 1919; für gleiche Vorfälle in Greifswald und Stolp s. Der Aufrechte 1 (1919), S. 291; s. auch Deutsche Politik, Jg. 1919, S. 354; ADLZ 48 (1919), S. 677 f.; Kraul (1984), S. 151 f.
- <sup>199</sup> Der Erlaß v. 16. 10. 1919 ist abgedruckt in: Berliner Lokalanzeiger Nr. 511 v. 25. 10. 1919; auszugsweise in ADLZ 48 (1919), S. 756.
- <sup>200</sup> S. Der Föhn, Jg. 1 Heft 22/23 (Nov./Dez. 1919), S. 22 f.; Die Schulpflege 25 (1919), S. 375.
- <sup>201</sup> S. Huber, Bd. VI (1981), S. 946 ff.
- <sup>202</sup> S. Der Föhn, a. a. O., S. 21 f.; ADLZ 48 (1919), S. 677 f. und 680; Die Schulpflege 26 (1920), S. 179; Der freie Lehrer 2 (1920), S. 111; Konrad Haenisch, Schulstreiks, in: Die Schulpflege 26 (1920), S. 271 f.
- <sup>203</sup> S. Berliner Lokalanzeiger Nr. 451 v. 23. 9. 1919; Westf. Polit. Nachrichten Nr. 1181 v. 6. 10. 1919; RBü 1 (1919/20), S. 58 f.; ADLZ 48 (1919), S. 680.
- <sup>204</sup> S. ADLZ 49 (1920), S. 331 f.; Der Volksschullehrer 14 (1920), S. 267.
- <sup>205</sup> S. W. Mann (1957), S. 52 f.
- <sup>206</sup> S. unten S. 337.

## 8. Kapitel

- <sup>1</sup> Für Ulm z. B. Ernst (1970), S. 168.
- <sup>2</sup> S. die Verordnung des bayerischen Sozialministers v. 17. 2. 1919 über die Einrichtung von Fachabteilungen für »geistige Arbeiter« bei den Hauptarbeitsämtern; veröffentlicht in Bayer. Staatsanzeiger v. 18. 2. 1919; Der Wagenlenker, Probenummer v. 22. 3. 1919, S. 15; s. auch die Bekanntmachung des Reichsbundes geistiger Arbeiter v. 12. 6. 1919, ebda. Nr. 10 v. 28. 6. 1919, S. 149.

- 3 S. das Beispiel Königsberg; *Der Geistige Arbeiter*, Nr. 6 v. 15. 3. 1919, S. 66.
- 4 S. ebda. Nr. 7 v. 1. 4. 1919, S. 79.
- 5 Für Königsberg s. ebda. Nr. 6 v. 15. 3. 1919, S. 66, und Nr. 7 v. 1. 4. 1919, S. 78; für Köln ebda. Nr. 6, S. 65, und Nr. 9 v. 1. 5. 1919, S. 96; für Oldenburg Günther (1979), S. 170.
- 6 Handschriftl. Vermerk, eingegangen 17. 7. 1919; HStA Stuttgart, E 130a Bü 737; s. auch das Schreiben des Kultusministeriums an die Staatskanzlei v. 4. 7. 1919, ebda. – In den Leitgedanken des RgA Stuttgart v. 23. 12. 1918 erschienen die Bezeichnungen Bund und Rat nebeneinander; s. den Abdruck bei Cordes (1978), S. 117.
- 7 Bonn (1953), S. 216; zu seiner DDP-Mitgliedschaft s. Luckemeyer (1975), S. 64.
- 8 S. *Der Wagenlenker*, Nr. 4 (Mai 1919), S. 64. Bonn blieb aber Vors. des Reichsbundes geistiger Arbeiter; s. ebda. Nr. 5 (Mai 1919), S. 76.
- 9 Aufruf der Ortsgruppe München des Reichsbundes geistiger Arbeiter v. 15. 5. 1919, abgedruckt ebda.
- 10 S. z. B. Julius Schülein, *Der Künstler und die neue Welt*; ebda. Nr. 3, S. 39.
- 11 S. ebda. Nr. 7 v. 7. 6. 1919, S. 107; zum Ende des RgA s. auch Bischoff (1970), S. 175 ff.
- 12 S. *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 7 v. 1. 4. 1919, S. 79.
- 13 S. Hiller (1969), S. 129.
- 14 S. ebda. S. 136 ff.; Deak (1968), S. 77 f.
- 15 S. Schumacher (1935), S. 336.
- 16 S. *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 5 v. 1. 3. 1919, S. 55.
- 17 Geleitet wurde sie von dem Soziologen Leopold v. Wiese, bis 1921 die Stadt die Trägerschaft übernahm und Wieses Schüler Paul Honigsheim, der aus dem Kreis um Max Weber kam und ebenfalls an der Kölner Universität lehrte, die Leitung übernahm; s. ebda. Nr. 6 v. 15. 3. 1919, S. 65; v. Wiese (1949), S. 24.
- 18 So sein Programm vom Dezember 1918; abgedruckt in: *Die Tat* 10 (1918/19), S. 854.
- 19 S. den Bericht von Richard Benz über die Tätigkeit des Kunst- und Kulturrates bis Herbst 1919, in: *Die Tat* 11 (1919/20), S. 534 ff.; s. auch Oeftering (1920), S. 278.
- 20 Franz Carl Endres in der Probenummer des »Wagenlenker« v. 22. 3. 1919, S. 2.
- 21 Hillers Annahme, »hätten wir am 10. November auf das bloß scheinbar taktisch-kluge Mitmachen der »Räte«-Mode verzichtet und wären wir »Aktivistenbund« geblieben, dann würde die rückläufige Rätebewegung unser Organisationsvielleicht nicht mit sich gerissen und fortgeschwemmt haben« (Hiller, 1969, S. 132), ist daher wenig plausibel.
- 22 Herm. Stegemann, *Das Bürgertum und die »Intellektuellen«*, in: *RBü* 1 (1919/20), S. 49.
- 23 *JW* 48 (1919), S. 431.
- 24 S. *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Jg. 1919, S. 43, 55, 78; *Frankfurter Ärzte-Corr.* 10 (1919), S. 81; *Rhein. Ärzte-Korr.* 17 (1919), S. 119 und 136; *Ärztl. Vereinsblatt* 48 (1919), Sp. 44; für Hamburg auch Behrens (1973), S. 155 ff.; für Bremen *Zs. des VDI* 63 (1919), S. 524.
- 25 S. oben S. 133 f.
- 26 S. den Bericht über die Mitgliedervers. der Vereinigung Rat geistiger Arbeiter München am 20. 2. 1919 sowie den Entwurf der Satzungen des Reichsbundes geistiger Arbeiter v. 7. 2. 1919; abgedruckt in: *Der Wagenlenker*, Nr. 1 v. 5. 4. 1919, S. 14 ff. Der Reichsbund wurde im Juni 1919 ins Vereinsregister beim Amtsgericht München eingetragen; s. ebda. Nr. 10 v. 28. 6. 1919, S. 155.

- <sup>27</sup> Herm. Sinsheimer, *Unser Weg, unser Ziel!* ebda. Nr. 1, S. 1 ff.
- <sup>28</sup> Zumindest die württembergische Regierung hat auf die Einladung nicht einmal reagiert; s. das Schreiben Blos' an den Min. d. ausw. Angel. v. 17. 7. 1919; HStA Stuttgart, E 130a Bü 737.
- <sup>29</sup> Herausgeber war zunächst Franz Carl Endres. Er schied jedoch schon mit Erscheinen der ersten Nummer aus. An seine Stelle trat Herm. Sinsheimer; s. *Der Wagenlenker*, Nr. 1 v. 5. 4. 1919, S. 16. – Bis Anfang Juni 1919 schlossen sich nur so wenige Räte geistiger Arbeiter dem Reichsbund als Ortsgruppen an, daß nicht einmal die vorgesehenen Gremien gebildet werden konnten; s. ebda. Nr. 8 v. 14. 6. 1919, S. 123. Der RgA Königsberg erwog einen Beitritt, vollzog ihn aber offensichtlich nicht mehr; s. *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Nr. 5 v. 1. 3. 1919, S. 56.
- <sup>30</sup> Aus den gleichen Gründen wie der Reichsbund geistiger Arbeiter hätte eine Partei geistiger Arbeiter, wie sie in Intellektuellen- und Künstlerkreisen vereinzelt erwogen wurde, keinerlei Chancen gehabt. S. zu solchen Überlegungen die Briefe Carl Hauptmanns an Armin T. Wegner v. 13. und 18. 11. 1918, in: Hauptmann (1928), S. 303 f.; s. auch Walter (1950), S. 328; Bischoff (1970), S. 170.
- <sup>31</sup> Zur Gründung der Künstlergewerkschaft Bayern s. oben S. 116 ff.
- <sup>32</sup> S. Grohmann (1928); Zammito (1978), S. 288 ff. u. ö.; Fritsch (1979), S. 94 ff.
- <sup>33</sup> Vom Hamburger Ärzterat finden sich die letzten Spuren im April 1919; s. das Schreiben des ASR an Dr. Ernst Friedrich Müller, 9. 4. 1919; StA Hamburg, ASR 7 Bd. 3.
- <sup>34</sup> S. z. B. Bayer. Ärtzl. Corr.bl. 22 (1919), S. 75 ff.; dass. 23 (1920), S. 1 ff.
- <sup>35</sup> S. Frölich (1920), S. 41 f.; Linse (1974), s. 227 f., sowie die Vorgänge in BayHStA, MH 13909, und StA München, Staatsanwaltschaft München I, 2139 und 3124.
- <sup>36</sup> S. Piepenstock (1955), S. 266 f.
- <sup>37</sup> S. Eckardt (1976), S. 176.
- <sup>38</sup> S. Reismann (1924), S. 161; zum Heimatdienst Bayern Nußer (1974), S. 147 f.; vgl. auch oben S. 252.
- <sup>39</sup> S. die Eingabe des Wirtschaftsrats an die Reichsreg. v. 13. 3. 1919; abgedruckt in: Wirtschaftsrat Hamburg, Tätigkeitsbericht 1919, S. 42 ff.
- <sup>40</sup> S. Detailistenkammer Hamburg 1904–1929 (1929), S. 80 f.
- <sup>41</sup> Die Annahme, daß die Arbeiterräte in irgendeiner Form bestehen bleiben würden, bewog den Wirtschaftsrat zur Aufforderung an alle Hamburger Wirtschaftskreise, für eine Beteiligung an den AR-Wahlen zu werben, vor allem unter Angestellten und Beamten, die wahlberechtigt waren, sofern sie weniger als 10000 RM pro Jahr verdienten. Auf diese Weise wollte er verhindern, daß der AR einen »völlig radikalen Charakter« annahm. Bei den Wertindustriellen erteilte er hierfür scharfe Kritik, zumal seine Aufforderung einem zuvor gefaßten Beschluß des Verbandes der Eisenindustrie widersprach, der seinen Mitgliedern völlige Wahlabstinenz empfohlen hatte. Für dessen Vorsitzenden Rud. Blohm, Chef der Großwerft Blohm & Voß, war der AR, in welcher Zusammensetzung auch immer, für die Wirtschaftsinteressen »unter allen Umständen... schädlich« und repräsentierte die »Tendenzen des Umsturzes und der Auflösung«. Den Aufruf des Wirtschaftsrates empfand er daher als »bedauerlichen Mißgriff« und eine »beschämende Kompromittierung der Zielbewußtheit und Einigkeit« des bürgerlichen Widerstandes hiergegen. S. sein Schreiben an den Wirtschaftsrat v. 20. 3. 1919 und dessen Antwort v. 24. 3. 1919; StA Hamburg, Blohm & Voß 101 Bd. 1.
- <sup>42</sup> S. Wirtschaftsrat Hamburg, Tätigkeitsbericht 1919, S. 19 und 46 f. – Die USPD-Mitglieder des AR lehnten eine Mitarbeit im Wirtschaftsrat ab. Auch gab es auf

- der Arbeitnehmerseite Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine besondere Konsumentenkommission noch notwendig sei, seit der AR die breite Masse der Konsumenten vertrat. S. Jber. des Arbeiterrates Groß-Hamburg 1919/20 (1920), S. 72.
- 43 S. Wirtschaftsrat Hamburg, Tätigkeitsbericht 1919, S. 35 ff.
- 44 Ebd. S. 20.
- 45 Staatsrat Heidecker in der Senatssitzung v. 14. 3. 1921; Protokollauszug in StA Hamburg, Senatsakten, Cl. XI Gen. No. 2 Vol. 187 Fasz. 1.
- 46 S. Wirtschaftsrat Hamburg, Tätigkeitsbericht 1919, S. 54 ff.; Jber. des Arbeiterrates Groß-Hamburg 1919/20 (1920), S. 73 f.
- 47 S. oben S. 209 f.
- 48 R. Flegel, Mehr Luft für die Beamtenräte, in: Der Arbeiterrat, 1. Jg. Nr. 10, S. 7 f. – Als der noch aus der Kaiserzeit stammende Staatssekretär des Reichspostamtes, Rüdlin, im Februar 1919 dem neuen Postminister Giesberts, einem Führer der christlichen Gewerkschaften, sein Amt übergeben mußte, wurde er vom Vors. des Beamten- und Arbeiterausschusses des Reichspostamtes, einem Rechnungsrat, im Namen der Bediensteten mit den Worten verabschiedet: »Gewährte man uns das Selbstbestimmungsrecht, wir hätten unseren bewährten Führer festgehalten.« Zitiert in: Neue Post 22 (1919), S. 45.
- 49 So ein Berliner Delegierter auf dem ersten Bundestag des Justizbeamtenbundes am 4. 4. 1919 in Berlin; zitiert nach: Justizbeamtenbundesblatt, 1. Jg. Nr. 4 v. 15. 5. 1919, S. 4.
- 50 Ebd. S. 4 f.
- 51 Der Beamtenrat Hamburg und der Zentralbeamtenrat Altona z. B. vereinbarten eine Zusammenarbeit »in geeigneten Fällen«; s. Protokoll der Sitzung des BeR Hamburg v. 20. 12. 1918; StA Hamburg, Beamtenrat 17 Bd. 1.
- 52 Der Hamburger Beamtenrat erwog Anfang Februar 1919 die Entsendung eines Mitgliedes nach Berlin zum Beamtenbeirat des preußischen Innenministeriums, um die preußische Position in der Frage von Gehaltserhöhungen für Beamte zu erfahren und sich mit diesen Informationen für die Auseinandersetzungen mit dem Hamburger Senat zu wappnen, der sich am Verhalten Preußens zu orientieren, in den Verhandlungen mit den eigenen Beamten Mitteilungen über preußische Positionen jedoch zu seinem eigenen Vorteil einzusetzen pflegte. S. Protokoll über die Sitzung des BeR v. 3. 2. 1919; ebd.
- 53 S. die Bestimmungen der Preußischen Staatsreg. über Bildung und Aufgaben der Beamtenausschüsse v. 24. 3. 1919; StA Münster, Kreis Beckum, LRA 18; auch zum folgenden; s. dazu Hoffmann (1973), S. 154 f.; Hattenhauer (1980), S. 317 f.; Ortwein (1983), S. 117 ff.
- 54 S. § 2 der Ausführungsbestimmungen v. 9. 8. 1919 zu den Vorschriften über Bildung und Aufgaben der Beamtenausschüsse; Min. bl. f. d. Preuß. innere Verwaltung, Jg. 1919, S. 382.
- 55 Für Berlin s. Kaeber (1921), S. 556; Bey-Heard (1969), S. 125. – Ein funktionales Äquivalent zu den Beamtenvertretungen in der Verwaltung bildete die Heereskommission in der Reichswehr. Sie wurde von Reinhardt als Chef der Heeresleitung eingeführt, erlangte aber keine größere Bedeutung; s. Carsten (1966), S. 125 f.; Huber, Bd. VI (1981), S. 608 ff.; s. auch den Befehl des Befehlshabers im Wehrkreis VII, v. Möhl, über die Auswahl der Reichswehrangehörigen für die Heereskommission v. 30. 10. 1920, in: Die Anfänge der Ära Seeckt (1979), S. 229; zur Vorgeschichte der Heereskommission s. oben S. 280.
- 56 Zur Bildung des Beamtenbeirats beim Justizministerium z. B. s. Justizbeamtenbundesblatt, 1. Jg. Nr. 3 v. 1. 5. 1919, S. 8, und Nr. 7 v. 15. 8. 1919, S. 7 f. Bei der

- Post hatte sich der im November 1918 gebildete zentrale Beamten- und Arbeiter- rat schon vorher zugunsten eines reinen Beamtenbeirats aufgelöst; s. Zs. des Bundes höherer Beamter 1 (1919), S. 53 ff.
- <sup>57</sup> Falkenberg (1920), S. 59.
- <sup>58</sup> S. R. Flegel, Die Arbeiter- und Beamtenräte bei den Justizbehörden, in: Der Arbeiterrat, 1. Jg. Nr. 15, S. 6; auch zum folgenden.
- <sup>59</sup> S. z. B. Die Gemeinschaft 3 (1919), S. 90 und 109; Justizbeamtenbundesblatt, 1. Jg. Nr. 1 v. 15. 2. 1919, S. 2; Nr. 5 v. 15. 6. 1919, S. 3 f.; 2. Jg. Nr. 2 v. 15. 2. 1920, S. 17 f.
- <sup>60</sup> R. Flegel, Mehr Luft für die Beamtenräte, in: Der Arbeiterrat, 1. Jg. Nr. 10, S. 7 f.
- <sup>61</sup> Ders., Die Arbeiter- und Beamtenräte bei den Justizbehörden; a. a. O. S. 5.
- <sup>62</sup> Rud. Fischer, Räte und Beamtenschaft, in: Die Gemeinschaft 3 (1919), S. 109.
- <sup>63</sup> Denkschrift über die Stellung des Bundes höherer Beamter zum Rätssystem, in: Zs. des Bundes höherer Beamter 1 (1919), S. 43 ff.
- <sup>64</sup> Mitt. Lorenzens in der Sitzung des BeR vom 6. 1. 1919; StA Hamburg, Beamtenrat 17 Bd. 1.
- <sup>65</sup> S. dazu oben S. 210.
- <sup>66</sup> Der BeR beschloß am 11. 1. 1919, »wie bisher, so auch weiter sich zu bemühen, eine Vertretung im Arbeiter- und Soldatenrat zu erhalten«. Protokoll der Sitzung des BeR v. 11. 1. 1919; StA Hamburg, Beamtenrat 17 Bd. 1.
- <sup>67</sup> S. Protokolle der Sitzungen des BeR v. 15. 1., 17. 1., 20. 1., 27. 1., 4. 2. und 13. 3. 1919; ebda.
- <sup>68</sup> Wurm-Reithmeyer in der Sitzung des BeR v. 28. 4. 1919; Protokoll ebda.
- <sup>69</sup> S. Protokoll der Sitzung des BeR v. 13. 1. 1919; ebda.
- <sup>70</sup> S. Protokoll der Sitzung des BeR v. 10. 1. 1919; ebda.
- <sup>71</sup> S. Protokoll der Sitzung des BeR v. 29. 1. 1919; ebda.
- <sup>72</sup> S. Protokoll der Sitzung des BeR v. 22. 1. 1919; ebda.
- <sup>73</sup> S. Protokolle der Sitzungen des BeR v. 6. 2., 7. 2., 13. 2., 14. 2., 17. 2., 22. 2., 4. 3. und 5. 5. 1919; ebda.
- <sup>74</sup> S. Protokolle der Sitzungen des BeR v. 6. 1. und 8. 1. 1919; ebda.
- <sup>75</sup> S. Protokoll der Sitzung des BeR v. 2. 4. 1919; ebda.
- <sup>76</sup> S. Protokoll der Sitzung des BeR v. 22. 5. 1919; ebda.
- <sup>77</sup> S. den entsprechenden Protestbeschuß des BeR v. 26. 6. 1919; ebda.
- <sup>78</sup> S. Protokolle der Sitzungen des BeR v. 17. 2., 20. 5. und 22. 5. 1919; ebda.
- <sup>79</sup> S. Protokolle der Sitzungen des BeR v. 24. 3. und 22. 5. 1919; ebda.
- <sup>80</sup> S. Sieverding (1986), S. 56.
- <sup>81</sup> S. Protokolle der Sitzungen des BeR v. 14. 2. und 16. 6. 1919; a. a. O.
- <sup>82</sup> Grevsmühl in der Sitzung des BeR v. 22. 5. 1919; ebda.
- <sup>83</sup> Mitt. Kochs in der Sitzung des BeR v. 20. 5. 1919; Protokoll ebda.
- <sup>84</sup> S. Lamp'l (1921), S. 64.
- <sup>85</sup> S. oben S. 159.
- <sup>86</sup> S. die entsprechenden Klagen der Verbandsvertreter in der Beratung mit Ministerialvertretern über die Grundzüge betr. die Beamtenbeiräte am 15. 8. 1919; HStA Stuttgart, E 130b Bü 597; auch zum folgenden.
- <sup>87</sup> Veröffentlicht im Württ. Staatsanzeiger v. 27. 10. 1919; abgedruckt in: Die Gemeinschaft 3 (1919), S. 271 f.
- <sup>88</sup> Finanzminister Liesching an die Staatsregierung betr. das Ergebnis interministerieller Besprechungen über die Bildung von Beamtenbeiräten, 13. 5. 1919; HStA Stuttgart, E 130b Bü 597.
- <sup>89</sup> Rundschreiben Unterleitners an alle bayerischen Ministerien, 12. 3. 1919; BayHStA, MInn 65 282. Seine Empfehlung wurde nicht von allen Ressorts be-

- folgt. S. das Rundschreiben von Justizminister Endres an die übrigen Ministerien v. 25. 3. 1919; ebda.
- <sup>90</sup> Mitt. des bayer. Ministers für soziale Fürsorge, abgedruckt MP Nr. 161 v. 14. 7. 1919.
- <sup>91</sup> Schreiben des bayer. Min. f. soz. Fürsorge, Segitz, an das Staatsmin. des Äußeren, 15. 10. 1919; BayHStA, MIInn 65 282, bzw. Bayer. Finanzministerium an den Bayer. Beamten- und Lehrerbund, 14. 11. 1919; ebda.
- <sup>92</sup> Sektion der Staats- und Gemeindebeamten an den Vorstand des sozialdemokratischen Vereins München I und II, 18. 5. 1919; BayHStA, MIInn 65 391.
- <sup>93</sup> Präsidialverfügung über den Beirat der Schutzmannschaft der Landeshauptstadt München v. 4. 7. 1919; BayHStA, MIInn 65 282.
- <sup>94</sup> S. Die Polizei 16 (1919/20), S. 455.
- <sup>95</sup> Finanzminister an Bayer. Beamten- und Lehrerbund, 14. 11. 1919; a. a. O.
- <sup>96</sup> Protokoll einer Referentenbesprechung von Innen-, Kultus-, Finanz-, Verkehrs-, Sozial-, Handels- und Landwirtschaftsministerium v. 18. 12. 1919; ebda.; zum Vorstoß des Verkehrsministers s. dessen Rundschreiben an die übrigen Ressorts v. 25. 11. 1919; ebda.
- <sup>97</sup> Antwort des Kultusministeriums v. 4. 12. 1919 auf das Rundschreiben des Verkehrsministeriums v. 25. 11. 1919; ebda.
- <sup>98</sup> Protokoll der Referentenbesprechung v. 18. 12. 1919 (wie Anm. 96).
- <sup>99</sup> Sektion der Staats- und Gemeindebeamten an den Vorstand des sozialdemokratischen Vereins München, 18. 5. 1919; a. a. O.; auch zum folgenden.
- <sup>100</sup> S. die Eingabe der Bayer. Beamten-Gewerkschaft an das Staatsministerium des Innern, 31. 10. 1919; s. auch ihr Schreiben an das Reichsarbeitsamt v. 18. 7. 1919; BayHStA, MIInn 65 282. – Die Ende Mai 1919 vereinbarte Berufung von »Staatsräten« der Parteien in die Ministerien, welche zugleich die jeweils größten Organisationen repräsentieren sollten, mit dem Recht, in allen politischen Fragen und allen wichtigen Personal-, Disziplinar-, Organisations- und Wohlfahrtsangelegenheiten mitzuwirken, war nur bedingt geeignet, dieses Problem zu lösen. Sie war verfassungsrechtlich und erst recht organisationspolitisch bedenklich, weil sie die Frage institutionalisierter Mitbestimmung der Beschäftigten von deren Organisationen zu den politischen Parteien verschob und kleinere Organisationsrichtungen übergab. Hieran änderte auch nichts, daß die so Berufenen ab November 1919 nur noch als Vertreter der Verbände wirkten. S. hierzu Die deutschen Eisenbahnen 1910–20 (1923), S. 113 und 118.
- <sup>101</sup> S. das Schreiben des bayer. Finanzministeriums an die Bayer. Beamten-Gewerkschaft v. 14. 11. 1919; BayHStA, MIInn 65 282.
- <sup>102</sup> Sektion der Staats- und Gemeindebeamten an den Vorstand des sozialdemokratischen Vereins München, 18. 5. 1919; a. a. O.
- <sup>103</sup> Endres an Pöhner, 30. 1. 1920; BayHStA, MIInn 65 283. Zur Ernennung Pöhners und seine politische Rolle, auch der personellen »Säuberung« der Münchener Polizei, s. Maser (1965), S. 189ff.; Hillmayr (1974), S. 165ff.
- <sup>104</sup> Pöhner an Staatsministerium des Innern, 7. 4. 1920; BayHStA, MIInn 65 283.
- <sup>105</sup> S. oben S. 312.



## 9. Kapitel

- <sup>1</sup> Tucholsky, Ges. Werke, Bd. 2 (1975), S. 177.
- <sup>2</sup> Der Syndikus des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes, Wienbeck, vor dem Niedersächsischen Handwerks- und Gewerbe-Kammertag am 20. 9. 1919; zitiert nach NWDtHZ 24 (1919), S. 161.
- <sup>3</sup> Troeltsch (1924), S. 79 ff., in einem Artikel vom 10. 9. 1919.
- <sup>4</sup> Zu Vorgeschichte und Verlauf des Putsches s. Erger (1967).
- <sup>5</sup> So der ehemalige Berliner Polizeipräsident v. Jagow gegenüber dem Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, Albert; s. Brammer (1922), S. 10 und 36. – Der gleichen Argumentation bedienen sich die Nationalsozialisten zur Rechtfertigung ihres Putschversuchs vom 9. 11. 1923; s. Maser (1965), S. 418 und 445.
- <sup>6</sup> Zitiert bei Flemming (1978), S. 208, Anm. 190; vgl. dazu oben S. 286.
- <sup>7</sup> S. Brammer (1922), S. 50. – Die Aussage des Direktors des Pommerschen Landbundes, v. Dewitz, im Jagow-Prozeß, der Lieferstreik sei »ernsthaft nie in Erwägung gezogen« worden, ist eine reine Schutzbehauptung. (Ebda. S. 80).
- <sup>8</sup> S. die Erklärung des Thüringer Landbundes v. 14./15. 3. 1920; abgedruckt in: Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz (1971), II, S. 469 f., sowie die WTB-Meldung über einen Gegenstreik der bayerischen Bauern v. 16. 3. 1920, ebda., S. 716, sowie v. Pitrof (1937), S. 196.
- <sup>9</sup> S. Roloff (1964), S. 69.
- <sup>10</sup> Flugblatt des BüB Stettin v. 13. 3. 1920, abgedruckt in: Bericht des BüB über seine Tätigkeit während der Märzunruhen, in: Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 30 v. 22. 5. 1920, 1. Beiblatt; s. auch die Erklärung des Stettiner Polizeipräsidenten v. 20. 5. 1920 und die Stellungnahme des BüB dazu; ebda. Nr. 31 v. 29. 5. 1920, Beiblatt; v. Gottberg (1938), S. 39 ff.
- <sup>11</sup> Bericht des BüB Stettin über seine Tätigkeit während der Märzunruhen, a. a. O.
- <sup>12</sup> S. Die Technische Nothilfe und die Ereignisse der letzten Tage, in: Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg., Nr. 22 v. 27. 3. 1920. Vielleicht stellte sie auch das Organ des Bürgerbundes her; das »Bürgerblatt«, das sonst nur einmal wöchentlich herauskam, erschien jetzt täglich, um das Informationsmonopol der sozialdemokratischen Zeitung zu brechen, die in einer Notausgabe gedruckt wurde. S. den Bericht des BüB Stettin über seine Tätigkeit während der Märzunruhen; a. a. O.
- <sup>13</sup> S. die Berichte in: Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 30 v. 22. 5. 1920, 1. Beiblatt.
- <sup>14</sup> Für Kiel s. Dähnhardt/Granier (1980), S. 21; Granier (1982), S. 80. – Für München s. den Bericht über die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe München des BIV am 23. 4. 1920; in: BI v. 8. 5. 1920; Der Bürger (München), Nr. 5 (Nov. 1925); Kanzler (1931), S. 70 f., sowie die Dokumente in BÄ, Nl. Geßler Nr. 11; für Schleswig s. Clausen (1966), S. 17 f.; Christiansen (1973), S. 65; Vollertsen (1979), S. 149. Der BüB Hamburg erwog den Einsatz des Bürgerstreiks, unterließ ihn jedoch, weil seine entsprechenden Satzungsbestimmungen auf der Annahme beruhten, »daß der Putsch einmal von links erfolgen würde, während jetzt das Gegenteil der Fall« war, und weil er bei den zunächst »sich völlig widersprechenden Nachrichten nicht noch mehr Verwirrung ins Publikum« tragen wollte. Protokoll der Sitzung des BüB Hamburg am 14. 3. 1920; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204, sowie die Erklärung des BüB v. 16. 3. 1920; ebda.
- <sup>15</sup> S. Niedersächsische Ärztezeitung 2 (1920), S. 33. – In Berlin beschränkten sich die Ärzte aufgrund der Erfahrungen des Vorjahres auf den Appell an die Arbeiterschaft, die »gesundheitswichtigen Betriebe«, vor allem die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, weiterzuführen; s. den Aufruf der Ärztekammer Berlin und des Groß-Berliner Ärzte-Bundes in: Berliner Ärzte-Corr 25 (1920), S. 52.

- <sup>16</sup> S. Bracker (1974), S. 260; Granier (1982), S. 75 ff.
- <sup>17</sup> S. oben S. 228 und 251; der Vorsitzende des Berliner BüR, Marx, sprach sogar noch drei Tage vor dem Putsch mit Lüttwitz, einem der Hauptbeteiligten, über eine Militärdiktatur; s. Schumacher (1978), S. 266.
- <sup>18</sup> Loebell selbst setzte offenbar am 14. 3. auf eine »Verständigung« zwischen Kapp und Ebert; s. den Bericht über die Tätigkeit des RBüR in den Putschtagen; BA, Nl. Loebell Nr. 22, Bl. 7 ff.; s. auch Schumacher (1978), S. 265. – Daß in der Geschäftsstelle des RBüR »zu keiner Stunde Sympathie für Herrn Kapp bestanden hat«, wie der Pressechef des RBüR nach dem Scheitern des Putsches beteuerte (Schulze an Goetz, 25. 3. 1920; BA, Nl. Goetz Nr. 62), ist wenig glaubhaft.
- <sup>19</sup> S. Lexikon zur Parteiengeschichte III (1985), S. 654 f.; für Leipzig s. auch den Bericht von Mitgliedern des Leipziger Zeitfreiwilligen-Regiments v. 12. 6. 1920; BA, Nl. Goetz Nr. 60.
- <sup>20</sup> Für Elberfeld s. Klein/Scherer (1976), S. 28; für Kiel Dähnhardt/Granier (1980), S. 89 f.; für Hamburg die Protokolle der Vorstandssitzungen des BüB Hamburg v. 14. und 16. 3. 1920; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204. Nach außen nahm der BüB Hamburg eine abwartende Haltung ein.
- <sup>21</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 7 v. 18. 4. 1920; S. 6.
- <sup>22</sup> In Leipzig trafen sich SPD und USPD mit Vertretern der bürgerlichen Parteien, des Bürgerausschusses, der Reichswehr, Zeitfreiwilligen und Leipziger Presse. Alle erklärten, keinen Putschversuch zu unterstützen und auf dem Boden der Verfassung zu stehen. Aber beide Seiten bildeten eigene Aktionsausschüsse. Der des Bürgertums bestand aus den Spitzen der Zivilbehörden und Vertretern aller bürgerlichen Parteien, des Bürgerausschusses, der Zeitfreiwilligen sowie der Presse. Immerhin verurteilte er den Kapp-Putsch als »hochverräterisches Unternehmen«. Aber in seiner Zielsetzung, »alle Verfassungstreuen gegen jeden gewaltsamen Umsturzversuch fest zusammenzuschließen«, äußerte sich das alte Mißtrauen gegen die Linke, der weiterhin Umsturzversuche zugetraut wurden (NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 7 v. 18. 4. 1920, S. 5), mochte auch Prof. Goetz den Militärs erklären, »daß jeder Versuch, ein Kapp-Regiment aufzurichten, den schärfsten Widerspruch des demokratischen Bürgertums finden werde« (Bericht eines USPD-Funktionärs, in: Freiheit v. 1. 4. 1920, abgedruckt in: Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz (1971), I, S. 362 ff.). – Am 14. 3. kam es zum Konflikt, als anlässlich einer Demonstration der Arbeiterschaft im Anschluß an Protestkundgebungen die Zeitfreiwilligen das Feuer eröffneten und ein Blutbad mit 40 Toten und über 100 Verletzten anrichteten. Ein Versuch von Landesregierung, Oberbürgermeister und Bürgerausschuß, die Zeitfreiwilligen zur Abgabe ihrer Waffen, Abzug aus der Stadt und anschließender Auflösung zu veranlassen, schlug fehl. Einige Tage später setzten diese das Volkshaus in Brand, das Hauptquartier der Leipziger Arbeiterbewegung. S. die Berichte des Amtshauptmanns v. Finck an die Sächs. Staatskanzlei v. 24. 3. 1920 sowie von Mitgliedern des Leipziger Zeitfreiwilligen-Regiments v. 12. 6. 1920; BA, Nl. Goetz Nr. 60; Ill. Gesch. (1929), S. 489; Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig (1935), S. 31 ff.; Könnemann (1971), S. 163 und 295; Könnemann/Krusch (1972), S. 96 ff.
- <sup>23</sup> NBl. LBüR Sachsen, 1. Jg. Nr. 19 v. 12. 12. 1919, S. 2; ebenso Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 20 v. 27. 12. 1919.
- <sup>24</sup> Aus einer Aufzeichnung Hamms über eine Besprechung mit Meyer-Absberg, Zentz, Helfft und Gerlich vom BüR München und Schmer vom Münchener Arbeitgeberkartell am 19. 3. 1920; BA, Nl. Gefßler Nr. 11 Bl. 46; s. auch Gefßler (1958), S. 126.
- <sup>25</sup> Zentz in der Besprechung v. 19. 3. 1920; a. a. O. – Zum Rücktritt der sozialdemo-

- kratischen Landesregierung s. Hennig (1990), S. 430ff., mit Verweisen auf die ältere Literatur.
- <sup>26</sup> S. Geßler (1958), S. 125f.; Könnemann (1971), S. 300ff.; Spindler (1974), I, S. 454ff.; s. auch unten S. 338f.
- <sup>27</sup> Waldemar Pabst, Das Kapp-Unternehmen, in: Bley (1933), S. 838.
- <sup>28</sup> S. den Bericht Loebells vor der 3. Bundesvers. des RBüR v. 2.–4. 7. 1920 in Leipzig; NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 10 v. 16. 7. 1920, S. 3f.; RBü 1 (1919/20), S. 241; s. auch den Bericht des RBüR über seine Tätigkeit in den Putschtagen: BA, R 43 I/1945.
- <sup>29</sup> Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg., Sonderausgabe v. 23. 3. 1920.
- <sup>30</sup> Ebda. 1. Jg. Nr. 27 v. 1. 5. 1920.
- <sup>31</sup> S. Erger (1967), S. 193f.; Miller (1978), S. 377ff.; Winkler (1984), S. 300f. – Der Text des Streikaufrufs findet sich u. a. in: Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz (1971), I, S. 117f.
- <sup>32</sup> Gemeinsame Eingabe von Bund der Handwerker, RAB, VDA, BdL, Dt. Landbund, Schutzverband für dt. Grundbesitz, Hansabund, DOB, Kartell der freien technischen Berufe, Hauptgemeinschaft des dt. Einzelhandels und RBüR an die Reichsreg. v. 23. 3. 1920, abgedruckt in: Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung (1920), S. 9f.; zu ihrer Entstehung s. Schumacher (1978), S. 265f.; s. auch Albertin (1972), S. 380. Zur Haltung der Großindustrie gegenüber dem Kapp-Putsch s. im übrigen Feldman (1984), S. 192ff.
- <sup>33</sup> S. Schumacher (1978), S. 266.
- <sup>34</sup> Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg., Sonderausgabe v. 23. 3. 1920.
- <sup>35</sup> Ebda. 1. Jg. Nr. 30 v. 22. 5. 1920, 1. Beiblatt.
- <sup>36</sup> Ebda. 1. Jg. Nr. 24 v. 10. 4. 1920; ähnlich RBü 1 (1919/20), S. 319. Zur gleichen Behauptung in der weiteren Publizistik der Rechten s. u. a. Die DNVP und der Militärputsch vom 13. März 1920 (1920), S. 11; Anker (1923), S. 149 und 177ff.: Winnig (1928), S. 200; Spethmann (1930); F. Schmidt (1935), S. 87f.
- <sup>37</sup> Gemeinsame Erklärung von Zivil- und Militärbehörden, bürgerlichen Parteien und Verbänden Stettins v. 17. 3. 1920; abgedruckt in: Bericht des BüB Stettin über seine Tätigkeit während der Märzunruhen; a. a. O.
- <sup>38</sup> S. den Aufruf des BüB Stettin v. 20. 3. 1920: Bürgerblatt (Stettin), Sonderausgabe v. 20. 3. 1920.
- <sup>39</sup> Für Remscheid ist dies belegt; s. Die Remscheider Märzkämpfe 1920 (1934), S. 30 und 36; vgl. allerdings das kritische Urteil über das Verhalten des Bürgertums im Ruhrgebiet beim Ausbruch des Kapp-Putsches bei Spethmann (1930), S. 32.
- <sup>40</sup> S. Klein/Scherer (1976), S. 25f. und 64f.
- <sup>41</sup> Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 27 v. 1. 5. 1920.
- <sup>42</sup> NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 7 v. 18. 4. 1920, S. 1.
- <sup>43</sup> Resolution von BüB, Verein der Industriellen Pommerns, Pommerschem Landbund u. a. v. 22. 3. 1920; abgedruckt Bürgerblatt (Stettin), Sonderausgabe v. 25. 3. 1920.
- <sup>44</sup> NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 7 v. 18. 4. 1920, S. 1.

## 10. Kapitel

- <sup>1</sup> Troeltsch (1924), S. 128, in einem Artikel »Klassenkampf und Bürgerkrieg« v. 6. 4. 1920.
- <sup>2</sup> Bürgerblatt (Stettin), Sonderausgabe v. 23. 3. 1920; s. auch dass. 1. Jg. Nr. 24 v. 10. 4. 1920 und Nr. 27 v. 1. 5. 1920.
- <sup>3</sup> Eduard Rotermund, Rote Armee an Rhein und Ruhr, in: Hotzel (1934), S. 107f.
- <sup>4</sup> RBü 1 (1919/20), S. 318ff.; ähnlich für Mitteldeutschland Böttcher (1920), S. 98ff. Zur propagandistischen Verbreitung von Beispielen angeblicher »roter Brutalität« während des Ruhrkrieges s. Eliasberg (1974), S. 94f. und 239f.; zur Wiederkehr jener Topoi in der Freikorpsliteratur s. Theweleit (1977).
- <sup>5</sup> S. Ill. Geschichte (1929), S. 505ff.; Brauer (1930), S. 94ff.
- <sup>6</sup> S. Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 42 v. 14. 8. 1920.
- <sup>7</sup> RBü 1 (1919/20), S. 322.
- <sup>8</sup> Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 22 v. 27. 3. und Nr. 24 v. 10. 4. 20.
- <sup>9</sup> Ebda. Nr. 24 v. 10. 2. 1920.
- <sup>10</sup> Bericht über die Vorstandssitzung des LBüR Sachsen am 1. 4. 1920; NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 7 v. 18. 4. 1920, S. 3.
- <sup>11</sup> So der Vertreter des BüR Dresden, Gronau, in der Vorstandssitzung des LBüR Sachsen am 1. 4. 1920; Protokoll in BA, Nl. Goetz Nr. 61. – Der BüR Plauen zahlte Hoelz 100000 RM Kontribution und löste sich anschließend auf; s. die Mitt. des Plauener Vertreters Meyer ebda.
- <sup>12</sup> Loebell in der Sitzung des Präsidialbeirats des RBüR am 29. 4. 1920; zitiert nach dem Bericht in: NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 8 v. 16. 5. 1920, S. 4; s. auch Tucholsky, Ges. Werke, Bd. 2 (1975), S. 280.
- <sup>13</sup> Für Wuppertal s. Klein/Scherer (1976), S. 27; für Norden/Ostfriesland NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 11 v. 28. 8. 1920, S. 7.
- <sup>14</sup> In schneller Folge entstanden neue Bürgerräte in Stargard, Altdamm, Babes, Greifenhagen, Labes, Ückermünde, Schlawe, Köslin, Schielvelbin, Rummelsburg und Swinemünde; s. Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 23 v. 3. 4. 1920; Nr. 29 v. 15. 5. 1920; Nr. 31 v. 29. 5. 1920; Nr. 32 v. 5. 6. 1920; Nr. 33 v. 12. 6. 1920; Nr. 35 v. 26. 6. 1920; RBü 1 (1919/20), S. 344; dass. 2 (1920/21), S. 398 und 432.
- <sup>15</sup> S. Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 40 v. 31. 7. 1920.
- <sup>16</sup> S. ebda. Nr. 25 v. 17. 4. 1920.
- <sup>17</sup> BüR Oberhausen an GHH, 10. 3. 1921; HA/GHH, 300 106/16; s. auch seinen Aufruf vom November 1920, ebda.
- <sup>18</sup> S. RBü 1 (1919/20), S. 380. – In Essen entstand Ende April 1920 außerdem ein »Wirtschaftsschutzverband verfassungstreuer Staatsangehöriger«, dem das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften, der Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften, die Standesorganisationen der Chemiker, Ingenieure, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Richter, der Verein Essener Presse, der Innungsverein des Essener Handwerks, der Detaillisten-Verein, die Vereinigung der Kruppschen Beamten, der Arbeitgeberverband des Großhandels und die Arbeitsgemeinschaft einiger Eisenbahnergewerkschaften angehörten; s. Kromberg (1968), S. 140.
- <sup>19</sup> Der BüR Oberhausen erhielt von der Gutehoffnungshütte 1920 12 000 RM. 1921 überwies ihm die Oberhausener Industrie pro Arbeiter und Angestellten 3 RM; allein die GHH zahlte über 45 000 RM. S. die Vorgänge in HA/GHH, 300 106/16. – In Duisburg beteiligte sich die Industrie über den regionalen Arbeitgeberverband (Avur) an der Finanzierung des BüR, und zwar mit 0,50 RM pro Beschäftigten. Die GHH verweigerte hier die Zahlung mit der Begründung, der

- BüR sei nur von lokalem Interesse, ihr eigener Firmensitz befinde sich in Oberhausen; auch Thyssen hielt sich fern. S. das Protokoll über die Sitzung des Avur v. 5. 11. 1920; HA/GHH, 300 141/29.
- <sup>20</sup> S. Bürgerliche Arbeit (1921), S. 3 und 14; NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 11; RBü 1 (1919/20), S. 344.
- <sup>21</sup> S. Knie (1933), S. 19.
- <sup>22</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 11 v. 28. 8. 1920.
- <sup>23</sup> S. ebda.; s. auch Roloff (1964), S. 67f. und 74f.
- <sup>24</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 2/3 v. 24. 2. 1921, S. 11.
- <sup>25</sup> S. ebda. Nr. 7/8 v. 21. 9. 1921, S. 9; s. auch die Liste in: Der Reichsbürgerrat 1920–21 (1921), S. 44ff. – Mitte 1920 bestanden Loebell zufolge rund 330 Bürgerräte; s. den Bericht über die 3. Bundesversammlung des RBüR v. 2.–4. 7. 1920 in Leipzig, in: NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 10 v. 16. 7. 1920, S. 3. Höhere Zahlenangaben bei Schmidt (1984), S. 202. Nur in Ost- und Westpreußen, wo ihre Zahl von Anfang an klein gewesen war, scheinen sie eingegangen zu sein. Funktional entsprachen ihnen hier weitgehend die Volksräte und der Heimatdienst, die gleichermaßen den Kampf gegen den »Bolschewismus« wie gegen das Polentum auf ihre Fahnen geschrieben hatten; s. zu diesen Organisationen v. Zengen (1922), S. 126; Leverkuehn (1938), S. 202ff.; v. Gayl (1940), S. 98ff.; Klatt (1958), S. 143ff.; Könnemann (1971), S. 233f.; v. d. Groeben (1988), S. 153ff.
- <sup>26</sup> S. den Bericht über die 3. Bundesversammlung des RBüR; a. a. O., S. 1.
- <sup>27</sup> Ebda. S. 3. – Im April 1920 entstand der LBüR Mitteldeutschland, der die Bürgerräte von Thüringen und Nordhessen zusammenfaßte; s. RBü 1 (1919/20), S. 342f. Im Juli 1921 entstanden die Landesbürgerräte für die Provinz Sachsen, Anhalt und Ostthüringen; s. NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 7/8 v. 21. 9. 1921, S. 9.
- <sup>28</sup> S. den Bericht über die Vorstandssitzung des LBüR Sachsen am 2. 7. 1920; in: dass. 2. Jg. Nr. 10 v. 16. 7. 1920; s. auch ebda. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 6. Dem LBüR wurden die fehlenden Mittel vom Leipziger BüA, dem offenbar bestorganierten und finanzstärksten sächsischen Bürgerrat, teils zugesprochen, teils vorgestreckt; s. ebda. Erst 1921 trat eine Besserung ein; s. den Bericht über den Verbandstag des LBüR Sachsen am 2. 7. 1921, in: dass. 3. Jg. Nr. 7/8 v. 21. 9. 1921, S. 6.
- <sup>29</sup> S. die Liste der Bürgerräte im Freistaat Sachsen, in: dass. 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 7f.
- <sup>30</sup> S. z. B. den Bericht über die Vorstandssitzung des LBüR Sachsen am 24. 10. 1920, ebda. Nr. 6.
- <sup>31</sup> S. Stephan (1973), S. 176.
- <sup>32</sup> O. Meyer (1948), S. 91.
- <sup>33</sup> S. Stephan (1973), S. 144; zum Erwerb der MNN durch die Schwerindustrie s. Koszyk (1972), S. 190ff.
- <sup>34</sup> S. RBü 1 (1919/20), S. 258, und Der Reichsbürgerrat 1920–21 (1921), S. 26.
- <sup>35</sup> Eingabe des RBüR an Reichs- und preußische Regierung v. 10. 4. 1920; abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 7 v. 18. 4. 1920; s. auch das Telegramm des LBüR Bayern an den RBüR v. 23. 3. 1920; BA, R 43 I/1945.
- <sup>36</sup> Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 27 v. 1. 5. 1920; zu den alliierten Forderungen s. Könnemann (1971), S. 320ff.
- <sup>37</sup> Goetz sprach bei dieser Gelegenheit dem Regiment seinen »tiefsten Dank« aus, fügte aber hinzu, daß die gleiche Ehrbezeugung auch den Opfern der Gegenseite gelte – ein für einen Bürgerausschußvorsitzenden höchst ungewöhnliches Verhalten, das die Angehörigen des Regiments noch Jahre später empörte; s. Zeit-

- freiwilligen-Regiment Leipzig (1935), S. 44; zu den Vorwürfen aus den Reihen der Zeitfreiwilligen gegen Goetz s. auch den Bericht von Mitgliedern des Zeitfreiwilligen-Regiments v. 12. 6. 1920; BA, Nl. Goetz Nr. 60.
- <sup>38</sup> Schreiben des Reichsinnenministeriums an alle Landesregierungen, 8. 4. 1920; GLA Karlsruhe, 233/12479; s. auch Schulz (1963), S. 340; Salewski (1966), S. 120; Bucher (1971), S. 53 ff.
- <sup>39</sup> S. Könnemann (1971), S. 311 ff.; Diehl (1977), S. 75 ff.
- <sup>40</sup> Aufruf der Gewerkschaftsverbände zur unverzüglichen Bildung von Ortswehren v. 13. 4. 1920; zitiert bei Könnemann (1971), S. 399 f.
- <sup>41</sup> Aufruf des RBüR, abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 8 v. 16. 5. 1920, S. 3 f. – Der BüB Hamburg forderte seine Mitglieder bereits am 18. 3. 1920 »dringend auf, in der Einwohnerwehr zu bleiben«, als der Hamburger Senat auf Druck der Arbeiterorganisationen über deren Neuorganisation nachdachte, und wurde beim Innensenator und Standortältesten gegen die Bewaffnung »unzuverlässiger Elemente und Politisierung der Einwohnerwehr« vorstellig. S. Protokoll der Vorstandssitzung v. 18. 3. 1920; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204.
- <sup>42</sup> S. Könnemann (1971), S. 325 und 405 ff.
- <sup>43</sup> S. die Belege bei Bieber (1981), S. 1100 f., Anm. 382 und 387.
- <sup>44</sup> S. ebda. Anm. 383; Hillmayr (1974), S. 174.
- <sup>45</sup> In Oberschlesien z. B. gehörten dem Heimatschutzverband verfassungstreuer Schlesier der Schlesische Landbund, der BdL, die christlichen Bauernvereine und eine Reihe Bürgerräte, darunter der Breslauer, an; s. Schulze (1963), S. 345.
- <sup>46</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 1 v. 21. 1. 1921, S. 5.
- <sup>47</sup> S. Könnemann (1971), S. 190 ff. und 321 f.; Voß (1964), S. 51; Kruppa (1988), S. 155 ff. – Die Zeitfreiwilligen Stettins taten sich mit gleichen Verbänden anderer pommerscher Städte im Bund der Heimatfreunde zusammen, wobei wahrscheinlich der Bürgerbund, vielleicht auch der Pommersche Landbund Koordinationsfunktionen wahrnahm; s. v. Gottberg (1938), S. 62 ff.
- <sup>48</sup> S. Rosen (1921); Nußer (1973), S. 173 ff.; Diehl (1977), S. 78 ff.; Large (1980), S. 48 ff.; Lexikon zur Parteiengeschichte III (1985), S. 555 ff.
- <sup>49</sup> Der Reichsbürgerrat 1920–21 (1921), S. 21.
- <sup>50</sup> S. Rosen (1921), S. 49 ff. und 85 f.; Lexikon zur Parteiengeschichte, a. a. O.
- <sup>51</sup> Eingabe des RBüR an die Reichsregierung, abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 11 v. 28. 8. 1920, S. 4.
- <sup>52</sup> Der Reichsbürgerrat 1920–21 (1921), S. 21; s. auch Könnemann (1971), S. 284 f.
- <sup>53</sup> Presseerklärung des LBüR Sachsen, abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 6; s. auch die Erklärung des BüB Chemnitz, ebda., 3. Jg. Nr. 1 v. 21. 1. 1921, S. 6.
- <sup>54</sup> S. Nußer (1973), S. 175; s. auch den Bericht über die 2. Tagung der Orgesch im April 1921 in Regensburg, in: Norddt. Orgeschblätter v. 15. 5. 1921.
- <sup>55</sup> S. Nußer (1973), S. 183. – In Sachsen gehörten auch die Reste der ehemaligen Freikorps Aulock und Aumann, die mit finanzieller Unterstützung der Bürgerräte angesiedelt worden waren, zur Orgesch; s. ebda.
- <sup>56</sup> S. den Bericht über die Vorstandssitzung des BIV v. 28. 9. 1920; BI Nr. 26 v. 8. 10. 1920.
- <sup>57</sup> S. Klein/Scherer (1976), S. 28; s. auch ebda. S. 48.
- <sup>58</sup> Der Geschäftsführer des BüB Stettin in der Sitzung des Arbeitgeber-Ausschusses des Pommerschen Landbundes am 17. 9. 1920; zitiert nach dem Bericht in: Pomm. Landbund, 2. Jg. Nr. 39 v. 26. 9. 1920, S. 652. – Nur in Darmstadt und Gelnhausen scheint die Gründung der Orgesch zum Ende der örtlichen Bürgerräte geführt zu haben; s. Der Reichsbürgerrat 1920–21 (1921), S. 27. Dafür er-

schien gegen Jahresende ein »Großhessischer Wirtschaftsbund für Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck« auf dem Plan; er ging möglicherweise aus der Bürgerbewegung hervor und gewann rasch die hessischen Landbundorganisationen zum Anschluß. Sein Programm stimmte in wesentlichen Punkten mit dem der Orgesch überein; s. Schön (1972), S. 19f.

- <sup>59</sup> S. z. B. Rosen (1921), S. 26ff.
- <sup>60</sup> So der BüB Chemnitz; s. NBl. LBÜR Sachsen, 3. Jg. Nr. 1 v. 21. 1. 1921, S. 6; zum Verbot der Orgesch und ihrer Nachfolgeorganisationen s. Lexikon zur Parteigeschichte III (1985), S. 558ff.
- <sup>61</sup> Bericht des preußischen Gesandten in München, Graf Zech, an AA, 31. 3. 1921; PAAA, Ref. Deutschland, Po 5r, Bd. 1; ausführlich zur Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren, ihrem Verhalten beim Kapp-Putsch und ihrer Auflösung Kanzler (1931); Schulz (1963), S. 352ff.; Benz (1970), S. 287ff.; Könnemann (1971), S. 146ff.; Nußer (1973), S. 186ff.; Diehl (1977), S. 69ff.; Thoss (1978), S. 103ff. und 148ff.; Large (1980), S. 35ff.; Steger (1980), S. 137ff.
- <sup>62</sup> Bergrat Gröbler-Wetzlar in der Hauptvorstandssitzung des VdEstI am 22. 6. 1920; BA, R 13 I/158, Bl. 187.
- <sup>63</sup> S. den Bericht Zechs an AA v. 14. 4. 1921; PAAA, Ref. Deutschland, Po 5r Bd. 1; s. auch Large (1980), S. 39. – Nach anderen Angaben belief sich die Mitgliederzahl nur auf rund 150000, die Zahl der Waffen dagegen auf ca. 300000; s. die Ausführungen von Rkz. Wirth vor der Reichstagsfraktion des Zentrums am 31. 5. 1921; Protokoll der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–25 (1981), S. 210.
- <sup>64</sup> S. Nußer (1973), S. 213ff.; Diehl (1977), S. 100ff. und 117ff.
- <sup>65</sup> Bericht Zechs an AA, 31. 3. 1921; a. a. O.
- <sup>66</sup> Auszug aus einem Bericht des Einwohnerwehr-Verbindungsorgans in München, Juni 1920; ASD, Nl. Severing, Mappe 10 Nr. 70; s. auch den Bericht des württembergischen Gesandten in München v. 2. 4. 1921, in: Politik in Bayern 1919–1933 (1971), S. 78.
- <sup>67</sup> Bericht Zechs an AA v. 22. 9. 1920; PAAA, Ref. Deutschland, Po 5r, Bd. 1; s. auch den Bericht v. 29. 9. 1920, ebda.
- <sup>68</sup> S. Könnemann (1971), S. 346.
- <sup>69</sup> Dem BüR München, der den Einwohnerwehren über Kommerzienrat Zentz, einen ihrer wichtigsten Finanziers, eng verbunden war, genügte das Verlangen des neuen Reichswehrministers Geßler nach ihrer Säuberung von Verfassungsfeinden, seinerseits das Verschwinden Geßlers zu fordern; s. Nußer (1973), S. 110f. und 200; s. auch Diehl (1977), S. 89.
- <sup>70</sup> S. Kritzer (1969), S. 200ff.; Nußer (1973), S. 207ff.; Spindler (1974), I, S. 462ff.
- <sup>71</sup> S. Könnemann (1971), S. 339f.; Nußer (1973), S. 77ff.; Hillmayr (1974), S. 172ff.
- <sup>72</sup> S. Klein/Scherer (1976), S. 28ff.
- <sup>73</sup> S. z. B. Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 8 v. 13. 12. 1919 und Nr. 27 v. 1. 5. 1920.
- <sup>74</sup> S. Roloff (1964), S. 75 und 109. 1921 gründete der »Stahlhelm« hier mit Unterstützung des Bürgerbundes und des örtlichen Reichswehrkommandeurs, zu dem der BüB ebenfalls enge Kontakte unterhielt, nach einigen Dynamitanschlägen einen Bevölkerungsschutz, der den Bürgern das Gefühl vermitteln sollte, daß auf die Polizei einer sozialistischen Regierung kein Verlaß sei; s. ebda. S. 81.
- <sup>75</sup> S. Berghahn (1966), S. 29ff.; Diehl (1977), S. 96f.; Lexikon zur Parteigeschichte IV (1986), S. 145ff.
- <sup>76</sup> Zitiert bei Flemming (1978), S. 207.
- <sup>77</sup> Ebda.
- <sup>78</sup> S. ebda. S. 230 Anm. 304. – In diesen Zahlen sind diejenigen der Arbeitnehmerab-

- teilungen enthalten; für den Pommerschen Landbund belief sie sich 1920 auf 35 000; s. Pomm. Landbund 3 (1921), S. 62. S. ferner Kersten (1925), S. 64; Geßner (1976), S. 38 f.; zur Entstehung des Kurhessischen Landbundes 1920 s. Cordes (1928), S. 10 und 71 ff.; zur Entstehung des Landbundes der Provinz Sachsen und der dortigen Kreisbauernschaften Vogler (1973), S. 394 ff.
- <sup>79</sup> S. Flemming (1978), S. 206 f.
- <sup>80</sup> Pomm. Landbund 3 (1921), S. 62.
- <sup>81</sup> S. Sander (1971), S. 88.
- <sup>82</sup> S. Stoltenberg (1962), S. 44. – Zum ersten schleswig-holsteinischen Bauernntag im Juli 1920 erschienen viele Gruppen in alten Trachten; Dithmarscher Jungbauern zeigten seit Jahrhunderten zum erstenmal wieder den Schwertertanz ihrer Vorfahren.
- <sup>83</sup> Die Entstehungslinie, die die Landbünde repräsentierten, wurde auch insofern fortgeführt, als der Reichslandbund anders als der BdL stark dezentralisiert war. – Zu seiner Entstehung und Organisationsstruktur s. den Bericht Hepps in: Bericht über den 1. Reichslandbund-Tag am 3. 3. 1921 in Berlin (1921), S. 44 f.; Thedieck (1923), S. 41 ff. und 91 ff.; Boetticher (1925), S. 57 ff.; Funke-Kaiser (1936), S. 43 ff.; v. Tippelskirch (o. J.), S. 54 f.; Puhle (1975), S. 84; Geßner (1976), S. 37; Flemming (1978), S. 230 ff.; Lexikon zur Parteiengeschichte III (1985), S. 688 ff.
- <sup>84</sup> Zitiert bei Winkler (1972), S. 74.
- <sup>85</sup> S. ebda.
- <sup>86</sup> S. ebda. S. 84 f.
- <sup>87</sup> S. die Mitteilung von Prof. Uhlhorn-Bremen in der Sitzung des Präsidiums des RBüR am 5. 2. 1921; NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 2/3 v. 23. 2. 1921, S. 4.
- <sup>88</sup> Aufruf der Hauptversammlung des Hansabundes v. 8. 5. 1920; abgedruckt u. a. in: Handel und Gewerbe 27 (1920), S. 422.
- <sup>89</sup> Rundschreiben des RDI Nr. 213, in: Geschäftl. Mitt. für die Mitglieder des RDI, Nr. 16 v. 28. 5. 1920.
- <sup>90</sup> Rundschreiben des RDI Nr. 228; ebda. Nr. 17 v. 10. 6. 1920.
- <sup>91</sup> Rundschreiben des RDI Nr. 258; ebda. Nr. 19 v. 28. 6. 1920. – Dem Zentralausschuß gehörten an: Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, RDI, Reichsverband des deutschen Handwerks, VDA, Hansabund, Zentralverband des deutschen Großhandels, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiersgewerbes, Reichsverband der Bankleitungen, Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen, Zentralstelle für das deutsche Transport- und Verkehrsgewerbe.
- <sup>92</sup> So der Stabschef der Berliner Reichswehr-Brigade, Oberstltnt. Wetzell; zitiert nach dem Bericht bei Rabenau (1940), S. 227.
- <sup>93</sup> Ebda.
- <sup>94</sup> Carsten (1966), S. 99, Anm. 133.
- <sup>95</sup> Rabenau a. a. O.; s. auch Schüddekopf (1955), S. 69; Meier-Welcker (1967), S. 254 ff.
- <sup>96</sup> Rabenau (1940), S. 232.
- <sup>97</sup> S. Geßler (1958), S. 70 und 130; Schustereit (1975), S. 91 ff.; Miller (1978), S. 359 ff.; aus Reichswehr-Perspektive Hürten (1989). – Sein Parteifreund Tantzen schrieb über Geßler, in dem Sinne, »daß wir unverändert wie früher den Säbelgott anbeten«, sei dessen Geist »genau der Geist der alten Konservativen und Nationalliberalen«. Aus einem Brief Tantzens v. 30. 6. 1924 zitiert in: Th. Tantzen 1877–1947 (1977), S. 16.



- <sup>98</sup> Für Wilhelmshaven z. B. s. Der Kapp-Putsch in Wilhelmshaven (1920), S. 10f.; s. auch die Hinweise auf Überläufer von den Freikorps zu den Arbeitereinheiten während des Ruhrkrieges bei Eliasberg (1974), S. 99 ff.
- <sup>99</sup> S. Gefßler (1958), S. 133; s. auch Franke (1924), S. 124 ff.
- <sup>100</sup> Gefßler (1958), S. 136.
- <sup>101</sup> S. Noske (1920), S. 202; Gordon (1959), S. 85; Carsten (1966), S. 58 f. und 104 ff.; Erger (1967), S. 110; vgl. auch Tucholsky, Ges. Werke, Bd. 2 (1975), S. 310 ff. – In der Marine wurde der Vorsitzende des Decksoffiziersbundes, in den Revolutionswochen ein Anhänger Noskes und seither ein engagierter Republikaner, durch Machenschaften Kieler Offiziere, die sich am Kapp-Putsch beteiligt hatten, sowie pensionierter Offiziere und alter Beamten der Marinewerften zum Rücktritt getrieben; s. Kässner (1932), S. 275 ff.; Bird (1977), S. 92 ff.
- <sup>102</sup> Eschenburg (1963), S. 47.
- <sup>103</sup> S. Schulze (1982), S. 115.
- <sup>104</sup> Nach v. Zengen (1922), S. 84, bestanden 1922 nur noch drei Ortsgruppen (Stettin, Frankfurt/M. und Gelsenkirchen); der Zentralvorstand hatte sich aufgelöst.
- <sup>105</sup> S. ebda.
- <sup>106</sup> S. z. B. für den DOB Freikorps Thüringen (1935), S. 15; für den Nationalverband Graf Waldersee, 10 Jahre NDO, in: Gedenkschrift des NDO zum 10jährigen Bestehen (1928); Röhm (1934), S. 125 f.
- <sup>107</sup> Für Dortmund s. Mühlberger (1975), S. 131.
- <sup>108</sup> S. Graf Waldersee a. a. O.; Waite (1970), S. 202 f. Frölich (1922), S. 31, gibt seine Mitgliederzahl mit rund 150000 an, v. Zengen (1922), S. 85, mit lediglich 40000. Vom Verband nationalgesinnter Soldaten spaltete sich 1922 der Nationalverband deutscher Soldaten ab, der eng mit der DNVP zusammenarbeitete und nach unbestätigten Angaben der KPD bald rund 200000 Mitglieder zählte; s. Frölich (1922), S. 30.
- <sup>109</sup> S. Kriegerzeitung, 44. Jg. Nr. 69 v. 25. 5. 1920.
- <sup>110</sup> S. die Hinweise in den einschlägigen Artikeln in: Lexikon zur Parteiengeschichte (1983 ff.); für den Stahlhelm außerdem bei Berghahn (1966), für den Jungdeutschen Orden bei Hornung (1958), für die Einwohnerwehren bei Könnemann (1971).
- <sup>111</sup> S. Erger (1967), S. 214 ff.
- <sup>112</sup> Kundgebung der Deutschnationalen Beamtenschaft und des Deutschnationalen Lehrerbundes, abgedruckt in: Nationale Erziehung 1 (1920), S. 67; s. auch Konservative Monatsschrift 77 (1919/20), S. 418 f. und 452 f.
- <sup>113</sup> S. den Bericht über die Sitzung des BüB Stettin am 12. 4. 1920, in: Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 25 v. 17. 4. 1920.
- <sup>114</sup> Entschließung des Vereins der Beamten und Angestellten der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern, abgedruckt ebda. Nr. 28 v. 8. 5. 1920, Beiblatt. – In Ostpreußen lehnten die Beamtenschaftsausschüsse die Mitwirkung bei der behördlichen Untersuchung des Verhaltens der Beamten während der Kapp-Tage ab; s. v. d. Groeben (1988), S. 125.
- <sup>115</sup> S. Erger (1967), S. 218.
- <sup>116</sup> Resolution des außerordentlichen Vertretertages des DBB v. 26.–28. 5. 1920; abgedruckt in: Zs. des Bundes höherer Beamter 2 (1920), S. 20.
- <sup>117</sup> S. Runge (1965), S. 82; DBB, Ursprung – Weg – Ziel (1968), S. 11/40 ff.; Bieber (1981), S. 807; Lexikon zur Parteiengeschichte III (1985), S. 639 ff.
- <sup>118</sup> Zitiert nach Lexikon zur Parteiengeschichte IV (1986), S. 352; s. auch z. B. Hessischer Bauernbund, 2. Jg. Nr. 14 v. 4. 4. 1920 und Nr. 20 v. 16. 5. 1920.
- <sup>119</sup> S. die gemeinsame Erklärung von Bayer. Christl. Bauernverein, Bayer. Bauern-

- bund, BdL für Bayern und Zweckverband landwirtschaftlicher Körperschaften Bayerns, abgedruckt ebda. Nr. 17 v. 25. 4. 1920.
- <sup>120</sup> S. Mantzke (1961), S. 156.
- <sup>121</sup> S. Behrend (1956), S. 100ff.; Flemming (1978), S. 208f.
- <sup>122</sup> S. Nußer (1973), S. 208; Flemming (1979), S. 25.
- <sup>123</sup> S. Runge (1965), S. 90f.
- <sup>124</sup> S. Friedensburg (1969), S. 109ff.
- <sup>125</sup> Der ökonomische Boykott, wie ihn die Arbeiterschaft entwickelt hatte, fehlt dagegen – es sei denn, man betrachtet den Lieferstreik als ökonomischen Boykott –, weil die Arbeiterschaft kaum Ziele bot, gegen die er sich hätte richten können. Ob es Überlegungen gab, Arbeiter-Konsumgenossenschaften von der Belieferung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen auszuschließen, ließ sich nicht feststellen.
- <sup>126</sup> Troeltsch (1924), S. 89, in einem Artikel v. 19. 12. 1919; Beispiele bei Runge (1965), S. 90f.
- <sup>127</sup> S. die Beispiele ebda. S. 94ff.
- <sup>128</sup> S. Flemming (1978), S. 208.
- <sup>129</sup> Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 25 v. 17. 4. 1920. – Gegen einen kommunalen Untersuchungsausschuß, der – mit dem Ziel der Amtsenthebung – feststellen sollte, welche städtischen Beamten, Lehrer und Angestellten sich durch Beteiligung an der Zeitfreiwilligenwehr für die Kappregierung eingesetzt hatten, zog er mit allen Mitteln zu Felde. Die Namen von Beamten, die der Stadtverordnetenversammlung angehörten und für den entsprechenden Antrag gestimmt hatten, also für die »Willkür und Denunziationstaktik bürgerfeindlicher Sozialisten«, veröffentlichte er, um sie der Ächtung ihrer mehrheitlich konservativen Kollegen auszusetzen; s. ebda.
- <sup>130</sup> S. Schumacher (1978), S. 298. Ausführlich zur Landarbeitergruppe des Pommerschen Landbundes Flemming (1978), S. 277ff. Der christliche Landarbeiterverband blieb in Pommern bedeutungslos.
- <sup>131</sup> 1921 schlossen sie sich zum Reichslandarbeiterverband zusammen. Anfang 1922 zählte er nach eigenen Angaben 76000 Mitglieder – rund 10% der damaligen Stärke des freigewerkschaftlichen Landarbeiterverbandes; s. Voß (1964), S. 54. Patch (1981), S. 42f., nennt höhere Zahlen.
- <sup>132</sup> S. Schmidt-Pauli (1936), S. 171; Voß (1964), S. 51; Schulze (1977), S. 281ff.; vertrauliche Meldung des Stettiner Polizeipräsidenten an die Nachrichtenabteilung des AA v. April 1920, abgedruckt in: Das Kabinett Müller I (1971), S. 147 Anm. 2. Ebenfalls dem Ziel, sich eine abhängige und willfährige Arbeiterschaft zu niedrigsten Löhnen zu erhalten, diente das Bestreben pommerscher Großgrundbesitzer, die Entlassung russischer Kriegsgefangener, die ihnen als Arbeitskräfte zugewiesen worden waren, hinauszuzögern oder sie zum freiwilligen Bleiben zu animieren oder sich – drei Jahre nach Kriegsende! – sogar noch 10000 weitere zuteilen zu lassen; s. das Schreiben des Pommerschen Landbundes an das Preußische Landwirtschaftsministerium v. 24. 2. 1921; IISG, Nl. Braun Nr. 188, sowie die Aktennotiz v. 7. 3. 1921; ebda. Nr. 178/2, und das Schreiben Brauns an den Reichsarbeitsminister v. 8. 4. 1921; ebda. Nr. 179.
- <sup>133</sup> S. Voß (1964), S. 166ff.; Polzin (1966), S. 73, 87f., 250f. u. ö.
- <sup>134</sup> S. oben S. 333ff.
- <sup>135</sup> In einzelnen, besonders krassen Fällen von Sabotage der Regierungspolitik wurden in Preußen hohe Beamte ihrer Posten enthoben; s. z. B. Runge (1965), S. 90f.
- <sup>136</sup> S. oben S. 333.

- <sup>137</sup> S. z. B. die Mitt. Allekottes in der Sitzung der Zentrumsfraktion am 25. 11. 1920; Protokoll der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–25 (1981), S. 117; für Hamburg s. Sieverding (1986), S. 50.
- <sup>138</sup> Resolution des Ärztevereins von Köpenick u. Umgebung v. April 1920; abgedruckt in: Berliner Ärzte-Corr 25 (1920), S. 78; s. auch ebda. S. 98.
- <sup>139</sup> S. ebda. S. 72 f.
- <sup>140</sup> S. u. a. Niedersächs. Ärzte-Zeitung 2 (1920), S. 41 f. und 47.
- <sup>141</sup> S. den Bericht über die Vorstandssitzung der Ortsgruppe München des BIV am 23. 3. 1920, in: BI Nr. 14 v. 8. 4. 1920, S. 2.
- <sup>142</sup> S. Mitteilungen des Leipziger BüA, Nr. 28 / 29 (etwa Ende Mai 1920).
- <sup>143</sup> Für Stettin s. Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 22 v. 27. 3. 1920; für das Ruhrgebiet BüR Oberhausen an GHH, 10. 3. 1921; HA / GHH, 300 106 / 16; für Sachsen s. das Protokoll der Vorstandssitzung des LBüR Sachsen v. 1. 4. 1920; BA, Nl. Goetz Nr. 61.
- <sup>144</sup> S. Der Reichsbürgerrat 1920–21 (1921), S. 26.
- <sup>145</sup> S. den Rechenschaftsbericht des BüR Groß-Stuttgart, zitiert nach Süddt. Zeitung Nr. 45 v. 16. 2. 1922; Ausschnitt in HStA Stuttgart, E 130 a Bü 204.
- <sup>146</sup> Für einen zweitägigen »Abwehrstreik« im ostpreussischen Stallupönen im Juni 1920 s. Schumacher (1978), S. 304.
- <sup>147</sup> Der BüB Stuttgart z. B. tat dies »auf das nachhaltigste« und leistete der Landesregierung nach eigenem Urteil auch auf andere Weise so »große Dienste«, daß er sich selbst ein »wesentliches Verdienst« am Zusammenbruch des Steuerstreiks der Arbeiterschaft attestierte. S. seinen abschließenden Rechenschaftsbericht, a. a. O.
- <sup>148</sup> S. die Äußerungen Marx' in: Die Schulpflege 26 (1920), S. 266 f.; zum Herner Schulstreik ferner ADLZ 49 (1920), S. 326 und 348; Der freie Lehrer 2 (1920), S. 236 f.; Westfäl. Polit. Nachrichten Nr. 1220 v. 25. 6. 1920.
- <sup>149</sup> Die sachliche Lösung bestand darin, daß für Kinder, die auf Wunsch der Eltern nicht mehr am Religionsunterricht teilnahmen, besondere Klassen eingerichtet wurden, die die angefeindeten Lehrer übernahmen; sie wurden sofort mit Vorarbeiten hierfür betraut, unterrichteten also nicht mehr an einer katholischen Schule. – Mitunter wurde die gleiche Waffe auch für andere Ziele eingesetzt. In der Eifel z. B. für den Nachmittagsunterricht, weil die Bauern die größeren Kinder vormittags als Viehhüter einsetzen wollten. Im Herbst 1920 stellten in Königsberg die Studienassessoren mit Unterstützung des Philologenvereins den Unterricht in Lehrgängen ein, die Volksschullehrern über Ergänzungsprüfungen den Hochschulzugang ermöglichen sollten. Standesdünkel verband sich hier mit dem Bestreben nach Abschottung eines akademischen Teilarbeitsmarkts gegen unerwünschte Eindringlinge und allgemeiner Aversion gegen Bildungsreformen und ihre sozialen Ziele. Für die Eifel s. Der freie Lehrer 2 (1920), S. 302; für Königsberg Die Schulpflege 26 (1920), S. 375.
- <sup>150</sup> S. Konrad Haenisch, Schulstreiks, in: Die Schulpflege 26 (1920), S. 271 f.; s. auch ebda. S. 334 und 364 f.; Der freie Lehrer 2 (1920), S. 356 f.; ADLZ 49 (1920), S. 399; Düsseldorf im Wandel deutscher Geschichte (o. J.), S. 37.
- <sup>151</sup> S. Behrens (1973), S. 248.
- <sup>152</sup> S. Stoltenberg (1962), S. 44.
- <sup>153</sup> S. Hess. Bauernbund, 2. Jg. Nr. 31 v. 1. 8. 1920.
- <sup>154</sup> S. Gemein (1969), S. 24.
- <sup>155</sup> S. Behrens (1973), S. 89; zum Kampf Helfferichs gegen Erzberger im übrigen Epstein (1962), S. 392 ff.; Williamson (1971), S. 291 ff.
- <sup>156</sup> Alldt. Blätter 30 (1920), S. 96.

- <sup>157</sup> S. die Berichte aus den Gauen und Ortsgruppen ebda., passim; für den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund s. Lohalm (1970), S. 127f.
- <sup>158</sup> Röhm (1934), S. 118; s. auch Frank (1934), S. 101; Steger (1980), S. 141; Large (1980), S. 43f.
- <sup>159</sup> S. Gemein (1969), S. 26.
- <sup>160</sup> Norddt. Orgeschblätter Nr. 3 v. 15. 8. 1921, S. 42.
- <sup>161</sup> Troeltsch (1924), S. 143f., in einem Artikel v. 1. 7. 1920.
- <sup>162</sup> Ebda. S. 140f. in einem Artikel v. 5. 6. 1920.
- <sup>163</sup> Auszug aus einem Bericht des Einwohnerwehr-Verbindungsorgans in München, Juni 1920; ASD, Nl. Severing, Mappe 10 Nr. 70.
- <sup>164</sup> S. Troeltsch (1924), S. 139.
- <sup>165</sup> Schulze (1982), S. 222; s. auch Troeltsch (1924), S. 167.
- <sup>166</sup> Hess. Bauernbund, 2. Jg. Nr. 29 v. 18. 7. 1920.
- <sup>167</sup> S. Weber (1983), S. 82 ff.; Winkler (1984), S. 347 und 502 ff.
- <sup>168</sup> S. Nolte (1984),; Davis (1985), S. 109 ff., 182 ff., 192 ff., 209 ff. und 222 ff. – Ob es hier historische Verbindungslinien gibt, muß offenbleiben. 1919 bestanden enge Beziehungen zwischen dem deutschen und chilenischen Bürgertum und zwischen den Militärs beider Länder. Chile stand deshalb bei deutschen Offizieren, die nach dem Zusammenbruch mit Emigrationsgedanken spielten, hoch im Kurs; s. z. B. den Brief des Obersten v. Thaer v. 20. 11. 1918; Thaer (1958), S. 275. Durch Besuche deutscher Offiziere haben chilenische Militärs, Großgrundbesitzer und hochgestellte Angehörige des Bürgertums damals wahrscheinlich recht schnell detaillierte Kenntnis von Abwehrreaktionen des deutschen Bürgertums auf den Umsturz vom November 1918 erhalten; s. Litzmann (1928), II, S. 266 ff. – Zur Organisations- und Leitungsstruktur, Truppen- und Offiziersausbildung, Bewaffnung und Ausrichtung der chilenischen Armee nach preußisch-deutschem Vorbild nach 1880 s. im übrigen Etmiller (1982), S. 92 ff.
- <sup>169</sup> Vgl. Thimme (1969), S. 142 ff.; zum Vergleich mit den Weißen der amerikanischen Südstaaten nach dem Bürgerkrieg: Trealease (1972).
- <sup>170</sup> Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 30 v. 22. 5. 1920, 1. Beiblatt.

## 11. Kapitel

- <sup>1</sup> Meyer-Absberg vor der 3. Bundesversammlung des RBüR am 11./12. 6. 1921 in München; Bericht in: NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 6 v. 2. 7. 1921; s. auch den Beitrag Loebells über das Bürgertum, in: Handbuch der Politik (1921/22), Bd. 4, S. 460f.
- <sup>2</sup> Loebell, Die bürgerliche Front, in: NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 3.
- <sup>3</sup> RBü 1 (1919/20), S. 306f.; s. auch Der Reichsbürgerrat 1920–21. S. 3f. – Im Frühjahr 1920 hatte der Reichsbürgerrat versucht, die bürgerlichen Parteien über die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten zusammenzubringen. Nach dem Inkrafttreten der Weimarer Verfassung amtierte Ebert, im Februar 1919 von der Nationalversammlung zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt, nur noch interimsistisch, bis zur ersten Volkswahl des Staatsoberhauptes. Da sich die politischen Stimmungen in der Bevölkerung im Frühjahr 1920 gegenüber dem Vorjahr spürbar zugunsten der Rechten verschoben hatten und diese auf den Sieg eines von ihr nominierten Kandidaten rechnen konnte, drängte diese auf die baldige

Anberaumung der Wahl, während die Weimarer Koalition sie aus dem gleichen Grund verzögerte. In dieser Situation bot der Reichsbürgerrat allen bürgerlichen Parteien sowie der SPD seine Vermittlung in der Kandidatenfrage an. Sie wurde jedoch, soweit erkennbar, von keiner Seite in Anspruch genommen; ohne seine Hilfe nominierte die Rechte Hindenburg. Einstweilen wurde die Frage obsolet, weil ein entsprechendes Wahlgesetz ausblieb – eine der Ursachen für den Kapp-Putsch. S. hierzu Loebell, Die bürgerliche Front, in: NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 3; Buchheim (1960), S. 42; Hubatsch (1966), S. 55 ff.; Erger (1966), S. 85. – Die Bundesversammlung des Reichsbürgerrates beauftragte im Juli 1920 dessen Präsidium, gemeinsam mit den politischen Parteien und großen Wirtschaftsverbänden »eine geeignete Persönlichkeit« ausfindig zu machen und deren Wahl vorzubereiten; s. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 10 v. 16. 7. 1920, S. 5 f.; s. auch das Telegramm des RBüR an die Nationalversammlung, abgedruckt RBü 1 (1919/20), S. 241 f.; Hubatsch (1966), S. 62. – Überlegungen, den Reichspräsidenten nicht in einer Volksabstimmung, sondern in einer gemeinsamen Versammlung von Nationalversammlung und Reichsrat zu wählen, wie sie u. a. in der SPD angestellt wurden, trat der RBüR nachdrücklich entgegen, weil wegen der Zusammensetzung der Nationalversammlung ein bürgerlicher Kandidat in einer Volksabstimmung bessere Chancen hatte; s. ebda. – Zuvor hatte der RBüR auch den Gedanken ventiliert, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, ihn jedoch rasch wieder fallenlassen; s. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 4 v. 15. 2. 1920, S. 8. – Die verfassungsrechtlich erforderliche Vorlage eines Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten wurde schließlich bis 1922 verzögert und dann eine Verfassungsänderung beschlossen, die die Amtszeit des »vorläufigen« Reichspräsidenten Ebert bis 1925 verlängerte; s. Huber VI (1981), S. 311 f.; VII (1984), S. 11 f., 38 f. und 544 f.

- 4 Wahlaufuf des RBüR, abgedruckt in: Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 15; RBü 1 (1919/20), S. 305.
- 5 »Der Bürgerratsgedanke und die Wahlen«, in: NBl. LBüR Sachsen, 2. J. Nr. 8 v. 16. 5. 1920, S. 2 f.
- 6 S. die Ausführungen Meyer-Absbergs vor der 2. Bundesversammlung des RBüR v. 2.–4. 7. 1920 in Leipzig, zitiert nach dem Bericht ebda. Nr. 10 v. 16. 7. 1920, S. 4. – Der RBüR empfahl den Bürgerräten, Wahlveranstaltungen mit bürgerlichen Berufs- und Wirtschaftsverbänden abzuhalten (s. RBü 1 [1919/20], S. 306), der LBüR Sachsen außerdem die Verteilung der Wahlspenden an die bürgerlichen Parteien entsprechend dem Stimmenanteil und daher erst nach der Wahl; s. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 8 v. 16. 5. 1920, S. 4, und Nr. 9 v. 18. 6. 1920, S. 6.
- 7 S. das Schreiben des RBüR an den Reichspräsidenten, abgedruckt in: Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 16 f.
- 8 Ebda. S. 4.
- 9 S. RBü 1 (1919/20), S. 307, und die Ausführungen Meyer-Absbergs vor der 2. Bundesversammlung des RBüR v. 2.–4. 7. 1920 in Leipzig; a. a. O.
- 10 S. den Bericht über die Tagung des Präsidialbeirats des RBüR v. 24. 10. 1920, in: NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 4.
- 11 S. ebda. – In ihrem Vademecum des Vereinswesens, das die VDA 1922 herausgab, verzichtete sie auf eine Empfehlung des RBüR und beschränkte sich auf die etwas gewundene Bemerkung, die »Idee«, die die Bürgerratsbewegung verfolge, »dürfte mit dazu beitragen, daß Ordnung wieder über Willkür und der Gedanke der Volksgemeinschaft über den Klassenstaat den Sieg davontragen wird«; v. Zengen (1922), S. 126.

- <sup>12</sup> Ende 1921 berichtete Loebell über Bemühungen des RBüR, »die großen wirtschaftlichen Organisationen wieder zu einer Politik der nationalen Sammlung und Mitarbeit zu veranlassen«; s. den Bericht über die Präsidialsitzung des RBüR am 19. 11. 1921, in: NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 9/10 v. 15. 12. 1921, S. 3. Der Pressechef des RBüR forderte ebenfalls 1921 eine »einheitliche antimarxistische Front im Parlament« und für die Bürgerräte die Funktion als »außerparlamentarische Trägerin der in Wirklichkeit vorhandenen Einigkeit der bürgerlichen Parteien«, wiederum mit dem Zusatz, sie müßten »dasselbe leisten, was für die sozialistischen und kommunistischen Parteien die Gewerkschaftsbewegung heute noch ist«. Kriegk (1921), S. 28 f.
- <sup>13</sup> S. z. B. den Bericht über die Tagung des RBüR 1921 in München, wo in der Debatte über die »soziale Frage« »von allen Rednern ein sehr scharfer Trennungsstrich gegenüber dem Marxismus gezogen« wurde; (Der Reichsbürgerrat 1921–22, S. 8). Loebell, Die bürgerliche Front, in: NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 3, nannte als Gegner der bürgerlichen Einheitsfront die »feste Organisation, die sich der Sozialismus in den Gewerkschaften gegeben hat«. Goetz apostrophierte 1921 als politischen Gegner der Bürgerräte den »Radikalismus, der sich um die USP und die Kommunisten gruppiert«; s. den Bericht über den Verbandstag des LBüR Sachsen am 2. 7. 1921, ebda. 3. Jg. Nr. 7/8 v. 21. 9. 1921, S. 6. – Gelegentlich wurde die SPD als »Übergang« zwischen »bürgerlichen und unabhängigen Parteien« bezeichnet; ebda. 2. Jg. Nr. 9 v. 18. 6. 1920, S. 3. – Kriegk wies Ende 1920 darauf hin, das Aktionsprogramm des RBüR »passe auf das der Kommunisten in fast allen Punkten«; ebda. 3. Jg. Nr. 1 v. 21. 1. 1921, S. 6.
- <sup>14</sup> S. das Referat Höpkers über »Unsere Stellung zur sozialen Frage« vor der 3. Bundesversammlung des RBüR v. Juni 1921 in München; ebda. Nr. 6 v. 2. 7. 1921, S. 2; ferner die Ausführungen Goetz' vor dem Verbandstag des LBüR Sachsen am 2. 7. 1921; ebda. Nr. 7/8 v. 21. 9. 1921, S. 6.
- <sup>15</sup> Bericht über die Tagung des Präsidialbeirats des RBüR am 24. 10. 1920; ebda. 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 5.
- <sup>16</sup> Meyer-Absberg vor der 2. Bundesversammlung des RBüR v. 2.–4. 7. 1920 in Leipzig; zitiert nach dem Bericht ebda. Nr. 10 v. 16. 7. 1920, S. 4.
- <sup>17</sup> Der Pressechef des RBüR, Kriegk, in einem Vortrag in Leipzig im Dezember 1920; zitiert nach dem Bericht ebda. 3. Jg. Nr. 1 v. 21. 1. 1921, S. 6.
- <sup>18</sup> Loebell, Die bürgerliche Front; ebda. 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 3.
- <sup>19</sup> S. z. B. den Bericht über die Hauptversammlung des RBüR 1921, in: Der Reichsbürgerrat 1921–22, S. 6 ff. und 21 ff.
- <sup>20</sup> S. die Ausführungen Meyer-Absbergs vor der 3. Bundesversammlung des RBüR v. Juni 1921 in München; NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 6 v. 2. 7. 1921, S. 3.
- <sup>21</sup> S. ebda. 2. Jg. Nr. 7 v. 18. 4. 1920, S. 2; Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 9. – Über Gewinnbeteiligung sprach sogar der Sozialdemokrat und ehemalige preußische Finanzminister Südekum in einer Präsidialbeiratssitzung des RBüR am 16. 4. 1921; s. NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 5 v. 9. 6. 1921, S. 4. In der Bundesversammlung des RBüR v. Juli 1921 wurde sein Vorschlag jedoch verworfen; s. Der Reichsbürgerrat 1921–22, S. 6 f.
- <sup>22</sup> Kriegk in einem Vortrag vor dem Leipziger BüA am 6. 4. 1921; zitiert nach NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 4 v. 23. 4. 1921, S. 5; s. auch die Ausführungen Haeubers in der Präsidialsitzung des RBüR am 19. 11. 1921; ebda. Nr. 9/10 v. 15. 12. 1921, S. 4.
- <sup>23</sup> Der Reichsbürgerrat 1921–22, S. 23.
- <sup>24</sup> Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 9.

- <sup>25</sup> Der konservative Flügel, namentlich S. Marx und Friedr. v. Oppeln-Bronikowski, ein gemäßigter Deutschnationaler, plädierte für Entscheidungskompetenzen des Reichswirtschaftsrats »in allen wirtschaftlichen Lebensfragen«; der liberale Flügel, angeführt von Walter Goetz, hielt dies verfassungsrechtlich für abwegig und eine allseits akzeptierte politische Vertretung aller Berufsstände ohnehin für unmöglich. 1920 beauftragte die Bundesversammlung des RBüR eine Kommission mit der weiteren Prüfung der Frage; s. den Bericht über die 2. Bundesversammlung des RBüR v. 2.–4. 7. 1920 in Leipzig, in: NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 10 v. 16. 7. 1920, S. 6f.; ferner v. Oppeln-Bronikowski (1920). – 1921 beschränkte sich der RBüR auf die Einrichtung eines »sozialen Arbeitsamts« zur Sammlung der unzähligen wirtschafts- und sozialpolitischen Reformkonzepte, die auf dem bürgerlichen Meinungs- und Publikationsmarkt feilgeboten wurden – gewiß keine sinnlose, aber doch eher akademische Aufgabe ohne erkennbare praktische Auswirkungen. S. die Entschließung der 3. Bundesversammlung des RBüR v. 11./12. 6. 1921 in München; abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 6 v. 2. 7. 1921, S. 2, und den Bericht über die Präsidialsitzung des RBüR am 19. 11. 1921, ebda. Nr. 9/10 v. 15. 12. 1921, S. 3; Der Reichsbürgerrat 1921–22, S. 20f.
- <sup>26</sup> Kriegk (1921), S. 13.
- <sup>27</sup> S. das Referat von Fritz Gerlich über die »Geistige Fortentwicklung der Bürgerratsbewegung«; NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 6 v. 2. 7. 1921, S. 4f.
- <sup>28</sup> Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 8.
- <sup>29</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 7 v. 18. 4. 1920, S. 2.
- <sup>30</sup> S. den Bericht über die Sitzung des BüB Stettin v. 12. 4. 1920; Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 25 v. 17. 4. 1920; dass. Nr. 26 v. 24. 4. 1920.
- <sup>31</sup> S. die Entschließung des BüB Stettin v. 14. 7. 1920, abgedruckt ebda. Nr. 38 v. 17. 7. 1920.
- <sup>32</sup> S. den Bericht über die 2. Bundesversammlung des RBüR v. 2.–4. 7. 1920; NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 10 v. 16. 7. 1920, S. 6.
- <sup>33</sup> S. die Eingabe des RBüR an den Reichsarbeitsminister, abgedruckt ebda. Nr. 9 v. 18. 6. 1920, S. 5; den Bericht über den Verbandstag des LBüR Sachsen am 2. 7. 1921; ebda. 3. Jg. Nr. 7/8 v. 21. 9. 1921, S. 6; s. auch ebda. 4. Jg. Nr. 1 v. 18. 3. 1922, S. 2; Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 21.
- <sup>34</sup> Zur Entwicklung der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen-Organisationen s. v. Zengen (1922), S. 64 ff.; Whalen (1982) S. 242, gibt aufgrund der Akten des Reichsarbeitsministeriums die Mitgliederzahl des Zentralverbandes für 1921 mit nur 156000 an.
- <sup>35</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 4. Jg. Nr. 1 v. 18. 3. 1922, S. 2f.; Der Reichsbürgerrat 1921–22, S. 24.
- <sup>36</sup> Zum Verhältnis zu den Beamtenorganisationen s. ebda. S. 24f. Mit den Verbänden der Agrarproduzenten und -händler bildete der RBüR einen gemeinsamen Ausschuß, um die Interessen der Landwirtschaft mit denjenigen der städtischen Konsumenten bei den Lebensmittelpreisen miteinander in Einklang zu bringen. Daß ihm dies gelungen wäre, konnte er nicht berichten. Außerdem setzte er sich »auf das energischste« für das Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft ein. S. ebda. S. 23 f.; zu diesem, einem Programm zur Produktionssteigerung, Reduzierung der Lebensmittelimporte und zum Abbau der verhaßten »Zwangswirtschaft«, s. Thedieck (1923), S. 102 ff.; Kersten (1925), S. 109 ff.
- <sup>37</sup> S. die Begrüßung der Vertreter »befreundeter Verbände« in der 3. Bundesversammlung des RBüR im Juni 1921; NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 7/8 v. 21. 9. 1921, S. 1; Gäckle/Blezinger (1922), S. 203.

- <sup>38</sup> Die formellen Querverbindungen zwischen RBüR und anderen Organisationen sind unklar, weil der RBüR ab 1920 die Liste seiner Präsidialratsmitglieder nicht mehr veröffentlichte, unter denen sich satzungsgemäß bis zu 1/3 Vertreter befreundeter Verbände befinden konnten.
- <sup>39</sup> S. den Bericht über die 2. Bundesversammlung des RBüR v. 2.–4. 7. 1920 in Leipzig in: NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 10 v. 16. 7. 1920, S. 5; F. v. Oppeln-Bronikowski, Zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, in: Der Bund (Berlin), Nr. 17 v. 1. 5. 1920; Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 9 und 26. – Wieber, Vorstandsmitglied des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes, hielt vor der 3. Bundesversammlung des RBüR am 11./12. 6. 1921 in München ein programmatisches Referat über »Arbeiterschaft und Bürgertum«; s. NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 6 v. 2. 7. 1921, S. 2 f.; Ende 1921 sprach er vor den Bürgerräten Leipzig und Chemnitz; s. ebda. Nr. 9/10 v. 15. 12. 1921, S. 6 f.
- <sup>40</sup> S. den Bericht des LBüR Rheinland-Westfalen bei der Tagung des Präsidialbeirats des RBüR am 24. 10. 1920; ebda. 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 5; s. auch die Rede Wiebers in: RBü 2 (1920/21), S. 443 ff.; zur Mitgliedschaft der christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereine im BüR Oberhausen die Angaben über die Zusammensetzung von dessen Vorstand und Arbeitsausschuß in: HA/GHH, 300 106/16. – Daß der LBüR Rheinland-Westfalen den christlichen Gewerkschaften zusagte, nicht von vornherein jeden Sozialisierungsgedanken abzulehnen, sondern ggfs. von Fall zu Fall zu entscheiden, ob die Sozialisierung eines Betriebes oder einer Gruppe von Betrieben »dem allgemeinen Interesse« entspräche, wurde im RBüR als schlimme Prinzipienverletzung empfunden und vor einer solchen Unterscheidung »zwischen politischem und wirtschaftlichem Marxismus... eindringlichst« gewarnt; s. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 5. – Es ist möglich, daß die Annäherungsversuche der Bürgerräte und ihre inhaltlichen Vorstellungen eine gewisse Rolle bei der Entwicklung von Stegerwalds Konzept einer interkonfessionellen und nationalen, sozialen und demokratischen Mittelpartei gespielt haben, das er auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften im November 1920 vortrug; s. dazu Morsey (1966), S. 369 ff.
- <sup>41</sup> An der Tagung des RBüR vom Juni 1921 nahmen als Vertreter »befreundeter Verbände« Repräsentanten des Nationalverbandes deutscher Gewerkschaften teil; s. Der Reichsbürgerrat 1921–22, S. 5. Zur Entwicklung der Wirtschaftsfriedlichen nach der Novemberrevolution s. im übrigen Mattheier (1973), S. 297 ff.; Bieber (1981), S. 801 ff.; Stupperich (1982), S. 43 ff.; Lexikon zur Parteiengeschichte IV (1986), S. 524 ff. – Möglicherweise hängt dieser Brückenschlag wie auch die Annäherung an die christlichen Gewerkschaften, die zum kleineren Teil der DNVP verbunden waren, mit deren Bestrebungen zusammen, »großstadtfähig« zu werden, besonders in Berlin und in Westdeutschland; s. dazu Walter Graef, Der Werdegang der DNVP, in: Der nationale Wille (1928), S. 20; vgl. auch Bieber (1981), S. 764 ff.
- <sup>42</sup> S. Der Reichsbürgerrat 1921–22, S. 16; zum neuerlichen Protest gegen den Kriegsschuldparagrafen s. den Bericht über die Präsidialsitzung des RBüR v. 5. 2. 1921, in: NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 2/3 v. 24. 2. 1921; s. auch die Resolution der Tagung des RBüR 1920 in Leipzig, abgedruckt in: Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 10; ferner die Ausführungen Loebells vor der 3. Bundesversammlung des RBüR am 11. 6. 1921, abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 6 v. 2. 7. 1921; Der Reichsbürgerrat 1921–22, S. 5; RBü 2 (1920/21), S. 465 ff.; Bericht über die Präsidialsitzung des RBüR am 19. 11. 1921, in: NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 9/10 v. 15. 12. 1921, S. 4, sowie die Resolution der 4. Hauptver-



- sammlung des RBüR v. Juni 1922 in Bremen, abgedruckt ebda. 4. Jg. Nr. 2 v. 21. 6. 1922, S. 12; Kriegk (1921), S. 25.
- 43 S. NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 9/10 v. 15. 12. 1921, S. 6. Nachdem sie nicht hatte verhindert werden können, sammelte der BüR Breslau Geld für ein Oberschlesien Denkmal; s. BüR Breslau an C. F. v. Siemens, 17. 2. 1923; SA 4/Lf 555.
- 44 S. RBü 2 (1920/21), S. 400.
- 45 S. Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 11 und 32; dass. 1921–22, S. 25f. – Lokale Bürgerräte beteiligten sich an der Unterstützung einzelner Orte in den abgetretenen Gebieten mit Geld, medizinischer Ausrüstung sowie Schulbüchern, Zeitungen und Zeitschriften; s. die Mitteilung Brustellins-Stettin in der Präsidialsitzung des RBüR am 19. 11. 1921; Bericht in: NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 9/10 v. 15. 12. 1921, S. 4.
- 46 S. die Resolution der 3. Bundesversammlung des RBüR v. 11./12. 6. 1921, abgedruckt ebda. Nr. 7/8 v. 21. 9. 1921, S. 5.
- 47 S. ebda. Nr. 9/10 v. 15. 12. 1921; S. 3; Der Reichsbürgerrat 1921–22, S. 19f.; v. Zengen (1922), S. 128 und 130ff.; s. auch Loebells Artikel zum 5jährigen Bestehen des Arbeitsausschusses, in: Der Deutschespiegel 3 (1926), S. 823f.; zur Gründung, Zusammensetzung, Organisationsstruktur und Finanzierung des Arbeitsausschusses im übrigen Draeger (1931), S. 17ff.; Heinemann (1983), S. 70f. und 120ff.; s. auch unten S. 387.
- 48 S. das Referat von Broschat-Nürnberg über »Betätigung der Bürgerräte in der Kommunalpolitik« vor der 3. Bundesversammlung des RBüR am 11./12. 6. 1921 in München, abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 6 v. 2. 7. 1921, S. 4; s. auch ebda. 2. Jg. Nr. 9 v. 18. 6. 1920, S. 3.
- 49 Zu entsprechenden Empfehlungen des RBüR s. ebda. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 4; für Sachsen ebda. 3. Jg. Nr. 1 v. 21. 1. 1921, S. 4.
- 50 S. Die bürgerlichen Einheitslisten bei Gemeinderatswahlen, ebda. Nr. 4 v. 23. 4. 1921, S. 1f.
- 51 S. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 11; 3. Jg. Nr. 1 v. 21. 1. 1921, S. 4; Nr. 2/3 v. 24. 2. 1921, S. 5; RBü 2 (1920/21), S. 480. – In Leipzig schlossen sich 1921 die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der DDP, Arbeitgeberverbände und nichtsozialistische Arbeiterorganisationen zu einer »Wirtschaftspolitischen Gemeinschaftsliste« zusammen; sie erhielt bei den Stadtverordnetenwahlen ebenso viele Stimmen wie SPD, USPD und KPD zusammen; s. NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 9/10 v. 15. 12. 1921, S. 6.
- 52 S. ebda. Nr. 1 v. 21. 1. 1921, S. 4; Nr. 7/8 v. 21. 9. 1921, S. 9; Der Reichsbürgerrat 1920–21 (1921), S. 18.
- 53 Ebda. S. 23.
- 54 Ebda.; zum Rücktritt Wermuths Büsch/Haus (1987), S. 35; Köhler (1987), S. 822ff. – Vor der Stadtverordnetenwahl 1921 führten die bürgerlichen Parteien aufgrund einer Initiative aus Wirtschaftskreisen, möglicherweise unter Mitwirkung des BüR, Besprechungen mit dem Ziel, die Kandidatenaufstellung untereinander abzustimmen, um eine größere Zahl von Vertretern aus Industrie, Handel, Gewerbe und Handwerk in die Stadtverordnetenversammlung hineinzubringen und eine Rückkehr der Berliner Kommunalpolitik zu »Ordnung, Sparsamkeit und Arbeitslust« einzuleiten. (Gemeinsames Schreiben von Borsig, UStS Gustav Franke, Bankier Ernst Wallach, Otto Mugdan u. a. an Siemens, 29. 7. 1921; SA, 4/Lf 667).
- 55 S. Die Bürgerratsbewegung und ihre Tätigkeit (1920), S. 19; zu entsprechenden Aktivitäten des BüR Groß-Berlin schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 s. Schmidt (1984), S. 138ff.

- <sup>56</sup> S. Der Reichsbürgerrat 1920–1921 (1921), S. 18f.
- <sup>57</sup> Der Reichsbürgerrat 1921–1922 (1922), S. 28.
- <sup>58</sup> S. Bürgerliche Arbeit. 2. Gesch.ber. des Bezirks-BüR Leipzig-Land (1921), S. 7. – Zu vergleichbaren Versuchen politischer Blockbildung auf dem Land durch Aufstellung von Agrarlisten durch die Landbünde bei Landtagswahlen s. Flemming (1978), S. 324f.
- <sup>59</sup> Der BüR konzentrierte sich deshalb darauf, mit Plakat- und Flugblattwerbung möglichst viele Wähler an die Urnen zu bringen. Immerhin mochte er sich einen kleinen Anteil daran zuschreiben, daß anders als 1920 eine bürgerliche Mehrheit aus der Wahl hervorging. S. das Schreiben des BüR von Groß-Berlin an Direktor Gelpcke von der Hamburger Hypothekbank, 16.9.1921; SA, 4/Lf 555; s. auch das Schreiben des stellv. BüR-Vorsitzenden Fabian an C. F. v. Siemens v. 21.10.1921 und seinen Tätigkeitsbericht v. 14.10.1921; ebda. Zum Wahlergebnis s. Büsch (1960), S. 23; Holmsten (1977), S. 327ff.; Köhler (1987), S. 830; Büsch/Haus (1987), S. 31, 38f. und 335.
- <sup>60</sup> NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 9 v. 18.6.1920, S. 4.
- <sup>61</sup> S. Herlemann (1977), S. 15ff. – Bezeichnend der Kommentar zur Reichskonferenz der Gemeindevertreter der USPD: »Prinzipiell muß man... gerade vom bürgerlichen Standpunkt wieder einmal sagen: »Hut ab vor der Organisation unseres Gegners!« NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 9 v. 18.6.1920, S. 4.
- <sup>62</sup> So in Leipzig-Land, Werdau, Crimmitschau, Glauchau, Flöha, Schwarzenberg-Aue, Borna und Altenburg; s. den Bericht über die Vorstandssitzung des LBüR Sachsen am 2.7.1920, ebda. Nr. 10 v. 16.7.1920, S. 7; Jahresbericht des Bezirks-BüR Leipzig-Land 1919/20 (1920), S. 3; Bürgerliche Arbeit. 2. Gesch.ber. des Bezirks-BüR Leipzig-Land (1921), S. 5; Der Reichsbürgerrat 1920–21 (1921), S. 29. – Bezirksbürgerräte hat es offenbar auch in anderen Regionen gegeben; für den bergischen Industriebezirk s. Klein/Scherer (1976), S. 12.
- <sup>63</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 10 v. 16.7.1920, S. 8.
- <sup>64</sup> S. 2. Gesch.ber. des Bezirks-BüR Leipzig-Land (1921), S. 5f.
- <sup>65</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 7/8 v. 21.9.1921; S. 6; Der Reichsbürgerrat 1921–22 (1922), S. 29.
- <sup>66</sup> S. das Referat des Vorsitzenden des Bezirks-BüR Leipzig-Land auf dem Verbandstag des LBüR Sachsen am 2.7.1921, in: NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 7/8 v. 21.9.1921, S. 6, und das Referat von Broschat-Nürnberg über »Betätigung der Bürgerräte in der Kommunalpolitik« vor der 3. Bundesversammlung des RBüR am 11./12.6.1921 in München; ebda. Nr. 6 v. 2.7.1921, S. 4; Der Reichsbürgerrat 1921–22, S. 27f.
- <sup>67</sup> Broschat a. a. O.; für Wuppertal s. Klein/Scherer (1976), S. 31.
- <sup>68</sup> S. Westfäl. Polit. Nachrichten, Nr. 1211 v. 1.5.1920.
- <sup>69</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 7/8 v. 21.9.1921, S. 10.
- <sup>70</sup> S. RBü 2 (1920/21), S. 400. – Vermutlich standen zahlreiche Bürgerräte auch mit den »Büros zur planmäßigen Überwachung und Verleumdung sozialdemokratischer Landräte« in Verbindung, die nach Informationen der SPD in nahezu jedem preußischen Landkreis betrieben wurden, in denen ein Sozialdemokrat als Landrat amtierte, oft unter maßgeblicher Beteiligung ihrer konservativen Amtsvorgänger; s. Behrend (1956), S. 105, Anm. 1.
- <sup>71</sup> S. NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 7/8 v. 21.9.1921, S. 11; Nr. 9/10 v. 15.12.1921, S. 5f.
- <sup>72</sup> S. Bürgerliche Arbeit. 2. Gesch.ber. des Bezirks-BüR Leipzig-Land (1921), S. 10.
- <sup>73</sup> NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 8 v. 16.5.1920, S. 2. – In Markranstädt kam

- keine bürgerliche Einheitsliste zustande, in Coßmannsdorf blieben bürgerliche Eltern der Wahl fern, ebenfalls in Altenburg; s. ebda. Nr. 10 v. 16. 7. 1920, S. 9; dass. 3. Jg. Nr. 9/10 v. 15. 12. 1921, S. 7.
- <sup>74</sup> S. Der Reichsbürgerrat 1920–21 (1921), S. 24.
- <sup>75</sup> S. ebda. S. 22 ff.; RBü 2 (1920/21) S. 447 und 478 f., sowie die Berichte in NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 6; 3. Jg. Nr. 1 v. 21. 1. 1921, S. 5 f.; Nr. 2/3 v. 24. 2. 1921, S. 8; Nr. 4 v. 23. 4. 1921, S. 7 und Nr. 7/8 v. 21. 9. 1921, S. 7. – Von Bremen aus wanderte eine Ausstellung über den Versailler Vertrag durch mehrere Städte; s. Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 10. Der Geschäftsführer des BüR Stuttgart verfaßte eine Broschüre über seine Auswirkungen, die als Lehrbuch Eingang in die Schulen fand; s. ebda. S. 33.
- <sup>76</sup> S. ebda. S. 29.
- <sup>77</sup> S. ebda. S. 20 und 26; Entschließung der 3. Bundesversammlung des RBüR am 11./12. 6. 1921 in München, abgedruckt NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 6 v. 2. 7. 1921, S. 4, sowie die Resolution des Verbandstages des LBüR Sachsen v. 2. 7. 1921, abgedruckt ebda. Nr. 7/8 v. 21. 9. 1921, S. 7.
- <sup>78</sup> Der BüR Chemnitz rief 1920 dazu auf, am 1. Mai die Geschäfte offenzuhalten und allen Angestellten, die nicht zur Arbeit erschienen, diesen Tag nicht zu bezahlen; s. RBü 1 (1919/20), S. 324. Der LBüR Sachsen protestierte gegen die Erhebung des 9. November zum sächsischen Staatsfeiertag; s. den Bericht über die Vorstandssitzung des LBüR Sachsen, in: NBl. LBüR Sachsen, 2. Jg. Nr. 12/13 v. 10. 11. 1920, S. 6.
- <sup>79</sup> Der BüR Berlin trat dagegen auf, daß sich die Polen in Berlin »breitmachten«; s. Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 23.
- <sup>80</sup> S. das Referat des Vorsitzenden des Bezirks-BüR Leipzig-Land auf dem Verbandstag des LBüR Sachsen am 2. 7. 1921; a. a. O. – Der Berliner BüR schickte 1920 Hunderte von Kindern aus minderbemittelten Familien zur Erholung ins Gebirge, nach Schweden oder in die Schweiz. Zur Ehrung Albert Einsteins und mit dessen Vermittlung stellte er auch Gelder für unbemittelte Studenten zur Verfügung, außerdem für Sportgeräte und Spielplätze; s. Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 23 f.
- <sup>81</sup> Für den BüB Mylau i. V. s. NBl. LBüR Sachsen, 3. Jg. Nr. 5 v. 9. 6. 1921, S. 6.
- <sup>82</sup> S. für Berlin: Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 23. – Der BüA Leipzig setzte sich dafür ein, als Ersatz für die Abholzung stadtnaher Wälder für den Braunkohlenabbau gleich große Gebiete an anderer Stelle aufzuforsten, und forderte den Landtag auf, der gesundheitsschädlichen Verunreinigung der Leipziger Flüsse durch Industrieabwässer Einhalt zu gebieten; s. NBl. LBüR Sachsen, 4. Jg. Nr. 1 v. 15. 3. 1922, S. 4.
- <sup>83</sup> S. Bürgerliche Arbeit (1921), S. 11.
- <sup>84</sup> Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 21; s. auch dass. 1921–22, S. 24.
- <sup>85</sup> Die Remscheider Märzkämpfe 1920 (1934), S. 42.
- <sup>86</sup> S. v. Gottberg (1938), S. 66 f.
- <sup>87</sup> S. Klein/Scherer (1976), S. 30, 70 ff. und 82 ff.; zu ähnlichen Aktivitäten 1919 s. oben S. 258 f., zu Spitzelorganisationen in den folgenden Jahren: Spitzel. Aus dem Sumpf der politischen Polizei (1922).
- <sup>88</sup> Das Ergebnis im einzelnen: Landeswahlverband 23, DDP 5, SPD 9, USPD 23; s. Roloff (1964), S. 72; Schumacher (1974), S. 396.
- <sup>89</sup> S. den Bericht des Sekretärs des BüR München, Otto Mühlberger, in: RBü 1 (1919/20), S. 327 f.
- <sup>90</sup> S. Die Bürgerratsbewegung und ihre Tätigkeit (1920), S. 19; 2. Gesch. ber. des Bezirks-BüR Leipzig-Land (1921), S. 9.

- <sup>91</sup> S. Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 17f.; das Zitat ist einem dort abgedruckten Rundschreiben des RBÜR v. 21. 1. 1921 entnommen.
- <sup>92</sup> S. Die Bürgerratsbewegung und ihre Tätigkeit (1920), S. 19; 2. Gesch.ber. des Bezirks-BüR Leipzig-Land (1921), S. 9.
- <sup>93</sup> S. NBl. LBÜR Sachsen, 3. Jg. Nr. 1 v. 21. 1. 1921, S. 4; vgl. dazu oben S. 348.
- <sup>94</sup> S. oben S. 251f.
- <sup>95</sup> Zitiert nach Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 31 v. 29. 5. 1920; s. auch Westfäl. Polit. Nachrichten Nr. 1215 v. 29. 5. 1920.
- <sup>96</sup> S. Kanzler (1931), S. 72ff.; Franz-Willing (1962), S. 48; Fenske (1968), S. 166.
- <sup>97</sup> So Pastor Lohoff in einem Referat vor dem BüB Pyritz über das Verhältnis zwischen BüB und Pommerschem Landbund; zitiert nach dem Bericht in: Pomm. Landbund 2 (1920), S. 216.
- <sup>98</sup> Ebd. S. 653 in einem Bericht über die Sitzung des Arbeitgeber-Ausschusses des Pommerschen Landbundes am 17. 9. 1920 in Stettin.
- <sup>99</sup> S. das Schreiben des LBÜR Pommern an OP Stettin v. 14. 7. 1920; abgedruckt Bürgerblatt (Stettin), 1. Jg. Nr. 38 v. 17. 7. 1920; vgl. auch Schulze (1977), S. 279ff.; Schumacher (1978), S. 297ff.; Flemming (1978), S. 277ff.
- <sup>100</sup> Gemeinsame Eingabe von Pommerschem Landbund und LBÜR Pommern an den Rkz.; abgedruckt in: Pomm. Landbund 3 (1921), S. 602f.
- <sup>101</sup> S. hierzu die einschlägigen Berichte in: Der Schleswig-Holsteiner, Jgg. 1 u. 2 (1919/20), passim. – Nach längeren Auseinandersetzungen, in denen sowohl Ressentiments gegen die Großindustrie als auch Vorbehalte gegen alle von Berlin ausgehenden zentralen Unternehmungen im allgemeinen und den Hansabund im besonderen eine Rolle spielten, schloß sich der Wirtschaftsbund 1919 als norddeutsche Regionalorganisation dem Hansabund an, nachdem er sich weitgehende Autonomie in der Geschäftsführung und Finanzverwaltung sowie angemessene Vertretung im Zentralvorstand ausbedungen hatte; s. ebda. 1 (1919), S. 71, 78 und 150f.; dass. 2 (1920), S. 24, 31, 92 und 163.
- <sup>102</sup> S. den Bericht über die Vorstandssitzung des BüB Hamburg am 6. 12. 1921; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204.
- <sup>103</sup> Kurt Tucholsky, In der Provinz (1920), in: Ges. Werke, Bd. 2 (1975), S. 327ff.
- <sup>104</sup> Bezeichnend hierfür ist die Behauptung des Pressechefs des RBÜR Mitte Juni 1921, »daß die Mehrheitsozialdemokratie heute ihre Position nur festige, um im entscheidenden Augenblick mit den Unabhängigen zusammen sich wieder einer von den Kommunisten entfachten Bewegung zu bemächtigen«. So Kriegk in seinem Referat über »Die kommunistische Bewegung« vor der 3. Bundesversammlung des RBÜR am 11./12. 6. 1921 in München, zitiert nach dem Bericht in: NBl. LBÜR Sachsen, 3. Jg. Nr. 6 v. 2. 7. 1921, S. 5; s. auch Der Reichsbürgerrat 1921–22, S. 11; Stadler (1921). – Anders als 1919 scheint der mitteldeutsche Aufstand 1921 nirgends mit einem bürgerlichen Gegenstreik beantwortet worden zu sein. Das Bürgertum verließ sich auf die staatlichen Sicherheitskräfte. Anschließend forderte der LBÜR eine »schnelle und gerechte Aburteilung« der Schuldigen vor Sondergerichten, mit dem Hinweis: »Milde und Amnestie wären Verbrechen am deutschen Volk und Aufmunterung zu neuen Gewalttaten«. LBÜR Sachsen an Rkz. Fehrenbach, 3. 4. 1921, abgedruckt in: NBl. LBÜR Sachsen, 3. Jg. Nr. 4 v. 23. 4. 1921, S. 4; s. auch Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 20. – Zum mitteldeutschen Aufstand selbst s. Flechtheim (1971), S. 159ff.; Winkler (1984), S. 514ff.; Koch-Baumgarten (1986).
- <sup>105</sup> So ein Vorstandsmitglied des BüB Hamburg in seinem Bericht über die Tagung des RBÜR am 19./20. 11. 1921 in Berlin; Bericht über die Vorstandssitzung des BüB Hamburg am 6. 12. 1921; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204.

- <sup>106</sup> Der Reichsbürgerrat 1920–21, S. 39.
- <sup>107</sup> S. die Aufstellung ebda. S. 44 ff., und dass. 1921–22, S. 35 ff. – Zu einzelnen Neugründungen, z. B. in Ritzebüttel bei Cuxhaven, s. Norddt. Blätter Nr. 6 v. 15. 3. 1922, S. 265; Nr. 8 v. 15. 4. 1922, S. 306, und Nr. 17 v. 1. 9. 1922, S. 453.
- <sup>108</sup> Loebell vor der 3. Bundesversammlung des RBÜR am 11. 6. 1921 in München; zitiert nach NBl. LBÜR Sachsen, 3. Jg. Nr. 6 v. 2. 7. 1921, S. 1.
- <sup>109</sup> Protokoll der Vorstandssitzung des BüB Hamburg v. 24. 6. 1920; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204.
- <sup>110</sup> S. das Protokoll der Vorstandssitzung v. 6. 12. 1921,; ebda.
- <sup>111</sup> S. das Protokoll der Vorstandssitzung v. 1. 6. 1920; ebda.
- <sup>112</sup> S. das Schreiben des stellv. Bür-Vorsitzenden Fabian an Direktor Gelpcke von der Hamburger Hypothekenbank, 16. 9. 1921; SAA, 4/Lf 555.
- <sup>113</sup> NBl. LBÜR Sachsen, 3. Jg. Nr. 5 v. 9. 6. 1921, S. 4. – Finanziert wurde der RBÜR seit 1920 durch Spenden, so daß er nicht mehr auf die Unterstützung der Landesbürgerräte angewiesen war; s. den Bericht über die Präsidialsitzung des RBÜR v. 19. 11. 1921; ebda. Nr. 9/10 v. 15. 12. 1921, S. 4.
- <sup>114</sup> Loebell in seinen Erinnerungen; BA, Nl. Loebell Nr. 27, Bl. 191.

## 12. Kapitel

- <sup>1</sup> S. Sloeterdijk (1983), S. 699 ff.
- <sup>2</sup> Ein typisches Beispiel unter vielen: Möckel (1919), S. 59 f.
- <sup>3</sup> S. Nolte (1979), S. 413 f.
- <sup>4</sup> S. Kracauer (1959); Bloch (1985).
- <sup>5</sup> Um sie genauer zu erklären, wären vergleichende Studien wünschenswert, zwischen Orten unterschiedlicher sozio-ökonomischer Struktur einerseits und zwischen ihnen und den Metropolen andererseits, und zwar nicht nur hinsichtlich Wahlergebnissen, sondern auch in bezug auf Mentalität und Einstellungen, Gruppenbildung und formelle wie informelle Gruppenkontakte und -konflikte.
- <sup>6</sup> Paul Federn, Zur Psychologie der Revolution: Die vaterlose Gesellschaft (1919); wieder abgedruckt in: Dahmer (1980), I, S. 85.
- <sup>7</sup> Oscar Meyer (1948), S. 91.
- <sup>8</sup> Troeltsch (1924), S. 230.

## 13. Kapitel

- <sup>1</sup> Puhle (1975), S. 82.
- <sup>2</sup> Die Zahlenangaben in: Organisationshandbuch des Reichslandbundes (1929), S. 10; Puhle (1975), S. 82 f.; Lexikon zur Parteiengeschichte III (1985), S. 688 ff. Zweifel an ihrer Richtigkeit schon bei Kersten (1925), S. 70. Weit niedrigere Angaben bei Funke-Kaiser (1936), S. 43. – Die Mitgliederzahlen der Bauernvereine scheinen gegenüber den Anfangsjahren der Republik zurückgegangen zu sein. Gies (1966), S. 15, beziffert sie für das Ende der 20er Jahre auf rund 560000, Huber VI (1981) auf nur knapp 400000.
- <sup>3</sup> v. Natzmer-Gahry, Vorsitzender des Landbundes im Kreis Cottbus, 1922; zitiert nach Flemming (1978), S. 207.
- <sup>4</sup> S. ebda. S. 243.

- <sup>5</sup> S. Lexikon zur Parteiengeschichte, IV (1986), S. 12 und 322.
- <sup>6</sup> S. ebda. III (1985), S. 11 ff.
- <sup>7</sup> S. z. B. für die Ruhrindustrie Weisbrod (1978), S. 145 ff. und 169 ff.
- <sup>8</sup> S. Rud. Wissell, Groß-Zusammenschlüsse in Deutschland, in: Handbuch der Politik (1921/22), V, S. 391 ff., sowie die Beiträge von Liefmann und Werner, ebda. III, S. 265 ff.; Feldman (1977), S. 210 ff.; Bieber (1981), S. 772 ff.
- <sup>9</sup> Wiedfeldt an DIHT, 28. 7. 1920; HA Krupp, WA IV 2571.
- <sup>10</sup> S. A. Lampe, Großhandel, in: Handbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungs-Bd. (1929), S. 352 f.
- <sup>11</sup> Zwischen 1919 und 1932 stieg die Zahl ihrer Mitgliedsverbände von 30 auf 66, die der angeschlossenen Betriebe auf über 300 000 Kleinbetriebe und über 80 000 Betriebe mit versicherungspflichtigen Beschäftigten; s. die Angaben Grünfelds in: Der deutsche Einzelhandel in Staat und Wirtschaft (1926), S. 20; Wein (1968), S. 247.
- <sup>12</sup> S. Bock (1932), S. 23 ff.; Winkler (1972), S. 232, Anm. 4; für den Nordwestdeutschen Handwerkerbund auch Wulf (1969), S. 23.
- <sup>13</sup> S. Potthoff (1965), S. 81 ff.; Hoffmann (1973), S. 107 f. und 115 f.; Potthoff (1979), S. 60; Bieber (1981), S. 807; Huber VI (1981), S. 523 f.; Kunz (1982), S. 58 und 80 ff.; Ortwein (1983), S. 155 ff.; Lexikon zur Parteiengeschichte II (1984), S. 48. Zur Entwicklung der Lehrerorganisationen und ihrem Anteil an den Beamtenverbänden s. Bölling (1983), S. 128 ff.
- <sup>14</sup> S. Behrend (1956), S. 95.
- <sup>15</sup> S. Hattenhauer (1980), S. 336 f.
- <sup>16</sup> S. Bracher (1964), S. 180 ff.; Hoffmann (1972), S. 241. – Für die politische Einstellung der höheren Beamten symptomatisch ist der demonstrative Widerwille, sich öffentlich zum neuen Staat zu bekennen, der regelmäßig vor dem Verfassungstag am 11. August zutage trat; s. Runge (1965), S. 231 ff.; Mommsen (1966), S. 26 ff.; Fenske (1972), S. 135.
- <sup>17</sup> Kocka (1981), S. 164.
- <sup>18</sup> S. ebda., S. 148 ff.; ders. (1977), S. 51 ff.; Speier (1977), S. 145 f.; Priamus (1979); Fromm (1980); Bieber (1981), S. 805 f.; vgl. aber auch Falter (1990 u. 1991).
- <sup>19</sup> S. z. B. Ärtzl. Vereinsblatt 49 (1920), Sp. 47.
- <sup>20</sup> S. Seemann (1963), S. 261 ff. – Der Verein sozialistischer Ärzte spaltete sich beim Berliner Ärztestreik 1923; s. Frankenthal (1981), S. 299. Zur Entwicklung des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes s. auch den Beitrag von Fridolf Kudlien in: Medizin im Nationalsozialismus (1982), S. 24 ff.
- <sup>21</sup> S. Ludwig (1972), S. 37 f. und 40 f.; Technik, Ingenieure und Gesellschaft (1981), S. 294 f.
- <sup>22</sup> S. den Bericht in MNN Nr. 506 v. 12. 12. 1919. – Die Mitgliedsorganisationen waren weitgehend dieselben wie ein Jahr zuvor. Der Künstlerinnenverband, falls es ihn noch gab, fehlte weiterhin. Der Rat der bildenden Künstler konnte schon deshalb nicht auftauchen, weil er keine juristische Person war. Im Vorstand trat an die Stelle von Will Vesper als 2. Vorsitzender Hanns Johst, im Amt des Schriftführers löste Julius v. Klinkowström Paul v. Wimpfen ab; als 3. Beisitzer kam Victor Schwannecke als Intendant des Nationaltheaters neu hinzu; s. die Satzung der Künstlergewerkschaft v. 2. 3. 1920 und die Übersicht über ihre Geschäftseinteilung; StA München, Pol. Dir. München 3547; zu ihrer weiteren Entwicklung s. Bischoff (1970), S. 149 ff.
- <sup>23</sup> Ja! Stimmen des Arbeitsrats für Kunst in Berlin (1919), S. 5.
- <sup>24</sup> S. Greenberg (1967), S. 62.
- <sup>25</sup> Nur in Berlin bildeten die wichtigsten von ihnen einen gemeinsamen Dachver-

- band, den Bund der freien Künste; s. *Der Geistige Arbeiter* (Königsberg), Jg. 1919, S. 88 und 97.
- <sup>26</sup> Ähnliches setzten die Artisten für die Varietés und Kabarett durch, allerdings erst 1924, nachdem sie sich größtenteils im Afa-Bund organisiert hatten; s. *Der neue Weg* 48 (1919), S. 53 ff., 109 und 138 ff.; s. auch den Beitrag von Ferdinand Gregori über die Schauspieler, in: *Handbuch der Politik* (1921/22), IV, S. 511; ferner Hochdorf (1921), S. 246 ff.; Aßmann (1928); Sackett (1980), S. 174 f. – Die Chorsänger und Ballettänzer traten in größerer Zahl dem gewerkschaftlich orientierten Verband bei, der sich dem ADGB anschloß.
- <sup>27</sup> S. Newhouse (1979), S. 399 ff.; zur Annäherung zwischen Allg. Dt. Musikerverband und dem gewerkschaftlichen Zentralverband vor 1914 s. den aufschlußreichen Bericht über den Streik eines Münchener Sinfonieorchesters 1908, ebda. S. 381 ff.
- <sup>28</sup> S. *Handbuch wirtschaftlicher Verbände und Vereine des Deutschen Reiches* (1928), S. 859 f.
- <sup>29</sup> *Der geistige Arbeiter. Deutsche Urheber-Zeitung*, 1 (1921), S. 26 bzw. 1; s. zu diesem Organ auch Martens (1975), S. 145.
- <sup>30</sup> Zur materiellen Situation der Schriftsteller s. Tucholsky, *Schriftsteller* (1920), in: *Ges. Werke*, Bd. 2 (1975), S. 349 ff.; Kaes (1983), S. XXIV ff.
- <sup>31</sup> S. Tucholsky, *Der Zensor geht um!* (1920); a. a. O., S. 444 ff.
- <sup>32</sup> S. im Überblick Schulze (1982), S. 123 ff.; *Deutsche Sozialgeschichte 1914–45* (1985), S. 154 ff.
- <sup>33</sup> S. Sackett (1980), S. 174 u. ö.; s. auch Tucholsky, *Hepp Hepp Hurra* (1920), in: *Ges. Werke*, Bd. 2 (1975), S. 425 f.
- <sup>34</sup> S. den Brief Schickeles an Kurt Wolff v. 2. 4. 1920, abgedruckt in: Wolff, *Briefwechsel* (1966), S. 207.
- <sup>35</sup> Troeltsch in einem Artikel v. 1. 7. 1920; in: Troeltsch (1924), S. 144.
- <sup>36</sup> Gay (1976); zur Kultur der Weimarer Republik s. im übrigen Laqueur (1974); Hermand/Trommler (1978).
- <sup>37</sup> S. Schulze (1982), S. 125; s. auch Sontheimer (1968), S. 34.
- <sup>38</sup> Bis 1928 erschienen allein mehr als 250 Regimentsgeschichten, für die das Potsdamer Reichsarchiv das nötige Aktenmaterial zur Verfügung stellte; s. Finker (1964), S. 54 f. – Zum Kriegerroman der Weimarer Republik s. Müller (1986); zum Langemarck-Mythos in der Literatur der zwanziger Jahre Ketelsen (1985).
- <sup>39</sup> Kurt Wolff-Verlag an Heinrich Mann, 28. 3. 1919, abgedruckt bei Wolff (1966), S. 233; s. auch Tucholsky, *Ges. Werke*, Bd. 2 (1975), S. 324.
- <sup>40</sup> S. Schulze (1982), S. 135.
- <sup>41</sup> Tucholsky, *Ges. Werke*, Bd. 2 (1975), S. 178; s. auch ebda. S. 328.
- <sup>42</sup> S. oben S. 331 f.
- <sup>43</sup> S. Gordon (1959), S. 164 ff.; Carsten (1966), S. 124.
- <sup>44</sup> S. ebda. S. 123 f.; Otto (1921), S. 16; Wohlfeil (1979), S. 108 f.
- <sup>45</sup> Seeckt an Reinhard, 14. 10. 1920; zitiert bei Carsten (1966), S. 123 f.
- <sup>46</sup> Eschenburg (1963), S. 48.
- <sup>47</sup> Zur Verbotspraxis s. Otto (1921), S. 16; Gordon (1959), S. 273, Anm. 6; s. auch Bird (1977); S. 135 ff.
- <sup>48</sup> S. Finker (1964), S. 58. Zu ihrer Ideologie und Programmatik s. z. B. Helene v. Watter, *Die Pflichten der nationalen Offiziersfrau*, in: *Die deutsche Offiziersfrau. Ständige Beilage zum »Deutschen Offiziersbund«*, Jg. 1924, Nr. 5/6.
- <sup>49</sup> S. Lexikon zur Parteigeschichte III (1985), S. 538 ff.; v. Zengen (1922), S. 84, beziffert die damalige Mitgliederstärke des Reichsoffizierbundes auf nur 3000.
- <sup>50</sup> S. Graf v. Waldsee, 10 Jahre NDO, in: *Gedenkschrift des Nationalverbandes*

- deutscher Offiziere (1928). – Unter den Marineoffizieren entwickelte sich der Marineoffiziersverband zur wichtigsten und einflußreichsten Organisation; s. Lewis (1969), S. 256 f.; er ging 1922 aus der Marine-Offiziers-Hilfe hervor.
- <sup>51</sup> S. zu diesem Verband oben S. 281; die Zahlenangabe bei v. Zengen (1922), S. 84; zur Auflösung des RFB s. Lexikon zur Parteiengeschichte III (1985), S. 544.
- <sup>52</sup> Schoenaich (1926), S. 212. – Zur propagandistischen Zusammenarbeit zwischen DOB und DNVP s. die Ausführungen des DOB-Propaganda-Referenten v. Heimbürg vor dem 6. Bundestag des DOB am 9. 5. 1924, abgedruckt: Deutscher Offiziersbund, Jg. 1924 Nr. 13 v. 25. 5. 1924.
- <sup>53</sup> Oberst Immanuel, ebda. Nr. 21 v. 15. 8. 1924.
- <sup>54</sup> S. die Gedenkschrift des Nationalverbandes deutscher Offiziere zum 10jährigen Bestehen (1928), passim.
- <sup>55</sup> S. v. Hasselbach (1931), S. 59.
- <sup>56</sup> S. Brammer (1922), S. 9 und 21 ff.
- <sup>57</sup> S. Stachura (1983), S. 16 f.
- <sup>58</sup> Für den DOB s. z. B. die Mitteilungen auf dem 5. Bundestag am 30./31. 5. 1923, in: Deutscher Offiziersbund, Jg. 1923, Nr. 11 v. 9. 6. 1923, und auf dem 6. Bundestag am 8. 9. 1924, ebda. Jg. 1924, Nr. 13 v. 25. 5. 1924.
- <sup>59</sup> S. z. B. die Mitteilungen in: Das deutsche Heer 1 (1922), passim.
- <sup>60</sup> S. Graf Waldersee, 10 Jahre NDO, in: Gedenkschrift des Nationalverbandes deutscher Offiziere zum 10jährigen Bestehen (1928).
- <sup>61</sup> S. v. Zengen (1922), S. 85 f.; Schulz-Luckau (1936), S. 65 ff.; zur Entwicklung der Kriegervereine ferner Finker (1964), S. 53 ff.; Saul (1969); Elliott (1975), S. 118; Bessel (1977), S. 204; Lexikon zur Parteiengeschichte III (1985), S. 325 ff.; zur Abnahme ihres gesellschaftlichen Einflusses gegenüber der Vorkriegszeit Diehl (1977), S. 182.
- <sup>62</sup> S. u. a. Carsten (1966), S. 394 ff.; Wohlfeil (1979), S. 157 f.
- <sup>63</sup> S. z. B. für Nürnberg F. Schmidt (1935), S. 182.
- <sup>64</sup> S. Diehl (1977), S. 201 ff.; Lexikon zur Parteiengeschichte IV (1986), S. 314 ff.
- <sup>65</sup> S. v. Galera (1932), S. 112 ff.; Klotzbücher (1964); Berghahn (1966), Kap. III ff.; Diehl (1977), S. 190 ff.; Lexikon zur Parteiengeschichte IV (1986), S. 145 ff.
- <sup>66</sup> S. Gumbel (1924), S. 64 ff.; Heinz (1933), S. 119 ff.; Finker (1964), S. 143; Bessel (1977), S. 203 ff.
- <sup>67</sup> Zum Reichsbanner s. Rohe (1966); zu seiner Mitgliederzahl ebda. S. 73 f.
- <sup>68</sup> Vgl. das Urteil Rosenbergs: »Auch hier ist ein für die deutsche Republik notwendiger Schritt zu spät geschehen. Hätte das Reichsbanner von 1924 schon 1919 existiert, so wären die Freikorps überflüssig gewesen, und der ganze Leidensweg der deutschen Republik hätte sich vermeiden lassen.« Rosenberg, Geschichte (1961), S. 179.
- <sup>69</sup> S. Geßner (1976), S. 66 ff. und 128 ff.
- <sup>70</sup> Der Reichslandbund z. B. rekrutierte die Mitarbeiter seines ausgedehnten Verwaltungs- und Propagandaapparates großenteils aus ehemaligen Offizieren; s. Kersten (1925), S. 106.
- <sup>71</sup> S. u. a. Stoltenberg (1962), S. 80 ff.; Carsten (1966), S. 171 f. und 394 ff.; zur finanziellen Unterstützung der Nachfolgeorganisationen der bewaffneten Verbände der Landbevölkerung, die sich in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre großenteils dem Stahlhelm und der Parteiarmee der NSDAP anschlossen, durch Landbünde und agrarische Interessenorganisationen s. Mertens (1926), S. 16 ff.
- <sup>72</sup> S. v. Gottberg (1938), S. 62 ff.; zu ähnlichen Organisationsentwicklungen und Vernetzungen in Oberschlesien s. Bessel (1980), S. 23 ff.



- 73 Gäckle/Blezinger (1922), S. 203.
- 74 Süddt. Zeitung Nr. 45 v. 16. 2. 1922; s. auch BüR Groß-Stuttgart an Württ. Staatsreg., 16. 2. 1922; HStA Stuttgart, E 130a Bü 204; ferner Kohlhaas (1964), S. 5.
- 75 S. Peukert (1987), S. 163 ff. Der Organisationsgedanke ergriff in den zwanziger Jahren sogar den Adel. Unter Führung des ehemaligen Chefs des kaiserlichen Zivilkabinetts, v. Berg, entwickelte sich die Deutsche Adelsgenossenschaft, 1920 selbst in aristokratischen Kreisen noch kaum bekannt, zu einer Interessenvertretung, die am Ende der Republik den größten Teil des Adels umfaßte; s. v. Berg (1971), S. 69.
- 76 Der ursprünglich holländische Begriff der »Versäulung« zuerst bei Dahrendorf (1966), S. 134; zu den korporatistischen Zügen der Weimarer Republik s. v. Beyme (1979), S. 239 ff. mit weiteren Literaturhinweisen.
- 77 Zu Massenversammlungen der DNVP in den zwanziger Jahren s. Gemein (1969), S. 36 und 65.
- 78 S. Stephan (1973), S. 278 f.
- 79 Für die Landwirtschaft s. Stoltenberg (1962), S. 61 f. u. 95 f.; für die Beamten DBB, Ursprung – Weg – Ziel (1968), S. I/35. Der Einzelhandelsausschuß des DIHT und die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels veranstalteten im August 1926 in Düsseldorf eine »Massenkundgebung« mit über 5000 Teilnehmern aus ganz Deutschland, die nach den Worten eines ihrer Funktionäre dem deutschen Einzelhandel »eine Hebung seines organisatorischen Ansehens und eine Festigung des Standesbewußtseins seiner Mitglieder« einbrachte; s. Der Deutsche Einzelhandel in Staat und Wirtschaft (1926), S. 95 f.
- 80 Graf v. Waldersee, 10 Jahre NDO, in: Gedenkschrift des Nationalverbandes deutscher Offiziere zum 10jährigen Bestehen (1928).
- 81 S. Der Deutsche Einzelhandel in Staat und Wirtschaft (1926), S. 95.
- 82 S. Deutscher Offiziersbund, Jg. 1924 Nr. 21 v. 15. 8. 1924.
- 83 Aus einem Schreiben Duesterbergs v. 8. 4. 1927 zitiert bei Finker (1964), S. 96.
- 84 S. Stahlhelm-Handbuch (1931), S. 11; Finker (1964), S. 156 u. 209; Berghahn (1966), S. 59, 105 und 169; zu ähnlichen, allerdings weniger großen Veranstaltungen des Jungdeutschen Ordens und des Wehrwolfs s. Stoltenberg (1962), S. 103; Finker (1964), S. 265, 337 und 340; Hornung (1958), S. 92 ff.
- 85 Aus der Bundesvorstandssitzung des Stahlhelm v. 21./22. 5. 1927 zitiert bei Finker (1964), S. 194.
- 86 S. Schulz-Luckau (1936), S. 69 ff.
- 87 S. z. B. die Erinnerungen von Henry Buxbaum aus dem hessischen Friedberg, in: Jüdisches Leben in Deutschland, Bd. 3 (1982), S. 95 f.
- 88 S. oben S. 284 f.
- 89 Er umfaßte schließlich eine Nachrichtenagentur, zwei große Berliner Tageszeitungen, eine Reihe von Provinzblättern, gedruckte und gematerte Korrespondenzen für die Provinzpresse, eine Bank zum Erwerb und zur Subventionierung notleidend gewordener Zeitungen, die größte deutsche Annoncenexpedition und mit der »Ufa« auch das größte deutsche Filmunternehmen; s. Koszyk (1972), S. 219 ff.; Guratzsch (1974); Leopold (1977), S. 13 ff.; Holzbach (1981).
- 90 Für die Flugblätter s. Wilpert (1978), S. 32 ff.
- 91 S. Witt (1971), S. 63 f.; ders. (1988), S. 169 ff.
- 92 S. Thimme (1969), S. 85.
- 93 v. Natzmer-Gahry 1922, zitiert bei Flemming (1978), S. 207.
- 94 S. ebda. S. 209 f.
- 95 S. Schlange-Schöningen, Die DNVP und die Landwirtschaft, in: Der nationale

- Wille (1928), S. 308f.; zum Abbau der »Zwangswirtschaft« zwischen 1918 und 1923 Schumacher (1978), S. 130ff.
- <sup>96</sup> S. ebda. S. 311.
- <sup>97</sup> Z. B. 1923, falls die Regierung Stresemann nicht demissionierte; s. Goßweiler (1971), S. 246.
- <sup>98</sup> S. Runge (1965), S. 95.
- <sup>99</sup> S. z. B. die Erlebnisse des ehemaligen Generalmajors Paul Frhr. v. Schoenaich, der nach der Revolution den Weg zu den Demokraten und zum Pazifismus fand, unter holsteinischen Landwirten; Schoenaich (1928), S. 220f.
- <sup>100</sup> S. Patch (1981), S. 48.
- <sup>101</sup> S. z. B. Kölnische Volkszeitung Nr. 874 v. 1. 12. 1923; Winter (1977), S. 33; zu einem Streik der Berliner Ärzte während der Inflation s. Täger (1925), S. 132 ff.; Frankenthal (1981), S. 105.
- <sup>102</sup> Aus einem Beitrag des Generalsekretärs des Reichsverbandes des deutschen Handwerks v. 1929 zitiert bei Winkler (1972), S. 120.
- <sup>103</sup> S. ebda.
- <sup>104</sup> S. z. B. für derartige Absichten Hamburger Einzelhändler Behrens (1973), S. 225 und 230.
- <sup>105</sup> S. Schneider (1980), S. 80ff.; Winkler (1984), S. 399 und 683.
- <sup>106</sup> S. Deutsche Beamtenzeitung 1 (1922), S. 34; Hoffmann (1972), S. 100; für die Lehrerverbände s. Magdalene Traube, Zur Auseinandersetzung um Gewerkschaft und Streik im Deutschen Lehrerverein 1918–22, in: Heinemann (1975), S. 172 ff.
- <sup>107</sup> S. DBB, Ursprung – Weg – Ziel (1968), S. II/51 ff.; Hoffmann (1972), S. 92 ff.; Buß (1973), S. 124 ff.; Huber VI (1981), S. 524; Kunz (1986), S. 222 ff.
- <sup>108</sup> S. Schüddekopf (1955), S. 69f., 194 ff. u. ö.; Carsten (1966), S. 160f., 239 und 451 ff.; Wohlfeil (1979), S. 137.
- <sup>109</sup> S. Winkler (1984), S. 648 ff.
- <sup>110</sup> Für den Jungdeutschen Orden z. B. s. Finker (1964), S. 224. Auf dem Lande wurde er auch praktiziert; s. Stoltenberg (1962), S. 84.
- <sup>111</sup> S. z. B. Schoenaich (1928), S. 219f.
- <sup>112</sup> S. Gumbel (1923); ders. (1929); Jasper (1962); Thoss (1978), S. 162 ff.; Mauch (1982), S. 57 ff.; Kruppa (1988), S. 103 ff.
- <sup>113</sup> S. die Resolution des Präsidiums des RBÜR v. 9. 9. 1921 und den Bericht über seine Unterredung mit dem Rkz, in: Der Reichsbürgerrat 1921–22, S. 13 ff.
- <sup>114</sup> Bericht über die Präsidialsitzung des RBÜR am 19. 11. 1921; NBl. LBÜR Sachsen, 3. Jg. Nr. 9/10 v. 15. 12. 1921, S. 3.
- <sup>115</sup> S. Hannover (1966); Southern (1982), S. 387 ff., und den Überblick von Rasehorn in: Bracher/Funke/Jacobsen (1987), S. 407 ff.
- <sup>116</sup> Für Handwerk und Gewerbe s. Winkler (1972), S. 111 ff.; für die Agrarier Puhle (1975), S. 85; Flemming (1978), S. 179 u. ö.; für die Ingenieure Ludwig (1974), S. 37; für das Offizierskorps die Gedenkschrift des Nationalverbandes deutscher Offiziere zum 10jährigen Bestehen (1928), S. 4; zur zeitgenössischen Propagierung des Ständegedankens s. u. a. Herrfahrdt (1921); Everling (1931), insbes. S. 111 ff.; im übrigen Sontheimer (1968), S. 199 ff.; Mohler (1972), S. 233 ff.
- <sup>117</sup> Der Bürger (München), 8. Jg. Nr. 1/2 (März 1932), S. 6.
- <sup>118</sup> Willy O. Herrmann, Der Weg aus der inneren Krise; ebda. 7. Jg. Nr. 7/8 (Juli 1931), S. 1.
- <sup>119</sup> Ders., ebda., 8. Jg. Nr. 1/2 (März 1932), S. 2.
- <sup>120</sup> S. ders., Der Weg aus der inneren Krise, a. a. o., S. 1 ff.

- <sup>121</sup> Für Braunschweig s. Roloff (1964), S. 109f. und 161ff. Der Hamburger BüB unterstützte 1923 den Ruhrkampf, u. a. indem er für Kinder aus dem Ruhrgebiet Erholungsaufenthalte in Hamburg organisierte. Nach dem Hamburger Aufstand der Kommunisten forderte er ein Verbot der KPD und rief für die Opfer der Kämpfe unter der Sicherheitspolizei zu einer Spende namens »Bürgerdank« auf, die – auf dem Höhepunkt der Inflation – »Tausende von Billionen« einbrachte. Im übrigen propagierte er wie zuvor wirtschaftspolitische Forderungen von Industrie und Mittelstand, insbesondere nach einer Arbeitsdienstpflicht und »Mehrarbeit ohne mehr Entlohnung«, und widmete sich dem Kampf gegen den »Marxismus« und gegen den Versailler Vertrag. Obwohl er nach eigenem Bekunden »eine große Anzahl führender Männer des hamburgischen Wirtschaftslebens« für sein neu gegründetes Kuratorium gewann, scheint sein aktiver Kern nur aus wenigen Leuten bestanden zu haben, die Eingaben und Aufrufe verfaßten, bei Bürgervereinigungen und Innungen als Redner auftraten, aber sich nur selten mit eigenen öffentlichen Veranstaltungen exponierten. Ende der zwanziger Jahre erlebte er im Bündnis mit Nationalclub, Vaterländischen Verbänden und Stahlhelm und in enger Verbindung mit den Rechtsparteien einen neuen Aufschwung, warb unermüdlich für einen Boykott von Warenhäusern und Konsumvereinen, kämpfte gegen die Sozialdemokratie wie gegen den Young-Plan und veranstaltete erneut Kundgebungen gegen das »Diktat« von Versailles. S. den Jber. 1923 des BüB für Hamburg, Altona und Wandsbek und seinen Aufruf v. 5. 3. 1924 zur Reichstagswahl; StA Hamburg, Blohm & Voß 1204; außerdem Büttner (1982), S. 423 ff.
- <sup>122</sup> S. Roloff (1964), S. 75, 87f. und 107ff.; Schelm-Spangenberg (1964), S. 76ff.; Schumacher (1974), S. 397.
- <sup>123</sup> S. Faber (1932), S. 8 ff.; Schwede (1939), S. 19 ff.; Lohalm (1970), S. 289 f.; Thränhardt (1973), S. 160 ff.; zu ähnlichen Gewinnen völkischer Blocks in anderen fränkischen Städten ebda. S. 158 f.; zum »Völkischen Block« bei den bayerischen Landtagswahlen 1924 s. Wisemann (1975), S. 77 f.
- <sup>124</sup> Für Thüringen s. Deutscher Geschichtskalender, begr. von Karl Wippermann, Jg. 1924, S. 388; für Lübeck Knie (1933), S. 55 f.
- <sup>125</sup> In Nordwestdeutschland vereinbarten die Landbünde von Hannover, Oldenburg und Braunschweig und der Landesbürgerrat Nordwestdeutschland im Sommer 1921, künftig »alle grundsätzlichen Fragen in enger Gemeinschaft zu bearbeiten«. S. den Bericht über die gemeinsame Tagung dieser Organisationen in Bremen am 25. 8. 1921 in: Bremer Nachrichten v. 26. 8. 1921; Ausschnitt in StA Bremen, 4, 65, 978 / 172.
- <sup>126</sup> Zur Diskussion des Bürgerblockgedankens in der DDP s. Blunck (1961), S. 76 u. ö.; Stephan (1973), S. 275 ff.; in der DNVP: Leopold (1977), S. 26 f., 113 und 131; im Zentrum: Schönhoven (1972), S. 107 ff.; s. auch Troeltsch (1924), S. 199 ff.
- <sup>127</sup> Loebell in seiner Ansprache in der Hauptversammlung des RBüR am 14. 10. 1926 in Hamburg, abgedruckt in: Der Deutschen-Spiegel 3 (1926), S. 2026.
- <sup>128</sup> Meyer-Absberg vor der 4. Hauptversammlung des RBüR 1922 in Bremen; Bürger und Staat (1922), S. 17.
- <sup>129</sup> S. Loebells Referat vor der 4. Hauptversammlung des RBüR 1922 in Bremen; ebda. S. 9 ff., sowie die Resolution ebda. S. 77.
- <sup>130</sup> S. Heinemann (1983), S. 120 ff.; Herwig (1987), S. 23 ff.
- <sup>131</sup> Loebell in seinen unveröffentlichten Memoiren von 1930; BA, Nl. Loebell Nr. 27; zitiert bei Schüren (1978), S. 172 Anm. 32.

- <sup>132</sup> v. Gayl in einer Aufzeichnung v. 1. 5. 1925; BA, Nl. Gayl Nr. 23.
- <sup>133</sup> Zum Loebell-Ausschuß und seiner Tätigkeit s. Loebell, *Die Verhandlungen des Loebell-Ausschusses*, in: *Der Deutschen-Spiegel* 1 (1924/25), S. 581 ff.; Schultze-Pfälzer (1925), S. 9 ff.; Turner (1963), S. 192 ff.; Halperin (1965), S. 316 ff.; Hubatsch (1966), S. 69 ff.; Dorpalen (1966), S. 69 ff.; *Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx* (1968), I, S. 374 ff.; Bredt (1970), S. 38 f. und 346 ff.; Schumacher (1972), S. 121; Diehl (1977), S. 205 f.
- <sup>134</sup> Loebell (1927), S. 286; s. auch die unveröffentlichten Memoiren Loebells; BA, Nl. Loebell Nr. 27 Bl. 192.
- <sup>135</sup> Auch am Kampf gegen den Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der durch die Novemberrevolution abgesetzten Fürsten, den KPD und SPD 1926 gemeinsam, aber vergeblich anstrebten, beteiligte sich der RBüR mit seinen noch bestehenden Untergliederungen nach Kräften, wertete er doch dieses Referendum – das erste in der Geschichte der Weimarer Republik – über sein unmittelbares Ziel hinaus als »das Vorschieben der Fänge des Bolschewismus« (so Willy O. Herrmann in seinem Nachruf auf Meyer-Absberg, in: *Der Bürger* [München], November 1927) und als Präzedenzfall für weitergehende Enteignungen – »des Vermögens der Kirche, des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, des städtischen Hausbesitzes, der Unternehmungen der Industrie, der Banken, der Handwerker und der Arbeiter«. (Brief Loebells an Hindenburg v. 19. 5. 1926, abgedruckt in: *Der Deutschen-Spiegel*, 3. Jg., Sonderheft v. 7. 6. 1926; wieder abgedruckt bei Hubatsch [1966], S. 236 f.; s. dazu Loebell, *Der Hindenburgbrief*, in: *Der Deutschen-Spiegel* 3 [1926] S. 1109 ff.). Vermutlich stand der RBüR dem Arbeitsausschuß gegen den Volksentscheid nahe, zu dem sich DNVP, DVP, Deutsch-völkische Freiheitspartei, Wirtschaftspartei, »vaterländische« Verbände, Stahlhelm, Reichslandbund, Jungdeutscher Orden, Tannenbergbund und die 1924 vom RDI abgespaltene Deutsche Industriellen-Vereinigung zusammenschlossen (s. Kriegk [1932]; S. 83; Schüren [1978], S. 179; zur Dt. Industriellen-Vereinigung Lexikon zur Parteiengeschichte I [1983], S. 711 ff.). Loebell spannte auch den Reichspräsidenten vor den Karren dieser Aktion, indem er Hindenburg zu einer öffentlichen Stellungnahme gegen den Volksentscheid bewog – möglicherweise mit einer ungeahnten Wirkung. 4 Millionen Bürger nämlich, wohl in erster Linie deprivierte Mittelständler, votierten trotzdem für die Enteignung, möglicherweise mit der Folge, daß sich ihre Bindungen an die großen politischen Parteien lockerten und sie sich auf die Suche nach einer neuen politischen Heimat machten, die viele von ihnen nach 1930 in der NSDAP fanden (s. Schüren [1978], S. 171 ff. und 280; s. auch *Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx* [1968], III, S. 13 ff.).
- <sup>136</sup> S. oben S. 299 f.
- <sup>137</sup> S. die Eingabe des Wirtschaftsrats an den Senat v. 3. 3. 1921; StA Hamburg, Senatsakten, Cl. XI Gen. No. 2 Vol. 187. Einen analogen Antrag stellte der Arbeiterrat; s. *Jber. des Arbeiterrates Groß-Hamburg 1919/20* (1921), S. 8 f. – Die von Lamp<sup>1</sup> (1921), S. 56, vertretene Auffassung, durch § 4 des Einführungsgesetzes der Hamburger Verfassung habe der Wirtschaftsrat eine verfassungsrechtliche Grundlage erhalten, ist demnach schwer haltbar.
- <sup>138</sup> S. Protokoll der Sentassitzung v. 14. 3. 1921; Auszug in StA Hamburg, Senatsakten, Cl. XI Gen. No. 2 Vol. 187.
- <sup>139</sup> Auch der Arbeiterrat blieb bestehen, allerdings ohne größere politische Bedeutung; s. Lamp<sup>1</sup> (1921), S. 63; s. auch Ipsen (1956), S. 20 f. – 1929 schloß sich dem Wirtschaftsrat auch die Landwirtschaftskammer an, die im Stadtstaat Hamburg freilich keine große Bedeutung hatte; s. *Detallistenkammer Hamburg 1904–1929* (1929), S. 81.

- <sup>140</sup> S. Potthoff (1965), S. 87 ff.; Hoffmann (1973), S. 67 ff.
- <sup>141</sup> S. Schweitzer (1928), S. 102 ff.; Potthoff (1965), S. 91 ff.; DBB, Ursprung – Weg – Ziel (1968), S. III/33 ff.; Hoffmann (1973), S. 157 ff.; Ortwein (1983), S. 114 ff., sowie die Vorgänge in BayHStA, MInn 65 283 ff.; HStA Stuttgart, E 130b Bü 2000. – Ähnlich erging es der Heereskammer. Sie wurde mit dem Reichswehrgesetz 1921 förmlich eingeführt. Das Ausführungsgesetz, das ihre Verfassung und Zuständigkeit regeln sollte, erging jedoch nie. Ihre tatsächliche Wirksamkeit wurde von Seeckt sabotiert. S. Otto (1921), S. 12 f.; Gordon (1959), S. 167; Carsten (1966), S. 126; Meier-Welcker (1967), S. 308; Huber VI (1981), S. 608 ff.
- <sup>142</sup> S. Potthoff (1965), S. 109 ff., 122 und 125 ff.
- <sup>143</sup> S. Ortwein (1983), S. 119 ff. und 160 ff.; das Zitat ebda. S. 136 aus dem »Reichszollbeamten« Nr. 12/1928, S. 175. Zur Nichteinrichtung von Beamtenvertretungen bei vielen Zolldienststellen s. auch Deutsches Beamten-Archiv, Heft 11 (Aug. 1921), S. 545.
- <sup>144</sup> S. Potthoff (1965), S. 111 und 141 ff.
- <sup>145</sup> S. Sieverding (1986), S. 57 und 83 ff.
- <sup>146</sup> Niederschrift über eine Referentenbesprechung betr. Beamtenvertretungen v. 19. 5. 1921; BayHStA, MInn 65 284.
- <sup>147</sup> Zitiert aus einer Entschließung des Beamten-Beirats v. 16. 1. 1924, mitgeteilt in einem Schreiben des württembergischen Finanz- an das Staatsministerium v. 30. 1. 1924; HStA Stuttgart, E 130b Bü 597.
- <sup>148</sup> Daß ein solcher Beitrag nicht ohne weiteres unterstellt werden kann, zeigt das Beispiel der ostpreußischen Beamtenausschüsse, die sich nach dem Kapp-Putsch weigerten, Auskünfte über die Unterstützung der Putschisten durch einzelne Beamte zu geben, weil sie »eine Denunziation von Kollegen in sich schließen würde«; s. Klatt (1958), S. 213.
- <sup>149</sup> Runderlaß Fricks an die Landesregierungen v. 15. 6. 1933; HStA Stuttgart, E 130b, Bü 597; s. auch Ortwein (1983), S. 140 ff.
- <sup>150</sup> S. Stürmer (1967); Kolb (1988), S. 71 ff., mit weiteren Literaturhinweisen.
- <sup>151</sup> S. Beyer (1957), S. 176 ff.; Thyssen (1958), S. 373 ff.; Stoltenberg (1962), S. 110 ff., 123 ff. und 129 ff.; Heberle (1963) S. 154 ff.; Wulff (1969), S. 60 f. und 69 ff.; Poppinga (1975), S. 160 ff.
- <sup>152</sup> S. Geßner (1976), S. 100.
- <sup>153</sup> S. Behrens (1973), S. 253.
- <sup>154</sup> S. Lexikon zur Parteiengeschichte IV (1986), S. 153 ff.
- <sup>155</sup> S. Geßner (1976), S. 98 f. und 130 ff.
- <sup>156</sup> S. Stoltenberg (1962), S. 133 ff. und 175; Heberle (1963); Poppinga (1975), S. 161 f.; Farquharson (1976), S. 7 f.
- <sup>157</sup> S. Topf (1933), S. 5 ff. und 37 ff.; Thyssen (1958), S. 406 ff.; Stoltenberg (1962), S. 122 f. und 139.
- <sup>158</sup> Junius Alter (1930), S. 212.
- <sup>159</sup> In Braunschweig brachte der BüB 1930 eine neue bürgerliche Einheitsliste zustande, mit ähnlicher sozialer Zusammensetzung wie früher der Landeswahlverband. Sie konkurrierte jetzt freilich nicht mehr mit der DDP, sondern mit der NSDAP, die in Braunschweig schon 1930 in die Regierung gelangte, und löste sich auf, als 1932 Handwerk und Landbund zur NSDAP wechselten; s. Roloff (1964), S. 139, 161 ff., 172 f., 184 f.; Schumacher (1974), S. 400. – In Lübeck verlor der Hanseatische Volksbund 1929 knapp ein Sechstel seiner Wähler an die NSDAP; 1932 kehrte sich das Stimmenverhältnis zwischen beiden beinahe um; s. Knie (1933), S. 55 f., 73 u. 98. – Zum Auftrieb des Einheitsfrontge-

- dankens in Schleswig-Holstein Beyer (1957), S. 182 ff.; Thyssen (1958), S. 404 ff.; Stoltenberg (1962), S. 119 ff.; Heberle (1963), S. 155 ff.; Wulf (1969), S. 75 ff.; Barmeyer (1971), S. 48 ff.; Poppinga (1973), S. 81 ff. Zu weiteren Blockbildungen bei Landtagswahlen in den letzten Jahren der Weimarer Republik s. die Tabellen bei Falter/Lindenberger/Schumann (1986), S. 89 ff.
- <sup>160</sup> S. Topf (1933); Reichardt (1953), S. 119 ff.; Bracher (1964), S. 207; Barmeyer (1971), S. 80 ff.; Poppinga (1975), S. 215 f.; Puhle (1975), S. 91; Geßner (1976), S. 96 ff.; zum Deutschen Bauernbund Lexikon zur Parteiengeschichte II (1984), S. 29 ff.; zum Deutschen Landwirtschaftsrat Puhle (1975), S. 57.
- <sup>161</sup> So ihr damaliger Hauptgeschäftsführer; Reichardt (1953), S. 13; s. dazu Bracher (1964), S. 207; s. auch ebda. S. 167 und 291.
- <sup>162</sup> S. Schulze (1982), S. 363 f.; zu parteipolitischen Versuchen der »bürgerlichen Sammlung« auf Reichsebene nach dem Bruch der Großen Koalition 1930 s. Neebe (1981), S. 67 ff.
- <sup>163</sup> S. Beyer (1957), S. 186 f.; Wulf (1969), S. 121 ff.
- <sup>164</sup> Für die Formen gewaltsamen Protests unter den norddeutschen Bauern s. Beyer (1957), S. 184 ff.; Stoltenberg (1962), S. 137 ff.; Poppinga (1973), S. 84 f.; Farquharson (1976), S. 6 ff.; allgemein zur Brutalisierung der politischen Auseinandersetzungen Wernette (1974).
- <sup>165</sup> Zitiert bei Sloeterdijk (1983), S. 912. Zu den linken Abwehrorganisationen s. im übrigen Rohe (1966); Diehl (1977), S. 244 ff.; zum Scheitern des Reichsbanners auch Bessel (1977), S. 220 f.
- <sup>166</sup> S. Winkler (1987), S. 514 ff.
- <sup>167</sup> S. dazu u. a. v. Hasselbach (1931), S. 16 ff.; Maser (1965), S. 231 ff.; Sontheimer (1968), S. 277 f.; Wilpert (1978), S. 116 ff.
- <sup>168</sup> Goebbels, Kampf um Berlin (1934), S. 86; ähnlich Bayer (1936), S. 9. Zu den Anfängen nationalsozialistischer Massenversammlungen und öffentlicher Auftritte s. v. Hasselbach (1931), S. 38 f. und 63 f.; Preiß (1937), S. 80 ff.; Deuerlein (1959); Werner (1964), S. 49 ff. und 57 ff.; Maser (1965), S. 195 ff., 355 ff., 388 ff., 419 ff. u. ö.; Douglas (1968), S. 45 ff.; Auerbach (1977), S. 25 ff.; Steger (1980), S. 157 ff. und 187 ff.; Thamer (1986), S. 57 ff., 97 f. u. ö.
- <sup>169</sup> S. Rosten (1933), S. 19 ff.; Cahill (1963); Maser (1965), S. 388 ff.; Nolte (1979), S. 448; Thamer (1986), S. 63.
- <sup>170</sup> Aus einer Denkschrift Darrés für Hitler v. 15. 8. 1930, zitiert bei Bracher (1964), S. 167 Anm. 67a; Thamer (1986), S. 164; zu ihrer Entstehung s. Gies (1967), S. 343 ff.
- <sup>171</sup> S. Nolte (1979), S. 410 u. ö. – Goebbels verstand die nationalsozialistische Machtübernahme darüber hinaus sogar als Rücknahme der Französischen Revolution, wenn er am 1. 4. 1933 erklärte, hiermit werde das Jahr 1789 »aus der Geschichte gestrichen«; zitiert bei Thamer (1986), S. 26.
- <sup>172</sup> Von Bürgerratsseite wurde eine derartige Verbindung verneint. Loebell qualifizierte frühe Äußerungen der NSDAP als »Rattenfänger-Methode für die Dummen«. Handschriftliche Notiz auf einer Broschüre »Die Ziele der nationalsozialistischen Partei«, Elberfeld o. J.; BA, N1. Loebell 23.
- <sup>173</sup> S. Sauer (1962); Bessel (1977), S. 207 ff.; Thamer (1986), S. 98 ff. u. ö.
- <sup>174</sup> S. Oertel (1988).
- <sup>175</sup> Beispiele bei Klein/Scherer (1976), S. 29 und 105, Anm. 77. Hanns Johst brachte es vom 2. Vorsitzenden der Künstlergewerkschaft Bayern 1919 zum Intendanten der preußischen Staatstheater, zum »Reichsführer des Deutschen Schrifttums« und schließlich zum Präsidenten der Reichsschrifttumskammer.
- <sup>176</sup> S. Bonn (1953), S. 350 ff.

- <sup>177</sup> S. Goetz (1954), S. 78 f.; für Koch s. Schmidt (1984), Bd. 2, S. 122 Anm. 31.
- <sup>178</sup> Zu Gerlich s. Donohoe (1961), S. 35 ff.; Gordon (1971), S. 187 und 363; Spindler (1974/75), II, S. 1160, Gerlichs einschlägige Schriften aus den Jahren 1931/32 sind größtenteils wieder veröffentlicht bei Steiner (1946); zu Horlacher s. Unger (1979), S. 209 Anm. 104.
- <sup>179</sup> Thamer (1986), S. 12.
- <sup>180</sup> So der bayerische SPD-Vorsitzende Erhard Auer 1922; zitiert nach Niekisch (1958), S. 110.
- <sup>181</sup> S. Albrecht (1986).
- <sup>182</sup> S. Thamer (1986), S. 174 ff.

## *Epilog*

- <sup>1</sup> S. z. B. die Erinnerungen des ehemaligen Augsburgers NSDAP-Gauleiters Wahl (1954), S. 42.
- <sup>2</sup> S. Bloch (1985), passim.
- <sup>3</sup> S. Thränhardt (1986), S. 26 ff.
- <sup>4</sup> Friedman (1975), S. 151 ff.





# Quellen- und Literaturverzeichnis

## *1. Archivbestände*

### *Bundesarchiv Koblenz*

R 13 I: Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie  
(Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller)

R 43 I: Akten der Reichskanzlei

Nachlässe Wilhelm von Gayl, Otto Geßler, Walter Goetz, Maximilian Harden,  
Erich Koch-Weser, Friedrich Wilhelm von Loebell, Wichard von Moellendorff

### *Bundesarchiv / Militärarchiv Freiburg*

Akten des Reichsmarineamts

Wehrkreisakten

Nachlässe Kurt von Schleicher und Wilhelm Groener

### *Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn*

Referat Deutschland

### *Staatsarchiv Bremen*

Senatsakten

### *Hauptstaatsarchiv Düsseldorf*

Regierung Düsseldorf

Regierung Köln

Regierung Aachen

*Staatsarchiv Hamburg*

Arbeiter- und Soldatenrat Hamburg  
Beamtenrat Hamburg  
Senatsakten  
Werksarchiv Blohm & Voß

*Staatsarchiv Marburg*

Bestand 150: Oberpräsidium Kassel  
Bestand 165: Regierung Kassel

*Bayerisches Hauptstaatsarchiv München*

Arbeiter- und Soldatenrat  
Ministerium des Äußeren  
Handelsministerium  
Ministerium des Inneren

*Staatsarchiv München*

Polizeidirektion München  
Staatsanwaltschaft München I

*Staatsarchiv Münster*

Oberpräsidium  
Regierung Münster

*Hauptstaatsarchiv Stuttgart*

E 130 a: Staatsministerium  
E 130 b: Staatsministerium

*Archiv der sozialen Demokratie, Bonn*

Nachlässe Emil Barth, Alfred Henke, Carl Severing

*Historisches Archiv der Gutehoffnungshütte Oberhausen*

Hauptverwaltung  
Bergwerksverwaltung  
Nachlaß Paul Reusch

*Historisches Archiv der Friedrich Krupp GmbH, Essen*

Werksarchiv

*Werner von Siemens-Institut für Geschichte des Hauses Siemens, München*

Nachlässe Carl Diehlmann, Otto Henrich und Carl-Friedrich von Siemens

## 2. Zeitschriften und andere Periodika

- Academia. Monatsschrift des CV der katholischen deutschen Studentenverbindungen, Berlin, 31. – 32. Jg. (1918/19 – 1919/20)
- Ärztliche Mitteilungen. Hrsg. vom Verband der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, Leipzig, 19. – 20. Jg. (1918 – 1919)
- Ärztliches Vereinsblatt für Deutschland. Organ des Deutschen Ärztevereinsbundes, Halle a. S., 47. – 49. Jg. (1918 – 1920)
- Akademische Blätter. Zeitschrift des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine Deutscher Studenten, Berlin, 33. Jg. (1918/19)
- Akademische Monatsblätter. Organ des Verbandes der katholischen Studentenvereine Deutschlands, Köln, 31. – 32. Jg. (1918/19 – 1919/20)
- Akademische Turnbundsblätter. Zeitschrift des Akademischen Turnbunds, Berlin, 31. – 32. Jg. (1918 – 1919)
- Akademische Turnzeitung. Zeitschrift des V.-C. des Verbandes der Turnerschaften an deutschen Hochschulen, Leipzig, 35. – 37. Jg. (1918/19 – 1920/21)
- Alldeutsche Blätter. Hrsg. vom Alldeutschen Verbands, Berlin, 28. – 30. Jg. (1918 – 1920)
- Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung. Pädagogische Zeitung. Hauptblatt des Deutschen Lehrervereins, Berlin, 48. – 49. Jg. (1919 – 1920)
- Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, München/Berlin/Leipzig, Jgg. 1918 – 1920
- Der Arbeiter. Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), Berlin, 22. – 24. Jg. (1918 – 1920)
- Der Arbeiterrat. Organ der Arbeiterräte Deutschlands, Berlin, 1. – 2. Jg. (1919 – 1920)
- Der Arbeitgeber. Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin, Jgg. 1918 – 1919
- Arbeitsrecht. Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Stuttgart, 5. – 7. Jg. (1918 – 1920)
- Auf gut deutsch. Wochenschrift für Ordnung und Recht. Hrsg. Dietrich Eckart, München, 1. Jg. (1919)
- Der Aufrechte. Ein Kämpfer für christlich-deutsche Erneuerung. Ein sonntägliches Volksblatt für Stadt und Land, Berlin, 1. Jg. (1919)
- Der Bahrenfelder. Nachrichtenblatt des Zeitfreiwilligen-Korps »Groß-Hamburg«, Hamburg, 1. Jg. (1920)
- Die bayerische Industrie. Organ des Verbandes Bayerischer Industrieller, München, Jgg. 1918 – 1920
- Bayerische Lehrerzeitung. Eigentum des Bayerischen Volksschullehrervereins, Nürnberg, 52. – 53. Jg. (1918 – 1919)
- Bayerische Staatszeitung. München, Jg. 1919
- Bayerisches Ärztliches Correspondenzblatt. Organ für die Interessen des ärztlichen Standes, München, 21. – 23. Jg. (1918 – 1920)
- Der Beamte. Vierteljahrshefte für Beamtenrecht und Beamtenpolitik, Berlin, 1. Jg. (1919)
- Die Beamtengewerkschaft. Zeitschrift des Verbandes der Beamten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, 1. – 2. Jg. (1919 – 1920)
- Beamten-Jahrbuch. Vierteljahrsschrift für die gesamte Beamtenbewegung, Stuttgart, 5. – 6. Jg. (1918 – 1919)
- Beamten-Korrespondenz. Offizielle Mitteilungen des Deutschen Beamtenbundes, Berlin, Jgg. 1919 – 1920

- Berliner Ärzte-Correspondenz. Organ des Geschäftsausschusses der Berliner ärztlichen Ständesvereine und des Geschäftsausschusses des Berliner Ärzte-Vereins-Bundes. Berlin, 23.-25. Jg. (1918-1920)
- Berliner Hochschulzeitung. Hrsg. vom Nachrichtenamt der Studentenvertretung der Friedrich-Wilhelms-Universität. Berlin, 1. Jg. (1919/20)
- Berliner Lokal-Anzeiger. Zentralorgan für die Reichshauptstadt, Jg. 1919
- Berliner Tageblatt, Jgg. 1918-1919
- Bremer Ärzteblatt. Halbmonatliche Mitteilungen für die Ärzte des bremischen Staatsgebietes und seiner Umgebung. Organ der ärztlichen Ständesvereine. Bremen, 1.-2. Jg. (1919-1920)
- Der Bürger. Mitteilungsblatt des Bürgerbundes München. Landesbürgerrat Bayern. München, 1.-6. Jg. (1925-1930)
- Bürger-Blatt. Zeitschrift des Bürgerbundes von Stettin. Nachrichtenblatt des Landesbürgerrates Pommern. Stettin, Jgg. 1919-20
- Der Bund. Nachrichtenblatt des Bürgerrats von Groß-Berlin. Berlin, 1.-2. Jg. (1919-1920)
- Burschenschaftliche Blätter. Berlin, 33. Jg. (1918/19)
- Die christliche Schule. Pädagogische Studien und Mitteilungen. Organ des Landesverbandes der katholischen Geistlichen Bayerns für Schule und Erziehung. Eichstätt, 10. Jg. (1919)
- Correspondenz der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin. Berlin, 41.-43. Jg. (1918-1920)
- Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Berlin, 28.-29. Jg. (1918-1919)
- Demokratische Parteikorrespondenz. Berlin, 2. Jg. (1919)
- Der Deutsche. Zeitschrift für Politik und Volkstum. Berlin, 1. Jg. (1919/20)
- Deutsche Akademische Zeitschrift. Zugleich Nachrichtenblatt des Reichsausschusses Akademischer Berufsstände, des Akademischen Hilfsbundes und des Bundes kriegsbeschädigter Akademiker. Leipzig, 1. Jg. (1919/20)
- Deutsche Arbeitgeber-Zeitung. Zentralblatt der deutschen Arbeitgeber-Verbände. Berlin, 17.-18. Jg. (1918-19)
- Deutsche Arbeitswacht. Wochenschrift für die wirtschaftsfriedlich-nationale Arbeiterbewegung, Hannover, 6. Jg. (1918)
- Deutsche Beamtenzeitung. Wochenschrift des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Berlin, 1.-2. Jg. (1922-1923)
- Deutsche Handels-Wacht. Zeitschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Hamburg, Jgg. 1918-1919
- Deutsche Hochschulzeitung. Akademisches Wochenblatt. Wien/Berlin, 10.-11. Jg. (1918-1919)
- Deutsche Industrie. Hrsg. vom Reichsverband der Deutschen Industrie. Berlin, 1. Jg. 1919
- Deutsche Medizinische Wochenschrift. Stuttgart, 45. Jg. (1919)
- Deutsche Politik. Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik. Stuttgart/Berlin, Jg. 1919
- Deutsche Stimmen. Wochenschrift. Hrsg. von Gustav Stresemann. Berlin, 31. Jg. (1919)
- Deutsche Volkswirtschaftliche Correspondenz. Berlin, 43. Jg. (1918)
- Deutsche Wacht. Hrsg. von der Deutschen Vereinigung. Berlin, 12.-13. Jg. (1919-1920)

- Das Deutsche Handwerksblatt. Mitteilungen des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages. Berlin, 12.-13. Jg. (1918-1919)
- Das deutsche Heer. Blätter zur Erinnerung an Deutschlands große Zeit. Bindeglied für alle Angehörigen der alten deutschen Wehrmacht zu Lande, Luft und Wasser. Freiburg, 1.-2. Jg. (1922-23)
- Die Deutsche Nation. Eine Zeitschrift für Politik. Berlin, 1.-2. Jg. (1919-1920)
- Der Deutschenspiegel. Politische Wochenschrift. Berlin, 1.-5. Jg. (1924-29)
- Deutscher Geschichtskalender. Leipzig, 35.-36. Jg. (1919-1920)
- Deutscher Industrie- und Handelstag, Mitteilungen an die Mitglieder. Berlin, 58.-60. Jg. (1918-20)
- Deutscher Offiziersbund. Berlin, 1.-3. Jg. (1922-24)
- Deutscher Volksgeist. Monatsschrift zur Verständigung zwischen allen Schichten des Volkes. Berlin, 1.-2. Jg. (1919-20)
- Deutsches Beamten-Archiv. Berlin, 1. Jg. (1920/21)
- Deutsches Philologenblatt. Korrespondenz-Blatt für den akademisch gebildeten Lehrerstand. Leipzig, 26.-27. Jg. (1918-1919)
- Deutsches Volkstum. Monatsschrift für das deutsche Geistesleben. Hamburg, 21.-22. Jg. (1919-1920)
- Deutschlands Erneuerung. Monatsschrift für das deutsche Volk. München, 2.-3. Jg. (1918-1919)
- Deutschnationale Zeitung. Berlin, 1. Jg. (1919)
- Deutschvölkisches Jahrbuch. 1920. Hrsg. mit Unterstützung deutschvölkischer Verbände von Georg Fritz, Weimar 1920
- Einwohnerwehr. Amtliche Mitteilungen der Zentralstelle für Einwohnerwehren beim Reichswehrministerium. Berlin, 1. Jg. (1919)
- Eiserne Blätter. Berlin, 1. Jg. (1919/20)
- Feurjo! Hrsg. vom Heimatdienst Bayern für Ordnung, Recht und Aufbau. München, Jg. 1919
- Der Firn. Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Berlin, 1. Jg. 1919/20
- Der Föhn. Sozialistisches Schulblatt. München, 1. Jg. (1919)
- Frankfurter Ärzte-Correspondenz. Offizielles Organ des Frankfurter Ärztlichen Vereins. Frankfurt 9.-10. Jg. (1918-1919)
- Frankfurter Universitäts-Zeitung, mit amtlichen Mitteilungen der königlichen Universität und des Allgemeinen Studenten-Ausschusses, Frankfurt, 4.-5. Jg. (1918/19-1919/20)
- Der freie Lehrer. Organ der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands. Berlin, 1.-2. Jg. (1919-1920)
- Der geistige Arbeiter. Deutsche Urheber-Zeitung. Berlin, 1. Jg. (1921)
- Der geistige Arbeiter. Zeitschrift mit Bildschmuck für die akademische Welt. Königsberg, 1. Jg. (1919)
- Die Gemeinschaft. Organ des Deutschen Beamtenbundes. Berlin, 3.-4. Jg. (1919-1920)
- Geschäftliche Mitteilungen für die Mitglieder des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Berlin, Jgg. 1919-20
- Die Glocke. Sozialistische Wochenschrift. Berlin, 3.-4. Jg. (1918-19)
- Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst. Berlin, 77.-78. Jg. (1918-19)

- Hamburger Ärzte-Correspondenz. Zeitschrift für die Veröffentlichungen der ärztlichen Standesvereine Hamburgs und des Altonaer ärztlichen Vereins. Hamburg, 21.–22. Jg. (1918–1919)
- Hamburger Echo. Jgg. 1918–1919
- Hamburger Universitäts-Zeitung. Zeitschrift für akademisches Leben. Amtliche Nachrichten der Universität Hamburg und der Hamburgischen Studentenschaft. Organ des Bundes Deutscher Akademiker zu Hamburg. Hamburg. 1.–2. Jg. (1919/20–1920/21)
- Handel und Gewerbe. Zeitschrift für die zur Vertretung von Handel und Gewerbe gesetzlich berufenen Körperschaften. Im Auftrage des Deutschen Industrie- und Handelstages herausgegeben. Berlin, 26.–27. Jg. (1918/19–1919/20)
- Hansa-Bund. Offizielles Organ des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie. Berlin, 9.–10. Jg. (1918–1919)
- Hellauf. Zeitschrift für deutsche Erneuerung. Stuttgart, 11.–12. Jg. (1919–1920)
- Hessischer Bauernbund. Bund der Landwirte Hessens. Friedberg, 1.–2. Jg. (1919–1920)
- Die Hilfe. Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst. Berlin, 24.–25. Jg. (1918–1919)
- Jahrbuch der Deutschnationalen Volkspartei. Berlin, Jg. 1919
- Jahrbuch des öffentlichen Lebens der Gegenwart. Tübingen, 9. Jg. (1920)
- Jahresbericht des Arbeiterrates Groß-Hamburg, Geschäftsjahr 1919/20. Hamburg 1920
- Jahresbericht des Bezirks-Bürgerrates Leipzig-Land zur Jahreswende 1919/20, 1. Geschäftsbericht, Leipzig 1920
- Jahresbericht des Bayerischen Industriellen-Verbandes. München, Jgg. 1918/19–1920/21
- Juristische Wochenschrift. Organ des Deutschen Anwalt-Vereins. Berlin, 47.–48. Jg. (1918–1919)
- Justizbeamtenbundesblatt. Mitteilungen des Justizbeamtenbundes. Berlin, 1.–2. Jg. (1919–1920)
- Der Kamerad. Amtliche Zeitschrift für den Sächsischen Militär-Vereins-Bund. Dresden, 56.–57. Jg. (1918–1919)
- Kameradschaftsbund der 75er, Sitz Bremen. Bundesorgan. Bremen, 1.–9. Jg. (1925–1934)
- Kartellrundschau. Zeitschrift für Kartellwesen und verwandte Gebiete. Berlin, 16.–17. Jg. (1918–1919)
- Katholische Schulzeitung für Norddeutschland. Breslau, 35. Jg. (1918)
- Der Kommunist. Organ der Internationalen Kommunisten Deutschlands; später: Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Nordwest. Bremen, Jg. 1919
- Konservative Monatsschrift. Berlin, 76.–77. Jg. (1918/19–1919/20)
- Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei. Berlin, 2. Jg. (1919)
- Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Berlin, Jgg. 1908, 1918–1921
- Krieger-Zeitung. Parole. Amtliches Blatt des Deutschen Krieger-Bundes. Berlin, 43.–44. Jg. (1918/19–1919/20)
- Medizinisches Correspondenzblatt des Württembergischen ärztlichen Landesvereins. Stuttgart, 88.–89. Jg. (1918–19)
- Militärwochenblatt. Berlin, 103.–104. Jg. (1918/19–1919/20)

- Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung. Berlin, 79.–80. Jg. (1918–19)  
 Mitteilungen aus der Konservativen Partei. Centralorgan der konservativen Vereine Deutschlands. Berlin, 11. Jg. (1918)  
 Mitteilungen der Deutschen Vaterlandspartei. Berlin, Jg. 1918  
 Mitteilungen des Bundes Technischer Berufsstände. Berlin, Jg. 1919  
 Mitteilungen des Deutschen Industrierats. Berlin, Jg. 1919  
 Mitteilungen des Hansa-Bundes. Berlin, Jgg. 1918–1919  
 Mitteilungen des Kriegsausschusses der Deutschen Industrie. Berlin, Jgg. 1918–1919  
 Mitteilungen des Leipziger Bürgerausschusses. Leipzig, Nr. 4–28/29 (1919)  
 Mitteilungen für den Mittelrheinischen Fabrikanten Verein. Mainz, Jgg. 1919–1920  
 Mitteilungen für die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei. Berlin, Jg. 1919  
 Münchener Neueste Nachrichten. München, Jgg. 1918–19  
 Münchener Post. München, Jgg. 1918–19
- Nachrichtenblatt des Landesbürgerrats Sachsen. Dresden, 1.–3. Jg., (1919–1921)  
 Nationale Erziehung. Rundschau für Eltern und Erzieher. Monatsschrift des Deutschnationalen Lehrerbundes. Leipzig/Berlin, 1.–2. Jg. (1920–1921)  
 Nationalliberale Correspondenz. Im Auftrag der Reichsgeschäftsstelle der Nationalliberalen Partei (später: Deutschen Volkspartei) herausgegeben. Berlin, 45.–47. Jg. (1918–1920)  
 Das neue Hamburg. Wochenschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur. Organ des Landesverbandes Hamburg der Deutschen Volkspartei. Hamburg, 1. Jg. (1919)  
 Neue Post. Wochenblatt für die Interessen der unteren Reichs-Post- und Telegraphen-Beamten. Berlin, 22. Jg. (1919)  
 Der neue Weg. Hrsg. von der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen. Berlin, 48. Jg. (1919)  
 Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart, 31.–38. Jg. (1912/13–1919/20)  
 Niedersächsische Ärzte-Zeitung. Amtliches Blatt des Ärztlichen Vereins Hannover und der Ärztekammer der Provinz Hannover. 1.–2. Jg. (1919–1920)  
 Niedersächsische Hochschulzeitung. Wochenschrift für akademisches Leben und studentische Arbeit. Göttingen, 1.–3. Jg. (1919–21)  
 Norddeutsche Blätter. Hamburg, 2. Jg. (1922)  
 Norddeutsche Orgesch-Blätter. Hamburg, 1. Jg. (1921)  
 Nordwestdeutsche Handwerks-Zeitung. Amtliches Organ der Handwerkskammern zu Altona, Aurich, Flensburg, Hannover, Harburg, Hildesheim und Stadthagen. Organ des Nordwestdeutschen Handwerker-Bundes. Hannover, 23.–24. Jg. (1918–1919)
- Pädagogische Zeitung. Hauptblatt des Deutschen Lehrervereins. Berlin, 47.–48. Jg. (1918–1919)  
 Pharmazeutische Zeitung. Apotheker-Zeitung. Berlin, 64. Jg. (1919)  
 Politische Zeitfragen. Halbmonatsschrift über alle Gebiete des öffentlichen Lebens. München, 2. Jg. (1920)  
 Die Polizei. Zeitschrift für Polizeiwissenschaft, -dienst und -wesen. Berlin, 15.–16. Jg. (1918/19–1919/20)  
 Der Pommersche Landbund. Stettin, 1.–3. Jg. (1919–1921)  
 Preußische Jahrbücher. Berlin, Jgg. 1918–1919

- Der Reichsbürger. Amtliche Zeitschrift der deutschen Bürgerräte. Berlin, 1.–2. Jg. (1919–1920/21)
- Reichsdeutsche Mittelstandsblätter. Monatsschrift des Reichsdeutschen Mittelstands-Verbandes. Leipzig, 5.–6. Jg. (1918–1919)
- Revolution. Wochenschrift. An Alle und Einen. München, Jg. 1918 (Reprint Liechtenstein 1969)
- Die Revolution. Unabhängiges sozialdemokratisches Jahrbuch für Politik und proletarische Kultur. Berlin, Jg. 1920
- Der Revolutionär. Mannheim, 1. Jg. (1919)
- Rheinische Ärzte-Korrespondenz. Offizielles Organ vieler rheinischer Ärzte-Vereine. Barmen, 16.–17. Jg. (1918–1919)
- Sächsische Industrie. Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller. Dresden, 15.–17. Jg. (1918/19–1920/21)
- Der Schleswig-Holsteiner. Volkswirtschaftliche Wochenschrift. Organ des Schleswig-Holsteinischen Wirtschaftsbundes der selbständigen Berufe e. V. Flensburg, 1.–2. Jg. (1919–1920)
- Die Schulpflege. Organ des Preußischen Rektoren-Vereins. Berlin, 24.–26. Jg. (1918–1920)
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. München, Jgg. 1918–20
- Süddeutsche Apotheker-Zeitung. Zeitschrift für Apotheker und Vertreter verwandter Berufszweige. Stuttgart, 58.–59. Jg. (1918–1919)
- Süddeutsche Freiheit. Münchener Montagszeitung. München, Jg. 1918/19
- Die Tat. Monatsschrift für die Zukunft deutscher Kultur. Jena, 10.–11. Jg. (1918/19–1919/20)
- Technik und Wirtschaft. Monatsschrift des Vereins deutscher Ingenieure. Berlin, 11.–13. Jg. (1918–1920)
- Unitas. Organ des Verbandes der Wissenschaftlichen katholischen Studenten-Vereine Unitas. Berlin, 59.–60. Jg. (1918/19–1919/20)
- Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Geschäftsbericht über das Jahr 1918, Berlin 1919
- Der Volksschullehrer. Organ für die Interessen der deutschen Volksschule. Godesberg, 12.–14. Jg. (1918–1920)
- Der Wagenlenker. Organ des Reichsbundes geistiger Arbeiter. München, Jg. 1919
- Werkmeister-Zeitung. Organ des Deutschen Werkmeister-Bundes. Düsseldorf, 35. Jg. (1918)
- Westdeutsche Ärzte-Zeitung für Standesfragen und soziale Medizin. Frankfurt, 10. Jg. (1919)
- Westdeutsche Wochenschrift. Köln, 1.–2. Jg. (1919–20)
- Westfälische Politische Nachrichten. Korrespondenz der Deutschen Volkspartei für Westfalen. Dortmund, Jgg. 1919–20
- Wingolfs-Blätter. Zeitschrift des Wingolf-Bundes. Mühlhausen/Thüringen, 48.–49. Jg. (1918/19–1919/20)
- Wochenschrift der Handelskammer zu Düsseldorf für den Stadt- und Landkreis Düsseldorf. Düsseldorf, Jgg. 1918–19



- Zeitschrift des Bundes höherer Beamter. Berlin, 1.–3. Jg. (1919–1921)  
 Zeitschrift des Deutschen Landwirtschaftsrates. Berlin, 17. Jg. (1919)  
 Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure. Berlin, 62.–64. Jg. (1918–1920)  
 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Krefeld, 18.–19. Jg. (1918–19)  
 Zentralblatt für Pharmazie. Zeitschrift für die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interessen der Pharmazie. Organ des Verbandes deutscher Apotheker. Nürnberg, 14.–16. Jg. (1918–1920)  
 Die Zukunft. Hrsg. von Maximilian Harden. Berlin, Bd. 104–107 (1919)

### 3. Vor 1945 erschienene Literatur

- Ahnert, Kurt: Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. 10. bis 30. 11. 1918, Nürnberg 1918  
 Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16.–21. 12. 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte, Berlin 1919 (Reprint Glashütten 1972)  
 Alter, Junius (= Franz Sontag): Nationalisten. Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit, 2. Aufl. Leipzig 1930  
 Altmaier, Jacob: Frankfurter Revolutionstage, Frankfurt 1919  
 Anker, Kurt: Unsere Stunde kommt! Erinnerungen und Betrachtungen über das nachrevolutionäre Deutschland, Leipzig 1923  
 Anlauf, Karl: Die Revolution in Niedersachsen. Geschichtliche Darstellungen und Erlebnisse, Hannover 1919  
 Archangelus (= Rudolf Michael): Aus stürmischen Tagen. Revolutionserinnerungen eines Hamburgers, Hamburg 1919  
 Aßmann, Georg: Die Verträge des Künstlers im Theater-, Konzert- und Kabarettleben, Diss. iur. Königsberg 1928  
 Axhausen, Günther: Organisation Escherich. Die Bewegung der nationalen Einheitsfront, Leipzig/Berlin 1921  
 Bäumer, Gertrud: Lebensweg durch eine Zeitenwende, Tübingen 1933  
 Ball, Hugo: Zur Kritik der deutschen Intelligenz, Zürich 1919 (Neuausgabe München 1970)  
 Barnay, Ludwig: Erinnerungen, 2 Bde., Berlin 1903  
 Barth, Emil: Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Berlin 1919  
 Baumann, Fred S.: Um den Staat! Ein Beitrag zur Geschichte der Revolution in Hamburg 1918/19, Hamburg 1924  
 Baumgärtner, Georg August: Zehn Jahre Münchener Hilfstätigkeit 1914–1924. Ein Kapitel vaterländischen Opfersinns in Kriegs- und Nachkriegszeit. Denkschrift, aufzeichnet für den Hilfsbund der Münchener Einwohnerschaft, München 1924  
 Baumgarten, Otto: Meine Lebensgeschichte, Tübingen 1929  
 Baur, Hugo: Mein politischer Lebenslauf, Konstanz 1929  
 Bayer, Ernst: Die SA. Geschichte, Arbeit, Zweck und Organisation der Sturmabteilungen des Führers und der Obersten SA-Führung, Berlin 1935  
 Die bayerische Sozialdemokratie vom 8. 11. 1918 bis 2. 6. 1920, München 1920  
 Bendix, Ludwig: Das Streikrecht der Beamten. 2. Aufl. Berlin 1922  
 Bendixen, Friedrich: Politische Briefe aus den Jahren des Weltkrieges, Berlin 1919

- Bericht des Untersuchungsausschusses über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin, in: Sammlung der Drucksachen der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung, Bd. 15, Drucksache Nr. 4121, S. 7669–8191, Berlin 1921
- Bericht des Untersuchungsausschusses über die Ursachen und den Verlauf der Unruhen im Rheinland und in Westfalen in der Zeit vom 1. 1. bis 19. 3. 1919, in: Sammlung der Drucksachen der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung, Bd. 10, Drucksache Nr. 3228, S. 5585–5674, Berlin 1921
- Bericht über den ersten Reichslandbundtag am 3. 3. 1921 in Berlin, Berlin 1921
- Bericht über den 1. Parteitag der Deutschen Volkspartei am 13. 4. 1919 in Jena, Berlin 1919
- Bericht über den 2. Parteitag der Deutschen Volkspartei am 18., 19. und 20. 10. 1919 in Leipzig, Berlin 1919
- Bericht über die Beratung am 27. und 28. 11. 1918 über die während der Demobilmachung und nach dem Friedensschluß erforderlichen gesundheitlichen Maßnahmen, Berlin 1919
- Bericht über die 15. ordentliche Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller am 12. 5. 1919 in Dresden, Dresden 1919
- Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei, abgeh. in Berlin vom 19.–22. 7. 1919, Berlin 1919
- Bericht über die Verhandlungen des 3. Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei, abgeh. in Bremen vom 12.–14. 11. 1921, Berlin 1921
- Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Charlottenburg für die Rechnungsjahre 1915–1920, Berlin 1921
- Berlins Aufstieg zur Weltstadt. Ein Gedenkbuch, hrsg. vom Verein Berliner Kaufleute und Industrieller aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens, Berlin 1929
- Beßler, Johann Baptist: Die Streikbewegung in der deutschen Landwirtschaft, unter bes. Berücks. Ostelbiens und Mitteldeutschlands, Diss. phil. Erlangen 1927
- Bethmann Hollweg, Theobald von: Betrachtungen zum Weltkriege, 2 Teile, Berlin 1919/22
- Blei, Franz: Erzählung eines Lebens, Leipzig 1930
- Bley, Wulf (Hrsg.): Revolutionen in der Weltgeschichte, München 1933
- Blos, Wilhelm: Von der Monarchie zum Volksstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland, insbesondere in Württemberg, 2 Bde., Stuttgart 1922/23
- Bochow, Martin: Männer unter dem Stahlhelm. Vom Werden, Wollen und Wirken des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Stuttgart usw. 1933
- Bock, Wilhelm: Stand und Bedeutung der Handwerkerbündebewegung, Diss. rer. pol. Marburg 1932
- Böttcher, Helmut: Kapp-Lüttwitz-Putsch. Generalstreik und Bürgerkrieg. Die Wahrheit über die Freigänge in Halle (Saale) und Mitteldeutschland, 3. Aufl. Leipzig 1920
- Boetticher, Paul: Der Bund der Landwirte 1918–1920. Ein Schlußkapitel, Berlin 1925
- Bouhler, Philipp: Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, Berlin 1942
- Brammer, Karl: Das Gesicht der Reaktion, Berlin 1919
- ders.: Das politische Ergebnis des Rathenau-Prozesses. Auf Grund des amtlichen Stenogramms bearbeitet, Berlin 1922
- ders.: Verfassungsgrundlagen und Hochverrat. Beiträge zur Geschichte des neuen Deutschlands. Nach stenographischen Verhandlungsberichten und amtlichen Urkunden des Jagow-Prozesses, Berlin 1922
- Brand, Arthur: Das Beamtenrecht. Die Rechtsverhältnisse der preußischen Staats- und Kommunalbeamten, 2. Aufl. Berlin 1926

- Brandt, Rolf: So sieht die Weltgeschichte aus. Aufzeichnungen eines Zuschauers, Hamburg 1926
- Brauer, Erwin: Der Ruhraufstand von 1920, Berlin 1930
- Braun, Otto: Von Weimar zu Hitler, New York 1940
- Brentano, Lujo: Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung in Europa, Jena 1931
- Brieger, Lothar/Steiner, Hanns (Hrsg.): Zirkus Berlin. Bilder Berliner Lebens, Berlin 1919
- Bubendey, Hanns: Die Leibgarde des Senats oder: Die mißbrauchte Einwohnerwehr, Hamburg 1920
- Buchner, Eberhard: Revolutionsdokumente. Bd. 1: Im Zeichen der roten Fahne, Berlin 1921
- Buchner, Ernst: 1914–1918. Wie es damals daheim war. Das Kriegstagebuch eines Knaben, Nürnberg 1930
- Buchrucker, Bruno Ernst: Im Schatten Seeckts. Die Geschichte der »Schwarzen Reichswehr«, Berlin 1928
- Bülow, Bernhard Fürst von: Denkwürdigkeiten. Bd. 3: Weltkrieg und Zusammenbruch, Berlin 1931
- Bürger, Curt: Die Agrardemagogie in Deutschland, Berlin 1911
- Bürger und Staat. Bericht über die 4. Hauptversammlung des Reichsbürgerrats in Bremen (5.–11. 6. 1922), Berlin 1922
- Bürgerausschuß Bremen, Ein Tätigkeitsbericht. November 1918–November 1919, Bremen 1920
- Bürgerliche Arbeit. 2. Jahresbericht des Bezirksbürgerrates Leipzig-Land, Leipzig 1921
- Die Bürgerratsbewegung und ihre Tätigkeit. Zum 2. Reichsbürgertag, Leipzig, am 2.–4. 7. 1920, vom Bezirks-Bürgerrat Leipzig-Land, Leipzig 1920
- Bumm, F. (Hrsg.): Deutschlands Gesundheitsverhältnisse unter dem Einfluß des Weltkrieges, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1928
- Busching, Paul: Die Revolution in Bayern, in: Süddeutsche Monatshefte 16 (1919), S. 217–234
- Caro, Kurt/Oehme, Walter: Schleichers Aufstieg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Gegenrevolution, Berlin 1933
- Carossa, Hans: Führung und Geleit. Ein Lebensgedenkbuch, Leipzig 1933
- Caspari, Walter: Die Befreiung Bremens von der spartakistischen Willkürherrschaft am 4. Februar 1919, Bremen 1938
- Cohen, Arthur/Simon, Edmund: Geschichte der Handelskammer München seit ihrer Gründung, München 1926
- Cordes, H.: Gründung und Entwicklung der Raiffeisengenossenschaften und des Kurhessischen Landbundes im Reg.-Bez. Kassel, Diss. rer. nat. Göttingen 1928
- Crasemann, Ferdinand: Freikorps Maercker. Erlebnisse und Erfahrungen eines Freikorpsoffiziers seit der Revolution, Hamburg 1919
- Crone-Münzebrock, August (Hrsg.): Die Organisation des Deutschen Bauernstandes, Berlin 1920
- Dähnhardt, Heinz: Die Bahrenfelder. Geschichte des Zeitfreiwilligenkorps Groß-Hamburg in den Jahren 1919/20, Hamburg 1925
- Delius, Karl: Die Stellung der Beamtenschaft im neuen Staat, Berlin 1922
- Die Detaillistenkammer Hamburg 1904–1929. Hamburg 1929
- Der Deutsche Bauerntag in Rendsburg 1921. Rendsburg 1922

- Der Deutsche Einzelhandel in Staat und Wirtschaft. Ein Bericht über die erste Tagung des Deutschen Einzelhandels in Düsseldorf vom 3.–6. 8. 1926, Düsseldorf 1926
- Das Deutsche Reich in gesundheitlicher und demographischer Beziehung. Hrsg. vom Kaiserlichen Gesundheitsamte und vom Kaiserlichen Statistischen Amte, Berlin 1907
- Deutsche Soldaten. Vom Frontheer und Freikorps über die Reichswehr zur neuen Wehrmacht. Hrsg. von Hans Roden, Leipzig 1935
- Die deutschen Eisenbahnen 1910–1920. Hrsg. vom Reichsverkehrsministerium, Berlin 1923
- Deutscher Bauarbeiterverband. Niederschrift über die Verhandlungen des 3. ordentlichen Verbandstages. Abgeh. in Karlsruhe vom 8.–14. 5. 1920, Hamburg 1920
- Deutscher Beamtenbund: Bericht über die Hauptversammlung und die Verhandlungen des 1. Vertretertages, 11.–13. 5. 1919 in Berlin, Berlin 1919
- ders.: Bericht über die Verhandlungen auf dem außerordentlichen Vertretertag 26.–28. 5. 1920, Berlin 1920
- Deutscher Eisenbahner-Verband: Protokoll der Verhandlungen der 1. Generalversammlung, abgeh. in Jena vom 25.–31. 5. 1919, Berlin 1919
- Deutscher Reaktions-Almanach für das Jahr 1920. Des Deutschen Revolutions-Almanachs 2. Band, Hamburg 1920
- Deutscher Revolutions-Almanach für das Jahr 1919 über die Ereignisse des Jahres 1918, Hamburg/Berlin 1919
- Die Deutschnationale Volkspartei und der Militärputsch vom 13. März 1920, Berlin 1920
- Diederichs, Otto: Die staatspolitische und staatsrechtliche Entwicklung des Landes Braunschweig nach der Revolution von 1918, Braunschweig 1930
- Draeger, Hans (Hrsg.): Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände 1921–1931, Berlin 1931
- Drüner, Hans: Im Schatten des Weltkrieges. 10 Jahre Frankfurter Geschichte von 1914–1924, Frankfurt 1934
- Düsseldorf im Wandel deutscher Geschichte, Bd. 2: 1914–1933, Düsseldorf 1936
- Ebbinghaus, Christof von: Die Memoiren des Generals von Ebbinghaus, Stuttgart 1928
- Ebert, Friedrich: Schriften, Aufzeichnungen, Reden. 2 Bde., Dresden 1926
- Eckart, Waldemar: Das deutsche Beamtengesetz. Eine Einführung in die Grundgedanken des vom Rechtsausschuß des Deutschen Beamtenbundes aufgestellten Entwurfs, Berlin 1922
- Endres, Carl: Reichswehr und Demokratie. München/Leipzig 1919
- Die Entstehung der Deutschen Volkspartei. Hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle, Berlin 1919
- Epp, Franz Ritter von: Ein Leben für Deutschland, München 1940
- Errettung des Ruhrgebiets (1918–1920), Berlin 1943 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Bearb. und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Bd. 9)
- Everling, Friedrich: Organischer Aufbau des Dritten Reiches, München 1931
- Eyck, Erich: Des deutschen Bürgertumes Schicksalsstunde, Leipzig/Berlin 1919
- Faber, Werner: Coburg unterm Hakenkreuz. Nationalsozialistische Aufbauarbeit in Coburg, München 1932
- Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen, Löbau 1930

- Falkenberg, Albert: Die deutsche Beamtenbewegung nach der Revolution, Berlin 1920
- Felden, Emil: Eines Menschen Weg. Ein Fritz-Ebert-Roman, Bremen 1927
- Fischer, Anton: Die Revolutions-Kommandantur Berlin, o. O., o. J.
- Forstner, G. G. Frhr. von: Novemberspuk. Erlebnisse 1918 bis 1930, Berlin 1939
- Frank, Walter: Franz Ritter von Fpp. Der Weg eines deutschen Soldaten, Hamburg 1934
- Franke, Helmut: Staat im Staate. Aufzeichnungen eines Militaristen, Magdeburg 1924
- ders.: Wir brechen die Bahn, Leipzig 1926
- Freikorps Thüringen. Einwohnerwehr – Ordnungshilfe Erfurt. Entstehung, Entwicklung und Betätigung (insbes. beim Kapp-Putsch) zum Schutze der Stadt Erfurt und Thüringens von Januar 1919 bis April 1920, Erfurt 1935
- Freksa, Friedrich (Hrsg.): Kapitän Ehrhardt. Abenteuer und Schicksale, Berlin 1924
- Friters, Alfred: Räte, Selbstorganisation und Reichsverfassung. Der Versuch einer Lösung des Räteproblems, Berlin 1919
- Frölich, Paul (= Paul Werner): Die Bayerische Räterepublik. Tatsachen und Kritik, 2. Aufl. Leipzig 1920 (Reprint Frankfurt 1971)
- ders.: Wider den weißen Mord, Berlin/Leipzig 1922
- 25 Jahre wirtschaftspolitischen Kampfes. Geschichtliche Darstellung des Bundes der Landwirte. Zum 18. Februar 1918, Berlin 1918
- Funke-Kaiser, Karl: Die Entwicklung der Berufsvertretung und der ständische Aufbau der deutschen Landwirtschaft, Diss. phil. Leipzig 1936
- Gabriel, Arthur: Die staatliche Organisation des deutschen Ärztestandes, Berlin 1919
- Gäckle, Eugen/Blezinger, Hans: Die Familie Blezinger. Biographisches und Geschichtliches aus drei Jahrhunderten, Uhingen 1922
- Gärtner, Georg: Mit uns zieht die neue Zeit. Geschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zum Jahr 1928, Nürnberg 1928
- Galera, Karl Siegm. Baron von: Das junge Deutschland und das Dritte Reich, Leipzig 1932
- Gayl, Wilhelm Frhr. von: Ostpreußen unter fremden Flaggen. Ein Erinnerungsbuch an die ostpreußische Volksabstimmung vom 11. Juli 1920, Königsberg 1940
- Gedenkschrift des Nationalverbandes Deutscher Offiziere e. V. zum zehnjährigen Bestehen. 16. Dezember 1918 – 16. Dezember 1928, Berlin 1928
- Gengler, Ludwig Franz: Die deutschen Monarchisten 1919–1925, Diss. phil. Erlangen 1932
- Gerlach, Helmut von: Meine Erlebnisse in der preußischen Verwaltung, Berlin 1919
- ders.: Erlebnisse eines Junkers, Berlin 1925
- ders.: Von rechts nach links, Zürich 1937
- Gerlich, Fritz: Der Wert der bürgerlichen Arbeit. Vortrag, gehalten auf der Landestagung der bayerischen Bürgerräte am 8. 2. 1920, München 1920
- Gerstl, Max: Die Münchener Räterepublik, München 1919
- Die Geschichte des deutschen Unteroffiziers. Hrsg. vom Reichsbund ehemaliger Berufssoldaten, Berlin 1939
- Das Gesundheitswesen des Preussischen Staates in den Jahren 1914/18, Berlin 1921
- Goebbels, Josef: Kampf um Berlin. Der Anfang, 5. Aufl. München 1934
- ders.: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern (1. 1. 1932–1. 3. 1933), München 1934
- Goetz, Walter: Deutsche Demokratie, Leipzig 1919

- Gottberg, Gerhard von (Hrsg.): Zeitfreiwilligen-Regiment Pommern, Stettin 1938
- Grohmann, Will: Zehn Jahre Novembergruppe, in: *Kunst der Zeit* 3 (1928), S. 1–9
- Großmann, Stefan: Ich war begeistert. Eine Lebensgeschichte, Berlin 1930
- Grotjahn, Alfred: Erlebtes und Erstrebtes. Erinnerungen eines sozialistischen Arztes, Berlin 1932
- Grünfeld, Heinrich: Der Einzelhandel, Berlin 1922
- Grumbach, S.: Das annexionistische Deutschland, Lausanne 1917
- Grzesinski, Albert: La Tragi-Comédie de la République Allemande. Souvenirs, Paris 1934
- Gumbel, Emil J.: Zwei Jahre Mord, 4. Aufl. Berlin 1921
- ders.: Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1923
- ders.: Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918, Berlin 1924
- ders.: Verräter verfallen der Feme. Opfer – Mörder – Richter, Berlin 1929
- Gumpert, Martin: Hölle im Paradies. Selbstdarstellung eines Arztes, Stockholm 1939
- Gustav, Moritz: Programm für eine bürgerliche Gegenrevolution, Leipzig 1919
- Hahn, Paul: Erinnerungen aus der Revolution in Württemberg. »Der Rote Hahn, eine Revolutionserscheinung«, Stuttgart 1922
- Halle, Felix: Deutsche Sondergerichtsbarkeit 1918–1921, Berlin 1922
- Handbuch der Politik, 6 Bde., 3. Aufl. Berlin 1921/22
- Handbuch wirtschaftlicher Vereine und Verbände des Deutschen Reiches. Hrsg. vom Hansa-Bund, 2. Aufl. Berlin/Leipzig 1919, 3. Aufl. 1928
- Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl. Jena 1921 ff.
- Harnack, Adolf von: Erforschtes und Erlebtes, Gießen 1924
- Hasselbach, Ulrich von: Die Entstehung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Breslau 1932
- Hauptmann, Carl: Leben mit Freunden. Gesammelte Briefe, Leipzig 1928
- Hausenstein, Wilhelm: Zeiten und Bilder. Gesammelte Aufsätze, München 1920
- Hegelmaier, Leopold: Beamter und Soldat 1884–1936. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1937
- Heimsoth, Leutnant a. D.: Freikorps greift an. Militärpolitische Geschichte und Kritik der Angriffs-Unternehmen in Oberschlesien 1921, Berlin 1930
- Heinz, August: Die Revolution in Lahr, Lahr 1919
- Heinz, Friedrich Wilhelm: Sprengstoff, Berlin 1930
- ders.: Die Nation greift an. Geschichte und Kritik des soldatischen Nationalismus, Berlin 1933
- Heller, Karl: Der Bund der Landwirte bzw. Landbund und seine Politik, mit bes. Berücks. der fränkischen Verhältnisse, Diss. phil. Würzburg 1936
- Hentig, Hans von: Aufsätze zur deutschen Revolution, Berlin 1919
- Herrfahrdt, Heinrich: Die Einigung der Berufsstände als Grundlage des neuen Staates, Bonn 1919
- ders.: Das Problem der berufsständischen Vertretung von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, Stuttgart/Berlin 1921
- Herrmanns, Will: Stadt in Ketten. Geschichte der Besatzungs- und Separatistenzeit 1918–1929 in und um Aachen, Aachen 1933
- Hesterberg, Ernst: Alle Macht den A.- und S.-Räten. Kampf um Schlesien, Breslau 1932
- Heuss, Theodor: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart/Berlin 1937

- Hirschfeld, Magnus: Verstaatlichung des Gesundheitswesens, Berlin 1919 (Flugschriften des Bundes Neues Vaterland, Nr. 10)
- Hochdorf, Max: Die deutsche Bühnengenossenschaft. 50 Jahre Geschichte, Potsdam 1921
- Höfer, Karl: Oberschlesien in der Aufstandszeit 1918–1921. Erinnerungen und Dokumente, Berlin 1938
- Hoff, Wilhelm: 25 Jahre Eisenbahn-Verwaltungsordnung. Eisenbahnpolitische Rückblicke und Ausblicke, Berlin 1920
- ders.: Die deutschen, insbesondere die preußischen Eisenbahnen in verfassungsloser Zeit, in: Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen, Jg. 1925, S. 299–305
- ders.: Erinnerungen aus Leben und Arbeit, Berlin 1931
- Hoffmann, Wilhelm (Hrsg.): Die deutschen Ärzte im Weltkriege. Ihre Leistungen und Erfahrungen, Berlin 1920
- Hofmiller, Josef: Revolutionstagebuch 1918/19. Aus den Tagen der Münchner Revolution, Leipzig 1938
- Holtischer, Arthur: Mein Leben in dieser Zeit, 1907–1925. Der »Lebensgeschichte eines Rebellen« zweiter Band, Potsdam 1928
- Holtz, Friedrich Carl/Prehn-Dewitz, Hanns: Die hamburgische Revolution, Hamburg 1919
- Hotzel, Curt (Hrsg.): Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs, Stuttgart 1934
- Hundhammer, Alois: Geschichte des Bayerischen Bauernbundes, München 1924
- Hussong, Friedrich: »Kurfürstendamm«. Zur Kulturgeschichte des Zwischenreiches, Berlin o. J. (ca. 1933)
- Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929
- Der Ingenieur in der Verwaltung, Berlin 1919
- JA! Stimmen des Arbeitsrates für Kunst in Berlin, Charlottenburg 1919
- Ein Jahr Bayerische Revolution im Bilde, 2. Aufl. München 1920
- Jünger, Ernst (Hrsg.): Krieg und Krieger, Berlin 1930
- Kaerber, Ernst: Berlin im Weltkriege. Fünf Jahre städtische Kriegsarbeit, Berlin 1921
- Die Kämpfe in Südwestdeutschland 1919–1923, Berlin 1939 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Im Auftrag des Oberkommandos des Heeres hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Bd. 5)
- Kässner, Paul: Zur Geschichte der Decksoffiziersbewegung, des Decksoffiziersbundes und des Bundes der Deckoffiziere, Altona 1932
- Der Kampf um Bremen im Februar 1919. Ein Erinnerungsblatt, zusammengestellt aus den täglichen Berichten der Weser-Zeitung und des Bremer Tageblattes, Bremen 1919
- Kanzler, Rudolf: Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren, München 1931
- Der Kapp-Putsch in Wilhelmshaven. Dargestellt nach dem Aktenmaterial der Nordseestation, Rüstringen 1920
- Karl, Josef: Die Schreckensherrschaft in München und Spartakus im bayerischen Oberland. Tagebuchblätter und Ereignisse aus der Zeit der »bayerischen Räterepublik« und der Münchner Kommune im Frühjahr 1919, München 1919
- Kehr, Eckart: Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894–1901. Versuch eines Quer-

- schnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus, Berlin 1930 (Reprint 1975)
- Kersten, Wilhelm Georg: Die freien wirtschaftspolitischen Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Unter bes. Berücks. des Reichslandbundes. Diss. phil. Berlin 1925 (Masch.)
- Kessel, Hans von: Handgranaten und rote Fahnen. Ein Tatsachenbericht aus dem Kampf gegen das rote Berlin 1918–1920, Berlin 1933
- Kiepert, Max: Die Arbeit des Landrats. Von der Kriegs- und Revolutionszeit über Kapp-Putsch, Inflation und Wirtschaftskrise zu Adolf Hitler, Berlin 1935
- Killingier, Manfred von: Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, 4. Aufl. München 1931
- Kiß, Paul: Die Revolutions- und Putschtage im ehemaligen Fürstentum Reuß ältere Linie 1918–1920, Greiz 1928
- Kittel, Rudolf: Die Universität Leipzig im Jahr der Revolution 1918/19. Rektorats-erinnerungen, Stuttgart/Leipzig 1930
- Kliche, Josef: Vier Monate Revolution in Wilhelmshaven, Rüstringen 1919
- Knelle, Rudolf: Der Streik der Bürger. Selbsthilfe gegen die Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens, Hamburg/Berlin 1919
- Knic, Max: 15 Jahre Lübecker Zeitgeschichte. Von der Revolte bis zur nationalen Erhebung, Lübeck o. J. (1933)
- Köhler, Ludwig von: Zur Geschichte der Revolution in Württemberg. Ein Bericht, Stuttgart 1930
- Koenigswald, Harald von: Revolution 1918, Breslau 1933
- Krieger, H.: Aus Münchens dunklen Tagen. Zusammenbruch der Räterepublik, Vlotho 1919
- Kriegk, Otto: Wege zur Ordnung. Gedanken zur bürgerlichen Bewegung, Berlin 1921
- ders.: Hugenberg, Leipzig 1932
- Krüger, Johann: Bilder aus der Geschichte Bremens, 2. Aufl. Bremen 1926
- Kuhlo, Alfred: Jubiläumsdenkschrift des Bayerischen Industriellen-Verbandes e. V., 1902–1927, München 1927
- Kukuk, Hans-Georg: Kampf um die Heimatstadt, in: Das Tor. Düsseldorf Hei-matblätter 3 (1934), S. 30ff., 49ff., 67ff., 89ff., 169ff.
- Kulemann, W.: Der Gewerkschaftsgedanke in der Beamtenbewegung, Berlin 1919
- Lamp'1, Walther: Die Revolution in Groß-Hamburg, Hamburg 1921
- Gustav Landauer. Sein Lebensgang in Briefen. Hrsg. von Martin Buber, 2. Bde., Frankfurt 1929
- Der Landbundgedanke. Zur Organisation des Landvolks. Hrsg. vom Deutschen Landbund, Berlin 1919
- Laufenberg, Heinrich: Die Hamburger Revolution, Hamburg 1919
- ders.: Die Räteidee in der Praxis des Hamburger Arbeiterrates, in: Archiv für Sozial-wissenschaft und Sozialpolitik 45 (1918/19), S. 591–628
- Der Ledebour-Prozess. Gesamtdarstellung auf Grund des amtlichen Stenogramms, Berlin 1919
- Leipziger Bürger-Ausschuß: Ein Tätigkeitsbericht, November 1918/November 1919, Leipzig 1919
- Leopoldt, Adolf: Rote Chronik der Kreise Zeitz, Weißenfels, Naumburg, Zeitz 1931
- Leverkuehn, Paul: Posten auf ewiger Wache. Aus dem abenteuerreichen Leben des Max von Scheubner-Richter, Essen 1938



- Lienau, Otto: Die Geschichte der Studentenkompanie auf dem Hagelsberg zu Danzig, Danzig 1929
- Lippert, Wolfgang: Geschichte der Einwohnerwehr Fürth i. B. 1919/1921, Fürth 1921
- ders.: Geschichte der Räte-Republik Fürth i. B. 1919, Fürth 1921
- Litzmann, Karl: Lebenserinnerungen, Bd. 2, Berlin 1928
- Loebell, Friedrich-Wilhelm von (Hrsg.): Hindenburg. Was er uns Deutschen ist. Eine Festgabe zum 80. Geburtstag, Berlin 1927
- Lohse, Hermann: Das Koalitionsrecht der deutschen Eisenbahnbediensteten, Diss. phil. Berlin 1924 (Masch.)
- Loops, Ernst: Geschichte der Danziger Arbeiterbewegung, Danzig 1929
- Ludwig, Emil: An die Laterne! Bilder aus der Revolution, Charlottenburg 1919
- Lüttwitz, Walter Freiherr von: Im Kampf gegen die Novemberrevolution, Berlin 1934
- Maercker, Ludwig R. G.: Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution, Leipzig 1921
- Mann, Rudolf: Mit Ehrhardt durch Deutschland. Erinnerungen eines Mitkämpfers von der 2. Marinebrigade, Berlin 1921
- Martens, Kurt: Schonungslose Lebenschronik. Teil 2: 1901–1923, Wien/Berlin 1924
- Marx, Heinrich (Hrsg.): Handbuch der Revolution in Deutschland 1918–1919, Bd. 1: Vorabend/9.–15. November, Berlin 1919
- Marx, Salomon: Das organische Staatsprinzip, Jena 1919
- Mattes, Wilhelm: Die bayerischen Bauernräte. Eine soziologische und historische Untersuchung über bäuerliche Politik, Stuttgart 1921
- Meinecke, Friedrich: Nach der Revolution, München/Berlin 1919
- Mertens, Carl: Verschwörer und Fememörder, Charlottenburg 1926
- Meyer-Absberg, Rudolf: Ziele und Wege der Bürgerrats-Bewegung, München 1920
- Michaelis, Georg: Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte, Berlin 1922
- Mielenz, Willi: Liegnitz in den Tagen der Revolution. Eine geschichtliche Zusammenfassung der Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats, Liegnitz 1919
- Möckel, Karl: Das deutsche Bürgertum und die Revolution, Leipzig 1919
- Möllers, Bernhard (Hrsg.): Gesundheitswesen und Wohlfahrtspflege im Deutschen Reiche, Berlin/Wien 1923
- Müffelmann, Leo: Die moderne Mittelstandsbewegung, Berlin 1913
- Mühsam, Erich: Sammlung 1898–1928, Berlin 1928
- Müller, Hermann: Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928
- Müller, Paul/Breves, Wilhelm: Bremen in der deutschen Revolution vom November 1918 bis zum März 1919, Bremen 1919
- Müller-Brandenburg, Hermann: Offizier und Republik. Schlaglichter auf die Revolution, Berlin 1919
- Müller-Meinigen, Ernst: Aus Bayerns schwersten Tagen. Erinnerungen und Betrachtungen aus der Revolutionszeit, Berlin 1923
- Der nationale Wille. Werden und Wirken der DNVP 1918–1928. Hrsg. von Max Weiß, Essen 1928
- Neckarsulmer, Ernst: Der alte und der neue Reichtum, Berlin 1925
- Neumann, Paul: Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats. Tätigkeitsbericht erstattet im Auftrage der Exekutive des Arbeiterrats Groß-Hamburg, Hamburg 1919

- Niemann, Alfred: Revolution von oben – Umsturz von unten. Entwicklung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914–1918, Berlin 1928
- Niemöller, Martin: Vom U-Boot zur Kanzel, Berlin 1934
- Noack, Victor: Kunst und Brot, Berlin 1922
- Noske, Gustav: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920
- Oeftering, Wilhelm Engelbert: Der Umsturz 1918 in Baden, Konstanz 1920
- Oehler, Adalbert: Düsseldorf im Weltkrieg. Schicksal und Arbeit einer deutschen Großstadt, Düsseldorf 1927
- Oehme, Walter/Caro, Kurt: Kommt »Das Dritte Reich«? Berlin 1930
- Oertzen, Friedrich Wilhelm von: Die deutschen Freikorps 1918–1923, München 1936
- Okraß, Hermann: »Hamburg bleibt rot«. Das Ende einer Parole, Hamburg 1934
- Oldenburg-Januschau, Elard von: Erinnerungen, Leipzig 1936
- Oppeln-Bronikowski, Friedrich von: Reichsrat und berufsständischer Gedanke, Berlin 1920
- Otto, Rudolf: Die Organisation des Heeres in der Übergangszeit, Diss. iur. Greifswald 1921
- Pabst, Waldemar: Das Kapp-Unternehmen, in: Wulf Bley (Hrsg.): Revolutionen in der Weltgeschichte, München 1933, S. 827–838
- Pfeiffer, Maximilian (Hrsg.): Kampf um die heiligsten Güter! Stimmen katholischer und evangelischer Kirchenbehörden, Berlin 1919 (Flugschriften der Deutschen Zentrumsparlei, Nr. 5)
- Philippson, Heinrich: Die Entwicklungsgeschichte der Stadt Schleswig vom Jahre 1870 bis auf die Gegenwart, Schleswig 1927
- Pistorius, Theodor von: Die letzten Tage des Königreichs Württemberg. Mit Lebenserinnerungen und Lebensbekenntnissen, Stuttgart 1935
- Pitrof, Ritter von: Gegen Spartakus in München und im Allgäu. Erinnerungsblätter des Freikorps Schwaben, München 1937
- Plaut, Theodor: Der Gewerkschaftskampf der deutschen Ärzte, Karlsruhe 1913
- Pölnitz, Götz von: Emir. Das tapfere Leben des Freiherrn Marschall von Bieberstein, München 1938
- Posse, Ernst H.: Die politischen Kampfbünde Deutschlands, Berlin 1930
- Preiß, Hans: Die Anfänge der völkischen Bewegung in Franken, Diss. phil. Erlangen 1937
- Das Preußische Medizinal- und Gesundheitswesen in den Jahren 1883–1908. Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens des Preußischen Medizinal-Beamten-Vereins, Berlin 1908
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Weimar vom 10.–15. Juni 1919, Berlin 1919
- Protokolle der Vertreterversammlungen der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen im April 1919, Berlin 1919
- Rabenau, Friedrich von: Seeckt. Aus seinem Leben. 1918–1936, Leipzig 1940
- Raphael, Gaston: Hugo Stinnes. Der Mensch, sein Werk, sein Wirken, Berlin 1925
- Rathenau, Walther: Nach der Flut, Berlin 1919
- ders.: Gesammelte Schriften, Berlin 1924
- ders.: Briefe, 2 Bde., Dresden 1926
- ders.: Politische Briefe, Dresden 1929

- Recken, Wilhelm/Krafft, Julius W. (Hrsg.): Hamburg unterm Hakenkreuz. Eine Chronik der nationalen Erhebung in der Nordmark 1919–33, Hamburg 1933
- Reich, Albert/Achenbach, O. R.: Vom 9. November 1918 zum 9. November 1923. Die Entstehung der deutschen Freiheitsbewegung, München 1933
- Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung, Berlin o. J.
- Der Reichsbürgerrat 1920–1921, Berlin 1921
- Der Reichsbürgerrat 1921–1922, Berlin 1922
- Der Reichsbürgerrat und sein Arbeitsprogramm, 2. Aufl. Berlin 1927
- Reichslandbund: Organisationshandbuch, Berlin 1929
- Reichs-Landbund-ABC. Handbuch für Wahlen und Versammlungen, Berlin 1924
- Reinhard, Oberst a. D.: 1918–19. Die Wehen der Republik, Berlin 1933
- Reismann, Otto: Der Bayerische Industriellen-Verband, seine Entwicklung und Wirtschaftspolitik, Diss. rer. pol. Erlangen 1924 (Masch.)
- Remmele, Adam: Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden. Ein Beitrag zur politischen Geschichte Badens 1914–24, Karlsruhe 1925
- Die Remscheider Märzkämpfe im Jahre 1920. Ein Kapitel aus dem Kriege nach dem Kriege. Dargestellt vom Zeitfreiwilligen-Korps Remscheid e. V., Remscheid 1934
- Richtlinien für die Einrichtung von Beamtenräten, aufgestellt vom Unterausschuß für Beamtenfragen der Gesellschaft für Soziale Reform, Jena 1919
- Rilke, Rainer Maria: Briefe aus den Jahren 1914 bis 1921, Leipzig 1937
- Rittelmeyer, Friedrich: Aus meinem Leben, Stuttgart 1937
- Roegels, Fritz Carl: Der Marsch auf Berlin, Berlin 1932
- Röhm, Ernst: Die Memoiren des Stabschefs Röhm, Saarbrücken 1934
- Rose, A. W.: Der 4. Februar 1919. Bremens Befreiung. Ein Grundstein der Errettung Deutschlands, Bremen 1934
- ders.: Bremen. Die Entscheidung in der Revolte 1918/19. Eine Widerlegung des Märchens vom »roten Bremen«, Bremen 1938
- Roselius, Ludwig: Briefe, Bremen 1919
- Rosen, Erwin: Orgesch, Berlin 1921
- Rosten, Curt: Geschichte der nationalsozialistischen Revolution, Berlin 1933
- Salomon, Ernst von: Die Geächteten, Gütersloh 1930
- ders.: Der verlorene Haufe, in: Jünger (1930), S. 101–126
- ders.: Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938
- Sarter, Adolf: Die deutschen Eisenbahnen im Kriege, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1930
- Schäfer, Heinrich: Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten, Bonn 1919
- Scharwenka, Xaver: Klänge aus meinem Leben. Erinnerungen eines Musikers, Leipzig 1922
- Scheidemann, Philipp: Der Zusammenbruch, Berlin 1921
- Scheidung, Ernst: Das erste Jahr der deutschen Revolution, Leipzig 1920
- Scherf, Kurt Ritter von: Die Entwicklung der Beamtenbewegung und ihre Interessenvertretung, Diss. iur. Greifswald 1921
- Schickele, René: Der neunte November, Berlin 1919
- Schiemann, Paul: Massenelend. Russische Erfahrungen und deutsche Besorgnisse. Hrsg. und verlegt vom Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus, Berlin 1919
- Schmidt, Fritz: Geschichte des II. Bataillons des 21. Infanterie-Regiments in Nürnberg vom Ende des Weltkrieges bis zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Nürnberg 1935
- Schmidt-Pauli, Edgar von: Geschichte der Freikorps 1918–1924, 2. Aufl. Stuttgart 1936

- ders.: General v. Seeckt. Lebensbild eines deutschen Soldaten, Berlin 1937
- Schmitt, Franz August: Die neue Zeit in Bayern, München 1919
- Schneider, Karl: Über die Vorgeschichte des Kampfes um Bremen. Notizen aus dem Tagebuch, in: Kameradschaftsbund der 75er, Bremen, 9. Jg. Nr. 2 (Februar 1934), S. 19–21
- Schnellbacher, Friedrich: Hanau in der Revolution vom 7. 11. 1918 bis 7. 11. 1919, Hanau o. J.
- Schneller, Max: Die Organisation und Selbstdisziplin der Advokaten in Frankreich und Deutschland und ihre wesensverwandten Elemente im schweizerischen Anwaltsrecht, Diss. iur. Zürich 1936
- Schoenaich, Paul Freiherr von: Mein Damaskus. Erlebnisse und Bekenntnisse, Berlin 1926
- Schofer, Josef: Mit der alten Fahne in die neue Zeit. Politische Plaudereien aus dem »Musterländle«, Freiburg 1926
- Schricker, Rudolf: Rotmord über München, Berlin o. J.
- Schröder, Carl August: Aus Hamburgs Blütezeit. Lebenserinnerungen, Hamburg 1921
- Schroeder, John Ulrich: Im Morgenlichte der deutschen Revolution. November-Erlebnisse an der Niederelbe, Hamburg 1921
- Schulte, Eduard: Münstersche Chronik zu Novemberrevolte und Separatismus 1918, Münster 1936
- ders.: Münstersche Chronik zu Spartakismus und Separatismus Anfang 1919, Münster 1939
- Schultze-Pfälzer, G.: Wie Hindenburg Reichspräsident wurde. Persönliche Eindrücke aus seiner Umgebung vor und nach der Wahl, Berlin 1925
- Schulz-Luckau: Soldatentum und Kameradschaft. Anderthalb Jahrhunderte Deutscher Reichskriegerbund, Berlin 1936
- Schumacher, Fritz: Stufen des Lebens. Erinnerungen eines Baumeisters, Stuttgart/Berlin 1935
- Schwede, Franz: Kampf um Coburg, München 1939
- Schweitzer, Willy: Die Beamtenorganisationen in Deutschland und ihre Stellungnahme zu der Beamtenfrage, Diss. iur. Würzburg, Freising 1928
- Schweyer, Franz: Politische Geheimverbände. Blicke in die Vergangenheit und Gegenwart des Geheimbundwesens, Freiburg 1925
- Sebottendorf, Rudolf von: Bevor Hitler kam. Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung, 2. Aufl. München 1934
- Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland. Hrsg. vom Stahlhelm, Landesverband Halle-Merseburg, Halle o. J.
- Selchow, Bogislav von: Hundert Tage aus meinem Leben, Leipzig 1936
- Siegert, Max: Aus Münchens schwerster Zeit. Erinnerungen aus dem Münchener Hauptbahnhof während der Revolutions- und Rätezeit, München/Regensburg 1928
- Simon, Paul: Lohnarbeiter, Lohnwesen, Nominal- und Reallöhne im Bereiche der Preußisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung, Diss. rer. pol. Würzburg 1920 (Masch.)
- Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats in Bremen, Bremen 1919
- Sollmann, Wilhelm: Die Revolution in Köln, Köln 1918
- Spethmann, Hans: 12 Jahre Ruhrbergbau, 2 Bde., Berlin 1928
- ders.: Die Rote Armee an Ruhr und Rhein. Aus den Kapp-Tagen 1920, 5. Aufl. Berlin 1930
- Spiro, Heinrich: Schicksal und Anteil. Ein Lebensweg in deutscher Wendezeit, Berlin 1929

- Spitzel. Aus dem Sumpf der politischen Polizei, Berlin 1922
- Stachow, Markus: Die Vorgänge während des Kapp-Putsches in Braunschweig, Braunschweig 1930
- Stadtler, Eduard: Der Bolschewismus und seine Überwindung. Hrsg. vom Generalsekretariat zum Studium des Bolschewismus, Berlin 1919
- ders.: Bolschewismus und Wirtschaftsleben, Berlin 1919
- ders.: Der kommende Krieg, Berlin 1919
- ders.: Ist Spartakus besiegt? Der Bolschewismus als Weltgefahr, Berlin 1919
- ders.: Weltkrieg, Welttragödie und Weltbolschewismus, Berlin 1919
- ders.: Die Revolution und das alte Parteiwesen, Berlin 1919
- ders.: Die Revolutionsgefahr 1921, Berlin 1921
- ders.: Soldat und Politiker, Berlin 1926
- ders.: Als politischer Soldat 1914–1918, Düsseldorf 1935
- ders.: Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf 1935
- Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder aus den Jahren 1918–1933, 2 Bde., Berlin 1933
- Stahlhelm-Handbuch. Im Auftrage des Bundesamts hrsg. von Heinrich Hildebrandt und Walter Kettner, 4. Aufl. Berlin 1931
- Stein, Ludwig: Aus dem Leben eines Optimisten, Berlin 1930
- Steinitzer, Erwin: Bürgertum und Revolution. Berlin 1919
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Kongresses der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Vom 25. 2. bis 8. 3. 1919 in München, München 1919 (Reprint Glashütten 1974)
- Stresemann, Gustav: Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles. Reden und Aufsätze, Berlin 1919
- ders.: Reden und Schriften. Politik, Geschichte, Literatur 1897–1926, 2 Bde., Dresden 1926
- ders.: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, Berlin 1932
- Täger, Herbert: Die Entwicklung des Berliner Krankenkassenwesens unter bes. Berücks. der Kriegs- und Nachkriegszeit einschließlich des Ärztestreiks 1923/24. Staatswiss. Diss. Erlangen 1925 (Masch.)
- Teutonicus (= Hermann Schroff): Braunschweig unter der Herrschaft der roten Fahne. Meinungen, Stimmungen und Tatsachen, Braunschweig 1919
- Thedieck, Hans: Vereinigung deutscher Bauernvereine und Reichslandbund. Ein Beitrag zur Organisation der Landwirtschaft, Diss. rer. pol. Köln 1923 (Masch.)
- Tirpitz, Alfred von: Erinnerungen, Leipzig 1919
- Toller, Ernst: Deutsche Revolution. Rede, gehalten vor Berliner Arbeitern am 8. 11. 1925, Berlin 1925
- ders.: Quer durch. Reisebilder und Reden, Berlin 1930
- Topf, Erwin: Die grüne Front. Der Kampf um den deutschen Acker, Berlin 1933
- Troeltsch, Ernst: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918–1922. Zusammengestellt und hrsg. von H. Baron, Tübingen 1924
- Die Verbände der Unternehmer, Angestellten, Arbeiter und Beamten im Jahre 1918. Bearb. im Reichsamt für Arbeitsvermittlung, Berlin 1920 (22. Sonderheft des Reichsarbeitsblattes)
- Verhandlungen des Provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/19, München 1919
- Verhandlungsbericht über die Ersttagung des Reichsbürgerrats im Preußischen Abgeordnetenhaus zu Berlin am 5. Januar 1919, Berlin 1919

- Verwaltungsbericht der Stadt Neukölln 1919–1920, Neukölln 1922  
 Verwaltungsbericht des Magistrats der Stadt Berlin-Schöneberg über das Jahr 1918, Berlin 1919  
 Verwaltungsbericht des Magistrats der Stadt Berlin-Schöneberg über das Jahr 1919, Berlin 1920  
 Volkmann, Erich Otto: Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930  
 Volz, Hans: Novemberumsturz und Versailles 1918–1919, 2 Bde., Berlin 1942
- Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe, Berlin 1919  
 Waltz, Heinrich: Die Lage der Orchestermusiker in Deutschland. Karlsruhe 1906  
 Wangenheim-Kleinspiegel, Conrad von: I. Lebensbild, II. Briefe und Reden, Berlin 1934  
 Wassermann, Jakob: Mein Weg als Deutscher und Jude, Berlin 1921  
 Weber, Marianne: Max Weber. Ein Lebensbild, Tübingen 1926  
 Weller, Karl: Die Staatsumwälzung in Württemberg 1918–1920, Stuttgart 1930  
 Wermuth, Adolf: Ein Beamtenleben. Erinnerungen, Berlin 1922  
 Wessel, Ludwig: Kriegsnot und Gottesnähe. Kriesspredigten aus dem 1. Weltkrieg, Berlin 1916  
 ders.: Von der Maas bis an die Memel, 2. Aufl. Bielefeld/Leipzig 1918  
 ders.: Werde deines Gottes froh! Predigttexte, 3. Aufl. Mülheim/Ruhr 1934  
 Westarp, Kuno Graf: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs, Bd. 2, Berlin 1933  
 Wiehe, Ernst: Bremens Umsturz und Erneuerung. Demokratische Gedanken zur politischen Lage, Bremen 1919  
 Winnig, August: 400 Tage Ostpreußen, Dresden 1928  
 ders.: Der weite Weg, Hamburg 1932  
 Winters, Fritz: Die deutsche Beamtenfrage, Berlin 1918  
 ders.: Zur Frage des Streikrechts der Beamten. Kritische Anmerkungen. Hrsg. vom Deutschen Beamtenbund, Berlin 1919  
 ders.: Abriß der Geschichte des Beamtentums. 2. Aufl. Mannheim/Berlin 1920  
 ders.: Der Deutsche Beamtenbund. Seine Entstehung und Entwicklung, Berlin 1931  
 Wir fordern die Sozialisierung der preußisch-hessischen Staatseisenbahn durch Einführung des Rätessystems! Hrsg. von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, Berlin 1919  
 Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920, Berlin 1940 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Bearb. und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Bd. 6)  
 Wirtschaftsrat Hamburg, Tätigkeitsbericht über das erste Jahr seines Bestehens, Hamburg 1919  
 Wolff, Theodor: Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, Amsterdam 1936
- Zahn-Harnack, Agnes von: Adolf von Harnack, Berlin 1936  
 Zechlin, Egmont: Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890–1894, Stuttgart 1929  
 Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig. Ein Gedenkbuch, von Mitkämpfern geschrieben, hrsg. von Curt Rackette und Hugo Hertel, Leipzig 1935  
 Zengen, Hans-Werner von: Das Vereinswesen im heutigen Deutschland. Ein Vademecum für Industrie-, Bank- und Handelskreise, Charlottenburg 1922  
 Zepler, Wally: Akademiker und Sozialdemokratie, Berlin 1919

- Ziegler, Karl: Geschichte der Stadt Vohwinckel, Vohwinckel 1929  
 Zimmermann, Immo: Richtlinien für die praktische Arbeit des Reichsbürgerrats, Landesverband Sachsen. Hrsg. vom Leipziger Bürgerausschuß, Leipzig 1919  
 Zipfel/Albrecht: Geschichte des Infanterie-Regiments Bremen (1. Hanseatisches) Nr. 75, Bremen 1934

#### 4. Nach 1945 erschienene Literatur

- Achinger, Hans: Richard Merton: Frankfurt 1970  
 Adjutant im preußischen Kriegsministerium Juni 1918 bis Oktober 1919. Aufzeichnungen des Hauptmanns Gustav Böhm. Im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. und bearb. von Heinz Hürten und Georg Meyer, Stuttgart 1977  
 Adolph, Hans J.: Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939. Eine politische Biographie, Berlin 1971  
 Ärzte an der Seite der Arbeiterklasse. Beiträge zur Geschichte des Bündnisses der deutschen Arbeiterklasse mit der medizinischen Intelligenz, hrsg. von Kurt Kühn, 2. Aufl. Berlin (DDR) 1977  
 Albertin, Lothar: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972  
 Albrecht, Friedrich: Deutsche Schriftsteller in der Entscheidung. Wege zur Arbeiterklasse 1918–1933, Berlin/Weimar 1970  
 Albrecht, Richard: Symbolkampf in Deutschland 1932: Sergej Tschachotin und der ›Symbolkrieg‹ der drei Pfeile gegen den Nationalsozialismus als Episode im Abwehrkampf der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus, in: IWK 22 (1986), S. 498–533  
 Albrecht, Willy: Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands von 1912–1918, Berlin 1968  
 Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920–1922. Bearb. von Heinz Hürten, Düsseldorf 1979 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2. Reihe, Bd. 3)  
 Angress, Werner T.: Juden im politischen Leben der Revolutionszeit, in: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923, Tübingen 1971, S. 137–315  
 Anschütz, Helga: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Hamburg. Ihre Anfänge bis zur Reichstagswahl vom 14. 9. 1932, Diss. phil. Hamburg 1955 (Masch.)  
 Apelt, Willibald: Jurist im Wandel der Staatsformen. Lebenserinnerungen, Tübingen 1965  
 Appelle einer Revolution. Dokumente aus Bayern zum Jahr 1918/19. Hrsg. von Karl-Ludwig Ay, München 1968  
 Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen, ausgew. u. bearb. von Erwin Könnemann, Brigitte Berthold und Gerhard Schulze, 2 Bde., Glashütten 1971  
 Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden 1918/19. Bearb. von Peter Brandt und Reinhard Rürup, Düsseldorf 1980 (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland, Bd. 3)  
 Der Arzt in der politischen Entscheidung. Bearb. und hrsg. von Ernst Luther und Burchard Thaler, Halle 1967

- Auerbach, Hellmuth: Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919–23, in: VfZ 25 (1977), S. 1–45
- Ay, Karl-Ludwig: Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des 1. Weltkrieges, Berlin 1968
- Bance, Alan (ed.): Weimar Germany: Writers and Politics, New York 1982
- Barlach, Ernst: Ein selbsterzähltes Leben, Berlin 1960
- ders.: Die Briefe. Bd. 1: 1888–1924, München 1968
- Barmeyer, Heide: Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928–1933, Stuttgart 1971
- Baum, Marie: Leuchtende Spur. Das Leben Ricarda Huchs, Tübingen/Stuttgart 1950
- Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. Hrsg. von Karl Bosl, München/Wien 1969
- Beeck, Karl Hermann: Kleinbürger und Revolution. Harmageddon 1918, Kastellaun 1977
- Behrend, Hans-Karl: Die Besetzung der Landratsstellen in Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und der Grenzmark von 1919 bis 1933, Diss. phil. FU Berlin 1956 (Masch.)
- Behrens, Reinhard: Die Deutschnationalen in Hamburg 1918–1933, Diss. phil. Hamburg 1973
- Bendix, Reinhard: Von Berlin nach Berkeley. Deutsch-jüdische Identitäten, Frankfurt 1985
- Benn, Gottfried: Ausgewählte Briefe, Wiesbaden 1957
- ders.: Autobiographische Schriften, München 1971 (Gesammelte Werke, Bd. 6)
- Bensing, Manfred: Morgenröte des Sozialismus. Nordhäuser Revolutions-Chronik 1918/19, Nordhausen 1958
- Benz, Wolfgang: Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918–1933, Berlin 1970
- (Berg, Friedrich von): Friedrich von Berg als Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1918. Erinnerungen aus seinem Nachlaß. Bearb. von Heinz Potthoff, Düsseldorf 1971
- Berghahn, Volker: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966
- Bergmann, Hannsjörg: Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919–1928, München 1986
- Bers, Günter: Der Jülicher Arbeiter- und Soldatenrat im November 1918, in: Beiträge zur Jülicher Geschichte 4 (1974), S. 1–31
- Bessel, Richard: Militarismus im innenpolitischen Leben der Weimarer Republik. Von den Freikorps zur SA, in: Müller/Opitz (1977), S. 193–222
- ders.: The SA in the Eastern Regions of Germany, 1925–34, Ph. D. Oxford 1980
- Bey-Heard, Frauke: Hauptstadt und Staatsumwälzung. Berlin 1919. Problematik und Scheitern der Rätebewegung in der Berliner Kommunalverwaltung, Stuttgart/Berlin 1969
- Beyer, Hans: Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München, Berlin (DDR) 1957
- Beyer, Hans: Die Landbevölkerung Schleswig-Holsteins und Niedersachsens 1928–32, in: Jahrbuch der Heimatgemeinschaft des Kreises Eckernförde 15 (1957), S. 173–202
- Beyme, Klaus von: Der Neo-Korporatismus und die Politik des begrenzten Pluralis-



- mus in der Bundesrepublik, in: Jürgen Habermas (Hrsg.), *Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹*, Bd. 1, Frankfurt 1979, S. 229–262
- Bieber, Hans-Joachim: *Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920*, 2 Bde., Hamburg 1981
- ders.: *Die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen auf den Hamburger Großwerften zwischen Hilfsdienstgesetz und Betriebsrätegesetz (1916–1920)*, in: Gunther Mai (Hrsg.), *Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918. Studien zu Arbeitskampf und Arbeitsmarkt im 1. Weltkrieg*, Düsseldorf 1985, S. 77–153
- Bird, Keith W.: *Weimar, the German Naval Officer Corps and the Rise of National Socialism*, Amsterdam 1977
- Bischoff, William: *Artists, Intellectuals and Revolution. Munich 1918–1919*, Diss. Cambridge/Mass. 1970
- Blackbourn, David: *The German Bourgeoisie: An Introduction*, in: ders. und Richard J. Evans (Hrsg.), *The German Bourgeoisie. Essays on the Social History of the German Middle Class from the late 18th to the early 20th Century*, London 1991, S. 1–45
- Blasius, Dirk: *Revolution und Revolutionsalltag 1918/19 in Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 45/1978, S. 25–36
- Bloch, Ernst: *Erbschaft dieser Zeit*, Frankfurt 1985
- Blücher, Wipert von: *Deutschlands Weg nach Rapallo. Erinnerungen eines Mannes aus dem zweiten Gliede*, Wiesbaden 1951
- Blunck, Hans Friedrich: *Lebensbericht*, 2 Bde., Mannheim 1952/53
- Blunck, Jürgen: *Der Gedanke der Großen Koalition in den Jahren 1923–1928*, Diss. phil. Kiel 1961
- Böhnke, Wilfried: *Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933*, Bonn-Bad Godesberg 1974
- Bölling, Rainer: *Sozialgeschichte der deutschen Lehrer. Ein Überblick von 1800 bis zur Gegenwart*, Göttingen 1983
- Boll, Friedhelm: *Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover*, Bonn 1981
- Bonatz, Paul: *Leben und Bauen*, Stuttgart 1950
- Bonn, Moritz Julius: *So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens*, München 1953
- Bosl, Karl: *München. Bürgerstadt – Residenz – heimliche Hauptstadt Deutschlands*, Stuttgart/Aalen 1971
- Bowers, Peter M.: *The Failure of the German Democratic Party, 1918–1930*, Ph. D. Univ. of Pittsburg 1973
- Bracher, Karl-Dietrich: *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, 4. Aufl. Villingen 1964
- ders./Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf: *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Düsseldorf 1987
- Bracker, Jochen: *Einwohnerwehren in Schleswig-Holstein*, in: *Zs. der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte* 99 (1974), S. 255–269
- Brandenburg, Hans: *München leuchtete. Jugenderinnerungen*, München 1953
- ders.: *Im Feuer unserer Liebe. Erlebtes Schicksal einer Stadt*, München 1956
- Braun, Magnus Freiherr von: *Von Ostpreußen bis Texas. Erlebnisse und zeitgeschichtliche Betrachtungen eines Ostdeutschen*, 2. Aufl. Stollhamm 1956
- Brecht, Arnold: *Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927*, Stuttgart 1956
- Bredt, Johann Victor: *Erinnerungen und Dokumente 1914–1933*. Bearb. von Martin Schumacher, Düsseldorf 1970

- Die Bremer Linksradikalen. Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1919, Bremen 1969
- Bremische Biographie 1912–62. Bearb. von Wilhelm Lührs, Bremen 1969
- (Brentano): Lujo Brentano. Grußwort und Reden bei der Feier der 110. Wiederkehr seines Geburtstages in der Ludwig-Max-Universität zu München am 14. 12. 1954, Berlin 1956
- Bucher, Peter: Zur Geschichte der Einwohnerwehren in Preußen 1918–1921, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 9 (1971), S. 15–59
- Buchheim, Karl: Die Weimarer Republik. Grundlagen und politische Entwicklung, 2. Aufl. München 1961
- Bünemann, Richard: Hamburg in der deutschen Revolution von 1918/19, Diss. phil. Hamburg 1951 (Masch.)
- Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, 2 Bde., Leipzig 1968/70
- Büsch, Otto: Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche, Berlin 1960
- ders./Haus, Wolfgang: Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919–1933, Berlin/New York 1987
- Büttner, Ernst: Geschichte der Stadt Hannover, Hannover 1951
- Büttner, Ursula: Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–31, Hamburg 1982
- Buß, Hans-Joachim: Dreimal Stunde Null. Gewerkschaft am Schienenstrang. Aufstieg und Wandlungen 1897–1972, Frankfurt 1973
- Cahill, John James: The NSDAP and May Day, 1923. Confrontation and Aftermath, Ph. D. Univ. of Cincinnati 1973
- Caroli, Walter/Stimpel, Robert: Geschichte der Lahrer SPD. Ein Beitrag zur politischen Entwicklung in der Stadt Lahr, Lahr 1979
- Carsten, Francis L.: Reichswehr und Politik 1918–1933, 3. Aufl. Köln 1966
- ders.: Revolution in Mitteleuropa 1918/19, Köln 1973
- Cecil, Lamar: Albert Ballin. Business and Politics in Imperial Germany, 1888–1918, Princeton 1967
- Christiansen, Theo: Schleswig 1836–1945. Eine Stadt und ihre Bürger in 110 Jahren des Wandels aller Lebensbedingungen, Schleswig 1973
- Clark, Vincent Allan: Entstehung und Professionalisierung der Architektenberufe in England und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Conze/Kocka (1985), S. 529–542
- Clausen, Hermann: Der Aufbau der Demokratie in der Stadt Schleswig nach den zwei Weltkriegen. Erinnerungen, Flensburg 1966
- Comfort, Richard: Revolutionary Hamburg. Communism and Labor Politics in the Early Weimar Period, Stanford 1966
- Conti, Christoph: Abschied vom Bürgertum. Alternative Bewegungen in Deutschland von 1890 bis heute, Reinbek 1984
- Conze, Werner/Kocka, Jürgen (Hrsg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil 1: Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen, Stuttgart 1985
- Coper, Rudolf: Failure of a Revolution. Germany in 1918/19, Cambridge 1955
- Copius, J.: Die Novemberrevolution in Greifswald. Die wirtschaftliche und politische Lage vor Ausbruch der Revolution, in: Wissenschaftliche Zs. der Univ. Greifswald, Ges.- und sprachwiss. Reihe, 8 (1958/59), S. 11–16

- Cordes, Günter (Bearb.): Krieg – Revolution – Republik. Die Jahre 1918 bis 1920 in Baden und Württemberg. Eine Dokumentation, Ulm 1978
- Cramer, Johann: Der rote November 1918. Revolution in Wilhelmshaven, Wilhelmshaven 1968
- Czok, Karl: Zur Geschichte der Novemberrevolution und des Arbeiter- und Soldatenrats von Görlitz, Görlitz 1958
- Dähn, Horst: Rätedemokratische Modelle. Studien zur Rätediskussion in Deutschland 1918–1919, Meisenheim/Glan 1975
- Dähnhard, Dirk: Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Republik 1918/19, Neumünster 1978
- ders./Granier, Gerhard: Der Kapp-Putsch in Kiel. Eine Dokumentation zum 60. Jahrestag der Märzereignisse von 1920, Kiel 1980
- Dahm, Karl-Wilhelm: Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität des deutschen evangelischen Pfarrerstandes zwischen 1918 und 1933, Köln/Opladen 1965
- Dahmer, Helmut (Hrsg.): Analytische Sozialpsychologie, Bd. 1, Frankfurt 1980
- Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1966
- Danner, Lothar: Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918–1933, Hamburg 1958
- Davis, Nathaniel: The last two years of Salvador Allende, Ithaca/London 1985
- Deak, Istvan: Weimar Germany's left wing intellectuals. A Political History of the Weltbühne and its Circle, Berkeley 1968
- Deist, Wilhelm: Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918, in: VfZ 14 (1966), S. 341–368
- Deuerlein, Ernst: Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, in: VfZ 7 (1959), S. 177–227
- Deutsche Sozialgeschichte 1870–1914. Dokumente und Skizzen. Hrsg. von Gerhard A. Ritter und Jürgen Kocka, 3. Aufl. München 1982
- Deutsche Sozialgeschichte 1914–45. Ein historisches Lesebuch. Hrsg. von Werner Abelshausen, Anselm Faust und Dietmar Petzina, München 1985
- Deutscher Beamtenbund: Ursprung – Weg – Ziel. Zur 50. Wiederkehr des Gründungstages am 4. 12. 1918. Hrsg. von der Bundesleitung des DBB, Bad Godesberg 1968
- Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität? Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte, München 1982
- Deutschland im ersten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein, 3 Bde., Berlin (DDR) 1968
- Dibelius, Otto: Ein Christ ist immer im Dienst. Erlebnisse und Erfahrungen in einer Zeitenwende, Stuttgart 1961
- Diehl, James N.: The Organization of German Veterans, 1917–1919, in: AfS 11 (1971), S. 141–184
- ders.: Paramilitary Politics in Weimar Germany, Bloomington 1977
- Dietsch, Odile: La Révolution allemande de 1918 à Hanovre. Revolution 1918 in Hannover, Mémoire de Maîtrise, Paris 1968/69
- Dittler, Erwin: Die Arbeiter- und Soldatenräte in Haslach nach der Novemberrevolution 1918, in: Haslach im Kinzigtal. Aus Geschichte und Brauchtum, Haslach 1978, S. 101–113
- Döblin, Alfred: November 1918. Eine deutsche Revolution. 4 Bde., München 1978
- Döhn, Lothar: Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim/Glan 1970

- Dörnemann, Manfred: Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921, Diss. phil. Würzburg 1966
- Dörner, Horst: Die Dresdner Arbeiterbewegung während des Weltkrieges und der Novemberrevolution 1918, Diss. phil. Leipzig 1960 (Masch.)
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6–7, Berlin (DDR) 1966
- Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1849–1949. Ausgew. u. bearb. von Peter Scherer und Peter Schaaf, Stuttgart 1984
- Donnerhack, Rudolf: Aus der Novemberrevolution 1918 in Plauen, Plauen 1958
- Donohoe, James: Hitler's Conservative Opponents in Bavaria 1930–1945. A study of Catholic, monarchist, and separatist anti-Nazi activities, Leiden 1961
- Dorpalen, Andreas: Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin/Frankfurt 1966
- Dorst, Tankred (Hrsg.): Die Münchener Räterepublik. Zeugnisse und Kommentar, 4. Aufl. Frankfurt 1966
- Doß, Kurt: Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf 1977
- Douglas, Donald Morse: The Early Ortsgruppen. The Development of National Socialist Local Groups 1919–1923, Ph. D. Univ. of Kansas 1968
- Dovifat, Emil: Die Publizistik der Weimarer Zeit, in: Reinisch (1961), S. 119–136
- Drabkin, J. S.: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin (DDR) 1968
- Eberle, Theo: Die großen politischen Parteien und die Revolution 1918/19 in München, Diss. phil. Tübingen 1951 (Masch.)
- Eckardt, Günter: Industrie und Politik in Bayern 1900–1919. Der Bayerische Industriellen-Verband als Modell des Einflusses von Wirtschaftsverbänden, Berlin 1976
- Eggert, Oskar: Oberhausen im Spiegel der Ratsprotokolle von 1918 bis 1924, Oberhausen 1963
- Eisner, Freya: Kurt Eisner. Die Politik des libertären Sozialismus, Frankfurt 1979
- Elben, Wolfgang: Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung von November 1918 bis Februar 1919, Düsseldorf 1965
- Eley, Geoff: Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck, New Haven/London 1980
- ders.: Die Umformierung der Rechten: Der radikale Nationalismus und der Deutsche Flottenverein 1898–1908, in: ders.: Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität, Münster 1991, S. 144–173
- ders.: Die deutsche Geschichte und die Widersprüche der Moderne. Das Beispiel des Kaiserreiches, in: Frank Bajohr/Werner Johe/Uwe Lohalm (Hrsg.), Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne. Detlev Peukert zum Gedenken, Hamburg 1991, S. 17–65
- Eliasberg, George: Der Ruhrkrieg von 1920, Bonn-Bad Godesberg 1974
- Elliott, C. J.: The Kriegervereine and the Weimar Republic, in: Journal of Contemporary History 10 (1975), S. 109–129
- Elsässer, Robert: Ernst Toller and German Society. The Role of the Intellectual as Critic 1914–1939, Ph. D. Rutgers Univ. New Jersey 1973
- Engelsing, Rolf: Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten, Göttingen 1973
- ders.: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, 3. Aufl. Göttingen 1983

- Enseling, Alf: Die Weltbühne. Organ der intellektuellen Linken, Münster 1962
- Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Frankfurt 1962
- Erdmann, Jürgen: Coburg, Bayern und das Reich 1918–1933, Coburg 1969
- Erger, Johannes: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919–1920, Düsseldorf 1967
- Ermans, Hans: Bei Kempinski. Aus der Chronik einer Weltstadt, Berlin 1956
- Ernst, Fritz: Walther Reinhardt (1872–1930), in: Zs. für württembergische Landesgeschichte 16 (1957), S. 331–364
- ders.: Aus dem Nachlaß des Generals Walther Reinhardt, Stuttgart 1958
- Ernst, Max: Die Ulmer Garnison in der Revolution 1918/19, in: Ulm und Oberschwaben. Zs. für Geschichte und Kunst 39 (1970), S. 149–188
- Eschenburg, Theodor: Die improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik, München 1963
- Ettmiller, Wolfgang: Germanisierte Heeresoffiziere in der chilenischen Politik, 1920–32, in: Ibero-Amerikan. Archiv, N. F. 8 (1982), S. 85–160
- Europa und die Civil Society. Castelgandolfo-Gespräche 1989. Hrsg. von Krzysztof Michalski, Stuttgart 1991
- Falter, Jürgen W.: Arbeiter haben erheblich häufiger, Angestellte dagegen sehr viel seltener NSDAP gewählt, als wir lange Zeit angenommen haben. Ein Rückblick auf das Projekt »Die Wähler der NSDAP 1928–33«, in: GuG 16 (1990), S. 536–552
- ders.: Hitlers Wähler, München 1991
- Falter, Jürgen/Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1986
- Farquharson, John E.: The plough and the swastika. The NSDAP and agriculture in Germany 1928–1945, London 1976
- Federn, Paul: Zur Psychologie der Revolution, in: Helmut Dahmer (Hrsg.), Analytische Sozialpsychologie, Bd. 1, Frankfurt 1980, S. 65–87
- Feldman, Gerald D.: Army, Industry, and Labor in Germany 1914–1918, Princeton 1966
- ders.: Der deutsche organisierte Kapitalismus während der Kriegs- und Inflationsjahre 1914–1923, in: Winkler (1974), S. 150–171
- ders.: Iron and Steel in the German Inflation 1916–1923, Princeton 1977
- ders.: Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914–1932, Göttingen 1984
- Fenske, Hans: Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg/Berlin 1968
- ders.: Monarchisches Beamtentum und demokratischer Staat. Zum Problem der Bürokratie in der Weimarer Republik, in: Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, Berlin 1972, S. 117–136
- ders.: Preußische Beamtenpolitik vor 1918, in: Der Staat 12 (1973), S. 339–356
- Festgabe für Max Hildebert Boehm, München 1961
- Feuchtwanger, Lion: Erfolg. Drei Jahre Geschichte einer Provinz, Berlin/Weimar 1976
- Finker, Kurt: Die militaristischen Wehrverbände in der Weimarer Republik und ihre Rolle bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse und bei der Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges (1924–1929), Habil.-Schr. PH Potsdam 1964
- Fischenberg, Günter: Der deutsche Liberalismus und die Entstehung der Weimarer Republik. Die Krise einer politischen Bewegung, Diss. phil. Münster 1958

- Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, 3. Aufl. Düsseldorf 1964
- Fischer, Kurt: Die Berliner Abwehrkämpfe 1918/19, Berlin (DDR) 1956
- Fishman, Sterling: Prophets, Poets and Priests: A Study of the men and ideas that made the Munich Revolution of 1918/19, Ph. D. Univ. of Wisconsin 1960
- Flake, Otto: Es wird Abend. Bericht aus einem langen Leben, Gütersloh 1960
- Flechthelm, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, 2. Aufl. Frankfurt 1971
- Fleischer, Otto: Die Novemberrevolution 1918. Ein geschichtlicher Abriss unter Darstellung der Ereignisse im Kreis Sangershausen, Sangershausen 1958
- Flemming, Jens: Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Studien zur Kontinuität agrarischer Interessenpolitik zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, Bonn 1978
- ders.: Die Bewaffnung des »Landvolks«. Ländliche Schutzwehren und agrarischer Konservatismus in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: MGM 26 (1979), S. 7–36
- ders.: Landwirtschaftskammer und ländliche Organisationspolitik in der Rheinprovinz 1918–1927. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der »Grünen Front«, in: Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, hrsg. von Kurt Düwell und Wolfgang Köllmann, Bd. 2, Wuppertal 1984, S. 314–332
- Frankenthal, Käte: Der dreifache Fluch: Jüdin, Intellektuelle, Sozialistin. Lebenserinnerungen einer Ärztin in Deutschland, Frankfurt/New York 1981
- Franz, Werner: Die Spartakusunruhen von 1919 in Kiel und die Kieler Studentenvwehr, in: Die Heimat. Monatsschrift des Vereins zur Pflege der Natur- und Landeskunde in Schleswig-Holstein 65 (1958), S. 88–92
- Franz-Willing, Georg: Die Hitlerbewegung. Der Ursprung 1919–1922, Hamburg/Berlin 1962
- Friedensburg, Ferdinand: Lebenserinnerungen, Frankfurt/Bonn 1969
- Friedman, Yona: Machbare Utopien. Absage an geläufige Zukunftsmodelle, Frankfurt 1977
- Fritsch, Werner: Nichtproletarische demokratische Kräfte und revolutionäre Arbeiterbewegung. Die Herausbildung und Entwicklung von Bündnisbeziehungen zur Arbeiterklasse 1917–1933 in Deutschland, Diss. sc. Jena 1979 (Masch.)
- Frölich, Paul: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, Hamburg 1947
- Fromm, Erich: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des 3. Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung, Stuttgart 1980
- Gaertner, Margarete: Botschafterin des guten Willens. Außenpolitische Arbeit 1914–1950, Bonn 1955
- Gause, Fritz: Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen, Bd. 3, Köln/Wien 1971
- Gay, Peter: Die Republik der Außenseiter. Kunst und Kultur der Weimarer Zeit 1918–1933, Berlin 1976
- Gebler, Joachim: Die schulpolitischen Bestrebungen des Leipziger Lehrervereins während der Novemberrevolution 1918/19, Diss. phil. Leipzig 1961 (Masch.)
- ders.: Die Novemberrevolution 1918 und die Bewegung der Lehrerräte, dargestellt am Beispiel der Lehrerräte in Leipzig, in: Wissenschaftliche Zs. der Univ. Leipzig 14 (1965), S. 197ff.
- Gellately, Robert: The Politics of Economic Despair. Shopkeepers and German Politics 1890–1914, London 1974
- Gemein, Gisbert Jörg: Die DNVP in Düsseldorf 1918–1933, Diss. phil. Köln 1969
- Gerstenberger, Heide: Der revolutionäre Konservatismus. Ein Beitrag zur Analyse des Liberalismus, Berlin 1968

- Geschichte Berlins. Von der Frühgeschichte bis zur Gegenwart, Bd. 2, München 1987
- Geschichte der Stadt Speyer, Bd. 2, 2. Aufl. Stuttgart 1983
- Geschichte der Universität Jena 1548/58–1958, Bd. 1, Jena 1958
- Geschichte der Universität Rostock 1419–1969, 2 Bde., Berlin (DDR) 1969
- Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhard Koselleck, Stuttgart 1972 ff.
- Gessler, Otto: Auf dem Nürnberger Bürgermeisterstuhl im Weltkrieg 1914 bis 1918, in: Festgabe für Kronprinz Ruprecht von Bayern, München 1953, S. 98–126
- ders.: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, Stuttgart 1958
- Geßner, Dieter: Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976
- Geyer, Curt: Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen, Stuttgart 1976
- Geyer-Groener, Dorothea: General Groener. Soldat und Staatsmann, Frankfurt 1955
- Ghattas, Monika White: Patronage and Painters in Munich 1870–1910, Ph. D. Univ. of New Mexico 1986
- Gies, Horst: R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930–1933, Diss. phil. Frankfurt 1966
- ders.: NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik, in: VfZ 15 (1967), S. 341–376
- Glum, Friedrich: Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964
- Goetz, Walter: Historiker in meiner Zeit. Gesammelte Aufsätze, Köln/Graz 1957
- Gollwitzer, Heinz (Hrsg.): Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert, Stuttgart/New York 1977
- Gordon, Harold J.: Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919–1926, Frankfurt 1959
- ders.: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–1924, Frankfurt 1971
- Goßweiler, Kurt: Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932, Berlin (DDR) 1971
- Gottschalk, Regina: Die Linksliberalen zwischen Kaiserreich und Republik. Von der Julikrise 1917 bis zum Bruch der Weimarer Koalition im Juni 1919, Diss. phil. Tübingen 1969
- Graf, Oskar Maria: Wir sind Gefangene. Ein Bekenntnis aus diesem Jahrhundert, Berlin (DDR) 1948
- Granier, Gerhard: Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard 1982
- Grebing, Helga: Deutscher Sonderweg oder zwei Linien historischer Kontinuität in Deutschland? in: Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 1, Hamburg 1986, S. 2–21
- Greenberg, Allan C.: Artists and the Weimar Republic. Dada and the Bauhaus 1917–1925, Ph. D. Univ. of Illinois 1967
- Griessinger, Andreas: Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert, Frankfurt 1981
- Groeben, Klaus von der: Verwaltung und Politik 1918–1933 am Beispiel Ostpreußens, 2. Aufl. Kiel 1988

- Groener, Wilhelm: Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg, Göttingen 1957
- Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des 1. Weltkrieges, Frankfurt/Berlin/Wien 1973
- Großenhain in den Revolutionstagen 1918, Großenhain 1958
- Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Hrsg. von Hermann Weber, Frankfurt/Wien 1969
- Grundig, Edgar: Chronik der Stadt Wilhelmshaven, Bd. 2, Wilhelmshaven 1957
- Günther, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19 in Oldenburg, Oldenburg 1979
- Gumbel, Emil J.: Vom Fememord zur Reichskanzlei, Heidelberg 1962
- Gratzsch, Dankwart: Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenberg'schen Presseimperiums, Düsseldorf 1974
- Gutsche, Willibald: Die Novemberrevolution in Erfurt, Diss. phil. Jena 1959 (Masch.)
- Hagener, Dirk: Radikale Schulreform zwischen Programmatik und Realität. Die schulpolitischen Kämpfe in Bremen vor dem 1. Weltkrieg und in der Entstehungsphase der Weimarer Republik, Bremen 1973
- Hallgarten, George F.: Als die Schatten fielen. Erinnerungen vom Jahrhundertbeginn bis zur Jahrtausendwende, Frankfurt/Berlin 1969
- Häders./Radkau, Joachim: Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Köln 1974
- Hamel, Iris: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 1893–1933, Frankfurt 1967
- Hannover, Heinrich/Hannover-Drueck, Elisabeth: Politische Justiz 1918–1933, Frankfurt/Hamburg 1966
- dies.: Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens, Frankfurt 1967
- Hartenstein, Wolfgang: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962
- Hartfiel, Günter: Angestellte und Angestelltengewerkschaften in Deutschland. Entwicklung und gegenwärtige Situation von beruflicher Tätigkeit, sozialer Stellung und Verbandswesen der Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft, Berlin 1961
- Hartung, Fritz: Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung, 3 Teile, Berlin 1942–48
- dies.: Zur Geschichte des Beamtentums im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1948
- Hattenhauer, Hans: Geschichte des Beamtentums, Köln/Berlin 1980
- Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstages 1915–1918. Bearb. von Reinhard Schiffers, 4 Teile, Düsseldorf 1981–83 (Quellen zur Gesch. des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 1, Bd. 9)
- Hauser, Arnold: Sozialgeschichte der Kunst und Literatur, 2 Bde., München 1953
- Haushofer, Heinz: Der Bayerische Bauernbund (1893–1933), in: Gollwitzer (1977), S. 562–586
- Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932, Stuttgart 1963
- Hehl, Ulrich von: Wilhelm Marx, 1863–1946. Eine politische Biographie, Mainz 1987
- Heimpel, Hermann: Die halbe Violine. Eine Jugend in der Haupt- und Residenzstadt München, Wiesbaden 1958



- Heinemann, Manfred (Hrsg.): Der Lehrer und seine Organisation, Stuttgart 1975  
 ders. (Hrsg.): Sozialisation und Bildungswesen in der Weimarer Republik, Stuttgart 1976
- Heinemann, Ulrich: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983
- Hellpach, Willy: Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. 2 Bde., Hamburg 1948/49
- Hennig, Diethard: Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident. Biographie. München/London/New York/Paris 1990
- Henning, Hans-Joachim: Das westdeutsche Bürgertum in der Epoche der Hochindustrialisierung 1870–1914. Soziales Verhalten und soziale Strukturen, Teil 1, Wiesbaden 1972
- ders.: Die deutsche Beamtenschaft im 19. Jahrhundert. Zwischen Stand und Beruf, Wiesbaden 1984
- Herf, Jeffrey C.: Reactionary Modernism: Reconciliation of Technics and Unreason in Weimar Germany and the Third Reich, Ph. Diss. Brandeis Univ. 1980
- Herlemann, Beatrix: Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924–1933, Wuppertal 1977
- Hermard, Jost/Trommler, Frank: Die Kultur der Weimarer Republik, München 1978
- Hertz-Eichenrode, Dieter: Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchung eines Strukturproblems der Weimarer Republik, Opladen 1969
- Hertzman, Lewis: DNVP. Rightwing Opposition in the Weimar Republic, 1918–1924, Lincoln 1963
- Herwig, Holger H.: Das Elitekorps des Kaisers. Die Marineoffiziere im Wilhelminischen Deutschland, Hamburg 1977
- ders.: Clio Deceived. Patriotic Self-Censorship in Germany after the Great War, in: International Security, vol. 12 nr. 2 (1987), S. 5–44
- Herz, Rudolf/Halfbrodt, Dirk: Revolution und Fotografie. München 1918/19, Berlin 1988
- Heß, Jürgen C.: »Das ganze Deutschland soll es sein«. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978
- Heß, Rudolf: Briefe 1908–1933, München/Wien 1987
- Hesse, Hermann: Gesammelte Werke, Frankfurt 1970
- Hessen 1918–1920. Revolution und demokratischer Widerstand in der hessischen Geschichte. Ausstellung der hessischen Staatsarchive zum Hessentag 1974, Wiesbaden 1974
- Heuss, Theodor: Robert Bosch. Leben und Leistung, Tübingen 1946
- ders.: Erinnerungen 1905–1933, Tübingen 1963
- Heuss-Knapp, Elly: Ausblick vom Münsterturm. Erinnerungen, Tübingen 1953
- dies.: Bürgerin zweier Welten. Ein Leben in Briefen und Aufzeichnungen, Tübingen 1961
- Hiller, Kurt: Köpfe und Tröpfe. Profile aus einem Vierteljahrhundert, Hamburg/Stuttgart 1950
- ders.: Ratioaktiv. Reden 1914 bis 1964. Ein Buch der Rechenschaft, Wiesbaden 1966
- ders.: Leben gegen die Zeit, Reinbek 1969
- ders.: Politische Publizistik von 1918 bis 1933, Heidelberg 1983
- Hillmayr, Heinrich: München und die Revolution von 1918/19. Ein Beitrag zur Strukturanalyse von München am Ende des 1. Weltkrieges und seiner Funktion

- bei Entstehung und Ablauf der Revolution, in: Bayern in Umbruch (1969), S. 453–504
- ders.: Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918. Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des 1. Weltkrieges, München 1974
- Hintze, Otto: Der Beamtenstand, in: ders., Gesammelte Abhandlungen, Bd. 2, 2. Aufl. Göttingen 1964, S. 66–125
- Höhn, Reinhard: Sozialismus und Heer. Bd. 3: Der Kampf des Heeres gegen die Sozialdemokratie, Bad Harzburg 1969
- Hömig, Herbert: Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979
- Hoepke, Klaus-Peter: Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus, Düsseldorf 1968
- Hoepken, Jürgen: Die Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung 1914–1922, Darmstadt/Marburg 1983
- Hoffmann, Gabriele: Sozialdemokratie und Berufsbeamtentum. Zur Frage nach Wandel und Kontinuität im Verhältnis der Sozialdemokratie zum Berufsbeamtentum in der Weimarer Zeit, Diss. phil. Hamburg 1973
- Hohmann, Georg: Ein Arzt erlebt seine Zeit. Ansprachen, Lebensbilder, Begegnungen, München 1954
- Hohorst, Gerd/Kocka, Jürgen/Ritter, Gerhard A.: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1870–1914, München 1975
- Hollenberg, Günter: Bürgerliche Sammlung oder sozialliberale Koalition? Sozialstruktur, Interessenlage und politisches Verhalten der bürgerlichen Schichten 1918/19 am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main, in: VfZ 27 (1979), S. 392–430
- Holmes, Kim R.: The NSDAP and the Crisis of Agrarian Conservatism in Lower Bavaria: National Socialism and the Peasants' Road to Modernity, Ph.Diss. Georgetown Univ. Washington 1982
- Holmsten, Georg: Die Berlin-Chronik. Daten – Personen – Dokumente. 2. Aufl. Düsseldorf 1987
- Holzbach, Heidrun: Das »System Hugenberg«. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981
- Hornung, Klaus: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958
- Hubatsch, Walther: Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966
- Huber, Ernst-Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 5–7, Stuttgart/Berlin 1978–84
- Huber, Gerdi: Das klassische Schwabing. München als Zentrum der intellektuellen Zeit- und Gesellschaftskritik an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert, München 1973
- Huch, Ricarda: Briefe an die Freunde, Tübingen 1955
- Huerkamp, Claudia: Ärzte und Professionalisierung in Deutschland. Überlegungen zum Wandel des Arztberufes im 19. Jahrhundert, in: GuG 6 (1980), S. 349–382
- dies.: Der Aufstieg der Ärzte im 19. Jahrhundert. Vom gelehrten Stand zum professionellen Experten: Das Beispiel Preußen, Göttingen 1985
- Hürten, Heinz: Soldatenräte in der deutschen Novemberrevolution 1918, in: Historisches Jahrbuch 90 (1970), S. 299–328
- ders.: Die Kirchen in der Novemberrevolution. Eine Untersuchung zur Geschichte der deutschen Revolution 1918/19, Regensburg 1984
- ders.: Der Kapp-Putsch als Wende. Über Rahmenbedingungen der Weimarer Republik seit dem Frühjahr 1920, Opladen 1989

- Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des internationalen Symposions in Bochum vom 12.-17.6.1973, Düsseldorf 1974
- Ipsen, Hans Peter: Hamburgs Verfassung und Verwaltung. Von Weimar bis Bonn, Hamburg 1956
- Jacke, Jochen: Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918, Hamburg 1976
- Jacobs, Ferdinand: Von Schorlemer zur Grünen Front. Zur Abwertung des berufsständischen und politischen Denkens, Düsseldorf 1957
- Jäckel, Eberhard (Hrsg.): Adolf Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980
- Jaechk, Ernst: Der Goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers, Stuttgart 1954
- Jäckle, Renate: Die Ärzte und die Politik. 1930 bis heute, München 1988
- Jäkel, Herbert: Das Rätewesen in Alsfeld. Zur Geschichte der »Revolution« im November 1918, in: Mitteilungen des Geschichts- und Museumsvereins Alsfeld, 11. Reihe Nr. 12 (Oktober 1969), S. 173-180
- Jahnke, Karl-Heinz: Die Novemberrevolution und die Gründung der KPD in Stralsund, Stralsund 1958
- Jarausch, Konrad H.: Students, Society and Politics in Imperial Germany. The Rise of Academic Illiberalism, Princeton 1982
- ders. (Hrsg.): The Transformation of Higher Learning, 1860-1930. Expansion, Diversification, Social Opening and Professionalization in England, Germany, Russia and the United States, Stuttgart 1983
- ders.: Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt 1984
- Jasper, Gotthard: Aus den Akten des Prozesses gegen die Erzberger-Mörder, in: VfZ 10 (1962), S. 430-443
- Jelavich, Peter Charles: Theater in Munich 1890-1914: A Study in the Social Origins of Modernist Culture, Ph. Diss. Princeton Univ. 1982
- Jesse, Eckhard/Köhler, Henning: Die deutsche Revolution 1918/19 im Wandel der historischen Forschung. Forschungsüberblick und Kritik an der »herrschenden Lehre«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45/1978, S. 3-23
- Jochmann, Werner: Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: Mosse (1971), S. 409-510
- Jüdisches Leben in Deutschland. Bd. 3: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945, hrsg. u. eingel. von Monika Richarz, Stuttgart 1982
- Jürgens, Georg: Arzt und Wissenschaft. Erkenntnisse eines Lebens, Hannover 1949
- Jung, Franz: Der Weg nach unten. Aufzeichnungen aus einer großen Zeit, Neuwied 1961
- Das Kabinett Bauer, 27. 3. 1919 bis 27. 3. 1920, Boppard 1980 (Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik)
- Das Kabinett Fehrenbach, 25. 6. 1920 bis 4. 5. 1921, Boppard 1972
- Das Kabinett Müller I, 27. 3. bis 21. 6. 1920, Boppard 1971
- Das Kabinett Scheidemann, 13. 2. bis 20. 6. 1919, Boppard 1971
- Kadritzke, Ulf: Angestellte. Die geduldgigen Arbeiter. Zur Soziologie und sozialen Bewegung der Angestellten, Frankfurt 1975
- Kaebler, Ernst: Beiträge zur Berliner Geschichte. Ausgewählte Aufsätze, Berlin 1964
- Kaes, Anton (Hrsg.): Weimarer Republik. Manifeste und Dokumente zur deutschen Literatur 1918-1933, Stuttgart 1983
- Kaisen, Wilhelm: Meine Arbeit, mein Leben, München 1967

- Kaller, Gerhard: Die Revolution des Jahres 1918 in Baden und die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats in Karlsruhe, in: ZGO 114 (1966), S. 301–350
- ders.: Zur Revolution 1918 in Baden. Klumpp-Putsch und Verfassungsfrage, in: Oberrheinische Studien, Bd. 2, hrsg. von Alfons Schäfer, Karlsruhe 1973
- Kalmer, Georg: Beamtenschaft und Revolution, in: Bayern im Umbruch (1969), S. 201–261
- Kater, Michael H.: Zur Soziographie der frühen NSDAP, in: VfZ 19 (1971), S. 124–159
- ders.: Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975
- ders.: Die »Technische Nothilfe« im Spannungsfeld von Arbeiterunruhen, Unternehmerinteressen und Parteipolitik, in: VfZ 27 (1979), S. 30–78
- Kehr, Eckart: Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1976
- Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, 2 Bde., Stuttgart 1947/48
- Kerschensteiner, Georg/Spranger, Eduard: Briefwechsel 1912–1931, München/Stuttgart 1966
- Kessler, Harry Graf: Tagebücher 1918–1937, Frankfurt 1961
- ders.: Gesichter und Zeiten. Erinnerungen, Frankfurt 1962
- Kestenbergs, Leo: Bewegte Zeiten. Musisch-musikantische Lebenserinnerungen, Wolfenbüttel/Zürich 1961
- Ketelsen, Uwe K.: »Die Jugend von Langemarck«. Ein poetisch-politisches Motiv der Zwischenkriegszeit, in: Koebner/Janz/Trommler (1985), S. 68–96
- Kitchen, Martin: The German Officer Corps 1890–1914, Oxford 1968
- ders.: The Army and Society in the Wilhelmine Era, in: Laurentian University Review, vol. 5 no. 3 (1973), S. 49–65
- Klatt, Rudolf: Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/20, Heidelberg 1958
- Klein, Ulrich/Scherer, Klaus-Jürgen: Bürgerräte gegen die Arbeiterbewegung. Untersuchungen und Dokumente am Beispiel Elberfeld-Barmen 1918–1922, Wentorf 1976
- Klement, Günter: Die beiden Klassenlinien in den kulturpolitischen Auseinandersetzungen in den Jahren 1918–1920, Diss. PH Dresden 1975 (Masch.)
- Klemperer, Klemens von: Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München/Wien 1957
- Kling, Gertrud: Die Novemberrevolution 1918 und der Kampf um die Verteidigung der Demokratie 1919 in Württemberg, Diss. phil. Halle 1967 (Masch.)
- Klotzbücher, Alois: Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in der Weimarer Republik, Diss. phil. Erlangen 1964
- Kluge, Ulrich: Das »württembergische Volksheer« 1918/19. Zum Problem der bewaffneten Macht in der deutschen Revolution, in: Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel, Hamburg 1973, S. 92–130
- ders.: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975
- ders.: Der Generalsoldatenrat in Münster und das Problem der bewaffneten Macht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Rürup (1975), S. 315–392
- ders.: Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt 1985
- Kluke, Paul: Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914–1932, Frankfurt 1972

- Knies, Hans-Ulrich: Arbeiterbewegung und Revolution in Wuppertal. Entwicklung und Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte in Elberfeld und Barmen, in: Rürup (1975), S. 83–153
- Koch, Hansjoachim W.: Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps, Berlin 1978
- Koch-Baumgarten, Sigrid: Aufstand der Avantgarde. Die März-Aktion der KPD 1921, Frankfurt/New York 1986
- Kocka, Jürgen: Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft 1847–1914 am Beispiel Siemens, Stuttgart 1969
- ders.: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Göttingen 1973
- ders.: Unternehmer in der deutschen Industrialisierung, Göttingen 1975
- ders.: Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten, USA 1890–1940 im internationalen Vergleich, Göttingen 1977
- ders.: Die Angestellten in der deutschen Geschichte, 1850–1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer, Göttingen 1981
- ders. (Hrsg.): Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987
- ders. (Hrsg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, 3 Bde., München 1989
- ders.: Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Bonn 1990
- ders.: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990
- Koebner, Thomas u. a. (Hrsg.): »Mit uns zieht die neue Zeit...«. Die Mythen der Jugend, Frankfurt 1985
- Kögl, Otto: Revolutionskämpfe im südostbayerischen Raum, Rosenheim 1969
- Köhler, Henning: Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht 1935, Berlin 1967
- ders.: Berlin in der Weimarer Republik (1918–1932), in: Geschichte Berlins, Bd. 2 (1987), S. 797–923
- Köhler, Wolfram: Der Chef-Redakteur Theodor Wolff. Ein Leben für Europa 1868–1943, Düsseldorf 1978
- Könnemann, Erwin: Der Truppeneinmarsch am 10. Dezember 1918 in Berlin. Neue Dokumente zur Novemberrevolution, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 16 (1968), S. 1592–1609
- ders.: Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin (DDR) 1971
- ders./Krusch, Hans-Joachim: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung einer Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse, Berlin (DDR) 1972
- Kohler, Eric D.: Revolutionary Pomerania 1919–20. A Study in Majority Socialist Agricultural Policy and Civil-Military Relations, in: CEH 9 (1976), S. 250–293
- Kohlhaas, Wilhelm: Chronik der Stadt Stuttgart 1918–1933, Stuttgart o. J.
- ders.: Revolutionserlebnisse 1918, in: Schwäbische Heimat 19 (1968), S. 233–242
- Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962
- ders.: Die Weimarer Republik, 2. Aufl. München 1988
- Kolbe, Jürgen: Heller Zauber. Thomas Mann in München 1894–1933, 2. Aufl. Berlin 1987

- Kollwitz, Käthe: Tagebuchblätter und Briefe, Berlin 1948  
 dies.: Briefe der Freundschaft und Begegnungen, München 1966
- Kopp, Günter: Emanzipation durch Räte? Die Lehren von München 1918/19. Eine gesellschaftsgeschichtliche Deutung, München 1973
- Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Bildungsgüter und Bildungswissen, Stuttgart 1990
- Koszyk, Kurt: Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse. Teil 3, Berlin 1972
- Kracauer, Siegfried: Die Angestellten. Eine Schrift vom Ende der Weimarer Republik, Bonn 1959
- Kraul, Margret: Das deutsche Gymnasium 1780–1980, Frankfurt 1984
- Krause, Hartfried: Revolution und Konterrevolution 1918/19 am Beispiel Hanau, Kronberg 1974
- Kreiler, Kurt: Die Schriftstellerrepublik. Zum Verhältnis von Literatur und Politik in der Münchener Räterepublik, Berlin 1978
- Kreuzer, Helmut: Die Bohème. Beiträge zu ihrer Beschreibung, Stuttgart 1968
- Kritzer, Peter: Die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918–1923, München 1969  
 ders.: Die SPD in der bayerischen Revolution von 1918, in: Bosl (1969), S. 427–452
- Kromberg, Hermann Emil: Politische Strömungen und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen von der Novemberrevolution 1918 bis zur Reichstagswahl vom Dezember 1924, Diss. phil. Bonn 1968
- Krüger, Gabriele: Die Brigade Ehrhardt, Hamburg 1971
- Krüger, Peter: Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986
- Kruppa, Bernd: Rechtsradikalismus in Berlin 1918–1928, Berlin/New York 1988
- Kruppa, Reinhold: Die Niederlausitz griff zur Waffe. Die Abwehr des Kapp-Putsches in der Niederlausitz, Berlin (DDR) 1957
- Kuckuk, Peter (Hrsg.): Revolution und Räterepublik in Bremen, Frankfurt 1969  
 ders.: Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920. Ihre Politik in der Hansestadt und in den Richtungskämpfen innerhalb der KPD, Diss. phil. Hamburg 1970  
 ders.: Bremen in der deutschen Revolution 1918/19. Revolution, Räterepublik, Restauration, Bremen 1986
- Kühr, Herbert: Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973
- Kunz, Andreas: Stand versus Klasse. Beamtenschaft und Gewerkschaften im Konflikt um den Personalabbau 1923/24, in: GuG 8 (1982), S. 55–86  
 ders.: Arbeitsbeziehungen und Arbeitskonflikte im öffentlichen Sektor Deutschlands und Großbritanniens im Vergleich, in: GuG 12 (1986), S. 34–62  
 ders.: Civil Servants and the Politics of Inflation in Germany 1914–1924, Berlin/New York 1986
- Kuron, Hans-Jürgen: Freikorps und Bund Oberland, Diss. phil. Erlangen 1960
- Labisch, Alfons: Die gesundheitspolitischen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie von ihrer Gründung bis zur Parteispaltung (1863–1917), in: AfS 16 (1976), S. 325–370  
 ders./Tennstedt, Florian: Der Weg zum »Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens« vom 3. Juli 1934. Entwicklungslinien und -momente des staatlichen und kommunalen Gesundheitswesens in Deutschland, 2 Teile, Düsseldorf 1985

- Lambers, Hans Otto: Die politische Entwicklung von 1917 bis 1924 in Hagen und Haspe. Regionalanalyse der politischen Ereignisse, des Parteienverhaltens und der Wahlen in der Revolutionsperiode, Diss. phil. Marburg 1972
- Lamm, Hans: Von Juden in München. Eine Gedenkbuch, 2. Aufl. München 1959
- Lange, Annemarie: Das wilhelminische Berlin. Zwischen Jahrhundertwende und Novemberrevolution, Berlin (DDR) 1967
- Laqueur, Walter: Weimar. Die Kultur der Republik, Frankfurt/Berlin 1974
- Large, David Clay: The Politics of Law and Order. A History of the Bavarian Einwohnerwehr 1918–1921, Philadelphia 1980
- Lazar, Imre: Der Fall Horst Wessel, Stuttgart/Zürich 1980
- Lebovics, Herman: Social Conservatism and the Middle Classes in Germany 1914–1933, Princeton 1969
- Lehnert, Detlef: Rätealltag und Regionalismus in der deutschen Revolution 1918/19, in: Selbstverwaltung und Arbeiterbewegung. Jahrbuch Arbeiterbewegung 1982, S. 73–109
- Lemmer, Ernst: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt 1968
- Leopold, John A.: Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New Haven/London 1977
- Lewis, Wallace Leigh: The Survival of the German Navy 1917–20: Officers, Sailors and Politics, Ph. Diss. Univ. of Iowa 1969
- Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), 4 Bde., Köln 1983–86
- Liebe, Werner: Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956
- Lindau, Rudolf: Revolutionäre Kämpfe 1918–1919. Aufsätze und Chronik, Berlin (DDR) 1960
- Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, Düsseldorf 1980 (Quellen zur Gesch. des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe, Bd. 5)
- Linse, Ulrich: Gemeinde im Wandel. Die Novemberrevolution 1918/19 in Burghausen a. d. Salzach als Konflikt zwischen bürgerlicher Gewerbestadt und moderner Industriestadt, in: Zs. für bayerische Landesgeschichte 33 (1970), S. 355–423
- ders.: Gustav Landauer und die Revolutionszeit 1918/19. Die politischen Reden, Schriften, Erlasse und Briefe Landauers aus der Novemberrevolution 1918/19, Berlin 1974
- Lippmann, Leo: Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs, Hamburg 1964
- Löbe, Paul: Der Weg war lang. Lebenserinnerungen, 2. Aufl. Berlin 1954
- Lohalm, Uwe: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923, Hamburg 1970
- Loose, Hans-Dieter: Abwehr und Resonanz des Kapp-Putsches in Hamburg, in: Zs. des Vereins für Hamburgische Geschichte 56 (1970), S. 65–96
- Lucas, Erhard: Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats 1918/19, Frankfurt 1969
- Luckemeyer, Ludwig: Die Deutsche Demokratische Partei von der Revolution bis zur Nationalversammlung 1918–1919, Diss. phil. Gießen 1975
- Ludwig, Karl-Heinz: Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1974
- Lundgreen, Peter: Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick. Teil 1: 1770–1918, Göttingen 1980

- Luther, Hans: Zusammenbruch und Jahre nach dem ersten Krieg in Essen. Erinnerungen, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 73 (1958), S. 21–45  
ders.: Politiker ohne Partei. Erinnerungen, Stuttgart 1960
- Lutz, Heinrich: Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914–1925, München 1963
- Macdonald, Stephen Charles: The political, economic, and cultural consequences of the German revolution of 1918 in the Kassel district, Ph. Diss. Univ. of Virginia 1977
- Mai, Gunther: Der Marburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/20, in: Hessisches Jb. für Landesgeschichte 26 (1976), S. 149–199  
ders.: Der Marburger Arbeiter- und Soldatenrat und die Militärpolitik des XI. Armee korps (Kassel) 1918–1919, in: Marburger Geschichte. Rückblick auf die Stadtgeschichte, Marburg 1980, S. 541–557  
ders.: Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1918, Stuttgart 1983
- Maier, Charles S.: Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade after World War I, Princeton 1975
- Mangold, Werner: Angestelltengeschichte und Angestelltensoziologie in Deutschland, England und Frankreich, in: Kocka (1981), S. 11–38
- Mann, Klaus: Der Wendepunkt. Ein Lebensbericht, Frankfurt 1952  
ders.: Kind dieser Zeit, München 1965
- Mann, Thomas: Gesammelte Werke in 13 Bänden, 2. Aufl. Frankfurt 1974  
ders.: Tagebücher 1918–1921, Frankfurt 1979
- Mann, Victor: Wir waren fünf. Bildnis der Familie Mann, Konstanz 1949
- Mann, Willy: Berlin zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Erforschung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der deutschen Hauptstadt, Berlin (DDR) 1957
- Mantzke, Ulrich: Zur Bewegung des Landproletariats und der werktätigen Bauern in der Novemberrevolution und der revolutionären Nachkriegszeit im Freistaat Sachsen 1918–1923, Diss. phil. Leipzig 1961
- Marschner, Fritz: Annaberg in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrats. Aus der Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte des Kreises Annaberg, Annaberg-Buchholz 1958
- Maršolek, Inge: Sozialdemokratie und Revolution im östlichen Ruhrgebiet. Dortmund unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats, in: Rürup (1975), S. 239–314
- Martens, Wolfgang: Lyrik kommerziell. Das Kartell lyrischer Autoren 1902–1933, München 1975
- (Marx, Wilhelm): Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx. 4 Bde., Köln 1968
- Maser, Werner: Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt/Bonn 1965
- Mast, Adolf: Von Bismarck bis Heuss. Rückschau auf 65 Jahre politisches Handeln und Denken eines Unternehmers, Berlin 1955
- Materna, Ingo: Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19, Berlin (DDR) 1978
- Mattheier, Klaus: Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik, Düsseldorf 1973
- Mauch, Hans-Joachim: Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des »Paramilitarismus«, Frankfurt/Berlin 1982



- Mayer, Arno J.: Adelsmacht und Bürgertum. Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848–1914, München 1984
- McClelland, Charles E.: Zur Professionalisierung der akademischen Berufe in Deutschland, in: Conze/Kocka (1985), S. 233–247
- McGee, James Heard III: The Political Police in Bavaria 1919–1936, Ph. Diss. Univ. of Florida 1980
- Medizin im Nationalsozialismus. Tagung vom 30.4.–2.5.1982 in Bad Boll, Bad Boll 1982
- Mehnert, Gottfried: Evangelische Kirche und Politik 1917–19. Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919, Düsseldorf 1959
- Meier-Welcker, Hans: Seeckt, Frankfurt 1967
- Meinecke, Friedrich: Straßburg/Freiburg/Berlin 1901–1919. Erinnerungen, Stuttgart 1949
- ders.: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, 5. Aufl. Wiesbaden 1955
- ders.: Politische Reden und Schriften, Darmstadt 1958
- ders.: Ausgewählter Briefwechsel, Stuttgart 1962
- Meinhardt, Günther: Oberschlesien 1918/19. Die Maßnahmen der Reichsregierung, Behörden und Gewerkschaften zur Sicherung Oberschlesiens, in: Jb. der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 16 (1971), S. 215–231
- Mertens, Ursula: Die Rätebewegung in Bayern (1918/19), Diss. phil. Erlangen – Nürnberg 1984
- Metzmacher, Helmut: Der Novemberumsturz 1918 in der Rheinprovinz, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 168/169 (1967), S. 135–265
- ders.: Der Arbeiter- und Soldatenrat 1918 in Aachen, in: Zs. des Aachener Geschichtsvereins 79 (1968), S. 149–161
- ders.: Die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats 1918 in Saarbrücken, in: Zs. für die Geschichte der Saargegend 19 (1971), S. 230–248
- Meyer, Oskar: Von Bismarck zu Hitler. Erinnerungen und Betrachtungen, 2. Aufl. Offenbach 1948
- Milberg, Hildegard: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935, Hamburg 1970
- Miller, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978
- Mitchell, Allan: Die Revolution in Bayern 1918–1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik, München 1967
- Mittenzwei, Werner: Das Leben des Bertolt Brecht oder Der Umgang mit den Welträtseln, 2 Bde., Frankfurt 1987
- Moeller, Robert Gardiner: Peasants, Politics and Pressure Groups in War and Inflation. A Study of the Rhineland and Westphalia, 1914–1924, Ph. Diss. Univ. of California, Berkeley 1980
- Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch, 2. Aufl. Darmstadt 1972
- Mommsen, Hans: Beamtentum im Dritten Reich, Stuttgart 1966
- Mommsen, Wolfgang J.: Die deutsche Revolution 1918–20. Politische Revolution und soziale Protestbewegung, in: GuG 4 (1978), S. 362–391
- Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumsparterie 1917–1923, Düsseldorf 1966
- ders.: Zur Beamtenpolitik des Reiches von Bismarck bis Brüning, in: Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, Berlin 1972, S. 101–116

- Mosse, Werner E. (Hrsg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution. Ein Sammelband, Tübingen 1971
- Motschmann, Claus: Evangelische Kirche und preußischer Staat in den Anfängen der Weimarer Republik. Möglichkeiten und Grenzen ihrer Zusammenarbeit, Lübeck/Hamburg 1969
- Mühlberger, Detlef Willi: The Rise of National Socialism in Westphalia 1920–1933, Ph. Diss. Univ. of London 1975
- Mühsam, Erich: Namen und Menschen. Unpolitische Erinnerungen, Leipzig 1949  
ders.: Briefe an Zeitgenossen, 2 Bde., Berlin 1978
- Mühsam, Paul: Erinnerungen, Betrachtungen, Gestalten, Jerusalem 1959
- Müller, Friedrich von: Lebenserinnerungen, München 1951
- Müller, Hans-Harald: Der Krieg und die Schriftsteller. Der Kriegsroman der Weimarer Republik, Stuttgart 1986
- Müller, Karl Alexander von: Mars und Venus. Erinnerungen 1914–1919, Stuttgart 1954
- Müller, Klaus-Jürgen/Opitz, Eckart (Hrsg.): Militär und Militarismus in der Weimarer Republik. Beiträge eines internationalen Symposions an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg 1977, Düsseldorf 1978
- Müller, Paul: Alexander Dominicus. Ein Lebensbild, Berlin 1957
- Müller-Aenis, Martin: Sozialdemokratie und Rätebewegung in der Provinz. Schwaben und Mittelfranken in der bayerischen Revolution 1918–1919, München 1986
- Muth, Heinrich: Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in: VfZ 21 (1973), S. 1 ff.
- Naso, Eckart von: Ich liebe das Leben. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Hamburg 1953
- Neebe, Reinhard: Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981
- Nettl, Peter: Rosa Luxemburg, 2. Aufl. Köln/Berlin 1967
- Newhouse, Martin Jacob: Artists, Artisans, or Workers? Orchestral Musicians in the German Empire, Ph. Diss. Columbia Univ. 1979
- Niekisch, Ernst: Gewagtes Leben. Begegnungen und Begebnisse, Köln/Berlin 1958
- Niermann, Charlotte: Die Hafendarbeiter Bremens in der Weimarer Republik, in: Arbeitsplätze. Schifffahrt, Hafen, Textilindustrie 1880–1933. Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, Heft 6, Bremen 1980, S. 105–192
- Nipperdey, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961  
ders.: Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem 1. Weltkrieg, in: H. U. Wehler (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, 3. Aufl., Köln/Berlin 1970, S. 369–388
- ders.: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgertum, München 1990
- Nolte, Dieter: Zur sozialen Basis konterrevolutionärer Massenbewegungen: »El paro de octubre« in Chile 1972, in: Ibero-Amerikanisches Archiv N. F. 10 (1984), S. 393–448
- Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française – Der italienische Faschismus – Der Nationalsozialismus, 5. Aufl. München/Zürich 1979  
ders.: Was ist bürgerlich? und andere Artikel, Abhandlungen, Auseinandersetzungen, Stuttgart 1979

- Noske, Gustav: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947
- Die Novemberrevolution in Forst, Forst 1959
- Die Novemberrevolution 1918. Ein geschichtlicher Abriss unter Darstellung der Ereignisse in Dessau, Dessau 1958
- Die Novemberrevolution 1918 im Kreis Merseburg, Merseburg 1959
- Novemberrevolution 1918. Mansfelder Land, Eisleben 1958
- Nowak, Kurt: Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932, Göttingen 1981
- Nußner, Horst: Militärischer Druck auf die Landesregierung Johannes Hoffmann von Mai 1919 bis zum Kapp-Putsch, in: Zs. für bayerische Landesgeschichte 33 (1970), S. 818–850
- ders.: Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918–1933 mit einer Biographie von Forststrat Georg Escherich, München 1973
- Oehme, Walter: Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/19, Berlin 1958
- Oertel, Thomas: Horst Wessel. Untersuchung einer Legende, Köln 1988
- Oertzen, Peter von: Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919. Ein Beitrag zur Diskussion über die revolutionäre Entstehungsphase der Weimarer Republik, in: VfZ 6 (1958), S. 231–262
- ders.: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1963
- Ortwein, Heinz Walter: Mitbestimmungsmechanismen im öffentlichen Dienst. Problemgeschichte und Bausteine einer sozioökonomischen Analyse, Diss. rer. pol. Köln 1983
- Ostler, Fritz: Die deutschen Rechtsanwälte, 1871–1971, Essen 1971
- Paetel, Karl O.: Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus, Göttingen 1965
- Panzer, Arno: Parteipolitische Ansätze der deutschen Bauernbewegung bis 1933, in: Gollwitzer (1977), S. 524–561
- Parlow, Siegfried: Bemerkungen über den Militarismus-Begriff und Vorstellungen zum Krieg bei Ärzten während des 1. Weltkrieges, in: Der Arzt in der politischen Entscheidung (1967), S. 35–47
- ders.: Über einige Aspekte der politisch-ideologischen Haltung der deutschen Ärzte in der Novemberrevolution 1918 bis zum Eisenacher Ärztetag im September 1919, in: Der Arzt in der politischen Entscheidung (1967), S. 49–74
- Patch, William Lewis: Christian Trade Unions in the Politics of the Weimar Republic 1918–1933, Ph. Diss. Yale Univ. 1981
- Patemann, Reinhard: Der Kampf um die preußische Wahlrechtsreform im 1. Weltkrieg, Düsseldorf 1964
- Patton, Craig Dean: Labor Protest in German Inflation 1914–1923: The Case of the Chemical Industry, Ph. Diss. Univ. of California, Berkeley, 1985
- Peck, Abraham J.: Radicals and Reactionaries: The Crisis of Conservatism in Wilhelmine Germany, Washington 1978
- Peter, Lothar: Literarische Intelligenz und Klassenkampf. »Die Aktion« 1911–1932, Köln 1972
- Petzold, Joachim: Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1983

- Peukert, Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt 1987
- Phelps, Reginald H.: Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in: VfZ 11 (1963), S. 274–330
- Piepenstock, Klaus: Die Münchener Tagespresse 1918–1933. Ein Beitrag zur Physiognomie der Stadt und zur Presse und öffentlichen Meinung der Weimarer Republik, Diss. phil. München 1955 (Masch.)
- Pierenkemper, Toni: Die westfälischen Schwerindustriellen 1852–1913. Soziale Struktur und unternehmerischer Erfolg, Göttingen 1979
- ders./Tilly, Richard: Historische Arbeitsmarktforschung. Entstehung, Entwicklung, Probleme der Vermarktung von Arbeitskraft, Göttingen 1982
- Plum, Günter: Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928–1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungs-Bezirks Aachen, Stuttgart 1972
- Pörtner, Paul: The Writers' Revolution: Munich 1918–19, in: JCH 3 (1968), S. 137–151
- Politik in Bayern 1919–1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971
- Polzin, Martin: Kapp-Putsch in Mecklenburg. Junkertum und Land-Proletariat in der revolutionären Krise nach dem 1. Weltkrieg, Rostock 1966
- Poppinga, Onno-Hans: Politisches Verhalten und Bewußtsein deutscher Bauern und Arbeiter-Bauern unter besonderer Berücksichtigung revolutionärer und gegenrevolutionärer Bewegungen und Ansätze, Diss. rer. pol. Hohenheim 1973
- ders.: Bauern und Politik, Frankfurt 1975
- Popplow, Ulrich: Göttingen in der Novemberrevolution 1918/19, in: Göttinger Jahrbuch 24 (1975), S. 205–242
- Portner, Ernst: Der Ansatz zur demokratischen Massenpartei im deutschen Liberalismus, in: VfZ 13 (1965), S. 150–161
- Pothoff, Heinrich: Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, Düsseldorf 1979
- Pothoff, Werner: Die »Mitbestimmung« der Beamten im öffentlichen Dienst. Ihre geschichtliche Entwicklung, gegenwärtige Regelung und Bedeutung (unter bes. Berücks. der Verhältnisse in der Postverwaltung), Diss. rer. pol. Münster 1965
- Priamus, Hans-Jürgen: Angestellte und Demokratie. Die nationalliberale Angestelltenbewegung in der Weimarer Republik, Stuttgart 1979
- Pridham, Geoffrey: The National Socialist Party in Southern Bavaria 1925–1933: A Study of its Development in a Predominantly Roman Catholic Area, Ph. Diss. Univ. of London 1969
- Prinz, Ernst: Erinnerungen eines Kieler Architekten, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte Nr. 58 (1968–72)
- Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1923. Bearb. von Rudolf Morsey und Karsten Ruppert, Mainz 1981
- Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912–1921. Nachdrucke, hrsg. von Dieter Dowe, Berlin/Bonn 1980
- Puhle, Hans-Jürgen: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich 1893–1914. Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1967
- ders.: Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert, Göttingen 1975
- Pulver, Max: Erinnerungen an eine europäische Zeit, Zürich 1953

- Putlitz, Wolfgang Gans Edler Herr zu: Unterwegs nach Deutschland. Erinnerungen eines ehemaligen Diplomaten, Berlin (DDR) 1956
- Raabe, Paul (Hrsg.): Expressionismus. Aufzeichnungen und Erinnerungen der Zeitgenossen, Olten/Freiburg 1965
- Raeder, Erich: Mein Leben, Tübingen 1956/57
- Rakenius, Gerhard W.: Wilhelm Groener als erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung 1918/19, Boppard 1977
- Rasmuss, Heiner: Die Januarkämpfe 1919 in Berlin, Berlin (DDR) 1956
- Rathenau, Walther: Ein preußischer Europäer. Briefe. Hrsg. von M. v. Eynern, Berlin 1955
- ders.: Hauptwerke und Gespräche. Hrsg. von Ernst Schulin, München/Heidelberg 1977
- Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. 2 Teile, Düsseldorf 1969 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 6)
- Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Bearb. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 2)
- Die Regierung Eisner 1918/19. Ministerratsprotokolle und Dokumente. Eingeleitet und bearb. von Franz J. Bauer, Düsseldorf 1987 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 10)
- Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19, Düsseldorf 1976 (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland, Bd. 3)
- Regler, Gustav: Das Ohr des Malchus. Eine Lebensgeschichte, Köln/Berlin 1958
- Reichardt, Fritz: Andreas Hermes, Neuwied 1953
- Reimann, Joachim: Ernst Müller-Meiningen senior und der Linksliberalismus in seiner Zeit. Zur Biographie eines bayerischen und deutschen Politikers (1866–1944), München 1968
- Reinisch, Leonhard (Hrsg.): Die Zeit ohne Eigenschaften. Eine Bilanz der zwanziger Jahre, Stuttgart 1961
- Remig, Hans-Dieter: Die Novemberrevolution in Danzig. Wissenschaftliche Arbeit im Rahmen der 1. Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien, Bonn 1980
- Revolution und Räteherrschaft in München. Aus der Stadtchronik 1918/1919. Zusammengestellt und bearb. von Ludwig Morenz, München/Wien 1968
- Richter, Werner: Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im 1. Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914–1919), Berlin (DDR) 1959
- Riess, Curt: Josef Goebbels. Eine Biographie, Baden-Baden 1950
- Rietzler, Rudolf: »Kampf in der Nordmark«. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919–1928), Neumünster 1982
- Riezler, Kurt: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Eingeleitet und hrsg. von Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972
- Rilke, Rainer Maria/Andreas-Salomé, Lou: Briefwechsel, Zürich/Wiesbaden 1952
- Ringer, Fritz K.: Education and Society in Modern Europe, Bloomington/Indiana 1979
- Ritter, Gerhard A.: Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918–1920, in: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg, Berlin 1970, S. 342–384
- ders. (Hrsg.): Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974
- ders./Miller, Susanne (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918/19. Dokumente, 2. Aufl. Frankfurt 1983

- ders./Tenfelde, Klaus: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, Bonn 1991
- Rive, Richard Robert: Lebenserinnerungen eines deutschen Oberbürgermeisters, Stuttgart 1960
- Rohe, Karl: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966
- Rohkrämer, Thomas: Der Militarismus der »kleinen Leute«. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, München 1990
- Rollins, Vance W.: Artists on the Left: Four Examples from the Weimar Republic, Ph. Diss. Indiana Univ. 1971
- Roloff, Ernst-August: Bürgertum und Nationalsozialismus. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich, Hannover 1960
- ders.: Braunschweig und der Staat von Weimar. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1918–1933, Braunschweig 1964
- Rosenbaum, Eduard/Sherman, A. J.: M. M. Warburg & Co. 1798–1938. Merchant Bankers of Hamburg, New York 1979
- Rosenberg, Alfred: Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der nationalsozialistischen Revolution, Göttingen 1955
- Rosenberg, Arthur: Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt 1961
- ders.: Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1961
- Rosenberg, Hans: Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt 1969
- Rosenhaft, Eve: Gewalt in der Politik. Zum Problem des »Sozialen Militarismus«, in: Müller/Opitz (1977), S. 237–259
- Rößbach, Gerhard: Mein Weg durch die Zeit. Erinnerungen und Bekenntnisse, Weilburg 1950
- Rück, Fritz: November 1918. Die Revolution in Württemberg, Stuttgart 1958
- Rürup, Reinhard: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968
- ders. (Hrsg.): Arbeiter- und Soldatenräte im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, Wuppertal 1975
- ders.: Demokratische Revolution und »dritter Weg«. Die deutsche Revolution von 1918/19 in der neuen wissenschaftlichen Diskussion, in: GuG 9 (1983), S. 278–301
- Runge, Wolfgang: Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965
- Sackett, Robert Eben: The Message of Popular Entertainment and the Decline of the Middle Class in Munich, 1900–1923, Ph. Diss. Washington Univ. St. Louis 1980
- Sahm, Heinrich: Erinnerungen aus meinen Danziger Jahren 1919–1930, Marburg 1955
- Salewski, Michael: Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927, München 1966
- Sander, Hartmut: Die politischen Wahlen im Regierungsbezirk Koblenz 1918–1924, Diss. phil. Bonn 1971 (Masch.)
- Sauer, Wolfgang: Das Bündnis Ebert-Groener. Eine Studie über Notwendigkeit und Grenzen der militärischen Macht, Diss. phil. Berlin 1957 (Masch.)
- ders.: Die Mobilmachung der Gewalt, in: Bracher, Karl Dietrich/Sauer, Wolfgang/Schulz, Gerhard: Die nationalsozialistische Machtergreifung, Teil 3, Köln/Opladen 1962
- Sauerbruch, Ferdinand: Das war mein Leben, Bad Wörishofen 1951
- Saul, Klaus: Der »Deutsche Kriegerbund«. Zur innenpolitischen Funktion eines

- »nationalen« Verbandes im kaiserlichen Deutschland, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/1969, S. 95–159
- ders.: Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903–1914, Düsseldorf 1974
- ders.: Der Kampf um das Landproletariat. Sozialistische Landagitation, Großgrundbesitz und preußische Staatsverwaltung 1890–1903, in: AfS 15 (1975), S. 163–208
- ders.: Konstitutioneller Staat und betriebliche Herrschaft. Zur Arbeiter- und Beamtenpolitik der preußischen Staatseisenbahnverwaltung 1890–1914, in: Stegmann/Wendt/Witt (1978), S. 315–336
- ders.: »Verteidigung der bürgerlichen Ordnung« oder Ausgleich der Interessen? Arbeitgeberpolitik in Hamburg-Altona 1896–1914, in: Herzig/Langewiesche/Sywottek (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg, Hamburg 1983, S. 261–282
- Schacht, Hjalmar: 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953
- Schade, Franz: Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie, Hannover 1961
- Scheck, Manfred: Zwischen Weltkrieg und Revolution. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1920, Köln/Wien 1981
- Schelm-Spangenberg, Ursula: Die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig. Gründung, Entwicklung, soziologische Struktur, politische Arbeit, Braunschweig 1964
- Scheuengflug, Otto: Johann Sassenbach. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, Hannover/Frankfurt 1959
- Schickele, René: Werke in drei Bänden, Köln/Berlin 1959
- Schiefler, Gustav: Eine Hamburgische Kulturgeschichte 1890–1920. Beobachtungen eines Zeitgenossen, Hamburg 1985
- Schlange-Schöningen, Hans: Am Tage danach, Hamburg 1946
- Schmidt, Ernst-Heinrich: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981
- Schmidt, Peter: Die Revolutionszeit in Stadt und Amt Recklinghausen. Von der Revolution im November 1918 bis zum Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920, in: Vestische Zeitschrift. Zs. der Vereine für Orts- und Heimatkunde im Vest Recklinghausen 76 (1977), S. 65–122
- Schmidt, Sigurd-Herbert: Bürgerräte in Groß-Berlin 1918–1919. Eine Organisation der Bourgeoisie im Kampf gegen Arbeiter- und Soldatenräte, Diss. phil. Humboldt-Universität Berlin (DDR) 1984
- Schmillen, Franz-Josef: Revolution und Rätebewegung 1918/19 im Rheinland. Strukturen, Dokumente, Fragestellungen, Frankfurt/Berlin 1980
- Schmolze, Gerhard (Hrsg.): Revolution und Räterepublik in München 1918/19 in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1969
- Schnath, Georg: Göttinger Tagebuch Oktober 1918 bis März 1919, in: Göttinger Jahrbuch 24 (1976), S. 171–203
- Schneider, Michael: Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918–1933, Berlin/Bonn 1975
- ders.: Aussperrung. Ihre Geschichte und Funktion vom Kaiserreich bis heute, Frankfurt 1980
- ders.: Die christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982
- Schön, Eberhardt: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim/Glan 1972
- Schoenberger, Franz: Bekenntnisse eines europäischen Intellektuellen, Icking/München 1964

- Schönhoven, Klaus: Die Bayerische Volkspartei 1924–32, Düsseldorf 1972
- Schramm, Percy Ernst: Neun Generationen. Dreihundert Jahre deutscher »Kulturgeschichte« im Lichte der Schicksale einer Hamburger Bürgerfamilie (1648–1948), 2 Bde., Göttingen 1964
- Schröder, Ernst: Otto Wiedfeldt. Eine Biographie, Essen 1964
- Schubert, Helga: Der Generalstreik in Mitteldeutschland 1919, Halle o. J.
- Schubert, Helmuth: Admiral Adolf von Trotha (1868–1940). Ein Versuch zur historisch-psychologischen Biographik, Diss. phil. Freiburg 1976
- Schüddekopf, Otto-Ernst: Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933, Hannover 1955
- ders.: Nationalbolschewismus in Deutschland, Frankfurt 1973
- Schueler, Hans: Auf der Flucht erschossen. Felix Fechenbach 1894–1933, Berlin 1984
- Schüren, Ulrich: Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, Düsseldorf 1978
- Schütt, Ernst-Christian: Der Arbeiter- und Soldatenrat in Eutin, in: Jahrbuch für Heimatkunde im Kreis Plön 5 (1975), S. 86–92
- Schütze, Karl-Robert: Heinrich Vogeler, Worpswede. Leben und architektonisches Werk, Diss. phil. Technische Univ. Berlin 1980
- Schult, Johannes: Geschichte der Hamburger Arbeiter 1890–1919, Hannover 1967
- Schulte, Bernd-Felix: Die deutsche Armee 1900–1914. Zwischen Beharren und Verändern, Düsseldorf 1977
- Schultendorff, Walther von: Proletarier und Pratorianer. Bürgerkriegssituationen aus der Frühzeit der Weimarer Republik, Köln 1966
- Schulz, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. 1, Berlin 1963
- ders.: Das Zeitalter der Gesellschaft. Aufsätze zur politischen Sozialgeschichte der Neuzeit, München 1969
- ders.: Räte, Wirtschaftsstände und die Transformation des Verbandswesens am Anfang der Weimarer Republik, in: Ritter (1974), S. 355–366
- ders.: Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt/Berlin 1975
- Schulze, Gerhard: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen, Diss. phil. Akademie der Wissenschaften Berlin (DDR) 1972
- Schulze, Hagen: Freikorps und Republik 1918–1920, Boppard 1969
- ders.: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Berlin 1977
- ders.: Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1982
- Schumacher, Martin: Mittelstandsfrente und Republik 1919–1933. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933, Düsseldorf 1972
- ders.: Stabilität und Instabilität. Wahlentwicklung und Parlament in Baden und Braunschweig 1918–1933, in: Ritter (1974), S. 389–417
- ders.: Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923, Düsseldorf 1978
- Schumann, Wolfgang: Oberschlesien 1918/19. Vom gemeinsamen Kampf deutscher und polnischer Arbeiter, Berlin (DDR) 1961
- Schunke, Joachim: Schlacht um Halle. Die Abwehr des Kapp-Putsches in Halle und Umgebung, Berlin (DDR) 1956
- Schustereit, Hartmut: Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919–1930, Düsseldorf 1975
- Schwabe, Klaus: Die deutschen Professoren und die Grundfragen des 1. Weltkrieges, Diss. phil. Freiburg 1958



- ders.: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des 1. Weltkrieges, Göttingen 1969
- ders.: Versailles nach 60 Jahren, in: Neue politische Literatur 24 (1979), S. 446–465
- ders.: Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945, Boppard 1985
- Schwarz, Jürgen: Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik, Berlin 1971
- Schwarz, Klaus Dieter: Weltkrieg und Revolution in Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1971
- Schwarzwälder, Herbert: Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 3, Hamburg 1983
- Schwend, Karl: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954
- Seelbach, Ulrich: Die Rätebewegung im Kreis Gießen 1918/19, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins N. F. 60 (1975), S. 43–91
- Seemann, Ulrich: Über das politische Verhalten der Ärzteschaft im Kampf des deutschen Volkes um die Lösung der nationalen Frage während der Zeit der Weimarer Republik, Habil. Schrift Univ. Rostock 1963 (Masch.)
- Seidl, Michael: Die Rätebewegung im Landeskommisariatsbezirk Freiburg, November 1918 bis Dezember 1919, Wissenschaftliche Hausarbeit, Univ. Mannheim 1981
- Seifert, Waltraud: Deutsche Schriftsteller und die Novemberrevolution, in: Heinz Habedank (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Novemberrevolution, Berlin (DDR) 1960, S. 62–72
- Sender, Toni: Autobiographie einer deutschen Rebellin, Frankfurt 1981
- Sendtner, Kurt: Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954
- Severing, Karl: Mein Lebensweg, Köln 1950
- Siegrist, Hannes: Gebremste Professionalisierung. Das Beispiel der Schweizer Rechtsanwaltschaft im Vergleich zu Frankreich und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Conze/Kocka (1985), S. 301–331
- ders. (Hrsg.): Bürgerliche Berufe. Zur Sozialgeschichte der freien und akademischen Berufe im internationalen Vergleich, Göttingen 1988
- Sieh, Hans G. K.: Der Hamburger Nationalistenklub. Ein Beitrag zur Geschichte der christlich-konservativen Strömungen in der Weimarer Republik, Diss. phil. Mainz 1963
- Sieverding, Elisabeth: Stellung und Politik des Beamtenrats in der hamburgischen Rätebewegung 1918–1923, Wissenschaftliche Hausarbeit für das Lehramt an Gymnasien, Hamburg 1986
- Simon, Klaus: Die württembergischen Demokraten. Ihre Stellung und Arbeit im Parteien- und Verfassungssystem in Württemberg und im Deutschen Reich 1890–1920, Stuttgart 1969
- Sinsheimer, Hermann: Gelebt im Paradies. Erinnerungen und Begegnungen, München 1953
- Sloterdijk, Peter: Kritik der zynischen Vernunft, 2 Bde., Frankfurt 1983
- Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1968
- Southern, David B.: Antidemokratischer Terror in der Weimarer Republik: »Fememorde« und »Schwarze Reichswehr«, in: Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld (Hrsg.): Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, S. 381–393

- Späth, Manfred: Die Professionalisierung von Ingenieuren in Deutschland und Rußland 1800–1914, in: Conze/Kocka (1985), S. 561–588
- Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung 1919–1920, Düsseldorf 1986 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe, Bd. 7)
- Speckner, Herbert: Die Ordnungszelle Bayern. Studien zur Politik des bayerischen Bürgertums, insbesondere der BVP, von der Revolution bis zum Ende des Kabinetts Dr. v. Kahr, Diss. phil. Erlangen 1955
- Speier, Hans: Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918–1933, Göttingen 1977
- Spindler, Max (Hrsg.): Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, 1800–1970, 2 Bde., München 1974/75
- Spitta, Theodor: Aus meinem Leben. Bürger und Bürgermeister in Bremen, München 1969
- Spree, Reinhard: Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod. Zur Sozialgeschichte des Gesundheitsbereichs im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1981
- Stachura, Peter D.: Gregor Strasser and the Rise of Nazism, London 1983
- Stamm, Conny: Die Einwohnerwehr der Stadt Schleswig 1919/20. Lokale Sicherheitspolitik und bürgerliche Restauration, in: Beiträge zur Schleswiger Stadtgeschichte 22 (1977), S. 121–139
- Steger, Bernd: Berufssoldaten oder Prätorianer? Die Einflußnahme des bayerischen Offizierskorps auf die Innenpolitik in Bayern und im Reich 1918–1924, Frankfurt 1980
- Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland. Sammlungspolitik 1897–1918, Köln/Berlin 1970
- ders.: Zwischen Repression und Manipulation. Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910–1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der NSDAP, in: Afs 12 (1972), S. 351–432
- ders.: Vom Neokonservatismus zum Proto-Faschismus. Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893–1920, in: Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt (Hrsg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1983, S. 199–230
- ders.: Konservatismus und nationale Verbände im Kaiserreich. Bemerkungen zu einigen neueren Veröffentlichungen, in: GuG 10 (1984), S. 409–420
- ders./Wendt, Bernd-Jürgen/Witt, Peter-Christian (Hrsg.): Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum 70. Geburtstag, Bonn 1978
- Steinberg, Michel Stephen: Sabers and Brown Shirts. The German Students' Path to National Socialism 1918–1935, Chicago/London 1977
- Steinborn, Peter: Grundlagen und Grundzüge Münchener Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik. Zur Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt im 20. Jahrhundert, München 1968
- Steiner, Johannes (Hrsg.): Prophetien wider das Dritte Reich. Aus den Schriften des Dr. Fritz Gerlich und des Paters Ingbert Naab, München 1946
- Steinhilber, Wilhelm: Die Staatsumwälzung 1918–20 in Heilbronn, in: Historischer Verein Heilbronn, Veröffentlichungen 24 (1963), S. 238–263
- Steinisch, Irmgard: Linksradikalismus und Rätebewegung im westlichen Ruhrgebiet. Die revolutionären Auseinandersetzungen in Mülheim/Ruhr, in: Rürup (1975), S. 155–237
- Stephan, Werner: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973

- Stoltenberg, Gerhard: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–33. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1962
- Stülpnagel, Joachim von: 75 Jahre meines Lebens, Oberaudorf 1955
- Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967
- ders.: Staatsstreichgedanken im Bismarckreich, in: HZ 209 (1969), S. 566–615
- ders.: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königstein 1980
- ders.: Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918, Berlin 1983
- Stupperich, Amrei: Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei (1918–1933), Göttingen 1982
- Süle, Tibor: Preußische Bürokratietradition. Zur Entwicklung von Verwaltung und Beamtenschaft in Deutschland 1871–1918, Göttingen 1988
- (Tantzen, Th.): Theodor Tantzen, 1877–1947. Gedenkschrift anlässlich seines 100. Geburtstages am 14. 6. 1977, hrsg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung, Oldenburg 1977
- Technik, Ingenieure und Gesellschaft, Geschichte des Vereins Deutscher Ingenieure 1856–1981, hrsg. von Karl-Heinz Ludwig, Düsseldorf 1981
- Tenfelde, Klaus/Volkman, Heinrich (Hrsg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981
- Thaer, Albrecht von: Generalstabsdienst an der Front und in der OHL. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915–1919, Göttingen 1958
- Thamer, Hans-Ulrich: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986
- Theweleit, Klaus: Männerphantasien, 2 Bde., Frankfurt 1977
- Thiess, Frank: Verbrannte Erde, Wien/Hamburg 1963
- Thimme, Annelise: Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969
- Thoma, Ludwig: Ein Leben in Briefen (1875–1921), München 1963
- Thoss, Bruno: Der Ludendorff-Kreis 1919–1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch, München 1978
- Thränhardt, Dietrich: Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953, Düsseldorf 1973
- ders.: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1986
- Thyssen, Thyse: Bauer und Standesvertretung. Werden und Wirken des Bauerntums in Schleswig-Holstein seit der Agrarreform, Neumünster 1958
- Tietz, Georg: Hermann Tietz. Geschichte einer Familie und ihrer Warenhäuser, Stuttgart 1965
- Tippelskirch, Gerd Dieter von: Agrarhistorische Ausschnitte aus der Zeit von 1893 bis 1924 im Lichte des Wirkens von Dr. Gustav Roesicke, Stollhamm o. J.
- Tobin, Elizabeth H.: The Revolution in Düsseldorf, Ph. Diss. Princeton 1984
- Töpner, Kurt: Gelehrte Politiker und politisierende Gelehrte. Die Revolution von 1918 im Urteil deutscher Hochschullehrer, Göttingen 1970
- Toller, Ernst: Eine Jugend in Deutschland, Hamburg 1963
- Tormin, Walter: Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954
- Tradition und Widerspruch. 175 Jahre Kunstakademie München, München 1985
- Trealease, Allan W.: White Terror. The KuKluxKlan. Conspiracy and Southern Reconstruction, London 1972

- Tucholsky, Kurt: *Ausgewählte Briefe 1913–1935*, Reinbek 1962  
 ders.: *Gesammelte Werke in 10 Bänden*, Hamburg 1975
- Turner, Henry Ashby jr.: *Stresemann and the Politics of the Weimar Republic*, Princeton 1963
- Tutzke, Dietrich: *Alfred Grotjahn*, Leipzig 1979
- Tyrell, Albrecht (Hrsg.): *Führer befehl... Selbstzeugnisse aus der »Kampfzeit« der NSDAP. Dokumentation und Analyse*, Düsseldorf 1969
- Ullrich, Volker: *Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des 1. Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19*, Diss. phil. Hamburg 1976
- Unger, Ilse: *Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957*, Stuttgart 1979
- Universität Hamburg 1919–1969, Hamburg 1969
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. 2, Berlin 1959
- Vogeler, Heinrich: *Erinnerungen*, Berlin (DDR) 1952
- Vogelsang, Thilo: *Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932*, Stuttgart 1962
- Vogler, Wilhelm: *Probleme des Klassenkampfes zwischen den Landarbeitern und Gutsbesitzern im Regierungs-Bezirk Merseburg (1918–1923)*, Diss. phil. Halle-Wittenberg 1973 (Masch.)
- Vogt, Adolf: *Oberst Max Bauer. Generalstabsoffizier im Zwielficht. 1869–1929*, Osnabrück 1974
- Voigt, Harald: *Der Sylter Weg ins Dritte Reich. Die Geschichte der Insel Sylt vom Ende des 1. Weltkrieges bis zu den Anfängen der nationalsozialistischen Diktatur. Eine Fallstudie*, Münsterdorf 1977
- Volkman, Heinrich/Bergmann, Jürgen (Hrsg.): *Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung*, Opladen 1984
- Vollertsen, Nils: *Der Kapp-Putsch in Schleswig, 13.–20. März 1920*, in: *Beiträge zur Schleswiger Stadtgeschichte* 24 (1979), S. 139–166
- Vondung, Klaus (Hrsg.): *Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen*, Göttingen 1976
- ders. (Hrsg.): *Kriegserlebnis. Der Erste Weltkrieg in der literarischen Gestaltung und symbolischen Deutung der Nationen*, Göttingen 1980
- Die Vorbereitung und Durchführung der Novemberrevolution 1918 im Lande Gotha. Eine Aktenpublikation, bearb. von Ulrich Hess, Gotha 1960
- Voß, Eberhard: *Revolutionäre Ereignisse und Probleme des Klassenkampfes zwischen Landarbeitern und Gutsbesitzern in den Jahren 1921 bis 1923 in Deutschland*, Diss. phil. Rostock 1964 (Masch.)
- Wagner, Johannes Volker: *Hakenkreuz über Bochum. Machtergreifung und nationalsozialistischer Alltag in einer Revierstadt*, Bochum 1983
- Wahl, Karl: *»...es ist das deutsche Herz...« Erlebnisse und Erkenntnisse eines ehemaligen Gauleiters*, Augsburg 1954
- Waite, Robert G. L.: *Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918–1923*, Cambridge/Mass. 1970
- Waldman, Eric: *Spartakus. Der Aufstand von 1919 und die Krise der deutschen sozialistischen Bewegung*, Boppard 1967
- Walter, Bruno: *Thema und Variationen. Erinnerungen und Gedanken*, Frankfurt 1950

- Walter, Friedrich: Schicksal einer deutschen Stadt. Geschichte Mannheims 1907–1945, Bd. 1: 1907–1924, Frankfurt 1949
- Warburg, Max M.: Aus meinen Aufzeichnungen, New York 1952
- Watt, Richard M.: Der Kaiser geht... Deutschland zwischen Revolution und Versailles, Frankfurt 1971
- Weber, Hermann: Kommunismus in Deutschland 1918–1945, Darmstadt 1983
- Weber, Marianne: Erfülltes Leben, Heidelberg 1946
- dies.: Lebenserinnerungen, Bremen 1948
- Weber, Ullrich: Würzburg vom Novemberumsturz zur Räterepublik, in: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst 25 (1973), S. 81–134
- Wehler, Hans-Ulrich: Bismarck und der Imperialismus, Köln/Berlin 1969
- ders.: Das Deutsche Kaiserreich 1891–1918, Göttingen 1973
- ders.: Der Aufstieg des Organisierten Kapitalismus und Interventionsstaats in Deutschland, in: H. A. Winkler (Hrsg.), Organisierter Kapitalismus (1974), S. 36ff.
- ders.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, München 1987ff.
- ders.: Aus der Geschichte lernen? Essays, München 1988
- Weidmüller, Helmut: Die Berliner Gesellschaft während der Weimarer Republik, Diss. phil. FU Berlin 1956 (Masch.)
- Wein, Josef: Die Verbandsbildung im Einzelhandel. Mittelstandsbewegung, Organisationen der Großbetriebe, Fachverbände, Genossenschaften und Spitzenverband, Berlin 1968
- Weisbrod, Bernd: Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978
- Werner, Andreas: SA und NSDAP. SA: »Wehrverband«, »Parteitruppe« oder »Revolutionsarmee«? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920–1933, Diss. phil. Erlangen 1964
- Wernette, Dee Richard: Political Violence and German Elections: 1930 and July 1932, Ph. Diss. Ann Arbor 1974
- Wette, Wolfram: Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987
- Whalen, Robert Weldon: Bitter Wounds. German Victims of the Great War 1914–1918, Ph. Diss. Cornell Univ. 1982
- Wheeler-Bennett, John W.: Der hölzerne Titan. Paul von Hindenburg, Tübingen 1969
- Wiese, Leopold von: Köln im November und Dezember 1918, in: Kultur und Wirtschaft im rheinischen Raum, Mainz 1949, S. 19–25
- ders.: Lebenserinnerungen, Köln 1957
- Wiesemann, Falk: Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/33, Berlin 1975
- Willett, John: Explosion der Mitte. Kunst und Politik 1917–1933, München 1978
- Williamson, John G.: Karl Helfferich 1872–1924. Economist, Financier, Politician, Princeton 1971
- Wilmowsky, Tilo von: Rückblickend möchte ich sagen... An der Schwelle des 150jährigen Krupp-Jubiläums, Oldenburg/Hamburg 1961
- Wilpert, Gabriele: Wahlflugblätter aus der Weimarer Zeit. Untersuchungen zur historischen Ausprägung eines Texttypus, Göppingen 1978
- Wimmer, Walter: Das Betriebsrätegesetz von 1920 und das Blutbad vor dem Reichstag, Berlin (DDR) 1957
- Winkler, Heinrich August: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972

- ders. (Hrsg.): *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974
- ders.: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Berlin/Bonn 1984
- ders.: *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924–1930*, Berlin/Bonn 1985
- ders.: *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933*, Berlin/Bonn 1987
- Winter, Irina: *Ärzte und Arbeiterklasse in der Weimarer Republik*, in: *Ärzte an der Seite der Arbeiterklasse (1977)*, S. 25–37
- Wirth, Günter: *November 1918–November 1968. Eine geschichtliche Studie und zeitgemäße Betrachtung*, Berlin (DDR) 1968
- Witt, Peter-Christian: *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Deutschland*, Lübeck/Hamburg 1970
- ders.: *Friedrich Ebert 1871–1925*, Bonn-Bad Godesberg 1971
- ders.: *Eine Denkschrift Otto Hoetzschs vom 5. 11. 1918*, in: *VfZ* 21 (1973), S. 337–353
- ders.: *Konservatismus als »Überparteilichkeit«. Die Beamten der Reichskanzlei zwischen Kaiserreich und Republik 1900–1933*, in: *Stegmann/Witt/Wendt (1983)*, S. 231–280
- ders.: *Friedrich Ebert. Parteiführer, Reichskanzler, Volksbeauftragter, Reichspräsident*, 2. Aufl. Bonn 1988
- Wittwer, Wolfgang W.: *Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen*, Berlin 1980
- Witzmann, Georg: *Thüringen von 1918–1933. Erinnerungen eines Politikers*, Meisenheim/Glan 1958
- Wohlfeil, Rainer: *Heer und Republik*, in: *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648–1945*, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3, Abschnitt 6, München 1979
- Wolff, Kurt: *Briefwechsel eines Verlegers, 1911–1963*, Frankfurt 1966
- Wright, J. R. C.: *'Above Parties'. The Political Attitudes of the German Protestant Church Leadership 1918–1933*, London 1974
- Wrobel, Kurt: *Zur Rolle der zentralen Marinesoldatenräte in der Novemberrevolution*, in: *Zs. für Militärgeschichte* 8 (1969), S. 288–300
- Würzburgs Sozialdemokraten. *Vom Arbeiterverein zur Sozialdemokratischen Volkspartei, 1868–1978*, Würzburg 1978
- Wulf, Peter: *Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928–1932*, Köln/Opladen 1969
- ders.: *Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918–1924*, Stuttgart 1979
- Wulff, Heinrich: *Geschichte und Gesicht der bremischen Lehrerschaft. Gestalten und Generationen aus hundert Jahren (1848–1948)*, 2 Bde., Bremen 1950
- Wulff, Reimer: *Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922–1928*, Diss. phil. Marburg 1968
- Wurgaft, Lewis D.: *Kurt Hiller and the Politics of Action on the German Left 1914–1933*, Philadelphia 1977
- Wurm, Theophil: *Erinnerungen aus meinem Leben*, Stuttgart 1953
- Zammito, John Henry: *Art and Action in the Metropolis: The Berlin Avant-garde 1900–1930*, Ph. Diss. Univ. California Berkeley, 1978

- Zechlin, Egmont: Deutschland zwischen Kabinetts- und Wirtschaftskrieg. Politik und Kriegführung in den ersten Monaten des Weltkrieges 1915, in: HZ 199 (1964), S. 347ff.
- Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik. 19.12.1918 bis 8.4.1919, Leiden 1968 (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Bd. 1)
- Ziehm, Ernst: Aus meiner politischen Arbeit in Danzig 1914–1939, Marburg 1956
- Zorn, Wolfgang: Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert, München 1986
- Zum 40. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution. Beiträge zum Verlauf und den Auswirkungen der Novemberrevolution im sächsischen Steinkohlenbergbau, Berlin (DDR) 1959
- Zunkel, Friedrich: Der Rheinisch-Westfälische Unternehmer 1834–1879. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, Köln/Opladen 1962
- ders.: Die Gewichtung der Industriegruppen bei der Etablierung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik (1974), S. 637–647
- Die Zwanziger Jahre in München. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 1979, München 1979
- Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918–1920, Düsseldorf 1977 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2. Reihe, Bd. 2)
- Zwischen Römer und Revolution. 1869–1969. Hundert Jahre Sozialdemokraten in Frankfurt am Main, Frankfurt 1969

# Ortsregister

- Aachen 56  
Ahrweiler 497  
Altenburg 531  
Altenkirchen 327  
Altmark 426  
Allgäu 223  
Altona 62, 92, 94, 104, 147, 168, 205,  
210, 212, 431, 510  
Anhalt 64  
Aschaffenburg 129  
Auerbach 347  
Augsburg 72, 77, 119, 188, 223
- Baden 54, 62, 73, 75, 128, 132, 150, 152,  
195, 297, 340, 446, 458, 479  
Baden-Baden 62  
Bad Godesberg 400  
Bad Kreuznach 177  
Bad Reichenhall 253  
Bad Wildungen 416  
Bamberg 223  
Barmen 233, 276, 322  
Bayern 54, 64-65, 73-75, 86-89, 97,  
101, 116, 127-128, 133, 141, 145,  
149-150, 152-155, 157-159, 162,  
164, 170, 172, 176, 183-184, 188,  
195, 206, 223-224, 236-237, 247,  
249-253, 257, 259, 276, 286-287,  
294, 298-299, 302, 307-308, 315,  
317, 325-327, 333-334, 336,  
338-339, 352-353, 360-361, 374,  
385-386, 389, 391, 425, 432,  
437-438, 446, 465, 471, 479, 481, 507
- Beckum 148  
Bergedorf 147  
Bergisches Land 324  
Berlin 50, 53, 55-56, 59, 61-66, 68, 72,  
76-78, 80-81, 86-87, 89, 92-94, 96,  
98, 100, 102-105, 107-111, 113, 118,  
122-123, 126, 130-133, 135-137,  
146-149, 153-156, 158, 161-162,  
164, 168, 170-171, 176-179,  
181-182, 184, 188, 197-200, 209,  
216, 218, 223, 226-228, 233,  
236-238, 248, 251-253, 259, 261,  
275-276, 281, 283-284, 288, 290,  
292, 294, 296-297, 300-302,  
314-315, 330, 336, 339, 347-349,  
354, 376-377, 381, 391, 396, 398,  
416, 419, 427, 432, 442, 454, 458, 468,  
486, 491, 503, 513, 529, 531
- Bielefeld 55, 324  
Bochum 316  
Bövinghausen 75  
Bonn 55  
Brandenburg 64, 236, 267-268, 327,  
333-335, 347, 382, 425, 479, 497  
Braunschweig 63, 65-67, 96, 178, 218,  
238-239, 252, 262, 315, 322, 327,  
351, 385, 392, 416, 427-428, 481, 541  
Bremen 63, 65-68, 72, 77, 96, 119, 152,  
181, 199-202, 206-207, 209-210,  
212, 220-222, 236, 252, 258-260,  
276, 297, 325, 419, 421, 425, 430, 463,  
469, 471, 473, 476, 531



- Bremerhaven 201  
 Breslau 54, 234, 381, 391, 414, 442, 505  
 Bruchsal 62  
 Burghausen 488  
  
 Celle 233-234  
 Charlottenburg 55, 135  
 Chemnitz 238, 348, 352, 442, 531  
 Coburg-Gotha 294  
 Coburg 386  
 Coßmannsdorf 531  
 Cimmitschau 347  
  
 Dachau 396  
 Dahlem 200  
 Danzig 73, 80, 149, 161, 209, 309, 472  
 Darmstadt 416, 518  
 Delmenhorst 233  
 Dessau 54  
 Deuben 416  
 Dorsten 203, 416  
 Dortmund 75, 101, 103, 234, 322, 381,  
 416, 452  
 Dresden 118, 170, 194, 234, 238, 254,  
 259-260, 314, 325, 347, 416  
 Düsseldorf 122-123, 144, 153,  
 176-178, 182, 204-205, 209, 276,  
 337-338, 381, 430, 472  
 Duisburg 322, 387, 516  
  
 Eberbach 62, 423  
 Eifel 62  
 Eisenach 212-213  
 Eisleben 65, 67, 416, 423  
 Elberfeld 65-67, 81, 177, 203, 247, 253,  
 297, 316, 322, 381, 416, 425, 463, 484  
 Erfurt 103, 204, 212, 214, 244, 416, 423,  
 452  
 Essen 55, 102, 176, 233, 238-239, 322,  
 324, 337, 430, 516  
 Ettenheim 62, 65, 75  
 Ettlingen 66, 414  
 Eutin 76  
  
 Frankfurt/M. 66, 68, 71, 103, 109, 117,  
 119, 138, 195, 203, 233-235, 249,  
 260, 262, 287, 297, 316, 322,  
 415-416, 419, 486  
 Frankfurt/O. 333, 428  
 Freiburg i. B. 55, 64, 73, 415  
 Freimann 89  
 Friedenau 182, 255  
 Fürth 276  
  
 Gelnhausen 518  
 Gießen 75-76, 416  
 Glauchau 62  
 Glückstadt 233  
 Görlitz 54  
 Göttingen 322, 377, 414  
 Gotha 212-213  
 Greifswald 54, 211  
 Greiz 73, 416  
 Gronau 322  
 Grünberg 75  
  
 Hagen 62, 72, 206, 484  
 Haidhausen 180  
 Halle 182, 211-213, 381, 474  
 Hamburg 85-86, 89-96, 101, 103-104,  
 108, 129, 131, 133-134, 145, 147,  
 150-153, 159, 161-164, 176-177,  
 184, 186, 199, 201, 207, 210, 233,  
 237-239, 249, 258-259, 261, 276,  
 296-297, 299-300, 303-305, 316,  
 337-338, 354, 385, 387, 389, 391,  
 429, 442, 458, 462-463, 471,  
 479-480, 486, 491, 505, 509-510,  
 513-514, 518, 538-540  
 Hamm 473  
 Hanau 347, 416  
 Hannover 65, 67, 131, 170, 247, 253,  
 274, 416, 422, 427, 441-442  
 Harburg 104, 147, 153  
 Haßlach 62, 65  
 Heidelberg 55  
 Heilbronn 446  
 Helmstedt 218  
 Herne 336  
 Hersfeld 383  
 Hervest 73, 75, 202-203, 416  
 Hessen 54, 65, 327, 337, 347, 425, 446,  
 479  
 Höxter 54  
 Hof 486  
 Hohenstein-Ernstthal 347  
  
 Iserlohn 55  
  
 Jena 347, 425  
 Jülich 62, 65, 413  
 Jüterbog 233  
  
 Kaiserswerth 338  
 Karlsruhe 56, 119, 128, 130, 133, 195,  
 296-297, 442, 453  
 Kassel 72, 77, 101, 148, 170, 195, 199,  
 234, 237, 247, 253-254, 381, 441,  
 452, 455, 463, 467

- Kattowitz 54  
 Kiel 169–172, 177, 203, 247, 253, 260,  
 316, 521  
 Koblenz 54–55, 391  
 Köln 56, 119, 128, 130, 177, 296–297,  
 439, 442  
 Königsberg 129–131, 133, 182, 296,  
 333–334, 442  
 Konstanz 62  
 Kreuznach 497  
 Kurhessen 520  
  
 Lahr 56, 62  
 Landshut 378  
 Lausitz 425  
 Leipzig 63, 65, 67, 69, 72, 76, 81, 86, 96,  
 99, 103, 106, 108, 119, 123, 130, 178,  
 195, 204, 211, 214, 217, 234, 238, 247,  
 253–258, 260, 262, 288, 297, 316,  
 319, 323–324, 348–349, 351, 416,  
 425, 442, 474, 489–490, 514, 517, 531  
 Lennep 56  
 Leverkusen 54  
 Lichterfelde 489  
 Liegnitz 54, 428  
 Lippstadt 54  
 Lörrach 62, 66, 72, 75, 423  
 Ludwigsburg 65  
 Lübeck 62, 65, 73, 76, 322, 386, 392,  
 425, 541  
 Lüneburg 146–147  
  
 Magdeburg 55, 174, 177, 428  
 Mannheim 56, 62, 65–66, 119, 176, 195  
 Mansfeld 67  
 Marburg 381  
 Marienwerder 334  
 Markranstädt 489, 530  
 Mayen 62  
 Mecklenburg 51, 54, 144, 335, 347, 426,  
 479  
 Menden 54  
 Merseburg 212–213  
 Mittelfranken 223  
 Mitteldeutschland 211, 216–218, 227,  
 233–234, 272, 290, 353, 475,  
 516–517, 532  
 Mülcheln 416  
 Mülheim 205, 209, 322  
 München 50, 63–64, 67, 71–73, 75, 77,  
 80–81, 86–89, 101–103, 105, 109,  
 116–119, 121–122, 125, 127–131,  
 133, 136, 143–144, 169–170, 172,  
 176, 179–181, 183, 187–188,  
 207–208, 222–224, 236–238, 242,  
 247, 251, 259–260, 276, 283, 285,  
 296, 298–299, 307, 309, 316, 323,  
 325, 336, 338, 376, 378, 385, 394, 396,  
 424–425, 436, 442, 476–477, 479,  
 482, 487, 519  
 Münster 56, 148–149, 153, 178,  
 202–203, 258, 322, 333, 381, 419  
 Munster 170  
  
 Neukölln 126, 145, 153, 453  
 Neumünster 391  
 Neustettin 505  
 Neu-Ulm 170  
 Neumark 335  
 Neuwied 56  
 Neviges 233  
 Niedersachsen 425  
 Nördlingen 66  
 Norddeutschland 234, 273, 313, 383  
 Nordhausen 416  
 Nordhessen 517  
 Nordwestdeutschland 236, 258, 274,  
 322, 328, 479, 481  
 Nortorf 233  
 Nürnberg 72, 143, 284, 398  
  
 Oberbayern 223  
 Oberhausen 322, 516, 528  
 Oberpfalz 223  
 Oberschlesien 261–262, 264, 346, 518  
 Offenbach 55, 62  
 Offenburg 66, 68, 72  
 Oldenburg 65, 201, 416, 442  
 Oranienburg 349  
 Osterholz 119  
 Ostdeutschland 272  
 Ostfriesland 322  
 Ostpreußen 54, 291, 335, 353, 426, 453,  
 465, 479, 517, 521  
  
 Paderborn 336  
 Passau 291  
 Pfalz 428  
 Plauen 238, 347, 416, 516  
 Pommern 54, 206, 236, 238, 250–251,  
 264–265, 272, 294, 319, 322,  
 324–325, 327, 332, 335, 352–353,  
 360, 380, 386, 426, 479, 496  
 Posen 426, 479  
 Preußen 50, 52, 75, 89–90, 107,  
 114–115, 122–123, 144, 146–147,  
 149, 153–154, 159–161, 167, 171,  
 184–185, 197, 233, 247, 253, 257,  
 267, 276, 286–287, 291, 293,

- 300-301, 314, 324-326, 333-335,  
337, 365, 433, 445-446  
Pyritz 233, 321
- Radeberg 234  
Recklinghausen 55  
Remscheid 204, 350, 416, 486, 515  
Rendsburg 235-236, 337, 353  
Rheinland 72, 236, 262, 294, 324, 336,  
470, 479  
Rheinland-Westfalen 236, 248, 273,  
322, 324, 327, 337, 346, 425, 479, 528  
Rheinpfalz 54  
Rosenheim 62, 253, 416  
Rostock 416  
Ruhrgebiet 209, 227, 253, 264, 290, 315,  
318-322, 324, 336, 341, 361
- Saarbrücken 416  
Sachsen 64, 72, 86, 173, 219, 234, 236,  
238, 247-248, 254, 257, 264, 322,  
325, 333, 335-336, 347-348, 351,  
384, 425, 432, 446, 479, 481-482,  
484, 488-490, 493-495, 520  
Sachsen-Anhalt 425, 479  
Sangerhausen 347, 416  
Schlesien 54, 185, 236, 294, 322, 335,  
353, 372, 426, 479, 481  
Schleswig 253, 261, 316  
Schleswig-Holstein 54, 195, 236, 262,  
273, 327, 353, 391-392, 414, 425,  
428, 479, 481, 498, 520  
Schmöckwitz 485  
Schöneberg 55-56, 184-185  
Schopfheim 415  
Schorndorf 285  
Schwaben 68, 223  
Schwäbisch-Gmünd 65, 421  
Simmern 62, 417  
Speyer 415  
Stade 416  
Stallupönen 523  
Stettin 184, 203, 234, 238-239, 242,  
250-251, 259-260, 262, 315,  
317-320, 322, 326, 332, 335-336,  
339, 342, 350, 352, 380, 487, 489, 518,  
522  
Stralsund 62, 65, 253, 260, 416, 492  
Stuttgart 65, 67, 72, 96, 103, 129-131,  
133, 153, 176-177, 219, 247, 286,  
296, 314, 316, 416, 429, 442, 444, 453,  
508, 531  
Süddeutschland 273
- Tempelhof 61, 66  
Thüringen 54, 64, 72, 257, 315, 322,  
327, 347, 384, 386, 415, 425, 479, 517  
Tübingen 219
- Uckermark 426
- Vohwinkel 417  
Vogtland 321
- Waldeck 425  
Wandsbek 104, 147, 416  
Warnemünde 196  
Wehr 423  
Weimar 214, 216, 416, 442  
Wernigerode 62, 416, 423  
Westdeutschland 273  
Westerland 253  
Westfalen 54, 247, 294, 336, 470  
Westpreußen 264, 334, 426, 479, 517  
Wiesbaden 441  
Wilhelmshaven 50, 62, 170, 182, 209  
Wilmersdorf 198  
Worpswede 119  
Württemberg 65, 71, 130, 150, 159, 177,  
219, 233, 247, 287, 294, 305, 322, 327,  
336, 389, 425, 446, 479  
Würzburg 62, 477  
Wuppertal 66, 238, 250, 258, 325-326,  
351
- Zehlendorf 55  
Zeit 212

# Personenregister

- Abendroth, Hermann 129  
Adenauer, Konrad 400  
Arco-Valley, Anton Graf 257  
Aumann, Josef 248
- Bäumer, Gertrud 67  
Ballin, Albert 413  
Bartels 251  
Basil, F. 127  
Bauer, Gustav 279  
Bauer, Max Hermann 167  
Baumann, Adalbert 64, 418  
Beerfelde, Hans Georg 126, 447  
Behrens, Peter 119, 440  
Bender, Paul 441  
Benjamin, Walter 377  
Bernath, Morton 129, 444  
Bernhard, Georg 81, 135, 396, 447  
Bethmann Hollweg, Theobald von 268  
Beumelburg, Werner 376  
Beutner, Georg 418  
Bloch, Ernst 135, 399  
Blos, Anna 130  
Böhm, Karl 456  
Boehm, Max Hildebert 244  
Böttger, Hugo 137  
Bonatz, Paul 67, 129, 133–134, 444  
Bonn, Moritz J. 296, 396, 445, 447  
Borsig, Conrad von 237  
Borsig, Ernst von 237, 416  
Brahm, Max 444  
Braun, Otto 291
- Brecht, Arnold 287  
Brecht, Bert 119, 298, 376, 440  
Breitenbach, Paul von 160  
Brentano, Lujo 127–128, 133–134, 296  
Brockhusen, Theo 119  
Bruck, Reinhard 441  
Brüning, Heinrich 392  
Bühler, Hans Adolph 443  
Bülow, Bernhard von 267  
Busch, Fritz 67, 129
- Carossa, Hans 105  
Caspari, Walter 199–202  
Cohnstädt, Wilhelm 419  
Courths-Mahler, Hedwig 376  
Crasemann 481
- Darré, Walter 394  
Dauer, Franz 454, 456  
Deichmann, Karl 200, 220  
Dewitz, Johann-Georg von 251  
Dibelius, Otto 445  
Dix, Otto 119  
Döblin, Alfred 132, 298, 376  
Dominicus, Alexander 55, 184–185  
Duisberg, Carl 54  
Dumont, Luise 122
- Ebert, Friedrich 76, 78, 165, 169, 171,  
185, 200, 318, 382, 387, 524  
Eckart, Dietrich 179  
Edschmid, Kasimir 446

- Ehrhardt, Hermann 330  
 Eichhorn, Emil 197  
 Eisenberger, Georg 477  
 Eisler, Hanns 119  
 Eisner, Kurt 50, 72–74, 86, 88, 116,  
 118–120, 123, 127, 136, 143, 152,  
 157, 180, 183–184, 206, 283, 291,  
 308, 389, 477  
 Elias, Rudolf 438  
 Endres, Franz Carl 127, 309, 443, 447,  
 509  
 Epp, Franz Xaver von 506  
 Eppner 87  
 Erb, Karl 116, 441  
 Erzberger, Matthias 352, 382, 384  
 Escherich, Georg 325
- Fabian, Julius 495  
 Falk, von 168  
 Faulhaber, Michael 465  
 Fechenbach, Felix 382, 446  
 Federn, Paul 368  
 Fehrenbach, Konstantin 340  
 Fehrmann, Karl 469  
 Feininger, Lyonel 119  
 Fischer, Gottfried 456  
 Fischer, Theodor 127  
 Flake, Otto 446  
 Flex, Walter 376  
 Frank, Bruno 128  
 Frank, Leonhard 376  
 Frauendorfer, Heinrich 152, 155, 307,  
 454  
 Frenssen, Gustav 376  
 Friedrich 495  
 Friedrich II. 240, 261  
 Fritsch, Theodor 179  
 Fuchs, Eugen 109, 129
- Gandorfer, Karl 223  
 Gary, Karl 456  
 Gayl, Wilhelm von 464  
 Geiger, Theodor 383  
 Gerlach, Hellmuth von 186  
 Gerlich, Fritz 323, 396, 487  
 Gerlich, Rudolf 418  
 Gerstenberg, Wilhelm 201, 470  
 Geßler, Otto 143, 317, 330–331,  
 519–520  
 Giesberts, Johann 456, 510  
 Gleichen-Rußwurm, Heinrich von 440,  
 494  
 Glunk, Ernst 418  
 Goebbels, Joseph 542
- Göring, Hermann 171  
 Göser 444  
 Goethe, Johann Wolfgang von 118  
 Goetz, Walter 66–67, 69, 262, 323, 396,  
 420, 496, 514, 517, 526–527  
 Gok, Carl Gottfried 238  
 Goldschmidt, Alfons 132  
 Goldstein, Ludwig 445  
 Grau, Friedrich 416  
 Grimm, Hans 376  
 Groener, Wilhelm 167, 169, 189, 199,  
 292, 502  
 Gropius, Walter 119  
 Grosz, Georg 119  
 Grotjahns, Alfred 500  
 Günther, Franz 439  
 Guillery, Franz 438–439  
 Gurland, Arkadij 396
- Haenisch, Konrad 123, 181, 187, 337,  
 426  
 Halbe, Max 127  
 Hardt, Ernst 440  
 Harnack, Adolf 440  
 Hauptmann, Gerhart 441  
 Heartfield, John 298  
 Heckel, Erich 118  
 Heiden, Theodor 439  
 Heim, Georg 465  
 Heine, Wolfgang 286  
 Heineken, Philipp 199  
 Heinrich Prinz von Preußen 460  
 Helfferich, Karl 337  
 Hellmann, Siegmund 127  
 Hellpach, Willy 437  
 Helms 495  
 Hense, Karl 93–94  
 Herrmann, Willy 418  
 Herzfelde, Wieland 298  
 Herzog, Wilhelm 128, 446  
 Heuß, Theodor 178  
 Heydebrand, Ernst von 51  
 Heymann, Bertold 129–130  
 Hildenbrand, Adolf 443  
 Hiller, Kurt 126, 132, 135, 508  
 Hindenburg, Paul von 54, 261, 284,  
 292, 387, 395, 525  
 Hirschfeld, Magnus 446  
 Hitler, Adolf 285, 317, 382–383,  
 394–396  
 Hoelz, Max 321  
 Hoff, Wilhelm 160  
 Hoffmann, Adolph 181, 187, 223, 254,  
 287, 426, 489

- Hofmiller, Josef 179, 223  
 Holz, Arno 376  
 Hohmann, Georg 127, 445  
 Holitscher, Arthur 135  
 Horlacher, Michael 396, 487  
 Horlacher, Leonhard 454  
 Huch, Ricarda 127  
 Hülsen, Botho von 122  
 Hutier, Oskar von 378
- Jacobi, Franz 439  
 Jacobsohn, Siegfried 126, 132, 135, 377  
 Jadowker, Hermann 441  
 Jaeckel, Willy 446  
 Jäckh, Ernst 495  
 Jaffé, Edgar 206  
 Jaeger, Paul 444  
 Jarres, Karl 387  
 Jehle, Josef 159, 454  
 Jeßner, Leopold 444  
 Jewelowski 80  
 Johst, Hanns 534, 542
- Kahr, Gustav von 317, 326  
 Kandinsky, Wassily 119  
 Kahrstedt, Ulrich 78  
 Kapp, Wolfgang 314, 316–319, 321,  
 332, 514  
 Keil, Wilhelm 129  
 Kempner, Maximilian 468  
 Kessler, Harry Graf 195  
 Kestenberg, Leo 123  
 Klein, César 118  
 Klinkowström, Julius von 534  
 Knoll, Wilhelm 265, 494  
 Koch, Waldemar 396  
 Koch-Weser, Erich 455  
 Köhler, Curt 61, 66–67, 78, 81, 225,  
 346  
 Kolb, Annette 446  
 Kolbe, Georg 118  
 Kollwitz, Käthe 118  
 Kratofiel, Josef 456  
 Kraus, Josef 450  
 Kriegk, Ernst 443  
 Kriegk, Otto 347, 481  
 Kunzmann 445  
 Kurz, Otto Orlando 439
- Lamp'l, Walther 540  
 Landauer, Gustav 119, 125, 128, 313  
 Laufenberg, Heinrich 90, 93–95  
 Leonhardt, Rudolf 126  
 Lequis, Arnold von 188
- Lert, Ernst 444  
 Liebermann, Max 376, 440  
 Liebknecht, Karl 171, 181, 184, 195,  
 198, 313, 468  
 Liesching, Theodor 305  
 Lindemann, Gustav 122  
 Lindenmaier 67  
 Loebell, Friedrich Wilhelm von  
 267–268, 317–318, 322, 325, 344,  
 347, 354, 386–387, 496, 517, 540, 542  
 Löns, Hermann 376  
 Loerke, Oskar 114  
 Löwenfeld, Theodor 127  
 Löwenstein 349  
 Lohse, Otto 444  
 Ludendorff, Erich 167, 283, 292, 377,  
 381  
 Lüttwitz, Walther von 199–201, 281,  
 332, 514  
 Luxemburg, Rosa 184, 198
- Macke, August 113  
 Mackensen, August von 261, 503  
 Maercker, Georg 212–213, 217–218  
 Mahraun, Arthur 467  
 Mann, Heinrich 116, 128, 132, 136, 376,  
 443, 446  
 Mann, Klaus 223  
 Mann, Thomas 116, 122, 376, 443  
 Mannstädt, Otto 441  
 Marc, Franz 114  
 Marr, Karl von 116  
 Martens, Kurt 439  
 Marx, Salomon 62, 197, 199, 225, 228,  
 236, 261, 290, 347, 416, 428, 463, 468,  
 485, 493, 495, 514, 527  
 Marx, Wilhelm 337  
 Mauthner, Fritz 443  
 May, Karl 376  
 Meidner, Ludwig 114, 119, 446  
 Menke-Glückert, Emil 179  
 Meyer-Absberg, Rudolf 67, 73–74, 80,  
 233, 418, 423, 487, 495–496  
 Michaelis, Georg 184  
 Mierendorff, Carlo 446  
 Miller, Oskar von 127  
 Mößner, Anton 418  
 Moissi, Alexander 446  
 Mombert, Alfred 443  
 Mühsam, Erich 119, 128  
 Müller 495  
 Müller, von 127  
 Müller-Meiningen, Ernst 74, 128  
 Musil, Robert 446

Nagel, Otto 119  
 Nassauer, Max 105  
 Naumann, Friedrich 66, 78, 81, 135  
 Niekisch, Artur 444  
 Nolde, Emil 118  
 Noske, Gustav 161, 181, 200, 281–282,  
 317, 319, 330–331, 485  
 Oeftering, Wilhelm 443  
 Oldenburg-Januschau, Elard von 50,  
 206  
 Opfermann, Max 476  
 Oppeln-Bronikowski, Friedrich von  
 527  
 Ossietzky, Carl von 377, 393  
 Pabst, Waldemar 467  
 Pankok, Bernhard 129  
 Patry, Albert 441  
 Pauer, Max von 129  
 Pechstein, Max 119  
 Pfaff 496  
 Pfeiffer, Josef 451, 454  
 Pfeiler 495  
 Pfitzner, Hans 116  
 Pinkerneil, Friedrich August 137, 448,  
 501  
 Piscator, Erwin 376  
 Pöhner, Ernst 309  
 Pöllmann 454  
 Poppelbaum 67  
 Potthoff, Heinz 186  
 Quidde, Ludwig 63, 495  
 Radek, Karl 198  
 Rädlinger, Georg 454, 456  
 Rahardt, Carl 61, 66, 226, 432, 498  
 Rathenau, Walther 135, 226, 270, 384  
 Rautenberg, Otto 459  
 Reichenbach, Hans 132  
 Reinartz, Eugen 418  
 Reinhard, Wilhelm 197–198, 218, 292,  
 460, 468  
 Reinhardt, Walther 292, 330, 510  
 Rechwitz, Wilhelm von 495  
 Remmers, Ernst 451  
 Riehl, Alois 440  
 Rieppel, Anton von 87  
 Ries 444  
 Rießler, Jacob 61, 66–67, 80, 428  
 Riß 454  
 Ritter 459  
 Rodenstock, Alexander 418

Röhr, Franz 493–494  
 Römer, Georg 439  
 Röttcher, Fritz 444  
 Rohe, Mies van der 119  
 Rohlfss, Christian 118  
 Roselius, Ludwig 200, 469  
 Rosenberg, Alfred 179  
 Rosenthal, Karl 127  
 Rosenthal, Wilhelm 447  
 Rothmaier, Karl 456  
 Rubner, Max 440  
 Rück, Fritz 129  
 Rüdlin, Otto 510  
 Saudek, Rudolf 444  
 Sauerbruch, Ferdinand 477  
 Schacht, Hjalmar 55  
 Schäfer, Dietrich 377  
 Scharre, Max 127  
 Scheidemann, Philipp 50, 171, 254  
 Schellmann, Oskar 418  
 Scheuch, Heinrich 172  
 Scheuring 444  
 Schickele, René 50, 115, 376, 446  
 Schieber 444  
 Schillings, Max von 123  
 Schleicher, Kurt von 199, 392, 418  
 Schlichter, Rudolf 119  
 Schlicke, Alexander 219  
 Schmidt 495–496  
 Schmidt, C. 444  
 Schmidt, Max 67  
 Schmiedbauer, Hans 418  
 Schmitt-Rottluff, Karl 118  
 Schneider-Clauß, Wilhelm 129  
 Schoenaich, Paul von 538  
 Scholz, Wilhelm von 443  
 Schubert 454  
 Schultze, Ernst 179  
 Schulze, Erich Edgar 236  
 Schuhmacher, Hermann 440  
 Schumacher, Fritz 134  
 Schuppli, Theodor 481  
 Schwannecke, Victor 116, 121–122,  
 534  
 Schwitzky, B. 445  
 Sebottendorf, Rudolf von 476  
 Seeckt, Hans von 188, 330, 377  
 Seldte, Franz 174  
 Severing, Carl 55  
 Sexauer, Leopold 443  
 Simchowitzy 129  
 Sinsheimer, Hermann 509  
 Sinzheimer, Hugo 446

- Somborn, Karl 439  
 Spahn, Martin 504  
 Stadtler, Eduard 179, 198–199, 228,  
 264, 290, 440, 467, 493–495  
 Stahl, Ernst Leopold 443  
 Stegerwald, Adam 493  
 Stegmann, Hermann 236, 481  
 Stein, Erich 418  
 Steindorff, Georg 444  
 Steinrück, Albert 121  
 Sternberg, Fritz 396  
 Stieler, Eugen von 116  
 Stinnes, Hugo 85  
 Stöcker, Helene 126, 132  
 Straßer, Gregor 378  
 Strauß, Adolf 418  
 Strauß, Richard 122, 441  
 Stresemann, Gustav 137, 226, 448, 501  
 Stuck, Franz von 116  
 Sudermann, Hermann 118  
 Supp 495
- Taaks, H. 444  
 Tantzén, Theodor 520  
 Taut, Bruno 119, 446  
 Thiel, Otto 345  
 Thiersch, Friedrich von 296  
 Thiess, Frank 126, 135, 446  
 Thoma, Hans 440  
 Tirpitz, Alfred von 167, 236, 387  
 Toller, Ernst 119, 128, 377, 439  
 Trimborn, Karl 51  
 Troeltsch, Ernst 233, 269, 314, 320,  
 334, 338–339, 369, 376, 440  
 Tucholsky, Kurt 313–314, 353,  
 376–377
- Uexküll, Jacob von 443  
 Unruh, Fritz von 446  
 Unterleitner, Hans 206, 439
- Vesper, Will 438, 534  
 Viebig, Clara 376  
 Viehweg, Fritz 444  
 Vinnen, Adolf 63, 67, 200, 236, 253, 325
- Vogeler, Heinrich 119  
 Vogelsang, Hermann 67
- Wagner, Paul 447  
 Waldersee, Friedrich Gustav von 378,  
 381  
 Waldeyer, Wilhelm von 440  
 Waldmann, Kurt 418  
 Walter, Bruno 116, 121–122, 127  
 Wangenheim, Gustav von 315, 446  
 Warburg, Max M. 90  
 Wassermann, Jacob 376  
 Watter, Karl Oskar 202  
 Weber, Max 55, 127, 508  
 Wegner, Armin T. 126, 132, 446  
 Weill, Kurt 119  
 Weitbrecht, Karl 67  
 Wels, Otto 318  
 Wermuth, Adolf 347  
 Wertheimer, Fritz 444  
 Wessel, Horst 395  
 Wessel, Ludwig 78, 80–81, 233,  
 244–245, 263, 267, 426, 445, 467, 495  
 Westarp, Kuno Graf 51  
 Wiese, Leopold von 129, 508  
 Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich von  
 440  
 Wilhelm II. 168, 283, 353  
 Wilson, Woodrow 232  
 Wimpfen, Paul von 438, 534  
 Winkelmann, Karl 220  
 Wirth, Carl 87  
 Wissell, Rudolf 78  
 Witthoef, Franz Heinrich 92, 238  
 Wolf, Friedrich 119  
 Wolff, Kurt 446  
 Wundt, Wilhelm 440  
 Wyneken, Gustav 446
- Zadek, Ignaz 107  
 Zech, Paul 446  
 Zentz, Eugen 424, 487, 519  
 Ziegler, Leopold 443  
 Zilcher, Hermann 116  
 Zweig, Stefan 115